Rat der Stadt Erkelenz

Echt. Ehrlich. Einzigartig.

An die
Mitglieder
des Rates der Stadt Erkelenz

29.11.2024

E i n l a d u n g

Hiermit lade ich Sie zur **27. Sitzung des Rates der Stadt Erkelenz** ein.

Sitzungstermin:	Mittwoch, 11.12.2024, 18:00 Uhr
Ort, Raum:	Altes Rathaus, Markt 25, 41812 Erkelenz

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1 Mitteilungen des Bürgermeisters

2 Erlass einer neuen Satzung über die Festsetzung der Steuerhebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Erkelenz
Vorlage: A 20/682/2024

3 Angelegenheit/en aus der 13. Sitzung des Personalausschusses am 27.11.2024

3.1 Stellenplan 2025
Vorlage: A 11/090/2024

4 Angelegenheit/en aus der 12. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 28.11.2024

4.1 Aufstellung des Teilergebnis- und Teilfinanzplanes 2025 mit dem Finanzplanungszeitraum 2026 - 2028 für den Produktbereich 06 - Kinder-, Jugend- und Familienhilfe -
Vorlage: 0/51/340/2024

5 Einwendungen gegen den Entwurf der 2025er Haushaltssatzung
Vorlage: A 20/687/2024

6 Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025
Vorlage: A 20/688/2024

7 Angelegenheit/en aus der 5. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 30.10.2024

7.1 Feststellung des Jahresabschlusses 2022 gemäß § 96 Absatz 1 Satz 1 und 2 GO NRW (alte Fassung)
Vorlage: A 14/153/2024

7.2 Entlastung des Bürgermeisters gemäß § 96 Absatz 1 Satz 5 GO NRW (alte Fassung)
Vorlage: A 14/154/2024

7.3 Feststellung des Jahresabschlusses 2023 gemäß § 96 Absatz 1 Satz 1 GO NRW
Vorlage: A 14/155/2024

7.4 Entlastung des Bürgermeisters gemäß § 96 Absatz 1 Satz 4 GO NRW
Vorlage: A 14/156/2024

8 Angelegenheit/en aus der 26. Sitzung des Ausschusses für Bauen, Betriebe, Klimaschutz und Umwelt am 06.11.2024

8.1 Friedhöfe Keyenberg und Kuckum
hier: Aufhebung und Neufestsetzung der Schließung der Friedhöfe
Vorlage: A 60/144/2024

8.2 Abwassergebührenkalkulation 2025, einschließlich Änderung der Abwassergebührensatzung der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024
Vorlage: A 20/675/2024

8.3 Feststellung des Wirtschaftsplanes für das Wirtschaftsjahr 2025 mit Erfolgsplan, Vermögensplan, Stellenübersicht und der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung, einschließlich eines Investitionsprogramms für die Jahre 2024 bis 2028
Vorlage: A 20/674/2024

8.4 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Klärschlammkooperation Poolgesellschaft mbH (KKP)
Vorlage: A 20/676/2024

9 Angelegenheit/en aus der 27. Sitzung des Ausschusses für Bauen, Betriebe, Klimaschutz und Umwelt am 04.12.2024

9.1 Förderprogramm für Klimaschutz und Klimaanpassung in Erkelenz 2025
Vorlage: A 10/468/2024

9.2 Bestellung eines technischen Betriebsleiters für den Städtischen Abwasserbetrieb Erkelenz
Vorlage: A 20/681/2024

10 Angelegenheit/en aus der 12. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 28.11.2024

10.1 Neufassung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Betreuungsangeboten für Kinder in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege im Jugendamtsbezirk Erkelenz vom 28.11.2024
Vorlage: 0/51/345/2024

11 Angelegenheit/en aus der 27. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 03.12.2024

11.1 42. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Nahversorgungszentrum Gerderath), Erkelenz-Gerderath
hier: Beschluss über die vorgetragenen Stellungnahmen während der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB, der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie Feststellungsbeschluss
Vorlage: A 61/716/2024

11.2 Bebauungsplan Nr. 0300.2/1 „Am Neuser Weg“, Erkelenz-Gerderath
hier: Beschluss über die vorgetragenen Stellungnahmen während der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB, der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
Vorlage: A 61/717/2024

11.3 Bebauungsplan Nr. 434 „Auf'm Hover Pfad“, Erkelenz-Golkrath
hier: Beschluss über die vorgetragenen Stellungnahmen während der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB sowie Beschluss zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB
Vorlage: A 61/718/2024

11.4 46. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Wohnbauflächen Im Hühnerfelde), Erkelenz-Hetzerath
hier: Beschluss über die vorgetragenen Stellungnahmen während der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB, der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie Feststellungsbeschluss
Vorlage: A 61/719/2024

11.5 Bebauungsplan Nr. 435 „Im Hühnerfelde“, Erkelenz-Hetzerath
hier: Beschluss über die vorgetragenen Stellungnahmen während der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB sowie Beschluss zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB
Vorlage: A 61/720/2024

11.6 Bebauungsplan Nr. 433 „Johannismarkt – Rathaus“, Erkelenz-Mitte
hier: Beschluss über die vorgetragenen Stellungnahmen während der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 13a i.V.m. § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB sowie Beschluss zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 13a i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB und Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB
Vorlage: A 61/721/2024

12 Anpassung von Gesellschaftsverträgen an § 108 Abs. 1 Nr. 8 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) sowie Streichung des § 108 Abs. 1 Nr. 9 GO NRW
hier: Sammelbeschluss
Vorlage: /030/2024

13 Neubesetzung des Vorstandes des Schwalmverbandes
Vorlage: A 10/469/2024

14 Besetzung der Ausschüsse und Gremien
Vorlage: A 10/470/2024

15 Beteiligung an der ENNI Energie & Umwelt Niederrhein GmbH über die NEW AG und die NEW Kommunalholding GmbH
hier: Kapitalerhöhung bei der ENNI Energie & Umwelt Niederrhein GmbH durch die Gelsenwasser AG
Vorlage: A 20/677/2024

16 Haushaltswirtschaftliche Angelegenheiten

16.1 Zustimmung zu erheblichen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 83 Abs. 2 GO NRW
Vorlage: A 20/683/2024

16.2 Kenntnisgabe der vom Kämmerer getroffenen Entscheidungen zur Leistung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sowie über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen in der Zeit vom 02.09.2024 - 18.10.2024
Vorlage: A 20/679/2024

16.3 Kenntnisgabe der vom Kämmerer getroffenen Entscheidungen zur Leistung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sowie über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen in der Zeit vom 19.10.2024 - 15.11.2024
Vorlage: A 20/684/2024

17 Fragestunden für die Einwohner*innen

Nichtöffentlicher Teil

1 Mitteilungen des Bürgermeisters

Mit freundlichen Grüßen

Stephan Muckel
Bürgermeister

Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 20/682/2024 Status: öffentlich AZ:
Federführend: Amt für Kommunalwirtschaft und Liegenschaften/Kämmerei	Datum: 12.11.2024 Verfasser: Amt 20 Kämmerer Norbert Schmitz

Erlass einer neuen Satzung über die Festsetzung der Steuerhebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Erkelenz

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
05.12.2024	Haupt- und Finanzausschuss
11.12.2024	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:

Am 10.04.2018 hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) das Bewertungsrecht, und die damit darauf basierende Grundbesteuerung, aufgrund von einer über Jahrzehnte hinweg entstandene Wertverzerrung, für unvereinbar mit dem Grundgesetz (Art. 3, Abs. 1 Grundgesetz) erklärt. Allerdings hat das BVerfG die Grundsteuer nicht sofort für nichtig erklärt, sondern einen Übergangszeitraum bis zum 31.12.2024 eingeräumt. Entsprechend hat der Gesetzgeber am 26.11.2019 das „Gesetz zur Reform des Grundsteuer- und Bewertungsrechts“ erlassen, welches letztendlich die umgesetzte Grundsteuerreform zum 01.01.2025 in Kraft treten lässt.

Die ab dem 01.01.2025 geltende Grundsteuerreform hat alle Grundstücke bundesweit neu bewertet, wobei sich die einzelnen Bundesländer grundsätzlich für das Bundesmodell der Grundsteuerreform entscheiden oder eigene, daraus abgeleitete, Bewertungen vornehmen konnten. Nordrhein-Westfalen (NRW) hat sich für das Bundesmodell entschieden.

Gleichzeitig hat das BVerfG in seiner Entscheidung darauf hingewiesen, dass die Reform zu einer Aufkommensneutralität führen muss. Aufkommensneutralität bedeutet dabei, dass das Grundsteueraufkommen der jeweiligen Kommune an Grundsteuer A und Grundsteuer B nach der Reform nicht höher sein darf als vorher. Aufkommensneutralität heißt aber ausdrücklich nicht, dass eine Belastungsneutralität im Einzelfall gegeben sein muss!

Vor diesen Hintergründen hat das Land NRW Berechnungen durchgeführt, die als Ergebnis darlegen, welche Hebesätze die jeweilige Kommune in NRW nehmen darf, damit eine Aufkommensneutralität eintreten kann. Für uns wurden dabei folgende aufkommensneutrale Hebesätze ermittelt:

Steuerart	bisheriger Hebesatz	aufkommensneutraler Hebesatz
Grundsteuer A	240 %	451 %
Grundsteuer B	390 %	466 %

Eine optionale Differenzierung des Hebesatzes der Grundsteuer B in unterschiedliche Hebesätze für „Wohngrundstücke“ und „Nichtwohngrundstücke“ sollte wegen den damit verbundenen derzeitigen Rechtsrisiken nicht vorgenommen werden. Das empfiehlt auch der Städte- und Gemeindebund NRW.

Sieht man sich die Entwicklung der örtlichen Hebesätze bei der Stadt Erkelenz an, so ist zunächst festzuhalten, dass zum 01.01.2012 die Hebesätze bei der Grundsteuer A, der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer im Rahmen einer Hebesatzsatzung festgesetzt worden sind. Die bis dahin geltenden Hebesätze als auch die ab 2012 geltenden Hebesätze können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Steuerart	Hebesatz bis zum 31.12.2011	Hebesatz ab dem 01.01.2012
Grundsteuer A	240 %	240 %
Grundsteuer B	380 %	420 %
Gewerbesteuer	400 %	420 %

Der Hebesatz für die Grundsteuer B wurde schließlich zum 01.01.2020 von 420 %- Punkte auf 390 %- Punkte gesenkt und gilt bis heute fort. Dies wurde im Rahmen einer seinerzeit neuen Hebesatzsatzung per Ratsbeschluss vom 25.09.2019, der die Hebesätze der Grundsteuer A und der Gewerbesteuer in unveränderter Höhe zu den seit dem 01.01.2012 festgesetzten Hebesätzen übernommen hat, festgesetzt. Diese seit 2020 geltende Hebesatzsatzung gilt auch noch aktuell. Nunmehr müssten die im Rahmen der Grundsteuerreform festgesetzten aufkommensneutralen Hebesätze zusammen mit dem Hebesatz für die Gewerbesteuer in einer neuen Hebesatzsatzung festgesetzt werden.

Als Zwischenfazit lässt sich festhalten, dass die aktuellen Hebesätze nicht nur seit dem 01.01.2012 in unveränderter Höhe Bestand haben, sondern, dass der Hebesatz für die Grundsteuer B zum 01.01.2020 sogar noch um 30-%-Punkte reduziert werden konnte.

Gleichzeitig ist aber festzustellen, dass in der Zwischenzeit den Kommunen immer mehr zusätzliche Aufgaben vom Bund und Land übertragen worden sind, ohne gleichzeitig eine auskömmliche Finanzierung zukommen zu lassen. Beispielhaft seien hier die Bereiche Schulen, Soziales und Jugend aufgeführt. Daneben haben insbesondere in den letzten Jahren hohe Inflationsraten und hohe Tarif- und Besoldungsabschlüsse zu einer weiteren deutlichen Belastung unserer Haushalte geführt, die bisher ohne weitere Steuererhöhungen finanziert werden konnten. Erkennbar ist dieser entstandene finanzielle Druck auch daran, dass uns im Laufe der Jahre mittlerweile im Rahmen des jährlichen Gemeindefinanzierungsgesetzes bei den Schlüsselzuweisungen 2,0 Mio. € mehr an Erträgen aus der Grundsteuer B angerechnet werden, obwohl diese tatsächlich nicht von den hiesigen Haushalten erhoben werden. Es wird also vom Land NRW unterstellt, dass die Stadt nicht 6,8 Mio. € an Erträgen aus der Grundsteuer B generiert, sondern 8,8 Mio. €.

Darüber hinaus konnte in dem Zeitraum von 2012 bis 2024 die Verschuldung um 16,7 Mio. € auf 4,4 Mio. € reduziert werden sowie Investitionen von ca. 150 Mio. € im Rahmen des städtischen Haushaltes durchgeführt werden. Demgegenüber haben sich auf der anderen Seite die Einkommen der hiesigen Arbeitnehmer als auch die Gewinne der örtlichen Gewerbetreibenden seit 2012 signifikant erhöht. Um nun künftige laufende Auszahlungen sowie sinnvolle Investitionen auch weiterhin generationengerecht finanzieren zu können, ist es unumgänglich die Steuerhebesätze für die Grundsteuer A, Grundsteuer B und für die Gewerbesteuer zu erhöhen.

Es wird daher vorgeschlagen, die Hebesätze der Grundsteuer A und der Grundsteuer B, über die aufkommensneutralen Hebesätze hinaus, wie folgt zu erhöhen:

Steuerart	bisheriger Hebesatz	aufkommensneutraler Hebesatz	Hebesatz ab dem 01.01.2025
Grundsteuer A	240 %	451 %	580 %
Grundsteuer B	390 %	466 %	595 %

Daneben wird vorgeschlagen, den Hebesatz für die Gewerbesteuer von bisher 420 %-Punkte auf 460 %-Punkte zu erhöhen. Alle drei Änderungen sollen in einer neuen Hebesatzsatzung festgelegt werden.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an den Rat):
„Die dem Original der Niederschrift als Anlage beigefügte „Satzung über die Festsetzung der Steuerhebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Erkelenz“ wird beschlossen.“

Klima-Check:
Trägt der Beschlussentwurf zum Klimaschutz oder zur Klimafolgenanpassung bei?

Ja ☐ Nein ☒

Nicht relevant.

Finanzielle Auswirkungen:
Mehrerträge von ca. 4,4 Mio. €.

Anlage:
Satzung über die Festsetzung der Steuerhebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Erkelenz

Satzung

über die Festsetzung der Steuerhebesätze

für die Grund- und Gewerbesteuer

in der Stadt Erkelenz vom

Aufgrund des § 25 Abs. 1 bis 4 des Grundsteuergesetzes, des § 1 des Gesetzes über die Zuständigkeit für die Festsetzung und Erhebung der Realsteuern sowie der §§ 7 und 41 Absatz 1, Satz 2, Buchstabe f) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein- Westfalen (GO NRW), hat der Rat der Stadt Erkelenz in seiner Sitzung am 11. Dezember 2024 folgende Satzung beschlossen:

§ 1
Grundsteuer

Die Hebesätze für die Grundsteuern werden wie folgt festgesetzt:

1. für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf 580 v.H.

2. für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf 595 v.H.

§ 2
Gewerbesteuer

Der Hebesatz für die Gewerbesteuer wird auf 460 v.H. festgesetzt.

§ 3
Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2025 in Kraft. Gleichzeitig wird die „Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuern in der Stadt Erkelenz (Hebesatzsatzung)“ vom 25.09.2019 außer Kraft gesetzt.

Stephan Muckel
Bürgermeister

ERKELENZ

Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 11/090/2024 Status: nichtöffentlich/öffentlich AZ:
Federführend: Personalamt	Datum: 07.11.2024 Verfasser: Amt 11 Heike Arndt

Stellenplan 2025

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
27.11.2024	Personalausschuss
05.12.2024	Haupt- und Finanzausschuss
11.12.2024	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:
Der Entwurf des Stellenplans für das Haushaltsjahr 2025 wurde als PDF-Datei in das Ratsinformationssystem eingestellt.

Die Gesamtzahl der Stellen im Stellenplan für das Jahr 2024 belief sich auf 645,31 Stellen.

Die Gesamtzahl der Stellen im Stellenplan 2025 beträgt 683,52 Stellen.

Darin sind 108 Beamtenstellen, 314,46 Stellen für Tarifbeschäftigte nach dem TVöD und 261,06 Stellen nach dem TV Sozial- u. Erziehungsdienst ausgewiesen.

Stellenplan	Beamte	Tarifbeschäftigte	Sozial-u. Erziehungs-dienst	Summe
2024	95,00	306,86	243,45	645,31
2025	108,00	314,46	261,06	683,52
Differenz	+13,00	+ 7,60	+ 17,61	+38,21

Zu den wesentlichen Veränderungen gehören:

Beamte

Im Stellenpool wurden drei neue Stellen für Beamte*innen eingerichtet, die sich inzwischen in der Elternzeit befinden. Für die Mitte 2025 anstehende Übernahme eines Inspektoranwärters wurde im Stellenplan eine Poolstelle eingerichtet. Für einen Sekretäranwärter wurde zudem eine Stelle im Stellenpool gesperrt, da zum Zeitpunkt der Aufstellung des Stellenplanes keine vakante Stelle erkennbar war. Es zeichnet sich jedoch ab, dass aufgrund von Personalabgängen eine Übernahme auf eine freiwerdende Stelle möglich ist.

Im Amt 30 ist die Neueinrichtung einer Stelle als Sachbearbeitung „Straßenverkehrsangelegenheiten“ vorgesehen. Die Einrichtung der Stelle ist aufgrund des hohen Arbeitsaufkommens im Sachgebiet erforderlich.

Ebenso ist es geplant, im Standesamt eine neue Stelle als Sachbearbeitung Standesangelegenheiten einzurichten. Aufgrund der gesetzlichen Verpflichtung zur digitalen Nacherfassung von Registereintragungen ist ein erhöhtes Arbeitsaufkommen entstanden. Die tatsächliche Besetzung der Stelle ist in Teilzeit mit einem Umfang von 25 Wochenstunden geplant. Für das Sachgebiet Feuerwache ist die Neueinrichtung einer Stelle als „Truppführung/ Maschinist*in“ sowie eine Stelle als „stellvertretende Wachleitung/Leitung vorbeugender Brandschutz“ geplant. Die personelle Aufstockung der Feuerwache ist aufgrund der Festlegungen des Brandschutzbedarfsplanes erforderlich. Auch im Verwaltungsbereich der Feuerwache entsteht durch die Umsetzung des Brandschutzbedarfsplanes ein höheres Arbeitsaufkommen. Zur Kompensation ist die Einrichtung einer Teilzeitstelle geplant.

Es ist vorgesehen im Amt 50/51 jeweils eine neue Stelle als Sachbearbeitung „Wohngeld“ sowie als Sachbearbeitung „Leistungsgewährung SGB XII, 3. und 4. Kapitel (Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung)“ einzurichten. Die Einrichtung der beiden Stellen ist aufgrund des hohen Fallaufkommens im jeweiligen Sachgebiet erforderlich.

Die restlichen Veränderungen resultieren aus Veränderungen der Bewertungen oder Umwandlungen in Tarifbeschäftigten- oder Beamtenstellen, teilweise dabei mit verbundenen Anpassungen der Wochenstundenzahl.

Tarifbeschäftigte - allgemein

Im Stellenpool wurde eine neue Stelle für eine langzeiterkrankte Person eingerichtet. Zusätzlich wurde im Stellenpool eine Stelle EG 6 Stelle für allgemeine Organisationsänderungen eingerichtet. Für zwei Auszubildende im Beruf der*des Verwaltungsfachangestellten wurden zudem zwei Stellen im Stellenpool gesperrt, da zum Zeitpunkt der Aufstellung des Stellenplanes keine vakanten Stellen erkennbar waren. Es zeichnet sich jedoch ab, dass aufgrund von Personalabgängen eine Übernahme auf freiwerdende Stellen möglich ist.

Im Amt 10 ist die Neueinrichtung einer Stelle als Hausmeister vorgesehen. Die Stelle wird eingerichtet, da zwei Hausmeister ihre Stunden aus familiären Gründen reduziert haben und bei dem dritten Hausmeister eine hohe Ausfallquote vorliegt. Zudem sollen zusätzliche Aufgaben übernommen werden.

Darüber hinaus ist im Amt 30 die Neueinrichtung einer Vollzeitstelle im Außendienst vorgesehen. Die Einrichtung ist erforderlich, da ein vermehrter Kontrollaufwand durch Arbeitsaufträge der Bezirksausschüsse sowie der Verpflichtung zur Kontrolle von neuen Ordnungswidrigkeiten im Zusammenhang mit Cannabiskonsum besteht.

Im Amt 50/51 ist die Neueinrichtung einer Halbtagsstelle als Alltagshelfer*in für die Kindertagesstätte Bauxhof geplant.

Darüber hinaus ist im Amt 60 die Neueinrichtung einer Stelle als Sachbearbeitung „Freianlagen und Grünflächenunterhaltung“ geplant. Die Neueinrichtung der Stelle ist erforderlich aufgrund des gesteigerten Aufwandes im Zusammenhang mit der Grünflächenunterhaltung sowie der Planung bzw. Herstellung von Spielplätzen und Außenanlagen etc. Dies kann durch das vorhandene Personal nicht mehr in Gänze abgedeckt werden.

Im Baubetriebshof ist die Neueinrichtung von zwei Stellen als Hilfshandwerker „Allgemeine Transporte“ vorgesehen. Die Mitarbeitenden der Grabenkolonne arbeiten jährlich ca. 1.000 Stunden im Bereich der Stadthalle (z. B. Aufbau- und Transportarbeiten), so dass die eigentliche Tätigkeit im Bereich der Gräben nicht im gewünschten Umfang ausgeführt werden kann. Die vorhandenen Mit-

arbeitenden im Bereich „Allgemeine Transporte“ sind mit Transportleistungen für Flüchtlingsunterkünfte, städtische Veranstaltungen etc. ausgelastet und können die Arbeiten in der Stadthalle daher nicht übernehmen.

Im Amt 63 ist die Einrichtung einer Stelle als Sachbearbeitung „Gebäudeunterhaltung –Schulen“ in einem Umfang von 30 Wochenstunden beabsichtigt. Durch die Einrichtung der Stelle soll eine Entlastung der Ingenieurstellen im Bereich Schulen/Bauunterhaltung/Übernahme gesetzlich vorgeschriebener Aufgaben im Bereich Wartung und Prüfung erreicht werden. Teilweise erfolgt eine Gegenfinanzierung durch mehr Kapazitäten der Ingenieurstellen und Reduzierung externer Beauftragungen.
Daneben ist ebenfalls im Amt 63 die Einrichtung einer Teilzeitstelle mit 30 Wochenstunden als Sachbearbeitung „Bewirtschaftung Energie“ geplant. Zu den Aufgaben würde die Bewirtschaftung des städtischen Gebäudebestandes und Versorgung mit Strom, Gas, Wasser und Öl gehören. Weitere Aufgaben wären z. B. die Bewirtschaftung von städtischen Photovoltaikanlagen, die Abrechnung einer großen Vielzahl von Standorten zur Unterbringung von Flüchtlingen in Anmietungen und die Erstellung des Energieberichtes.

Es ist vorgesehen, im Amt 66 eine Ingenieurstelle in Vollzeit einzurichten. Die Stelle ist aufgrund des hohen Arbeitsaufkommens u. a. durch die weiteren Baugebietsentwicklungen erforderlich.

Die restlichen Veränderungen resultieren aus Veränderungen der Bewertungen oder Umwandlungen in Tarifbeschäftigten- oder Beamtenstellen sowie aus Anpassungen von Stellenanteilen mit geänderten arbeitsvertraglichen Wochenstundenzahlen, was letztendlich zu einer gewissen Kompensation des Mehrbedarfes beiträgt.

Tarifbeschäftigte – Sozial- und Erziehungsdienst

Im Stellenpool wurde eine neue Stelle für eine Person (Sozialarbeit) eingerichtet, die sich in der Elternzeit befindet.

Im Amt 50/51 ist die Neueinrichtung einer Stelle als Fachberatung OGS ab dem IV. Quartal 2025 vorgesehen, da ab dem 01.08.2026 ein OGS-Anspruch besteht. Zudem ist eine neue Stelle im Bereich der Eingliederungshilfe aufgrund des hohen Fallaufkommens geplant.

Im Sozial- und Erziehungsdienst ist die Neueinrichtung von 14,9 Stellen in verschiedenen Kindertagesstätten als sozialpädagogische Fach- bzw. Ergänzungskräfte geplant. Davon sind allein 11,3 Stellen für den Neubau der Kindertageseinrichtung Bauxhof -inklusive einer Stelle als Leitung- vorgesehen. Die Eröffnung der Einrichtung ist für den Herbst 2025 geplant.

Die restlichen Veränderungen resultieren aus Anpassungen von Stellenanteilen mit geänderten arbeitsvertraglichen Wochenstundenzahlen. Der Stellenbedarf der Kindertagesstätten wurde nach dem Kinderbildungsgesetz ermittelt.

Die einzelnen Veränderungen sind der beigefügten Anlage zu entnehmen. Mit der Freigabe des Stellenplanes stimmt der Personalausschuss den in der Veränderungsliste aufgeführten Stellenänderungen, vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltsplanes/ Stellenplanes 2025, zu.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an Haupt- und Finanzausschuss und Rat):
„Die dem Original dieser Niederschrift als Anlage beigefügten Stellenpläne für die Beamten, Tariflich Beschäftigten und Dienstkräfte in der Probe- und Ausbildungszeit einschließlich der dazu erstellten Stellenübersichten werden hiermit für das Haushaltsjahr 2025 und als Anlage zum Haushaltsplan 2025 übernommen."

Klima-Check:
Trägt der Beschlussentwurf zum Klimaschutz oder zur Klimafolgenanpassung bei?

Ja ☐ Nein ☒

Der Beschlussentwurf hat keine Auswirkungen auf den Klimaschutz.

Anlagen:
1. Liste der Veränderungen Stellenplan 2025
2. Stellenplan 2025

Liste der Veränderungen "Stellenplan 2025"

Organisationsziffern der Ämter/ Referate	Name des Amtes
10	Hauptamt
11	Personalamt
14	Rechnungsprüfungsamt
20	Amt für Kommunalwirtschaft und Liegenschaften
30	Rechts- und Ordnungsamt
31	Referat für Klimaschutz
40	Amt für Bildung und Sport
50/51	Amt für Kinder, Jugend, Familie und Soziales
60	Baubetriebs- und Grünflächenamt
61	Planungsamt
63	Bauaufsichts- und Hochbauamt
66	Tiefbauamt/ städtischer Abwasserbetrieb
80	Amt für Strukturwandel und Wirtschaftsförderung

Stellen-Nr.:	Bezeichnung: Amt:	Aktuelle Bewertung Ausweisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz tarifl. Beschäftigte	Differenz Beamte	Differenz Gesamt	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Bemerkung:
Anzahl der Stellen im Stellenplan 2024										**645,31**			
Informatorische Mitteilungen:													
I. Aufstiegslehrgang in LG 2.1													
2.40.01.03	Amt 40	A 10											Vorbereitungslehrgang eines Beamten hat begonnen.
II. Verwaltungslehrgang I													
2.11.02.05	Amt 11	EG 8											Lehrgang einer Tarifbeschäftigten seit September 2023
4.20.01.03	Amt 20	EG 9b											Lehrgang einer Tarifbeschäftigten seit 2024
II. Verwaltungslehrgang II													
2.11.01.03	Amt 11	EG 9b											Lehrgang einer Tarifbeschäftigten seit November 2022
2.11.01.05	Amt 11	EG 9b											Lehrgang einer Tarifbeschäftigten seit November 2022
2.50/51.02.04	Amt 50/51	EG 9a											Lehrgangsbeginn vorauss. Anfang 2025
4.20.02.04	Amt 20	EG 9b											Lehrgangsbeginn in 2024 begonnen
4.20.01.03	Amt 20	EG 9b											Anmeldung zum VL II ist erfolgt.
2.40.01.04	Amt 40	EG 9a											Anmeldung zum VL II ist erfolgt.
III. Mitarbeiter/innen, die spätestens im Jahr 2025 erkennbar unterzubringen sind:													
2.00.00.02	Stellenpool Stelle wird frei	EG 8											Stelle wäre geeignet für die Übernahme einer Nachwuchskraft - Ausbildung Verwaltungsfachangestellte bis 31.07.2025-. Aus dem Sperren der Poolstelle ergibt sich kein Anspruch auf eine Stellenwertigkeit. (Stelle war bislang für die Übernahme einer anderen Verwaltungsfachangestellten gesperrt.)

Stellen-Nr.:	Bezeichung: Amt:	Aktuelle Bewertung Ausweisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz tarifl. Beschäftigte	Differenz Beamte	Differenz Gesamt	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Bemerkung:
2.00.00.15	Stellenpool Stelle ist frei	EG 8											Stelle wäre geeignet für die Übernahme einer Nachwuchskraft - Ausbildung Verwaltungsfachangestellte bis 31.07.2025-. Aus dem Sperren der Poolstelle ergibt sich kein Anspruch auf eine Stellenwertigkeit. (Stelle war bislang für die Übernahme einer anderen Verwaltungsfachangestellten gesperrt.)
2.00.00.21	Stellenpool												Umwandlung einer EG 8 Stelle in A 8. Stelle wäre geeignet für die Übernahme einer Nachwuchskraft - Ausbildung Stadtsekretäranwärter bis 31.07.2025-. Aus dem Sperren der Poolstelle ergibt sich kein Anspruch auf eine Stellenwertigkeit. (Stelle war bislang für eine Beschäftigte in Elternzeit gesperrt. Diese wird voraussichtlich ab Oktober 2024 ihren Dienst wieder aufnehmen.)
neu: 2.00.00.xx	Stellenpool												Neueinrichtung einer A 10 Stelle für die Übernahme einer Nachwuchskraft - Stadtinspektoranwärter bis 31.08.2025. Aus der Stellenwertigkeit ergibt sich kein Besoldungsanspruch.
IV. Mitarbeiter/innen, die erkennbar in nächster Zeit ausscheiden oder möglicherweise ausfallen (z.B. Mutterschutz/Elternzeit):													
Verwaltungsbereich:													
1.10.02.08	Amt 10	A 8											Stelleninhaberin befindet sich bis zum 21.07.2026 in Elternzeit. Derzeitige Besoldung A 7.
1.10.02.18	Amt 10	EG 5											Stelleninhaberin hat erklärt, dass sie voraussichtlich zum 01.08.2025 in die Altersrente wechseln wird.

Veränderungen Stellenplan 2025
Stand 12.11.2024

Stellen-Nr.:	Bezeichung: Amt:	Aktuelle Bewertung Ausweisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz tarifl. Beschäftigte	Differenz Beamte	Differenz Gesamt	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Bemerkung:
1.10.03.03	Amt 10	A 11											Stelleninhaberin könnte evt. Elternzeit in Anspruch nehmen. Derzeitige Besoldung A 10.
1.10.03.09+ 1.10.05.05	Amt 10	EG 8											Die Stelleninhaberin vollendet im Jahr 2025 das 66. Lebensjahr und wechselt zum 31.12.2024 in die Altersrente.
1.10.05.02	Amt 10	EG 9b											Die Stelleninhalberin wechselt zum 01.05.2025 in die Freistellungsphase der ATZ.
4.20.03.02	Amt 20	A 9 LG 1.2											Stelleninhaberin ist schwanger und könnte evt. Elternzeit in Anspruch nehmen. Derzeitige Besoldung A 7.
2.30.03.06	Amt 30	EG 7											Stelleninhaberin vollendet im Jahr 2025 das 67. Lebensjahr. Sie beabsichtigt voraussichtlich zum 01.08.25 in die Altersrente zu wechseln.
2.40.00.01	Amt 40	A 14											Der Stelleninhaber wechselt voraussichtlich zum 01.10.2025 in den Ruhestand.
2.40.02.02	Amt 40	EG 5											Stelleninhaberin wird voraussichtlich zum 01.01.2025 in die Altersrente wechseln.
2.50/51.00.01	Amt 50/51	EG 15											Der Stelleninhaber wechselt zum 01.05.2025 in die Freistellungsphase der Altersteilzeit.
2.50/51.01.02	Amt 50/51	EG 7											Die Stelleninhalberin wechselt zum 01.03.2025 in die Freistellungsphase der ATZ.
2.50/51.05.04	Amt 50/51	EG 6											Stelleninhaberin hat Altersgrenze freiwillig verlängert bis zum 31.12.2024; Bereitschaft, evt. ab 2025 an zwei Vormittagen zu arbeiten.
4.14.00.01	Amt 14	A 14											Der Stelleninhaber wechselt zum 01.05.2025 in die Freistellungsphase der Altersteilzeit.

Stellen-Nr.:	Bezeichung: Amt:	Aktuelle Bewertung Ausweisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz tarifl. Beschäftigte	Differenz Beamte	Differenz Gesamt	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Bemerkung:
4.14.00.03	Amt 14	A 12											Der Stelleninhalber erreicht zum 01.05.2025 die Altersgrenze, es käme ein Wechsel in den Ruhestand in Betracht.
sonstige Bereiche:													
2.40.04.01	Amt 40 Platzwart	EG 5											Der Stelleninhalber wechselt zum 01.12.2024 in die Freistellungsphase der ATZ.
2.40.05.02	Amt 40 Bücherei	EG 10											Stelleninhaberin ist schwanger und wird voraussichtlich EZ in Anspruch nehmen.
2.50/51.04.19	Amt 50/51	S 14											Stelleninhaberin nimmt EZ bis 05.07.2026 in Anspruch.
3.60.02.01	Amt 60	EG 12											Der Stelleninhalber wechselt zum 01.01.2025 in die Freistellungsphase der ATZ.
3.61.01.01	Amt 61	EG 11											Zum 01.04.2025 käme ein Wechsel in die Altersrente in Betracht.
3.61.02.02	Amt 61	EG 11											Stelleninhaberin erreicht zum 01.03.25 die Altersgrenze wegen Schwerbehinderung und am 01.03.2027 die Regelaltersgrenze. Voraussichtlicher Wechsel in die Altersrente zum 01.01.25.
3.63.03.03	Amt 63	EG 9b											Elternzeit bis zum 21.10.2026
3.66.02.08	Amt 66	EG 6											Der Stelleninhalber wechselt vermutlich zum 01.10.25 oder 01.01.25 in die Altersrente.
Veränderungsliste Stellenplan 2025:													

Stellen-Nr.:	Bezeichung: Amt:	Aktuelle Bewertung Ausweisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz tarifl. Beschäftigte	Differenz Beamte	Differenz Gesamt	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Bemerkung:
2.00.00.02	Stellenpool	EG 8		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	**0,00**	Gesperrt für die Übernahme einer Auszubildenden		Die Stelle wird frei, im Stellenplan 2024 wurde die Stelle zur vorläufigen Stellenplanführung einer Verwaltungsfachangestellten genutzt. Für den Stellenplan 2025 könnte die Poolstelle für die Übernahme einer Verwaltungsfachangestellten nach Beendigung der Ausbildung gesperrt werden.
2.00.00.15	Stellenpool	EG 8		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	**0,00**	Gesperrt für die Übernahme einer Auszubildenden		Die Stelle wird frei, im Stellenplan 2024 wurde die Stelle zur vorläufigen Stellenplanführung einer Verwaltungsfachangestellten genutzt. Für den Stellenplan 2025 könnte die Poolstelle für die Übernahme einer Verwaltungsfachangestellten nach Beendigung der Ausbildung gesperrt werden.
2.00.00.21	Stellenpool			39,00	41,00	1,00	1,00	-1,00	1,00	**0,00**	Umwandlung einer EG 8 Stelle in A 8		Umwandlung einer EG 8 Stelle in A 8. Stelle wäre geeignet für die Übernahme einer Nachwuchskraft - Ausbildung Stadtsekretäranwärter bis 31.07.2025-. Aus dem Sperren der Poolstelle ergibt sich kein Anspruch auf eine Stellenwertigkeit. (Stelle war bislang für eine Beschäftigte in Elternzeit gesperrt - Jessica Klüttermann-. Diese wird voraussichtlich ab Oktober 2024 ihren Dienst wieder aufnehmen.)
neu: 2.00.00.16	Stellenpool			0,00	41,00	0,00	1,00	0,00	1,00	**1,00**	Neueinrichtung einer A 10 Stelle in Vollzeit		Neueinrichtung einer A 10 Stelle für die Übernahme eines Stadtinspektoranwärters nach Beendigung seiner Ausbildung im Sommer 2025.

Stellen-Nr.:	Bezeichung: Amt:	Aktuelle Bewertung Ausweisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz tarifl. Beschäftigte	Differenz Beamte	Differenz Gesamt	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Bemerkung:
2.00.00.04	Stellenpool	EG 12		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	**0,00**			Die Stelle wird frei. Im Stellenplan 2024 wurde die Stelle zur Stellenplanführung eines Tarifbeschäftigten während der Freistellungsphase der ATZ genutzt. Diese endete am 31.07.2024. Die Stelle kann nun für einen anderen Tarifbeschäfigten genutz werden. Er wechselt zum 01.01.2025 in die Freistellungsphase der Altersteilzeit.
2.00.00.10	Stellenpool	A 11		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	**0,00**	Umwandlung A 11 in A 13 LG 2.1		Umwandlung einer A 11 Stelle in A 13, LG 2.1. Die Stelle wird frei. Im Stellenplan 2024 wurde die Stelle zur Stellenplanführung einer Beamtin während der Freistellungsphase der ATZ genutzt. Diese endete am 31.12.2024. Die Stelle kann nun für einen anderen Beamten genutz werden. Er wechselte zum 01.05.2024 in die Freistellungsphase der Altersteilzeit.
2.00.00.11	Stellenpool	EG 9a		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	**0,00**	Umwandlung EG 9a in EG 6		Umwandlung einer EG 9a Stelle in EG 6 Die Stelle wird frei. Im Stellenplan 2024 wurde die Stelle zur Stellenplanführung einer Tarifbeschäftigten genutzt. Die Beschäftigte ist inzwischen aus dem Dienst ausgeschieden. Die Stelle kann nun für eine andere Tarifbeschäftigte genutz werden. Sie wechselte zum 01.03.2024 in die Freistellungsphase der Altersteilzeit.

Stellen-Nr.:	Bezeichung: Amt:	Aktuelle Bewertung Ausweisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz tarifl. Beschäftigte	Differenz Beamte	Differenz Gesamt	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Bemerkung:
2.00.00.14	Stellenpool	A 13 LG 2.2		41,00	39,00	1,00	1,00	1,00	-1,00	**0,00**	Umwandlung A 13 LG 2.2 in EG 7		Umwandlung einer A 13, LG 2.2 Stelle in EG 7. Die Stelle wird frei. Im Stellenplan 2024 wurde die Stelle zur Stellenplanführung eines Beamten während der Freistellungsphase der ATZ genutzt. Diese endete am 31.08.2024. Die Stelle kann nun für eine Tarifbeschäftigte genutz werden. Sie wechselte zum 01.03.2024 in die Freistellungsphase der Altersteilzeit.
neu: 2.00.00.17	Stellenpool			0,00	39,00	0,00	1,00	1,00	0,00	**1,00**	Einrichtung einer EG S14 Stelle Produkt 01 08 00		Neueinrichtung einer **S 14 Stelle** für die Dauer der Elternzeit einer Tarifbeschäftigten.
neu: 2.00.00.18	Stellenpool			0,00	41,00	0,00	1,00	0,00	1,00	**1,00**	Einrichtung einer A 10 Stelle Produkt 01 08 00		Neueinrichtung einer A 10 Stelle für eine Beamtin w#hren einer möglichen EZ.
neu: 2.00.00.19	Stellenpool			0,00	41,00	0,00	1,00	0,00	1,00	**1,00**	Einrichtung einer A 7 Stelle Produkt 01 08 00		Neueinrichtung einer A 7 Stelle für eine Beamtin für die Dauer der EZ.
neu: 2.00.00.20	Stellenpool			0,00	41,00	0,00	1,00	0,00	1,00	**1,00**	Einrichtung einer A 7 Stelle Produkt 01 08 00		Neueinrichtung einer A 7 Stelle für eine Beamtin für die Dauer der EZ.
neu: 2.00.00.22	Stellenpool			0,00	39,00	0,00	1,00	1,00	0,00	**1,00**	Einrichtung einer EG 6 Stelle in VZ Produkt 01 08 00		Neueinrichtung einer EG 6 Stelle in Vollzeit für allgemeine Organisations-änderungen im Dezernat I.
neu: 2.00.00.24	Stellenpool			0,00	39,00	0,00	1,00	1,00	0,00	**1,00**	Einrichtung einer EG 9c Stelle in VZ Produkt 01 08 00		Neueinrichtung einer EG 9c Stelle in Vollzeit. Die Stelle wird vorsorglich für eine langzeiterkrankte Beschäftigte eingerichtet.
1.10.01.02	Amt 10	EG 11		39,00	41,00	1,00	1,00	-1,00	1,00	**0,00**	Umwandlung einer EG 11 Stelle in A 11		Umwandlung einer EG 11 in eine A 11 Stelle, da die Stelle inzwischen mit einem Beamten besetzt ist.

Stellen-Nr.:	Bezeichung: Amt:	Aktuelle Bewertung Ausweisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz tarifl. Beschäftigte	Differenz Beamte	Differenz Gesamt	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Bemerkung:
alt: 1.10.02.01 neu: 1.10.01.05	Amt 10	A 13 LG 2.1								**0,00**	Umwandlung A 13 LG 2.1 in A 11 Produktänderung: 01 10 00 100 %		Umwandlung der A 13 LG 2.1 Stelle in A 11 und Verschiebung in das Sachgebiet 01. Die Stelleninhalte sind im Zuge der Umstrukturierung der Sachgebiete (Verselbständigung Bürgerbüro und Verlagerung IT-Support zum Sachgebiet 01) mit den Schwerpunkten IT-Controlling und IT-Beschaffung neu gefasst worden.
1.10.02.04	Amt 10	EG 9c								**0,00**	Umwandlung EG 9c in EG 10		Umwandlung einer EG 9c Stelle in EG 10 aufgrund Aufgabenänderung. Nach Ausscheiden der ehem. SGL wird dessen Stelle aufgelöst und die Teamleitung Bürgerbüro um die Personalführung angereichert und zur Sachgebietsleitung Bürgerbüro weiterentwickelt. Stellenbeschreibung und -bewertung liegen vor.
1.10.02.04	Amt 10	A 8								**0,00**	keine Auswirkungen auf den Soll-Teil des Stellenplanes/ im IST = Zugang von 0,2 Stellenanteilen		Stelleninhaberin wechselt in die Elternzeit, eine andere Beamtin im Bürgerbüro hat eine Reduzierung der Arbeitszeit um 0,25 Stellenanteile beantragen und die Stellenanteile der ehem. SGL im Bereich EWO/Bürgerbüro von 0,2 sind nach dem Ausscheiden und Funktionsübertragung der SGL auf die Stelleninhaberin 1.10.02.04 nicht ausgeglichen. Somit wird künftig eine volle Stelle anstatt der 0,5 Stelle benötigt.
Neu: 1.10.03.08	Amt 10			0,00	5,00	0,00	0,13	0,13	0,00	**0,13**	Neueinrichtung einer EG 5 Stelle mit 5 Stunden Produkt 04 08 00 100 %		Neueinrichtung einer EG 5 Stelle in einem Umfang von 5 Stunden. Siehe auch Stelle 2.40.05.04
1.10.04.07	Amt 10	EG 10		39,00	41,00	1,00	1,00	-1,00	1,00	**0,00**	Umwandlung EG 10 in A 11		Umwandlung EG 10 Stelle in A 11

Stellen-Nr.:	Bezeichung: Amt:	Aktuelle Bewertung Ausweisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz tarifl. Beschäftigte	Differenz Beamte	Differenz Gesamt	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Bemerkung:
1.10.04.09	Amt 10	A 11		41,00	39,00	1,00	1,00	1,00	-1,00	**0,00**	Umwandlung A 11 in EG 11		Umwandlung A 11 Stelle in EG 11, da die Stelle inzwischen mit einer Tarifbeschäftigten besetzt ist.
neu: 1.10.04.10	Amt 10			0,00	39,00	0,00	1,00	1,00	0,00	**1,00**	Einrichtung einer EG 5 Stelle in VZ Produkt 01 06 00		Neueinrichtung einer EG 5 Stelle in Vollzeit als Hausmeister. TZ von zwei Hausmeistern (geringe Arbeitszeitflexibilität), hohe Ausfallquote des dritten Hausmeisters (keine qualitative Steigerung möglich), deutlicher Rückgang der Unterstützung durch den BBH. (zusätzl. Aufgaben: Vorprüfung von Anträgen auf räumliche Änderung), zumindest vorübergehend: Aufbau von E- Schreibtischen + Hausmeisteranteil an der Umsetzung des Gutachtens „Raumplanung“) Stellenbeschreibung und Bewertung liegen vor.
1.10.05.04	Amt 10	EG 9a		22,00	39,00	0,56	1,00	0,44	0,00	**0,44**	Anhebung des Stundenumfanges von 22 Stunden auf Vollzeit		Anhebung des Stundenanteils von 22 Stunden auf Vollzeit. Zur Kompensation der Stellenanhebung erfolgt eine Reduzierung der Stelle 1.10.05.05 um 8 Stunden sowie der Stelle 1.10.05.02 im Stellenplan 2026 um 9 Stunden. Stellenbeschreibung und -bewertung liegen vor.
1.10.05.05	Amt 10	EG 8		13,20	5,20	0,34	0,13	-0,21	0,00	**-0,21**	Reduzierung des Stundenumfanges von 13,2 Std. auf 5,2 Stunden.		Reduzierung des Stundenumfanges von 13,2 Stunden auf 5,2 Stunden. (siehe auch Stelle 1.10.05.04)
1.31.01.01	Ref. 31	EG 12		39,00	41,00	1,00	1,00	-1,00	1,00	**0,00**	Umwandlung EG 12 in A 11		Umwandlung einer EG 12 Stelle in A 11 aufgrund Aufgabenänderung. Stellenbeschreibung und -bewertung liegen vor.
1.31.01.02	Ref. 31	EG 11		39,00	0,00	1,00	0,00	-1,00	0,00	**-1,00**	Wegfall der Stelle		Stelle kann entfallen

Stellen-Nr.:	Bezeichung: Amt:	Aktuelle Bewertung Ausweisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz tarifl. Beschäftigte	Differenz Beamte	Differenz Gesamt	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Bemerkung:
1.80.02.01	Amt 80	EG 11								**0,00**	Umwandlung EG 11 in EG 12		Umwandlung einer EG 11 Stelle in EG 12 aufgrund Aufgabenänderungen. Enorm hoher Anteil an permanentem Risikomanagement für den gesamten Bereich Stadtmarketing/ Citymanagemen. Stellenbeschreibung und -bewertung liegen vor.
1.80.03.01	Amt 80	EG 13								**0,00**	Umwandlung EG 13 in EG 12		Umwandlung einer EG 13 Stelle in EG 12. Neustrukturierung und Neubeschreibung der Stelle - Anpassung auf EG 13 für 2025/2026 wegen des zu erwartenden steigenden Anspruchs an das Aufgabenspektrum wieder denkbar. Stellenbeschreibung und -bewertung liegen vor.

Stellen-Nr.:	Bezeichnung: Amt:	Aktuelle Bewertung Ausweisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz tarifl. Beschäftigte	Differenz Beamte	Differenz Gesamt	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Bemerkung:
1.80.03.02	Amt 80	EG 12								**0,00**	keine Auswirkungen auf den Stellenplan		Das Projekt Z^3 läuft zum 31.04.2025 aus und wird nicht verlängert. Vor dem Hintergrund der Entwicklung der Dörfer des 3. Umsiedlungsabschnitts werden mit dem Lang NRW aktuell Fördermöglichkeiten und Projekte zur Wiederbelebung der Dörfer entwickelt. In dem Zusammenhang wird auch eine Personalstelle diskutiert, deren Aufgaben im Bereich Kommunikation über die Entwicklung sowie mit den Bewohnern der Altdörfer/ ggfs. den Umsiedlern liegen sollen. Die Stelle Dorfmanager sollte vor dem Hintergrund zunächst erhalten und als Platzhalter für eine mögliche neue Förderstelle erhalten bleiben. Die über den 31.04.2025 hinaus gehende Besetzung ist abhängig von weiteren Fördermitteln. Die Produktverteilung bleibt unverändert. Die voraussichtliche Förderquote wäre 90 %. Stellenbeschreibung und -bewertung liegen noch nicht vor.
2.11.02.05	Amt 11	EG 8								**0,00**	Umwandlung EG 8 in EG 9a		Umwandlung einer EG 8 Stelle in EG 9a aufgrund Aufgabenänderungen. Stellenbeschreibung und -bewertung liegen vor.
2.11.02.06	Amt 11	EG 8		25,00	41,00	0,64	1,00	-0,64	1,00	**0,36**	Umwandlung EG 8 in A 8 und Erhöhung Stundenumfang von 25 auf 41 Stunden		Umwandlung einer EG 8 Stelle in A8 und Vollzeit (IST-Stunden = 25) aufgrund der Besetzung mit einer Beamtin. Stellenbeschreibung und -bewertung liegen vor.

Stellen-Nr.:	Bezeichung: Amt:	Aktuelle Bewertung Ausweisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz tarifl. Beschäftigte	Differenz Beamte	Differenz Gesamt	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Bemerkung:
2.11.02.07	Amt 11	EG 8		30,00	35,00	0,77	0,90	0,13	0,00	**0,13**	Erhöhung Stundenumfang von 30 auf 35 Wochenstunden		Erhöhung des Stellenumfanges von 30 Stunden auf 35 Wochenstunden. Übernahme von Aufgaben aus dem Bereich Dienstreise/ Fortbildung. Die Aufgabenübernahme erfolgt zur Entlastung des Bereiches Personalabrechnung. Diese Entlastung ist erforderlich, da durch die steigende Anzahl von Mitarbeitenden ein deutlicher Mehraufwand in der Abrechnung sowie in der Abwicklung von Fortbildungsveranstaltungen und Dienstreisen entstanden ist. Stellenbeschreibung und -bewertung liegen vor.
neu: 2.30.03.10	Amt 30			0,00	39,00	0,00	1,00	1,00	0,00	**1,00**	Einrichtung einer EG 5 Stelle Produkt 02 01 00 15 % 02 07 00 80% 12 01 02 5 %		Neueinrichtung einer EG 5 Stelle "Außendienst) in Vollzeit. Die Einrichtung der Stelle ist erfod-erlich, da ein vermehrter Kontrollauf-wand durch Arbeitsaufträge der Bezirksausschüsse; Verpflichtung zur Kontrolle von neuen Ordnungs-widrigkeiten im Zusammenhang mit Cannabiskonsum besteht. Stellenbeschreibung und -bewertung liegen vor.
neu: 2.30.03.13	Amt 30			0,00	41,00	0,00	1,00	0,00	1,00	**1,00**	Einrichtung einer A 10 Stelle Produkt 02 07 00 30% 15 02 03 70 %		Neueinrichtung einer A 10 Stelle in Vollzeit als Sachbearbeitung Straßenverkehrsangelegenheiten. Die Einrichtung der Stelle ist erforderlich, aufgrund des übermäßigen Arbeitsanfalls im Sachbereich; Umverteilung von Aufgaben notwendig; Ausscheiden Frau Waye aus dem Dienst, Wegfall der Stelle 2.30.03.06 (Inge Waye) und Übertragung der notwendigen Aufgaben ab Mitte des Jahres 2025. Stellenbeschreibung und Bewertung liegen vor.

Stellen-Nr.:	Bezeichung: Amt:	Aktuelle Bewertung Ausweisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz tarifl. Beschäftigte	Differenz Beamte	Differenz Gesamt	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Bemerkung:
neu: 2.30.04.05	Amt 30			0,00	41,00	0,00	1,00	0,00	1,00	**1,00**	Einrichtung einer A 8 Stelle Produkt 02 11 00 100 %		Neueinrichtung einer A 8 Stelle in Vollzeit (IST = 25 Std.) als Sachbearbeitung Standesangelegenheiten. Die Einrichtung der Stelle ist erforderlich, da aufgrund der gesetzliche Verpflichtung zur digitalen Nacherfassung von Registerein-tragungen ein erhöhtes Arbeits-aufkommen im Standesamt entstanden ist. Stellenbeschreibung und -bewertung liegen vor.
neu: 2.30.05.10	Amt 30			0,00	41,00	0,00	1,00	0,00	1,00	**1,00**	Einrichtung einer A 8 Stelle Produkt 02 15 00 100 %		Neueinrichtung von einer A 8 Stelle in Vollzeit für das Sachgebiet "Feuerwache" als Truppführung/ Maschinist*in. Die personelle Aufstockung der Feuerwache ist aufgrund der Festlegungen des Brandschutzbedarfsplanes erforderlich. Stellenbeschreibung und -bewertung liegen vor.
neu: 2.30.05.11	Amt 30			0,00	41,00	0,00	1,00	0,00	1,00	**1,00**	Einrichtung einer A 11 Stelle Produkt 02 15 00 100 %		Neueinrichtung von einer A 11 Stelle in Vollzeit als stv. Wachleitung/ Leitung vorbeugender Brandschutz. Die personelle Aufstockung der Feuerwache ist aufgrund der Festlegungen des Brandschutz-bedarfsplanes erforderlich. Stellenbeschreibung und Bewertung liegen vor.

Stellen-Nr.:	Bezeichung: Amt:	Aktuelle Bewertung Ausweisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz tarifl. Beschäftigte	Differenz Beamte	Differenz Gesamt	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Bemerkung:
neu: 2.30.05.12	Amt 30			0,00	20,00	0,00	0,51	0,51	0,00	**0,51**	Einrichtung einer EG 7 Stelle, 20 Std. Produkt 02 15 00 100 %		Neueinrichtung von einer EG 7 Stelle in einem Umfang von 20 Wochenstunden als Sachbearbeitung Feuerschutzverwaltung. Die personelle Aufstockung ist aufgrund der Festlegungen des Brandschutz-bedarfsplanes und des damit verbundenen erhöhten Arbeits-aufkommens erforderlich. Stellenbeschreibung und -bewertung liegen vor.
2.30.03.07	Amt 30	EG 5		24,00	30,00	0,62	0,77	0,15	0,00	**0,15**	Erhöhung Stundenumfang von 24 auf 30 Wochenstunden		Aufstockung des Stundenumfanges von 24 Stunden auf 30 Stunden. Geänderte Aufteilung der Stunden auf die drei vorhandenen Stellen untereinander.
2.30.03.08	Amt 30	EG 5		39,00	30,00	1,00	0,77	-0,23	0,00	**-0,23**	Reduzierung des Stundenumfanges von 39 auf 30 Wochenstunden.		Reduzierung des Stundenumfanges von 39 Stunden auf 30 Stunden. Geänderte Aufteilung der Stunden auf die drei vorhandenen Stellen untereinander.
2.30.03.09	Amt 30	EG 5		25,00	28,00	0,64	0,72	0,08	0,00	**0,08**	Erhöhung Stundenumfang von 25 auf 28 Wochenstunden		Aufstockung des Stundenumfanges von 25 Stunden auf 28 Stunden. Geänderte Aufteilung der Stunden auf die drei vorhandenen Stellen untereinander.
2.30.05.07	Amt 30	EG 7								**0,00**	Umwandlung EG 7 in EG 8 Stelle		Umwandlung EG 7 Stelle in EG 8 aufgrund geänderter Tätigkeiten. Stellenbeschreibung und -bewertung liegen vor.

Stellen-Nr.:	Bezeichnung: Amt:	Aktuelle Bewertung Ausweisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz tarifl. Beschäftigte	Differenz Beamte	Differenz Gesamt	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Bemerkung:
2.40.01.01	Amt 40	A 8								**0,00**	keine Auswirkungen auf den Stellenplan		Die Stelle war bislang mit A 8 im Stellenplan enthalten, die Wertigkeit der Stelle war jedoch nur A 7. Die Anforderungen an die Stelle wachsen und erweitern sich stetig. Die Abwicklung der Schülerbeförderung wird anspruchsvoller und es gibt immer mehr Ausnahmeregelungen. Die rechtlichen und politischen Entwicklungen müssen beachtet werden. Es ist daher eine Neubeschreibung der Stelle nötig und eine Anhebung der tatsächlichen Wertigkeit nach A 8. Stellenbeschreibung und -bewertung muss noch erfolgen.
2.40.03.04	Amt 40	EG 8								**0,00**	Umwandlung EG 8 in EG 9a Stelle		Umwandlung EG 8 Stelle in EG 9a. Die Stelle wurde zunächst aus einer Förderung gebildet. Der Arbeitsanfall zur Unterhaltung der digitalen Ausstattung an den Schulen ist dauerhaft deutlich erhöht. Es mussten deutlich weniger Firmen beauftragt werden, seit der Stelleninhaber als Ansprechperson für die städt. Schulen bei EDV-Problemen da ist.Die Stelle soll über den Förderzeitraum hinaus, dauerhaft eingerichtet werden. Es werden höherwertige Tätigkeiten übernommen. Die Stelle soll über den Förderzeitraum hinaus, dauerhaft eingerichtet werden. Stellenbeschreibung und -bewertung liegen vor.
2.40.05.04	Amt 40 Bücherei	EG 5		39,00	34,00	1,00	0,87	-0,13	0,00	**-0,13**	Reduzierung des Stundenumfanges von 39 auf 34 Wochenstunden.		Reduzierung des Stundenumfanges von 39 Stunden auf 34 Stunden. Die Stelleninhaberin übernimmt im Rahmen von 5 Stunden Aufgaben im Amt 10 -Stadtarchiv.

Stellen-Nr.:	Bezeichung: Amt:	Aktuelle Bewertung Ausweisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz tarifl. Beschäftigte	Differenz Beamte	Differenz Gesamt	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Bemerkung:
2.40.15.05	Amt 40 Mensa	EG 2		19,50	20,00	0,50	0,51	0,01	0,00	**0,01**	Erhöhung Stundenumfang von 19,5 auf 20 Wochenstunden		Erhöhung des Stellenumfanges von 19,5 Stunden auf 20 Wochenstunden. Die anderen drei Mensakräfte haben alle einen Stundenumfang von 20 Std./W. Die Aufgaben sind entsprechend bemessen. Zurzeit werden von der Stelleninhabein täglich Überstunden geleistet um den Arbeitsanfall zu erledigen.
2.40.12.02	Amt 40 GS Lövenich	EG 5		23,00	25,00	0,59	0,64	0,05	0,00	**0,05**	Erhöhung Stundenumfang von 23 auf 25 Wochenstunden		Erhöhung des Stellenumfanges von 23 Stunden auf 25 Wochenstunden.Erhöhter Arbeitsaufwand durch immer höhere Anforderungen an die Schule.
2.40.14.08	Amt 40 GHS	EG 5		12,00	14,00	0,31	0,36	0,05	0,00	**0,05**	Erhöhung Stundenumfang von 12 auf 14 Wochenstunden		Erhöhung des Stellenumfanges von 12 Stunden auf 14 Wochenstunden. Erhöhter Arbeitsaufwand durch immer höhere Anforderungen an die Schule.
2.40.07.02	Amt 40 Franziskus + Astrid Lindgren Schule	EG 2		20,32	0,00	0,52	0,00	-0,52	0,00	**-0,52**	Wegfall der Stelle		Die Stelle kann entfallen. Die Reinigung erfolgt durch eine Fremdfirma.
2.40.08.02	Amt 40 Luise-Hensel-GS	EG 5		20,00	25,00	0,51	0,64	0,13	0,00	**0,13**	Erhöhung Stundenumfang von 20 auf 25 Wochenstunden		Erhöhung des Stellenumfanges von 20 Stunden auf 25 Stunden. Der Verwaltungsaufwand an der Luise-Hensel-Schule ist in den letzten Jahren erheblich angestiegen und mit dem aktuellen Stundenkontingent nicht mehr zu bewerkstelligen.
2.50/51.00.01	Amt 50/51	EG 15		39,00	41,00	1,00	1,00	-1,00	1,00	**0,00**	Umwandlung EG 15 in A 15		Umwandlung einer EG 15 Stelle in A 15. Der Stelleninhaber wechselt zum 01.05.2025 in die Freistellungsphase der Altersteilzeit. Vorsorglich erfolgt die Umwandlung in eine Beamtenstelle. Stellenbeschreibung und -bewertung liegen vor.

Stellen-Nr.:	Bezeichung: Amt:	Aktuelle Bewertung Ausweisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz tarifl. Beschäftigte	Differenz Beamte	Differenz Gesamt	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Bemerkung:
neu: 2.50/51.02.03	Amt 50/51			0,00	41,00	0,00	1,00	0,00	1,00	**1,00**	Einrichtung einer A 8 Stelle Produkt 10 06 01		Neueinrichtung einer A 8/ EG 9a Stelle in Vollzeit im Bereich Wohngeld. Diese Stelle ist aufgrund des hohen Fallaufkommens erforderlich. Stellenbeschreibung und -bewertung liegen vor.
neu: 2.50/51.02.06	Amt 50/51			0,00	41,00	0,00	1,00	0,00	1,00	**1,00**	Einrichtung einer A 10 Stelle 05 03 01 60 % 05 03 02 40 %		Neueinrichtung einer A 10 Stelle in Vollzeit im Bereich Leistungsgewährung SGB XII, 3. und 4. Kapitel (HzL und Grusi). Diese Stelle ist aufgrund des hohen Fallaufkommens erforderlich. Stellenbeschreibung liegt vor, die Bewertung muss noch erfolgen.
neu: 2.50/51.03.09	Amt 50/51			0,00	39,00	0,00	1,00	1,00	0,00	**1,00**	Einrichtung einer S12 Stelle Produkt 06 01 00		Neueinrichtung einer S 12 Stelle in Vollzeit als Fachberatung OGS ab dem IV. Quartal 2025, da ab dem 01.08.2026 ein OGS-Anspruch besteht. Stellenbeschreibung und Stellenbewertung liegen vor.
neu: 2.50/51.04.20	Amt 50/51			0,00	39,00	0,00	1,00	1,00	0,00	**1,00**	Einrichtung einer S14 Stelle Produkt 06 04 00		Neueinrichtung einer S 14 Stelle in Vollzeit im Bereich Eingliederungshilfe. Diese Stelle ist aufgrund des hohen Fallaufkommens erforderlich. Stellenbeschreibung und -bewertung liegen vor.
2.50/51.03.05	Amt 50/51	EG 8		39,21	39,00	1,01	1,00	-0,01	0,00	**-0,01**	Reduzierung Stundenanteil		Korrektur von Rundungsdifferenzen
2.50/51.00.02+ 03	Amt 50/51	A 12		41,00	39,00	1,00	1,00	1,00	-1,00	**0,00**	Umwandlung A 12 in EG 11		Umwandlung einer A 12 Stelle in EG 11, da die Stelle inzwischen mit einer Tarifbeschäftigten besetzt ist.

Stellen-Nr.:	Bezeichnung: Amt:	Aktuelle Bewertung Ausweisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz tarifl. Beschäftigte	Differenz Beamte	Differenz Gesamt	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Bemerkung:
bislang: 2.50/51.01.01 neu: 2.50/51.00.03	Amt 50/51	A 13 LG 2.2								**0,00**	Umwandlung A 13 LG 2.2 in A 14. Produktänderung 010100 = 10 % 060100 = 20 % 060220 = 15 % 060302 = 15 % 060400 = 25 % 100603 = 15 %		Umwandlung einer A 13 LG 2.2 Stelle in A 14. Stellenaufwertung aufgrund Anpassung der Verantwortlichkeiten und der Bedeutung der Stelle als ständige Vertretung der Amtsleitung hinsichtlich u. a. der Amtsgröße, Aufgabenvielfalt und -bedeutung, Wandlung der Jugendämter), 4 SGL-Stellen untergeordnet (Bewertungen A13, EG12 TVöD, S18 TVöD SUE u. a.), ständige Vertretung der Amtsleitung, 50 untergeordnete Mitarbeiter*innen im Amt + 180 Mitarbeiter*innen in den städt. Kitas. Stellenbeschreibung und -bewertung liegen vor.
2.50/51.01.02	Amt 50/51	EG 7		39,00	41,00	1,00	1,00	-1,00	1,00	**0,00**	Umwandlung EG 7 in A 9 LG 1.2 Produktänderung: 050303 67 % 10 06 03 33 %		Umwandlung EG 7 Stelle in A 9 LG 1.2 /EG 9a als Sachbearbeitung Geflüchtetenunterbringung und Asyl. Bisherige Stelleninhaberin wechselt zum 01.03.25 in die Freistellungsphase der ATZ, Stelleninhaber soll künftig Sachbearbeitung übernehmen, Aufgabenänderungen aufgrund Aufgabenzuwachs. Stellenbeschreibung und Bewertung liegen vor. (Analog Stelle 2.50/51.01.04)
2.50/51.01.05	Amt 50/51	A 10								**0,00**	Umwandlung A 10 in A 11		Umwandlung A 10 in A 11. Stelleninhaberin soll Aufgabe als Hauptsachbearbeiterin übernehmen. Stellenbeschreibung und -bewertung liegen vor.

Stellen-Nr.:	Bezeichung: Amt:	Aktuelle Bewertung Ausweisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz tarifl. Beschäftigte	Differenz Beamte	Differenz Gesamt	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Bemerkung:
2.50/51.03.01	Amt 50/51	EG 12								**0,00**	Umwandlung EG 12 in EG 13		Umwandlung EG 12 in EG 13 Ausweitung der Verantwortung durch Rechtsanspruch OGS ab 01.08.2026 und zwei zusätzliche Kitas. Stellenbeschreibung liegt vor, Stellenbewertung muss noch erfolgen.
2.50/51.03.02	Amt 50/51	S12		30,00	39,00	0,77	1,00	0,23	0,00	**0,23**	Erhöhung des Stundenumfanges von 30 Stunden auf VZ		Aufstockung des Stellenumfanges von 30 Std. auf Vollzeit. Ausweitung Kindertagespflege in Erkelenz, daher erhöhter Bedarf an Fachberatung;
2.50/51.03.03	Amt 50/51	A 10								**0,00**	Produktänderung 06 01 00 20 % 06 02 01 16 % 06 02 02 16 % 06 02 05 16 % 06 02 06 16 % 06 02 07 16 %		Produktänderung
2.50/51.03.04	Amt 50/51	EG 9a								**0,00**	Produktänderung 06 02 08 17 % 06 02 09 17 % 06 02 10 17 % 06 02 11 17 % 06 02 12 16 % 06 02 13 16 %		Produktänderung
2.50/51.03.05	Amt 50/51	EG 9a								**0,00**	Produktänderung 06 02 14 17 % 06 02 15 17 % 06 02 16 17 % 06 02 17 17 % 06 02 19 16 % 06 02 20 16 %		Produktänderung
2.50/51.03.06	Amt 50/51	EG 9b								**0,00**	Produktänderung 06 02 01 17 % 06 02 02 17 % 06 02 05 17 % 06 02 06 17 % 06 02 07 16 % 06 02 20 16 %		Produktänderung

Stellen-Nr.:	Bezeichung: Amt:	Aktuelle Bewertung Ausweisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz tarifl. Beschäftigte	Differenz Beamte	Differenz Gesamt	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Bemerkung:
2.50/51.03.08	Amt 50/51	EG 7								**0,00**	Produktänderung 06 01 00 20 % 06 02 08 16 % 06 02 09 16 % 06 02 10 16 % 06 02 11 16 % 06 02 12 16 %		Produktänderung
2.50/51.03.43 Kita Gerderath	Amt 50/51	EG 2		12,40	0,00	0,32	0,00	-0,32	0,00	**-0,32**	Wegfall der Stelle		Stelle in einem Umfang von 12,4 Std. kann entfallen. Reinigungsarbeiten werden inzwischen extern erledigt.
2.50/51.03.215	Amt 50/51	S12								**0,00**	Produktänderung 06 02 13 17 % 06 02 14 17 % 06 02 15 17 % 06 02 16 17 % 06 02 17 16 % 06 02 19 16 %		Produktänderung
2.50/51.03.232	Amt 50/51 bislang: Kita Adolf-Kolping-Hof neu: Bauxhof	EG 2		30,00	39,00	0,77	1,00	0,23	0,00	**0,23**	Umwandlung EG 2 in EG 6, sowie Aufstockung des Stundenumfanges von 30 Std. auf Vollzeit Produktänderung: 06 02 10		Umwandlung EG 2 in EG 6 entsprechend der tatsächlichen Wertigkeit. Sowie Aufstockung des Stellenumfanges von 30 Std. auf Vollzeit. Stellenbeschreibung und -bewertung liegen vor.
2.50/51.03.233	Amt 50/51 Kita Kamp-L.-F. Str.	EG 2		30,00	39,00	0,77	1,00	0,23	0,00	**0,23**	Umwandlung EG 2 in EG 6, sowie Aufstockung des Stundenumfanges von 30 Std. auf Vollzeit		Umwandlung EG 2 in EG 6 entsprechend der tatsächlichen Wertigkeit. Sowie Aufstockung des Stellenumfanges von 30 Std. auf Vollzeit. Stellenbeschreibung und -bewertung liegen vor.
2.50/51.03.234	Amt 50/51 Kita Kückhoven	EG 2		30,00	39,00	0,77	1,00	0,23	0,00	**0,23**	Umwandlung EG 2 in EG 6, sowie Aufstockung des Stundenumfanges von 30 Std. auf Vollzeit		Umwandlung EG 2 in EG 6 entsprechend der tatsächlichen Wertigkeit. Sowie Aufstockung des Stellenumfanges von 30 Std. auf Vollzeit. Stellenbeschreibung und -bewertung liegen vor.

Stellen-Nr.:	Bezeichnung: Amt:	Aktuelle Bewertung Ausweisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz tarifl. Beschäftigte	Differenz Beamte	Differenz Gesamt	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Bemerkung:
2.50/51.04.06	Amt 50/51	S14								**0,00**	Umwandlung S 14 in S 15		Umwandlung S 14 Stelle in S 15, mit Funktion der Vertretung der ASD-Leitung. Die Stelleninhaberin ist verantwortlich zuständig für Bezirkssozialarbeit, Leitungsfunktion 9 Std. für SGL + Vertretung SGL 04. Stellenbeschreibung und Stellenbewertung liegen vor.
2.50/51.05.04	Amt 50/51	EG 6											Sachbearbeitung Sozialversicherungsangelegenheiten / Rentenversicherungsstelle (Umfang 0,65 Stellenanteil) Altersgrenze; freiwillige Verlängerung bis zum 31.12.2024; Bereitschaft, evt. ab 2025 an zwei Vormittagen zu arbeiten

Stellen-Nr.:	Bezeichnung: Amt:	Aktuelle Bewertung Ausweisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz tarifl. Beschäftigte	Differenz Beamte	Differenz Gesamt	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Bemerkung:
neu: 2.50/51.03.256	Amt 50/51 Kita Hetzerath			0,00	30,00	0,00	0,77	0,77	0,00	**0,77**	Einrichtung einer S8a Stelle mit 30 Std. Produkt 06 02 07		Neueinrichtung einer S 8a Stelle mit 30 Wochenstunden. Es handelt sich um eine Stelle als sozialpädagogische Fachkraft. Die Einrichtung der Stelle erfolgt aufgrund des deutlich gestiegenen Bedarfs an Übermittag- und Vollzeitbetreuung zur Einhaltung der erforderlichen Mindestbesetzung gem. dem Gesetz zur qualitativen Weiterentwicklung der frühen Bildung und entspricht den gesetzl. Vorgaben zur personellen Besetzung lt. Kinderbildungsgesetz sowie den Vorgaben des Landes NRW. Es erfolgt eine prozentuale Finanzierung durch Kindpauschalen.
neu: 2.50/51.03.257	Amt 50/51 Kita Lövenich			0,00	30,00	0,00	0,77	0,77	0,00	**0,77**	Einrichtung einer S8a Stelle mit 30 Std. Produkt 06 02 09		Neueinrichtung einer S 8a Stelle mit 30 Wochenstunden. Es handelt sich um eine Stelle als sozialpädagogische Fachkraft. Die Einrichtung der Stelle erfolgt aufgrund des deutlich gestiegenen Bedarfs an Übermittag- und Vollzeitbetreuung sowie der Betreuung von Kindern mit erhöhtem Förderbedarf, zur Einhaltung der erforderlichen Mindestbesetzung gem. dem Gesetz zur qualitativen Weiterentwicklung der frühen Bildung und entspricht den gesetzl. Vorgaben zur personellen Besetzung lt. Kinderbildungsgesetz sowie den Vorgaben des Landes NRW. Es erfolgt eine prozentuale Finanzierung durch Kindpauschalen.
neu: 2.50/51.03.258	Amt 50/51 Kita Bauxhof			0,00	39,00	0,00	0,00	1,00	0,00	**1,00**	Einrichtung einer S15 Stelle mit 39 Std. Produkt 06 02 10		Neueinrichtung einer S 15 Stelle in Vollzeit als Leitung der neuen Kita Bauxhof mit voraussichtlich 71 betreuten Kindern (Eröffnung voraussichtlich 10/2025) Es erfolgt eine prozentuale Finanzierung durch Kindpauschalen.

Stellen-Nr.:	Bezeichung: Amt:	Aktuelle Bewertung Ausweisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz tarifl. Beschäftigte	Differenz Beamte	Differenz Gesamt	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Bemerkung:
neu: 2.50/51.03.259-260	Amt 50/51 Kita Bauxhof			0,00	60,00	0,00	1,54	1,54	0,00	**1,54**	Einrichtung von zwei S8a Stellen mit jeweils 30 Std. Produkt 06 02 10		Neueinrichtung von zwei S 8a Stelle mit jeweils 30 Wochenstunden für die neue Kita Bauxhof.Es handelt sich um zwei Stellen als sozialpädagogische Fachkräfte. Die Einrichtung der Stellen erfolgt zur Einhaltung der erforderlichen Mindestbesetzung gem. dem Gesetz zur qualitativen Weiterentwicklung der frühen Bildung und entspricht den gesetzl. Vorgaben zur personellen Besetzung lt. Kinderbildungsgesetz sowie den Vorgaben des Landes NRW. Es erfolgt eine prozentuale Finanzierung durch Kindpauschalen.
neu: 2.50/51.03.261-267	Amt 50/51 Kita Bauxhof			0,00	273,00	0,00	7,00	7,00	0,00	**7,00**	Einrichtung von sieben S8a Stellen in VZ Produkt 06 02 10		Neueinrichtung von sieben S 8a Stelle in Vollzeit für die neue Kita Bauxhof.Es handelt sich um sieben Stellen als sozialpädagogische Fachkräfte. Die Einrichtung der Stellen erfolgt zur Einhaltung der erforderlichen Mindestbesetzung gem. dem Gesetz zur qualitativen Weiterentwicklung der frühen Bildung und entspricht den gesetzl. Vorgaben zur personellen Besetzung lt. Kinderbildungsgesetz sowie den Vorgaben des Landes NRW. Es erfolgt eine prozentuale Finanzierung durch Kindpauschalen.

Stellen-Nr.:	Bezeichung: Amt:	Aktuelle Bewertung Ausweisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz tarifl. Beschäftigte	Differenz Beamte	Differenz Gesamt	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Bemerkung:
neu: 2.50/51.03.268	Amt 50/51 Kita Bauxhof			0,00	39,00	0,00	1,00	1,00	0,00	**1,00**	Einrichtung von einer S3 Stelle in VZ Produkt 06 02 10		Neueinrichtung von einer S3 Stelle in Vollzeit für die neue Kita Bauxhof.Es handelt sich um eine Stelle als Ergänzungskraft. Die Einrichtung der Stelle erfolgt zur Einhaltung der erforderlichen Mindestbesetzung gem. dem Gesetz zur qualitativen Weiterentwicklung der frühen Bildung und entspricht den gesetzl. Vorgaben zur personellen Besetzung lt. Kinderbildungsgesetz sowie den Vorgaben des Landes NRW. Es erfolgt eine prozentuale Finanzierung durch Kindpauschalen.
neu: 2.50/51.03.269	Amt 50/51 Kita Bauxhof			0,00	30,00	0,00	0,77	0,77	0,00	**0,77**	Einrichtung von einer S3 Stelle in einem Umfang von 30 Wochenstunden Produkt 06 02 10		Neueinrichtung von einer S3 Stelle in einem Umfang von 30 Std. für die neue Kita Bauxhof.Es handelt sich um eine Stelle als Ergänzungskraft. Die Einrichtung der Stelle erfolgt zur Einhaltung der erforderlichen Mindestbesetzung gem. dem Gesetz zur qualitativen Weiterentwicklung der frühen Bildung und entspricht den gesetzl. Vorgaben zur personellen Besetzung lt. Kinderbildungsgesetz sowie den Vorgaben des Landes NRW. Es erfolgt eine prozentuale Finanzierung durch Kindpauschalen.
neu: 2.50/51.03.270	Amt 50/51 Kita Bauxhof			0,00	19,50	0,00	0,50	0,50	0,00	**0,50**	Einrichtung von einer EG 2 Stelle in einem Umfang von 19,5 Wochenstunden Produkt 06 02 10		Neueinrichtung von einer EG 2 Stelle in einem Umfang von 19,5 Std. als Alltagshelfer*in für die neue Kita Bauxhof.

Stellen-Nr.:	Bezeichnung: Amt:	Aktuelle Bewertung Ausweisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz tarifl. Beschäftigte	Differenz Beamte	Differenz Gesamt	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Bemerkung:
2.50/51.03.21	Amt 50/51 Kita Adolf-Kolping-Hof	S8a		20,00	39,00	0,51	1,00	0,49	0,00	**0,49**	Zugang bei Produkt 06 02 01		Erhöhung des Stundenumfanges von 20 auf Vollzeit. Es handelt sich um eine Stelle als sozialpädagogische Fachkraft. Die Stundenerhöhung erfolgt aufgrund der erforderlichen Mindestbesetzung gem. dem Gesetz zur qualitativen Weiterentwicklung der frühen Bildung und entspricht den gesetzl. Vorgaben zur personellen Besetzung lt. Kinderbildungsgesetz sowie den Vorgaben des Landes NRW. Es erfolgt eine prozentuale Finanzierung durch Kindpauschalen.
2.50/51.03.22	Amt 50/51 Kita Adolf-Kolping-Hof	S3									Umwandlung S 3 in S 4		Umwandlung einer S 3 Stelle in S 4 **als Zusatzkraft mit erweiterten Aufgaben.** Die Stelleninhaberin hat aufgrund einer zusätzlichen Prüfung/Fortbildung die Berechtigung, auf Fachkraft-Stunden eingesetzt zu werden. Sie kann so notwendige Fachkraft-Stunden laut KiBiz-Mindestpersonalbedarf abdecken. Neue Bewerbende mit dieser Qualifikation erwarten teilweise eine Eingruppierung als Fachkraft mit S 8a. Zur weiteren Personalbindung wird eine Höherbewertung der Stelle nach S4 (Kinderpflegende mit schwieriger Tätigkeit) vorgeschlagen.

Stellen-Nr.:	Bezeichung: Amt:	Aktuelle Bewertung Ausweisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz tarifl. Beschäftigte	Differenz Beamte	Differenz Gesamt	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Bemerkung:
2.50/51.03.49	Amt 50/51 Kita Gerderath	S8a		34,00	35,00	0,87	0,90	0,03	0,00	**0,03**	Zugang bei Produkt 06 02 05		Erhöhung des Stundenumfanges von 34 auf 35 Wochenstunden. Es handelt sich um eine Stelle als sozialpädagogische Fachkraft. Die Stundenerhöhung erfolgt aufgrund der erforderlichen Mindestbesetzung gem. dem Gesetz zur qualitativen Weiterentwicklung der frühen Bildung und entspricht den gesetzl. Vorgaben zur personellen Besetzung lt. Kinderbildungsgesetz sowie den Vorgaben des Landes NRW. Es erfolgt eine prozentuale Finanzierung durch Kindpauschalen.
2.50/51.03.72	Amt 50/51 Kita Hetzerath	S8a									Umwandlung S 8a in S 4		Umwandlung einer S 8a Stelle in S 4 **als Zusatzkraft mit erweiterten Aufgaben.** Die Stelleninhaberin (Ergänzungskraft) hat aufgrund einer zusätzlichen Prüfung/Fortbildung die Berechtigung, auf Fachkraft-Stunden eingesetzt zu werden. Sie kann so notwendige Fachkraft-Stunden laut KiBiz-Mindestpersonalbedarf abdecken. Neue Bewerbende mit dieser Qualifikation erwarten teilweise eine Eingruppierung als Fachkraft mit S 8a. Zur weiteren Personalbindung wird eine Höherbewertung der Stelle nach S4 (Kinderpflegende mit schwieriger Tätigkeit) vorgeschlagen.

Stellen-Nr.:	Bezeichnung: Amt:	Aktuelle Bewertung Ausweisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz tarifl. Beschäftigte	Differenz Beamte	Differenz Gesamt	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Bemerkung:
2.50/51.03.75	Amt 50/51 Kita Hetzerath	S3									Umwandlung S 3 in S 4		Umwandlung einer S 3 Stelle in S 4 **als Zusatzkraft mit erweiterten Aufgaben**. Die Stelleninhaberin hat aufgrund einer zusätzlichen Prüfung/Fortbildung die Berechtigung, auf Fachkraft-Stunden eingesetzt zu werden. Sie kann so notwendige Fachkraft-Stunden laut KiBiz-Mindestpersonalbedarf abdecken. Neue Bewerbende mit dieser Qualifikation erwarten teilweise eine Eingruppierung als Fachkraft mit S 8a. Zur weiteren Personalbindung wird eine Höherbewertung der Stelle nach S4 (Kinderpflegende mit schwieriger Tätigkeit) vorgeschlagen.
2.50/51.03.82	Amt 50/51 Kita Oerather Mühlenfeld	S 8a		20,00	21,00	0,51	0,54	0,03	0,00	**0,03**	Zugang bei Produkt 06 02 13		Erhöhung des Stundenumfanges von 20 auf 21 Stunden. Es handelt sich um eine Stelle als sozialpädagogische Fachkraft. Die Stundenerhöhung erfolgt aufgrund der erforderlichen Mindestbesetzung gem. dem Gesetz zur qualitativen Weiterentwicklung der frühen Bildung und entspricht den gesetzl. Vorgaben zur personellen Besetzung lt. Kinder-bildungsgesetz sowie den Vorgaben des Landes NRW. Es erfolgt eine prozentuale Finanzierung durch Kindpauschalen.

Stellen-Nr.:	Bezeichung: Amt:	Aktuelle Bewertung Ausweisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz tarifl. Beschäftigte	Differenz Beamte	Differenz Gesamt	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Bemerkung:
2.50/51.03.33	Amt 50/51 Kita Kamp-L.-F. Str.	S3									Umwandlung S 3 in S 8a		Umwandlung einer S 3 Stelle in S 8a, da auf der Stelle der Einsatz einer Fachkraft erfolgen soll. In der Kita können aufgrund der Gruppenstrukturen nur wenige Ergänzungskräfte beschäftigt werden. Es handelt sich um eine Stelle als sozialpädagogische Fachkraft. Die Umwandlung der Stelle erfolgt aufgrund der erforderlichen Mindestbesetzung gem. dem Gesetz zur qualitativen Weiterentwicklung der frühen Bildung und entspricht den gesetzl. Vorgaben zur personellen Besetzung lt. Kinderbildungsgesetz sowie den Vorgaben des Landes NRW. Es erfolgt eine prozentuale Finanzierung durch Kindpauschalen.
2.50/51.03.206	Amt 50/51 Kita Kamp-L.-F. Str.	S8a									Umwandlung S 8a in S 4		Umwandlung einer S 8a Stelle in S 4 **als Zusatzkraft mit erweiterten Aufgaben**. Die Stelleninhaberin (Ergänzungskraft) hat aufgrund einer zusätzlichen Prüfung/Fortbildung die Berechtigung, auf Fachkraft-Stunden eingesetzt zu werden. Sie kann so notwendige Fachkraft-Stunden laut KiBiz-Mindestpersonalbedarf abdecken. Neue Bewerbende mit dieser Qualifikation erwarten teilweise eine Eingruppierung als Fachkraft mit S 8a. Zur weiteren Personalbindung wird eine Höherbewertung der Stelle nach S4 (Kinderpflegende mit schwieriger Tätigkeit) vorgeschlagen.

Stellen-Nr.:	Bezeichnung: Amt:	Aktuelle Bewertung Ausweisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz tarifl. Beschäftigte	Differenz Beamte	Differenz Gesamt	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Bemerkung:
2.50/51.03.94	Amt 50/51 Kita Kückhoven	S 15		8,00	39,00	0,21	1,00	0,79	0,00	**0,79**	Zugang bei Produkt 06 02 17		Erhöhung des Stundenumfanges von 8 Stunden auf Vollzeit. Die Kita Kückhoven wird ab dem 1.9.24 als eigenständige viergruppige Kindertageseinrichtung betrieben und benötigt eine eigene VZ-Leitung sowie Stellvertretung. Die Aufstockung der Stelle erfolgt zur Einhaltung der erforderlichen Mindestbesetzung gem. dem Gesetz zur qualitativen Weiterentwicklung der frühen Bildung und entspricht den gesetzl. Vorgaben zur personellen Besetzung lt. Kinder-bildungsgesetz sowie den Vorgaben des Landes NRW. Es erfolgt eine prozentuale Finanzierung durch Kindpauschalen.
2.50/51.03.99	Amt 50/51 Kita Immerath	S 15		31,00	39,00	0,79	0,21	0,21	0,00	**0,21**	Zugang bei Produkt 06 02 17		Erhöhung des Stundenumfanges von 31 Stunden auf Vollzeit. Die Kita`s Immerath und Kückhoven werden ab Sommer 2024 getrennt und als eigenständige Kindertageseinrichtung betrieben. Beide benötigen jeweils eine eigene Leitung in Vollzeit sowie Stellvertretung. Die Aufstockung der Stelle erfolgt zur Einhaltung der erforderlichen Mindestbesetzung gem. dem Gesetz zur qualitativen Weiterentwicklung der frühen Bildung und entspricht den gesetzl. Vorgaben zur personellen Besetzung lt. Kinderbildungsgesetz sowie den Vorgaben des Landes NRW. Es erfolgt eine prozentuale Finanzierung durch Kindpauschalen.

Stellen-Nr.:	Bezeichung: Amt:	Aktuelle Bewertung Ausweisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz tarifl. Beschäftigte	Differenz Beamte	Differenz Gesamt	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Bemerkung:
2.50/51.03.123	Amt 50/51 Kita Westprom.	S8a									Umwandlung S 8a in S 4		Umwandlung einer S 8a Stelle in S 4 **als Zusatzkraft mit erweiterten Aufgaben.** Die Stelleninhaberin (Ergänzungskraft) hat aufgrund einer zusätzlichen Prüfung/Fortbildung die Berechtigung, auf Fachkraft-Stunden eingesetzt zu werden. Sie kann so notwendige Fachkraft-Stunden laut KiBiz-Mindestpersonalbedarf abdecken. Neue Bewerbende mit dieser Qualifikation erwarten teilweise eine Eingruppierung als Fachkraft mit S 8a. Zur weiteren Personalbindung wird eine Höherbewertung der Stelle nach S4 (Kinderpflegende mit schwieriger Tätigkeit) vorgeschlagen.
2.50/51.03.253	Amt 50/51 Kita Westprom.	S8a									Umwandlung S 8a in S 4		Umwandlung einer S 8a Stelle in S 4 **als Zusatzkraft mit erweiterten Aufgaben**. Die Stelleninhaberin (Ergänzungskraft) hat aufgrund einer zusätzlichen Prüfung/Fortbildung die Berechtigung, auf Fachkraft-Stunden eingesetzt zu werden. Sie kann so notwendige Fachkraft-Stunden laut KiBiz-Mindestpersonalbedarf abdecken. Neue Bewerbende mit dieser Qualifikation erwarten teilweise eine Eingruppierung als Fachkraft mit S 8a. Zur weiteren Personalbindung wird eine Höherbewertung der Stelle nach S4 (Kinderpflegende mit schwieriger Tätigkeit) vorgeschlagen.

Stellen-Nr.:	Bezeichnung: Amt:	Aktuelle Bewertung Ausweisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz tarifl. Beschäftigte	Differenz Beamte	Differenz Gesamt	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Bemerkung:
2.50/51.03.306	Amt 50/51 Stellenpool Kita	S 8a									Produktänderung: neu: 06 02 05		Die Stelle wird frei. Im Stellenplan 2024 wurde die Stelle zur Stellenplanführung einer Mitarbeiterin während der EZ genutzt. Die Stelle kann nun für eine andere Mitarbeitende genutzt werden. Diese wird voraussichtlich EZ in Anspruch nehmen.
2.50/51.03.309	Amt 50/51 Stellenpool Kita	S 3									Umwandlung S 3 in S8a Produktänderung neu: 06 02 17		Umwandlung der Stelle von S 3 in S8a. Die Stelle wird frei. Im Stellenplan 2024 wurde die Stelle zur Stellenplanführung der Frau Böhme während der EZ genutzt. Diese ist inzwischen aus dem Dienst ausgeschieden. Die Stelle kann nun für eine andere Mitarbeitende genutzt werden. Diese wird voraussichtlich EZ in Anspruch nehmen.
2.50/51.03.314	Amt 50/51 Stellenpool Kita	S 8a									Produktänderung: neu: 06 02 05		Die Stelle wird frei. Im Stellenplan 2024 wurde die Stelle zur Stellenplanführung Mitarbeiterin während der EZ genutzt. Die Stelle kann nun für eine andere Mitarbeitende genutzt werden. Diese wird voraussichtlich EZ in Anspruch nehmen.
2.50/51.03.310	Amt 50/51 Stellenpool Kita	S 8a									Produktänderung: neu: 06 02 08		Die Stelle ist frei. Im Stellenplan 2024 wurde die Stelle zur Stellenplanführung einer Mitarbeiterin während der EZ genutzt. Die Stelle kann nun für eine andere Mitarbeitende genutzt werden. Diese befindet sich in einem Beschäftiungsverbot und wird vorauss. anschließend EZ in Anspruch nehmen.

Stellen-Nr.:	Bezeichung: Amt:	Aktuelle Bewertung Ausweisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz tarifl. Beschäftigte	Differenz Beamte	Differenz Gesamt	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Bemerkung:
2.50/51.03.311	Amt 50/51 Stellenpool Kita	S 8a									Produktänderung: neu: 06 02 01		Die Stelle ist frei. Im Stellenplan 2024 wurde die Stelle zur Stellenplanführung einer Mitarbeiterin während der EZ genutzt. Diese ist inzwischen aus dem Dienst ausgeschieden. Die Stelle kann nun für eine andere Mitarbeitende genutzt werden. Diese befindet sich in EZ.
3.60.02.02	Amt 60	EG 9a								**0,00**	Umwandlung EG 9a in EG 9b		Umwandlung EG 9a Stelle in EG 9b. Der Stelleninhaber hat sich sehr schnell in die neuen Tätigkeiten eingearbeitet und übernimmt ein breites Aufgabenspektrum. Die regelmäßige Eingruppierung bei Technikern liegt bei EG 9 b, sodass eine Anpassung wünschenswert wäre. Stellenbechreibung und Stellenbewertung liegen vor.
neu: 3.60.02.07	Amt 60			0,00	39,00	0,00	1,00	1,00	0,00	**1,00**	Neueinrichtung einer EG 9b Stelle in Vollzeit 13 01 00 50 % 13 02 00 5 % 12 01 01 45 %		Neueinrichtung einer EG 9b Stelle in Vollzeit als Sachbearbeitung Freianlagen und Grünflächenunterhaltung. Der gesteigerte Aufwand im Zusammenhang mit der Grünflächenunterhaltung (Koordination von Fertigstellungs- und Entwicklungspflege) sowie der Planung bzw. Herstellung von Spielplätzen, Außenanlagen etc. kann durch das vorhandene Personal nicht mehr in Gänze abgedeckt werden. Stellenbechreibung und Stellenbewertung liegen vor.

Stellen-Nr.:	Bezeichnung: Amt:	Aktuelle Bewertung Ausweisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz tarifl. Beschäftigte	Differenz Beamte	Differenz Gesamt	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Bemerkung:
3.60.03.01	Amt 60	EG 8								**0,00**	Umwandlung EG 8 in EG 9a		Umwandlung EG 8 Stelle in EG 9a. Die Stelleninhaber*innen der Stellen 3.60.03.01 + 02 übernehmen ein nahezu identisches Aufgabengebiet, doch die Eingruppierung differiert derzeit. Die Stelleninhaberin der Stelle 3.60.03.01 hat sich zudem auf die Sachbearbeitung im Bereich „Wohnraumstärkungsgesetz“ spezialisiert. Hier ist festzustellen, dass die Meldungen zunehmen und der Kontroll- und Nachverfolgungsaufwand hoch ist. Stellenbechreibung und -bewertung liegen vor.
3.60.01.81	Amt 60 Baubetriebshof	...6		8,00	16,00	0,21	0,41	0,20	0,00	**0,20**	Aufstockung des Stellenumfanges auf 16 Stunden.		Aufstockung des Stellenumfanges von 8 Stunden auf 16 Stunden da ein erhöhter Arbeitsbedarf besteht.
neu: 3.60.01.83+84	Amt 60 Baubetriebshof			0,00	78,00	0,00	2,00	2,00	0,00	**2,00**	Neueinrichtung von zwei EG 4 Stellen in Vollzeit 01 18 00 100 %		Neueinrichtung von zwei EG 4 Stellen als Hilfshandwerker "Allgemeine Transporte" in Vollzeit. Die Mitarbeitenden der Grabenkolonne arbeiten jährlich ca. 1.000 Stunden im Bereich der Stadthalle (z. B. Aufbau- und Transportarbeiten), sodass die eigentliche Tätigkeit im Bereich der Gräben nicht im gewünschten Umfang ausgeführt werden kann. Die vorhandenen Mitarbeitenden im Bereich „Allgemeine Transporte“ sind mit Transportleistungen für Flüchtlingsunterkünfte, städtische Veranstaltungen etc. ausgelastet und können die Arbeiten in der Stadthalle daher nicht übernehmen.

Stellen-Nr.:	Bezeichung: Amt:	Aktuelle Bewertung Ausweisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz tarifl. Beschäftigte	Differenz Beamte	Differenz Gesamt	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Bemerkung:
3.61.01.01	Amt 61	EG 11		39,00	41,00	1,00	1,00	-1,00	1,00	**0,00**	Umwandlung EG 11 in A 11		Umwandlung EG 11 in A 11 Stelle. Stelleninhaber scheidet wegen Wechsel in die Altersrente zum 31.03.2025 aus. Stellenschreibung und -bewertung liegen vor.
	Am 63										keine Auswirkungen auf den Stellenplan. Es handelt sich um eine informatiorisch beschäftigte Person.		Einrichtung einer Stelle als Ausbildungsstelle als Bauzeichner*in zum 01.08.2025
neu: 3.63.03.05	Amt 63			0,00	30,00	0,00	0,77	0,77	0,00	**0,77**	Neueinrichtung einer EG 9a Stelle in einem Umfang von 30 Std. Produkt 01 13 01 100%		Neueinrichtung einer EG 9a Stelle in einem Umfang von 30 Wochenstunden als Sachbearbeitung Gebäudeunterhaltung -Schulen. Durch die Einrichtung der Stelle soll eine Entlastung der Ingenieurstellen erfolgen im Bereich der Schulen/ Bauunter-haltung, Übernahme gesetzl. vorgeschriebener Aufgaben im Bereich Wartung + Prüfung. Teilweise erfolgt Gegenfinanzierung durch mehr Kapazitäten der Ingenieurstellen und Red. ext. Beauftragungen. Stellenbeschreibung und -bewertung liegen vor.

Veränderungen Stellenplan 2025
Stand 12.11.2024

Stellen-Nr.:	Bezeichnung: Amt:	Aktuelle Bewertung Ausweisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz tarifl. Beschäftigte	Differenz Beamte	Differenz Gesamt	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Bemerkung:
neu: 3.63.04.07	Amt 63			0,00	30,00	0,00	0,77	0,77	0,00	**0,77**	Neueinrichtung einer EG 8 Stelle mit 30 Wochenstunden. Zugang bei Produkt 01 13 02 100%		Neueinrichtung einer EG 8 Stelle in einem Umfang von 30 Wochenstunden als Sachbearbeitung "Bewirtschaftung Energie". Zu den Aufgaben würde die Bewirtschaftung des städtischen Gebäudebestandes und Versorgung mit Strom, Gas, Wasser und Öl gehören. Weitere Aufgaben wären z.B. die Bewirtschaftung von städtischen Photovoltaikanlagen, die Abrechnung einer großen Vielzahl von Standorten zur Unterbringung von Flüchtlingen in Anmietungen und die Erstellung des Energieberichtes. Ebenfalls wäre hier auch u.a. die Bewirtschaftung des Versicherungswesens sinnvoll anzuordnen. Die Aufgaben wurden bislang von einer Technikerin übernommen, die sich zunächst bis zum 21.10.2026 in Elternzeit befindet. Die Stelle könnte zunächst als EZ-Vertretung ausgeschrieben werden, jedoch mit der Perspektive auf unbefristete Einstellung. Frau Rahier hat eine Ausbildung als Technikerin und könnte nach Rückkehr wieder in ihrem ursprünglichen Aufgabenbereich eingesetzt werden, zumal hier in dem entsprechenden Zeitraum mit Stellenvakanzen durch altersbedingtem Ausscheiden zu rechnen ist. Stellenbeschreibung und -bewertung liegen vor.
3.63.03.09	Amt 63	EG 5		18,00	24,00	0,46	0,62	0,16	0,00	**0,16**	Umwandlung EG 5 in EG 6 und Erhöhung des Stellenumfanges auf 24 Stunden.		Umwandlung EG 5 Stelle in EG 6 analog der Stelle 3.63.03.04 (Bauzeichnung) entsprechend der tatsächlichen Wertigkeit, sowie Erhöhung des Stellenumfanges von 18 Stunden auf 24 Stunden.
3.63.04.05	Amt 63	EG 2		39,00	34,00	1,00	0,87	-0,13	0,00	**-0,13**	Reduzierung Stundenumfang von 39 auf 34 Stunden.		Reduzierung des Stundenumfanges von 39 Std. auf 34 Stunden (IST-Stunden=6).

Stellen-Nr.:	Bezeichung: Amt:	Aktuelle Bewertung Ausweisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz tarifl. Beschäftigte	Differenz Beamte	Differenz Gesamt	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Bemerkung:
3.66.02.17	Amt 66	EG 10									Verlängerung der befristeten Stelleneinrichtung.		Verlängerung der befristeten Stelle bis Ende 2026. Das Projekt Umbau SPS/ PLS wird im laufenden Betrieb durchgeführt. Durch die Weiterentwicklung des Projektes ist eine Verlängerung der Befristung bis Ende 2026 erforderlich. Die Stelleninhaber (Teilzeit) sind eingearbeitet und im Rahmen der jeweiligen Studien verfügbar.
3.66.03.03	Amt 66	EG 10									Umwandlung EG 10 in EG 11 Produktänderung: 12 01 01 100 %		Umwandlung EG 10 Stelle in EG 11. Die Umwandlung ist aufgrund der gestiegenen Anforderungen (neuer BfV Beleuchtung, Projektleitung und übernahme großer Projekte) und Verlagerung von Aufgaben im Amt 66 erforderlich. Stellenbeschreibung und -bewertung liegen vor.
3.66.03.07	Amt 66	EG 11											Die Stelle "Sachbearbeitung Radverkehrsanlagen" wird im Stellenplan 2025 ohne Bewirtschaftung geführt, da mit einer Bewilligung des Förderantrages für die Radrouten Nord und West erst weit im zweiten Halbjahr 2025 zu rechnen ist.
neu: 3.66.02.19	Amt 66			0,00	39,00	0,00	1,00	1,00	0,00	**1,00**	Neueinrichtung einer EG 11 Stelle in Vollzeit Produkte 11 02 01 50 % 12 01 01 50 %		Neueinrichtung einer EG 11 Stelle in Vollzeit. Die Einrichtung der Stelle ist erforderlich aufgrund des hohen Arbeitsaufkommens u.a. durch die weiteren Baugebietsentwicklungen. Stellenbeschreibung und -Bewertung liegen vor.

Veränderungen Stellenplan 2025
Stand 12.11.2024

Stellen-Nr.:	Bezeichung: Amt:	Aktuelle Bewertung Ausweisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz tarifl. Beschäftigte	Differenz Beamte	Differenz Gesamt	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Bemerkung:
4.20.03.01	Amt 20	A 12									Umwandlung A 12 in A 13 LG 2.1		Umwandlung A 12 Stelle in A 13 LG 2.1. Seitdem Kämmerer Schmitz in 1/21 zusätzlich die Dezernatsleitung IV übertragen worden ist, wurden faktisch eine Reihe von AL-Aufgaben in der tägl. Arbeit von den SGL übernommen. Bei den SGL zusätzl. übernommenen Tätigkeiten handelt es sich insbes. um zusätzl. Tätigkeiten im Bereich von Leitungsfunk-tionen. Daneben gibt es keine stellvertr. Amtsleitung, dies wird ebenfalls von den SGL mit übernommen. Beide Sachverhalte sind bisher nicht in den Stellenbeschreibungen und Bewertungen berücksichtigt worden.Seit dem Ausscheiden der ehem. SGL in 10/2021 war eine Leitungsstelle im SG 20.03 mehr od. weniger vakant. Erst mit der aktuellen Stellennachbesetzung seit dem 2.4.24 scheint diese Vakanz sukzessive zu verschwinden. Dieses Vakuum musste über 2 ½ Jahre von der Stelleninhaberin kompensiert werden. In dieser Zeit hat sich herausgestellt, dass die mit der Stelle verbunden Leitungs-+ Verantwortungsfunktion für 11 MA weit über den in der akt. Stellenbeschreibung dafür vorgesehenen Zeitrahmen hinausgeht. Daneben hat sich in der Zeit gezeigt, dass die Stellinhaberin in vielen Dingen des tägl. Geschäfts den MA des SG`es verstärkt Hilfestellung bei der Erledigung geben muss. Dies wird durch erhöhte Fluktuation bei den Beschäftigten im SG zudem verstärkt. Erschwerend ist aufgrund der anstehenden Grundsteuerreform zu erwarten, dass dieser Zustand auf nicht absehbare Zeit, wenn nicht sogar dauerhaft, anhalten wird. Stellenbeschreibung und -bewertung muss noch erfolgen.
4.20.03.11	Amt 20	A 11		41,00	39,00	1,00	1,00	1,00	-1,00	**0,00**	Umwandlung A 11 in EG 10		Umwandlung A 11 Stelle in EG 10, da die Stelle inzwischen mit einer Tarifbeschäftigten besetzt ist.
4.20.04.03	Amt 20	A 11		41,00	39,00	1,00	1,00	1,00	-1,00	**0,00**	Umwandlung A 11 in EG 9c		Umwandlung A 11 Stelle in EG 9c, da die Stelle inzwischen mit einer Tarifbeschäftigten besetzt ist.
								25,21	13,00	**683,52**			
				Stellenmehrung gegenüber 2024 =						**38,21**			

Veränderungen Stellenplan 2025
Stand 12.11.2024

Stellen-Nr.:	Bezeichung: Amt:	Aktuelle Bewertung Ausweisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz tarifl. Beschäftigte	Differenz Beamte	Differenz Gesamt	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Bemerkung:

Stellenplan

der Stadt Erkelenz für das Haushaltsjahr 2025

Inhaltsverzeichnis:

- Gesamtübersicht Stellenplan 2025
- Stellenplan 2025, Teil A: Beamte /Beamtinnen
- Stellenplan 2025, Teil B: Tarifbeschäftigte nach dem TVöD
- Stellenplan 2025, Teil C: Tarifbeschäftigte nach dem TV Sozial- u. Erziehungsdienst

Gesamtübersicht Stellenplan 2025		Zahl der Stellen davon	
		Summe der Stellen bezogen auf Vollzeitstellen	besetzt am 30.06.2024
	2025	**2024**	
Beamte:	108,00	95	70,95
Tarifbeschäftigte TVöD:	314,46	306,86	274,32
Tarifbeschäftigte TV Sozial- u. Erziehungsdienst:	261,06	243,45	175,68
Gesamt:	683,52	645,31	520,95

nachrichtlich:	**2025**	**2024**	01.10.2024
Inspektoranwärter*in:	9	7	6
Aufstiegsbeamte*innen:	1	1	1
Auszubildende:	41	33	30
Sekretäranwärter*innen:	5	3	3
Brandmeisteranwärter*innen:	3	0	0
Dualer Studiengang Soziale Arbeit	2	1	0
Praktikanten:	5	10	3
Gesamt:	**66**	**55**	**43**

Folgendes Recht wird eingeräumt:

Wird einer Beamtin oder einem Beamten ein Amt mit höherem Endgrundgehalt verliehen, so kann sie/er mit Rückwirkung von höchstens drei Monaten in die höhere Planstelle eingewiesen werden, soweit während dieser Zeit die Obliegenheiten des verliehenen oder eines gleichartigen Amtes tatsächlich wahrgenommen wurden und die Planstelle, in die eingewiesen wird, besetzbar war.

Anmerkung:

Der Stellenplan 2025 wurde aus dem Stellenbesetzplan der Stadt Erkelenz entwickelt und in vollzeitverrechneten Stellenangaben dargestellt. Damit wird der Forderung der Gemeindeprüfungsanstalt Rechnung getragen. Das System rechnet intern mit 6 Nachkommastellen. Wegen der Übersichtlichkeit hat man sich auf 2 Nachkommastellen beschränkt, so dass in einigen Bereichen geringfügige Rundungsdifferenzen auftreten können.

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

Wahlbeamte und Laufbahngruppen	Besoldungs-gruppe	Zahl der Stellen 2025	Zahl der Stellen 2025	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2024	Erläuterungen
Wahlbeamte					
	B 6	1,00	1,00	1,00	
	B 3	1,00	1,00	1,00	
	B 2	1,00	1,00	1,00	
Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegsamt					
	A 16	1,00	1,00	1,00	
	A 15	3,00	2,00	1,00	
	A 14	9,00	8,00	6,90	
	A 13	0,00	2,00	1,00	
Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt					
	A 13	6,00	5,00	3,45	
	A 12	11,00	13,00	11,17	
	A 11	21,00	18,00	12,55	
	A 10	19,00	16,00	10,73	
	A 9	1,00	1,00	1,00	
Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt					
	A 9	12,00	11,00	8,99	
	A 8	19,00	14,00	9,16	
	A 7	3,00	1,00	1,00	
	A 6	0,00	0,00	0,00	
Insgesamt:		108,00	95,00	70,95	

S t e l l e n p l a n

Teil B: Tarifbeschäftigte -TVöD-

Entgeltgruppe	Zahl der Stellen 2025	Zahl der Stellen 2024	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2024	Erläuterungen
15	0,00	1,00	1,00	
14	3,00	3,00	3,00	
13	3,00	3,00	2,00	
12	13,00	13,00	11,54	
11	28,09	28,09	24,55	
10	12,87	12,87	9,92	
9c	6,00	5,00	5,00	
9b	20,51	18,51	16,36	
9a	22,53	19,32	17,45	
8	25,26	28,45	24,40	
7	22,91	23,17	19,58	
6	63,07	58,25	54,98	
5	41,65	39,88	38,13	
4	32,90	30,90	29,57	
3	7,90	7,90	6,09	
2	11,77	14,52	10,75	
1	0,00	0,00	0,00	
Insgesamt	**314,46**	**306,86**	**274,32**	

Teil C: Tarifbeschäftigte nach dem Sozial- u. Erziehungsdienst

Entgeltgruppe	Zahl der Stellen 2025	Zahl der Stellen 2024	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2024	Erläuterungen
S 18	1,00	1,00	0,77	
S 17	0,00	0,00	0,00	
S 16	4,00	4,00	4,00	
S 15	13,00	10,00	10,00	
S 14	11,77	10,77	8,77	
S 13	10,00	10,00	8,74	
S 12	6,00	4,77	3,18	
S 11b	4,83	4,83	3,50	
S 11a	0,00	0,00	0,00	
S 10	0,00	0,00	0,00	
S 9	1,00	1,00	1,00	
S 8b	1,00	1,00	0,76	
S 8a	191,32	181,43	124,02	
S 7	0,00	0,00	0,00	
S 6	0,00	0,00	0,00	
S 5	0,00	0,00	0,00	
S 4	4,91	0,00	0,00	
S 3	12,23	14,65	10,94	
S 2	0,00	0,00	0,00	
S1	0,00	0,00	0,00	
Insgesamt	**261,06**	**243,45**	**175,68**	

Stellenübersicht

der Stadt Erkelenz für das Haushaltsjahr 2025

Inhaltsverzeichnis:

- Stellenübersicht 2025, Teil A: Aufteilung nach Produktgliederung (Beamte)
- Stellenübersicht 2025, Teil A: Aufteilung nach Produktgliederung (Tarifbeschäftigte nach dem TVöD)
- Stellenübersicht 2025, Teil A: Aufteilung nach Produktgliederung (Tarifbeschäftigte nach dem TV Sozial- u. Erziehungsdienst)
- Stellenübersicht 2025, Teil B: Dienstkräfte in der Probe u. Ausbildungszeit
- Stellenübersicht 2025, Teil B: Dienstkräfte in der Probe u. Ausbildungszeit (Nachwuchskräfte und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte)

Stellenübersicht 2025

Teil A: Aufteilung nach Produktgliederung

Beamte

Nr.	Nr.	Produktgrupppe	Nr.	Produkt	Beamte Landesbesoldungsgesetz A/B Besoldungsgruppen																	
					Wahlbeamte				Laufbahngruppe 2, ab 2. Einstiegsamt				Laufbahngruppe 2					Laufbahngruppe 1 ab 2. Einstiegsamt				
					B6	B3	B2	A16	A16	A15	A14	A13	A13	A12	A11	A10	A9	A9	A8	A7	A6	Summe:
01	01	Politische Gremien	00							0,08	0,20			0,80								1,08
	02	Verwaltungsführung	00		1,00	1,00	1,00		0,30		0,10				0,25							3,65
	03	Gleichstellung von Mann und Frau	00																			0,00
	04	Beschäftigtenvertretung	00										1,00									1,00
	05	Rechnungsprüfung	00								1,00			1,00								2,00
	06	Zentrale Dienste	00								0,30			0,10	1,70							2,10
	07	Presse u. Öffentlichkeitsarbeit	00																1,00			1,00
	08	Personalmanagement	00								1,00			0,90	2,30			1,00	1,00			6,20
	08	Personalmanagement	00	Temporäre Stellenvakanzen*						1,00	1,00		1,00		3,00	3,00		1,00	1,00	2,00		13,00
	09	Finanzmanagement u. Rechnungswesen	00						0,70				0,80	1,00		1,70	0,75	0,85	0,50			6,30
	10	Organisationsangelegenheiten u. technikunterstütze Informationsverarbeitung	00								0,40			1,00	3,00							4,40
	11	Recht	00										0,90		1,00	1,00						2,90
	12	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	00								0,10											0,10
	13	Grundstücks- u. Gebäudemanagement	01	Grundstücks- und Gebäudeverwaltung							1,00			1,00	1,00	1,00						4,00
			02	Grundstücks- und Gebäudeverwaltung Serviceleistungen,Unterhatung, Energie und Reinigung						0,45												0,45
	14	Bürgerbüro	00															0,20	0,60			0,80
	15	Städtepartnerschaften	00																			0,00
	18	Baubetriebshof	00								0,40											0,40
02	01	Allgemeine Sicherheit und Ordnung	00										0,45	0,05		0,40						0,90
	02	Gewerbewesen	00										0,10			1,40						1,50
	07	Verkehrsangelegenheiten	00											0,75		1,75						2,50
	10	Einwohnerangelegenheiten	00															0,80	2,40			3,20
	11	Personenstandswesen	00											1,00	1,00			1,00	2,00			5,00
	13	Statistik und Wahlen	00											0,20	0,75							0,95
	15	Gefahrenabwehr und Gefahrenvorbeugung	00											1,00	1,00	0,50		2,00	6,00			10,50
	18	Öffentliche Toilettenanlagen	00																			0,00
03	01	Bereitstellung schulischer Einrichtungen	01	Grundschulen							0,09			0,17		0,09			0,64			0,99
			02	Hauptschule							0,18			0,15		0,18			0,70			1,21
			03	Realschule							0,09			0,15		0,09			0,23			0,56
			04	Gymnasium							0,10			0,15		0,10			0,26			0,61
	02	Zentrale Leistungen für Schüler und am Schulleben Beteiligte	01	Schülerbeförderung							0,09					0,09			0,23			0,41
			02	Fördermaßnahmen für Schüler																		0,00
04	01	Kulturförderung u. kult. Veranstaltungen	00								0,08			0,02		0,08			0,08			0,26
	06	Stadtbücherei	00								0,08			1,00		0,08						1,16
	08	Archiv	00												1,00							1,00
05	01	Unterstützung von Senioren	00							0,01												0,01
			01	Sozialplanung, Sozialmonitoring und Gemeinwesenarbeit																		0,00
	02	Hilfe bei Krankheit, Behinderungen und Pflegebedürftigkeit	00							0,01												0,01
	03	Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen	01	Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII						0,02			0,20			1,20		0,40				1,82

Stellenübersicht 2025

Teil A: Aufteilung nach Produktgliederung

Beamte

Nr.	Nr.	Produktgrupppe	Nr.	Produkt	Beamte Landesbesoldungsgesetz A/B Besoldungsgruppen																	
					Wahlbeamte				Laufbahngruppe 2, ab 2. Einstiegsamt				Laufbahngruppe 2					Laufbahngruppe 1 ab 2. Einstiegsamt				
					B6	B3	B2	A16	A16	A15	A14	A13	A13	A12	A11	A10	A9	A9	A8	A7	A6	Summe:
			02	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII						0,02			0,25			1,00		1,40				2,67
			03	Leistungen nach dem AsylbLG						0,01					1,00	0,90		1,34				3,25
			04	Soziale Betreuung für Spätaussiedler u. ausl. Fl.						0,01												0,01
			05	Grundsicherung nach dem SGB II																		0,00
	04	Sozialversicherungsangelegenheiten	00							0,01												0,01
06	01	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege (freie Träger)	00							0,05	0,20					0,25						0,50
	02	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege	01	KG Adolf-Kolping-Hof -Erkelenz-						0,07						0,16						0,23
			02	KG Granterath												0,16						0,16
			05	KG Gerderath												0,16						0,16
			06	KG Am Hagelkreuz -Erkelenz-						0,07						0,16						0,23
			07	KG Hetzerath												0,16						0,16
			08	KG Buscherhof -Erkelenz-																		0,00
			09	KG Lövenich																		0,00
			10	KG Bauxhof -Erkelenz-																		0,00
			11	KG Venrath																		0,00
			12	KG Kückhoven																		0,00
			13	KG Oerather Mühlenfeld -Erkelenz-						0,07												0,07
			14	KG Kamp-Lintforter-Straße -Erkelenz-																		0,00
			15	KG Südpromenade -Erkelenz-																		0,00
			16	Kombinierte Tageseinrichtung Westpromenade / Zehnthofweg						0,07												0,07
			17	KG Immerath (neu)																		0,00
			19	KG Schulring -Erkelenz-																		0,00
			20	Förderung von Kindern in Tagespflege						0,05	0,15											0,20
	03	Kinder- und Jugendarbeit	01	Jugendarbeit						0,10												0,10
			02	Einrichtungen der Jugendarbeit						0,02	0,15											0,17
	04	Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	00							0,30	0,25		0,50			1,75		1,20		1,00		5,00
08	01	Bereitstellung und Betrieb von Sportanlagen	00								0,08			0,18		0,08			0,48			0,82
	02	Sportförderung	00								0,08					0,08			0,09			0,25
	03	Bereitstellung und Betrieb von Bädern	00								0,07			0,18		0,07			0,21			0,53
09	01	Räumliche Planung	00												1,00							1,00
	02	Räumliche Entwicklung	00								0,60		0,10	0,15	0,30	0,25						1,40
	03	Grundstücksneuordnung und grundstücksbezogene Ordnungsmaßnahmen	00																			0,00
10	01	Maßnahmen der Bauaufsicht	00							0,25					0,85							1,10

Stellenübersicht 2025

Teil A: Aufteilung nach Produktgliederung

Beamte

Nr.	Nr.	Produktgrupppe	Nr.	Produkt	Beamte Landesbesoldungsgesetz A/B Besoldungsgruppen																	
					Wahlbeamte				Laufbahngruppe 2, ab 2. Einstiegsamt				Laufbahngruppe 2					Laufbahngruppe 1 ab 2. Einstiegsamt				
					B6	B3	B2	A16	A16	A15	A14	A13	A13	A12	A11	A10	A9	A9	A8	A7	A6	Summe:
	02	Baubehördliche Beratung und Information	00							0,14					0,15							0,29
	03	Denkmalschutz und Denkmalpflege	00							0,16												0,16
	05	Wohnraumsicherung und -versorgung	00								0,05											0,05
	06	Hilfen bei Wohnproblemen	01	Hilfen zum Erhalt u. z. Erlangung einer Wohung						0,02			0,05						1,00			1,07
			02	Verw. und Betrieb v. Unterkünften u.Einrichtungen für Wohnungslose																		0,00
			03	Verw. und Betrieb v. Unterkünften u.Einrichtungen für Spätaussiedler und ausländischer Flüchtlinge						0,01	0,15					0,10		0,66				0,92
11	01	Abfallwirtschaft	00										0,50			0,30	0,25	0,15	0,50			1,70
	02	Entwässerung und Abfallbeseitigung	01	Abwasserbetrieb																		0,00
	03	Versorgung	00																			0,00
12	01	Öffentliche Verkehrsflächen	01	Straßen, Wege, Plätzen, Brücken u. Tunnel							0,05				0,30							0,35
			02	Parkplätze und Parkbauten										0,05								0,05
			03	Tiefgarage																		0,00
	02	Verkehrsanlagen	00																			0,00
	03	Verkehrliche Planung	00																			0,00
	04	Straßenreinigung und Winterdienst	00										0,15									0,15
13	01	Öffentliches Grün	00								0,20				0,15							0,35
	02	Natur und Landschaft	00								0,05											0,05
	03	Wald, Forst- und Landwirtschaft	00																			0,00
	04	Wasser und Wasserbau	00																			0,00
	05	Friedhöfe	00								0,25											0,25
14	01	Energie und Klima	00												1,00							1,00
15	01	Wirtschaftsförderung	00								0,30											0,30
	02	Allgemeine Einrichtungen	02	Mehrzweckgebäude							0,06					0,06			0,08			0,20
			03	Märkte												0,70						0,70
	03	Stadtmarketing	00								0,10				0,25							0,35
16	01	Steuern, allg. Zuweisungen u. allg. Umlagen	00																			0,00
	02	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	00																			0,00
17	01	Stiftung A	01	Becker-von-Berg-Stiftung																		0,00
					1,00	1,00	1,00	0,00	1,00	3,00	9,00	0,00	6,00	11,00	21,00	19,00	1,00	12,00	19,00	3,00	0,00	108,00

*Nicht bewirtschaftete Stellen, teilw. Langzeit-AU u. ATZ ohne unmittelbaren Ersatz, Reserve für evtl. Übernahme Azubi´s etc.

Stellenübersicht 2025

Teil A: Aufteilung nach Produktgliederung

Beamte

Nr.	Produktbereich	Nr.	Produktgrupppe	Nr.	Produkt	Beamte Landesbesoldungsgesetz A/B Besoldungsgruppen																2025	2024	Differenz
						Wahlbeamte				Laufbahngruppe 2, ab 2. Einstiegsamt			Laufbahngruppe 2					Laufbahngruppe 1 ab 2. Einstiegsamt						
						B6	B3	B2	A16	A16	A15	A14	A13	A13	A12	A11	A10	A9	A9	A8	A7	A6	Summe:		
01	Innere Verwaltung	01	Politische Gremien	00							0,08	0,20			0,80							1,08	0,90	0,18
		02	Verwaltungsführung	00		1,00	1,00	1,00		0,30		0,10				0,25						3,65	3,65	0,00
		03	Gleichstellung von Mann und Frau	00																		0,00	0,00	0,00
		04	Beschäftigtenvertretung	00										1,00								1,00	1,00	0,00
		05	Rechnungsprüfung	00								1,00			1,00							2,00	2,00	0,00
		06	Zentrale Dienste	00								0,30			0,10	1,70						2,10	2,30	-0,20
		07	Presse u. Öffentlichkeitsarbeit	00																1,00		1,00	1,00	0,00
		08	Personalmanagement	00								1,00			0,90	2,30			1,00	1,00		6,20	5,20	1,00
				00	Temporäre Stellenvakanzen*						1,00	1,00		1,00		3,00	3,00		1,00	1,00	2,00	13,00	9,00	4,00
		09	Finanzmanagement u. Rechnungswesen	00						0,70				0,80	1,00		1,70	0,75	0,85	0,50		6,30	7,15	-0,85
		10	Organisationsangelegenheiten u. technikunterstütze Informationsverarbeitung	00								0,40			1,00	3,00						4,40	2,90	1,50
		11	Recht	00										0,90		1,00	1,00					2,90	2,90	0,00
		12	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	00								0,10										0,10	0,10	0,00
		13	Grundstücks- u. Gebäudemanagement	01	Grundstücks- und Gebäudeverwaltung							1,00			1,00	1,00	1,00					4,00	5,00	-1,00
				02	Grundstücks- und Gebäudeverwaltung Serviceleistungen,Unterhatung, Energie und Reinigung						0,45											0,45	0,45	0,00
		14	Bürgerbüro	00															0,20	0,60		0,80	1,00	-0,20
		15	Städtepartnerschaften	00																		0,00	0,00	0,00
		18	Baubetriebshof	00								0,40										0,40	0,40	0,00
02	Sicherheit u. Ordnung	01	Allgemeine Sicherheit und Ordnung	00										0,45	0,05		0,40					0,90	0,90	0,00
		02	Gewerbewesen	00										0,10			1,40					1,50	1,50	0,00
		07	Verkehrsangelegenheiten	00											0,75		1,75					2,50	2,20	0,30
		10	Einwohnerangelegenheiten	00															0,80	2,40		3,20	3,30	-0,10
		11	Personenstandswesen	00											1,00	1,00			1,00	2,00		5,00	4,00	1,00
		13	Statistik und Wahlen	00											0,20	0,75						0,95	0,95	0,00
		15	Gefahrenabwehr und Gefahrenvorbeugung	00											1,00	1,00	0,50		2,00	6,00		10,50	8,50	2,00
		18	Öffentliche Toilettenanlagen	00																		0,00	0,00	0,00
03	Schulträgeraufgaben	01	Bereitstellung schulischer Einrichtungen	01	Grundschulen							0,09			0,17		0,09			0,64		0,99	0,99	0,00
				02	Hauptschule							0,18			0,15		0,18			0,70		1,21	1,21	0,00
				03	Realschule							0,09			0,15		0,09			0,23		0,56	0,56	0,00
				04	Gymnasium							0,10			0,15		0,10			0,26		0,61	0,61	0,00
		02	Zentrale Leistungen für Schüler und am Schulleben Beteiligte	01	Schülerbeförderung							0,09					0,09			0,23		0,41	0,41	0,00
				02	Fördermaßnahmen für Schüler																	0,00	0,00	0,00
04	Kultur	01	Kulturförderung u. kult. Veranstaltungen	00								0,08			0,02		0,08			0,08		0,26	0,26	0,00
		06	Stadtbücherei	00								0,08			1,00		0,08					1,16	1,16	0,00
		08	Archiv	00												1,00						1,00	1,00	0,00
05	Soziale Hilfen	01	Unterstützung von Senioren	00							0,01											0,01	0,05	-0,04
				01	Sozialplanung, Sozialmonitoring und Gemeinwesenarbeit																	0,00	0,00	0,00
		02	Hilfe bei Krankheit, Behinderungen und Pflegebedürftigkeit	00							0,01											0,01	0,00	0,01
		03	Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen	01	Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII						0,02			0,20			1,20		0,40			1,82	1,20	0,62
				02	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII						0,02			0,25			1,00		1,40			2,67	2,25	0,42
				03	Leistungen nach dem AsylbLG						0,01					1,00	0,90		1,34			3,25	2,67	0,58
				04	Soziale Betreuung für Spätaussiedler u. ausl. Fl.						0,01											0,01	0,05	-0,04
				05	Grundsicherung nach dem SGB II																	0,00	0,00	0,00
		04	Sozialversicherungsangelegenheiten	00							0,01											0,01	0,00	0,01
06	Kinder-, Jugend- u. Familienhilfe	01	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege (freie Träger)	00							0,05	0,20					0,25					0,50	0,40	0,10
		02	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege	01	KG Adolf-Kolping-Hof -Erkelenz-						0,07						0,16					0,23	0,05	0,18
				02	KG Granterath												0,16					0,16	0,05	0,11
				05	KG Gerderath												0,16					0,16	0,05	0,11
				06	KG Am Hagelkreuz -Erkelenz-						0,07						0,16					0,23	0,05	0,18
				07	KG Hetzerath												0,16					0,16	0,05	0,11
				08	KG Buscherhof -Erkelenz-																	0,00	0,05	-0,05
				09	KG Lövenich																	0,00	0,05	-0,05
				10	KG Bauxhof -Erkelenz-																	0,00	0,00	0,00
				11	KG Venrath																	0,00	0,05	-0,05
				12	KG Kückhoven																	0,00	0,05	-0,05
				13	KG Oerather Mühlenfeld -Erkelenz-						0,07											0,07	0,05	0,02
				14	KG Kamp-Lintforter-Straße -Erkelenz-																	0,00	0,05	-0,05

Stellenübersicht 2025

Teil A: Aufteilung nach Produktgliederung

Beamte

Nr.	Produktbereich	Nr.	Produktgrupppe	Nr.	Produkt	Beamte Landesbesoldungsgesetz A/B Besoldungsgruppen																2025	2024	Differenz
						Wahlbeamte				Laufbahngruppe 2, ab 2. Einstiegsamt				Laufbahngruppe 2					Laufbahngruppe 1 ab 2. Einstiegsamt						
						B6	B3	B2	A16	A16	A15	A14	A13	A13	A12	A11	A10	A9	A9	A8	A7	A6	Summe:		
				15	KG Südpromenade -Erkelenz-																		0,00	0,05	-0,05
				16	Kombinierte Tageseinrichtung Westpromenade / Zehnthofweg						0,07												0,07	0,05	0,02
				17	KG Immerath (neu)																		0,00	0,05	-0,05
				19	KG Schulring -Erkelenz-																		0,00	0,05	-0,05
				20	Förderung von Kindern in Tagespflege						0,05	0,15											0,20	0,00	0,20
		03	Kinder- und Jugendarbeit	01	Jugendarbeit						0,10												0,10	0,00	0,10
				02	Einrichtungen der Jugendarbeit						0,02	0,15											0,17	0,05	0,12
		04	Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	00							0,30	0,25		0,50			1,75		1,20		1,00		5,00	6,05	-1,05
08	Sportförderung	01	Bereitstellung und Betrieb von Sportanlagen	00								0,08			0,18		0,08			0,48			0,82	0,82	0,00
		02	Sportförderung	00								0,08					0,08			0,09			0,25	0,25	0,00
		03	Bereitstellung und Betrieb von Bädern	00								0,07			0,18		0,07			0,21			0,53	0,53	0,00
09	Räumliche Plaung u. Entwicklung, Geo-Information	01	Räumliche Planung	00												1,00							1,00	0,00	1,00
		02	Räumliche Entwicklung	00								0,60		0,10	0,15	0,30	0,25						1,40	1,40	0,00
		03	Grundstücksneuordnung und grundstücksbezogene Ordnungsmaßnahmen	00																			0,00	0,00	0,00
10	Bauen und Wohnen	01	Maßnahmen der Bauaufsicht	00							0,25					0,85							1,10	1,10	0,00
		02	Baubehördliche Beratung und Information	00							0,14					0,15							0,29	0,29	0,00
		03	Denkmalschutz und Denkmalpflege	00							0,16												0,16	0,16	0,00
		05	Wohnraumsicherung und -versorgung	00								0,05											0,05	0,05	0,00
		06	Hilfen bei Wohnproblemen	01	Hilfen zum Erhalt u. z. Erlangung einer Wohung						0,02			0,05						1,00			1,07	0,05	1,02
				02	Verw. und Betrieb v. Unterkünften u.Einrichtungen für Wohnungslose																		0,00	0,00	0,00
				03	Verw. und Betrieb v. Unterkünften u.Einrichtungen für Spätaussiedler und ausländischer Flüchtlinge						0,01	0,15					0,10		0,66				0,92	0,48	0,44
11	Ver- u. Entsorgung	01	Abfallwirtschaft	00										0,50			0,30	0,25	0,15	0,50			1,70	1,85	-0,15
		02	Entwässerung und Abfallbeseitigung	01	Abwasserbetrieb																		0,00	0,00	0,00
		03	Versorgung	00																			0,00	0,00	0,00
12	Verkehrsflächen	01	Öffentliche Verkehrsflächen	01	Straßen, Wege, Plätzen, Brücken u. Tunnel							0,05				0,30							0,35	0,35	0,00
				02	Parkplätze und Parkbauten										0,05								0,05	0,05	0,00
				03	Tiefgarage																		0,00	0,00	0,00
		02	Verkehrsanlagen	00																			0,00	0,00	0,00
		03	Verkehrliche Planung	00																			0,00	0,00	0,00
		04	Straßenreinigung und Winterdienst	00										0,15									0,15	0,15	0,00
13	Natur- u. Landschaftspflege	01	Öffentliches Grün	00								0,20				0,15							0,35	0,35	0,00
		02	Natur und Landschaft	00								0,05											0,05	0,05	0,00
		03	Wald, Forst- und Landwirtschaft	00																			0,00	0,00	0,00
		04	Wasser und Wasserbau	00																			0,00	0,00	0,00
		05	Friedhöfe	00								0,25											0,25	0,25	0,00
14	Energie und Klima	01		00												1,00							1,00	0,00	1,00
15	Wirtschaft u. Tourismus	01	Wirtschaftsförderung	00								0,30											0,30	0,30	0,00
		02	Allgemeine Einrichtungen	02	Mehrzweckgebäude							0,06					0,06			0,08			0,20	0,20	0,00
				03	Märkte												0,70						0,70	0,00	0,70
		03	Stadtmarketing	00								0,10				0,25							0,35	0,35	0,00
16	Allgemeine Finanzwirtschaft	01	Steuern, allg. Zuweisungen u. allg. Umlagen	00																			0,00	0,00	0,00
		02	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	00																			0,00	0,00	0,00
17	Stiftungen	01	Stiftung A	01	Becker-von-Berg-Stiftung																		0,00	0,00	0,00
						1,00	1,00	1,00	0,00	1,00	3,00	9,00	0,00	6,00	11,00	21,00	19,00	1,00	12,00	19,00	3,00	0,00	108,00	95,00	13,00

*Nicht bewirtschaftete Stellen, teilw. Langzeit-AU u. ATZ ohne unmittelbaren Ersatz, Reserve für evtl. Übernahme Azubi´s etc.

Stellenübersicht 2025

Teil A: Aufteilung nach Produktgliederung

Tarifbeschäftigte

Nr.	Produktbereich	Nr.	Produktgrupppe	Nr.	Produkt	15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2	1	Summe:
01	Innere Verwaltung	01	Politische Gremien	00											1,24								1,24
		02	Verwaltungsführung	00				0,60							1,59								2,19
		03	Gleichstellung von Mann und Frau	00							0,64												0,64
		04	Beschäftigtenvertretung	00												1,00	0,50	0,21					1,71
		05	Rechnungsprüfung	00						1,00													1,00
		06	Zentrale Dienste	00						1,00				0,85			1,00	2,50	1,00				6,35
		07	Presse u. Öffentlichkeitsarbeit	00					1,00				1,00	1,00	0,13								3,13
		08	Personalmanagement	00									2,00	1,00	0,90								3,90
				00	Temporäre Stellenvakanzen*				1,00	1,00		1,00		1,00	2,54	1,00	2,00						9,54
		09	Finanzmanagement u. Rechnungswese	00						2,00	1,85	1,95		0,88	3,76	0,90	0,73						12,07
		10	Organisationsangelegenheiten u. technickunterstütze Informationsverarbeitung	00				0,40		2,00			3,00										5,40
		11	Recht	00			0,70									0,40							1,10
		12	Allgemeine Verwaltungsangelegenheite	00											1,59								1,59
		13	Grundstücks- u. Gebäudemanagement	01	Grundstücks- und Gebäudeverwaltung							1,00		0,50									1,50
				02	Grundstücks- und Gebäudevewaltung Serviceleistungen,Unterhatung, Energie und Reinigung				2,00	2,50	3,00		1,00	2,54	3,53	1,00	1,38						16,95
		14	Bürgerbüro	00							0,18				0,33			0,74	0,80				2,05
		15	Städtepartnerschaften	00																			0,00
		18	Baubetriebshof	00						1,00			1,00	2,95	0,13	2,65	27,41	18,00	28,00				81,14
02	Sicherheit u. Ordnung	01	Allgemeine Sicherheit und Ordnung	00			0,05									1,28	0,12	0,53					1,98
		02	Gewerbewesen	00			0,05																0,05
		07	Verkehrsangelegenheiten	00			0,05									1,84	0,45	2,49					4,83
		10	Einwohnerangelegenheiten	00							0,82				1,62				0,30				2,74
		11	Personenstandswesen	00			0,05																0,05
		13	Statistik und Wahlen	00											0,04								0,04
		15	Gefahrenabwehr und Gefahrenvorbeug	00											0,77	0,51							1,28
		18	Öffentliche Toilettenanlagen	00									0,05										0,05
03	Schulträgeraufgal	01	Bereitstellung schulischer Einrichtunger	01	Grundschulen				0,30				0,30	1,16			2,00	4,75	1,10				9,61
				02	Hauptschule				0,10				0,10	0,56			2,00	0,63	0,65		0,26		4,30
				03	Realschule				0,20				0,20	0,46			1,00	1,49			0,51		3,86
				04	Gymnasium				0,40				0,40	1,31		1,00	3,00	4,60	0,31		1,55		12,57
		02	Zentrale Leistungen für Schüler und am Schulleben Beteiligte	01	Schülerbeförderung													0,07					0,07
				02	Fördermaßnahmen für Schüler																		0,00
04	Kultur	01	Kulturförderung u. kult. Veranstaltunger	00																0,88			0,88
		06	Stadtbücherei	00							1,00					4,00		1,20					6,20
		08	Archiv	00									1,00				0,77	0,28					2,05

Stellenübersicht 2025

Teil A: Aufteilung nach Produktgliederung

Tarifbeschäftigte

Nr.	Produktbereich	Nr.	Produktgrupppe	Nr.	Produkt	15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2	1	Summe:
05	Soziale Hilfen	01	Unterstützung von Senioren	00														0,05					0,05
				01	Sozialplanung, Sozialmonitoring und G			0,40															0,40
		02	Hilfe bei Krankheit, Behinderungen und Pflegebedürftigkeit	00																			0,00
		03	Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen	01	Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII																		0,00
				02	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII																		0,00
				03	Leistungen nach dem AsylbbLG																		0,00
				04	Soziale Betreuung für Spätaussiedler u. ausl. Fl.																		0,00
				05	Grundsicherung nach dem SGB II																		0,00
		04	Sozialversicherungsangelegenheiten	00													0,65						0,65
06	Kinder-, Jugend- u. Familienhilfe	01	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege (freie Träger)	00				0,09								0,20							0,29
		02	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege	01	KG Adolf-Kolping-Hof -Erkelenz-			0,11					0,17				1,00				0,50		1,78
				02	KG Granterath								0,17								0,50		0,67
				05	KG Gerderath								0,17								0,50		0,67
				06	KG Am Hagelkreuz -Erkelenz-			0,11					0,17								0,50		0,78
				07	KG Hetzerath								0,16								0,50		0,66
				08	KG Buscherhof -Erkelenz-									0,17		0,16					0,51		0,84
				09	KG Lövenich									0,17		0,16					0,50		0,83
				10	KG Bauxhof -Erkelenz-									0,17		0,16					0,50		0,83
				11	KG Venrath									0,17		0,16					0,50		0,83
				12	KG Kückhoven									0,16		0,16	1,00				0,50		1,82
				13	KG Oerather Mühlenfeld -Erkelenz-			0,11						0,16							0,50		0,77
				14	KG Kamp-Lintforter-Straße -Erkelenz-										0,17		1,00				0,50		1,67
				15	KG Südpromenade -Erkelenz-										0,17						0,50		0,67
				16	Kombinierte Tageseinrichtungen Westpromenade / Zehnthofweg			0,11							0,17						0,50		0,78
				17	KG Immerath (neu)										0,17						0,50		0,67
				19	KG Schulring -Erkelenz-										0,16						0,50		0,66
				20	Förderung von Kindern in Tagespflege			0,07					0,16		0,16								0,39

Stellenübersicht 2025

Teil A: Aufteilung nach Produktgliederung

Tarifbeschäftigte

Nr.	Produktbereich	Nr.	Produktgrupppe	Nr.	Produkt	15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2	1	Summe:
		03	Kinder- und Jugendarbeit	01	Jugendarbeit												1,00						1,00
				02	Einrichtungen der Jugendarbeit																		0,00
		04	Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	00						1,00	1,00	1,00	2,00		0,54								5,54
08	Sportförderung	01	Bereitstellung und Betrieb von Sportanlagen	00														1,73	0,56		0,14		2,43
		02	Sportförderung	00														0,07					0,07
		03	Bereitstellung und Betrieb von Bädern	00									1,00	0,10	1,00		11,50	0,06		7,02			20,68
09	Räumliche Planung u. Entwicklung, Geo-Information	01	Räumliche Planung	00			0,85		1,00	4,59													6,44
		02	Räumliche Entwicklung	00			0,05		3,10														3,15
		03	Grundstücksneuordnung und grundstücksbezogene Ordnungsmaßnahmen	00			0,10																0,10
10	Bauen und Wohn	01	Maßnahmen der Bauaufsicht	00						1,75	0,26					0,70							2,71
		02	Baubehördliche Beratung und Informati	00						1,25	0,25					0,62							2,12
		03	Denkmalschutz und Denkmalpflege	00							0,08												0,08
		05	Wohnraumsicherung und -versorgung	00										0,60									0,60
		06	Hilfen bei Wohnproblemen	01	Hilfen zum Erhalt u. z. Erlangung einer Wohung									2,00	0,10								2,10
				02	Verw. und Betrieb v. Unterkünften u.Einrichtungen für Wohnungslose											0,08	0,08						0,16
				03	Verw. und Betrieb v. Unterkünften u.Einrichtungen für Spätaussiedler und ausländischer Flüchtlinge													1,95					1,95
11	Ver- u. Entsorgung	01	Abfallwirtschaft	00			0,05				0,15	0,05		0,12	0,71	0,91	0,33						2,32
				01																			0,00
		02	Entwässerung und Abfallbeseitigung	01	Abwasserbetrieb					2,50	1,00	1,00	2,51	1,00		3,00	4,00						15,01
		03	Versorgung	00																			0,00
12	Verkehrsflächen	01	Öffentliche Verkehrsflächen	01	Straßen, Wege, Plätzen, Brücke		0,90	0,95	1,10	5,80	0,90		2,20	1,00	1,80								14,65
				02	Parkplätze und Parkbauten											0,05		0,16					0,21
				03	Tiefgarage											0,05		0,04					0,09
		02	Verkehrsanlagen	00			0,05		0,10				0,10		0,20								0,45
		03	Verkehrliche Planung	00																			0,00

Stellenübersicht 2025

Teil A: Aufteilung nach Produktgliederung

Tarifbeschäftigte

Nr.	Produktbereich	Nr.	Produktgrupppe	Nr.	Produkt	15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2	1	Summe:
		04	Straßenreinigungsdienst und Winterdier	00												0,27	0,15						0,42
13	Natur- u. Landsch	01	Öffentliches Grün	00					0,50	0,15	1,48		0,80	0,05	0,51								3,49
				01	Förderungsmanagement																		0,00
		02	Natur und Landschaft	00					0,15		0,13		0,05										0,33
		03	Wald, Forst- und Landwirtschaft	00					0,05		0,13												0,18
		04	Wasser und Wasserbau	00			0,05	0,05					0,40										0,50
		05	Friedhöfe	00					0,10	0,30			0,40	1,40							0,87		3,07
14	Energie und Klima	01		00						0,00					0,23								0,23
15	Wirtschaft u. Tou	01	Wirtschaftsförderung	00					0,95					0,20	0,20								1,35
		02	Allgemeine Einrichtungen	02	Mehrzweckgebäude									0,05				0,06	0,18		0,43		0,72
				03	Märkte		0,05									0,65		0,04					0,74
		03	Stadtmarketing	00					0,95	0,25				0,80	0,80								2,80
16	Allgemeine Finan	01	Steuern, allg. Zuweisungen u. allg. Uml	00																			0,00
		02	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	00																			0,00
17	Stiftungen	01	Stiftung A	01	Becker-von-Berg-Stiftung																		0,00
						0,00	3,00	3,00	13,00	28,09	12,87	6,00	20,51	22,53	25,26	22,91	63,07	41,65	32,90	7,90	11,77	0,00	314,46

*Nicht bewirtschaftete Stellen, teilw. Langzeit-AU u. ATZ ohne unmittelbaren Ersatz, Reserve

Stellenübersicht 2025

Teil A: Aufteilung nach Produktgliederung

Tarifbeschäftigte

Nr.	Produktbereich	Nr.	Produktgrupppe	Nr.	Produkt	15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2	1	2025 Summe:	2024	Differenz
01	Innere Verwaltung	01	Politische Gremien	00											1,24								1,24	1,32	-0,08
		02	Verwaltungsführung	00				0,60							1,59								2,19	2,19	0,00
		03	Gleichstellung von Mann und Frau	00							0,64												0,64	0,64	0,00
		04	Beschäftigtenvertretung	00												1,00	0,50	0,21					1,71	1,71	0,00
		05	Rechnungsprüfung	00						1,00													1,00	1,00	0,00
		06	Zentrale Dienste	00						1,00				0,85			1,00	2,50	1,00				6,35	5,35	1,00
		07	Presse u. Öffentlichkeitsarbeit	00					1,00				1,00	1,00	0,13								3,13	2,90	0,23
		08	Personalmanagement	00									2,00	1,00	0,90								3,90	4,41	-0,51
				00	Temporäre Stellenvakanzen*				1,00	1,00		1,00		1,00	2,54	1,00	2,00						9,54	7,54	2,00
		09	Finanzmanagement u. Rechnungswesen	00						2,00	1,85	1,95		0,88	3,76	0,90	0,73						12,07	11,22	0,85
		10	Organisationsangelegenheiten u. technickunterstütze Informationsverarbeitung	00				0,40		2,00			3,00										5,40	6,40	-1,00
		11	Recht	00			0,70									0,40							1,10	1,10	0,00
		12	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	00											1,59								1,59	1,59	0,00
		13	Grundstücks- u. Gebäudemanagement	01	Grundstücks- und Gebäudeverwaltung							1,00		0,50									1,50	0,50	1,00
				02	Grundstücks- und Gebäudevewaltung Serviceleistungen,Unterhatung, Energie und Reinigung				2,00	2,50	3,00		1,00	2,54	3,53	1,00	1,38						16,95	15,27	1,68
		14	Bürgerbüro	00							0,18				0,33			0,74	0,80				2,05	2,05	0,00
		15	Städtepartnerschaften	00																			0,00	0,00	0,00
		18	Baubetriebshof	00						1,00			1,00	2,95	0,13	2,65	27,41	18,00	28,00				81,14	78,92	2,22
02	Sicherheit u. Ordnung	01	Allgemeine Sicherheit und Ordnung	00			0,05									1,28	0,12	0,53					1,98	1,82	0,16
		02	Gewerbewesen	00			0,05																0,05	0,05	0,00
		07	Verkehrsangelegenheiten	00			0,05									1,84	0,45	2,49					4,83	4,05	0,78
		10	Einwohnerangelegenheiten	00							0,82				1,62				0,30				2,74	2,74	0,00
		11	Personenstandswesen	00			0,05																0,05	0,05	0,00
		13	Statistik und Wahlen	00											0,04								0,04	0,04	0,00
		15	Gefahrenabwehr und Gefahrenvorbeugung	00											0,77	0,51							1,28	0,77	0,51
		18	Öffentliche Toilettenanlagen	00									0,05										0,05	0,05	0,00
03	Schulträgeraufgaben	01	Bereitstellung schulischer Einrichtungen	01	Grundschulen				0,30				0,30	1,16			2,00	4,75	1,10				9,61	9,95	-0,34
				02	Hauptschule				0,10				0,10	0,56			2,00	0,63	0,65			0,26	4,30	4,25	0,05
				03	Realschule				0,20				0,20	0,46			1,00	1,49				0,51	3,86	3,86	0,00
				04	Gymnasium				0,40				0,40	1,31		1,00	3,00	4,60	0,31		1,55		12,57	12,56	0,01
		02	Zentrale Leistungen für Schüler und am Schulleben Beteiligte	01	Schülerbeförderung													0,07					0,07	0,07	0,00
				02	Fördermaßnahmen für Schüler																		0,00	0,00	0,00
04	Kultur	01	Kulturförderung u. kult. Veranstaltunger	00																0,88			0,88	0,88	0,00
		06	Stadtbücherei	00							1,00					4,00		1,20					6,20	6,32	-0,12
		08	Archiv	00									1,00				0,77	0,28					2,05	1,92	0,13
05	Soziale Hilfen	01	Unterstützung von Senioren	00														0,05					0,05	0,11	-0,06
				01	Sozialplanung, Sozialmonitoring und Gemeinwesen			0,40															0,40	0,40	0,00
		02	Hilfe bei Krankheit, Behinderungen und Pflegebedürftigkeit	00																			0,00	0,01	-0,01
		03	Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen	01	Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XI																		0,00	0,02	-0,02
				02	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII																		0,00	0,02	-0,02
				03	Leistungen nach dem AsylbbLG																		0,00	0,61	-0,61
				04	Soziale Betreuung für Spätaussiedler u. ausl. Fl.																		0,00	0,01	-0,01
				05	Grundsicherung nach dem SGB II																		0,00	0,00	0,00

Stellenübersicht 2025

Teil A: Aufteilung nach Produktgliederung

Tarifbeschäftigte

Nr.	Produktbereich	Nr.	Produktgrupppe	Nr.	Produkt	15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2	1	2025 Summe:	2024	Differenz
		04	Sozialversicherungsangelegenheiten	00													0,65						0,65	0,66	-0,01
06	Kinder-, Jugend- u. Familienhilfe	01	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege (freie Träger)	00				0,09								0,20							0,29	0,81	-0,52
		02	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege	01	KG Adolf-Kolping-Hof -Erkelenz-			0,11					0,17				1,00				0,50		1,78	1,66	0,12
				02	KG Granterath								0,17								0,50		0,67	0,71	-0,04
				05	KG Gerderath								0,17								0,50		0,67	1,02	-0,35
				06	KG Am Hagelkreuz -Erkelenz-			0,11					0,17								0,50		0,78	0,88	-0,10
				07	KG Hetzerath								0,16								0,50		0,66	0,70	-0,04
				08	KG Buscherhof -Erkelenz-									0,17		0,16					0,51		0,84	0,71	0,13
				09	KG Lövenich									0,17		0,16					0,50		0,83	0,70	0,13
				10	KG Bauxhof -Erkelenz-									0,17		0,16					0,50		0,83	0,00	0,83
				11	KG Venrath									0,17		0,16					0,50		0,83	0,70	0,13
				12	KG Kückhoven									0,16		0,16	1,00				0,50		1,82	1,47	0,35
				13	KG Oerather Mühlenfeld -Erkelenz-			0,11						0,16							0,50		0,77	0,88	-0,11
				14	KG Kamp-Lintforter-Straße -Erkelenz-										0,17		1,00				0,50		1,67	1,49	0,18
				15	KG Südpromenade -Erkelenz-										0,17						0,50		0,67	0,70	-0,03
				16	Kombinierte Tageseinrichtungen Westpromenade / Zehnthofweg			0,11							0,17						0,50		0,78	0,89	-0,11
				17	KG Immerath (neu)										0,17						0,50		0,67	0,70	-0,03
				19	KG Schulring -Erkelenz-										0,16						0,50		0,66	0,70	-0,04
				20	Förderung von Kindern in Tagespflege			0,07					0,16		0,16								0,39	0,42	-0,03
		03	Kinder- und Jugendarbeit	01	Jugendarbeit												1,00						1,00	1,10	-0,10
				02	Einrichtungen der Jugendarbeit																		0,00	0,02	-0,02
		04	Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	00						1,00	1,00	1,00	2,00		0,54								5,54	4,83	0,71
08	Sportförderung	01	Bereitstellung und Betrieb von Sportanlagen	00														1,73	0,56		0,14		2,43	2,43	0,00
		02	Sportförderung	00														0,07					0,07	0,07	0,00
		03	Bereitstellung und Betrieb von Bädern	00									1,00	0,10	1,00		11,50	0,06		7,02			20,68	20,68	0,00
09	Räumliche Planung u. Entwicklung, Geo-Information	01	Räumliche Planung	00			0,85		1,00	4,59													6,44	7,44	-1,00
		02	Räumliche Entwicklung	00			0,05		3,10														3,15	3,15	0,00
		03	Grundstücksneuordnung und grundstücksbezogene	00			0,10																0,10	0,10	0,00
10	Bauen und Wohnen	01	Maßnahmen der Bauaufsicht	00						1,75	0,26					0,70							2,71	2,70	0,01
		02	Baubehördliche Beratung und Information	00						1,25	0,25					0,62							2,12	2,12	0,00
		03	Denkmalschutz und Denkmalpflege	00							0,08												0,08	0,09	-0,01
		05	Wohnraumsicherung und -versorgung	00										0,60									0,60	0,60	0,00
		06	Hilfen bei Wohnproblemen	01	Hilfen zum Erhalt u. z. Erlangung einer Wohnung									2,00	0,10								2,10	2,12	-0,02
				02	Verw. und Betrieb v. Unterkünften u.Einrichtungen für Wohnungslose											0,08	0,08						0,16	0,16	0,00
				03	Verw. und Betrieb v. Unterkünften u.Einrichtungen für Spätaussiedler und ausländischer Flüchtlinge													1,95					1,95	2,31	-0,36
11	Ver- u. Entsorgung	01	Abfallwirtschaft	00			0,05				0,15	0,05		0,12	0,71	0,91	0,33						2,32	2,17	0,15
				01																			0,00	0,40	-0,40
		02	Entwässerung und Abfallbeseitigung	01	Abwasserbetrieb					2,50	1,00	1,00	2,51	1,00		3,00	4,00						15,01	14,51	0,50
		03	Versorgung	00																			0,00	0,00	0,00
12	Verkehrsflächen	01	Öffentliche Verkehrsflächen	01	Straßen, Wege, Plätzen, Brücken u. Tunne		0,90	0,95	1,10	5,80	0,90		2,20	1,00	1,80								14,65	13,29	1,36
				02	Parkplätze und Parkbauten											0,05		0,16					0,21	0,16	0,05
				03	Tiefgarage											0,05		0,04					0,09	0,08	0,01
		02	Verkehrsanlagen	00			0,05		0,10				0,10		0,20								0,45	0,45	0,00

Stellenübersicht 2025

Teil A: Aufteilung nach Produktgliederung

Tarifbeschäftigte

Nr.	Produktbereich	Nr.	Produktgrupppe	Nr.	Produkt																			
																						2025	2024	Differenz
						15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2	1	Summe:		
		03	Verkehrliche Planung	00																			0,00	0,00	0,00
		04	Straßenreinigungsdienst und Winterdienst	00												0,27	0,15						0,42	0,42	0,00
13	Natur- u. Landschafts	01	Öffentliches Grün	00					0,50	0,15	1,48		0,80	0,05	0,51								3,49	2,99	0,50
				01	Förderungsmanagement																		0,00	0,00	0,00
		02	Natur und Landschaft	00					0,15		0,13		0,05										0,33	0,28	0,05
		03	Wald, Forst- und Landwirtschaft	00					0,05		0,13												0,18	0,19	-0,01
		04	Wasser und Wasserbau	00			0,05	0,05					0,40										0,50	0,50	0,00
		05	Friedhöfe	00					0,10	0,30			0,40	1,40							0,87		3,07	3,20	-0,13
14	Energie und Klima	01		00											0,23								0,23	2,23	-2,00
15	Wirtschaft u. Tourism	01	Wirtschaftsförderung	00					0,95					0,20	0,20								1,35	1,35	0,00
		02	Allgemeine Einrichtungen	02	Mehrzweckgebäude									0,05				0,06	0,18		0,43		0,72	0,72	0,00
				03	Märkte		0,05									0,65		0,04					0,74	0,73	0,01
		03	Stadtmarketing	00					0,95	0,25				0,80	0,80								2,80	2,80	0,00
16	Allgemeine Finanzwir	01	Steuern, allg. Zuweisungen u. allg. Umlagen	00																			0,00	0,00	0,00
		02	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaf	00																			0,00	0,00	0,00
17	Stiftungen	01	Stiftung A	01	Becker-von-Berg-Stiftung																		0,00	0,00	0,00
						0,00	3,00	3,00	13,00	28,09	12,87	6,00	20,51	22,53	25,26	22,91	63,07	41,65	32,90	7,90	11,77	0,00	314,46	306,86	7,60

*Nicht bewirtschaftete Stellen, teilw. Langzeit-AU u. ATZ ohne unmittelbaren Ersatz, Reserve für evtl. Übernahme Azubi´s etc

Stellenübersicht 2025

Teil A: Aufteilung nach Produktgliederung

Tarifbeschäftigte TV Sozial- u. Erziehungsdienst

Nr.	Produktbereich	Nr.	Produktgrupppe	Nr.	Produkt	Tarifvertrag Sozial- u. Erziehungsdienst Entgeltgruppen																			
						S18	S17	S16	S15	S14	S13	S12	S11b	S11a	S10	S9	S8b	S8a	S7	S6	S5	S4	S3	S2	S1	Summe:
01	Innere Verwaltung	01	Politische Gremien	00																					0,00
		02	Verwaltungsführung	00																					0,00
		03	Gleichstellung von Mann und Frau	00																					0,00
		04	Beschäftigtenvertretung	00																					0,00
		05	Rechnungsprüfung	00																					0,00
		06	Zentrale Dienste	00																					0,00
		07	Presse u. Öffentlichkeitsarbeit	00																					0,00
		08	Personalmanagement	00																					0,00
				01	Temporäre Stellenvakanzen*					1,00	1,00														2,00
		09	Finanzmanagement u. Rechnungswesen	00																					0,00
		10	Organisationsangelegenheiten u. technickunterstütze Informationsverarbeitung	00																					0,00
		11	Recht	00																					0,00
		12	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	00																					0,00
		13	Grundstücks- u. Gebäudemanagement	01	Grundstücks- und Gebäudeverwaltung																				0,00
				02	Grundstücks- und Gebäudevewaltung Serviceleistungen,Unterhatung, Energie und Reinigung																				0,00
		14	Bürgerbüro	00																					0,00
		15	Städtepartnerschaften	00																					0,00
		18	Baubetriebshof	00																					0,00
02	Sicherheit u. Ordnung	01	Allgemeine Sicherheit und Ordnung	00																					0,00
		02	Gewerbewesen	00																					0,00
		07	Verkehrsangelegenheiten	00																					0,00
		10	Einwohnerangelegenheiten	00																					0,00
		11	Personenstandswesen	00																					0,00
		13	Statistik und Wahlen	00																					0,00
		15	Gefahrenabwehr und Gefahrenvorbeugur	00																					0,00
		18	Öffentliche Toilettenanlagen	00																					0,00
03	Schulträgeraufgaben	01	Bereitstellung schulischer Einrichtungen	01	Grundschulen																				0,00
				02	Hauptschule													0,65							0,65
				03	Realschule																				0,00
				04	Gymnasium																				0,00
		02	Zentrale Leistungen für Schüler und am Schulleben Beteiligte	01	Schülerbeförderung																				0,00
				02	Fördermaßnahmen für Schüler																				0,00
04	Kultur	01	Kulturförderung u. kult. Veranstaltungen	00																					0,00
		06	Stadtbücherei	00																					0,00
		08	Archiv	00																					0,00
05	Soziale Hilfen	01	Unterstützung von Senioren	00																					0,00
				01	Sozialplanung, Sozialmonitoring und Gemeinwesenarbeit																				0,00
		02	Hilfe bei Krankheit, Behinderungen und Pflegebedürftigkeit	00																					0,00
		03	Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen	01	Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII																				0,00
				02	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII																				0,00
				03	Leistungen nach dem AsylbbLG												1,00								1,00
				04	Soziale Betreuung für Spätaussiedler u. ausl. Fl.																				0,00
				05	Grundsicherung nach dem SGB II																				0,00
		04	Sozialversicherungsangelegenheiten	00																					0,00
06	Kinder-, Jugend- u. Familienhilfe	01	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege (freie Träger)	00								1,00													1,00
		02	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege	01	KG Adolf-Kolping-Hof -Erkelenz-				1,00		1,00							11,32				0,63	0,28			14,23
				01	Temporäre Stellenvakanzen*													1,51								1,51
				02	KG Granterath						1,00							6,69								7,69
				05	KG Gerderath				1,00		1,00		0,51					12,03					1,00			15,54
				05	Temporäre Stellenvakanzen*													4,00								4,00
				06	KG Am Hagelkreuz -Erkelenz-				1,00		1,00							10,14					2,23			14,37

Stellenübersicht 2025

Teil A: Aufteilung nach Produktgliederung

Tarifbeschäftigte TV Sozial- u. Erziehungsdienst

Nr.	Produktbereich	Nr.	Produktgrupppe	Nr.	Produkt	Tarifvertrag Sozial- u. Erziehungsdienst Entgeltgruppen																			
						S18	S17	S16	S15	S14	S13	S12	S11b	S11a	S10	S9	S8b	S8a	S7	S6	S5	S4	S3	S2	S1	Summe:
				06	Temporäre Stellenvakanzen*													1,00								1,00
				07	KG Hetzerath						1,00							3,54				2,00				6,54
				08	KG Buscherhof -Erkelenz-						1,00							6,21								7,21
				08	Temporäre Stellenvakanzen*													1,00								1,00
				09	KG Lövenich				1,00		1,00		0,51					11,33								13,84
				10	KG Bauxhof -Erkelenz-				1,00									8,54					1,77			11,31
				11	KG Venrath											1,00		4,00								5,00
				11	Temporäre Stellenvakanzen*													1,00								1,00
				12	KG Kückhoven				1,00		1,00							10,28								12,28
				12	Temporäre Stellenvakanzen*																					0,00
				13	KG Oerather Mühlenfeld -Erkelenz-			1,00	1,00			0,17						17,92					1,67			21,76
				13	Temporäre Stellenvakanzen*													6,00								6,00
				14	KG Kamp-Lintforter-Straße -Erkelenz-			1,00	1,00			0,17	0,51					21,09				1,00	0,77			25,54
				15	KG Südpromenade -Erkelenz-						1,00	0,17						6,00								7,17
				15	Temporäre Stellenvakanzen*													2,00								2,00
				16	Kombinierte Tageseinrichtungen Westpromenade / Zehnthofweg			1,00	1,00			0,17	0,51					11,81				1,28	1,51			17,28
				16	Temporäre Stellenvakanzen*													5,46								5,46
				17	KG Immerath (neu)				1,00			0,16						11,54					2,00			14,70
				17	Temporäre Stellenvakanzen*													3,00								3,00
				19	KG Schulring - Erkelenz-			1,00	1,00			0,16	0,51					13,26					1,00			16,93
				20	Förderung von Kindern in Tagespflege							2,00														2,00
		03	Kinder- und Jugendarbeit	01	Jugendarbeit							1,00	1,00													2,00
				02	Einrichtungen der Jugendarbeit							1,00														1,00
		04	Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	00		1,00			2,00	10,77			1,27													15,04
08	Sportförderung	01	Bereitstellung und Betrieb von Sportanlagen	00																						0,00
		02	Sportförderung	00																						0,00
		03	Bereitstellung und Betrieb von Bädern	00																						0,00
09	Räumliche Plaung u. Entwicklung, Geo-Information	01	Räumliche Planung	00																						0,00
		02	Räumliche Entwicklung	00																						0,00
		03	Grundstücksneuordnung und grundstücksbezogene	00																						0,00
10	Bauen und Wohnen	01	Maßnahmen der Bauaufsicht	00																						0,00
		02	Baubehördliche Beratung und Information	00																						0,00
		03	Denkmalschutz und Denkmalpflege	00																						0,00
		05	Wohnraumsicherung und -versorgung	00																						0,00
		06	Hilfen bei Wohnproblemen	01	Hilfen zum Erhalt u. z. Erlangung einer Wohung																					0,00
				02	Verw. und Betrieb v. Unterkünften u.Einrichtungen für Wohnungslose																					0,00
				03	Verw. und Betrieb v. Unterkünften u.Einrichtungen für Spätaussiedler und ausländischer Flüchtlinge																					0,00
11	Ver- u. Entsorgung	01	Abfallwirtschaft	00																						0,00
		02	Entwässerung und Abfallbeseitigung	01	Abwasserbetrieb																					0,00
		03	Versorgung	00																						0,00
12	Verkehrsflächen	01	Öffentliche Verkehrsflächen	01	Straßen, Wege, Plätzen, Brücken u. Tunnel																					0,00
				02	Parkplätze und Parkbauten																					0,00
				03	Tiefgarage																					0,00
		02	Verkehrsanlagen	00																						0,00
		03	Verkehrliche Planung	00																						0,00
		04	Straßenreinigungsdienst und Winterdienst	00																						0,00
13	Natur- u. Landschaftspflege	01	Öffentliches Grün	00																						0,00
		02	Natur und Landschaft	00																						0,00
		03	Wald, Forst- und Landwirtschaft	00																						0,00
		04	Wasser und Wasserbau	00																						0,00
		05	Friedhöfe	00																						0,00
15	Wirtschaft u. Tourismus	01	Wirtschaftsförderung	00																						0,00
		02	Allgemeine Einrichtungen	02	Mehrzweckgebäude																					0,00
				03	Märkte																					0,00

Stellenübersicht 2025

Teil A: Aufteilung nach Produktgliederung

Tarifbeschäftigte TV Sozial- u. Erziehungsdienst

Nr.	Produktbereich	Nr.	Produktgrupppe	Nr.	Produkt	Tarifvertrag Sozial- u. Erziehungsdienst Entgeltgruppen																			
						S18	**S17**	**S16**	**S15**	**S14**	**S13**	**S12**	**S11b**	**S11a**	**S10**	**S9**	**S8b**	**S8a**	**S7**	**S6**	**S5**	**S4**	**S3**	**S2**	**S1**	**Summe:**
		03	Stadtmarketing	00																					0,00
16	Allgemeine Finanzwirtscha	01	Steuern, allg. Zuweisungen u. allg. Umla	00																					0,00
		02	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	00																					0,00
17	Stiftungen	01	Stiftung A	01	Becker-von-Berg-Stiftung																				0,00
						1,00	0,00	4,00	13,00	11,77	10,00	6,00	4,83	0,00	0,00	1,00	1,00	191,32	0,00	0,00	0,00	4,91	12,23	0,00	0,00	261,06

*Nicht bewirtschaftete Stellen, teilw. Langzeit-AU u. ATZ ohne unmittelbaren Ersatz, Reserve für evtl. Übernahme Azubi´s etc.

Stellenübersicht 2025

Teil A: Aufteilung nach Produktgliederung

Tarifbeschäftigte TV Sozial- u. Erziehungsdienst

Nr.	Produktbereich	Nr.	Produktgrupppe	Nr.	Produkt	Tarifvertrag Sozial- u. Erziehungsdienst Entgeltgruppen																			2025	2024	Differenz
						S18	S17	S16	S15	S14	S13	S12	S11b	S11a	S10	S9	S8b	S8a	S7	S6	S5	S4	S3	S2	S1	Summe:		
01	Innere Verwaltung	01	Politische Gremien	00																					0,00	0,00	0,00
		02	Verwaltungsführung	00																					0,00	0,00	0,00
		03	Gleichstellung von Mann und Frau	00																					0,00	0,00	0,00
		04	Beschäftigtenvertretung	00																					0,00	0,00	0,00
		05	Rechnungsprüfung	00																					0,00	0,00	0,00
		06	Zentrale Dienste	00																					0,00	0,00	0,00
		07	Presse u. Öffentlichkeitsarbeit	00																					0,00	0,00	0,00
		08	Personalmanagement	00																					0,00	0,00	0,00
				01	Temporäre Stellenvakanzen*					1,00	1,00														2,00	1,00	1,00
		09	Finanzmanagement u. Rechnungswesen	00																					0,00	0,00	0,00
		10	Organisationsangelegenheiten u. technickunterstütze Informationsverarbeitung	00																					0,00	0,00	0,00
		11	Recht	00																					0,00	0,00	0,00
		12	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	00																					0,00	0,00	0,00
		13	Grundstücks- u. Gebäudemanagement	01	Grundstücks- und Gebäudeverwaltung																				0,00	0,00	0,00
				02	Grundstücks- und Gebäudevewaltung Serviceleistungen,Unterhatung, Energie und Reinigung																				0,00	0,00	0,00
		14	Bürgerbüro	00																					0,00	0,00	0,00
		15	Städtepartnerschaften	00																					0,00	0,00	0,00
		18	Baubetriebshof	00																					0,00	0,00	0,00
02	Sicherheit u. Ordnung	01	Allgemeine Sicherheit und Ordnung	00																					0,00	0,00	0,00
		02	Gewerbewesen	00																					0,00	0,00	0,00
		07	Verkehrsangelegenheiten	00																					0,00	0,00	0,00
		10	Einwohnerangelegenheiten	00																					0,00	0,00	0,00
		11	Personenstandswesen	00																					0,00	0,00	0,00
		13	Statistik und Wahlen	00																					0,00	0,00	0,00
		15	Gefahrenabwehr und Gefahrenvorbeugu	00																					0,00	0,00	0,00
		18	Öffentliche Toilettenanlagen	00																					0,00	0,00	0,00
03	Schulträgeraufgaben	01	Bereitstellung schulischer Einrichtungen	01	Grundschulen																				0,00	0,00	0,00
				02	Hauptschule													0,65							0,65	0,65	0,00
				03	Realschule																				0,00	0,00	0,00
				04	Gymnasium																				0,00	0,00	0,00
		02	Zentrale Leistungen für Schüler und am Schulleben Beteiligte	01	Schülerbeförderung																				0,00	0,00	0,00
				02	Fördermaßnahmen für Schüler																				0,00	0,00	0,00
04	Kultur	01	Kulturförderung u. kult. Veranstaltungen	00																					0,00	0,00	0,00
		06	Stadtbücherei	00																					0,00	0,00	0,00
		08	Archiv	00																					0,00	0,00	0,00
05	Soziale Hilfen	01	Unterstützung von Senioren	00																					0,00	0,00	0,00
				01	Sozialplanung, Sozialmonitoring und Gemeinwesenarbeit																				0,00	0,00	0,00
		02	Hilfe bei Krankheit, Behinderungen und Pflegebedürftigkeit	00																					0,00	0,00	0,00
		03	Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen	01	Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII																				0,00	0,00	0,00
				02	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII																				0,00	0,00	0,00
				03	Leistungen nach dem AsylbbLG												1,00								1,00	1,00	0,00
				04	Soziale Betreuung für Spätaussiedler u. ausl. Fl.																				0,00	0,00	0,00
				05	Grundsicherung nach dem SGB II																				0,00	0,00	0,00
		04	Sozialversicherungsangelegenheiten	00																					0,00	0,00	0,00
06	Kinder-, Jugend- u. Familienhilfe	01	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege (freie Träger)	00								1,00													1,00	0,00	1,00
		02	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege	01	KG Adolf-Kolping-Hof -Erkelenz-				1,00		1,00							11,32				0,63	0,28			14,23	13,89	0,34
				01	Temporäre Stellenvakanzen*													1,51								1,51	0,51	1,00
				02	KG Granterath						1,00							6,69								7,69	7,69	0,00
				05	KG Gerderath				1,00		1,00		0,51					12,03					1,00			15,54	15,51	0,03
				05	Temporäre Stellenvakanzen*													4,00								4,00	2,00	2,00
				06	KG Am Hagelkreuz -Erkelenz-				1,00		1,00							10,14					2,23			14,37	14,52	-0,15
				06	Temporäre Stellenvakanzen*													1,00								1,00	2,00	-1,00
				07	KG Hetzerath						1,00							3,54				2,00				6,54	5,77	0,77
				08	KG Buscherhof -Erkelenz-						1,00							6,21								7,21	7,21	0,00
				08	Temporäre Stellenvakanzen*													1,00								1,00	1,00	0,00
				09	KG Lövenich				1,00		1,00		0,51					11,33								13,84	13,27	0,57
				10	KG Bauxhof -Erkelenz-				1,00									8,54					1,77			11,31	0,00	11,31
				11	KG Venrath											1,00		4,00								5,00	5,00	0,00
				11	Temporäre Stellenvakanzen*													1,00								1,00	1,00	0,00

Stellenübersicht 2025

Teil A: Aufteilung nach Produktgliederung

Tarifbeschäftigte TV Sozial- u. Erziehungsdienst

Nr.	Produktbereich	Nr.	Produktgrupppe	Nr.	Produkt	Tarifvertrag Sozial- u. Erziehungsdienst Entgeltgruppen																			2025	2024	Differenz
						S18	S17	S16	S15	S14	S13	S12	S11b	S11a	S10	S9	S8b	S8a	S7	S6	S5	S4	S3	S2	S1	Summe:		
				12	KG Kückhoven				1,00		1,00							10,28								12,28	11,49	0,79
				12	Temporäre Stellenvakanzen*																				0,00	1,00	-1,00
				13	KG Oerather Mühlenfeld -Erkelenz-			1,00	1,00			0,17						17,92					1,67			21,76	21,72	0,04
				13	Temporäre Stellenvakanzen*													6,00								6,00	8,00	-2,00
				14	KG Kamp-Lintforter-Straße -Erkelenz-			1,00	1,00			0,17	0,51					21,09				1,00	0,77			25,54	25,56	-0,02
				15	KG Südpromenade -Erkelenz-						1,00	0,17						6,00								7,17	7,00	0,17
				15	Temporäre Stellenvakanzen*													2,00								2,00	2,00	0,00
				16	Kombinierte Tageseinrichtungen Westpromenade / Zehnthofweg			1,00	1,00			0,17	0,51					11,81				1,28	1,51			17,28	22,73	-5,45
				16	Temporäre Stellenvakanzen*													5,46								5,46	0,00	5,46
				17	KG Immerath (neu)				1,00			0,16						11,54					2,00			14,70	14,33	0,37
				17	Temporäre Stellenvakanzen*													3,00								3,00	2,00	1,00
				19	KG Schulring - Erkelenz-			1,00	1,00			0,16	0,51					13,26					1,00			16,93	16,78	0,15
				20	Förderung von Kindern in Tagespflege							2,00														2,00	1,77	0,23
		03	Kinder- und Jugendarbeit	01	Jugendarbeit							1,00	1,00													2,00	2,00	0,00
				02	Einrichtungen der Jugendarbeit							1,00														1,00	1,00	0,00
		04	Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	00		1,00			2,00	10,77			1,27													15,04	14,04	1,00
08	Sportförderung	01	Bereitstellung und Betrieb von Sportanlagen	00																						0,00	0,00	0,00
		02	Sportförderung	00																						0,00	0,00	0,00
		03	Bereitstellung und Betrieb von Bädern	00																						0,00	0,00	0,00
09	Räumliche Plaung u. Entwicklung, Geo-Information	01	Räumliche Planung	00																						0,00	0,00	0,00
		02	Räumliche Entwicklung	00																						0,00	0,00	0,00
		03	Grundstücksneuordnung und grundstücksbezogene	00																						0,00	0,00	0,00
10	Bauen und Wohnen	01	Maßnahmen der Bauaufsicht	00																						0,00	0,00	0,00
		02	Baubehördliche Beratung und Information	00																						0,00	0,00	0,00
		03	Denkmalschutz und Denkmalpflege	00																						0,00	0,00	0,00
		05	Wohnraumsicherung und -versorgung	00																						0,00	0,00	0,00
		06	Hilfen bei Wohnproblemen	01	Hilfen zum Erhalt u. z. Erlangung einer Wohung																					0,00	0,00	0,00
				02	Verw. und Betrieb v. Unterkünften u.Einrichtungen für Wohnungslose																					0,00	0,00	0,00
				03	Verw. und Betrieb v. Unterkünften u.Einrichtungen für Spätaussiedler und ausländischer Flüchtlinge																					0,00	0,00	0,00
11	Ver- u. Entsorgung	01	Abfallwirtschaft	00																						0,00	0,00	0,00
		02	Entwässerung und Abfallbeseitigung	01	Abwasserbetrieb																					0,00	0,00	0,00
		03	Versorgung	00																						0,00	0,00	0,00
12	Verkehrsflächen	01	Öffentliche Verkehrsflächen	01	Straßen, Wege, Plätzen, Brücken u. Tunnel																					0,00	0,00	0,00
				02	Parkplätze und Parkbauten																					0,00	0,00	0,00
				03	Tiefgarage																					0,00	0,00	0,00
		02	Verkehrsanlagen	00																						0,00	0,00	0,00
		03	Verkehrliche Planung	00																						0,00	0,00	0,00
		04	Straßenreinigungsdienst und Winterdienst	00																						0,00	0,00	0,00
13	Natur- u. Landschaftspflege	01	Öffentliches Grün	00																						0,00	0,00	0,00
		02	Natur und Landschaft	00																						0,00	0,00	0,00
		03	Wald, Forst- und Landwirtschaft	00																						0,00	0,00	0,00
		04	Wasser und Wasserbau	00																						0,00	0,00	0,00
		05	Friedhöfe	00																						0,00	0,00	0,00
15	Wirtschaft u. Tourismus	01	Wirtschaftsförderung	00																						0,00	0,00	0,00
		02	Allgemeine Einrichtungen	02	Mehrzweckgebäude																					0,00	0,00	0,00
				03	Märkte																					0,00	0,00	0,00
		03	Stadtmarketing	00																						0,00	0,00	0,00
16	Allgemeine Finanzwirtschaft	01	Steuern, allg. Zuweisungen u. allg. Umlagen	00																						0,00	0,00	0,00
		02	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	00																						0,00	0,00	0,00
17	Stiftungen	01	Stiftung A	01	Becker-von-Berg-Stiftung																					0,00	0,00	0,00
						1,00	0,00	4,00	13,00	11,77	10,00	6,00	4,83	0,00	0,00	1,00	1,00	191,32	0,00	0,00	0,00	4,91	12,23	0,00	0,00	261,06	243,45	17,61

*Nicht bewirtschaftete Stellen, teilw. Langzeit-AU u. ATZ ohne unmittelbaren Ersatz, Reserve für evtl. Übernahme Azubi´s etc.

S t e l l e n ü b e r s i c h t 2 0 2 5

Teil B: Dienstkräfte in der Probe- und Ausbildungszeit

- Nachwuchskräfte und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte -

Bezeichnung	Art der Vergütung	vorgesehen für 2025	beschäftigt am 1. 10. 2024	Erläuterungen
Aufstiegsbeamte*innen Laufbahngruppe 2.1 (geh. Dienst)	Besoldung	1	1	
Inspektoranwärter*innen	Anwärterbezüge	9	6	
Sekretäranwärter*innen	Anwärterbezüge	5	3	
Brandmeisteranwärter*innen	Anwärterbezüge	3	0	
Auszubildende Verwaltungsfachangestelle /Verwaltungswirt*in	Ausbildungsvergütung	2	2	
Auszubildende (Fachangestellte für Bäderbetriebe)	Ausbildungsvergütung	3	1	
Auszubildende (Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste in der Fachrichtung Bibliotheken)	Ausbildungsvergütung	1	1	
Auszubildende (Umwelttechnolog*in Abwasserbewirtschaftung)	Ausbildungsvergütung	1	0	Ehem. Ausbildung Fachkraft für Abwassertechnik
Auszubildende (Bazueichner*in FR Hochbau)	Ausbildungsvergütung	1	0	
Auszubildende (Fachinformatiker*in für Systemintegration)	Ausbildungsvergütung	1	0	
Auszubildende (Straßenwärter*in)	Ausbildungsvergütung	1	1	
Dualer Studiengang Soziale Arbeit	Studienentgelt	2	0	
Praxisintegrierte Ausbildung Sozial- und Erziehungsdienst	Ausbildungsvergütung	31	23	
Praktikanten*innen (Sozial-/Erziehungsdienst)	Praktikantenentgelt	5	2	
Insgesamt		**66**	**40**	

S t e l l e n ü b e r s i c h t 2 0 2 5

Teil B: Dienstkräfte in der Probe- und Ausbildungszeit

Beamtinnen und Beamte in der Probezeit

Amtsbezeichnung	Besoldungs-gruppe	Zahl der Beamtinnen / Beamten in der Probezeit 2025	Zahl der Beamtinnen / Beamten in der Probezeit 2024	Erläuterungen
Rätinnen * Räte	A 13	0	0	
Inspektoren*innen	A 9	8	9	
Sekretär*innen	A 6	2	3	
Brandmeister*in	A 7	1	0	

Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: 0/51/340/2024 Status: öffentlich AZ: Datum: 13.11.2024 Verfasser: Amt 50/51 Michael Wirtz
Federführend: Amt für Kinder, Jugend, Familie und Soziales	

Aufstellung des Teilergebnis- und Teilfinanzplanes 2025 mit dem Finanzplanungszeitraum 2026 - 2028 für den Produktbereich 06 - Kinder-, Jugend- und Familienhilfe -

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
28.11.2024	Jugendhilfeausschuss
05.12.2024	Haupt- und Finanzausschuss
11.12.2024	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:
Gem. § 5 Abs. 2 Nr. 3 der Satzung für das Amt für Kinder, Jugend, Familie und Soziales der Stadt Erkelenz hat der Jugendhilfeausschuss den Haushalt für den Bereich der Jugendhilfe vor Beschlussfassung der Haushaltssatzung durch den Rat zu beraten. Den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses wird zu diesem Zweck der Teilergebnis- sowie der Teilfinanzplan 2025 mit dem Finanzplanungszeitraum 2026 - 2028 für den Produktbereich 06 „Kinder-, Jugend- u. Familienhilfe“ als Anlage zur Kenntnis überreicht.

Nachfolgend hat das Amt für Kinder, Jugend, Familie und Soziales die Eckdaten des Teilergebnis- und des Teilfinanzplanes 2025 mit dem Finanzplanungszeitraum 2026 - 2028 für den Produktbereich 06 zusammengestellt:

I. Teilergebnisplan:
Dem als Anlage beigefügten Teilergebnisplan und dem nachstehenden Haushaltsquerschnitt des Produktbereiches 06 ist zu entnehmen, dass für den Bereich der öffentlichen Jugendhilfe ordentliche Aufwendungen in Höhe von 39.487.072 EUR und ordentliche Erträge in Höhe von 19.987.295 EUR für das Haushaltsjahr 2025 eingeplant sind.

	Produktgruppe	Ordentliche Erträge 2025 in EUR:	Ordentliche Aufwendungen 2025 in EUR:	Ordentliches Ergebnis 2025 in EUR:
06 01	Förderung von Kindern in Tagesbetreuung (freie Träger)	5.051.300	7.331.525	-2.280.225
06 02	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege	10.229.315	18.113.526	-7.884.211
06 03	Kinder- und Jugendarbeit	128.480	1.038.526	-910.046
	Produktgruppe	**Ordentliche Erträge**	**Ordentliche Aufwendungen**	**Ordentliches Ergebnis**

		2025 in EUR:	2025 in EUR:	2025 in EUR:
06 04	Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	4.578.200	13.003.495	-8.425.295
Summe	**Ansätze 2025**	19.987.295	39.487.072	-19.499.777
Summe	Ansätze 2024	17.920.681	35.016.423	-17.095.742

Hier ist eine Steigerung der ordentlichen Erträge um 2.066.614 EUR (= 11,53 %) und eine Steigerung der ordentlichen Aufwendungen um 4.470.649 EUR (= 12,77 %) gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

Die Entwicklung der ordentlichen Erträge und der ordentlichen Aufwendungen 2024 gegenüber 2025 in den Produktgruppen können aus der nachfolgenden Tabelle abgelesen werden:

Produktgruppe	2024			2025		
	Ordentliche Erträge in EUR:	Ordentliche Aufwendungen in EUR:	Ordentliches Ergebnis in EUR:	Ordentliche Erträge in EUR:	Ordentliche Aufwendungen in EUR:	Ordentliches Ergebnis in EUR:
06 01 Förderung von Kindern in Tagesbetreuung (freie Träger)	4.836.220	6.977.078	-2.140.858	5.051.300	7.331.525	-2.280.225
06 02 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege	8.484.591	16.514.937	-8.030.346	10.229.315	18.113.526	-7.884.211
06 03 Kinder- und Jugendarbeit	134.670	827.982	-693.312	128.480	1.038.526	-910.046
06 04 Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	4.465.200	10.696.426	-6.231.226	4.578.200	13.003.495	-8.425.295
Summen:	**17.920.681**	**35.016.423**	**-17.095.742**	**19.987.295**	**39.487.072**	**-19.499.777**

Die Stadt Erkelenz stellt auch im 2025er-Haushaltsplan erhebliche finanzielle Mittel im Produktbereich 06 bereit und gewährleistet somit, dass sowohl ihre freiwilligen als auch ihre pflichtigen Aufgaben qualitätsorientiert und sachgerecht wahrgenommen werden können.

Die bereitgestellten Haushaltsmittel sind im Produktbereich 06 drei Bereichen zugeordnet. Dies sind die Bereiche „Kinderbetreuung“ (Produktgruppen 06 01 und 06 02), Kinder- und Jugendarbeit (Produktgruppe 06 03) und Hilfen für junge Menschen und ihre Familien, einschließlich der Hilfen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (Produktgruppe 06 04).

Produktgruppen 06 01 und 06 02 „Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen (Kitas) und in der Kindertagespflege“:
Die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen in den Produktgruppen betreffend Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege steht im unmittelbaren Zusammenhang mit der gestiegenen Zahl der angebotenen Betreuungsplätze im Elementarbereich. Im Jah-

resverlauf 2025 können insgesamt 1.830 Betreuungsplätze (2024 = 1.732 Betreuungsplätze) in den Kindertageseinrichtungen der freien Träger sowie in den städtischen Kindertageseinrichtungen angeboten werden.

Nachdem im Jahr 2024 der neue städtische Kindergarten Kückhoven eröffnet werden konnte, steht im Jahr 2025 der Bau des neuen Kindergartens Bauxhof in Erkelenz-Mitte an. Die Inbetriebnahme ist im Laufe des Kindergartenjahres 2025/2026 geplant. Die oben dargestellte Erhöhung der Betreuungsplätze ergibt sich im Wesentlichen aus den vorgenannten beiden städtischen Kita-Neubauten.

In der Kindertagespflege werden im Jahr 2025 insgesamt 130 Betreuungsplätze angeboten (2024 = 117 Plätze). Erfahrungsgemäß scheiden unterjährig Kinder aus den unterschiedlichsten Gründen (z. B. Umzug, Ende der Berufstätigkeit, Kitaplatz) aus der Kindertagespflege aus. Um in diesen Fällen neuen Kindern einen frei gewordenen Platz in der Kindertagespflege anbieten zu können, werden 180 Pauschalen beim Land beantragt, so dass bis zu max. 180 Kinder im gesamten Kindergartenjahreszeitraum 2025/2026 durch Kindertagespflegeplätze betreut werden können.

Um den auch zukünftig stetig wachsenden Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen decken zu können wurden im Haushaltsplanentwurf Kita-Baumaßnahmen eingeplant. Siehe hierzu die Erläuterungen unter Punkt „Wesentliche Investitionsmaßnahmen Produktgruppe 06 02 Förderung von Kindern in städt. Tageseinrichtungen und Kindertagespflege“.

Darüberhinausgehend soll die Verbesserung der qualitativen Aspekte in den Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege im Sinne des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz) fortlaufend vorangetrieben und nachhaltig gesichert werden. So finden beispielsweise stetig Schulungsmaßnahme sowie Fachtage für die Mitarbeitenden der städtischen Kindertagungseinrichtungen statt, um die Qualität der Arbeit in den Kindertageseinrichtungen durch gut fortgebildetes Personal zu sichern. Diese Gegebenheiten wirken sich auf die Personal- und Sachkosten und auf das Elternbeitragsaufkommen aus.

Im Bereich der Kindertagespflege sind auch für das Jahr 2025 weitere Qualifizierungsmaßnahmen für neue Kindertagespflegepersonen (KTP) und für bereits tätige KTP Aufbauqualifikationen geplant. Darüber hinaus wurden Mittel für die Werbung neuer KTP eingeplant, um zukünftig die Betreuungsplätze in der Kindertagespflege weiter auszubauen.

Ferner wurden im Bereich der Kindertagespflege anteilig Auszahlungsmittel eingestellt, um die mögliche Option zur Einrichtung von Großtagespflegestellen in freier Trägerschaft anbieten zu können. Gemäß der am 13.03.2024 im Jugendhilfeausschuss beschlossenen Bedarfsplanung für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege sollen Großtagespflegestellen durch Anbieter z. B. Privatpersonen oder Träger der freien Jugendhilfe geprüft und ggfls. installiert werden.

Produktgruppe 06 03 „Kinder- und Jugendarbeit“:
Um Maßnahmen umsetzen zu können, die sich aus dem kommunalen Kinder- und Jugendförderplan 2022 bis 2027 ergeben, werden entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt.
Weiterhin stehen im betreffenden Produktbereich Aufwandsmittel, insb. für die Durchführung des Ehrenamtsfestes für Kinder- und Jugendliche, Mittel für Aufwandsentschädigungen der Ferienhelfer*innen, Mittel zur Durchführung von Jugendarbeit bzw. mobiler Jugendarbeit durch die Stadt bzw. durch freie Träger, zur Verfügung. An dieser Stelle wird auf den Tagesordnungspunkt 8 „Verträge mit den freien Trägern zur offenen Kinder- und Jugendarbeit in Jugendfreizeiteinrichtungen und zur mobilen Jugendarbeit für die Jahre 2025 bis einschließlich 2029“ verwiesen.
Darüber hinaus sind Mittel für die sehr gut angenommenen Ferienspiele in dieser Produktgruppe erhöht eingeplant worden. Die Ferienspiele werden auch im Jahr 2025 unter Einbeziehung des Inklusionsgedankens, unter Hinzuziehung der Expertise der Lebenshilfe Heinsberg, weiter ausge-

weitet. Ferner sind in der Produktgruppe „Kinder- und Jugendarbeit“ Mittel für die laufende Unterhaltung der städtischen Spiel- und Bolzplätze berücksichtigt. Als Sonderbedarf wurden Aufwandsmittel für den möglichen Rückbau der alten Skateanlage am Adam-Stegerwald-Hof eingeplant.

Produktgruppe 06 04 „Hilfen für junge Menschen und ihre Familien“:
Die Aufwendungen 2025 (13.003.495 €) haben sich gegenüber dem Vorjahresansatz (10.696.426 €) um 2.300.000 € deutlich erhöht.

Einleitend kann zur Produktgruppe „Hilfen für junge Menschen und ihre Familien“ erläutert werden, dass die gesellschaftlichen Entwicklungen ihren Niederschlag in den Fallzahlen und somit in den Aufwendungen der vorliegenden Produktgruppe finden (an dieser Stelle wird auf den Tagesordnungspunkt 4 „Kinderschutz in Erkelenz: Vorstellung und Weiterentwicklung / Netzwerkkoordination“) hingewiesen.
Demnach ist nach der Corona-Pandemie ein Anstieg von Kindern mit psychischen Auffälligkeit u.a. im Kontext der Schule festzustellen.
Der Trend steigender (kostenintensiver) Hilfefälle hält leider weiter an.
Die Flüchtlingskrise bedingt nach wie vor eine Vielzahl von Inobhutnahmen von zugewiesenen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, die anschließend in der Regel im stationären Rahmen weiter zu versorgen sind.
Darüber hinaus wirken sich die tariflichen Entwicklungen auf die vom Amt für Kinder, Jugend, Familie und Soziales zu entrichtenden Entgelte an externe Leistungserbringende stark aus.

Erhöhte Aufwendungen ergeben sich im Einzelnen insbesondere in folgenden Bereichen:

- Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche (+ 540 T€),
- Heimerziehung und sonstige betreute Wohnformen (+ 100 T€),
- Hilfen für junge Volljährige (+ 380 T€),
- Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen (Inobhutnahmen etc.) (+ 560 T€),
- Vollzeitpflege (+ 230 T€),
- Sozialpädagogische Familienhilfe (+ 105 T€),
- Unterhaltsvorschussleistungen (+ 230 T€),
- Erstattungen von Aufwendungen an nicht zuständige Dritte (+ 150 T€).

Den deutlich erhöhten Aufwendungen im Jahr 2025 stehen in etwa gleichbleibende Erträge gegenüber. Die Ertragsansätze steigen um 113.000 € auf insgesamt 4.578.200 €. Das Amt für Kinder, Jugend, Familie und Soziales wird durch intensive Fallsteuerung und optimierte Einnahmenverwaltung versuchen die prognostizierten Erträge zu optimieren.

Das Amt für Kinder, Jugend, Familie und Soziales wird auch im Jahr 2025 durch die im Haushalt bereitgestellten Jugendhilfemittel die Finanzierung einer qualitativ hochwertigen und verantwortungsvollen Aufgabenwahrnehmung sicherstellen.

II. Teilfinanzplan:
Dem als Anlage beigefügten Teilfinanzplan des Produktbereiches 06 ist zu entnehmen, dass für den Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit in Höhe von 3.481.500 EUR und Einzahlungen aus Investitionstätigkeit in Höhe von 694.100 EUR für das Haushaltsjahr 2025 eingeplant sind. Ferner sind Verpflichtungsermächtigungen i. H. v. 3.238.000 EUR im Produktbereich „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“ hinterlegt. Verpflichtungsermächtigungen berechtigen zur Vergabe von Aufträgen in entsprechender Höhe im Haushaltsjahr 2025. Der zahlungsmäßige Mittelabfluss findet in diesen Fällen in Folgejahren statt.

Bei den vorgenannten Einzahlungen aus Investitionstätigkeit handelt es sich um Zuwendungsmittel für Investitionsmaßnahmen aus dem Produktbereich 06.

Wesentliche Investitionsmaßnahmen Produktgruppe 06 01 „Förderung von Kindern in Tagesbetreuung (freie Träger)“:
Im Bereich der freien Träger sind städtische Zuschussmittel für die Sanierung des Waldkindergartens in Gerderath eingeplant. Darüber hinaus sind Auszahlungsmittel für die Realisierung eines Kindergartens in Trägerschaft der ev. Kirchengemeinde Ratheim-Gerderath eingeplant. Der Kindergarten soll am Standort der ev. Kirche in Gerderath errichtet werden. Voraussetzung für die Umsetzung des Projektes ist die Gewährung von entsprechenden Fördergeldern durch das Land NRW.

Wesentliche Investitionsmaßnahmen Produktgruppe 06 02 „Förderung von Kindern in städt. Tageseinrichtungen und Kindertagespflege“:

- Neuanlage des Außengeländes Kindergarten Adolf-Kolping-Hof.
- Herstellung Außengelände Kindergarten Lövenich nach Abschluss Erweiterungsbau.
- Neubau Kindergarten Bauxhof. Die drei Gruppen des alten Kindergarten Bauxhof werden während der aktuellen Bauphase im Kindergarten Kamp-Lintforter-Str. geführt. Das Altgebäude wurde zwischenzeitlich zurückgebaut und der Grundstein am 09.09.2024 gelegt. Die Inbetriebnahme der neuen Einrichtung im Bauxhof ist im Laufe des Kindergartenjahrs 2025 / 2026 geplant.
- Restliche Mittel für die Fertigstellung des neuen dreizügigen Kindergartens in Erkelenz-Kückhoven. Der Kindergartenbetrieb läuft seit 09 / 2024. Insbesondere sind vorliegend Gelder für die abschließende Erstellung des Außengeländes hinterlegt.
- Bauliche Maßnahmen zur weiteren Nutzung des alten Kindergartenstandortes in Kückhoven. U.a. Anbau einer Außentreppe sowie Neuherstellung des Außengeländes.
- Kindergarten Kamp-Lintforter-Str.: Abschließende Herstellung Außengelände (Sonnensegel, Gartenhaus) sowie Verschattung und Verdunklung von Räumen.
- Fertigstellungsarbeiten Außengelände Kindergarten Südpromenade.
- Neugestaltung des Außengeländes am Kindergarten Schulring.
- Abschluss der Erweiterung des Kindergartengebäudes am Zehnthofweg mit anschließender Neugestaltung des Außengeländes.

Wesentliche Investitionsmaßnahmen Produktgruppe 06 03 „Kinder- und Jugendarbeit“:
(An dieser Stelle wird auch auf den Tagesordnungspunkt 3 „Spielplatzprioritätenplanung 2025/2026“ hingewiesen)

- Spielgeräte (einschl. Herstellung der KSP-Fläche) Kinderspielplatz Kamp-Lintforter-Straße
- Streetbasketballfeld „3 x 3“ im Oerather Mühlenfeld
- Fertigstellung der Kinderspielplatzfläche Kauler Weg (Matzerath) inkl. Spielgerätschaften
- Ersatzbeschaffung eines Großspielgerätes auf dem Kinderspielplatz im Ziegelweiherpark
- Restliche Mittelbereitstellung zur Fertigstellung der Skateanlage am Willy-Stein-Stadion in Erkelenz-Mitte (Beleuchtung, Fertigstellungspflege, Eröffnungsfest)
- „Bespielbare und besitzbare Stadt“ - Planungsmittel zur Konzepterstellung

Beschlussentwurf (als Empfehlung an den Haupt- und Finanzausschuss und den Rat):
„Dem Vorschlag der Verwaltung für den Produkthaushalt 2025 und für die mittelfristige Finanzplanung der Jahre 2026 - 2028 für den Produktbereich 06 „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“, der dem Original der Niederschrift beigefügt ist, wird zugestimmt.“

Klima-Check:
Trägt der Beschlussentwurf zum Klimaschutz oder zur Klimafolgenanpassung bei?

Ja ☐ Nein ☒

keine Klimarelevanz

Finanzielle Auswirkungen:
Die finanziellen Auswirkungen für den Produktbereich 06 „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“ sind detailliert dem Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025 zu entnehmen, welcher hinsichtlich des Produktbereichs 06 dieser Beschlussvorlage beigefügt ist.

Anlage:
Teilergebnis- und Teilfinanzplanung 2025 für den Produktbereich 06 „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“ mit dem Finanzplanungszeitraum für die Jahre 2026 - 2028.

Anlage 1

zum Tagesordnungspunkt 02 „Teilergebnis- und Teilfinanzplanung 2025 für den Produktbereich 06 „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“ mit dem Finanzplanungszeitraum für die Jahre 2026 - 2028“

Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 28.11.2024.

Unterschrift Ausschussvorsitz	Unterschrift Schriftführung

ERK
EL
ENZ

Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Zusammenfassung Teilergebnisplan Produktbereich 06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Stadt Erkelenz

Produktbereich 06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2023 €	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	10.335.597	11.205.360	12.866.840	13.435.587	13.729.263	14.032.573
	414001 Zuweisungen vom Bund	26.328	46.500	17.300	17.470	17.640	17.810
	414100 Zuweisungen vom Land	8.688.020	9.271.700	10.712.900	11.180.810	11.403.550	11.630.817
	414120 Zuweisungen vom Land - Familienzentrum	82.896	88.000	94.000	96.467	99.009	101.628
	414135 Zuw. des Landes im Rahmen der Eingliederungshilfe	180.225	160.200	332.600	339.250	346.028	352.941
	414145 Zuweis. des Landes Ausgl. Elternbeitragsbefreiung	1.082.121	1.201.100	1.332.000	1.399.440	1.427.426	1.455.967
	414200 Zuweisungen von Gemeinden (GV)	0	100	100	100	100	100
	414600 Zuschüsse von sonst. öffentl. Sonderrechnungen	0	100	100	100	100	100
	414700 Zuschüsse von privaten Unternehmen	0	300	300	300	300	300
	414800 Zuschüsse von übrigen Bereichen	250	0	100	100	100	100
	416100 Erträge a.d.Aufl. v. SoPo aus Zuweisungen	226.444	387.860	327.940	352.050	385.510	423.310
	417100 Erträge a.d.Aufl. v. geleisteten Zuweisungen u.ä.	49.314	49.500	49.500	49.500	49.500	49.500
03	+ Sonstige Transfererträge	635.366	600.100	655.100	661.650	668.200	674.750
	421100 Ersatz v. sozialen Leistungen außerh. v. Einricht.	89.684	80.000	85.000	85.850	86.700	87.550
	421151 Ersatz v. soz. Leist. außerh. v. Einricht. UVG	394.559	380.000	410.000	414.100	418.200	422.300
	421154 Ersatz von sozialen Leistungen in Einrichtungen	150.041	140.000	160.000	161.600	163.200	164.800
	421156 Ersatz von sozialen Leistungen UVG	0	100	100	100	100	100
	421158 Leistungen v.Sozialleistungsträgern § 1u. 2 AsylBLG i.v.E	1.082	0	0	0	0	0
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.193.142	2.195.221	2.452.645	2.571.973	2.617.573	2.664.055
	432100 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	1.909	2.000	2.000	2.020	2.040	2.060
	432110 Verpflegungskostenbeiträge	431.808	390.900	457.970	489.180	493.498	497.858
	432130 Elternbeiträge	1.759.425	1.802.321	1.992.675	2.080.773	2.122.035	2.164.137
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	8.831	10.100	15.100	15.250	15.400	15.550
	442100 Erträge aus dem Verkauf von Vorräten	225	100	100	100	100	100
	446100 Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	8.606	10.000	15.000	15.150	15.300	15.450
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.596.436	3.901.500	3.981.910	4.022.002	4.062.101	4.102.590
	448001 Erstattungen vom Bund	0	100	400	400	400	400
	448100 Erstattungen vom Land	2.364.681	2.500.000	2.650.000	2.676.500	2.703.265	2.730.297
	448200 Erstattungen von Gemeinden (GV)	1.203.040	1.396.500	1.324.010	1.337.552	1.350.836	1.364.243
	448400 Erstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich	0	1.600	1.600	1.600	1.600	1.600
	448700 Erstattungen von privaten Unternehmen	0	400	500	500	500	500
	448800 Erstattungen von übrigen Bereichen	28.715	2.900	5.400	5.450	5.500	5.550
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	83.391	8.400	15.700	15.800	15.900	16.000
	456100 Buß-und Zwangsgelder, Verwarnungsgelder	0	100	100	100	100	100
	458200 Erträge a.d. Auflösung o. Herabsetzung v. Rückst.	14.250	100	100	100	100	100
	459100 Andere sonstige ordentliche Erträge	69.140	8.200	15.500	15.600	15.700	15.800
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0

Zusammenfassung Teilergebnisplan Produktbereich 06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Stadt Erkelenz

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2023 €	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
10	= Ordentliche Erträge	16.852.762	17.920.681	19.987.295	20.722.262	21.108.437	21.505.518
11	- Personalaufwendungen	11.810.355	14.134.023	16.071.072	16.958.072	17.127.647	17.298.634
	501100 Beamte	355.444	303.161	336.078	339.430	342.815	346.233
	501200 Tariflich Beschäftigte	8.971.324	10.588.728	12.134.220	12.817.164	12.945.334	13.074.786
	502200 ZVK Tariflich Beschäftigte	659.702	863.900	965.539	1.019.694	1.029.897	1.039.919
	503200 Sozialversicherung Tariflich Beschäftigte	1.798.695	2.378.024	2.635.025	2.781.574	2.809.391	2.837.486
	504100 Beihilfen u. Unterstützungsleistungen f. Beschäft.	25.190	210	210	210	210	210
12	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0
13	- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	1.322.081	1.625.050	1.689.675	1.437.293	1.440.785	1.456.466
	521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	81.951	364.850	322.250	81.300	82.150	83.000
	521140 Aufwendungen für Maßnahmen des Brandschutzes	6.190	5.500	5.500	1.600	1.600	1.600
	521800 Zuführung Instandhaltungsrückstellungen	130.000	0	0	0	0	0
	522100 Unterhaltung des sonstigen unbewegl. Vermögens	36.121	35.600	55.000	50.265	38.630	38.995
	522160 Unterh. d. sonst. unb. Vermög.- Spielplätze -	9.377	30.000	85.000	40.400	40.800	41.200
	524100 Bewirtschaftung der Grundstücke und baul. Anlagen	84.955	70.300	86.800	90.565	91.331	92.098
	524200 Bewirtschaft.d.Grundst.u.baul.Anlagen -Energie-	140.747	258.400	113.400	116.750	120.250	123.850
	524400 Bewirtschaft.d.Grundst.u.baul.Anlagen -Reinigung-	273.121	294.700	365.450	369.130	372.810	376.530
	525100 Haltung v. Fahrzeugen	530	2.000	2.000	2.020	2.040	2.060
	525600 Unterhalt.d.Geräte, Ausstattung-u. Ausrüstungsg.	27.368	45.100	55.050	50.600	50.800	51.000
	525610 Unterhalt.d.Geräte u.a. Familienzentrum	0	1.000	2.000	2.020	2.040	2.060
	527900 Sonst. besonderer Verwaltungs- u. Betriebsaufwand	36.500	38.700	58.975	61.600	61.600	61.600
	527910 Sonst.bes.Verw.- u.Betriebsaufw.(Verpfl.Ganztag)	485.928	449.300	510.150	542.673	548.094	553.563
	527930 Sonst.bes.Verw.-u.Betriebsaufw.- Familienzentrum-	1.248	3.500	10.000	10.100	10.200	10.300
	529100 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	8.045	26.100	18.100	18.270	18.440	18.610
14	- Bilanzielle Abschreibungen	800.165	820.800	778.700	788.500	813.600	838.200
	571100 Abschreibung auf Sachanlagen	796.510	817.800	772.800	781.900	806.300	830.200
	574100 Auflösung von geleisteten Zuwendungen	3.656	3.000	5.900	6.600	7.300	8.000
15	- Transferaufwendungen	16.561.722	17.573.100	19.909.350	20.188.101	20.462.769	20.751.544
	531700 Aufwend. f. Zuschüsse an private Unternehmen	0	1.000	1.000	1.010	1.020	1.030
	531800 Aufwend. f. Zuschüsse an übrige Bereiche	7.058.192	7.308.100	7.700.250	7.857.500	8.009.398	8.164.245
	531850 Weiterleitung v. Landeszuweisungen an freie Träger	76.117	76.000	80.000	80.800	81.600	82.400
	531852 Aufwend. interkommunaler Ausgl. gem. § 21 d KiBiz	2.234	5.000	3.000	3.000	3.000	3.000
	531855 Auflösung von weitergeleiteten Landeszuweisungen u.ä.	49.315	49.500	49.500	49.500	49.500	49.500
	533100 Eingliederhilfe seelisch behinderter Jugendliche	982.632	850.000	1.300.000	1.313.000	1.326.130	1.339.390
	533110 Eingliederh. seelisch beh. Jugendl. (Poobildung)	235.888	250.000	340.000	343.400	346.900	350.400
	533210 Erziehung Tagesgruppe § 32 SGB VIII	44.313	100.000	70.000	70.700	71.410	72.120

Zusammenfassung Teilergebnisplan Produktbereich 06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Stadt Erkelenz

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2023 €	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
	533220 Heimerziehung, sonstige betreute Wohnformen	2.280.437	2.700.000	2.800.000	2.828.000	2.856.280	2.884.840
	533230 Hilfe für junge Volljähf. § 41 SGB XII	686.392	600.000	980.000	989.800	999.700	1.009.700
	533240 Maßnahmen zum Schutz v. Kindern/Jugendlichen	618.704	300.000	860.000	868.600	877.290	886.060
	533900 Sonstige soziale Leistungen	1.248.267	1.617.600	1.463.600	1.478.236	1.493.022	1.507.948
	533905 Vollzeitpflege § 33 SGB VIII	920.019	920.000	1.150.000	1.161.500	1.173.120	1.184.850
	533912 Außerschul. Jugendbildung § 11 SGB VIII	0	300	400	400	400	400
	533913 Betreuung in Notsituationen u.a.	0	3.000	2.000	2.020	2.040	2.060
	533914 Werbung u. Schulung von Pflegeeltern	1.001	11.000	7.000	7.020	7.040	7.060
	533915 Maßnahmen Kinder- und Jugendförderplan § 11-14 SGB VII	0	8.000	5.000	5.050	5.100	5.150
	533922 Internationale Jugendbegegnungen	0	1.500	1.000	1.000	1.000	1.000
	533923 Gemeinsame Unterbringung § 19 SGB VIII	2.009	70.000	30.000	30.300	30.600	30.910
	533925 Sonstige Erziehunghilfe § 27 SGB VIII	53.363	50.000	50.000	50.500	51.005	51.520
	533931 Zuschüsse f.Mitarbeiterfortbildung an freie Träger	231	1.000	1.000	1.010	1.020	1.030
	533932 Soziale Gruppenarbeit § 29 SGB VIII	0	10.000	8.000	8.080	8.160	8.240
	533933 Erziehungsbeistand § 30 SGB VIII	65.509	50.000	70.000	70.700	71.407	72.122
	533941 Sonstige Jugendarbeitszuschüsse § 11 SGB VIII	6.247	4.000	4.000	4.040	4.080	4.120
	533942 Sozialpädagogische Familienhilfe § 31 SGB VIII	411.292	420.000	525.000	530.250	535.550	540.910
	533945 Int. soz.päd. Einzelbetreuung § 35 SGB VIII	0	10.000	20.000	20.200	20.400	20.600
	533950 Familienerholungsmaßnahmen	0	100	100	100	100	100
	533951 Soziales Frühwarnsystem (Bielefelder Modell)	10.091	10.000	15.000	15.150	15.302	15.456
	533952 Jugendsozialarbeit § 13 SGB VIII	0	100	100	100	100	100
	533954 Schulsozialarbeit bei Schulabsentismus	0	2.000	500	505	510	515
	533955 Reintegrationsprogr. Rückführ. aus stat.Einricht.	0	4.000	3.000	3.030	3.060	3.090
	533956 Präventives Elterntraining f. alleinerzieh. Mütter	0	2.000	1.000	1.010	1.020	1.030
	533957 Beteiligung Projektförderung frühe Hilfen	23.498	28.800	28.800	29.090	29.380	39.670
	533958 Übernahme Kosten für Vormundschaften freier Träger	54.288	100.000	95.000	95.950	96.900	97.850
	533960 Unterhaltvorschussleistungen UVG	1.716.913	2.000.000	2.230.000	2.252.300	2.274.823	2.297.572
	533961 Aufwendungen "LVR-Programm" Angebote f Kinder/Jugendl m. suchtkran Eltern	4.198	100	100	100	100	100
	533965 Hilfe gem. § 18 SGB VIII	10.572	10.000	15.000	15.150	15.302	15.456
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.316.992	863.450	1.038.275	1.050.658	1.059.999	1.069.428
	541100 Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen	25.434	28.850	35.775	36.500	36.500	36.500
	542200 Mieten und Pachten	149.862	152.000	158.400	159.928	161.456	162.994
	542900 Sonst. Aufw. f.d. Inanspruchn. v. Rechten u. Dien	49.341	49.000	54.000	54.540	55.085	55.636
	542955 So.Aufw.RuD-Jugendsch.,Karnev.Jugendarbeit	12.073	8.000	14.000	14.140	14.280	14.423
	543100 Geschäftsaufwendungen	30.637	32.800	37.150	38.850	38.900	38.950
	543120 Geschäftsaufwendungen Familienzentrum	60	2.000	5.000	5.030	5.060	5.090
	544100 Steuern, Versicherungen, Schadensfälle	5.799	13.000	8.500	8.550	8.610	8.670
	544120 Versicherungen (Unfallkasse NRW)	17.524	19.700	21.000	21.000	21.000	21.000
	545100 Erstattungen an das Land UVG	186.416	175.000	175.000	176.750	178.518	180.304

Zusammenfassung Teilergebnisplan Produktbereich 06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Stadt Erkelenz

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2023 €	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
	545200 Erst. v. Aufw. v. Dritten lfd. Verw.tätigk. an Kommunen u.a.	498.228	350.000	500.000	505.000	510.050	515.151
	549900 übr. weitere Aufw. aus lfd. Verwaltungstätigkeit	341.617	33.100	29.450	30.370	30.540	30.710
17	= Ordentliche Aufwendungen	31.811.315	35.016.423	39.487.072	40.422.624	40.904.800	41.414.272
18	= Ordentliches Ergebnis (10 und 17)	-14.958.553	-17.095.742	-19.499.777	-19.700.362	-19.796.363	-19.908.754
19	+ Finanzerträge	0	0	0	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (19 und 20)	0	0	0	0	0	0
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)	-14.958.553	-17.095.742	-19.499.777	-19.700.362	-19.796.363	-19.908.754
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (23 und 24)	0	0	0	0	0	0
26	= Jahresergebnis (22 und 25)	-14.958.553	-17.095.742	-19.499.777	-19.700.362	-19.796.363	-19.908.754
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	589.148	604.000	629.400	641.950	654.760	667.830
	581100 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez.	576.201	594.100	619.500	631.890	644.540	657.440
	581500 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez. - GBA -	12.947	9.900	9.900	10.060	10.220	10.390
29	= Jahresergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)	-15.547.702	-17.699.742	-20.129.177	-20.342.312	-20.451.123	-20.576.584

Zusammenfassung Teilfinanzplan Produktbereich 06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Stadt Erkelenz

Produktbereich 06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2023 Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Verpflich-tungser-mächti-gung	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
01	+ Zuwendungen für Invest.maßmahmen	1.821.222 2.364.700	694.100	0	1.717.550	341.000	1.000
06	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	1.821.222 2.364.700	694.100	0	1.717.550	341.000	1.000
08	- Auszahlg. f. Baumaßnahmen	2.697.792 5.026.000	2.755.500	2.910.000	2.544.000	574.000	204.000
09	- Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	424.410 828.600	683.000	328.000	450.100	132.150	132.150
11	- Auszahlg. v. aktivierbaren Zuwendungen	220.080 20.000	40.000	0	0	0	0
12	- Sonstige Investitionsauszahlungen	0 3.000	3.000	0	0	0	0
13	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	3.342.282 5.877.600	3.481.500	3.238.000	2.994.100	706.150	336.150
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit (06 und 13)	-1.521.060 -3.512.900	-2.787.400	-3.238.000	-1.276.550	-365.150	-335.150

Produktbeschreibung Produkt 060100
Förderung von Kindern in Tageseinricht. und Tagespflege (freie Träger u.a.)

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0601	Förderung von Kindern in Tagesbetreuung
Produkt	060100	Förderung von Kindern in Tageseinricht. und Tagespflege (freie Träger u.a.)

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person(en)**
Amt 50/51	Inga Heinrichs

Beschreibung

Freie Träger (kath. und evgl. Pfarrgemeinden, Johanniter) stellen Plätze in Tageseinrichtungen bereit. Die Betreuung der Kinder erfolgt im Rahmen einer gruppen-/familienorientierten Erziehung und Bildung Information und Beratung.

Zielgruppe

Kinder im Alter von 4 Monaten bis 14 Jahre

Bewirtsch.-Regeln

Mehreinzahlungen bei einer Investitionsnummer im Produkt 060100 dürfen für Mehrauszahlungen bei selbiger Investitionsnummer im selben Produkt nach § 21 II KomHVO verwendet werden.

Auftragsgrundlage

§§ 2, 22, 22a, 24 SGB VIII, KiBiz

Ziele

1. Der derzeitige Deckungsbeitrag der Elternbeiträge bei den Kindertagesstätten (städtische und freie Träger) in Höhe von 17%-Punkten ist, sobald die Ausgleichsrücklage aufgezehrt ist, auf 19%-Punkte zu erhöhen.
2. Die Kindertagesstätten sind in ihrem Angebot durch Umorganisation derart neu auszurichten, dass im Norden, Süden, Westen und Osten des Stadtgebietes jeweils ein angefragtes Angebot gemacht werden kann. Damit wird den Eltern im Einzelfall eine Fahrt zur Einrichtung zugemutet.
3. Den freien Trägern dürfen maximal 100% der Kosten eines durchschnittlichen eigenen KG- Platzes erstattet werden.
4. Es werden keine neuen "halben Gruppen" mehr gebildet, die ein gewünschtes Betreuungsangebot ortsnah ermöglichen. Bestehende "halbe Gruppen" werden mit Übertritt der Kinder in die Schule aufgelöst.

Kennzahlen	**Ergebnis 2022**	**Ergebnis 2023**	**Soll 2024**	**Soll 2025**
zu 1.				
Aufwendungen	18.033.074,88 €	20.788.118,36 €	20.868.087,00 €	25.445.051,00 €
Elternbeitrag	2.608.063,75 €	2.841.545,37 €	3.003.421,00 €	3.324.675,00 €
Elternbeitrag in %	14,46	13,67	14,39	13,07
zu. 2				
Anzahl Kinder 25-Stunden-Betreuung	112	114	113	129
Anzahl Kinder 35-Stunden-Betreuung	910	942	998	1.003
Anzahl Kinder 45-Stunden-Betreuung	609	619	621	698
Allgemeine Ziele				
Kirchengemeindeverband Erkelenz				
Plätze	392	412	418	395
Zuschuss	3.528.405,81 €	3.822.082,63 €	3.931.930,00 €	4.236.000,00 €
Zuschuss je Platz	9.001,04 €	9.276,90 €	9.406,53 €	10.724,05 €
Evanglische Kirchengemeinde Schwanenberg				
Plätze	95	95	90	90
Zuschuss	1.007.088,89 €	1.053.703,46 €	1.122.231,20 €	1.056.000,00 €
Zuschuss je Platz	10.600,94 €	11.091,62 €	12.469,24 €	11.733,33 €

Produktbeschreibung Produkt 060100
Förderung von Kindern in Tageseinricht. und Tagespflege (freie Träger u.a.)

Stadt Erkelenz

Johanniter Jugendwerk				
Plätze	99	99	99	99
Zuschuss	1.162.678,92 €	1.217.469,28 €	1.295.991,60 €	1.394.000,00 €
Zuschuss je Platz	11.744,23 €	12.297,67 €	13.090,82 €	14.080,81 €
Elterninitiative "Wühlmäuse" e.V. Erkelenz-Lövenich				
Plätze	22	22	24	22
Zuschuss	225.109,55 €	237.564,77 €	250.682,00 €	252.000,00 €
Zuschuss je Platz	10.232,25 €	10.798,40 €	11.394,64 €	11.454,55 €
Elterninitiative "Waldfüchse" Erkelenz-Gerderath				
Plätze	24	24	22	22
Zuschuss	239.596,45 €	249.362,92 €	267.165,20 €	255.000,00 €
Zuschuss je Platz	9.983,19 €	10.390,12 €	12.143,87 €	11.590,91 €

Teilergebnisplan Produkt 060100
Förderung von Kindern in Tageseinricht. und Tagespflege (freie Träger u.a.)

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0601	Förderung von Kindern in Tagesbetreuung
Produkt	060100	Förderung von Kindern in Tageseinricht. und Tagespflege (freie Träger u.a.)

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2023 €	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	3.837.835	4.214.520	4.340.600	4.426.360	4.513.903	4.603.263
	414100 Zuweisungen vom Land	3.321.617	3.649.000	3.758.100	3.833.200	3.909.870	3.988.140
	414120 Zuweisungen vom Land - Familienzentrum	41.448	44.000	47.000	47.940	48.898	49.875
	414145 Zuweis. des Landes Ausgl. Elternbeitragsbefreiung	425.456	472.000	486.000	495.720	505.635	515.748
	416100 Erträge a.d.Aufl. v. SoPo aus Zuweisungen	0	20	0	0	0	0
	417100 Erträge a.d.Aufl. v. geleisteten Zuweisungen u.ä.	49.314	49.500	49.500	49.500	49.500	49.500
03	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	626.848	620.100	710.500	724.700	739.180	753.950
	432110 Verpflegungskostenbeiträge	400	100	500	500	500	500
	432130 Elternbeiträge	626.449	620.000	710.000	724.200	738.680	753.450
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	1.500	100	100	100	100
	448800 Erstattungen von übrigen Bereichen	0	1.500	100	100	100	100
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	41.243	100	100	100	100	100
	459100 Andere sonstige ordentliche Erträge	41.243	100	100	100	100	100
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	4.505.926	4.836.220	5.051.300	5.151.260	5.253.283	5.357.413
11	- Personalaufwendungen	40.649	40.578	70.125	70.827	71.535	72.250
	501100 Beamte	17.840	14.911	28.535	28.820	29.108	29.399
	501200 Tariflich Beschäftigte	16.523	19.611	32.067	32.388	32.712	33.039
	502200 ZVK Tariflich Beschäftigte	1.289	1.677	2.652	2.679	2.706	2.733
	503200 Sozialversicherung Tariflich Beschäftigte	3.424	4.369	6.861	6.930	6.999	7.069
	504100 Beihilfen u. Unterstützungsleistungen f. Beschäft.	1.572	10	10	10	10	10
12	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0
13	- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	0	0	0	0	0	0
14	- Bilanzielle Abschreibungen	3.656	3.000	5.900	6.600	7.300	8.000
	574100 Auflösung von geleisteten Zuwendungen	3.656	3.000	5.900	6.600	7.300	8.000
15	- Transferaufwendungen	6.631.733	6.922.500	7.245.500	7.389.360	7.536.098	7.685.769
	531800 Aufwend. f. Zuschüsse an übrige Bereiche	6.580.183	6.868.000	7.193.000	7.336.860	7.483.598	7.633.269
	531852 Aufwend. interkommunaler Ausgl. gem. § 21 d KiBiz	2.234	5.000	3.000	3.000	3.000	3.000
	531855 Auflösung von weitergeleiteten Landeszuweisungen u.ä.	49.315	49.500	49.500	49.500	49.500	49.500
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	134.033	11.000	10.000	10.000	10.000	10.000
	549900 übr. weitere Aufw. aus lfd. Verwaltungstätigkeit	134.033	11.000	10.000	10.000	10.000	10.000
17	= Ordentliche Aufwendungen	6.810.070	6.977.078	7.331.525	7.476.787	7.624.933	7.776.019
18	= Ordentliches Ergebnis (10 und 17)	-2.304.143	-2.140.858	-2.280.225	-2.325.527	-2.371.650	-2.418.606
19	+ Finanzerträge	0	0	0	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (19 und 20)	0	0	0	0	0	0

Teilergebnisplan Produkt 060100
Förderung von Kindern in Tageseinricht. und Tagespflege (freie Träger u.a.)

Stadt Erkelenz

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2023 €	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)	-2.304.143	-2.140.858	-2.280.225	-2.325.527	-2.371.650	-2.418.606
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (23 und 24)	0	0	0	0	0	0
26	= Jahresergebnis (22 und 25)	-2.304.143	-2.140.858	-2.280.225	-2.325.527	-2.371.650	-2.418.606
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	500	500	510	520	530
	581100 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez.	0	500	500	510	520	530
29	= Jahresergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)	-2.304.143	-2.141.358	-2.280.725	-2.326.037	-2.372.170	-2.419.136

Erläuterungen

zum Produkt 060100

Ertrag

414100 Zuweisungen vom Land
Voraussichtliche pauschalierte Landeszuweisungen zu den Kindpauschalen gemäß § 38 Abs. 1, 2 und § 41 Abs. 1 KiBiz sowie des Konnexitätsanteils auf U3-Kindpauschalen gemäß § 38 Abs. 3 KiBiz. Der Ansatz basiert auf der aktuellen KiTa-Bedarfsplanung.

414120 Zuweisungen vom Land - Familienzentrum -
Erwartete Landeszuweisung gemäß § 43 Abs. 2 KiBiz.

414145 Zuweisungen des Landes - Ausgleich für Elternbeitragsbefreiung -
Ausgleichszahlung des Landes gem. § 50 Abs. 2 Kibiz für das letzte und vorletzte Kindergartenjahr. Der Ansatz basiert auf der aktuellen KiTa-Bedarfsplanung.

417100 Erträge aus der Auflösung von geleisteten Zuweisungen
Erträge aus der Auflösung von weitergeleiteten Landeszuweisungen zum Bau von Kindertageseinrichtungen. Die erhaltenen Landeszuweisungen werden weitergeleitet und ratierlich anlaog zur Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände aufgelöst (siehe auch Konto 531855).

432130 Elternbeiträge
Erträge aus den Elternbeiträgen nach KiBiz. Der Ansatz wurde anhand der aktuellen Beitragssatzung und KiTa-Bedarfsplanung berechnet.

Aufwand

531800 Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche
Aufwendungen für Betriebskostenzuschüsse an die freien Träger nach dem KiBiz sowie die Weiterleitung der Zuschüsse für das Familienzentrum, die Verfügungspauschale und den U3-Kindpauschalen. Daneben werden noch freiwillige Zuschüsse aufgrund von abgeschlossenen Zusatzverträgen gezahlt. Der Ansatz orientiert sich an der aktuellen KiTa-Bedarfsplanung.

Teilergebnisplan Produkt 060100
Förderung von Kindern in Tageseinricht. und Tagespflege (freie Träger u.a.)

Stadt Erkelenz

531855 Auflösung von weitergeleiteten Landeszuweisungen
Aufwendungen aus der Auflösung von weitergeleiteten Landeszuweisungen zum Bau von Kindertagesstätten. Die weitergeleiteten Landeszuweisungen werden ratierlich anlaog zur Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände aufgelöst (siehe auch Konto 417100).

549900 Übrige weitere Aufwendungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit
Aufwendungen für die Abrechnung zu viel erhaltener Landeszuweisungen gemäß KiBiz für zurückliegende Kindergartenjahre.

574100 Auflösung von geleisteten Zuwendungen
Aufwendungen aus der Auflösung von eigenen Zuweisungen zum Bau von Kindertagesstätten. Die Zuweisungen werden ratierlich analog zur Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände aufgelöst (siehe auch Konten 417100 und 531855).

Teilfinanzplan Produkt 060100
Förderung von Kindern in Tageseinricht. und Tagespflege (freie Träger u.a.)

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0601	Förderung von Kindern in Tagesbetreuung
Produkt	060100	Förderung von Kindern in Tageseinricht. und Tagespflege (freie Träger u.a.)

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2023 Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Verpflich-tungser-mächti-gung	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
01	+ Zuwendungen für Invest.maßmahmen	190.080 1.000	161.000	0	1.501.000	341.000	1.000
06	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	190.080 1.000	161.000	0	1.501.000	341.000	1.000
08	- Auszahlg. f. Baumaßnahmen	0 61.000	161.000	1.840.000	1.501.000	341.000	1.000
11	- Auszahlg. v. aktivierbaren Zuwendungen	220.080 20.000	40.000	0	0	0	0
13	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	220.080 81.000	201.000	1.840.000	1.501.000	341.000	1.000
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit (06 und 13)	-30.000 -80.000	-40.000	-1.840.000	0	0	0

Investitionen Produkt 060100
Förderung von Kindern in Tageseinricht. und Tagespflege (freie Träger u.a.)

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0601	Förderung von Kindern in Tagesbetreuung
Produkt	060100	Förderung von Kindern in Tageseinricht. und Tagespflege (freie Träger u.a.)

Nr. Bezeichnung	Ergebnis 2023 Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Verpflich-tungser-mächti-gung	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €	Bish. bereitg. (bis VJ) Ges. Ein-Ausz. (mit Ansatz)
1. Oberhalb der Wertgrenze							
S06010001 Landeszuwendungen f. KG freier Träger	0 0	0	0	0	0	0	-210.736 -210.736
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	190.080 1.000	1.000	0	1.000	1.000	1.000	2.639.354 2.643.354
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	0 -1.000	-1.000	0	-1.000	-1.000	-1.000	-1.452.672 -1.456.672
28 - Auszahlg. v. aktivierbaren Zuwendungen	-190.080 0	0	0	0	0	0	-1.397.419 -1.397.419
S06010006 Zuschuss zur Erweiterung Kita Lövenich	0 0	0	0	0	0	0	-50.000 -50.000
28 - Auszahlg. v. aktivierbaren Zuwendungen	0 0	0	0	0	0	0	-50.000 -50.000
S06010007 Zuschuss zur Erweiterung Kita Golkrath	-30.000 0	0	0	0	0	0	-80.000 -80.000
28 - Auszahlg. v. aktivierbaren Zuwendungen	-30.000 0	0	0	0	0	0	-80.000 -80.000
S06010008 Zuschuss zur Erweiterung Waki Gerderath	0 -20.000	-40.000	0	0	0	0	-20.000 -40.000
28 - Auszahlg. v. aktivierbaren Zuwendungen	0 -20.000	-40.000	0	0	0	0	-20.000 -40.000

Erläuterungen:

Die aktuelle Kita muss zurückgebaut und neu erstellt werden. Hierzu erhält der Betreiber des WaKi einen entsprechenden Zuschuss. Die Mittel sind zum Teil neu veranschlagt.

S06010009 Err. KG Ev. Kirche Gerderath (freier Träger)	0 -60.000	0	-1.840.000	0	0	0	-60.000 0
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	0 0	160.000	0	1.500.000	340.000	0	0 2.000.000
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	0 -60.000	-160.000	-1.840.000	-1.500.000	-340.000	0	-60.000 -2.000.000

Erläuterungen:

Der weiterhin hohe Bedarf an Kitaplätzen in Gerderath soll nun in Kooperation mit der ev. Kirchengemeinde Ratheim-Gerderath durch eine Nutzungsänderung der ev. Kirche Gerderath erfolgen. Dabei soll die Kirche erhalten bleiben und Teile des ehem. Jugendzentrums durch einen Neubau ersetzt werden. Teile der Kirche sollen dabei multifunktional genutzt werden und auch für Jugendarbeit der ev. Gemeinde zur Verfügung stehen. Hierzu wurde im Jahr 2024 ein Konzept entwickelt, das im Jahr 2025 weiter planerisch ausgearbeitet werden soll. Die Bezuschussung erfolgt nur, wenn entsprechende Fördermittel gewährt werden.

Der Gesamtauszahlungsbedarf wird sich voraussichtlich auf ca. 2 Mio. € belaufen.

Damit die Auftragsvergabe vollständig im aktuellen Haushaltsjahr erfolgen kann, wurden Verpflichtungsermächtigungen für 2026 und 2027 eingeplant.

Produktbeschreibung Produkt 060201
KG Adolf-Kolping-Hof - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060201	KG Adolf-Kolping-Hof - Erkelenz

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person(en)**
Amt 50/51	Inga Heinrichs

Beschreibung	Bereitstellung und Unterhaltung von Kindergartenplätzen zur Betreuung der Kinder im Rahmen einer gruppen-/familienorientierten Erziehung und Bildung.
Zielgruppe	Kinder im Alter von maximal 6 Jahren und älter (ohne Schulkinder)
Auftragsgrundlage	§§ 2, 22, 22a, 24 SGB VIII, KiBiz
Ziele	1. Siehe Ziel Nr. 1 beim Produkt 060100. 2. Siehe Ziel Nr. 2 beim Produkt 060100. 3. Es werden keine neuen "halben Gruppen" mehr gebildet, die ein gewünschtes Betreuungsangebot ortsnah ermöglichen. Bestehende "halbe Gruppen" werden mit Übertritt der Kinder in die Schule aufgelöst.

Kennzahlen	**Ergebnis 2022**	**Ergebnis 2023**	**Soll 2024**	**Soll 2025**
zu 1.				
sh. Kennzahlenreihe Nr. 1 beim Produkt 060100				
zu 2.				
Anzahl Kinder 25-Stunden-Betreuung	13	14	15	10
Anzahl Kinder 35-Stunden-Betreuung	51	52	48	47
Anzahl Kinder 45-Stunden-Betreuung	29	27	30	36

Teilergebnisplan Produkt 060201
KG Adolf-Kolping-Hof - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060201	KG Adolf-Kolping-Hof - Erkelenz

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2023 €	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	455.607	456.080	632.850	645.330	658.574	672.064
	414001 Zuweisungen vom Bund	0	10.500	100	100	100	100
	414100 Zuweisungen vom Land	364.538	360.000	500.700	510.700	520.900	531.300
	414135 Zuw. des Landes im Rahmen der Eingliederungshilfe	16.581	0	29.500	30.090	30.691	31.304
	414145 Zuweis. des Landes Ausgl. Elternbeitragsbefreiung	56.853	62.000	83.000	84.660	86.353	88.080
	416100 Erträge a.d.Aufl. v. SoPo aus Zuweisungen	17.634	23.580	19.550	19.780	20.530	21.280
03	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	74.050	76.900	108.000	109.780	111.591	113.435
	432110 Verpflegungskostenbeiträge	30.363	25.000	38.000	38.380	38.763	39.150
	432130 Elternbeiträge	43.687	51.900	70.000	71.400	72.828	74.285
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	6.788	5.000	8.100	8.180	8.260	8.340
	448001 Erstattungen vom Bund	0	0	100	100	100	100
	448200 Erstattungen von Gemeinden (GV)	6.788	5.000	8.000	8.080	8.160	8.240
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	1.441	1.000	3.000	3.060	3.120	3.180
	459100 Andere sonstige ordentliche Erträge	1.441	1.000	3.000	3.060	3.120	3.180
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	537.886	538.980	751.950	766.350	781.545	797.019
11	- Personalaufwendungen	764.625	833.636	853.167	861.698	870.314	879.019
	501100 Beamte	7.312	1.069	9.767	9.865	9.963	10.063
	501200 Tariflich Beschäftigte	596.948	634.637	649.481	655.975	662.535	669.161
	502200 ZVK Tariflich Beschäftigte	41.192	52.637	51.713	52.230	52.752	53.280
	503200 Sozialversicherung Tariflich Beschäftigte	118.601	145.283	142.196	143.618	145.054	146.505
	504100 Beihilfen u. Unterstützungsleistungen f. Beschäft.	572	10	10	10	10	10
12	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0
13	- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	87.887	148.400	97.700	90.220	91.290	92.360
	521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	17.196	69.800	12.300	3.850	3.900	3.950
	521140 Aufwendungen für Maßnahmen des Brandschutzes	0	100	100	100	100	100
	522100 Unterhaltung des sonstigen unbewegl. Vermögens	1.148	1.000	1.000	1.010	1.020	1.030
	524100 Bewirtschaftung der Grundstücke und baul. Anlagen	5.183	5.500	6.000	6.060	6.120	6.180
	524200 Bewirtschaft.d.Grundst.u.baul.Anlagen - Energie-	11.480	20.300	9.100	9.350	9.650	9.950
	524400 Bewirtschaft.d.Grundst.u.baul.Anlagen - Reinigung-	18.972	21.500	24.500	24.750	25.000	25.250
	525600 Unterhalt.d.Geräte, Ausstattung-u. Ausrüstungsg.	355	2.000	1.500	1.500	1.500	1.500
	527900 Sonst. besonderer Verwaltungs- u. Betriebsaufwand	1.546	3.200	3.200	3.200	3.200	3.200

Teilergebnisplan Produkt 060201
KG Adolf-Kolping-Hof - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2023 €	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
	527910 Sonst.bes.Verw.- u.Betriebsaufw.(Verpfl.Ganztag)	32.007	25.000	40.000	40.400	40.800	41.200
14	- Bilanzielle Abschreibungen	39.981	42.100	35.100	34.800	33.100	31.500
	571100 Abschreibung auf Sachanlagen	39.981	42.100	35.100	34.800	33.100	31.500
15	- Transferaufwendungen	22.169	14.000	18.000	18.180	18.362	18.546
	531800 Aufwend. f. Zuschüsse an übrige Bereiche	22.169	14.000	18.000	18.180	18.362	18.546
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	11.803	7.100	8.400	8.410	8.420	8.430
	541100 Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen	4.074	2.200	2.900	2.900	2.900	2.900
	542200 Mieten und Pachten	0	0	200	200	200	200
	543100 Geschäftsaufwendungen	3.490	2.200	2.600	2.600	2.600	2.600
	544120 Versicherungen (Unfallkasse NRW)	1.699	1.700	1.700	1.700	1.700	1.700
	549900 übr. weitere Aufw. aus lfd. Verwaltungstätigkeit	2.539	1.000	1.000	1.010	1.020	1.030
17	= Ordentliche Aufwendungen	926.466	1.045.236	1.012.367	1.013.308	1.021.486	1.029.855
18	= Ordentliches Ergebnis (10 und 17)	-388.580	-506.256	-260.417	-246.958	-239.941	-232.836
19	+ Finanzerträge	0	0	0	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (19 und 20)	0	0	0	0	0	0
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)	-388.580	-506.256	-260.417	-246.958	-239.941	-232.836
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (23 und 24)	0	0	0	0	0	0
26	= Jahresergebnis (22 und 25)	-388.580	-506.256	-260.417	-246.958	-239.941	-232.836
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	19.251	15.700	20.700	21.110	21.530	21.960
	581100 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez.	18.563	15.000	20.000	20.400	20.810	21.230
	581500 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez. - GBA -	688	700	700	710	720	730
29	= Jahresergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)	-407.831	-521.956	-281.117	-268.068	-261.471	-254.796

Erläuterungen

zum Produkt 060201

Ertrag

414100 Zuweisungen vom Land

Voraussichtliche pauschalierte Landeszuweisungen zu den Kindpauschalen gemäß § 38 Abs. 1, 2 und § 41 Abs. 1 KiBiz sowie des Konnexitätsanteils auf U3-Kindpauschalen gemäß § 38 Abs. 3 KiBiz. Der Ansatz orientiert sich an der aktuellen KiTa-Bedarfsplanung.

41435 Zuweisung des Landes im Rahmen der Eingliederungshilfe

Die Landeszuweisungen werden für Kinder mit besonderem Förderungsbedarf gezahlt.

414145 Zuweisungen des Landes - Ausgleich für Elternbeitragsbefreiung - Ausgleichszahlung des Landes gem. § 50 Abs. 2 Kibiz. Der Ansatz orientiert sich an der aktuellen KiTa-Bedarfsplanung.

Teilergebnisplan Produkt 060201
KG Adolf-Kolping-Hof - Erkelenz

Stadt Erkelenz

416100 Erträge aus der Auflösung von Zuweisungen
Voraussichtliche Auflösung von bereits passivierten sowie planmäßig neu zu passivierenden Sonderposten.

432110 Verpflegungskostenbeiträge
Verpflegungskostenbeiträge unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Mittagsverpflegung. Der Ansatz orientiert sich am letzten Jahresergebnis und am voraussichtlichen Ergebnis 2024, unter der Berücksichtigung einer höheren Anzahl an Kindern.

432130 Elternbeiträge
Voraussichtliches Beitragsaufkommen der Eltern nach KiBiz.

448200 Erstattung von Gemeinden (GV)
Der Ansatz umfasst im wesentliche Erstattungen vom Jobcenter des Kreises Heinsberg im Rahmen von Bildung und Teilhabe. Der Ansatz orientiert sich am voraussichtlichen Ergebnis 2024.

Aufwand

521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen

a) Allgemeiner Unterhaltungsaufwand	3.000 €
b) Wartungsverträge	800 €
c) Renovierung WC Personal und Treppenwände	3.500 €
d) Schallschutz	5.000 €
Gesamt:	12.300 €

524100 Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen
Der Ansatz orientiert sich am voraussichtlichen Ergebnis 2024.

524200 Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen -Energie-
Die Aufwendungen orientieren sich am Verbrauch des Jahres 2023 unter Berücksichtigung der für 2025 voraussichtlich geltenden Preise.

524400 Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen -Reinigung-
Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Reinigungsdienstleistungen. Die höheren Aufwendungen resultieren im Wesentlichen aus einer erwarteten Tarifsteigerung.

527910 Sonstige besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen (Verpflegung Ganztag)
Voraussichtlicher Aufwand für die Mittagsverpflegung der Kinder in der städtischen Kindertageseinrichtung. Die höheren Aufwendungen orientieren sich am voraussichtlichen Ergebnis 2024 und einer höheren Anzahl an Kindern.

531800 Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche
Voraussichtlicher Aufwand für die Übermittagsbetreuung in der städtischen Kindertageseinrichtung. Die höheren Aufwendungen orientieren sich am voraussichtlichen Ergebnis 2024 und einer höheren Anzahl an Kindern.

Teilergebnisplan Produkt 060201
KG Adolf-Kolping-Hof - Erkelenz

Stadt Erkelenz

571100 Abschreibungen auf Sachanlagen
Voraussichtliche Abschreibung von bereits aktivierten sowie planmäßig neu zu aktivierenden Vermögensgegenstände.

581100 Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen
Voraussichtliche Inanspruchnahme von Leistungen anderer Organisationseinheiten, insbesondere des Baubetriebshofs.

Teilfinanzplan Produkt 060201 KG Adolf-Kolping-Hof - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060201	KG Adolf-Kolping-Hof - Erkelenz

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2023 Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Verpflich-tungser-mächti-gung	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
08	- Auszahlg. f. Baumaßnahmen	0 0	50.000	0	0	0	0
09	- Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	8.943 92.800	24.000	0	7.000	7.000	7.000
13	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	8.943 92.800	74.000	0	7.000	7.000	7.000
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit (06 und 13)	-8.943 -92.800	-74.000	0	-7.000	-7.000	-7.000

Investitionen Produkt 060201 KG Adolf-Kolping-Hof - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060201	KG Adolf-Kolping-Hof - Erkelenz

Nr. Bezeichnung	Ergebnis 2023 Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Verpflich-tungser-mächti-gung	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €	Bish. bereitg. (bis VJ) Ges. Ein-Ausz. (mit Ansatz)
1. Oberhalb der Wertgrenze							
B06020106 Spielgerät (Kletteranlage) KG Adolf-Kolping-Hof	0 -10.500	-10.000	0	0	0	0	-10.500 -10.500
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	0 -10.500	-10.000	0	0	0	0	-10.500 -10.500
Erläuterungen: Mittelansatz für ein Spielgerät (Kletteranlage) für das Außengelände des Kindergarten Adolf-Kolping-Hof. Vorliegend handelt es sich um eine Neuveranschlagung aus 2024.							
B06020107 Self-Cooker für den KG Adolf-Kolping-Hof	0 -20.000	0	0	0	0	0	-20.000 -20.000
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	0 -20.000	0	0	0	0	0	-20.000 -20.000
B06020108 Küche KG Adolf-Kolping-Hof	0 -30.000	0	0	0	0	0	-30.000 -30.000
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	0 -30.000	0	0	0	0	0	-30.000 -30.000
S06020108 KG Adolf-Kolping-Hof Neuanl. Außenanl.(U3-Gelände)	0 0	-50.000	0	0	0	0	0 -50.000
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	0 0	-50.000	0	0	0	0	0 -50.000
Erläuterungen: Ansatz für die Neuanlage des Außengeländes (U3-Bereich) im KG Adolf-Kolping-Hof.							
2. Unterhalb der Wertgrenze (<= 10.000 €)							
B06020101 Anschaffungen > 800 € KG A.-K.-Hof	0 -27.500	-9.000	0	-2.000	-2.000	-2.000	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	0 -27.500	-9.000	0	-2.000	-2.000	-2.000	
Erläuterungen: Pauschaler Ansatz für Anschaffungen > 800 € (netto) bis 10.000 €: 3.000 € Zusätzliche Mittel für die Einrichtung des großen Nebenraums (6.000 €).							
B06020180 Vermögensgegenstände des AV bis 800 €	-8.943 -4.800	-5.000	0	-5.000	-5.000	-5.000	
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	0 0	0	0	0	0	0	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	-8.943 -4.800	-5.000	0	-5.000	-5.000	-5.000	
Erläuterungen: Pauschaler Ansatz für die Beschaffung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens (bis einschließlich 800 €/netto) 5.000,00 €.							

Produktbeschreibung Produkt 060202 KG Granterath

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060202	KG Granterath

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person(en)**
Amt 50/51	Inga Heinrichs

Beschreibung	Bereitstellung und Unterhaltung von Kindergartenplätzen zur Betreuung der Kinder im Rahmen einer gruppen-/familienorientierten Erziehung und Bildung.
Zielgruppe	Kinder im Alter von maximal 6 Jahren und älter (ohne Schulkinder)
Auftragsgrundlage	§§ 2, 22, 22a, 24 SGB VIII, KiBiz
Ziele	1. Siehe Ziel Nr. 1 beim Produkt 060100. 2. Siehe Ziel Nr. 2 beim Produkt 060100. 3. Es werden keine neuen "halben Gruppen" mehr gebildet, die ein gewünschtes Betreuungsangebot ortsnah ermöglichen. Bestehende "halbe Gruppen" werden mit Übertritt der Kinder in die Schule aufgelöst.

Kennzahlen	**Ergebnis 2022**	**Ergebnis 2023**	**Soll 2024**	**Soll 2025**
zu 1.				
sh. Kennzahlenreihe Nr. 1 beim Produkt 060100				
zu 2.				
Anzahl Kinder 25-Stunden-Betreuung	6	5	7	6
Anzahl Kinder 35-Stunden-Betreuung	29	32	30	27
Anzahl Kinder 45-Stunden-Betreuung	14	12	12	11

Teilergebnisplan Produkt 060202
KG Granterath

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060202	KG Granterath

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2023 €	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	244.036	254.540	287.430	292.100	297.857	303.724
	414100 Zuweisungen vom Land	204.029	210.000	248.200	253.120	258.136	263.251
	414145 Zuweis. des Landes Ausgl. Elternbeitragsbefreiung	32.378	34.000	28.000	28.560	29.131	29.713
	416100 Erträge a.d.Aufl. v. SoPo aus Zuweisungen	7.629	10.540	11.230	10.420	10.590	10.760
03	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	56.271	59.000	62.000	63.060	64.138	65.236
	432110 Verpflegungskostenbeiträge	16.826	17.000	18.000	18.180	18.361	18.544
	432130 Elternbeiträge	39.445	42.000	44.000	44.880	45.777	46.692
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	840	400	1.100	1.110	1.120	1.130
	448200 Erstattungen von Gemeinden (GV)	840	300	1.000	1.010	1.020	1.030
	448400 Erstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich	0	100	100	100	100	100
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	271	100	1.000	1.000	1.000	1.000
	459100 Andere sonstige ordentliche Erträge	271	100	1.000	1.000	1.000	1.000
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	301.418	314.040	351.530	357.270	364.115	371.090
11	- Personalaufwendungen	487.617	547.331	586.027	591.887	597.806	603.784
	501100 Beamte	864	1.069	5.522	5.577	5.633	5.689
	501200 Tariflich Beschäftigte	382.299	417.980	448.771	453.259	457.791	462.369
	502200 ZVK Tariflich Beschäftigte	27.954	33.948	35.625	35.981	36.341	36.705
	503200 Sozialversicherung Tariflich Beschäftigte	76.322	94.324	96.099	97.060	98.031	99.011
	504100 Beihilfen u. Unterstützungsleistungen f. Beschäft.	179	10	10	10	10	10
12	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0
13	- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	46.924	59.500	89.100	57.295	57.990	58.685
	521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	595	13.100	39.100	6.650	6.700	6.750
	521140 Aufwendungen für Maßnahmen des Brandschutzes	0	100	100	100	100	100
	522100 Unterhaltung des sonstigen unbewegl. Vermögens	0	100	500	505	510	515
	524100 Bewirtschaftung der Grundstücke und baul. Anlagen	2.455	4.700	4.700	4.750	4.800	4.850
	524200 Bewirtschaft.d.Grundst.u.baul.Anlagen -Energie-	10.691	10.200	8.400	8.650	8.900	9.150
	524400 Bewirtschaft.d.Grundst.u.baul.Anlagen -Reinigung-	10.490	11.500	13.500	13.640	13.780	13.920
	525600 Unterhalt.d.Geräte, Ausstattung-u. Ausrüstungsg.	737	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
	527900 Sonst. besonderer Verwaltungs- u. Betriebsaufwand	3.155	1.600	1.800	1.800	1.800	1.800
	527910 Sonst.bes.Verw.- u.Betriebsaufw.(Verpfl.Ganztag)	18.802	17.200	20.000	20.200	20.400	20.600
14	- Bilanzielle Abschreibungen	25.502	23.400	26.000	24.100	24.100	23.400

Teilergebnisplan Produkt 060202
KG Granterath

Stadt Erkelenz

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2023 €	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
	571100 Abschreibung auf Sachanlagen	25.502	23.400	26.000	24.100	24.100	23.400
15	- Transferaufwendungen	9.108	10.000	10.000	10.100	10.200	10.300
	531800 Aufwend. f. Zuschüsse an übrige Bereiche	9.108	10.000	10.000	10.100	10.200	10.300
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	11.718	4.700	4.800	4.810	4.820	4.830
	541100 Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen	874	1.200	1.000	1.000	1.000	1.000
	542200 Mieten und Pachten	0	0	200	200	200	200
	543100 Geschäftsaufwendungen	1.982	1.600	1.800	1.800	1.800	1.800
	544120 Versicherungen (Unfallkasse NRW)	885	900	800	800	800	800
	549900 übr. weitere Aufw. aus lfd. Verwaltungstätigkeit	7.976	1.000	1.000	1.010	1.020	1.030
17	= Ordentliche Aufwendungen	580.869	644.931	715.927	688.192	694.916	700.999
18	= Ordentliches Ergebnis (10 und 17)	-279.450	-330.891	-364.397	-330.922	-330.801	-329.909
19	+ Finanzerträge	0	0	0	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (19 und 20)	0	0	0	0	0	0
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)	-279.450	-330.891	-364.397	-330.922	-330.801	-329.909
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (23 und 24)	0	0	0	0	0	0
26	= Jahresergebnis (22 und 25)	-279.450	-330.891	-364.397	-330.922	-330.801	-329.909
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	8.728	10.400	10.400	10.610	10.820	11.040
	581100 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez.	8.347	10.000	10.000	10.200	10.400	10.610
	581500 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez. - GBA -	381	400	400	410	420	430
29	= Jahresergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)	-288.178	-341.291	-374.797	-341.532	-341.621	-340.949

Erläuterungen

zum Produkt 060202

Ertrag

414100 Zuweisungen vom Land

Voraussichtliche pauschalierte Landeszuweisungen zu den Kindpauschalen gemäß § 38 Abs. 1, 2 und § 41 Abs. 1 KiBiz sowie des Konnexitätsanteils auf U3-Kindpauschalen gemäß § 38 Abs. 3 KiBiz. Der Ansatz orientiert sich an der aktuellen KiTa-Bedarfsplanung.

414145 Zuweisungen des Landes - Ausgleich für Elternbeitragsbefreiung -

Ausgleichszahlung des Landes gem. § 50 Abs. 2 Kibiz.

416100 Erträge aus der Auflösung von Zuweisungen

Voraussichtliche Auflösung von bereits passivierten sowie planmäßig neu zu passivierenden Sonderposten.

Teilergebnisplan Produkt 060202
KG Granterath

Stadt Erkelenz

432110 Verpflegungskostenbeiträge
Verpflegungskostenbeiträge unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Mittagsverpflegung.

432130 Elternbeiträge
Voraussichtliches Beitragsaufkommen der Eltern nach KiBiz.

Aufwand

521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen

a) Allgemeiner Unterhaltungsaufwand	6.000 €
b) Wartungsverträge	600 €
c) Erneuerung der Überdachung	20.000 €
d) Schallschutz	5.000 €
e) Renovierungsanstrich Gruppenräume	7.500 €
Gesamt:	39.100 €

524200 Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen -Energie-
Die Aufwendungen orientieren sich am Verbrauch des Jahres 2023 unter Berücksichtigung der für 2025 voraussichtlich geltenden Preise.

524400 Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen -Reinigung-
Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Reinigungsdienstleistungen. Die höheren Aufwendungen resultieren im Wesentlichen aus einer erwarteten Tarifsteigerung.

527910 Sonstiger besonderer Verwaltungs- und Betriebsaufwand (Verpflegung Ganztag)
Voraussichtlicher Aufwand für die Mittagsverpflegung der Kinder in der städtischen Kindertageseinrichtung.

531800 Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche
Voraussichtlicher Aufwand für die Übermittagsbetreuung in der städtischen Kindertageseinrichtung.

571100 Abschreibungen auf Sachanlagen
Voraussichtliche Abschreibung von bereits aktivierten sowie planmäßig neu zu aktivierenden Vermögensgegenständen.

581100 Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen
Voraussichtliche Inspruchnahmen von Leistungen anderer Organisationseinheiten, insbesondere des Baubetriebshofs.

Teilfinanzplan Produkt 060202 KG Granterath

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060202	KG Granterath

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2023 Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Verpflich-tungser-mächti-gung	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
08	- Auszahlg. f. Baumaßnahmen	0 0	12.500	0	0	0	0
09	- Auszahlg. f.d.Erwerb v. bewegl. Anlagevermögen	7.838 28.000	7.000	0	7.000	7.000	7.000
12	- Sonstige Investitionsauszahlungen	0 1.000	1.000	0	0	0	0
13	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	7.838 29.000	20.500	0	7.000	7.000	7.000
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit (06 und 13)	-7.838 -29.000	-20.500	0	-7.000	-7.000	-7.000

Investitionen Produkt 060202 KG Granterath

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060202	KG Granterath

Nr. Bezeichnung	Ergebnis 2023 Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Verpflich-tungser-mächti-gung	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €	Bish. bereitg. (bis VJ) Ges. Ein-Ausz. (mit Ansatz)
1. Oberhalb der Wertgrenze							
S06020202 Rückzahlung investiver Fördergelder	0 -1.000	-1.000	0	0	0	0	-1.000 -1.000
29 - Sonstige Investitionsauszahlungen	0 -1.000	-1.000	0	0	0	0	-1.000 -1.000
Erläuterungen: Pauschalansatz für die Rückzahlung zu viel erhaltener Zuwendungen für den Ausbau von Kita-Plätzen nach Abrechnung mit dem Fördergeber.							
S06020203 Pflasterarbeiten Außenbereich KG Granterath	0 0	-12.500	0	0	0	0	0 -12.500
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	0 0	-12.500	0	0	0	0	0 -12.500
Erläuterungen: Im Bereich der Außenanlage sind Pflasterarbeiten erforderlich.							
2. Unterhalb der Wertgrenze (<= 10.000 €)							
B06020201 Auszahlungen < 10.000 € KG Granterath > 800 €	-3.947 -19.000	-2.000	0	-2.000	-2.000	-2.000	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v. bewegl. Anlagevermögen	-3.947 -19.000	-2.000	0	-2.000	-2.000	-2.000	
Erläuterungen: Pauschaler Ansatz für Anschaffungen > 800 € (netto) bis 10.000 €: 2.000 €							
B06020280 Vermögensgegenstände des AV bis 800 €	-3.891 -9.000	-5.000	0	-5.000	-5.000	-5.000	
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	0 0	0	0	0	0	0	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v. bewegl. Anlagevermögen	-3.891 -9.000	-5.000	0	-5.000	-5.000	-5.000	
Erläuterungen: Pauschaler Ansatz für die Beschaffung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens (bis einschließlich 800 €/netto) 5.000 €.							

Produktbeschreibung Produkt 060205 KG Gerderath

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060205	KG Gerderath

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person(en)**
Amt 50/51	Inga Heinrichs

Beschreibung	Bereitstellung und Unterhaltung von Kindergartenplätzen zur Betreuung der Kinder im Rahmen einer gruppen-/familienorientierten Erziehung und Bildung.
Zielgruppe	Kinder im Alter von maximal 6 Jahren und älter (ohne Schulkinder)
Auftragsgrundlage	§§ 2, 22, 22a, 24 SGB VIII, KiBiz
Ziele	1. Siehe Ziel Nr. 1 beim Produkt 060100. 2. Siehe Ziel Nr. 2 beim Produkt 060100. 3. Es werden keine neuen "halben Gruppen" mehr gebildet, die ein gewünschtes Betreuungsangebot ortsnah ermöglichen. Bestehende "halbe Gruppen" werden mit Übertritt der Kinder in die Schule aufgelöst.

Kennzahlen	**Ergebnis 2022**	**Ergebnis 2023**	**Soll 2024**	**Soll 2025**
zu 1.				
sh. Kennzahlenreihe Nr. 1 beim Produkt 060100				
zu 2.				
Anzahl Kinder 25-Stunden-Betreuung	10	6	4	4
Anzahl Kinder 35-Stunden-Betreuung	46	47	56	58
Anzahl Kinder 45-Stunden-Betreuung	39	39	33	36

Teilergebnisplan Produkt 060205
KG Gerderath

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060205	KG Gerderath

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2023 €	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	545.101	557.300	602.650	613.190	625.372	637.832
	414100 Zuweisungen vom Land	413.471	428.000	448.600	457.600	466.778	476.138
	414120 Zuweisungen vom Land - Familienzentrum	20.724	22.000	23.500	23.970	24.449	24.937
	414135 Zuw. des Landes im Rahmen der Eingliederungshilfe	24.840	16.500	29.000	29.580	30.171	30.774
	414145 Zuweis. des Landes Ausgl. Elternbeitragsbefreiung	64.717	66.000	85.000	86.700	88.434	90.203
	414700 Zuschüsse von privaten Unternehmen	0	100	100	100	100	100
	416100 Erträge a.d.Aufl. v. SoPo aus Zuweisungen	21.350	24.700	16.450	15.240	15.440	15.680
03	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	100.711	98.700	124.500	126.645	128.829	131.053
	432110 Verpflegungskostenbeiträge	38.537	28.000	34.500	34.845	35.193	35.544
	432130 Elternbeiträge	62.175	70.700	90.000	91.800	93.636	95.509
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	8.751	8.100	7.000	7.068	7.136	7.205
	448001 Erstattungen vom Bund	0	0	100	100	100	100
	448200 Erstattungen von Gemeinden (GV)	8.751	8.000	6.800	6.868	6.936	7.005
	448400 Erstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich	0	100	100	100	100	100
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	1.013	100	100	100	100	100
	459100 Andere sonstige ordentliche Erträge	1.013	100	100	100	100	100
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	655.576	664.200	734.250	747.003	761.437	776.190
11	- Personalaufwendungen	798.114	849.900	1.059.628	1.070.225	1.080.934	1.091.465
	501100 Beamte	864	1.069	5.522	5.577	5.633	5.689
	501200 Tariflich Beschäftigte	627.157	656.919	813.590	821.728	829.944	838.243
	502200 ZVK Tariflich Beschäftigte	45.536	50.513	64.601	65.246	65.905	66.287
	503200 Sozialversicherung Tariflich Beschäftigte	124.378	141.389	175.905	177.664	179.442	181.236
	504100 Beihilfen u. Unterstützungsleistungen f. Beschäft.	179	10	10	10	10	10
12	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0
13	- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	91.039	169.700	156.300	107.627	108.760	109.948
	521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	1.906	60.700	55.700	5.950	6.000	6.050
	521140 Aufwendungen für Maßnahmen des Brandschutzes	1.399	100	100	100	100	100
	522100 Unterhaltung des sonstigen unbewegl. Vermögens	0	1.000	1.000	1.010	1.020	1.030
	524100 Bewirtschaftung der Grundstücke und baul. Anlagen	5.033	6.200	6.500	6.565	6.631	6.698
	524200 Bewirtschaft.d.Grundst.u.baul.Anlagen - Energie-	9.067	18.300	7.200	7.400	7.600	7.850
	524400 Bewirtschaft.d.Grundst.u.baul.Anlagen - Reinigung-	20.707	22.500	25.900	26.160	26.420	26.680
	525600 Unterhalt.d.Geräte, Ausstattung-u. Ausrüstungsg.	207	2.000	1.500	1.500	1.500	1.500

Teilergebnisplan Produkt 060205
KG Gerderath

Stadt Erkelenz

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2023 €	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
	525610 Unterhalt.d.Geräte u.a. Familienzentrum	0	1.000	1.000	1.010	1.020	1.030
	527900 Sonst. besonderer Verwaltungs- u. Betriebsaufwand	3.462	3.200	4.200	4.200	4.200	4.200
	527910 Sonst.bes.Verw.- u.Betriebsaufw.(Verpfl.Ganztag)	45.502	41.700	43.200	43.632	44.069	44.510
	527930 Sonst.bes.Verw.-u.Betriebsaufw.- Familienzentrum-	992	3.000	5.000	5.050	5.100	5.150
	529100 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	2.764	10.000	5.000	5.050	5.100	5.150
14	- Bilanzielle Abschreibungen	29.319	31.100	35.900	32.600	30.800	28.800
	571100 Abschreibung auf Sachanlagen	29.319	31.100	35.900	32.600	30.800	28.800
15	- Transferaufwendungen	13.821	14.000	14.000	14.140	14.282	14.425
	531800 Aufwend. f. Zuschüsse an übrige Bereiche	13.821	14.000	14.000	14.140	14.282	14.425
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	18.488	11.050	12.100	12.128	12.156	12.194
	541100 Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen	2.783	2.350	2.900	2.900	2.900	2.900
	542200 Mieten und Pachten	1.287	1.800	1.800	1.818	1.836	1.864
	543100 Geschäftsaufwendungen	2.747	2.200	2.600	2.600	2.600	2.600
	543120 Geschäftsaufwendungen Familienzentrum	60	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
	544120 Versicherungen (Unfallkasse NRW)	1.699	1.700	1.800	1.800	1.800	1.800
	549900 übr. weitere Aufw. aus lfd. Verwaltungstätigkeit	9.912	1.000	1.000	1.010	1.020	1.030
17	= Ordentliche Aufwendungen	950.781	1.075.750	1.277.928	1.236.720	1.246.932	1.256.832
18	= Ordentliches Ergebnis (10 und 17)	-295.204	-411.550	-543.678	-489.717	-485.495	-480.642
19	+ Finanzerträge	0	0	0	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (19 und 20)	0	0	0	0	0	0
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)	-295.204	-411.550	-543.678	-489.717	-485.495	-480.642
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (23 und 24)	0	0	0	0	0	0
26	= Jahresergebnis (22 und 25)	-295.204	-411.550	-543.678	-489.717	-485.495	-480.642
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	15.921	16.500	21.500	21.930	22.370	22.820
	581100 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez.	14.421	15.000	20.000	20.400	20.810	21.230
	581500 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez. - GBA -	1.500	1.500	1.500	1.530	1.560	1.590
29	= Jahresergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)	-311.125	-428.050	-565.178	-511.647	-507.865	-503.462

Erläuterungen

zum Produkt 060205

Ertrag

414100 Zuweisungen vom Land

Voraussichtliche pauschalierte Landeszuweisungen zu den Kindpauschalen gemäß § 38 Abs. 1, 2 und § 41 Abs. 1 KiBiz sowie des Konnexitätsanteils auf U3-Kindpauschalen gemäß § 38 Abs. 3 KiBiz. Der Ansatz orientiert sich an der aktuellen KiTa-Bedarfsplanung.

Teilergebnisplan Produkt 060205
KG Gerderath

Stadt Erkelenz

414120 Zuweisungen vom Land - Familienzentrum -
Erwartete Landeszuweisungen gemäß § 43 Abs. 2 KiBiz.

414135 Zuweisungen des Landes im Rahmen der Eingliederungshilfe
Die Landeszuweisungen werden für Kinder mit besonderem Förderungsbedarf gezahlt.

414145 Zuweisungen des Landes - Ausgleich für Elternbeitragsbefreiung -
Ausgleichszahlung des Landes gem. § 50 Abs. 2 Kibiz. Der Ansatz orientiert sich an der aktuellen KiTa-Bedarfsplanung.

416100 Erträge aus der Auflösung von Zuweisungen
Voraussichtliche Auflösung von bereits passivierten sowie planmäßig neu zu passivierenden Sonderposten.

432110 Verpflegungskostenbeiträge
Verpflegungskostenbeiträge für die Inanspruchnahme der Mittagsverpflegung.

432130 Elternbeiträge
Voraussichtliches Beitragsaufkommen der Eltern nach KiBiz.

448200 Erstattungen von Gemeinden (GV)
Erstattung der Verpflegungskosten durch Sozialhilfeträger aufgrund eines Leistungsanspruchs auf Bildung und Teilhabe (SGB II, SGB XII, Asyl).

Aufwand

521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen

a) Allgemeiner Unterhaltungsaufwand	5.000 €
b) Wartungsverträge	900 €
c) Abluftanlage WC, Personaltoilette und Wickelraum	8.000 €
d) Schallschutz	5.000 €
e) Erneuerung LED-Beleuchtung	36.800 €
Gesamt:	55.700 €

524100 Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen
Der Ansatz orientiert sich am voraussichtlichen Jahresergebnis 2024.

524200 Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen -Energie-
Die Aufwendungen orientieren sich am Verbrauch des Jahres 2023 unter Berücksichtigung der für 2025 voraussichtlich geltenden Preise.

524400 Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen -Reinigung-
Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Reinigungsdienstleistungen.

527910 Sonstige besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen (Verpflegung Ganztag)
Voraussichtlicher Aufwand für die Mittagsverpflegung der Kinder in der städtischen Kindertageseinrichtung.

Teilergebnisplan Produkt 060205
KG Gerderath

Stadt Erkelenz

527930 Sonstige besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen - Familienzentrum -
Aufwendungen für Beratungsstunden für pädagogische Fachkräfte hinsichtlich Kinderschutz.

529100 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen
Aufwendungen für Aktivitäten im Rahmen der Eigenschaft als Familienzentrum.

531800 Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche
Voraussichtlicher Aufwand für die Übermittagsbetreuung in der städtischen Kindertageseinrichtung.

571100 Abschreibungen auf Sachanlagen
Voraussichtliche Abschreibung von bereits aktivierten sowie planmäßig neu zu aktivierenden Vermögensgegenständen.

581100 Aufwendungen für interne Leistungsbeziehungen
Voraussichtliche Inanspruchnahme von Leistungen anderer Organisationseinheiten, insbesondere des Baubetriebshofs.

Teilfinanzplan Produkt 060205 KG Gerderath

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060205	KG Gerderath

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2023 Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Verpflich-tungser-mächti-gung	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
08	- Auszahlg. f. Baumaßnahmen	0 50.000	48.000	0	0	0	0
09	- Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	4.734 33.800	14.000	0	7.000	7.000	7.000
13	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	4.734 83.800	62.000	0	7.000	7.000	7.000
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit (06 und 13)	-4.734 -83.800	-62.000	0	-7.000	-7.000	-7.000

Investitionen Produkt 060205 KG Gerderath

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060205	KG Gerderath

Nr. Bezeichnung	Ergebnis 2023 Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Verpflich-tungser-mächti-gung	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €	Bish. bereitg. (bis VJ) Ges. Ein-Ausz. (mit Ansatz)
1. Oberhalb der Wertgrenze							
H06020503 Außenüberdachung Kindergarten Gerderath	0 -15.000	0	0	0	0	0	-15.000 -15.000
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	0 -15.000	0	0	0	0	0	-15.000 -15.000
S06020501 WLAN-Einrichtung KG Gerderath	0 0	0	0	0	0	0	-15.818 -15.818
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	0 0	0	0	0	0	0	-15.818 -15.818
S06020502 Kiga Gerderath Zaun und Toranlage neu	0 -35.000	-35.000	0	0	0	0	-35.000 -35.000
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	0 -35.000	-35.000	0	0	0	0	-35.000 -35.000
Erläuterungen: Ansatz für eine neue Zaunanlage. Es handelt sich um eine Neuveranschlagung aus 2024.							
S06020503 Herst. Spielbereich unter der Überdachung - KG Gerderath	0 0	-13.000	0	0	0	0	0 -13.000
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	0 0	-13.000	0	0	0	0	0 -13.000
Erläuterungen: Unter der vorhandenen Überdachung ist ein Spielbereich herzustellen.							
2. Unterhalb der Wertgrenze (<= 10.000 €)							
B06020501 Auszahl. < 10.000 € KG Gerderath > 800 €	0 -17.500	-9.000	0	-2.000	-2.000	-2.000	
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	0 0	0	0	0	0	0	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v. bewegl. Anlagevermögen	0 -17.500	-9.000	0	-2.000	-2.000	-2.000	
Erläuterungen: Pauschaler Ansatz für Anschaffungen > 800 € (netto) bis 10.000 €.							
B06020580 Vermögensgegenstände des AV bis 800 €	-4.734 -16.300	-5.000	0	-5.000	-5.000	-5.000	
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	0 0	0	0	0	0	0	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v. bewegl. Anlagevermögen	-4.734 -16.300	-5.000	0	-5.000	-5.000	-5.000	
Erläuterungen: Pauschaler Ansatz für die Beschaffung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens (bis einschließlich 800 €/netto) 5.000,00 €.							

Produktbeschreibung Produkt 060206
KG Am Hagelkreuz - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060206	KG Am Hagelkreuz - Erkelenz

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person(en)**
Amt 50/51	Inga Heinrichs

Beschreibung
Bereitstellung und Unterhaltung von Kindergartenplätzen zur Betreuung der Kinder im Rahmen einer gruppen-/familienorientierten Erziehung und Bildung.

Zielgruppe
Kinder im Alter von maximal 6 Jahren und älter (ohne Schulkinder)

Auftragsgrundlage
§§ 2, 22, 22a, 24 SGB VIII, KiBiz

Ziele
1. Siehe Ziel Nr. 1 beim Produkt 060100.
2. Siehe Ziel Nr. 2 beim Produkt 060100.
3. Es werden keine neuen "halben Gruppen" mehr gebildet, die ein gewünschtes Betreuungsangebot ortsnah ermöglichen. Bestehende "halbe Gruppen" werden mit Übertritt der Kinder in die Schule aufgelöst.

Kennzahlen	**Ergebnis 2022**	**Ergebnis 2023**	**Soll 2024**	**Soll 2025**
zu 1.				
sh. Kennzahlenreihe Nr. 1 beim Produkt 060100				
zu 2.				
Anzahl Kinder 25-Stunden-Betreuung	8	8	5	7
Anzahl Kinder 35-Stunden-Betreuung	52	55	60	57
Anzahl Kinder 45-Stunden-Betreuung	34	30	28	29

Teilergebnisplan Produkt 060206
KG Am Hagelkreuz - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060206	KG Am Hagelkreuz - Erkelenz

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2023 €	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	494.581	517.730	562.420	572.380	583.634	595.114
	414001 Zuweisungen vom Bund	0	14.500	0	0	0	0
	414100 Zuweisungen vom Land	391.528	400.000	460.700	469.900	479.280	488.840
	414135 Zuw. des Landes im Rahmen der Eingliederungshilfe	29.876	23.000	20.000	20.400	20.808	21.224
	414145 Zuweis. des Landes Ausgl. Elternbeitragsbefreiung	61.454	65.000	66.000	67.320	68.666	70.040
	416100 Erträge a.d.Aufl. v. SoPo aus Zuweisungen	11.723	15.230	15.720	14.760	14.880	15.010
03	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	93.523	109.500	118.497	120.700	122.434	124.203
	432110 Verpflegungskostenbeiträge	35.541	37.000	33.497	34.000	34.000	34.000
	432130 Elternbeiträge	57.982	72.500	85.000	86.700	88.434	90.203
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	5.395	2.600	3.700	3.736	3.772	3.808
	448200 Erstattungen von Gemeinden (GV)	5.395	2.500	3.600	3.636	3.672	3.708
	448400 Erstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich	0	100	100	100	100	100
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	1.612	100	100	100	100	100
	459100 Andere sonstige ordentliche Erträge	1.612	100	100	100	100	100
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	595.111	629.930	684.717	696.916	709.940	723.225
11	- Personalaufwendungen	800.036	901.269	1.111.694	1.122.812	1.134.038	1.145.380
	501100 Beamte	7.312	1.069	9.767	9.865	9.963	10.063
	501200 Tariflich Beschäftigte	620.630	692.120	849.658	858.155	866.736	875.404
	502200 ZVK Tariflich Beschäftigte	45.755	55.319	67.590	68.266	68.948	69.638
	503200 Sozialversicherung Tariflich Beschäftigte	125.768	152.751	184.669	186.516	188.381	190.265
	504100 Beihilfen u. Unterstützungsleistungen f. Beschäft.	572	10	10	10	10	10
12	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0
13	- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	89.609	125.400	106.500	97.520	98.544	99.573
	521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	3.194	22.000	15.500	5.550	5.600	5.650
	521140 Aufwendungen für Maßnahmen des Brandschutzes	0	100	100	100	100	100
	522100 Unterhaltung des sonstigen unbewegl. Vermögens	714	2.000	2.000	2.020	2.040	2.060
	524100 Bewirtschaftung der Grundstücke und baul. Anlagen	8.363	7.800	8.500	8.500	8.500	8.500
	524200 Bewirtschaft.d.Grundst.u.baul.Anlagen -Energie-	11.652	28.300	9.200	9.500	9.800	10.100
	524400 Bewirtschaft.d.Grundst.u.baul.Anlagen -Reinigung-	18.852	22.000	24.800	25.050	25.300	25.550
	525600 Unterhalt.d.Geräte, Ausstattung-u. Ausrüstungsg.	3.111	2.000	2.400	2.400	2.400	2.400
	527900 Sonst. besonderer Verwaltungs- u. Betriebsaufwand	2.770	3.200	4.000	4.000	4.000	4.000

Teilergebnisplan Produkt 060206
KG Am Hagelkreuz - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2023 €	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
	527910 Sonst.bes.Verw.- u.Betriebsaufw.(Verpfl.Ganztag)	40.953	38.000	40.000	40.400	40.804	41.213
14	- Bilanzielle Abschreibungen	28.527	32.000	35.700	32.300	32.000	32.100
	571100 Abschreibung auf Sachanlagen	28.527	32.000	35.700	32.300	32.000	32.100
15	- Transferaufwendungen	13.656	14.000	14.000	14.140	14.282	14.425
	531800 Aufwend. f. Zuschüsse an übrige Bereiche	13.656	14.000	14.000	14.140	14.282	14.425
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	23.602	7.100	8.400	8.410	8.420	8.430
	541100 Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen	4.313	2.200	2.900	2.900	2.900	2.900
	542200 Mieten und Pachten	0	0	200	200	200	200
	543100 Geschäftsaufwendungen	1.816	2.200	2.600	2.600	2.600	2.600
	544120 Versicherungen (Unfallkasse NRW)	1.699	1.700	1.700	1.700	1.700	1.700
	549900 übr. weitere Aufw. aus lfd. Verwaltungstätigkeit	15.774	1.000	1.000	1.010	1.020	1.030
17	= Ordentliche Aufwendungen	955.431	1.079.769	1.276.294	1.275.182	1.287.284	1.299.908
18	= Ordentliches Ergebnis (10 und 17)	-360.320	-449.839	-591.577	-578.266	-577.344	-576.683
19	+ Finanzerträge	0	0	0	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (19 und 20)	0	0	0	0	0	0
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)	-360.320	-449.839	-591.577	-578.266	-577.344	-576.683
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (23 und 24)	0	0	0	0	0	0
26	= Jahresergebnis (22 und 25)	-360.320	-449.839	-591.577	-578.266	-577.344	-576.683
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	16.184	25.700	15.700	16.010	16.330	16.650
	581100 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez.	15.483	25.000	15.000	15.300	15.610	15.920
	581500 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez. - GBA -	701	700	700	710	720	730
29	= Jahresergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)	-376.504	-475.539	-607.277	-594.276	-593.674	-593.333

Erläuterungen

zum Produkt 060206

Ertrag

414100 Zuweisungen vom Land

Voraussichtliche pauschalierte Landeszuweisungen zu den Kindpauschalen gemäß § 38 Abs. 1, 2 und § 41 Abs. 1 KiBiz sowie des Konnexitätsanteils auf U3-Kindpauschalen gemäß § 38 Abs. 3 KiBiz. Der Ansatz orientiert sich an der aktuellen KiTa-Bedarfsplanung.

414135 Zuweisungen des Landes im Rahmen der Eingliederungshilfe

Die Landeszuweisungen werden für Kinder mit besonderem Förderungsbedarf gezahlt. Der Ansatz orientiert sich an der aktuellen KiTa-Bedarfsplanung.

414145 Zuweisungen des Landes - Ausgleich für Elternbeitragsbefreiung -

Ausgleichszahlung des Landes gem. § 50 Abs. 2 Kibiz. Der Ansatz orientiert sich an der aktuellen KiTa-Bedarfsplanung.

Teilergebnisplan Produkt 060206
KG Am Hagelkreuz - Erkelenz

Stadt Erkelenz

416100 Erträge aus der Auflösung von Zuweisungen
Voraussichtliche Auflösung von bereits passivierten sowie planmäßig neu zu passivierenden Sonderposten.

432110 Verpflegungskostenbeiträge
Verpflegungskostenbeiträge für die voraussichtliche Inanspruchnahme der Mittagsverpflegung.

432130 Elternbeiträge
Voraussichtliches Beitragsaufkommen der Eltern nach KiBiz.

Aufwand

521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen

a) Allgemeiner Unterhaltungsaufwand	5.000 €
b) Wartungsverträge	500 €
c) Renovierungsanstrich verschiedener Gruppenräume	5.000 €
d) Schallschutz	5.000 €
Gesamt:	15.500 €

524100 Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen
Der Ansatz orientiert sich am voraussichtlichen Jahresergebnis 2024.

524200 Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen -Energie-
Die Aufwendungen orientieren sich am Verbrauch des Jahres 2023 unter Berücksichtigung der für 2025 voraussichtlich geltenden Preise.

524400 Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen -Reinigung-
Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Reinigungsdienstleistungen.

527910 Sonstige besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen (Verpflegung Ganztag)
Voraussichtlicher Aufwand für die Mittagsverpflegung der Kinder in der städtischen Kindertageseinrichtung.

531800 Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche
Voraussichtlicher Aufwand für die Übermittagsbetreuung in der städtischen Kindertageseinrichtung.

571100 Abschreibungen auf Sachanlagen
Voraussichtliche Abschreibung von bereits aktivierten sowie planmäßig neu zu aktivierenden Vermögensgegenständen.

581100 Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen
Voraussichtliche Inanspruchnahme von Leistungen anderer Organisationseinheiten, insbesondere des Baubetriebshofs.

Teilfinanzplan Produkt 060206
KG Am Hagelkreuz - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060206	KG Am Hagelkreuz - Erkelenz

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2023 Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Verpflich-tungser-mächti-gung	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
09	- Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	12.350 25.000	37.000	0	7.000	7.000	7.000
13	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	12.350 25.000	37.000	0	7.000	7.000	7.000
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit (06 und 13)	-12.350 -25.000	-37.000	0	-7.000	-7.000	-7.000

Investitionen Produkt 060206
KG Am Hagelkreuz - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060206	KG Am Hagelkreuz - Erkelenz

Nr. Bezeichnung	Ergebnis 2023 Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Verpflich-tungser-mächti-gung	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €	Bish. bereitg. (bis VJ) Ges. Ein-Ausz. (mit Ansatz)
1. Oberhalb der Wertgrenze							
B06020605 Sonnenschutz Außengelände für U3-Sandkasten	0 -11.000	0	0	0	0	0	-11.000 -11.000
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v. bewegl. Anlagevermögen	0 -11.000	0	0	0	0	0	-11.000 -11.000
S06020601 WLAN-Einrichtung KG Am Hagelkreuz	-11.245 0	0	0	0	0	0	-11.245 -11.245
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v. bewegl. Anlagevermögen	-11.245 0	0	0	0	0	0	-11.245 -11.245
2. Unterhalb der Wertgrenze (<= 10.000 €)							
B06020601 Auszahl. < 10.000 € KG Am Hagelkreuz > 800 €	0 -4.000	-32.000	0	-2.000	-2.000	-2.000	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v. bewegl. Anlagevermögen	0 -4.000	-32.000	0	-2.000	-2.000	-2.000	

Erläuterungen:

Pauschaler Ansatz für Anschaffungen > 800 € (netto) bis 10.000 €: 3.000 €, daneben verschiedene Sonderbedarfe (Sonnenschutz, Garderobe Flurbereich etc.).

Gesamtsumme 32.000 €.

B06020680 Vermögensgegenstände des AV bis 800 €	-1.105 -10.000	-5.000	0	-5.000	-5.000	-5.000	
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	0 0	0	0	0	0	0	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v. bewegl. Anlagevermögen	-1.105 -10.000	-5.000	0	-5.000	-5.000	-5.000	

Erläuterungen:

Pauschaler Ansatz für die Beschaffung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens (bis einschließlich 800 €/netto) 5.000 €.

Produktbeschreibung Produkt 060207 KG Hetzerath

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060207	KG Hetzerath

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person(en)**
Amt 50/51	Inga Heinrichs

Beschreibung	Bereitstellung und Unterhaltung von Kindergartenplätzen zur Betreuung der Kinder im Rahmen einer gruppen-/familienorientierten Erziehung und Bildung.
Zielgruppe	Kinder im Alter von maximal 6 Jahren und älter (ohne Schulkinder)
Auftragsgrundlage	§§ 2, 22, 22a, 24 SGB VIII, KiBiz
Ziele	1. Siehe Ziel Nr. 1 beim Produkt 060100. 2. Siehe Ziel Nr. 2 beim Produkt 060100. 3. Es werden keine neuen "halben Gruppen" mehr gebildet, die ein gewünschtes Betreuungsangebot ortsnah ermöglichen. Bestehende "halbe Gruppen" werden mit Übertritt der Kinder in die Schule aufgelöst.

Kennzahlen	**Ergebnis 2022**	**Ergebnis 2023**	**Soll 2024**	**Soll 2025**
zu 1.				
sh. Kennzahlenreihe Nr. 1 beim Produkt 060100				
zu 2.				
Anzahl Kinder 25-Stunden-Betreuung	6	4	3	2
Anzahl Kinder 35-Stunden-Betreuung	34	39	39	37
Anzahl Kinder 45-Stunden-Betreuung	6	6	7	10

Teilergebnisplan Produkt 060207
KG Hetzerath

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060207	KG Hetzerath

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2023 €	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	213.084	237.240	254.910	260.480	266.578	272.775
	414100 Zuweisungen vom Land	177.556	196.000	208.600	212.800	217.082	221.447
	414135 Zuw. des Landes im Rahmen der Eingliederungshilfe	0	0	100	100	100	100
	414145 Zuweis. des Landes Ausgl. Elternbeitragsbefreiung	30.916	35.000	40.000	40.800	41.616	42.448
	416100 Erträge a.d.Aufl. v. SoPo aus Zuweisungen	4.611	6.240	6.210	6.780	7.780	8.780
03	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	47.184	56.671	62.300	62.923	63.551	64.185
	432110 Verpflegungskostenbeiträge	24.090	20.000	29.000	29.290	29.582	29.877
	432130 Elternbeiträge	23.094	36.671	33.300	33.633	33.969	34.308
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	731	1.100	1.400	1.413	1.426	1.439
	448200 Erstattungen von Gemeinden (GV)	731	1.000	1.300	1.313	1.326	1.339
	448400 Erstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich	0	100	100	100	100	100
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	726	1.000	1.000	1.010	1.020	1.030
	459100 Andere sonstige ordentliche Erträge	726	1.000	1.000	1.010	1.020	1.030
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	261.725	296.011	319.610	325.826	332.575	339.429
11	- Personalaufwendungen	358.593	366.562	484.610	489.456	494.351	499.294
	501100 Beamte	864	1.069	5.522	5.577	5.633	5.689
	501200 Tariflich Beschäftigte	279.930	282.192	368.514	372.199	375.921	379.680
	502200 ZVK Tariflich Beschäftigte	20.657	22.147	29.011	29.301	29.594	29.890
	503200 Sozialversicherung Tariflich Beschäftigte	56.964	61.144	81.553	82.369	83.193	84.025
	504100 Beihilfen u. Unterstützungsleistungen f. Beschäft.	179	10	10	10	10	10
12	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0
13	- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	55.388	57.400	66.400	62.000	62.604	63.271
	521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	6.661	4.600	9.600	4.650	4.700	4.750
	521140 Aufwendungen für Maßnahmen des Brandschutzes	1.597	100	100	100	100	100
	522100 Unterhaltung des sonstigen unbewegl. Vermögens	143	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
	524100 Bewirtschaftung der Grundstücke und baul. Anlagen	6.055	3.000	4.000	4.040	4.080	4.120
	524200 Bewirtschaft.d.Grundst.u.baul.Anlagen -Energie-	3.014	12.200	2.400	2.450	2.500	2.600
	524400 Bewirtschaft.d.Grundst.u.baul.Anlagen -Reinigung-	10.580	12.000	13.300	13.430	13.560	13.700
	525600 Unterhalt.d.Geräte, Ausstattung-u. Ausrüstungsg.	1.590	1.000	1.200	1.200	1.200	1.200
	527900 Sonst. besonderer Verwaltungs- u. Betriebsaufwand	1.818	1.600	1.800	1.800	1.800	1.800
	527910 Sonst.bes.Verw.- u.Betriebsaufw.(Verpfl.Ganztag)	23.931	21.900	33.000	33.330	33.664	34.001

Teilergebnisplan Produkt 060207
KG Hetzerath

Stadt Erkelenz

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2023 €	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
14	- Bilanzielle Abschreibungen	15.709	15.000	21.300	21.400	22.400	23.100
	571100 Abschreibung auf Sachanlagen	15.709	15.000	21.300	21.400	22.400	23.100
15	- Transferaufwendungen	9.108	10.000	10.000	10.100	10.200	10.300
	531800 Aufwend. f. Zuschüsse an übrige Bereiche	9.108	10.000	10.000	10.100	10.200	10.300
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	19.870	4.700	5.600	5.610	5.620	5.630
	541100 Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen	333	1.200	1.700	1.700	1.700	1.700
	542200 Mieten und Pachten	0	0	200	200	200	200
	543100 Geschäftsaufwendungen	1.536	1.600	1.800	1.800	1.800	1.800
	544120 Versicherungen (Unfallkasse NRW)	814	900	900	900	900	900
	549900 übr. weitere Aufw. aus lfd. Verwaltungstätigkeit	17.187	1.000	1.000	1.010	1.020	1.030
17	= Ordentliche Aufwendungen	458.669	453.662	587.910	588.566	595.175	601.595
18	= Ordentliches Ergebnis (10 und 17)	-196.944	-157.651	-268.300	-262.740	-262.600	-262.166
19	+ Finanzerträge	0	0	0	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (19 und 20)	0	0	0	0	0	0
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)	-196.944	-157.651	-268.300	-262.740	-262.600	-262.166
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (23 und 24)	0	0	0	0	0	0
26	= Jahresergebnis (22 und 25)	-196.944	-157.651	-268.300	-262.740	-262.600	-262.166
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	14.996	10.700	10.700	10.910	11.120	11.340
	581100 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez.	14.340	10.000	10.000	10.200	10.400	10.610
	581500 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez. - GBA -	656	700	700	710	720	730
29	= Jahresergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)	-211.940	-168.351	-279.000	-273.650	-273.720	-273.506

Erläuterungen

zum Produkt 060207

Ertrag

414100 Zuweisungen vom Land

Voraussichtliche pauschalierte Landeszuweisungen zu den Kindpauschalen gemäß § 38 Abs. 1, 2 und § 41 Abs. 1 KiBiz sowie des Konnexitätsanteils auf U3-Kindpauschalen gemäß § 38 Abs. 3 KiBiz. Der Ansatz orientiert sich an der aktuellen KiTa-Bedarfsplanung.

414145 Zuweisungen des Landes - Ausgleich für Elternbeitragsbefreiung -
Ausgleichszahlung des Landes gem. § 50 Abs. 2 Kibiz. Der Ansatz orientiert sich an der aktuellen KiTa-Bedarfsplanung.

416100 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuweisungen

Voraussichtliche Auflösung von bereits passivierten sowie planmäßig neu zu passivierenden Sonderposten.

Teilergebnisplan Produkt 060207
KG Hetzerath

Stadt Erkelenz

432110 Verpflegungskostenbeiträge
Verpflegungskostenbeiträge für die voraussichtliche Inanspruchnahme der Mittagsverpflegung.

432130 Elternbeiträge
Voraussichtliches Beitragsaufkommen der Eltern nach KiBiz.

Aufwand

521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen

a) Allgemeiner Unterhaltungsaufwand	4.000 €
b) Wartungsverträge	600 €
c) Schallschutz	5.000 €
Gesamt:	9.600 €

524200 Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen -Energie-
Die Aufwendungen orientieren sich am Verbrauch des Jahres 2023 unter Berücksichtigung der für 2025 voraussichtlich geltenden Preise.

524400 Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen -Reinigung-
Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Reinigungsdienstleistungen.

527910 Sonstige besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen (Verpflegung Ganztag)
Voraussichtlicher Aufwand für die Mittagsverpflegung der Kinder in der städtischen Kindertageseinrichtung.

531800 Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche
Voraussichtlicher Aufwand für die Übermittagsbetreuung in der städtischen Kindertageseinrichtung. Der Ansatz orientiert sich am letzten Jahresergebnis.

571100 Abschreibung auf Sachanlagen u.Ä.
Voraussichtliche Abschreibung von bereits aktivierten sowie planmäßig neu zu aktivierenden Vermögensgegenständen.

581100 Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen
Voraussichtliche Inanspruchnahme von Leistungen anderer Organisationseinheiten, insbesondere des Baubetriebshofs.

Teilfinanzplan Produkt 060207
KG Hetzerath

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060207	KG Hetzerath

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2023 Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Verpflich-tungser-mächti-gung	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
08	- Auszahlg. f. Baumaßnahmen	66.079 105.000	0	0	0	0	0
09	- Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	11.663 16.500	22.500	0	7.000	7.000	7.000
13	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	77.742 121.500	22.500	0	7.000	7.000	7.000
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit (06 und 13)	-77.742 -121.500	-22.500	0	-7.000	-7.000	-7.000

Investitionen Produkt 060207 KG Hetzerath

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060207	KG Hetzerath

Nr. Bezeichnung	Ergebnis 2023 Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Verpflich-tungser-mächti-gung	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €	Bish. bereitg. (bis VJ) Ges. Ein-Ausz. (mit Ansatz)
1. Oberhalb der Wertgrenze							
B06020705 Sonnenschutz Außengelände für Sandkasten	0 -10.500	-10.500	0	0	0	0	-10.500 -10.500
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	0 -10.500	-10.500	0	0	0	0	-10.500 -10.500
Erläuterungen: Mittelansatz für die Errichtung eines Sonnenschutzes für den Sandkasten im Außengelände des Kindergartens in Hetzerath. Es handelt sich um eine Neuveranschlagung aus 2024.							
H06020702 Nottreppe KG Hetzerath	-66.079 0	0	0	0	0	0	-91.934 -91.934
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	-66.079 0	0	0	0	0	0	-91.934 -91.934
H06020704 Erweiterung Kindergarten Hetzerath	0 -75.000	0	0	0	0	0	-75.000 -75.000
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	0 -75.000	0	0	0	0	0	-75.000 -75.000
S06020701 WLAN-Einrichtung KG Hetzerath	-9.519 0	0	0	0	0	0	-9.519 -9.519
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	-9.519 0	0	0	0	0	0	-9.519 -9.519
S06020702 Kiga Hetzerath U3 Bereich Außenanlagen	0 -30.000	0	0	0	0	0	-30.000 -30.000
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	0 -30.000	0	0	0	0	0	-30.000 -30.000
2. Unterhalb der Wertgrenze (<= 10.000 €)							
B06020701 Auszahl. < 10.000 € KG Hetzerath > 800 €	0 -2.000	-7.000	0	-2.000	-2.000	-2.000	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	0 -2.000	-7.000	0	-2.000	-2.000	-2.000	
Erläuterungen: Pauschaler Ansatz für Anschaffungen > 800 € (netto) bis 10.000 €: 2.000 €, daneben verschiedene Sonderbedarfe. Gesamtsumme 7.000 €							
B06020780 Vermögensgegenstände des AV bis 800 €	-2.145 -4.000	-5.000	0	-5.000	-5.000	-5.000	
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	0 0	0	0	0	0	0	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	-2.145 -4.000	-5.000	0	-5.000	-5.000	-5.000	
Erläuterungen: Pauschaler Ansatz für Anschaffungen bis 800 € (netto): 5.000 €							

Produktbeschreibung Produkt 060208
KG Buscherhof - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060208	KG Buscherhof - Erkelenz

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person(en)**
Amt 50/51	Inga Heinrichs

Beschreibung	Bereitstellung und Unterhaltung von Kindergartenplätzen zur Betreuung der Kinder im Rahmen einer gruppen-/familienorientierten Erziehung und Bildung.
Zielgruppe	Kinder im Alter von maximal 6 Jahren und älter (ohne Schulkinder)
Auftragsgrundlage	§§ 2, 22, 22a, 24 SGB VIII, KiBiz
Ziele	1. Siehe Ziel Nr. 1 beim Produkt 060100. 2. Siehe Ziel Nr. 2 beim Produkt 060100. 3. Es werden keine neuen "halben Gruppen" mehr gebildet, die ein gewünschtes Betreuungsangebot ortsnah ermöglichen. Bestehende "halbe Gruppen" werden mit Übertritt der Kinder in die Schule aufgelöst.

Kennzahlen	**Ergebnis 2022**	**Ergebnis 2023**	**Soll 2024**	**Soll 2025**
zu 1.				
sh. Kennzahlenreihe Nr. 1 beim Produkt 060100				
zu 2.				
Anzahl Kinder 25-Stunden-Betreuung	7	8	8	5
Anzahl Kinder 35-Stunden-Betreuung	29	29	25	26
Anzahl Kinder 45-Stunden-Betreuung	15	14	14	13

Teilergebnisplan Produkt 060208
KG Buscherhof - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060208	KG Buscherhof - Erkelenz

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2023 €	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	267.049	270.030	315.030	320.360	326.547	332.865
	414100 Zuweisungen vom Land	226.213	223.000	252.200	257.200	262.298	267.496
	414135 Zuw. des Landes im Rahmen der Eingliederungshilfe	0	0	19.500	19.890	20.287	20.692
	414145 Zuweis. des Landes Ausgl. Elternbeitragsbefreiung	31.263	36.000	31.000	31.620	32.252	32.897
	416100 Erträge a.d.Aufl. v. SoPo aus Zuweisungen	9.573	11.030	12.330	11.650	11.710	11.780
03	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	60.442	74.250	58.600	59.772	60.967	62.186
	432110 Verpflegungskostenbeiträge	18.572	17.700	18.600	18.972	19.351	19.738
	432130 Elternbeiträge	41.870	56.550	40.000	40.800	41.616	42.448
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.468	2.100	3.100	3.130	3.160	3.190
	448200 Erstattungen von Gemeinden (GV)	3.468	2.000	3.000	3.030	3.060	3.090
	448400 Erstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich	0	100	100	100	100	100
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	683	1.000	1.000	1.010	1.020	1.030
	459100 Andere sonstige ordentliche Erträge	683	1.000	1.000	1.010	1.020	1.030
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	331.642	347.380	377.730	384.272	391.694	399.271
11	- Personalaufwendungen	450.033	496.155	536.266	541.627	547.043	552.511
	501100 Beamte	864	1.069	100	100	100	100
	501200 Tariflich Beschäftigte	352.167	383.108	413.764	417.901	422.080	426.301
	502200 ZVK Tariflich Beschäftigte	25.810	29.873	32.824	33.152	33.484	33.818
	503200 Sozialversicherung Tariflich Beschäftigte	71.013	82.095	89.568	90.464	91.369	92.282
	504100 Beihilfen u. Unterstützungsleistungen f. Beschäft.	179	10	10	10	10	10
12	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0
13	- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	93.496	56.650	60.050	49.631	50.214	50.799
	521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	2.573	8.750	7.750	2.800	2.850	2.900
	521140 Aufwendungen für Maßnahmen des Brandschutzes	0	100	100	100	100	100
	521800 Zuführung Instandhaltungsrückstellungen	50.000	0	0	0	0	0
	522100 Unterhaltung des sonstigen unbewegl. Vermögens	0	500	500	505	510	515
	524100 Bewirtschaftung der Grundstücke und baul. Anlagen	3.434	3.500	4.000	4.040	4.080	4.120
	524200 Bewirtschaft.d.Grundst.u.baul.Anlagen -Energie-	5.799	12.200	4.600	4.750	4.900	5.050
	524400 Bewirtschaft.d.Grundst.u.baul.Anlagen -Reinigung-	11.891	13.500	15.100	15.250	15.400	15.550
	525600 Unterhalt.d.Geräte, Ausstattung-u. Ausrüstungsg.	602	1.000	7.200	1.200	1.200	1.200
	527900 Sonst. besonderer Verwaltungs- u. Betriebsaufwand	669	1.600	2.200	2.200	2.200	2.200

Teilergebnisplan Produkt 060208
KG Buscherhof - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2023 €	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
	527910 Sonst.bes.Verw.- u.Betriebsaufw.(Verpfl.Ganztag)	18.528	15.500	18.600	18.786	18.974	19.164
14	- Bilanzielle Abschreibungen	28.167	19.100	24.600	23.200	23.100	22.600
	571100 Abschreibung auf Sachanlagen	28.167	19.100	24.600	23.200	23.100	22.600
15	- Transferaufwendungen	9.108	10.000	10.000	10.100	10.200	10.300
	531800 Aufwend. f. Zuschüsse an übrige Bereiche	9.108	10.000	10.000	10.100	10.200	10.300
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.377	4.800	5.500	5.510	5.520	5.530
	541100 Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen	1.781	1.200	1.700	1.700	1.700	1.700
	542200 Mieten und Pachten	0	0	200	200	200	200
	543100 Geschäftsaufwendungen	1.353	1.600	1.800	1.800	1.800	1.800
	544120 Versicherungen (Unfallkasse NRW)	867	1.000	800	800	800	800
	549900 übr. weitere Aufw. aus lfd. Verwaltungstätigkeit	376	1.000	1.000	1.010	1.020	1.030
17	= Ordentliche Aufwendungen	585.180	586.705	636.416	630.068	636.077	641.740
18	= Ordentliches Ergebnis (10 und 17)	-253.539	-239.325	-258.686	-245.796	-244.383	-242.469
19	+ Finanzerträge	0	0	0	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (19 und 20)	0	0	0	0	0	0
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)	-253.539	-239.325	-258.686	-245.796	-244.383	-242.469
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (23 und 24)	0	0	0	0	0	0
26	= Jahresergebnis (22 und 25)	-253.539	-239.325	-258.686	-245.796	-244.383	-242.469
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	12.334	10.700	13.200	13.460	13.730	14.000
	581100 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez.	11.669	10.000	12.500	12.750	13.010	13.270
	581500 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez. - GBA -	665	700	700	710	720	730
29	= Jahresergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)	-265.873	-250.025	-271.886	-259.256	-258.113	-256.469

Erläuterungen

zum Produkt 060208

Ertrag

414100 Zuweisungen vom Land

Voraussichtliche pauschalierte Landeszuweisungen zu den Kindpauschalen gemäß § 38 Abs. 1, 2 und § 41 Abs. 1 KiBiz sowie des Konnexitätsanteils auf U3-Kindpauschalen gemäß § 38 Abs. 3 KiBiz. Der Ansatz orientiert sich an der aktuellen KiTa-Bedarfsplanung.

414135 Zuweisung des Landes im Rahmen der Eingliederungshilfe

Die Landeszuweisungen werden für Kinder mit besonderem Förderungsbedarf gezahlt.

414145 Zuweisungen des Landes - Ausgleich für Elternbeitragsbefreiung - Ausgleichszahlung des Landes gem. § 50 Abs. 2 Kibiz. Der Ansatz orientiert sich an der aktuellen KiTa-Bedarfsplanung.

Teilergebnisplan Produkt 060208
KG Buscherhof - Erkelenz

Stadt Erkelenz

416100 Erträge aus der Auflösung von Zuweisungen
Voraussichtliche Auflösung von bereits passivierten sowie planmäßig neu zu passivierenden Sonderposten.

432110 Verpflegungskostenbeiträge
Verpflegungskostenbeiträge unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Mittagsverpflegung.

432130 Elternbeiträge
Voraussichtliches Beitragsaufkommen der Eltern nach KiBiz. Der Ansatz orientiert sich an der aktuellen KiTa-Bedarfsplanung.

Aufwand

521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen

a) Allgemeiner Unterhaltungsaufwand	2.000 €
b) Wartungsverträge	750 €
c) Schallschutz	5.000 €
Gesamt:	7.750 €

524200 Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen -Energie-
Die Aufwendungen orientieren sich am Verbrauch des Jahres 2023 unter Berücksichtigung der für 2025 voraussichtlich geltenden Preise.

524400 Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen -Reinigung-
Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Reinigungsleistungen.

525600 Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände
In den Ansatz ist ein Sonderbedarf für Ersatzteile von Außenspielgeräten enthalten.

527910 Sonstige besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen (Verpflegung Ganztag)
Voraussichtlicher Aufwand für die Mittagsverpflegung der Kinder in der städtischen Kindertageseinrichtung.

531800 Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche
Voraussichtlicher Aufwand für die Übermittagsbetreuung in der städtischen Kindertageseinrichtung.

571100 Abschreibungen auf Sachanlagen
Voraussichtliche Abschreibung von bereits aktivierten sowie planmäßig neu zu aktivierenden Vermögensgegenständen.

581100 Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen
Voraussichtliche Inanspruchnahme von Leistungen anderer Organisationseinheiten, insbesondere des Baubetriebshofs.

Teilfinanzplan Produkt 060208
KG Buscherhof - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060208	KG Buscherhof - Erkelenz

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2023 Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Verpflich-tungser-mächti-gung	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
09	- Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	12.678 14.900	12.000	0	7.000	7.000	7.000
13	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	12.678 14.900	12.000	0	7.000	7.000	7.000
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit (06 und 13)	-12.678 -14.900	-12.000	0	-7.000	-7.000	-7.000

Investitionen Produkt 060208
KG Buscherhof - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060208	KG Buscherhof - Erkelenz

Nr. Bezeichnung	Ergebnis 2023 Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Verpflich-tungser-mächti-gung	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €	Bish. bereitg. (bis VJ) Ges. Ein-Ausz. (mit Ansatz)
1. Oberhalb der Wertgrenze							
S06020801 WLAN-Einrichtung KG Buscherhof	-11.329 0	0	0	0	0	0	-13.687 -13.687
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	-11.329 0	0	0	0	0	0	-13.687 -13.687
2. Unterhalb der Wertgrenze (<= 10.000 €)							
B06020801 Auszahl. < 10.000 € KG Buscherhof > 800 €	0 -8.000	-7.000	0	-2.000	-2.000	-2.000	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	0 -8.000	-7.000	0	-2.000	-2.000	-2.000	

Erläuterungen:

Pauschaler Ansatz für Anschaffungen > 800 € (netto) bis 10.000 €: 2.000 €, daneben ist ein Ansatz für verschiedene Sonderbedarfe (Gartenhaus, Sonnensegel) vorgesehen. Gesamtsumme 7.000 €

B06020880 Vermögensgegenstände des AV bis 800 €	-1.350 -6.900	-5.000	0	-5.000	-5.000	-5.000	
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	0 0	0	0	0	0	0	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	-1.350 -6.900	-5.000	0	-5.000	-5.000	-5.000	

Erläuterungen:

Pauschaler Ansatz für die Beschaffung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens (bis einschließlich 800 €/netto) 2.500 €

sowie für verschiedene Sonderbedarfe (2.500 €). Gesamtsumme 5.000 €

Produktbeschreibung Produkt 060209 KG Lövenich

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060209	KG Lövenich

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person(en)**
Amt 50/51	Inga Heinrichs

Beschreibung	Bereitstellung und Unterhaltung von Kindergartenplätzen zur Betreuung der Kinder im Rahmen einer gruppen-/familienorientierten Erziehung und Bildung.
Zielgruppe	Kinder im Alter von maximal 6 Jahren und älter (ohne Schulkinder)
Bewirtsch.-Regeln	Mehreinzahlungen bei einer Investitionsnummer im Produkt 060209 dürfen für Mehrauszahlungen bei selbiger Investitionsnummer im selben Produkt nach § 21 II KomHVO verwendet werden.
Auftragsgrundlage	§§ 2, 22, 22a, 24 SGB VIII, KiBiz
Ziele	1. Siehe Ziel Nr. 1 beim Produkt 060100. 2. Siehe Ziel Nr. 2 beim Produkt 060100. 3. Es werden keine neuen "halben Gruppen" mehr gebildet, die ein gewünschtes Betreuungsangebot ortsnah ermöglichen. Bestehende "halbe Gruppen" werden mit Übertritt der Kinder in die Schule aufgelöst.

Kennzahlen	**Ergebnis 2022**	**Ergebnis 2023**	**Soll 2024**	**Soll 2025**
zu 1.				
sh. Kennzahlenreihe Nr. 1 beim Produkt 060100				
zu 2.				
Anzahl Kinder 25-Stunden-Betreuung	6	7	6	13
Anzahl Kinder 35-Stunden-Betreuung	48	48	60	48

Teilergebnisplan Produkt 060209
KG Lövenich

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060209	KG Lövenich

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2023 €	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	399.834	501.400	683.250	697.890	713.303	728.969
	414100 Zuweisungen vom Land	350.139	439.000	563.100	574.400	585.920	597.660
	414135 Zuw. des Landes im Rahmen der Eingliederungshilfe	0	0	28.000	28.560	29.131	29.713
	414145 Zuweis. des Landes Ausgl. Elternbeitragsbefreiung	41.370	45.000	55.000	56.100	57.222	58.366
	416100 Erträge a.d.Aufl. v. SoPo aus Zuweisungen	8.326	17.400	37.150	38.830	41.030	43.230
03	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	64.511	74.000	113.000	114.970	116.973	119.017
	432110 Verpflegungskostenbeiträge	20.778	24.000	29.000	29.290	29.583	29.877
	432130 Elternbeiträge	43.734	50.000	84.000	85.680	87.390	89.140
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.301	2.100	3.100	3.130	3.160	3.190
	448200 Erstattungen von Gemeinden (GV)	3.301	2.000	3.000	3.030	3.060	3.090
	448400 Erstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich	0	100	100	100	100	100
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	1.514	100	100	100	100	100
	459100 Andere sonstige ordentliche Erträge	1.514	100	100	100	100	100
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	469.160	577.600	799.450	816.090	833.536	851.276
11	- Personalaufwendungen	652.751	852.965	929.173	938.362	947.743	957.220
	501100 Beamte	864	1.069	100	100	100	100
	501200 Tariflich Beschäftigte	510.230	651.887	717.666	724.843	732.091	739.412
	502200 ZVK Tariflich Beschäftigte	39.011	52.669	57.160	57.630	58.206	58.788
	503200 Sozialversicherung Tariflich Beschäftigte	102.468	147.330	154.237	155.779	157.336	158.910
	504100 Beihilfen u. Unterstützungsleistungen f. Beschäft.	179	10	10	10	10	10
12	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0
13	- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	122.157	92.400	108.600	89.545	90.493	91.445
	521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	12.047	19.600	33.600	13.750	13.900	14.050
	521140 Aufwendungen für Maßnahmen des Brandschutzes	245	100	100	100	100	100
	521800 Zuführung Instandhaltungsrückstellungen	50.000	0	0	0	0	0
	522100 Unterhaltung des sonstigen unbewegl. Vermögens	179	1.000	1.000	1.010	1.020	1.030
	524100 Bewirtschaftung der Grundstücke und baul. Anlagen	5.607	5.500	7.000	7.070	7.140	7.210
	524200 Bewirtschaft.d.Grundst.u.baul.Anlagen -Energie-	6.546	12.200	5.200	5.350	5.500	5.650
	524400 Bewirtschaft.d.Grundst.u.baul.Anlagen -Reinigung-	16.697	20.000	23.800	24.040	24.280	24.520
	525600 Unterhalt.d.Geräte, Ausstattung-u. Ausrüstungsg.	1.822	2.000	2.400	2.400	2.400	2.400
	527900 Sonst. besonderer Verwaltungs- u. Betriebsaufwand	3.015	2.000	3.000	3.000	3.000	3.000

Teilergebnisplan Produkt 060209
KG Lövenich

Stadt Erkelenz

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2023 €	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
	527910 Sonst.bes.Verw.- u.Betriebsaufw.(Verpfl.Ganztag)	25.999	30.000	32.500	32.825	33.153	33.485
14	- Bilanzielle Abschreibungen	66.641	33.800	56.500	57.600	59.000	60.400
	571100 Abschreibung auf Sachanlagen	66.641	33.800	56.500	57.600	59.000	60.400
15	- Transferaufwendungen	27.898	14.000	14.000	14.140	14.282	14.425
	531800 Aufwend. f. Zuschüsse an übrige Bereiche	27.898	14.000	14.000	14.140	14.282	14.425
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.602	7.000	6.900	5.910	5.920	5.930
	541100 Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen	306	2.500	2.000	1.000	1.000	1.000
	542200 Mieten und Pachten	0	0	200	200	200	200
	543100 Geschäftsaufwendungen	2.264	2.200	2.200	2.200	2.200	2.200
	544120 Versicherungen (Unfallkasse NRW)	867	1.300	1.500	1.500	1.500	1.500
	549900 übr. weitere Aufw. aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.164	1.000	1.000	1.010	1.020	1.030
17	= Ordentliche Aufwendungen	874.049	1.000.165	1.115.173	1.105.557	1.117.438	1.129.420
18	= Ordentliches Ergebnis (10 und 17)	-404.889	-422.565	-315.723	-289.467	-283.902	-278.144
19	+ Finanzerträge	0	0	0	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (19 und 20)	0	0	0	0	0	0
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)	-404.889	-422.565	-315.723	-289.467	-283.902	-278.144
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (23 und 24)	0	0	0	0	0	0
26	= Jahresergebnis (22 und 25)	-404.889	-422.565	-315.723	-289.467	-283.902	-278.144
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	26.514	20.700	13.200	13.460	13.730	14.000
	581100 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez.	25.262	20.000	12.500	12.750	13.010	13.270
	581500 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez. - GBA -	1.252	700	700	710	720	730
29	= Jahresergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)	-431.403	-443.265	-328.923	-302.927	-297.632	-292.144

Erläuterungen

zum Produkt 060209

Ertrag

414100 Zuweisungen vom Land

Voraussichtliche pauschalierte Landeszuweisungen zu den Kindpauschalen gemäß § 38 Abs. 1, 2 und § 41 Abs. 1 KiBiz sowie des Konnexitätsanteils auf U3-Kindpauschalen gemäß § 38 Abs. 3 KiBiz. Der Ansatz orientiert sich an der aktuellen KiTa-Bedarfsplanung.

414135 Zuweisungen des Landes im Rahmen der Eingliederungshilfe

Die Landeszuweisungen werden für Kinder mit besonderem Förderungsbedarf gezahlt.

414145 Zuweisungen des Landes - Ausgleich für Elternbeitragsbefreiung - Ausgleichszahlung des Landes gem. § 50 Abs. 2 Kibiz. Der Ansatz orientiert sich an der aktuellen KiTa-Bedarfsplanung.

Teilergebnisplan Produkt 060209
KG Lövenich

Stadt Erkelenz

416100 Erträge aus der Auflösung von Zuweisungen
Voraussichtliche Auflösung von bereits passivierten sowie planmäßig neu zu passivierenden Sonderposten.

432110 Verpflegungskostenbeiträge
Verpflegungskostenbeiträge für die voraussichtliche Inanspruchnahme der Mittagsverpflegung. Die höheren Erträge werden aufgrund der Erweiterung auf 4 Gruppen erwartet.

432130 Elternbeiträge
Voraussichtliches Beitragsaufkommen der Eltern nach KiBiz. Der Ansatz orientiert sich an der aktuellen KiTa-Bedarfsplanung.

Aufwand

521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen

a) Allgemeiner Unterhaltungsaufwand	12.000 €
b) Wartungsverträge	1.600 €
c) Renovierungsanstrich Fenster und Außentüren	6.000 €
d) Umrüstung LED-Beleuchtung	8.000 €
e) Schallschutz	6.000 €
Gesamt:	33.600 €

524100 Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen
Der Ansatz orientiert sich am voraussichtlichen Jahresergebnis 2024.

524200 Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen -Energie-
Die Aufwendungen orientieren sich am Verbrauch des Jahres 2023 unter Berücksichtigung der für 2025 voraussichtlich geltenden Preise.

524400 Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen -Reinigung-
Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Reinigungsdienstleistungen.

527910 Sonstige besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen (Verpflegung Ganztag)
Voraussichtlicher Aufwand für die Mittagsverpflegung der Kinder in der städtischen Kindertageseinrichtung.

531800 Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche
Voraussichtlicher Aufwand für die Übermittagsbetreuung in der städtischen Kindertageseinrichtung.

571100 Abschreibungen auf Sachanlagen
Voraussichtliche Abschreibung von bereits aktivierten sowie planmäßig neu zu aktivierenden Vermögensgegenständen.

581100 Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen
Voraussichtliche Inanspruchnahme von Leistungen anderer Organisationseinheiten, insbesondere des Baubetriebshofs.

Teilfinanzplan Produkt 060209
KG Lövenich

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060209	KG Lövenich

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2023 Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Verpflich-tungser-mächti-gung	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
01	+ Zuwendungen für Invest.maßmahmen	831.600 470.400	60.000	0	0	0	0
06	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	831.600 470.400	60.000	0	0	0	0
08	- Auszahlg. f. Baumaßnahmen	680.983 220.000	45.000	0	0	0	0
09	- Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	54.624 41.800	29.000	0	7.000	7.000	7.000
12	- Sonstige Investitionsauszahlungen	0 1.000	1.000	0	0	0	0
13	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	735.607 262.800	75.000	0	7.000	7.000	7.000
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit (06 und 13)	95.993 207.600	-15.000	0	-7.000	-7.000	-7.000

Investitionen Produkt 060209 KG Lövenich

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060209	KG Lövenich

Nr. Bezeichnung	Ergebnis 2023 Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Verpflich-tungser-mächti-gung	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €	Bish. bereitg. (bis VJ) Ges. Ein-Ausz. (mit Ansatz)
1. Oberhalb der Wertgrenze							
B06020906 Spielgeräte Außengel. KG Lövenich	0 -35.000	-20.000	0	0	0	0	-35.000 -40.000
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	0 -35.000	-20.000	0	0	0	0	-35.000 -40.000
Erläuterungen: Neue Spielgeräte für das neu gestaltete Außengelände. Die Mittel wurden zu einem Großteil aus 2024 neu veranschlagt.							
H06020902 Erweiterung Kindergarten Lövenich	186.198 206.400	-15.000	0	0	0	0	-336.298 -351.298
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	831.600 356.400	0	0	0	0	0	1.188.000 1.188.000
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	-645.402 -150.000	-15.000	0	0	0	0	-1.524.298 -1.539.298
Erläuterungen: Ansatz für Schlussrechnungen.							
S06020902 WLAN-Einrichtung KG Lövenich	-15.734 0	0	0	0	0	0	-18.092 -18.092
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	-15.734 0	0	0	0	0	0	-18.092 -18.092
S06020903 Herstellung Außengelände KG Lövenich	-35.581 -10.000	30.000	0	0	0	0	-45.581 -75.581
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	0 60.000	60.000	0	0	0	0	60.000 60.000
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	-35.581 -70.000	-30.000	0	0	0	0	-105.581 -135.581
Erläuterungen: Herstellung und Neugestaltung des Außengeländes nach Abschluss des Erweiterungsbaus des Kindergartens Lövenich (siehe H06020902). Auf der Einzahlungsseite werden anteilige Landeszuwendungen aus dem Programm "Kita Investitionsprogramm-NRW 2025" eingeplant.							
S06020904 Rückzahlung investiver Fördergelder	0 -1.000	-1.000	0	0	0	0	-1.000 -1.000
29 - Sonstige Investitionsauszahlungen	0 -1.000	-1.000	0	0	0	0	-1.000 -1.000
Erläuterungen: Pauschalansatz für die Rückzahlung zu viel erhaltener Zuwendungen für den Ausbau von Kita-Plätzen nach Abrechnung mit dem Fördergeber.							
2. Unterhalb der Wertgrenze (<= 10.000 €)							
B06020901 Auszahl. < 10.000 € KG Lövenich > 800 €	-20.594 16.000	-2.000	0	-2.000	-2.000	-2.000	
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	0 18.000	0	0	0	0	0	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	-20.594 -2.000	-2.000	0	-2.000	-2.000	-2.000	
Erläuterungen: Pauschaler Ansatz für Anschaffungen > 800 € (netto) bis 10.000 €: 2.000 €							
B06020980 Vermögensgegenstände des AV bis 800 €	-18.297 31.200	-7.000	0	-5.000	-5.000	-5.000	
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	0 36.000	0	0	0	0	0	

Investitionen Produkt 060209
KG Lövenich

Stadt Erkelenz

Nr. Bezeichnung	Ergebnis 2023 Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Verpflich-tungser-mächti-gung	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €	Bish. bereitg. (bis VJ) Ges. Ein-Ausz. (mit Ansatz)
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	-18.297 -4.800	-7.000	0	-5.000	-5.000	-5.000	

Erläuterungen:

Pauschaler Ansatz für die Beschaffung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens (bis einschließlich 800 €/netto) 2.000, daneben ist ein Ansatz für verschieden Sonderbedarfe (Restausstattungen, Spielgeräte für das Außengelände usw.) vorgesehen. Gesamtsumme 7.000 €

Produktbeschreibung Produkt 060210
KG Bauxhof - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060210	KG Bauxhof - Erkelenz

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person(en)**
Amt 50/51	Inga Heinrichs

Beschreibung	Bereitstellung und Unterhaltung von Kindergartenplätzen zur Betreuung der Kinder im Rahmen einer gruppen-/familienorientierten Erziehung und Bildung.
Zielgruppe	Kinder im Alter von maximal 6 Jahren und älter (ohne Schulkinder)
Bewirtsch.-Regeln	Mehreinzahlungen bei einer Investitionsnummer im Produkt 060210 dürfen für Mehrauszahlungen bei selbiger Investitionsnummer im selben Produkt nach § 21 II KomHVO verwendet werden.
Auftragsgrundlage	§§ 2, 22, 22a, 24 SGB VIII, KiBiz
Ziele	1. Siehe Ziel Nr. 1 beim Produkt 060100. 2. Siehe Ziel Nr. 2 beim Produkt 060100. 3. Es werden keine neuen "halben Gruppen" mehr gebildet, die ein gewünschtes Betreuungsangebot ortsnah ermöglichen. Bestehende "halbe Gruppen" werden mit Übertritt der Kinder in die Schule aufgelöst.

Kennzahlen	**Ergebnis 2022**	**Ergebnis 2023**	**Soll 2024**	**Soll 2025**
zu 1.				
sh. Kennzahlenreihe Nr. 1 beim Produkt 060100				
zu 2.				
Anzahl Kinder 25-Stunden-Betreuung	4	0	0	10
Anzahl Kinder 35-Stunden-Betreuung	25	0	0	30
Anzahl Kinder 45-Stunden-Betreuung	14	0	0	25

Teilergebnisplan Produkt 060210
KG Bauxhof - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060210	KG Bauxhof - Erkelenz

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2023 €	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	234.661	400	96.950	396.900	407.513	418.272
	414100 Zuweisungen vom Land	185.600	100	81.500	337.620	344.372	351.259
	414145 Zuweis. des Landes Ausgl. Elternbeitragsbefreiung	16.588	100	13.000	54.060	55.141	56.243
	414700 Zuschüsse von privaten Unternehmen	0	100	100	100	100	100
	416100 Erträge a.d.Aufl. v. SoPo aus Zuweisungen	32.473	100	2.350	5.120	7.900	10.670
03	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.641	200	24.500	99.615	101.258	102.930
	432110 Verpflegungskostenbeiträge	1.035	100	8.625	34.845	35.193	35.544
	432130 Elternbeiträge	1.606	100	15.875	64.770	66.065	67.386
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	585	200	200	200	200	200
	448200 Erstattungen von Gemeinden (GV)	585	100	100	100	100	100
	448400 Erstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich	0	100	100	100	100	100
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	2.592	200	200	200	200	200
	458200 Erträge a.d. Auflösung o. Herabsetzung v. Rückst.	0	100	100	100	100	100
	459100 Andere sonstige ordentliche Erträge	2.592	100	100	100	100	100
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	240.479	1.000	121.850	496.915	509.171	521.602
11	- Personalaufwendungen	17.993	410	239.847	968.647	978.331	988.114
	501100 Beamte	864	100	100	100	100	100
	501200 Tariflich Beschäftigte	13.533	100	185.347	748.801	756.289	763.852
	502200 ZVK Tariflich Beschäftigte	904	100	14.720	59.470	60.064	60.665
	503200 Sozialversicherung Tariflich Beschäftigte	2.513	100	39.670	160.266	161.868	163.487
	504100 Beihilfen u. Unterstützungsleistungen f. Beschäft.	179	10	10	10	10	10
12	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0
13	- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	27.058	900	24.125	59.762	60.377	60.996
	521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	332	100	100	100	100	100
	521140 Aufwendungen für Maßnahmen des Brandschutzes	0	100	100	100	100	100
	522100 Unterhaltung des sonstigen unbewegl. Vermögens	0	100	100	1.010	1.020	1.030
	524100 Bewirtschaftung der Grundstücke und baul. Anlagen	2.821	100	1.000	4.040	4.080	4.120
	524200 Bewirtschaft.d.Grundst.u.baul.Anlagen -Energie-	3.255	100	2.500	2.600	2.700	2.800
	524400 Bewirtschaft.d.Grundst.u.baul.Anlagen -Reinigung-	3.164	100	9.950	10.050	10.150	10.250
	525600 Unterhalt.d.Geräte, Ausstattung-u. Ausrüstungsg.	0	100	450	1.800	1.800	1.800
	527900 Sonst. besonderer Verwaltungs- u. Betriebsaufwand	625	100	875	3.500	3.500	3.500

Teilergebnisplan Produkt 060210
KG Bauxhof - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2023 €	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
	527910 Sonst.bes.Verw.- u.Betriebsaufw.(Verpfl.Ganztag)	16.862	100	9.050	36.562	36.927	37.296
14	- Bilanzielle Abschreibungen	73.946	100	8.225	43.700	54.500	65.500
	571100 Abschreibung auf Sachanlagen	73.946	100	8.225	43.700	54.500	65.500
15	- Transferaufwendungen	14.835	100	2.750	11.110	11.221	11.333
	531800 Aufwend. f. Zuschüsse an übrige Bereiche	14.835	100	2.750	11.110	11.221	11.333
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	10.769	400	1.475	5.610	5.620	5.630
	541100 Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen	0	100	575	2.300	2.300	2.300
	543100 Geschäftsaufwendungen	886	100	550	2.200	2.200	2.200
	544120 Versicherungen (Unfallkasse NRW)	434	100	100	100	100	100
	549900 übr. weitere Aufw. aus lfd. Verwaltungstätigkeit	9.450	100	250	1.010	1.020	1.030
17	= Ordentliche Aufwendungen	144.602	1.910	276.422	1.088.829	1.110.049	1.131.573
18	= Ordentliches Ergebnis (10 und 17)	95.877	-910	-154.572	-591.914	-600.878	-609.971
19	+ Finanzerträge	0	0	0	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (19 und 20)	0	0	0	0	0	0
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)	95.877	-910	-154.572	-591.914	-600.878	-609.971
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (23 und 24)	0	0	0	0	0	0
26	= Jahresergebnis (22 und 25)	95.877	-910	-154.572	-591.914	-600.878	-609.971
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	11.028	200	5.100	5.200	5.300	5.400
	581100 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez.	10.044	100	5.000	5.100	5.200	5.300
	581500 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez. - GBA -	984	100	100	100	100	100
29	= Jahresergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)	84.849	-1.110	-159.672	-597.114	-606.178	-615.371

Erläuterungen

zum Produkt 060210

Ertrag

414100 Zuweisungen vom Land

Voraussichtliche pauschalierte Landeszuweisungen zu den Kindpauschalen gemäß § 38 Abs. 1, 2 und § 41 Abs. 1 KiBiz sowie des Konnexitätsanteils auf U3-Kindpauschalen gemäß § 38 Abs. 3 KiBiz. Der Ansatz orientiert sich an der aktuellen KiTa-Bedarfsplanung.

414145 Zuweisungen des Landes - Ausgleich für Elternbeitragsbefreiung -
Ausgleichszahlung des Landes gem. § 50 Abs. 2 Kibiz. Der Ansatz orientiert sich an der aktuellen KiTa-Bedarfsplanung.

432110 Verpflegungskostenbeiträge

Verpflegungskostenbeiträge für die voraussichtliche Inanspruchnahme der Mittagsverpflegung. Die höheren Erträge werden aufgrund der Erweiterung auf 4 Gruppen erwartet.

Teilergebnisplan Produkt 060210
KG Bauxhof - Erkelenz

Stadt Erkelenz

432130 Elternbeiträge
Voraussichtliches Beitragsaufkommen der Eltern nach KiBiz. Der Ansatz orientiert sich an der aktuellen KiTa-Bedarfsplanung.

Aufwand

524400 Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen -Reinigung-
Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Reinigungsdienstleistungen.

527910 Sonstige besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen (Verpflegung Ganztag)
Voraussichtlicher Aufwand für die Mittagsverpflegung der Kinder in der städtischen Kindertageseinrichtung.

571100 Abschreibungen auf Sachanlagen
Voraussichtliche Abschreibung von bereits aktivierten sowie planmäßig neu zu aktivierenden Vermögensgegenständen.

581100 Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen
Voraussichtliche Inanspruchnahme von Leistungen anderer Organisationseinheiten, insbesondere des Baubetriebshofs.

Teilfinanzplan Produkt 060210
KG Bauxhof - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060210	KG Bauxhof - Erkelenz

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2023 Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Verpflich-tungser-mächti-gung	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
01	+ Zuwendungen für Invest.maßmahmen	0 313.500	433.100	0	216.550	0	0
06	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0 313.500	433.100	0	216.550	0	0
08	- Auszahlg. f. Baumaßnahmen	12.058 1.300.000	1.437.000	905.000	875.000	30.000	0
09	- Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	0 0	40.000	288.000	288.000	0	0
13	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	12.058 1.300.000	1.477.000	1.193.000	1.163.000	30.000	0
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit (06 und 13)	-12.058 -986.500	-1.043.900	-1.193.000	-946.450	-30.000	0

Investitionen Produkt 060210
KG Bauxhof - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060210	KG Bauxhof - Erkelenz

Nr. Bezeichnung	Ergebnis 2023 Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Verpflich-tungser-mächti-gung	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €	Bish. bereitg. (bis VJ) Ges. Ein-Ausz. (mit Ansatz)
1. Oberhalb der Wertgrenze							
B06021005 Außenspielgeräte KG Bauxhof	0 0	-10.000	-65.000	-65.000	0	0	0 -75.000
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	0 0	-10.000	-65.000	-65.000	0	0	0 -75.000
Erläuterungen: Ansatz für die Anschaffung von Spielgeräten für das Außengelände des Nebaus KiTa Bauxhof. Damit die Auftragsvergabe im aktuellen Haushaltsjahr vollständig erfolgen kann, wurde eine Verpflichtungsermächtigung mit Auszahlung 2026 eingeplant.							
B06021006 Küche Neubau KG Bauxhof	0 0	-5.000	-20.000	-20.000	0	0	0 -25.000
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	0 0	-5.000	-20.000	-20.000	0	0	0 -25.000
Erläuterungen: Ansatz für die Beschaffung einer Küche im Neubau des Kindergartens Bauxhof. Damit die Auftragsvergabe vollständig im aktuellen Haushaltsjahr erfolgen kann, wurde eine Verpflichtungsermächtigung mit Auszahlung 2026 eingeplant.							
H06021001 Neubau KG Bauxhof	-12.058 -986.500	-966.900	-780.000	-533.450	-30.000	0	-998.558 -2.150.908
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	0 313.500	433.100	0	216.550	0	0	313.500 963.150
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	-12.058 -1.300.000	-1.400.000	-780.000	-750.000	-30.000	0	-1.312.058 -3.114.058
Erläuterungen: Der Kindergarten Bauxhof soll aufgrund struktureller Mängel durch einen Neubau ersetzt werden. Nach Verlagerung der Gruppen an den neuen Standort Oerather Mühlenfeld soll nach Rückbau des alten Gebäudes ein neues zweigeschossiges Gebäude, analog dem Standort Kückhoven, auf dem Grundstück errichtet werden. Der Baubeginn ist im Jahr 2024 erfolgt. Der Gesamtauszahlungsbedarf wird sich voraussichtlich auf ca. 3,1 Mio. € belaufen. Damit die Auftragsvergabe vollständig im aktuellen Haushaltsjahr erfolgen kann, wurden Verpflichtungsermächtigungen für 2026 und 2027 eingeplant. Auf der Einzahlungsseite werden anteilige Landeszuwendungen aus dem Programm "Kita Investitionsprogramm-NRW 2025" angesetzt.							
S06021001 WLAN-Einrichtung KG Bauxhof (Neubau)	0 0	-12.000	0	0	0	0	0 -12.000
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	0 0	-12.000	0	0	0	0	0 -12.000
Erläuterungen: Ansatz zur Ausleuchtung des KG Bauxhof mit WLAN.							
S06021002 KG Bauxhof (Herstellung Außenanlage neue Kita)	0 0	-25.000	-125.000	-125.000	0	0	0 -150.000
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	0 0	-25.000	-125.000	-125.000	0	0	0 -150.000
Erläuterungen: Im Anschluss an den Neubau ist das Außengelände entsprechend herzustellen. Damit die Auftragsvergabe vollständig im aktuellen Haushaltsjahr erfolgen kann, wurde eine Verpflichtungsermächtigung mit Auszahlung 2026 eingeplant.							
2. Unterhalb der Wertgrenze (<= 10.000 €)							
B06021001 Auszahl. < 10.000 € KG Bauxhof > 800 €	0 0	-20.000	-150.000	-150.000	0	0	

Investitionen Produkt 060210
KG Bauxhof - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Nr. Bezeichnung	Ergebnis 2023 Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Verpflich-tungser-mächti-gung	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €	Bish. bereitg. (bis VJ) Ges. Ein-Ausz. (mit Ansatz)
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	0 0	0	0	0	0	0	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	0 0	-20.000	-150.000	-150.000	0	0	
Erläuterungen: Pauschaler Ansatz für Anschaffungen > 800 € (netto) bis 10.000 € vor allem für die Ausstattung des neuen Kindergartens Bauxhofs.							
B06021080 Vermögensgegenstände des AV bis 800 €	0 0	-5.000	-53.000	-53.000	0	0	
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	0 0	0	0	0	0	0	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	0 0	-5.000	-53.000	-53.000	0	0	
Erläuterungen: Pauschaler Ansatz für Anschaffungen bis 800 € (netto): 5.000 €							

Produktbeschreibung Produkt 060211 KG Venrath

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060211	KG Venrath

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person(en)**
Amt 50/51	Inga Heinrichs

Beschreibung	Bereitstellung und Unterhaltung von Kindergartenplätzen zur Betreuung der Kinder im Rahmen einer gruppen-/familienorientierten Erziehung und Bildung.
Zielgruppe	Kinder im Alter von maximal 6 Jahren und älter (ohne Schulkinder)
Auftragsgrundlage	§§ 2, 22, 22a, 24 SGB VIII, KiBiz
Ziele	1. Siehe Ziel Nr. 1 beim Produkt 060100. 2. Siehe Ziel Nr. 2 beim Produkt 060100. 3. Es werden keine neuen "halben Gruppen" mehr gebildet, die ein gewünschtes Betreuungsangebot ortsnah ermöglichen. Bestehende "halbe Gruppen" werden mit Übertritt der Kinder in die Schule aufgelöst.

Kennzahlen	**Ergebnis 2022**	**Ergebnis 2023**	**Soll 2024**	**Soll 2025**
zu 1.				
sh. Kennzahlenreihe Nr. 1 beim Produkt 060100				
zu 2.				
Anzahl Kinder 25-Stunden-Betreuung	2	3	1	1
Anzahl Kinder 35-Stunden-Betreuung	18	17	16	16

Teilergebnisplan Produkt 060211
KG Venrath

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060211	KG Venrath

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2023 €	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	140.667	136.220	176.850	179.910	184.086	188.339
	414100 Zuweisungen vom Land	117.910	110.000	153.600	156.700	159.860	163.080
	414145 Zuweis. des Landes Ausgl. Elternbeitragsbefreiung	17.589	20.000	17.000	17.340	17.686	18.039
	416100 Erträge a.d.Aufl. v. SoPo aus Zuweisungen	5.167	6.220	6.250	5.870	6.540	7.220
03	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	62.774	56.000	42.500	43.205	43.922	44.651
	432110 Verpflegungskostenbeiträge	12.770	11.000	14.500	14.645	14.791	14.938
	432130 Elternbeiträge	50.004	45.000	28.000	28.560	29.131	29.713
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	930	1.100	1.100	1.110	1.120	1.130
	448200 Erstattungen von Gemeinden (GV)	930	1.000	1.000	1.010	1.020	1.030
	448400 Erstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich	0	100	100	100	100	100
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	0	100	1.000	1.000	1.000	1.000
	459100 Andere sonstige ordentliche Erträge	0	100	1.000	1.000	1.000	1.000
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	204.370	193.420	221.450	225.225	230.128	235.120
11	- Personalaufwendungen	277.291	305.873	351.377	354.889	358.437	362.020
	501100 Beamte	864	1.069	100	100	100	100
	501200 Tariflich Beschäftigte	216.578	233.725	271.316	274.029	276.769	279.537
	502200 ZVK Tariflich Beschäftigte	15.888	19.060	21.525	21.740	21.958	22.177
	503200 Sozialversicherung Tariflich Beschäftigte	43.782	52.009	58.426	59.010	59.600	60.196
	504100 Beihilfen u. Unterstützungsleistungen f. Beschäft.	179	10	10	10	10	10
12	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0
13	- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	34.112	43.500	41.300	36.746	37.193	37.641
	521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	3.284	9.400	8.400	3.450	3.500	3.550
	521140 Aufwendungen für Maßnahmen des Brandschutzes	0	100	100	100	100	100
	522100 Unterhaltung des sonstigen unbewegl. Vermögens	131	100	100	100	100	100
	524100 Bewirtschaftung der Grundstücke und baul. Anlagen	2.468	2.700	3.000	3.030	3.060	3.090
	524200 Bewirtschaft.d.Grundst.u.baul.Anlagen -Energie-	6.940	7.700	5.500	5.650	5.800	5.950
	524400 Bewirtschaft.d.Grundst.u.baul.Anlagen -Reinigung-	6.088	7.000	7.800	7.880	7.960	8.040
	525600 Unterhalt.d.Geräte, Ausstattung-u. Ausrüstungsg.	202	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
	527900 Sonst. besonderer Verwaltungs- u. Betriebsaufwand	1.586	1.600	1.800	1.800	1.800	1.800
	527910 Sonst.bes.Verw.- u.Betriebsaufw.(Verpfl.Ganztag)	13.412	13.900	13.600	13.736	13.873	14.011
14	- Bilanzielle Abschreibungen	16.370	16.100	19.200	17.400	16.000	15.500

Teilergebnisplan Produkt 060211
KG Venrath

Stadt Erkelenz

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2023 €	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
	571100 Abschreibung auf Sachanlagen	16.370	16.100	19.200	17.400	16.000	15.500
15	- Transferaufwendungen	7.284	8.000	8.000	8.080	8.160	8.240
	531800 Aufwend. f. Zuschüsse an übrige Bereiche	7.284	8.000	8.000	8.080	8.160	8.240
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	15.722	4.300	4.100	4.110	4.120	4.130
	541100 Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen	137	1.200	1.000	1.000	1.000	1.000
	542200 Mieten und Pachten	0	0	200	200	200	200
	543100 Geschäftsaufwendungen	1.540	1.600	1.400	1.400	1.400	1.400
	544120 Versicherungen (Unfallkasse NRW)	478	500	500	500	500	500
	549900 übr. weitere Aufw. aus lfd. Verwaltungstätigkeit	13.567	1.000	1.000	1.010	1.020	1.030
17	= Ordentliche Aufwendungen	350.779	377.773	423.977	421.225	423.910	427.531
18	= Ordentliches Ergebnis (10 und 17)	-146.409	-184.353	-202.527	-196.000	-193.782	-192.411
19	+ Finanzerträge	0	0	0	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (19 und 20)	0	0	0	0	0	0
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)	-146.409	-184.353	-202.527	-196.000	-193.782	-192.411
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (23 und 24)	0	0	0	0	0	0
26	= Jahresergebnis (22 und 25)	-146.409	-184.353	-202.527	-196.000	-193.782	-192.411
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	8.962	12.500	10.500	10.710	10.920	11.140
	581100 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez.	8.461	12.000	10.000	10.200	10.400	10.610
	581500 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez. - GBA -	501	500	500	510	520	530
29	= Jahresergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)	-155.371	-196.853	-213.027	-206.710	-204.702	-203.551

Erläuterungen

zum Produkt 060211

Ertrag

414100 Zuweisungen vom Land
Voraussichtliche pauschalierte Landeszuweisungen zu den Kindpauschalen gemäß § 38 Abs. 1, 2 und § 41 Abs. 1 KiBiz sowie des Konnexitätsanteils auf U3-Kindpauschalen gemäß § 38 Abs. 3 KiBiz. Der Ansatz orientiert sich an der aktuellen KiTa-Bedarfsplanung.

414145 Zuweisungen des Landes - Ausgleich für Elternbeitragsbefreiung -
Ausgleichszahlung des Landes gem. § 50 Abs. 2 Kibiz. Der Ansatz orientiert sich an der aktuellen KiTa-Bedarfsplanung.

416100 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuweisungen
Voraussichtliche Auflösung von bereits passivierten sowie planmäßig neu zu passivierenden Sonderposten.

Teilergebnisplan Produkt 060211
KG Venrath

Stadt Erkelenz

432110 Verpflegungskostenbeiträge
Verpflegungskostenbeiträge unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Mittagsverpflegung.

432130 Elternbeiträge
Voraussichtliches Beitragsaufkommen der Eltern nach KiBiz. Der Ansatz orientiert sich an der aktuellen KiTa-Bedarfsplanung.

Aufwand

521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen

a) Allgemeiner Unterhaltungsaufwand	3.000 €
b) Wartungsverträge	400 €
c) Schallschutz	5.000 €
Gesamt:	8.400 €

524200 Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen -Energie-
Die Aufwendungen orientieren sich am Verbrauch des Jahres 2023 unter Berücksichtigung der für 2025 voraussichtlich geltenden Preise.

524400 Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen -Reinigung-
Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Reinigungsleistungen.

527910 Sonstige besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen (Verpflegung Ganztag)
Voraussichtlicher Aufwand für die Mittagsverpflegung der Kinder in der städtischen Kindertageseinrichtung.

531800 Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche
Voraussichtlicher Aufwand für die Übermittagsbetreuung in der städtischen Kindertageseinrichtung.

571100 Abschreibungen auf Sachanlagen
Voraussichtliche Abschreibung von bereits aktivierten sowie planmäßig neu zu aktivierenden Vermögensgegenständen.

581100 Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen
Voraussichtliche Inanspruchnahme von Leistungen anderer Organisationseinheiten, insbesondere des Baubetriebshofs.

Teilfinanzplan Produkt 060211
KG Venrath

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060211	KG Venrath

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2023 Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Verpflich-tungser-mächti-gung	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
08	- Auszahlg. f. Baumaßnahmen	0 70.000	6.000	0	0	0	0
09	- Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	5.402 11.000	17.000	0	7.000	7.000	7.000
12	- Sonstige Investitionsauszahlungen	0 1.000	1.000	0	0	0	0
13	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	5.402 82.000	24.000	0	7.000	7.000	7.000
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit (06 und 13)	-5.402 -82.000	-24.000	0	-7.000	-7.000	-7.000

Investitionen Produkt 060211 KG Venrath

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060211	KG Venrath

Nr. Bezeichnung	Ergebnis 2023 Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Verpflich-tungser-mächti-gung	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €	Bish. bereitg. (bis VJ) Ges. Ein-Ausz. (mit Ansatz)
1. Oberhalb der Wertgrenze							
B06021105 Spielhäuschen Außenbereich Kita Venrath	0 0	-10.000	0	0	0	0	0 -10.000
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	0 0	-10.000	0	0	0	0	0 -10.000
Erläuterungen: Ansatz für die Anschaffung eines neuen Spielhäuschens für den Außenbereich der Kita Venrath.							
H06021102 Erweiterung Kindergarten Venrath	0 -60.000	0	0	0	0	0	-60.000 -60.000
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	0 -60.000	0	0	0	0	0	-60.000 -60.000
S06021102 WLAN-Einrichtung KG Venrath	-2.202 0	0	0	0	0	0	-8.785 -8.785
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	-2.202 0	0	0	0	0	0	-8.785 -8.785
S06021103 Rückzahlung investiver Fördergelder	0 -1.000	-1.000	0	0	0	0	-1.000 -1.000
29 - Sonstige Investitionsauszahlungen	0 -1.000	-1.000	0	0	0	0	-1.000 -1.000
Erläuterungen: Pauschaler Ansatz für die Rückzahlung zu viel erhaltener Zuwendungen für den Ausbau von Kita-Plätzen nach Abrechnung mit dem Fördergeber.							
S06021104 Kiga Venrath Sanierung Wasserspielanlage	0 -10.000	0	0	0	0	0	-10.000 -10.000
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	0 -10.000	0	0	0	0	0	-10.000 -10.000
S06021105 Pflasterarbeiten KG Venrath	0 0	-6.000	0	0	0	0	0 -6.000
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	0 0	-6.000	0	0	0	0	0 -6.000
Erläuterungen: Im Bereich des Außengeländes sind kleinere Pflasterarbeiten erforderlich.							
2. Unterhalb der Wertgrenze (<= 10.000 €)							
B06021101 Auszahl. < 10.000 € KG Venrath > 800 €	-1.020 -8.000	-2.000	0	-2.000	-2.000	-2.000	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	-1.020 -8.000	-2.000	0	-2.000	-2.000	-2.000	
Erläuterungen: Pauschaler Ansatz für Anschaffungen > 800 € (netto) bis 10.000 €: 2.000 €							
B06021180 Vermögensgegenstände des AV bis 800 €	-2.180 -3.000	-5.000	0	-5.000	-5.000	-5.000	
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	0 0	0	0	0	0	0	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	-2.180 -3.000	-5.000	0	-5.000	-5.000	-5.000	
Erläuterungen: Pauschaler Ansatz für die Beschaffung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens (bis einschließlich 800 €/netto).							

Produktbeschreibung Produkt 060212 KG Kückhoven

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060212	KG Kückhoven

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person(en)**
Amt 50/51	Inga Heinrichs

Beschreibung	Bereitstellung und Unterhaltung von Kindergartenplätzen zur Betreuung der Kinder im Rahmen einer gruppen-/familienorientierten Erziehung und Bildung.
Zielgruppe	Kinder im Alter von maximal 6 Jahren und älter (ohne Schulkinder)
Bewirtsch.-Regeln	Mehreinzahlungen bei einer Investitionsnummer im Produkt 060212 dürfen für Mehrauszahlungen bei selbiger Investitionsnummer im selben Produkt nach § 21 II KomHVO verwendet werden.
Auftragsgrundlage	§§ 2, 22, 22a, 24 SGB VIII, KiBiz
Ziele	1. Siehe Ziel Nr. 1 beim Produkt 060100. 2. Siehe Ziel Nr. 2 beim Produkt 060100. 3. Es werden keine neuen "halben Gruppen" mehr gebildet, die ein gewünschtes Betreuungsangebot ortsnah ermöglichen. Bestehende "halbe Gruppen" werden mit Übertritt der Kinder in die Schule aufgelöst.

Kennzahlen	**Ergebnis 2022**	**Ergebnis 2023**	**Soll 2024**	**Soll 2025**
zu 1.				
sh. Kennzahlenreihe Nr. 1 beim Produkt 060100				
zu 2.				
Anzahl Kinder 25-Stunden-Betreuung	3	3	4	8
Anzahl Kinder 35-Stunden-Betreuung	11	12	14	36
Anzahl Kinder 45-Stunden-Betreuung	17	14	12	31

Teilergebnisplan Produkt 060212
KG Kückhoven

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060212	KG Kückhoven

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2023 €	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	183.921	318.840	545.220	571.580	598.464	625.558
	414100 Zuweisungen vom Land	159.650	260.000	456.500	465.640	474.958	484.459
	414135 Zuw. des Landes im Rahmen der Eingliederungshilfe	0	0	19.500	19.890	20.287	20.692
	414145 Zuweis. des Landes Ausgl. Elternbeitragsbefreiung	20.007	31.000	48.000	48.960	49.939	50.937
	416100 Erträge a.d.Aufl. v. SoPo aus Zuweisungen	4.263	27.840	21.220	37.090	53.280	69.470
03	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	50.866	62.000	98.000	99.670	101.369	103.099
	432110 Verpflegungskostenbeiträge	14.343	20.000	29.000	29.290	29.582	29.877
	432130 Elternbeiträge	36.523	42.000	69.000	70.380	71.787	73.222
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	312	1.600	3.100	3.130	3.160	3.190
	448200 Erstattungen von Gemeinden (GV)	312	1.500	3.000	3.030	3.060	3.090
	448400 Erstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich	0	100	100	100	100	100
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	0	100	100	100	100	100
	459100 Andere sonstige ordentliche Erträge	0	100	100	100	100	100
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	235.098	382.540	646.420	674.480	703.093	731.947
11	- Personalaufwendungen	335.115	768.345	759.237	766.828	774.496	782.241
	501100 Beamte	864	1.069	100	100	100	100
	501200 Tariflich Beschäftigte	261.735	567.076	585.087	590.938	596.848	602.817
	502200 ZVK Tariflich Beschäftigte	19.202	53.593	46.603	47.069	47.539	48.015
	503200 Sozialversicherung Tariflich Beschäftigte	53.136	146.597	127.437	128.711	129.999	131.299
	504100 Beihilfen u. Unterstützungsleistungen f. Beschäft.	179	10	10	10	10	10
12	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0
13	- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	35.924	58.200	91.800	83.855	84.814	85.786
	521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	729	1.400	6.400	1.400	1.400	1.400
	521140 Aufwendungen für Maßnahmen des Brandschutzes	165	4.000	4.000	100	100	100
	522100 Unterhaltung des sonstigen unbewegl. Vermögens	0	500	1.500	1.515	1.530	1.545
	524100 Bewirtschaftung der Grundstücke und baul. Anlagen	2.359	3.500	5.000	5.050	5.100	5.150
	524200 Bewirtschaft.d.Grundst.u.baul.Anlagen -Energie-	9.214	11.200	9.500	9.800	10.100	10.400
	524400 Bewirtschaft.d.Grundst.u.baul.Anlagen -Reinigung-	6.897	10.500	25.000	25.250	25.500	25.760
	525600 Unterhalt.d.Geräte, Ausstattung-u. Ausrüstungsg.	408	2.000	2.400	2.400	2.400	2.400
	527900 Sonst. besonderer Verwaltungs- u. Betriebsaufwand	1.712	3.200	4.000	4.000	4.000	4.000
	527910 Sonst.bes.Verw.- u.Betriebsaufw.(Verpfl.Ganztag)	14.440	21.900	34.000	34.340	34.684	35.031

Teilergebnisplan Produkt 060212
KG Kückhoven

Stadt Erkelenz

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2023 €	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
14	- Bilanzielle Abschreibungen	11.235	52.300	55.400	70.900	86.900	102.500
	571100 Abschreibung auf Sachanlagen	11.235	52.300	55.400	70.900	86.900	102.500
15	- Transferaufwendungen	6.110	10.000	14.000	14.140	14.282	14.425
	531800 Aufwend. f. Zuschüsse an übrige Bereiche	6.110	10.000	14.000	14.140	14.282	14.425
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	13.599	5.800	8.100	8.110	8.120	8.130
	541100 Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen	0	2.000	2.900	2.900	2.900	2.900
	542200 Mieten und Pachten	0	0	200	200	200	200
	543100 Geschäftsaufwendungen	1.198	2.200	2.600	2.600	2.600	2.600
	544120 Versicherungen (Unfallkasse NRW)	584	600	1.400	1.400	1.400	1.400
	549900 übr. weitere Aufw. aus lfd. Verwaltungstätigkeit	11.817	1.000	1.000	1.010	1.020	1.030
17	= Ordentliche Aufwendungen	401.984	894.645	928.537	943.833	968.612	993.082
18	= Ordentliches Ergebnis (10 und 17)	-166.886	-512.105	-282.117	-269.353	-265.519	-261.135
19	+ Finanzerträge	0	0	0	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (19 und 20)	0	0	0	0	0	0
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)	-166.886	-512.105	-282.117	-269.353	-265.519	-261.135
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (23 und 24)	0	0	0	0	0	0
26	= Jahresergebnis (22 und 25)	-166.886	-512.105	-282.117	-269.353	-265.519	-261.135
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	7.764	8.700	8.700	8.870	9.040	9.220
	581100 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez.	7.108	8.000	8.000	8.160	8.320	8.490
	581500 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez. - GBA -	656	700	700	710	720	730
29	= Jahresergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)	-174.650	-520.805	-290.817	-278.223	-274.559	-270.355

Erläuterungen

zum Produkt 060212

Ertrag

414100 Zuweisungen vom Land

Voraussichtliche pauschalierte Landeszuweisungen zu den Kindpauschalen gemäß § 38 Abs. 1, 2 und § 41 Abs. 1 KiBiz sowie des Konnexitätsanteils auf U3-Kindpauschalen gemäß § 38 Abs. 3 KiBiz. Der Ansatz orientiert sich an der aktuellen KiTa-Bedarfsplanung.

414145 Zuweisungen des Landes - Ausgleich für Elternbeitragsbefreiung -

Ausgleichszahlung des Landes gem. § 50 Abs. 2 Kibiz. Der Ansatz orientiert sich an der aktuellen KiTa-Bedarfsplanung.

416100 Erträge aus der Auflösung von Zuweisungen

Voraussichtliche Auflösung von bereits passivierten sowie planmäßig neu zu passivierenden Sonderposten.

Teilergebnisplan Produkt 060212
KG Kückhoven

Stadt Erkelenz

432110 Verpflegungskostenbeiträge
Verpflegungskostenbeiträge unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Mittagsverpflegung. Die höheren Erträge werden aufgrund einer Erweiterung auf 4 Gruppen erwartet.

432130 Elternbeiträge
Voraussichtliches Beitragsaufkommen der Eltern nach KiBiz. Der Ansatz orientiert sich an der aktuellen KiTa-Bedarfsplanung.

Aufwand

524200 Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen -Energie-
Die Aufwendungen orientieren sich am Verbrauch des Jahres 2023 unter Berücksichtigung der für 2025 voraussichtlich geltenden Preise.

524400 Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen -Reinigung-
Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Reinigungsleistungen. Die höheren Aufwendungen sind durch Tarifsteigerungen im Reinigungsbereich sowie die Erweiterung auf vier Gruppen bedingt.

527910 Sonstige besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen (Verpflegung Ganztag)
Voraussichtlicher Aufwand für die Mittagsverpflegung der Kinder in der städtischen Kindertageseinrichtung. Die höheren Aufwendungen resultieren im Wesentlichen aus der Erweiterung auf vier Gruppen.

531800 Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche
Voraussichtlicher Aufwand für die Übermittagsbetreuung in der städtischen Kindertageseinrichtung. Die höheren Aufwendungen sind durch die Erweiterung auf 4 Gruppen bedingt.

571100 Abschreibungen auf Sachanlagen
Voraussichtliche Abschreibung von bereits aktivierten sowie planmäßig neu zu aktivierenden Vermögensgegenständen.

581100 Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen
Voraussichtliche Inanspruchnahme von Leistungen anderer Organisationseinheiten, insbesondere des Baubetriebshofs.

Teilfinanzplan Produkt 060212
KG Kückhoven

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060212	KG Kückhoven

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2023 Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Verpflich-tungser-mächti-gung	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
01	+ Zuwendungen für Invest.maßmahmen	519.750 526.000	40.000	0	0	0	0
06	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	519.750 526.000	40.000	0	0	0	0
08	- Auszahlg. f. Baumaßnahmen	1.062.625 1.820.000	405.000	25.000	25.000	0	0
09	- Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	2.798 80.950	102.000	30.000	37.000	7.000	7.000
13	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1.065.423 1.900.950	507.000	55.000	62.000	7.000	7.000
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit (06 und 13)	-545.673 -1.374.950	-467.000	-55.000	-62.000	-7.000	-7.000

Investitionen Produkt 060212
KG Kückhoven

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060212	KG Kückhoven

Nr. Bezeichnung	Ergebnis 2023 Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Verpflich-tungser-mächti-gung	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €	Bish. bereitg. (bis VJ) Ges. Ein-Ausz. (mit Ansatz)
1. Oberhalb der Wertgrenze							
B06021206 Außengelände KG Kückhoven	0 0	-70.000	-30.000	-30.000	0	0	0 -100.000
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	0 0	-70.000	-30.000	-30.000	0	0	0 -100.000
Erläuterungen: Ansatz zur Neugestaltung des Außengeländes am Altbau des Kindergarten Kückhovens. Damit die Auftragsvergabe vollständig im aktuellen Haushaltsjahr erfolgen kann, wurde eine Verpflichtungsermächtigung mit Auszahlung 2026 eingeplant.							
B06021207 Küche Neubau	0 -65.000	-25.000	0	0	0	0	-65.000 -80.000
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	0 -65.000	-25.000	0	0	0	0	-65.000 -80.000
Erläuterungen: Ansatz für die Anschaffung eines Dampfgarers und eines Gemüseschneidegeräts für den Selbstversorgerbereich. Es wurden 10.000 € neu veranschlagt.							
H06021201 Neubau Kindergarten Kückhoven	-542.875 -1.074.000	-255.000	-25.000	-25.000	0	0	-1.716.027 -2.036.027
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	519.750 526.000	0	0	0	0	0	1.045.750 1.045.750
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	-1.062.625 -1.600.000	-255.000	-25.000	-25.000	0	0	-2.761.777 -3.081.777
Erläuterungen: An dem Standort Kückhoven bestand ein erheblicher Bedarf an weiteren Kita-Plätzen. Das bestehende Gebäude bot keine Erweiterungsmöglichkeiten, zudem war die Einrichtung bereits mit den bestehenden zwei Gruppen sehr beengt und wies Mängel aus dem Brandschutz auf. Es wurde daher ein Kita-Neubau errichtet und zwischenzeitlich in Nutzung genommen. Der Ansatz ist in erster Linie eine Neuveranschlagung für die Abrechnung, die sich in das Jahr 2025 ziehen wird.							
H06021202 Nottreppe Kindergarten Kückhoven(alt)	0 0	-40.000	0	0	0	0	0 -40.000
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	0 0	40.000	0	0	0	0	0 40.000
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	0 0	-80.000	0	0	0	0	0 -80.000
Erläuterungen: Um den Bedarf an Betreuungsplätzen im Bereich Kückhoven zu decken, soll auch die alte KiTa als Außenstelle weiter genutzt werden. Für die Nutzung ist nunmehr der Anbau der Außentreppe als 2. Rettungsweg erforderlich, weiter sind Umbauten im Bereich des Treppenhauses erforderlich. Auf Einzahlungsseite sind Fördergelder des LVR vorgesehen.							
S06021202 Herstellung Außengelände KG Kückhoven	0 -220.000	-20.000	0	0	0	0	-220.000 -240.000
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	0 -220.000	-20.000	0	0	0	0	-220.000 -240.000
Erläuterungen: Ansatz für die Restarbeiten an der Herstellung des Außengeländes des neuen Kindergartens.							
S06021203 Neugestaltung Außengelände KG Kückhoven -alt-	0 0	-50.000	0	0	0	0	0 -50.000
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	0 0	-50.000	0	0	0	0	0 -50.000
Erläuterungen: Das vorhandene Außengelände ist zu überplanen / überarbeiten.							

Investitionen Produkt 060212
KG Kückhoven

Stadt Erkelenz

Nr. Bezeichnung	Ergebnis 2023 Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Verpflich-tungser-mächti-gung	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €	Bish. bereitg. (bis VJ) Ges. Ein-Ausz. (mit Ansatz)
2. Unterhalb der Wertgrenze (<= 10.000 €)							
B06021201 Auszahl. < 10.000 € KG Kückhoven > 800 €	0 -2.000	-2.000	0	-2.000	-2.000	-2.000	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	0 -2.000	-2.000	0	-2.000	-2.000	-2.000	
Erläuterungen: Pauschaler Ansatz für Anschaffungen > 800 € (netto) bis 10.000 €: 2.000 €							
B06021205 Auszahl.<10.000 € KG Kückhoven NEUBAU Erst.> 800 €	0 -11.000	0	0	0	0	0	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	0 -11.000	0	0	0	0	0	
B06021280 Vermögensgegenstände des AV bis 800 €	-2.798 -1.950	-5.000	0	-5.000	-5.000	-5.000	
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	0 0	0	0	0	0	0	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	-2.798 -1.950	-5.000	0	-5.000	-5.000	-5.000	
Erläuterungen: Pauschaler Ansatz für Anschaffungen bis 800 € (netto): 5.000 €							
B06021281 Vermögensgegenstände des AV bis 800 € Neubau Erst.	0 -1.000	0	0	0	0	0	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	0 -1.000	0	0	0	0	0	

Produktbeschreibung Produkt 060213
KG Oerather Mühlenfeld - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060213	KG Oerather Mühlenfeld - Erkelenz

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person(en)**
Amt 50/51	Inga Heinrichs

Beschreibung	Bereitstellung und Unterhaltung von Kindergartenplätzen zur Betreuung der Kinder im Rahmen einer gruppen-/familienorientierten Erziehung und Bildung.
Zielgruppe	Kinder im Alter von maximal 6 Jahren und älter (ohne Schulkinder)
Auftragsgrundlage	§§ 2, 22, 22a, 24 SGB VIII, KiBiz
Ziele	1. Siehe Ziel Nr. 1 beim Produkt 060100. 2. Siehe Ziel Nr. 2 beim Produkt 060100. 3. Es werden keine neuen "halben Gruppen" mehr gebildet, die ein gewünschtes Betreuungsangebot ortsnah ermöglichen. Bestehende "halbe Gruppen" werden mit Übertritt der Kinder in die Schule aufgelöst.

Kennzahlen	**Ergebnis 2022**	**Ergebnis 2023**	**Soll 2024**	**Soll 2025**
zu 1.				
sh. Kennzahlenreihe Nr. 1 beim Produkt 060100				
zu 2.				
Anzahl Kinder 25-Stunden-Betreuung	5	4	4	9
Anzahl Kinder 35-Stunden-Betreuung	50	53	63	56
Anzahl Kinder 45-Stunden-Betreuung	41	39	36	43

Teilergebnisplan Produkt 060213
KG Oerather Mühlenfeld - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060213	KG Oerather Mühlenfeld - Erkelenz

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2023 €	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	680.239	693.780	832.580	848.720	865.875	883.355
	414100 Zuweisungen vom Land	541.571	566.000	693.100	707.000	721.170	735.620
	414135 Zuw. des Landes im Rahmen der Eingliederungshilfe	70.243	53.000	53.000	54.060	55.141	56.244
	414145 Zuweis. des Landes Ausgl. Elternbeitragsbefreiung	68.424	73.000	84.000	85.680	87.394	89.141
	416100 Erträge a.d.Aufl. v. SoPo aus Zuweisungen	0	1.780	2.480	1.980	2.170	2.350
03	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	157.775	140.000	142.448	145.040	147.121	149.243
	432110 Verpflegungskostenbeiträge	44.981	42.000	40.448	41.000	41.000	41.000
	432130 Elternbeiträge	112.793	98.000	102.000	104.040	106.121	108.243
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	6.855	4.700	5.810	6.200	6.200	6.200
	448200 Erstattungen von Gemeinden (GV)	6.755	4.500	5.610	6.000	6.000	6.000
	448400 Erstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich	0	100	100	100	100	100
	448800 Erstattungen von übrigen Bereichen	100	100	100	100	100	100
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	3.050	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
	459100 Andere sonstige ordentliche Erträge	3.050	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	847.919	839.480	981.838	1.000.960	1.020.196	1.039.798
11	- Personalaufwendungen	992.176	1.092.697	1.460.114	1.474.714	1.489.462	1.504.355
	501100 Beamte	7.312	1.069	4.245	4.287	4.330	4.373
	501200 Tariflich Beschäftigte	773.669	842.059	1.122.482	1.133.707	1.145.044	1.156.494
	502200 ZVK Tariflich Beschäftigte	56.310	66.686	89.249	90.141	91.043	91.953
	503200 Sozialversicherung Tariflich Beschäftigte	154.313	182.873	244.128	246.569	249.035	251.525
	504100 Beihilfen u. Unterstützungsleistungen f. Beschäft.	572	10	10	10	10	10
12	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0
13	- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	103.018	113.800	116.600	103.050	104.005	104.974
	521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	7.231	10.300	9.300	800	800	800
	521140 Aufwendungen für Maßnahmen des Brandschutzes	0	100	100	100	100	100
	522100 Unterhaltung des sonstigen unbewegl. Vermögens	0	100	6.100	100	100	100
	524100 Bewirtschaftung der Grundstücke und baul. Anlagen	5.312	4.100	5.000	5.000	5.000	5.000
	524200 Bewirtschaft.d.Grundst.u.baul.Anlagen -Energie-	6.722	13.200	5.300	5.450	5.600	5.750
	524400 Bewirtschaft.d.Grundst.u.baul.Anlagen -Reinigung-	27.790	30.500	35.000	35.350	35.700	36.060
	525600 Unterhalt.d.Geräte, Ausstattung-u. Ausrüstungsg.	1.809	2.500	3.000	3.000	3.000	3.000
	527900 Sonst. besonderer Verwaltungs- u. Betriebsaufwand	3.503	4.000	7.700	7.700	7.700	7.700

Teilergebnisplan Produkt 060213
KG Oerather Mühlenfeld - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2023 €	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
	527910 Sonst.bes.Verw.- u.Betriebsaufw.(Verpfl.Ganztag)	50.650	48.900	45.000	45.450	45.905	46.364
	529100 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	0	100	100	100	100	100
14	- Bilanzielle Abschreibungen	70.297	30.200	31.800	29.400	25.500	23.600
	571100 Abschreibung auf Sachanlagen	70.297	30.200	31.800	29.400	25.500	23.600
15	- Transferaufwendungen	31.766	16.000	16.000	16.160	16.322	16.486
	531800 Aufwend. f. Zuschüsse an übrige Bereiche	31.766	16.000	16.000	16.160	16.322	16.486
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	195.785	157.000	162.000	163.510	165.020	166.530
	541100 Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen	2.068	2.700	3.500	3.500	3.500	3.500
	542200 Mieten und Pachten	147.677	149.000	153.000	154.500	156.000	157.500
	543100 Geschäftsaufwendungen	2.346	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500
	544120 Versicherungen (Unfallkasse NRW)	1.699	1.800	2.000	2.000	2.000	2.000
	549900 übr. weitere Aufw. aus lfd. Verwaltungstätigkeit	41.995	1.000	1.000	1.010	1.020	1.030
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.393.042	1.409.697	1.786.514	1.786.834	1.800.309	1.815.945
18	= Ordentliches Ergebnis (10 und 17)	-545.123	-570.217	-804.676	-785.874	-780.113	-776.147
19	+ Finanzerträge	0	0	0	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (19 und 20)	0	0	0	0	0	0
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)	-545.123	-570.217	-804.676	-785.874	-780.113	-776.147
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (23 und 24)	0	0	0	0	0	0
26	= Jahresergebnis (22 und 25)	-545.123	-570.217	-804.676	-785.874	-780.113	-776.147
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	13.945	15.100	15.100	15.400	15.710	16.020
	581100 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez.	13.945	15.000	15.000	15.300	15.610	15.920
	581500 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez. - GBA -	0	100	100	100	100	100
29	= Jahresergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)	-559.068	-585.317	-819.776	-801.274	-795.823	-792.167

Erläuterungen

zum Produkt 060213

Ertrag

414100 Zuweisungen vom Land

Voraussichtliche pauschalierte Landeszuweisungen zu den Kindpauschalen gemäß § 38 Abs. 1, 2 und § 41 Abs. 1 KiBiz sowie des Konnexitätsanteils auf U3-Kindpauschalen gemäß § 38 Abs. 3 KiBiz. Der Ansatz orientiert sich an der aktuellen KiTa-Bedarfsplanung.

414145 Zuweisungen des Landes - Ausgleich für Elternbeitragsbefreiung -

Ausgleichszahlung des Landes gem. § 50 Abs. 2 Kibiz, die für die Beitragsfreiheit im vorletzten und letzten Kindergartenjahr erwartet werden. Der Ansatz orientiert sich an der aktuellen KiTa-Bedarfsplanung.

Teilergebnisplan Produkt 060213
KG Oerather Mühlenfeld - Erkelenz

Stadt Erkelenz

432110 Verpflegungskostenbeiträge
Verpflegungskostenbeiträge unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Mittagsverpflegung.

432130 Elternbeiträge
Voraussichtliches Beitragsaufkommen auf Basis tatsächlicher Einkommensverhältnisse der Eltern nach KiBiz. Der Ansatz orientiert sich an der aktuellen KiTa-Bedarfsplanung.

448200 Erstattungen von Gemeinde (GV)
Erstattung der Verpflegungskosten durch Sozialhilfeträger aufgrund eines Leistungsanspruchs auf Bildung und Teilhabe (SGB II, SGB XII, Asyl).

Aufwand

521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen

a) Allgemeiner Unterhaltungsaufwand	600 €
b) Wartungsverträge	200 €
c) Schallschutz	5.000 €
d) Sonnenschutz: Lichtkuppel im Turnraum	3.500 €
Gesamt:	9.300 €

524200 Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen -Energie-
Die Aufwendungen orientieren sich am Verbrauch des Jahres 2023 unter Berücksichtigung der für 2025 voraussichtlich geltenden Preise.

524400 Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen -Reinigung-
Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Reinigungsdienstleistungen.

527900 Sonstiger besonderer Verwaltungs- und Betriebsaufwand
Aufwendungen für den Bedarf an Verbrauchsmatrialien, bspw. Farben, Stifte, weitere Bastelutensielen.

527910 Sonst. besonderer Verwaltungs- u. Betriebsaufwand (Verpflegung Ganztag)
Voraussichtlicher Aufwand für die Mittagsverpflegung der Kinder in der städtischen Kindertageseinrichtung.

531800 Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche
Voraussichtlicher Aufwand für die Übermittagsbetreuung in der städtischen Kindertageseinrichtung.

571100 Abschreibungen auf Sachanlagen
Voraussichtliche Abschreibung von bereits aktivierten sowie planmäßig neu zu aktivierenden Vermögensgegenständen.

581100 Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen
Voraussichtliche Inanspruchnahme von Leistungen anderer Organisationseinheiten, insbesondere des Baubetriebshofs.

Teilfinanzplan Produkt 060213
KG Oerather Mühlenfeld - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060213	KG Oerather Mühlenfeld - Erkelenz

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2023 Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Verpflich-tungser-mächti-gung	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
09	- Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	2.738 27.700	10.000	0	10.000	10.000	10.000
13	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	2.738 27.700	10.000	0	10.000	10.000	10.000
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit (06 und 13)	-2.738 -27.700	-10.000	0	-10.000	-10.000	-10.000

Investitionen Produkt 060213
KG Oerather Mühlenfeld - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060213	KG Oerather Mühlenfeld - Erkelenz

Nr. Bezeichnung	Ergebnis 2023 Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Verpflich-tungser-mächti-gung	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €	Bish. bereitg. (bis VJ) Ges. Ein-Ausz. (mit Ansatz)
2. Unterhalb der Wertgrenze (<= 10.000 €)							
B06021304 Anschaffungen > 800 € KG Oerather Mühlenfeld	0 -21.500	-5.000	0	-5.000	-5.000	-5.000	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	0 -21.500	-5.000	0	-5.000	-5.000	-5.000	
Erläuterungen: Pauschaler Ansatz für Anschaffungen > 800 € (netto) bis 10.000 €: 5.000 €							
B06021380 Vermögensgegenstände des AV bis 800 €	-2.738 -6.200	-5.000	0	-5.000	-5.000	-5.000	
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	0 0	0	0	0	0	0	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	-2.738 -6.200	-5.000	0	-5.000	-5.000	-5.000	
Erläuterungen: Pauschaler Ansatz für die Beschaffung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens (bis einschließlich 800 €/netto): 5.000 €							

Produktbeschreibung Produkt 060214
KG Kamp-Lintforter-Straße - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060214	KG Kamp-Lintforter-Straße - Erkelenz

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person(en)**
Amt 50/51	Inga Heinrichs

Beschreibung	Bereitstellung und Unterhaltung von Kindergartenplätzen zur Betreuung der Kinder im Rahmen einer gruppen-/familienorientierten Erziehung und Bildung. Im Rahmen der Erweiterungsplanungen des Baugebietes Oerather Mühlenfeld (westlicher Teil) besteht ein erhöhter Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen in diesem Bereich. Der vorhandene Kindergarten im Oerather Mühlenfeld kann diesen Bedarf nach Kinderbetreuung für die Erweiterung des Oerather Mühlenfeldes nicht abdecken. Aus diesem Grund ist geplant zum 01.08.2022 einen weiteren Kindergarten im Wohngebiet Oerather Mühlenfeld zu eröffnen.
Zielgruppe	Kinder im Alter von maximal 6 Jahren und älter (ohne Schulkinder)
Bewirtsch.-Regeln	Mehreinzahlungen bei einer Investitionsnummer im Produkt 060214 dürfen für Mehrauszahlungen bei selbiger Investitionsnummer im selben Produkt nach § 21 II KomHVO verwendet werden.
Auftragsgrundlage	§§ 2,22, 22a, 24 SGB VIII, KiBiz
Ziele	1. Siehe Ziel Nr. 1 beim Produkt 060100. 2. Siehe Ziel Nr. 2 beim Produkt 060100.

Kennzahlen	**Ergebnis 2022**	**Ergebnis 2023**	**Soll 2024**	**Soll 2025**
zu 1.				
sh. Kennzahlenreihe Nr. 1 beim Produkt 060100				
zu 2.				
Anzahl Kinder 25-Stunden-Betreuung	0	3	8	2
Anzahl Kinder 35-Stunden-Betreuung	14	46	57	64
Anzahl Kinder 45-Stunden-Betreuung	8	26	35	39

Teilergebnisplan Produkt 060214
KG Kamp-Lintforter-Straße - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060214	KG Kamp-Lintforter-Straße - Erkelenz

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2023 €	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	402.857	766.200	849.820	865.660	882.413	899.494
	414100 Zuweisungen vom Land	339.943	560.000	676.700	690.200	703.964	717.997
	414135 Zuw. des Landes im Rahmen der Eingliederungshilfe	0	17.200	27.500	28.050	28.611	29.183
	414145 Zuweis. des Landes Ausgl. Elternbeitragsbefreiung	30.929	61.000	70.000	71.400	72.828	74.284
	416100 Erträge a.d.Aufl. v. SoPo aus Zuweisungen	31.985	128.000	75.620	76.010	77.010	78.030
03	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	151.990	109.000	151.500	154.100	156.747	159.442
	432110 Verpflegungskostenbeiträge	36.978	25.000	43.000	43.430	43.864	44.302
	432130 Elternbeiträge	115.012	84.000	108.500	110.670	112.883	115.140
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	4.137	1.800	4.300	4.340	4.380	4.420
	448200 Erstattungen von Gemeinden (GV)	4.137	1.500	4.000	4.040	4.080	4.120
	448400 Erstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich	0	100	100	100	100	100
	448700 Erstattungen von privaten Unternehmen	0	100	100	100	100	100
	448800 Erstattungen von übrigen Bereichen	0	100	100	100	100	100
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	7.225	1.000	1.000	1.010	1.020	1.030
	459100 Andere sonstige ordentliche Erträge	7.225	1.000	1.000	1.010	1.020	1.030
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	566.208	878.000	1.006.620	1.025.110	1.044.560	1.064.386
11	- Personalaufwendungen	824.344	1.325.010	1.563.096	1.578.725	1.594.512	1.610.455
	501100 Beamte	0	100	100	100	100	100
	501200 Tariflich Beschäftigte	646.924	1.002.775	1.207.368	1.219.441	1.231.636	1.243.952
	502200 ZVK Tariflich Beschäftigte	47.594	86.512	95.977	96.937	97.906	98.885
	503200 Sozialversicherung Tariflich Beschäftigte	129.826	235.613	259.641	262.237	264.860	267.508
	504100 Beihilfen u. Unterstützungsleistungen f. Beschäft.	0	10	10	10	10	10
12	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0
13	- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	79.906	108.400	117.400	113.460	102.524	103.593
	521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	2.935	10.000	15.000	10.100	10.200	10.300
	521140 Aufwendungen für Maßnahmen des Brandschutzes	0	100	100	100	100	100
	522100 Unterhaltung des sonstigen unbewegl. Vermögens	0	1.000	12.000	12.000	0	0
	524100 Bewirtschaftung der Grundstücke und baul. Anlagen	6.730	3.000	5.000	5.050	5.100	5.150
	524200 Bewirtschaft.d.Grundst.u.baul.Anlagen -Energie-	7.685	35.000	6.100	6.300	6.500	6.700
	524400 Bewirtschaft.d.Grundst.u.baul.Anlagen -Reinigung-	32.450	27.000	35.500	35.860	36.220	36.580
	525600 Unterhalt.d.Geräte, Ausstattung-u. Ausrüstungsg.	2.650	2.000	3.000	3.000	3.000	3.000

Teilergebnisplan Produkt 060214
KG Kamp-Lintforter-Straße - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2023 €	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
	527900 Sonst. besonderer Verwaltungs- u. Betriebsaufwand	2.802	3.200	5.700	5.700	5.700	5.700
	527910 Sonst.bes.Verw.- u.Betriebsaufw.(Verpfl.Ganztag)	24.654	27.100	35.000	35.350	35.704	36.063
14	- Bilanzielle Abschreibungen	143.050	261.400	132.575	107.700	108.700	109.600
	571100 Abschreibung auf Sachanlagen	143.050	261.400	132.575	107.700	108.700	109.600
15	- Transferaufwendungen	8.686	16.000	16.000	16.160	16.322	16.486
	531800 Aufwend. f. Zuschüsse an übrige Bereiche	8.686	16.000	16.000	16.160	16.322	16.486
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.907	7.200	9.500	9.510	9.520	9.530
	541100 Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen	2.097	2.200	3.500	3.500	3.500	3.500
	542200 Mieten und Pachten	0	0	200	200	200	200
	543100 Geschäftsaufwendungen	1.325	2.200	3.000	3.000	3.000	3.000
	544120 Versicherungen (Unfallkasse NRW)	434	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800
	549900 übr. weitere Aufw. aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.052	1.000	1.000	1.010	1.020	1.030
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.060.892	1.718.010	1.838.571	1.825.555	1.831.578	1.849.664
18	= Ordentliches Ergebnis (10 und 17)	-494.684	-840.010	-831.951	-800.445	-787.018	-785.278
19	+ Finanzerträge	0	0	0	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (19 und 20)	0	0	0	0	0	0
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)	-494.684	-840.010	-831.951	-800.445	-787.018	-785.278
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (23 und 24)	0	0	0	0	0	0
26	= Jahresergebnis (22 und 25)	-494.684	-840.010	-831.951	-800.445	-787.018	-785.278
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	23.318	5.000	12.500	12.750	13.010	13.270
	581100 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez.	21.835	5.000	12.500	12.750	13.010	13.270
	581500 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez. - GBA -	1.483	0	0	0	0	0
29	= Jahresergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)	-518.002	-845.010	-844.451	-813.195	-800.028	-798.548

Erläuterungen

zum Produkt 060214

Ertrag

414100 Zuweisungen vom Land

Voraussichtliche pauschalierte Landeszuweisungen zu den Kindpauschalen gemäß § 38 Abs. 1, 2 und § 41 Abs. 1 KiBiz sowie des Konnexitätsanteils auf U3-Kindpauschalen gemäß § 38 Abs. 3 KiBiz. Der Ansatz orientiert sich an der aktuellen KiTa-Bedarfsplanung.

414145 Zuweisungen des Landes - Ausgleich für Elternbeitragsbefreiung - Ausgleichszahlung des Landes gem. § 50 Abs. 2 Kibiz. Der Ansatz orientiert sich an der aktuellen KiTa-Bedarfsplanung.

Teilergebnisplan Produkt 060214
KG Kamp-Lintforter-Straße - Erkelenz

Stadt Erkelenz

416100 Erträge aus der Auflösung von Zuweisungen
Voraussichtliche Auflösung von bereits passivierten sowie planmäßig neu zu passivierenden Sonderposten.

432110 Verpflegungskostenbeiträge
Verpflegungskostenbeiträge unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Mittagsverpflegung.

432130 Elternbeiträge
Voraussichtliches Beitragsaufkommen auf Basis tatsächlicher Einkommensverhältnisse der Eltern nach KiBiz. Der Ansatz orientiert sich an der aktuellen KiTa-Bedarfsplanung.

Aufwand

521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen

a) Allgemeiner Unterhaltungsaufwand	5.000 €
b) Wartungsverträge	5.000 €
c) Maßnahmen für den Schallschutz	5.000 €
Gesamt:	15.000 €

524200 Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen -Energie-
Die Aufwendungen orientieren sich am Verbrauch des Jahres 2023 unter Berücksichtigung der für 2025 voraussichtlich geltenden Preise.

524400 Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen -Reinigung-
Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Reinigungsleistungen. Die höheren Aufwendungen resultieren im Wesentlichen aus einer erwarteten Tarifsteigerung.

527900 Sonstiger besonderer Verwaltungs- und Betriebsaufwand
Aufwendungen für den Bedarf an Verbrauchsmatrialien, bspw. Farben, Stifte, weitere Bastelutensielen.

527910 Sonstige besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen (Verpflegung Ganztag)
Voraussichtlicher Aufwand für die Mittagsverpflegung der Kinder in der städtischen Kindertageseinrichtung.

531800 Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche
Voraussichtlicher Aufwand für die Übermittagsbetreuung in der städtischen Kindertageseinrichtung.

571100 Abschreibungen auf Sachanlagen
Voraussichtliche Abschreibung von bereits aktivierten sowie planmäßig neu zu aktivierenden Vermögensgegenständen.

581100 Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen
Voraussichtliche Inanspruchnahme von Leistungen anderer Organisationseinheiten, insbesondere des Baubetriebshofs.

Teilfinanzplan Produkt 060214
KG Kamp-Lintforter-Straße - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060214	KG Kamp-Lintforter-Straße - Erkelenz

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2023 Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Verpflich-tungser-mächti-gung	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
01	+ Zuwendungen für Invest.maßmahmen	0 891.000	0	0	0	0	0
06	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0 891.000	0	0	0	0	0
08	- Auszahlg. f. Baumaßnahmen	502.744 115.000	111.000	0	0	0	0
09	- Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	164.718 7.700	48.500	0	7.000	7.000	7.000
13	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	667.462 122.700	159.500	0	7.000	7.000	7.000
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit (06 und 13)	-667.462 768.300	-159.500	0	-7.000	-7.000	-7.000

Investitionen Produkt 060214
KG Kamp-Lintforter-Straße - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060214	KG Kamp-Lintforter-Straße - Erkelenz

Nr. Bezeichnung	Ergebnis 2023 Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Verpflich-tungser-mächti-gung	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €	Bish. bereitg. (bis VJ) Ges. Ein-Ausz. (mit Ansatz)
1. Oberhalb der Wertgrenze							
B06021403 Großspielgerät KG Kamp-Lintforter-Str.	-45.797 0	0	0	0	0	0	-45.797 -45.797
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	-45.797 0	0	0	0	0	0	-45.797 -45.797
B06021404 Selbstversorgerküche KG Kamp-Lintforter-Str.	-29.737 26.000	0	0	0	0	0	-3.737 -3.737
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	0 26.000	0	0	0	0	0	26.000 26.000
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	-29.737 0	0	0	0	0	0	-29.737 -29.737
B06021405 Elektro-Combi-Dämpfer KG Kamp-Lintforter-Str.	-13.831 11.000	0	0	0	0	0	-2.831 -2.831
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	0 11.000	0	0	0	0	0	11.000 11.000
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	-13.831 0	0	0	0	0	0	-13.831 -13.831
B06021406 Sonnenschutz Außenbereich Kita Kamp-Lintforter-Str	0 0	-10.500	0	0	0	0	0 -10.500
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	0 0	-10.500	0	0	0	0	0 -10.500

Erläuterungen:

Ansatz für die Anschaffung eines Sonnenschutzes für das Außengelände der Kita Kamp-Lintforter-Str.

H06021401 Neubau KG Kamp-Lintforter-Str.	-241.989 410.000	-100.000	0	0	0	0	-575.763 -675.763
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	0 510.000	0	0	0	0	0	2.589.000 2.589.000
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	-241.989 -100.000	-100.000	0	0	0	0	-3.164.763 -3.264.763

Erläuterungen:

Ansatz für Restarbeiten.

S06021401 Herstellung Außengelände KG Kamp-Lintforter-Str.	-260.755 225.000	-11.000	0	0	0	0	-45.240 -56.240
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	0 240.000	0	0	0	0	0	240.000 240.000
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	-260.755 -15.000	-11.000	0	0	0	0	-285.240 -296.240

Erläuterungen:

Herstellung des Außengeländes nach Abschluss des Neubaus des Kindergarten Kamp-Lintforter-Straße (siehe H06021401).

Der Ansatz 2025 ist für Schlussarbeiten und Schlussabrechnungen vorgesehen.

2. Unterhalb der Wertgrenze (<= 10.000 €)							
B06021401 Anschaffungen > 800 € KG Kamp-Lintforter-Str.	0 -2.000	-30.000	0	-2.000	-2.000	-2.000	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	0 -2.000	-30.000	0	-2.000	-2.000	-2.000	

Erläuterungen:

Pauschaler Ansatz für Anschaffungen > 800 € (netto) bis 10.000 €: 4.000 €, daneben ist ein Ansatz für verschiedene Sonderbedarfe für Verschattung und Verdunklung (ca. 20.000 €), sowie ein Gartenhaus (6.000 €) vorgesehen. Gesamtsumme 30.000 €

Investitionen Produkt 060214
KG Kamp-Lintforter-Straße - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Nr. Bezeichnung	Ergebnis 2023 Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Verpflich-tungser-mächti-gung	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €	Bish. bereitg. (bis VJ) Ges. Ein-Ausz. (mit Ansatz)
B06021402 Ersteinrichtung > 800 € KG Kamp-Lintforter-Str.	-5.884 36.000	0	0	0	0	0	
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	0 36.000	0	0	0	0	0	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	-5.884 0	0	0	0	0	0	
B06021480 Vermögensgegenstände des AV bis 800 €	-69.469 62.300	-8.000	0	-5.000	-5.000	-5.000	
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	0 68.000	0	0	0	0	0	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	-69.469 -5.700	-8.000	0	-5.000	-5.000	-5.000	

Erläuterungen:

Pauschaler Ansatz für Anschaffungen bis 800 € (netto): 5.000 €, daneben ist ein Ansatz für verschieden Sonderbedarfe (Teppiche, Magnetwand Personalzimmer usw.) vorgesehen. Gesamtsumme 8.000 €

Produktbeschreibung Produkt 060215
KG Südpromenade - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060215	KG Südpromenade - Erkelenz

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person(en)**
Amt 50/51	Inga Heinrichs

Beschreibung

Bereitstellung und Unterhaltung von Kindergartenplätzen zur Betreuung der Kinder im Rahmen einer gruppen-/familienorienteirten Erziehung und Bildung. Ab dem Kindergartenjahr 2019/2020 ist geplant, einen weiteren Kindergarten im Harff-Haus (Südpromenade 31) zu betreiben.

Zielgruppe

Kinder im Alter von maximal 6 Jahren und älter (ohne Schulkinder)

Auftragsgrundlage

§§ 2, 22, 22a, 24 SGB VIII, KiBiz

Ziele

1. Siehe Ziel Nr. 1 beim Produkt 060100
2. Siehe Ziel Nr. 2 beim Produkt 060100

Kennzahlen	**Ergebnis 2022**	**Ergebnis 2023**	**Soll 2024**	**Soll 2025**
zu 1.				
sh. Kennzahlenreihe Nr. 1 beim Produkt 060100				
zu 2.				
Anzahl Kinder 25-Stunden-Betreuung	3	3	4	3
Anzahl Kinder 35-Stunden-Betreuung	19	21	24	28
Anzahl Kinder 45-Stunden-Betreuung	16	13	12	9

Teilergebnisplan Produkt 060215
KG Südpromenade - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060215	KG Südpromenade - Erkelenz

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2023 €	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	260.257	248.670	268.480	273.770	279.639	285.620
	414100 Zuweisungen vom Land	229.982	208.000	210.000	214.180	218.442	222.787
	414135 Zuw. des Landes im Rahmen der Eingliederungshilfe	0	0	19.500	19.890	20.287	20.692
	414145 Zuweis. des Landes Ausgl. Elternbeitragsbefreiung	21.457	26.000	27.000	27.540	28.090	28.651
	416100 Erträge a.d.Aufl. v. SoPo aus Zuweisungen	8.818	14.670	11.980	12.160	12.820	13.490
03	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	52.040	80.400	39.500	40.140	40.789	41.448
	432110 Verpflegungskostenbeiträge	18.361	15.000	15.000	15.150	15.300	15.450
	432130 Elternbeiträge	33.679	65.400	24.500	24.990	25.489	25.998
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.542	2.200	2.300	2.320	2.340	2.360
	448200 Erstattungen von Gemeinden (GV)	1.542	2.000	2.000	2.020	2.040	2.060
	448400 Erstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich	0	100	100	100	100	100
	448700 Erstattungen von privaten Unternehmen	0	0	100	100	100	100
	448800 Erstattungen von übrigen Bereichen	0	100	100	100	100	100
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	687	100	100	100	100	100
	459100 Andere sonstige ordentliche Erträge	687	100	100	100	100	100
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	314.527	331.370	310.380	316.330	322.868	329.528
11	- Personalaufwendungen	438.810	549.479	489.394	494.287	499.229	504.220
	501100 Beamte	864	1.069	100	100	100	100
	501200 Tariflich Beschäftigte	346.113	421.892	374.757	378.504	382.289	386.112
	502200 ZVK Tariflich Beschäftigte	24.433	33.664	29.861	30.160	30.462	30.766
	503200 Sozialversicherung Tariflich Beschäftigte	67.222	92.844	84.666	85.513	86.368	87.232
	504100 Beihilfen u. Unterstützungsleistungen f. Beschäft.	179	10	10	10	10	10
12	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0
13	- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	91.044	120.800	109.300	71.210	72.170	73.130
	521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	3.827	68.000	47.500	8.600	8.700	8.800
	521140 Aufwendungen für Maßnahmen des Brandschutzes	2.112	100	100	100	100	100
	521800 Zuführung Instandhaltungsrückstellungen	30.000	0	0	0	0	0
	522100 Unterhaltung des sonstigen unbewegl. Vermögens	0	100	100	100	100	100
	524100 Bewirtschaftung der Grundstücke und baul. Anlagen	3.803	4.300	5.000	5.050	5.100	5.150
	524200 Bewirtschaft.d.Grundst.u.baul.Anlagen - Energie-	15.619	11.200	12.300	12.650	13.050	13.450
	524400 Bewirtschaft.d.Grundst.u.baul.Anlagen - Reinigung-	15.516	16.000	21.900	22.120	22.340	22.560
	525600 Unterhalt.d.Geräte, Ausstattung-u. Ausrüstungsg.	466	1.000	1.200	1.200	1.200	1.200

Teilergebnisplan Produkt 060215
KG Südpromenade - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2023 €	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
	527900 Sonst. besonderer Verwaltungs- u. Betriebsaufwand	635	1.600	2.200	2.200	2.200	2.200
	527910 Sonst.bes.Verw.- u.Betriebsaufw.(Verpfl.Ganztag)	19.066	18.500	19.000	19.190	19.380	19.570
14	- Bilanzielle Abschreibungen	23.912	32.100	38.800	37.600	38.300	38.900
	571100 Abschreibung auf Sachanlagen	23.912	32.100	38.800	37.600	38.300	38.900
15	- Transferaufwendungen	25.394	10.000	16.500	16.650	16.800	16.950
	531800 Aufwend. f. Zuschüsse an übrige Bereiche	25.394	10.000	16.500	16.650	16.800	16.950
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	6.927	4.000	4.600	4.610	4.620	4.630
	541100 Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen	3.062	1.200	1.700	1.700	1.700	1.700
	542200 Mieten und Pachten	0	100	100	100	100	100
	543100 Geschäftsaufwendungen	736	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
	544120 Versicherungen (Unfallkasse NRW)	690	700	800	800	800	800
	549900 übr. weitere Aufw. aus lfd. Verwaltungstätigkeit	2.439	1.000	1.000	1.010	1.020	1.030
17	= Ordentliche Aufwendungen	586.087	716.379	658.594	624.357	631.119	637.830
18	= Ordentliches Ergebnis (10 und 17)	-271.560	-385.009	-348.214	-308.027	-308.251	-308.302
19	+ Finanzerträge	0	0	0	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (19 und 20)	0	0	0	0	0	0
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)	-271.560	-385.009	-348.214	-308.027	-308.251	-308.302
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (23 und 24)	0	0	0	0	0	0
26	= Jahresergebnis (22 und 25)	-271.560	-385.009	-348.214	-308.027	-308.251	-308.302
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	5.201	15.500	10.500	10.710	10.920	11.140
	581100 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez.	4.545	15.000	10.000	10.200	10.400	10.610
	581500 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez. - GBA -	656	500	500	510	520	530
29	= Jahresergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)	-276.762	-400.509	-358.714	-318.737	-319.171	-319.442

Erläuterungen

zum Produkt 060215

Ertrag

414100 Zuweisungen vom Land

Voraussichtliche pauschalierte Landeszuweisungen zu den Kindpauschalen gemäß § 38 Abs. 1, 2 und § 41 Abs. 1 KiBiz sowie des Konnexitätsanteils auf U3-Kindpauschalen gemäß § 38 Abs. 3 KiBiz. Der Ansatz orientiert sich an der aktuellen KiTa-Bedarfsplanung.

414135 Zuweisungen des im Rahmen der Eingliederungshilfe

Die Landeszuweisungen werden für Kinder mit besonderem Förderungsbedarf gezahlt.

414145 Zuweisungen des Landes - Ausgleich für Elternbeitragsbefreiung -
Ausgleichszahlung des Landes gem. § 50 Abs. 2 Kibiz. Der Ansatz orientiert sich an der aktuellen KiTa-Bedarfsplanung.

Teilergebnisplan Produkt 060215
KG Südpromenade - Erkelenz

Stadt Erkelenz

416100 Erträge aus der Auflösung von Zuweisungen
Voraussichtliche Auflösung von bereits passivierten sowie planmäßig neu zu passivierenden Sonderposten.

432110 Verpflegungskostenbeiträge
Verpflegungskostenbeiträge unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Mittagsverpflegung.

432130 Elternbeiträge
Voraussichtliches Beitragsaufkommen auf Basis tatsächlicher Einkommensverhältnisse der Eltern nach KiBiz. Der Ansatz orientiert sich an der aktuellen KiTa-Bedarfsplanung.

Aufwand

521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen

a) Allgemeiner Unterhaltungsaufwand	7.500 €
b) Wartungsverträge	1.000 €
c) Erneuerung Dachabdichtung Eingangsbereich / Ruheraum	14.000 €
d) Kindgerechter Ausbau des Flucht- und Rettungswegs	20.000 €
e) Schallschutz	5.000 €
Gesamt:	47.500 €

524200 Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen -Energie-
Die Aufwendungen orientieren sich am Verbrauch des Jahres 2023 unter Berücksichtigung der für 2025 voraussichtlich geltenden Preise.

524400 Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen -Reinigung-
Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Reinigungsleistungen. Die höheren Aufwendungen resultieren im Wesentlichen aus einer erwarteten Tarifsteigerung

527910 Sonstige besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen (Verpflegung Ganztag)
Voraussichtlicher Aufwand für die Mittagsverpflegung der Kinder in der städtischen Kindertageseinrichtung.

531800 Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche
Voraussichtlicher Aufwand für die Übermittagsbetreuung in der städtischen Kindertageseinrichtung.

571100 Abschreibungen auf Sachanlagen
Voraussichtliche Abschreibung von bereits aktivierten sowie planmäßig neu zu aktivierenden Vermögensgegenständen.

581100 Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen
Voraussichtliche Inanspruchnahme von Leistungen anderer Organisationseinheiten, insbesondere des Baubetriebshofs.

Teilfinanzplan Produkt 060215
KG Südpromenade - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060215	KG Südpromenade - Erkelenz

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2023 Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Verpflich-tungser-mächti-gung	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
08	- Auszahlg. f. Baumaßnahmen	148.291 90.000	40.000	0	0	0	0
09	- Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	3.034 40.900	38.000	0	8.000	8.000	8.000
13	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	151.324 130.900	78.000	0	8.000	8.000	8.000
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit (06 und 13)	-151.324 -130.900	-78.000	0	-8.000	-8.000	-8.000

Investitionen Produkt 060215
KG Südpromenade - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060215	KG Südpromenade - Erkelenz

Nr. Bezeichnung	Ergebnis 2023 Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Verpflich-tungser-mächti-gung	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €	Bish. bereitg. (bis VJ) Ges. Ein-Ausz. (mit Ansatz)
1. Oberhalb der Wertgrenze							
B06021503 Spielgeräte Außengelände KG Südpromenade	0 -23.000	-30.000	0	0	0	0	-32.430 -39.430
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	0 0	0	0	0	0	0	16.000 16.000
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	0 -23.000	-30.000	0	0	0	0	-48.430 -55.430
Erläuterungen: Nach Fertigstellung des Außengeländes ist für das Jahr 2025 die Beschaffung von mehreren Spielgeräten geplant. Es handelt sich zum Teil um ein Neuveranschlagung aus 2024.							
H06021502 Anbau Mehrzweckraum KG Südpromenade	-148.291 -70.000	0	0	0	0	0	-252.034 -252.034
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	-148.291 -70.000	0	0	0	0	0	-252.034 -252.034
S06021501 Gestaltung Außengelände KG Südpromenade	0 -20.000	-40.000	0	0	0	0	-114.829 -154.829
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	0 -20.000	-40.000	0	0	0	0	-114.829 -154.829
Erläuterungen: Restliche Mittelbereitstellung für die Fertigstellung des Außengeländes des Kindergartens Südpromenade.							
2. Unterhalb der Wertgrenze (<= 10.000 €)							
B06021501 Anschaffungen > 800 € KG Südpromenade	0 -10.000	-3.000	0	-3.000	-3.000	-3.000	
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	0 0	0	0	0	0	0	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	0 -10.000	-3.000	0	-3.000	-3.000	-3.000	
Erläuterungen: Pauschaler Ansatz für Anschaffungen > 800 € (netto) bis 10.000 €: 3.000 €							
B06021580 Vermögensgegenstände des AV bis 800 €	-3.034 -7.900	-5.000	0	-5.000	-5.000	-5.000	
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	0 0	0	0	0	0	0	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	-3.034 -7.900	-5.000	0	-5.000	-5.000	-5.000	
Erläuterungen: Pauschaler Ansatz für die Beschaffung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens (bis einschließlich 800 €/netto) 5.000,00 €.							

Produktbeschreibung Produkt 060216
Kombinierte Tageseinrichtungen Westpromenade/Zehnthofweg

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060216	Kombinierte Tageseinrichtungen Westpromenade/Zehnthofweg

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person(en)**
Amt 50/51	Inga Heinrichs

Beschreibung	Bereitstellung und Unterhaltung von Kindergartenplätzen zur Betreuung der Kinder im Rahmen einer gruppen-/familienorientierten Erziehung und Bildung.
Zielgruppe	Kinder im Alter von maximal 6 Jahren und älter (ohne Schulkinder)
Auftragsgrundlage	§§ 2, 22, 22a, 24 SGB VIII, KiBiz
Ziele	1. Siehe Ziel Nr. 1 beim Produkt 060100. 2. Siehe Ziel Nr. 2 beim Produkt 060100. 3. Es werden keine neuen "halben Gruppen" mehr gebildet, die ein gewünschtes Betreuungsangebot ortsnah ermöglichen. Bestehende "halbe Gruppen" werden mit Übertritt der Kinder in die Schule aufgelöst.

Kennzahlen	**Ergebnis 2022**	**Ergebnis 2023**	**Soll 2024**	**Soll 2025**
zu 1.				
sh. Kennzahlenreihe Nr. 1 beim Produkt 060100				
zu 2.				
Anzahl Kinder 25-Stunden-Betreuung	11	12	12	12
Anzahl Kinder 35-Stunden-Betreuung	46	47	54	53
Anzahl Kinder 45-Stunden-Betreuung	45	41	35	36

Teilergebnisplan Produkt 060216
Kombinierte Tageseinrichtungen Westpromenade/Zehnthofweg

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060216	Kombinierte Tageseinrichtungen Westpromenade/Zehnthofweg

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2023 €	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	620.473	619.550	754.700	770.437	788.773	807.444
	414001 Zuweisungen vom Bund	9.275	100	100	100	100	100
	414100 Zuweisungen vom Land	507.735	500.000	611.100	623.360	635.859	648.602
	414120 Zuweisungen vom Land - Familienzentrum	20.724	22.000	23.500	24.557	25.662	26.816
	414135 Zuw. des Landes im Rahmen der Eingliederungshilfe	18.414	17.500	33.000	33.660	34.333	35.019
	414145 Zuweis. des Landes Ausgl. Elternbeitragsbefreiung	58.702	62.000	73.000	74.460	75.949	77.467
	414700 Zuschüsse von privaten Unternehmen	0	100	100	100	100	100
	416100 Erträge a.d.Aufl. v. SoPo aus Zuweisungen	5.622	17.850	13.900	14.200	16.770	19.340
03	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	110.572	120.000	98.200	99.832	101.493	103.184
	432110 Verpflegungskostenbeiträge	38.384	35.000	33.200	33.532	33.867	34.205
	432130 Elternbeiträge	72.188	85.000	65.000	66.300	67.626	68.979
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	12.039	6.100	14.100	14.240	14.381	14.523
	448200 Erstattungen von Gemeinden (GV)	12.039	6.000	14.000	14.140	14.281	14.423
	448400 Erstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich	0	100	100	100	100	100
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	10.660	1.000	3.000	3.000	3.000	3.000
	458200 Erträge a.d. Auflösung o. Herabsetzung v. Rückst.	7.349	0	0	0	0	0
	459100 Andere sonstige ordentliche Erträge	3.311	1.000	3.000	3.000	3.000	3.000
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	753.744	746.650	870.000	887.509	907.647	928.151
11	- Personalaufwendungen	1.270.055	1.394.820	1.578.215	1.593.997	1.609.937	1.626.035
	501100 Beamte	7.312	1.069	4.245	4.287	4.330	4.373
	501200 Tariflich Beschäftigte	992.713	1.073.490	1.213.758	1.225.896	1.238.155	1.250.536
	502200 ZVK Tariflich Beschäftigte	73.120	85.811	96.678	97.644	98.621	99.607
	503200 Sozialversicherung Tariflich Beschäftigte	196.338	234.440	263.524	266.160	268.821	271.509
	504100 Beihilfen u. Unterstützungsleistungen f. Beschäft.	572	10	10	10	10	10
12	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0
13	- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	135.003	175.900	166.100	138.670	140.245	141.835
	521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	11.319	30.700	35.200	6.250	6.300	6.350
	521140 Aufwendungen für Maßnahmen des Brandschutzes	672	100	100	100	100	100
	522100 Unterhaltung des sonstigen unbewegl. Vermögens	0	1.900	2.000	2.020	2.040	2.060
	524100 Bewirtschaftung der Grundstücke und baul. Anlagen	14.456	8.600	9.000	9.090	9.180	9.270
	524200 Bewirtschaft.d.Grundst.u.baul.Anlagen - Energie-	18.894	36.600	14.900	15.350	15.800	16.250
	524400 Bewirtschaft.d.Grundst.u.baul.Anlagen - Reinigung-	30.085	33.500	35.000	35.350	35.700	36.060

Teilergebnisplan Produkt 060216
Kombinierte Tageseinrichtungen Westpromenade/Zehnthofweg

Stadt Erkelenz

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2023 €	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
	525600 Unterhalt.d.Geräte, Ausstattung-u. Ausrüstungsg.	886	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
	525610 Unterhalt.d.Geräte u.a. Familienzentrum	0	0	1.000	1.010	1.020	1.030
	527900 Sonst. besonderer Verwaltungs- u. Betriebsaufwand	2.636	3.000	6.900	6.900	6.900	6.900
	527910 Sonst.bes.Verw.- u.Betriebsaufw.(Verpfl.Ganztag)	52.248	49.000	45.000	45.450	45.905	46.365
	527930 Sonst.bes.Verw.-u.Betriebsaufw.- Familienzentrum-	257	500	5.000	5.050	5.100	5.150
	529100 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	3.550	10.000	10.000	10.100	10.200	10.300
14	- Bilanzielle Abschreibungen	61.702	52.900	52.500	50.300	51.500	49.800
	571100 Abschreibung auf Sachanlagen	61.702	52.900	52.500	50.300	51.500	49.800
15	- Transferaufwendungen	31.766	16.000	16.000	16.160	16.322	16.486
	531800 Aufwend. f. Zuschüsse an übrige Bereiche	31.766	16.000	16.000	16.160	16.322	16.486
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	7.926	8.100	12.600	12.640	12.680	12.720
	541100 Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen	954	2.700	3.500	3.500	3.500	3.500
	542200 Mieten und Pachten	0	0	200	200	200	200
	543100 Geschäftsaufwendungen	2.799	2.500	3.000	3.000	3.000	3.000
	543120 Geschäftsaufwendungen Familienzentrum	0	0	3.000	3.030	3.060	3.090
	544120 Versicherungen (Unfallkasse NRW)	1.806	1.900	1.900	1.900	1.900	1.900
	549900 übr. weitere Aufw. aus lfd. Verwaltungstätigkeit	2.368	1.000	1.000	1.010	1.020	1.030
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.506.452	1.647.720	1.825.415	1.811.767	1.830.684	1.846.876
18	= Ordentliches Ergebnis (10 und 17)	-752.708	-901.070	-955.415	-924.258	-923.037	-918.725
19	+ Finanzerträge	0	0	0	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (19 und 20)	0	0	0	0	0	0
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)	-752.708	-901.070	-955.415	-924.258	-923.037	-918.725
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (23 und 24)	0	0	0	0	0	0
26	= Jahresergebnis (22 und 25)	-752.708	-901.070	-955.415	-924.258	-923.037	-918.725
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	25.399	14.200	14.200	14.480	14.770	15.070
	581100 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez.	23.670	12.500	12.500	12.750	13.010	13.270
	581500 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez. - GBA -	1.729	1.700	1.700	1.730	1.760	1.800
29	= Jahresergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)	-778.107	-915.270	-969.615	-938.738	-937.807	-933.795

Erläuterungen

zum Produkt 060216

Ertrag

414100 Zuweisungen vom Land

Voraussichtliche pauschalierte Landeszuweisungen zu den Kindpauschalen gemäß § 38 Abs. 1, 2 und § 41 Abs. 1 KiBiz sowie des Konnexitätsanteils auf U3-Kindpauschalen gemäß § 38 Abs. 3 KiBiz. Der Ansatz orientiert sich an der aktuellen KiTa-Bedarfsplanung.

Teilergebnisplan Produkt 060216
Kombinierte Tageseinrichtungen Westpromenade/Zehnthofweg

Stadt Erkelenz

414120 Zuweisungen vom Land - Familienzentrum -
Erwartete Landeszuweisung gemäß § 43 Abs. 2 KiBiz. Der Ansatz orientiert sich an der aktuellen KiTa-Bedarfsplanung.

414145 Zuweisungen des Landes - Ausgleich für Elternbeitragsbefreiung -
Ausgleichszahlung des Landes gem. § 50 Abs. 2 Kibiz. Der Ansatz orientiert sich an der aktuellen KiTa-Bedarfsplanung.

416100 Erträge aus der Auflösung von Zuweisungen
Voraussichtliche Auflösung von bereits passivierten sowie planmäßig neu zu passivierenden Sonderposten.

432110 Verpflegungskostenbeiträge
Verpflegungskostenbeiträge unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Mittagsverpflegung.

432130 Elternbeiträge
Voraussichtliches Beitragsaufkommen auf Basis tatsächlicher Einkommensverhältnisse der Eltern nach KiBiz. Der Ansatz orientiert sich an der aktuellen KiTa-Bedarfsplanung.

448200 Erstattungen von Gemeinden (GV)
Erstattung der Verpflegungskosten durch Sozialhilfeträger aufgrund eines Leistungsanspruchs auf Bildung und Teilhabe (SGB II, SGB XII, Asyl).

Aufwand

521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen

a) Allgemeiner Unterhaltungsaufwand	5.000 €
b) Wartungsverträge	1.200 €
c) Sanierung Kinder WC	24.000 €
d) Schallschutz	5.000 €
Gesamt:	35.200 €

524100 Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen
Der Ansatz orientiert sich am letzten Jahresergebnis.

524200 Bewirtschaftung -Energie-
Die Aufwendungen orientieren sich am Verbrauch des Jahres 2023 unter Berücksichtigung der für 2025 voraussichtlich geltenden Preise.

524400 Bewirtschaftung -Reinigung-
Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Reinigungsleistungen.

527900 Sonstiger besonderer Verwaltungs- und Betriebsaufwand
Aufwendungen für den Bedarf an Verbrauchsmatrialien, bspw. Farben, Stifte, weitere Bastelutensilien.

Teilergebnisplan Produkt 060216
Kombinierte Tageseinrichtungen Westpromenade/Zehnthofweg

Stadt Erkelenz

527910 Sonstige besondere Verwaltungs- und Betriebsausgaben (Verpflegung Ganztag)
Voraussichtlicher gleichbleibender Aufwand für die Mittagsverpflegung der Kinder in der städtischen Kindertageseinrichtung.

527930 Sonstige besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen - Familienzentrum -
Aufwendungen für Beratungsstunden für pädagogische Fachkräfte hinsichtlich Kinderschutz.

529100 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen
Aufwendungen für Aktivitäten im Rahmen der Eigenschaft als Familienzenrum.

531800 Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche
Voraussichtlicher Aufwand für die Übermittagsbetreuung in der städtischen Kindertageseinrichtung.

571100 Abschreibungen auf Sachanlagen
Voraussichtliche Abschreibung von bereits aktivierten sowie planmäßig neu zu aktivierenden Vermögensgegenständen.

581100 Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen
Voraussichtliche Inanspruchnahme von Leistungen anderer Organisationseinheiten, insbesondere des Baubetriebshofs.

Teilfinanzplan Produkt 060216
Kombinierte Tageseinrichtungen Westpromenade/Zehnthofweg

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060216	Kombinierte Tageseinrichtungen Westpromenade/Zehnthofweg

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2023 Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Verpflich-tungser-mächti-gung	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
08	- Auszahlg. f. Baumaßnahmen	0 225.000	105.000	50.000	50.000	200.000	200.000
09	- Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	11.727 96.700	58.000	0	7.000	7.000	7.000
13	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	11.727 321.700	163.000	50.000	57.000	207.000	207.000
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit (06 und 13)	-11.727 -321.700	-163.000	-50.000	-57.000	-207.000	-207.000

Investitionen Produkt 060216
Kombinierte Tageseinrichtungen Westpromenade/Zehnthofweg

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060216	Kombinierte Tageseinrichtungen Westpromenade/Zehnthofweg

Nr. Bezeichnung	Ergebnis 2023 Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Verpflich-tungser-mächti-gung	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €	Bish. bereitg. (bis VJ) Ges. Ein-Ausz. (mit Ansatz)
1. Oberhalb der Wertgrenze							
B06021606 Küche KG Westpromenade Standort Zehnthofweg	0 -20.000	-20.000	0	0	0	0	-32.491 -32.491
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	0 -20.000	-20.000	0	0	0	0	-32.491 -32.491
Erläuterungen: Mittelansatz zur Beschaffung einer Küche für den Kindergarten Westpromenade (Standort Zehnthofweg). Es handelt sich um eine Neuveranschlagung aus 2024.							
B06021607 Ersatzbeschaffung Großspielgerät KG Westpromenade	0 -35.000	0	0	0	0	0	-35.000 -35.000
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	0 -35.000	0	0	0	0	0	-35.000 -35.000
B06021608 Spielgeräte Außengelände Teilst. Kita Zehnthofweg	0 0	-12.000	0	0	0	0	0 -12.000
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	0 0	-12.000	0	0	0	0	0 -12.000
Erläuterungen: Ansatz für die Anschaffung neuer Spielgeräte nach Abschluss der Arbeiten am Erweiterungsbau Kita Teilstandort Zehnthofweg.							
H06021605 Erweiterung Kita-Gebäude Zehnthofweg	0 -195.000	-50.000	0	0	0	0	-195.179 -245.179
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	0 -195.000	-50.000	0	0	0	0	-195.179 -245.179
Erläuterungen: Die räumliche Situation in der Kita Westpromenade (Außenstelle Zehnthofweg) ist generell sehr beengt. Es fehlt ein Raum für die stv. Leitung und zur Durchführung von Elterngesprächen. Daher soll das vorhandene Gebäude um die entsprechenden Räumlichkeiten erweitert werden. Mit dem Bau wurde im Jahr 2024 begonnen, die Durchführung und Abrechnung zieht sich jedoch bis in das Jahr 2025.							
H06021607 Energetische Sanierung KiTa Westpromenade	0 0	0	-50.000	-50.000	-200.000	-200.000	0 -450.000
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	0 0	0	-50.000	-50.000	-200.000	-200.000	0 -450.000
Erläuterungen: Die KiTa Westpromenade weist einen besonders hohen Energiebedarf auf und bietet als Ergebnis einer energetischen Gebäudebewertung ein besonders hohes Einsparungspotential. Die Planung erfolgt zum Jahr 2026. Die Ausführung erfolgt 2027 bis 2028. Der Gesamtauszahlungsbedarf beträgt voraussichtlich 450T €. Damit die Planung im Haushaltsjahr 2025 erfolgen kann, wurde eine Verpflichtungsermächtigung mit Auszahlung 2026 eingeplant.							
S06021602 Herstellung Außengelände KG Westpromenade	0 -30.000	0	0	0	0	0	-30.000 -30.000
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	0 -30.000	0	0	0	0	0	-30.000 -30.000
S06021603 Neugestaltung Außengelände KG Westprom./Zehnthofw.	0 0	-55.000	0	0	0	0	0 -55.000
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	0 0	-55.000	0	0	0	0	0 -55.000
Erläuterungen: Nach Fertigstellung des Anbaus ist das Außengelände an das Gebäude anzupassen und aufzuwerten.							
2. Unterhalb der Wertgrenze (<= 10.000 €)							

Investitionen Produkt 060216
Kombinierte Tageseinrichtungen Westpromenade/Zehnthofweg

Stadt Erkelenz

Nr. Bezeichnung	Ergebnis 2023 Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Verpflich-tungser-mächti-gung	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €	Bish. bereitg. (bis VJ) Ges. Ein-Ausz. (mit Ansatz)
B06021601 Anschaffungen >800 € Komb. Tagesein. Westpromenade	-4.284 -21.000	-19.000	0	-2.000	-2.000	-2.000	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	-4.284 -21.000	-19.000	0	-2.000	-2.000	-2.000	
Erläuterungen: Pauschaler Ansatz für Anschaffungen > 800 € (netto) bis 10.000 €: 3.000. Daneben besteht ein Sonderbedarf für die Möblierung des Personalraums und Büros im Anbau Zehnthofweg. Gesamtsumme 19.000 €. Es handelt sich um eine teilweise Neuveranschlagung aus 2024.							
B06021680 Vermögensgegenstände des AV bis 800 €	-7.443 -20.700	-7.000	0	-5.000	-5.000	-5.000	
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	0 0	0	0	0	0	0	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	-7.443 -20.700	-7.000	0	-5.000	-5.000	-5.000	
Erläuterungen: Ansatz für die Beschaffung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens (bis einschließlich 800 €/netto) (4.000 €). Im Jahr 2025 sind daneben Gruppenmöbel im Wert von 2.000 € auszutauschen. Gesamtsumme 7.000 €							

Produktbeschreibung Produkt 060217
KG Immerath

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060217	KG Immerath

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person(en)**
Amt 50/51	Inga Heinrichs

Beschreibung	Bereitstellung und Unterhaltung von Kindergartenplätzen zur Betreuung der Kinder im Rahmen einer gruppen-/familienorientierten Erziehung und Bildung.
Zielgruppe	Kinder im Alter von maximal 6 Jahren und älter (ohne Schulkinder)
Auftragsgrundlage	§§ 2, 22, 22a, 24 SGB VIII, KiBiz
Ziele	1. Siehe Ziel Nr. 1 beim Produkt 060100. 2. Siehe Ziel Nr. 2 beim Produkt 060100. 3. Es werden keine neuen "halben Gruppen" mehr gebildet, die ein gewünschtes Betreuungsangebot ortsnah ermöglichen. Bestehende "halbe Gruppen" werden mit Übertritt der Kinder in die Schule aufgelöst.

Kennzahlen	**Ergebnis 2022**	**Ergebnis 2023**	**Soll 2024**	**Soll 2025**
zu 1.				
sh. Kennzahlenreihe Nr. 1 beim Produkt 060100				
zu 2.				
Anzahl Kinder 25-Stunden-Betreuung	8	8	8	7
Anzahl Kinder 35-Stunden-Betreuung	33	37	42	40
Anzahl Kinder 45-Stunden-Betreuung	21	21	21	24

Teilergebnisplan Produkt 060217
KG Immerath

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060217	KG Immerath

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2023 €	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	341.317	380.340	438.170	446.180	454.773	463.542
	414100 Zuweisungen vom Land	281.475	299.000	338.200	344.920	351.772	358.759
	414135 Zuw. des Landes im Rahmen der Eingliederungshilfe	0	16.500	25.000	25.500	26.010	26.530
	414145 Zuweis. des Landes Ausgl. Elternbeitragsbefreiung	41.634	48.000	53.000	54.060	55.141	56.243
	416100 Erträge a.d.Aufl. v. SoPo aus Zuweisungen	18.208	16.840	21.970	21.700	21.850	22.010
03	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	93.053	88.500	98.000	99.615	101.258	102.930
	432110 Verpflegungskostenbeiträge	34.228	26.000	34.500	34.845	35.193	35.544
	432130 Elternbeiträge	58.825	62.500	63.500	64.770	66.065	67.386
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.242	1.300	1.300	1.310	1.320	1.330
	448001 Erstattungen vom Bund	0	100	100	100	100	100
	448200 Erstattungen von Gemeinden (GV)	1.242	1.000	1.000	1.010	1.020	1.030
	448400 Erstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich	0	100	100	100	100	100
	448700 Erstattungen von privaten Unternehmen	0	100	100	100	100	100
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	948	1.000	1.000	1.010	1.020	1.030
	459100 Andere sonstige ordentliche Erträge	948	1.000	1.000	1.010	1.020	1.030
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	436.559	471.140	538.470	548.115	558.371	568.832
11	- Personalaufwendungen	589.161	733.067	862.617	871.242	879.953	888.751
	501100 Beamte	864	1.069	100	100	100	100
	501200 Tariflich Beschäftigte	464.508	562.538	664.815	671.463	678.178	684.959
	502200 ZVK Tariflich Beschäftigte	33.276	44.362	52.874	53.403	53.937	54.476
	503200 Sozialversicherung Tariflich Beschäftigte	90.333	125.088	144.818	146.266	147.728	149.206
	504100 Beihilfen u. Unterstützungsleistungen f. Beschäft.	179	10	10	10	10	10
12	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0
13	- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	81.015	91.600	95.900	82.272	83.197	84.126
	521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	5.088	19.500	18.000	3.550	3.600	3.650
	521140 Aufwendungen für Maßnahmen des Brandschutzes	0	100	100	100	100	100
	522100 Unterhaltung des sonstigen unbewegl. Vermögens	316	100	100	100	100	100
	524100 Bewirtschaftung der Grundstücke und baul. Anlagen	4.658	3.700	5.000	5.050	5.100	5.150
	524200 Bewirtschaft.d.Grundst.u.baul.Anlagen -Energie-	7.221	14.200	5.700	5.850	6.050	6.250
	524400 Bewirtschaft.d.Grundst.u.baul.Anlagen -Reinigung-	20.236	22.000	25.500	25.760	26.020	26.280
	525600 Unterhalt.d.Geräte, Ausstattung-u. Ausrüstungsg.	5.201	1.500	1.800	1.800	1.800	1.800

Teilergebnisplan Produkt 060217
KG Immerath

Stadt Erkelenz

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2023 €	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
	527900 Sonst. besonderer Verwaltungs- u. Betriebsaufwand	3.548	2.400	3.500	3.500	3.500	3.500
	527910 Sonst.bes.Verw.- u.Betriebsaufw.(Verpfl.Ganztag)	34.748	28.100	36.200	36.562	36.927	37.296
14	- Bilanzielle Abschreibungen	52.059	33.000	29.800	28.300	28.400	27.000
	571100 Abschreibung auf Sachanlagen	52.059	33.000	29.800	28.300	28.400	27.000
15	- Transferaufwendungen	16.349	11.000	11.000	11.110	11.221	11.333
	531800 Aufwend. f. Zuschüsse an übrige Bereiche	16.349	11.000	11.000	11.110	11.221	11.333
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	9.505	5.800	6.200	6.210	6.220	6.230
	541100 Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen	301	1.700	1.500	1.500	1.500	1.500
	542200 Mieten und Pachten	0	0	200	200	200	200
	543100 Geschäftsaufwendungen	1.720	1.900	2.200	2.200	2.200	2.200
	544120 Versicherungen (Unfallkasse NRW)	1.080	1.200	1.300	1.300	1.300	1.300
	549900 übr. weitere Aufw. aus lfd. Verwaltungstätigkeit	6.404	1.000	1.000	1.010	1.020	1.030
17	= Ordentliche Aufwendungen	748.088	874.467	1.005.517	999.134	1.008.991	1.017.440
18	= Ordentliches Ergebnis (10 und 17)	-311.529	-403.327	-467.047	-451.019	-450.620	-448.608
19	+ Finanzerträge	0	0	0	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (19 und 20)	0	0	0	0	0	0
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)	-311.529	-403.327	-467.047	-451.019	-450.620	-448.608
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (23 und 24)	0	0	0	0	0	0
26	= Jahresergebnis (22 und 25)	-311.529	-403.327	-467.047	-451.019	-450.620	-448.608
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	18.223	13.200	15.700	16.010	16.330	16.650
	581100 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez.	17.239	12.500	15.000	15.300	15.610	15.920
	581500 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez. - GBA -	984	700	700	710	720	730
29	= Jahresergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)	-329.752	-416.527	-482.747	-467.029	-466.950	-465.258

Erläuterungen

zum Produkt 060217

Ertrag

414100 Zuweisungen vom Land

Voraussichtliche pauschalierte Landeszuweisungen zu den Kindpauschalen gemäß § 38 Abs. 1, 2 und § 41 Abs. 1 KiBiz sowie des Konnexitätsanteils auf U3-Kindpauschalen gemäß § 38 Abs. 3 KiBiz. Der Ansatz orientiert sich an der aktuellen KiTa-Bedarfsplanung.

414135 Zuweisungen des Landes im Rahmen der Eingliederungshilfe

Die Landeszuweisungen werden für Kinder mit besonderem Förderungsbedarf gezahlt.

Teilergebnisplan Produkt 060217
KG Immerath

Stadt Erkelenz

414145 Zuweisungen des Landes - Ausgleich für Elternbeitragsbefreiung -
Ausgleichszahlung des Landes gem. § 50 Abs. 2 Kibiz. Der Ansatz orientiert sich an der aktuellen KiTa-Bedarfsplanung.

416100 Erträge aus der Auflösung von Zuweisungen
Voraussichtliche Auflösung von bereits passivierten sowie planmäßig neu zu passivierenden Sonderposten.

432110 Verpflegungskostenbeiträge
Verpflegungskostenbeiträge unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Mittagsverpflegung.

432130 Elternbeiträge
Voraussichtliches Beitragsaufkommen auf Basis tatsächlicher Einkommensverhältnisse der Eltern nach KiBiz. Der Ansatz orientiert sich an der aktuellen KiTa-Bedarfsplanung.

Aufwand

521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen

a) Allgemeiner Unterhaltungsaufwand	2.000 €
b) Wartungsverträge	1.500 €
c) Einbau Wickelkommode	3.500 €
d) Renovierungsanstrich im Altbau	6.000 €
e) Schallschutz	5.000 €
Gesamt:	18.000 €

524200 Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen -Energie-
Die Aufwendungen orientieren sich am Verbrauch des Jahres 2023 unter Berücksichtigung der für 2025 voraussichtlich geltenden Preise.

524400 Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen -Reinigung-
Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Reinigungsleistungen.

527910 Sonst. besonderer Verwaltungs- u. Betriebsaufwand (Verpflegung Ganztag)
Voraussichtlicher Aufwand für die Mittagsverpflegung der Kinder in der städtischen Kindertageseinrichtung.

531800 Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche
Voraussichtlicher Aufwand für die Übermittagsbetreuung in der städtischen Kindertageseinrichtung.

571100 Abschreibungen auf Sachanlagen
Voraussichtliche Abschreibung von bereits aktivierten sowie planmäßig neu zu aktivierenden Vermögensgegenständen.

581100 Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen
Voraussichtliche Inanspruchnahme von Leistungen anderer Organisationseinheiten, insbesondere des Baubetriebshofs.

Teilfinanzplan Produkt 060217
KG Immerath

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060217	KG Immerath

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2023 Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Verpflich-tungser-mächti-gung	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
01	+ Zuwendungen für Invest.maßmahmen	178.200 162.800	0	0	0	0	0
06	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	178.200 162.800	0	0	0	0	0
08	- Auszahlg. f. Baumaßnahmen	55.600 0	0	0	0	0	0
09	- Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	5.977 21.850	10.000	0	7.000	7.000	7.000
13	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	61.577 21.850	10.000	0	7.000	7.000	7.000
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit (06 und 13)	116.623 140.950	-10.000	0	-7.000	-7.000	-7.000

Investitionen Produkt 060217
KG Immerath

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060217	KG Immerath

Nr. Bezeichnung	Ergebnis 2023 Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Verpflich-tungser-mächti-gung	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €	Bish. bereitg. (bis VJ) Ges. Ein- Ausz. (mit Ansatz)
1. Oberhalb der Wertgrenze							
H06021702 Erweiterungsbau KG Immerath	122.600 162.800	0	0	0	0	0	-88.836 -88.836
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	178.200 162.800	0	0	0	0	0	756.800 756.800
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	-55.600 0	0	0	0	0	0	-845.636 -845.636
2. Unterhalb der Wertgrenze (<= 10.000 €)							
B06021701 Anschaffungen > 800 € KG Immerath	0 -18.000	-5.000	0	-2.000	-2.000	-2.000	
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	0 0	0	0	0	0	0	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	0 -18.000	-5.000	0	-2.000	-2.000	-2.000	
Erläuterungen: Pauschaler Ansatz für Anschaffungen > 800 € (netto) bis 10.000 €: 5.000 €							
B06021780 Vermögensgegenstände des AV bis 800 €	-5.977 -3.850	-5.000	0	-5.000	-5.000	-5.000	
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	0 0	0	0	0	0	0	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	-5.977 -3.850	-5.000	0	-5.000	-5.000	-5.000	
Erläuterungen: Pauschaler Ansatz für Anschaffungen bis 800 € (netto): 5.000 €							

Produktbeschreibung Produkt 060219
KG Schulring - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060219	KG Schulring - Erkelenz

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person(en)**
Amt 50/51	Inga Heinrichs

Beschreibung	Bereitstellung und Unterhaltung von Kindergartenplätzen zur Betreuung der Kinder im Rahmen einer gruppen-/familienorientierten Erziehung und Bildung.
Zielgruppe	Kinder im Alter von maximal 6 Jahren und älter (ohne Schulkinder)
Bewirtsch.-Regeln	Mehrerträge/-einzahlungen beim Konto 414001/614001 dürfen für Mehraufwendungen/-auszahlungen beim Konto 521100/721100 nach § 21 II KomHVO verwendet werden.
Auftragsgrundlage	§§ 2, 22, 22a, 24 SGB VIII, KiBiz Die Pestalozzischule hat den Schulbetrieb zum Ende des Schuljahres 2016 / 2017 eingestellt. Die Räumlichkeiten der Pestalozzischule werden seit August 2017 zum Teil durch den Kindergarten Schulring genutzt.
Ziele	1. Siehe Ziel Nr. 1 beim Produkt 060100. 2. Siehe Ziel Nr. 2 beim Produkt 060100. 3. Es werden keine neuen "halben Gruppen" mehr gebildet, die ein gewünschtes Betreuungsangebot ortsnah ermöglichen. Bestehende "halbe Gruppen" werden mit Übertritt der Kinder in die Schule aufgelöste.

Kennzahlen	**Ergebnis 2022**	**Ergebnis 2023**	**Soll 2024**	**Soll 2025**
zu 1.				
sh. Kennzahlenreihe Nr. 1 beim Produkt 060100				
zu 2.				
Anzahl Kinder 25-Stunden-Betreuung	2	2	6	9
Anzahl Kinder 35-Stunden-Betreuung	53	56	58	56
Anzahl Kinder 45-Stunden-Betreuung	44	42	41	43

Teilergebnisplan Produkt 060219
KG Schulring - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060219	KG Schulring - Erkelenz

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2023 €	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	637.220	635.150	762.850	776.840	790.909	806.333
	414001 Zuweisungen vom Bund	0	7.000	100	100	100	100
	414100 Zuweisungen vom Land	533.718	522.000	636.100	648.860	661.869	675.132
	414135 Zuw. des Landes im Rahmen der Eingliederungshilfe	20.271	16.500	29.000	29.580	30.171	30.774
	414145 Zuweis. des Landes Ausgl. Elternbeitragsbefreiung	62.384	65.000	73.000	74.460	75.949	77.467
	416100 Erträge a.d.Aufl. v. SoPo aus Zuweisungen	20.847	24.650	24.650	23.840	22.820	22.860
03	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	115.856	118.000	108.600	110.386	112.203	114.053
	432110 Verpflegungskostenbeiträge	45.622	48.000	38.600	38.986	39.375	39.768
	432130 Elternbeiträge	70.234	70.000	70.000	71.400	72.828	74.285
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	13.968	7.600	13.700	13.835	13.971	14.108
	448001 Erstattungen vom Bund	0	0	100	100	100	100
	448200 Erstattungen von Gemeinden (GV)	13.968	7.500	13.500	13.635	13.771	13.908
	448400 Erstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich	0	100	100	100	100	100
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	8.349	100	100	100	100	100
	458200 Erträge a.d. Auflösung o. Herabsetzung v. Rückst.	6.901	0	0	0	0	0
	459100 Andere sonstige ordentliche Erträge	1.447	100	100	100	100	100
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	775.392	760.850	885.250	901.161	917.183	934.594
11	- Personalaufwendungen	925.164	1.071.280	931.188	940.499	949.902	959.401
	501100 Beamte	864	1.069	100	100	100	100
	501200 Tariflich Beschäftigte	724.818	822.692	716.978	724.148	731.389	738.703
	502200 ZVK Tariflich Beschäftigte	53.299	65.384	57.007	57.577	58.152	58.734
	503200 Sozialversicherung Tariflich Beschäftigte	146.005	182.125	157.093	158.664	160.251	161.854
	504100 Beihilfen u. Unterstützungsleistungen f. Beschäft.	179	10	10	10	10	10
12	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0
13	- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	95.574	119.100	107.300	103.340	104.385	105.434
	521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	3.033	16.900	8.800	3.850	3.900	3.950
	521140 Aufwendungen für Maßnahmen des Brandschutzes	0	100	100	100	100	100
	522100 Unterhaltung des sonstigen unbewegl. Vermögens	0	100	1.000	1.010	1.020	1.030
	524100 Bewirtschaftung der Grundstücke und baul. Anlagen	5.359	4.000	8.000	8.080	8.160	8.240
	524200 Bewirtschaft.d.Grundst.u.baul.Anlagen - Energie-	6.949	15.300	5.500	5.650	5.800	5.950
	524400 Bewirtschaft.d.Grundst.u.baul.Anlagen - Reinigung-	22.708	25.000	28.800	29.090	29.380	29.670

Teilergebnisplan Produkt 060219
KG Schulring - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2023 €	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
	525600 Unterhalt.d.Geräte, Ausstattung-u. Ausrüstungsg.	381	2.000	3.000	3.000	3.000	3.000
	527900 Sonst. besonderer Verwaltungs- u. Betriebsaufwand	3.018	3.200	6.100	6.100	6.100	6.100
	527910 Sonst.bes.Verw.- u.Betriebsaufw.(Verpfl.Ganztag)	54.126	52.500	46.000	46.460	46.925	47.394
14	- Bilanzielle Abschreibungen	37.123	34.700	36.800	34.900	33.800	33.900
	571100 Abschreibung auf Sachanlagen	37.123	34.700	36.800	34.900	33.800	33.900
15	- Transferaufwendungen	17.889	16.000	16.000	16.160	16.322	16.486
	531800 Aufwend. f. Zuschüsse an übrige Bereiche	17.889	16.000	16.000	16.160	16.322	16.486
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	14.436	7.300	7.700	7.710	7.720	7.730
	541100 Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen	2.351	2.200	2.500	2.500	2.500	2.500
	542200 Mieten und Pachten	0	0	200	200	200	200
	543100 Geschäftsaufwendungen	848	2.200	2.000	2.000	2.000	2.000
	544120 Versicherungen (Unfallkasse NRW)	1.788	1.900	2.000	2.000	2.000	2.000
	549900 übr. weitere Aufw. aus lfd. Verwaltungstätigkeit	9.450	1.000	1.000	1.010	1.020	1.030
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.090.188	1.248.380	1.098.988	1.102.609	1.112.129	1.122.951
18	= Ordentliches Ergebnis (10 und 17)	-314.795	-487.530	-213.738	-201.448	-194.946	-188.357
19	+ Finanzerträge	0	0	0	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (19 und 20)	0	0	0	0	0	0
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)	-314.795	-487.530	-213.738	-201.448	-194.946	-188.357
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (23 und 24)	0	0	0	0	0	0
26	= Jahresergebnis (22 und 25)	-314.795	-487.530	-213.738	-201.448	-194.946	-188.357
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	9.833	15.100	10.100	10.300	10.500	10.710
	581100 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez.	9.833	15.000	10.000	10.200	10.400	10.610
	581500 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez. - GBA -	0	100	100	100	100	100
29	= Jahresergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)	-324.628	-502.630	-223.838	-211.748	-205.446	-199.067

Erläuterungen

zum Produkt 060219

Ertrag

414100 Zuweisungen vom Land

Voraussichtliche pauschalierte Landeszuweisungen zu den Kindpauschalen gemäß § 38 Abs. 1, 2 und § 41 Abs. 1 KiBiz sowie des Konnexitätsanteils auf U3-Kindpauschalen gemäß § 38 Abs. 3 KiBiz. Die Mehrerträge sind u.a. begründet in der Erhöhung der allgemeinen Kindpauschalen. Der Ansatz orientiert sich an der aktuellen KiTa-Bedarfsplanung.

414135 Zuweisungen des Landes im Rahmen der Eingliederungshilfe

Die Landeszuweisungen werden für Kinder mit besonderem Förderungsbedarf gezahlt.

Teilergebnisplan Produkt 060219
KG Schulring - Erkelenz

Stadt Erkelenz

414145 Zuweisungen des Landes - Ausgleich für Elternbeitragsbefreiung -
Ausgleichszahlung des Landes gemäß § 50 Abs. 2 Kibiz. Der Ansatz orientiert sich an der aktuellen KiTa-Bedarfsplanung.

416100 Erträge aus der Auflösung von Zuweisungen
Erträge aus der Auflösung bereits passivierter sowie planmäßig neu zu passivierenden Sonderposten aus Zuweisungen für investive Maßnahmen.

432110 Verpflegungskostenbeiträge
Verpflegungskostenbeiträge unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Mittagsverpflegung. Die höheren Erträge orientieren sich am voraussichtlichen Ergebnis 2023.

432130 Elternbeiträge
Voraussichtliches Beitragsaufkommen auf Basis tatsächlicher Einkommensverhältnisse der Eltern nach KiBiz. Der Ansatz orientiert sich an der aktuellen KiTa-Bedarfsplanung.

448200 Erstattungen von Gemeinden (GV)
Erstattung der Verpflegungskosten durch Sozialhilfeträger aufgrund eines Leistungsanspruchs auf Bildung und Teilhabe (SGB II, SGB XII, Asyl).

Aufwand

521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen

a) Allgemeiner Unterhaltungsaufwand	3.500 €
b) Wartungsverträge	300 €
c) Schallschutz	5.000 €
Gesamt:	8.800 €

524100 Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen
Der Ansatz orientiert sich an der Entwicklung des laufenden Jahres.

524200 Bewirtschaftung -Energie-
Die Aufwendungen orientieren sich am Verbrauch des Jahres 2023 unter Berücksichtigung der für 2025 voraussichtlich geltenden Preise.

524400 Bewirtschaftung -Reinigung-
Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Reinigungsdienstleistungen.

527900 Sonstiger besonderer Verwaltungs- und Betriebsaufwand
Aufwendungen für den Bedarf an Verbrauchsmatrialien, bspw. Farben, Stifte, weitere Bastelutensielien.

527910 Sonstige besondere Verwaltungs- und Betriebsausgaben (Verpflegung Ganztag)
Voraussichtlicher Aufwand für die Mittagsverpflegung der Kinder in der städtischen Kindertageseinrichtung. Die niedrigeren Aufwendungen orientieren sich am voraussichtliche Ergebnis 2024.

Teilergebnisplan Produkt 060219
KG Schulring - Erkelenz

Stadt Erkelenz

531800 Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche
Voraussichtlicher Aufwand für die Übermittagsbetreuung in der städtischen Kindertageseinrichtung.

571100 Abschreibungen auf Sachanlagen
Voraussichtliche Abschreibung von bereits aktivierten sowie planmäßig neu zu aktivierenden Vermögensgegenständen.

581100 Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen
Voraussichtliche Inanspruchnahme von Leistungen anderer Organisationseinheiten, insbesondere des Baubetriebshofs.

Teilfinanzplan Produkt 060219
KG Schulring - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060219	KG Schulring - Erkelenz

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2023 Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Verpflich-tungser-mächti-gung	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
08	- Auszahlg. f. Baumaßnahmen	0 30.000	45.000	0	0	0	0
09	- Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	12.095 55.000	40.000	0	7.000	7.000	7.000
13	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	12.095 85.000	85.000	0	7.000	7.000	7.000
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit (06 und 13)	-12.095 -85.000	-85.000	0	-7.000	-7.000	-7.000

Investitionen Produkt 060219
KG Schulring - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060219	KG Schulring - Erkelenz

Nr. Bezeichnung	Ergebnis 2023 Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Verpflich-tungser-mächti-gung	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €	Bish. bereitg. (bis VJ) Ges. Ein-Ausz. (mit Ansatz)
1. Oberhalb der Wertgrenze							
S06021902 Kiga Schulring Hanggestaltung u.a.	0 -30.000	-45.000	0	0	0	0	-30.000 -45.000
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	0 -30.000	-45.000	0	0	0	0	-30.000 -45.000
Erläuterungen:							
Ansatz für die Überarbeitung des Außengeländes in Verbindung mit einer neuen Hanggestaltung. Es handelt sich um eine Neuveranschlagung aus 2024.							
2. Unterhalb der Wertgrenze (<= 10.000 €)							
B06021901 Anschaffungen > 800 € KG Schulring	-2.091 -45.000	-35.000	0	-2.000	-2.000	-2.000	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	-2.091 -45.000	-35.000	0	-2.000	-2.000	-2.000	
Erläuterungen:							
Pauschaler Ansatz für Anschaffungen > 800 € (netto) bis 10.000 €: 2.000 €, daneben sind Mittel für Außenspielgeräte (28.000 €) und Eigentumsschränke für die Gruppen (5.000 €) vorgesehen, Gesamtsumme 35.000 €. Es wurden 33.000 € aus 2024 neu veranschlagt.							
B06021980 Vermögensgegenstände des AV bis 800 €	-10.004 -10.000	-5.000	0	-5.000	-5.000	-5.000	
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	0 0	0	0	0	0	0	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	-10.004 -10.000	-5.000	0	-5.000	-5.000	-5.000	
Erläuterungen:							
Pauschaler Ansatz für die Beschaffung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens (bis einschließlich 800 €/netto).							

Produktbeschreibung Produkt 060220
Förderung von Kindern in Tagespflege

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060220	Förderung von Kindern in Tagespflege

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person(en)**
Amt 50/51	Inga Heinrichs

Beschreibung	Familienunterstützende Hilfemaßnahmen zur Förderung der Entwicklung eines Kindes durch eine Tagespflegeperson.
Zielgruppe	Kinder, insbesondere in den ersten Lebensjahren
Auftragsgrundlage	§§ 2,23,24 SGB VIII
Ziele	Das derzeitige Angebot von Betreuungsplätzen in Tagespflegestellen ist in der Anzahl zu erhalten, evtl. sogar zu erweitern, um in der Addition mit den U-3-Plätzen in den Kindertagesstätten freier Träger den Rechtsanspruch von Kindern unter 3 Jahren auf einen Betreuungsplatz erfüllen zu können.

Kennzahlen	**Ergebnis 2022**	**Ergebnis 2023**	**Soll 2024**	**Soll 2025**
Anzahl der Tagespflegeplätze	193	180	180	130

Teilergebnisplan Produkt 060220
Förderung von Kindern in Tagespflege

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060220	Förderung von Kindern in Tagespflege

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2023 €	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	256.547	261.500	334.800	341.500	348.300	355.320
	414100 Zuweisungen vom Land	256.547	261.500	334.800	341.500	348.300	355.320
03	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	270.125	250.000	290.000	295.800	301.710	307.750
	432130 Elternbeiträge	270.125	250.000	290.000	295.800	301.710	307.750
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	16.311	500	3.000	3.000	3.000	3.000
	448200 Erstattungen von Gemeinden (GV)	16.311	500	3.000	3.000	3.000	3.000
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	542.983	512.000	627.800	640.300	653.010	666.070
11	- Personalaufwendungen	124.915	126.738	190.976	192.885	194.814	196.762
	501100 Beamte	4.103	100	15.266	15.419	15.573	15.729
	501200 Tariflich Beschäftigte	94.162	97.762	135.312	136.665	138.032	139.412
	502200 ZVK Tariflich Beschäftigte	7.073	7.742	10.944	11.053	11.163	11.275
	503200 Sozialversicherung Tariflich Beschäftigte	19.327	21.124	29.444	29.738	30.036	30.336
	504100 Beihilfen u. Unterstützungsleistungen f. Beschäft.	250	10	10	10	10	10
12	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0
13	- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	0	0	0	0	0	0
14	- Bilanzielle Abschreibungen	0	0	0	0	0	0
15	- Transferaufwendungen	1.239.576	1.608.000	1.455.000	1.469.500	1.484.150	1.498.940
	533900 Sonstige soziale Leistungen	1.239.217	1.600.000	1.450.000	1.464.500	1.479.150	1.493.940
	533914 Werbung u. Schulung von Pflegeeltern	359	8.000	5.000	5.000	5.000	5.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	0	5.000	3.000	3.000	3.000	3.000
	549900 übr. weitere Aufw. aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0	5.000	3.000	3.000	3.000	3.000
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.364.491	1.739.738	1.648.976	1.665.385	1.681.964	1.698.702
18	= Ordentliches Ergebnis (10 und 17)	-821.508	-1.227.738	-1.021.176	-1.025.085	-1.028.954	-1.032.632
19	+ Finanzerträge	0	0	0	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (19 und 20)	0	0	0	0	0	0
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)	-821.508	-1.227.738	-1.021.176	-1.025.085	-1.028.954	-1.032.632
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (23 und 24)	0	0	0	0	0	0
26	= Jahresergebnis (22 und 25)	-821.508	-1.227.738	-1.021.176	-1.025.085	-1.028.954	-1.032.632
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	500	500	510	520	530
	581100 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez.	0	500	500	510	520	530
29	= Jahresergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)	-821.508	-1.228.238	-1.021.676	-1.025.595	-1.029.474	-1.033.162

Teilergebnisplan Produkt 060220
Förderung von Kindern in Tagespflege

Stadt Erkelenz

Erläuterungen

zum Produkt 060220

Ertrag

414100 Zuweisungen vom Land
Das Land gewährt eine Zuweisung gemäß § 24 Abs. 2 und § 47 Abs. 1 KiBiz zur Förderung von Kindern in Tagespflege. Der Ansatz orientiert sich am voraussichtlichen Ergebnis 2024.

432130 Elternbeiträge
Voraussichtliches Beitragsaufkommen der Eltern nach KiBiz. Der Ansatz orientiert sich am letzten Jahresergebnis.

Aufwand

533900 Sonstige soziale Leistungen
Aufwendungen für Tageseltern, Fortbildung etc. gemäß § 23 SGB VIII. Der Ansatz orientiert sich am voraussichtlichen Ergebnis 2024.

533914 Werbung und Schulung von Pflegeeltern
Aufwendungen für die Werbung neuer Tageseltern zur Umsetzung nach besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Produktbeschreibung Produkt 060301 Jugendarbeit

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0603	Kinder und Jugendarbeit
Produkt	060301	Jugendarbeit

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person(en)**
Amt 50/51	Katharina Lüke

Beschreibung	Das Jugendamt stellt jungen Menschen die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote zur Verfügung, die an ihren Interessen anknüpfen, von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden, sie zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mit- verantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen.
Zielgruppe	Kinder und Jugendliche im Alter von 7 - 26 Jahre
Auftragsgrundlage	§§ 2,11,14 SGB VIII
Ziele	1. Kinder, die nicht im Stadtgebiet wohnen, sind mit höheren Benutzungsgebühren an den durchzuführenden Veranstaltungen zu beteiligen als Kinder aus dem Stadtgebiet. 2. Die Jugendarbeit soll von der Höhe her auch in künftigen Jahren wie in 2009 angeboten werden.

Kennzahlen	**Ergebnis 2022**	**Ergebnis 2023**	**Soll 2024**	**Soll 2025**
zu 2.				
Gesamtaufwendungen für die Jugendarbeit	96.249,12 €	120.022,53 €	90.000,00 €	91.200,00 €

Teilergebnisplan Produkt 060301 Jugendarbeit

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0603	Kinder und Jugendarbeit
Produkt	060301	Jugendarbeit

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2023 €	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	8.931	4.000	1.100	1.110	1.120	1.130
	414100 Zuweisungen vom Land	8.681	4.000	1.000	1.010	1.020	1.030
	414800 Zuschüsse von übrigen Bereichen	250	0	100	100	100	100
03	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.909	2.000	2.000	2.020	2.040	2.060
	432100 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	1.909	2.000	2.000	2.020	2.040	2.060
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	8.606	10.000	15.000	15.150	15.300	15.450
	446100 Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	8.606	10.000	15.000	15.150	15.300	15.450
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	100	100	100	100	100
	448200 Erstattungen von Gemeinden (GV)	0	100	100	100	100	100
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	65	100	100	100	100	100
	459100 Andere sonstige ordentliche Erträge	65	100	100	100	100	100
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	19.511	16.200	18.300	18.480	18.660	18.840
11	- Personalaufwendungen	163.611	180.450	194.913	196.862	198.830	200.818
	501100 Beamte	0	100	6.064	6.125	6.186	6.248
	501200 Tariflich Beschäftigte	127.621	138.054	146.293	147.756	149.233	150.725
	502200 ZVK Tariflich Beschäftigte	10.831	10.854	11.810	11.928	12.048	12.168
	503200 Sozialversicherung Tariflich Beschäftigte	25.159	31.432	30.736	31.043	31.353	31.667
	504100 Beihilfen u. Unterstützungsleistungen f. Beschäft.	0	10	10	10	10	10
12	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0
13	- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	0	3.000	1.000	1.000	1.000	1.000
	529100 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	0	3.000	1.000	1.000	1.000	1.000
14	- Bilanzielle Abschreibungen	825	700	500	200	200	200
	571100 Abschreibung auf Sachanlagen	825	700	500	200	200	200
15	- Transferaufwendungen	15.528	31.900	24.500	24.730	24.960	25.190
	531800 Aufwend. f. Zuschüsse an übrige Bereiche	0	1.000	1.000	1.010	1.020	1.030
	533900 Sonstige soziale Leistungen	9.050	16.000	12.000	12.120	12.240	12.360
	533912 Außerschul. Jugendbildung § 11 SGB VIII	0	300	400	400	400	400
	533915 Maßnahmen Kinder- und Jugendförderplan § 11-14 SGB VII	0	8.000	5.000	5.050	5.100	5.150
	533922 Internationale Jugendbegegnungen	0	1.500	1.000	1.000	1.000	1.000
	533931 Zuschüsse f.Mitarbeiterfortbildung an freie Träger	231	1.000	1.000	1.010	1.020	1.030
	533941 Sonstige Jugendarbeitszuschüsse § 11 SGB VIII	6.247	4.000	4.000	4.040	4.080	4.120
	533950 Familienerholungsmaßnahmen	0	100	100	100	100	100
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	104.495	55.100	65.700	66.360	67.025	67.699
	542200 Mieten und Pachten	0	100	100	100	100	100
	542900 Sonst. Aufw. f.d. Inanspruchn. v. Rechten u. Dien	46.849	45.000	50.000	50.500	51.005	51.516

Teilergebnisplan Produkt 060301 Jugendarbeit

Stadt Erkelenz

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2023 €	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
	542955 So.Aufw.RuD-Jugendsch.,Karnev.Jugendarbeit	12.073	8.000	14.000	14.140	14.280	14.423
	544100 Steuern, Versicherungen, Schadensfälle	650	1.000	1.500	1.520	1.540	1.560
	549900 übr. weitere Aufw. aus lfd. Verwaltungstätigkeit	44.923	1.000	100	100	100	100
17	= Ordentliche Aufwendungen	284.459	271.150	286.613	289.152	292.015	294.907
18	= Ordentliches Ergebnis (10 und 17)	-264.948	-254.950	-268.313	-270.672	-273.355	-276.067
19	+ Finanzerträge	0	0	0	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (19 und 20)	0	0	0	0	0	0
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)	-264.948	-254.950	-268.313	-270.672	-273.355	-276.067
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (23 und 24)	0	0	0	0	0	0
26	= Jahresergebnis (22 und 25)	-264.948	-254.950	-268.313	-270.672	-273.355	-276.067
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	17.394	12.500	20.000	20.400	20.810	21.230
	581100 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez.	17.394	12.500	20.000	20.400	20.810	21.230
29	= Jahresergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)	-282.342	-267.450	-288.313	-291.072	-294.165	-297.297

Erläuterungen

zum Produkt 060301

Ertrag

446100 Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte

Der Ansatz enthält Entgelte für die Teilnahme von Jugendlichen an Ferienspielen, Freibaddiscos und der Altweiberparty.

Aufwand

533900 Sonstige soziale Leistungen

Zuschüsse an freie Träger für Kinder- und Jugenderholungsmaßnahmen sowie Sonderzuschüsse für sozial schwache Familien.

533915 Maßnahmen Kinder- und Jugendförderplan § 11-14 SGB VII

Aufwendungen für Maßnahmen, die sich aus dem neu zu erstellenden Kinder- und Jugendförderplan ergeben.

542900 Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten

Aufwendungen für Sachkosten und Aufwandsentschädigungen der Helfer für die Ferienspiele, Jugenddiscos und sonstigen Jugendveranstaltungen. Die höheren Aufwendungen ergeben sich aus der Ausweitung des Ferienprogramms und der Anzahl der Teamer.

Teilergebnisplan Produkt 060301 Jugendarbeit

Stadt Erkelenz

542955 Sonstige Aufwendungen RuD-Jugendschutz, Karneval, Jugendarbeit
Sachkosten für Maßnahmen im Bereich des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes (u. a. Altweiberdisco, kreisweite Kampagne "Weniger Alkohol" und "Medienparcour") und Gebühren für die Erstellung von Jugendleitercards. Darüber hinaus sind in dem Ansatz Aufwendungen für die Durchführung eines Ehrenamtsfestes enthalten. Die höheren Aufwendungen resultieren aus dem zusätzlichen Bedarf an Sicherheitspersonal für vorstehende Veranstaltungen.

581100 Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen
Voraussichtliche Inanspruchnahme von Leistungen anderer Organisationseinheiten, insbesondere des Baubetriebshofs.

Teilfinanzplan Produkt 060301 Jugendarbeit

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0603	Kinder und Jugendarbeit
Produkt	060301	Jugendarbeit

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2023 Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Verpflich-tungser-mächti-gung	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
09	- Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	00	4.000	0	4.100	4.150	4.150
13	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	00	4.000	0	4.100	4.150	4.150
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit (06 und 13)	00	-4.000	0	-4.100	-4.150	-4.150

Investitionen Produkt 060301 Jugendarbeit

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0603	Kinder und Jugendarbeit
Produkt	060301	Jugendarbeit

Nr. Bezeichnung	Ergebnis 2023 Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Verpflich-tungser-mächti-gung	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €	Bish. bereitg. (bis VJ) Ges. Ein-Ausz. (mit Ansatz)
2. Unterhalb der Wertgrenze (<= 10.000 €)							
B06030101 Anschaffungen Jugendarbeit >800<10.000	0 0	-1.000	0	-1.050	-1.050	-1.050	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	0 0	-1.000	0	-1.050	-1.050	-1.050	
Erläuterungen: Pauschaler Ansatz für Anschaffungen der Jugendarbeit von Vermögensgegenständen von 800 € (netto) bis 10.000 €.							
B06030180 Vermögensgegenst. des AV bis 800 € - Jugendarbeit	0 0	-3.000	0	-3.050	-3.100	-3.100	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	0 0	-3.000	0	-3.050	-3.100	-3.100	
Erläuterungen: Pauschaler Ansatz für Anschaffungen der Jugendarbeit von Vermögensgegenständen bis 800 € (netto).							

Produktbeschreibung Produkt 060302 Einrichtungen der Jugendarbeit

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0603	Kinder und Jugendarbeit
Produkt	060302	Einrichtungen der Jugendarbeit

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person(en)**
Amt 50/51	Katharina Lüke

Beschreibung	Die Stadt Erkelenz stellt Kindern und Jugendlichen Einrichtungen zur sinnvollen Freizeitgestaltung zur Verfügung. Hierzu zählen Spielplätze, Bolzplätze eine Skateanlage und eine Calisthenics-Anlage.
Zielgruppe	Kinder bis 14 Jahre (Spielplätze) Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis 26 Jahre (Bolzplätze, Skateanlage und Calisthenics-Anlage)
Bewirtsch.-Regeln	Mehrerträge/-einzahlungen beim Konto 414100/614100 dürfen für Mehraufwendungen/-auszahlungen beim Konto 531850/731850 nach § 21 II KomHVO verwendet werden.
Auftragsgrundlage	§§ 11 SGB VIII, JHA-Beschlüsse
Ziele	1. Die einzelnen Maßnahmen zur Förderung der Jugendfreizeiteinrichtungen freier Träger durch Zuschüsse sind nach Vertragsablauf auf Einsparmöglichkeiten zu überprüfen. 2. Es ist in 2011 eine Bedarfsanalyse hinsichtl. des notwendigen Betriebes von ca. 80 Kinderspielplätzen vorzunehmen. Grundlage ist dafür die bereits 2009 durchgeführte Bedarfsanalyse.

Kennzahlen	**Ergebnis 2022**	**Ergebnis 2023**	**Soll 2024**	**Soll 2025**
zu 2.				
Personalaufwand des städt. Baubetriebshofes	356.650,25 €	334.040,39 €	380.000,00 €	400.000,00 €
Anzahl Kinderspielplätze + Bolzplätze	76	78	78	80

Teilergebnisplan Produkt 060302 Einrichtungen der Jugendarbeit

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0603	Kinder und Jugendarbeit
Produkt	060302	Einrichtungen der Jugendarbeit

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2023 €	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	94.331	117.170	108.880	117.420	123.990	133.750
	414100 Zuweisungen vom Land	76.117	76.000	80.000	80.800	81.600	82.400
	416100 Erträge a.d.Aufl. v. SoPo aus Zuweisungen	18.214	41.170	28.880	36.620	42.390	51.350
03	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	225	100	100	100	100	100
	442100 Erträge aus dem Verkauf von Vorräten	225	100	100	100	100	100
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	28.518	1.100	1.100	1.110	1.120	1.130
	448700 Erstattungen von privaten Unternehmen	0	100	100	100	100	100
	448800 Erstattungen von übrigen Bereichen	28.518	1.000	1.000	1.010	1.020	1.030
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	0	100	100	100	100	100
	459100 Andere sonstige ordentliche Erträge	0	100	100	100	100	100
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	123.074	118.470	110.180	118.730	125.310	135.080
11	- Personalaufwendungen	41.011	39.632	102.513	103.538	104.574	105.620
	501100 Beamte	3.736	3.704	13.446	13.581	13.717	13.854
	501200 Tariflich Beschäftigte	28.903	27.722	68.711	69.398	70.092	70.793
	502200 ZVK Tariflich Beschäftigte	2.178	2.173	5.496	5.551	5.607	5.663
	503200 Sozialversicherung Tariflich Beschäftigte	6.015	6.023	14.850	14.998	15.148	15.300
	504100 Beihilfen u. Unterstützungsleistungen f. Beschäft.	179	10	10	10	10	10
12	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0
13	- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	51.197	77.400	132.200	88.070	88.940	89.810
	522100 Unterhaltung des sonstigen unbewegl. Vermögens	33.490	25.000	25.000	25.250	25.500	25.750
	522160 Unterh. d. sonst. unb. Vermög.- Spielplätze -	9.377	30.000	85.000	40.400	40.800	41.200
	524100 Bewirtschaftung der Grundstücke und baul. Anlagen	859	100	100	100	100	100
	524200 Bewirtschaft.d.Grundst.u.baul.Anlagen - Energie-	0	200	0	0	0	0
	524400 Bewirtschaft.d.Grundst.u.baul.Anlagen - Reinigung-	0	100	100	100	100	100
	525100 Haltung v. Fahrzeugen	530	2.000	2.000	2.020	2.040	2.060
	525600 Unterhalt.d.Geräte, Ausstattung-u. Ausrüstungsg.	6.941	20.000	20.000	20.200	20.400	20.600
14	- Bilanzielle Abschreibungen	72.147	107.800	132.100	135.500	138.000	141.800
	571100 Abschreibung auf Sachanlagen	72.147	107.800	132.100	135.500	138.000	141.800
15	- Transferaufwendungen	289.178	326.000	380.000	383.800	387.600	391.400
	531800 Aufwend. f. Zuschüsse an übrige Bereiche	213.061	250.000	300.000	303.000	306.000	309.000
	531850 Weiterleitung v. Landeszuweisungen an freie Träger	76.117	76.000	80.000	80.800	81.600	82.400
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.682	6.000	5.100	5.150	5.210	5.270
	542200 Mieten und Pachten	898	1.000	1.000	1.010	1.020	1.030
	542900 Sonst. Aufw. f.d. Inanspruchn. v. Rechten u. Dien	761	1.000	1.000	1.010	1.020	1.030

Teilergebnisplan Produkt 060302
Einrichtungen der Jugendarbeit

Stadt Erkelenz

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2023 €	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
	544100 Steuern, Versicherungen, Schadensfälle	2.023	3.000	3.000	3.030	3.070	3.110
	549900 übr. weitere Aufw. aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0	1.000	100	100	100	100
17	= Ordentliche Aufwendungen	457.214	556.832	751.913	716.058	724.324	733.900
18	= Ordentliches Ergebnis (10 und 17)	-334.140	-438.362	-641.733	-597.328	-599.014	-598.820
19	+ Finanzerträge	0	0	0	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (19 und 20)	0	0	0	0	0	0
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)	-334.140	-438.362	-641.733	-597.328	-599.014	-598.820
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (23 und 24)	0	0	0	0	0	0
26	= Jahresergebnis (22 und 25)	-334.140	-438.362	-641.733	-597.328	-599.014	-598.820
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	334.155	380.100	400.100	408.100	416.260	424.580
	581100 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez.	334.040	380.000	400.000	408.000	416.160	424.480
	581500 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez. - GBA -	114	100	100	100	100	100
29	= Jahresergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)	-668.295	-818.462	-1.041.833	-1.005.428	-1.015.274	-1.023.400

Erläuterungen

zum Produkt 060302

Ertrag

414100 Zuweisungen vom Land
Erwartete Landeszuweisung zur Förderung der offenen Kinder- und Jugendarbeit (siehe auch Konto 531850).

416100 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuweisungen
Voraussichtliche Auflösung von bereits passivierten sowie planmäßig neu zu passivierenden Sonderposten.

Aufwand

522100 Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens

a) Baumpflegearbeiten auf Spielplätzen	20.000 €
b) Pauschaler Ansatz für unvorhergesehene Arbeiten	5.000 €
Gesamt:	25.000 €

522160 Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens - Spielplätze
Aufwendungen für die laufende Unterhaltung der Spiel- und Bolzplätze (Zäune, Schilder, Wegesperren, Sandaufbereitungen u.a.). Die höheren Aufwendungen resultieren im Wesentlichen aus dem Rückbau der alten Skateanlage.

Teilergebnisplan Produkt 060302 Einrichtungen der Jugendarbeit

Stadt Erkelenz

525600 Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände
Aufwendungen für die laufende Unterhaltung der Spielgeräte auf Spielplätzen (Reparaturen, Instandhaltungsarbeiten).

531800 Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche
Voraussichtliche Zuschüsse zu den Personal- und Betriebsaufwendungen an die Jugendzentren freier Träger. Der höhere Ansatz resultiert insbesondere aus einer erwarteten deutlichen Tariferhöhung sowie der Ausweitung von Stellen.

531850 Weiterleitung von Landeszuweisungen an freie Träger
Die gewährten Landeszuweisungen werden an die freien Träger zur Gestaltung offener Kinder- und Jugendarbeit weitergeleitet (siehe auch Konto 414100).

571100 Abschreibungen auf Sachanlagen
Voraussichtliche Abschreibung von bereits aktivierten sowie planmäßig neu zu aktivierenden Vermögensgegenständen.

581100 Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen
Voraussichtliche Inanspruchnahme von Leistungen anderer Organisationseinheiten, insbesondere des Baubetriebshofs.

Teilfinanzplan Produkt 060302 Einrichtungen der Jugendarbeit

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0603	Kinder und Jugendarbeit
Produkt	060302	Einrichtungen der Jugendarbeit

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2023 Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Verpflich-tungser-mächti-gung	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
01	+ Zuwendungen für Invest.maßmahmen	101.592 0	0	0	0	0	0
06	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	101.592 0	0	0	0	0	0
08	- Auszahlg. f. Baumaßnahmen	169.413 940.000	290.000	90.000	93.000	3.000	3.000
09	- Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	103.090 234.000	170.000	10.000	19.000	19.000	19.000
13	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	272.503 1.174.000	460.000	100.000	112.000	22.000	22.000
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit (06 und 13)	-170.911 -1.174.000	-460.000	-100.000	-112.000	-22.000	-22.000

Investitionen Produkt 060302 Einrichtungen der Jugendarbeit

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0603	Kinder und Jugendarbeit
Produkt	060302	Einrichtungen der Jugendarbeit

Nr. Bezeichnung	Ergebnis 2023 Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Verpflich-tungser-mächti-gung	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €	Bish. bereitg. (bis VJ) Ges. Ein-Ausz. (mit Ansatz)
1. Oberhalb der Wertgrenze							
B06030212 Spielkombinationsanlage Spielplatz Terheeg	0 -35.000	0	0	0	0	0	-35.000 -35.000
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	0 -35.000	0	0	0	0	0	-35.000 -35.000
B06030216 Spielkombinationsanlage/Spielgeräte SP Matzerath	0 -35.000	-1.000	0	0	0	0	-35.000 -36.000
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	0 -35.000	-1.000	0	0	0	0	-35.000 -36.000
Erläuterungen: Ansatz für die Durchführung von Restarbeiten.							
B06030217 (Groß-)Spielgeräte Spielplatz Keyenberg (neu)	2.136 0	0	0	0	0	0	-79.806 -79.806
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	10.195 0	0	0	0	0	0	10.195 10.195
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	-8.059 0	0	0	0	0	0	-90.001 -90.001
B06030221 (Groß-)Spielgeräte SP Thingstr., Kückhoven	-42.161 0	0	0	0	0	0	-64.755 -64.755
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	-42.161 0	0	0	0	0	0	-64.755 -64.755
B06030223 (Groß-)Spielgeräte SP Am Eselsweg, Granterath	-35.124 0	0	0	0	0	0	-35.124 -35.124
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	-35.124 0	0	0	0	0	0	-35.124 -35.124
B06030230 Spielgeräte Spielplatz Kamp-Lintforter-Str.	0 -125.000	-125.000	0	0	0	0	-125.000 -125.000
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	0 -125.000	-125.000	0	0	0	0	-125.000 -125.000
Erläuterungen: Ansatz für die Beschaffung neuer Spielgeräte auf dem Spielplatz Kamp-Lintforter-Str. Es handelt sich um eine Neuveranschlagung aus 2024.							
B06030233 Ersatz Spielgerät SP Ziegelweiherpark	0 0	-25.000	0	0	0	0	0 -25.000
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	0 0	-25.000	0	0	0	0	0 -25.000
Erläuterungen: Ansatz für die Anschaffung eines Großspielgerätes an der Sandbaustelle für den Kinderspielplatz Ziegelweiherpark.							

Investitionen Produkt 060302 Einrichtungen der Jugendarbeit

Stadt Erkelenz

Nr. Bezeichnung	Ergebnis 2023 Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Verpflich-tungser-mächti-gung	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €	Bish. bereitg. (bis VJ) Ges. Ein-Ausz. (mit Ansatz)
S06030204 Herstellung Spielplatzfläche Keyenberg (neu)	59.576 0	0	0	0	0	0	-41.978 -41.978
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	91.397 0	0	0	0	0	0	91.397 91.397
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	-31.821 0	0	0	0	0	0	-133.375 -133.375
S06030205 Herstellung Bolzplatzfläche SchwarzerWeg,Matzerath	-5.567 0	0	0	0	0	0	-15.262 -15.262
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	-5.567 0	0	0	0	0	0	-15.262 -15.262
S06030206 Herstellung Spielplatzfläche Kauler Weg, Matzerath	-4.779 -50.000	-15.000	0	0	0	0	-54.779 -69.779
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	-4.779 -50.000	-15.000	0	0	0	0	-54.779 -69.779
Erläuterungen: Ansatz für die Herstellung einer Spielplatzfläche nach Fertigstellung des Baugebiets. Der Ansatz 2025 beinhaltet Restarbeiten und die Anbindung an das Baugebiet.							
S06030208 Herstellung Spielplatzfläche Thingstr., Kückhoven	-65.010 -10.000	0	0	0	0	0	-75.010 -75.010
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	-65.010 -10.000	0	0	0	0	0	-75.010 -75.010
S06030209 Skateanlage in Erkelenz-Mitte	-38.146 -625.000	-40.000	0	0	0	0	-709.865 -709.865
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	-38.146 -625.000	-40.000	0	0	0	0	-709.865 -709.865
Erläuterungen: Restliche Baukosten für die Herstellung einer Skateanlage in Erkelenz-Mitte. Die Mittel sind aus 2024 neu veranschlagt.							
S06030210 Herstellung Bolzplatzfläche Golkrath	-2.650 -30.000	0	0	0	0	0	-32.650 -32.650
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	-2.650 -30.000	0	0	0	0	0	-32.650 -32.650
S06030211 Herstellung Fläche Spielplatz Gerderath	-10.789 0	0	0	0	0	0	-10.789 -10.789
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	-10.789 0	0	0	0	0	0	-10.789 -10.789
S06030212 Herstellung Fläche Spielplatz Baumschulpark Mennek	-869 0	0	0	0	0	0	-869 -869
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	-869 0	0	0	0	0	0	-869 -869
S06030213 Basketballfläche Oerather Mühlenfeld	0 -80.000	-80.000	0	0	0	0	-80.000 -80.000
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	0 -80.000	-80.000	0	0	0	0	-80.000 -80.000
Erläuterungen: Ansatz für die Herstellung eines Basketballfeldes mit zwei Körben gem. Spielplatzprioritätenplanung. Es handelt sich um eine Neuveranschlagung aus 2024.							
S06030214 Bespielbare und besitzbare Stadt	0 0	-20.000	0	0	0	0	0 -20.000
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	0 0	-20.000	0	0	0	0	0 -20.000
Erläuterungen: Ansatz für die Entwicklung eines Konzepts zur "bespielbaren und besitzbaren Stadt" gemäß Spielplatzprioritätenplanung.							
S06030216 Herstellung Flächen Spielplatz Kamp-Lintforter-Str	0 -125.000	-125.000	0	0	0	0	-125.000 -150.000
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	0 -125.000	-125.000	0	0	0	0	-125.000 -150.000
Erläuterungen:							

Investitionen Produkt 060302 Einrichtungen der Jugendarbeit

Stadt Erkelenz

Nr. Bezeichnung	Ergebnis 2023 Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Verpflich-tungser-mächti-gung	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €	Bish. bereitg. (bis VJ) Ges. Ein-Ausz. (mit Ansatz)
Ansatz für die Herstellung der Flächen für den neuen Spielplatz Kamp-Lintforter-Str. Es handelt sich um eine Neuveranschlagung aus 2024.							
S06030217 Herstellung Flächen Spielplatz Granterath	-9.783 0	0	0	0	0	0	-9.783 -9.783
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	-9.783 0	0	0	0	0	0	-9.783 -9.783
S06030218 Spielplatz Schwanenberg, Heinrich-Plum-Weg	0 0	0	-20.000	-20.000	0	0	0 -20.000
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	0 0	0	-20.000	-20.000	0	0	0 -20.000
Erläuterungen: Die Fläche am Spielplatz Schwanenberg, Heinrich-Plum-Weg, soll neu gestaltet werden. Damit die Auftragsvergabe im aktuellen Haushaltsjahr erfolgen kann, wurde eine Verpflichtungsermächtigung mit Auszahlung 2026 eingeplant.							
S06030219 Spielplatz Buscherkamp	0 0	0	-70.000	-70.000	0	0	0 -70.000
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	0 0	0	-70.000	-70.000	0	0	0 -70.000
Erläuterungen: Der Spielplatz Buscherkamp soll neu gestaltet werden. Damit die Auftragsvergabe im aktuellen Haushaltsjahr erfolgen kann, wurde eine Verpflichtungsermächtigung mit Auszahlung 2026 eingeplant.							
2. Unterhalb der Wertgrenze (<= 10.000 €)							
B06030201 Anschaffungen > 800 € Einricht. d. Jugendarbeit	0 -4.000	-4.000	0	-4.000	-4.000	-4.000	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	0 -4.000	-4.000	0	-4.000	-4.000	-4.000	
Erläuterungen: Pauschaler Ansatz für Anschaffungen > 800 € (netto) bis 10.000 €: 4.000 €							
B06030202 Spielgeräte f. Kinderspielplätze > 800 €	-12.929 -30.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	0 0	0	0	0	0	0	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	-12.929 -30.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	
Erläuterungen: Neubeschaffung von Spielgeräten für Spiel- und Bolzplätze sowie Ersatzbeschaffungen für Altanlagen.							
B06030280 Vermögensgegenstände des AV bis 800 €	-4.817 -5.000	-5.000	0	-5.000	-5.000	-5.000	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	-4.817 -5.000	-5.000	0	-5.000	-5.000	-5.000	
Erläuterungen: Pauschaler Ansatz für die Beschaffung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens (bis einschließlich 800 €/netto).							
S06030201 Erneuerung Kinderspielplätze/Auszahl. > 800 €	0 -20.000	-10.000	0	-3.000	-3.000	-3.000	
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	0 0	0	0	0	0	0	
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	0 -20.000	-10.000	0	-3.000	-3.000	-3.000	
Erläuterungen: Pauschalbetrag für die Erneuerung von Spiel- und Bolzplätzen, sowie ein Sonderbedarf (7.000 €) für Ballfangzäune an diversen Bolzplätzen.							

Produktbeschreibung Produkt 060400
Hilfen für junge Menschen und ihre Familien

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0604	Hilfen für junge Menschen und ihre Familien
Produkt	060400	Hilfen für junge Menschen und ihre Familien

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person(en)**
Amt 50/51	Ralf Schwarzenberg

Beschreibung

- Jugendsozialarbeit,
- allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie,
- Beratung in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung sowie Beratung und Unterstützung bei der Ausübung der Personensorge,
- Gemeinsame Unterbringung von Müttern oder Vätern mit ihren Kindern,
- Hilfen zur Erziehung (stationär, teilstationär, ambulant),
- Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche,
- Hilfe für junge Volljährige,
- Vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen,
- Jugendgerichtshilfe.

Bearbeitung von Leistungsangelegenheiten nach dem Unterhaltsvorschussgesetz einschließlich der Verfolgung von Unterhaltsansprüchen.

Zielgruppe

Kinder, Jugendliche, junge Volljährige und ihre Familien; Kinder bis zum Alter von 12 Jahren bzw. 18 Jahren (Ausweitung des anspruchsberechtigten UVG Personenkreises)

Bewirtsch.-Regeln

Mehrerträge/-einzahlungen beim Konto 414001/614001 dürfen für Mehraufwendungen/-auszahlungen bei den Konten 533955/733955 und 533957/733957 nach § 21 II KomHVO verwendet werden.
Mehrerträge/-einzahlungen bei den Konten 421151/621151 u. 448100/648100 dürfen für Mehraufwendungen/ -auszahlungen beim Konto 533960/733960 nach § 21 II KomHVO verwendet werden.

Auftragsgrundlage

SGB VIII; Unterhaltsvorschussgesetz

Kennzahlen	**Ergebnis 2022**	**Ergebnis 2023**	**Soll 2024**	**Soll 2025**
Allgemeine Kennzahlen				
Anzahl ambulante Hilfen	192	195	192	200
Anzahl Vollzeitpflege	76	74	78	78
Anzahl anderer stationärer Unterbringungen	92	108	80	105

Teilergebnisplan Produkt 060400
Hilfen für junge Menschen und ihre Familien

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0604	Hilfen für junge Menschen und ihre Familien
Produkt	060400	Hilfen für junge Menschen und ihre Familien

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2023 €	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	17.053	14.700	17.300	17.470	17.640	17.810
	414001 Zuweisungen vom Bund	17.053	14.400	17.000	17.170	17.340	17.510
	414100 Zuweisungen vom Land	0	100	100	100	100	100
	414200 Zuweisungen von Gemeinden (GV)	0	100	100	100	100	100
	414600 Zuschüsse von sonst. öffentl. Sonderrechnungen	0	100	100	100	100	100
03	+ Sonstige Transfererträge	635.366	600.100	655.100	661.650	668.200	674.750
	421100 Ersatz v. sozialen Leistungen außerh. v. Einricht.	89.684	80.000	85.000	85.850	86.700	87.550
	421151 Ersatz v. soz. Leist. außerh. v. Einricht. UVG	394.559	380.000	410.000	414.100	418.200	422.300
	421154 Ersatz von sozialen Leistungen in Einrichtungen	150.041	140.000	160.000	161.600	163.200	164.800
	421156 Ersatz von sozialen Leistungen UVG	0	100	100	100	100	100
	421158 Leistungen v.Sozialleistungsträgern § 1u. 2 AsylBLG i.v.E	1.082	0	0	0	0	0
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.480.723	3.850.300	3.904.200	3.943.240	3.982.675	4.022.497
	448100 Erstattungen vom Land	2.364.681	2.500.000	2.650.000	2.676.500	2.703.265	2.730.297
	448200 Erstattungen von Gemeinden (GV)	1.115.945	1.350.000	1.250.000	1.262.500	1.275.130	1.287.880
	448400 Erstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich	0	100	100	100	100	100
	448700 Erstattungen von privaten Unternehmen	0	100	100	100	100	100
	448800 Erstattungen von übrigen Bereichen	97	100	4.000	4.040	4.080	4.120
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	1.311	100	1.600	1.600	1.600	1.600
	456100 Buß-und Zwangsgelder, Verwarnungsgelder	0	100	100	100	100	100
	459100 Andere sonstige ordentliche Erträge	1.311	0	1.500	1.500	1.500	1.500
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	4.134.454	4.465.200	4.578.200	4.623.960	4.670.115	4.716.657
11	- Personalaufwendungen	1.458.290	1.657.826	1.716.895	1.734.065	1.751.406	1.768.919
	501100 Beamte	291.011	269.180	227.277	229.550	231.846	234.164
	501200 Tariflich Beschäftigte	894.163	1.060.389	1.148.485	1.159.970	1.171.570	1.183.285
	502200 ZVK Tariflich Beschäftigte	68.392	89.176	91.619	92.536	93.461	94.396
	503200 Sozialversicherung Tariflich Beschäftigte	185.786	239.071	249.504	251.999	254.519	257.064
	504100 Beihilfen u. Unterstützungsleistungen f. Beschäft.	18.937	10	10	10	10	10
12	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0
13	- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	1.731	3.000	2.000	2.020	2.040	2.060
	529100 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	1.731	3.000	2.000	2.020	2.040	2.060
14	- Bilanzielle Abschreibungen	0	0	0	0	0	0
15	- Transferaufwendungen	8.120.760	8.495.600	10.598.100	10.704.081	10.811.181	10.929.299
	531700 Aufwend. f. Zuschüsse an private Unternehmen	0	1.000	1.000	1.010	1.020	1.030

Teilergebnisplan Produkt 060400
Hilfen für junge Menschen und ihre Familien

Stadt Erkelenz

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2023 €	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
	533100 Eingliederhilfe seelisch behinderter Jugendliche	982.632	850.000	1.300.000	1.313.000	1.326.130	1.339.390
	533110 Eingliederh. seelisch beh. Jugendl. (Poobildung)	235.888	250.000	340.000	343.400	346.900	350.400
	533210 Erziehung Tagesgruppe § 32 SGB VIII	44.313	100.000	70.000	70.700	71.410	72.120
	533220 Heimerziehung, sonstige betreute Wohnformen	2.280.437	2.700.000	2.800.000	2.828.000	2.856.280	2.884.840
	533230 Hilfe für junge Volljähf. § 41 SGB XII	686.392	600.000	980.000	989.800	999.700	1.009.700
	533240 Maßnahmen zum Schutz v. Kindern/Jugendlichen	618.704	300.000	860.000	868.600	877.290	886.060
	533900 Sonstige soziale Leistungen	0	1.600	1.600	1.616	1.632	1.648
	533905 Vollzeitpflege § 33 SGB VIII	920.019	920.000	1.150.000	1.161.500	1.173.120	1.184.850
	533913 Betreuung in Notsituationen u.a.	0	3.000	2.000	2.020	2.040	2.060
	533914 Werbung u. Schulung von Pflegeeltern	642	3.000	2.000	2.020	2.040	2.060
	533923 Gemeinsame Unterbringung § 19 SGB VIII	2.009	70.000	30.000	30.300	30.600	30.910
	533925 Sonstige Erziehunghilfe § 27 SGB VIII	53.363	50.000	50.000	50.500	51.005	51.520
	533932 Soziale Gruppenarbeit § 29 SGB VIII	0	10.000	8.000	8.080	8.160	8.240
	533933 Erziehungsbeistand § 30 SGB VIII	65.509	50.000	70.000	70.700	71.407	72.122
	533942 Sozialpädagogische Familienhilfe § 31 SGB VIII	411.292	420.000	525.000	530.250	535.550	540.910
	533945 Int. soz.päd. Einzelbetreuung § 35 SGB VIII	0	10.000	20.000	20.200	20.400	20.600
	533951 Soziales Frühwarnsystem (Bielefelder Modell)	10.091	10.000	15.000	15.150	15.302	15.456
	533952 Jugendsozialarbeit § 13 SGB VIII	0	100	100	100	100	100
	533954 Schulsozialarbeit bei Schulabsentismus	0	2.000	500	505	510	515
	533955 Reintegrationsprogr. Rückführ. aus stat.Einricht.	0	4.000	3.000	3.030	3.060	3.090
	533956 Präventives Elterntraining f. alleinerzieh. Mütter	0	2.000	1.000	1.010	1.020	1.030
	533957 Beteiligung Projektförderung frühe Hilfen	23.498	28.800	28.800	29.090	29.380	39.670
	533958 Übernahme Kosten für Vormundschaften freier Träger	54.288	100.000	95.000	95.950	96.900	97.850
	533960 Unterhaltvorschussleistungen UVG	1.716.913	2.000.000	2.230.000	2.252.300	2.274.823	2.297.572
	533961 Aufwendungen "LVR-Programm" Angebote f Kinder/Jugendl m. suchtkran Eltern	4.198	100	100	100	100	100
	533965 Hilfe gem. § 18 SGB VIII	10.572	10.000	15.000	15.150	15.302	15.456
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	700.744	540.000	686.500	693.340	700.248	707.225
	542900 Sonst. Aufw. f.d. Inanspruchn. v. Rechten u. Dien	1.732	3.000	3.000	3.030	3.060	3.090
	543100 Geschäftsaufwendungen	2.050	3.000	3.500	3.550	3.600	3.650
	544100 Steuern, Versicherungen, Schadensfälle	3.126	9.000	4.000	4.000	4.000	4.000
	545100 Erstattungen an das Land UVG	186.416	175.000	175.000	176.750	178.518	180.304
	545200 Erst. v. Aufw. v. Dritten lfd. Verw.tätigk. an Kommunen u.a.	498.228	350.000	500.000	505.000	510.050	515.151
	549900 übr. weitere Aufw. aus lfd. Verwaltungstätigkeit	9.192	0	1.000	1.010	1.020	1.030
17	= Ordentliche Aufwendungen	10.281.525	10.696.426	13.003.495	13.133.506	13.264.875	13.407.503
18	= Ordentliches Ergebnis (10 und 17)	-6.147.071	-6.231.226	-8.425.295	-8.509.546	-8.594.760	-8.690.846
19	+ Finanzerträge	0	0	0	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (19 und 20)	0	0	0	0	0	0
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)	-6.147.071	-6.231.226	-8.425.295	-8.509.546	-8.594.760	-8.690.846

Teilergebnisplan Produkt 060400
Hilfen für junge Menschen und ihre Familien

Stadt Erkelenz

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2023 €	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Planung 2026 €	Planung 2027 €	Planung 2028 €
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (23 und 24)	0	0	0	0	0	0
26	= Jahresergebnis (22 und 25)	-6.147.071	-6.231.226	-8.425.295	-8.509.546	-8.594.760	-8.690.846
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	500	500	510	520	530
	581100 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez.	0	500	500	510	520	530
29	= Jahresergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)	-6.147.071	-6.231.726	-8.425.795	-8.510.056	-8.595.280	-8.691.376

Erläuterungen

zum Produkt 060400

Ertrag

414001 Zuweisungen vom Bund
Zuweisung vom Bund für die vorgesehene Fortführung der Bundesinitiative "Frühe Hilfen und Familienhebammen" (siehe auch Konto 533957).

421100 Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen
Erwartete Erträge aufgrund der aktuellen Fallzahl. Der Ansatz orientiert sich am voraussichtlichen Ergebnis 2024.

421151 Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen Unterhaltsvorschussgesetz (UVG)
Erwartete Erträge aus Unterhaltsansprüchen aufgrund der aktuellen Fallzahl unter Berücksichtigung der Übernahme der Anspruchsverfolgung durch das Landesamt für Finanzen. Der Ansatz orientiert sich am voraussichtlichen Ergebnis 2024.

421154 Ersatz von sozialen Leistungen in Einrichtungen
Ersatz von sozialen Leistungen in Einrichtungen für Heimunterbringungsfälle. Der Ansatz orientiert sich am voraussichtlichen Ergebnis 2024.

448100 Erstattungen vom Land
Erstattungserträge nach dem Unterhaltsvorschussgesetz, Erstattungserträge für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sowie Erstattungserträge für anschließende Hilfen für volljährige Flüchtlinge. Der Ansatz orientiert sich am voraussichtlichen Ergebnis 2024.

448200 Erstattungen von Gemeinden (GV)
Erstattung von Jugendhilfeaufwendungen. Der Ansatz orientiert sich am voraussichtlichen Ergebnis 2024.

Aufwand

533100 Eingliederungshilfe seelisch behinderter Jugendlicher
Aufwendungen für die inklusive Beschulung behinderter und nichtbehinderter Kinder im Regelschulsystem. Die höheren Aufwendungen sind durch die Entwicklung der Fallzahlen und steigende Kosten pro Fall bedingt.

Teilergebnisplan Produkt 060400
Hilfen für junge Menschen und ihre Familien

Stadt Erkelenz

533110 Eingliederungshilfe für seelisch Behinderte (Pool-Bildung)
Modellprojekt zwischen der Franziskusschule und der Peter-Jordan-Schule (Kreis) zur Steigerung der Effizienz des Einsatzes der Integrationshelfer und zur künftigen Kostenreduzierung. Die höheren Aufwendungen resultieren aus der Erhöhung der Stundenanteile.

533210 Erziehung Tagesgruppe § 32 SGB VIII
Gleichbleibender Aufwand für die Erziehung in Tagesgruppen gem. § 32 SGB VIII. Der niedrigere Ansatz orientiert sich am Durchschnitt der vergangenen Jahre.

533220 Heimerziehung, sonstige betreute Wohnformen
Die höheren Aufwendungen sind im Wesentlichen aus einer erwarteten Steigerung der Tagessätze sowie einer höheren Anzahl kostenintesiver Fälle.

533230 Hilfe für junge Volljährige § 41 SGB XII
Der Ansatz orientiert sich voraussichtlichen Ergebnis 2024.

533240 Maßnahmen zum Schutz von Kindern/Jugendlichen
Die höheren Aufwendungen resultieren aus einer längeren Verweildauer in Inobhutnahmeeinrichtungen, steigenden Taggessätzung der Träger und höheren Betreuungsbedarf (bspw. Wachschutz).

533905 Vollzeitpflege § 33 SGB VIII
Der Ansatz orientiert sich am voraussichtlichen Ergebnis 2024.

533923 Gemeinsame Unterbringung § 19 SGB VIII
Präventive Einplanung von Aufwendungen, die bei der gemeinsamen Unterbringung von Alleinerziehenden und deren Kindern nach § 19 SGB VIII entstehen können. Der Ansatz orientiert sich an der aktuellen Fallzahlenentwicklung.

533925 Sonstige Erziehungshilfe § 27 SGB VIII
Aufwendungen für Gutachterkosten und Drogentests.

533932 Soziale Gruppenarbeit § 29 SGB VIII
Aufwendungen für die Teilnahme älterer Kinder an sozialer Gruppenarbeit, die durch soziales Lernen zu deren Entwicklungswicklungsförderung dient.

533933 Erzieherischer Betreuungsbedarf § 30 SGB VIII
Der Ansatz orientiert sich am voraussichtlichen Ergebnis 2024.

533942 Sozialpädagogische Familienhilfe § 31 SGB VIII
Der höheren Aufwendungen resultieren aus erwartet höheren Stundensätzen im Rahmen von Tariferhöhungen nach dem TVöD bedingt.

533945 Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung § 35 SGB VIII
Es wird mit einer geringeren Anzahl an Fällen gerechnet.

Teilergebnisplan Produkt 060400
Hilfen für junge Menschen und ihre Familien

Stadt Erkelenz

533951 Soziales Frühwarnsystem (Bielefelder Modell)
Die höheren Aufwendungen orientieren sich am voraussichtlichen Ergebnis 2024.

533957 Beteiligung Projektförderung Frühe Hilfen
Beteiligung an den Aufwendungen der Fortführung der Bundesinitiative "Frühe Hilfen" (siehe auch Konto 414001).

533958 Übernahme Kosten für Vormundschaften freie Träger
Bestehende und neue Vormundschaften werden an freie Träger (Sozialdienst kath. Frauen und Männer) abgegeben. Der niedrigere Ansatz orientiert sich am voraussichtlichen Ergebnis 2024.

533960 Unterhaltsvorschussleistungen UVG
Aufwendungen, die für die Sicherung der finanziellen Lebensgrundlage von Kindern anfallen, für die der unterhaltspflichtige Elternteil nicht ausreichend Unterhalt zahlt. Der Ansatz orientiert sich am voraussichtlichen Ergebnis 2024.

533965 Hilfe gemäß § 18 SGB VIII
Der Ansatz orientiert sich am voraussichtlichen Ergebnis 2024.

544100 Steuern, Versicherungen, Schadensfälle
Der Ansatz beinhaltet Unfall- und Haftpflichtversicherungen, die diesem Produkt zuzuordnen sind.

545100 Erstattungen an das Land UVG
50%ige Weiterleitung der UVG-Leistungen an das Land.

545200 Erstattungen von Aufwendungen von Dritten aus lfd. Verwaltungstätigkeit an Kommunen u.a.
Aufwendungen für die Erstattung von Leistungen nach dem SGB VIII für die Fälle in denen die Stadt Erkelenz grundzuständig ist. Der Ansatz orientiert sich am Ergebnis 2023.

Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 20/687/2024 Status: öffentlich AZ:
Federführend: Amt für Kommunalwirtschaft und Liegenschaften/Kämmerei	Datum: 03.12.2024 Verfasser: Amt 20 Kämmerer Norbert Schmitz

Einwendungen gegen den Entwurf der 2025er Haushaltssatzung

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
11.12.2024	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:
Gegen den Entwurf der 2025er Haushaltssatzung konnten in der Zeit vom 15.11. – 02.12.2024 Einwendungen von Einwohnern oder Abgabepflichtigen gem. § 80 Abs. 3 GO NRW erhoben werden. Mit Schreiben vom 20.11.2024 (siehe Anlage) hat Frau G. form- und fristgerecht Einwendungen gegen den 2025er Haushaltssatzungsentwurf erhoben. Über diese Einwendungen hat der Rat vor der Beschlussfassung über die Haushaltssatzung in öffentlicher Sitzung zu beraten und zu beschließen, soweit es sich um zulässige Einwendungen gem. § 80 Abs. 3 GO NRW handelt.

Einwohner ist, wer in der Gemeinde wohnt. Abgabepflichtige im Sinne des § 80 Abs. 3 GO NRW sind u.a. solche Personen, die in der Gemeinde Steuern zu entrichten haben. Frau G. ist laut Einsicht im örtlichen Melderegister mit einem Wohnsitz in Erkelenz gemeldet. Frau G. ist somit zu Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung berechtigt.

Frau G. führt in ihrem Schreiben vom 20. November 2024 folgende Einwendung auf:

Die Erhöhung des Hebesatzes für die Grundsteuer B ist nicht rechtmäßig.

Sie begründet dies damit, dass diese Erhöhung eine erhebliche finanzielle Belastung, insbesondere in Zeiten steigender Lebenshaltungskosten sei. Eine Erhöhung von 205 Prozent-Punkten könnte daher für viele Einwohner zu einer untragbaren Situation führen. Auch würden die Vermieter die Erhöhung der höheren Grundsteuer B an die Mieter weiterreichen. Dies könnte dazu führen, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger ihre Wohnungen nicht mehr leisten können und in umliegende Städte ziehen, in denen die Grundsteuer B nicht überdurchschnittlich erhöht worden seien. Auch könnten es zu erhöhten Aufwendungen im Rahmen der Sozialhilfe und des Wohngeldes kommen. Schließlich scheint ein Verstoß gegen § 77 Abs. 3 GO NRW vorzuliegen (Anmerkung: § 77 Abs. 3 GO NRW besagt, dass die Gemeinde bei Ihrer Finanzmittelbeschaffung auf die wirtschaftlichen Kräfte ihrer Abgabepflichtigen Rücksicht zu nehmen habe.) Dieser Verstoß scheint noch deutlicher zu sein, wenn man die Empfehlung des Ministeriums der Finanzen des Landes NRW hinzuzieht. Das Ministerium empfehle für Erkelenz als aufkommensneutralen Hebesatz bei der Grundsteuer B einen Hebesatz von 466 %-Punkten.

Stellungnahme der Verwaltung

Zunächst einmal wird auf die ausführliche Sachverhaltsdarstellung zum Tagesordnungspunkt (TOP 2) im öffentlichen Teil „Erlass einer neuen Satzung über die Festsetzung der Steuerhebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Erkelenz“ verwiesen, der die vorgebrachten Punkte der Einwendenden Frau G. bereits dort größtenteils widerlegt. An diesem TOP ist auch zu erkennen, dass der Festsetzung der Steuerhebesätze im Paragraphen 6 in der 2025er-Haushaltssatzung nur eine deklaratorische Bedeutung zukommt. Ein Einwand gegen diesen Teil der Satzung hat daher an dieser Stelle auch keine rechtliche Bedeutung und müsste allein deswegen bereits abgelehnt werden.

Trotz dieser nicht vorhandenen rechtlichen Bedeutung soll nachfolgend auf die angeführten Punkte von Frau G. eingegangen werden:

Der Hebesatz der Grundsteuer B ist letztmalig zum 01.01.2012 von 380 %-Punkte auf 420 %-Punkte erhöht worden. Zum 01.01.2020 ist der Hebesatz sogar von 420 %-Punkte auf den noch heute gültigen Hebesatz von 390 %-Punkte gesenkt worden. Damit ist der Hebesatz der Grundsteuer B kreisweit aktuell der niedrigste Hebesatz (vgl. aktuelle Haushaltssatzungen der kreisangehörigen Kommunen des Kreises Heinsberg). Auch landesweit gehört unser Hebesatz bei der Grundsteuer B zu den niedrigsten Hebesätzen (vgl. www.it.nrw – Stichwort: Grundsteuer B). Auf Kreisebene ist der zweitniedrigste Hebesatz 100 %- Punkte bzw. gut 25,64 % höher als unser aktueller Hebesatz.

Der aufkommensneutrale Hebesatz bei der Grundsteuer B wurde für die Stadt Erkelenz im Rahmen der Grundsteuerreform vom Land NRW mit 466 %-Punkten festgelegt. Diese 466 %-Punkte sind äquivalent zu unserem aktuellen Hebesatz von 390 % - Punkten anzusehen. Der Hebesatz steigt also nicht wie behauptet um 205-%-Punkte, sondern um 129 %-Punkte bzw. 27,68 %. Damit ist der Hebesatz noch immer kreisweit als niedrig zu bezeichnen, entspricht doch die prozentuale Erhöhung in etwa dem aktuell nächstniedrigsten Hebesatz. Von einer „erheblichen finanziellen Belastung", dass sich „Bürgerinnen und Bürger die Kosten für die Wohnungen bzw. Wohnimmobilien nicht mehr leisten können“, ein Verstoß gegen § 77 Abs. 3 GO NRW o.ä. vorliegt, kann also keine Rede sein. Im Gegenteil, selbst nach dieser vorgesehenen Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B kann der Hebesatz noch weiterhin als niedrig bezeichnet werden.

Auch der Hinweis auf die Empfehlung des Ministeriums für Finanzen NRW ist insofern unvollständig als dass auf der Homepage des Finanzministeriums NRW ausdrücklich darauf hingewiesen wird, dass „Für die Städte und Gemeinden … aufgrund des Selbstverwaltungsrechts keine rechtliche Verpflichtung [besteht], die zur Aufkommensneutralität führenden Hebesätze festzusetzen….“. Dies trifft umso mehr zu, wenn eine Kommune, wie in unserem Fall, den Hebesatz der Grundsteuer B nicht nur seit mehr als 13 Jahre nicht erhöht hat, sondern sogar noch zum 01.01.2020 gesenkt hat.

Die Verwaltung schlägt daher vor, den Einwand der Frau G. abzulehnen.

Beschlussentwurf:

„Der Einwand der Frau G. gegen die im Entwurf der Haushaltssatzung 2025 geplante Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B auf 595 %-Punkte wird abgelehnt.“

Klima-Check:

Trägt der Beschlussentwurf zum Klimaschutz oder zur Klimafolgenanpassung bei?

Ja ☐ Nein ☒

Nicht relevant.

Finanzielle Auswirkungen:
Keine.

Anlage:
Schreiben von Frau G. vom 20. November 2024 mit Anlagen

Stadt Erkelenz
Amt für Kommunalwirtschaft und Liegenschaften
Johannismarkt 17
41812 Erkelenz



20. November 2024

Einwand gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2025

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit möchte ich meinen Einwand gegen die geplante Erhöhung auf 595 % des Hebesatzes für die Grundsteuer B für das Jahr 2025 einreichen.

Die Erhöhung des Hebesatzes stellt für viele Bürgerinnen und Bürger eine erhebliche finanzielle Belastung dar, insbesondere in Zeiten, in denen die Lebenshaltungskosten steigen. Viele Haushalte sind bereits mit steigenden Preisen für Energie, Lebensmittel und andere essenzielle Güter konfrontiert. Ebenso werden die Kosten im Jahr 2025 für Benzin, Heizöl und Gas durch die CO_2 – Abgabe erhöht. Eine zusätzliche Belastung durch eine Erhöhung der Grundsteuer B von 205 Prozent-Punkten könnte für viele Einwohner zu einer untragbaren Situation führen.

Darüber hinaus ist es wichtig zu bedenken, dass die Grundsteuer B in der Regel von den Eigentümern von Wohnimmobilien getragen wird, was sich direkt auf die Mietpreise auswirken kann. Eine Erhöhung des Hebesatzes könnte somit auch die Mieterinnen und Mieter in unserer Stadt belasten, da Vermieter die gestiegenen Kosten in der Regel an die Mieter weitergeben.

Dies kann dazu führen, dass viele Bürgerinnen und Bürger sich die Kosten für die Wohnungen bzw. Wohnimmobilien nicht mehr leisten können und sich dadurch Wohnungen oder Wohnimmobilien in umliegenden Städten und Gemeinden suchen, in denen die Grundsteuer B nicht überdurchschnittlich erhöht worden sind.

Die Erhöhung der Grundsteuer B kann sich auch finanziell, nicht nur positiv (höherer Ertrag), auf den Haushalt auswirken. Hierdurch könnte es zu Mehraufwendungen im Rahmen der Sozialhilfe und des Wohngeldes kommen.

Eine Erhöhung der Grundsteuer B in diesem Umfang erscheint als Verstoß gegen § 77 Abs. 3 GO NRW.

Dieser Verstoß scheint noch deutlicher zu sein, wenn die Empfehlung des Ministeriums der Finanzen des Landes Nordrhein-Westfalen zu den aufkommensneutralen Hebesätzen hinzugezogen wird. Für Erkelenz wird als aufkommensneutraler Hebesatz der Grundsteuer B ein Hebesatz von 466 % empfohlen und nicht wie bisher beabsichtigt 595 % (in der Anlage beigefügt).

Ich bitte Sie daher, die Auswirkungen dieser Erhöhung auf die Bürgerinnen und Bürger sorgfältig zu prüfen und alternative Finanzierungsmöglichkeiten in Betracht zu ziehen, die die finanzielle Belastung für die Bevölkerung nicht weiter erhöhen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich hoffe auf eine wohlwollende Prüfung meines Einwandes.

FINANZVERWALTUNG
des Landes Nordrhein-Westfalen

Ministerium der Finanzen
des Landes Nordrhein-Westfalen



Aufkommensneutrale Hebesätze

Aufkommensneutrale Hebesätze

Fragen Sie den aufkommensneutralen Hebesatz für Ihre Kommune ab.

Die Finanzverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen hat über ihre Finanzämter für rund 6,4 Millionen wirtschaftliche Einheiten nahezu alle Grundsteuerwertfeststellungen und -messbescheide erlassen. Damit sind die Grundlagen für die Grundsteuererhebung zum 1. Januar 2025 gelegt.

Städte und Gemeinden bestimmen ihre Hebesätze im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben selbst. Die aufkommensneutralen Hebesätze, die das Land berechnet hat, können den Entscheiderinnen und Entscheidern in den Rathäusern und Räten als Anhaltspunkte dienen, wenn sie die Grundsteuer insgesamt auf einem stabilen Niveau halten wollen. Das bedeutet nicht, dass die Höhe der zu zahlenden Grundsteuer für jeden Menschen und jedes Unternehmen gleich bleibt, wenn eine Kommune den ermittelten Hebesatz des Landes anwendet. Aufkommensneutralität für die Kommune bedeutet nicht Belastungsneutralität für die Bürgerinnen und Bürger. Das Aufkommen der Grundsteuer im Ganzen bliebe für eine Kommune konstant, aber in jedem Einzelfall können die zur Aufkommensneutralität führenden Hebesätze dazu führen, dass jemand mehr, weniger oder in gleicher Höhe Grundsteuer zahlt.

Für die Städte und Gemeinden besteht aufgrund des Selbstverwaltungsrechts keine rechtliche Verpflichtung, die zur Aufkommensneutralität führenden Hebesätze festzusetzen. Die aktuell festgelegten Hebesätze können Ihrem Grundsteuerbescheid entnommen werden.

Nutzen Sie die Suchmaske zur Abfrage der zur Aufkommensneutralität führenden Hebesätze für Ihre Stadt oder Gemeinde:

Name des Ortes:

Erkelenz

Erkelenz

Suche **Erneute Suche**

Suchergebnisse

Name des Ortes:	Erkelenz
Hebesatz Grundsteuer A *1 (aufkommensneutral):	451
Hebesatz Grundsteuer B *2 (aufkommensneutral):	466
Hebesatz Grundsteuer B Wohngrundstücke *3 (aufkommensneutral):	429
Hebesatz Grundsteuer B Nichtwohngrundstücke *4 (aufkommensneutral):	592

Hinweis: Bei den aufkommensneutralen Hebesätzen handelt es sich nicht um die festgesetzten Hebesätze der Kommunen.

Wie die aufkommensneutralen Hebesätze berechnet wurden, finden Sie in unseren **Hinweisen zur Ermittlung (https://www.finanzverwaltung.nrw.de/hinweise-zur-ermittlung-der-aufkommensneutralen-hebesaetze)**

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN HEBESÄTZEN

***1:** Die **Grundsteuer A** ist ein gesonderter Hebesatz der Kommune für **Betriebe der Land- und Forstwirtschaft**.

Hinweis: Das Grundsteuermessbetragsvolumen für die Betriebe der Land- und Forstwirtschaft ist durch die Reform stark gesunken, da die Wohnungen der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe zukünftig zum Grundvermögen (siehe Grundsteuer B) zählen. Dies wurde bei der Berechnung der zur Aufkommensneutralität führenden Hebesätze entsprechend berücksichtigt (siehe **Hinweise zur Ermittlung (https://www.finanzverwaltung.nrw.de/hinweise-zur-ermittlung-der-aufkommensneutralen-hebesaetze)** der aufkommensneutralen Hebesätze).

***2:** Die **Grundsteuer B** ist ein gesonderter Hebesatz der Kommune für das **Grundvermögen**. Zum Grundvermögen gehören unter anderem

- unbebaute Grundstücke,
- Ein- und Zweifamilienhäuser oder
- Geschäftsgrundstücke.

***3:** Die **Grundsteuer B für Wohngrundstücke** ist ein optionaler Hebesatz für folgende Grundstücksarten: **Einfamilienhäuser, Zweifamilienhäuser, Mietwohngrundstücke und Wohnungseigentum.** Diese Hebesätze sind als **Option für die Kommunen** vorgesehen. Ob Ihre Kommune diese Variante wählt, bleibt der Kommune im Rahmen ihres Selbstverwaltungsrechts vorbehalten.

***4:** Die **Grundsteuer B für Nichtwohngrundstücke** ist ein optionaler Hebesatz für folgende Grundstücksarten: **Teileigentum, Geschäftsgrundstücke, gemischt genutzte Grundstücke, sonstige bebaute Grundstücke** und **unbebaute Grundstücke.** Diese Hebesätze sind als **Option für die Kommunen** vorgesehen. Ob Ihre Kommune diese Variante wählt, bleibt der Kommune im Rahmen ihres Selbstverwaltungsrechts vorbehalten.

Die gesamte Liste der aufkommensneutralen Hebesätze steht hier zum Download bereit:

Aktualisierte Gesamtliste der aufkommensneutralen Hebesätze (https://www.finanzverwaltung.nrw.de/system/files/media/document/file/2024-09-09_pdf-dokument_der_neutralen_hs-aktualisierung.pdf)

PDF, 133,75 KB

Erläuterung zu den aufkommensneutralen Hebesätzen

Die aufkommensneutralen Hebesätze werden erklärt.



(/erlaeuterung-zu-den-aufkommensneutralen-hebesaetzen)

BERECHNUNG
DER JÄHRLICHEN GRUNDSTEUER

Die Grundsteuer wird wie folgt ermittelt:

Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 20/688/2024 Status: öffentlich AZ:
Federführend: Amt für Kommunalwirtschaft und Liegenschaften/Kämmerei	Datum: 03.12.2024 Verfasser: Amt 20 Sascha Almstedt

Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
11.12.2024	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:

Der Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Erkelenz für das Jahr 2025 wurde am 06.11.2024 vom Kämmerer aufgestellt und am gleichen Tage vom Bürgermeister ohne Änderung bestätigt. Dem Rat der Stadt Erkelenz wurde der Entwurf am 15.11.2024 zugeleitet. Alle Ratsmitglieder haben eine Ausfertigung des Etatentwurfs in elektronischer Form erhalten.

Weiterhin erhielten Ausfertigungen des Entwurfs in elektronischer Form:

a) die Industrie- und Handelskammer,
b) die Handwerkskammer,
c) die Landwirtschaftskammer Rheinland, Kreisstelle Heinsberg,
d) der Landesbetrieb Wald und Holz NRW -Regionalforstamt Rureifel-Jülicher Börde-,
e) die örtliche Presse und der Lokalfunk.

Die öffentliche Bekanntmachung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2024 erfolgte im Amtsblatt Nr. 18/2024 am 15.11.2024. Danach wurde der Entwurf der Haushaltssatzung während der Dauer des Beratungsverfahrens im Rat zur Einsichtnahme im Rathaus, Amt für Kommunalwirtschaft und Liegenschaften, Zimmer 249, verfügbar gehalten. Darüber hinaus wurde der Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025 unter www.erkelenz.de (https://www.erkelenz.de/rathaus-politik/stadtverwaltung/haushalt/) zum Download als auch als „interaktiver Haushalt“ zur Einsichtnahme zur Verfügung gestellt. Gemäß § 80 Abs. 3, Satz 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) konnten Einwohner oder Abgabepflichtige der Stadt Erkelenz in der Zeit vom 15.11.2024 bis 02.12.2024 im Rathaus Erkelenz, Johannismarkt 17, Zimmer 249, Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung erheben.

Es erfolgte eine Einwendung. Über diese wird unter TOP 5 in der heutigen Ratssitzung abschließend öffentlich beraten und beschlossen.

Es wird hiermit festgestellt, dass die rechtlichen Voraussetzungen für die Beschlussfassung zur Haushaltssatzung 2025 nebst Anlagen vorliegen bzw. beachtet worden sind.

Erläuterungen zum Entwurf:

Der Entwurf der Haushaltssatzung 2025 schließt im Ergebnisplan mit einem Jahresergebnis von
- 1.360.000 EUR ab.

Eine Inanspruchnahme des Eigenkapitals soll daher in Höhe von - 1.360.000 EUR erfolgen.

Der Finanzplan 2025 führt zu einer Änderung des Bestandes der liquiden Mittel von
- 7.000.000 EUR.

Der Gesamtbetrag der aufzunehmenden Kredite für Investitionen beträgt
1.964.000 EUR.

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen beträgt
31.490.850 EUR.

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 12.000.000 EUR festgesetzt.

Die Steuersätze sollen für das Jahr 2025, entsprechend der Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuern in der Stadt Erkelenz (Hebesatzsatzung) vom 11. Dezember 2024, wie folgt festgesetzt werden:

Grundsteuer A	580 v.H.
Grundsteuer B	595 v.H.
Gewerbesteuer	460 v.H.

Dem Haushaltsplan sind als Anlagen neben dem Vorbericht beigefügt:

1. Stellenplan gem. § 1 Abs. 2 Nr. 2 KomHVO
2. Haushaltsquerschnitt gem. § 1 Abs. 2 Nr. 3 KomHVO
3. Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten gem. § 1 Abs. 2 Nr. 4 KomHVO
4. Übersicht über die Entwicklung des Eigenkapitals gem. § 1 Abs. 2 Nr. 5 KomHVO
5. Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen gem. § 1 Abs. 2 Nr. 6 KomHVO
6. Ergebnis- und Finanzrechnung 2023 (Entwurf) und Bilanz zum 31.12.2023 (Entwurf) gem. § 1 Abs. 2 Nr. 7 KomHVO
7. Darstellung über die Zuwendungen an Fraktionen, Gruppen und einzelne Ratsmitglieder gem. § 56 Abs. 3 GO NRW
8. Wirtschaftsplan 2025 und Jahresabschluss 2023 des Städt. Abwasserbetriebes der Stadt Erkelenz gem. § 1 Abs. 2 Nr. 8 KomHVO
9. Übersicht über die Wirtschaftslage und die voraussichtliche Entwicklung der Unternehmen und Einrichtungen gem. § 1 Abs. 2 Nr. 9 KomHVO

Beschlussentwurf:

„Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW S. 666), in der zurzeit gültigen Fassung, wird folgende Haushaltssatzung der Stadt Erkelenz für das Haushaltsjahr 2025 beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2025, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt voraussichtlich erzielbaren Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan mit

dem Gesamtbetrag der Erträge auf	147.786.170 EUR
dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	149.146.170 EUR

im Finanzplan mit

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit auf	139.027.299 EUR
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit auf	135.422.639 EUR
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	21.955.410 EUR
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	33.810.400 EUR
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	15.030.000 EUR
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	13.779.670 EUR

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf

1.964.000 EUR

festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

31.490.850 EUR

festgesetzt.

§ 4

Die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses im Ergebnisplan wird auf

1.360.000 EUR

festgesetzt.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

12.000.000 EUR

festgesetzt.

§ 6

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2025, entsprechend der Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuern in der Stadt Erkelenz (Hebesatzsatzung) vom 11. Dezember 2024, wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer	
1.1	für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf	580 v.H.
1.2	für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	595 v.H.
2.	Gewerbesteuer auf	460 v.H.

§ 7

-entfällt-

§ 8

Bildung von Budgets

Gem. § 21 Abs. 1 KomHVO werden zur flexiblen Haushaltsbewirtschaftung folgende Budgets gebildet:

1. Personalaufwendungen und Versorgungsaufwendungen.
2. Aufwendungen für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen (Kontenarten 521-522)
3. Aufwendungen für die Bewirtschaftung der Grundstücke (Kontenart 524).

4.1 Alle zahlungswirksamen Aufwendungen/Erträge innerhalb der jeweiligen Produktbereiche mit Ausnahme:
- der unter Pkt. 1 - 3 aufgezählten Aufwendungen/Auszahlungen;
- der Produkte 11 01 00 und 13 05 00;
- der Produkte 05 03 03, 05 03 04 und 10 06 03;
- solcher Aufwendungen, für die innerhalb der Produkte ein entsprechender Verstärkungsvermerk angebracht worden ist, soweit von diesem Gebrauch gemacht wird;
- durch Zuwendungen zweckgebundene Anteile von Aufwendungen.

Zu den einzelnen Produktbereichen zählen ausdrücklich alle dem jeweiligen Produktbereich zugeordneten Produktgruppen bzw. Produkte. Soweit erforderlich kann die Budgetierung auf einzelne Produktgruppen bzw. Produkte innerhalb des Produktbereiches heruntergebrochen werden.

4.2 Alle Aufwendungen/Erträge des Produktes 11 01 00.

4.3 Alle Aufwendungen/Erträge des Produktes 13 05 00.

4.4 Alle Aufwendungen/Erträge der Produkte 05 03 03, 05 03 04 und 10 06 03.

5. Alle Ein- und Auszahlungskonten im Zusammenhang mit der Abwicklung umsatzsteuerrelevanter Geschäftsvorfälle (Konten 652000, 655110, 744110 und 749910).
6. Alle internen Leistungsbeziehungen.
7. Alle nicht zahlungswirksamen Aufwendungen/Erträge, aber ohne interne Leistungsbeziehungen und mit Ausnahme der Konten bei den kostenrechnenden Einrichtungen.
8. Alle investiven Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Vermögen unterhalb der Wertgrenze von 10.000 €. Entsprechende Mittelübertragungen bedürfen der Zustimmung des Stadtkämmerers.
9. Alle investiven Auszahlungen innerhalb der Produktbereiche mit Ausnahme der unter Punkt 8 aufgeführten Auszahlungen sowie solcher Auszahlungen für die innerhalb der Produkte ein entsprechender Verstärkungsvermerk angebracht worden ist, soweit von diesem Gebrauch gemacht wird. Die nicht durch zweckgebundene Einzahlungen gedeckten Auszahlungen dürfen zur Verstärkung des Budgets herangezogen werden. Entsprechende Mittelübertragungen bedürfen der Zustimmung des Stadtkämmerers.

§ 9

Deckungsfähigkeit von Verpflichtungsermächtigungen

Es werden die Verpflichtungsermächtigungen bei den nachfolgenden Investitionen für gegenseitig deckungsfähig erklärt:

Maßnahme	Bezeichnung
B01060001	Mobiliar, Maschinen, Fahrzeuge > 800 € - Zentrale Dienste
B01060800	Vermögensgegenstände des AV bis 800 € - Zentrale Dienste
B01180098	Lieferwagen Kipper offener Kasten bis 3,5 t (Ersatz für ERK-A 1122)
B01180102	LKW Kipper offener Kasten über 3,5 t (Ersatz für ERK-A 1133)
B01180103	LKW Kipper offener Kasten über 3,5 t (Ersatz für ERK-A 1134)
B01180113	LKW Kipper offener Kasten über 3,5 t (Ersatz für ERK-A 1129)

B01180114	LKW Kipper offener Kasten über 3,5 t (Ersatz für ERK-A 1130)
B01180121	LKW Kipper offener Kasten über 3,5 t (Ersatz für ERK-A1109)
B01180124	LKW über 3,5 t (Ersatz für ERK-A 1135)
B01180156	Fahrzeug Geräteprüfung st. Gebäude
B01180157	LKW geschlossener Kasten mit Ladebordwand bis 3,5 t
B01180158	Kleinkehrmaschine (Ersatz für ERK-A 718E)
B02157007	Vermögengegenstände des AV >800 € <10.000 € FW
B02157045	Gerätewagen Logistik (Kleineinsatz)
B02157046	Tanklöschfahrzeug (geländegängig)
B02157050	Löschgruppenfahrzeug LF 10
B02157053	Löschgruppenfahrzeug LF20
B02157054	Löschgruppenfahrzeug LF10
B02157057	MLF Mittleres Löschfahrzeug
B02157059	HLF 20 Hilfelöschfahrzeug
B02157060	GWL Geräte Logistik 2
B02157061	Ausstattung für Notstrom Feuerwehrstandorte
B03010001	Anschaffungen < 10.000 € Grundschulen > 800 €
B03010800	Vermögensgegenstände des AV bis 800 € - Grundschulen
B03020001	Anschaffungen < 10.000 € Hauptschule > 800 €
B03030001	Anschaffungen < 10.000 € Europaschule > 800 €
B03030800	Vermögensgegenstände des AV bis 800 € - Europaschule
B03040001	Anschaffungen < 10.000 € Cusanus-Gymnasium > 800 €
B03040003	Anschaffungen < 10.000€ Cornelius-Burgh-Gymnasium > 800€
B03040800	Vermögensgegenstände des AV bis 800 € Cusanus-Gymnasium
B03040801	Vermögensgegenstände des AV bis 800 € Cornelius-Burgh-Gymnasium
B04010800	Vermögensgegenstände des AV bis 800 € - Kulturförderung und kulturelle Veranstaltungen
B06021001	Auszahlungen < 10.000 € KG Bauxhof > 800 €
B06021005	Außenspielgeräte KG Bauxhof
B06021006	Küche Neubau KG Bauxhof
B06021080	Vermögensgegenstände des AV bis 800 € - KG Bauxhof
B06021206	Außengelände KG Kückhoven
B06030202	Spielgeräte für Kinderspielplätze > 800 €

B10060301	Anschaffungen > 800 € Unterkünfte für ausländische Flüchtlinge
B10060380	Vermögensgegenstände des AV bis 800 € - Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen
B12010202	Anschaffungen > 800 bis 10T€ Parkplätze + Parkbauten
B15020280	Vermögensgegenstände des AV bis 800 € - Mehrzweckgebäude
E12010062	Anton-Heinen-Str. -Straßenbau zwischen Krefelder Straße und Brückstraße
E12010065	Erschließung Neubaugebiet Mennekrather Kirchweg
E12010068	Meerstraße - Straßenbau für Fahrradweg
E12015008	Lövenich,Bruchstr. - Straßenbau (In Lövenich)
E12018005	Holzweiler, In der Weidwäsch - Straßenbau
E12018007	Holzweiler, Weyer Weg zwischen Im Grünfeld und Seilerweg
E12018008	Holzweiler, Seilerweg - Straßenbau zwischen Weyer Weg und KiTa
E12025027	Lövenich, Bruchstr. - Öffentliche Beleuchtung
E12029001	Öffentlich Beleuchtung - Allgemein
G01130001	Erwerb und Verkauf von Grundstücken und Gebäuden
G01130002	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden im Bereich KKUOB
H02150022	Erweiterung FWGH Granterath
H02150024	Erweiterung FWGH Erkelenz-Mitte
H03010023	Energetische Sanierung Grundschule Kückhoven
H03010024	Energetische Sanierung Grundschule Houverath
H03040011	Neubau Anbau C Cusanus Gymnasium /Energiezentrale
H03040012	Energetische Sanierung Turn-und Gymnastikhalle Cusanus
H06021001	Neubau KG Bauxhof
H06021201	Neubau KG Kückhoven
H06021607	Energetische Sanierung KiTa Westpromenade
H15020214	Sanierung Nebenräume MZH Schwanenberg
H15020216	Sanierung Nebenräume MZH Lövenich
H15020220	Umbau, Sanierung MZH Kückhoven
H15020221	Sanierung Bürgersaal Gerderath
S02150001	Digitales Sirenensystem Stadtgebiet Erkelenz
S02150006	FW-Gerätehaus Erkelenz-Mitte, Außenanlagen
S03010021	Erneuerung Schulhof GGS Kückhoven
S06010009	Errichtung KG Ev. Kirche Gerderath (freier Träger)

S06021002	KG Bauxhof (Herstellung Außenanlage neue Kita)
S06030218	Spielplatz Schwanenberg, Heinrich-Plum-Weg
S06030219	Spielplatz Buscherkamp
S12010115	Ostpromenade Süd: Verkehrsberuhigung und Aufwertung (InHK)
S12010208	Parkdeck Aachener Str. (Zuweisung an den Kreis)
S13010018	Dorfentwicklung Tagebaurand Venrath
S15030005	Förderprogramm InHK Verfügungsfonds
T12010030	Atelierstr., Umbau zwischen Amtsgericht und Tiefgarage
T12010032	Knoten Krefelder Str./Roermonder Str. - Nebenanlagen
T12010036	Aachener Straße, Wappen am Kreisverkehr
T12019004	Bauliche Maßnahmen aus Radvorrangroutenkonzept
T12029000	Alle Stadtteile - Öffentliche Beleuchtung <10.000

Klima-Check:

Trägt der Beschlussentwurf zum Klimaschutz oder zur Klimafolgenanpassung bei?

Ja ☐ Nein ☒

Eine unmittelbare Auswirkung auf den Klimaschutz oder die Klimafolgenanpassung ergibt sich durch den vorliegenden Beschluss nicht.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Haushaltssatzung 2025.

Anlage:

Haushaltssatzung 2025, einschließlich Haushaltsplan 2025 (wurde am 15.11.2024 per Mail zugestellt).

Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 14/153/2024 Status: nichtöffentlich/öffentlich AZ:
Federführend: Rechnungsprüfungsamt	Datum: 14.10.2024 Verfasser: Amt 14 Martin Jansen

Feststellung des Jahresabschlusses 2022 gemäß § 96 Absatz 1 Satz 1 und 2 GO NRW (alte Fassung)

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
30.10.2024	Rechnungsprüfungsausschuss
07.11.2024	Haupt- und Finanzausschuss
11.12.2024	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:
Die erforderliche Stellungnahme des Rechnungsprüfungsausschusses gegenüber dem Rat der Stadt Erkelenz vom 30.10.2024 incl. des Berichts der Örtlichen Rechnungsprüfung vom 26.08.2024 über die Prüfung des Entwurfes des Jahresabschlusses 2022 und des Lageberichts liegt vor (s. Anlagen zum Original der Niederschrift). Gemäß § 96 Absatz 1 Satz 1 GO NRW stellt der Rat bis spätestens 31. Dezember des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres den vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüften Jahresabschluss durch Beschluss fest. Zugleich beschließt er über die Verwendung des Jahresüberschusses oder die Behandlung des Jahresfehlbetrages (§ 96 Absatz 1 Satz 2 GO NRW). Hinsichtlich der einzuhaltenden Frist wird auf die Ausführungen im Rahmen des o. g. Prüfberichts verwiesen.

Der Entwurf des Jahresabschlusses 2022 weist einen Jahresüberschuss von 11.047.068,70 € auf. Dieser soll der Ausgleichsrücklage zugeführt werden. Der Bestand der Ausgleichsrücklage beträgt nach der Zuführung insgesamt 48.990.112,23 €.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an Haupt- und Finanzausschuss und Rat):
„Der Jahresabschluss 2022 wird gemäß § 96 Absatz 1 Satz 1 GO NRW festgestellt. Der Jahresüberschuss von 11.047.068,70 € wird gemäß § 96 Absatz 1 Satz 2 GO NRW der Ausgleichsrücklage zugeführt."

Klima-Check:
Trägt der Beschlussentwurf zum Klimaschutz oder zur Klimafolgenanpassung bei?

Ja ☐ Nein ☒

Keine Relevanz.

Finanzielle Auswirkungen:
Keine.

Anlagen:
Stellungnahme des Rechnungsprüfungsausschusses der Stadt Erkelenz vom 30.10.2024 gemäß § 59 Absatz 3 GO NRW zum Jahresabschluss 2022 der Stadt Erkelenz
Prüfbericht und Bestätigungsvermerk der Örtlichen Rechnungsprüfung vom 26.08.2024 zum Jahresabschluss 2022 der Stadt Erkelenz

Stellungnahme des Rechnungsprüfungsausschusses gemäß § 59 Absatz 3 GO NRW über die Prüfung des Jahresabschlusses 2022 und des Lageberichts

An den Bürgermeister und
die Mitglieder des Rates der Stadt Erkelenz

In der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses der Stadt Erkelenz am 30.10.2024 stellte die Örtliche Rechnungsprüfung den Prüfbericht zum Jahresabschluss 2022 vor. Dieser war zuvor als Vorlage in das Ratsinformationssystem Allris zur Kenntnisnahme eingestellt worden.

Die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses wurden im laufenden Jahr 2022 durch die im Ratsinformationssystem der Stadt Erkelenz eingestellten Vorlagen über alle wesentlichen Aspekte der Entwicklung und der Strategien der Stadt Erkelenz informiert und waren über die Ratsarbeit in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung eingebunden.

1. Schwerpunkte der Tätigkeit des Rechnungsprüfungsausschusses

Im Rahmen der Beschlussfassung zur Haushaltssatzung 2022 wurden die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses durch den vom Kämmerer vorgelegten Haushalt für das Jahr 2022 und die mittelfristige Haushaltsplanung für die Jahre 2023-2025 informiert.

Der Verwaltungsvorstand berichtete im laufenden Jahr 2022 kontinuierlich in den Fachausschüssen und dem Rat ausführlich über die aktuelle Haushaltssituation, den Gang der Geschäfte, die Ertragslage der Verwaltung, insbesondere über die aktuellen Vergaben wesentlicher Aufträge und Investitionen sowie die allgemeine Finanzsituation (Entwicklung von Vermögen und Schulden) der Stadt Erkelenz.

In seiner Sitzung hat der Rechnungsprüfungsausschuss die nach Gesetz erforderlichen Beschlüsse nach gründlicher Prüfung und Beratung gefasst. Der Bürgermeister ist seinen Informationspflichten vollumfänglich nachgekommen und hat die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses über die Ratsarbeit regelmäßig, zeitnah und umfassend in schriftlicher und mündlicher Form über alle wesentlichen Fragen der Geschäftsentwicklung und -politik, die wirtschaftliche Lage sowie die Entwicklung der Verwaltung unterrichtet.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat damit die ihm nach gesetzlichen Vorschriften obliegenden Aufgaben und Pflichten umfassend und sorgfältig wahrgenommen.

2. Wesentliche Mängel des rechnungslegungsorientierten Internen Kontrollsystems

Die Abschlussprüfer befassten sich im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses u.a. aufgrund der gesetzlichen Prüfungspflicht nach § 104 Abs. 1 Nr. 6 GO NRW mit dem vom Verwaltungsvorstand gemäß § 70 Absätze 2 und 3 GO NRW (analog § 91 Abs. 2 AktG) eingerichteten Informations- und Überwachungssystem zur internen Kontrolle und Risikofrüherkennung (IKS-System).

☐ Chancen und Risiken für die zukünftige Entwicklung der Stadt Erkelenz werden durch den Verwaltungsvorstand beschrieben und mögliche Gegenmaßnahmen bzw. Ausschöpfungspotenziale dargelegt.

☐ Für den inneren Verwaltungsbetrieb ist ein Internes Kontrollsystem (IKS) im Aufbau. Ein IKS besteht aus systematisch gestalteten, organisatorischen (Sicherungs-) Maßnahmen und Kontrollen in der Kommune zur Einhaltung von Richtlinien und zur Abwehr von Schäden, die durch das eigene Personal oder böswillige Dritte verursacht werden können. Die Maßnahmen beruhen auf technischen und organisatorischen Prinzipien. Sie umfassen Aktivitäten und Einrichtungen zur verwaltungsinternen Kontrolle sowie ihre Beziehungen zueinander. Prozessaufzeichnungen als Grundlage werden seit geraumer Zeit durchgeführt.

☐ Das IKS der Stadt Erkelenz umfasst ein umfangreiches Netz an Dienstanweisungen mit besonderem Schwerpunkt auf den Zahlungsverkehr. Die Prozessdatenbank umfasst 170 Prozesse. Weitere Erläuterungen hierzu finden sich auch im Prüfungsbericht zur Jahresabschlussprüfung 2022.

☐ Die erforderlichen Maßnahmen zur Einrichtung eines Überwachungssystems sind in geeigneter Weise getroffen worden. Diese werden laufend aktualisiert, besonders im Bereich Digitalisierung.

Wesentliche Feststellungen wurden hierzu nicht getroffen.

3. Stellungnahme des Rechnungsprüfungsausschusses zum Ergebnis der Örtlichen Prüfung

Die örtliche Rechnungsprüfung hat unter Einbeziehung der Buchführung den vom Kämmerer nach den Vorschriften der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (GO NRW) aufgestellten Jahresabschluss der Stadt Erkelenz zum 31.12.2022 sowie den Lagebericht für das Haushaltsjahr 2022 gemäß dem Prüfungsauftrag und unter Berücksichtigung der festgelegten Prüfungsschwerpunkte geprüft.

Die Prüfungen ergaben keine Einwendungen, so dass der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt wurde.

Der Prüfungsbericht der Örtlichen Rechnungsprüfung zum Jahresabschluss und Lagebericht der Stadt Erkelenz wurde als weiteres Element der Prüfung mit einbezogen. Er wurde in der Sitzung vom Prüfungsleiter vorgestellt und erläutert und ist als Anlage beigefügt.

Der Prüfungsleiter berichtete über die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung. Ferner berichtete er darüber, dass keine wesentlichen Schwächen des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems bezogen auf den Rechnungslegungsprozess vorliegen und informierte darüber, dass keine Umstände vorliegen, die seine oder der weiteren Prüfer Befangenheit besorgen lassen. Der Abschlussprüfer stand für Auskünfte und ergänzende Fragen den Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses zur Verfügung.

Den Jahresabschluss und den Lagebericht hat der Rechnungsprüfungsausschuss seinerseits eingehend geprüft. Nach Kenntnisnahme des Berichts und der Prüfungsergebnisse der Abschlussprüfer sowie nach seinen eigenen Prüfungen ergaben sich für den Rechnungsprüfungsausschuss keine Einwendungen gegen den Jahresabschluss der Stadt Erkelenz zum 31.12.2022.

Der Rechnungsprüfungsausschuss stimmte dem Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses durch die Abschlussprüfer zu. Er billigte daraufhin in seiner Sitzung am 30.10.2024 den Jahresabschluss zum 31.12.2022 sowie den Lagebericht und empfiehlt dem Rat diesen festzustellen.

Nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung des Rechnungsprüfungsausschusses sind gegen den vorgelegten Jahresabschluss zum 31.12.2022 sowie den Lagebericht der Stadt Erkelenz keine Einwendungen zu erheben. Der vorgelegte Jahresabschluss sowie der Lagebericht werden gebilligt.

Erkelenz, den 30.10.2024

(Vorsitz Rechnungsprüfungsausschuss)

Stadt Erkelenz
Örtliche Rechnungsprüfung

ERK
EL
ENZ

Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Prüfbericht und Bestätigungsvermerk der Örtlichen Rechnungsprüfung vom 26.08.2024 zum Jahresabschluss 2022 der Stadt Erkelenz

1 Vorbemerkungen ... 3
2 Prüfungsauftrag ... 4
3 Grundsätzliche Feststellungen ... 5
3.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung der Stadt Erkelenz ... 5
3.1.1 Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf ... 5
3.1.2 Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung ... 6
3.1.3 Zusammenfassende Beurteilung ... 25
3.2 Unregelmäßigkeiten ... 26
4 Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung ... 27
4.1 Gegenstand der Prüfung ... 27
4.2 Art und Umfang der Prüfung ... 28
5 Feststellung und Erläuterungen zur Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung 31
5.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen ... 31
5.2 Jahresabschluss ... 33
5.3 Lagebericht ... 33
5.4 Anhang ... 34
5.5 Berücksichtigung rechnungslegungsbezogenes internes Kontrollsystems (IKS) ... 37
6 Feststellungen und Erläuterungen zur Ordnungsmäßigkeit der Haushaltswirtschaft ... 40
6.1 Haushaltswirtschaftliche Organisation ... 40
6.2 Haushaltswirtschaftliche Grundsätze ... 40
6.3 Haushaltswirtschaftliche Lage ... 41
7 Gesamtaussage des Jahresabschlusses ... 43
7.1 Feststellung zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses ... 43
7.2 Wesentliche sachverhaltsgestaltende Maßnahmen ... 48
7.3 Vermögensstruktur der Bilanz (Aktiva) ... 48
7.4 Kapitalstruktur/Finanzierung der Bilanz (Passiva) ... 48
8 Bestätigungsvermerk der Örtlichen Rechnungsprüfung ... 49
9 Anlagen zum Prüfbericht ... 53

1 Vorbemerkungen

Die Jahresabschlüsse der beiden Vorjahre 2020 und 2021 waren geprägt durch die Covid-19 Pandemie bedingten Mehraufwendungen. Dies führte dazu, dass der Landesgesetzgeber das NKF-Covid 19- Isolierungsgesetz (NKF-CIG NRW) erlassen hatte.

Für den nun geprüften Jahresabschluss 2022 sind die wirtschaftlichen Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine im Februar 2022 in allen Facetten sicherlich prägend. Die steigende Zahl der Flüchtlinge aus der Ukraine, Energiekostensteigerungen, Lieferengpässe, Inflation, steigende Zinsen und vieles mehr belasten die gesamte wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Unterstützend erließ der Landesgesetzgeber für das Land NRW das Gesetz zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie und dem Krieg gegen die Ukraine folgenden Belastungen der kommunalen Haushalte im Land Nordrhein-Westfalen (NKF-CUIG).

Die Stadt Erkelenz hat für das Haushaltsjahr 2022 ihren sechzehnten Jahresabschluss nach dem System der doppelten Buchführung (Doppik) unter Anwendung des § 95 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) sowie den Bestimmungen des sechsten Teils der KomHVO NRW aufgestellt.

Die Gemeindeprüfungsanstalt hat mit Datum vom 11.07.2019 Hinweise zum Prüfungsbericht und Bestätigungsvermerk gegeben. Darin heißt es: „Mit dem 2. NKFWG NRW wurden die Regelungen für die Jahresabschlussprüfung und den Bestätigungsvermerk (§ 101 GO NRW a.F.) grundlegend geändert und finden sich nunmehr in § 102 GO NRW wieder. Danach haben die mit der Jahresabschlussprüfung Beauftragten gemäß Absatz 8 weiterhin über Art und Umfang sowie über das Ergebnis der Prüfung zu berichten. Hinsichtlich der näheren Ausgestaltung der Berichtspflicht über die örtliche Jahresabschlussprüfung und der Formulierung des Bestätigungsvermerkes verweist das Gesetz auf die §§ 321 und 322 des Handelsgesetzbuches (HGB) in der aktuell gültigen Fassung.

Durch den direkten Verweis auf das HGB sind nun die Vorgaben des HGB und somit auch die konkretisierenden Auslegungen des HGB zu beachten. Das Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW) konkretisiert die Vorschriften durch Prüfungsstandards, die von den Wirtschaftsprüfern zu beachten sind.

Um Rechtssicherheit bei der Erstellung des Prüfungsberichtes und des Bestätigungsvermerkes zu erhalten empfehlen wir, diese auch für die kommunale Jahresabschlussprüfung zugrunde zu legen.

Für die Erstellung des Prüfungsberichtes nach § 321 HGB ist der aktuell gültige IDW PS 450 n.F. heranzuziehen. In der Regel werden die Kommunen bisher bei der Erstellung des Prüfungsberichtes die Prüfungsleitlinie des Institutes der Rechnungsprüfer und Rechnungsprüferinnen in Deutschland e.V. (IDR) 260 „Leitlinien zur Berichterstattung bei kommunalen Abschlussprüfungen“ und hierüber den IDW PS 450 (a.F.) beachtet haben. Durch den IDW PS 450 n.F. ergeben sich für die

Prüfberichterstellung keine wesentlichen Änderungen für die kommunale Abschlussprüfung.“

Mit dem Jahresabschluss 2022 wird das Ergebnis der Haushaltswirtschaft des abgelaufenen Haushaltsjahres nachgewiesen. Gleichzeitig wird die Transparenz und Qualität der Rechenschaft erhöht. Dies sind die Grundlagen, um zu einer optimierten Steuerung und zu wirtschaftlicheren Entscheidungen zu gelangen bzw. perspektivisch dazu beizutragen, Diskussionen und Entscheidungen auf einen strategisch sinnvollen und nachhaltigen Ressourcenverbrauch auszurichten.

Der Jahresabschluss im Neuen Kommunalen Finanzmanagement (NKF) orientiert sich an den Vorschriften zum handelsrechtlichen Jahresabschluss für große Kapitalgesellschaften und an den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung; er weicht in Einzelfällen nur insoweit davon ab, als die kommunalspezifischen Belange (Ziele und Aufgaben) dies erfordern.

Er gibt Aufschluss über die am Abschlussstichtag bestehende Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt und informiert über das Ergebnis der Haushaltswirtschaft des abgelaufenen Haushaltsjahres. Hierzu haben auch der Anhang und der Lagebericht in geeigneter Form beizutragen.

Bei der Prüfung des Jahresabschlusses 2022 wurde die Prüfsoftware „AuditSolutions für Kommunale Prüfung“ der Fa. Audicon eingesetzt.

Im Rahmen des Datenimportes einer Summen-Salden-Liste aus dem bei der Stadt Erkelenz eingesetzten Buchführungssystems INFOMA werden die Salden des Vorjahres 2021 und die Salden des zu prüfenden Haushaltsjahres 2022 in die Prüfsoftware übernommen. Die importierten Datensätze (Konten) werden den jeweiligen Bilanzpositionen zugeordnet.

2 Prüfungsauftrag

Die Stadt Erkelenz ist gemäß § 95 Abs. 1 GO NRW verpflichtet, zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss sowie einen Lagebericht aufzustellen.

Die Prüfung des Jahresabschlusses obliegt gemäß § 59 Abs. 3 Satz 1 GO NRW dem Rechnungsprüfungsausschuss. Er bedient sich hierbei gemäß § 59 Abs. 3 Satz 2 GO NRW der Örtlichen Rechnungsprüfung oder eines Dritten gem. § 102 Abs. 2 GO NRW. Gem. § 102 Abs. 1 GO NRW prüft die Örtliche Rechnungsprüfung den Jahresabschluss und den Lagebericht vor Feststellung durch den Rat.

Der Rat stellt bis spätestens 31. Dezember des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres den vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüften Jahresabschluss durch Beschluss fest.

Der Jahresabschluss 2022 wurde der Örtlichen Rechnungsprüfung am 28. Juni 2023 zur Prüfung zugeleitet. Aufgrund des Ausscheidens der Prüferin Anita Schlathölter mit Wirkung zum 24.03.2023 wurde die frei gewordenen Stelle nach Durchführung einer

Stellenausschreibung am 19.06.2023 durch Herrn Tim Hauser intern nachbesetzt. Herr Hauser absolviert zurzeit die Weiterbildung zum Rechnungsprüfer, die voraussichtlich im Laufe des Jahres 2024 abgeschlossen wird. Er wurde durch Ratsbeschluss vom 21.06.2023 mit Wirkung vom 01.07.2023 zum Prüfer bestellt.

Aufgrund der geschilderten Umstände konnte die Jahresabschlussprüfung nicht termingerecht durchgeführt werden. Daher kam es auch nicht zu einer Beschlussfassung durch den Rat bis zum 31.12.2023. Aus Gründen der Sitzungsökonomie hat die Örtliche Rechnungsprüfung entschieden, den Jahresabschluss 2022 in der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 30.10.2024 gemeinsam mit dem Jahresabschluss 2023 beraten zu lassen.

Gem. § 59 Abs. 3 Satz 2 GO NRW haben die Verantwortlichen im Sinne des § 102 Satz 2 GO NRW (hier die Örtliche Rechnungsprüfung) an der Beratung über die Vorlagen im Rechnungsprüfungsausschuss teilzunehmen und über die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung, insbesondere über wesentliche Schwächen des internen Kontrollsystems bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, zu berichten.

Die Prüfung des Jahresabschlusses 2022 wurde von den Prüfern Martin Jansen, Tim Hauser und dem Prüfungsleiter Herrn Lothar Jansen durchgeführt. Bezüglich der Leitung und den Prüfern der Örtlichen Rechnungsprüfung bestehen keine verwandtschaftlichen oder wirtschaftlichen Beziehungen zum Bürgermeister, zu einem Beigeordneten, einem Stellvertreter des Bürgermeisters, zum Kämmerer oder zu anderen Bediensteten in der Finanzabteilung, die die Besorgnis der Befangenheit begründen könnten (§ 101 Abs. 6 i. V. m. § 31 Abs. 1 und 2 GO NRW).

Im Vorfeld der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses wurden der Kämmerer und der Bürgermeister durch den Leiter der Örtlichen Rechnungsprüfung über den Inhalt des Prüfberichtes informiert. Über das Ergebnis der Prüfung informiert dieser Prüfbericht, der in Anlehnung an die vom Institut der Rechnungsprüfer festgelegten "Leitlinien zur Berichterstattung bei kommunalen Abschlussprüfungen (IDR-Prüfungsleitlinie 260 u. IDW Prüfungsstandard 450)“ erstellt wurde.

3 Grundsätzliche Feststellungen

3.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung der Stadt Erkelenz

3.1.1 Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Die Ergebnisplanung mit einem prognostizierten Jahresfehlbetrag in Höhe von 2.500.000,00 € konnte in der Ergebnisrechnung mit einem Jahresüberschuss von 11.047.068,70 € (Jahresüberschuss des Vorjahres 6.594.023,18 €) abschließen.

Das Jahresergebnis stellt sich im Einzelnen wie folgt dar:

Lfd. Nr. aus Ergebnis-rechnung	Bezeichung	Haushaltsansatz	Ist-Ergebnis	Differenz +/-
01	Steuern u.ä. Abgaben	55.759.300,00 €	64.675.233,96 €	8.915.933,96 €
02	Zuwendungen und allg. Umlagen	31.215.480,00 €	32.056.815,93 €	841.335,93 €
03	sonstige Tranfererträge	560.200,00 €	684.390,71 €	124.190,71 €
04	öff. rechtl. Leistungsentgelte	10.172.170,00 €	10.203.288,45 €	31.118,45 €
05	privatrechtl. Leistungsentgelte	524.400,00 €	908.085,77 €	383.685,77 €
06	Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	5.965.810,00 €	8.575.084,58 €	2.609.274,58 €
07	sonstige ordentliche Ertäge	3.528.649,00 €	4.621.153,86 €	1.092.504,86 €
08	aktivierte Eigenleistungen	603.100,00 €	714.189,21 €	111.089,21 €
09	Bestandsveränderungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**108.329.109,00 €**	**122.438.242,47 €**	**14.109.133,47 €**
11	Personalaufwendungen	-33.397.951,00 €	-29.596.110,82 €	3.801.840,18 €
12	Versorgungsaufwendungen	-3.429.947,00 €	-4.728.018,47 €	-1.298.071,47 €
13	Aufw. für Sach- u. Dienstleistungen	-21.870.350,00 €	-21.305.932,92 €	564.417,08 €
14	Bilanzielle Abschreibungen	-9.654.900,00 €	-10.069.873,68 €	-414.973,68 €
15	Tranferaufwendungen	-43.739.710,00 €	-43.934.580,46 €	-194.870,46 €
16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-7.765.730,00 €	-7.486.689,83 €	279.040,17 €
17	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**-119.858.588,00 €**	**-117.121.206,18 €**	**2.737.381,82 €**
18	**Ordentliches Ergebnis (10+17)**	**-11.529.479,00 €**	**5.317.036,29 €**	**16.846.515,29 €**
19	Finanzerträge	6.118.368,00 €	6.027.355,96 €	-91.012,04 €
20	Zinsen u. sonstige Finanzaufw.	-392.889,00 €	-297.323,55 €	95.565,45 €
21	**Finanzergebnis**	**5.725.479,00 €**	**5.730.032,41 €**	**4.553,41 €**
22	Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-5.804.000,00 €	11.047.068,70 €	16.851.068,70 €
23	**Außerordentliche Erträge**	**3.304.000,00 €**	**0,00 €**	**-3.304.000,00 €**
24	**Außerordentliche Aufwendungen**	**0,00 €**	**0,00 €**	**0,00 €**
25	**Außerordentliches Ergebnis (23+24)**	**3.304.000,00 €**	**0,00 €**	**-3.304.000,00 €**
26	**Jahresergebnis**	**-2.500.000,00 €**	**11.047.068,70 €**	**13.547.068,70 €**

Außerordentliche Erträge nach dem NKF-CUIG wie in den beiden Vorjahren waren im Jahresabschluss 2022 nicht auszuweisen.

3.1.2 Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Im Lagebericht 2022 des Kämmerers werden folgende Aussagen zu den Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung der Stadt getroffen:

„***1. Allgemeines***
Nach § 95 GO NRW ist dem Jahresabschluss ein Lagebericht gemäß § 49 KomHVO beizufügen.

Der Lagebericht ist so zu fassen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde vermittelt wird. Dazu ist ein Überblick über die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses und Rechenschaft über die Haushaltswirtschaft im abgelaufenen Jahr zu geben. Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, auch solcher, die nach Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind, ist zu berichten. Außerdem hat der Lagebericht eine ausgewogene und umfassende, dem Umfang der gemeindlichen Aufgabenerfüllung entsprechende Analyse der Haushaltswirtschaft und der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde zu enthalten. In die Analyse sollen die produktorientierten Ziele und Kennzahlen, soweit sie bedeutsam für das Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde sind,

einbezogen und unter Bezugnahme auf die im Jahresabschluss enthaltenen Ergebnisse erläutert werden. Auch ist auf die Chancen und Risiken für die zukünftige Entwicklung der Gemeinde einzugehen; zu Grunde liegende Annahmen sind anzugeben.

Zum 01.01.2007 hat die Stadt Erkelenz das Neue Kommunale Finanzmanagement eingeführt und legt somit den 16. Jahresabschluss auf der Basis der doppischen Buchführung vor.

2. Darstellung des Geschäftsverlaufes und des Jahresergebnisses

Die Ergebnisplanung mit einem prognostizierten Jahresergebnis von – 2.500.000,00 € konnte in der Ergebnisrechnung mit einem Jahresüberschuss von 11.047.068,70 € (Jahresüberschuss des Vorjahres 6.594.023,18 €) abschließen. Dies bedeutet eine Verbesserung im Geschäftsverlauf um 13.547.068,70 €.

Bei den ordentlichen Erträgen ergibt sich gegenüber der Planung eine Verbesserung um 14.109 T €. Im Einzelnen ergeben sich Ertragsverbesserungen i. H. v. 8.916 T€ bei den „Zuwendungen und allgemeinen Umlagen“, bei den „Steuern und ähnlichen Abgaben“ i.H.v. 841 T€, von 124 T€ bei den „sonstigen Transfererträgen“, bei den „öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten“ von 31 T€, bei den „privatrechtlichen Leistungsentgelten“ von 384 T€, bei den „Kostenerstattungen und Kostenumlagen“ von 2.609 T€, bei den „sonstigen ordentlichen Erträgen“ und 1093 T€ und schließlich bei den „aktivierten Eigenleistungen“ von 111 T€.

Betrachtet man das Ergebnis der „ordentlichen Aufwendungen“, so ergeben sich erfreulicherweise beim Vergleich des Ergebnisses zum Planansatz insgesamt geringere Aufwendungen i. H. v. 2.738 T €. Diese ermitteln sich rechnerisch durch Minderaufwendungen bei den „Personal- und Versorgungsaufwendungen“ i. H. v. 2.504 T €, von 565 T € bei den „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ sowie von 279 T € bei den „sonstigen ordentlichen Aufwendungen“. Mehraufwendungen sind dagegen bei den bei den „bilanziellen Abschreibungen“ i.H.v. 415 T€ sowie von 195 T € bei den „Transferaufwendungen“ angefallen.
Beim „ordentlichen Ergebnis“ ergibt sich daraus resultierend eine Verbesserung im Vergleich vom Planansatz zum Ergebnis in Höhe von 16.847 T €.

Das Finanzergebnis wurde mehr oder weniger planmäßig abgewickelt. Geringfügige Verschlechterungen bei den „Finanzerträgen“ (- 91 T €) wurden durch geringfügige Minderaufwendungen beim Finanzaufwand (- 95 T€) kompensiert.

Kumuliert ergibt sich dadurch eine Verbesserung beim „Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit“ um 16.851 T€ im 2022er Geschäftsverlauf.

Erfreulich ist, dass beim außerordentlichen Ergebnis kein Ausweis erfolgen musste. Dies ist gleichbedeutend damit, dass auf Jahressicht sich für das Jahresergebnis weder finanzielle Belastungen aus der „Covid-19-Pandemie“ noch aus dem „Krieg gegen die Ukraine“ ergeben haben. Demzufolge weist das „außerordentliche Ergebnis“ eine „0“ aus. Für das Jahresergebnis bedeutet dies eine Verschlechterung im Geschäftsverlauf um 3.304 T €.

In der Finanzrechnung ist gegenüber der Planung, unter Berücksichtigung der von 2021 nach 2022 übertragenen Auszahlungsermächtigungen i. H. v. 5.010.175,02 € eine Verbesserung am „Bestand an eigenen Finanzmitteln“ von 26.727.472,00 € festzustellen. Diese ergeben sich rechnerisch aus Verbesserungen beim „Saldo aus der lfd. Verwaltungstätigkeit“ von 18.139 T€ und beim „Saldo aus der Investitionstätigkeit“ von 10.145 T€ sowie einem negativen Ergebnis von 1.557 T€ beim „Saldo aus der Finanzierungstätigkeit“.

Zum 31.12.2022 beträgt der Bestand an bilanziellen liquiden Mitteln 23.785.799,39 €.

3. Analyse der Vermögenslage

Auf der Aktivseite der Bilanz ist das Vermögen der Stadt Erkelenz ausgewiesen, das sich zum 31.12.2022 auf 474.946.058,37 € beläuft. Es hat sich somit im Jahr 2021 um 16.715.578,90 € (+ 3,65 %) erhöht.
Die Höhe der Bilanzierungshilfe beläuft sich zum 31.12.2022 auf 6.167.846,36 €. Dies entspricht 1,30 % der Bilanzsumme.
Das Anlagevermögen beträgt 414.403.398,36 € (Vorjahr: 407.067.392,30 €), was einer Erhöhung gegenüber dem Vorjahr um 1,80 % entspricht. Prozentual gesehen beträgt das Anlagevermögen 87,25 % der Bilanzsumme (Vorjahr: 88,83). Das Umlaufvermögen umfasst zum Stichtag 49.044.240,80 € oder 10,33 % (Vorjahr = 39.833.421,79 € bzw. 8,69 %) der Bilanzsumme und hat sich somit um 9.210.819,01 € bzw. 1,64 %-Punkte erhöht. Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten weist Zahlungen in Höhe von 5.330.572,85 € bzw. 1,12 % (Vorjahr 5.161.819,02 bzw. 1,13 %) der Bilanzsumme aus und hat sich gegenüber dem Vorjahr um 168.753,83 € erhöht.

Das Anlagevermögen besteht aus

- *Immateriellen Vermögensgegenständen von 158.356,73 € (- 15.499,49 €)*
- *Sachanlagen im Wert von 326.129.539,15 € (+ 7.326.505,55 €)*
- *Finanzanlagen im Wert von 88.115.502,48 € (+ 25.000,00 €)*

Das Umlaufvermögen besteht aus

- *Öffentlich-rechtliche und privatrechtlichen Forderungen sowie sonstigen Vermögensgegenständen im Wert von 20.258.441,41 € (+ 3.352.760,80 €)*
- *den Wertpapieren des Umlaufvermögens im Wert von 5.000.000,00 € (- 2.000.000,00 €)*
- *den liquiden Mitteln im Wert von 23.785.799,39 € (+ 7.858.058,21 €)*

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten beträgt zum Bilanzstichtag 5.330.572,85 € (+ 168.753,83 €).

4. Analyse der Finanzlage

Die Passivseite der Bilanz gibt Antwort auf die Frage, wem das auf der Aktivseite ausgewiesene Vermögen gehört. Dabei kommt es besonders auf das Verhältnis von Eigenkapital zum Fremdkapital an. Ein hohes Eigenkapital zeugt von einer gewissen finanziellen Unabhängigkeit und drängt zwangsläufig das Fremdkapital zurück, das mit seinen Zinsaufwendungen den Ergebnisplan negativ beeinflusst.

Das Eigenkapital besteht aus

- *der allgemeinen Rücklage im Wert von 189.489.993,85 €*
- *der Sonderrücklage im Wert von 1.742.032,18 €*
- *der Ausgleichsrücklage im Wert von 37.943.043,53 €*
- *dem Jahresüberschuss im Wert von 11.047.068,70 €*

Weiter rechnet man zum Eigenkapital

- *die Sonderposten im Wert von 140.577.727,38 € hinzu,*

die sich überwiegend aus Landeszuweisungen und Beiträgen zusammensetzen und durch ihre ertragswirksame Auflösung entsprechend des finanzierten Anlagevermögens den Abschreibungsaufwand anteilig neutralisieren.

Die vorstehenden Passivposten umfassen 380.799.865,64 € und weisen somit ein Eigenkapital von 80,18 % der Bilanzsumme aus (bisher 80,63 %).

Die Rückstellungen in Höhe von 64.468.344,70 €, die man wegen ihres späteren Liquiditätsabflusses dem Fremdkapital zurechnet, sichern insbesondere die zukünftigen Pensions- und Beihilfeaufwendungen ab.

Eindeutig Fremdkapital sind die Verbindlichkeiten, die in ihren unterschiedlichsten Arten insgesamt 18.813.800,59 € betragen (Vorjahr 15.785.417,82 €). Dies entspricht einer Erhöhung um 3.028.382,77 €.

Rückstellungen und Verbindlichkeiten zusammen führen zu einer Fremdkapitalquote von 17,54 % (bisher 17,06 %). Soweit die Rückstellungen wider Erwarten doch nicht benötigt werden sollten, würden sie zu einer ertragswirksamen Auflösung und damit zu einer Entlastung künftiger Jahresergebnisse führen. Ebenso werden die in den Verbindlichkeiten enthaltenen „Erhaltenen Anzahlungen“ von 10.137.578,76 € nach betriebsfertiger Herstellung des entsprechenden Anlagevermögens in die Sonderposten überstellt und tragen damit infolge der ratierlichen ertragswirksamen Auflösung zur Erhöhung der Eigenkapitalquote II bei.

Als passive Rechnungsabgrenzungsposten sind 10.864.047,44 bzw. 2,29 % der Bilanzsumme ausgewiesen. Es handelt sich hauptsächlich um die Abgrenzung vereinnahmter Friedhofsgebühren, den Abgrenzungsbestand von Landeszuwendungen, die für den Bau von Kindertagesstätten vom Land gewährt wurden und an freie Kindergartenträger ausgezahlt wurden, Zahlungen, die erst in den

folgenden Jahren zu Erträgen führen, Ruherechtsentschädigungen sowie Rechnungsabgrenzungsposten für Ausgleichsmaßnahmen.

5. Bilanzkennzahlen

Für die Beurteilung einer Bilanz sind spezielle Analysemethoden in Form von Kennzahlen üblich. Sie dienen dem temporären und interkommunalen Vergleich. Nachstehend einige wichtige Kennzahlen:

EkQ1

$$\frac{\text{Eigenkapital x 100}}{\text{Bilanzsumme}} = 50{,}58\ \%$$

Vorjahr: 49,98 %

Die Kennzahl „Eigenkapitalquote 1“ (EkQ1) misst den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der kommunalen Bilanz. Je höher die Eigenkapitalquote, desto geringer das Finanzierungsrisiko und desto höher die finanzielle Stabilität und die wirtschaftliche Sicherheit.

EkQ2

$$\frac{\text{Eigenkapital + SoPo Zuwendungen/Beiträge x 100}}{\text{Bilanzsumme}} = 79{,}97\ \%$$

Vorjahr: 80,52 %

Die Kennzahl „Eigenkapitalquote 2“ (EkQ2) misst den Anteil des „wirtschaftlichen Eigenkapitals“ am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der kommunalen Bilanz. Da die Sonderposten als Bilanzposten mit Eigenkapitalcharakter einen wesentlichen Anteil in der Bilanz darstellen, wird die Wertgröße „Eigenkapital“ um die langfristigen Sonderposten erweitert.

AbI

$$\frac{\text{Bilanzielle Abschreibungen auf Anlagevermögen x 100}}{\text{Ordentliche Aufwendungen}} = 8{,}53\ \%$$

Vorjahr: 7,96 %

Die Kennzahl „Abschreibungsintensität“ zeigt an, in welchem Umfang die Gemeinde durch die Abnutzung des Anlagevermögens belastet wird.

AnD1

$$\frac{\text{Eigenkapital x 100}}{\text{Anlagevermögen}} = 57{,}97\ \%$$

Vorjahr: 56,26 %

Die Kennzahl „Anlagendeckungsgrad 1“ (AnD1) zeigt an, wie viel Prozent des Anlagevermögens durch Eigenkapital finanziert ist.

AnD2

(EK + SoPo (Zuwendungen+Beiträge) + langfristiges Fremdkapital) x 100 = 105,66 %
Anlagevermögen

Vorjahr: 104,49 %

Die Kennzahl „Anlagendeckungsgrad 2“ gibt an, wie viel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert wird. Bei der Berechnung dieser Kennzahl werden dem Anlagevermögen die langfristigen Passivposten Eigenkapital, Sonderposten mit Eigenkapitalanteilen und langfristiges Fremdkapital gegenübergestellt.

ZIQ

Finanzaufwendungen x 100 = 0,25 %
Ordentliche Aufwendungen

Vorjahr: 0,66 %

Die Kennzahl „Zinslastquote“ gibt an, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den ordentlichen Aufwendungen besteht.

NSQ

Steuern u. ä. Abgaben - Gewerbesteueruml. - Finanzierungsbet. Fonds Deutscher Einheit X 100 = 52,01 %
Ordentliche Erträge - Gewerbesteuerumlage - Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutscher Einheit

Vorjahr: 53,65 %

Die Kennzahl „Netto-Steuerquote“ gibt an, zu welchem Teil sich die Gemeinde „selbst“ finanzieren kann und somit unabhängig von Finanzleistungen „Dritter“, z.B. staatlichen Zuwendungen, ist. Weil dem Bund und dem Land Anteile am Aufkommen der Gewerbesteuer zustehen, ist es erforderlich, die Aufwendungen für die von der Gemeinde zu leistende Gewerbesteuerumlage sowie für die Finanzierungs-beteiligung am Fonds Deutsche Einheit von den Steuererträgen in Abzug zu bringen.

6. Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Bilanzstichtag eingetreten sind

Nach dem 31.12.2022 ergaben sich keine Vorgänge oder Vorfälle, die erläuterungs- oder erwähnungsbedürftig wären.

7. Chancen und Risiken für die zukünftige Entwicklung der Stadt Erkelenz

Bereits in 2020 und 2021 wurde die wirtschaftliche Entwicklung weltweit und damit natürlich auch in Deutschland durch die Covid-19-Pandemie geprägt. Dies setzte sich nicht nur in 2022 fort, sondern wurde zusätzlich noch maßgeblich durch die

wirtschaftlichen Folgen im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg verstärkt. Insbesondere in der Energieversorgung, aber auch durch Material- und Lieferengpässe, massiv steigende Preise in vielen Bereichen, z.B. für Nahrungsmittel, waren diese negativen Folgen in 2022 zu spüren.

Zum Ende des ersten Quartals 2022 ging man noch davon aus, dass sich die Lebenshaltungskosten im Jahresdurchschnittswert um gut 6 % erhöhen würden. Allein dies wäre gegenüber 2021, wo diese noch bei 3,1 % lag, fast eine Verdoppelung gewesen. Tatsächlich erhöhten sich die Lebenshaltungskosten in 2022 aber um 7,9 % gegenüber 2021. Im Vergleich zu 2020, als die Inflationsrate noch bei 0,5 % lag, eine schier unglaubliche negative Entwicklung! Vom vorgegebenen und vereinbarten Ziel der EZB, das sich die Inflationsrate um die 2 % einpendeln sollte, ist dieser wirtschaftliche Entwicklung meilenweit entfernt. Richtigerweise musste die EZB in 2022 mit ihrer Zinspolitik darauf reagieren und ihre Niedrigzinspolitik einkassieren. Leitzinserhöhungen im Quartalsrhythmus waren und sind seit dem an der „Tagesordnung". Ziel ist es die Inflation zu stoppen. Wohl wissend, dass damit einhergehend die Kreditzinsen schnell ansteigen würden. Lagen die Bauzinsen im Januar 2022 noch teilweise um ein Prozent, so mussten bereits im letzten Quartal des Jahres bei einer 10-jährigen Zinsbindung dafür vier bis fünf Prozent Zinsen gezahlt werden. Auch, wenn dadurch so mancher Traum vom Hausbau jäh gestoppt wurde, rechtfertigt die gesamtwirtschaftliche Entwicklung diese Vorgehensweise ausdrücklich. Für 2023 wird mit einer Inflationsrate von 6,0 % gerechnet.

Vor dem Hintergrund dieser extrem schwierigen Rahmenbedingungen konnte sich die die deutsche Wirtschaft in 2022 gut behaupten. Gegenüber 2019, dem letzten „Vor-Corona-Jahr" war das Bruttoinlandsprodukt um 0,7 % höher. Gegenüber dem Vorjahr nahm das BIP nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um preisbereinigt 1,8 % zu

Vor dem Hintergrund dieser belastenden Faktoren und aktuell einer nicht vorhersehbaren weiteren Entwicklung soll sowohl eine Analyse des abgelaufenen Haushaltsjahres als auch ein Ausblick auf die weitere Entwicklung in 2023 erfolgen.

Vor dem Hintergrund dieser schwierigen wirtschaftlichen Gesamtlage stellt sich unweigerlich die Frage, ob und ggfls. in welchem Umfang sich dies auf unseren Haushalt ebenfalls negativ ausgewirkt hat. Aufschlüsse darüber sollen die nachfolgenden Ausführungen geben.

Der diesjährige 16. NKF-Jahresabschluss schließt in der Ergebnisrechnung mit einem Überschuss von 11.047.068,70 € (Vorjahr: 6.594.023,18 €) ab. Damit kann nicht nur im achten Jahr in Folge ein Jahresabschluss mit einem sehr erfreulichen, positiven Jahresergebnis vorgelegt werden, sondern es wurde eine absoluter Rekordjahresüberschuss erzielt! Hier stellen sich natürlich sofort die Fragen nach den Faktoren für einen solch immensen Überschuss, aber natürlich auch die Frage nach etwaigen Auswirkungen auf folgende Haushaltsjahre.

Betrachtet man die einzelnen Zwischensalden, aus denen sich das Jahresergebnis zusammensetzt, so sieht man, dass sich bei den „ordentlichen Erträgen" gegenüber der Planung das Ergebnis um 14.109.133,47 € (+13,02 %) erhöht hat. Gegenüber dem

Vorjahr haben sich die „ordentlichen Erträge“ sogar um 17.317.477,06 € bzw. 16,47 % erhöht. Die geplanten „ordentlichen Aufwendungen“ haben sich erfreulicherweise in der Ausführung gegenüber der Planung um 2.737.381,82 € bzw. 2,28 % reduziert. Gegenüber dem Vorjahresergebnis sind jedoch die „ordentlichen Aufwendungen“ um 9.153.922,12 € bzw. 8,48 % gestiegen. Saldiert man beide Größen so weist das „ordentliche Ergebnis“ einen Wert von 5.317.036,29 € auf, was gegenüber der Planung eine Verbesserung um 16.846.515,29 € und gegenüber dem Vorjahr einer Verbesserung um 8.163.554,94 € entspricht. Das Finanzergebnis entspricht ziemlich genau dem Planungswert (+4.553,41 €) und hat sich gegenüber dem Vorjahr um 487.797,61 € verschlechtert. Es darf aber nicht verkannt werden, dass das gute Finanzergebnis auch in diesem Jahr mit einem Plus von 5.730.032,41 € maßgeblich zu dem äußerst positiven Jahresergebnis von 11,0 Mio. € beiträgt. Insbesondere aufgrund der bereits erwähnten positiven Entwicklung bei den „ordentlichen Erträgen“ ist es so , dass beim „außerordentlichen Ergebnis“ 0,00 € ausgewiesen werden. Haushaltsrechtlich bedeutet dies, dass beim „außerordentlichen Ergebnis“ eine Verschlechterung von 3,304 Mio. € eingetreten ist.

Alles zusammen summiert sich zu einem positiven Jahresergebnis von 11.047.068,70 €, was gegenüber der Planung einer Verbesserung von 13.547.068,70 € entspricht.

Sieht man sich nun die Hauptertragsarten im „ordentlichen Ergebnis“ an, so ist zu erkennen, dass sich der Gewerbesteuerertrag gegenüber der Planung um 7.503.078,50 € verbessert hat. Mutmaßlich haben sich doch einige Unternehmen ihre Gewerbesteuermessbeträge in den beiden Vorjahren beim Finanzamt vor dem Hintergrund der Coronapandemie vorsichtshalber heruntersetzen lassen und wurden nun von den doch besser als erwartet verlaufenden Geschäftsjahren eingeholt. Diese verbesserten Geschäftsverläufe schlagen sich in verbesserten Jahresergebnissen und damit in erhöhten Gewerbesteuerzahlungen nieder. In welchem Umfang dies tatsächlich so ist, oder ob dauerhaft mit einem höheren Gewerbesteuerertrag gerechnet werden kann, wird die nahe Zukunft zeigen. Daneben hat sich der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer“ gegenüber der Planung um 1.202.145,63 € € bzw. 5,03% verbessert. Gegenüber dem 2021er Jahresergebnis entspricht diese einer Verbesserung um 642,891,08 € bzw. 2,63 % hat. Dies wissend, relativiert sich die Erhöhung im Jahresergebnis gegenüber dem Planungsansatz auf ein normales Niveau. Neben diesen Verbesserungen von 8,7 Mio. € bei den „Steuern und ähnlichen Abgaben“ haben sich noch signifikante Verbesserungen von 2.609.274,58 € bei den „Kostenerstattungen und Kostenumlagen“ ergeben. Dabei entfallen 409.883,80 € insbesondere auf erhöhte Erstattungen von anderen Kommunen für die Unterbringung und Betreuung von Jugendlichen, für die ursprünglich eine anderen Kommune zuständig war. Daneben hat das Land zusätzliche Mittel von 1,8 Mio. € in 2022 erstattet. Diese entfallen mit 1.141.256,78 € für die Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Ukraineflüchtlingen und mit zusätzlichen 688.356,94 € auf die Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern. Inwieweit mit ähnlich hohen Kostenerstattungen in 2023 ff. zu rechnen ist, bleibt abzuwarten. Die weiteren Verbesserungen von insgesamt 3,6 Mio. € verteilen sich auf viele andere Ertragsarten, wobei beispielhaft erhöhte Konzessionsabgaben von 247.743,84 € erwähnt werden sollen.

Bei den „ordentlichen Aufwendungen“ sind Minderaufwendungen von – 2.737.381,82 € gegenüber den geplanten Ansätzen zu bilanzieren. Betrachtet man die einzelnen Hauptaufwandsarten etwas genauer, so wird relativ schnell klar, dass ursächlich für diese reduzierten Aufwand die „Personal- und Versorgungsaufwendungen“ sind. Diese reduzieren sich gegenüber dem Planansatz um - 2.503.768,71 €. Zurückführen lassen sich diese Minderaufwendungen insbesondere auf nicht besetzte oder mit einer deutlichen Zeitverzögerung besetzte Stellen, auf über den aus dem Anspruch auf Lohnfortzahlung hinausgehende Langzeiterkrankungen sowie auf kurzfristig beantragte und bewilligte Altersteilzeitanträge.

Wie bereits erwähnt, wird das „ordentliche Jahresergebnis“ durch ein wieder einmal sehr erfreuliches „Finanzergebnis“ von + 5.730.032,41 € zu einem positiven „Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit“ von 11.047.068,70 € abgerundet. Anders sieht es jedoch beim „außerordentlichen Ergebnis“ aus. Dieses verschlechtert sich gegenüber der Planung um 3.304.000,00 € auf 0,00 €. Sieht man sich jedoch die Planung dazu an, so fällt auf, dass hierbei insbesondere Verschlechterungen bei der Gewerbesteuer als auch bei den Einkommensteueranteilen maßgeblich für den Planungsansatz waren. Genau diese beiden Ertragsarten haben sich jedoch zum Teil signifikant erhöht (siehe Ausführungen bei den „ordentlichen Erträgen“). Durch daneben noch zusätzlich erhaltene Landeszuweisungen für die mit den Ukrainekrieg bzw. der Coronapandemie verbunden finanziellen Belastungen, werden die unmittelbar damit verbundenen finanziellen Aufwendungen mehr als kompensiert. Dies führt letztendlich dazu, dass kein „außerordentlicher Ertrag“ gebucht werden darf.

Letztendlich verbleibt es damit bei dem bereits mehrfach erwähnten, sehr erfreulichen Jahresergebnis von + 11.047.068,70 €.

Trägt man dieses Jahresergebnis auf die neue Rechnung vor, so ergibt sich dadurch ein Ausgleichsrücklagenbestand von 48.990.112,23 €. Auf der anderen Seite bleibt es aus den zuvor erläuterten Gründen bei der „Bilanzierungshilfe“ bei einem Stand von 6.167.846,36 €. Über diesen Bestand der „Bilanzierungshilfe“ ist Ende 2025 zu entscheiden, wie damit bilanziell umgegangen werden soll. Egal wie diese Entscheidung ausfallen wird, kann bereits jetzt schon festgestellt werden, dass der Bestand der Ausgleichsrücklage zumindest mittelfristig dafür sorgen wird, dass der gesetzlich vorgeschriebene Haushaltsausgleich gesichert ist. Vor dem Hintergrund dieser äußerst erfreulichen Entwicklung sollen die aktuell weiterhin bestimmenden Themen der Ergebnisrechnung bzw. der Ergebnisplanung nachfolgend nur kurz angerissen werden:

1. *Wie bereits auf Seite 519 aufgeführt, wurden die mit der Coronapandemie bzw. dem Ukrainekrieg einhergehenden finanziellen Belastungen in 2022 aufgrund der erhaltenen Zuweisungen sowie den nicht mehr vorhandenen Ertragsdefiziten, insbesondere bei der Gewerbesteuer und den Einkommensteueranteilen, mehr als kompensiert. Dies bedeutet jedoch nicht, dass künftige Haushalte keine finanziellen Belastungen für diese Sachverhalte schultern müssen. Es muss sich in künftigen Haushalten zeigen, ob weiterhin genügend Erstattungsleistungen vom Bund und Land gezahlt werden, damit zumindest die Primäraufwendungen gedeckt werden können.*

2. *Weiterhin stellt natürlich die enorme hohe Anzahl der unterzubringenden und zu betreuenden Flüchtlinge aus der Ukraine sowie aus den anderen Ländern logistisch ein großes Problem aktuell und für künftige Haushalte dar. Zum 31.12.2022 waren insgesamt 669 Flüchtlinge, wovon 409 Ukraineflüchtlinge waren, zu betreuen. Gegenüber 2021 bedeutet dies eine Steigerung um 476 Personen. Die Tendenz ist also sehr stark steigend. Problematisch ist dabei insbesondere, dass sowohl die Ukraineflüchtlinge als auch bei den Asylanten, und bei dieser Personengruppe sowohl die geduldeten als auch die anerkannten Flüchtlinge, viel länger in den Unterkünften verbleiben als dies vorgesehen ist. Dadurch entstehen also zusätzliche Unterbringungskosten als auch zusätzliche Personalkosten. Personal was nicht da ist und auf dem Arbeitsmarkt nicht besorgt werden kann. Letztendlich führt dies auch zu einer zusätzlichen Belastung des vorhandenen Personals.*

3. *Ein weiterhin bestimmendes Thema bleibt natürlich die Entwicklung der Aufwendungen und Erträge im Produktbereich „06 – Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“. Immer neue Rechtsansprüche, aufgrund von neuen Gesetzesvorgaben, führen hier zu zusätzlichen finanziellen als auch personellen Belastungen. Oft entsteht der Eindruck, dass das Konnexitätsprinzip, wenn überhaupt, allenfalls eine untergeordnete Rolle spielt. Dies betrifft aber nicht nur den konsumtiven Teil, sondern auch den investiven Bereich. Nahtlos übernommen werden kann diese Entwicklung mittlerweile auch für den Produktbereich „03 – Schulen“. Auch hier führen immer neue gesetzliche Vorgaben zu zusätzlichen finanziellen Belastungen, die nicht auskömmlich gegenfinanziert sind. Sollte diese Tendenz anhalten, dann bleiben für freiwillige Leistungen mehr oder weniger keine eigenen Mittel mehr übrig.*

4. *Nach wie vor maßgeblich für die Entwicklung künftiger Haushalte ist die Entwicklung der Kreisumlage. Hier hat sich der Trend der letzten Jahre nicht nur mit Zahlungen von gut 22 Mio. € bestätigt, sondern entwickelt sich mittlerweile mit 22,737 Mio. € deutlich Richtung 23,0 Mio. €. Hier bleibt weiterhin zu hoffen, dass die Kreispolitik die gut gefüllte Ausgleichsrücklage des Kreises auch in künftigen Jahren zum Wohle der kreisangehörigen Kommunen einsetzt.*

5. *Die „Personal- und Versorgungsaufwendungen“ haben sich mit 34,32 Mio. € gegenüber dem Vorjahr um 7,38 % bzw. 2,36 Mio. € erhöht. Eine Entwicklung, die insbesondere vor dem Hintergrund, dass nach wie vor noch immer viele vakante Stellen nicht besetzt werden können bzw. die Personalfluktuation nach wie vor immens ist, aus mehrfacher Sicht kritisch ist. Einerseits müssen die Aufgaben der nicht besetzten Stellen soweit es geht vom Stammpersonal mit übernommen werden und andererseits werden damit erhöhte Ausfallzeiten infolge von Überlastungen unumgänglich sein. Daneben scheint die weitere finanzielle Belastung durch erhöhte Tarifsteigerungen bzw. Besoldungserhöhungen, infolge von hohen Inflationsraten, mehr oder weniger in den Hintergrund zu treten.*

6. *Wie bereits eingangs erwähnt, musste in 2022 eine Inflationsrate von 7,9 % verkraftet werden. Hier bleibt abzuwarten, wie sich diese in den Folgejahren entwickeln wird. Zumindest 2023 werden daraus im konsumtiven Teil, z.B. im*

Energiebereich, erhebliche Mehraufwendungen gegenüber den Vorjahren zu erwarten sein.

Als Zwischenfazit kann für die Ergebnisrechnung festgestellt werden, dass trotz der finanziellen Belastungen aus der Coronapandemie, dem Ukrainekrieg und hohen Inflationsraten ein extrem hoher Jahresüberschuss von 11.047.068,70 € erwirtschaftet werden konnte. Auch wenn dies insbesondere auf extrem hohe Gewerbesteuererträge zurückzuführen ist, lässt dies trotzdem auf kurz- und mittelfristig ebenfalls zufriedenstellende Jahresergebnisse hoffen.

Neben Ergebnisrechnung und Bilanz ist die Finanzrechnung die dritte Komponente im „Drei-Komponenten-System". Eine elementare Kennzahl in der Finanzrechnung bildet dabei der „Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit" ab. Dieser schließt in 2021 mit einem Plus von 15.008.591,03 € (Vorjahr: 5.442.522,80 €) ab. Gegenüber der Planung bedeutet dies eine Verbesserung um 17.961.275,03 €. Damit können in diesem Jahr neben der kompletten Tilgungsleistung von 667.319,87 € auch die kompletten Investitionsauszahlungen von 16.982.500,50 € mit eigenen Mitteln finanziert werden. Eine äußerst erfreuliche Bilanz! Kredite wurden in 2022 nicht aufgenommen und es besteht weiterhin die Aussicht, dass, bis auf die Kredite aus dem Programm „Gute Schule 2020" (vgl. Erläuterung in vorherigen Berichten) alle anderen Kredite zum 31.12.2026 getilgt sein werden. Der Bestand der liquiden Mittel in der Finanzrechnung betrug zum 31.12.2022 insgesamt 28.785.799,39 € (Vorjahr: 22.927.741,18 €). Insgesamt kann zur Finanzrechnung als Zwischenfazit festgestellt werden, dass die maßgeblichen Kennzahlen abermals gute, nachhaltige Werte erkennen lassen. Erkennbar ist aber auch weiterhin, dass die anstehenden umfangreichen Investitionen in 2023 ff. nur schwerlich in einem Zug sowohl verwirklicht als auch finanziert werden können. Hier gilt es sich zurück zu nehmen und die Einsicht zu haben, dass nicht alle Investitionen gleichzeitig umgesetzt werden können, sondern Geduld und mittelfristige Genügsamkeit gefragt ist. Weiterhin gilt, dass nur durch eine sukzessive Abarbeitung der Investitionswünsche auch künftig eine auskömmliche Finanzierung in künftigen Haushalten und Jahresabschlüssen gewährleistet werden kann.

Bilanziell wirken sich diese wieder einmal sehr erfreulichen Kennzahlen in der Ergebnis- und Finanzrechnung ebenfalls durchweg positiv aus. Die Bilanzsumme hat sich auf 474.946.058,37 € (+ 3,65 % bzw. + 16,7 Mio. €) erhöht. Äußerst erfreulich ist dabei, dass sich insbesondere das Eigenkapital auf einen neuen Rekordwert von 240.222.138,26 € (+ 4,90 % bzw. + 11,2 Mio. €) erhöht hat. Während die Bilanzsumme damit den Höchstwert des Vorjahres nochmals deutlich übertroffen hat, kann auch beim Eigenkapital diese Aussage uneingeschränkt übernommen werden. Weiterhin erfreulich ist, dass in 2021 der Bestand an Investitionskrediten abermals reduziert werden konnte und zwar von 6.968.679,24 € auf 6.130.639,47 €. Bedenkt man, dass im Bestand zum 31.12.2022 auch Kreditbestände aus dem Programm „Gute Schule 2021" von 2.805.114,00 € enthalten sind, so beträgt der tatsächliche Nettobestand an Kreditverbindlichkeiten nur noch 3.325.525,37 €. Auf der Aktivseite konnten durch Investitionen von 17,0 Mio. € nicht nur die Abschreibungen von 10,1 Mio. € kompensiert, sondern der Bestand im Anlagevermögen von 407,1 Mio. € auf 414,4 Mio. € erhöht werden. Daneben haben sich die liquiden Mittel zum 31.12.2022 von 15,9 Mio. € auf 23,8 Mio. € erhöht. Liquide Mittel die für den hohen Investitionsbedarf kommender Jahre auch dringend benötigt werden, um die Finanzierung weiterhin aus

eigenen Mitteln sicher zu stellen. Genau wie bei der Ergebnisrechnung haben sich auch in 2022 in der Finanzrechnung die maßgeblichen Kennzahlen in der Bilanz ebenfalls wieder sehr positiv entwickelt.

Auch das abgelaufene Jahr hat wieder einmal gezeigt, wie solide in den vergangenen Jahren gewirtschaftet worden ist, so dass die Jahresrechnung in allen drei Komponenten sehr gute Ergebnisse geliefert hat. Der Grundstein für eine weiterhin gute Entwicklung ist damit auch mittelfristig gewährleistet.

Ergänzung des Lageberichtes durch den weiteren Verwaltungsvorstand:

I. Allgemeine Erläuterungen

Der Lagebericht zur Jahresrechnung soll nicht nur einen reinen Bericht zu den Finanzdaten enthalten, sondern vielmehr auch einen Gesamtüberblick über die wesentlichen Entwicklungen im Berichtsjahr geben. Dabei soll ein Überblick „zur Gesamtunternehmenslage“ als auch eine Einschätzung der bedeutenden Vorgänge, die sich seit der Planung ereignet haben, gegeben werden. Ebenfalls sollen Aussagen zu den zukünftigen Chancen und Risiken der Kommune getroffen werden.

Nach der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) und den in der Stadt festgesetzten Zuständigkeiten ergeben sich für den Verwaltungsvorstand klare Verantwortungsbereiche, die sich logischer Weise dann auch im Lagebericht widerspiegeln sollten. Dabei ist jedoch zu beachten, dass die Kommune - also auch die Stadt Erkelenz - gegenüber der Bürgerschaft sowie im staatlichen föderalen Konstrukt mit den zugewiesenen Pflichtaufgaben einen Gesamtauftrag zu erfüllen hat. Hieraus ergibt sich, dass trotz der getrennten Zuständigkeit immer die Gesamtsituation zu sehen ist und nicht einzelne, gerade gesellschaftspolitisch willkommene Themen so forciert werden, dass die Erfüllung des Gesamtauftrages oder die Gesamtfinanzen hierdurch mit starken negativen Auswirkungen gefährdet werden.

Der Kämmerer hat in seinem Teil des Lageberichts für die Stadt Erkelenz einen guten Überblick über die tatsächlichen Verhältnisse, die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage gegeben. Zur Vermeidung von Redundanzen und unnötiger nur seitenfüllender Texterstellung wird sich der ergänzende Teil des Lageberichts, der vom Bürgermeister sowie den Dezernenten zu verfassen ist, daher nur auf ergänzende bedeutende Themenfelder beziehen.

II. Bürgermeister und Dezernent des Dezernates I, Stephan Muckel

"Vielleicht gibt es schönere Zeiten, aber diese ist die unsere."

Mit diesen Worten beginne ich stellvertretend für meine Kollegen im Verwaltungsvorstand den Lagebericht für das Jahr 2022. Im vergangenen Jahr haben wir erlebt, dass sich die Krisenlage verändert hat. Während vor einem Jahr die Corona-Pandemie die vorherrschende Krise war, haben wir heute mit einer Vielzahl von überlagernden Krisen zu kämpfen. Der Ukraine-Krieg, die Flüchtlings- und

Energiekrise, Inflation, Materialknappheit Personalgewinnung sowie der Klimawandel sind nur einige der Herausforderungen, die auch in Erkelenz spürbar sind.

Trotz dieser schwierigen Zeiten gehen wir optimistisch voran und suchen gemeinsam im Rathaus, den hauptamtlich Tätigen und den ehrenamtlich Engagierten nach neuen Wegen und Chancen. Denn Erkelenz bedeutet Heimat für die Menschen, egal ob in der Innenstadt, in den Nachbarschaften oder in den Dörfern. Dieses Gefühl der Verbundenheit und Identifikation ist von unschätzbarem Wert und lässt sich nicht einfach nachbauen oder planen. Im Jahr 2022 konnten wir so endlich wieder zahlreiche Feste und kulturelle Highlights erleben, bei denen das "Erkelenz-Gefühl" besonders spürbar wurde. Der Lambertusmarkt, die Hohenbusch Klassixx, der Karneval und die Schützenfeste sind nur einige Beispiele dafür.

Um die Herausforderungen im Einzelhandel und in der Innenstadt anzugehen, haben wir in Erkelenz eine ganzheitliche Strategie entwickelt. Wir möchten weitere Besuchsgründe schaffen und setzen auf multifunktionale Ansätze, die Wohn-, Grün-, Freizeit-, Handels- und Büroflächen gleichermaßen umfassen. Eine autofreie Innenstadt ist dabei kein Dogma, vielmehr streben wir eine Erreichbarkeit auf verschiedenen Wegen und Arten an. Es geht darum, die Innenstadt als Erlebnis- und Begegnungsraum zu gestalten und die Aufenthaltsqualität zu verbessern. Der Franziskanerplatz wird vor diesem Hintergrund zu einem neuen "Familienplatz" mit Gastronomie und Kultur in der direkten Innenstadt entwickelt. Der Grünring an der Westpromenade wird aufgewertet und bietet vielfältige Nutzungsmöglichkeiten für alle Generationen. Am Markt haben erste Arbeiten begonnen, und an der Ostpromenade entsteht eine moderne "Mobilstation" mit zahlreichen Annehmlichkeiten und Parkmöglichkeiten. Besonders erfreulich ist, dass öffentliche Investitionen private Investitionen nach sich ziehen. Neue Wohn- und Geschäftsräume entstehen, die das Gesicht unserer Stadt verändern.

Zu den zukunftsweisenden Handlungsfeldern, die federführend im Dezernat I gesteuert werden, zählen Digitalisierung, Strukturwandel und Wirtschaftsförderung sowie Klimaschutz und Nachhaltigkeit.

Digitalisierung

Nicht erst die Pandemie hat der Digitalisierung bei uns in Erkelenz einen Schub versetzt. Schon vorher haben wir die Weichen gestellt und im letzten Jahr nochmal tüchtig draufgesattelt: mit noch mehr Fachpersonal, sprich IT-Experten, mehr digitalen Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger, umfassender digitaler Ausstattung für Schulen und einer frisch beschlossenen Digitalstrategie.

Auch hier meinen wir es mit der Bürgerbeteiligung ernst. Unsere Digitalstrategie haben wir mit dem neu gegründeten Digitalbeirat intensiv abgestimmt. Seit rund einem Jahr arbeitet der Digitalbeirat gemeinsam mit Mitarbeitenden aus der Verwaltung an der Strategie. Engagierte aus der Bürgerschaft und von lokalen Unternehmen trafen sich regelmäßig, um die Vision zu entwickeln, die Handlungsfelder festzulegen und erste Projekte in die Roadmap einfließen zu lassen.

Ferner versuchen wir Chancen der Digitalisierung zu heben, um verwaltungsinterne Prozesse zu hinterfragen, zu optimieren sowie vor dem Hintergrund des immer stärkende wirkenden (Fach-)kräftemangels die fortwährenden steigenden Aufgaben mit weniger Personal zu meistern. In diesem Zusammenhang verweise ich auf die Ausführungen des ersten Beigeordneten Dr. Hans-Heiner Gotzen.

Tagebau, Strukturwandel und Wirtschaftsförderung

Am Umsiedlungsstandort im Erkelenzer Norden wird es zunehmend lebendiger: Sportanlage, Feuerwehrgerätehaus, Spielplatz, Kirche und Friedhofshalle wurden der Bürgerschaft übergeben. Das Mehrzweckgebäude steht kurz vor der Fertigstellung und der Endausbau der Straßen- und Wegeinfrastruktur startet im Jahr 2023.

Der Tagebau und die Umsiedlung haben den Menschen viel abverlangt - nun wird hier neue Heimat gestaltet und neue Gemeinschaft aufgebaut – mit und von den Bürgerinnen und Bürgern. Ihnen gebührt großen Respekt vor dieser Lebensleistung.
Thema Tagebau: endlich Klarheit! Wirklich? Wir wissen jetzt: die alten Orte Keyenberg, Kuckum, Ober- und Unterwestrich sowie Berverath und landwirtschaftliche Flächen mit drei Feldhöfen bei Holzweiler bleiben erhalten. Wir können nun weiterdenken und tun das das auch. Wir entwickeln zusammen mit vielen Partnern ein Konzept für die Zukunft dieser Orte und Flächen. Die gesamte Bürgerschaft ist eingeladen, sich zu beteiligen. Eine große Chance für die Stadt und die Region.

Aber: immer noch unklar sind viele Detailfragen; viele Unsicherheiten belasten die Menschen in den Dörfern, in alt und neu sowie am Tagebaurand. Wo genau endet der Tagebau? Wo verläuft die Grenze? Hierzu bedarf es verlässlicher Planungen, die auch unabhängig von Wahlterminen Bestand haben! Und wir als Stadt brauchen für diese Herkulesaufgabe Unterstützung von Land und Bund. Dies vor dem Hintergrund, dass die finanziellen Spielräume geringer werden. Der Kämmerer Norbert Schmitz betont und verlangt notwendigerweise die richtigen Prioritätensetzungen.

Klimaschutz und Nachhaltigkeit

Die Bedrohung durch den Klimawandel ist allgegenwärtig, und obwohl wir ihn nicht aufhalten können, haben wir als Stadtverwaltung von Erkelenz das ehrgeizige Ziel, bis 2030 klimaneutral zu sein. Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir ein Klimaschutzleitbild entwickelt, das uns als roten Faden dient. In diesem Kapitel möchten wir einige Beispiele dafür vorstellen, wie wir als Stadtverwaltung aktiv Maßnahmen ergreifen, um unseren ökologischen Fußabdruck zu reduzieren.
Ein Bereich, in dem wir große Fortschritte erzielt haben, ist der Fuhrpark der Stadt. Wir sind stolz darauf, mit unserer gesamten städtischen Fahrzeugflotte auf Elektrofahrzeuge umgestiegen zu sein. Durch diese Umstellung verringern wir signifikant die Emissionen und tragen zur Verbesserung der Luftqualität in unserer Stadt bei.
Darüber hinaus haben wir uns das Ziel gesetzt, unsere Schulen, Kitas und Mehrzweckhallen energetisch zu optimieren. Durch die Umsetzung von effizienten Maßnahmen zur Energieeinsparung und -effizienz können wir den Energieverbrauch dieser Gebäude deutlich reduzieren. Modernste energetische Standards werden auch bei der Errichtung neuer Gebäude berücksichtigt, um sicherzustellen, dass sie

nachhaltig und ressourcenschonend sind. Dies beansprucht und wird in Zukunft die planerischen und technischen Kapazitäten des Dezernats von Ansgar Lurweg noch intensiver fordern.

Um erneuerbare Energien zu fördern, nutzen wir nicht nur Dachflächen, sondern haben auch zwei Freiflächenanlagen zur Stromerzeugung installiert. Wir sind stolz darauf, dass weitere Projekte in Planung sind, um unsere Energieproduktion aus erneuerbaren Quellen weiter auszubauen. Diese Maßnahmen sind ein wichtiger Schritt, um unsere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu reduzieren und unseren Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels zu leisten.

III. Erster Beigeordneter und Dezernent des Dez. II, Dr. Hans-Heiner Gotzen

Der Kämmerer hat bereits in seinen Ausführungen Herausforderungen aus dem Personalbereich sowie dem Bereich Kinder, Jugend und Familie dargelegt. Zur Vermeidung von Wiederholungen sei hierauf zunächst verwiesen. Auch wenn die Herausforderungen in den letzten Monaten deutlich größer geworden sind, sei darauf verwiesen, dass Erkelenz zur Bewältigung der Aufgaben nicht nur finanziell gut aufgestellt ist!

Die aktuellen Herausforderungen in der Flüchtlingsaufnahme lassen sich in den nüchternen Zahlen ablesen. Zum Stand Ende April sind in Erkelenz 1414 Geflüchtete und damit fast doppelt so viele Menschen wie zu Zeiten der Flüchtlingskrise 2015/2016 untergebracht! Bislang ist die Unterbringung und Versorgung dieser Menschen, auch dank der großen ehrenamtlichen Unterstützung sehr gut gelungen. Kindergartenplätze konnten bereitgestellt werden, die schulische Versorgung konnte ermöglicht werden und Wohnraum wurde gefunden. Innerhalb der vorhandenen Strukturen sind aber nunmehr nahezu alle personellen und räumlichen Reserven erschöpft. Bisherige Kindergartenbedarfsplanungen und auch Schulentwicklungsplanungen haben derartige Zuwachszahlen nicht prognostiziert – im Gegenteil, bislang wurde im Schulbereich ein nahezu ausreichendes Flächenangebot vor dem Hintergrund des demographischen Wandels attestiert und im Kindertagesstättenbereich ein nur moderates Wachstum bei den erforderlichen Platzzahlen erwartet. Im Kindertagesstättenbereich wurde in der diesjährigen Kindergartenbedarfsplanung darauf hingewiesen, dass die erforderlichen Plätze im Ü3-Bereich nur durch eine nach dem KiBiz zeitweise zulässige Überbelegung der Regelgruppen zur Verfügung gestellt werden konnten. Dies führt zum maßgeblichen Stichtag zu einem, orientiert an eine Regelbelegung entstehenden Defizit in der Ü3-Versorgung von derzeit 161 Plätzen! Hinzu kommt die Steigerung der Versorgungsquoten im Bereich der U3-Versorgung, die u.a. auch aufgrund der bundespolitisch zur Bekämpfung des Fachkräftemangels gewünschten frühzeitigen Beschäftigung junger Eltern nach Ihrer Mutterschutz- oder Elternzeit deutlich schneller aufwächst und nunmehr auch in Erkelenz bei zu erwartenden Versorgungsquoten von 50 – 65 % einen schnellen Aufwuchs von zusätzlich 56 bis 222 Plätzen erfordert! Damit sind die immensen Herausforderungen in der Schaffung von zusätzlichen Plätzen beschrieben, genau so groß wird aber auch die Herausforderung darin bestehen, dass erforderliche Personal hierfür zu finden!
Im Schulbereich zeichnet sich ebenfalls ein deutlich höherer Bedarf an mehr Schulraum ab, der seinen Grund in gestiegenen Geburtenzahlen und zugewanderten

Kindern hat. Zudem haben sich die Anforderungen an die Schulinfrastruktur stark verändert. Durch den ab 2026 verpflichtenden Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Primarbereich stehen sowohl für die Schaffung der notwendigen Schulinfrastruktur als auch für die erforderliche personelle Ausstattung große Herausforderungen an. Mehr als unverständlich ist, dass bis zum heutigen Tag im Land NRW eine Förderrichtlinie für diese Aufgabe fehlt und völlig unklar ist, wie letztlich die Finanzierung dieser Aufgabe sichergestellt werden soll. Zu befürchten ist, dass erhebliche finanzielle Mittel aus kommunalen Mitteln aufgewendet werden müssen.

Da aus den vorhandenen Unterkünften für geflüchtete Menschen seit Jahren aufgrund des Fehlens verfügbarer Kapazitäten kaum mehr Menschen in den freien Wohnungsmarkt wechseln können oder bei fehlender Bleibeperspektive in ihr Heimatland zurückkehren, müssen dringend sowohl zusätzliche Plätze für Geflüchtete geschaffen und freier Wohnraum für Menschen mit einer Integrationsperspektive geschaffen werden. Der weltweit starke Anstieg der Konflikte und Krisensituation lässt erwarten, dass die Anzahl geflüchteter Menschen deutlich zunehmen wird. Die derzeitigen Zuwachszahlen von rund 50 – 60 Personen monatlich lassen erkennen über welch gewaltigen Zuwachs gesprochen wird! Anzumerken ist, dass dabei kaum mehr Geflüchtete aus der Ukraine zu verzeichnen sind, wohl aber aus vielen Krisenregionen unserer Welt Menschen Zuflucht suchen.
Zusammengefasst ergibt sich damit alleine aus dem so nie dagewesenen Flüchtlingszustrom die Notwendigkeit der Schaffung zusätzlicher Infrastruktur für Unterbringung, frühkindliche sowie schulische Versorgung und Wohnraumversorgung, die bislang im Finanzplan nur rudimentär oder gar nicht berücksichtigt werden konnte. Dies trifft auf eine personell äußerst angespannte Situation in der Verwaltung und im gesamten Bauhandwerk sowie kaum vorhandenen Kapazitäten für die Planung und Realisierung von Bauvorhaben neben den ohnehin schon umfangreichen Investitionsvorhaben der Stadt. Hier werden die vorstehenden Ausführungen dringend zu neuen Prioritätensetzungen führen müssen!

Abschließend ein Hinweis zum Thema Fachkräftemangel. Bereits im letzten Jahr wurde darauf hingewiesen, dass es wichtig ist, den öffentlichen Dienst attraktiv und konkurrenzfähig zu halten. Die demographische Entwicklung führt dazu, dass bereits seit einiger Zeit mehr Personen aus dem Erwerbsleben ausscheiden und weniger Erwerbstätige zur Verfügung stehen. Der Kampf um gutes Personal ist in vollem Gange! Gutes Personal braucht aber attraktive Rahmenbedingungen! Eine seit Jahren anwachsende Flut neuer gesetzlicher Aufgaben erhöht gravierend den Bedarf an Personal im öffentlichen Dienst! Dies führt dazu, dass zukünftig mit deutlich höheren Personalausgaben zu rechnen ist und das Vorhandensein von Personal der limitierende Faktor für die Erledigung von Aufgaben sein wird! Die Besetzung von Stellen mit geeignetem Personal gelingt in der Erkelenz grundsätzlich noch sehr gut, wenngleich bereits bei einzelnen Berufsgruppen erhebliche Schwierigkeiten in der Besetzung oder Nachbesetzung bestehen. Digitalisierung, der in Erkelenz zu Recht eine große Bedeutung beigemessen wird, wird helfen, Prozesse schlanker, für den Bürger einfacher und augenscheinlich auch weniger personalintensiv durchzuführen. Digitalisierung benötigt aber wiederrum Fachpersonal, so dass eine merkliche Reduzierung des Personalbedarfs insgesamt jedenfalls derzeit nicht zu erwarten ist. Eine konsequente Aufgabenkritik ist die einzige Lösung, dem vorstehenden benannten

Dilemma zu entgehen. Hierbei ist aber die Bundes- und Landesebene gefordert, da annähernd 95% der kommunalen Aufgaben nicht der kommunalen Selbstverwaltung entstammen. Leider erliegt der Gesetzgeber auf Bundes- und Landesebene immer mehr der Optimierungsfalle, die dazu führt, dass Gesetze unendlich lang und kompliziert werden und sehr viel Umsetzungsaufwand bedürfen. Dies muss anders werden. Nochmals: das erforderliche Personal ist, wie in fast allen Lebens- und Wirtschaftsbereichen der Bundesrepublik Deutschland, nicht mehr vorhanden. Es muss mehr ganzheitlich gedacht werden und die Aufgaben müssen priorisiert werden, um Enttäuschungen in der Bevölkerung zu vermeiden und eine Überlastung des vorhanden, aber ohnehin schon äußerst belasteten Personals zu vermeiden!

IV. Technischer Beigeordneter und Dezernent des Dez. III, Ansgar Lurweg

Länger als ein Jahr Ukrainekrieg, die Mitglieder des Verwaltungsvorstandes haben in ihren Funktionen bereits auf die unterschiedlichen Auswirkungen in ihren Bereichen hingewiesen. Nach wie vor gibt es Auswirkungen auch auf die Bautätigkeit der Verwaltung und der Gesamtstadt Erkelenz.

Wie volatil der Baumarkt reagiert, zeigt sich u. a. an den veränderten Randbedingungen für die Finanzierung im Baubereich. Die Bautätigkeit im Kreis Heinsberg ist im Jahr 2022 um mehr 15% zurückgegangen. Das betrifft den gesamten privaten und öffentlichen Bausektor. Zinssteigerungen und Materialknappheit sind die Kennzeichen des Jahres 2022. Die Materialknappheit betrifft nach wie vor auch die kommunale Bautätigkeit. Mehrere größere Bauprojekte haben zeitliche Verzögerungen. Im Tiefbaubereich betrifft das auf einmal Material für den Unterbau von Straßen, im Hochbau ist es jetzt vor allem die technische Gebäudeausrüstung. Wärmepumpen haben Lieferzeiten von mehr als einem Jahr oder sind auf dem Markt teilweise überhaupt nicht zu bekommen. Preise und Materialverfügbarkeit sind zurzeit kaum realistisch zu kalkulieren.

Die Baupreise haben sich im Jahr 2022 auf hohem Niveau stabilisiert. Wer jetzt allerdings mit Investitionen wartet, weil er glaubt, dass es wieder billiger wird, ist schlecht beraten. Die anstehende Tarifrunde in der Bauwirtschaft wird dazu führen, dass die möglichen Preissenkungen beim Material direkt durch die zu erwartenden Lohnsteigerungen aufgezehrt werden. Billig war gestern, Qualität zu annehmbaren Preisen wäre auch in der Zukunft wünschenswert. Dazu bedarf es aber auch gut ausgebildetes und bezahltes Personal im Ingenieur- und Handwerkerbereich.

Auf die schwierigen Rahmenbedingungen bei der Personalgewinnung ist Dr. Gotzen schon eingegangen. Personalmangel in allen technischen Bereichen führt dazu, dass nicht mehr alle Projekte der Stadt Erkelenz in den ursprünglich vorgesehenen Zeitplanungen umgesetzt werden können. Bereits seit mehreren Jahren ist es nicht mehr möglich, alle freien Stellen im Baudezernat zeitnah nach zu besetzen. Das betrifft mittlerweile auch einfache Stellen im Bereich des Baubetriebshofes. Das „Schicksal" teilen wir auch mit vielen beteiligten Ingenieurbüros aber auch anderen Kommunalverwaltungen, die um die gleichen Arbeitskräfte konkurrieren. Reibungsverluste bei der Projektabwicklung führen trotz guter Vorbereitung zu erheblichen zeitlichen Verzögerungen und auch deutlichen Mehrbelastungen der

Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Rekordinvestitionen und stetig steigende Anforderungen an das Bauen müssen auch bewältigt werden.Zwingend ist daher für die nächsten Jahre eine Priorisierung der unterschiedlichen Aufgabenbereiche und Maßnahmen erforderlich, die sich an den Kernaufgaben der Verwaltung und an den wesentlichen Aufgabenstellungen orientieren muss. „Must to have" muss die Devise lauten.

Die Umsetzung der komplexen Maßnahmen im Rahmen des Integrierten Handlungskonzeptes Erkelenz 2030 ist eine große Herausforderung, die abhängig von einer geschickten Projektsteuerung und vom zur Verfügung stehenden Fachpersonal ist. Da Maßnahmen zeitlich ineinandergreifen und teilweise abhängig von der Fertigstellung der Vorgängermaßnahmen sind, kommt der sehr zeitintensiven Projektsteuerung eine besondere Bedeutung zu. Bisher ist es gelungen, auch für alle Gewerke Baufirmen zu finden. Das ist keine Selbstverständlichkeit mehr.

Die ersten großen Baumaßnahmen des integrierten Handlungskonzeptes sind angelaufen bzw. stehen teilweise vor der Fertigstellung im Jahr 2023. Nach über 5 Jahren intensiver Planungs- und Beteiligungsphase der Stadtgesellschaft werden jetzt erste Ergebnisse auch im öffentlichen Raum sichtbar. Die Umgestaltung der Innenstadt im Rahmen einer sich verändernden Gesellschaft zu mehr Aufenthaltsqualität, zu mehr Wohnqualität, zu einem geänderten Mobilitätsverhalten, zu einer Vision mit mehr Radverkehr auf Vorrangrouten und mehr ÖPNV, zu insgesamt mehr Lebensqualität, ist die große Chance für Zukunftsfähigkeit.

25 Jahre Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz!!! Seinerzeit eine weise und nachhaltige Entscheidung zur Gründung. Auch wenn es nach wie vor eine hohe Nachfrage nach Baugrundstücken in Erkelenz gibt, wird es vor dem Hintergrund der Baupreissteigerungen und der geänderten Randbedingungen bei der Finanzierung in den folgenden Jahren nicht mehr so einfach weitergehen (können). Die Planungen der GEE für die Baugebietsentwicklungen für die nächsten 10 Jahre sind zwar bereits weit fortgeschritten, so dass die Aufgaben der Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft auch in Zukunft gesichert sind. Der Personenkreis, der sich das Bauen in Zukunft noch leisten möchte, wird allerdings kleiner werden und damit auch der Kundenkreis der GEE. Kleinere Grundstücke, flexiblere Regelungen in Notarverträgen und auf die Situation angepasste Festsetzungen in Bebauungsplänen gehören bereits seit geraumer Zeit zum Alltag beim Grundstücksverkauf.

Stolz haben wir im vergangen Jahr darüber berichtet, dass die GEE zukünftig auch in eigener Verantwortung Wohnungsbauprojekte im Rahmen der öffentlichen Förderung realisieren wird und das erste Projekt schon in den Startlöchern steht. Ernüchternd müssen wir jetzt festhalten, dass bis Mai 2023 noch immer kein Förderbescheid der zuständigen Bewilligungsbehörde vorliegt, obwohl der Antrag schon vor mehr als 6 Monaten gestellt wurde. Wir bürokratisieren uns zu Tode. Warum muss eine 100 % Tochtergesellschaft einer Kommune eine mehrere Wochen dauernde Bonitätsprüfung der NRW-Bank über sich ergehen lassen um Finanzmittel für geförderten Wohnungsbau zu erhalten? Warum werden die Quadratmetergrößen der (natürlich nach DIN geplanten barrierefreien) Badezimmer bei der technischen Prüfung durch die Bewilligungsbehörde auf die dritte Stelle!!!! hinter dem Komma geprüft? So sieht leider die Realität beim Wohnungsbau aus. Politische Botschaften hören sich da

allerdings anders an und gehen komplett daran vorbei. In der Stadt Erkelenz müssen in den nächsten Jahren nicht nur Schulen und KITAS im Rahmen der Integration von zurzeit über 1.500 Flüchtlingen gebaut werden, sondern auch eine Menge zusätzlicher Wohnungen. Das wird so sicherlich nicht klappen. Wir brauchen auch dort dringendst die Reduzierung von Standards für einfacheren und bezahlbaren Wohnungsbau und den Abbau von bürokratischen Regelungen. Der Unterschied zwischen einer Container-Flüchtlingsunterkunft und einer Wohnung im öffentlich geförderten Wohnungsbau nach Passivhausstandard und barrierefrei kann nicht größer sein. Weniger wäre hier sicherlich deutlich mehr. Ansonsten wird das System kollabieren. Die von der Politik ausgerufene Zielsetzungen für den Bau von durchschnittlich 400.000 Wohnungen im Jahr erscheint in einem anderen Licht, wenn man selber bauen möchte (muss) und sich nicht nur bei der Verkündung von neuen Förderprogrammen in diesem Licht sonnen kann.

Außerdem bedarf es Flächen für die Stadtentwicklung. Stadtentwicklung zeichnet sich immer schon durch die Konkurrenz von unterschiedlichen Flächennutzungen aus. Die richtige Balance im Sinne auch von nachhaltiger Stadtentwicklung hat vor allen Dingen die Aktivierung von bisher nicht genutzten oder brachgefallen Flächen im Blick. Das wird allerdings für die ausgerufenen Bedarfe überhaupt nicht ausreichen, selbst unter Einbeziehung möglicher neuer Flächen im Bereich der 5 Orte, die nicht mehr umgesiedelt werden sollen. Die Zukunftsvision für eine Fläche von über 25 Quadratkilometer Stadtgebiet bietet die Chance, die zurzeit diskutierten Megathemen alle auf einen kleinen Bereich heruntergebrochen auch in Erkelenz transparent zu machen und tatsächlich nachhaltige und zukunftsweisende Lösungen zu entwickeln. Es wäre schön, wenn das jenseits politischer Ideologien tatsächlich gelänge. Breite Beteiligungsprozesse sind für Ideenfindungen hilfreich aber nicht für schwierige Entscheidungsprozesse die letztlich dann in Kompromissen enden. Zukunftsweisende Stadtplanung muss Konzepte hervorbringen, die „generationenfest“ sind. Menschen von heute entscheiden über Vorschläge, die erst die nächsten Generationen betreffen. Wie schwierig es manchmal ist, Verzicht zugunsten von Generationengerechtigkeit zu üben, sieht man allendhalber an der Diskussion um den Klimaschutz oder die Energieversorgung.

Energieversorgung ist das letzte Stichwort. Nicht nur das Bauen wird teurer, sondern auch der Betrieb der Gebäude. Der beispiellose politische Eingriff in den Energiemarkt wird u. a. dazu führen, dass die Kosten für die Energieversorgung von Gebäuden oder allgemein baulichen Anlagen auf einem hohen Niveau bleiben wird, auch nach Wegfall der sogenannten Preisbremsen. Bei der Stadt Erkelenz haben sich die Energiekosten innerhalb des laufenden Jahres im Vergleich zu den Vorjahren durch die Preisanpassungen mehr als verdoppelt. Ein Grund mehr, genau zu prüfen, welche Gebäude wir in Zukunft für die Erfüllung der kommunalen Aufgaben tatsächlich brauchen.

Bauaufgaben orientieren sich immer an den allgemeinen gesellschaftlichen und finanziellen Rahmenbedingungen. Das wird auf absehbare Zeit auch vor dem Hintergrund des Weltgeschehens sicherlich eine herausfordernde Aufgabe bleiben.“

Nach Auffassung der Örtlichen Rechnungsprüfung spiegeln die Aussagen im Lagebericht insgesamt die künftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend wieder.

Die Örtliche Rechnungsprüfung regt an, die Risiken falls möglich finanziell zu bewerten, um sie damit für die Zukunft anschaulicher zu machen. Die derzeitige Sondersituation führt jedoch allen Beteiligten vor Augen, dass dies zum jetzigen Zeitpunkt nahezu unmöglich erscheint.

3.1.3 Zusammenfassende Beurteilung

Der Landrat des Kreises Heinsberg teilte mit Schreiben vom 05.01.2022 mit, dass gem. § 75 Abs. 2 GO NRW der Haushalt für das Haushaltsjahr 2022 in Planung und Rechnung ausgeglichen sein muss, indem der Gesamtbetrag der Erträge die Höhe der Aufwendungen erreicht oder übersteigt.

Die Haushaltsplanung 2022 ging von einem Jahresfehlbetrag von 2.500.000,00 € aus. Der Jahresabschluss 2022 hat ergeben, dass der Gesamtbetrag der Erträge die Höhe der Aufwendungen übersteigt. Der Jahresüberschuss 2022 beträgt: 11.047.068,70 €. Dies entspricht einer Ergebnisverbesserung von 13.547.068,70 €.

Der aktuelle Bestand der Ausgleichsrücklage zum 31.12.2022 beträgt: 37.943.043,53 €. Nach erfolgtem Ratsbeschluss wird der Jahresüberschuss 2022 in Höhe von 11.047.068,70 € die Ausgleichsrücklage auf 48.990.112,23 € erhöhen.

Der Bestand der Ausgleichsrücklage wird voraussichtlich die Genehmigungspflicht zukünftiger Haushaltssatzungen der Stadt Erkelenz durch die Aufsichtsbehörde des Kreises Heinsberg für den Zeitraum der mittelfristigen Ergebnisplanung verhindern. Ob dies aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen, der weltpolitischen Lage, der gestiegenen Inflation, sowie der hohen Energiepreise, tatsächlich so eintritt, bleibt abzuwarten.

Personal-, Energie-, und Baukosten, werden aufgrund der im Lagebericht richtigerweise geschilderten Situation steigen. Daher sollte weiterhin aufgrund der bereits jetzt erkennbaren Situation mit aller Besonnenheit maßvoll mit den Haushaltsmitteln der kommenden Jahre umgegangen werden.

Im Jahr 2022 wurde wie in den vergangenen Jahren von der Regelung Gebrauch gemacht, dass Erträge und Aufwendungen aus dem Abgang und der Veräußerung von Vermögensgegenständen nicht mehr ergebniswirksam darzustellen sind, sondern unmittelbar mit der allgemeinen Rücklage verrechnet werden können (§ 44 Abs. 3 KomHVO NRW).

Die einzelnen Aufwendungen und Erträge der betroffenen Finanzvorfälle sind, wie es § 44 Abs. 3 KomHVO NRW fordert, im Anhang zum Jahresabschluss erläutert.
Die Gesamtsumme der betroffenen Finanzvorfälle beträgt im Jahr 2022 lediglich 154.602,82 €. Der Bestand der allgemeinen Rücklage beträgt zum Bilanzstichtag 31.12.2022: 189.489.993,85 €.

In der nachfolgenden Tabelle sind sowohl die seinerzeit prognostizierten als auch die tatsächlichen Ergebnisse der Jahre 2013 bis 2022 sowie die Ergebnisplanungen der Jahre 2023 bis 2025 dargestellt.

Prognose und Entwicklung der Jahresergebnisse:

	Ordentliche Erträge	Außerordentliche Erträge ab 2020	Ordentliche Aufwendungen	Finanzerträge	Zinsen u. so. Finanz-aufwendungen	**Jahres-ergebnis**
Planung 2013	83.398.464,00 €	0,00 €	-89.249.421,00 €	5.517.005,00 €	-1.398.048,00 €	**-1.732.000,00 €**
Ergebnis 2013	83.125.363,24 €	0,00 €	-89.145.829,40 €	6.452.091,33 €	-1.012.404,54 €	**-580.779,37 €**
Planung 2014	83.556.114,00 €	0,00 €	-90.625.627,00 €	6.064.405,00 €	-1.174.892,00 €	**-2.180.000,00 €**
Ergebnis 2014	84.785.317,94 €	0,00 €	-89.895.674,46 €	5.679.751,85 €	-987.644,28 €	**-418.248,95 €**
Planung 2015	83.302.351,00 €	0,00 €	-91.066.023,00 €	6.060.132,00 €	-956.460,00 €	**-2.660.000,00 €**
Ergebnis 2015	87.308.293,65 €	0,00 €	-92.637.835,69 €	6.232.165,38 €	-823.160,98 €	**79.462,36 €**
Planung 2016	90.107.665,00 €	0,00 €	-98.481.200,00 €	5.965.935,00 €	-882.400,00 €	**-3.290.000,00 €**
Ergebnis 2016	94.699.068,80 €	0,00 €	-99.891.909,27 €	6.446.939,28 €	-584.219,56 €	**669.879,25 €**
Planung 2017	95.770.015,00 €	0,00 €	-102.860.939,00 €	5.985.055,00 €	-614.131,00 €	**-1.720.000,00 €**
Ergebnis 2017	99.360.051,80 €	0,00 €	-101.053.742,79 €	6.150.479,97 €	-573.076,99 €	**3.883.711,99 €**
Planung 2018	100.413.350,00 €	0,00 €	-106.042.507,00 €	5.928.654,00 €	-585.497,00 €	**-286.000,00 €**
Ergebnis 2018	103.191.723,09 €	0,00 €	-101.967.876,21 €	6.031.080,56 €	-628.337,83 €	**6.626.589,61 €**
Planung 2019	99.704.294,00 €	0,00 €	-106.570.699,00 €	6.150.378,00 €	-583.973,00 €	**-1.300.000,00 €**
Ergebnis 2019	103.097.415,87 €	0,00 €	-105.304.046,18 €	6.509.510,04 €	-654.852,81 €	**3.648.026,92 €**
Planung 2020	105.673.500,00 €	0,00 €	-110.804.220,00 €	5.986.460,00 €	-420.740,00 €	**435.000,00 €**
Ergebnis 2020	105.829.763,79 €	2.945.134,55 €	-108.775.247,77 €	6.227.655,14 €	-259.774,90 €	**5.967.530,81 €**
Planung 2021	103.503.836,00 €	5.345.709,00 €	-114.081.152,00 €	5.869.551,00 €	-372.944,00 €	**265.000,00 €**
Ergebnis 2021	105.120.765,41 €	3.222.711,81 €	-107.967.284,06 €	6.935.512,45 €	-717.682,43 €	**6.594.023,18 €**
Planung 2022	108.329.109,00 €	3.304.000,00 €	-119.858.588,00 €	6.118.368,00 €	-392.889,00 €	**-2.500.000,00 €**
Ergebnis 2022	122.438.242,47 €	0,00 €	-117.121.206,18 €	6.027.355,96 €	-297.323,55 €	**11.047.068,70 €**
Planung 2023	110.696.747,00 €	1.248.000,00 €	-117.861.611,00 €	6.197.771,00 €	-364.907,00 €	**-84.000,00 €**
Planung 2024	114.249.271,00 €	0,00 €	-119.589.699,00 €	6.216.104,00 €	-351.676,00 €	**524.000,00 €**
Planung 2025	116.610.740,00 €	0,00 €	-120.763.959,00 €	6.384.560,00 €	-339.341,00 €	**1.892.000,00 €**

Eine weitere unbekannte Größe ist die zukünftige Entscheidung des Rates, wie mit der in der Bilanz ausgewiesenen Bilanzierungshilfe umgegangen werden soll. Von dieser Entscheidung wird abhängig sein, inwieweit die Jahresergebnisse zukünftig belastet werden. Dazu wird zum anstehenden Zeitpunkt sicherlich das Für und Wider durch den Rat abzuwägen sein.

3.2 Unregelmäßigkeiten

Bei der Durchführung der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes wurden keine Unrichtigkeiten oder schwerwiegende Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften und/oder die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen festgestellt.

Der Entwurf des Jahresabschlusses 2022 wurde am 03.05.2023 durch den Kämmerer aufgestellt, am gleichen Tage durch den Bürgermeister bestätigt und am 15.06.2023 über den Haupt- und Finanzausschuss dem Rat der Stadt Erkelenz zur Feststellung zugeleitet.

Durch Ratsbeschluss vom 21.06.2023 wurde die Prüfung des Entwurfs des Jahresabschlusses an den Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung verwiesen. Dieser bedient sich gem. § 59 Abs. 3 Satz 2 GO NRW der Örtlichen Rechnungsprüfung.

Die Örtliche Rechnungsprüfung stellt fest, dass der Jahresabschluss 2022 nicht fristgerecht durch den Kämmerer aufgestellt wurde.

Die Örtliche Rechnungsprüfung weist wiederholt darauf hin, dass nach § 95 Abs. 5 GO NRW der Entwurf des Jahresabschlusses innerhalb von 3 Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres dem Rat zur Feststellung zuzuleiten war. Der Entwurf des Jahresabschlusses 2022 hätte dem Rat also bis zum 31.03.2023 zugeleitet werden müssen.

Von daher ergeht durch die Örtliche Rechnungsprüfung lediglich der Hinweis darauf, dass § 95 Abs. 5 GO NRW alte Fassung für den Jahresabschluss 2022 unverändert Gültigkeit hatte.

Im Vorgriff auf den Jahresabschluss 2023 sei erwähnt, dass die Vorschrift des § 95 Abs. 5 GO dahingehend geändert wurde, dass die Frist für die Zuleitung auf den 30.06. des Folgejahres verlängert wurde.

4 Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

4.1 Gegenstand der Prüfung

Erstellung, Aufstellung, Inhalt und Ausgestaltung der Buchführung, des Jahresabschlusses und des Lageberichtes liegen in der Verantwortung des Bürgermeisters der Stadt Erkelenz. Aufgabe der Örtlichen Rechnungsprüfung ist es, auf der Grundlage der durchgeführten, pflichtgemäßen Prüfung ein Urteil über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung, der Inventur, des Inventars sowie der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände und über den Lagebericht abzugeben.

Dazu hat die Örtliche Rechnungsprüfung die Buchführung, die Inventur, das Inventar, die örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände, den Jahresabschluss zum 31.12.2022, bestehend aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen, der Bilanz **(Anlage 1)** sowie dem Anhang **(Anlage 2)** und dem Lagebericht für das Haushaltsjahr vom 01.01.2022 bis 31.12.2022 **(Anlage 3)** der Stadt Erkelenz, geprüft.

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Vorschriften zur Rechnungslegung nach der GO NRW bzw. KomHVO NRW aufgestellt. Im Rahmen des gesetzlichen Prüfungsauftrages wurde die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen über den Jahresabschluss und den Lagebericht sowie die Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung geprüft.

Hierfür notwendige Unterlagen wurden zur Verfügung gestellt, erforderliche Aufklärungen und Nachweise erteilt. Redaktionelle Änderungen und bei der Prüfung aufkommende Fragestellungen wurden im Vorfeld mit dem Kämmerer besprochen und ausgeräumt.

4.2 Art und Umfang der Prüfung

Die Örtliche Rechnungsprüfung hat die Prüfung nach den §§ 102 und 104 GO NRW und in Anlehnung an die vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) bzw. Institut der Rechnungsprüfer (IDR) festgestellten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen.

Diese Grundsätze erfordern es, die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass ein hinreichend sicheres Urteil darüber abgegeben werden kann, ob die Buchführung eine den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Aussage trifft und somit der Jahresabschluss und der Lagebericht frei von wesentlichen Fehlern sind.

Auf der Grundlage des vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) entwickelten risikoorientierten Prüfungsansatzes ist eine am Risiko der Stadt Erkelenz ausgerichtete Prüfungsplanung durchgeführt worden.

Die Prüfung eines Jahresabschlusses beginnt nicht etwa erst an dem Zeitpunkt, zu dem er aufgrund des Beschlusses des Rates der Örtlichen Rechnungsprüfung vorgelegt wird. Vielmehr werden zahlreiche Prüfbereiche bereits vorher unterjährig im Laufe des entsprechenden Haushaltsjahres betrachtet.

So können im Rahmen des risikoorientierten Prüfungsansatzes bereits frühzeitig mögliche Fehlerquellen festgestellt werden. Dies wiederum ermöglicht es, so rechtzeitig gegenzusteuern, dass es bei der Erstellung des Jahresabschlusses erst gar nicht zu entsprechenden Fehlern und, in der Folge davon, zu Prüfbeanstandungen kommt. Alle Prüfbetrachtungen und -ergebnisse fließen anschließend in die Prüfung des Jahresabschlusses ein.

Folgende Prüfbereiche wurden bereits unterjährig betrachtet:

<u>Überwachung der Finanzbuchhaltung</u>

Kontrollen fanden hier insbesondere in den nachstehend genannten Bereichen statt:

Dauernde Überwachung der Zahlungsabwicklungsstelle (ZAS) anhand folgender Prüfung in 2022:

- Serviceportal ePayment
- Prozessprüfung „Vernichtung ungültiger Schecks“

Unvermutete Prüfungen der dezentralen Erledigung der Zahlungsabwicklung bei den folgenden Einnahmekassen (grundsätzlich einmal jährlich): Bauaufsichtsamt, Bürgerbüro, Bücherei, ERKA-Bad, Ordnungsamt Außendienst, Ordnungsamt Gewerbestelle, Ordnungsamt Standesamt, Ordnungsamt Straßenverkehrsangelegenheiten, Amt für Strukturwandel / Wirtschaftsförderung.

Prüfungsinhalte sind dabei die Ermittlung der Kassen-Ist-Bestände und der Kassen-Soll-Bestände sowie Vergleiche hinsichtlich ihrer Übereinstimmung, die Abwicklung

des Zahlungsverkehrs, die Buchführung einschließlich der hierzu erforderlichen Belege mit Hilfe der Auswertungen aus dem Kassenprogramm „KomCash“ oder sonstigen Belegen, dem Buchführungssystem Infoma sowie die wirtschaftliche und ordnungsmäßige Erledigung der Kassengeschäfte.

Vergabeprüfungen

Grundsätzlich werden Ausschreibungsverfahren über die Vergabeplattform (Vergabesatellit Wirtschaftsregion Aachen) abgewickelt.

Vorbeugende und begleitende Kontrollen sowohl bei der Vergabe von Lieferungen und Leistungen als auch bei Bauaufträgen mit den folgenden Schwerpunkten wurden durchgeführt:

- Beachtung der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit,
- Überwachung der Einhaltung der Vergaberichtlinien,
- Beteiligung an Submissionsterminen incl. anschließender formaler Prüfung der Angebotsunterlagen,
- Überprüfung von Vergabeangelegenheiten über 5.000,00 € zuzüglich Umsatzsteuer mit entsprechenden Prüfvermerken bzw. Prüffeststellungen für folgende neun Organisationseinheiten: Hauptamt, Personalamt, Rechts- u. Ordnungsamt, Amt für Bildung u. Sport, Amt für Kinder, Jugend, Familie u. Soziales, Baubetriebs- u. Grünflächenamt, Planungsamt, Bauaufsichts- u. Hochbauamt, Tiefbauamt, Abwasserbetrieb, Amt für Strukturwandel und Wirtschaftsförderung sowie das Referat für Klimaschutz,
- Prüfung von Schlussrechnungen, wenn sie in Ausführung oder Abrechnung vom eingebuchten Auftrag ab 5.000,00 € zuzgl. Umsatzsteuer abweichen,
- Prüfung von Rechnungen über 2.000,00 € zuzgl. Umsatzsteuer ohne vorherige Auftragseinbuchung

Die von der Örtlichen Rechnungsprüfung geprüften Vergabeverfahren wurden gem. gem. § 104 Abs. 2 Satz 1 GO NRW auch auf Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit geprüft.

Sonderprüfungen

Sonderprüfungen in den verschiedenen Ämtern und Sachgebieten der Verwaltung sowie projektbezogene Überprüfungen fanden statt, zu Themen wie

- Prüfung des Verwendungsnachweises im Bereich des Klimamanagements,
- Prüfung der Verwendungsnachweise für die Unterhaltung der Kriegsgräber sowie des jüdischen Friedhofes,
- Prüfung von Verrechnungen mit der allgemeinen Rücklage gem. § 44 Absatz 3 KomHVO NRW im Amt für Kommunalwirtschaft,
- Prüfung der Instandhaltungsrückstellungen gem. § 37 Absatz 4 KomHVO NRW im Amt für Kommunalwirtschaft,
- Prüfung des Beteiligungsberichtes zum 31.12.2022,

- Prüfung der Schulgirokonten,
- Prüfung des Verwendungsnachweise der E-Kehrmaschine im Amt 60.

Prüfung des sozialen Bereiches

Im Rahmen der Rechtsgrundlagen des Zwölften Sozialgesetzbuches sowie der hierzu ergangenen Weisungen des örtlichen Trägers der Sozialhilfe (Kreis Heinsberg) sind schwerpunktmäßig folgende Bereiche betrachtet worden:

Prüfung des Abrechnungsverfahrens der Sozialhilfeleistungen (Grundsicherung im Alter und bei voller Erwerbsminderung; Hilfe zum Lebensunterhalt für diejenigen, die keine Leistungsansprüche nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch haben; Hilfen in besonderen Lebenslagen) sowie Ermittlung der Ein- und Auszahlungen einschließlich Überprüfung der monatlichen Abrechnungen mit dem örtlichen Träger der Sozialhilfe (§ 3 II SGB XII), Prüfung von Einzelfallentscheidungen, Bekanntgabe des Ergebnisses der Prüfung an den Kreis Heinsberg, sowie die Erteilung eines Untertestates an den Kreis Heinsberg im Zusammenhang mit den Grundsicherungsleistungen gem. § 7 Abs. 2 Ausführungsgesetz SGB XII NRW.

Weiterhin erfolgte auch in 2022 die Prüfung der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG).

Art, Umfang und zeitlicher Ablauf der einzelnen Prüfungshandlungen sowie der Einsatz der Mitarbeiter wurden unter Berücksichtigung der Risikoeinschätzung sowie der Wesentlichkeit bestimmt.

Die Prüfungsstrategie des risikoorientierten Prüfungsansatzes hat zu weiteren Schwerpunkten des Prüfungsprogramms geführt:

- Aufwendungen zur Erhaltung der gemeindlichen Leistungsfähigkeit (NKF-COVID-19-Ukraine-Isolierungsgesetz – NKF-CUIG)

  Das NKF-CIG war erstmals prägend für den Jahresabschluss 2020. Das Jahresergebnis 2021 war wieder geprägt von den Auswirkungen des NKF-CUIG. Für den Jahresabschluss 2022 ist festzustellen, dass ein positives Ergebnis bei der Ermittlung der Belastungen nach dem NKF-CUIG erzielt wurde. Dies ist gleichbedeutend damit, dass die Erträge höher ausgefallen sind als die Aufwendungen. Somit sind keine zusätzlichen primären Belastungen nach dem NKF-CUIG für 2022 angefallen. Demzufolge ist auch kein außerordentlicher Ertrag bzw. außerordentliches Ergebnis angefallen und auszuweisen.

  Die entsprechenden Berechnungen zu den Mehraufwendungen bzw. Mindererträgen, die zu den außerordentlichen Erträgen hätten führen können, wurden ausführlich im Anhang auf den Seiten 467 – 470 erläutert. Die Örtliche Rechnungsprüfung hat die dazugehörigen Aufstellungen des Amtes für Kommunalwirtschaft und Liegenschaften eingehend geprüft. Im Jahresabschluss 2022 wurden keine weiteren Aufwendungen aktiviert. Es

verbleibt bei dem in der Bilanz ausgewiesenen Betrag in Höhe von 6.167.846,36 €.

- Anlagevermögen, hier: Sachanlagevermögen

  Die Sachanlagen wurden stichprobenartig hinsichtlich der Zu- und Abgänge im Rechnungsjahr 2022 geprüft. Prüfungen der Nachweise für die Bilanzierung wurden vorgenommen. Angewandte Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze wurden auf Beachtung überprüft.
  Die Übersicht über die örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände wurde auf der Grundlage der vom Innenministerium bekannt gegebenen Abschreibungstabelle unter Berücksichtigung der tatsächlichen örtlichen Verhältnisse erstellt.
  Die Örtliche Rechnungsprüfung hat sich davon überzeugt, dass die Bestimmung der Nutzungsdauern entsprechend vorgenommen wurde.

- Umlaufvermögen, hier: Liquide Mittel

  Die liquiden Mittel wurden mit den Buchbeständen sowie den Kontoauszügen der Banken abgeglichen. Der Bestand an liquiden Mittel zum 31.12.2022 beträgt insgesamt 23.785.799,39 €. (Vergleich zum Vorjahr 15.927.741,18 €).

Gegenstand der Prüfungshandlungen im Rahmen der Prüfung des Lageberichtes waren die Vollständigkeit und Plausibilität der Angaben. Die Angaben sind unter Berücksichtigung der während der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse beurteilt worden, ob sie im Einklang mit dem Jahresabschluss stehen, insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Stadt Erkelenz vermitteln und die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend darstellen.

Die Örtliche Rechnungsprüfung ist der Auffassung, dass die Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für das Prüfungsurteil bildet.

5 Feststellung und Erläuterungen zur Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

5.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Die Stadt Erkelenz bedient sich zur Führung der Bücher der elektronischen Datenverarbeitung. Die Datenverarbeitung erfolgt seit dem 01.01.2011 mit der Buchhaltungssoftware New System Kommunal INFOMA. Das Testat für die Buchhaltungssoftware New System Kommunal INFOMA wurde durch die Örtliche Rechnungsprüfung der Stadt Aachen ausgestellt und wird in regelmäßigen Abständen aktualisiert.
Daneben befindet sich Verwaltungssoftware und PC-Standard-Software wie z.B. MS-EXCEL, MS-Outlook, MS-Word etc. im Einsatz. Als Betriebssystem wird Windows 10 eingesetzt.

Nach den Prüfungsfeststellungen gewährleistet der auf Grundlage des NKF - Kontenrahmens erstellte und für den Jahresabschluss angewandte Kontenplan eine klare und übersichtliche Ordnung des Buchungsstoffes. Die Geschäftsvorfälle wurden vollständig, fortlaufend und zeitgerecht erfasst. Die Belege wurden ordnungsgemäß angewiesen, ausreichend erläutert und übersichtlich abgelegt. Die Zahlen der Schlussbilanz zum 31.12.2021 wurden richtig in das Berichtsjahr 2022 vorgetragen. Der Jahresabschluss 2022 wurde aus der Buchführung zutreffend entwickelt und vom Kämmerer der Stadt Erkelenz aufgestellt.

Der eingesetzte digitale Rechnungsworkflow ist weiterhin vollständig in das Finanzwesen integriert und übernimmt transparent sämtliche Schritte im Rechnungs-freigabeprozess. Die Lösung unterstützt die gesamte Prozesskette - Scannen, Bearbeitung und Archivierung der Rechnungs- und Buchungsbelege im Buchführungssystem INFOMA. Buchungsbelege sind im Rechnungsworkflow individuell auf den jeweiligen Bedarf konfiguriert und durch eine elektronische Signatur ergänzt. So ist jederzeit nachvollziehbar, wer an welcher Stelle im Rechnungsworkflow aktiv eingegriffen hat.

Die revisionssichere Archivierung der Belege und eine prozessbegleitende Dokumentation runden den digitalen Prozess ab. Die Örtliche Rechnungsprüfung ist gemäß der Dienstanweisung für die Finanzbuchhaltung in den Prozessablauf integriert und hat Zugriff auf sämtliche im Rechnungsworkflow befindlichen Dokumente.

Die Dienstanweisung für die Finanzbuchhaltung der Stadt Erkelenz, in der aktuell geltenden Fassung, regelt die vollständige, richtige und zeitnahe Erfassung, Verarbeitung und Aufzeichnung der Daten der Rechnungslegung.

Die Örtliche Rechnungsprüfung prüft laufend unterjährig die Einhaltung dieser Dienstanweisung. Des Weiteren wurde eine zusätzliche Überprüfung der Buchungsbelege im Rahmen der Jahresabschlussprüfung stichprobenartig durchgeführt. Dies hat zu keinerlei wesentlichen Beanstandungen geführt.

Die Bestandsnachweise der Vermögensgegenstände und die Nachweise zum Kapital, der Schulden, der Rückstellungen, der Sonderposten und der Rechnungs-abgrenzungsposten sind erbracht.
Die von der Stadt Erkelenz getroffenen organisatorischen und technischen Maßnahmen sind geeignet, die Sicherheit der rechnungslegungsrelevanten Daten und IT-Systeme zu gewährleisten.

Die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen entsprechen nach der Feststellung der Örtlichen Rechnungsprüfung den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und den sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen.

Die aus den weiteren geprüften Unterlagen entnommenen Informationen führen zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht.

5.2 Jahresabschluss

Gemäß § 38 Abs. 1 KomHVO NRW besteht der Jahresabschluss aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen, der Bilanz und dem Anhang. Dem Jahresabschluss ist ein Lagebericht nach § 49 beizufügen (§ 38 Abs. 2 KomHVO NRW).

Die Bilanz, die Ergebnisrechnung, die Finanzrechnung sowie die Teilrechnungen sind den gesetzlichen Vorschriften entsprechend gegliedert. Die Vermögensgegenstände und die Schulden sowie das Kapital, die Sonderposten und die Rechnungsabgrenzungsposten wurden nach den gesetzlichen Bestimmungen sowie den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung angesetzt und bewertet.

Für erkennbare Risiken wurden Rückstellungen in ausreichendem Maße gebildet. Die Investitionen wurden entsprechend einzeln in der Teilfinanzrechnung ausgewiesen.

Die mit Hilfe der Prüfsoftware erstellte Bilanz für den Jahresabschluss 2022 stimmt mit der Bilanz des Jahresabschlusses der Stadt Erkelenz 2022 überein.

Im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses hat die Örtliche Rechnungsprüfung keine Umbuchungs- oder Umgliederungsvorschläge gemacht.

Die Haushaltssatzung 2022 setzt in § 5 den Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, auf 12.000.000,00 € fest. Kredite zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite) wurden im Haushaltsjahr 2022 wiederum nicht aufgenommen

Die Örtliche Rechnungsprüfung kommt zu dem Ergebnis, dass der Jahresabschluss zum 31.12.2022 ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen aufgestellt worden ist und den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und den sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen entspricht.

5.3 Lagebericht

Gem. § 49 der KomHVO NRW ist der Lagebericht so zu fassen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt vermittelt wird. Dazu ist ein Überblick über die wichtigen Ergebnisse des Jahresabschlusses und Rechenschaft über die Haushaltswirtschaft im abgelaufenen Jahr zu geben. Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, auch solcher, die nach Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind, ist zu berichten.

Außerdem hat der Lagebericht eine ausgewogene und umfassende, dem Umfang der gemeindlichen Aufgabenerfüllung entsprechende Analyse der Haushaltswirtschaft und der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt zu enthalten.

In die Analyse sollen produktorientierte Ziele und Kennzahlen, soweit sie bedeutsam für das Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt sind,

einbezogen und unter Bezugnahme auf die im Jahresabschluss enthaltenen Ergebnisse erläutert werden.

Auch ist auf Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Gemeinde einzugehen; zugrundeliegende Annahmen sind anzugeben.

Der vom Kämmerer verfasste Lagebericht wird um die Chancen- und Risikoeinschätzung für die zukünftige Entwicklung der Stadt Erkelenz durch den Verwaltungsvorstand ergänzt. Es wird erneut deutlich, dass es auch im Jahr 2022 und den folgenden städtischen Haushalten nicht zu vernachlässigende Risiken gibt.

Aus der Betrachtung dieser Risiken wird jedoch auch deutlich, dass diese vielfach nicht finanziell zu beziffern sind, weil seriöse Grundannahmen fehlen. Diese Aussage wird dadurch bekräftigt, dass sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht seriös abschätzen lässt, wie sich die unvermeidlichen Ertragsausfälle in den zukünftigen Jahren auswirken werden.

Die Örtliche Rechnungsprüfung empfiehlt, wie in den Vorjahren die zitierten Risiken weiterhin kritisch zu beobachten, um ggf. rechtzeitig tätig zu werden. Risikomanagement ist originäre Aufgabe des Behördenleiters.

Abschließende Einschätzung der Örtlichen Rechnungsprüfung:

Der Lagebericht 2022 entspricht nach den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen den gesetzlichen Vorschriften und ist diesem Bericht als Anlage beigefügt.

Die Prüfung ergab, dass der Lagebericht

- mit dem Jahresabschluss sowie den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht;
- insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Stadt vermittelt;
- die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend darstellt,
- alle weiteren nach § 49 KomHVO NRW erforderlichen Angaben und Erläuterungen enthält.

Der Örtlichen Rechnungsprüfung sind keine nach Schluss des Haushaltsjahres eingetretenen Vorgänge von besonderer Bedeutung bekannt geworden, über die zu berichten wäre.

5.4 Anhang

Im Anhang sind entsprechend § 45 Abs. 1 KomHVO NRW zu den Posten der Bilanz die verwendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden anzugeben. Die Positionen der Ergebnisrechnung und die in der Finanzrechnung nachzuweisenden Einzahlungen und Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit sind zu erläutern. Die Anwendung von Vereinfachungsregelungen und Schätzungen ist zu beschreiben. Die Erläuterungen sind so zu fassen, dass sachverständige Dritte die Sachverhalte beurteilen können. Für die äußere Gestaltung des Anhangs, seinen Aufbau und Umfang bestehen keine besonderen Formvorgaben.

Der Anhang enthält die erforderlichen Angaben zu den einzelnen Posten der Bilanz und gibt sonstige Pflichtangaben richtig und vollständig wieder. Die verwendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden allgemein angegeben. Die Positionen der Ergebnisrechnung und die in der Finanzrechnung nachzuweisenden Einzahlungen und Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit wurden erläutert.

Der Rat hat in seiner Sitzung am 21.06.2023 beschlossen, dass die Voraussetzungen des § 116a Abs. 1 GO NRW für die Befreiung von der Aufstellung eines Gesamtabschlusses zum 31.12.2022 vorliegen und auf die Aufstellung eines Gesamtabschlusses zum 31.12.2022 verzichtet.

Sofern eine Kommune von der größenabhängigen Befreiung im Zusammenhang mit der Erstellung des Gesamtabschlusses und des Gesamtlageberichts Gebrauch macht, sind in dem Anhang des kommunalen Jahresabschlusses Angaben zu Erträgen und Aufwendungen mit den einzubeziehenden voll-konsolidierungspflichtigen verselbstständigten Aufgabenbereichen aufzunehmen (§ 38 Abs. 2 Satz 2 i. V. m. § 45 Abs. 2 Ziffer 10 KomHVO NRW). Die erforderlichen Angaben wurden erbracht.

Ergänzend sei an dieser Stelle erwähnt, dass ein Beteiligungsbericht zum 31.12.2022 gem. § 117 GO NRW erstellt und in der Sitzung des Rates am 20.09.2023 fristgerecht nach § 116a GO NRW (bis zum 30.09. des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres) beschlossen wurde.

Im Anhang ist gem. § 45 Abs. 2 KomHVO NRW anzugeben, ob und für welchen Zeitraum ein gültiger Gleichstellungsplan gem. § 5 des Gesetzes zur Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen vorliegt. Dies ist im Anhang des vorliegenden Jahresabschlusses der Fall.

Gem. § 95 Abs. 3 GO NRW sind am Schluss des Anhangs für die Mitglieder des Verwaltungsvorstandes nach § 70 GO NRW, für den Bürgermeister und den Kämmerer, sowie für die Ratsmitglieder auch wenn die Personen im Haushaltsjahr ausgeschieden sind, anzugeben,

1. der Familienname mit mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen,
2. der ausgeübte Beruf,
3. die Mitgliedschaft in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien im Sinne des § 125 Absatz 1 Satz 5 des Aktiengesetzes vom 06. September 1965 (BGBl. I S. 1089), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 17. Juli 2017 (BGBl. I S. 2446) geändert worden ist,
4. die Mitgliedschaft in Organen von verselbstständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde in öffentliche-rechtlicher oder privater Form,
5. die Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen.

Die geforderte Aufstellung ist dem Anhang beigefügt.

Dem Anhang ist ein Anlagenspiegel, ein Forderungsspiegel, ein Verbindlichkeitenspiegel nach den §§ 46 bis 48 KomHVO NRW sowie ein

Eigenkapitalspiegel und eine Übersicht über die in das folgende Jahr übertragenen Haushaltsermächtigungen beizufügen.

Anlagenspiegel

Der nach § 45 Abs. 3 i. V. m. § 46 KomHVO NRW beizufügende Anlagenspiegel entspricht in der Form dem vom Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung per Runderlass vom 08.11.2019, vorgegebenen Muster (VV Muster zur GO NRW und KomHVO NRW, Anlage 24). Im Anlagenspiegel wird die gesetzlich geforderte Entwicklung der Posten des Anlagevermögens vollständig und richtig dargestellt.

Forderungsspiegel

Der nach § 45 Abs. 3 i. V. m. § 47 KomHVO NRW beizufügende Forderungsspiegel entspricht in der Form dem vom Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung per Runderlass vom 08.11.2019, vorgegebenen Muster (VV Muster zur GO NRW und KomHVO NRW, Anlage 25). Der Forderungsspiegel enthält alle öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Forderungen unterteilt nach der jeweiligen Restlaufzeit und entspricht damit den gesetzlichen Forderungen.

Verbindlichkeitenspiegel

Der nach § 45 Abs. 3 i. V. m. § 48 KomHVO NRW beizufügende Verbindlichkeitenspiegel entspricht in der Form dem vom Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung per Runderlass vom 08.11.2019, vorgegebenen Muster (VV Muster zur GO NRW und KomHVO NRW, Anlage 27). Der Verbindlichkeitenspiegel enthält die gesetzlich geforderte Aufstellung aller bilanzierungspflichtigen Verbindlichkeiten. Sie sind entsprechend ihrer Restlaufzeit unterteilt. Nachrichtlich angegeben wurden die Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten.

Eigenkapitalspiegel

Der nach § 45 Abs. 3 KomHVO NRW beizufügende Eigenkapitalspiegel entspricht in der Form dem vom Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung per Runderlass vom 08.11.2019, vorgegebenen Muster (VV Muster zur GO NRW und KomHVO NRW, Anlage 26). Der Eigenkapitalspiegel gibt Aufschluss über die Struktur und Entwicklung des kommunalen Eigenkapitals.

Haushaltsermächtigungen

Eine Übersicht über die in das folgende Jahr übertragenen Haushaltsermächtigungen ist dem Anhang, wie in § 45 Abs. 3 KomHVO NRW gefordert, beigefügt.

Rückstellungsspiegel

Ein Rückstellungsspiegel ist gesetzlich nicht gefordert. Ein Rückstellungsspiegel trägt zur Übersichtlichkeit der in der gemeindlichen Bilanz angesetzten Rückstellungen bei,

denn er macht die einzelnen Wertansätze transparent und nachvollziehbar. Das Schema des Rückstellungsspiegels kann die Gemeinde auf ihre örtlichen Bedürfnisse übertragen und ausgestalten. Davon hat der Kämmerer Gebrauch gemacht. Der Rückstellungsspiegel ist dem Anhang als Anlage beigefügt.

Der Anhang zum Jahresabschluss 2022 ist dem Prüfbericht als Anlage beigefügt.

5.5 Berücksichtigung rechnungslegungsbezogenes internes Kontrollsystems (IKS)

Gem. § 59 Abs. 3 Satz 3 GO NRW haben die Verantwortlichen (hier: Örtliche Rechnungsprüfung) über die wesentlichen Schwächen des internen Kontrollsystems, bezogen auf den Rechnungslegungsprozess in der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses zu berichten. Die Örtliche Rechnungsprüfung nimmt im Prüfungsbericht 2022 zu dem Prüfungsthema Stellung und wiederholt im Wesentlichen die Aussagen der letzten Prüfberichte.

Seit dem Jahr 2015 werden Chancen und Risiken für die zukünftige Entwicklung der Stadt nicht nur durch den Kämmerer, sondern auch durch den gesamten Verwaltungsvorstand beschrieben.

Für den inneren Verwaltungsbetrieb ist ein Internes Kontrollsystem (IKS) installiert. Ein IKS besteht aus systematisch gestalteten, organisatorischen (Sicherungs-) Maßnahmen und Kontrollen in der Kommune zur Einhaltung von Richtlinien und zur Abwehr von Schäden, die durch das eigene Personal oder böswillige Dritte verursacht werden können.

Die Maßnahmen beruhen auf technischen und organisatorischen Prinzipien. Sie umfassen Aktivitäten und Einrichtungen zur verwaltungsinternen Kontrolle sowie ihre Beziehungen zueinander.

Sie umfassen u.a.

- Bauliche Zutrittskontrollen und softwaretechnische Zugriffskontrollen,
- Schriftliche Weisungen u.a. zur Sicherheit, zur Geheimhaltung von Dienst- und Betriebsgeheimnissen, zur Kommunikation mit der Öffentlichkeit und Presse,
- Maßnahmen zum Schutz der materiellen und immateriellen Vermögenswerte der Kommune,
- Maßnahmen zur Abwehr von Korruption und von Vermögensschäden, z. B. das Vieraugenprinzip.[1]

Die Prüfung des IKS erfolgt gem. § 104 Abs. 1 Nr. 6 GO NRW.

Wesentliche Grundlagen eines IKS sind folgende Prinzipien:

[1] Auszug aus den Leitlinien des IDR „Die IKS-Prüfung in der Rechnungsprüfung“ Stand 07.02.2018

- **Das Prinzip der Transparenz:** Dieses Prinzip besagt, dass für Prozesse Sollkonzepte etabliert sein müssen, die es einem Außenstehenden ermöglichen zu beurteilen, inwieweit Beteiligte konform zu diesem Sollkonzept arbeiten. Gleichzeitig wird dadurch die Erwartungshaltung der Organisationsleitung definiert.

- **Das Prinzip der Vier Augen:** Dieses Prinzip besagt, dass keine einzelne Person alleine verantwortlich für einen Prozess sein darf. Vielmehr müssen fachlich dazu ausreichend geeignete Personen den Vorgang bearbeiten, um mögliche Abweichungen und Kontrollschwächen zu erkennen und auszuschalten. Dazu gehört auch, dass Verfügungen über das Vermögen der Kommune nicht durch Einzelne getroffen werden dürfen.

- **Das Prinzip der Funktionstrennung:** Dieses Prinzip besagt, dass eine Trennung zwischen Auftragserfüllung (operative Verantwortung) und Auftragskontrolle (Soll-Ist-Vergleich) zu etablieren ist.

- **Das Prinzip der Mindestinformation:** Dieses Prinzip besagt, dass für Mitarbeiter nur diejenigen sensiblen Daten verfügbar sein sollen, die sie für ihre Arbeit brauchen. Dies schließt auch die entsprechenden Sicherungsmaßnahmen bei IT-Systemen mit ein.

Das IKS verfolgt folgende allgemeinen Ziele:

- Sicherstellung der Effektivität, Effizienz und Wirtschaftlichkeit von Prozessen,

- Sicherstellung der Verlässlichkeit der Daten des Finanz- und Rechnungswesens,

- Sicherstellung der Recht- und Ordnungsmäßigkeit des Verwaltungshandelns.

Ein funktionierendes IKS reduziert das Risiko von Fehlern und rechtfertigt einen geringeren Umfang aussagebezogener Prüfungshandlungen. Die Beurteilung des IKS durch Vornahme von systemorientierten Prüfungshandlungen (Aufbau- und Funktionsprüfungen) bestimmt deshalb weitgehend die Planung von Art und Umfang der durchzuführenden aussagebezogenen Prüfungshandlungen.

Im Rahmen der Aufbauprüfung des IKS ist zu beurteilen, ob das IKS angemessen ausgestaltet und aufgebaut ist. Bei der anschließenden Funktionsprüfung wird geprüft, inwieweit das System auch in der geplanten Form praktiziert wird und ob die Maßnahmen wirksam sind.

Im Rahmen der Aufbauprüfung sind die einzelnen Komponenten des IKS zu prüfen.

- Das Kontrollumfeld umfasst das Kontrollbewusstsein der Verwaltungsleitung, die Personalpolitik (Führungsstil, Bedeutung von Integrität und ethischen Werten) und ihre Umsetzung in der Organisationsstruktur, die Übertragung von Verantwortlichkeiten, die tatsächliche Handhabung von Überwachungsaufgaben sowie die Korrektur der aufgedeckten Schwachstellen. Bei der

Prüfung gilt es, sich insbesondere auf die Funktionalität und nicht nur auf das formale Bestehen von Regelungen zu konzentrieren.

- Durch Risikobeurteilungen sollen z.B. finanzielle, rechtliche, leistungswirtschaftliche oder strategische Risiken erkannt und analysiert werden.

- Die kommunalen Rechnungsprüferinnen und -prüfer haben hier insbesondere zu analysieren, wie in der Kommune sämtliche Risiken identifiziert und erfasst werden. Dabei können die für die Verwaltung relevanten Risiken sowohl interne als auch externe Ursachen haben.

- Die Risikobeurteilungen der Rechnungsprüferinnen und -prüfer basieren auf den Risikobeurteilungen, die durch die Kommune selbst durchgeführt werden. Aufgrund dessen bestimmen die Prüferinnen und Prüfer ihre Prüfungsstrategie sowie Art, Umfang und zeitlichen Ablauf der aussagebezogenen Prüfungshandlungen.

- Kontrollaktivitäten sollen die Beachtung der Entscheidungen der Verwaltungsleitung sicherstellen. Die Rechnungsprüferinnen und -prüfer müssen beurteilen, ob diese geeignet sind, wesentliche Fehler zu verhindern bzw. aufzudecken und zu korrigieren. Es ist ausreichend sich mit den wesentlichen Kontrollaktivitäten zu befassen, die für die Entwicklung der Prüfungsstrategie und die Festlegung des Prüfungsprogramms relevant sind.

- Information und Kommunikation dienen dazu, dass die für sachgerechte unternehmerische Entscheidungen erforderlichen Informationen den zuständigen Stellen vorliegen. Ein angemessenes Informationssystem ist die Basis für die Ordnungsmäßigkeit des Verwaltungshandelns.

- Überwachung des IKS meint die Beurteilung der Wirksamkeit des IKS durch Mitarbeitende der Kommune. Diese Überwachung kann in die Prozesse der Kommune integriert sein, oder aber auch prozessunabhängig als Interne Revision ausgestaltet sein. Die Rechnungsprüferinnen und -prüfer haben die wesentlichen Maßnahmen zur Überwachung des IKS durch Einsichtnahme von Dokumenten und Befragungen von Mitgliedern der Verwaltungsleitung und der Fachbereichsleitungen sowie einer Internen Revision zu beurteilen.

- Die Funktionsprüfung befasst sich mit der Überprüfung der Anwendung bestimmter organisatorischer Regelungen sowie der Kontinuität der Anwendungen im abgelaufenen Geschäftsjahr. Darüber hinaus befasst sie sich mit der Frage, welche Personen für die Durchführung verantwortlich waren und wer diese tatsächlich durchgeführt hat.

Das IKS der Stadt Erkelenz umfasst ein umfangreiches Netz an Dienstanweisungen mit besonderem Schwerpunkt auf den Zahlungsverkehr. Mit dem in Anwendung befindlichen Programm der „Picture GmbH“ werden seit dem Jahr 2017 die Prozesse bei der Stadtverwaltung Erkelenz aufgezeichnet und visualisiert.

Diese Prozessdatenbank, in der alle erfassbaren regelmäßigen Abläufe abgebildet werden, wurde im Jahr 2022 nicht weiter ergänzt. Zum Prüfzeitpunkt sind weiterhin 170 Prozesse erfasst und dargestellt. Die Zahl der erfassten Prozesse ist damit seit dem Jahr 2021 unverändert. Die Örtliche Rechnungsprüfung regt eine Wiederaufnahme der Prozessaufzeichnungen an. Die Erfassung in der Prozessdatenbank dient insbesondere in Zeiten von Fachkräftemangel und Personalfluktuation dem Wissenstransfer.

Im Bereich des Rechnungslegungsprozesses bei der Stadt Erkelenz wurde der Prozess „Rechnung zahlbar machen“ modelliert. Zum aktuellen Zeitpunkt und unter den bisher gemachten Erfahrungen können bei dem aufgezeichneten Rechnungslegungsprozess keine wesentlichen Schwächen festgestellt werden. Die Örtliche Rechnungsprüfung bestätigt die Einhaltung und Wirksamkeit der im Prozess eingebauten internen Kontrollmaßnahmen gem. § 59 Abs. 3 GO NRW.

6 Feststellungen und Erläuterungen zur Ordnungsmäßigkeit der Haushaltswirtschaft

6.1 Haushaltswirtschaftliche Organisation

Die Gemeindeordnung NRW, die Hauptsatzung sowie die als Satzung beschlossene Zuständigkeitsordnung regeln die Zuständigkeitsverteilung zwischen Rat, Ausschüssen und Bürgermeister. Zur Geschäftsführung von Rat und Ausschüssen hat der Rat eine Geschäftsordnung erlassen.

Rat und Ausschüsse tagen regelmäßig. Gefasste Beschlüsse werden jeweils in einer Niederschrift aufgenommen. Die Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse werden vom Bürgermeister vorbereitet und ausgeführt. Der Bürgermeister unterrichtet den Rat über alle wichtigen Angelegenheiten.

Rat und Ausschüsse überwachen die Durchführung ihrer Beschlüsse. In der Verwaltung bestehen ein Dezernatsverteilungsplan, ein Organisations- und Geschäftsverteilungsplan sowie diverse Dienst- und Geschäftsanweisungen. Die Regelungen entsprechen den Bedürfnissen der Stadt.

6.2 Haushaltswirtschaftliche Grundsätze

Die Haushaltsgrundsätze (Vollständigkeit, Wirtschaftlichkeit, Haushaltswahrheit und -klarheit, Finanzmittelbeschaffung) wurden beachtet. Die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung entspricht den geltenden Vorschriften. Planabweichungen werden systematisch untersucht. Haushaltsatzung und Haushaltsplan enthalten alle erforderlichen Angaben, ihre Form entspricht den gesetzlichen Vorgaben.

6.3 Haushaltswirtschaftliche Lage

Die Haushaltsplanung 2022 ging von einem Jahresfehlbetrag von 2.500.000,00 € aus. Der Jahresabschluss 2022 hat ergeben, dass der Gesamtbetrag der Erträge die Höhe der Aufwendungen übersteigt. Der Jahresüberschuss 2022 beträgt: 11.047.068,70 €. Dies entspricht einer Ergebnisverbesserung von 13.547.068,70 €.

Die mittelfristige Ergebnisplanung für das Jahr 2023 weist einen Jahresfehlbetrag von 84.000,00 € aus. Für die Jahre 2024 werden 524.000,00 € sowie für 2025 ein Betrag von 1.892.000,00 € an Jahresüberschüssen erwartet. Die Örtliche Rechnungsprüfung beurteilt damit die haushaltswirtschaftliche Lage als durchaus positiv.

Informativ gibt die nachfolgende Tabelle eine Übersicht über die Entwicklung des Eigenkapitals der letzten Jahre.

	Allgemeine Rücklage	Sonderrücklage	**Ausgleichsrücklage**	Jahresüberschuss / -fehlbetrag	Summe Eigenkapital
2007	186.945.557,30 €	1.450.352,02 €	14.705.653,00 €	3.405.053,67 €	206.506.615,99 €
2008	191.618.001,27 €	1.601.643,66 €	14.705.653,00 €	2.748.703,34 €	210.674.001,27 €
2009	194.458.339,41 €	1.579.622,34 €	14.705.653,00 €	1.668.968,80 €	212.412.583,55 €
2010	198.359.406,10 €	1.593.293,91 €	14.705.653,00 €	-2.336.460,55 €	212.321.892,46 €
2011	198.359.406,10 €	1.606.244,55 €	12.369.192,45 €	-5.608.610,73 €	206.726.232,37 €
2012	198.359.406,10 €	1.637.424,56 €	6.760.581,72 €	-3.110.459,80 €	203.646.952,58 €
2013	190.277.261,11 €	1.627.081,56 €	11.472.847,73 €	-580.779,37 €	202.796.411,03 €
2014	189.406.577,58 €	1.631.570,82 €	10.892.068,36 €	-418.248,95 €	201.511.967,81 €
2015	189.389.021,16 €	1.635.053,53 €	10.473.819,41 €	79.462,36 €	201.577.356,46 €
2016	189.468.887,62 €	1.645.015,72 €	10.553.281,77 €	669.879,25 €	202.337.064,36 €
2017	189.259.422,71 €	1.671.551,83 €	11.223.161,02 €	3.883.711,99 €	206.037.847,55 €
2018	189.241.849,79 €	1.700.114,94 €	15.106.873,01 €	6.626.589,61 €	212.675.427,35 €
2019	189.155.487,67 €	1.707.972,48 €	21.733.462,62 €	3.648.026,92 €	216.244.949,69 €
2020	189.198.038,18 €	1.717.833,17 €	25.381.489,54 €	5.967.530,81 €	222.264.891,70 €
2021	189.335.391,03 €	1.731.389,88 €	31.349.020,35 €	6.594.023,18 €	229.009.824,44 €
2022	189.489.993,85 €	1.742.032,18 €	37.943.043,53 €	11.047.068,70 €	240.222.138,26 €

Die erfreuliche Entwicklung bei den Verbindlichkeiten in den letzten Jahren konnte auch im Jahresabschluss 2022 fortgesetzt werden.

Zur besseren Darstellung wird auf die folgende Tabelle verwiesen:

Jahr	**Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen** vom öffentlichen Bereich	**Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen** von Banken und Kreditinstituten	Verbindlichkeiten von Sonstigen	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen von übrigen Kreditgebern	Verbindlich-keiten aus Krediten zur Liquiditäts-sicherung	Verbindlichkeiten aus Lieferung u. Leistungen	Verbindlichkeiten aus Tranferleistungen	Sonstige Verbindlichkeiten	Erhaltene Anzahlungen	Summe Verbindlichkeiten
2010	975.859,86 €	8.393.188,58 €		14.844.841,15 €	0,00 €	1.048.507,67 €	149.818,07 €	14.959.937,74 €		40.372.153,07 €
2011	928.256,54 €	10.079.139,60 €		11.610.605,72 €	0,00 €	831.074,17 €	248.727,98 €	12.313.260,30 €		36.011.064,31 €
2012	880.653,22 €	9.733.309,54 €		10.436.486,17 €	0,00 €	861.408,45 €	752.511,50 €	5.124.961,70 €		27.789.330,58 €
2013	2.833.049,90 €	9.370.181,34 €		9.396.807,84 €	0,00 €	1.046.533,25 €	658.344,71 €	3.237.687,01 €		26.542.604,05 €
2014	2.722.946,58 €	17.520.732,36 €		*	0,00 €	953.610,90 €	266.376,71 €	233.555,08 €	1.040.529,88 €	22.737.751,51 €
2015	2.425.343,26 €	13.909.579,84 €	1.000.000,00 €	*	0,00 €	1.558.525,30 €	543.064,78 €	228.197,80 €	798.514,82 €	20.463.225,80 €
2016	3.427.739,94 €	10.046.020,62 €	900.000,00 €	*	0,00 €	1.965.175,05 €	567.897,37 €	268.271,51 €	1.928.273,32 €	19.103.377,81 €
2017	3.130.136,62 €	7.945.037,82 €	800.000,00 €	*	0,00 €	1.337.663,45 €	216.054,21 €	445.959,72 €	2.352.136,32 €	16.226.988,14 €
2018	4.291.325,30 €	6.301.773,27 €	200.000,00 €	*	0,00 €	1.361.143,09 €	499.162,09 €	1.039.598,88 €	6.994.463,66 €	20.687.466,29 €
2019	4.609.857,98 €	4.533.008,49 €	0,00 €	*	0,00 €	1.179.230,41 €	263.262,75 €	619.836,48 €	5.720.814,49 €	16.926.010,60 €
2020	4.864.370,66 €	3.900.919,15 €	0,00 €	*	0,00 €	1.274.460,37 €	571.148,00 €	582.540,21 €	6.381.053,52 €	17.574.491,91 €
2021	3.813.334,00 €	3.155.345,24 €	0,00 €	*	0,00 €	1.539.978,54 €	441.297,18 €	929.667,69 €	5.905.795,17 €	15.785.417,82 €
2022	3.292.614,00 €	2.838.025,37 €	0,00 €	*	0,00 €	1.206.623,54 €	342.173,69 €	996.785,23 €	10.137.578,76 €	18.813.800,59 €
				* Änderung der Darstellung im Muster für den Verbindlichkeitenspiegel, daher Ausweis in Vorspalte						

Die Summe der Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen (Summe gelbe Markierung) wurde im Jahr 2022 um 838.038,87 Nettoentschuldung reduziert. Der Bestand an Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen beträgt nunmehr noch 6.130.639,37 €.

Dies ist der niedrigste Stand seit der Einführung des NKF.

In den 6.130.639,37 € Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen (Summe gelbe Markierung) sind auch Verbindlichkeiten aus dem Landesförderprogramm „Gute Schule“ zum 31.12.2022 in Höhe von 2.805.114,00 € enthalten. Diese Mittel sind nicht von der Stadt Erkelenz zurückzuzahlen, sondern das Land NRW übernimmt den gesamten Schuldendienst. Hierbei handelt es sich nicht um Kredite im klassischen Sinne, sondern eigentlich um von der Stadt nicht zurückzuzahlende Zuweisungen. Berücksichtigt man diese Tatsache, beträgt der tatsächliche Nettobestand an Krediten für Investitionen zum 31.12.2022 lediglich noch 3.325.525,37 €.

Aufgrund von zurzeit wieder steigenden Zinsen zeigt sich, wie wichtig es war, in den vergangenen Jahren die Summe der Verbindlichkeiten erheblich zu reduzieren. Die eingesparten Mittel für Zinsaufwand und Tilgungsleistungen können nun anderweitig eingesetzt werden.

Die Investitionspauschale nach dem Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes-Nordrhein Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2022 (GFG 2022) wurde, nachdem dies in den letzten drei Jahren zur Finanzierung der Investitionen beim Städtischen Abwasserbetrieb eingesetzt wurde, im Jahr 2022 wieder im städtischen Haushalt belassen, und zur Finanzierung der in 2022 getätigten Investitionen verwendet.

Im Anhang zum Jahresabschluss 2022 wird erläutert, dass die Verbindlichkeiten mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt sind. Eine besondere Besicherung der Verbindlichkeiten liegt nicht vor. Eine gesonderte Position bei den Verbindlichkeiten nehmen die erhaltenen Anzahlungen ein, in die noch nicht verbrauchte und für investive Zwecke gebundene Zuwendungen einzubuchen sind, bis das geförderte Anlagevermögen betriebsfertig hergestellt ist. Sobald das entsprechende

Anlagevermögen betriebsfertig hergestellt ist, werden die erhaltenen Anzahlungen in die Sonderposten umgebucht.

7 Gesamtaussage des Jahresabschlusses

7.1 Feststellung zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss vermittelt insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage.

Bei der Stadt Erkelenz wurde zum 01.01.2007 das Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF) eingeführt, so dass seit diesem Zeitpunkt alle Geschäftsvorfälle nach dem System der doppelten Buchführung (Doppik) erfasst werden. Daraus ergibt sich auch die Verpflichtung, zum Ende eines jeden Haushaltsjahres eine Bilanz aufzustellen.

Auf der Aktivseite findet sich im Jahresabschluss 2022 erneut die Zeile Summe Bilanzierungshilfe. Da es hier im Jahresabschluss keine Veränderungen gab, wird gem. dem NKF-CUIG weiterhin der bisherige Betrag in Höhe von 6.167.846,36 € ausgewiesen.

Die Bilanz der Stadt Erkelenz zum 31.12.2022 schließt mit einer Bilanzsumme von 474.946.058,37 € ab.

Zusammengefasst stellt sich die Bilanz 2022 der Stadt Erkelenz vergleichsweise zu den Vorjahren wie folgt dar:

Aktiva	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	31.12.2022	Differenz Vorjahr
Summe Bilanzierungshilfe						2.945.134,55 €	6.167.846,36 €	6.167.846,36 €	0,00 €
Anlagevermögen	377.204.050,91 €	379.048.438,85 €	378.237.954,93 €	385.422.254,20 €	388.148.279,08 €	394.125.547,41 €	407.067.392,30 €	414.403.398,36 €	7.336.006,06 €
Umlaufvermögen	27.495.829,54 €	27.397.483,12 €	30.108.144,81 €	36.462.309,99 €	39.310.293,77 €	40.803.337,93 €	39.833.421,79 €	49.044.240,80 €	9.210.819,01 €
Aktive Rechnungs-abgrenzungsposten	3.917.577,69 €	4.188.197,99 €	4.643.630,38 €	4.122.446,67 €	4.344.222,36 €	4.670.154,75 €	5.161.819,02 €	5.330.572,85 €	168.753,83 €
Summe	408.617.458,14 €	410.634.119,96 €	412.989.730,12 €	426.007.010,86 €	431.802.795,21 €	442.544.174,64 €	458.230.479,47 €	474.946.058,37 €	16.715.578,90 €

Passiva	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	31.12.2022	Differenz Vorjahr
Eigenkapital	201.577.366,46 €	202.337.064,36 €	206.037.847,55 €	212.675.427,35 €	216.244.949,69 €	222.264.891,70 €	229.009.824,44 €	240.222.138,26 €	11.212.313,82 €
Sonderposten	124.104.674,11 €	125.553.773,97 €	125.979.504,70 €	128.138.635,10 €	130.987.451,85 €	130.787.580,29 €	140.445.567,23 €	140.577.727,38 €	132.160,15 €
Rückstellungen	53.522.357,21 €	54.494.204,45 €	54.214.256,24 €	55.486.491,26 €	57.835.612,80 €	62.155.743,01 €	62.396.560,46 €	64.468.344,70 €	2.071.784,24 €
Verbindlichkeiten	20.463.225,80 €	19.103.377,81 €	16.226.988,14 €	20.687.466,29 €	16.926.010,60 €	17.574.491,91 €	15.785.417,82 €	18.813.800,59 €	3.028.382,77 €
Passive Rechnungs-abgrenzungsposten	8.949.834,56 €	9.145.699,37 €	10.531.133,49 €	9.018.990,86 €	9.808.770,27 €	9.761.467,73 €	10.593.109,52 €	10.864.047,44 €	270.937,92 €
Summe	408.617.458,14 €	410.634.119,96 €	412.989.730,12 €	426.007.010,86 €	431.802.795,21 €	442.544.174,64 €	458.230.479,47 €	474.946.058,37 €	16.715.578,90 €

In gemeinsamer Arbeit von Aufsichtsbehörden der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der Gemeindeprüfungsanstalt als überörtliche Prüfungseinrichtung und Vertretern der Örtlichen Rechnungsprüfung (VERPA) ist für

die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Kommunen in NRW ein NKF-Kennzahlenset erarbeitet worden.

Dieses Kennzahlenset macht eine Bewertung des Haushalts und der wirtschaftlichen Lage jeder Gemeinde nach einheitlichen Kriterien möglich, auch wenn dies durch unterschiedliche Stellen vorgenommen wird. Bei den Betrachtungen bietet es sich an, die Kennzahlen mit Hilfe von Zeitreihen zu bewerten. Zur besseren Darstellung der Vermögens-, Schulden-, Finanz- und Ertragslage hat die Örtliche Rechnungsprüfung wesentliche betriebswirtschaftliche Kennzahlen und ausgewählte Eckdaten im folgenden Überblick erfasst.

Ungewöhnliche Kennzahlen zur Vermögens-, Schulden-, Finanz- und Ertragslage sowie ungewöhnliche Bilanzposten liegen nicht vor.

Die Örtliche Rechnungsprüfung hat die nachfolgenden Kennzahlen seit der Einführung des NKF im Jahr 2007 betrachtet. Diese Kennzahlen analysieren die haushaltswirtschaftliche Gesamtsituation. Im abschließenden Zeitreihenvergleich werden jeweils die letzten 8 Jahre zusammengefasst dargestellt.

Die Axians Interkommunale Vergleichs-Systeme GmbH (IKVS) bietet den Kommunen die Verknüpfung ihrer Finanzdaten mit statistischen Daten an. Da sich immer mehr Kommunen diesem System anschließen, werden die Vergleichszahlen aus dem IKVS immer aussagekräftiger. Die Ergebnisse des Interkommunalen Vergleichsportals (IKVS) basieren auf den Daten von kreisangehörigen Kommunen in Nordrhein-Westfalen der Größenordnung 35.000 – 55.000 Einwohner. Neben den oben genannten, sind weitere Kennzahlen in den Jahresabschluss mit aufgenommen.

Dies sind im Einzelnen:

Die Kennzahl **„Eigenkapitalquote 1 (EkQ1)“** misst den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der kommunalen Bilanz. Die Kennzahl kann bei einer Gemeinde ein wichtiger Bonitätsindikator sein.

Zielrichtung: Die Eigenkapitalquote 1 soll möglichst hoch sein.

Eigenkapitalquote 1 =

Eigenkapital × 100 = 240.222.138,26 € x 100 = **50,58 %** **Vorjahr: 49,98 %**
Bilanzsumme 474.946.058,37 €

Ermittlung der Kennzahl:

Unter der Wertgröße „Eigenkapital“ sind die Ansätze der Bilanzposten nach § 42 Abs. 4 Nr. 1 KomHVO NRW zu erfassen. Unter der Wertgröße „Bilanzsumme“ ist die Summe der Passivseite der Bilanz nach § 42 Abs. 4 KomHVO zu erfassen.

Die Kennzahl **„Eigenkapitalquote 2 (EkQ2)“** misst den Anteil des „wirtschaftlichen Eigenkapitals“ am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der kommunalen Bilanz. Weil bei den Gemeinden die Sonderposten mit Eigenkapitalcharakter oft einen wesentlichen Ansatz in der Bilanz darstellen, wird die Wertgröße „Eigenkapital“ um diese „langfristigen“ Sonderposten erweitert.

Zielrichtung: Die Eigenkapitalquote 2 soll möglichst hoch sein.

Eigenkapitalquote 2 =

(Eigenkapital + Sopo Zuwendungen/Beiträge) x 100 =
Bilanzsumme

(240.222.138,26 € +113.444.405,17 € + 26.170.847,39 €) x 100 = **79,97%**
474.946.058,37 €

Vorjahr: 80,52%

Ermittlung der Kennzahl:
Unter der Wertgröße „Eigenkapital“ sind die Ansätze der Bilanzposten nach § 42 Abs. 4 Nr. 1 KomHVO zu erfassen. Unter der Wertgröße „Sopo Zuwendungen / Beiträge“ sind die Ansätze der Bilanzposten nach § 42 Abs. 4 Nrn. 2.1 und 2.2 KomHVO NRW zu erfassen. Unter der Wertgröße „Bilanzsumme“ ist die Summe der Passivseite der Bilanz nach § 42 Abs. 4 KomHVO NRW zu erfassen.

Sowohl die „Eigenkapitalquote 1“ als auch die „Eigenkapitalquote 2“ liegen im interkommunalen Vergleich damit erfreulicherweise weit über den Durchschnittswerten.

Je höher die Eigenkapitalquoten desto besser ist die Bonität des Unternehmens.

Die Kennzahl **„Abschreibungsintensität (AbI)“** gibt das Verhältnis der Abschreibungen auf das Anlagevermögen zu den ordentlichen Aufwendungen an. Sie zeigt damit, in welchem Umfang die Gemeinde durch den Wertverlust des Anlagevermögens belastet wird. Je höher der Abnutzungsgrad, desto höher ist das durchschnittliche Alter des Vermögens, umso höher ist die Notwendigkeit zukünftiger Investitionen.

Zielrichtung: Die Abschreibungsintensität soll möglichst niedrig sein.

Abschreibungsintensität =

Bilanzielle Abschreibungen auf Anlagevermögen × 100 =
Ordentliche Aufwendungen

9.988.407,76 € x 100 = **8,53 %** **Vorjahr: 7,96 %**
117.121.206,18 €

Ermittlung der Kennzahl:
Unter der Wertgröße „Bilanzielle Abschreibungen auf Anlagevermögen“ sind die Aufwendungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 13 KomHVO (Ergebnisplan) bzw. § 39 Abs. 1 S. 3 KomHVO (Ergebnisrechnung) zu erfassen, die in einem unmittelbaren Bezug zum Anlagevermögen der Ansätze der Bilanzposten nach § 42 Abs. 3 Nr. 1 KomHVO stehen. Diese Werte sind dem Anlagespiegel nach § 46 KomHVO zu entnehmen. Ordentliche Aufwendungen sind Aufwendungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 10 - 15 KomHVO (Ergebnisplan) bzw. § 39 Abs. 1 S. 3 KomHVO (Ergebnisrechnung).

Die Kennzahl **„Anlagendeckungsgrad 2 (AnD2)“** gibt an, wie viel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert sind. Bei der Berechnung dieser Kennzahl werden dem Anlagevermögen die langfristigen Passivposten Eigenkapital, Sonderposten mit Eigenkapitalanteilen und langfristiges Fremdkapital gegenübergestellt.

Zielrichtung: Der Anlagendeckungsgrad 2 soll möglichst hoch sein.

Zielgröße: größer/gleich 100 %. Die Stabilität des Unternehmens wächst mit dem Anlagendeckungsgrad.

Anlagendeckungsgrad 2 =

$$\frac{(\text{Eigenkapital+Sopo (Zuwendungen/Beiträge) + Langfristiges Fremdkapital}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$$

$$\frac{(240.222.138{,}26€ + 113.444.405{,}17€ + 26.170.847{,}39€ + 54.457.565{,}00€ + 3.546.905{,}51€) \times 100}{414.403.398{,}36\ €}$$

= **105,66 %** **Vorjahr: 104,49 %**

Ermittlung der Kennzahl:
Unter der Wertgröße „Eigenkapital“ sind die Ansätze der Bilanzposten nach § 42 Abs. 4 Nr. 1 KomHVO zu erfassen. Unter der Wertgröße „Sonderposten Zuwendungen / Beiträge“ sind die Ansätze der Bilanzposten nach § 42 Abs. 4 Nrn. 2.1 und 2.2 KomHVO zu erfassen. Unter der Wertgröße „Langfristiges Fremdkapital“ sind die Ansätze der Bilanzposten nach § 42 Abs. 4 Nrn. 3.1, 3.2 und 4 KomHVO zu erfassen. Die langfristigen Verbindlichkeiten nach § 42 Abs. 4 Nr. 4 KomHVO müssen eine Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren haben und sind dem Verbindlichkeitenspiegel nach § 48 KomHVO zu entnehmen. Unter der Wertgröße „Anlagevermögen“ sind die Ansätze der Bilanzposten nach § 42 Abs. 3 Nr. 1 KomHVO zu erfassen.

Die Kennzahl **„Zinslastquote (ZlQ)“** zeigt auf, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den (ordentlichen) Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit besteht.

Zielrichtung: Die Zinslastquote soll möglichst niedrig sein.

Zinslastquote =

Finanzaufwendungen × 100 / Ordentliche Aufwendungen = 297.323,55 € x 100 / 117.121.206,18 € = **0,25 %**

Vorjahr: 0,66 %

Ermittlung der Kennzahl:
Unter der Wertgröße „Finanzaufwendungen“ sind die Aufwendungen für Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 17 KomHVO (Ergebnisplan) bzw. § 39 Abs. 1 Satz 3 KomHVO (Ergebnisrechnung) zu erfassen. Unter der Wertgröße „Ordentliche Aufwendungen“ sind die Aufwendungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 10 bis 15 KomHVO (Ergebnisplan) bzw. § 39 Abs. 1 Satz 3 KomHVO (Ergebnisrechnung) zu erfassen.

Die Kennzahl **„Netto-Steuerquote (NSQ)“** gibt an, zu welchen Teilen sich die Gemeinde „selbst“ finanzieren kann und somit unabhängig von Finanzleistungen Dritter, z.B. staatlichen Zuwendungen, ist. Weil dem Bund und dem Land Anteile am Aufkommen der Gewerbesteuer zustehen, ist es erforderlich, die Aufwendungen für die von der Gemeinde zu leistende Gewerbesteuerumlage sowie für die Finanzierungsbeteiligung am Fonds Deutscher Einheit von den Steuererträgen in Abzug zu bringen.

Zielrichtung: Die Netto-Steuerquote soll möglichst hoch sein.

Netto-Steuerquote =

(Steuererträge - GewSt.Umlage - Finanzierungsbet. Fonds Dt. Einheit) × 100 / Ordentliche Erträge - GewSt.Umlage - Finanzierungsbet. Fonds Dt. Einheit =

(64.675.233,96 € - 2.066.400,67 € - 0,00 €) x 100 / 122.438.242,47 € - 2.066.400,67 € - 0,00 € = **52,01 %** **Vorjahr: 53,65 %**

Ermittlung der Kennzahl:
Unter der Wertgröße „Steuererträge“ sind die Erträge aus Steuern und ähnlichen Abgaben nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 KomHVO (Ergebnisplan) bzw. § 39 Abs. 1 Satz 3 KomHVO (Ergebnisrechnung) zu erfassen. Unter der Wertgröße „Ordentliche Erträge“ sind die Erträge nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 bis 9 KomHVO (Ergebnisplan) bzw. § 39 Abs. 1 Satz 3 KomHVO (Ergebnisrechnung) zu erfassen. Unter den Wertgrößen „Gewerbesteuerumlage“ und „Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutsche Einheit“ sind die Aufwendungen wegen Steuerbeteiligungen der Gemeinde gem. Anlage 17 (Kommunaler Kontierungsplan) – Kontengruppe 53 zum RdErl. IM vom 24.05.2005 zu erfassen.

Der Zeitreihenvergleich der vorgenannten Bilanzkennzahlen der Jahre 2014 – 2022 zu den IKVS-Zahlen ist in der folgenden Tabelle zusammengefasst dargestellt:

Bilanzkennzahl:	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	IKVS Vergleich Median 2022
Eigenkapitalquote 1	49,16%	49,33%	49,27%	49,89%	49,92%	50,08%	50,22%	49,98%	50,58%	34,68%
Eigenkapitalquote 2	79,60%	79,54%	79,73%	80,28%	79,91%	80,33%	79,72%	80,52%	79,97%	61,67%
Abschreibungsintensität	8,04%	7,99%	7,63%	7,56%	7,56%	8,09%	8,23%	7,96%	8,53%	6,55%
Anlagendeckungsgrad 2	98,11%	99,23%	99,14%	100,54%	101,44%	102,82%	103,69%	104,49%	105,66%	88,99%
Zinslastquote	1,10%	0,89%	0,58%	0,57%	0,62%	0,62%	0,24%	0,66%	0,25%	0,72%
Netto-Steuer-Quote	56,53%	55,65%	52,69%	55,48%	52,86%	54,69%	50,59%	53,65%	52,01%	52,76%

7.2 Wesentliche sachverhaltsgestaltende Maßnahmen

Im Berichtsjahr waren keine sachverhaltsgestaltenden Maßnahmen mit wesentlichen Auswirkungen auf die Gesamtaussage des Jahresabschlusses zu verzeichnen.

7.3 Vermögensstruktur der Bilanz (Aktiva)

Die Aktivseite gibt Auskunft über die Gesamtheit der eingesetzten Wirtschaftsgüter und Geldmittel, mit denen aktiv gearbeitet werden kann.

Der Schwerpunkt auf der Vermögensseite der Bilanz (Aktiva) liegt mit 414.403.398,36€ (31.12.2021: 407.067.392,30 €) beim Anlagevermögen.
Zum 31.12.2022 liegt eine Erhöhung des Anlagevermögens im Vergleich zum 31.12.2021 um 7.336.006,06 € (ca. 1,802 %) vor.

Das Umlaufvermögen erhöhte sich im gleichen Zeitraum um 9.210.819,01 € (ca. 23,123 %) von 39.833.421,79 € auf 49.044.240,80 €. Das Umlaufvermögen beinhaltet auf die Wertpapiere des Anlagevermögens sowie die liquiden Mittel.

Die Prüfung ergab, dass im Anhang die wesentlichen Bilanzpositionen der Aktivseite ordnungsgemäß dargestellt und erläutert werden.

7.4 Kapitalstruktur/Finanzierung der Bilanz (Passiva)

Die Passivseite gibt Auskunft darüber, wie das Vermögen finanziert wurde; hier erkennt man also die Mittelherkunft. Die anteilige Zusammensetzung des Kapitals aus Eigenkapital und Fremdkapital ist von besonderer Bedeutung. Ein hoher Eigenkapitalanteil wirkt sich vorteilhaft aus.

Er verbessert in der Privatwirtschaft die Kreditwürdigkeit und gewährt finanzielle Unabhängigkeit. Ein hoher Fremdkapitalanteil verursacht hohe Zinsaufwendungen, die den Ergebnisplan belasten. Darüber hinaus ist die Verpflichtung zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes von der Entwicklung des Eigenkapitals abhängig. An erster Stelle steht auf der Passivseite das Eigenkapital (saldiert) mit

240.222.138,26 € (31.12.2021: 229.009.824,44 €). Davon entfällt auf die Ausgleichsrücklage ein Bestand von 37.943.043,53 €.

Nach dem noch gemäß § 96 Abs.1 Satz 2 GO NRW zu fassenden Beschluss des Rates über die Behandlung des Jahresüberschusses in Höhe von 11.047.068,70 € wird die Ausgleichrücklage dann 48.990.112,23 € betragen. Dies entspricht gegenüber dem Ursprungsbestand aus dem Jahr 2007 in Höhe von 14.705.653,00 € einer Steigerung um 35.284.459,23 € = ca. 239,938 %.

Die Prüfung ergab, dass die wesentlichen Bilanzpositionen der Passivseite im Anhang ordnungsgemäß dargestellt und erläutert werden.

8 Bestätigungsvermerk der Örtlichen Rechnungsprüfung

Nach dem Ergebnis der Prüfung erteilt die Örtliche Rechnungsprüfung dem als Anlage beigefügten Jahresabschluss 2022 und dem Lagebericht 2022 der Stadt Erkelenz den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk:

UNEINGESCHRÄNKTER BESTÄTIGUNGSVERMERK DER UNABHÄNGIGEN RECHNUNGSPRÜFUNG

An den
Rechnungsprüfungsausschuss der Stadt Erkelenz

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes 2022

Prüfungsurteile

Die Örtliche Rechnungsprüfung hat den Jahresabschluss der Stadt Erkelenz nach § 95 GO NRW – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2022, der Finanz- und Ergebnisrechnung inklusive der Teilrechnungen für das Haushaltsjahr vom 01.01.2022 bis zum 31.12.2022 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft.

Darüber hinaus wurde der Lagebericht der Stadt Erkelenz für das Geschäftsjahr vom 01.01.2022 bis zum 31.12.2022 geprüft.

Aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

● entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den für die Stadt Erkelenz geltenden gemeindehaushaltsrechtlichen Vorschriften des Landes Nordrhein-Westfalen und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Stadt Erkelenz zum 31.12.2022 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01.2022 bis zum 31.12.2022;

● vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Stadt Erkelenz zum 31.12.2022. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 102 Abs. 8 GO NRW i. V. m. § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklärt die Örtliche Rechnungsprüfung, dass die Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts wurde in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 102 GO NRW unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) und vom Institut der Rechnungsprüfer (IDR) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt.

Die Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben.

Die Örtliche Rechnungsprüfung ist gem. § 101 Abs. 2 GO NRW bei der Erfüllung der uns zugewiesenen Prüfungsaufgaben unabhängig und an Weisungen nicht gebunden. Im Übrigen ist die Örtliche Rechnungsprüfung dem Rat unmittelbar verantwortlich und in ihrer sachlichen Tätigkeit ihm unmittelbar unterstellt. Disziplinarischer Dienstherr ist der Bürgermeister der Stadt Erkelenz.

Die Örtliche Rechnungsprüfung ist der Auffassung, dass sie von der Stadt Erkelenz in Übereinstimmung mit den deutschen kommunalrechtlichen Vorschriften (§ 31 GO NRW) unabhängig ist und die sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt.

Die Örtliche Rechnungsprüfung ist der Auffassung, dass die erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für die Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter der Stadt Erkelenz sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den anzuwendenden gesetzlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Erkelenz vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen –

beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist (Internes Kontrollsystem).

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Stadt Erkelenz zur dauerhaften sachgerechten Erledigung der Verwaltungsaufgaben zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Gefährdung der Fortführung der ordnungsmäßigen Verwaltungstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Verwaltungstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Stadt Erkelenz vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung der Rechnungsprüfung für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Stadt Erkelenz vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der die Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 102 GO NRW unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) und vom Institut der Rechnungsprüfer (IDR) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt.

Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung übte die Örtliche Rechnungsprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahrte eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

● identifiziert und beurteilt die Örtliche Rechnungsprüfung die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, plant und führt Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch und erlangt Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für die Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können;

● gewinnt die Örtliche Rechnungsprüfung ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben;

● beurteilt die Örtliche Rechnungsprüfung die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben;

● zieht die Örtliche Rechnungsprüfung Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Verwaltungstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Stadt Erkelenz zur Fortführung der Verwaltungstätigkeit aufwerfen können. Falls die Örtliche Rechnungsprüfung zu dem Schluss kommt, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, ist sie verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, das jeweilige Prüfungsurteil zu modifizieren. Die Örtliche Rechnungsprüfung zieht seine Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum des Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Stadt Erkelenz ihre Verwaltungstätigkeit nicht mehr ordnungsgemäß fortführen kann;

● beurteilt die Örtliche Rechnungsprüfung die Darstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt;

● beurteilt die Örtliche Rechnungsprüfung den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Stadt Erkelenz;

● führt die Örtliche Rechnungsprüfung Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht

durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollzieht die Örtliche Rechnungsprüfung dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilt die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zu Grunde liegenden Annahmen gibt die Örtliche Rechnungsprüfung nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Erkelenz, den 26. August 2024

Lothar Jansen
Leiter der Örtlichen Rechnungsprüfung

9 Anlagen zum Prüfbericht

Anlage 1	Jahresabschluss (Bilanz) zum 31.12.2022
Anlage 2	Anhang incl. Eigenkapital-, Anlagen-, Forderungs-, Verbindlichkeiten- und Rückstellungsspiegel, Aufstellung der Mitglieder des Verwaltungsvorstandes und der Ratsmitglieder
Anlage 3	Lagebericht 2022

Anlage 1

Jahresabschluss (Bilanz) zum 31.12.2022

Bilanz zum 31.12.2022

Stadt Erkelenz

Bezeichnung	31.12.2022	Vorjahres-zahlen	Bezeichnung	31.12.2022	Vorjahres-zahlen
AKTIVA			PASSIVA		
0. Aufwendungen zur Erhaltung der gemeindlichen Leistungsfähigkeit	**6.167.846,36**	**6.167.846,36**	**1. Eigenkapital**		
			1.1 Allgemeine Rücklage	189.489.993,85	189.335.391,03
1. Anlagevermögen			1.2 Sonderrücklage	1.742.032,18	1.731.389,88
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	158.356,73	173.856,22	1.3 Ausgleichsrücklage	37.943.043,53	31.349.020,35
1.2 Sachanlagen			1.4 Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	11.047.068,70	6.594.023,18
1.2.1 Unbebaute Grundstücke u. gr.stücksgl. Rechte			**Summe Eigenkapital**	**240.222.138,26**	**229.009.824,44**
1.2.1.1 Grünflächen	65.778.561,89	64.941.171,76			
1.2.1.2 Ackerland	1.568.673,17	1.500.497,89	**2. Sonderposten**		
1.2.1.3 Wald, Forsten	681.978,15	681.978,15	2.1 für Zuwendungen	113.444.405,17	112.656.937,45
1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	3.162.171,26	3.434.818,40	2.2 für Beiträge	26.170.847,39	27.285.947,82
Summe unbebaute Grundstücke	71.191.384,47	70.558.466,20	2.3 für den Gebührenausgleich	718.250,72	261.350,25
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte			2.4 Sonstige Sonderposten	244.224,10	241.331,71
1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen	8.875.396,09	8.435.224,71	**Summe Sonderposten**	**140.577.727,38**	**140.445.567,23**
1.2.2.2 Schulen	60.923.888,10	62.200.446,71			
1.2.2.3 Wohnbauten	3.763.545,23	3.149.789,23	**3. Rückstellungen**		
1.2.2.4 Sonst. Dienst-, Gesch.- u.a. Betriebsgeb.	46.447.957,10	44.661.651,80	3.1 Pensionsrückstellungen	54.457.565,00	52.600.717,00
Summe Bebaute Grundstücke u. grundstücksgl.Rechte	120.010.786,52	118.447.112,45	3.2 Rückstellungen für Deponien und Altlasten		
1.2.3 Infrastrukturvermögen			3.3 Instandhaltungsrückstellungen	4.369.524,93	4.546.463,46
1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	29.003.749,75	28.923.831,15	3.4 Sonstige Rückstellungen	5.641.254,77	5.249.380,00
1.2.3.2 Brücken und Tunnel	1.146.948,14	886.864,46	**Summe Rückstellungen**	**64.468.344,70**	**62.396.560,46**
1.2.3.3 Gleisanl. m. Streckenausr. u.Sicherh.anl.					
1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbes.anl.	1.468.772,60	1.516.644,83	**4. Verbindlichkeiten**		
1.2.3.5 Straßennetz m. Wegen, Plätzen, Verk.anl.	76.051.537,92	78.328.441,90	4.1 Anleihen		
1.2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens			4.2 Verbindlichkeiten a. Krediten f. Investitionen		
Summe Infrastrukturvermögen	107.671.008,41	109.655.782,34	4.2.1 von verbundenen Unternehmen		
1.2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden	536.692,35	594.061,03	4.2.2 von Beteiligungen		
1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	52.865,80	52.865,80	4.2.3 von Sondervermögen		
1.2.6 Maschinen und techn. Anlagen, Fahrzeuge	6.067.921,28	4.686.633,55	4.2.4 vom öffentlichen Bereich	3.292.614,00	3.813.334,00

Bilanz zum 31.12.2022

Stadt Erkelenz

Bezeichnung	31.12.2022	Vorjahres-zahlen	Bezeichnung	31.12.2022	Vorjahres-zahlen
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.564.376,60	5.626.175,90	4.2.5 von Kreditinstituten	2.838.025,37	3.155.345,24
1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	15.034.503,72	9.181.936,33	4.2.6 von Sonstigen		
Summe Sachanlagen	326.129.539,15	318.803.033,60	**Summe Verbindlichk. a. Krediten f. Investitionen**	**6.130.639,37**	**6.968.679,24**
1.3 Finanzanlagen			4.3 Verbindl. a. Krediten z. Liquiditätssicherung		
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	3.048.284,00	3.048.284,00	4.4 Verbindl. a.Vorg., die Kreditaufn. gleichkommen		
1.3.2 Beteiligungen	996.294,31	996.294,31	4.5 Verbindl. aus Lieferung und Leistung	1.206.623,54	1.539.978,54
1.3.3 Sondervermögen	37.421.530,74	37.421.530,74	4.6 Verbindl. aus Transferleistungen	342.173,69	441.297,18
1.3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens	605.056,67	605.056,67	4.7 Sonstige Verbindlichkeiten	996.785,23	929.667,69
1.3.5 Ausleihungen			4.8 Erhaltene Anzahlungen	10.137.578,76	5.905.795,17
1.3.5.1 an verbundene Unternehmen			**Summe Verbindlichkeiten**	**18.813.800,59**	**15.785.417,82**
1.3.5.2 an Beteiligungen					
1.3.5.3 an Sondervermögen			**5. Passive Rechnungsabgrenzung**	**10.864.047,44**	**10.593.109,52**
1.3.5.4 Sonstige Ausleihungen	46.044.336,76	46.019.336,76	SUMME PASSIVA	**474.946.058,37**	**458.230.479,47**
Summe Anlagevermögen	**414.403.398,36**	**407.067.392,30**			
2. Umlaufvermögen					
2.1 Vorräte					
2.1.1 Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe, Waren					
2.1.2 Geleistete Anzahlungen					
2.2 Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände					
2.2.1 Öff.rechtl. Ford. u. Ford. aus Transferlstg.					
2.2.1.1 Gebühren	473.671,16	520.332,07			
2.2.1.2 Beiträge	256.970,46	306.515,65			
2.2.1.3 Steuern	4.996.804,89	2.758.354,08			
2.2.1.4 Forderungen aus Transferleistungen	3.455.341,24	3.364.574,71			
2.2.1.5 Sonstige öff. rechtl. Forderungen	2.250.549,31	1.384.424,53			
Summe Öff.rechtl. Ford. u. Ford. aus Transferlstg.	11.433.337,06	8.334.201,04			

Bilanz zum 31.12.2022

Stadt Erkelenz

Bezeichnung	31.12.2022	Vorjahres-zahlen	Bezeichnung	31.12.2022	Vorjahres-zahlen
2.2.2 Privatrechtliche Forderungen					
2.2.2.1 gegenüber dem privaten Bereich	580.516,40	1.796.837,74			
2.2.2.2 gegenüber dem öffentlichen Bereich					
2.2.2.3 gegen verbundene Unternehmen					
2.2.2.4 gegen Beteiligungen					
2.2.2.5 gegen Sondervermögen	5.179.468,70	3.623.747,31			
Summe Privatrechtliche Forderungen	5.759.985,10	5.420.585,05			
2.2.3 Sonstige Vermögensgegenstände	3.065.119,25	3.150.894,52			
Summe Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände	20.258.441,41	16.905.680,61			
2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens	5.000.000,00	7.000.000,00			
2.4 Liquide Mittel	23.785.799,39	15.927.741,18			
Summe Umlaufvermögen	**49.044.240,80**	**39.833.421,79**			
3. Aktive Rechnungsabgrenzung	**5.330.572,85**	**5.161.819,02**			
SUMME AKTIVA	**474.946.058,37**	**458.230.479,47**			

Anlage 2

Anhang

Anlagenspiegel (Anlage 1 zum Anhang)

Forderungsspiegel (Anlage 2 zum Anhang)

Verbindlichkeitenspiegel (Anlage 3 zum Anhang)

Eigenkapitalspiegel (Anlage 4 zum Anhang)

Rückstellungsspiegel (Anlage 5 zum Anhang)

Aufstellung der Mitglieder des Verwaltungsvorstandes und der Ratsmitglieder

Stadt Erkelenz

Anhang

für das Haushaltsjahr 2022

A. Vorbemerkungen

Nach der Einführung eines an den kaufmännischen Grundsätzen der Privatwirtschaft ausgerichteten öffentlichen Rechnungswesens ab dem Haushaltsjahr 2007 in der Stadt Erkelenz und der damit verbundenen Erstellung einer Eröffnungsbilanz zum 01.01.2007 ist dies der 16. Jahresabschluss nach den Regeln des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF). Zum 01.01.2007 wurden die vorhandenen Aktiv- und Passivposten (Vermögensgegenstände, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten) erstmals vollständig erfasst und bewertet. Bei der Erfassung und Bewertung von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten kamen die einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften zur Anwendung. Die Sonderbestimmung des § 57 der Gemeindehaushaltsverordnung zur Korrektur von fehlerhaften Wertansätzen in der Eröffnungsbilanz durfte bis einschließlich zum Jahresabschluss 2010 angewandt werden. Nunmehr gelten für die Berichtigung von Wertansätzen nach Feststellung der Eröffnungsbilanz die Vorschriften des § 58 der Kommunalhaushaltsverordnung NRW. Am 28.09.2012 trat das 1. NKF-Weiterentwicklungsgesetz (NKFWG) in Kraft, dessen Regelungsinhalte in Erkelenz grundsätzlich erst ab 2013 zur Anwendung kamen. Lediglich die Option zur Aufstockung der Ausgleichsrücklage mit den Jahresüberschüssen aus den Jahren 2007 bis 2009 wurde im Rahmen der Beschlussfassung zum Jahresabschluss 2012 durch den Rat bereits für das Jahr 2012 gezogen. Am 12.12.2018 hat der Landtag NRW das 2. NKF-Weiterentwicklungsgesetz (2. NKFWG NRW) beschlossen, dessen Regelungen grundsätzlich zum 01.01.2019 in Kraft getreten sind.

B. Angaben zum Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2022

I. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanz enthält sämtliche **Vermögensgegenstände, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten**. Die jeweiligen Bilanzansätze sind zum Bilanzstichtag vorsichtig und überwiegend einzeln bewertet worden. Sämtliche bis zum Zeitpunkt der Bilanzaufstellung bekannt gewordenen Risiken, die am Bilanzstichtag bereits vorlagen, wurden aufgenommen. Die in der Eröffnungsbilanz angesetzten Werte nach Wiederbeschaffungszeitwert gelten für die künftigen Haushaltsjahre als Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten. Das ab 2007 erworbene Sach- und Umlaufvermögen wurde zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet.

1. Das **Sachanlagevermögen** ist zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten vermindert um planmäßige Abschreibungen angesetzt worden.
   Im Zuge des 2. NKFWG wurde die bisherige Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO NRW) durch die neue Kommunalhaushaltsverordnung NRW (KomHVO NRW) abgelöst. Die KomHVO NRW lässt die Anwendung eines Komponentenansatzes bei Gebäuden sowie Straßen, Wegen und Plätzen in bituminöser Bauweise mit Unterbau ab dem 01.01.2019 zu (§ 36 Abs. 2 KomHVO NRW). Von diesem Wahlrecht wurde Gebrauch gemacht, so dass diese Vermögensgegenstände in einzelne Komponenten aufgeteilt und jede Komponente, entsprechend der jeweiligen Nutzungsdauer, abgeschrieben wird.

   Bei folgenden Vermögensgegenständen wurde der Komponentenansatz angewendet:
   - H06021401 Neubau KG Oerather Mühlenfeld II
   - H06021702 Erweiterungsbau KG Immerath
   - H03010017 Erweiterung Luise-Hensel-Schule OGS
   - H03010018 Umbau GS Gerderath für gemeinsamen Unterricht

- H03040010 Sanierung Gebäude Hausmeisterwohnung Cornelius-Burgh-Gymnasium (Heizung)
- H08010011 Sanierung Turnhalle Holzweiler
- H08010010 Neubau Sportumkleide Keyenberg
- H02150012 Feuerwehrgerätehaus Erkelenz - Bau Atemschutzwerkstatt
- H02150013 Neubau Feuerwehrgerätehaus Keyenberg
- S02150004 Erneuerung Heizungsanlage Feuerwehrgerätehaus Erkelenz
- S02150023 Abluftanlage Feuerwehrgerätehaus Matzerath

2. Die **Vermögensgegenstände des Anlagevermögens**, deren Anschaffungs- und Herstellungskosten wertmäßig bis zum 31.12.2018 einen Betrag von 410 € ohne Umsatzsteuer nicht überstiegen, die **selbständig genutzt werden konnten** und einer Abnutzung unterlagen, durften und wurden bisher unmittelbar als Aufwand gebucht. Im Rahmen der KomHVO wurde in 2019 diese Wertgrenze auf nunmehr 800 € ohne Umsatzsteuer hochgesetzt. Zudem werden diese Gegenstände seit dem 01.01.2019 nicht mehr als Aufwand gebucht, sondern nunmehr investiv und werden noch im gleichen Jahr aus Vereinfachungsgründen in voller Höhe abgeschrieben (vgl. § 30 Abs. 4 KomHVO). Durch diese Vorgehensweise kann insbesondere auch eine Kreditfinanzierung dieser Posten vorgenommen werden.

3. Die Bewertung der **Finanzanlagen** erfolgte zu Anschaffungskosten.

4. Die **öffentlich-rechtlichen Forderungen und die Forderungen aus Transferleistungen, die privatrechtlichen Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände** wurden zum Nennwert angesetzt. Einzelheiten sind aus dem als Anlage 2 beigefügten Forderungsspiegel ersichtlich.

5. Als **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** wurden vor dem Bilanzstichtag geleistete Zahlungen ausgewiesen, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

6. Die **Sonderposten** beinhalten vereinnahmte Investitionspauschalen und zweckgebundene Zuwendungen sowie vereinnahmte Beiträge. Die Auflösung erfolgt entsprechend der Abnutzung des bezuschussten Vermögensgegenstandes.

7. Die **Rückstellungen** wurden nach dem Grundsatz der kaufmännischen Vorsicht für sämtliche erkennbare Risiken und ungewisse Verpflichtungen, die bis zum Zeitpunkt der Bilanzaufstellung bekannt geworden sind und bereits am Bilanzstichtag vorlagen, gebildet. Einzelheiten sind aus dem als Anlage 5 beigefügten Rückstellungsspiegel ersichtlich.

8. Der Ansatz der **Verbindlichkeiten** entspricht ihrem jeweiligen Rückzahlungsbetrag. Verbindlichkeiten in fremder Währung bestanden am Bilanzstichtag nicht. Einzelheiten sind aus dem als Anlage 3 beigefügten Verbindlichkeitenspiegel zu entnehmen.

9. Als **passive Rechnungsabgrenzungsposten** wurden vor dem Bilanzstichtag erhaltene Zahlungen ausgewiesen, soweit sie Erträge für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Erläuterungen zur Bilanz

Aktivseite

Aufwendungen zur Erhaltung der gemeindlichen Leistungsfähigkeit (Bilanzierungshilfe):
Gem. der Verordnung zur Änderung der KomHVO NRW vom 30.10.2020 ist auf der Aktivseite der Bilanz seit dem Jahresabschluss 2020 eine neue Bilanzposition „0“ einzurichten. Die Bezeichnung dieser Position lautet: „Aufwendungen zur Erhaltung der gemeindlichen Leistungsfähigkeit“. Diese Aktivposition dient als „Bilanzierungshilfe“ zur Aktivierung des außerordentlichen Ertrages gem. § 5 Abs. 4 des Gesetzes zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie und dem Krieg gegen die Ukraine folgenden Belastungen der kommunalen Haushalte im Land Nordrhein Westfalen (NKF-COVID-19-Ukraine- Isolierungsgesetz - NKF-

CUIG). Wie diese Bilanzierungshilfe zukünftig bilanziell behandelt werden wird, ist in 2025 im Rahmen der Aufstellung der 2026er Haushaltssatzung durch den Rat zu entscheiden. Dabei ist eine vollständige oder partielle, erfolgsneutrale Buchung gegen das Eigenkapital oder eine Mischung aus den beiden zuvor genannten Varianten möglich. Entscheidet sich der Rat für eine erfolgswirksame Auflösung der Bilanzierungshilfe, so ist diese, beginnend mit dem Haushaltsjahr 2026, linear über einen Zeitraum von längstens 50 Jahre möglich (§ 6 NKF-CUIG NRW). Zur Ermittlung des in der Bilanzierungshilfe aktivierten Betrages wird auf die Erläuterungen zur Ergebnisrechnung (Punkt III. 16.) verwiesen.

1. Die **Entwicklung des Anlagevermögens** ergibt sich aus dem Anlagenspiegel für das Haushaltsjahr 2022 (Anlage 1 zum Anhang).
   Das Sachanlagevermögen ist zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten vermindert um planmäßige Abschreibungen angesetzt worden (siehe Erläuterungen zu „B. I. Nr. 1“). Die Festlegung der Nutzungsdauern orientiert sich an der örtlichen Abschreibungstabelle der Stadt Erkelenz. Grundlage hierfür ist die vom Innenministerium Nordrhein-Westfalen bekannt gegebene NKF-Rahmentabelle für Kommunen. Es wird die lineare Abschreibungsmethode angewendet.

   Eine Wiederholungsinventur gem. § 30 Abs. 2 KomHVO war im Jahr 2022 nicht erforderlich, da diese letztmalig im Jahr 2019 durchgeführt wurde. Die nächste Wiederholungsinventur ist für das Jahr 2024 geplant.

   Der Wert der Anlagen im Bau beträgt zum 31.12.2022 insgesamt 15.035 T€ Nachfolgend werden die Anlagen im Bau, deren Wert T€ 100 übersteigt, aufgeführt:

Investitionsnummer	Bezeichnung	Betrag:
H02150019	Erweiterung FWGH Holzweiler (mit Schulungsraum)	512 T€
H03010020	Energetische Sanierung GS Gerderath	3.502 T€
H03010022	Erweiterung Grundschule Kückhoven	311 T€
H03010022	Erweiterung Grundschule Kückhoven	228 T€
H06020902	Erweiterung KG Lövenich	749 T€
H06021201	Neubau Kindergarten Kückhoven	108 T€
S06021501	Herstellung Außengelände KG Südpromenade	101 T€
S06030204	Herstellung Spielplatzfläche Keyenberg (neu)	128 T€
S08010012	Kunstrasenplatz Kückhoven	160 T€
S12010101	Umgestaltung / Aufwertung Franziskanerplatz (InHK)	1.897 T€
E12010063	Tenholter Str., - Straße Stichweg zwHsNr. 90a 98c	259 T€
S12010109	Umgestaltung / Aufwertung Markt (InHK)	216 T€
E12010058	Im Pangel - Straßenbau	207 T€
E12010036	Straßenern. Brabantstraße nördlicher Teil	125 T€
S13010022	Umgestaltung Grünring Westpromenade InHK	210 T€
H15020209	Neubau MZH Keyenberg (neu)	3.050 T€
H15020212	Umbau Dorfzentrum "Alte Schule" Holzweiler	982 T€
H15020210	Quartierszentrum Oerather Mühlenfeld	824 T€
S15020203	Aussengelände MZH Keyenberg neu	113 T€

Der Bestand hat sich insgesamt gegenüber dem Vorjahr um 5.853 T€ erhöht.

2. Die **Anteile an verbundene Unternehmen** von 3.048 T€ bestehen aus (vgl. Punkt 8 der Erläuterungen zur Finanzrechnung):

   - alleiniger Gesellschafter der Kultur GmbH
     Die Bewertung der Kultur GmbH in Höhe von T€ 177 erfolgte in Abstimmung mit einem Wirtschaftsprüfer anhand der vorhandenen Sachwerte.
   - alleiniger Gesellschafter an der Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft mbH
     Die Bewertung (T€ 26) erfolgte nach dem Ertragswertverfahren.
   - Kommanditistin an der Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft mbH & Co.KG (GEE)
     Die Bewertung (T€ 2.845) erfolgte nach dem Ertragswertverfahren.

3. Die **Beteiligungen** von 996 T€ betreffen:

   - den Gesellschafteranteil von 4,125 % an den Kreiswerken Heinsberg GmbH:
     Die Anteile der Stadt Erkelenz an den Kreiswerken Heinsberg werden zwar als Beteiligung i.S.v. § 271 HGB qualifiziert. Aufgrund der geringen Bedeutung wird die Beteiligung gem. § 56 Abs. 6 Satz 2 KomHVO mit dem anteiligen Wert des Eigenkapitals angesetzt (965 T€).
   - den Gesellschafteranteil von 10 % an der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Heinsberg mbH (WFG):
     Es erfolgte eine vereinfachte Bewertung gem. § 56 Abs. 6 Satz 2 KomHVO, da der Anteil der Stadt Erkelenz an der Wirtschaftsförderung für den Kreis Heinsberg eine Beteiligung darstellt, die mit ihrem anteiligen Wert des Eigenkapitals angesetzt werden kann. So wird der Gesellschafteranteil von 10,87 % (26 T€) in die Bilanz eingestellt.
   - die d-NRW - AöR -:
     Die d-NRW AöR ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Die Anstalt wird von ihren Trägern mit Stammkapital ausgestattet und soll ihre Träger und andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung unterstützen. Die Stadt Erkelenz hat ein Stammkapital von 1 T€ gezeichnet.
   - den Zweckverband „LandFolge Garzweiler“:
     Zum 21. November 2017 haben sich die Städte Mönchengladbach, Erkelenz und Jüchen sowie die Gemeinde Titz zum Zweckverband „LandFolge Garzweiler“ zusammengeschlossen. In 2022 wurde beschlossen, dass zum 01.01.2023 zusätzlich die Stadt Grevenbroich mit in den Zweckverband aufgenommen wird. Zentrale Aufgabe des Zweckverbandes ist die gemeinsame Gestaltung des vom Tagebau Garzweiler beanspruchten und abgebauten Raumes, insbesondere auch unter Berücksichtigung des Strukturwandels. Die Beteiligungsverhältnisse der nunmehr fünf Kommunen sind so, dass keine Kommune einen beherrschenden Einfluss ausübt, sondern lediglich die Städte Mönchengladbach und Erkelenz einen maßgeblichen Einfluss innerhalb des Zweckverbandes besitzen.
   - die Campus Transfer Management GmbH:
     Die Campus Transfer Management GmbH wurde als langfristig angelegte Verstetigung der erzielten Ergebnisse aus dem Campus Transfer Kompetenzzentrum der Land- und Ernährungswirtschaft gegründet. Gesellschafter sind der NALE-RR e.V., die Landwirtschaftskammer NRW, das Land NRW, die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, der Kreis Heinsberg und die Stadt Erkelenz. Die Beteiligung erfolgte in Höhe von 4 T€.

4. Als **Sondervermögen** wird der Städtische Abwasserbetrieb Erkelenz mit 37.422 T€ ausgewiesen. Bei der Bewertung wurde die Eigenkapitalspiegelmethode zugrunde gelegt.

5. Die **Wertpapiere des Anlagevermögens** bestehen aus der Versorgungsrücklage nach dem Bundesbesoldungsgesetz sowie den Anteilen nach dem kommunalen Versorgungsrücklagen- Fonds (KVR-Fonds) der Rheinischen Versorgungskassen.
   Die Bewertung der Versorgungsrücklage nach dem Bundesbesoldungsgesetz erfolgt in Höhe der bisher erworbenen Fondsanteile. Gemäß Realisationsprinzip dürfen Gewinne nur dann ausgewiesen werden, wenn sie am Abschlussstichtag tatsächlich realisiert worden sind. Als Realisations-

zeitpunkt gilt im Regelfall der Zeitpunkt der Leistungserbringung. Dieser tritt erst mit dem Verkauf der Fondsanteile ein.
Die Bewertung der Anteile am KVR-Fonds bemisst sich nach den festgestellten Ansprüchen gegenüber anderen Dienstherren aufgrund von Dienstherrenwechseln. Mit Dienstherrenwechsel eines Beamten zur Stadt werden diese einmalig festgestellt und in den KVR-Fonds übertragen. Gemäß § 44 der KVR-Fonds erwirbt die Versorgungskasse die Fondsanteile treuhänderisch für die Stadt. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich bei vorliegender Bilanzposition keine Veränderung.

6. In den **Ausleihungen** von insgesamt 46.044 T€ sind die Stille Beteiligung an der NVV, das Gesellschafterkapital am Gemeinnützigen Bauverein sowie die Beteiligung an der regio iT Beteiligungsgenossenschaft eG in Höhe der jeweiligen Einlagen bewertet und ausgewiesen. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich eine Erhöhung in Höhe von 25 T€ infolge der Beteiligung an der regiIT Beteiligungsgenossenschaft eG.

7. Die **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** von 20.258 T€ wurden mit dem Nennwert angesetzt. Auf Forderungen, bei denen der Debitor einen Insolvenzantrag gestellt hat, wird grundsätzlich eine Einzelwertberichtigung vorgenommen. Bei der Summe aller Forderungen ergibt sich gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung von 3.352 T€. Diese Erhöhung ermittelt sich rechnerisch aus der Verringerung der „Gebührenforderungen“ i. H. v. 46 T€, der Verringerung der „Beitragsforderungen“ i. H. v. 50 T€, der Erhöhung der „Steuerforderungen“ i. H. v. 2.239 T€, der Erhöhung der „Forderungen aus Transferleistungen“ i. H. v. 90 T€ und der Erhöhung der „Sonstigen öffentlich-rechtlichen Forderungen“ i. H. v. 866 T€. Damit erhöhen sich die öffentlich-rechtlichen Forderungen insg. um **3.099 T€**. Im Bereich der privatrechtlichen Forderungen ist insgesamt eine Erhöhung gegenüber 2021 um **339 T€** festzustellen. Diese ist zurückzuführen auf Verringerungen der „Privatrechtlichen Forderungen gegenüber dem privaten Bereich“ i. H. v. 1.216 T€ und der Erhöhung der „Privatrechtlichen Forderungen gegen Sondervermögen“ i. H. v. 1.555 T€. Der Forderungsbestand bei den „Sonstigen Vermögensgegenständen“ verringert sich gegenüber 2021 um **85 T€.**

8. In den **Wertpapieren des Umlaufvermögens** sind Geldanlagen in Höhe von 5.000 T€ nachgewiesen. D.h. es handelt sich um Liquiditätsmittel, die die Stadt vorübergehend nicht benötigt und länger als 90 Tage festgelegt worden sind. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich eine Verringerung um 2.000 T €.

9. Als **liquide Mittel** sind Kassenbestände, Einnahmekassen und Guthaben bei Kreditinstituten ausgewiesen. In Summe ergibt sich ein Bestand an liquiden Mitteln zum 31.12.2022 i. H. v. 23.785.799,39 €. Hierin sind 918.580,18 € liquide Mittel der Walter und Elfriede Meyer-Stiftung sowie die Bestände der Schulgirokonten i. H. v. 586.486,17 € enthalten.

Die **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** (5.331 T€) beinhalten Zuwendungen der Stadt Erkelenz an die Kultur GmbH für den Bau der Stadthalle (1.383 T€), an den TC Lövenich zur Erneuerung von Sanitäranlagen (29 T€) an das Land NRW zur Anbindung der L227 an die B57 (47 T€) sowie eine Ablösezahlung an Landesbetrieb Straßenbau NRW für die Unterhaltung des Kreisverkehrs GIPCO II (63 T€). Daneben sind Investitionszuwendungen an den Zweckverband Landfolge Harzweiler (38 T€) enthalten. Die jährliche Auflösung orientiert sich an der Zweckbindung der jeweiligen Maßnahme bzw. den kommunalen Abschreibungssätzen. Weiterhin enthalten sind weitergeleitete Landeszuwendungen an freie Träger für den Bau von Kindertagesstätten (2.917 T€). Darüber hinaus wurde die Beamtenbesoldung (306 T€) für Januar 2023, der Umlagebeitrag an die Rheinische Versorgungskasse (201 T€), Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (116 T€), Vollzeitpflege gem. § 33 SGB VIII (48 T€), Unterhaltvorschussleistungen (122 T€) sowie sonstige geleistete Auszahlungen, die Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2023 (61 T€) darstellen, erfasst.

Passivseite

1. Der Stand der **Allgemeinen Rücklage** zum 31.12.2022 beträgt 189.490 T€ (vgl. auch die Erläuterungen zum Punkt 3 „Ausgleichsrücklage“).

   Die Allgemeine Rücklage hat sich seit dem 31.12.2021 wie folgt entwickelt:

Stand 31.12.2021		189.335.391,03 €
Verrechnung gem. § 44 KomHVO mit der allgemeinen Rücklage	+	154.602,82 €
Stand 31.12.2022		189.489.993,85 €

   Nach der Regelung des § 44 Abs. 3 KomHVO sind Erträge und Aufwendungen aus dem Abgang und der Veräußerung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens nicht ergebniswirksam darzustellen, sondern unmittelbar mit der allgemeinen Rücklage zu verrechnen. Für 2022 bedeutet dies, dass die Erträge (+) / Aufwendungen (-) folgender Finanzvorfälle unmittelbar mit der Allgemeinen Rücklage verrechnet werden:

Veräußerung unbebauter Grundstücke und ähnliche Rechte	30.422,06 €
Abgänge unbebauter Grundstücke und ähnliche Rechte	-666,64 €
Veräußerung Infrastrukturvermögen	114.284,69 €
Abgänge Infrastrukturvermögen	-1.413,29 €
Veräußerung Maschinen, technische Anlagen und Fahrzeugen	9.818,00 €
Abgänge Maschinen, technische Anlagen und Fahrzeugen	0,00 €
Veräußerung Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.158,00 €
Abgänge von Betriebs- und Geschäftsausstattung	0,00 €
Verrechnung gem. § 44 Abs. 3 KomHVO:	**154.602,82 €**

2. Die **Sonderrücklagen** betragen zum 31.12.2022 1.742 T€. Hierbei handelt es sich um die passivische Beschränkung der Vermögensmasse der rechtlich selbstständigen Walter und Elfriede Meyer-Stiftung.

3. Die **Ausgleichsrücklage** hat zum 31.12.2022 einen Bestand von 37.943.043,53 €. Gemäß § 75 Abs. 3 Satz 2 GO NRW können Jahresüberschüsse durch Beschluss der Ausgleichsrücklage zugeführt werden, soweit die allgemeine Rücklage einen Bestand i. H. v. mindestens 3 Prozent der Bilanzsumme des Jahresabschlusses aufweist. Die allgemeine Rücklage weist zum 31.12.2022 einen Bestand von 189.489.993,85 € aus. Somit beträgt der Bestand der Allgemeinen Rücklage 39,90 % der Bilanzsumme zum 31.12.2022. Nach erfolgtem Ratsbeschluss könnte der Jahresüberschusses 2022 i. H. v. 11.047.068,70 € der Ausgleichsrücklage zugeführt werden. Der Bestand der Ausgleichsrücklage würde sich dadurch auf 48.990.112,23 € erhöhen. Hierin ist jedoch eine Summe von 6.167.846,36 € enthalten, über deren erfolgsneutrale und/oder ergebniswirksame Verwendung der Rat in 2025 zu entscheiden hat. Soweit der Rat sich dafür entscheidet, diesen Betrag gegen die Ausgleichsrücklage zu buchen, würde für künftige Ergebnisrechnungen noch ein frei verfügbarer Betrag von 42.822.265,87 € zum Haushaltsausgleich zur Verfügung stehen.

4. Der **Jahresüberschuss** in Höhe von 11.047.068,70 € resultiert aus der Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2022. Dieser entspricht dem „Ergebnis aus der lfd. Verwaltungstätigkeit“. Ein außerordentliches Ergebnis liegt für 2022 nicht vor. Gegenüber der Planung verbessert sich das Ergebnis um 13.547.068,70 €.

5. Der **Sonderposten für Zuwendungen** beinhaltet die zweckgebundene Zuweisungen und die Investitionspauschalen. Die Auflösung erfolgt entsprechend der Abnutzung des bezuschussten Anlagevermögens. Die Ermittlung der Sonderposten für Zuwendungen vor 2007 wurde pauschal an-

hand von durchschnittlichen Zuwendungsquoten auf der Grundlage von Stichproben durchgeführt. Der „Vom-Hundert-Anteil“ wurde bei der Ermittlung gem. § 57 Abs. 5 KomHVO des ansetzbaren Wertes der Sonderposten unter Berücksichtigung des angesetzten Zeitwertes des Vermögensgegenstandes zugrunde gelegt. Ab 2007 geflossene Zuwendungen werden mit ihrer tatsächlichen Höhe angesetzt und dem jeweiligen Anlagegut einzeln zugeordnet und entsprechend aufgelöst. Die Auflösung erfolgt entsprechend der Abnutzung des bezuschussten Vermögens.

6. Die Erfassung des **Sonderpostens für Beiträge** resultiert im Wesentlichen aus dem Baugesetzbuch (BauGB) sowie dem Kommunalabgabengesetz (KAG). Die Ermittlung der Sonderposten für Beiträge wurde anhand von durchschnittlichen Betragsquoten auf der Grundlage von Stichproben durchgeführt. Der Prozentanteil wurde bei der Ermittlung gem. § 57 Abs. 5 KomHVO des ansetzbaren Wertes der Sonderposten unter Berücksichtigung des angesetzten Zeitwertes des Vermögensgegenstandes auf der Grundlage von Stichproben zugrunde gelegt. Ab 2007 geflossene Beiträge werden mit ihrer tatsächlichen Höhe angesetzt und dem jeweiligen Anlagegut zugeordnet und entsprechend aufgelöst. Die Auflösung erfolgt entsprechend der Abnutzung des bezuschussten Vermögens.

7. Der **Sonderposten für den Gebührenausgleich** beinhaltet den Gebührenüberschuss der Abfallentsorgung (717.167,34 €) sowie den Sonderposten für die Straßenreinigung (1.083,38 €). Gemäß § 6 Abs. 2 KAG sind Kostenüberdeckungen innerhalb der nächsten 4 Jahre auszugleichen. Bis zum Ausgleich sind Überdeckungen als Sonderposten in der Bilanz auszuweisen.

8. Die **Sonstigen Sonderposten** beinhalten das Vermögen der Becker von Berg-Stiftung (244 T€). Dieser hat sich gegenüber 2021 um 2.892,39 € erhöht. Bei dieser wurden durch den Stifter Vermögensgegenstände mit einer bestimmten Zweckbindung der Stadt Erkelenz als Eigentum übertragen. Die Stadt Erkelenz darf nur in Übereinstimmung mit dem Stifterwillen darüber verfügen. Diese Nutzungsbeschränkung erfordert, dass dem zweckgebundenen Vermögenswert auf der Aktivseite eine entsprechende Beschränkung auf der Passivseite bei den sonstigen Sonderposten der Bilanz folgt.

9. Die **Pensionsrückstellungen** wurden durch die Rheinischen Versorgungskassen auf der Basis eines versicherungsmathematischen Gutachtens der Heubeck AG, Köln, zum 31.12.2022 angesetzt. Die Rückstellungen beinhalten neben den künftigen Versorgungslasten der Stadt Erkelenz (41.651 T€) auch die Ansprüche auf Beihilfen nach § 88 Landesbeamtengesetz (12.806 T€). Den Berechnungen liegen die biometrischen Grundlagen der Richttafeln von Prof. Dr. K. Heubeck nach dem Stand 2018 (G) unter Anwendung eines Rechnungszinsfußes von 5 % zu Grunde.

10. Die **Instandhaltungsrückstellungen** wurden in Höhe der Beträge gebildet, die nach vernünftiger kaufmännischer Betrachtung geboten waren. Es wurde vom § 37 Abs. 4 KomHVO Gebrauch gemacht und alle Maßnahmen für die Instandhaltungsrückstellungen gebildet wurden, werden voraussichtlich 2023 - 2026 durchgeführt werden.

Entwicklung der Instandhaltungsrückstellungen im Haushaltsjahr 2022:

		Stand 01.01.2021 €	Inanspruch-nahme €	Auflösung €	Zuführung €	Stand 31.12.2022 €
1	Erneuerung Heizkessel Johannismarkt 17	58.000,00				58.000,00
2	Erneuerung Fenster Altbau 5.BA	120.000,00	83.086,30	0,70		36.913,00
3	Wohnung Hauptstr.15: Ern. Badezimmer (mit Toilette)	25.000,00	22.731,89	2.268,11		0,00
4	Wohnung In Granterath 4: Ern. Badezimmer	20.000,00				20.000,00
5	Wohnhaus Landstr.43: Ern. Badezimmer + Toilette	25.000,00				25.000,00
6	Wohnhaus Landstr.43: Ern. Ziegeldach ein-schl. Wärmedämmung	35.000,00				35.000,00
7	Bauhof Mitte: Ern. Dachabdichtungen Hallen	48.900,00				48.900,00
8	Bauhof Mitte: Ern. der Stützwände Abfallgrube	-			25.000,00	25.000,00
9	Bauhof Mitte: Ern. der restlichen Falttore durch elektr. Rolltore	-			40.000,00	40.000,00
10	Bauhof Mitte: Ern. der Kompressoranlage	-			15.000,00	15.000,00
11	FWGH Schwanenberg: Ern. Zufahrt (Asphalt-decke)	30.000,00				30.000,00
12	Nysterbachschule Lövenich: Erneuerung Leh-rer-Toiletten	20.000,00				20.000,00
13	Nysterbachschule Lövenich: Erneuerung Blitz-schutzleitungen	15.000,00				15.000,00
14	Nysterbachschule Lövenich: Ern. Dach Turn-halle	45.000,00				45.000,00
15	Franziskusschule: Ern. Fenster 2.+ 3. BA	120.000,00				120.000,00
16	Astrid-Lindgren-Schule: Ern. Dach einschl. Dämmung	70.000,00				70.000,00
17	Astrid-Lindgren-Schule: Ern. Fenster 3.BA	40.000,00				40.000,00
18	Astrid-Lindgren-Schule: Sanierung Kellerräu-me	40.000,00				40.000,00
19	Astrid-Lindgren-Schule: Sanierung Klassen-räume EG, 1.OG	32.500,00				32.500,00
20	Astrid-Lindgren-Schule: Sanierung Verfugung Strassenseite	23.000,00				23.000,00
21	GS Hetzerath: Ern. Fenster	8.686,00			16.314,00	25.000,00
22	GS Hetzerath: Ern. Außentüren	5.768,00				5.768,00
23	GS Hetzerath: Ern. Dach und Dämmung	75.000,00				75.000,00
24	GS Hetzerath: Ern. Fenster 2.BA Erdgeschoss	5.000,00				5.000,00
25	GS Kückhoven: Ern. Dach einschl. Dämmung	55.000,00		55.000,00		-
26	GS Kückhoven: Ern. Fenster 2.BA (Flure + Verwaltung)	50.000,00		50.000,00		-
27	GS Schwanenberg: Ern. elektrischer Sonnen-schutz	32.500,00				32.500,00
28	GS Schwanenberg: Ern. Glassteinfassade Turnhalle	40.000,00				40.000,00
29	GS Schwanenberg: Ern. Turnhallentüre innen 2 flg.	8.500,00				8.500,00
30	GS Schwanenberg: Ern. ELA-Anlage	20.000,00				20.000,00
31	GS Schwanenberg: Ern. Ziegeldach Turnhalle einschl. Wärmedämmung	50.000,00				50.000,00
32	GS Houverath: Ern. Dach einschl. Dämmung	42.000,00				42.000,00
33	GS Houverath: Ern. Außentoiletten	70.000,00				70.000,00
34	GS Houverath: Ern. Fenster	60.000,00				60.000,00

		Stand 01.01.2021 €	Inanspruch-nahme €	Auflösung €	Zuführung €	Stand 31.12.2022 €
35	Luise-Hensel-Schule: Erneuerung Fensteran-strich	10.000,00	10.000,00			-
36	Luise-Hensel-Schule: Erneuerung Schiebe-Fenster	12.431,00	12.431,00			-
37	Luise-Hensel-Schule: Ern. Bodenbeläge Klas-sen	100.000,00				100.000,00
38	GS Schwanenberg: Brandschutzmaßnahmen: Ern. Flurwände F30 + Klassenraumtüren	40.000,00				40.000,00
39	Hauptschule Geb.1: Ern. Behindertentoilette	8.000,00				8.000,00
40	Hauptschule Geb.1: Einbau Akustikdecken Flure mit LED-Beleuchtung	55.000,00				55.000,00
41	Hauptschule Geb.1: Einbau Akustikdecken Klassen mit LED-Beleuchtung	40.666,00				40.666,00
42	Hauptschule Geb.1: Ern. Schulhof Bereich Pausenhalle	25.000,00				25.000,00
43	Hauptschule Geb.1: Ern. Entwässerungskanä-le	5.100,00				5.100,00
44	Hauptschule Geb.1: Ern. Kellertreppe-Rampe	15.000,00				15.000,00
45	Hauptschule Geb.2: Ern. 2 Elektrounterverteilungen	4.394,00				4.394,00
46	Hauptschule Geb.2: Ern. Fenster 3.BA West-promenade + Innenhof	42.300,00				42.300,00
47	Hauptschule Geb.2: Ern. Fenster 2.BA West-promenade + Innenhof	1.853,00		1.853,00		-
48	Hauptschule Geb.3 (Pestalozzischule): Umbau Informatikraum 16 Plätze	13.000,00				13.000,00
49	Hauptschule Geb.3 (Pestalozzischule): Ern. Dach Altbau 2. BA	35.000,00				35.000,00
50	Hauptschule Geb.3 (Pestalozzischule): Ern. Duschen und Außentoiletten	110.000,00				110.000,00
51	Hauptschule Geb.3 (Pestalozzischule): Ern. Dach Turnhalle und Außentoiletten	55.000,00				55.000,00
52	Europaschule: Ern.Klassenraumtüren	46.500,00				46.500,00
53	Europaschule: Ern.Bodenbeläge	26.062,00				26.062,00
54	Europaschule: Ern. LED-Leuchten Flure + Klassen	25.000,00	5.745,43	0,57		19.254,00
55	ERKA-Halle: Ern. Türen der Umkleiden 1/2-Anteil	8.000,00				8.000,00
56	ERKA-Halle: Ern. Außen-Türen 1/2-Anteil	2.467,00	393,77	2.073,23		-
57	CGE: Ern. Dach Atrium + Verwaltung	342.000,00				342.000,00
58	CGE: Ern. Fenster im Toilettentrakt	20.000,00				20.000,00
59	CGE: Ern. Dach Bauteil C	25.000,00				25.000,00
60	CGE: Ern. Bodenbeläge	45.000,00	3.995,50	0,50		41.004,00
61	CGE: Ern. Kesselanlage	55.000,00				55.000,00
62	CGE: Ern. Estrich + Bodenbeläge 4 Klassen Atrium	34.228,00	9.409,14	0,86		24.818,00
63	CGE: Ern. Oberlichter Atrium und Gerüstbau	73.000,00				73.000,00
64	CGE: Ern. Alu-Türen Haupteingänge Atrium-Schulhof	70.000,00				70.000,00
65	CGE: Ern. Außendecken Haupteingänge Atri-um-Schulhof	26.000,00				26.000,00
66	CGE: Ern. LED-Leuchten	45.900,00				45.900,00
67	ERKA-Halle: Ern. Türen der Umkleiden 1/2-Anteil	8.000,00				8.000,00

		Stand 01.01.2021 €	Inanspruch-nahme €	Auflösung €	Zuführung €	Stand 31.12.2022 €
68	ERKA-Halle: Ern. Außen-Türen 1/2-Anteil	2.467,00	393,77	2.073,23		-
69	CBG: Ern. LED-Leuchten	13.546,00	6.870,50		6.870,50	13.546,00
70	CBG: Ern. Klassentüren	96.265,00		33.000,00		63.265,00
71	CBG: Ern. Teppichboden Verwaltung	13.000,00				13.000,00
72	CBG: Teppichwände Foyer entfernen	5.000,00	5.000,00			-
73	CBG: Renovierung Burgh-Keller - GK-Wände, Boden	20.000,00				20.000,00
74	CBG: Ern. Dach Verwaltung Nord-Ost	10.000,00				10.000,00
75	CBG: Ern. Aufzug	50.000,00	50.000,00			-
76	Dienstwohnung Schulring 4a: Sanierung Heizung,Sanitär,Elektro,Böden,Fliesen	11.100,00			8.000,00	19.100,00
77	CGE: Ern. Brandschutzdecken; Brandschutztüren	194.504,00	39.981,98	0,02		154.522,00
78	CBG: Ern. Brandschutzdecken	147.525,00				147.525,00
79	Haus Hohenbusch: Beseitigung Feuchtigkeit	7.737,00	7.737,00			-
80	Haus Hohenbusch: Ern. Fensteranstrich Herrenhaus	13.190,00				13.190,00
81	Haus Hohenbusch: Außenputz-Sanierung Herrenhaus	70.000,00			110.000,00	180.000,00
82	Altes Rathaus: Restaurierung Holzfenster Ratssaal	50.000,00			35.000,00	85.000,00
83	Ehem. Friedhof Brückstraße: Sanierung Mauerwerk 4.BA	32.000,00				32.000,00
84	Burg / Stadtmauer: Sanierung Mauerwerk und Mauerkronen	60.000,00				60.000,00
85	KG Adolf-Kolping-Hof: Ern. Fensteranlagen in 4 GR mit öffenbaren Fenstern	65.000,00				65.000,00
86	KG Adolf-Kolping-Hof: Ern. Schallschutzmaßnahmen	10.000,00				10.000,00
87	KG Hagelkreuz: Ern. Beleuchtung (LED) + Schallschutzmaßnahmen	20.000,00				20.000,00
88	KG Buscherhof: Ern. Fenster	20.000,00				20.000,00
89	KG Lövenich: Ern. Fenster	25.000,00				25.000,00
90	KG Bauxhof: Ern. Sanitärräume + alle Wasserleitungen	35.000,00		35.000,00		-
91	Südpromenade 31: Ern. Heizkessel u. Regelung	50.000,00				50.000,00
92	Kombinierte Tageseinrichtung Zehnthofweg: Ern. Fenster + Aussentüren	30.000,00				30.000,00
93	Kombinierte Tageseinrichtung Westpromenade: Ern. LED-Beleuchtung	20.000,00	12.650,31	0,69		7.349,00
94	Kombinierte Tageseinrichtung Westpromenade: Ern. Fassadenanstrich einsch. Fensteranstrich	50.000,00				50.000,00
95	KG Schulring: Ern. LED-Beleuchtung + Schallschutzmaßnahmen	20.000,00				20.000,00
96	Obdachlosenheim Geneiken: Sanierung	40.700,00			15.000,00	55.700,00
97	Tiefgarage: Sanierung Sprinkleranlage (flächendeckende BMA)	60.000,00	14.675,18	0,82		45.324,00
98	FHH Erkelenz-Mitte: Ern. Fenster, Verglasung 2.BA	20.000,00				20.000,00
99	FHH Erkelenz-Mitte: Boden in der Aussegnungshalle aufbereiten	2.000,00				2.000,00
100	FHH Golkrath: Ern. 2 Türanlagen	23.000,00				23.000,00

		Stand 01.01.2021 €	Inanspruch-nahme €	Auflösung €	Zuführung €	Stand 31.12.2022 €
101	FHH Gerderath: Dachsanierung Nebengebäude einschl. Gerüst	32.000,00				32.000,00
102	FHH Gerderath: Überarbeitung der Holzkonstruktion Übergang	20.000,00				20.000,00
103	MZG Matzerath: Ern. Flachdach Halle einschl. Dämmung	10.000,00			5.000,00	15.000,00
104	MZH Gerderhahn: Ern. Fenster	35.000,00				35.000,00
105	MZH Hetzerath: Ern. Dacheindeckung	40.000,00				40.000,00
106	MZH Hetzerath: Ern. Duschen und Toilette	120.000,00				120.000,00
107	MZH Granterath: Ern. Außentoiletten	60.000,00				60.000,00
108	MZH Granterath: Ern. Fenster	50.000,00				50.000,00
109	MZH Granterath: Ern. Flachdach Halle einschl. Dämmung	42.000,00				42.000,00
110	Nysterbachhalle Lövenich: Ern. Satteldach Turnhalle einschl. Dämmung	55.000,00				55.000,00
111	Bürgerhaus Gerderath: Ern. Flachdächer	25.000,00				25.000,00
112	Bürgerhaus Gerderath: Ern. Dachabdichtung Sheddächer	42.000,00				42.000,00
113	Bürgerhaus Gerderath: Ern. Notstromversorgung	10.200,00				10.200,00
114	Instandhaltungsrückstellung Kriegsgräber	3.474,46			13.250,47	16.724,93
		4.546.463,46	**285.101,77**	**181.271,73**	**289.434,97**	**4.369.524,93**

Die zum 31.12.2022 gebildeten Instandhaltungsrückstellungen sollen in den Jahren 2023 - 2026 wie folgt in Anspruch genommen werden:

		Stand 31.12.2022 €	Inanspruch-nahme 2023 €	Inanspruch-nahme 2024 €	Inanspruch-nahme 2025 €	Inanspruch-nahme 2026 €
1	Erneuerung Heizkessel Johannismarkt 17	58.000,00				58.000,00
2	Erneuerung Fenster Altbau 5.BA	36.913,00				36.913,00
3	Wohnung In Granterath 4: Ern. Badezimmer	20.000,00			20.000,00	
4	Wohnhaus Landstr.43: Ern. Badezimmer + Toilette	25.000,00			25.000,00	
5	Wohnhaus Landstr.43: Ern. Ziegeldach einschl. Wärmedämmung	35.000,00			35.000,00	
6	Bauhof Mitte: Ern. Dachabdichtungen Hallen	48.900,00				48.900,00
7	Bauhof Mitte: Ern. der Stützwände Abfallgrube	25.000,00		25.000,00		
8	Bauhof Mitte: Ern. der restlichen Falttore durch elektr. Rolltore	40.000,00			40.000,00	
9	Bauhof Mitte: Ern. der Kompressoranlage	15.000,00		15.000,00		
10	FWGH Schwanenberg: Ern. Zufahrt (Asphaltdecke)	30.000,00				30.000,00
11	Nysterbachschule Lövenich: Erneuerung Lehrer-Toiletten	20.000,00	20.000,00			
12	Nysterbachschule Lövenich: Erneuerung Blitzschutzleitungen	15.000,00		15.000,00		
13	Nysterbachschule Lövenich: Ern. Dach Turnhalle	45.000,00			45.000,00	

		Stand 31.12.2022 €	Inanspruch-nahme 2023 €	Inanspruch-nahme 2024 €	Inanspruch-nahme 2025 €	Inanspruch-nahme 2026 €
14	Franziskusschule: Ern. Fenster 2.+ 3. BA	120.000,00			60.000,00	60.000,00
15	Astrid-Lindgren-Schule: Ern. Dach einschl. Dämmung	70.000,00		70.000,00		
16	Astrid-Lindgren-Schule: Ern. Fenster 3.BA	40.000,00		40.000,00		
17	Astrid-Lindgren-Schule: Sanierung Kellerräume	40.000,00		40.000,00		
18	Astrid-Lindgren-Schule: Sanierung Klassenräume EG, 1.OG	32.500,00			32.500,00	
19	Astrid-Lindgren-Schule: Sanierung Verfugung Strassenseite	23.000,00		23.000,00		
20	GS Hetzerath: Ern. Fenster	25.000,00	25.000,00			
21	GS Hetzerath: Ern. Außentüren	5.768,00	5.768,00			
22	GS Hetzerath: Ern. Dach und Dämmung	75.000,00			75.000,00	
23	GS Hetzerath: Ern. Fenster 2.BA Erdgeschoss	5.000,00		5.000,00		
24	GS Schwanenberg: Ern. elektrischer Sonnenschutz	32.500,00			32.500,00	
25	GS Schwanenberg: Ern. Glassteinfassade Turnhalle	40.000,00			40.000,00	
26	GS Schwanenberg: Ern. Turnhallentüre innen 2 flg.	8.500,00	8.500,00			
27	GS Schwanenberg: Ern. ELA-Anlage	20.000,00	20.000,00			
28	GS Schwanenberg: Ern. Ziegeldach Turnhalle einschl. Wärmedämmung	50.000,00			50.000,00	
29	GS Houverath: Ern. Dach einschl. Dämmung	42.000,00	42.000,00			
30	GS Houverath: Ern. Außentoiletten	70.000,00		70.000,00		
31	GS Houverath: Ern. Fenster	60.000,00				60.000,00
32	Luise-Hensel-Schule: Ern. Bodenbeläge Klassen	100.000,00		40.000,00	30.000,00	30.000,00
33	GS Schwanenberg: Brandschutzmaßnahmen: Ern. Flurwände F30 + Klassenraumtüren	40.000,00		40.000,00		
34	Hauptschule Geb.1: Ern. Behindertentoilette	8.000,00	8.000,00			
35	Hauptschule Geb.1: Einbau Akustikdecken Flure mit LED-Beleuchtung	55.000,00	55.000,00			
36	Hauptschule Geb.1: Einbau Akustikdecken Klassen mit LED-Beleuchtung	40.666,00	40.666,00			
37	Hauptschule Geb.1: Ern. Schulhof Bereich Pausenhalle	25.000,00	25.000,00			
38	Hauptschule Geb.1: Ern. Entwässerungskanäle	5.100,00	5.100,00			
39	Hauptschule Geb.1: Ern. Kellertreppe-Rampe	15.000,00	15.000,00			
40	Hauptschule Geb.2: Ern. 2 Elektrounterverteilungen	4.394,00	4.394,00			
41	Hauptschule Geb.2: Ern. Fenster 3.BA Westpromenade + Innenhof	42.300,00		25.000,00	17.300,00	
42	Hauptschule Geb.3 (Pestalozzischule): Umbau Informatikraum 16 Plätze	13.000,00	13.000,00			
43	Hauptschule Geb.3 (Pestalozzischule): Ern. Dach Altbau 2. BA	35.000,00			35.000,00	
44	Hauptschule Geb.3 (Pestalozzischule): Ern. Duschen und Außentoiletten	110.000,00				110.000,00

		Stand 31.12.2022 €	Inanspruch-nahme 2023 €	Inanspruch-nahme 2024 €	Inanspruch-nahme 2025 €	Inanspruch-nahme 2026 €
45	Hauptschule Geb.3 (Pestalozzischule): Ern. Dach Turnhalle und Außentoiletten	55.000,00			55.000,00	
46	Europaschule: Ern.Klassenraumtüren	46.500,00	20.000,00		26.500,00	
47	Europaschule: Ern.Bodenbeläge	26.062,00		26.062,00		
48	Europaschule: Ern. LED-Leuchten Flure + Klassen	19.254,00	19.254,00			
49	ERKA-Halle: Ern. Türen der Umkleiden 1/2-Anteil	8.000,00	8.000,00			
50	CGE: Ern. Dach Atrium + Verwaltung	342.000,00	158.000,00	64.000,00	60.000,00	60.000,00
51	CGE: Ern. Fenster im Toilettentrakt	20.000,00		20.000,00		
52	CGE: Ern. Dach Bauteil C	25.000,00			25.000,00	
53	CGE: Ern. Bodenbeläge	41.004,00		41.004,00		
54	CGE: Ern. Kesselanlage	55.000,00				55.000,00
55	CGE: Ern. Estrich + Bodenbeläge 4 Klassen Atrium	24.818,00			24.818,00	
56	CGE: Ern. Oberlichter Atrium und Gerüstbau	73.000,00		73.000,00		
57	CGE: Ern. Alu-Türen Haupteingänge Atrium-Schulhof	70.000,00		70.000,00		
58	CGE: Ern. Außendecken Haupteingänge Atrium-Schulhof	26.000,00		26.000,00		
59	CGE: Ern. LED-Leuchten	45.900,00	45.900,00			
60	ERKA-Halle: Ern. Türen der Umkleiden 1/2-Anteil	8.000,00	8.000,00			
61	CBG: Ern. LED-Leuchten	13.546,00	13.546,00			
62	CBG: Ern. Klassentüren	63.265,00			63.265,00	
63	CBG: Ern. Teppichboden Verwaltung	13.000,00	13.000,00			
64	CBG: Renovierung Burgh-Keller - GK-Wände, Boden	20.000,00		20.000,00		
65	CBG: Ern. Dach Verwaltung Nord-Ost	10.000,00	10.000,00			
66	Dienstwohnung Schulring 4a: Sanierung Heizung,Sanitär,Elektro,Böden,Fliesen	19.100,00		19.100,00		
67	CGE: Ern. Brandschutzdecken; Brandschutztüren	154.522,00	34.504,00	50.000,00	50.000,00	20.018,00
68	CBG: Ern. Brandschutzdecken	147.525,00		87.525,00	60.000,00	
69	Haus Hohenbusch: Ern. Fensteranstrich Herrenhaus	13.190,00	13.190,00			
70	Haus Hohenbusch: Außenputz-Sanierung Herrenhaus	180.000,00	70.000,00	110.000,00		
71	Altes Rathaus: Restaurierung Holzfenster Ratssaal	85.000,00	40.000,00	45.000,00		
72	Ehem. Friedhof Brückstraße: Sanierung Mauerwerk 4.BA	32.000,00	32.000,00			
73	Burg / Stadtmauer: Sanierung Mauerwerk und Mauerkronen	60.000,00			60.000,00	
74	KG Adolf-Kolping-Hof: Ern. Fensteranlagen in 4 GR mit öffenbaren Fenstern	65.000,00		65.000,00		
75	KG Adolf-Kolping-Hof: Ern. Schallschutzmaßnahmen	10.000,00			10.000,00	
76	KG Hagelkreuz: Ern. Beleuchtung (LED) + Schallschutzmaßnahmen	20.000,00		20.000,00		
77	KG Buscherhof: Ern. Fenster	20.000,00		20.000,00		
78	KG Lövenich: Ern. Fenster	25.000,00		25.000,00		

		Stand 31.12.2022 €	Inanspruch-nahme 2023 €	Inanspruch-nahme 2024 €	Inanspruch-nahme 2025 €	Inanspruch-nahme 2026 €
79	Südpromenade 31: Ern. Heizkessel u. Regelung	50.000,00			50.000,00	
80	Kombinierte Tageseinrichtung Zehnthof-weg: Ern. Fenster + Aussentüren	30.000,00	30.000,00			
81	Kombinierte Tageseinrichtung Westprome-nade: Ern. LED-Beleuchtung	7.349,00	7.349,00			
82	Kombinierte Tageseinrichtung Westprome-nade: Ern. Fassadenanstrich einsch. Fens-teranstrich	50.000,00		50.000,00		
83	KG Schulring: Ern. LED-Beleuchtung + Schallschutzmaßnahmen	20.000,00	20.000,00			
84	Obdachlosenheim Geneiken: Sanierung	55.700,00	25.000,00		30.700,00	
85	Tiefgarage: Sanierung Sprinkleranlage (flächendeckende BMA)	45.324,00	45.324,00			
86	FHH Erkelenz-Mitte: Ern. Fenster, Vergla-sung 2.BA	20.000,00	20.000,00			
87	FHH Erkelenz-Mitte: Boden in der Ausseg-nungshalle aufbereiten	2.000,00		2.000,00		
88	FHH Golkrath: Ern. 2 Türanlagen	23.000,00		23.000,00		
89	FHH Gerderath: Dachsanierung Nebenge-bäude einschl. Gerüst	32.000,00		32.000,00		
90	FHH Gerderath: Überarbeitung der Holz-konstruktion Übergang	20.000,00		20.000,00		
91	MZG Matzerath: Ern. Flachdach Halle einschl. Dämmung	15.000,00	15.000,00			
92	MZH Gerderhahn: Ern. Fenster	35.000,00		35.000,00		
93	MZH Hetzerath: Ern. Dacheindeckung	40.000,00		40.000,00		
94	MZH Hetzerath: Ern. Duschen und Toilette	120.000,00		60.000,00	60.000,00	
95	MZH Granterath: Ern. Außentoiletten	60.000,00			60.000,00	
96	MZH Granterath: Ern. Fenster	50.000,00				50.000,00
97	MZH Granterath: Ern. Flachdach Halle einschl. Dämmung	42.000,00			42.000,00	
98	Nysterbachhalle Lövenich: Ern. Satteldach Turnhalle einschl. Dämmung	55.000,00				55.000,00
99	Bürgerhaus Gerderath: Ern. Flachdächer	25.000,00	25.000,00			
100	Bürgerhaus Gerderath: Ern. Dachabdich-tung Sheddächer	42.000,00	42.000,00			
101	Bürgerhaus Gerderath: Ern. Notstromver-sorgung	10.200,00		10.200,00		
102	Instandhaltungsrückstellung Kriegsgräber	16.724,93	9.000,00	7.724,93		
		4.369.524,93	**1.011.495,00**	**1.469.615,93**	**1.214.583,00**	**673.831,00**

11. Die Bildung der **sonstigen Rückstellungen** nach § 37 Abs. 5 KomHVO NRW erfolgte ebenfalls in Höhe der Beträge, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung geboten sind:

Rückstellungsbezeichnung	Stand 01.01.2022 €	Inanspruchnahme/ Auflösung 2022 €	Zuführung 2022 €	Stand 31.12.2022 €
Sonstige Rückstellungen	732.937,89	866,00	80.234,04	812.305,93
Rückstellungen für Altersteilzeit	1.052.106,00	-	362.674,00	1.414.780,00
Urlaubsrückstellungen	794.586,76	-	71.812,34	866.399,10
Überstundenrückstellungen	283.320,71	-	41.480,39	324.801,10
Rückstellungen GPA NRW	56.200,00	-	18.400,00	74.600,00
Drohverlustrückstellungen	2.292.703,64	224.611,00	1.276,00	2.069.368,64
Rückstellungen Prozesskostenrisiken	37.525,00	-	41.475,00	79.000,00
Gesamt	**5.249.380,00**	**225.477,00**	**617.351,77**	**5.641.254,77**

Bei der **Bildung von Altersteilzeitrückstellungen** (1.414.780,00 €) werden fortgeltende Ansprüche der Beschäftigten auf Zahlung des Entgeltes im Rahmen der Altersteilzeitregelung berücksichtigt. Hierbei wurden die im Jahr der Beschäftigungsphase erworbenen Ansprüche auf Zahlung eines Beschäftigungsentgeltes/einer Besoldung während der Freistellungsphase in die Rückstellungen eingebracht. In die **Urlaubsrückstellungen** (866.399,10 €) wird nicht in Anspruch genommener Urlaub des laufenden Jahres eingestellt. Gleiches gilt für die am Bilanzstichtag bestehenden Überstunden- und Gleitzeitguthaben. Sie sind ebenfalls über die Bildung einer **Überstundenrückstellung** (324.801,10 €) zu berücksichtigen. Bei der Ermittlung wurden die Bediensteten in unterschiedliche Beschäftigungsgruppen eingeteilt und diese mit der jeweiligen durchschnittlichen Vergütung von Beschäftigungsgruppen bewertet. Die sonstige Rückstellung unterteilt sich in „sonstige Rückstellungen für sonstige Personalaufwendungen“ und in „sonstige Rückstellungen für andere Sachverhalte“. Die „sonstigen Rückstellungen für sonstige Personalaufwendungen“ wurden gebildet für Aufwendungen aus der **leistungsorientierten Bezahlung** „LOB“ (423.191,93 €), die Ende März 2023 für den Zeitraum vom 01.01.2022 - 31.12.2022 zur Auszahlung gelangen. Die „sonstige Rückstellungen für andere Sachverhalte“ wurden für **Rückstellungen im Zusammenhang mit der Betriebsprüfung beim Betrieb gewerblicher Art „Bäderbetrieb“** (364.000,00 €) gebildet, da damit zu rechnen ist, dass aufgrund der Betriebsprüfung der Jahre 2012 - 2017 insbesondere Nachveranlagungsbescheide zur Kapitalertragsteuer durch die örtliche Finanzverwaltung erfolgen werden. Da die endgültigen Bescheide noch nicht erlassen sind, wird eine entsprechende Rückstellung im Rahmen des Jahresabschlusses 2022 gebildet. Ferner ist in den „sonstige Rückstellungen für andere Sachverhalte“ ein Teilbetrag **für eine mögliche Rückzahlungsverpflichtung überzahlter FlüAG-Pauschalen für die Monate Januar - Dezember 2017** enthalten (25.114,00 €). Für die künftige Prüfung der **Jahres- bzw. Gesamtabschlüsse der Haushaltsjahre 2019-2022** durch die GPA wird ebenfalls eine Rückstellung gebildet (74.600,00 €).

Eine **Drohverlustrückstellung** wurde in 2008 gebildet, weil seinerzeit ein Gewerbesteuerschuldner gegen einen Steuermessbescheid geklagt hat. Das Finanzamt hat in diesem Fall die Aussetzung der Vollziehung für verschiedene Veranlagungsjahre angeordnet. Die betreffende Drohverlustrückstellung wird im Rahmen des Jahresabschlusses 2022 mit 1.945.935,54 € (Vorjahr: 2.170.546,54 €) bewertet.

Zusätzlich wurde im Jahr 2015 in einem weiteren Fall eine **Drohverlustrückstellung** gebildet. Ein Gewerbesteuerschuldner hat dabei gegen die Neuveranlagung der Gewerbesteuer für die Jahre 2004 - 2008 Klage erhoben. In 2021 wurde diese Rückstellung teilweise In Anspruch genommen werden bzw. konnte teilweise aufgelöst werden. Diese Drohverlustrückstellung wurde im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten 2021 neu bewertet. Insgesamt kann festgestellt werden, dass, wenn dem restlichen Klageteil stattgegeben werden sollte, mit einer Erstattungspflicht in Höhe von aktuell 123.433,10 € (Vorjahr:122.157,10 €) zu rechnen ist.

Die **Rückstellungen Prozesskostenrisiko** wurden aufgrund anhängiger Gerichtsverfahren (79.000,00 €) gebildet. Sie erhöht sich gegenüber dem Vorjahr um 41.475,00 €.

12. Die **Verbindlichkeiten** wurden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt. Eine besondere Besicherung der Verbindlichkeiten liegt nicht vor. Einzelheiten ergeben sich aus dem als Anlage 3 beigefügten Verbindlichkeitenspiegel.

    Aus der Anlage 3 ist zu erkennen, dass die Verbindlichkeiten in drei verschiedene Arten unterteilt werden können:

    1. den Verbindlichkeiten aus Krediten
    2. den Verbindlichkeiten aus erhaltenen Anzahlungen und
    3. den anderen Verbindlichkeiten.

    Bei den **Verbindlichkeiten aus Krediten** ist festzustellen, dass in 2022 eine Nettoentschuldung von 838 T€ bilanziert werden konnte, so dass zum 31.12. noch Verbindlichkeiten von 6,13 Mio. € bestehen.
    Bei den **erhaltenen Anzahlungen** hat sich der Bestand gegenüber 2021 um 4.232 T€ auf 10.138 T€ erhöht. Enthalten sind hierin im Wesentlichen folgende Anzahlungen: Die anteilige Zuordnung der Investitionspauschale 2022 zur Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses Holzweiler mit Schulungsraum (0,562 Mio. €) sowie der Anteil der Schulpauschale des Landes NRW für das Jahr 2021, welche der noch nicht aktivierten Investition „Aufstockung Nysterbach-Schule Lövenich“ zugeordnet worden ist (1,172 Mio. €). Darüber hinaus sind Bundes- und Landeszuweisungen für die noch nicht aktivierte Investition „Energetische Sanierung Peter-Härtling Schule einschl. der OGS-Erweiterung“ (1,674 Mio. €) sowie Landeszuweisungen für die Erweiterung der Grundschule Kückhoven (0,190 Mio. €) enthalten. Daneben wird ein Betrag von 3,155 Mio. € ist für die Errichtung öffentlicher Gebäude in den Umsiedlungsgebieten Keyenberg - neu, Kuckum - neu, Unterwestrich - neu, Oberwestrich - neu und Berverath – neu abgebildet. Zudem sind Zuweisungen vom Landschaftsverband Rheinland und die anteilige Zuordnung der Investitionspauschale 2022 für das Quartierszentrum Oerather Mühlenfeld (0,352 Mio. €) sowie für die Umbau Dorfzentrum „Alte Schule“ Holzweiler (0,969 Mio. €) enthalten. Weiterhin werden in der Position Landeszuweisungen für die Umgestaltung/ Aufwertung des Franziskanerplatzes (0,612 Mio. €), die Umgestaltung/ Aufwertung des Markts (0,141 Mio. €) sowie die anteilige Zuordnung der Investitionspauschale 2022 für die Umgestaltung des Grünrings Westpromenade (0,400 Mio. €) geführt. Zuletzt sind erhaltene Anzahlungen für verschiedene Beleuchtungsmaßnahmen (0,383 Mio. €) enthalten.
    Die **anderen Verbindlichkeiten** stellen letztendlich eine Zusammenfassung der übrigen Verbindlichkeiten dar. Sie haben zum 31.12.2021 einen Bestand von 2,546 Mio. € und haben sich gegenüber 2021 um 365 T€ reduziert. Den größten Anteil haben daran die „Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung“ mit 1,207 Mio. € (- 333 T€).

13. Die **passiven Rechnungsabgrenzungsposten** (10.864 T€) betreffen hauptsächlich vereinnahmte Friedhofsgebühren für Nutzungsrechte an Gräbern, die Erträge in Folgejahren darstellen (6.925 T€). Der Abgrenzungsbestand von Landeszuwendungen, die für den Bau von Kindertagesstätten vom Land gewährt wurden und die an die freien Träger ausgezahlt werden (vgl. Ausführungen ARAP auf der Aktivseite) beträgt nunmehr 2.715 T€. Daneben liegen noch weitere, passive Rechnungsabgrenzungsposten von insgesamt 1.224 T€ vor (Ausgleichsmaßnahmen 459 T€, Ruherechtsentschädigungen 127 T€, Umbettungen 6 T€ sowie verschiedenen Zahlungen, die zu Erträgen in 2023 führen i. H. v. 632 T€).

	Stand zum 31.12.2022 (in T €)	% der Bilanzsumme
Aktiva		
Bilanzierungshilfe	**6.168**	**1,30**
Immaterielle Vermögensgegenstände	158	0,03
Sachanlagevermögen	326.129	68,67
Finanzanagen	88.116	18,55
Summe Anlagevermögen	**414.403**	**87,25**
Forderungen und sonstige Vermögensgegen-stände	20.258	4,27
Wertpapiere des Umlaufvermögens	5.000	1,05
Liquide Mittel	23.786	5,01
Summe Umlaufvermögen	**49.044**	**10,33**
Aktive Rechnungsabgrenzung	5.331	1,12
Summe Aktiva	**474.946**	**100,00**
Passiva		
Eigenkapital	240.222	50,58
Sonderposten	140.578	29,60
Rückstellungen	64.468	13,57
Verbindlichkeiten	18.814	3,96
Passive Rechnungsabgrenzung	10.864	2,29
Summe Passiva	**474.946**	**100,00**

III. Erläuterungen zur Ergebnisrechnung

1. Die **Steuern und ähnlichen Abgaben** setzen sich wie folgt zusammen:

	T€
Grundsteuer A	254
Grundsteuer B	6.630
Gewerbesteuer	26.051
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	25.083
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	3.380
Vergnügungssteuer	532
Hundesteuer	301
Familienleistungsausgleich	2.444
	64.675

2. Die **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** des Haushaltsjahres 2022 setzen sich wie folgt zusammen:

	T€
Schlüsselzuweisungen	12.681
Allgemeine Zuweisungen vom Land	1.780
Zuweisungen und Zuschüsse	13.682
Erträge aus der Auflösung von Zuwendungen	3.914
	32.057

3. Die **sonstigen Transfererträge** (684 T€) entsprechen dem „Kostenersatz für soziale Leistungen innerhalb und außerhalb von Einrichtungen“ in den Produktbereichen 05 „Soziale Hilfen“ und 06 „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“.

4. Die **öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte** (10.203 T€) beinhalten Verwaltungsgebühren (985 T€), Benutzungsgebühren (7.790 T€) und Erträge aus den Auflösungen von Sonderposten für Beiträge (1.428 T€).

5. Die **privatrechtlichen Leistungsentgelte** (908 T€) enthalten Mieten und Pachten (421 T€), Erträge aus dem Verkauf von Vorräten (438 T€) und sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte (49 T€).

6. Bei den **Kostenerstattungen und Kostenumlagen** wurden Erträge von insgesamt 8.575 T€ erzielt. Der Bund hat Erstattungen in Höhe von 41 T€ geleistet. Weiterhin fallen auf Landeserstattungen insgesamt 4.471 T€. Die Hauptanteile der Landeserstattungen entfallen davon auf den Bereich der Asylbewerber (3.005 T€; davon 1.319 T€ ukrainebedingt) und den Bereich für die Kinder-, Jugend- und Familienhilfe (1.305 T€). Weiterhin sind Erstattungen von Jugendhilfeaufwendungen von anderen Gemeinden und Gemeindeverbänden (1.715 T€) sowie für Personal- und Sachkostenerstattungen vom Städt. Abwasserbetrieb (1.692 T€) geleistet worden. Schließlich beinhalten die Kostenerstattungen und Kostenumlagen noch „Erstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich“ (317 T€), „Erstattungen von privaten Unternehmen“ (291 T€) und von übrigen Bereichen (48 T€).

7. Im Haushaltsjahr 2022 wurden **sonstige ordentliche Erträge** erzielt, deren Zusammensetzung der nachfolgenden Übersicht zu entnehmen ist:

	T€
Konzessionsabgaben	2.348
Erstattung von Steuern	640
Abschluss Umsatzsteuer	0
Erträge aus der Veräußerung von Grund und Boden u.a. -Umlaufvermögen-	132
Bußgelder u.a.	204
Säumniszuschläge u.dgl.	273
Stundungs- und Aussetzungszinsen	2
Erträge aus Ersatzvornahmen	20
Herabsetzung und Auflösung von Rückstellungen	706
Sonstige nicht zahlungswirksame ordentliche Erträge	96
Erträge aus der Auflösung oder Herabsetzung von Wertberichtigungen auf Forderungen	34
Andere sonstige ordentliche Erträge	166
	4.621

8. Das Jahresergebnis für 2022 bei den **aktivierten Eigenleistungen** beträgt 714 T€.

9. Der **Personal- und Versorgungsaufwand** von 34.324 T€ des Haushaltsjahres 2022 entfällt mit 4.461 T€ auf Beamtenbezüge, mit 24.279 T€ auf Gehälter (einschließlich Beiträgen zu Versorgungskassen und zur gesetzlichen Sozialversicherung), mit 2.253 T€ auf Beiträge zu Versorgungskassen für Beamte, 849 T€ auf Beihilfen (Beschäftigte 353 T€ und Versorgungsempfänger 496 T€) und mit 2.482 T€ auf nicht zahlungswirksame Aufwendungen zur Auffüllung von Rückstellungsbeständen in den Bereichen Urlaubs-, Überstunden-, Altersteilzeit- und sonstigen Rückstellungen. Als Grundlage für die Ermittlung der Zuführung zur Pensions- und Beihilfenrückstellung für die Beamten dienten die standardmäßig von der Rheinischen Versorgungskasse zur Verfügung gestellten Berechnungen. Die Zuführungsbeträge betrugen insgesamt 1.979 T€, die ausschließlich für Pensionäre (1.422 T€ für Pensionen, 557 T€ für Beihilfen) aufgebracht wurden (vgl. auch Ausführungen zu II, Passivaseite, Ziffer 9).

10. Die Zusammensetzung der **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** des Haushaltsjahres 2022 zeigt die folgende Aufstellung:

			T€
Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen			1.574
Zuführung Instandhaltungsrückstellungen			289
Unterhaltung des sonst. unbeweglichen Vermögens			831
Bewirtschaftung der Grundstücke und baul. Anlagen			923
Bewirtschaftung - Energie -			1.579
Bewirtschaftung - Reinigung -			1.868
Haltung von Fahrzeugen			630
Unterhaltung der Geräte			409
Besondere Aufwendungen für Beschäftigte			191
Aus- und Fortbildung			169
Lernmittel nach dem Lernmittelfreiheitsgesetz			306
Sonst. bes. Verwaltungs- u. Betriebsaufwendungen			5.246
davon:			
Verpflegungsaufw. in Schulen u. Kindergärten	T€	409	
Kostenanteil Straßenentwässerung	T€	1.539	
Abfallbeseitigungsaufwendungen	T€	1.954	
Aufwendungen für die Straßenbeleuchtung	T€	877	
Sonst. Verw. u. Betriebsaufwendungen	T€	467	
Aufwendungen für den Erwerb von Vorräten			110
Aufwendungen für sonst. Dienstleistungen			7.181
davon:			
Aufwendungen EDV und Software	T€	1.131	
Schülerbeförderungskosten	T€	1.888	
Aufwendungen offener Ganztag	T€	2.474	
Abfallentsorgung u. Beseitigung Sondermüll	T€	903	
Übrige Aufwendungen f.sonstige Dienstleistungen	T€	785	
			21.306

11. Die **bilanziellen Abschreibungen** (10.070 T€) umfassen sowohl die Abschreibungen auf das immaterielle und das Sachanlagevermögen (9.988 T€) als auch die Auflösung von geleisteten Zuwendungen für investive Maßnahmen (81 T€). Gegenüber der Planung ist eine Erhöhung von 415 T€ festzustellen. Die Erhöhung resultiert im Wesentlichen aus zu beschaffenden Vermögensgegenständen unter 800 € netto für die Verwaltung und den Betrieb von Unterkünften für Spätaussiedler und ausländische Flüchtlinge sowie den Abschreibungen für die Maßnahmen „Neubau Sportumkleide Keyenberg (neu)“, „Kunstrasenplatz Sportpark Keyenberg (neu)“ und „Rasenplatz Sportpark Keyenberg (neu)“ bei der Bereitstellung und dem Betrieb von Sportanlagen. Darüber hinaus wurde die Abschreibung für den Kindergarten Bauxhof anhand der verkürzten Nutzungsdauer (bis 30.06.2023) neu bemessen.

12. Die **Transferaufwendungen** 2022 (43.935 T€) setzen sich wie folgt zusammen:

	T€
Zuweisungen und Zuschüsse	8.545
Sozialtransferaufwendungen	9.708
Gewerbesteuerumlage	2.066
Kreisumlage, einschl. Mehrbelastung „Musikschule u.a.“	22.737
Verbandsumlage	225
Krankenhausinvestitionsumlage	654
	43.935

13. Im Jahre 2022 wurden folgende **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** geleistet:

	T€
Sonst. Personalaufwendungen	27
Aufwendungen f. ehrenamtliche Tätigkeiten	545
Mieten und Pachten	1.283
Leasingkosten	158
Sonst. Aufwendungen f.d. Inanspruchnahme v. R.u.D.	1.030
Geschäftsaufwendungen	855
Steuern, Versicherungen	1.987
Zuschreibung Sonderposten	460
Erstattungen für lfd. Tätigkeiten	398
Verluste aus dem Abgang von Umlaufvermögen u.ä.	295
Verfügungsmittel	2
Fraktionszuwendungen	29
Repräsentationen	32
Ehrungen u.ä.	19
Zuführung sonst. Rückstellungen	114
Übr. weitere Aufw. aus laufender Verwaltungstätigkeit	253
	7.487

14. Den maßgeblichen Anteil an den **Finanzerträgen** (6.027 T€) haben die Zinserträge „sonstiger inländischer Bereich“ i. H. v. 3.447 T€ und die „Gewinnanteile aus verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sowie öffentlicher Sonderrechnungen“ mit 2.521 T€. Die übrigen Zinserträge betragen 59 T€.

15. Die **Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen** betragen in 2022 insgesamt 297 T€ (Vorjahr: 718 T€).
Die Reduzierung im Vergleich zum Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus einem Rückgang der Erstattungszinsen zur Gewerbesteuer in Höhe von 370 T€. Bezogen auf den reinen Zinsaufwand für Kredite, ist eine Reduzierung um 62 T€ bzw. 34,5 % enthalten.

16. Gemäß § 5 Abs. 2 des Gesetzes zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie und dem Krieg gegen die Ukraine folgenden Belastungen der kommunalen Haushalte im Land Nordrhein-Westfalen (NKF-COVID-19- Ukraine-Isolierungsgesetz - NKF-CUIG NRW), in der aktuellen Fassung, sind die ermittelten Haushaltsbelastungen in Summe als außerordentlicher Ertrag im Rahmen der Abschlussbuchung in die Ergebnisrechnung einzustellen und bilanziell gem. § 6 NKF-CUIG NRW gesondert zu aktivieren (siehe auch Punkt II. 1. Erläuterungen zur Bilanz).

    Diese Ermittlung geschieht gem. § 5 Abs. 4 NKF-CUIG in dem die konkreten Belastungen ermittelt werden. Soweit die konkreten Belastungen nicht oder nicht im vollen Umfang ermittelt werden können, ist hilfsweise eine Nebenrechnung aufzustellen. Dieser Vorgabe folgend, sind in der nachfolgenden Tabelle 1 die konkreten finanziellen Belastungen aus der „Covid-19-Pandemie“ und in der Tabelle 2 die konkreten finanziellen Belastungen aus dem „Krieg gegen die Ukraine“ zu entnehmen. Die Tabelle 3 stellt zusätzlich die nicht konkret zu ermittelnden Belastungen in einer Nebenrechnung durch einen Vergleich der dort aufgeführten Haushaltsansätze für 2022 im 2020er Haushaltsplan im Vergleich zum tatsächlichen Rechnungsergebnis bei den entsprechenden Konten in 2022 dar. In der Tabelle 4 werden schließlich die ersten drei Ergebnisse zusammengeführt.

ERK EL ENZ
Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Tabelle 1 - finanzielle Belastungen aus der "Covid-19-Pandemie"				
Pos.	**Name**	**Ansatz Rechnungsjahr in €**	**Ergebnis Rechnungsjahr in €**	**Vergleich Ansatz/Ergebnis in €**
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	1.531.031,48	1.531.031,48
03	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	24.263,29	24.263,29
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	-2.713,50	-2.713,50
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00
09	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00
10	**= Ordentliche Erträge**	**0,00**	**1.552.581,27**	**1.552.581,27**
11	- Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00
12	- Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00
13	- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	0,00	-310.984,05	-310.984,05
14	- Bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00
15	- Transferaufwendungen	0,00	-129.670,25	-129.670,25
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	-8.951,86	-8.951,86
17	= Ordentliche Aufwendungen	0,00	-449.606,16	-449.606,16
18	**= Ordentliches Ergebnis (10 und 17)**	**0,00**	**1.102.975,11**	**1.102.975,11**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00
21	= Finanzergebnis (19 und 20)	0,00	0,00	0,00
22	**= Ergebnis der lfd Verw.-Tätigkeit (18 und 21)**	**0,00**	**1.102.975,11**	**1.102.975,11**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
25	= Außerordentliches Ergebnis (23 und 24)	0,00	0,00	0,00
26	**= Ergebnis (22 und 25)**	**0,00**	**1.102.975,11**	**1.102.975,11**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	260,00	260,00
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	-260,00	-260,00
29	**= Ergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**0,00**	**1.102.975,11**	**1.102.975,11**

ERK EL ENZ
Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Tabelle 2 - finanzielle Belastungen aus dem "Krieg gegen die Ukraine"				
Pos.	**Name**	**Ansatz Rechnungsjahr in €**	**Ergebnis Rechnungsjahr in €**	**Vergleich Ansatz/Ergebnis in €**
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00
03	+ Sonstige Transfererträge	0,00	11.912,68	11.912,68
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	91.794,76	91.794,76
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	1.141.256,78	1.141.256,78
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	178.083,20	178.083,20
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00
09	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00
10	**= Ordentliche Erträge**	**0,00**	**1.423.047,42**	**1.423.047,42**
11	- Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00
12	- Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00
13	- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	0,00	-29.988,18	-29.988,18
14	- Bilanzielle Abschreibungen	0,00	-178.083,20	-178.083,20
15	- Transferaufwendungen	0,00	-734.961,94	-734.961,94
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	-315.358,25	-315.358,25
17	**= Ordentliche Aufwendungen**	**0,00**	**-1.258.391,57**	**-1.258.391,57**
18	**= Ordentliches Ergebnis (10 und 17)**	**0,00**	**164.655,85**	**164.655,85**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00
21	= Finanzergebnis (19 und 20)	0,00	0,00	0,00
22	= Ergebnis der lfd Verw.-Tätigkeit (18 und 21)	0,00	164.655,85	165.655,85
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
25	= Außerordentliches Ergebnis (23 und 24)	0,00	0,00	0,00
26	**= Ergebnis (22 und 25)**	**0,00**	**164.655,85**	**164.655,85**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	-102.569,23	-102.569,23
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	-102.569,23	-102.569,23
29	**= Ergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**0,00**	**164.655,85**	**164.655,85**

Tabelle 3 - Nebenrechnung für nicht unmittelbar ermittelbare finanzielle Belastungen aus der "Covid-19-Pandemie" bzw. dem "Krieg gegen die Ukraine"				
Nr	**Bezeichnung**	**HH-Ansatz 2022 (in 2020) €**	**Ergebnis-rechnung 2022 €**	**Ergebnis-rechnung CUIG 2022 €**
	Steuern und ähnliche Abgaben			
	Gewerbesteuer	20.214.816,00	25.687.682,50	0,00
	Einkommensteueranteile	24.716.544,00	25.082.945,63	0,00
	Umsatzsteueranteile	3.442.161,00	3.379.575,60	-62.585,40
	Vergnügungssteuer	750.000,00	531.869,52	-218.130,48
	Familienleistungsausgleich	2.410.450,00	2.443.817,44	0,00
	Zuwendungen und allgemeine Umlagen			
	davon Schlüsselzuweisungen	10.384.407,00	12.681.041,00	0,00
	öffentlich-rechtl. Leistungsentgelte			
	Gebührenausfälle	453.000,00	358.282,86	-94.717,14
Ergebnis des Plan-Ist-Vergleiches:				**-375.433,02**

Tabelle 4 – Zusammenfassung der Tabellen 1 -3	
Ergebnis aus Tabelle 1	1.102.975,11 €
Ergebnis aus Tabelle 2	164.655,85 €
Ergebnis aus Tabelle 3	-375.433,02 €
Berechnung Haushaltsbelastung nach NKF-CUIG	**892.197,94 €**

Der Tabelle 4 ist zu entnehmen, dass in 2022 ein positives Ergebnis bei der Ermittlung der Belastungen nach dem NKF-CUIG erzielt worden ist. Dies ist gleichbedeutend damit, dass die Erträge höher sind als die Aufwendungen. Somit sind keine zusätzlichen primären Belastungen aus der „Covid-19-Pandemie und dem Krieg gegen die Ukraine (NKF-CUIG)“ in 2022 entstanden. Demzufolge ist auch kein außerordentlicher Ertrag bzw. außerordentliches Ergebnis in der Ergebnisrechnung auszuweisen.

17. Im Rahmen des Jahresabschlusses **2021** sind **keine Ermächtigungsübertragungen** von Aufwendungen nach **§ 22 Abs. 1 KomHVO NRW** vorgenommen worden.

18. Im Rahmen des Jahresabschlusses **2022** werden **keine Ermächtigungsübertragungen** von Aufwendungen nach **§ 22 Abs. 1 KomHVO NRW** vorgenommen.

IV. Erläuterungen zur Finanzrechnung

Die Bestände der liquiden Mittel, die sich aus den Buchungen in der Finanzrechnung ergeben, haben sich in 2022 wie folgt entwickelt:

Bevor die einzelnen Kontengruppen genauer betrachtet werden, sei an dieser Stelle auf folgende Besonderheiten hingewiesen, die die Nachvollziehbarkeit der nachfolgenden Äußerungen erleichtern:

- In 2021 wurden Ermächtigungsübertragungen von Auszahlungen für Investitionen von 5.010.175,02 € gebildet. Für konsumtive Auszahlungen wurden im Jahr 2021 keine Ermächtigungsübertragungen gebildet. Die Abwicklung der investiven Ermächtigungsübertragungen in 2022 wird an späterer Stelle dargestellt.

- Zahlungswirksame Ermächtigungsübertragungen für Kredite nach § 86 Abs. 2 GO NRW wurden im Jahr 2021 über 890.000,00 € gebildet.

- Die zuvor erläuterten Summen sind zusammen mit den Ansätzen in der Spalte „Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres“ in den jeweiligen Zeilen mit aufgeführt. Daneben bietet die seit dem 01.01.2011 eingesetzte Software „newsystem kommunal - INFOMA“ auch den Komfort, dass die Ermächtigungsübertragungen nach § 22 KomHVO in einer separaten Spalte in der Finanzrechnung dargestellt werden. Diese Option wurde aus Gründen der Übersichtlichkeit auch in 2022 genutzt.
  Wie an späterer Stelle detailliert zu ersehen ist, wurde von den Ermächtigungsübertragungen für investive Auszahlungen von insgesamt 5.010.175,02 € eine Summe i. H. v. 3.517.666,13 € in Anspruch genommen. 328.485,81 € wurden im Laufe des Jahres 2022 in Abgang gesetzt bzw. eingespart und 1.164.023,08 € wurden weiter nach 2023 übertragen.

Konsumtive Auszahlungen wurden in 2021 nicht nach 2022 übertragen.

Rechnet man die übertragenen Ermächtigungsübertragungen 2021 als auch die darauf entfallenden Inanspruchnahmen aus den in der Finanzrechnung aufgeführten Zahlen heraus, ergeben sich in den Zeilen 16, 17, 23 und 30 bis 38 folgende Werte:

Nr.	Bezeichnung	…	Ansatz des Haushalts-jahres	IST-Ergebnis des Haushalts-jahres	Vergleich Ansatz/Ist
16	= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungs-tätigkeit		110.018.772,00 €	104.395.200,02 €	-5.623.571,98 €
17	Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit (9 und 16)		-2.952.684,00 €	15.008.591,03 €	17.961.275,03 €
23	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit		21.873.716,00 €	10.130.691,32 €	-11.743.024,68 €
30	= Auszahlungen aus Investitionstätig-keit		34.038.867,00 €	13.464.834,37 €	20.574.032,63 €
31	= Saldo aus Investitionstätigkeit (23 und 30)		-12.165.151,00 €	-3.334.143,05 €	8.831.007,95 €
32	= Finanzmittelüberschuss/ -fehlbetrag (17 und 31)		-15.117.835,00 €	11.674.447,98 €	26.792.282,98 €
33	+Einz.aus der Aufnahme und durch Rückflüsse von Krediten für Investitionen und diesen wirtschaftlich gleichkommenden Rechtsverhältnissen		820.000,00 €	0,00 €	-820.000,00 €
34	+Einz. aus der Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung		12.000.000,00 €	0,00 €	-12.000.000,00 €
35	-Ausz.für die Tilgung und Gewährung von Krediten für Investitionen und diesen wirtschaftlich gleichkommenden Rechtsverhältnissen		820.000,00 €	-667.319,87 €	152.680,13 €
36	-Ausz. für die Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung		12.000.000,00 €	0,00 €	12.000.000,00 €
37	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit		0,00 €	-667.319,87 €	-667.319,87 €
38	= Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln (32 und 37)		-15.117.835,00 €	11.007.128,11 €	26.124.963,11 €

Abschließend sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass der Gesetzgeber aus seinen im § 39 Abs. 2 KomHVO bzw. § 40 KomHVO NRW gestellten Forderungen nicht abzulesen ist, welche Ist-Beträge sich auf Haushaltsansätze und welche sich auf Ermächtigungsübertragungen beziehen. Die Erfahrungen der letzten 15 Jahre haben jedoch gezeigt, wie aufgrund der vorgenannten Aufstellung unschwer ersichtlich, dass die Umsetzung in einer tabellarischen Darstellung einfach zu komplex und damit zu unübersichtlich ist. Es bleibt daher nur die Möglichkeit, ergänzend zu der im § 39 KomHVO geforderten Abbildungsweise, klarstellend durch die Darstellung in verschiedenen Nebenrechnungen aufzuzeigen, wie sich die Ist-Buchungen auf die Haushaltsansätze bzw. auf Ermächtigungsübertragungen aufteilen.

Nun aber zur Erläuterung des tatsächlichen Ergebnisses der Finanzrechnung:

1. Wie oben erläutert, werden die aufgeführten Abweichungen also aus der Summe der Haushaltsplanansätze und der Summe der Ermächtigungsübertragungen dargestellt.
   Zunächst einmal ist festzustellen, dass beim Saldo aus der lfd. Verwaltungstätigkeit ein Überschuss von 15.009 T€ erzielt wurde. Gegenüber der Planung entspricht dies einer Verbesserung um 17.961 T€.

Diese Verbesserungen resultieren aus höheren Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit von 12.337 T€ sowie geringeren Auszahlungen aus der lfd. Verwaltungstätigkeit von 5.624 T€.

Die Veränderung bei den Einzahlungen ergeben sich rechnerisch durch höhere Einzahlungen i. H. v. 8.106 T€ bei den „Steuern und ähnlichen Abgaben“, 230 T€ bei den „Zuwendungen und allgemeinen Umlagen“, 144 T€ bei den „sonstigen Transfereinzahlungen“, 292 T€ bei den „öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten“, 340 T€ bei den „privatrechtlichen Leistungsentgelten“, 2.624 T€ bei den „Kostenerstattungen und Kostenumlagen“ und 981 T€ bei den „Zinsen u. sonstigen Finanzeinzahlungen“. Demgegenüber stehen geringere Einzahlungen von 380 T€ bei den „sonstigen Einzahlungen“.

Auf der Auszahlungsseite sind Minderauszahlungen bei den „Personal- und Versorgungsauszahlungen“ i. H. v. 2.378 T€, den „Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen“ (1.736 T€), den „Zinsen und sonstigen Finanzauszahlungen“ (1.235 T€) und schließlich bei den „Sonstigen Auszahlungen“ i. H. v. 630 T€ zu verzeichnen. Dem stehen Mehrauszahlungen bei den „Transferauszahlungen“ von 355 T€ gegenüber.

Der Saldo aus Investitionstätigkeit beträgt -6.852 T€. Geplant war ein negativer Saldo i. H. v. -17.175 T€. Die Verbesserung i. H. v. 10.324 T€ lässt sich als Differenz aus den „Auszahlungen aus Investitionstätigkeit“ von 16.983 T€ (geplant 39.049 T€) zu den „Einzahlungen aus Investitionstätigkeit“ von 10.131 T€ (geplant 21.874 T€) herleiten.

Beim „Saldo aus Finanzierungstätigkeit“ lässt sich ein negativer Wert i. H. v. - 667 T€ feststellen, was einer Abweichung gegenüber der Planung i. H. v. 1.557 T€ entspricht.

Unter dem Strich bleibt festzuhalten, dass sich in 2022 der Bestand an eigenen Finanzmitteln um 7.489 T€ erhöht hat.

Die Finanzrechnung betrachtet aber nicht nur die eigenen Finanzmittel, sondern auch die Entwicklung des Bestandes an fremden Finanzmitteln. Fremde Finanzmittel sind solche finanziellen Mittel, die die Kommune für einen Dritten verwaltet oder die sie aufgrund eines Gesetzes für einen Dritten zu vereinnahmen und zu verausgaben hat. Bei beiden Varianten sind erwirtschaftete Überschüsse aus diesen Mitteln an den/die Dritten abzuführen bzw. getätigte Vorleistungen vom Dritten zu erstatten. Hinsichtlich der eigenen Finanzmittel unterscheiden sich diese insbesondere dadurch, dass sie nicht im Haushaltsplan aufgeführt und geplant werden, sondern zum Teil in gesonderten Plänen dargestellt werden, respektive ungeplant bewirtschaftet werden.

Bei der Stadt Erkelenz fallen darunter der Städtische Abwasserbetrieb Erkelenz, dessen Ein- und Auszahlungen kontenmäßig von der Zahlungsabwicklungsstelle der Stadt Erkelenz abgewickelt werden sowie insbesondere Mittel des Kreises Heinsberg, der sich bei der Zahlbarmachung der verschiedenen Hilfearten nach dem SGB ebenfalls der Zahlungsabwicklungsstelle der Stadt Erkelenz bedient.

Des Weiteren werden bei den fremden Finanzmitteln die ungeklärten Einzahlungen abgebildet. Hierbei handelt es sich um Einzahlungen, welche im Jahr 2022 vereinnahmt worden sind, jedoch erst im Folgejahr konkreten Sollstellungen zugeordnet werden können.

Die Veränderung des Bestandes der fremden Finanzmittel im Jahr 2022 beträgt insgesamt - 1.632 T€. Diese Bestandsveränderung setzt sich aus einer Erhöhung der Forderungen gegenüber dem Städtischen Abwasserbetrieb von 1.656 T€ (Forderungserhöhung gegenüber dem Städtischen Abwasserbetrieb von 2.824 T€ (Stand 31.12.2021) auf 4.480 T€ (Stand 31.12.2022) sowie einer Verringerung des Bestandes der sonstigen fremden Finanzmittel im Jahr 2022 von 24 T€ zusammen.

Insgesamt hat sich der Bestand an liquiden Mitteln damit um 7.489 T€ erhöht.

Unter Berücksichtigung der Vorjahre ergibt sich insgesamt ein Bestand an liquiden Mittel zum 31.12.2022 in Höhe von 28.785.799,39 € in der Finanzrechnung.

2. Nach § 22 KomHVO können **Ermächtigungen für Aufwendungen und Auszahlungen** gegebenfalls übertragen werden. Dafür hat der Bürgermeister, mit Zustimmung des Rates, die Grundsätze über Art, Umfang und Dauer der Ermächtigungsübertragungen zu regeln. Vor dem Hintergrund dieser gesetzlichen Regelung hat der Rat der Stadt Erkelenz am 25.09.2013 einen entsprechenden Beschluss gefasst.

Im Rahmen des Jahresabschlusses 2021 wurden demnach nachfolgende Ermächtigungsübertragungen gebildet und in 2022 wie nachfolgend aufgeführt abgewickelt:

2.1 Für konsumtive Auszahlungen wurden im Jahr 2021 keine Ermächtigungsübertragungen gebildet.

2.2 Die investiven Ermächtigungsübertragungen aus 2021 wurden in 2022 wie folgt abgewickelt:

Nr.	Investitionsnummer	Bezeichnung	EÜ 2021 nach 2022 €	abgerechnet in 2022 €	Ersparnis/ bzw. Abgang €	Nach 2023 zu übertragen €
	Teilfinanzplan 010600					
1	B01060001	Mobiliar, Maschinen, Fahrzeuge > 800 €	5.933,65	5.933,65	0,00	0,00
2	H01060002	E-Bike-Station Verwaltungsgebäude	12.000,00	0,00	12.000,00	0,00
3	H01060003	Erweiterung Rathaus Johannismarkt (Archivgebäude)	11.918,81	0,00	11.918,81	0,00
	Teilfinanzplan 011000					
4	B01100012	Einzelansch. unter 10.000 € - EDV > 800 €	17.500,44	10.963,40	3.537,04	3.000,00
5	B01100042	Einführung E-Government-Komponenten	21.976,45	3.550,08	0,00	18.426,37
6	B01100044	Einführung Liegenschafts-/Gebäudemanagementsystem	31.575,01	16.669,54	0,50	14.904,97

Nr.	Investitionsnummer	Bezeichnung	EÜ 2021 nach 2022 €	abgerechnet in 2022 €	Ersparnis/ bzw. Abgang €	Nach 2023 zu übertragen €
	Teilfinanzplan 011800					
7	B01180104	Kleinkehrmaschine (Ersatz für ERK-A 1165)	229.558,86	229.558,86	0,00	0,00
8	S01180001	Ladestationen Elektrofahrzeuge Baubetriebshof	5.000,00	0,00	5.000,00	0,00
	Teilfinanzplan 021500					
9	B02157029	Mittleres Löschfahrzeug (MLF)	42.969,84	42.895,27	74,57	0,00
10	H02150012	Feuerwehrgerätehaus Erk. - Bau Atemschutzwerkstatt	23.288,74	22.695,55	0,00	593,19
Am 01.02.2022 wurden gem. § 21 Abs. 1 KomHVO NRW bei den Ermächtigungsübertragungen 2.800,00 € von der Maßnahme H02150019 nach H02150012 übertragen.						
11	H02150013	Neubau FWGH Keyenberg (neu)	166.558,15	111.344,69	18.713,46	36.500,00
12	H02150019	Erweiterung FWGH Holzweiler (mit Schulungsraum)	266.878,13	249.464,71	0,00	17.413,42
Am 01.02.2022 wurden gem. § 21 Abs. 1 KomHVO NRW bei den Ermächtigungsübertragungen 2.800,00 € von der Maßnahme H02150019 nach H02150012 übertragen.						
13	S02150004	Erneuerung Heizungsanlage FWGH Erkelenz	8.272,62	7.507,78	0,00	764,84
14	S02150005	WLAN-Einrichtung FWGH Erkelenz	2.853,95	2.853,95	0,00	0,00
	Teilfinanzplan 030101					
15	B03010012	Spielmobil für den Offenen Ganztag	34.462,40	34.462,40	0,00	0,00
16	H03010017	Erweiterung Luise-Hensel-Schule (OGS)	5.966,51	4.851,64	1.114,87	0,00
17	H03010018	Umbau Peter Härtling Schule für gem. Unterricht	18.450,56	284,31	6.166,25	12.000,00
18	H03010019	Aufstockung Nysterbach-Grundschule Lövenich	240.127,51	0,00	0,00	240.127,51

Nr.	Investitionsnummer	Bezeichnung	EÜ 2021 nach 2022 €	abgerechnet in 2022 €	Ersparnis/ bzw. Abgang €	Nach 2023 zu übertragen €
	Teilfinanzplan 040100					
19	S04010006	Barrierefreie Erschließung Altes Rathaus (InHK)	18.188,19	17.909,97	278,22	0,00
	Teilfinanzplan 060209					
20	H06020902	Erweiterung Kindergarten Lövenich	635.000,00	465.004,40	0,00	169.995,60
	Teilfinanzplan 060215					
21	B06021502	Ersteinrichtung > 800 € KG Südpromenade	3.350,33	0,00	3.350,33	0,00
22	B06021580	Vermögensgegenstände des AV bis 800 €	7.427,51	7.024,21	403,30	0,00
	Teilfinanzplan 060216					
23	H06021606	Nottreppe KG Westpromenade	6.501,56	5.020,49	1.481,07	0,00

Nr.	Investitionsnummer	Bezeichnung	EÜ 2021 nach 2022	abgerechnet in 2022	Ersparnis/ bzw. Abgang	Nach 2023 zu übertragen
	Teilfinanzplan 060217					
24	H06021702	Erweiterungsbau KG Immerath	141.554,84	138.333,77	0,00	3.221,07
	Teilfinanzplan 060302					
25	B06030214	Spielkombinationsanlage Spielplatz "Oidtmannhof"	5.000,00	5.000,00	0,00	0,00

Nr.	Investitionsnummer	Bezeichnung	EÜ 2021 nach 2022 €	abgerechnet in 2022 €	Ersparnis/ bzw. Ab-gang €	Nach 2023 zu übertra-gen €
26	B06030217	(Groß-)Spielgeräte Spielplatz Keyenberg (neu)	21.500,00	13.252,21	0,00	8.247,79
27	B06030224	Seilbahn Spielplatz Katzem	4.401,03	4.401,03	0,00	0,00
28	S06030204	Herstellung Spielplatzfläche Keyenberg (neu)	74.963,57	62.517,31	0,00	12.446,26
29	S06030205	Herstellung Bolzplatzfläche Schwarzer Weg,Matzerath	25.000,00	9.695,53	0,40	15.304,07
	Teilfinanzplan 080100					
30	B08010005	Kleintraktor Sportpark Keyenberg (neu)	15.200,00	13.451,15	1.748,85	0,00
31	H08010010	Neubau Sportumkleide Keyenberg (neu)	154.225,10	116.083,58	30.141,52	8.000,00
Am 05.09.2022 wurden gem. § 21 Abs. 1 KomHVO NRW bei den Ermächtigungsübertragungen 5.800,00 € von der Maßnahme H08030006 nach H08010010 übertragen.						
32	H08010013	Toilettenanlage Kunstra-sen/Rasenplatz/Beachvolleyb	2.900,00	2.900,00	0,00	0,00
Am 23.12.2022 wurden gem. § 21 Abs. 1 KomHVO NRW bei den Ermächtigungsübertragungen 2.900,00 € von der Maßnahme H08030006 nach H08010013 übertragen.						
33	S08010005	Verbindungsweg GS Kückhoven/Sportanlage	14.000,00	12.603,37	1.396,63	0,00
34	S08010010	Kunstrasenplatz Sportpark Keyenberg (neu)	118.611,84	109.062,15	0,00	9.549,69
35	S08010011	Rasenplatz Sportpark Keyenberg (neu)	125.216,85	115.667,18	0,00	9.549,67
	Teilfinanzplan 080300					
36	H08030006	Eingangsüberdachung Personaleingang ERKA-Bad	3.300,00	3.235,30	64,70	0,00
Am 05.09.2022 wurden gem. § 21 Abs. 1 KomHVO NRW bei den Ermächtigungsübertragungen 5.800,00 € von der Maßnahme H08030006 nach H08010010 übertragen. Am 23.12.2022 wurden gem. § 21 Abs. 1 KomHVO NRW bei den Ermächtigungsübertragungen 2.900,00 € von der Maßnahme H08030006 nach H08010013 übertragen.						
	Teilfinanzplan 120101					
37	E12010056	Tenholt, Grundh Ausbau Weg zw. "In Tenholt u. Bahn	8.000,00	4.994,01	3.005,99	0,00

Nr.	Investitionsnummer	Bezeichnung	EÜ 2021 nach 2022 €	abgerechnet in 2022 €	Ersparnis/ bzw. Abgang €	Nach 2023 zu übertragen €
38	E12010058	Im Pangel - Straßenbau	102.147,38	20,00	50.000,00	52.127,38
Am 05.09.2022 wurden gem. § 21 Abs. 1 KomHVO NRW bei den Ermächtigungsübertragungen 20,00 € von der Maßnahme E12025025 nach E12010058 übertragen.						
39	E12017012	Venrath, Wickrathberger Straße, Straßenbau	115.791,14	0,00	57.791,14	58.000,00
40	T12018002	Fahrbahns.. Kofferer Str.(L12)v. Holzw. Mark b.L19	11.839,62	11.839,62	0,00	0,00
41	T12019005	Fahrradabstellanlagen Erkelenzer Ortschaften	164.741,06	133.684,36	31.056,70	0,00
	Teilfinanzplan 120200					
42	E12021015	Gerderath, Weidbruchsweg - Öffentl. Beleuchtung	78.209,69	61.099,00	17.110,69	0,00
Am 16.12.2022 wurden gem. § 21 Abs. 1 KomHVO NRW bei den Ermächtigungsübertragungen 1.700,00 € von der Maßnahme E12021015 nach E12027004 übertragen.						
43	E12021018	Gerderath, Wachtelstr. - Öffentl. Beleuchtung	17.102,90	0,00	17.102,90	0,00
44	E12024006	Granterath, Heerstr. - Öffentl. Beleuchtung	53.861,78	42.371,34	11.490,44	0,00
45	E12025025	Lövenich, Stettenerberg - Öffentl. Beleuchtung	8.089,22	6.375,70	1.713,52	0,00
Am 26.01.2022 wurden gem. § 21 Abs. 1 KomHVO NRW bei den Ermächtigungsübertragungen 380,00 € von der Maßnahme E12025025 nach E12027011 übertragen. **Am 05.09.2022 wurden gem. § 21 Abs. 1 KomHVO NRW bei den Ermächtigungsübertragungen 20,00 € von der Maßnahme E12025025 nach E12010058 übertragen.**						
46	E12027004	Venrath, Wickrathberger Straße, Beleuchtung	10.173,51	10.157,48	16,03	0,00
Am 16.12.2022 wurden gem. § 21 Abs. 1 KomHVO NRW bei den Ermächtigungsübertragungen 1.700,00 € von der Maßnahme E12021015 nach E12027004 übertragen.						
47	E12027011	Venrath, Am Westend - Öffentl. Beleuchtung	17.976,53	17.897,97	78,56	0,00
Am 26.01.2022 wurden gem. § 21 Abs. 1 KomHVO NRW bei den Ermächtigungsübertragungen 380,00 € von der Maßnahme E12025025 nach E12027011 übertragen.						
48	E12028003	Holzweiler, Im Grünfeld - Öffentl. Beleuchtung	10.898,26	9.519,43	1.378,83	0,00
49	E12028009	Holzweiler, Klosterstr. - Öffentl. Beleuchtung	48.954,93	23.800,00	0,00	25.154,93
50	E12028011	Holzweiler, Seilerweg (Nr. 12 bis 16b) - Öffentl.B	13.686,19	11.835,22	1.850,97	0,00
51	E12028012	Holzweiler, Weyerweg (Stichweg Seilerweg 2 bis 22)	57.519,84	37.807,82	19.712,02	

Nr.	Investitionsnummer	Bezeichnung	EÜ 2021 nach 2022 €	abgerechnet in 2022 €	Ersparnis/ bzw. Ab-gang €	Nach 2023 zu übertra-gen €
52	E12028013	Holzweiler, Niederstr. (Weyerw.-Kirche)-Öffentl.B.	4.768,09	3.287,21	1.480,88	0,00
53	E12028015	Holzweiler, Kofferer Str. - Öffentl. Beleuchtung	63.889,91	46.583,29	17.306,62	0,00
54	E12029000	Alle Stadtteile - Öffentl. Beleuchtung	7.946,82	7.891,13	0,00	55,69
55	T12029000	Alle Stadtteile - Öffentl. Beleuchtung <10.000	13.509,60	3.683,29	0,00	9.826,31
	Teilfinanzplan 130500					
56	H13050009	Neubau Friedhofshalle Keyenberg (neu)	49.510,74	49.510,74	0,00	0,00
	Teilfinanzplan 150100					
57	B15010001	Wirtschaftsförderung <10.000 € > 800 €	5.965,25	5.965,25	0,00	0,00
	Teilfinanzplan 150202					
58	H15020209	Neubau MZH Keyenberg (neu)	1.189.432,98	829.495,86	0,00	359.937,12
59	H15020212	Umbau Dorfzentrum "Alte Schule" Holzweiler	434.527,13	355.649,93	0,00	78.877,20
	Summe Ermächti-gungsübertragungen:		**5.010.175,02**	**3.517.666,13**	**328.485,81**	**1.164.023,08**

3. Abwicklung der Übertragung aus Kreditermächtigungen gem. § 86 Abs. 2 GO NRW

   Es wurden aus 2021 Kreditermächtigungen von 890.000,00 € in das Jahr 2022 übertragen. Diese wurden nicht in Anspruch genommen.

4. Bildung von Ermächtigungsübertragungen nach § 22 Abs. 1 KomHVO NRW

Nachfolgende Ermächtigungsübertragungen wurden gemäß § 22 Abs. 1 KomHVO NRW in Verbindung mit dem Ratsbeschluss vom 25.09.2013 im Jahr 2022 gebildet:

4.1 Für Aufwendungen werden in 2022 keine Ermächtigungsübertragungen gebildet.

4.2 Im konsumtiven Auszahlungsbereich wird in 2022 ebenfalls keine Ermächtigungsübertragung gebildet.

4.3 Für investive Auszahlungen werden im Haushaltsjahr 2022 nachfolgende Ermächtigungsübertragungen gebildet:

Nr.	Investitionsnummer	Bezeichnung	weiter zu übertragen aus der Ermächtigungsübertragung aus 2021 €	Ermächtigungsübertragung aus 2022 €	Ermächtigungsübertragungen insgesamt €	Erläuterungen
	Teilfinanzrechnung 011000					
1	B01100012	Einzelansch. unter 10.000 € - EDV > 800 €	3.000,00	0,00	3.000,00	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023
2	B01100042	Einführung E-Government-Komponenten	18.426,37	0,00	18.426,37	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023
3	B01100044	Einführung Liegenschafts-/Gebäudemanagementsystem	14.904,97	0,00	14.904,97	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023
4	B01100049	Archivscanner	0,00	13.332,76	13.332,76	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023
5	B01100052	Einrichtung Dect-Telefonie Feuerwache Erkelenz	0,00	3.543,22	3.543,22	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023
	Teilfinanzrechnung 011800					
6	B01180075	LKW Kipper off. Kasten ü. 3,5 t (Ers. ERK-A 1113)	0,00	56.311,00	56.311,00	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023
7	B01180129	Kantenanleimmaschine	0,00	26.239,50	26.239,50	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023
8	B01180132	Elektrofahrzeug für Straßenwärter (Bauleitung)	0,00	23.560,00	23.560,00	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023
9	B01180800	Vermögensgegenstände des AV bis 800 €	0,00	1.000,00	1.000,00	Ausführung der Maßnahme in 2023
	Teilfinanzrechnung 021500					
10	B02157028	Rüstwagen -Erweiterung techn. Hilfeleistung	0,00	38.617,29	38.617,29	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023
11	B02157043	Einrichtung Erweiter FWGH Holzw > 800 € < 10.000 €	0,00	8.000,00	8.000,00	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023
12	H02150012	Feuerwehrgerätehaus Erk. - Bau Atemschutzwerkstatt	593,19	6.414,72	7.007,91	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023
13	H02150013	Neubau FWGH Keyenberg (neu)	36.500,00	0,00	36.500,00	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023
14	H02150019	Erweiterung FWGH Holzweiler (mit Schulungsraum)	17.413,42	169.261,56	186.674,98	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023
15	S02150004	Erneuerung Heizungsanlage FWGH Erkelenz	764,84	7.785,44	8.550,28	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023
	Teilfinanzrechnung 030101					
16	H03010018	Umbau Peter Härtling Schule für gem. Unterricht	12.000,00	0,00	12.000,00	Ausführung der Maßnahme in 2023

Nr.	Investitionsnummer	Bezeichnung	weiter zu übertragen aus der Ermächtigungsübertragung aus 2021 €	Ermächtigungsübertragung aus 2022 €	Ermächtigungsübertragungen insgesamt €	Erläuterungen
17	H03010019	Aufstockung Nysterbach-Grundschule Lövenich	240.127,51	48.872,49	289.000,00	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023
18	H03010020	Energetische Sanierung P.H. Schule+OGS Erweiterung	0,00	618.000,00	618.000,00	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023
19	H03010022	Erweiterung Grundschule Kückhoven	0,00	596.866,00	596.866,00	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023
20	H03010023	Energetische Sanierung Grundschule Kückhoven	0,00	79.000,00	79.000,00	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023
	Teilfinanzrechnung 030104					
21	B03040001	Anschaffungen < 10.000 € Cusanus-Gymnasium > 800 €	0,00	10.000,00	10.000,00	Ausführung der Maßnahme in 2023
22	B03040003	Anschaffungen<10.000€ Cornelius-Burgh-Gymn.> 800€	0,00	2.500,00	2.500,00	Ausführung der Maßnahme in 2023
	Teilfinanzrechnung 040100					
23	B04010003	Anschaffungen < 10.000 > 800 €	0,00	16.591,71	16.591,71	Ausführung der Maßnahme in 2023
24	B04010800	Vermögensgegenstände des AV bis 800 €	0,00	19.500,00	19.500,00	Ausführung der Maßnahme in 2023
25	S04010003	Herstellung Kunstobjekt "Brücktor"	0,00	18.465,00	18.465,00	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023
26	S04010007	Barrierefreie Erschließung der Burg (InHK)	0,00	27.000,00	27.000,00	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023
27	S04010011	Herstellung Toranlage an Haus Hohenbusch	0,00	23.687,86	23.687,86	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023
	Teilfinanzrechnung 060207					
28	B06020780	Vermögensgegenstände des AV bis 800 €	0,00	1.100,00	1.100,00	Ausführung der Maßnahme in 2023
29	H06020702	Nottreppe KG Hetzerath	0,00	70.197,11	70.197,11	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023
	Teilfinanzrechnung 060209					
30	B06020901	Auszahl. < 10.000 € KG Lövenich > 800 €	0,00	1.000,00	1.000,00	Ausführung der Maßnahme in 2023
31	H06020902	Erweiterung Kindergarten Lövenich	169.995,60	160.004,40	330.000,00	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023
32	S06020903	Herstellung Außengelände KG Lövenich	0,00	25.000,00	25.000,00	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023
	Teilfinanzrechnung 060212					
33	H06021201	Neubau Kindergarten Kückhoven	0,00	111.695,00	111.695,00	Ausführung der Maßnahme in 2023
	Teilfinanzrechnung 060214					
34	B06021402	Ersteinrichtung > 800 € KG Kamp-Lintforter-Str.	0,00	60.000,00	60.000,00	Ausführung der Maßnahme in 2023
35	B06021480	Vermögensgegenstände des AV bis 800 €	0,00	31.000,00	31.000,00	Ausführung der Maßnahme in 2023

Nr.	Investitionsnummer	Bezeichnung	weiter zu übertragen aus der Ermächtigungsübertragung aus 2021 €	Ermächtigungsübertragung aus 2022 €	Ermächtigungsübertragungen insgesamt €	Erläuterungen
36	S06021401	Herstellung Außengelände KG Kamp-Lintforter-Str.	0,00	80.515,00	80.515,00	Ausführung der Maßnahme in 2023
	Teilfinanzrechnung 060215					
37	S06021501	Gestaltung Außengelände KG Südpromenade	0,00	35.000,00	35.000,00	Ausführung der Maßnahme in 2023
	Teilfinanzrechnung 060217					
38	B06021780	Vermögensgegenstände des AV bis 800 €	0,00	3.760,00	3.760,00	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023
39	H06021702	Erweiterungsbau KG Immerath	3.221,07	16.778,93	20.000,00	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023
	Teilfinanzrechnung 060302					
40	B06030202	Spielgeräte f. Kinderspielplätze > 800 €	0,00	5.000,00	5.000,00	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023
41	B06030217	(Groß-)Spielgeräte Spielplatz Keyenberg (neu)	8.247,79	52,21	8.300,00	Ausführung der Maßnahme in 2023
42	B06030221	(Groß-)Spielgeräte SP Thingstr., Kückhoven	0,00	52.400,00	52.400,00	Ausführung der Maßnahme in 2023
43	S06030204	Herstellung Spielplatzfläche Keyenberg (neu)	12.446,26	9.553,74	22.000,00	Ausführung der Maßnahme in 2023
44	S06030205	Herstellung Bolzplatzfläche SchwarzerWeg,Matzerath	15.304,07	0,00	15.304,07	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023
45	S06030206	Herstellung Spielplatzfläche Kauler Weg, Matzerath	0,00	20.000,00	20.000,00	Ausführung der Maßnahme in 2023
46	S06030209	Skateanlage in Erkelenz-Mitte	0,00	3.000,00	3.000,00	Ausführung der Maßnahme in 2023
	Teilfinanzrechnung 080100					
47	B08010001	Sonstige Gerätebeschaffung Sportanlagen > 800 €	0,00	2.969,00	2.969,00	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023
48	H08010010	Neubau Sportumkleide Keyenberg (neu)	8.000,00	0,00	8.000,00	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023
49	S08010010	Kunstrasenplatz Sportpark Keyenberg (neu)	9.549,69	450,31	10.000,00	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023
50	S08010011	Rasenplatz Sportpark Keyenberg (neu)	9.549,67	450,33	10.000,00	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023
51	S08010024	Flutlichtanlage ERKA-Rasen Schulzentrum	0,00	28.000,00	28.000,00	Ausführung der Maßnahme in 2023
	Teilfinanzrechnung 100603					
52	B10060301	Anschaffungen > 800 € Unterkünfte f. ausl. Flüchtl	0,00	2.000,00	2.000,00	Ausführung der Maßnahme in 2023
53	B10060380	Vermögensgegenstände des AV bis 800 €	0,00	14.000,00	14.000,00	Ausführung der Maßnahme in 2023

Nr.	Investitionsnummer	Bezeichnung	weiter zu übertragen aus der Ermächtigungsübertragung aus 2021 €	Ermächtigungsübertragung aus 2022 €	Ermächtigungsübertragungen insgesamt €	Erläuterungen
	Teilfinanzrechnung 120101					
54	E12010058	Im Pangel - Straßenbau	52.127,38	0,00	52.127,38	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023
55	E12010063	Tenholter Str., - Straße Stichweg zwHsNr. 90a 98c	0,00	874,60	874,60	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023
56	E12010064	Bellinghoven, Erschließung am ehem.Obdachlosenheim	0,00	1.261,40	1.261,40	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023
57	E12017012	Venrath, Wickrathberger Straße, Straßenbau	58.000,00	0,00	58.000,00	Ausführung der Maßnahme in 2023
58	S12010101	Umgestaltung / Aufwertung Franziskanerplatz (InHK)	0,00	1.448.810,34	1.448.810,34	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023
59	S12010104	EntreeBerufskolleg,Musiksch."Grünring Westpr"	0,00	20.000,00	20.000,00	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023
60	S12010109	Umgestaltung / Aufwertung Markt (InHK)	0,00	94.151,21	94.151,21	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023
61	S12010112	Ostpromenade Süd:Verkehrsberuhigung u. Aufw.(InHK)	0,00	11.832,76	11.832,76	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023
62	T12018000	Holzweiler, Landstr. - Radwegbau - (L19 bis Ortsei	0,00	15.000,00	15.000,00	Abwicklung der Maßnahme in 2023
63	T12018001	Holzweiler, Weststr. - Erschließung Straßenbau	0,00	10.000,00	10.000,00	Ausführung der Maßnahme in 2023
64	T12019007	Fahrradreparaturstationen	0,00	3.768,93	3.768,93	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023
	Teilfinanzrechnung 120102					
65	H12010201	Neubau eines Parkhauses "Ostpromenade"	0,00	330.300,00	330.300,00	Ausführung der Maßnahme in 2023
	Teilfinanzrechnung 120200					
66	E12020061	Am Hagelkreuz - Öffentl. Beleuchtung	0,00	56.000,00	56.000,00	Ausführung der Maßnahme in 2023
67	E12020079	Brabantstr. nördl. Teil - Öffentl. Beleuchtung	0,00	5.753,90	5.753,90	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023
68	E12020083	Im Pangel - Öffentl. Beleuchtung	0,00	10.000,00	10.000,00	Ausführung der Maßnahme in 2023
69	E12020084	Mennekrath Haus Nrn. 1-6 und 7-8c - Öffentl. Beleu	0,00	4.867,24	4.867,24	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023
70	E12021016	Gerderath, Hermann-Josef-Str.-Öffentl. Beleuchtung	0,00	26.200,00	26.200,00	Ausführung der Maßnahme in 2023
71	E12028001	Holzweiler, Am Berg - Öffentl. Beleuchtung	0,00	21.100,00	21.100,00	Ausführung der Maßnahme in 2023
72	E12028004	Holzweiler, Aschenhütte - Öffentl. Beleuchtung	0,00	13.918,09	13.918,09	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023
73	E12028009	Holzweiler, Klosterstr. - Öffentl. Beleuchtung	25.154,93	0,00	25.154,93	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023
74	E12028014	Holzweiler, Landstr. (Im Grünf-Holzweilermarkt)Öff	0,00	53.021,88	53.021,88	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023
75	E12028017	Holzweiler, Brüderstr. - Öffentl. Beleuchtung	0,00	36.593,22	36.593,22	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023

Nr.	Investitionsnummer	Bezeichnung	weiter zu übertragen aus der Ermächtigungsübertragung aus 2021 €	Ermächtigungsübertragung aus 2022 €	Ermächtigungsübertragungen insgesamt €	Erläuterungen
76	E12028019	Holzweiler, Landstr. (Holweilerm. b Ortsausg) - Öf	0,00	32.503,90	32.503,90	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023
77	E12029000	Alle Stadtteile - Öffentl. Beleuchtung	55,69	9.944,31	10.000,00	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023
78	T12029000	Alle Stadtteile - Öffentl. Beleuchtung <10.000	9.826,31	173,69	10.000,00	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023
	Teilfinanzrechnung 130100					
79	B13010001	Möblierung der Grünanlagen/Maßnahmen > 800 €	0,00	9.551,11	9.551,11	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023
80	S13010020	Dorfentwicklung Tagebaurand Kückhoven	0,00	20.000,00	20.000,00	Ausführung der Maßnahme in 2023
81	S13010022	Umgestaltung Grünring Westpromenade	0,00	130.000,00	130.000,00	Ausführung der Maßnahme in 2023
	Teilfinanzrechnung 150202					
82	B15020208	Küche MZH Keyenberg	0,00	40.000,00	40.000,00	Ausführung der Maßnahme in 2023
83	B15020281	Ersteinrichtung Quartierzentrum OEM <= 800 €/netto	0,00	13.000,00	13.000,00	Ausführung der Maßnahme in 2023
84	H15020209	Neubau MZH Keyenberg (neu)	359.937,12	854.062,88	1.214.000,00	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023
85	H15020210	Quartierszentrum Oerather Mühlenfeld	0,00	69.641,04	69.641,04	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023
86	H15020212	Umbau Dorfzentrum "Alte Schule" Holzweiler	78.877,20	815.071,80	893.949,00	Abwicklung der Auftragsausführung in 2023
87	S15020203	Herstellung Außenanlagen MZH Keyenberg (neu)	0,00	309.479,09	309.479,09	Ausführung der Maßnahme in 2023
	Summe Ermächtigungsübertragungen:		**1.164.023,08**	**7.015.355,97**	**8.179.379,05**	

5. Bildung von Übertragungen aus Kreditermächtigungen gem. § 86 Abs. 2 GO NRW

Die Kreditermächtigung aus 2022 in Höhe von 820.000,00 € wird nach 2023 übertragen.

6. Finanzierung der Auszahlungsermächtigungsübertragungen:

Die unter 4.3 gebildeten Ermächtigungsübertragungen in Höhe von insgesamt 8.179 T€ können insbesondere durch eine Übertragung der 2022er Kreditermächtigung (820 T€) nach 2023, durch eine gegenüber der 2023er Planung erhöhten Liquidität (4.873 T€), sowie durch darüber hinaus kurzfristig realisierbare Forderungen finanziert werden.

7. Verwendung der Investitionspauschale:

Nachdem von 2018 bis 2020 die Investitionspauschale jeweils zur Finanzierung der Investitionen beim Städtischen Abwasserbetrieb eingesetzt worden ist, wird diese Pauschale genau wie in 2021 im städtischen Haushalt belassen und zur Finanzierung der in 2022 ge-

tätigten Investitionen verwendet. Weiterhin bleibt es dabei, dass auch in künftigen Jahresabschlüssen über die Verwendung der Investitionspauschale erst im Rahmen des Jahresabschlusses jeweils entschieden werden wird.

V. Sonstige Angaben

1. Die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2022 weist den Sonderposten für den Gebührenausgleich „Abfallbeseitigung“ mit 261.350,25 € aus. Unter Berücksichtigung der Rücklagenzuführung für 2022 in Höhe von 455.817,09 € beträgt der Bestand der Sonderposten für den Gebührenausgleich „Abfallbeseitigung“ zum 31.12.2022 insgesamt 717.167,34 €. Gem. § 6 Abs. 2 Satz 3 KAG sind Kostenüberüberdeckungen innerhalb der nächsten 4 Jahre auszugleichen.

2. Im Rahmen des Jahresabschlusses 2022 wurde, auf Grundlage der ab dem Jahr 2018 neu gefassten Straßenreinigungssatzung, eine Gebührennachkalkulation für den Gebührenhaushalt „Straßenreinigung“ durchgeführt. Als Ergebnis ergibt sich ein Überschuss für 2022 in Höhe von 1.567,02 €. Unter Berücksichtigung dieses Überschusses und des Defizites von 483,64 € zum 31.12.2021, verbleibt ein als Sonderposten in das Folgejahr zu vorzutragender Überschuss von 1.083,38 €.

3. Beim Gebührenhaushalt „Friedhöfe“ betrug das vorzutragende Defizit zum 31.12.2021 insgesamt 13.527,50 €. Im Rahmen der Gebührennachkalkulation 2022 ergab sich unter Vortrag des Defizites von 13.527,50 € für 2022 ein Ergebnis von – 6.146,78 €. Dieses wird nach 2023 vorgetragen.

4. Aufgrund von in 2022 oder früher eingegangenen Verpflichtungen zur Leistungen für Investitionen in künftigen Jahren (Verpflichtungsermächtigungen) ergeben sich in den folgenden Jahren nachfolgend aufgeführte finanzielle Verpflichtungen:

Investitionsnummer	Bezeichnung	Betrag in €
B01180117	Zugmaschine/Geräteträger (Ersatz für ERK-A 1145) - Baubetriebshof	86.870
B02157028	Rüstwagen – Erweiterung technische Hilfeleistung – Gefahrenabwehr und Gefahrenvorbeugung	271.978
B02157037	Hilfeleistungslöschfahrzeug (HLF 20) – Gefahrenabwehr und Gefahrenvorbeugung	425.709
B06030223	(Groß-) Spielgeräte Spielplatz Am Eselsweg, Granterath – Einrichtungen der Jugendarbeit	30.864
H02150019	Erweiterung FWGH Holzweiler (mit Schulungsraum) – Gefahrenabwehr und Gefahrenvorbeugung	18.869
H03010020	Energetische Sanierung Peter Härtling Schule + OGS Erweiterung - Grundschulen	561.975
H03010022	Erweiterung Grundschule Kückhoven - Grundschulen	903.792
H03010023	Energetische Sanierung Grundschule Kückhoven - Grundschulen	257.492
H06020902	Erweiterung Kindergarten Lövenich – Kindergarten Lövenich	332.143
H06021201	Neubau Kindergarten Kückhoven – Kindergarten Kückhoven	264.599
H06021401	Neubau Kindergarten Kamp-Lintforter-Str. – Kindergarten Kamp-Lintforter-Straße - Erkelenz	245.594
H12010001	Neubau eines Parkauses „Ostpromenade“ – Parkplätze und Parkbauten	57.633

Investitionsnummer	Bezeichnung	Betrag in €
H15020209	Neubau Mehrzweckhalle Keyenberg (neu) - Mehrzweckgebäude	398.500
H15020210	Quartierszentrum Oerather Mühlenfeld - Mehrzweckgebäude	121.343
S12010101	Umgestaltung/Aufwertung Franziskanerplatz (InHK) – Straßen, Wege, Plätze, Brücken und Tunnel	1.075.240
S12010104	EntreeBerufskolleg, Musikschule "Grünring Westpromenade“ - Straßen, Wege, Plätze, Brücken und Tunnel	168.374
S13010022	Umgestaltung Grünring Westpromenade – Öffentliches Grün	770.855
Geamt:		**5.991.830**

5. Die Firma RWE Power AG errichtet in den Umsiedlungsstandorten Keyenberg-neu, Kuckum-neu, Ober- und Unterwestrich-neu sowie Berverath-neu das Infrastrukturvermögen. Nach betriebsfertiger Herstellung wurde bzw. ist das Infrastrukturvermögen in die städtische Bilanz zu übernehmen.

   Vor diesem Hintergrund sind derzeit folgende objektbezogenen Maßnahmen geplant bzw. in Ausführung:

Investitionsnummer/Bezeichnung:	**Gesamtauszahlungs-bedarf:**
H02150013 Neubau FWGH Keyenberg (neu) betriebsfertig	1.673.242 €
S08010010 Kunstrasenplatz Sportpark Keyenberg (neu) -netto- betriebsfertig	1.503.512 €
S08010011 Rasenplatz Sportpark Keyenberg (neu) -netto- Betriebsfertig	1.084.626 €
H08010010 Neubau Sportumkleide Keyenberg (neu) -netto- betriebsfertig	1.901.480 €
H13050009 Neubau Friedhofshalle Keyenberg (neu) betriebsfertig	210.497 €
S13050011 Friedhof Keyenberg (neu) betriebsfertig	357.655 €
H15020209 Neubau MZH Keyenberg (neu)	4.674.414 €
Gesamt:	**11.405.426 €**

   Die Errichtung dieser Maßnahmen wird durch das städtische Hochbauamt koordiniert und überwacht. Die RWE Power AG hat dafür bereits bis 31.12.2022 Mittel von 5,769 Mio. € als Vorschuss geleistet. Weitere Mittel werden sukzessive nach dem jeweiligen Baufortschritt von RWE geleistet werden.

6. Leasingverträge bestanden in 2022 für geleaste Dienstfahrzeuge (ca. 45 T€), für Kopierer und Großdrucker (ca. 8 T€) und der Hardware (PC, Bildschirme, Drucker) der PC-Arbeitsplätze (ca. 106 T€).

7. Angabe von noch zu erhebenden Beiträgen aus fertiggestellten Erschließungsmaßnahmen gem. § 45 Abs. 2 Nr. 7 KomHVO:

Investitionsnummer	Bezeichnung	Beiträge in EUR (ca.)
E12010036	Straßenerneuerung Brabantstr. nördlicher Teil	56.200
E12010063	Straßenerneuerung Tenholter Str., Straße Stichweg zwischen den Hausnummern 90 a und 98 c	155.000
E12017012	Straßenbau Venrath, Wickrathberger Str.	113.500
E12020089	Öffentliche Beleuchtung Heinrich-Jansen-Weg (Hausnr. 10 – 18)	5.500
E12020084	Öffentliche Beleuchtung Mennekrath, Hausnrn. 1 – 6 und 7 – 8 c	16.800
E12021016	Öffentliche Beleuchtung Gerderath, Hermann-Josef-Str.	9.200
E12023004	Öffentliche Beleuchtung Houverath, Houverather Heide 16 – 23	14.800
E12024020	Öffentliche Beleuchtung Tenholt, In Tenholt	13.500
E12028001	Öffentliche Beleuchtung Holzweiler, Am Berg	16.500
E12028004	Öffentliche Beleuchtung Holzweiler, Aschenhütte	7.000
E12028009	Öffentliche Beleuchtung Holzweiler, Klosterstr.	15.000
E12028014	Öffentliche Beleuchtung Holzweiler Landstr. (Im Grünfeld/Holzweilermarkt)	27.600
E12028017	Öffentliche Beleuchtung Holzweiler, Brüderstraße	18.300
E12028018	Öffentliche Beleuchtung Holzweiler, Landstraße (Stichweg Klosterstraße	9.100
E12028019	Öffentliche Beleuchtung Holzweiler, Landstr. (Holzweilermarkt bis Ortsausgang)	20.500
E12029000	Öffentliche Beleuchtung alle Stadtteile – hier: ‚Lövenich, Gebmannsweg	2.700
Gesamt:		**501.200**

8. Übersicht aller verselbstständigten und konsolidierungspflichtigen Aufgabenbereiche

Übersicht aller verselbstständigten und konsolidierungspflichtigen Aufgabenbereiche gem. §§ 38 Abs. 2 Satz 2 und 45 Abs. 2 Nr. 10 KomHVO

	Name und Sitz	Anteil (EUR)	Anteil (%)	Eigenkapital (TEUR)	Ergebnis (TEUR)	Wesentliche Ertrags-beziehungen aus städt. Sicht (Summe in TEUR)	Wesentliche Aufwands-beziehungen aus städt. Sicht (Summe in TEUR)
1	Städtischer Abwasserbetrieb, Johannismarkt 17, Erkelenz	37.421.530,74	100,00	39.934*	2.265*	4.022	1.799
2	Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz mbH, Schülergasse 6, Erkelenz	26.140,00	100,00	28	2*	-	-
3	Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz mbH & Co KG, Schülergasse 6, Erkelenz	2.845.000,00	100,00	7.099	1.411*	670	-
4	Kultur GmbH der Stadt Erkelenz, Franziskanerplatz 11, Erkelenz	177.144,00	100,00	1.217*	68*	-	670
5	Zweckverband „LandFolge Garzweiler“, In Kuckum 68a, Erkelenz	1,00	38,10	449*	39*	-	225

* Angaben aus dem jeweiligen Einzelabschluss des Jahres 2021.

Darstellung der wesentlichen Ertrags- und Aufwandsbeziehungen aus Sicht der Stadt im Jahr 2022 im Einzelnen

zu 1. Ertrag:
1.692 TEUR Erstattung Personalaufwand vom Städt. Abwasserbetrieb an Stadt
2.265 TEUR Ausschüttung Jahresüberschuss des Jahres 2019 vom Städt. Abwasserbetrieb an Stadt
34 TEUR Erstattungsleistungen für Tätigkeiten des städtischen Baubetriebshofes
31 TEUR Zinserträge

Aufwand:
1.539 TEUR Kostenanteil der Stadt an der Straßenentwässerung
260 TEUR Schmutz- und Niederschlagswassergebühren für städtischen Grundbesitz

zu 2. Im Jahr 2021 bestanden keine wesentlichen Ertrags- und /oder Aufwandsbeziehungen zur Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz mbH.

zu 3. Ertrag:
178 TEUR Erstattungsleistungen für städtische Ingenieurtätigkeiten von der GEE mbH & Co. KG
250 TEUR Gewinnanteile aus dem Jahr 2020; Ausschüttung an die Stadt im Jahr 2021
210 TEUR Grund- und Gewerbesteuer
32 TEUR Zinserträge

zu 4. Aufwand:
332 TEUR Städt. Zuschüsse für die Kulturarbeit und kulturelle Veranstaltungen
73 TEUR Auflösung Investitionszuschuss (Zuschuss im Jahr 2007 in Höhe von 2.401.339,70 €)
72 TEUR Nutzungsentgelte einschl. Technik für städtische Stadthallennutzung

zu 5. Aufwand:
225 TEUR Verbandsumlagebetrag im Jahr 2022

9. Es liegt ein gültiger Gleichstellungsplan gem. § 5 des Gesetzes zur Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen für den Zeitraum 2019 - 2023 vor.

Erläuterungen

zu den über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 83 Abs. 1 GO NRW, die dem Hauptausschuss und dem Rat zur Kenntnis gegeben wurden. Darüber hinaus gab es geringfügige über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen, die keine Kenntnisnahme durch den Rat erforderten.

- Haushaltsjahr 2022 -

Lfd. Nr.	Produktsachkonto	Bezeichnung	Ansatz Euro	Mehr Euro	Tag der Zustimmung
1	021500 524200 (724200)	Gefahrenabwehr und Gefahrenvorbeugung - Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen -Energie-	54.100,00	40.000,00	14.12.2022

Neben den allgemeinen Preiserhöhungen im Energiebereich mussten in 2022 beim Feuerwehrgerätehaus in Erkelenz-Mitte durch die Inbetriebnahme der Atemschutzwerkstatt und der Alarmgerätehalle für 2021 erhebliche Nachzahlungen im Strombereich geleistet werden, sowie eine Anpassung der Abschläge 2022 ff vorgenommen werden.

Deckung:	Überplanmäßige Erträge und Einzahlungen bei dem Produktsachkonto: 160100 401300 (160100 601300) Steuern, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen - Gewerbesteuer	40.000,00	EUR

2	030101 524100 (724100)	Grundschulen - Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	117.000,00	48.500,00	14.12.2022

Infolge von hohen Inflationsraten in 2022 haben sich bei den allgemeinen Bewirtschaftungskosten erhebliche Preissteigerungen (bis zu 40 %) im Bereich von Papierwaren und Müllbeuteln ergeben. Zurückzuführen sind diese auf erhöhte Produktionskosten. Weiterhin ergaben sich erhebliche Preissteigerungen (bis zu 30 %) bei Edelstahlspendern. Die Preisanstiege in diesen Bereichen sind auf erheblich gestiegene Rohstoffpreise zurückzuführen.

Deckung:	Überplanmäßige Erträge und Einzahlungen bei dem Produktsachkonto: 160100 401300 (160100 601300) Steuern, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen - Gewerbesteuer	48.500,00	EUR

3	030104 524100 (724100)	Gymnasien - Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	170.000,00	41.500,00	14.12.2022

Infolge von hohen Inflationsraten in 2022 haben sich bei den allgemeinen Bewirtschaftungskosten erhebliche Preissteigerungen (bis zu 40 %) im Bereich von Papierwaren und Müllbeuteln ergeben. Zurückzuführen sind diese auf erhöhte Produktionskosten. Weiterhin ergaben sich erhebliche Preissteigerungen (bis zu 30 %) bei Edelstahlspendern. Die Preisanstiege in diesen Bereichen sind auf erheblich gestiegene Rohstoffpreise zurückzuführen.

Deckung:	Überplanmäßige Erträge und Einzahlungen bei dem Produktsachkonto: 160100 401300 (160100 601300) Steuern, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen - Gewerbesteuer	41.500,00	EUR

4	524400	Reinigung	1.739.600,00	51.000,00	28.02.2023

Bei der Gebäudereinigungsbewirtschaftung hat sich eine Preissteigerung von bis 12% im Bereich der Lohnkosten ergeben, die aus einer Tariferhöhung bei den Gebäudereinigern aufgrund der Erhöhung des Mindestlohns resultiert. Diese wurde von der Fachfirma weitergereicht. Um den Hygienestandard zu wahren, konnte die Durchführung der Reinigungsarbeiten nicht ausgesetzt werden.

Deckung:	Mehrerträge/Mehreinzahlungen beim Produktsachkonto:		
	160100 401300 (601300) - Steuern, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen - Gewerbesteuer	51.000,00	EUR

5	110100 544700	Zuschreibung Sonderposten	0,00	456.000,00	06.03.2023

Überschuss aus dem Müllgebührenhaushalt gemäß Nachkalkulation vom 27.02.2023 für das Jahr 2022.

Deckung:	Minderaufwendungen beim Produktsachkont0:		
	110100 527900 - Sonstiger besonderer Verwaltungs- und Betriebsaufwand	110.000,00	EUR
	Mehrerträge beim Produktsachkonto:		
	110100 442100 - Erträge aus dem Verkauf von Vorräten u.a.	240.000,00	EUR
	160100 401300 - Gewerbesteuer	106.000,00	EUR
	insgesamt	456.000,00	EUR

Haushaltsjahr 2022 - Jahresabschlussbuchungen

1		Zuführung Instandhaltungsrückstellungen:	0,00		
	011800 528100	Zuführung Instandhaltungsrückstellungen - Baubetriebshof		80.000,00	28.02.2023
	030101 521800	Zuführung Instandhaltungsrückstellungen - Grundschulen		16.500,00	28.02.2023
	030104 521800	Zuführung Instandhaltungsrückstellungen - Gymnasien (Dienstwohnungen)		15.000,00	28.02.2023
	040100 521800	Zuführung Instandhaltungsrückstellungen - Kulturförderung und kulturelle Veranstaltungen		145.000,00	28.02.2023
	100602 521800	Zuführung Instandhaltungsrückstellungen - Verwaltung und Betrieb von Unterkünften und Einrichtungen für Wohnungslose		15.000,00	28.02.2023
	130500 528100	Zuführung Instandhaltungsrückstellungen - Friedhöfe		13.500,00	28.02.2023
	150202 528100	Zuführung Instandhaltungsrückstellungen - Mehrzweckgebäude		5.000,00	28.02.2023
			Gesamtbedarf:	290.000,00	

Im Rahmen des Jahresabschluss 2022 sind Instandhaltungsrückstellungen für bauliche Unterhaltungsmaßnahmen zu bilden.

Deckung:	Mehrerträge beim Produktsachkonto:		
	011301 458200	Erträge aus der Auflösung oder Herabsetzung von Rückstellungen – Grundstücks- und Gebäudeverwaltung	2.000,00
	030101 458200	Erträge aus der Auflösung oder Herabsetzung von Rückstellungen – Grundschulen	105.000,00
	030102 458200	Erträge aus der Auflösung oder Herabsetzung von Rückstellungen – Hauptschule	1.500,00
	030103 458200	Erträge aus der Auflösung oder Herabsetzung von Rückstellungen – Realschule	2.000,00
	030104 458200	Erträge aus der Auflösung oder Herabsetzung von Rückstellungen – Gymnasien	35.000,00
	060210 458200	Erträge aus der Auflösung oder Herabsetzung von Rückstellungen – KG Bauxhof	35.000,00
	010800 458212	Erträge aus der Auflösung von Beihilferückstellungen – Personalmanagement	109.500,00
		Gesamtdeckung:	290.000,00

Erläuterungen

zu den über- und außerplanmäßigen investiven Auszahlungen gemäß § 83 Abs. 1 GO NRW, die dem Hauptausschuss und dem Rat zur Kenntnis gegeben wurden. Darüber hinaus gab es geringfügige über- und außerplanmäßige investive Mehrauszahlungen, die keine Kenntnisnahme durch den Rat erforderten.

- Haushaltsjahr 2022 -

Lfd. Nr.	Investitionskonto	Bezeichnung	Ansatz Euro	Mehr Euro	Tag der Zustimmung
1	B02157028	Rüstwagen – Erweiterung technische Hilfeleistung	372.000,00	0,00	341.200,00	25.01.2022

Der 2022er Haushaltsplan sieht für den Rüstwagen Gesamtauszahlungen in 2022 (372.000 EUR) und 2023 (185.000 EUR) von 557.000 EUR vor. Ursprünglich sollte die Auftragserteilung bereits Ende 2021 erfolgen, wofür der 2021er Haushaltsplan auch Ermächtigungen vorsah. Entsprechend wurde im 2022er Haushalt auch keine Verpflichtungsermächtigung (VE) eingeplant. Da nunmehr die Auftragserteilung erst in 2022 erfolgt, müssen die in 2023 zu zahlenden Beträge über eine Verpflichtungsermächtigung haushaltsrechtlich gedeckt werden. Darüber hinaus ist gegenüber der ursprünglichen Planung noch für akkubetriebene Rettungsgeräte für den Rüstwagen ein zusätzlicher Mittelbedarf von ca. 59.000 EUR entstanden. Dieser zusätzliche Mittelbedarf von ca. 59.000 EUR wird ebenfalls erst in 2023 kassenwirksam. Insgesamt sind Aufträge über 615.223,73 EUR zu erteilen, von denen 274.028,44 EUR in 2022 und 341.200 ,00 EUR in 2023 kassenwirksam werden.

Deckung:	Einsparung bei der Verpflichtungsermächtigung der Maßnahme B02157040 - Löschgruppenfahrzeug LF 10 -	170.600,00 EUR
	Einsparung bei der Verpflichtungsermächtigung der Maßnahme B02157042 - Löschgruppenfahrzeug LF 10 -	170.600,00 EUR

2	B01180104	Kleinkehrmaschine (Ersatz für ERK-A 1165)	0,00	36.100,00	26.01.2022

Der 2021er Haushaltsplan sah für die Anschaffung einer Kleinkehrmaschine einen Ansatz von 230.000 EUR vor. In 2021 stellte sich heraus, dass die Erstellung eines entsprechenden Leistungsverzeichnisses länger als eingeplant dauern würde. Die Auftragserteilung konnte daher nicht mehr in 2021 erfolgen. Dementsprechend wurden nicht verausgabte Mittel von 229.558,86 EUR von 2021 nach 2022 übertragen. Nach dem nun vorliegenden Ausschreibungsergebnis beträgt der Angebotspreis 265.609,29 EUR, so dass noch 36.100,00 EUR zusätzlich bereitgestellt werden müssen.

Deckung:	Einsparung bei der Maßnahme B01180119 – Ersatz für Mobilbagger (Erk-A 1144)	36.100,00 EUR

3	S04010011	Herstellung Toranlage an Haus Hohenbusch	20.000,00	15.000,00	12.05.2022

Die Maßnahme war bereits im 2021er Haushalt eingestellt. Ein Teilbetrag von 15.000,00 EUR sollte noch in 2021 abgerechnet werden, so dass 20.000,00 EUR in 2022 neu veranschlagt worden sind. Da jedoch in 2021 keine Arbeiten durchgeführt wurden, müssen die 15.000,00 EUR zur Durchführung der Maßnahme nun noch überplanmäßig bereitgestellt werden.

Deckung:	Einsparung bei der Maßnahme: H06021001 – Erweiterung Kindergarten Bauxhof -	15.000,00	EUR

4	H08010010	Neubau Sportumkleide Keyenberg (neu)	20.000,00	25.500,00	10.06.2022

Im Zuge der Abrechnung der haustechnischen Anlagen haben sich erhöhte Baukosten ergeben, die Auswirkungen auf das Honorar des Fachplaners haben. Dieses erhöht sich um ca. 43.000,00 EUR. Der übersteigende Betrag in Höhe von 17.500,00 EUR kann aus dem laufenden Ansatz gedeckt werden.

Deckung:	Minderauszahlungen bei der Maßnahme: H03040008 - Neubau Turnhalle Cusanus-Gymnasium	25.500,00	EUR

5	S08010024	Flutlichtanlagen ERKA-Rasen Schulzentrum	0,00	30.000,00	26.09.2022

Für den Schul- und Vereinssport ist, aufgrund der Vollauslastung des Kunstrasenplatzes am Schulzentrum, eine zusätzliche, beleuchtete Außensportfläche für die kommende, dunkle Jahreszeit erforderlich. An der Außensportfläche ‘ERKA-Rasen‘ am Schulzentrum ist daher eine Fluchtlichtanlage zu installieren.

Deckung:	Einsparung bei der Investitionsmaßnahme: S08010017 Multifunktionsfläche Sportanlage Schwanenberg	30.000,00	EUR

6	E12023003	Hoven, öffentliche Beleuchtung	0,00	12.500,00	05.10.2022

Die Beitragsmaßnahme ‘Hoven, öffentliche Beleuchtung‘ wurde in 2021 abgerechnet. Die zu dem Zeitpunkt geltende Förderrichtlinie sah eine Förderung von 50 % durch das Land NRW vor. Im Mai 2022 wurde der Förderungsanteil des Landes NRW rückwirkend auf 100 % erhöht, sodass die bereits abgerechneten Beiträge den Beitragszahlern zu erstatten sind.

Deckung:	Mehreinzahlungen bei der Investitionsmaßnahme: E12023003 Hoven, öffentliche Beleuchtung	12.500,00	EUR

7	E12024012	Granterath, Am Vogelbusch - Öffentliche Beleuchtung	0,00	11.000,00	24.11.2022

Die Beitragsmaßnahme „Granterath, Am Vogelbusch - öffentliche Beleuchtung“ wurde in 2021 abgerechnet. Die zu dem Zeitpunkt geltende Förderrichtlinie sah eine Förderung von 50 % durch das Land NRW vor. Im Mai 2022 wurde der Förderungsanteil des Landes NRW rückwirkend auf 100 % erhöht, sodass die bereits abgerechneten Beiträge den Beitragszahlern zu erstatten sind.

Deckung:	Außerplanmäßige Einzahlung bei der Investitionsmaßnahme: E12024012 - Granterath, Am Vogelbusch - Öffentliche Beleuchtung	11.000,00	EUR

8	E12026014	Kückhoven, Kirchweg - Öffentliche Beleuchtung	0,00	10.100,00	24.11.2022

Die Beitragsmaßnahme „Kückhoven, Kirchweg - öffentliche Beleuchtung“ wurde in 2021 abgerechnet. Die zu dem Zeitpunkt geltende Förderrichtlinie sah eine Förderung von 50 % durch das Land NRW vor. Im Mai 2022 wurde der Förderungsanteil des Landes NRW rückwirkend auf 100 % erhöht, sodass die bereits abgerechneten Beiträge den Beitragszahlern zu erstatten sind.

Deckung:	Außerplanmäßige Einzahlung bei der Investitionsmaßnahme: E12026014 - Kückhoven, Kirchweg - Öffentliche Beleuchtung	10.100,00	EUR

Erläuterungen

zur Genehmigung von erheblichen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und (investiven) Auszahlungen gemäß § 83 Abs. 2 GO NRW

- Haushaltsjahr 2022 -

Lfd. Nr.	Produktsach- zw. Investitionskonto	Bezeichnung	Ansatz Euro	Mehr Euro	Tag der Zustimmung
1	H02150019	Erweiterung Feuerwehrgerätehaus Holzweiler (mit Schulungsraum)	540.000,00	161.000,00	15.06.2023

Für die Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses in Holzweiler stehen laut aktuellem Haushaltsplan insgesamt 540.000,00 € zur Verfügung. Eine Teilsumme (98.000,00 €) ist davon bereits bis zum 31.12.2021 verausgabt worden

Bereits im vierten Quartal 2021 hat sich herauskristallisiert, dass der zur Verfügung stehende Betrag von 540.000,00 € wohl nicht ausreichen wird. Der Grund dafür war, dass in der ursprünglichen Kalkulation davon ausgegangen wurde, dass das Projekt aufgrund der übersichtlichen Größe mit eigenem Personal, d. h. ohne externe Architekten und Fachplaner umgesetzt werden könnte. Aufgrund der der personellen Ausfälle beim Hochbauamt ist dies jedoch nicht möglich, so dass externe Hilfe in einem monetären Umfang von 65.000,00 € zur Ausführung beauftragt werden mussten.Neben diesen zusätzlichen externen Personalkosten hat sich bei der Ausschreibung der Rohbauarbeiten als auch der Stahlbauarbeiten ein Mehrbedarf von ca. 96.000,00 € ergeben.Weitere Gewerke über insgesamt erwartete 65.000,00 € sind noch in 2022 zu vergeben, so dass sich hierbei evtl. auch noch weitere Mehrauszahlungen ergeben könnten. Nach derzeitigem Stand wird jedoch nicht damit gerechnet.

Insgesamt sind aktuell 161.000,00 € zur Verfügung zu stellen, damit einerseits die submittierten Gewerke vergeben werden können und andererseits die noch auszuschreibenden Gewerke ausgeschrieben und beauftragt werden können. Die Gesamtkosten der Maßnahme erhöhen sich entsprechend von bisher 540.000,00 € auf ca. 701.000,00 €.

Deckung:	Minderauszahlung bei den Maßnahmen		
	H06021605 – Erweiterung Kita-gebäude Zehnthofweg	121.000,00	EUR
	H03040010 – Sanierung Gebäude Hausmeisterwohnung CBG	40.000,00	EUR

Lfd. Nr.	Produktsach- zw. Investitionskonto	Bezeichnung	Ansatz Euro	Mehr Euro	Tag der Zustimmung
2	100603 542200 (742200)	Mieten und Pachten - Verwaltung und Betrieb von Unterkünften für Spätaussiedler und ausländische Flüchtlinge	420.000,00	200.000,00	14.12.2022

Für die Unterbringung von Flüchtlingen aus der Ukraine mussten bzw. müssen neben den eigenen Unterkünften zusätzliche Wohnungen angemietet und bewirtschaftet werden. Für die Unterbringung dieser Personen wurde insbesondere Wohnraum in den bereits verlassenen Umsiedlungsorten angemietet. Aktuell sind 186 Ukraineflüchtlinge in entsprechenden Wohnungen untergebracht.
Haushaltsrechtlich abzubilden sind diese Aufwendungen beim Produktsachkonto (PSK) 100603 – 542200. Im Rahmen der Haushaltsplanung wurde beim PSK 100603 – 542200 – mit einem Ansatz von 420.000,00 € gerechnet, der nunmehr, aufgrund der zuvor erläuterten Gründe, nicht mehr ausreicht.
Es wird davon ausgegangen, dass sich dieser Bedarf bis zum Jahresende auf 620.000,00 € erhöhen wird. Eine unverzügliche und menschengerechte Unterbringung dieser Personen erfordert, dass der zusätzliche Aufwand von 200.000,00 € überplanmäßig gemäß § 83 Abs. 1 GO NRW bereitzustellen ist. Finanziert werden kann dieser zusätzliche Aufwand durch zusätzliche Erträge im Rahmen von Kostenerstattungen, die die Stadt dafür bereits vom Land erhalten hat.

Deckung:	Mehrerträge und Mehreinzahlungen beim Produktsachkonto		
	050303 448100 (648100) Erstattungen vom Land	200.000,00	EUR

Lfd. Nr.	Produktsach- zw. Investitionskonto	Bezeichnung	Ansatz Euro	Mehr Euro	Tag der Zustimmung
3	E12010004	Erschließung GIPCO, östlicher Teil - Rückzahlung von zu viel erhaltenen Zuwendungen	0,00	167.326,77	19.12.2022

Mit Zuwendungsbescheid vom 10. Dezember 2003 hat die Stadt eine Landeszuwendung für die Erweiterung des Industrie- und Gewerbeparkes Commerden (GIPCO II) über 628.950,00 € erhalten. Mit Schreiben vom 20. Mai 2022 wurde die endgültige Verwendung der Mittel gegenüber dem Land NRW angezeigt. Bei der Prüfung der Unterlagen durch den Zuwendungsgeber hat sich herausgestellt, dass bei der Verwendung der Mittel eine Überzahlung von 167.326,77 € entstanden ist.

Deckung:	Minderauszahlung bei der Maßnahme S11030001 - Ausbau Breitbandinfrastruktur	167.326,77	EUR

Erläuterungen

zur Genehmigung von außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen gem. § 85 (1) GO NRW

- Haushaltsjahr 2022 -

Lfd. Nr.	Investitionskonto	Bezeichnung	Ansatz Euro	Mehr Euro	Tag der Zustimmung
1	S13010022	Umgestaltung Grünring Westpromenade	2.090.289,00	770.855,00	19.12.2022
2	S12010104	Umgestaltung Entrée Berufskolleg und Musikschule	384.205,00	168.375,00	19.12.2022

In der Sitzung des Ausschusses für Bauen, Betrieb, Klimaschutz und Umwelt wurde am 16. Februar 2022 die Maßnahme „Umgestaltung Grünring Westpromenade, einschl. Entrée Berufskolleg und Musikschule“ vorgestellt und ein entsprechender Baubeschluss gefasst. Die dafür erforderlichen Mittel sind im 2022er Haushaltsplan mit 2.474.494,00 € vorgesehen, wovon, ca. 328.500,00 € auf Planungskosten entfallen, so dass letztendlich für die bauliche Umsetzung der Maßnahme ca. 2.146.000,00 € zur Verfügung stehen. Die erfolgte Submission sieht eine zu vergebende Summe von ca. 3,2 Mio. € vor, wovon ziemlich genau 200.000,00 € auf den Städtischen Abwasserbetrieb entfallen. Die restlichen 3,0 Mio. € sind nunmehr im städtischen Haushalt bereitzustellen.

Deckung:	Reduzierung der Verpflichtungsermächtigungen bei den Maßnahmen		
	G01130001 - Erwerb und Verkauf von Grundstücken	480.855,00	EUR
	T12010026 - Tenholter Straße	290.000,00	EUR
	G01130001 - Erwerb und Verkauf von Grundstücken	168.375,00	EUR

3	H02150019	Erweiterung Feuerwehrgerätehaus Holzweiler (mit Schulungsraum)	0,00	20.000,00	26.09.2022

Für die Fertigstellung der Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses Holzweiler (Schulungsraum) ist in diesem Jahr die Vergabe eines Auftrags für die Bodenbeschichtung zu erteilen, zu der die erforderlichen Auszahlungen erst in 2023 zu leisten sind. Für die Auftragserteilung ist daher die Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung notwendig.

Deckung:	Einsparung bei der Investitionsmaßnahme

	H02150022 - Erweiterung FWGH Granterath			20.000,00	EUR

4	H06020902	Erweiterung Kindergarten Lövenich	VE: 0,00	VE: 333.000,00	27.12.2022

Im Mai 2022 mussten Aufträge für die v.g. Maßnahme vergeben werden, die aufgrund gestiegener Baupreise mit höher als eingeplanten Auftragssummen verbunden waren. Diese Mehrauszahlungen sollten durch entsprechende Zuwendungserhöhungen gedeckt werden. Es wurde damit gerechnet, dass sowohl die Abrechnung der Aufträge als auch der Abruf der entsprechenden Zuweisungen in 2022 erfolgen sollte. Infolge von Verzögerungen in der Abwicklung der Baumaßnahme konnten die Aufträge nicht mehr in 2022 abgerechnet werden und die Zuweisungen entsprechend nicht in 2022 abgerufen werden. Haushaltsrechtlich mussten die erteilten Aufträge daher nachträglich durch eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (VE) abgesichert werden.

Deckung:	Reduzierung der VE bei der Investitionsmaßnahme H06021201 - Neubau Kindergarten Kückhoven	333.000,00	EUR

Anlagenspiegel

Anlagevermögen	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen und Zuschreibungen					Buchwert	
	Stand am 01.01.2022	Zugänge in 2022	Abgänge in 2022	Um-buchungen in 2022	Stand am 31.12.2022	Kumulierte AfA zum 31.12.2021	Abschrei-bungen in 2022	Zuschrei-bungen in 2022	Änderungen durch Zu- und Abgänge sowie Umbuchungen in 2022	Kumulierte AfA zum 31.12.2022	am 31.12.2022	am 31.12.2021
	EUR	EUR +	EUR -	EUR +/-	EUR	EUR	EUR -	EUR +	EUR +/-	EUR -	EUR	EUR
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.259.812,68	51.494,79	0,00	0,00	1.311.307,47	-1.085.956,46	-66.994,28	0,00	0,00	-1.152.950,74	158.356,73	173.856,22
2. Sachanlagen												
2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte												
2.1.1 Grünflächen	67.505.299,44	-14.341,47	-78.662,81	1.395.301,88	68.807.597,04	-2.564.127,68	-464.907,47	0,00	0,00	-3.029.035,15	65.778.561,89	64.941.171,76
2.1.2 Ackerland	1.500.497,89	0,00	0,00	68.175,28	1.568.673,17	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.568.673,17	1.500.497,89
2.1.3 Wald, Forsten	681.978,15	0,00	0,00	0,00	681.978,15	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	681.978,15	681.978,15
2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	3.438.478,78	517.075,78	0,00	-788.208,28	3.167.346,28	-3.660,38	-1.514,64	0,00	0,00	-5.175,02	3.162.171,26	3.434.818,40
2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte												
2.2.1 Kindertageseinrichtungen	10.712.339,60	5.145,50	0,00	758.990,04	11.476.475,14	-2.277.114,89	-334.192,55	0,00	0,00	-2.601.079,05	8.875.396,09	8.435.224,71
2.2.2 Schulen	83.481.010,68	0,00	0,00	183.085,77	83.664.096,45	-21.280.563,97	-1.459.644,38	0,00	0,00	-22.740.208,35	60.923.888,10	62.200.446,71
2.2.3 Wohnbauten	4.013.065,37	0,00	0,00	743.969,21	4.757.034,58	-863.276,14	-130.213,21	0,00	0,00	-993.489,35	3.763.545,23	3.149.789,23
2.2.4 Sonstige Dienst- Geschäfts- und Betriebsgebäude	58.333.834,72	999,72	0,00	3.314.152,38	61.648.986,82	-13.672.182,92	-1.528.846,80	0,00	0,00	-15.201.029,72	46.447.957,10	44.661.651,80
2.3 Infrastrukturvermögen												
2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	28.923.831,15	129.555,46	-49.669,86	33,00	29.003.749,75	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	29.003.749,75	28.923.831,15
2.3.2 Brücken und Tunnel	1.392.902,94	0,00	0,00	292.053,36	1.684.956,30	-506.038,48	-31.969,68	0,00	0,00	-538.008,16	1.146.948,14	886.864,46
2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	2.243.385,28	0,00	0,00	0,00	2.243.385,28	-726.740,45	-47.872,23	0,00	0,00	-774.612,68	1.468.772,60	1.516.644,83
2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	129.243.284,77	67.797,91	0,00	1.134.325,30	130.445.407,98	-50.914.842,87	-3.479.027,19	0,00	0,00	-54.393.870,06	76.051.537,92	78.328.441,90
2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	4.042,89	0,00	0,00	0,00	4.042,89	-4.042,89	0,00	0,00	0,00	-4.042,89	0,00	0,00
2.4 Bauten auf fremden Grund und Boden	1.453.634,96	0,00	0,00	0,00	1.453.634,96	-859.573,93	-57.368,68	0,00	0,00	-916.942,61	536.692,35	594.061,03
2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	52.865,80	0,00	0,00	0,00	52.865,80	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	52.865,80	52.865,80
2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	9.255.768,60	1.116.358,58	-96.102,22	784.126,04	11.060.151,00	-4.569.135,05	-519.196,89	0,00	96.102,22	-4.992.229,72	6.067.921,28	4.686.633,55
2.7 Betriebs- und Geschäftssaustattung	15.161.245,23	1.814.052,40	0,00	0,00	16.975.297,63	-9.535.069,33	-1.875.851,70	0,00	0,00	-11.410.921,03	5.564.376,60	5.626.175,90
2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	9.253.989,40	13.738.571,37	0,00	-7.886.003,98	15.106.556,79	-72.053,07	0,00	0,00	0,00	-72.053,07	15.034.503,72	9.181.936,33
3. Finanzanlagen												
3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	3.048.284,00	0,00	0,00	0,00	3.048.284,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.048.284,00	3.048.284,00
3.2 Beteiligungen	996.294,31	0,00	0,00	0,00	996.294,31	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	996.294,31	996.294,31
3.3 Sondervermögen	37.421.530,74	0,00	0,00	0,00	37.421.530,74	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	37.421.530,74	37.421.530,74
3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens	605.056,67	0,00	0,00	0,00	605.056,67	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	605.056,67	605.056,67
3.5 Ausleihungen												
3.5.1 an verbundene Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.5.2 an Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	25.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.5.3 an Sondervermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.5.4 Sonstige Ausleihungen	46.019.336,76	0,00	0,00	0,00	46.019.336,76	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	46.044.336,76	46.019.336,76
	516.001.770,81	**17.426.710,04**	**-224.434,89**	**0,00**	**533.229.045,96**	**-108.934.378,51**	**-9.997.599,70**	**0,00**	**96.102,22**	**-118.825.647,60**	**414.403.398,36**	**407.067.392,30**

Stadt Erkelenz Anlage 2 zum Anhang

Forderungsspiegel

Art der Forderungen	Gesamtbetrag am 31.12.2022 EUR	mit einer Restlaufzeit von bis zu 1 Jahr EUR	1 bis 5 Jahren EUR	mehr als 5 Jahre EUR	Gesamtbetrag am 31.12.2021 EUR
1. Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen					
1.1 Gebühren	473.671,16	471.082,71	2.588,45	0,00	520.332,07
1.2 Beiträge	256.970,46	206.002,29	30.868,87	20.099,30	306.515,65
1.3 Steuern	4.996.804,89	4.996.804,89	0,00	0,00	2.758.354,08
1.4 Forderungen aus Transferleistungen	3.455.341,24	3.449.703,17	5.614,07	24,00	3.364.574,71
1.5 Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	2.250.549,31	2.250.009,31	399,00	141,00	1.384.424,53
2. Privatrechtliche Forderungen					
2.1 gegenüber dem privaten Bereich	580.516,40	580.516,40	0,00	0,00	1.796.837,74
2.2 gegenüber dem öffentlichen Bereich	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.3 gegen verbundene Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4 gegen Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.5 gegen Sondervermögen	5.179.468,70	5.179.468,70	0,00	0,00	3.623.747,31
3. Sonstige Vermögensgegenstände					
3.1 Sonstige Vermögensgegenstände	3.065.119,25	3.065.119,25	0,00	0,00	3.150.894,52
4. Summe Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	**20.258.441,41**	**20.198.706,72**	**39.470,39**	**20.264,30**	**16.905.680,61**

Stadt Erkelenz Anlage 3 zum Anhang

Verbindlichkeitenspiegel

Art der Verbindlichkeiten	Gesamtbetrag am 31.12.2022	mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag am 31.12.2021
		bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahren	mehr als 5 Jahre	
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Anleihen					
1.1 für Investitionen	-	-	-	-	-
1.2 zur Liquiditätssicherung	-	-	-	-	-
2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	-	-	-	-	-
2.1 von verbundenen Unternehmen	-	-	-	-	-
2.2 von Beteiligungen	-	-	-	-	-
2.3 von Sondervermögen	-	-	-	-	-
2.4 vom öffentlichen Bereich	3.292.614,00	333.220,00	1.007.880,00	1.951.514,00	3.813.334,00
2.5 von Kreditinstituten	2.838.025,37	308.531,05	934.102,81	1.595.391,51	3.155.345,24
2.6 von Sonstigen	-	-	-	-	-
3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	-	-	-	-	-
4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	-	-	-	-	-
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.206.623,54	1.206.623,54	-	-	1.539.978,54
6. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	342.173,69	342.173,69	-	-	441.297,18
7. Sonstige Verbindlichkeiten	996.785,23	996.785,23	-	-	929.667,69
8. Erhaltene Anzahlungen	10.137.578,76	10.137.578,76	-	-	5.905.795,17
9. Summe aller Verbindlichkeiten	**18.813.800,59**	**13.324.912,27**	**1.941.982,81**	**3.546.905,51**	**15.785.417,82**

Nachrichtlich:	
Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten:	
Bürgschaften für die Hermann-Josef-Stiftung Erkelenz	16.255.308,16
Bürgschaften für die Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz mbH & Co. KG (GEE)	1.150.000,00
insgesamt:	**17.405.308,16**

Stadt Erkelenz

Anlage 4 zum Anhang

Eigenkapitalspiegel

Bezeichnung	Bestand zum 31.12.2021 EUR	Verrechung des Vorjahres-ergebnisses EUR	Verrechnung mit der allgemeinen Rücklage nach § 44 Abs. 3 KomHVO im Haushaltsjahr EUR	Veränderung der Sonderrücklage EUR	Jahresergebnis des Haushaltsjahres EUR	Bestand zum 31.12.2022 EUR
1.1 Allgemeine Rücklage	189.335.391,03	0,00	154.602,82			189.489.993,85
1.2 Sonderrücklagen	1.731.389,88	0,00		10.642,30		1.742.032,18
1.3 Ausgleichsrücklage	31.349.020,35	6.594.023,18				37.943.043,53
1.4 Jahresüberschuss/-fehlbetrag	6.594.023,18	-6.594.023,18			11.047.068,70	11.047.068,70
1.5 Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag (ggfls. Gegenposten zu Aktiva)	0,00	0,00				0,00
Summe Eigenkapital	**229.009.824,44**	**0,00**				**240.222.138,26**
4. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00	0,00				0,00

Nachrichtlich: Ergebnisverrechnungen Vorjahre (§ 96 Abs. 1 Satz 3 GO NRW)

	3. Vorjahr	Vorvorjahr	Vorjahr	Saldo
Allgemeine Rücklage (+/-)	0,00	0,00	0,00	0,00
Ausgleichsrücklage (+/-)	+3.648.026,92	+5.967.530,81	+6.594.023,18	+16.209.580,91
Summe	**+3.648.026,92**	**+5.967.530,81**	**+6.594.023,18**	**+16.209.580,91**

Stadt Erkelenz

Anlage 5 zum Anhang

Rückstellungspiegel

Arten der Rückstellungen	Gesamtbetrag am 01.01.2022	Veränderungen im Haushaltsjahr			Gesamtbetrag am 31.12.2022
		Zuführungen	Auflösungen	Inanspruchnahme	
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Pensionsrückstellungen Beschäftigte	21.119.582,00		10.053,00		21.109.529,00
Beihilferückstellungen Beschäftigte	5.671.494,00		112.149,00		5.559.345,00
Pensionsrückstellungen Versorgungsempfänger	19.119.498,00	1.422.212,00			20.541.710,00
Beihilferückstellungen Versorgungsempfänger	6.690.143,00	556.838,00			7.246.981,00
Instandhaltungsrückstellungen Zentrale Dienste	178.000,00		0,70	83.086,30	94.913,00
Instandhaltungsrückstellungen Grundstücks- und Gebäudeverwaltung	105.000,00		2.268,11	22.731,89	80.000,00
Instandhaltungsrückstellungen Baubetriebshof	48.900,00	80.000,00			128.900,00
Instandhaltungsrückstellungen Gefahrenabwehr	30.000,00				30.000,00
Instandhaltungsrückstellungen Grundschulen	1.090.385,00	16.314,00	105.000,00	22.431,00	979.268,00
Instandhaltungsrückstellungen Hauptschule	410.313,00		1.853,00		408.460,00
Instandhaltungsrückstellungen Europaschule	108.029,00		2.073,80	6.139,20	99.816,00
Instandhaltungsrückstellungen Gymnasien	1.307.535,00	14.870,50	35.074,61	115.650,89	1.171.680,00
Instandhaltungsrückstellungen Kulturförderung	232.927,00	145.000,00		7.737,00	370.190,00
Instandhaltungsrückstellungen KG Adolf-Kolping-Hof	75.000,00				75.000,00
Instandhaltungsrückstellungen KG Am Hagelkreuz	20.000,00				20.000,00
Instandhaltungsrückstellungen KG Buscherhof	20.000,00				20.000,00
Instandhaltungsrückstellungen KG Lövenich	25.000,00				25.000,00
Instandhaltungsrückstellungen KG Bauxhof	35.000,00		35.000,00		0,00
Instandhaltungsrückstellungen KG Südpromenade	50.000,00				50.000,00
Instandhaltungsrückstellungen Komb. Tageseinrichtungen Westpromenade/ Zehnthofweg	100.000,00		0,69	12.650,31	87.349,00
Instandhaltungsrückstellungen KG Schulring	20.000,00				20.000,00
Instandhaltungsrückstellungen Unterkünfte Wohnungslose	40.700,00	15.000,00			55.700,00
Instandhaltungsrückstellungen Tiefgarage H.-J.-Gormanns-Str.	60.000,00		0,82	14.675,18	45.324,00
Instandhaltungsrückstellungen Friedhöfe	97.000,00				97.000,00
Instandhaltungsrückstellungen Mehrzweckgebäude, -hallen	489.200,00	5.000,00			494.200,00
Instandhaltungsrückstellungen Kriegsgräber	3.474,46	13.250,47			16.724,93
Sonstige Rückstellungen	732.937,89	80.234,04		866,00	812.305,93
Rückstellungen für Altersteilzeit	1.052.106,00	362.674,00			1.414.780,00
Urlaubsrückstellungen	794.586,76	71.812,34			866.399,10
Überstundenrückstellungen	283.320,71	41.480,39			324.801,10
Rückstellungen Prüfung GPA	56.200,00	18.400,00			74.600,00
Drohverlustrückstellungen	2.292.703,64	1.276,00	224.611,00		2.069.368,64
Rückstellungen Prozesskostenrisiko	37.525,00	41.475,00			79.000,00
Summe Rückstellungen	**62.396.560,46**	**2.885.836,74**	**528.084,73**	**285.967,77**	**64.468.344,70**

Aufstellung der Mitglieder des Verwaltungsvorstands und der Ratsmitglieder gem. § 95 Abs. 3 GO NRW

Legende 2022:

Ziffer 1 laufende Nummer
Ziffer 2 Familiennamen, Vornamen
Ziffer 3 ausgeübter Beruf
Ziffer 4 Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 I S. 3 des Aktiengesetzes
Ziffer 5 Mitgliedschaften in Organen von verselbstständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde in öffentlich-rechtlicher oder privater Form
Ziffer 6 Mitgliedschaften in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
k. A. keine Angaben
b. k. A. bisher keine Angaben

Ziffer 1	Ziffer 2	Ziffer 3	Ziffer 4	Ziffer 5	Ziffer 6
Ratsmitglieder					
1	Altmann, Marwin	Goldschmied	---	---	---
2	Bienefeld, Hermann-Josef	Landwirtschaftlicher Betriebshelfer/ Landwirt	---	---	---
3	Borchers, Lukas	Beamter (Stadtoberinspektor bei der Stadt Mönchengladbach)	---	---	---
4	Conen, Markus	Kfm. Angestellter (Außendienst)	---	---	---
5	Czybik, Peter	Beamter	---	---	---
6	Dahlke, Andreas	Elektroinstallateur	---	---	---

Aufstellung der Mitglieder des Verwaltungsvorstands und der Ratsmitglieder gem. § 95 Abs. 3 GO NRW

Ziffer 1	Ziffer 2	Ziffer 3	Ziffer 4	Ziffer 5	Ziffer 6
7	Dederichs, Hans Josef	Polizeibeamter	---	• Mitglied im Verwaltungs-rat der Kreissparkasse Heinsberg	---
8	Eickels, Thomas	Diplom-Ingenieur, Geschäfts-führer, selbstständig	---	---	---
9	Engels, Werner	Diplom-Kaufmann, Geschäfts-führer, selbstständig	---	---	---
10	Forg-Thelen, Markus	Kaufmann/Bestatter	---	---	---
11	Frings, Karl-Heinz	Freier Journalist	---	---	• Mitglied im Zweckverband LandFolge Garzweiler • Stv. Vorsitzender des Netzwerks Bergbaugeschädigter e.V. des Rheinischen Braunkohlereviers • Mitglied Grundstücks- und Ent-wicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz • Beisitzer der Schlichtungsstelle Bergschäden NRW
12	Füßer, Klaus Christian	Pensionär Kleingewerbe: Hausmeisterser-vice	---	---	---
13	Gläsmann, Katharina	exam. Krankenschwester/ Wohnbereichsleitung	• Seit 10.10.2019 Aufsichtsrätin im Aufsichtsrat des Bauverein Er-kelenz eG, Wohnungsgenossen-schaft	---	---
14	Grunert, Andreas	Polizeibeamter	---	---	---

Aufstellung der Mitglieder des Verwaltungsvorstands und der Ratsmitglieder gem. § 95 Abs. 3 GO NRW

Ziffer 1	Ziffer 2	Ziffer 3	Ziffer 4	Ziffer 5	Ziffer 6
15	Honold-Ziegahn, Christel	Lehrerin	---	• Mitglied im Zweckverband der KSK Heinsberg	---
16	Hübgens, Otto	Sozialversicherungsfachange-stellter	---	---	---
17	Jansen, Manoj (bis 02.09.2022)	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.
18	Jopen, Liselotte	Sonderschullehrerin Pensionärin	---	---	---
19	Kanters, Petra	Bankkauffrau	---	---	---
20	Kaulhausen, Wilhelm	Selbstständiger Landwirt; tech. Geschäftsführer ADRW Natur-power	---	---	---
21	Kempe, Bernd	Außendienst Technik und Ver-trieb	---	---	---
22	Klasen, Niklas	Auszubildender zum Elektroni-ker für Betriebstechnik	---	---	---
23	Kox, Britta	Kaufmännische Angestellte im Einzelhandel	---	---	---
24	Krahe, Werner	Dipl.-Rechtspfleger	---	---	---
25	Kus, Dr., Alexander	Rechtsanwalt	• Zweckverband KSK Heinsberg (Mitglied) • Verwaltungsrat KSK Heinsberg (Stellvertreter) • Kultur GmbH Erkelenz	---	• Förderverein zur Erhaltung evangelischer Kirchengebäude Schwanenberg e.V. (Vorstand)

Aufstellung der Mitglieder des Verwaltungsvorstands und der Ratsmitglieder gem. § 95 Abs. 3 GO NRW

Ziffer 1	Ziffer 2	Ziffer 3	Ziffer 4	Ziffer 5	Ziffer 6
26	Kutz, Michael	Hausmann	---	---	---
27	Lenz, Lena	Freiberufliche Mediengestalterin	---	---	---
28	London, Peter	Landesbeamter	---	• Mitglied im Verwaltungsrat der Kreissparkasse Heinsberg • Mitglied im regionalen Beirat Kreis HS des AVV • Mitglied im Zweckverband Land-Folge Garzweiler	• Mitglied in der Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft GmbH Co KG • Mitglied im Beirat der Fahrradmesse in Essen • Mitglied im Beirat der Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in NRW e.V.
29	Mainka, Karin	Geschäftsführende Gesellschafterin der FIMA GmbH Fachakademie für Logistik und Verkehr sowie geschäftsführende Gesellschafterin der Fahrschule Mainka GmbH (Fahrschule aller Klassen) in Erkelenz; Freiberufliche Dozentin	---	• Mitglied der Gesellschafterversammlung der Kultur GmbH	---
30	Menzel, Inga	Erzieherin im 3. Ausbildungsjahr; Organistin	---	---	---
31	Merkens, Rainer	Betriebsleiter	---	• Mitglied im Beirat NVV MG • Mitglied Verbandsversammlung Niersverband	• Mitglied der Vertreterversammlung der Raiffeisenbank Erkelenz

Aufstellung der Mitglieder des Verwaltungsvorstands und der Ratsmitglieder gem. § 95 Abs. 3 GO NRW

Ziffer 1	Ziffer 2	Ziffer 3	Ziffer 4	Ziffer 5	Ziffer 6
				• Mitglied der Gesellschafterversammlung GEE • Mitglied der Gesellschafterversammlung Kultur GmbH	
32	Meurer, Dignanllely	Kaufmännische Angestellte	---	---	---
33	Moll, Christopher	Account Manager	---	---	---
34	Odenthal, Thorsten	Studienrat	---	• Mitglied der Gesellschafterversammlung der Kultur GmbH Erkelenz	---
35	Rosen, Sabine	Verbandsrätin bei der ITK Rheinland, Neuss, Beamtin	---	• Vorsitzende Bezirksausschuss Keyenberg/Venrath/ Borschemich	---
36	Schirrmeister-Heinen, Beate Ellen	Lehrerin	---	• Kuratorium H.-J.-Stiftung (Krankenhaus) • Vizepräsidentin des Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeinde-bundes und Vorsitzende im Jugend-, Sozial- und Gesundheitsausschuss des NWStGB • Mitglied Hauptausschuss des Deutschen Städte- und Gemeindebundes •	---
37	Schlesiger, Patricia	Stadtinspektorin Landeshauptstadt Düsseldorf	---	---	---

Aufstellung der Mitglieder des Verwaltungsvorstands und der Ratsmitglieder gem. § 95 Abs. 3 GO NRW

Ziffer 1	Ziffer 2	Ziffer 3	Ziffer 4	Ziffer 5	Ziffer 6
38	Schroer, Johannes (ab 11.09.2022)	Ausbildung zum Erzieher, Programmierer	---	---	---
39	Schuflitz, Andreas	Fachkrankenpfleger	---	---	---
40	Schwarz, Daniel	Monteur	---	---	---
41	Simon, Jürgen	Beamter im Ruhestand	---	---	---
42	Spalink, Dieter	Pensionär	---	• 2. stv. Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes LandFolge • Mitglied der SPD-Fraktion im Braunkohleausschuss der Bezirksregierung Köln	• Gesellschafterversammlung der Kultur GmbH der Stadt Erkelenz
43	Steiner, René	Kaufmann	---	---	---
44	Stolzenberger, Silvia	Rechtspflegerin	---	---	---
45	Tüffers, Michael	Sozialversicherungsfachangestellter	---	• Mitglied des Zweckverbandes der Kreissparkasse Heinsberg	---
46	Vasters, Hans Dieter	Techn. Berater/Ingenieur	---	---	---
47	Vieten, Jürgen	Kriminalhauptkommissar	---	---	---
48	von der Forst, Walter	Landwirt	---	---	---

Aufstellung der Mitglieder des Verwaltungsvorstands und der Ratsmitglieder gem. § 95 Abs. 3 GO NRW

Ziffer 1	Ziffer 2	Ziffer 3	Ziffer 4	Ziffer 5	Ziffer 6
49	Weitz, Willi Andreas	Dipl.-Ing. Geoinformatik (FH); Teamleiter Amt 62/21; Fortführung des Liegenschaftskatasters; Qualitätssicherung; Geodatenmanagement beim Kreis Düren	---	---	---
50	Winters, Iris	Hausfrau	---	---	---
51	Zwirner, Iris	mobile Fußpflege	---	---	---

Aufstellung der Mitglieder des Verwaltungsvorstands und der Ratsmitglieder gem. § 95 Abs. 3 GO NRW

Ziffer 1	Ziffer 2	Ziffer 3	Ziffer 4	Ziffer 5	Ziffer 6
Mitglieder des Verwaltungsvorstandes:					
1	Muckel, Stephan	Wirtschaftsgeograph M.A.; Bürgermeister der Stadt Erkelenz	---	• Mitglied und stv. Vorsitzender der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes der Kreissparkasse Heinsberg • Mitglied im Verwaltungsrates der Kreissparkasse Heinsberg • Mitglied des Hauptausschusses und des Risikoausschusses der Kreissparkasse Heinsberg • Kuratoriumsvorsitzender der Sparkassenstiftung für Völkerverständigung • Mitglied und stv. Vorsitzender im Kuratorium der Sparkassen-Kunststiftung • Vorsitzender der Gesellschafterversammlung der Kultur GmbH Erkelenz • Vorsitzender der Gesellschafterversammlung der Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft mbH und Co. KG Erkelenz • Vorsitzender des Kuratoriums der Walter und Elfriede Meyer-Stiftung • Vorsitzender des Kuratoriums der Hermann-Josef-Stiftung • Mitglied in der Zweckverbandsversammlung des Zweckverbandes LandFolge Garzweiler, stv. Verbandsvorsteher und Mitglied im Lenkungsausschuss • Aufsichtsratsmitglied der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises Heinsberg (WFG) • Mitglied im Kuratorium der Anton-Heinen-Volkshochschule Heinsberg • Vorstandsmitglied im Schwalmverband • Mitglied im Regionalbeirat der NEW AG	• Vorsitzender der Gesellschafterversammlung der Campus Transfer Management GmbH • Mitglied in der Anrainerkonferenz Rheinisches Revier und evtl. hieraus Mitwirkung in Gremien der ZRR • Mitglied in der Lokalen Aktionsgruppe (LAG) der LEADER-Region Rheinisches Revier an Inde und Rur • Mitglied der Generalversammlung der KoPart eG • Mitglied im Regionalbeirat Köln GVV Kommunalversicherung VVaG

Aufstellung der Mitglieder des Verwaltungsvorstands und der Ratsmitglieder gem. § 95 Abs. 3 GO NRW

Ziffer 1	Ziffer 2	Ziffer 3	Ziffer 4	Ziffer 5	Ziffer 6
				• Mitglied in der Verbandsversammlung des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes (RSGV) • Stv. Vorstandsmitglied im Verbandsvorstand sowie stv. Mitglied im Trägerausschuss des RSGV • Mitglied im Hauptausschuss des Städte- und Gemeindebundes NRW • Mitglied der Arbeitsgemeinschaft der Bürgermeister im Kreis Heinsberg	
2	Dr. Gotzen, Hans-Heiner	Erster Beigeordneter der Stadt Erkelenz	---	• Geschäftsführer der Kultur GmbH der Stadt Erkelenz • Kurator der Hermann-Josef-Stiftung Erkelenz • Kurator der Walter und Elfriede Meyer-Stiftung Erkelenz • Stv. Vorstandsmitglied des Schwalmverbandes • Zweckverbandsvorsteher des Sparkassenzweckverbandes des Kreises Heinsberg • Mitglied im Aufsichtsrat der Erkelenzer Sonnenschein eG • Stv. Mitglied in der Trägerversammlung des Jobcenters Kreis Heinsberg • Mitglied im Lenkungskreis des Regionalen Bildungsnetzwerkes Kreis Heinsberg • Stv. Vorsitzender des Heimatvereines Erkelenzer Lande e.V. • Mitglied des Ausschusses für Schule, Sport und Kultur des Städte- und Gemeindebundes NRW	---
3	Lurweg, Ansgar	Technischer Beigeordneter der Stadt Erkelenz	---	• Geschäftsführer der Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz mbH • Stellvertretender Verbandsvorsteher und Vorstandsmitglied im Schwalmverband • Mitglied im Aufsichtsrat der Erkelenzer Sonnenschein eG • Mitglied im Ausschuss für Städtebau, Bauwesen und Landesplanung beim Städte- und Gemeindebund NRW	• Mitglied des Aufsichtsrates der Franziskusheim gGmbH

Aufstellung der Mitglieder des Verwaltungsvorstands und der Ratsmitglieder gem. § 95 Abs. 3 GO NRW

Ziffer 1	Ziffer 2	Ziffer 3	Ziffer 4	Ziffer 5	Ziffer 6
				• Technischer Betriebsleiter des Abwasserbetriebes der Stadt Erkelenz • Mitglied der Gesellschafterversammlung der KKP Klärschlammkooperation Poolgesellschaft mbH	
4	Schmitz, Norbert	Kämmerer der Stadt Erkelenz	---	• Geschäftsführer der Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz mbH • Beratendes Mitglied der Gesellschafterversammlung der Kultur GmbH • Mitglied im Aufsichtsrat der Erkelenzer Sonnenschein eG • Mitglied im Kuratorium der Walter und Elfriede Meyer-Stiftung • Kfm. Betriebsleiter des Abwasserbetriebes der Stadt Erkelenz • Mitglied der Gesellschafterversammlung der KKP Klärschlammkooperation Poolgesellschaft mbH	---

Anlage 3

Lagebericht 2022

L a g e b e r i c h t

1. Allgemeines

Nach § 95 GO NRW ist dem Jahresabschluss ein Lagebericht gemäß § 49 KomHVO beizufügen.

Der Lagebericht ist so zu fassen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde vermittelt wird. Dazu ist ein Überblick über die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses und Rechenschaft über die Haushaltswirtschaft im abgelaufenen Jahr zu geben. Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, auch solcher, die nach Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind, ist zu berichten. Außerdem hat der Lagebericht eine ausgewogene und umfassende, dem Umfang der gemeindlichen Aufgabenerfüllung entsprechende Analyse der Haushaltswirtschaft und der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde zu enthalten. In die Analyse sollen die produktorientierten Ziele und Kennzahlen, soweit sie bedeutsam für das Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde sind, einbezogen und unter Bezugnahme auf die im Jahresabschluss enthaltenen Ergebnisse erläutert werden. Auch ist auf die Chancen und Risiken für die zukünftige Entwicklung der Gemeinde einzugehen; zu Grunde liegende Annahmen sind anzugeben.

Zum 01.01.2007 hat die Stadt Erkelenz das Neue Kommunale Finanzmanagement eingeführt und legt somit den 16. Jahresabschluss auf der Basis der doppischen Buchführung vor.

2. Darstellung des Geschäftsverlaufes und des Jahresergebnisses

Die Ergebnisplanung mit einem prognostizierten Jahresergebnis von – 2.500.000,00 € konnte in der Ergebnisrechnung mit einem Jahresüberschuss von 11.047.068,70 € (Jahresüberschuss des Vorjahres 6.594.023,18 €) abschließen. Dies bedeutet eine Verbesserung im Geschäftsverlauf um 13.547.068,70 €.

Bei den ordentlichen Erträgen ergibt sich gegenüber der Planung eine Verbesserung um 14.109 T €. Im Einzelnen ergeben sich Ertragsverbesserungen i. H. v. 8.916 T€ bei den „Zuwendungen und allgemeinen Umlagen“, bei den „Steuern und ähnlichen Abgaben“ i.H.v. 841 T€, von 124 T€ bei den „sonstigen Transfererträgen“, bei den „öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten“ von 31 T€, bei den „privatrechtlichen Leistungsentgelten“ von 384 T€, bei den „Kostenerstattungen und Kostenumlagen“ von 2.609 T€, bei den „sonstigen ordentlichen Erträgen“ und 1093 T€ und schließlich bei den „aktivierten Eigenleistungen“ von 111 T€.

Betrachtet man das Ergebnis der „ordentlichen Aufwendungen“, so ergeben sich erfreulicherweise beim Vergleich des Ergebnisses zum Planansatz insgesamt geringere Aufwendungen i. H. v. 2.738 T €. Diese ermitteln sich rechnerisch durch Minderaufwendungen bei den „Personal- und Versorgungsaufwendungen“ i. H. v. 2.504 T €, von 565 T € bei den „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ sowie von 279 T € bei den „sonstigen ordentlichen Aufwendungen“. Mehraufwendungen sind dagegen bei den bei den „bilanziellen Abschreibungen“ i.H.v. 415 T€ sowie von 195 T € bei den „Transferaufwendungen“ angefallen.

Beim „ordentlichen Ergebnis“ ergibt sich daraus resultierend eine Verbesserung im Vergleich vom Planansatz zum Ergebnis in Höhe von 16.847 T €.

Das Finanzergebnis wurde mehr oder weniger planmäßig abgewickelt. Geringfügige Verschlechterungen bei den „Finanzerträgen“ (- 91 T €) wurden durch geringfügige Minderaufwendungen beim Finanzaufwand (- 95 T€) kompensiert.

Kumuliert ergibt sich dadurch eine Verbesserung beim „Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit“ um 16.851 T€ im 2022er Geschäftsverlauf.

Erfreulich ist, dass beim außerordentlichen Ergebnis kein Ausweis erfolgen musste. Dies ist gleichbedeutend damit, dass auf Jahressicht sich für das Jahresergebnis weder finanzielle Belastungen aus der „Covid-19-Pandemie“ noch aus dem „Krieg gegen die Ukraine“ ergeben haben. Demzufolge weist das „außerordentliche Ergebnis“ eine „0“ aus. Für das Jahresergebnis bedeutet dies eine Verschlechterung im Geschäftsverlauf um 3.304 T €.

In der Finanzrechnung ist gegenüber der Planung, unter Berücksichtigung der von 2021 nach 2022 übertragenen Auszahlungsermächtigungen i. H. v. 5.010.175,02 € eine Verbesserung am „Bestand an eigenen Finanzmitteln“ von 26.727.472,00 € festzustellen. Diese ergeben sich rechnerisch aus Verbesserungen beim „Saldo aus der lfd. Verwaltungstätigkeit“ von 18.139 T€ und beim „Saldo aus der Investitionstätigkeit“ von 10.145 T€ sowie einem negativen Ergebnis von 1.557 T€ beim „Saldo aus der Finanzierungstätigkeit“.

Zum 31.12.2022 beträgt der Bestand an bilanziellen liquiden Mitteln 23.785.799,39 €.

3. Analyse der Vermögenslage

Auf der Aktivseite der Bilanz ist das Vermögen der Stadt Erkelenz ausgewiesen, das sich zum 31.12.2022 auf 474.946.058,37 € beläuft. Es hat sich somit im Jahr 2021 um 16.715.578,90 € (+ 3,65 %) erhöht.
Die Höhe der Bilanzierungshilfe beläuft sich zum 31.12.2022 auf 6.167.846,36 €. Dies entspricht 1,30 % der Bilanzsumme.
Das Anlagevermögen beträgt 414.403.398,36 € (Vorjahr: 407.067.392,30 €), was einer Erhöhung gegenüber dem Vorjahr um 1,80 % entspricht. Prozentual gesehen beträgt das Anlagevermögen 87,25 % der Bilanzsumme (Vorjahr: 88,83). Das Umlaufvermögen umfasst zum Stichtag 49.044.240,80 € oder 10,33 % (Vorjahr = 39.833.421,79 € bzw. 8,69 %) der Bilanzsumme und hat sich somit um 9.210.819,01 € bzw. 1,64 %-Punkte erhöht. Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten weist Zahlungen in Höhe von 5.330.572,85 € bzw. 1,12 % (Vorjahr 5.161.819,02 bzw. 1,13 %) der Bilanzsumme aus und hat sich gegenüber dem Vorjahr um 168.753,83 € erhöht.

Das Anlagevermögen besteht aus

- Immateriellen Vermögensgegenständen von 158.356,73 € (- 15.499,49 €)
- Sachanlagen im Wert von 326.129.539,15 € (+ 7.326.505,55 €)
- Finanzanlagen im Wert von 88.115.502,48 € (+ 25.000,00 €)

Das Umlaufvermögen besteht aus

- Öffentlich-rechtliche und privatrechtlichen Forderungen sowie sonstigen Vermögensgegenständen im Wert von 20.258.441,41 € (+ 3.352.760,80 €)
- den Wertpapieren des Umlaufvermögens im Wert von 5.000.000,00 € (- 2.000.000,00 €)
- den liquiden Mitteln im Wert von 23.785.799,39 € (+ 7.858.058,21 €)

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten beträgt zum Bilanzstichtag 5.330.572,85 € (+ 168.753,83 €).

4. Analyse der Finanzlage

Die Passivseite der Bilanz gibt Antwort auf die Frage, wem das auf der Aktivseite ausgewiesene Vermögen gehört. Dabei kommt es besonders auf das Verhältnis von Eigenkapital zum Fremdkapital an. Ein hohes Eigenkapital zeugt von einer gewissen finanziellen Unabhängigkeit und drängt zwangsläufig das Fremdkapital zurück, das mit seinen Zinsaufwendungen den Ergebnisplan negativ beeinflusst.

Das Eigenkapital besteht aus

- der allgemeinen Rücklage im Wert von 189.489.993,85 €
- der Sonderrücklage im Wert von 1.742.032,18 €
- der Ausgleichsrücklage im Wert von 37.943.043,53 €
- dem Jahresüberschuss im Wert von 11.047.068,70 €

Weiter rechnet man zum Eigenkapital

- die Sonderposten im Wert von 140.577.727,38 € hinzu,

die sich überwiegend aus Landeszuweisungen und Beiträgen zusammensetzen und durch ihre ertragswirksame Auflösung entsprechend des finanzierten Anlagevermögens den Abschreibungsaufwand anteilig neutralisieren.

Die vorstehenden Passivposten umfassen 380.799.865,64 € und weisen somit ein Eigenkapital von 80,18 % der Bilanzsumme aus (bisher 80,63 %).

Die Rückstellungen in Höhe von 64.468.344,70 €, die man wegen ihres späteren Liquiditätsabflusses dem Fremdkapital zurechnet, sichern insbesondere die zukünftigen Pensions- und Beihilfeaufwendungen ab.

Eindeutig Fremdkapital sind die Verbindlichkeiten, die in ihren unterschiedlichsten Arten insgesamt 18.813.800,59 € betragen (Vorjahr 15.785.417,82 €). Dies entspricht einer Erhöhung um 3.028.382,77 €.

Rückstellungen und Verbindlichkeiten zusammen führen zu einer Fremdkapitalquote von 17,54 % (bisher 17,06 %). Soweit die Rückstellungen wider Erwarten doch nicht benötigt werden sollten, würden sie zu einer ertragswirksamen Auflösung und damit zu einer Entlastung künftiger Jahresergebnisse führen. Ebenso werden die in den

Verbindlichkeiten enthaltenen „Erhaltenen Anzahlungen“ von 10.137.578,76 € nach betriebsfertiger Herstellung des entsprechenden Anlagevermögens in die Sonderposten überstellt und tragen damit infolge der ratierlichen ertragswirksamen Auflösung zur Erhöhung der Eigenkapitalquote II bei.

Als passive Rechnungsabgrenzungsposten sind 10.864.047,44 bzw. 2,29 % der Bilanzsumme ausgewiesen. Es handelt sich hauptsächlich um die Abgrenzung vereinnahmter Friedhofsgebühren, den Abgrenzungsbestand von Landeszuwendungen, die für den Bau von Kindertagesstätten vom Land gewährt wurden und an freie Kindergartenträger ausgezahlt wurden, Zahlungen, die erst in den folgenden Jahren zu Erträgen führen, Ruherechtsentschädigungen sowie Rechnungsabgrenzungsposten für Ausgleichsmaßnahmen.

5. Bilanzkennzahlen

Für die Beurteilung einer Bilanz sind spezielle Analysemethoden in Form von Kennzahlen üblich. Sie dienen dem temporären und interkommunalen Vergleich. Nachstehend einige wichtige Kennzahlen:

EkQ1

$$\frac{\text{Eigenkapital x 100}}{\text{Bilanzsumme}} = 50{,}58\ \%$$

Vorjahr: 49,98 %

Die Kennzahl „Eigenkapitalquote 1“ (EkQ1) misst den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der kommunalen Bilanz. Je höher die Eigenkapitalquote, desto geringer das Finanzierungsrisiko und desto höher die finanzielle Stabilität und die wirtschaftliche Sicherheit.

EkQ2

$$\frac{\text{Eigenkapital + SoPo Zuwendungen/Beiträge x 100}}{\text{Bilanzsumme}} = 79{,}97\ \%$$

Vorjahr: 80,52 %

Die Kennzahl „Eigenkapitalquote 2“ (EkQ2) misst den Anteil des „wirtschaftlichen Eigenkapitals“ am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der kommunalen Bilanz. Da die Sonderposten als Bilanzposten mit Eigenkapitalcharakter einen wesentlichen Anteil in der Bilanz darstellen, wird die Wertgröße „Eigenkapital“ um die langfristigen Sonderposten erweitert.

AbI

$$\frac{\text{Bilanzielle Abschreibungen auf Anlagevermögen x 100}}{\text{Ordentliche Aufwendungen}} = 8{,}53\ \%$$

Vorjahr: 7,96 %

Die Kennzahl „Abschreibungsintensität“ zeigt an, in welchem Umfang die Gemeinde durch die Abnutzung des Anlagevermögens belastet wird.

AnD1

$$\frac{\text{Eigenkapital x 100}}{\text{Anlagevermögen}} = 57{,}97\ \%$$

Vorjahr: 56,26 %

Die Kennzahl „Anlagendeckungsgrad 1“ (AnD1) zeigt an, wie viel Prozent des Anlagevermögens durch Eigenkapital finanziert ist.

AnD2

$$\frac{(\text{EK + SoPo (Zuwendungen+Beiträge) + langfristiges Fremdkapital}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}} = 105{,}66\ \%$$

Vorjahr: 104,49 %

Die Kennzahl „Anlagendeckungsgrad 2“ gibt an, wie viel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert wird. Bei der Berechnung dieser Kennzahl werden dem Anlagevermögen die langfristigen Passivposten Eigenkapital, Sonderposten mit Eigenkapitalanteilen und langfristiges Fremdkapital gegenübergestellt.

ZIQ

$$\frac{\text{Finanzaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}} = 0{,}25\ \%$$

Vorjahr: 0,66 %

Die Kennzahl „Zinslastquote“ gibt an, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den ordentlichen Aufwendungen besteht.

NSQ

$$\frac{\text{Steuern u. ä. Abgaben - Gewerbesteueruml. - Finanzierungsbet. Fonds Deutscher Einheit X 100}}{\text{Ordentliche Erträge - Gewerbesteuerumlage - Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutscher Einheit}} = 52{,}01\ \%$$

Vorjahr: 53,65 %

Die Kennzahl „Netto-Steuerquote“ gibt an, zu welchem Teil sich die Gemeinde „selbst“ finanzieren kann und somit unabhängig von Finanzleistungen „Dritter“, z.B. staatlichen Zuwendungen, ist. Weil dem Bund und dem Land Anteile am Aufkommen der Gewerbesteuer zustehen, ist es erforderlich, die Aufwendungen für die von der Gemeinde zu leistende Gewerbesteuerumlage sowie für die Finanzierungs-beteiligung am Fonds Deutsche Einheit von den Steuererträgen in Abzug zu bringen.

6. Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Bilanzstichtag eingetreten sind

Nach dem 31.12.2022 ergaben sich keine Vorgänge oder Vorfälle, die erläuterungs- oder erwähnungsbedürftig wären.

7. Chancen und Risiken für die zukünftige Entwicklung der Stadt Erkelenz

Bereits in 2020 und 2021 wurde die wirtschaftliche Entwicklung weltweit und damit natürlich auch in Deutschland durch die Covid-19-Pandemie geprägt. Dies setzte sich nicht nur in 2022 fort, sondern wurde zusätzlich noch maßgeblich durch die wirtschaftlichen Folgen im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg verstärkt. Insbesondere in der Energieversorgung, aber auch durch Material- und Lieferengpässe, massiv steigende Preise in vielen Bereichen, z.B. für Nahrungsmittel, waren diese negativen Folgen in 2022 zu spüren.

Zum Ende des ersten Quartals 2022 ging man noch davon aus, dass sich die Lebenshaltungskosten im Jahresdurchschnittswert um gut 6 % erhöhen würden. Allein dies wäre gegenüber 2021, wo diese noch bei 3,1 % lag, fast eine Verdoppelung gewesen. Tatsächlich erhöhten sich die Lebenshaltungskosten in 2022 aber um 7,9 % gegenüber 2021. Im Vergleich zu 2020, als die Inflationsrate noch bei 0,5 % lag, eine schier unglaubliche negative Entwicklung! Vom vorgegebenen und vereinbarten Ziel der EZB, das sich die Inflationsrate um die 2 % einpendeln sollte, ist dieser wirtschaftliche Entwicklung meilenweit entfernt. Richtigerweise musste die EZB in 2022 mit ihrer Zinspolitik darauf reagieren und ihre Niedrigzinspolitik einkassieren. Leitzinserhöhungen im Quartalsrhythmus waren und sind seit dem an der „Tagesordnung“. Ziel ist es die Inflation zu stoppen. Wohl wissend, dass damit einhergehend die Kreditzinsen schnell ansteigen würden. Lagen die Bauzinsen im Januar 2022 noch teilweise um ein Prozent, so mussten bereits im letzten Quartal des Jahres bei einer 10-jährigen Zinsbindung dafür vier bis fünf Prozent Zinsen gezahlt werden. Auch, wenn dadurch so mancher Traum vom Hausbau jäh gestoppt wurde, rechtfertigt die gesamtwirtschaftliche Entwicklung diese Vorgehensweise ausdrücklich. Für 2023 wird mit einer Inflationsrate von 6,0 % gerechnet.

Vor dem Hintergrund dieser extrem schwierigen Rahmenbedingungen konnte sich die die deutsche Wirtschaft in 2022 gut behaupten. Gegenüber 2019, dem letzten „Vor-Corona-Jahr“ war das Bruttoinlandsprodukt um 0,7 % höher. Gegenüber dem Vorjahr nahm das BIP nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um preisbereinigt 1,8 % zu

Vor dem Hintergrund dieser belastenden Faktoren und aktuell einer nicht vorhersehbaren weiteren Entwicklung soll sowohl eine Analyse des abgelaufenen Haushaltsjahres als auch ein Ausblick auf die weitere Entwicklung in 2023 erfolgen.

Vor dem Hintergrund dieser schwierigen wirtschaftlichen Gesamtlage stellt sich unweigerlich die Frage, ob und ggfls. in welchem Umfang sich dies auf unseren Haushalt ebenfalls negativ ausgewirkt hat. Aufschlüsse darüber sollen die nachfolgenden Ausführungen geben.

Der diesjährige 16. NKF-Jahresabschluss schließt in der Ergebnisrechnung mit einem Überschuss von 11.047.068,70 € (Vorjahr: 6.594.023,18 €) ab. Damit kann nicht nur im achten Jahr in Folge ein Jahresabschluss mit einem sehr erfreulichen, positiven Jahresergebnis vorgelegt werden, sondern es wurde eine absoluter Rekordjahresüberschuss erzielt! Hier stellen sich natürlich sofort die Fragen nach den Faktoren für einen solch immensen Überschuss, aber natürlich auch die Frage nach etwaigen Auswirkungen auf folgende Haushaltsjahre.

Betrachtet man die einzelnen Zwischensalden, aus denen sich das Jahresergebnis zusammensetzt, so sieht man, dass sich bei den „ordentlichen Erträgen“ gegenüber der Planung das Ergebnis um 14.109.133,47 € (+13,02 %) erhöht hat. Gegenüber dem Vorjahr haben sich die „ordentlichen Erträge“ sogar um 17.317.477,06 € bzw. 16,47 % erhöht. Die geplanten „ordentlichen Aufwendungen“ haben sich erfreulicherweise in der Ausführung gegenüber der Planung um 2.737.381,82 € bzw. 2,28 % reduziert. Gegenüber dem Vorjahresergebnis sind jedoch die „ordentlichen Aufwendungen“ um 9.153.922,12 € bzw. 8,48 % gestiegen. Saldiert man beide Größen so weist das „ordentliche Ergebnis“ einen Wert von 5.317.036,29 € auf, was gegenüber der Planung eine Verbesserung um 16.846.515,29 € und gegenüber dem Vorjahr einer Verbesserung um 8.163.554,94 € entspricht. Das Finanzergebnis entspricht ziemlich genau dem Planungswert (+4.553,41 €) und hat sich gegenüber dem Vorjahr um 487.797,61 € verschlechtert. Es darf aber nicht verkannt werden, dass das gute Finanzergebnis auch in diesem Jahr mit einem Plus von 5.730.032,41 € maßgeblich zu dem äußerst positiven Jahresergebnis von 11,0 Mio. € beiträgt. Insbesondere aufgrund der bereits erwähnten positiven Entwicklung bei den „ordentlichen Erträgen“ ist es so , dass beim „außerordentlichen Ergebnis“ 0,00 € ausgewiesen werden. Haushaltsrechtlich bedeutet dies, dass beim „außerordentlichen Ergebnis“ eine Verschlechterung von 3,304 Mio. € eingetreten ist.

Alles zusammen summiert sich zu einem positiven Jahresergebnis von 11.047.068,70 €, was gegenüber der Planung einer Verbesserung von 13.547.068,70 € entspricht.

Sieht man sich nun die Hauptertragsarten im „ordentlichen Ergebnis“ an, so ist zu erkennen, dass sich der Gewerbesteuerertrag gegenüber der Planung um 7.503.078,50 € verbessert hat. Mutmaßlich haben sich doch einige Unternehmen ihre Gewerbesteuermessbeträge in den beiden Vorjahren beim Finanzamt vor dem Hintergrund der Coronapandemie vorsichtshalber heruntersetzen lassen und wurden nun von den doch besser als erwartet verlaufenden Geschäftsjahren eingeholt. Diese verbesserten Geschäftsverläufe schlagen sich in verbesserten Jahresergebnissen und damit in erhöhten Gewerbesteuerzahlungen nieder. In welchem Umfang dies tatsächlich so ist, oder ob dauerhaft mit einem höheren Gewerbesteuerertrag gerechnet werden kann, wird die nahe Zukunft zeigen. Daneben hat sich der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer“ gegenüber der Planung um 1.202.145,63 € € bzw. 5,03% verbessert. Gegenüber dem 2021er Jahresergebnis entspricht diese einer Verbesserung um 642,891,08 € bzw. 2,63 % hat. Dies wissend, relativiert sich die Erhöhung im Jahresergebnis gegenüber dem Planungsansatz auf ein normales Niveau. Neben diesen Verbesserungen von 8,7 Mio. € bei den „Steuern und ähnlichen Abgaben“ haben sich noch signifikante Verbesserungen von 2.609.274,58 € bei den „Kostenerstattungen und Kostenumlagen“ ergeben. Dabei entfallen 409.883,80 € insbesondere auf erhöhte Erstattungen von anderen Kommunen für die Unterbringung und Betreuung von Jugendlichen, für die ursprünglich eine anderen Kommune zuständig war. Daneben hat das Land zusätzliche Mittel von 1,8 Mio. € in 2022 erstattet. Diese entfallen mit 1.141.256,78 € für die Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Ukraineflüchtlingen und mit zusätzlichen 688.356,94 € auf die Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern. Inwieweit mit ähnlich hohen Kostenerstattungen in 2023 ff. zu rechnen ist, bleibt abzuwarten. Die weiteren Verbesserungen von insgesamt 3,6 Mio. € verteilen sich auf viele andere Ertragsarten, wobei beispielhaft erhöhte Konzessionsabgaben von 247.743,84 € erwähnt werden sollen.

Bei den „ordentlichen Aufwendungen“ sind Minderaufwendungen von – 2.737.381,82 € gegenüber den geplanten Ansätzen zu bilanzieren. Betrachtet man die einzelnen Hauptaufwandsarten etwas genauer, so wird relativ schnell klar, dass ursächlich für diese reduzierten Aufwand die „Personal- und Versorgungsaufwendungen“ sind. Diese reduzieren sich gegenüber dem Planansatz um - 2.503.768,71 €. Zurückführen lassen sich diese Minderaufwendungen insbesondere auf nicht besetzte oder mit einer deutlichen Zeitverzögerung besetzte Stellen, auf über den aus dem Anspruch auf Lohnfortzahlung hinausgehende Langzeiterkrankungen sowie auf kurzfristig beantragte und bewilligte Altersteilzeitanträge.

Wie bereits erwähnt, wird das „ordentliche Jahresergebnis“ durch ein wieder einmal sehr erfreuliches „Finanzergebnis“ von + 5.730.032,41 € zu einem positiven „Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit“ von 11.047.068,70 € abgerundet. Anders sieht es jedoch beim „außerordentlichen Ergebnis“ aus. Dieses verschlechtert sich gegenüber der Planung um 3.304.000,00 € auf 0,00 €. Sieht man sich jedoch die Planung dazu an, so fällt auf, dass hierbei insbesondere Verschlechterungen bei der Gewerbesteuer als auch bei den Einkommensteueranteilen maßgeblich für den Planungsansatz waren. Genau diese beiden Ertragsarten haben sich jedoch zum Teil signifikant erhöht (siehe Ausführungen bei den „ordentlichen Erträgen“). Durch daneben noch zusätzlich erhaltene Landeszuweisungen für die mit den Ukrainekrieg bzw. der Coronapandemie verbunden finanziellen Belastungen, werden die unmittelbar damit verbundenen finanziellen Aufwendungen mehr als kompensiert. Dies führt letztendlich dazu, dass kein „außerordentlicher Ertrag“ gebucht werden darf.

Letztendlich verbleibt es damit bei dem bereits mehrfach erwähnten, sehr erfreulichen Jahresergebnis von + 11.047.068,70 €.

Trägt man dieses Jahresergebnis auf die neue Rechnung vor, so ergibt sich dadurch ein Ausgleichsrücklagenbestand von 48.990.112,23 €. Auf der anderen Seite bleibt es aus den zuvor erläuterten Gründen bei der „Bilanzierungshilfe“ bei einem Stand von 6.167.846,36 €. Über diesen Bestand der „Bilanzierungshilfe“ ist Ende 2025 zu entscheiden, wie damit bilanziell umgegangen werden soll. Egal wie diese Entscheidung ausfallen wird, kann bereits jetzt schon festgestellt werden, dass der Bestand der Ausgleichsrücklage zumindest mittelfristig dafür sorgen wird, dass der gesetzlich vorgeschriebene Haushaltsausgleich gesichert ist.

Vor dem Hintergrund dieser äußerst erfreulichen Entwicklung sollen die aktuell weiterhin bestimmenden Themen der Ergebnisrechnung bzw. der Ergebnisplanung nachfolgend nur kurz angerissen werden:

1. Wie bereits auf Seite 519 aufgeführt, wurden die mit der Coronapandemie bzw. dem Ukrainekrieg einhergehenden finanziellen Belastungen in 2022 aufgrund der erhaltenen Zuweisungen sowie den nicht mehr vorhandenen Ertragsdefiziten, insbesondere bei der Gewerbesteuer und den Einkommensteueranteilen, mehr als kompensiert. Dies bedeutet jedoch nicht, dass künftige Haushalte keine finanziellen Belastungen für diese Sachverhalte schultern müssen. Es muss sich in künftigen Haushalten zeigen, ob weiterhin genügend Erstattungsleistungen vom Bund und Land gezahlt werden, damit zumindest die Primäraufwendungen gedeckt werden können.

2. Weiterhin stellt natürlich die enorme hohe Anzahl der unterzubringenden und zu betreuenden Flüchtlinge aus der Ukraine sowie aus den anderen Ländern logistisch ein großes Problem aktuell und für künftige Haushalte dar. Zum 31.12.2022 waren insgesamt 669 Flüchtlinge, wovon 409 Ukraineflüchtlinge waren, zu betreuen. Gegenüber 2021 bedeutet dies eine Steigerung um 476 Personen. Die Tendenz ist also sehr stark steigend. Problematisch ist dabei insbesondere, dass sowohl die Ukraineflüchtlinge als auch bei den Asylanten, und bei dieser Personengruppe sowohl die geduldeten als auch die anerkannten Flüchtlinge, viel länger in den Unterkünften verbleiben als dies vorgesehen ist. Dadurch entstehen also zusätzliche Unterbringungskosten als auch zusätzliche Personalkosten. Personal was nicht da ist und auf dem Arbeitsmarkt nicht besorgt werden kann. Letztendlich führt dies auch zu einer zusätzlichen Belastung des vorhandenen Personals.

3. Ein weiterhin bestimmendes Thema bleibt natürlich die Entwicklung der Aufwendungen und Erträge im Produktbereich „06 – Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“. Immer neue Rechtsansprüche, aufgrund von neuen Gesetzesvorgaben, führen hier zu zusätzlichen finanziellen als auch personellen Belastungen. Oft entsteht der Eindruck, dass das Konnexitätsprinzip, wenn überhaupt, allenfalls eine untergeordnete Rolle spielt. Dies betrifft aber nicht nur den konsumtiven Teil, sondern auch den investiven Bereich. Nahtlos übernommen werden kann diese Entwicklung mittlerweile auch für den Produktbereich „03 – Schulen“. Auch hier führen immer neue gesetzliche Vorgaben zu zusätzlichen finanziellen Belastungen, die nicht auskömmlich gegenfinanziert sind. Sollte diese Tendenz anhalten, dann bleiben für freiwillige Leistungen mehr oder weniger keine eigenen Mittel mehr übrig.

4. Nach wie vor maßgeblich für die Entwicklung künftiger Haushalte ist die Entwicklung der Kreisumlage. Hier hat sich der Trend der letzten Jahre nicht nur mit Zahlungen von gut 22 Mio. € bestätigt, sondern entwickelt sich mittlerweile mit 22,737 Mio. € deutlich Richtung 23,0 Mio. €. Hier bleibt weiterhin zu hoffen, dass die Kreispolitik die gut gefüllte Ausgleichsrücklage des Kreises auch in künftigen Jahren zum Wohle der kreisangehörigen Kommunen einsetzt.

5. Die „Personal- und Versorgungsaufwendungen“ haben sich mit 34,32 Mio. € gegenüber dem Vorjahr um 7,38 % bzw. 2,36 Mio. € erhöht. Eine Entwicklung, die insbesondere vor dem Hintergrund, dass nach wie vor noch immer viele

vakante Stellen nicht besetzt werden können bzw. die Personalfluktuation nach wie vor immens ist, aus mehrfacher Sicht kritisch ist. Einerseits müssen die Aufgaben der nicht besetzten Stellen soweit es geht vom Stammpersonal mit übernommen werden und andererseits werden damit erhöhte Ausfallzeiten infolge von Überlastungen unumgänglich sein. Daneben scheint die weitere finanzielle Belastung durch erhöhte Tarifsteigerungen bzw. Besoldungserhöhungen, infolge von hohen Inflationsraten, mehr oder weniger in den Hintergrund zu treten.

6. Wie bereits eingangs erwähnt, musste in 2022 eine Inflationsrate von 7,9 % verkraftet werden. Hier bleibt abzuwarten, wie sich diese in den Folgejahren entwickeln wird. Zumindest 2023 werden daraus im konsumtiven Teil, z.B. im Energiebereich, erhebliche Mehraufwendungen gegenüber den Vorjahren zu erwarten sein.

Als Zwischenfazit kann für die Ergebnisrechnung festgestellt werden, dass trotz der finanziellen Belastungen aus der Coronapandemie, dem Ukrainekrieg und hohen Inflationsraten ein extrem hoher Jahresüberschuss von 11.047.068,70 € erwirtschaftet werden konnte. Auch wenn dies insbesondere auf extrem hohe Gewerbesteuererträge zurückzuführen ist, lässt dies trotzdem auf kurz- und mittelfristig ebenfalls zufriedenstellende Jahresergebnisse hoffen.

Neben Ergebnisrechnung und Bilanz ist die Finanzrechnung die dritte Komponente im „Drei-Komponenten-System“. Eine elementare Kennzahl in der Finanzrechnung bildet dabei der „Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit“ ab. Dieser schließt in 2021 mit einem Plus von 15.008.591,03 € (Vorjahr: 5.442.522,80 €) ab. Gegenüber der Planung bedeutet dies eine Verbesserung um 17.961.275,03 €. Damit können in diesem Jahr neben der kompletten Tilgungsleistung von 667.319,87 € auch die kompletten Investitionsauszahlungen von 16.982.500,50 € mit eigenen Mitteln finanziert werden. Eine äußerst erfreuliche Bilanz! Kredite wurden in 2022 nicht aufgenommen und es besteht weiterhin die Aussicht, dass, bis auf die Kredite aus dem Programm „Gute Schule 2020“ (vgl. Erläuterung in vorherigen Berichten) alle anderen Kredite zum 31.12.2026 getilgt sein werden. Der Bestand der liquiden Mittel in der Finanzrechnung betrug zum 31.12.2022 insgesamt 28.785.799,39 € (Vorjahr: 22.927.741,18 €). Insgesamt kann zur Finanzrechnung als Zwischenfazit festgestellt werden, dass die maßgeblichen Kennzahlen abermals gute, nachhaltige Werte erkennen lassen. Erkennbar ist aber auch weiterhin, dass die anstehenden umfangreichen Investitionen in 2023 ff. nur schwerlich in einem Zug sowohl verwirklicht als auch finanziert werden können. Hier gilt es sich zurück zu nehmen und die Einsicht zu haben, dass nicht alle Investitionen gleichzeitig umgesetzt werden können, sondern Geduld und mittelfristige Genügsamkeit gefragt ist. Weiterhin gilt, dass nur durch eine sukzessive Abarbeitung der Investitionswünsche auch künftig eine auskömmliche Finanzierung in künftigen Haushalten und Jahresabschlüssen gewährleistet werden kann.

Bilanziell wirken sich diese wieder einmal sehr erfreulichen Kennzahlen in der Ergebnis- und Finanzrechnung ebenfalls durchweg positiv aus. Die Bilanzsumme hat sich auf 474.946.058,37 € (+ 3,65 % bzw. + 16,7 Mio. €) erhöht. Äußerst erfreulich ist dabei, dass sich insbesondere das Eigenkapital auf einen neuen Rekordwert von 240.222.138,26 € (+ 4,90 % bzw. + 11,2 Mio. €) erhöht hat. Während die Bilanzsumme damit den Höchstwert des Vorjahres nochmals deutlich übertroffen hat, kann auch beim Eigenkapital diese Aussage uneingeschränkt übernommen werden. Weiterhin

erfreulich ist, dass in 2021 der Bestand an Investitionskrediten abermals reduziert werden konnte und zwar von 6.968.679,24 € auf 6.130.639,47 €. Bedenkt man, dass im Bestand zum 31.12.2022 auch Kreditbestände aus dem Programm „Gute Schule 2021“ von 2.805.114,00 € enthalten sind, so beträgt der tatsächliche Nettobestand an Kreditverbindlichkeiten nur noch 3.325.525,37 €. Auf der Aktivseite konnten durch Investitionen von 17,0 Mio. € nicht nur die Abschreibungen von 10,1 Mio. € kompensiert, sondern der Bestand im Anlagevermögen von 407,1 Mio. € auf 414,4 Mio. € erhöht werden. Daneben haben sich die liquiden Mittel zum 31.12.2022 von 15,9 Mio. € auf 23,8 Mio. € erhöht. Liquide Mittel die für den hohen Investitionsbedarf kommender Jahre auch dringend benötigt werden, um die Finanzierung weiterhin aus eigenen Mitteln sicher zu stellen. Genau wie bei der Ergebnisrechnung haben sich auch in 2022 in der Finanzrechnung die maßgeblichen Kennzahlen in der Bilanz ebenfalls wieder sehr positiv entwickelt.

Auch das abgelaufene Jahr hat wieder einmal gezeigt, wie solide in den vergangenen Jahren gewirtschaftet worden ist, so dass die Jahresrechnung in allen drei Komponenten sehr gute Ergebnisse geliefert hat. Der Grundstein für eine weiterhin gute Entwicklung ist damit auch mittelfristig gewährleistet.

Ergänzung des Lageberichtes durch den weiteren Verwaltungsvorstand:

I. Allgemeine Erläuterungen

Der Lagebericht zur Jahresrechnung soll nicht nur einen reinen Bericht zu den Finanzdaten enthalten, sondern vielmehr auch einen Gesamtüberblick über die wesentlichen Entwicklungen im Berichtsjahr geben. Dabei soll ein Überblick „zur Gesamtunternehmenslage“ als auch eine Einschätzung der bedeutenden Vorgänge, die sich seit der Planung ereignet haben, gegeben werden. Ebenfalls sollen Aussagen zu den zukünftigen Chancen und Risiken der Kommune getroffen werden.

Nach der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) und den in der Stadt festgesetzten Zuständigkeiten ergeben sich für den Verwaltungsvorstand klare Verantwortungsbereiche, die sich logischer Weise dann auch im Lagebericht widerspiegeln sollten. Dabei ist jedoch zu beachten, dass die Kommune - also auch die Stadt Erkelenz - gegenüber der Bürgerschaft sowie im staatlichen föderalen Konstrukt mit den zugewiesenen Pflichtaufgaben einen Gesamtauftrag zu erfüllen hat. Hieraus ergibt sich, dass trotz der getrennten Zuständigkeit immer die Gesamtsituation zu sehen ist und nicht einzelne, gerade gesellschaftspolitisch willkommene Themen so forciert werden, dass die Erfüllung des Gesamtauftrages oder die Gesamtfinanzen hierdurch mit starken negativen Auswirkungen gefährdet werden.

Der Kämmerer hat in seinem Teil des Lageberichts für die Stadt Erkelenz einen guten Überblick über die tatsächlichen Verhältnisse, die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage gegeben. Zur Vermeidung von Redundanzen und unnötiger nur seitenfüllender Texterstellung wird sich der ergänzende Teil des Lageberichts, der vom Bürgermeister sowie den Dezernenten zu verfassen ist, daher nur auf ergänzende bedeutende Themenfelder beziehen.

II. Bürgermeister und Dezernent des Dezernates I, Stephan Muckel

"Vielleicht gibt es schönere Zeiten, aber diese ist die unsere."

Mit diesen Worten beginne ich stellvertretend für meine Kollegen im Verwaltungsvorstand den Lagebericht für das Jahr 2022. Im vergangenen Jahr haben wir erlebt, dass sich die Krisenlage verändert hat. Während vor einem Jahr die Corona-Pandemie die vorherrschende Krise war, haben wir heute mit einer Vielzahl von überlagernden Krisen zu kämpfen. Der Ukraine-Krieg, die Flüchtlings- und Energiekrise, Inflation, Materialknappheit Personalgewinnung sowie der Klimawandel sind nur einige der Herausforderungen, die auch in Erkelenz spürbar sind.

Trotz dieser schwierigen Zeiten gehen wir optimistisch voran und suchen gemeinsam im Rathaus, den hauptamtlich Tätigen und den ehrenamtlich Engagierten nach neuen Wegen und Chancen. Denn Erkelenz bedeutet Heimat für die Menschen, egal ob in der Innenstadt, in den Nachbarschaften oder in den Dörfern. Dieses Gefühl der Verbundenheit und Identifikation ist von unschätzbarem Wert und lässt sich nicht einfach nachbauen oder planen. Im Jahr 2022 konnten wir so endlich wieder zahlreiche Feste und kulturelle Highlights erleben, bei denen das "Erkelenz-Gefühl" besonders spürbar wurde. Der Lambertusmarkt, die Hohenbusch Klassixx, der Karneval und die Schützenfeste sind nur einige Beispiele dafür.

Um die Herausforderungen im Einzelhandel und in der Innenstadt anzugehen, haben wir in Erkelenz eine ganzheitliche Strategie entwickelt. Wir möchten weitere Besuchsgründe schaffen und setzen auf multifunktionale Ansätze, die Wohn-, Grün-, Freizeit-, Handels- und Büroflächen gleichermaßen umfassen. Eine autofreie Innenstadt ist dabei kein Dogma, vielmehr streben wir eine Erreichbarkeit auf verschiedenen Wegen und Arten an. Es geht darum, die Innenstadt als Erlebnis- und Begegnungsraum zu gestalten und die Aufenthaltsqualität zu verbessern. Der Franziskanerplatz wird vor diesem Hintergrund zu einem neuen "Familienplatz" mit Gastronomie und Kultur in der direkten Innenstadt entwickelt. Der Grünring an der Westpromenade wird aufgewertet und bietet vielfältige Nutzungsmöglichkeiten für alle Generationen. Am Markt haben erste Arbeiten begonnen, und an der Ostpromenade entsteht eine moderne "Mobilstation" mit zahlreichen Annehmlichkeiten und Parkmöglichkeiten. Besonders erfreulich ist, dass öffentliche Investitionen private Investitionen nach sich ziehen. Neue Wohn- und Geschäftsräume entstehen, die das Gesicht unserer Stadt verändern.

Zu den zukunftsweisenden Handlungsfeldern, die federführend im Dezernat I gesteuert werden, zählen Digitalisierung, Strukturwandel und Wirtschaftsförderung sowie Klimaschutz und Nachhaltigkeit.

Digitalisierung

Nicht erst die Pandemie hat der Digitalisierung bei uns in Erkelenz einen Schub versetzt. Schon vorher haben wir die Weichen gestellt und im letzten Jahr nochmal tüchtig draufgesattelt: mit noch mehr Fachpersonal, sprich IT-Experten, mehr digitalen Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger, umfassender digitaler Ausstattung für Schulen und einer frisch beschlossenen Digitalstrategie.

Auch hier meinen wir es mit der Bürgerbeteiligung ernst. Unsere Digitalstrategie haben wir mit dem neu gegründeten Digitalbeirat intensiv abgestimmt. Seit rund einem Jahr arbeitet der Digitalbeirat gemeinsam mit Mitarbeitenden aus der Verwaltung an der Strategie. Engagierte aus der Bürgerschaft und von lokalen Unternehmen trafen sich regelmäßig, um die Vision zu entwickeln, die Handlungsfelder festzulegen und erste Projekte in die Roadmap einfließen zu lassen.

Ferner versuchen wir Chancen der Digitalisierung zu heben, um verwaltungsinterne Prozesse zu hinterfragen, zu optimieren sowie vor dem Hintergrund des immer stärkende wirkenden (Fach-)kräftemangels die fortwährenden steigenden Aufgaben mit weniger Personal zu meistern. In diesem Zusammenhang verweise ich auf die Ausführungen des ersten Beigeordneten Dr. Hans-Heiner Gotzen.

Tagebau, Strukturwandel und Wirtschaftsförderung

Am Umsiedlungsstandort im Erkelenzer Norden wird es zunehmend lebendiger: Sportanlage, Feuerwehrgerätehaus, Spielplatz, Kirche und Friedhofshalle wurden der Bürgerschaft übergeben. Das Mehrzweckgebäude steht kurz vor der Fertigstellung und der Endausbau der Straßen- und Wegeinfrastruktur startet im Jahr 2023.

Der Tagebau und die Umsiedlung haben den Menschen viel abverlangt - nun wird hier neue Heimat gestaltet und neue Gemeinschaft aufgebaut – mit und von den Bürgerinnen und Bürgern. Ihnen gebührt großen Respekt vor dieser Lebensleistung.
Thema Tagebau: endlich Klarheit! Wirklich? Wir wissen jetzt: die alten Orte Keyenberg, Kuckum, Ober- und Unterwestrich sowie Berverath und landwirtschaftliche Flächen mit drei Feldhöfen bei Holzweiler bleiben erhalten. Wir können nun weiterdenken und tun das das auch. Wir entwickeln zusammen mit vielen Partnern ein Konzept für die Zukunft dieser Orte und Flächen. Die gesamte Bürgerschaft ist eingeladen, sich zu beteiligen. Eine große Chance für die Stadt und die Region.

Aber: immer noch unklar sind viele Detailfragen; viele Unsicherheiten belasten die Menschen in den Dörfern, in alt und neu sowie am Tagebaurand. Wo genau endet der Tagebau? Wo verläuft die Grenze? Hierzu bedarf es verlässlicher Planungen, die auch unabhängig von Wahlterminen Bestand haben! Und wir als Stadt brauchen für diese Herkulesaufgabe Unterstützung von Land und Bund. Dies vor dem Hintergrund, dass die finanziellen Spielräume geringer werden. Der Kämmerer Norbert Schmitz betont und verlangt notwendigerweise die richtigen Prioritätensetzungen.

Klimaschutz und Nachhaltigkeit

Die Bedrohung durch den Klimawandel ist allgegenwärtig, und obwohl wir ihn nicht aufhalten können, haben wir als Stadtverwaltung von Erkelenz das ehrgeizige Ziel, bis 2030 klimaneutral zu sein. Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir ein Klimaschutzleitbild entwickelt, das uns als roten Faden dient. In diesem Kapitel möchten wir einige Beispiele dafür vorstellen, wie wir als Stadtverwaltung aktiv Maßnahmen ergreifen, um unseren ökologischen Fußabdruck zu reduzieren.
Ein Bereich, in dem wir große Fortschritte erzielt haben, ist der Fuhrpark der Stadt. Wir sind stolz darauf, mit unserer gesamten städtischen Fahrzeugflotte auf Elektrofahrzeuge umgestiegen zu sein. Durch diese Umstellung verringern wir signifikant die Emissionen und tragen zur Verbesserung der Luftqualität in unserer Stadt bei.

Darüber hinaus haben wir uns das Ziel gesetzt, unsere Schulen, Kitas und Mehrzweckhallen energetisch zu optimieren. Durch die Umsetzung von effizienten Maßnahmen zur Energieeinsparung und -effizienz können wir den Energieverbrauch dieser Gebäude deutlich reduzieren. Modernste energetische Standards werden auch bei der Errichtung neuer Gebäude berücksichtigt, um sicherzustellen, dass sie nachhaltig und ressourcenschonend sind. Dies beansprucht und wird in Zukunft die planerischen und technischen Kapazitäten des Dezernats von Ansgar Lurweg noch intensiver fordern.

Um erneuerbare Energien zu fördern, nutzen wir nicht nur Dachflächen, sondern haben auch zwei Freiflächenanlagen zur Stromerzeugung installiert. Wir sind stolz darauf, dass weitere Projekte in Planung sind, um unsere Energieproduktion aus erneuerbaren Quellen weiter auszubauen. Diese Maßnahmen sind ein wichtiger Schritt, um unsere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu reduzieren und unseren Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels zu leisten.

III. Erster Beigeordneter und Dezernent des Dez. II, Dr. Hans-Heiner Gotzen

Der Kämmerer hat bereits in seinen Ausführungen Herausforderungen aus dem Personalbereich sowie dem Bereich Kinder, Jugend und Familie dargelegt. Zur Vermeidung von Wiederholungen sei hierauf zunächst verwiesen. Auch wenn die Herausforderungen in den letzten Monaten deutlich größer geworden sind, sei darauf verwiesen, dass Erkelenz zur Bewältigung der Aufgaben nicht nur finanziell gut aufgestellt ist!

Die aktuellen Herausforderungen in der Flüchtlingsaufnahme lassen sich in den nüchternen Zahlen ablesen. Zum Stand Ende April sind in Erkelenz 1414 Geflüchtete und damit fast doppelt so viele Menschen wie zu Zeiten der Flüchtlingskrise 2015/2016 untergebracht! Bislang ist die Unterbringung und Versorgung dieser Menschen, auch dank der großen ehrenamtlichen Unterstützung sehr gut gelungen. Kindergartenplätze konnten bereitgestellt werden, die schulische Versorgung konnte ermöglicht werden und Wohnraum wurde gefunden. Innerhalb der vorhandenen Strukturen sind aber nunmehr nahezu alle personellen und räumlichen Reserven erschöpft. Bisherige Kindergartenbedarfsplanungen und auch Schulentwicklungsplanungen haben derartige Zuwachszahlen nicht prognostiziert – im Gegenteil, bislang wurde im Schulbereich ein nahezu ausreichendes Flächenangebot vor dem Hintergrund des demographischen Wandels attestiert und im Kindertagesstättenbereich ein nur moderates Wachstum bei den erforderlichen Platzzahlen erwartet. Im Kindertagesstättenbereich wurde in der diesjährigen Kindergartenbedarfsplanung darauf hingewiesen, dass die erforderlichen Plätze im Ü3-Bereich nur durch eine nach dem KiBiz zeitweise zulässige Überbelegung der Regelgruppen zur Verfügung gestellt werden konnten. Dies führt zum maßgeblichen Stichtag zu einem, orientiert an eine Regelbelegung entstehenden Defizit in der Ü3-Versorgung von derzeit 161 Plätzen! Hinzu kommt die Steigerung der Versorgungsquoten im Bereich der U3-Versorgung, die u.a. auch aufgrund der bundespolitisch zur Bekämpfung des Fachkräftemangels gewünschten frühzeitigen Beschäftigung junger Eltern nach Ihrer Mutterschutz- oder Elternzeit deutlich schneller aufwächst und nunmehr auch in Erkelenz bei zu erwartenden Versorgungsquoten von 50 – 65 % einen schnellen Aufwuchs von zusätzlich 56 bis 222 Plätzen erfordert! Damit sind die immensen Herausforderungen

in der Schaffung von zusätzlichen Plätzen beschrieben, genau so groß wird aber auch die Herausforderung darin bestehen, dass erforderliche Personal hierfür zu finden!
Im Schulbereich zeichnet sich ebenfalls ein deutlich höherer Bedarf an mehr Schulraum ab, der seinen Grund in gestiegenen Geburtenzahlen und zugewanderten Kindern hat. Zudem haben sich die Anforderungen an die Schulinfrastruktur stark verändert. Durch den ab 2026 verpflichtenden Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Primarbereich stehen sowohl für die Schaffung der notwendigen Schulinfrastruktur als auch für die erforderliche personelle Ausstattung große Herausforderungen an. Mehr als unverständlich ist, dass bis zum heutigen Tag im Land NRW eine Förderrichtlinie für diese Aufgabe fehlt und völlig unklar ist, wie letztlich die Finanzierung dieser Aufgabe sichergestellt werden soll. Zu befürchten ist, dass erhebliche finanzielle Mittel aus kommunalen Mitteln aufgewendet werden müssen.

Da aus den vorhandenen Unterkünften für geflüchtete Menschen seit Jahren aufgrund des Fehlens verfügbarer Kapazitäten kaum mehr Menschen in den freien Wohnungsmarkt wechseln können oder bei fehlender Bleibeperspektive in ihr Heimatland zurückkehren, müssen dringend sowohl zusätzliche Plätze für Geflüchtete geschaffen und freier Wohnraum für Menschen mit einer Integrationsperspektive geschaffen werden. Der weltweit starke Anstieg der Konflikte und Krisensituation lässt erwarten, dass die Anzahl geflüchteter Menschen deutlich zunehmen wird. Die derzeitigen Zuwachszahlen von rund 50 – 60 Personen *monatlich* lassen erkennen über welch gewaltigen Zuwachs gesprochen wird! Anzumerken ist, dass dabei kaum mehr Geflüchtete aus der Ukraine zu verzeichnen sind, wohl aber aus vielen Krisenregionen unserer Welt Menschen Zuflucht suchen.
Zusammengefasst ergibt sich damit alleine aus dem so nie dagewesenen Flüchtlingszustrom die Notwendigkeit der Schaffung zusätzlicher Infrastruktur für Unterbringung, frühkindliche sowie schulische Versorgung und Wohnraumversorgung, die bislang im Finanzplan nur rudimentär oder gar nicht berücksichtigt werden konnte. Dies trifft auf eine personell äußerst angespannte Situation in der Verwaltung und im gesamten Bauhandwerk sowie kaum vorhandenen Kapazitäten für die Planung und Realisierung von Bauvorhaben neben den ohnehin schon umfangreichen Investitionsvorhaben der Stadt. Hier werden die vorstehenden Ausführungen dringend zu neuen Prioritätensetzungen führen müssen!

Abschließend ein Hinweis zum Thema Fachkräftemangel. Bereits im letzten Jahr wurde darauf hingewiesen, dass es wichtig ist, den öffentlichen Dienst attraktiv und konkurrenzfähig zu halten. Die demographische Entwicklung führt dazu, dass bereits seit einiger Zeit mehr Personen aus dem Erwerbsleben ausscheiden und weniger Erwerbstätige zur Verfügung stehen. Der Kampf um gutes Personal ist in vollem Gange! Gutes Personal braucht aber attraktive Rahmenbedingungen! Eine seit Jahren anwachsende Flut neuer gesetzlicher Aufgaben erhöht gravierend den Bedarf an Personal im öffentlichen Dienst! Dies führt dazu, dass zukünftig mit deutlich höheren Personalausgaben zu rechnen ist und das Vorhandensein von Personal der limitierende Faktor für die Erledigung von Aufgaben sein wird! Die Besetzung von Stellen mit geeignetem Personal gelingt in der Erkelenz grundsätzlich noch sehr gut, wenngleich bereits bei einzelnen Berufsgruppen erhebliche Schwierigkeiten in der Besetzung oder Nachbesetzung bestehen. Digitalisierung, der in Erkelenz zu Recht eine große Bedeutung beigemessen wird, wird helfen, Prozesse schlanker, für den Bürger einfacher und augenscheinlich auch weniger personalintensiv durchzuführen. Digitalisierung benötigt aber wiederrum Fachpersonal, so dass eine merkliche

Reduzierung des Personalbedarfs insgesamt jedenfalls derzeit nicht zu erwarten ist. Eine konsequente Aufgabenkritik ist die einzige Lösung, dem vorstehenden benannten Dilemma zu entgehen. Hierbei ist aber die Bundes- und Landesebene gefordert, da annährend 95% der kommunalen Aufgaben nicht der kommunalen Selbstverwaltung entstammen. Leider erliegt der Gesetzgeber auf Bundes- und Landesebene immer mehr der Optimierungsfalle, die dazu führt, dass Gesetze unendlich lang und kompliziert werden und sehr viel Umsetzungsaufwand bedürfen. Dies muss anders werden. Nochmals: das erforderliche Personal ist, wie in fast allen Lebens- und Wirtschaftsbereichen der Bundesrepublik Deutschland, nicht mehr vorhanden. Es muss mehr ganzheitlich gedacht werden und die Aufgaben müssen priorisiert werden, um Enttäuschungen in der Bevölkerung zu vermeiden und eine Überlastung des vorhanden, aber ohnehin schon äußerst belasteten Personals zu vermeiden!

IV. Technischer Beigeordneter und Dezernent des Dez. III, Ansgar Lurweg

Länger als ein Jahr Ukrainekrieg, die Mitglieder des Verwaltungsvorstandes haben in ihren Funktionen bereits auf die unterschiedlichen Auswirkungen in ihren Bereichen hingewiesen. Nach wie vor gibt es Auswirkungen auch auf die Bautätigkeit der Verwaltung und der Gesamtstadt Erkelenz.

Wie volatil der Baumarkt reagiert, zeigt sich u. a. an den veränderten Randbedingungen für die Finanzierung im Baubereich. Die Bautätigkeit im Kreis Heinsberg ist im Jahr 2022 um mehr 15% zurückgegangen. Das betrifft den gesamten privaten und öffentlichen Bausektor. Zinssteigerungen und Materialknappheit sind die Kennzeichen des Jahres 2022. Die Materialknappheit betrifft nach wie vor auch die kommunale Bautätigkeit. Mehrere größere Bauprojekte haben zeitliche Verzögerungen. Im Tiefbaubereich betrifft das auf einmal Material für den Unterbau von Straßen, im Hochbau ist es jetzt vor allem die technische Gebäudeausrüstung. Wärmepumpen haben Lieferzeiten von mehr als einem Jahr oder sind auf dem Markt teilweise überhaupt nicht zu bekommen. Preise und Materialverfügbarkeit sind zurzeit kaum realistisch zu kalkulieren.

Die Baupreise haben sich im Jahr 2022 auf hohem Niveau stabilisiert. Wer jetzt allerdings mit Investitionen wartet, weil er glaubt, dass es wieder billiger wird, ist schlecht beraten. Die anstehende Tarifrunde in der Bauwirtschaft wird dazu führen, dass die möglichen Preissenkungen beim Material direkt durch die zu erwartenden Lohnsteigerungen aufgezehrt werden. Billig war gestern, Qualität zu annehmbaren Preisen wäre auch in der Zukunft wünschenswert. Dazu bedarf es aber auch gut ausgebildetes und bezahltes Personal im Ingenieur- und Handwerkerbereich.

Auf die schwierigen Rahmenbedingungen bei der Personalgewinnung ist Dr. Gotzen schon eingegangen. Personalmangel in allen technischen Bereichen führt dazu, dass nicht mehr alle Projekte der Stadt Erkelenz in den ursprünglich vorgesehenen Zeitplanungen umgesetzt werden können. Bereits seit mehreren Jahren ist es nicht mehr möglich, alle freien Stellen im Baudezernat zeitnah nach zu besetzen. Das betrifft mittlerweile auch einfache Stellen im Bereich des Baubetriebshofes. Das „Schicksal“ teilen wir auch mit vielen beteiligten Ingenieurbüros aber auch anderen Kommunalverwaltungen, die um die gleichen Arbeitskräfte konkurrieren. Reibungsverluste bei der Projektabwicklung führen trotz guter Vorbereitung zu erheblichen zeitlichen Verzögerungen und auch deutlichen Mehrbelastungen der

Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Rekordinvestitionen und stetig steigende Anforderungen an das Bauen müssen auch bewältigt werden.Zwingend ist daher für die nächsten Jahre eine Priorisierung der unterschiedlichen Aufgabenbereiche und Maßnahmen erforderlich, die sich an den Kernaufgaben der Verwaltung und an den wesentlichen Aufgabenstellungen orientieren muss. „Must to have“ muss die Devise lauten.

Die Umsetzung der komplexen Maßnahmen im Rahmen des Integrierten Handlungskonzeptes Erkelenz 2030 ist eine große Herausforderung, die abhängig von einer geschickten Projektsteuerung und vom zur Verfügung stehenden Fachpersonal ist. Da Maßnahmen zeitlich ineinandergreifen und teilweise abhängig von der Fertigstellung der Vorgängermaßnahmen sind, kommt der sehr zeitintensiven Projektsteuerung eine besondere Bedeutung zu. Bisher ist es gelungen, auch für alle Gewerke Baufirmen zu finden. Das ist keine Selbstverständlichkeit mehr.

Die ersten großen Baumaßnahmen des integrierten Handlungskonzeptes sind angelaufen bzw. stehen teilweise vor der Fertigstellung im Jahr 2023. Nach über 5 Jahren intensiver Planungs- und Beteiligungsphase der Stadtgesellschaft werden jetzt erste Ergebnisse auch im öffentlichen Raum sichtbar. Die Umgestaltung der Innenstadt im Rahmen einer sich verändernden Gesellschaft zu mehr Aufenthaltsqualität, zu mehr Wohnqualität, zu einem geänderten Mobilitätsverhalten, zu einer Vision mit mehr Radverkehr auf Vorrangrouten und mehr ÖPNV, zu insgesamt mehr Lebensqualität, ist die große Chance für Zukunftsfähigkeit.

25 Jahre Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz!!! Seinerzeit eine weise und nachhaltige Entscheidung zur Gründung. Auch wenn es nach wie vor eine hohe Nachfrage nach Baugrundstücken in Erkelenz gibt, wird es vor dem Hintergrund der Baupreissteigerungen und der geänderten Randbedingungen bei der Finanzierung in den folgenden Jahren nicht mehr so einfach weitergehen (können). Die Planungen der GEE für die Baugebietsentwicklungen für die nächsten 10 Jahre sind zwar bereits weit fortgeschritten, so dass die Aufgaben der Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft auch in Zukunft gesichert sind. Der Personenkreis, der sich das Bauen in Zukunft noch leisten möchte, wird allerdings kleiner werden und damit auch der Kundenkreis der GEE. Kleinere Grundstücke, flexiblere Regelungen in Notarverträgen und auf die Situation angepasste Festsetzungen in Bebauungsplänen gehören bereits seit geraumer Zeit zum Alltag beim Grundstücksverkauf.

Stolz haben wir im vergangen Jahr darüber berichtet, dass die GEE zukünftig auch in eigener Verantwortung Wohnungsbauprojekte im Rahmen der öffentlichen Förderung realisieren wird und das erste Projekt schon in den Startlöchern steht. Ernüchternd müssen wir jetzt festhalten, dass bis Mai 2023 noch immer kein Förderbescheid der zuständigen Bewilligungsbehörde vorliegt, obwohl der Antrag schon vor mehr als 6 Monaten gestellt wurde. Wir bürokratisieren uns zu Tode. Warum muss eine 100 % Tochtergesellschaft einer Kommune eine mehrere Wochen dauernde Bonitätsprüfung der NRW-Bank über sich ergehen lassen um Finanzmittel für geförderten Wohnungsbau zu erhalten? Warum werden die Quadratmetergrößen der (natürlich nach DIN geplanten barrierefreien) Badezimmer bei der technischen Prüfung durch die Bewilligungsbehörde auf die dritte Stelle!!!! hinter dem Komma geprüft? So sieht leider die Realität beim Wohnungsbau aus. Politische Botschaften hören sich da allerdings anders an und gehen komplett daran vorbei. In der Stadt Erkelenz müssen in den nächsten Jahren nicht nur Schulen und KITAS im Rahmen der Integration von

zurzeit über 1.500 Flüchtlingen gebaut werden, sondern auch eine Menge zusätzlicher Wohnungen. Das wird so sicherlich nicht klappen. Wir brauchen auch dort dringendst die Reduzierung von Standards für einfacheren und bezahlbaren Wohnungsbau und den Abbau von bürokratischen Regelungen. Der Unterschied zwischen einer Container-Flüchtlingsunterkunft und einer Wohnung im öffentlich geförderten Wohnungsbau nach Passivhausstandard und barrierefrei kann nicht größer sein. Weniger wäre hier sicherlich deutlich mehr. Ansonsten wird das System kollabieren. Die von der Politik ausgerufene Zielsetzungen für den Bau von durchschnittlich 400.000 Wohnungen im Jahr erscheint in einem anderen Licht, wenn man selber bauen möchte (muss) und sich nicht nur bei der Verkündung von neuen Förderprogrammen in diesem Licht sonnen kann.

Außerdem bedarf es Flächen für die Stadtentwicklung. Stadtentwicklung zeichnet sich immer schon durch die Konkurrenz von unterschiedlichen Flächennutzungen aus. Die richtige Balance im Sinne auch von nachhaltiger Stadtentwicklung hat vor allen Dingen die Aktivierung von bisher nicht genutzten oder brachgefallen Flächen im Blick. Das wird allerdings für die ausgerufenen Bedarfe überhaupt nicht ausreichen, selbst unter Einbeziehung möglicher neuer Flächen im Bereich der 5 Orte, die nicht mehr umgesiedelt werden sollen. Die Zukunftsvision für eine Fläche von über 25 Quadratkilometer Stadtgebiet bietet die Chance, die zurzeit diskutierten Megathemen alle auf einen kleinen Bereich heruntergebrochen auch in Erkelenz transparent zu machen und tatsächlich nachhaltige und zukunftsweisende Lösungen zu entwickeln. Es wäre schön, wenn das jenseits politischer Ideologien tatsächlich gelänge. Breite Beteiligungsprozesse sind für Ideenfindungen hilfreich aber nicht für schwierige Entscheidungsprozesse die letztlich dann in Kompromissen enden. Zukunftsweisende Stadtplanung muss Konzepte hervorbringen, die „generationenfest“ sind. Menschen von heute entscheiden über Vorschläge, die erst die nächsten Generationen betreffen. Wie schwierig es manchmal ist, Verzicht zugunsten von Generationengerechtigkeit zu üben, sieht man allendhalber an der Diskussion um den Klimaschutz oder die Energieversorgung.

Energieversorgung ist das letzte Stichwort. Nicht nur das Bauen wird teurer, sondern auch der Betrieb der Gebäude. Der beispiellose politische Eingriff in den Energiemarkt wird u. a. dazu führen, dass die Kosten für die Energieversorgung von Gebäuden oder allgemein baulichen Anlagen auf einem hohen Niveau bleiben wird, auch nach Wegfall der sogenannten Preisbremsen. Bei der Stadt Erkelenz haben sich die Energiekosten innerhalb des laufenden Jahres im Vergleich zu den Vorjahren durch die Preisanpassungen mehr als verdoppelt. Ein Grund mehr, genau zu prüfen, welche Gebäude wir in Zukunft für die Erfüllung der kommunalen Aufgaben tatsächlich brauchen.

Bauaufgaben orientieren sich immer an den allgemeinen gesellschaftlichen und finanziellen Rahmenbedingungen. Das wird auf absehbare Zeit auch vor dem Hintergrund des Weltgeschehens sicherlich eine herausfordernde Aufgabe bleiben.

Der Verwaltungsvorstand der Stadt Erkelenz:

Stephan Muckel	Dr. Hans-Heiner Gotzen	Ansgar Lurweg	Norbert Schmitz
Bürgermeister	Erster Beigeordneter	Techn. Beigeordneter	Kämmerer

Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr:	A 14/154/2024
	Status:	nichtöffentlich/öffentlich
	AZ:	
Federführend:	Datum:	14.10.2024
Rechnungsprüfungsamt	Verfasser:	Amt 14 Martin Jansen

Entlastung des Bürgermeisters gemäß § 96 Absatz 1 Satz 5 GO NRW (alte Fassung)

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
30.10.2024	Rechnungsprüfungsausschuss
07.11.2024	Haupt- und Finanzausschuss
11.12.2024	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:
Nach § 96 Absatz 1 Satz 5 GO NRW entscheiden die Ratsmitglieder über die Entlastung des Bürgermeisters. Verweigern sie die Entlastung oder sprechen sie diese mit Einschränkungen aus, so haben sie dafür die Gründe anzugeben.
Die Prüfung des Jahresabschlusses 2022 und des Lageberichts durch den Rechnungsprüfungsausschuss hat zu keinen Einwendungen geführt, die einer Entlastung des Bürgermeisters entgegenstehen. Der Jahresabschluss 2022 wurde festgestellt.
Es wird daher vorgeschlagen, dem Bürgermeister die Entlastung hinsichtlich des Jahresabschlusses 2022 zu erteilen.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an Haupt- und Finanzausschuss und Rat):
„Dem Bürgermeister wird gemäß § 96 Absatz 1 Satz 5 GO NRW für den festgestellten Jahresabschluss 2022 die Entlastung erteilt."

Klima-Check:
Trägt der Beschlussentwurf zum Klimaschutz oder zur Klimafolgenanpassung bei?

Ja ☐ Nein ☒

Keine Relevanz.

Finanzielle Auswirkungen:
Keine.

ERKELENZ

Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 14/155/2024 Status: nichtöffentlich/öffentlich AZ:
Federführend: Rechnungsprüfungsamt	Datum: 14.10.2024 Verfasser: Amt 14 Martin Jansen

Feststellung des Jahresabschlusses 2023 gemäß § 96 Absatz 1 Satz 1 GO NRW

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
30.10.2024	Rechnungsprüfungsausschuss
07.11.2024	Haupt- und Finanzausschuss
11.12.2024	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:
Die erforderliche Stellungnahme des Rechnungsprüfungsausschusses gegenüber dem Rat der Stadt Erkelenz vom 30.10.2024 incl. des Berichts der Örtlichen Rechnungsprüfung vom 11.10.2024 über die Prüfung des Entwurfes des Jahresabschlusses 2023 und des Lageberichts liegt vor (s. Anlagen zum Original der Niederschrift). Gemäß § 96 Absatz 1 Satz 1 GO NRW stellt der Rat bis spätestens 31. Dezember des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres den vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüften Jahresabschluss durch Beschluss fest. Zugleich beschließt er über die Behandlung des Jahresfehlbetrages (§ 96 Absatz 1 Satz 2 GO NRW). Gemäß § 75 Absatz 3 Satz 2 erhöhen Jahresüberschüsse die Ausgleichsrücklage im Rahmen der allgemeinen Haushaltsgrundsätze, sofern sie nicht für den Haushaltsausgleich verwendet werden. Da der Haushalt 2023 ausgeglichen ist, erfolgt die Zuführung an die Ausgleichsrücklage aufgrund der vorgenannten Rechtsvorschrift. Eine Beschlussfassung des Rates ist in einem solchen Fall nicht erforderlich.

Der Entwurf des Jahresabschlusses 2023 weist einen Jahresüberschuss von 2.028.017,86 € auf. Der Bestand der Ausgleichsrücklage beträgt nach der gesetzlich geregelten Zuführung des Jahresüberschusses insgesamt 51.018.130,09 €.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an Haupt- und Finanzausschuss und Rat):
„Der Jahresabschluss 2023 wird gemäß § 96 Absatz 1 Satz 1 GO NRW festgestellt."

Klima-Check:
Trägt der Beschlussentwurf zum Klimaschutz oder zur Klimafolgenanpassung bei?

Ja ☐ Nein ☒

Keine Relevanz.

Finanzielle Auswirkungen:
Keine.

Anlagen:
Stellungnahme des Rechnungsprüfungsausschusses der Stadt Erkelenz vom 30.10.2024 gemäß § 59 Absatz 3 GO NRW zum Jahresabschluss 2023 der Stadt Erkelenz
Prüfbericht und Bestätigungsvermerk der Örtlichen Rechnungsprüfung vom 11.10.2024 zum Jahresabschluss 2023 der Stadt Erkelenz

Stellungnahme des Rechnungsprüfungsausschusses gemäß § 59 Absatz 3 GO NRW über die Prüfung des Jahresabschlusses 2023 und des Lageberichts

An den Bürgermeister und
die Mitglieder des Rates der Stadt Erkelenz

In der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses der Stadt Erkelenz am 30.10.2024 stellte die Örtliche Rechnungsprüfung den Prüfbericht zum Jahresabschluss 2023 vor. Dieser war zuvor als Vorlage in das Ratsinformationssystem Allris zur Kenntnisnahme eingestellt worden.

Die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses wurden im laufenden Jahr 2023 durch die im Ratsinformationssystem der Stadt Erkelenz eingestellten Vorlagen über alle wesentlichen Aspekte der Entwicklung und der Strategien der Stadt Erkelenz informiert und waren über die Ratsarbeit in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung eingebunden.

1. Schwerpunkte der Tätigkeit des Rechnungsprüfungsausschusses

Im Rahmen der Beschlussfassung zur Haushaltssatzung 2023 wurden die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses durch den vom Kämmerer vorgelegten Haushalt für das Jahr 2023 und die mittelfristige Haushaltsplanung für die Jahre 2024-2026 informiert.

Der Verwaltungsvorstand berichtete im laufenden Jahr 2023 kontinuierlich in den Fachausschüssen und dem Rat ausführlich über die aktuelle Haushaltssituation, den Gang der Geschäfte, die Ertragslage der Verwaltung, insbesondere über die aktuellen Vergaben wesentlicher Aufträge und Investitionen sowie die allgemeine Finanzsituation (Entwicklung von Vermögen und Schulden) der Stadt Erkelenz.

In seiner Sitzung hat der Rechnungsprüfungsausschuss die nach Gesetz erforderlichen Beschlüsse nach gründlicher Prüfung und Beratung gefasst. Der Bürgermeister ist seinen Informationspflichten vollumfänglich nachgekommen und hat die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses über die Ratsarbeit regelmäßig, zeitnah und umfassend in schriftlicher und mündlicher Form über alle wesentlichen Fragen der Geschäftsentwicklung und -politik, die wirtschaftliche Lage sowie die Entwicklung der Verwaltung unterrichtet.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat damit die ihm nach gesetzlichen Vorschriften obliegenden Aufgaben und Pflichten umfassend und sorgfältig wahrgenommen.

2. Wesentliche Mängel des rechnungslegungsorientierten Internen Kontrollsystems

Die Abschlussprüfer befassten sich im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses u.a. aufgrund der gesetzlichen Prüfungspflicht nach § 104 Abs. 1 Nr. 6 GO NRW mit dem vom Verwaltungsvorstand gemäß § 70 Absätze 2 und 3 GO NRW (analog § 91 Abs. 2 AktG) eingerichteten Informations- und Überwachungssystem zur internen Kontrolle und Risikofrüherkennung (IKS-System).

☐ Chancen und Risiken für die zukünftige Entwicklung der Stadt Erkelenz werden durch den Verwaltungsvorstand beschrieben und mögliche Gegenmaßnahmen bzw. Ausschöpfungspotenziale dargelegt.

☐ Für den inneren Verwaltungsbetrieb ist ein Internes Kontrollsystem (IKS) im Aufbau. Ein IKS besteht aus systematisch gestalteten, organisatorischen (Sicherungs-) Maßnahmen und Kontrollen in der Kommune zur Einhaltung von Richtlinien und zur Abwehr von Schäden, die durch das eigene Personal oder böswillige Dritte verursacht werden können. Die Maßnahmen beruhen auf technischen und organisatorischen Prinzipien. Sie umfassen Aktivitäten und Einrichtungen zur verwaltungsinternen Kontrolle sowie ihre Beziehungen zueinander. Prozessaufzeichnungen als Grundlage werden seit geraumer Zeit durchgeführt.

☐ Das IKS der Stadt Erkelenz umfasst ein umfangreiches Netz an Dienstanweisungen mit besonderem Schwerpunkt auf den Zahlungsverkehr. Die Prozessdatenbank umfasst 170 Prozesse. Weitere Erläuterungen hierzu finden sich auch im Prüfungsbericht zur Jahresabschlussprüfung 2023.

☐ Die erforderlichen Maßnahmen zur Einrichtung eines Überwachungssystems sind in geeigneter Weise getroffen worden. Diese werden laufend aktualisiert, besonders im Bereich Digitalisierung.

Wesentliche Feststellungen wurden hierzu nicht getroffen.

3. Stellungnahme des Rechnungsprüfungsausschusses zum Ergebnis der Örtlichen Prüfung

Die Örtliche Rechnungsprüfung hat unter Einbeziehung der Buchführung den vom Kämmerer nach den Vorschriften der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (GO NRW) aufgestellten Jahresabschluss der Stadt Erkelenz zum 31.12.2023 sowie den Lagebericht für das Haushaltsjahr 2023 gemäß dem Prüfungsauftrag und unter Berücksichtigung der festgelegten Prüfungsschwerpunkte geprüft.

Die Prüfungen ergaben keine Einwendungen, so dass der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt wurde.

Der Prüfungsbericht der Örtlichen Rechnungsprüfung zum Jahresabschluss und Lagebericht der Stadt Erkelenz wurde als weiteres Element der Prüfung mit einbezogen. Er wurde in der Sitzung vom Prüfungsleiter vorgestellt und erläutert und ist als Anlage beigefügt.

Der Prüfungsleiter berichtete über die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung. Ferner berichtete er darüber, dass keine wesentlichen Schwächen des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems bezogen auf den Rechnungslegungsprozess vorliegen und informierte darüber, dass keine Umstände vorliegen, die seine oder der weiteren Prüfer Befangenheit besorgen lassen. Der Abschlussprüfer stand für Auskünfte und ergänzende Fragen den Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses zur Verfügung.

Den Jahresabschluss und den Lagebericht hat der Rechnungsprüfungsausschuss seinerseits eingehend geprüft. Nach Kenntnisnahme des Berichts und der Prüfungsergebnisse der Abschlussprüfer sowie nach seinen eigenen Prüfungen ergaben sich für den Rechnungsprüfungsausschuss keine Einwendungen gegen den Jahresabschluss der Stadt Erkelenz zum 31.12.2023.

Der Rechnungsprüfungsausschuss stimmte dem Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses durch die Abschlussprüfer zu. Er billigte daraufhin in seiner Sitzung am 30.10.2024 den Jahresabschluss zum 31.12.2023 sowie den Lagebericht und empfiehlt dem Rat diesen festzustellen.

Nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung des Rechnungsprüfungsausschusses sind gegen den vorgelegten Jahresabschluss zum 31.12.2023 sowie den Lagebericht der Stadt Erkelenz keine Einwendungen zu erheben. Der vorgelegte Jahresabschluss sowie der Lagebericht werden gebilligt.

Erkelenz, den 30.10.2024

(Vorsitz Rechnungsprüfungsausschuss)

Stadt Erkelenz
Örtliche Rechnungsprüfung

ERK
EL
ENZ

Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Prüfbericht und Bestätigungsvermerk der Örtlichen Rechnungsprüfung vom 11.10.2024 zum Jahresabschluss 2023 der Stadt Erkelenz

1 Vorbemerkungen ... 3
2 Prüfungsauftrag ... 4
3 Grundsätzliche Feststellungen ... 5
3.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung der Stadt Erkelenz ... 5
3.1.1 Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf ... 5
3.1.2 Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung ... 6
3.1.3 Zusammenfassende Beurteilung ... 25
3.2 Unregelmäßigkeiten ... 27
4 Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung ... 28
4.1 Gegenstand der Prüfung ... 28
4.2 Art und Umfang der Prüfung ... 29
5 Feststellung und Erläuterungen zur Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung 32
5.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen ... 32
5.2 Jahresabschluss ... 33
5.3 Lagebericht ... 34
5.4 Anhang ... 35
5.5 Berücksichtigung rechnungslegungsbezogenes internes Kontrollsystems (IKS) ... 37
6 Feststellungen und Erläuterungen zur Ordnungsmäßigkeit der Haushaltswirtschaft ... 40
6.1 Haushaltswirtschaftliche Organisation ... 40
6.2 Haushaltswirtschaftliche Grundsätze ... 41
6.3 Haushaltswirtschaftliche Lage ... 41
7 Gesamtaussage des Jahresabschlusses ... 43
7.1 Feststellung zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses ... 43
7.2 Wesentliche sachverhaltsgestaltende Maßnahmen ... 48
7.3 Vermögensstruktur der Bilanz (Aktiva) ... 48
7.4 Kapitalstruktur/Finanzierung der Bilanz (Passiva) ... 49
8 Bestätigungsvermerk der Örtlichen Rechnungsprüfung ... 49
9 Anlagen zum Prüfbericht ... 53

1 Vorbemerkungen

Die Stadt Erkelenz hat für das Haushaltsjahr 2023 ihren siebzehnten Jahresabschluss nach dem System der doppelten Buchführung (Doppik) unter Anwendung des § 95 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) sowie den Bestimmungen des sechsten Teils der KomHVO NRW aufgestellt.

Die Gemeindeprüfungsanstalt hat mit Datum vom 11.07.2019 Hinweise zum Prüfungsbericht und Bestätigungsvermerk gegeben. Darin heißt es: „Mit dem 2. NKFWG NRW wurden die Regelungen für die Jahresabschlussprüfung und den Bestätigungsvermerk (§ 101 GO NRW a.F.) grundlegend geändert und finden sich nunmehr in § 102 GO NRW wieder. Danach haben die mit der Jahresabschlussprüfung Beauftragten gemäß Absatz 8 weiterhin über Art und Umfang sowie über das Ergebnis der Prüfung zu berichten. Hinsichtlich der näheren Ausgestaltung der Berichtspflicht über die örtliche Jahresabschlussprüfung und der Formulierung des Bestätigungsvermerkes verweist das Gesetz auf die §§ 321 und 322 des Handelsgesetzbuches (HGB) in der aktuell gültigen Fassung.

Durch den direkten Verweis auf das HGB sind nun die Vorgaben des HGB und somit auch die konkretisierenden Auslegungen des HGB zu beachten. Das Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW) konkretisiert die Vorschriften durch Prüfungsstandards, die von den Wirtschaftsprüfern zu beachten sind.

Um Rechtssicherheit bei der Erstellung des Prüfungsberichtes und des Bestätigungsvermerkes zu erhalten empfehlen wir, diese auch für die kommunale Jahresabschlussprüfung zugrunde zu legen.

Für die Erstellung des Prüfungsberichtes nach § 321 HGB ist der aktuell gültige IDW PS 450 n.F. heranzuziehen. In der Regel werden die Kommunen bisher bei der Erstellung des Prüfungsberichtes die Prüfungsleitlinie des Institutes der Rechnungsprüfer und Rechnungsprüferinnen in Deutschland e.V. (IDR) 260 „Leitlinien zur Berichterstattung bei kommunalen Abschlussprüfungen“ und hierüber den IDW PS 450 (a.F.) beachtet haben. Durch den IDW PS 450 n.F. ergeben sich für die Prüfberichterstellung keine wesentlichen Änderungen für die kommunale Abschlussprüfung.“

Mit dem Jahresabschluss 2023 wird das Ergebnis der Haushaltswirtschaft des abgelaufenen Haushaltsjahres nachgewiesen. Gleichzeitig wird die Transparenz und Qualität der Rechenschaft erhöht. Dies sind die Grundlagen, um zu einer optimierten Steuerung und zu wirtschaftlicheren Entscheidungen zu gelangen bzw. perspektivisch dazu beizutragen, Diskussionen und Entscheidungen auf einen strategisch sinnvollen und nachhaltigen Ressourcenverbrauch auszurichten.

Der Jahresabschluss im Neuen Kommunalen Finanzmanagement (NKF) orientiert sich an den Vorschriften zum handelsrechtlichen Jahresabschluss für große Kapitalgesellschaften und an den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung; er weicht in Einzelfällen nur insoweit davon ab, als die kommunalspezifischen Belange (Ziele und Aufgaben) dies erfordern.

Er gibt Aufschluss über die am Abschlussstichtag bestehende Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt und informiert über das Ergebnis der Haushaltswirtschaft des abgelaufenen Haushaltsjahres. Hierzu haben auch der Anhang und der Lagebericht in geeigneter Form beizutragen.

Bei der Prüfung des Jahresabschlusses 2023 wurde die Prüfsoftware „AuditSolutions für Kommunale Prüfung“ der Fa. Caseware (vormals Audicon) eingesetzt.

Im Rahmen des Datenimportes einer Summen-Salden-Liste aus dem bei der Stadt Erkelenz eingesetzten Buchführungssystems INFOMA werden die Salden des Vorjahres 2022 und die Salden des zu prüfenden Haushaltsjahres 2023 in die Prüfsoftware übernommen. Die importierten Datensätze (Konten) werden den jeweiligen Bilanzpositionen zugeordnet.

2 Prüfungsauftrag

Die Stadt Erkelenz ist gemäß § 95 Abs. 1 GO NRW verpflichtet, zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss sowie einen Lagebericht aufzustellen.

Die Prüfung des Jahresabschlusses obliegt gemäß § 59 Abs. 3 Satz 1 GO NRW dem Rechnungsprüfungsausschuss. Er bedient sich hierbei gemäß § 59 Abs. 3 Satz 2 GO NRW der Örtlichen Rechnungsprüfung oder eines Dritten gem. § 102 Abs. 2 GO NRW. Gemäß § 102 Abs. 1 GO NRW prüft die Örtliche Rechnungsprüfung den Jahresabschluss und den Lagebericht vor Feststellung durch den Rat.

Der Rat stellt bis spätestens 31. Dezember des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres den vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüften Jahresabschluss durch Beschluss fest.

Der Jahresabschluss 2023 wurde der Örtlichen Rechnungsprüfung am 04. Juli 2024 zur Prüfung zugeleitet.

Gem. § 59 Abs. 3 Satz 2 GO NRW haben die Verantwortlichen im Sinne des § 102 Satz 2 GO NRW (hier die Örtliche Rechnungsprüfung) an der Beratung über die Vorlagen im Rechnungsprüfungsausschuss teilzunehmen und über die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung, insbesondere über wesentliche Schwächen des internen Kontrollsystems bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, zu berichten.

Die Prüfung des Jahresabschlusses 2023 wurde von den Prüfern Martin Jansen, Tim Hauser und dem Prüfungsleiter Lothar Jansen durchgeführt. Bezüglich der Leitung und den Prüfern der Örtlichen Rechnungsprüfung bestehen keine verwandtschaftlichen oder wirtschaftlichen Beziehungen zum Bürgermeister, zu einem Beigeordneten, einem Stellvertreter des Bürgermeisters, zum Kämmerer oder zu anderen Bediensteten in der Finanzabteilung, die die Besorgnis der Befangenheit begründen könnten.

Im Vorfeld der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses wurden der Kämmerer und der Bürgermeister durch den Leiter der Örtlichen Rechnungsprüfung über den

Inhalt des Prüfberichtes informiert. Über das Ergebnis der Prüfung informiert dieser Prüfbericht, der in Anlehnung an die vom Institut der Rechnungsprüfer festgelegten "Leitlinien zur Berichterstattung bei kommunalen Abschlussprüfungen (IDR-Prüfungsleitlinie 260 u. IDW Prüfungsstandard 450)“ erstellt wurde.

3 Grundsätzliche Feststellungen

3.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung der Stadt Erkelenz

3.1.1 Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Die Ergebnisplanung mit einem prognostizierten Jahresfehlbetrag in Höhe von 2.983.000,00 € konnte in der Ergebnisrechnung mit einem Jahresüberschuss von 2.028.017,86 € (Jahresüberschuss des Vorjahres 11.047.068,70 €) abschließen.

Das Jahresergebnis stellt sich im Einzelnen wie folgt dar:

Lfd. Nr. aus Ergebnis-rechnung	Bezeichung	Haushaltsansatz	Ist-Ergebnis	Differenz +/-
01	Steuern u.ä. Abgaben	61.080.000,00 €	64.936.784,28 €	3.856.784,28 €
02	Zuwendungen und allg. Umlagen	32.365.605,00 €	31.976.172,56 €	-389.432,44 €
03	sonstige Tranfererträge	606.300,00 €	810.460,72 €	204.160,72 €
04	öff. rechtl. Leistungsentgelte	10.460.036,00 €	10.677.360,83 €	217.324,83 €
05	privatrechtl. Leistungsentgelte	774.625,00 €	829.215,00 €	54.590,00 €
06	Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	7.096.647,00 €	8.911.551,35 €	1.814.904,35 €
07	sonstige ordentliche Ertäge	4.138.759,00 €	8.230.532,03 €	4.091.773,03 €
08	aktivierte Eigenleistungen	622.800,00 €	807.099,29 €	184.299,29 €
09	Bestandsveränderungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**117.144.772,00 €**	**127.179.176,06 €**	**10.034.404,06 €**
11	Personalaufwendungen	-35.814.892,00 €	-31.989.278,61 €	3.825.613,39 €
12	Versorgungsaufwendungen	-3.153.479,00 €	-7.418.107,45 €	-4.264.628,45 €
13	Aufw. für Sach- u. Dienstleistungen	-23.964.087,00 €	-24.756.358,59 €	-792.271,59 €
14	Bilanzielle Abschreibungen	-10.134.100,00 €	-10.053.505,58 €	80.594,42 €
15	Tranferaufwendungen	-45.437.321,00 €	-48.018.482,80 €	-2.581.161,80 €
16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-8.474.750,00 €	-8.895.427,34 €	-420.677,34 €
17	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**-126.978.629,00 €**	**-131.131.160,37 €**	**-4.152.531,37 €**
18	**Ordentliches Ergebnis (10+17)**	**-9.833.857,00 €**	**-3.951.984,31 €**	**5.881.872,69 €**
19	Finanzerträge	5.893.400,00 €	6.870.090,43 €	976.690,43 €
20	Zinsen u. sonstige Finanzaufw.	-664.943,00 €	-1.132.378,29 €	-467.435,29 €
21	**Finanzergebnis**	**5.228.457,00 €**	**5.737.712,14 €**	**509.255,14 €**
22	Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-4.605.400,00 €	1.785.727,83 €	6.391.127,83 €
23	**Außerordentliche Erträge**	**1.622.400,00 €**	**242.290,03 €**	**-1.380.109,97 €**
24	**Außerordentliche Aufwendungen**	**0,00 €**	**0,00 €**	**0,00 €**
25	**Außerordentliches Ergebnis (23+24)**	**1.622.400,00 €**	**242.290,03 €**	**-1.380.109,97 €**
26	**Jahresergebnis**	**-2.983.000,00 €**	**2.028.017,86 €**	**5.011.017,86 €**

Außerordentliche Erträge nach dem NKF-CUIG wurden im Jahresabschluss 2023 in Höhe von 242.290,03 € ausgewiesen.

3.1.2 Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Im Lagebericht 2023 des Kämmerers werden folgende Aussagen zu den Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung der Stadt getroffen:

„***1. Allgemeines***

Nach § 95 GO NRW ist dem Jahresabschluss ein Lagebericht gemäß § 49 KomHVO beizufügen.

Der Lagebericht ist so zu fassen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde vermittelt wird. Dazu ist ein Überblick über die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses und Rechenschaft über die Haushaltswirtschaft im abgelaufenen Jahr zu geben. Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, auch solcher, die nach Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind, ist zu berichten. Außerdem hat der Lagebericht eine ausgewogene und umfassende, dem Umfang der gemeindlichen Aufgabenerfüllung entsprechende Analyse der Haushaltswirtschaft und der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde zu enthalten. In die Analyse sollen die produktorientierten Ziele und Kennzahlen, soweit sie bedeutsam für das Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde sind, einbezogen und unter Bezugnahme auf die im Jahresabschluss enthaltenen Ergebnisse erläutert werden. Auch ist auf die Chancen und Risiken für die zukünftige Entwicklung der Gemeinde einzugehen; zu Grunde liegende Annahmen sind anzugeben.

Zum 01.01.2007 hat die Stadt Erkelenz das Neue Kommunale Finanzmanagement eingeführt und legt somit den 17. Jahresabschluss auf der Basis der doppischen Buchführung vor.

2. Darstellung des Geschäftsverlaufes und des Jahresergebnisses

Die Ergebnisplanung mit einem prognostizierten Jahresergebnis von -2.983.000,00 € konnte in der Ergebnisrechnung mit einem Jahresüberschuss von 2.028.017,86 € (Jahresüberschuss des Vorjahres 11.047.068,70 €) abschließen. Dies bedeutet eine Verbesserung im Geschäftsverlauf um 5.011.017,86 €.

Bei den ordentlichen Erträgen ergibt sich gegenüber der Planung eine Verbesserung um 10.034 T€. Im Einzelnen ergeben sich Ertragsverbesserungen i. H. v. 3.857 T€ bei den „Steuern und ähnlichen Abgaben“, von 204 T€ bei den „sonstigen Transfererträgen“, bei den „öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten“ von 217 T€, bei den „privatrechtlichen Leistungsentgelten“ von 55 T€, bei den „Kostenerstattungen und Kostenumlagen“ von 1.815 T€, bei den „sonstigen ordentlichen Erträgen“ und 4.092 T€ und schließlich bei den „aktivierten Eigenleistungen“ von 184 T€. Lediglich bei den „Zuwendungen und allgemeinen Umlagen“ ergab sich eine Verschlechterung gegenüber der Planung von -389 T€.

Betrachtet man das Ergebnis der „ordentlichen Aufwendungen“, so ergeben sich beim Vergleich des Ergebnisses zum Planansatz insgesamt höhere Aufwendungen i. H. v.

4.153 T€. Diese ermitteln sich rechnerisch durch Mehraufwendungen bei den „Personal- und Versorgungsaufwendungen“ i. H. v. 439 T€, von 792 T€ bei den „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ von 2.581 T€ bei den „Transferaufwendungen“ und von 421 T€ bei den „sonstigen ordentlichen Aufwendungen“. Dagegen sind Minderaufwendungen von 81 T€ bei den „bilanziellen Abschreibungen“ angefallen.

Beim „ordentlichen Ergebnis“ ergibt sich daraus resultierend eine Verbesserung im Vergleich vom Planansatz zum Ergebnis in Höhe von 5.882 T€.

Das Finanzergebnis verbessert sich im Vergleich zur Planung um 509 T€. Erhöhte „Finanzaufwendungen“ (467 T€) wurden hier durch erhöhte „Finanzerträge“ (976 T€) kompensiert.

Kumuliert ergibt sich dadurch eine Verbesserung beim „Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit“ um 6.391 T€ im 2023er Geschäftsverlauf.

Beim außerordentlichen Ergebnis beträgt das Ergebnis 242 T€. Dies ist gleichbedeutend damit, dass sich auf Jahressicht für das Jahresergebnis finanzielle Belastungen aus der „Covid-19-Pandemie“ bzw. aus dem „Krieg gegen die Ukraine“ in dieser Höhe ergeben haben. Für das Jahresergebnis bedeutet dies eine Verschlechterung im Geschäftsverlauf um 1.380 T €.

In der Finanzrechnung ist gegenüber der Planung, unter Berücksichtigung der von 2022 nach 2023 übertragenen Ein- und Auszahlungsermächtigungen i. H. v. 7.359.379,05 € eine Verbesserung am „Bestand an eigenen Finanzmitteln“ von 26.684 T€ festzustellen. Diese ergeben sich rechnerisch aus Verbesserungen beim „Saldo aus der lfd. Verwaltungstätigkeit“ von 16.038 T€ und beim „Saldo aus der Investitionstätigkeit“ von 12.289 T€ sowie einem negativen Ergebnis von 1.643 T€ beim „Saldo aus der Finanzierungstätigkeit“.

Zum 31.12.2023 beträgt der Bestand an bilanziellen liquiden Mitteln 22.037.981,73 €.

3. Analyse der Vermögenslage

Auf der Aktivseite der Bilanz ist das Vermögen der Stadt Erkelenz ausgewiesen, das sich zum 31.12.2023 auf 483.768.054,24 € beläuft. Es hat sich somit im Jahr 2023 um 8.821.995,87 € (+ 1,86 %) erhöht.
Die Höhe der Bilanzierungshilfe beläuft sich zum 31.12.2023 auf 6.410.136,39 €. Dies entspricht 1,32 % der Bilanzsumme.
Das Anlagevermögen beträgt 428.548.393,67 € (Vorjahr: 414.403.398,36 €), was einer Erhöhung gegenüber dem Vorjahr um 3,41 % entspricht. Prozentual gesehen beträgt das Anlagevermögen 88,59 % der Bilanzsumme (Vorjahr: 87,25). Das Umlaufvermögen umfasst zum Stichtag 43.293.244,65 € oder 8,95 % (Vorjahr = 49.044.240,80 € bzw. 10,33 %) der Bilanzsumme und hat sich somit um 5.750.996,15 € bzw. 1,38 %-Punkte verringert. Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten weist Zahlungen in Höhe von 5.516.279,53 € bzw. 1,14 % (Vorjahr 5.330.572,85 € bzw. 1,12 %) der Bilanzsumme aus und hat sich gegenüber dem Vorjahr um 185.706,68 € erhöht.

Das Anlagevermögen besteht aus

- *Immateriellen Vermögensgegenständen von 150.626,41 € (- 7.730,32 €)*
- *Sachanlagen im Wert von 339.880.642,55 € (+ 13.751.103,40 €)*
- *Finanzanlagen im Wert von 88.517.124,71 € (+ 401.622,23 €)*

Das Umlaufvermögen besteht aus

- *Öffentlich-rechtliche und privatrechtlichen Forderungen sowie sonstigen Vermögensgegenständen im Wert von 16.255.263,42 € (- 4.003.177,99 €)*
- *den Wertpapieren des Umlaufvermögens im Wert von 5.000.000,00 € (keine Veränderung)*
- *den liquiden Mitteln im Wert von 22.037.981,23 € (- 1.747.818,16 €)*

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten beträgt zum Bilanzstichtag 5.516.279,53 € (+ 185.706,68 €).

4. Analyse der Finanzlage

Die Passivseite der Bilanz gibt Antwort auf die Frage, wem das auf der Aktivseite ausgewiesene Vermögen gehört. Dabei kommt es besonders auf das Verhältnis von Eigenkapital zum Fremdkapital an. Ein hohes Eigenkapital zeugt von einer gewissen finanziellen Unabhängigkeit und drängt zwangsläufig das Fremdkapital zurück, das mit seinen Zinsaufwendungen den Ergebnisplan negativ beeinflusst.

Das Eigenkapital besteht aus

- *der allgemeinen Rücklage im Wert von 189.529.480,52 €*
- *der Sonderrücklage im Wert von 1.737.752,30 €*
- *der Ausgleichsrücklage im Wert von 37.943.043,53 €*
- *dem Jahresüberschuss im Wert von 2.028.017,86 €*

Weiter rechnet man zum Eigenkapital

- *die Sonderposten im Wert von 139.629.688,52 € hinzu,*

die sich überwiegend aus Landeszuweisungen und Beiträgen zusammensetzen und durch ihre ertragswirksame Auflösung entsprechend des finanzierten Anlagevermögens den Abschreibungsaufwand anteilig neutralisieren.

Die vorstehenden Passivposten umfassen 381.915.051,43 und weisen somit ein Eigenkapital von 78,95 % der Bilanzsumme aus (bisher 80,18 %).

Die Rückstellungen in Höhe von 63.150.178,41 €, die man wegen ihres späteren Liquiditätsabflusses dem Fremdkapital zurechnet, sichern insbesondere die zukünftigen Pensions- und Beihilfeaufwendungen ab.

Eindeutig Fremdkapital sind die Verbindlichkeiten, die in ihren unterschiedlichsten Arten insgesamt 26.320.488,91 € betragen (Vorjahr 18.813.800,59 €). Dies entspricht einer Erhöhung um 7.506.688,32 €.

Rückstellungen und Verbindlichkeiten zusammen führen zu einer Fremdkapitalquote von 18,49 % (bisher 17,54 %). Soweit die Rückstellungen wider Erwarten doch nicht benötigt werden sollten, würden sie zu einer ertragswirksamen Auflösung und damit zu einer Entlastung künftiger Jahresergebnisse führen. Ebenso werden die in den Verbindlichkeiten enthaltenen „Erhaltenen Anzahlungen" von 15.794.072,03 € nach betriebsfertiger Herstellung des entsprechenden Anlagevermögens in die Sonderposten überstellt und tragen damit infolge der ratierlichen ertragswirksamen Auflösung zur Erhöhung der Eigenkapitalquote II bei.

Als passive Rechnungsabgrenzungsposten sind 12.382.335,49 bzw. 2,56 % der Bilanzsumme ausgewiesen. Es handelt sich hauptsächlich um die Abgrenzung vereinnahmter Friedhofsgebühren, den Abgrenzungsbestand von Landeszuwendungen, die für den Bau von Kindertagesstätten vom Land gewährt wurden und an freie Kindergartenträger ausgezahlt wurden, Zahlungen, die erst in den folgenden Jahren zu Erträgen führen, Ruherechtsentschädigungen sowie Rechnungsabgrenzungsposten für Ausgleichsmaßnahmen.

5. Bilanzkennzahlen

Für die Beurteilung einer Bilanz sind spezielle Analysemethoden in Form von Kennzahlen üblich. Sie dienen dem temporären und interkommunalen Vergleich. Nachstehend einige wichtige Kennzahlen:

EkQ1

$$\frac{\text{Eigenkapital x 100}}{\text{Bilanzsumme}} = 50{,}08\ \%$$

Vorjahr: 50,58 %

Die Kennzahl „Eigenkapitalquote 1" (EkQ1) misst den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der kommunalen Bilanz. Je höher die Eigenkapitalquote, desto geringer das Finanzierungsrisiko und desto höher die finanzielle Stabilität und die wirtschaftliche Sicherheit.

EkQ2

$$\frac{\text{Eigenkapital + SoPo Zuwendungen/Beiträge x 100}}{\text{Bilanzsumme}} = 78{,}75\ \%$$

Vorjahr: 79,97 %

Die Kennzahl „Eigenkapitalquote 2" (EkQ2) misst den Anteil des „wirtschaftlichen Eigenkapitals" am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der kommunalen Bilanz. Da die Sonderposten als Bilanzposten mit Eigenkapitalcharakter einen wesentlichen Anteil in der Bilanz darstellen, wird die Wertgröße „Eigenkapital" um die langfristigen Sonderposten erweitert.

AbI

$$\frac{\text{Bilanzielle Abschreibungen auf Anlagevermögen x 100}}{\text{Ordentliche Aufwendungen}} = 7{,}67\ \%$$

Vorjahr: 8,53 %

Die Kennzahl „Abschreibungsintensität“ zeigt an, in welchem Umfang die Gemeinde durch die Abnutzung des Anlagevermögens belastet wird.

AnD1

$$\frac{\text{Eigenkapital x 100}}{\text{Anlagevermögen}} = 56{,}54\ \%$$

Vorjahr: 57,97 %

Die Kennzahl „Anlagendeckungsgrad 1“ (AnD1) zeigt an, wie viel Prozent des Anlagevermögens durch Eigenkapital finanziert ist.

AnD2

$$\frac{\text{(EK + SoPo (Zuwendungen+Beiträge) + langfristiges Fremdkapital) x 100}}{\text{Anlagevermögen}} = 102{,}38\ \%$$

Vorjahr: 105,66 %

Die Kennzahl „Anlagendeckungsgrad 2“ gibt an, wie viel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert wird. Bei der Berechnung dieser Kennzahl werden dem Anlagevermögen die langfristigen Passivposten Eigenkapital, Sonderposten mit Eigenkapitalanteilen und langfristiges Fremdkapital gegenübergestellt.

ZIQ

$$\frac{\text{Finanzaufwendungen x 100}}{\text{Ordentliche Aufwendungen}} = 0{,}86\ \%$$

Vorjahr: 0,25 %

Die Kennzahl „Zinslastquote“ gibt an, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den ordentlichen Aufwendungen besteht.

NSQ

$$\frac{\text{Steuern u. ä. Abgaben - Gewerbesteueruml. - Finanzierungsbet. Fonds Deutscher Einheit X 100}}{\text{Ordentliche Erträge - Gewerbesteuerumlage - Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutscher Einheit}} = 50{,}16\ \%$$

Vorjahr: 52,01 %

Die Kennzahl „Netto-Steuerquote“ gibt an, zu welchem Teil sich die Gemeinde „selbst“ finanzieren kann und somit unabhängig von Finanzleistungen „Dritter“, z.B. staatlichen Zuwendungen, ist. Weil dem Bund und dem Land Anteile am Aufkommen der Gewerbesteuer zustehen, ist es erforderlich, die Aufwendungen für die von der Gemeinde zu leistende Gewerbesteuerumlage sowie für die Finanzierungs-beteiligung am Fonds Deutsche Einheit von den Steuererträgen in Abzug zu bringen.

6. Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Bilanzstichtag eingetreten sind

Nach dem 31.12.2023 ergaben sich keine Vorgänge oder Vorfälle, die erläuterungs- oder erwähnungsbedürftig wären.

7. Chancen und Risiken für die zukünftige Entwicklung der Stadt Erkelenz

Konnte in 2022 an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass trotz vieler belastender Faktoren (u.a. hohe Inflationsraten; hohe Zinsen; hohe Baupreise) sich das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) gegenüber 2021 um 1,8 % erhöht hatte, musste in 2023 beim BIP eine Verringerung gegenüber 2022 um 0,3 % festgestellt werden. Die gesamtwirtschaftliche Leistung ist damit vor einem weiterhin krisengeprägten Umfeld 2023 ins Stocken geraten. Hauptfaktoren dafür sind weiterhin hohe Zinsen als auch eine stockende Nachfrage aus dem In- und Ausland. Lediglich bei den Inflationsraten ist hier eine Trendumkehr erkennbar. Nach Inflationsraten von 6,9 % in 2022, 5,9 % in 2023 erwartet die Bundesregierung für 2024 einen Anstieg von 2,8 % bei den Verbraucherpreisen und kommt damit dem Inflationsziel der Europäischen Zentralbank von zwei Prozent wieder wesentlich näher. Ebenso geht die Bundesregierung beim preisbereinigtem BIP für 2024 von einem sehr moderaten Wachstum von 0,2% aus. Daneben wird erwartet, dass sowohl steigende Reallöhne als auch die bisher sehr robuste Arbeitsmarktentwicklung zu einer binnenwirtschaftlichen Erholung in 2024 führen sollte. Dagegen ist jedoch Ende 2023 bereits im Bausektor erkennbar, dass hohe Baupreise als auch weiterhin hohe Finanzierungskosten zu einer signifikanten Verschlechterung der Nachfrage in 2024 führen wird. Hier ist zu befürchten, dass in 2024 die gesamte Baubranche ins Trudeln geraten könnte. Dies würde sich natürlich auch beim BIP negativ auswirken.

Vor dem Hintergrund dieses weiterhin sehr krisengeprägten und damit schwierigen Marktumfeldes sollen die nachfolgenden Ausführungen erfolgen.

Der diesjährige 17. NKF-Jahresabschluss schließt in der Ergebnisrechnung mit einem Überschuss von 2.028.017,86 € (Vorjahr: 11.047.068,70 €) ab. Damit kann im neunten Jahr in Folge ein Jahresabschluss mit einem sehr erfreulichen, positiven Jahresergebnis vorgelegt werden. Er fällt zwar nicht so überragend gut wie im Vorjahr aus, aber er zeigt weiterhin auf, wie Robust unser Haushalt trotz eines wirtschaftlich schwierigen Umfeldes auch in 2023 war. In den nachfolgenden Betrachtungen sollen daher die Eckpfeiler für dieses wieder einmal erfreuliche Jahresergebnis aufgezeigt als auch Rückschlüsse für die Zukunft gezogen werden.

Betrachtet man die einzelnen Zwischensalden, aus denen sich das Jahresergebnis zusammensetzt, so sieht man, dass sich bei den „ordentlichen Erträgen" gegenüber der Planung das Ergebnis um 10.034.404,06 € (+8,57 %) erhöht hat. Gegenüber den bereits im Vorjahr sehr hohen Erträgen konnte damit eine nochmalige Verbesserung um 4.740.933,59 € bzw. 3,87 % erzielt werden. Die „ordentlichen Aufwendungen" haben sich dagegen leider in der Ausführung gegenüber der Planung um 4.152.531,37 € bzw. 3,27 % erhöht. Gegenüber dem Vorjahresergebnis sind jedoch die „ordentlichen Aufwendungen" um 14.009.954,19 € bzw. 11,96 % gestiegen. Saldiert

man beide Größen so weist das „ordentliche Ergebnis“ einen Wert von -3.951.984,31 € auf, was gegenüber der Planung eine Verbesserung um 5.881.872,69 €, gegenüber dem Vorjahr jedoch einer Verschlechterung von 9.269.020,60 € entspricht. Das Finanzergebnis weist eine Verbesserung um 509.255,14 € gegenüber dem Planwert auf und hat sich gegenüber dem Vorjahr nur marginal verändert (+ 7.679,73 €). Wie unschwer zu erkennen ist, trägt auch in diesem Jahr das sehr gute Finanzergebnis zu dem positiven Jahresergebnis signifikant bei. Eine Erkenntnis die deutlich zeigt, wie nachhaltig und ergebnisverbessernd unser alljährliches Finanzergebnis ist. Soweit die dafür maßgeblichen Faktoren (insbesondere Entschuldungsstrategie; Jahresüberschüsse des Abwasserbetriebes; stille Einlage bei der NEW) beibehalten werden, wird sich dieser positive Einfluss auch in kommenden Jahresabschlüssen nicht ändern.

Das außerordentliche Ergebnis schließlich hat sich gegenüber der Planung um 1.380.109,97 € auf 242.290,03 € verschlechtert. Zurückzuführen ist dies darauf, dass die befürchteten negativen finanziellen Nettoeinflüsse, als Folgen aus dem Ukrainekrieg und der Coronapandemie, nicht in dem Maße eingetreten sind, wie es ursprünglich erwartet worden ist. In künftigen Haushalten und Jahresabschlüssen werden diese Erträge und Aufwendungen sowohl in der Planung als auch im Jahresabschluss nicht mehr gesondert als außerordentliches Ergebnis aufgeführt werden, da das NKF CUIG zum 31.12.2023 ausgelaufen ist.

„Ordentliches Ergebnis“, Finanzergebnis und „außerordentliches Ergebnis“ summieren sich zu einem positiven Jahresergebnis von 2.028.017,86 €, was gegenüber der Planung einer Verbesserung um 5.011.017,86 € entspricht.

Sieht man sich nun die Hauptertragsarten im „ordentlichen Ergebnis“ an, so ist zu erkennen, dass sich der Gewerbesteuerertrag gegenüber der Planung um 4.419.828,11 € verbessert hat. Nach einem Rekordergebnis in 2022 von 26,051 Mio. € konnte beim Gewerbeertrag dieses sehr gute Ergebnis demnach mit 25,420 Mio. € nahezu bestätigt werden. Für künftige Haushalte und Jahresergebnisse wird damit einhergehend die Hoffnung auf weiterhin ähnliche Ergebnisse und damit eine deutliche Entlastung für das jeweilige Jahresergebnis berechtigterweise geschürt. Daneben hat sich der „Gemeindeanteil an der Einkommensteuer“ zwar gegenüber der Planung um 685.627,90 € € bzw. 2,63 % verschlechtert, jedoch gegenüber dem 2022er Jahresergebnis von 25.082,945,63 € mit 25,312 Mio. € als konstant bestätigt. Hier zeigt jedoch ein Blick auf den 2024er Haushaltsansatz auf, dass eine konstante Bestätigung der Jahresergebnisse für künftige Haushalte nicht ausreichend ist, sondern unweigerlich zu einer Belastung, bei ansonsten gleichen Rahmenbedingungen, führen würde. Es bleibt daher abzuwarten, ob sich die positive Entwicklung des letzten Jahrzehnts mittelfristig fortsetzen wird. Neben diesen Verbesserungen von 3,7 Mio. € in diesen Hauptertragsarten bei den „Steuern und ähnlichen Abgaben“ haben sich noch signifikante Verbesserungen von 1.814.904,35 € bei den „Kostenerstattungen und Kostenumlagen“ ergeben. Diese entfallen in voller Höhe auf zusätzliche Erstattungen durch das Land, und zwar mit zusätzlichen 698.841,25 € für die Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Ukraineflüchtlingen und mit 1.114.681,27 € im Bereich der „Hilfen für junge Menschen und ihre Familien“. Hier sind sowohl erhöhte Leistungen im Rahmen des Unterhaltsvorschussgesetzes als auch erhöhte „Hilfen für junge minderjährige Flüchtlinge“ festzustellen. Weiterhin

erfreulich ist, dass sich die „sonstigen ordentlichen Erträge“ um 4.091.773,03 € gegenüber dem Ansatz verbessert haben. Natürlich stehen diesen erhöhten Erstattungsleistungen auch erhöhte Aufwendungen gegenüber. Dazu aber später mehr. Ursächlich dafür sind insbesondere erhöhte Erträge aus der Auflösung von „Pensions- und Beihilferückstellungen“ von 3,567 Mio. €. Daran ist erkennbar, dass es sich um rein temporäre zusätzliche Erträge handelt, aus denen weder positive noch negative Rückschlüsse für die Zukunft ableitbar sind.

Bei den „ordentlichen Aufwendungen“ sind dagegen Mehraufwendungen von 4.152.531,37 € gegenüber den geplanten Ansätzen zu bilanzieren. Während die „Personal- und Versorgungsaufwendungen“ nahezu dem Ansatz entsprochen haben (+ 439.015,06 € bzw. + 1,11 %) haben sich die Transferaufwendungen um 2.581.161,80 € gegenüber der Planung erhöht. Die restlichen Mehraufwendungen verteilen sich auf viele verschiedene Konten. Aber der Reihe nach. Die Mehraufwendungen von 439.015,06 € „Personal- und Versorgungsaufwendungen“ sind nur der Haushaltssystematik geschuldet. Tatsächlich sind sie im Zusammenhang mit den Erträgen aus der Auflösung von „Personal- und Beihilferückstellungen“ zu sehen. Insgesamt ergibt sich daher bei dieser Hauptaufwandsart netto eine Verbesserung von 3,128 Mio. €. Da eine solche Diskrepanz zwischen Planung und Ausführung nicht neu ist, sondern bereits in den letzten Jahren aufgetreten ist, wurden die 2024er Haushaltsansätze bei den „Personal- und Versorgungsaufwendungen“ nach einer anderen Systematik für 2024 berechnet. Letztendlich haben sich dadurch „nur“ Erhöhungen von 5,42% in 2024 gegenüber 2023 ergeben, obwohl alleine die besoldungsrechtlichen und tariflichen Erhöhungen bereits deutlich mehr als 5 % betrugen. Stellenmehrungen infolge von zusätzlichen Aufgabenzuweisungen, Beförderungen, Höhergruppierungen usw. einmal völlig unberücksichtigt. Ob diese Neuberechnung der Ansätze ausreichend sein wird und damit eine Blaupause für künftige Haushaltsjahre sein wird, wird sich Laufe des Jahres 2024 herausstellen.

Die Transferaufwendungen haben sich dagegen um 2,6 Mio. € gegenüber dem Ansatz erhöht. Hier sind in erster Linie Erhöhungen Im Produktbereich „Soziales“ (+0,3 Mio. €) und im Produktbereich 06 „Kinder, Jugend- und Familienhilfe“ (+1,3 Mio. €) zu nennen. Beiden gemeinsam ist aber, dass gegenüber der Planung in der Ausführung die geplanten Defizite durch erhöhte Landeszuwendungen und Kostenerstattungen jeweils reduziert werden konnten. Während die Nettobelastungen im „ordentlichen Ergebnis“ bei den im PB 05 abgebildeten Geschäftsvorfällen in den letzten 5 Jahren nahezu konstant geblieben sind (- 183 T€), haben die Nettobelastungen im „ordentlichen Ergebnis“ bei den im Produktbereich 06 abgebildeten Geschäftsvorfällen deutlich zugenommen (+ 3,015 Mio. €). Ursächlich hierfür ist insbesondere die gesetzliche Übertragung von zusätzlichen Aufgaben, ohne auskömmliche Finanzierung. Zur kompletten Wahrheit gehört aber auch dazu, dass die Nettobelastungen für die Unterbringung der im PB 05 nachgewiesenen Personen, die beim Produkt 100603 ausgewiesen werden, in den letzten fünf Jahren stetig gestiegen sind. Hier sind insgesamt in diesem Zeitraum zusätzliche Belastungen von 760 T € zu bilanzieren. Es kann daher festgehalten werden, dass sich die Nettoaufwendungen in den Produktbereichen 05 und 06 in einem Zeitraum von fünf Jahren um 3,592 Mio. € erhöht haben. Es bleibt abzuwarten, wie diese Tendenz sich in den nächsten Jahren fortsetzt. Eine auskömmliche Bund-/Landesfinanzierung wäre hier wünschenswert und entlastend für unseren Haushalt. Weiterhin ist in 2023 bei der Gewerbesteuerumlage

ein erhöhter Aufwand von 703 T€ gegenüber dem Ansatz festzustellen. Ursächlich hierfür ist der um 4,4 Mio. € erhöhte Gewerbesteuerertrag, der letztendlich dazu führt, dass eine erhöhte Gewerbesteuerumlage zu zahlen ist. Letztendlich ist also Mehraufwand an dieser Stelle immer positiv zu sehen, da diese mit wesentlich höheren Gewerbesteuererträge zu begründen sind.

Wie bereits erwähnt, wird das negative „ordentliche Ergebnis" durch ein wieder einmal sehr erfreuliches „Finanzergebnis" von + 5.737.712,14 € zu einem positiven „Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit" von 1.785.727,83 € geführt. Das bereits gute planerische Finanzergebnis von 5.228.457,000 € konnte im Rahmen der Ausführung nochmals um 509.255,14 € verbessert werden. In den künftigen Jahren sind zumindest ähnlich positive Jahresergebnisse zu erwarten. Anders sieht es jedoch beim „außerordentlichen Ergebnis" aus, dass sich gegenüber der Planung um 1,380 Mio. € verschlechtert hat. Das bedeutet aber auch, dass beim ordentlichen Ergebnis um diese Summe zusätzliche Nettoaufwendungen nicht belastend eingetreten sind. Dies und der Umstand, dass das NKF CUIG mit Abschluss des Jahres 2023 ausläuft, machen eine weitergehende Betrachtung an dieser Stelle entbehrlich.

Letztendlich summieren sich das „Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit" von 1.785.727, 83 € und das „außerordentliche Ergebnis" von 242.290,03 € zu dem bereits mehrfach erwähnten erfreulichen Jahresergebnis von + 2.028.017,68 €.

Der Bestand der Ausgleichsrücklage wird sich nach Feststellung des 2023er Jahresabschlusses auf 51.018.130,09 € € erhöhen. Auf der anderen Seite erhöht sich der Bestand der „Bilanzierungshilfe" auf 6.410.136,39 €. Über diesen Bestand der „Bilanzierungshilfe" ist Ende 2025 zu entscheiden, wie damit bilanziell umgegangen werden soll. Genauer gesagt, in welcher Form dieser Bestand gegen das Eigenkapital zu buchen ist. Letztendlich sind die Fragen zu beantworten, ob der Betrag komplett oder teilweise gegen das Eigenkapital zu buchen ist oder ob der Betrag komplett oder in Teilbeträgen über bis zu 50 Jahren ergebniswirksam aufgelöst wird und, sofern sich für eine Buchung gegen das Eigenkapital entschieden wird, ob eine Buchung gegen die allgemeine Rücklage und/oder gegen die Ausgleichsrücklage erfolgen soll.

Vor dem Hintergrund dieser wieder einmal sehr erfreulichen Entwicklung sollen die aktuell weiterhin bestimmenden Themen der Ergebnisrechnung bzw. der Ergebnisplanung nachfolgend nur kurz aufgezeigt werden:

1. *Weiterhin stellt natürlich die enorme hohe Anzahl der unterzubringenden und zu betreuenden Flüchtlinge aus der Ukraine sowie aus den anderen Ländern logistisch ein großes Problem dar. Zum 31.12.2023 waren insgesamt 947 (Vorjahr: 669) Flüchtlinge, wovon 645 (Vorjahr: 409) Ukraineflüchtlinge waren, zu betreuen. Gegenüber 2022 bedeutet dies eine Steigerung um 278 (Vorjahr: 476) Personen. Die Tendenz ist also weiterhin sehr stark steigend. Problematisch ist dabei insbesondere, dass sowohl die Ukraineflüchtlinge als auch die Flüchtlinge aus Drittländern, und bei dieser Personengruppe sowohl die geduldeten als auch die anerkannten Flüchtlinge, viel länger in den Unterkünften verbleiben als dies vorgesehen ist. Dadurch entstehen sowohl zusätzliche Unterbringungskosten als auch zusätzliche Personalkosten.*

2. *Ein weiterhin bestimmendes Thema bleibt natürlich die Entwicklung der Aufwendungen und Erträge im Produktbereich „06 – Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“. Um Wiederholungen zu vermeiden, wird zu diesem Thema auf die Seite 405 verwiesen. Nahtlos übernommen werden kann zum Jahresultimo diese Entwicklung auch wieder für den Produktbereich „03 – Schulen“. Immer neue gesetzliche Vorgaben führen dabei zu zusätzlichen finanziellen Belastungen, die nicht auskömmlich gegenfinanziert sind. Hier ist insbesondere die Digitalisierung zu nennen. Sollte diese Tendenz anhalten, dann bleiben für freiwillige Leistungen mehr oder weniger keine eigenen Mittel mehr übrig.*

3. *Nach wie vor maßgeblich für die Entwicklung künftiger Haushalte ist natürlich die Entwicklung der Kreisumlage. Hier hat sich der Umlageaufwand gegenüber 2022 um stolze 938.263,83 € auf 23.675.203,41 € erhöht. Schaut man sich hier einmal als Vergleich 2018 an, so betrug zu diesem Zeitpunkt die Kreisumlage noch 21,127 Mio. €. Also allein über diesen relativ kurzen Zeitraum eine Erhöhung um 2,549 Mio. € bzw. 12.06 %. Hier bleibt weiterhin zu hoffen, dass sich die Kreispolitik nicht nur im Kommunalwahljahr 2025 endlich nachhaltig zum Wohle der kreisangehörigen Kommunen einsetzt.*

4. *Wie bereits eingangs erwähnt, musste in 2022 eine Inflationsrate von 6,9 % und in 2023 eine Inflation von 5,9 % verkraftet werden. Hier bleibt abzuwarten, wie sich diese in den Folgejahren entwickeln wird. Zumindest auch noch in 2024 werden daraus im konsumtiven Teil, z.B. im Energiebereich, erhebliche Mehraufwendungen gegenüber den Vorjahren zu erwarten sein.*

Als Zwischenfazit kann für die Ergebnisrechnung festgestellt werden, dass trotz der hohen Inflationsrate, hohen Dienstleistungskosten, hohen Finanzkosten und hohen Baupreisen positives Jahresergebnis von 2.028.017,83 € erwirtschaftet werden konnte. Hieran lässt sich einmal mehr die Nachhaltigkeit der Planung und Ausführung unseres Haushaltes ablesen.

Neben Ergebnisrechnung und Bilanz ist die Finanzrechnung die dritte Komponente im „Drei-Komponenten-System“. Eine elementare Kennzahl in der Finanzrechnung bildet dabei der „Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit“ ab. Dieser schließt in 2023 mit einem Plus von 13.967.113,23 € (Vorjahr: 15.008.591,03 €) ab. Gegenüber der Planung bedeutet dies eine Verbesserung um 16.038.596,23 € (Vorjahr: 17.961.275,03 €). Damit können in diesem Jahr neben der kompletten Tilgungsleistung von 823.332,93 € knapp zwei Drittel der Investitionsauszahlungen von 23.747.685,58 € mit eigenen Mitteln finanziert werden. Eine äußerst erfreuliche Kennzahl.

Kredite wurden in 2023 nicht aufgenommen und es besteht weiterhin die Aussicht, dass, bis auf die Kredite aus dem Programm „Gute Schule 2020“ (vgl. Erläuterung in vorherigen Berichten) alle anderen Kredite zum 31.12.2026 getilgt sein werden. Die nahezu komplette Entschuldung im Kernhaushalt ist in greifbarer Nähe. Aber es ist wie in einem Marathonlauf: Die letzte Meile ist oft die anstrengendste… Aber hier sollte weiterhin die Aussicht, Finanzierungsmittel wesentlich sinnvoller als für den Schuldendienst einsetzen zu können, Anreiz genug sein, dass so naheliegende Ziel nicht aus dem Auge zu verlieren! Der Bestand der liquiden Mittel in der Finanzrechnung betrug zum 31.12.2023 insgesamt 27.037.981,23 € (Vorjahr:

*28.785.799,39 €). Also nur unwesentlich weniger liquide Mittel als vor einem Jahr und das bei einer Investitionssumme von knapp 24,0 Mio. €, einer abermaligen Entschuldung von 1,0 Mio. € und laufenden Auszahlungen von 115,0 Mio. €. Aber Vorsicht, diese gute Liquidität kann schnell aufgezehrt sein, wenn nicht weiter konsequent in allen Bereichen auf eine sparsame und wirtschaftliche Handlungsweise geachtet wird. Die Versuchung ist groß, bei so einer guten finanziellen Ausgangslage das Geld „mit vollen Händen" und ohne nachhaltige Wirkung auszugeben. Entsprechende Tendenzen sind in vielen Bereichen erkennbar. Hier gilt es immer wieder gegenzusteuern. Insgesamt kann wie im Vorjahr zur Finanzrechnung als Zwischenfazit festgestellt werden, dass die maßgeblichen Kennzahlen in die richtige Richtung zeigen. Dennoch sollten Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit bei allen finanziellen Entscheidungen in der Entscheidungsfindung weiterhin beachtet werden. Erkennbar ist aber auch, dass die anstehenden umfangreichen Investitionen nur sukzessive umgesetzt werden können. Dies ist weniger auf die finanzielle, sondern vielmehr auf die personelle Ausstattung zurück zu führen. Entsprechende Arbeiten bzw. Projekte müssen durch fachlich kompetente Mitarbeiter*innen umgesetzt oder zumindest begleitet werden. Genau dort ist jedoch der Flaschenhals erkennbar. Solche Personen sind nicht in einer ausreichenden Anzahl auf dem Personalmarkt zu bekommen. Beispielhaft sei hier darauf verwiesen, dass die alljährlich geplanten Investitionen bei weitem nicht in der jährlichen Ausführung umgesetzt werden. Umsetzungsquoten von nahezu genau 50 %, wie in diesem Jahr, zählen dabei schon zu den höheren Zielerreichungsquoten. Ein bisschen mehr Augenmaß und Realitätssinn in der Planungsphase würde allen Akteuren das Leben sowohl in der Planungs- als auch in der Umsetzungsphase wesentlich erleichtern. Daher gilt auch weiterhin, dass insbesondere nur durch eine sukzessive und maßvolle Abarbeitung der Investitionswünsche eine auskömmliche Finanzierung in künftigen Haushalten und Jahresabschlüssen gewährleistet werden kann.*

Bilanziell wirken sich diese weiterhin sehr erfreulichen Kennzahlen in der Ergebnis- und Finanzrechnung ebenfalls durchweg positiv aus. Die Bilanzsumme hat sich auf 483.768.054,24 € (+ 1,86 % bzw. + 8,8 Mio. €) erhöht. Äußerst erfreulich ist dabei, dass sich insbesondere das Eigenkapital auf einen neuen Rekordwert von 242.285.362,91 € (+ 0,86 % bzw. + 2,1 Mio. €) erhöht hat. Während die Bilanzsumme damit den Höchstwert des Vorjahres nochmals übertroffen hat, kann auch beim Eigenkapital diese Aussage uneingeschränkt übernommen werden. Weiterhin erfreulich ist, dass in 2023 der Bestand an Investitionskrediten abermals reduziert werden konnte und zwar von 6.130.639,47 € auf 5.136.586,44 €. Bedenkt man, dass im Bestand zum 31.12.2023 auch Kreditbestände aus dem Programm „Gute Schule 2020" von 2.634.394,00 € enthalten sind, so beträgt der tatsächliche Nettobestand an Kreditverbindlichkeiten nur noch 2.502.192,44 €. Auf der Aktivseite konnten durch Investitionen von 23,7 Mio. € nicht nur die Abschreibungen von 10,1 Mio. € mehr als kompensiert werden, sondern der Bestand im Anlagevermögen von 414,4 Mio. € auf 428,5 Mio. € erhöht werden. Die liquiden Mittel haben sich dagegen zum 31.12.2023 von 23,8 Mio. € auf 22,0 Mio. € um 7,3 % verringert. Liquide Mittel, die für den hohen Investitionsbedarf kommender Jahre auch dringend benötigt werden, um die Finanzierung weiterhin aus eigenen Mitteln sicher zu stellen und eine Nettokreditaufnahme zu vermeiden. Genau wie bei der Ergebnis- und der Finanzrechnung, haben sich in der Bilanz die maßgeblichen Kennzahlen ebenfalls wieder positiv entwickelt.

Auch 2023 hat wieder einmal gezeigt, wie solide in den vergangenen Jahren gewirtschaftet worden ist, so dass auch in diesem Jahr in allen drei Komponenten der Jahresrechnung gute Ergebnisse geliefert worden sind. Zusammenfassend ist daher festzuhalten, dass eine Vielzahl von Investitionen bei einer insgesamt hohen Investitionssumme, einer andauernden Entschuldung und einer konstant niedrigen Abgabenbelastung wieder einmal zu einem Großteil mit eigenen Mitteln finanziert werden konnte. Eine Entwicklung, die uns auch weiterhin (finanziell) verheißungsvoll in die Zukunft blicken lässt.

Ergänzung des Lageberichtes durch den weiteren Verwaltungsvorstand.

I. Allgemeine Erläuterungen

Der Lagebericht zur Jahresrechnung soll nicht nur einen reinen Bericht zu den Finanzdaten enthalten, sondern vielmehr auch einen Gesamtüberblick über die wesentlichen Entwicklungen im Berichtsjahr geben. Dabei soll ein Überblick „zur Gesamtunternehmenslage“ als auch eine Einschätzung der bedeutenden Vorgänge, die sich seit der Planung ereignet haben, gegeben werden. Ebenfalls sollen Aussagen zu den zukünftigen Chancen und Risiken der Kommune getroffen werden.

Nach der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) und den in der Stadt festgesetzten Zuständigkeiten ergeben sich für den Verwaltungsvorstand klare Verantwortungsbereiche, die sich logischer Weise dann auch im Lagebericht widerspiegeln sollten. Dabei ist jedoch zu beachten, dass die Kommune - also auch die Stadt Erkelenz - gegenüber der Bürgerschaft sowie im staatlichen föderalen Konstrukt mit den zugewiesenen Pflichtaufgaben einen Gesamtauftrag zu erfüllen hat. Hieraus ergibt sich, dass trotz der getrennten Zuständigkeit immer die Gesamtsituation zu sehen ist und nicht einzelne, gerade gesellschaftspolitisch willkommene Themen so forciert werden, dass die Erfüllung des Gesamtauftrages oder die Gesamtfinanzen hierdurch mit starken negativen Auswirkungen gefährdet werden.

Der Kämmerer hat in seinem Teil des Lageberichts für die Stadt Erkelenz einen guten Überblick über die tatsächlichen Verhältnisse, die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage gegeben. Zur Vermeidung von Redundanzen und unnötiger nur seitenfüllender Texterstellung wird sich der ergänzende Teil des Lageberichts, der vom Bürgermeister sowie den Dezernenten zu verfassen ist, daher nur auf ergänzende bedeutende Themenfelder beziehen.

II. Bürgermeister und Dezernent des Dezernates I, Stephan Muckel

"Vielleicht gibt es schönere Zeiten, aber diese ist unsere."
Mit diesen Worten begann ich stellvertretend für meine Kollegen im Verwaltungsvorstand den Lagebericht für das Jahr 2022. Das vergangene Jahr, also das jetzt maßgebliche Jahr 2023, steht unter den gleichen Vorsätzen. Der Ukraine-Krieg, die Flüchtlings- und Energiekrise, Inflation, Materialknappheit, Personalgewinnung sowie der Klimawandel sind nur einige der Herausforderungen,

die auch in Erkelenz spürbar sind. So knüpft der diesjährige Lagebericht nahtlos an die Aussagen im Lagebericht des Vorjahres an und schreibt die bereits seinerzeit geäußerte Feststellung fort: Die Herausforderungen werden deutlich größer und immer mehr ist zu erkennen, dass das ungebremste Aufgabenwachstum, bedingt durch bundes- und landesseitige Aufgabenmehrungen, und die hierfür zur Verfügung stehenden personellen und finanziellen Ressourcen immer weiter auseinandergehen. Die auf Bundesebene derzeit geführte Diskussion, wie der Ausgleich zwischen den finanziellen Ressourcen und den geforderten Leistungen zukünftig gelingen kann, ist der Beleg für das bestehende Dilemma. Dies aufzulösen ist der entscheidende Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit, auch der kommunalen Landschaft. Dass wir in Erkelenz nach wie vor gut aufgestellt sind, darf über die bestehenden gravierenden Probleme nicht hinwegtäuschen.

Digitalisierung & Personal

Dies möchte ich an dieser Stelle bewusst zusammen behandeln. Stetig wachsende, erhöhte gesetzliche Anforderungen, ohne gleichzeitige auskömmliche Gegenfinanzierung, sorgen weiterhin für eine enorme Belastung unserer Haushaltspläne durch erhöhte Personal- und Versorgungsaufwendungen. Daneben wird kurz- bis mittelfristig in den nächsten Jahren eine zunehmende Anzahl von Verrentungen/Pensionierungen der geburtenstarken Jahrgänge dazu führen, dass das verbleibende Personal die sich stetig mehrenden Aufgaben erledigen muss. Auch hier betreiben wir Vorsorge, damit die bereits jetzt bestehenden personellen Engpässe sich nicht noch weiter deutlich ausweiten.

Wie? Wir sind der festen Überzeugung, dass KI und Digitalisierung mittelfristig zu einer spürbaren Entlastung bei den vorzunehmenden Leistungen führen werden. So analysieren wir kritisch Prozesse und digitalisieren diese konsequent. Auch hier machen wir uns ehrlich: Das bedeutet im ersten Schritt sächlichen und personellen Mehraufwand. Diesen bilden wir mit einer zusätzlichen Stelle im Bereich Organisationsentwicklung/ Aufbauorganisation ab. In diesem Zusammenhang verweise ich auf die Ausführungen des ersten Beigeordneten Dr. Hans-Heiner Gotzen.

Tagebau, Strukturwandel und Wirtschaftsförderung

Am Umsiedlungsstandort im Erkelenzer Norden wird es zunehmend lebendiger: Sportanlage, Feuerwehrgerätehaus, Spielplatz, Kirche, Mehrzweckhalle und Friedhofshalle wurden der Bürgerschaft übergeben. Der Endausbau der Straßen- und Wegeinfrastruktur läuft auf Hochtouren und wird Ende 2025 fertiggestellt sein.

Mit dem Erhalt der „Alt-Dörfer“ und dem Ziel, diese schnellstmöglich wiederzubeleben, ergeben sich zahlreiche Aufgaben für das Land NRW, das bergbautreibende Unternehmen RWE Power AG und die Stadt Erkelenz. Bis zum 1. Juli 2024 läuft zunächst der Prozess der sogenannten Vorkaufsoption des Landes NRW. Ehemalige Eigentümer und Eigentümerinnen mit Umsiedlerstatus und deren Kinder haben dadurch die Möglichkeit, das frühere, selbstgenutzte Wohneigentum zurückzuerwerben.

Der Fokus des bergbautreibenden Unternehmens liegt in den Dörfern derzeit auf dem Substanzerhalt der leerstehenden Gebäude. Umfangreiche Maßnahmen zur Sicherung der denkmalgeschützten Gebäude sind in Abstimmung mit den

Denkmalbehörden bereits vorgenommen worden. Außerdem wurde Überwuchs an Gebäuden entfernt sowie weitere Schäden eingedämmt, die durch Einbruch oder Vandalismus verursacht wurden. Zudem verschafft sich die RWE Power AG als Eigentümerin einen Überblick über den Zustand der leerstehenden Objekte. Gleichzeitig läuft ein Prozess mit dem Ziel, Ende 2024 einen Förderantrag beim Land NRW zur finanziellen Unterstützung bei der Entwicklung der Dörfer zu stellen. Dieser Förderantrag fußt auf umfassende Vorarbeiten im Jahr 2023 und der in 2024 zu konkretisierenden kommunalen Entwicklungsplanung.

Klimaschutz und Nachhaltigkeit
Hier haben Rat und Verwaltung einen Strategiewechsel aus mehreren Gründen vollzogen und dies nicht, weil uns in Erkelenz das Thema unwichtig ist, sondern weil wir nicht in die klassische „Fördermittel"-Falle tappen wollen. Eine Anschubfinanzierung einer Stelle für zwei Jahre für die Konzepterstellung ist dem Thema nicht angemessen. Wir werden eine Konzepterstellung pragmatisch unter externer Moderation und Beteiligung erstellen. Eine Umsetzung der Maßnahmen erfolgt in Abhängigkeit der Maßnahmen von den jeweiligen Fachämtern.

Durch die Umsetzung von Maßnahmen zur Energieeinsparung und -effizienz können wir den Energieverbrauch kommunaler Gebäude deutlich reduzieren. Modernste energetische Standards werden bei der Errichtung neuer Gebäude berücksichtigt, um sicherzustellen, dass sie nachhaltig und ressourcenschonend sind. Herausforderungen sind hier selbstredend finanzielle und personale Ressourcen. In diesem Zusammenhang verweise ich auf die Ausführungen des Technischen Beigeordneten Ansgar Lurweg.

III. Erster Beigeordneter und Dezernent des Dez. II, Dr. Hans-Heiner Gotzen

Der diesjährige Lagebericht knüpft nahtlos an die Aussagen im Lagebericht des Vorjahres an und schreibt die bereits seinerzeit geäußerte Feststellung fort: die Herausforderungen werden deutlich größer und immer mehr ist zu erkennen, dass das ungebremste Aufgabenwachstum, bedingt durch bundes- und landesseitige Aufgabenmehrungen, und die hierfür zur Verfügung stehenden personellen und finanziellen Ressourcen immer weiter auseinandergehen. Die auf Bundesseite derzeit geführte Diskussion, wie der Ausgleich zwischen den finanziellen Ressourcen und den geforderten Leistungen zukünftig gelingen kann, ist der Beleg für das bestehende Dilemma. Dies aufzulösen ist der entscheidende Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit, auch der kommunalen Landschaft. Dass wir in Erkelenz nach wie vor gut aufgestellt sind, darf über die bestehenden gravierenden Probleme nicht hinwegtäuschen.

Der stetige, ungebremste und immer schneller voranschreitende Aufgabenzuwachs zeichnet sich deutlich in den Stellenplanungen ab. In bislang ungeahnten Steigerungsraten beim Stellenaufwuchs wird den gesetzlich begründeten Aufgabenerweiterungen Rechnung getragen. Dass mittlerweile in verfassungsrechtlicher Hinsicht sogar ein Überlastungsschutz der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie des Grundgesetzes zugesprochen wird zeigt, dass Aufgaben und Finanzierung die kommunale Selbstverwaltung zunehmend gefährden. Dabei gelingt in der Stadtverwaltung die Personalgewinnung und auch die

Personalbindung trotz der allgemein bestehenden Herausforderungen sehr gut. Hierzu tragen sicherlich auch das erweitere Ausbildungsangebot, die strategische Personalentwicklung und Personalqualifizierung bei.

Deutliche Aufgabensteigerungen machen sich im Brandschutz bemerkbar. Die Stadt Erkelenz sichert den Brandschutz bislang weitestgehend durch den ehrenamtlichen Einsatz von Kameradinnen und Kameraden. Die stetig wachsende Anzahl von Einsätzen und die insgesamt in der Gesellschaft abnehmende Bereitschaft, sich ehrenamtlich zu engagieren, zeigen die Grenzen der Möglichkeit auf, durch eine ehrenamtliche Feuerwehr die Aufgabenwahrnehmung sicherzustellen. Sollte das gesetzlich geforderte Sicherheitsniveau nur durch den Aufbau einer hauptamtlichen Wache erreicht werden können, werden deutliche Personalausgabensteigerungen die zukünftigen Haushalte prägen.
Im Bereich Recht und Ordnung hat der Gesetzgeber durch die Übertragung von Aufgaben im Bereich der Cannabiskontrolle und durch die Verlagerung von Aufgaben in den Abendstunden und am Wochenende von der Polizei auf die Verwaltung zu Mehraufgaben geführt, ohne die finanziellen Ressourcen zu stärken. Übrigens auch ein Beispiel dafür, wie Aufgaben geschaffen und weitergereicht werden und andere Stellen sich zu Lasten der kommunalen Familie von Aufgaben befreien.
Dies trifft auch auf den Schulbereich zu. Seit Jahren wird an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass der bundesgesetzlich begründete Anspruch auf Ganztagsbetreuung ab dem Jahr 2026 die Kommunen sowohl in finanzieller Hinsicht, aber auch in personeller Hinsicht überfordern wird. Die Diskussion über eine landesgesetzliche Regelung zeigt die immer gleiche Vorgehensweise. Eine gesetzliche Regelung wird vor dem Hintergrund der Konnexitätsverpflichtung vermieden und die Kommunen werden mit den Problemen allein gelassen. Diese immer gleichen Rollenspiele müssen endlich beendet werden und es ist dringend erforderlich, sich ehrlich zu machen. Dies trifft auch auf die Schuldigitalisierung zu. Diese wurde zunächst bundes- und landesseitig anfinanziert. Ist der Standard geschaffen, werden die Kommunen alleine gelassen – jedenfalls fehlt bis heute eine Anschlussregelung zur weiteren Finanzierung der erforderlichen Aufgaben!
Auch der soziale Bereich kommt immer mehr an seine Grenzen. Die weiterhin bestehenden Herausforderungen in der Flüchtlingsaufnahme und –betreuung treffen auf immer mehr begrenzte Ressourcen in sächlicher, finanzieller und personeller Hinsicht. Auch in diesem Bereich kann sehr schön verfolgt werden, wie die Wahrnehmung der Herausforderungen auf mancher politischen Ebene und die Realitäten vor Ort immer mehr auseinanderdriften. Auch hier ist es erforderlich, sich ehrlich zu machen.
Obwohl die Herausforderungen in der Versorgung von Kindern mit Kindergartenplätzen ungebremst steigen, konnte auch im vergangenen Jahr aufgrund größtmöglicher Anstrengungen eine weitgehende Bedarfsdeckung erreicht werden. Aber auch hier werden die Herausforderungen in sächlicher, finanzieller und personeller Hinsicht immer größer. Dies zeichnet sich auch in den bereits heute notwendigen finanziellen Eigenmitteln der Stadt ab.
Sorgen bereitet die personelle Situation in vielen Hilfeeinrichtungen freier Träger, die insbesondere bei notwendigen Fremdunterbringungen von Kindern und Jugendliche genutzt werden müssen. Ein wachsender Bedarf an nicht vermeidbaren Fremdunterbringungen trifft auf zurückgehende Angebote. Dies zeichnet sich auch in

immer stärker steigenden Kosten für Fremdunterbringungen wider. Eine Tendenz, die sorgsam beobachtet werden muss.
Die nächste Herausforderung im Jugendhilfebereich zeichnet sich zudem ab: die inklusive Jugendhilfe. Die geplante Übertragung von Zuständigkeiten im Bereich der Eingliederungshilfe auf die örtlichen Jugendämter wird zu einer weiteren deutlichen Aufgabenmehrung führen. Auch hier muss allen Beteiligten klar vor Augen geführt werden, dass dies nur durch die Zurverfügungstellung ausreichender finanzieller Ressourcen gelingen kann! Selbst dann besteht noch die Herausforderung, geeignetes Personal zu finden.
Nochmals: die deutliche und ungeschönte Beschreibung der kommenden und heutigen Herausforderungen soll nicht die engagierte, zuverlässige und stets lösungsorientierte Arbeit in der Verwaltung schmälern. Sie war und ist bislang Garant dafür, dass Herausforderungen angenommen und gemeistert wurden. Gleichwohl soll auch der Appell des letzten Jahres wiederholt werden: das erforderliche Personal ist, wie in fast allen Lebens- und Wirtschaftsbereichen der Bundesrepublik Deutschland, nur begrenzt vorhanden. Es muss mehr ganzheitlich gedacht werden und die Aufgaben müssen priorisiert werden, um Enttäuschungen in der Bevölkerung zu vermeiden und eine Überlastung des vorhandenen, aber ohnehin schon äußerst belasteten Personals zu vermeiden!

IV. Technischer Beigeordneter und Dezernent des Dez. III, Ansgar Lurweg

Die Mitglieder des Verwaltungsvorstandes haben in ihren Funktionen bereits auf die unterschiedlichen Auswirkungen in ihren Bereichen hingewiesen. Die Situation hat nach wie vor Auswirkungen auch auf die Bautätigkeit der Verwaltung und in der Gesamtstadt Erkelenz.

Das Wort „Zeitenwende“ wird um Baubereich nahtlos durch das Wort „Krisenmodus“ abgelöst. Die Bauwirtschaft befindet sich in einer der größten Krisen in den letzten 25 Jahren. Eine der zentralen Herausforderungen ist die sinkende Nachfrage nach Wohnbauprojekten und die absehbar zurückgehende Investitionsbereitschaft der öffentlichen Auftraggeber. Die allgemein schwächelnde Wirtschaftslage in Deutschland trübt darüber hinaus auch den Blick in die Zukunft. Das unterschiedliche Wirtschaftszweige Krisen durchleben ist grundsätzlich nichts Neues. In der Vergangenheit haben diese sich allerdings in den Wirtschaftszweigen abgewechselt und es gab starke Treiber, die die Gesamtwirtschaftsleistung hoch hielten. Maschinenbau, Stahlindustrie, Autoindustrie, Chemie, Bauindustrie, alle großen Wirtschaftszweige schwächeln, der Wirtschaftsstandort Deutschland ist in Europa der mit dem geringsten prognostizierten Wachstum.

Die Zeitschrift „das Baugewerbe“ schreibt in der Aprilausgabe 2024, dass die Gründe wider erwartend nicht mehr die hohen Baukosten oder die Inflation und Zinserhöhungen sind, sondern der Mangel an Bauland, sich ständig verschärfende Bauvorschriften und viel zu lange Genehmigungszeiten.

Die aktuelle Zahl der Baugenehmigungen ist bundesweit, und auch in Erkelenz, auf dem tiefsten Stand seit 25 Jahren. Die Bundesregierung hält allerdings an Ihrem Ziel von 400.000 neuen Wohnungen pro Jahr fest. In 2023 waren es gerade mal

bundesweit knapp 300.000. Das ifo Institut erwartet einen weiteren drastischen Rückgang beim Wohnungsbau in Deutschland. Berechnungen des Instituts zufolge werden 2024 rund 210.000 Wohnungen in neuen Wohngebäuden fertiggestellt, im Jahr 2025 sogar nur noch rund 175.000. Zusammen mit den übrigen Fertigstellungen werden 2025 lediglich etwa 200.000 Wohneinheiten entstehen. „Der wichtigste Grund für den Rückgang ist die erhebliche Verteuerung der Finanzierung und der Bauleistungen. Gleichzeitig hat der Bund die Neubauförderung drastisch zurückgefahren und die Standards für den Neubau Anfang 2023 abermals verschärft", sagt ifo-Bauexperte Ludwig Dorffmeister. Einflussfaktoren um die Situation ggfls. zu ändern zeigen oftmals erst mit zeitlicher Verzögerung von mehreren Jahren Wirkung.

Welche Gründe jetzt die richtigen sind ist letztendlich egal. Deutschland braucht mehr Wohnraum, und Erkelenz auch. Der nicht endende Flüchtlingsstrom trifft auf eine Wohnungsbaukrise mit fatalen Folgen. Wie soll Integration funktionieren, wenn auf dem freien Wohnungsmarkt keine Wohnungen vorhanden sind? In Erkelenz leben zur Zeit mehr als 1.500 geflüchtete Menschen. Selbst wenn die Menschen, die keine Bleibeperspektive haben, abgezogen werden, wird der Rest nur integriert werden können, wenn ein vernünftiges Wohnungsangebot auf dem freien Markt zur Verfügung steht. Der Begriff „Bezahlbarkeit" ist in der allgemeinen Diskussion überstrapaziert. Es gibt insgesamt zu wenig Wohnraum, in allen Segmenten. Die Fortschreibung des Handlungskonzeptes Wohnen der Stadt Erkelenz aus dem Jahr 2021 hat bereits die zukünftigen Auswirkungen beschrieben. Die Stadt Erkelenz kann aber nicht gegen den allgemeinen Trend alleine ankämpfen. An Wohnbaulandausweisungen fehlt es in Erkelenz sicher nicht. Die Baubranche und erforderliche Investoren brauchen Rahmenbedingungen, die erfolgreiche Investitionen auch möglich machen. Die Bundes- und Landespolitiker diskutieren zur Zeit Regelungen, um Gebäude zu errichten, die von den in Deutschland sehr hohen Baustandards abweichen können, der sogenannte Gebäudetyp E (für experimentell). Das ist an Peinlichkeit schon fast nicht mehr zu überbieten: Welche Möglichkeiten gibt es, von den Vorschriften abzuweichen, die der Gesetzgeber selber erlassen hat? Schilda läßt grüßen. Der Standard im öffentlich geförderten Wohnugnsbau ist so hoch, dass Projektentwickler die Investition scheuen, weil absehbar die festgelegten Mieten die Investition nicht refinanzieren können. Aufzüge in jedem Haus, barrierefreiheit in allen Wohnungen und Bädern, das sieht nicht unbedingt dananch aus, dass Bauen in Zukunft billiger wird.

Zeitgleich wird in Brüssel durch das EU-Parlament die europäische Gebäuderichtlinie verabschiedet, die für die zukünftigen Gebäude in Europa mind. KFW 40-Standard bis hin zum Passivhaus festschreibt. Das betrifft im Übrigen alle Gebäude, also auch die kommunalen Baumaßnahmen. Die neue Landesbauordnung für NRW sieht eine Pflicht für Photovoltaikanlagen auf Dächern bei Errichtung von Neubauten vor, für landeseigene Bauvorhaben und private Bauherren ab dem Jahr 2025, für die Gebäude der Kommunen ab dem Jahr 2024. Da denkt man ja im ersten Moment: das ist ein Druckfehler. Ist es aber nicht. Man verspricht sich davon eine „besondere Breitenwirkung im Zusammenhang mit der Vorbildwirkung der Kommunen" wie es in der Begründung zur Gesetzesänderung heißt. Wer das alles bezahlen soll, darüber wird sich leider ausgeschwiegen. Es ist sicherlich nicht Aufgabe der Kommune, dass herauszufinden.

Der Rohbaubereich ist im Moment von der Baukrise besonders gebeutelt. Bei den letzten Ausschreibungen haben wir eine bisher nicht gekannte Anzahl von Angebotsabgaben verzeichnet, darunter eine Vielzahl von Preisangeboten deutlich unter den Kalkulationswerten. Die Firmen suchen händeringend Aufträge um möglichst keine Mitarbeiter zu entlassen. Parallel dazu ist die sich ausweitende „Sub-Kultur" zu beobachten, das Einschalten von Subunternehmern für bestimmte Leistungen um das eigene Risiko zu minimieren, oder weil es im eigenen Unternehmen schlichtweg für bestimmte Leistungen keine Mitarbeiter mehr gibt. Der Fachkräftemangel ist beim Bau schon seit Jahren ein großes Thema mit regelmäßigen Werbeaktionen der Handwerkskammern und die Industrieverbände für Ausbildung und Personal im Baubereich.

Die anstehende Tarifrunde in der Bauwirtschaft wird dazu führen, dass die möglichen Preissenkungen beim Material direkt durch die zu erwartenden Lohnsteigerungen aufgezehrt werden. Billig war gestern, Qualität zu annehmbaren Preisen wäre auch in der Zukunft wünschenswert. Dazu bedarf es aber auch gut ausgebildetes und bezahltes Personal im Ingenieur- und Handwerkerbereich.

Bereits seit mehreren Jahren ist es auch bei der Stadt Erkelenz nicht mehr möglich, alle freien Stellen im Baudezernat zeitnah nach zu besetzen. Das betrifft mittlerweile auch einfache Stellen im Bereich des Baubetriebshofes. Das „Schicksal" teilen wir auch mit vielen beteiligten Ingenieurbüros aber auch anderen Kommunalverwaltungen, die um die gleichen Arbeitskräfte konkurrieren. Reibungsverluste bei der Projektabwicklung führen trotz guter Vorbereitung zu erheblichen zeitlichen Verzögerungen und auch deutlichen Mehrbelastungen der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Personalmangel in allen technischen Bereichen führt dazu, dass nicht mehr alle Projekte der Stadt Erkelenz in den ursprünglich vorgesehenen Zeitplanungen umgesetzt werden können und gesetzte Prioritäten verschoben werden müssen. Rekordinvestitionen und stetig steigende Anforderungen an das Bauen müssen auch bewältigt werden. Zwingend ist daher auch für die nächsten Jahre weiterhin eine Priorisierung der unterschiedlichen Aufgabenbereiche und Maßnahmen erforderlich, die sich an den Kernaufgaben der Verwaltung und an den wesentlichen Aufgabenstellungen orientieren muss. „Must to have" muss die Devise lauten.

Die Umsetzung der komplexen Maßnahmen im Rahmen des Integrierten Handlungskonzeptes Erkelenz 2030 ist eine große Herausforderung, die abhängig von einer geschickten Projektsteuerung und vom zur Verfügung stehenden Fachpersonal ist. Da Maßnahmen zeitlich ineinandergreifen und teilweise abhängig von der Fertigstellung der Vorgängermaßnahmen sind, kommt der sehr zeitintensiven Projektsteuerung eine besondere Bedeutung zu. Diese Projekte sind zwar Ansporn für die Mitarbeiter im Rahmen einer interessanten Tätigkeit, führen aber dazu, dass die „normalen Grundaufgaben" nicht mehr in Gänze erledigt werden können. Die besonderen Projekte kommen „on Top" dazu. Das ist eben auch eine besondere Aufgabe für das Personal, bei der der Bogen nicht überspannt werden darf. Zusätzliches Personal ist auch bei ausreichend vorhandenen Stellen im Stellenplan so gut wie nicht zu bekommen.

Der Franziskanerplatz und der Grünring sind fertig, der Marktplatz ist im Bau, die Mobilstation wird in den nächsten Wochen fertig, zahlreiche herausfordernde Projekte im Rahmen des integrierten Handlungskonzeptes. Die ganze Innenstadt ist eine Baustelle. Weitere Projekte sind schon durchgeplant und im Rahmen der Städtebauförderung bewilligt. Das Jahr 2025 soll zum „Durchschnaufen" und einer Baupause genutzt werden, bevor es dann in 2026 weitergehen kann. Die Umgestaltung der Innenstadt im Rahmen einer sich verändernden Gesellschaft zu mehr Aufenthaltsqualität, zu mehr Wohnqualität, zu einem geänderten Mobilitätsverhalten, zu einer Vision mit mehr Radverkehr auf Vorrangrouten und mehr ÖPNV, zu insgesamt mehr Lebensqualität, ist die große Chance für Zukunftsfähigkeit.

Auch wenn es nach wie vor eine hohe Nachfrage nach Baugrundstücken in Erkelenz gibt, wird es vor dem Hintergrund der Baupreissteigerungen und der geänderten Randbedingungen bei der Finanzierung in den folgenden Jahren nicht mehr so einfach sein, Baugrundstücke zu verkaufen. Die Planungen der GEE für die Baugebietsentwicklungen für die nächsten 10 Jahre sind bereits weit fortgeschritten, so dass die Aufgaben der Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft auch in Zukunft gesichert sind. Der Personenkreis, der sich das Bauen in Zukunft noch leisten möchte, wird allerdings kleiner werden und damit auch der Kundenkreis der GEE. Kleinere Grundstücke, flexiblere Regelungen in Notarverträgen und auf die Situation angepasste Festsetzungen in Bebauungsplänen gehören bereits seit geraumer Zeit zum Alltag beim Grundstücksverkauf.

Es bedarf weiterhin Flächen für die Stadtentwicklung, auch in Erkelenz. Der neue Regionalplan der Bezirksregierung in Köln befindet sich im Aufstellungsverfahren und wird für die Stadt Erkelenz ca. 30 ha zusätzliche Gewerbeflächen und über 50 ha zusätzliche Wohnbauflächen enthalten. Damit ist die Stadt Erkelenz bis weit in die 40er Jahre für die Stadtentwicklung sehr gut aufgestellt. Die Flächen sind ein Angebot kein Muss. Stadtentwicklung zeichnet sich immer schon durch die Konkurrenz von unterschiedlichen Flächennutzungen aus. Es wird hier zwangsläufig zu konkurrierenden Flächenbedarfen mit der Landwirtschaft kommen. Die richtige Balance im Sinne auch von nachhaltiger Stadtentwicklung hat vor allen Dingen die Aktivierung von bisher nicht genutzten oder brachgefallen Flächen im Blick. Das wird allerdings für die ausgerufenen Bedarfe überhaupt nicht ausreichen, selbst unter Einbeziehung möglicher neuer Flächen im Bereich der fünf Orte, die nicht mehr umgesiedelt werden sollen Zukunftsweisende Stadtplanung muss Konzepte hervorbringen, die „generationenfest" sind.

Zwei Stichworte noch: Klimaanpassung und Starkregenrisikomanagement. Die Verwaltung hat dazu in diesem und im letzten Jahr entsprechende Konzepte erstellen lassen, die im Sommer fertiggestellt und vorgestellt werden. Es ist erkennbar, weil beide Themen aktuell auch stark in der politischen Diskussion sind, dass Erwartungshaltung und das Ergebnis wie bei vielen anderen Themen weit auseinanderklaffen. Die Stadt Erkelenz und auch die Stadtverwaltung hat keinen Einfluss darauf, wo die Sonne schein, wo es regnet, wo es besonders stark regnet und wo das Wasser auf Grund der vorhandenen Topographie hinläuft. Der Adressat dieser Konzepte und der Ergebnisse der Risikoeinschätzung ist jeweils der Bürger, der sein Verhalten ändern und sich gegen Starkregen selber schützen muss. Hier braucht es eine ehrliche Diskussion und Information auf allen Ebenen und die

Bewusstseinsbildung bei der Bevölkerung, dass sich das Klima tatsächlich bereits verändert hat. Das permanente Herunterbrechen von Aufgaben durch Bund und Land an die Kommunen bei großen Gemeinschaftsaufgaben muss ein Ende haben. Sonst sind kommunale Pflichtaufgaben zukünftig nicht mehr zu bewerkstelligen. Das betrifft im Übrigen auch die „kommunale Wärmeplanung", die als Kompromiss zwischen Bund und Land als „Zauberwort" für die Wärmewende im letzten Jahr herhalten musste.

Bauaufgaben orientieren sich immer an den allgemeinen gesellschaftlichen und finanziellen Rahmenbedingungen. Das wird auf absehbare Zeit auch vor dem Hintergrund des Weltgeschehens sicherlich eine herausfordernde Aufgabe bleiben. Weniger ist mehr, ein Spruch, den Baumeister Ludwig Mies van der Rohe auch in der Architektur adaptiert und geprägt hat. Ein Grund mehr, genau zu prüfen, welche Gebäude wir in Zukunft für die Erfüllung der kommunalen Aufgaben tatsächlich brauchen.

Noch ein abschließender Punkt zum Thema Chancen und Risiken in der Personalgewinnung in eigener Sache: Das ist mein letzter Beitrag zum Lagebericht für einen Jahresabschluss. Meine Amtszeit als technischer Beigeordneter endet am 31.01.2025. Den Lagebericht für das Jahr 2024 wird dann meine Nachfolge im Amt übernehmen. Ich wünsche der Stadt Erkelenz viel Erfolg und eine glückliche Hand bei der Nachbesetzung der Stelle als technischer Beigeordneter."

Nach Auffassung der Örtlichen Rechnungsprüfung spiegeln die Aussagen im Lagebericht insgesamt die künftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend wieder.

Die Örtliche Rechnungsprüfung regt an, die Risiken falls möglich finanziell zu bewerten, um sie damit für die Zukunft anschaulicher zu machen. Die derzeitige Sondersituation führt jedoch allen Beteiligten vor Augen, dass dies zum jetzigen Zeitpunkt nahezu unmöglich erscheint.

3.1.3 Zusammenfassende Beurteilung

Der Landrat des Kreises Heinsberg teilte mit Schreiben vom 07.02.2023 mit, dass die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023, mit einer nach § 80 Abs. 5 GO NRW verkürzten Frist, bekannt gemacht werden konnte.

Die Haushaltsplanung 2023 ging von einem Jahresfehlbetrag von 2.983.000,00 € aus. Der Jahresabschluss 2023 hat ergeben, dass der Gesamtbetrag der Erträge die Höhe der Aufwendungen übersteigt. Der Jahresüberschuss 2023 beträgt: 2.028.017,86 €. Dies entspricht einer Ergebnisverbesserung von 5.011.017,86 €.

Der aktuelle Bestand der Ausgleichsrücklage zum 31.12.2023 beträgt: 37.943.043,53 €. Nach erfolgtem Ratsbeschluss wird der Jahresüberschuss 2022 in Höhe von 11.047.068,70 € die Ausgleichsrücklage zunächst auf 48.990.112,23 € erhöhen. Einen Beschluss über die Verwendung eines Jahresüberschusses bedarf es ab dem Jahresabschluss 2023 nicht mehr. Gem. § 75 Abs. 3 Satz 2 GO NRW erhöhen

Jahresüberschüsse, soweit sie nicht für des Haushaltsausgleich verwendet werden, die Ausgleichsrücklage kraft Gesetzes, ohne dass es dafür einer Beschlussfassung bedarf.

Damit erhöht sich der Bestand der Ausgleichsrücklage nach dem Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses 2023 auf insgesamt 51.018.130,09 €.

Der Bestand der Ausgleichsrücklage wird voraussichtlich die Genehmigungspflicht zukünftiger Haushaltssatzungen der Stadt Erkelenz durch die Aufsichtsbehörde des Kreises Heinsberg für den Zeitraum der mittelfristigen Ergebnisplanung verhindern. Ob dies aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen, der weltpolitischen Lage, der gestiegenen Inflation sowie der hohen Energiepreise tatsächlich so eintritt, bleibt abzuwarten.

Auf der anderen Seite erhöht sich der Bestand der „Bilanzierungshilfe“ um 242.290,03 € auf 6.410.136,39 €. Über diesen Bestand der „Bilanzierungshilfe“ ist Ende 2025 zu entscheiden, wie damit bilanziell umgegangen werden soll. Genauer gesagt, in welcher Form dieser Bestand gegen das Eigenkapital zu buchen ist.

Personal-, Energie-, und Baukosten, werden aufgrund der im Lagebericht richtigerweise geschilderten Situation steigen. Daher sollte weiterhin aufgrund der bereits jetzt erkennbaren Situation mit aller Besonnenheit maßvoll mit den Haushaltsmitteln der kommenden Jahre umgegangen werden.

Im Jahr 2023 wurde wie in den vergangenen Jahren von der Regelung Gebrauch gemacht, dass Erträge und Aufwendungen aus dem Abgang und der Veräußerung von Vermögensgegenständen nicht mehr ergebniswirksam darzustellen sind, sondern unmittelbar mit der allgemeinen Rücklage verrechnet werden können (§ 44 Abs. 3 KomHVO NRW).

Die einzelnen Aufwendungen und Erträge der betroffenen Finanzvorfälle sind, wie es § 44 Abs. 3 KomHVO NRW fordert, im Anhang zum Jahresabschluss erläutert. Die Gesamtsumme der betroffenen Finanzvorfälle beträgt im Jahr 2023 lediglich 39.486,67 €. Der Bestand der allgemeinen Rücklage beträgt zum Bilanzstichtag 31.12.2023: 189.529.480,52 €.

In der nachfolgenden Tabelle sind sowohl die seinerzeit prognostizierten als auch die tatsächlichen Ergebnisse der Jahre 2014 bis 2023 sowie die Ergebnisplanungen der Jahre 2024 bis 2026 dargestellt.

Prognose und Entwicklung der Jahresergebnisse:

	Ordentliche Erträge	Außerordentliche Erträge ab 2020	Ordentliche Aufwendungen	Finanzerträge	Zinsen u. so. Finanz-aufwendungen	**Jahres-ergebnis**
Planung 2013	83.398.464,00 €	0,00 €	-89.249.421,00 €	5.517.005,00 €	-1.398.048,00 €	**-1.732.000,00 €**
Ergebnis 2013	83.125.363,24 €	0,00 €	-89.145.829,40 €	6.452.091,33 €	-1.012.404,54 €	**-580.779,37 €**
Planung 2014	83.556.114,00 €	0,00 €	-90.625.627,00 €	6.064.405,00 €	-1.174.892,00 €	**-2.180.000,00 €**
Ergebnis 2014	84.785.317,94 €	0,00 €	-89.895.674,46 €	5.679.751,85 €	-987.644,28 €	**-418.248,95 €**
Planung 2015	83.302.351,00 €	0,00 €	-91.066.023,00 €	6.060.132,00 €	-956.460,00 €	**-2.660.000,00 €**
Ergebnis 2015	87.308.293,65 €	0,00 €	-92.637.835,69 €	6.232.165,38 €	-823.160,98 €	**79.462,36 €**
Planung 2016	90.107.665,00 €	0,00 €	-98.481.200,00 €	5.965.935,00 €	-882.400,00 €	**-3.290.000,00 €**
Ergebnis 2016	94.699.068,80 €	0,00 €	-99.891.909,27 €	6.446.939,28 €	-584.219,56 €	**669.879,25 €**
Planung 2017	95.770.015,00 €	0,00 €	-102.860.939,00 €	5.985.055,00 €	-614.131,00 €	**-1.720.000,00 €**
Ergebnis 2017	99.360.051,80 €	0,00 €	-101.053.742,79 €	6.150.479,97 €	-573.076,99 €	**3.883.711,99 €**
Planung 2018	100.413.350,00 €	0,00 €	-106.042.507,00 €	5.928.654,00 €	-585.497,00 €	**-286.000,00 €**
Ergebnis 2018	103.191.723,09 €	0,00 €	-101.967.876,21 €	6.031.080,56 €	-628.337,83 €	**6.626.589,61 €**
Planung 2019	99.704.294,00 €	0,00 €	-106.570.699,00 €	6.150.378,00 €	-583.973,00 €	**-1.300.000,00 €**
Ergebnis 2019	103.097.415,87 €	0,00 €	-105.304.046,18 €	6.509.510,04 €	-654.852,81 €	**3.648.026,92 €**
Planung 2020	105.673.500,00 €	0,00 €	-110.804.220,00 €	5.986.460,00 €	-420.740,00 €	**435.000,00 €**
Ergebnis 2020	105.829.763,79 €	2.945.134,55 €	-108.775.247,77 €	6.227.655,14 €	-259.774,90 €	**5.967.530,81 €**
Planung 2021	103.503.836,00 €	5.345.709,00 €	-114.081.152,00 €	5.869.551,00 €	-372.944,00 €	**265.000,00 €**
Ergebnis 2021	105.120.765,41 €	3.222.711,81 €	-107.967.284,06 €	6.935.512,45 €	-717.682,43 €	**6.594.023,18 €**
Planung 2022	108.329.109,00 €	3.304.000,00 €	-119.858.588,00 €	6.118.368,00 €	-392.889,00 €	**-2.500.000,00 €**
Ergebnis 2022	122.438.242,47 €	0,00 €	-117.121.206,18 €	6.027.355,96 €	-297.323,55 €	**11.047.068,70 €**
Planung 2023	117.144.772,00 €	1.622.400,00 €	-126.978.629,00 €	5.893.400,00 €	-664.943,00 €	**-2.983.000,00 €**
Ergebnis 2023	127.179.176,06 €	242.290,03 €	-131.131.160,37 €	6.870.090,43 €	-1.132.378,29 €	**2.028.017,86 €**
Planung 2024	122.353.603,00 €	0,00 €	-138.110.146,00 €	6.742.800,00 €	-379.257,00 €	**-9.393.000,00 €**
Planung 2025	126.017.319,00 €	0,00 €	-136.338.301,00 €	6.757.902,00 €	-363.920,00 €	**-3.927.000,00 €**
Planung 2026	129.310.116,00 €	0,00 €	-136.902.117,00 €	6.757.998,00 €	-337.997,00 €	**-1.172.000,00 €**
Planung 2027	131.632.184,00 €	0,00 €	-137.815.310,00 €	6.778.111,00 €	-258.985,00 €	**336.000,00 €**

Eine weitere unbekannte Größe ist die zukünftige Entscheidung des Rates, wie mit der in der Bilanz ausgewiesenen Bilanzierungshilfe umgegangen werden soll. Von dieser Entscheidung wird abhängig sein, inwieweit die Jahresergebnisse zukünftig belastet werden. Dazu wird zum anstehenden Zeitpunkt sicherlich das Für und Wider durch den Rat abzuwägen sein.

3.2 Unregelmäßigkeiten

Bei der Durchführung der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes wurden keine schwerwiegenden Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften und/oder die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen festgestellt.

Beim Einlesen der Summen-Salden-Liste 2023 in die Prüfungssoftware „CaseWare“ wurde folgende Unstimmigkeit im Rahmen der Bilanz festgestellt:

Zwei Bilanzkonten wurden in der Buchhaltungssoftware „Infoma“ nicht korrekt dargestellt. Im Zusammenhang mit der Korrektur dieser Unstimmigkeit hätte sich die Bilanzsumme sowohl auf der Aktivseite als auch auf der Passivseite um 52.783,50 € erhöht. Bei einer Bilanzsumme von 483.768.054,24 € entspricht dies einer Veränderung von 0,012 %. Dies wird jedoch seitens der Örtlichen Rechnungsprüfung für den Jahresabschluss 2023 als nicht wesentlich betrachtet.

In Absprache mit dem Kämmerer wurde die Kontenstruktur für den Jahresabschluss 2024 durch das Amt für Kommunalwirtschaft und Liegenschaften angepasst, so dass die vorgenannte Unstimmigkeit damit behoben ist.
Der Entwurf des Jahresabschlusses 2023 wurde am 27.05.2024 durch den Kämmerer aufgestellt, am gleichen Tage durch den Bürgermeister bestätigt und am 27.06.2024 über den Haupt- und Finanzausschuss dem Rat der Stadt Erkelenz zur Feststellung zugeleitet.

Durch Ratsbeschluss vom 03.07.2024 wurde die Prüfung des Entwurfs des Jahresabschlusses an den Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung verwiesen. Dieser bedient sich gem. § 59 Abs. 3 Satz 2 GO NRW der Örtlichen Rechnungsprüfung.

Die bisher in § 95 Abs. 5 GO NRW geltende Dreimonatsfrist (31.03.j.J.) für die Zuleitung, gilt für den Jahresabschluss 2023 erstmalig nicht mehr.

Der Gesetzgeber hat im 3. Gesetz zur Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements im Land Nordrhein-Westfalen (3. NKFWG NRW) die Frist für die Zuleitung des durch den Bürgermeister gem. § 95 Abs. 5 Satz 2 GO NRW bestätigten Entwurfs des Jahresabschlusses zur Feststellung durch den Rat auf sechs Monate nach Ablauf des Haushaltsjahres verlängert (30.06.j.J.).

Die Örtliche Rechnungsprüfung stellt fest, dass der Jahresabschluss 2023 fristgerecht durch den Kämmerer aufgestellt und durch den Bürgermeister formgerecht dem Rat über den Haupt- und Finanzausschuss zur Feststellung vorgelegt wurde.

4 Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

4.1 Gegenstand der Prüfung

Erstellung, Aufstellung, Inhalt und Ausgestaltung der Buchführung, des Jahresabschlusses und des Lageberichtes liegen in der Verantwortung des Bürgermeisters der Stadt Erkelenz. Aufgabe der Örtlichen Rechnungsprüfung ist es, auf der Grundlage der durchgeführten, pflichtgemäßen Prüfung ein Urteil über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung, der Inventur, des Inventars sowie der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände und über den Lagebericht abzugeben.

Dazu hat die Örtliche Rechnungsprüfung die Buchführung, die Inventur, das Inventar, die örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände, den Jahresabschluss zum 31.12.2023, bestehend aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen, der Bilanz **(Anlage 1)** sowie dem Anhang **(Anlage 2)** und dem Lagebericht für das Haushaltsjahr vom 01.01.2023 bis 31.12.2023 **(Anlage 3)** der Stadt Erkelenz, geprüft.

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Vorschriften zur Rechnungslegung nach der GO NRW bzw. KomHVO NRW aufgestellt. Im Rahmen des gesetzlichen Prüfungsauftrages wurde die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und die sie

ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen über den Jahresabschluss und den Lagebericht sowie die Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung geprüft.
Hierfür notwendige Unterlagen wurden zur Verfügung gestellt, erforderliche Aufklärungen und Nachweise erteilt. Bei der Prüfung aufgekommene Fragestellungen wurden im Vorfeld mit dem Kämmerer besprochen und ausgeräumt.

4.2 Art und Umfang der Prüfung

Die Örtliche Rechnungsprüfung hat die Prüfung nach den §§ 102 und 104 GO NRW und in Anlehnung an die vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) bzw. Institut der Rechnungsprüfer (IDR) festgestellten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen.

Diese Grundsätze erfordern es, die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass ein hinreichend sicheres Urteil darüber abgegeben werden kann, ob die Buchführung eine den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Aussage trifft und somit der Jahresabschluss und der Lagebericht frei von wesentlichen Fehlern sind.

Auf der Grundlage des vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) entwickelten risikoorientierten Prüfungsansatzes ist eine am Risiko der Stadt Erkelenz ausgerichtete Prüfungsplanung durchgeführt worden.

Die Prüfung eines Jahresabschlusses beginnt nicht etwa erst an dem Zeitpunkt, zu dem er aufgrund des Beschlusses des Rates der Örtlichen Rechnungsprüfung vorgelegt wird. Vielmehr werden zahlreiche Prüfbereiche bereits vorher unterjährig im Laufe des entsprechenden Haushaltsjahres betrachtet.

So können im Rahmen des risikoorientierten Prüfungsansatzes bereits frühzeitig mögliche Fehlerquellen festgestellt werden. Dies wiederum ermöglicht es, so rechtzeitig gegenzusteuern, dass es bei der Erstellung des Jahresabschlusses erst gar nicht zu entsprechenden Fehlern und, in der Folge davon, zu Prüfbeanstandungen kommt. Alle Prüfbetrachtungen und -ergebnisse fließen anschließend in die Prüfung des Jahresabschlusses ein.

Folgende Prüfbereiche wurden bereits unterjährig betrachtet:

<u>Überwachung der Finanzbuchhaltung</u>

Kontrollen fanden hier insbesondere in den nachstehend genannten Bereichen statt:

Dauernde Überwachung der Zahlungsabwicklungsstelle (ZAS) anhand folgender Prüfung in 2023:

- Prüfung Verwahrgelass
- Prüfung „Vernichtung ungültiger Schecks“

Unvermutete Prüfungen der dezentralen Erledigung der Zahlungsabwicklung bei den folgenden Einnahmekassen (grundsätzlich einmal jährlich): Baubetriebshof,

Bürgerbüro, Bücherei, ERKA-Bad, Hallenbad Gerderath, Ordnungsamt Außendienst, Ordnungsamt Gewerbestelle, Ordnungsamt Standesamt.

Prüfungsinhalte sind dabei die Ermittlung der Kassen-Ist-Bestände und der Kassen-Soll-Bestände sowie Vergleiche hinsichtlich ihrer Übereinstimmung, die Abwicklung des Zahlungsverkehrs, die Buchführung einschließlich der hierzu erforderlichen Belege mit Hilfe der Auswertungen aus dem Kassenprogramm „KomCash“ oder sonstigen Belegen, dem Buchführungssystem Infoma sowie die wirtschaftliche und ordnungsmäßige Erledigung der Kassengeschäfte.

Vergabeprüfungen

Grundsätzlich werden Ausschreibungsverfahren über die Vergabeplattform (Vergabesatellit Wirtschaftsregion Aachen) abgewickelt.

Vorbeugende und begleitende Kontrollen sowohl bei der Vergabe von Lieferungen und Leistungen als auch bei Bauaufträgen mit den folgenden Schwerpunkten wurden durchgeführt:

- Beachtung der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit,
- Überwachung der Einhaltung der Vergaberichtlinien,
- Beteiligung an Submissionsterminen incl. anschließender formaler Prüfung der Angebotsunterlagen,
- Überprüfung von Vergabeangelegenheiten über 5.000,00 € zuzüglich Umsatzsteuer mit entsprechenden Prüfvermerken bzw. Prüffeststellungen für folgende neun Organisationseinheiten: Hauptamt, Personalamt, Rechts- u. Ordnungsamt, Amt für Bildung u. Sport, Amt für Kinder, Jugend, Familie u. Soziales, Baubetriebs- u. Grünflächenamt, Planungsamt, Bauaufsichts- u. Hochbauamt, Tiefbauamt, Abwasserbetrieb, Amt für Strukturwandel und Wirtschaftsförderung sowie das Referat für Klimaschutz,
- Prüfung von Schlussrechnungen, wenn sie in Ausführung oder Abrechnung vom eingebuchten Auftrag ab 5.000,00 € zuzgl. Umsatzsteuer abweichen,
- Prüfung von Rechnungen über 2.000,00 € zuzgl. Umsatzsteuer ohne vorherige Auftragseinbuchung

Die von der Örtlichen Rechnungsprüfung geprüften Vergabeverfahren wurden gem. gem. § 104 Abs. 2 Satz 1 GO NRW auch auf Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit geprüft.

Sonderprüfungen

Sonderprüfungen in den verschiedenen Ämtern und Sachgebieten der Verwaltung sowie projektbezogene Überprüfungen fanden statt, zu Themen wie

- Prüfung der Verwendungsnachweise für die Unterhaltung der Kriegsgräber,
- Prüfung von Verrechnungen mit der allgemeinen Rücklage gem. § 44 Absatz 3 KomHVO NRW im Amt für Kommunalwirtschaft,

- Prüfung des Beteiligungsberichtes zum 31.12.2023,
- Prüfung der Schulgirokonten.

Prüfung des sozialen Bereiches

Im Rahmen der Rechtsgrundlagen des Zwölften Sozialgesetzbuches sowie der hierzu ergangenen Weisungen des örtlichen Trägers der Sozialhilfe (Kreis Heinsberg) sind schwerpunktmäßig folgende Bereiche betrachtet worden:

Prüfung des Abrechnungsverfahrens der Sozialhilfeleistungen (Grundsicherung im Alter und bei voller Erwerbsminderung; Hilfe zum Lebensunterhalt für diejenigen, die keine Leistungsansprüche nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch haben; Hilfen in besonderen Lebenslagen) sowie Ermittlung der Ein- und Auszahlungen einschließlich Überprüfung der monatlichen Abrechnungen mit dem örtlichen Träger der Sozialhilfe (§ 3 II SGB XII), Prüfung von Einzelfallentscheidungen, Bekanntgabe des Ergebnisses der Prüfung an den Kreis Heinsberg, sowie die Erteilung eines Untertestates an den Kreis Heinsberg im Zusammenhang mit den Grundsicherungsleistungen gem. § 7 Abs. 2 Ausführungsgesetz SGB XII NRW.

Weiterhin erfolgte auch in 2023 die Prüfung der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG).

Art, Umfang und zeitlicher Ablauf der einzelnen Prüfungshandlungen sowie der Einsatz der Mitarbeiter wurden unter Berücksichtigung der Risikoeinschätzung sowie der Wesentlichkeit bestimmt.

Die Prüfungsstrategie des risikoorientierten Prüfungsansatzes hat zu weiteren Schwerpunkten des Prüfungsprogramms geführt:

- Aufwendungen zur Erhaltung der gemeindlichen Leistungsfähigkeit (NKF-COVID-19-Ukraine-Isolierungsgesetz – NKF-CUIG)

  Das NKF-CIG war erstmals prägend für die Jahresabschlüsse 2020 und 2021. Nachdem im Jahresabschluss 2022 keine zusätzlichen primären Belastungen nach dem NKF-CUIG für 2022 ausgewiesen wurden, fallen nunmehr im Jahresabschluss 2023 wieder Mehraufwendungen bzw. Mindererträge an.

  Die entsprechenden Berechnungen wurden ausführlich im Anhang auf den Seiten 349 bzw. 366 – 368 erläutert. Die Örtliche Rechnungsprüfung hat die dazugehörigen Aufstellungen des Amtes für Kommunalwirtschaft und Liegenschaften geprüft. Im Jahresabschluss 2023 wurden weitere Aufwendungen in Höhe von 242.290,03 € aktiviert. Der auf der Aktivseite in der Bilanz unter „Aufwendungen zur Erhaltung der gemeindlichen Leistungsfähigkeit“ ausgewiesene Betrag erhöht sich damit auf 6.410.136,39 €.

- Anlagevermögen, hier: Sachanlagevermögen

Die Sachanlagen wurden wiederum stichprobenartig hinsichtlich der Zu- und Abgänge im Rechnungsjahr 2023 geprüft. Prüfungen der Nachweise für die Bilanzierung wurden vorgenommen. Angewandte Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze wurden auf Beachtung überprüft.
Die Übersicht über die örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände wurde auf der Grundlage der vom Innenministerium bekannt gegebenen Abschreibungstabelle unter Berücksichtigung der tatsächlichen örtlichen Verhältnisse erstellt.
Die Örtliche Rechnungsprüfung hat sich davon überzeugt, dass die Bestimmung der Nutzungsdauern entsprechend vorgenommen wurde.

Gegenstand der Prüfungshandlungen im Rahmen der Prüfung des Lageberichtes waren die Vollständigkeit und Plausibilität der Angaben. Die Angaben sind unter Berücksichtigung der während der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse beurteilt worden, ob sie im Einklang mit dem Jahresabschluss stehen, insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Stadt Erkelenz vermitteln und die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend darstellen.

Die Örtliche Rechnungsprüfung ist der Auffassung, dass die Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für das Prüfungsurteil bildet.

5 Feststellung und Erläuterungen zur Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

5.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Die Stadt Erkelenz bedient sich zur Führung der Bücher der elektronischen Datenverarbeitung. Die Datenverarbeitung erfolgt seit dem 01.01.2011 mit der Buchhaltungssoftware New System Kommunal INFOMA. Das Testat für die Buchhaltungssoftware New System Kommunal INFOMA wurde durch die Örtliche Rechnungsprüfung der Stadt Aachen ausgestellt und wird in regelmäßigen Abständen aktualisiert.
Daneben befindet sich Verwaltungssoftware und PC-Standard-Software wie z.B. MS-EXCEL, MS-Outlook, MS-Word etc. im Einsatz. Als Betriebssystem wird Windows 10 eingesetzt.
Nach den Prüfungsfeststellungen gewährleistet der auf Grundlage des NKF - Kontenrahmens erstellte und für den Jahresabschluss angewandte Kontenplan eine klare und übersichtliche Ordnung des Buchungsstoffes. Die Geschäftsvorfälle wurden vollständig, fortlaufend und zeitgerecht erfasst. Die Belege wurden ordnungsgemäß angewiesen, ausreichend erläutert und übersichtlich abgelegt. Die Zahlen der Schlussbilanz zum 31.12.2022 wurden richtig in das Berichtsjahr 2023 vorgetragen. Der Jahresabschluss 2023 wurde aus der Buchführung zutreffend entwickelt und vom Kämmerer der Stadt Erkelenz aufgestellt.

Der eingesetzte digitale Rechnungsworkflow ist weiterhin vollständig in das Finanzwesen integriert und übernimmt transparent sämtliche Schritte im Rechnungs-freigabeprozess. Die Lösung unterstützt die gesamte Prozesskette - Scannen, Bearbeitung und Archivierung der Rechnungs- und Buchungsbelege im

Buchführungssystem INFOMA. Buchungsbelege sind im Rechnungsworkflow individuell auf den jeweiligen Bedarf konfiguriert und durch eine elektronische Signatur ergänzt. So ist jederzeit nachvollziehbar, wer an welcher Stelle im Rechnungsworkflow aktiv eingegriffen hat.

Die revisionssichere Archivierung der Belege und eine prozessbegleitende Dokumentation runden den digitalen Prozess ab. Die Örtliche Rechnungsprüfung ist gemäß der Dienstanweisung für die Finanzbuchhaltung in den Prozessablauf integriert und hat Zugriff auf sämtliche im Rechnungsworkflow befindlichen Dokumente.

Die Dienstanweisung für die Finanzbuchhaltung der Stadt Erkelenz, in der aktuell geltenden Fassung, regelt die vollständige, richtige und zeitnahe Erfassung, Verarbeitung und Aufzeichnung der Daten der Rechnungslegung.

Die Örtliche Rechnungsprüfung prüft laufend unterjährig die Einhaltung dieser Dienstanweisung. Des Weiteren wurde eine zusätzliche Überprüfung der Buchungsbelege im Rahmen der Jahresabschlussprüfung stichprobenartig durchgeführt. Dies hat zu keinerlei wesentlichen Beanstandungen geführt.

Die Bestandsnachweise der Vermögensgegenstände und die Nachweise zum Kapital, der Schulden, der Rückstellungen, der Sonderposten und der Rechnungsabgrenzungsposten sind erbracht.
Die von der Stadt Erkelenz getroffenen organisatorischen und technischen Maßnahmen sind geeignet, die Sicherheit der rechnungslegungsrelevanten Daten und IT-Systeme zu gewährleisten.

Die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen entsprechen nach der Feststellung der Örtlichen Rechnungsprüfung den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und den sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen.

Die aus den weiteren geprüften Unterlagen entnommenen Informationen führen zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht.

5.2 Jahresabschluss

Gemäß § 38 Abs. 1 KomHVO NRW besteht der Jahresabschluss aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen, der Bilanz und dem Anhang. Dem Jahresabschluss ist ein Lagebericht nach § 49 beizufügen (§ 38 Abs. 2 KomHVO NRW).

Die Bilanz, die Ergebnisrechnung, die Finanzrechnung sowie die Teilrechnungen sind den gesetzlichen Vorschriften entsprechend gegliedert. Die Vermögensgegenstände und die Schulden sowie das Kapital, die Sonderposten und die Rechnungsabgrenzungsposten wurden nach den gesetzlichen Bestimmungen sowie den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung angesetzt und bewertet.

Für erkennbare Risiken wurden Rückstellungen in ausreichendem Maße gebildet. Die Investitionen wurden entsprechend einzeln in der Teilfinanzrechnung ausgewiesen.

Die mit Hilfe der Prüfsoftware erstellte Bilanz für den Jahresabschluss 2023 weicht geringfügig von der Bilanz des Jahresabschlusses der Stadt Erkelenz 2023 ab. Im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses hat die Örtliche Rechnungsprüfung Umbuchungs- oder Umgliederungsvorschläge gemacht. (siehe Ausführungen zu Punkt 3.2 Unregelmäßigkeiten).

Die Haushaltssatzung 2023 setzt in § 5 den Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, auf 12.000.000,00 € fest. Kredite zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite) wurden im Haushaltsjahr 2023 wiederum nicht aufgenommen

Die Örtliche Rechnungsprüfung kommt zu dem Ergebnis, dass der Jahresabschluss zum 31.12.2023 ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen aufgestellt worden ist und den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und den sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen entspricht.

5.3 Lagebericht

Gem. § 49 der KomHVO NRW ist der Lagebericht so zu fassen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt vermittelt wird. Dazu ist ein Überblick über die wichtigen Ergebnisse des Jahresabschlusses und Rechenschaft über die Haushaltswirtschaft im abgelaufenen Jahr zu geben. Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, auch solcher, die nach Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind, ist zu berichten.

Außerdem hat der Lagebericht eine ausgewogene und umfassende, dem Umfang der gemeindlichen Aufgabenerfüllung entsprechende Analyse der Haushaltswirtschaft und der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt zu enthalten.

In die Analyse sollen produktorientierte Ziele und Kennzahlen, soweit sie bedeutsam für das Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt sind, einbezogen und unter Bezugnahme auf die im Jahresabschluss enthaltenen Ergebnisse erläutert werden.

Auch ist auf Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Gemeinde einzugehen; zugrundeliegende Annahmen sind anzugeben.

Der vom Kämmerer verfasste Lagebericht wird um die Chancen- und Risikoeinschätzung für die zukünftige Entwicklung der Stadt Erkelenz durch den Verwaltungsvorstand ergänzt. Es wird erneut deutlich, dass es im Jahr 2023 nicht zu vernachlässigende Risiken gab bzw. für die folgenden städtischen Haushaltsjahre geben wird.

Aus der Betrachtung dieser Risiken wird jedoch auch deutlich, dass diese vielfach nicht finanziell zu beziffern sind, weil seriöse Grundannahmen fehlen. Diese Aussage wird

dadurch bekräftigt, dass sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht seriös abschätzen lässt, wie sich die unvermeidlichen Ertragsausfälle in den zukünftigen Jahren auswirken werden.

Die Örtliche Rechnungsprüfung empfiehlt, wie in den Vorjahren die zitierten Risiken weiterhin kritisch zu beobachten, um ggf. rechtzeitig tätig zu werden. Risikomanagement ist originäre Aufgabe des Behördenleiters.

Abschließende Einschätzung der Örtlichen Rechnungsprüfung:

Der Lagebericht 2023 entspricht nach den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen den gesetzlichen Vorschriften und ist diesem Bericht als Anlage beigefügt.

Die Prüfung ergab, dass der Lagebericht

- mit dem Jahresabschluss sowie den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht;
- insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Stadt vermittelt;
- die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend darstellt,
- alle weiteren nach § 49 KomHVO NRW erforderlichen Angaben und Erläuterungen enthält.

Der Örtlichen Rechnungsprüfung sind keine nach Schluss des Haushaltsjahres eingetretenen Vorgänge von besonderer Bedeutung bekannt geworden, über die zu berichten wäre.

5.4 Anhang

Im Anhang sind entsprechend § 45 Abs. 1 KomHVO NRW zu den Posten der Bilanz die verwendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden anzugeben. Die Positionen der Ergebnisrechnung und die in der Finanzrechnung nachzuweisenden Einzahlungen und Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit sind zu erläutern. Die Anwendung von Vereinfachungsregelungen und Schätzungen ist zu beschreiben. Die Erläuterungen sind so zu fassen, dass sachverständige Dritte die Sachverhalte beurteilen können. Für die äußere Gestaltung des Anhangs, seinen Aufbau und Umfang bestehen keine besonderen Formvorgaben.

Der Anhang enthält die erforderlichen Angaben zu den einzelnen Posten der Bilanz und gibt sonstige Pflichtangaben richtig und vollständig wieder. Die verwendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden allgemein angegeben. Die Positionen der Ergebnisrechnung und die in der Finanzrechnung nachzuweisenden Einzahlungen und Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit wurden erläutert.

Der Rat hat in seiner Sitzung am 03.07.2024 beschlossen, dass die Voraussetzungen des § 116a Abs. 1 GO NRW für die Befreiung von der Aufstellung eines Gesamtabschlusses zum 31.12.2023 vorliegen und auf die Aufstellung eines Gesamtabschlusses zum 31.12.2023 verzichtet.

Sofern eine Kommune von der größenabhängigen Befreiung im Zusammenhang mit der Erstellung des Gesamtabschlusses und des Gesamtlageberichts Gebrauch macht, sind in dem Anhang des kommunalen Jahresabschlusses Angaben zu Erträgen und Aufwendungen mit den einzubeziehenden voll-konsolidierungspflichtigen verselbstständigten Aufgabenbereichen aufzunehmen (§ 38 Abs. 2 Satz 2 i. V. m. § 45 Abs. 2 Ziffer 10 KomHVO NRW). Die erforderlichen Angaben wurden erbracht.

Ergänzend sei an dieser Stelle erwähnt, dass ein Beteiligungsbericht zum 31.12.2023 gem. § 117 GO NRW erstellt und in der Sitzung des Rates am 03.07.2024 fristgerecht nach § 116a GO NRW (bis zum 30.09. des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres) beschlossen wurde.

Im Anhang ist gem. § 45 Abs. 2 Satz 2 KomHVO NRW anzugeben, ob und für welchen Zeitraum ein gültiger Gleichstellungsplan gem. § 5 des Gesetzes zur Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen vorliegt. Dies ist im Anhang des vorliegenden Jahresabschlusses der Fall.

Gem. § 95 Abs. 3 GO NRW sind am Schluss des Anhangs der Bürgermeister, die Mitglieder des Rates, die Beigeordneten und der Kämmerer, auch wenn Sie im Haushaltsjahr ausgeschieden sind, mit dem Familiennamen und mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen anzugeben. Die geforderte Aufstellung ist dem Anhang beigefügt.

Dem Anhang ist ein Anlagenspiegel, ein Forderungsspiegel, ein Verbindlichkeitenspiegel nach den §§ 46 bis 48 KomHVO NRW sowie ein Eigenkapitalspiegel und eine Übersicht über die in das folgende Jahr übertragenen Haushaltsermächtigungen beizufügen.

Anlagenspiegel

Der nach § 45 Abs. 3 i. V. m. § 46 KomHVO NRW beizufügende Anlagenspiegel entspricht in der Form dem vom Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung per Runderlass vom 08.11.2019, vorgegebenen Muster (VV Muster zur GO NRW und KomHVO NRW, Anlage 24). Im Anlagenspiegel wird die gesetzlich geforderte Entwicklung der Posten des Anlagevermögens vollständig und richtig dargestellt.

Forderungsspiegel

Der nach § 45 Abs. 3 i. V. m. § 47 KomHVO NRW beizufügende Forderungsspiegel entspricht in der Form dem vom Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung per Runderlass vom 08.11.2019, vorgegebenen Muster (VV Muster zur GO NRW und KomHVO NRW, Anlage 25). Der Forderungsspiegel enthält alle öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Forderungen unterteilt nach der jeweiligen Restlaufzeit und entspricht damit den gesetzlichen Forderungen.

Verbindlichkeitenspiegel

Der nach § 45 Abs. 3 i. V. m. § 48 KomHVO NRW beizufügende Verbindlichkeitenspiegel entspricht in der Form dem vom Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung per Runderlass vom 08.11.2019, vorgegebenen Muster (VV Muster zur GO NRW und KomHVO NRW, Anlage 27). Der Verbindlichkeitenspiegel enthält die gesetzlich geforderte Aufstellung aller bilanzierungspflichtigen Verbindlichkeiten. Sie sind entsprechend ihrer Restlaufzeit unterteilt. Nachrichtlich angegeben wurden die Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten.

Eigenkapitalspiegel

Der nach § 45 Abs. 3 KomHVO NRW beizufügende Eigenkapitalspiegel entspricht in der Form dem vom Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung per Runderlass vom 08.11.2019, vorgegebenen Muster (VV Muster zur GO NRW und KomHVO NRW, Anlage 26). Der Eigenkapitalspiegel gibt Aufschluss über die Struktur und Entwicklung des kommunalen Eigenkapitals.

Haushaltsermächtigungen

Eine Übersicht über die in das folgende Jahr übertragenen Haushaltsermächtigungen ist dem Anhang, wie in § 45 Abs. 3 KomHVO NRW gefordert, beigefügt.

Rückstellungsspiegel

Ein Rückstellungsspiegel ist gesetzlich nicht gefordert. Ein Rückstellungsspiegel trägt zur Übersichtlichkeit der in der gemeindlichen Bilanz angesetzten Rückstellungen bei, denn er macht die einzelnen Wertansätze transparent und nachvollziehbar. Das Schema des Rückstellungsspiegels kann die Gemeinde auf ihre örtlichen Bedürfnisse übertragen und ausgestalten. Davon hat der Kämmerer Gebrauch gemacht. Der Rückstellungsspiegel ist dem Anhang als Anlage beigefügt.

Der Anhang zum Jahresabschluss 2023 ist dem Prüfbericht als Anlage beigefügt.

5.5 Berücksichtigung rechnungslegungsbezogenes internes Kontrollsystems (IKS)

Gem. § 59 Abs. 3 Satz 3 GO NRW haben die Verantwortlichen (hier: Örtliche Rechnungsprüfung) über die wesentlichen Schwächen des internen Kontrollsystems, bezogen auf den Rechnungslegungsprozess in der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses zu berichten. Die Örtliche Rechnungsprüfung nimmt im Prüfungsbericht 2023 zu dem Prüfungsthema Stellung und wiederholt im Wesentlichen die Aussagen der letzten Prüfberichte.

Seit dem Jahr 2015 werden Chancen und Risiken für die zukünftige Entwicklung der Stadt nicht nur durch den Kämmerer, sondern auch durch den gesamten Verwaltungsvorstand beschrieben.

Für den inneren Verwaltungsbetrieb ist ein Internes Kontrollsystem (IKS) installiert. Ein IKS besteht aus systematisch gestalteten, organisatorischen (Sicherungs-) Maßnahmen und Kontrollen in der Kommune zur Einhaltung von Richtlinien und zur Abwehr von Schäden, die durch das eigene Personal oder böswillige Dritte verursacht werden können.

Die Maßnahmen beruhen auf technischen und organisatorischen Prinzipien. Sie umfassen Aktivitäten und Einrichtungen zur verwaltungsinternen Kontrolle sowie ihre Beziehungen zueinander.

Sie umfassen u.a.

- Bauliche Zutrittskontrollen und softwaretechnische Zugriffskontrollen;
- schriftliche Weisungen u.a. zur Sicherheit, zur Geheimhaltung von Dienst- und Betriebsgeheimnissen, zur Kommunikation mit der Öffentlichkeit und Presse;
- Maßnahmen zum Schutz der materiellen und immateriellen Vermögenswerte der Kommune;
- Maßnahmen zur Abwehr von Korruption und von Vermögensschäden, z. B. das Vieraugenprinzip.[1]

Die Prüfung des IKS erfolgt gem. § 104 Abs. 1 Nr. 6 GO NRW.

Wesentliche Grundlagen eines IKS sind folgende Prinzipien:

- **Das Prinzip der Transparenz:** Dieses Prinzip besagt, dass für Prozesse Sollkonzepte etabliert sein müssen, die es einem Außenstehenden ermöglichen zu beurteilen, inwieweit Beteiligte konform zu diesem Sollkonzept arbeiten. Gleichzeitig wird dadurch die Erwartungshaltung der Organisationsleitung definiert.

- **Das Prinzip der Vier Augen:** Dieses Prinzip besagt, dass keine einzelne Person alleine verantwortlich für einen Prozess sein darf. Vielmehr müssen fachlich dazu ausreichend geeignete Personen den Vorgang bearbeiten, um mögliche Abweichungen und Kontrollschwächen zu erkennen und auszuschalten. Dazu gehört auch, dass Verfügungen über das Vermögen der Kommune nicht durch Einzelne getroffen werden dürfen.

- **Das Prinzip der Funktionstrennung:** Dieses Prinzip besagt, dass eine Trennung zwischen Auftragserfüllung (operative Verantwortung) und Auftragskontrolle (Soll-Ist-Vergleich) zu etablieren ist.

- **Das Prinzip der Mindestinformation:** Dieses Prinzip besagt, dass für Mitarbeiter nur diejenigen sensiblen Daten verfügbar sein sollen, die sie für ihre Arbeit benötigen. Dies schließt auch die entsprechenden Sicherungsmaßnahmen bei IT-Systemen mit ein.

Das IKS verfolgt folgende allgemeinen Ziele:

[1] Auszug aus den Leitlinien des IDR „Die IKS-Prüfung in der Rechnungsprüfung“ Stand 07.02.2018

- Sicherstellung der Effektivität, Effizienz und Wirtschaftlichkeit von Prozessen;

- Sicherstellung der Verlässlichkeit der Daten des Finanz- und Rechnungswesens;

- Sicherstellung der Recht- und Ordnungsmäßigkeit des Verwaltungshandelns.

Ein funktionierendes IKS reduziert das Risiko von Fehlern und rechtfertigt einen geringeren Umfang aussagebezogener Prüfungshandlungen. Die Beurteilung des IKS durch Vornahme von systemorientierten Prüfungshandlungen (Aufbau- und Funktionsprüfungen) bestimmt deshalb weitgehend die Planung von Art und Umfang der durchzuführenden aussagebezogenen Prüfungshandlungen.

Im Rahmen der Aufbauprüfung des IKS ist zu beurteilen, ob das IKS angemessen ausgestaltet und aufgebaut ist. Bei der anschließenden Funktionsprüfung wird geprüft, inwieweit das System auch in der geplanten Form praktiziert wird und ob die Maßnahmen wirksam sind.

Im Rahmen der Aufbauprüfung sind die einzelnen Komponenten des IKS zu prüfen.

- Das Kontrollumfeld umfasst das Kontrollbewusstsein der Verwaltungsleitung, die Personalpolitik (Führungsstil, Bedeutung von Integrität und ethischen Werten) und ihre Umsetzung in der Organisationsstruktur, die Übertragung von Verantwortlichkeiten, die tatsächliche Handhabung von Überwachungsaufgaben sowie die Korrektur der aufgedeckten Schwachstellen. Bei der Prüfung gilt es, sich insbesondere auf die Funktionalität und nicht nur auf das formale Bestehen von Regelungen zu konzentrieren.

- Durch Risikobeurteilungen sollen z.B. finanzielle, rechtliche, leistungswirtschaftliche oder strategische Risiken erkannt und analysiert werden.

- Die kommunalen Rechnungsprüferinnen und -prüfer haben hier insbesondere zu analysieren, wie in der Kommune sämtliche Risiken identifiziert und erfasst werden. Dabei können die für die Verwaltung relevanten Risiken sowohl interne als auch externe Ursachen haben.

- Die Risikobeurteilungen der Rechnungsprüferinnen und -prüfer basieren auf den Risikobeurteilungen, die durch die Kommune selbst durchgeführt werden. Aufgrund dessen bestimmen die Prüferinnen und Prüfer ihre Prüfungsstrategie sowie Art, Umfang und zeitlichen Ablauf der aussagebezogenen Prüfungshandlungen.

- Kontrollaktivitäten sollen die Beachtung der Entscheidungen der Verwaltungsleitung sicherstellen. Die Rechnungsprüferinnen und -prüfer müssen beurteilen, ob diese geeignet sind, wesentliche Fehler zu verhindern bzw. aufzudecken und zu korrigieren. Es ist ausreichend sich mit den wesentlichen Kontrollaktivitäten zu befassen, die für die Entwicklung der Prüfungsstrategie und die Festlegung des Prüfungsprogramms relevant sind.

- Information und Kommunikation dienen dazu, dass die für sachgerechte unternehmerische Entscheidungen erforderlichen Informationen den zuständigen Stellen vorliegen. Ein angemessenes Informationssystem ist die Basis für die Ordnungsmäßigkeit des Verwaltungshandelns.

- Überwachung des IKS meint die Beurteilung der Wirksamkeit des IKS durch Mitarbeitende der Kommune. Diese Überwachung kann in die Prozesse der Kommune integriert oder aber auch prozessunabhängig als Interne Revision ausgestaltet sein. Die Rechnungsprüferinnen und -prüfer haben die wesentlichen Maßnahmen zur Überwachung des IKS durch Einsichtnahme von Dokumenten und Befragungen von Mitgliedern der Verwaltungsleitung und der Fachbereichsleitungen sowie einer Internen Revision zu beurteilen.

- Die Funktionsprüfung befasst sich mit der Überprüfung der Anwendung bestimmter organisatorischer Regelungen sowie der Kontinuität der Anwendungen im abgelaufenen Geschäftsjahr. Darüber hinaus befasst sie sich mit der Frage, welche Personen für die Durchführung verantwortlich waren und wer diese tatsächlich durchgeführt hat.

Das IKS der Stadt Erkelenz umfasst ein umfangreiches Netz an Dienstanweisungen mit besonderem Schwerpunkt auf den Zahlungsverkehr. Mit dem in Anwendung befindlichen Programm der „Picture GmbH“ werden seit dem Jahr 2017 die Prozesse bei der Stadtverwaltung Erkelenz aufgezeichnet und visualisiert.

Diese Prozessdatenbank, in der alle erfassbaren regelmäßigen Abläufe abgebildet werden, wurde bis zum Jahr 2021 regelmäßig ergänzt. Zum Prüfzeitpunkt sind weiterhin 170 Prozesse erfasst und dargestellt. Die Zahl der erfassten Prozesse ist damit seit dem Jahr 2021 unverändert. Die Örtliche Rechnungsprüfung regt eine Wiederaufnahme der Prozessaufzeichnungen an. Die Erfassung in der Prozessdatenbank dient insbesondere in Zeiten von Fachkräftemangel und Personalfluktuation dem Wissenstransfer.

Im Bereich des Rechnungslegungsprozesses bei der Stadt Erkelenz wurde der Prozess „Rechnung zahlbar machen“ modelliert. Zum aktuellen Zeitpunkt und unter den bisher gemachten Erfahrungen können bei dem aufgezeichneten Rechnungslegungsprozess keine wesentlichen Schwächen festgestellt werden. Die Örtliche Rechnungsprüfung bestätigt die Einhaltung und Wirksamkeit der im Prozess eingebauten internen Kontrollmaßnahmen gem. § 59 Abs. 3 GO NRW.

6 Feststellungen und Erläuterungen zur Ordnungsmäßigkeit der Haushaltswirtschaft

6.1 Haushaltswirtschaftliche Organisation

Die Gemeindeordnung NRW, die Hauptsatzung sowie die als Satzung beschlossene Zuständigkeitsordnung regeln die Zuständigkeitsverteilung zwischen Rat,

Ausschüssen und Bürgermeister. Zur Geschäftsführung von Rat und Ausschüssen hat der Rat eine Geschäftsordnung erlassen.

Rat und Ausschüsse tagen regelmäßig. Gefasste Beschlüsse werden jeweils in einer Niederschrift aufgenommen. Die Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse werden vom Bürgermeister vorbereitet und ausgeführt. Der Bürgermeister unterrichtet den Rat über alle wichtigen Angelegenheiten.

Rat und Ausschüsse überwachen die Durchführung ihrer Beschlüsse. In der Verwaltung bestehen ein Dezernatsverteilungsplan, ein Organisations- und Geschäftsverteilungsplan sowie diverse Dienst- und Geschäftsanweisungen. Die Regelungen entsprechen den Bedürfnissen der Stadt.

6.2 Haushaltswirtschaftliche Grundsätze

Die Haushaltsgrundsätze (Vollständigkeit, Wirtschaftlichkeit, Haushaltswahrheit und -klarheit, Finanzmittelbeschaffung) wurden beachtet. Die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung entspricht den geltenden Vorschriften. Planabweichungen werden systematisch untersucht. Haushaltsatzung und Haushaltsplan enthalten alle erforderlichen Angaben, ihre Form entspricht den gesetzlichen Vorgaben.

6.3 Haushaltswirtschaftliche Lage

Die Haushaltsplanung 2023 ging von einem Jahresfehlbetrag von 2.983.000,00 € aus. Der Jahresabschluss 2023 hat ergeben, dass der Gesamtbetrag der Erträge die Höhe der Aufwendungen übersteigt. Der Jahresüberschuss 2023 beträgt: 2.028.017,86 €. Dies entspricht einer Ergebnisverbesserung von 5.011.017,86 €.

Die mittelfristige Ergebnisplanung für das Jahr 2024 weist einen Jahresfehlbetrag von 2.013.000,00 € aus. Für das Jahr 2025 wurde zunächst ein Fehlbetrag von 61.000,00 € sowie für das Jahr 2026 wiederum ein geringer Jahresüberschuss von 159.000,00 € erwartet.

Der mittlerweile vorliegende Haushaltsplan 2024 geht jedoch von deutlich schlechteren Ergebnissen in der mittelfristigen Finanzplanung aus.
2024 geplanter Fehlbetrag i. H. v. 9.393.000,00 €,
2025 geplanter Fehlbetrag i. H. v. 3.927.000,00 €,
2026 geplanter Fehlbetrag i. H. v. 1.172.000,00 €,
2027 geplanter geringer Überschuss i. H. v. 336.000,00 €.
Anhand der o.g. geplanten Ergebnisse für die Folgejahre erneuert die Örtliche Rechnungsprüfung ihre Einschätzung, dass trotz gut gefüllter Ausgleichsrücklage der Ausgabendisziplin in den kommenden Haushaltjahren erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte.

Dies gilt insbesondere für den Fall, dass die durch die Stadt Erkelenz eingereichte Bewerbung zur Ausrichtung der der Internationalen Gartenschau (IGA 2037)

erfolgreich sein sollte, und in Folge dessen erhebliche Ausgaben auf die Stadt Erkelenz zukommen würden.

Informativ gibt die nachfolgende Tabelle eine Übersicht über die Entwicklung des Eigenkapitals der letzten Jahre.

	Allgemeine Rücklage	Sonderrücklage	**Ausgleichsrücklage**	Jahresüberschuss / -fehlbetrag	Summe Eigenkapital
2007	186.945.557,30 €	1.450.352,02 €	14.705.653,00 €	3.405.053,67 €	206.506.615,99 €
2008	191.618.001,27 €	1.601.643,66 €	14.705.653,00 €	2.748.703,34 €	210.674.001,27 €
2009	194.458.339,41 €	1.579.622,34 €	14.705.653,00 €	1.668.968,80 €	212.412.583,55 €
2010	198.359.406,10 €	1.593.293,91 €	14.705.653,00 €	-2.336.460,55 €	212.321.892,46 €
2011	198.359.406,10 €	1.606.244,55 €	12.369.192,45 €	-5.608.610,73 €	206.726.232,37 €
2012	198.359.406,10 €	1.637.424,56 €	6.760.581,72 €	-3.110.459,80 €	203.646.952,58 €
2013	190.277.261,11 €	1.627.081,56 €	11.472.847,73 €	-580.779,37 €	202.796.411,03 €
2014	189.406.577,58 €	1.631.570,82 €	10.892.068,36 €	-418.248,95 €	201.511.967,81 €
2015	189.389.021,16 €	1.635.053,53 €	10.473.819,41 €	79.462,36 €	201.577.356,46 €
2016	189.468.887,62 €	1.645.015,72 €	10.553.281,77 €	669.879,25 €	202.337.064,36 €
2017	189.259.422,71 €	1.671.551,83 €	11.223.161,02 €	3.883.711,99 €	206.037.847,55 €
2018	189.241.849,79 €	1.700.114,94 €	15.106.873,01 €	6.626.589,61 €	212.675.427,35 €
2019	189.155.487,67 €	1.707.972,48 €	21.733.462,62 €	3.648.026,92 €	216.244.949,69 €
2020	189.198.038,18 €	1.717.833,17 €	25.381.489,54 €	5.967.530,81 €	222.264.891,70 €
2021	189.335.391,03 €	1.731.389,88 €	31.349.020,35 €	6.594.023,18 €	229.009.824,44 €
2022	189.489.993,85 €	1.742.032,18 €	37.943.043,53 €	11.047.068,70 €	240.222.138,26 €
2023	189.529.480,52 €	1.737.752,30 €	48.990.112,23 €	2.028.017,86 €	242.285.362,91 €

Die erfreuliche Entwicklung bei den Verbindlichkeiten in den letzten Jahren konnte auch im Jahresabschluss 2023 fortgesetzt werden.

Zur besseren Darstellung wird auf die folgende Tabelle verwiesen:

Jahr	**Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen** vom öffentlichen Bereich	**Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen** von Banken und Kreditinstituten	Verbindlichkeiten von Sonstigen	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen von übrigen Kreditgebern	Verbindlich-keiten aus Krediten zur Liquiditäts-sicherung	Verbindlichkeiten aus Lieferung u. Leistungen	Verbindlichkeiten aus Tranferleistungen	Sonstige Verbindlichkeiten	Erhaltene Anzahlungen	Summe Verbindlichkeiten
2010	975.859,86 €	8.393.188,58 €		14.844.841,15 €	0,00 €	1.048.507,67 €	149.818,07 €	14.959.937,74 €		40.372.153,07 €
2011	928.256,54 €	10.079.139,60 €		11.610.605,72 €	0,00 €	831.074,17 €	248.727,98 €	12.313.260,30 €		36.011.064,31 €
2012	880.653,22 €	9.733.309,54 €		10.436.486,17 €	0,00 €	861.408,45 €	752.511,50 €	5.124.961,70 €		27.789.330,58 €
2013	2.833.049,90 €	9.370.181,34 €		9.396.807,84 €	0,00 €	1.046.533,25 €	658.344,71 €	3.237.687,01 €		26.542.604,05 €
2014	2.722.946,58 €	17.520.732,36 €		*	0,00 €	953.610,90 €	266.376,71 €	233.555,08 €	1.040.529,88 €	22.737.751,51 €
2015	2.425.343,26 €	13.909.579,84 €	1.000.000,00 €	*	0,00 €	1.558.525,30 €	543.064,78 €	228.197,80 €	798.514,82 €	20.463.225,80 €
2016	3.427.739,94 €	10.046.020,62 €	900.000,00 €	*	0,00 €	1.965.175,05 €	567.897,37 €	268.271,51 €	1.928.273,32 €	19.103.377,81 €
2017	3.130.136,62 €	7.945.037,82 €	800.000,00 €	*	0,00 €	1.337.663,45 €	216.054,21 €	445.959,72 €	2.352.136,32 €	16.226.988,14 €
2018	4.291.325,30 €	6.301.773,27 €	200.000,00 €	*	0,00 €	1.361.143,09 €	499.162,09 €	1.039.598,88 €	6.994.463,66 €	20.687.466,29 €
2019	4.609.857,98 €	4.533.008,49 €	0,00 €	*	0,00 €	1.179.230,41 €	263.262,75 €	619.836,48 €	5.720.814,49 €	16.926.010,60 €
2020	4.864.370,66 €	3.900.919,15 €	0,00 €	*	0,00 €	1.274.460,37 €	571.148,00 €	582.540,21 €	6.381.053,52 €	17.574.491,91 €
2021	3.813.334,00 €	3.155.345,24 €	0,00 €	*	0,00 €	1.539.978,54 €	441.297,18 €	929.667,69 €	5.905.795,17 €	15.785.417,82 €
2022	3.292.614,00 €	2.838.025,37 €	0,00 €	*	0,00 €	1.206.623,54 €	342.173,69 €	996.785,23 €	10.137.578,76 €	18.813.800,59 €
2023	2.959.394,00 €	2.177.192,44 €	0,00 €	*	0,00 €	2.816.526,24 €	654.618,93 €	1.918.685,27 €	15.794.072,03 €	26.320.488,91 €

* Änderung der Darstellung im Muster für den Verbindlichkeitenspiegel, daher Ausweis in Vorspalte

Die Summe der Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen (Summe gelbe Markierung) wurde im Jahr 2023 um 994.052,93 Nettoentschuldung reduziert. Der Bestand an Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen beträgt nunmehr noch 5.136.586,44 €.

Dies ist der niedrigste Stand seit der Einführung des NKF.

In den 5.136.586,44 € Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen (Summe gelbe Markierung) sind auch Verbindlichkeiten aus dem Landesförderprogramm „Gute Schule“ zum 31.12.2023 in Höhe von 2.634.394,00 € enthalten. Diese Mittel sind nicht von der Stadt Erkelenz zurückzuzahlen, sondern das Land NRW übernimmt den gesamten Schuldendienst. Hierbei handelt es sich nicht um Kredite im klassischen Sinne, sondern eigentlich um von der Stadt nicht zurückzuzahlende Zuweisungen. Berücksichtigt man diese Tatsache, beträgt der tatsächliche Nettobestand an Krediten für Investitionen zum 31.12.2023 lediglich noch 2.502.219,44 €.

Aufgrund von zurzeit wieder steigenden Zinsen zeigt sich, wie wichtig es war, in den vergangenen Jahren die Summe der Verbindlichkeiten erheblich zu reduzieren. Die eingesparten Mittel für Zinsaufwand und Tilgungsleistungen können nun anderweitig eingesetzt werden.

Die Investitionspauschale nach dem Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes-Nordrhein Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2023 (GFG 2023) wurde wie bereits im Vorjahr geschehen, im städtischen Haushalt belassen und zur Finanzierung der in 2023 getätigten Investitionen verwendet.

Im Anhang zum Jahresabschluss 2023 wird erläutert, dass die Verbindlichkeiten mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt sind. Eine besondere Besicherung der Verbindlichkeiten liegt nicht vor. Eine gesonderte Position bei den Verbindlichkeiten nehmen die erhaltenen Anzahlungen ein, in die noch nicht verbrauchte und für investive Zwecke gebundene Zuwendungen einzubuchen sind, bis das geförderte Anlagevermögen betriebsfertig hergestellt ist. Sobald das entsprechende Anlagevermögen betriebsfertig hergestellt ist, werden die erhaltenen Anzahlungen in die Sonderposten umgebucht.

7 Gesamtaussage des Jahresabschlusses

7.1 Feststellung zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss vermittelt insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage.

Bei der Stadt Erkelenz wurde zum 01.01.2007 das Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF) eingeführt, so dass seit diesem Zeitpunkt alle Geschäftsvorfälle nach dem System der doppelten Buchführung (Doppik) erfasst werden. Daraus ergibt sich auch die Verpflichtung, zum Ende eines jeden Haushaltsjahres eine Bilanz aufzustellen.

Auf der Aktivseite findet sich im Jahresabschluss 2023 erneut die Zeile Summe Bilanzierungshilfe. Aufgrund der nachgewiesenen Mehraufwendungen in Höhe von 242.290,03 € werden dort gem. dem NKF-CUIG NRW 6.410.136,39 € ausgewiesen.

Die Bilanz der Stadt Erkelenz zum 31.12.2023 schließt mit einer Bilanzsumme von 483.768.054,24 € ab.

Zusammengefasst stellt sich die Bilanz 2023 der Stadt Erkelenz vergleichsweise zu den Vorjahren wie folgt dar:

Aktiva	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023	Differenz Vorjahr
Summe Bilanzierungshilfe						2.945.134,55 €	6.167.846,36 €	6.167.846,36 €	6.410.136,39 €	242.290,03 €
Anlagevermögen	377.204.050,91 €	379.048.438,85 €	378.237.954,93 €	385.422.254,20 €	388.148.279,08 €	394.125.547,41 €	407.067.392,30 €	414.403.398,36 €	428.548.393,67 €	14.144.995,31 €
Umlaufvermögen	27.495.829,54 €	27.397.483,12 €	30.108.144,81 €	36.462.309,99 €	39.310.293,77 €	40.803.337,93 €	39.833.421,79 €	49.044.240,80 €	43.293.244,65 €	-5.750.996,15 €
Aktive Rechnungs-abgrenzungsposten	3.917.577,69 €	4.188.197,99 €	4.643.630,38 €	4.122.446,67 €	4.344.222,36 €	4.670.154,75 €	5.161.819,02 €	5.330.572,85 €	5.516.279,53 €	185.706,68 €
Summe	408.617.458,14 €	410.634.119,96 €	412.989.730,12 €	426.007.010,86 €	431.802.795,21 €	442.544.174,64 €	458.230.479,47 €	474.946.058,37 €	483.768.054,24 €	8.821.995,87 €

Passiva	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023	Differenz Vorjahr
Eigenkapital	201.577.366,46 €	202.337.064,36 €	206.037.847,55 €	212.675.427,35 €	216.244.949,69 €	222.264.891,70 €	229.009.824,44 €	240.222.138,26 €	242.285.362,91 €	2.063.224,65 €
Sonderposten	124.104.674,11 €	125.553.773,97 €	125.979.504,70 €	128.138.635,10 €	130.987.451,85 €	130.787.580,29 €	140.445.567,23 €	140.577.727,38 €	139.629.688,52 €	-948.038,86 €
Rückstellungen	53.522.357,21 €	54.494.204,45 €	54.214.256,24 €	55.486.491,26 €	57.835.612,80 €	62.155.743,01 €	62.396.560,46 €	64.468.344,70 €	63.150.178,41 €	-1.318.166,29 €
Verbindlichkeiten	20.463.225,80 €	19.103.377,81 €	16.226.988,14 €	20.687.466,29 €	16.926.010,60 €	17.574.491,91 €	15.785.417,82 €	18.813.800,59 €	26.320.488,91 €	7.506.688,32 €
Passive Rechnungs-abgrenzungsposten	8.949.834,56 €	9.145.699,37 €	10.531.133,49 €	9.018.990,86 €	9.808.770,27 €	9.761.467,73 €	10.593.109,52 €	10.864.047,44 €	12.382.335,49 €	1.518.288,05 €
Summe	408.617.458,14 €	410.634.119,96 €	412.989.730,12 €	426.007.010,86 €	431.802.795,21 €	442.544.174,64 €	458.230.479,47 €	474.946.058,37 €	483.768.054,24 €	8.821.995,87 €

In gemeinsamer Arbeit von Aufsichtsbehörden der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der Gemeindeprüfungsanstalt als überörtliche Prüfungseinrichtung und Vertretern der Örtlichen Rechnungsprüfung (VERPA) ist für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Kommunen in NRW ein NKF-Kennzahlenset erarbeitet worden.

Dieses Kennzahlenset macht eine Bewertung des Haushalts und der wirtschaftlichen Lage jeder Gemeinde nach einheitlichen Kriterien möglich, auch wenn dies durch unterschiedliche Stellen vorgenommen wird. Bei den Betrachtungen bietet es sich an, die Kennzahlen mit Hilfe von Zeitreihen zu bewerten. Zur besseren Darstellung der Vermögens-, Schulden-, Finanz- und Ertragslage hat die Örtliche Rechnungsprüfung wesentliche betriebswirtschaftliche Kennzahlen und ausgewählte Eckdaten im folgenden Überblick erfasst.

Ungewöhnliche Kennzahlen zur Vermögens-, Schulden-, Finanz- und Ertragslage sowie ungewöhnliche Bilanzposten liegen nicht vor.

Die Örtliche Rechnungsprüfung hat die nachfolgenden Kennzahlen seit der Einführung des NKF im Jahr 2007 betrachtet. Diese Kennzahlen analysieren die haushaltswirtschaftliche Gesamtsituation. Im abschließenden Zeitreihenvergleich werden jeweils die letzten Jahre zusammengefasst dargestellt.

Die Axians Interkommunale Vergleichs-Systeme GmbH (IKVS) bietet den Kommunen die Verknüpfung ihrer Finanzdaten mit statistischen Daten an. Da sich immer mehr Kommunen diesem System anschließen, werden die Vergleichszahlen aus dem IKVS immer aussagekräftiger. Die Ergebnisse des Interkommunalen Vergleichsportals (IKVS) basieren auf den Daten von kreisangehörigen Kommunen in Nordrhein-Westfalen der Größenordnung 35.000 – 55.000 Einwohner. Neben den oben genannten, sind weitere Kennzahlen in den Jahresabschluss mit aufgenommen.

Dies sind im Einzelnen:

Die Kennzahl **„Eigenkapitalquote 1 (EkQ1)“** misst den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der kommunalen Bilanz. Die Kennzahl kann bei einer Gemeinde ein wichtiger Bonitätsindikator sein.

Zielrichtung: Die Eigenkapitalquote 1 soll möglichst hoch sein.

Eigenkapitalquote 1 =

$$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}} = \frac{242.285.362{,}91\ € \times 100}{483.768.054{,}24\ €} = \mathbf{50{,}08\ \%}$$ **Vorjahr: 50,58 %**

Ermittlung der Kennzahl:

Unter der Wertgröße „Eigenkapital“ sind die Ansätze der Bilanzposten nach § 42 Abs. 4 Nr. 1 KomHVO NRW zu erfassen. Unter der Wertgröße „Bilanzsumme“ ist die Summe der Passivseite der Bilanz nach § 42 Abs. 4 KomHVO zu erfassen.

Die Kennzahl **„Eigenkapitalquote 2 (EkQ2)“** misst den Anteil des „wirtschaftlichen Eigenkapitals“ am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der kommunalen Bilanz. Weil bei den Gemeinden die Sonderposten mit Eigenkapitalcharakter oft einen wesentlichen Ansatz in der Bilanz darstellen, wird die Wertgröße „Eigenkapital“ um diese „langfristigen“ Sonderposten erweitert.

Zielrichtung: Die Eigenkapitalquote 2 soll möglichst hoch sein.

Eigenkapitalquote 2 =

$$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{Sopo Zuwendungen/Beiträge}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}} =$$

$$\frac{(242.285.362{,}91\ € + 113.793.472{,}30\ € + 24.908.148{,}87\ €) \times 100}{483.768.054{,}24\ €} = \mathbf{78{,}75\%}$$

Vorjahr: 79,97%

Ermittlung der Kennzahl:
Unter der Wertgröße „Eigenkapital“ sind die Ansätze der Bilanzposten nach § 42 Abs. 4 Nr. 1 KomHVO zu erfassen. Unter der Wertgröße „Sopo Zuwendungen / Beiträge“ sind die Ansätze der Bilanzposten nach § 42 Abs. 4 Nrn. 2.1 und 2.2 KomHVO NRW zu erfassen. Unter der Wertgröße „Bilanzsumme“ ist die Summe der Passivseite der Bilanz nach § 42 Abs. 4 KomHVO NRW zu erfassen.

Sowohl die „Eigenkapitalquote 1“ als auch die „Eigenkapitalquote 2“ liegen im interkommunalen Vergleich damit erfreulicherweise weit über den Durchschnittswerten.

Je höher die Eigenkapitalquoten desto besser ist die Bonität des Unternehmens.

Die Kennzahl **„Abschreibungsintensität (Abl)“** gibt das Verhältnis der Abschreibungen auf das Anlagevermögen zu den ordentlichen Aufwendungen an. Sie zeigt damit, in welchem Umfang die Gemeinde durch den Wertverlust des Anlagevermögens belastet wird. Je höher der Abnutzungsgrad, desto höher ist das durchschnittliche Alter des Vermögens, umso höher ist die Notwendigkeit zukünftiger Investitionen.

Zielrichtung: Die Abschreibungsintensität soll möglichst niedrig sein.

Abschreibungsintensität =

Bilanzielle Abschreibungen auf Anlagevermögen × 100 =
Ordentliche Aufwendungen

9.972.469,41 € x 100 = **7,60 %** **Vorjahr: 8,53 %**
131.131.160,37 €

Ermittlung der Kennzahl:
Unter der Wertgröße „Bilanzielle Abschreibungen auf Anlagevermögen“ sind die Aufwendungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 13 KomHVO (Ergebnisplan) bzw. § 39 Abs. 1 S. 3 KomHVO (Ergebnisrechnung) zu erfassen, die in einem unmittelbaren Bezug zum Anlagevermögen der Ansätze der Bilanzposten nach § 42 Abs. 3 Nr. 1 KomHVO stehen. Diese Werte sind dem Anlagespiegel nach § 46 KomHVO zu entnehmen. Ordentliche Aufwendungen sind Aufwendungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 10 - 15 KomHVO (Ergebnisplan) bzw. § 39 Abs. 1 S. 3 KomHVO (Ergebnisrechnung).

Die Kennzahl **„Anlagendeckungsgrad 2 (AnD2)“** gibt an, wie viel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert sind. Bei der Berechnung dieser Kennzahl werden dem Anlagevermögen die langfristigen Passivposten Eigenkapital, Sonderposten mit Eigenkapitalanteilen und langfristiges Fremdkapital gegenübergestellt.

Zielrichtung: Der Anlagendeckungsgrad 2 soll möglichst hoch sein.

Zielgröße: größer/gleich 100 %. Die Stabilität des Unternehmens wächst mit dem Anlagendeckungsgrad.

Anlagendeckungsgrad 2 =

(Eigenkapital+Sopo (Zuwendungen/Beiträge) + Langfristiges Fremdkapital) × 100
Anlagevermögen

(242.285.362,91€ + 113.793.472,30€ + 24.908.148,87€ + 55.077.447,00€ + 2.699.904,57€) x 100
428.548.393,67 €

= **102,38 %** **Vorjahr: 105,66 %**

Ermittlung der Kennzahl:
Unter der Wertgröße „Eigenkapital“ sind die Ansätze der Bilanzposten nach § 42 Abs. 4 Nr. 1 KomHVO zu erfassen. Unter der Wertgröße „Sonderposten Zuwendungen / Beiträge“ sind die Ansätze der Bilanzposten nach § 42 Abs. 4 Nrn. 2.1 und 2.2 KomHVO zu erfassen. Unter der Wertgröße „Langfristiges Fremdkapital“ sind die Ansätze der Bilanzposten nach § 42 Abs. 4 Nrn. 3.1, 3.2 und 4 KomHVO zu erfassen. Die langfristigen Verbindlichkeiten nach § 42 Abs. 4 Nr. 4 KomHVO müssen eine Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren haben und sind dem Verbindlichkeitenspiegel nach § 48 KomHVO zu entnehmen. Unter der Wertgröße „Anlagevermögen“ sind die Ansätze der Bilanzposten nach § 42 Abs. 3 Nr. 1 KomHVO zu erfassen.

Die Kennzahl **„Zinslastquote (ZlQ)“** zeigt auf, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den (ordentlichen) Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit besteht.

Zielrichtung: Die Zinslastquote soll möglichst niedrig sein.

Zinslastquote =

Finanzaufwendungen × 100 / Ordentliche Aufwendungen = 1.132.378,29 € x 100 / 131.131.160,37 € = **0,86 %**

Vorjahr: 0,25 %

Ermittlung der Kennzahl:
Unter der Wertgröße „Finanzaufwendungen“ sind die Aufwendungen für Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 17 KomHVO (Ergebnisplan) bzw. § 39 Abs. 1 Satz 3 KomHVO (Ergebnisrechnung) zu erfassen. Unter der Wertgröße „Ordentliche Aufwendungen“ sind die Aufwendungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 10 bis 15 KomHVO (Ergebnisplan) bzw. § 39 Abs. 1 Satz 3 KomHVO (Ergebnisrechnung) zu erfassen.

Die Kennzahl **„Netto-Steuerquote (NSQ)“** gibt an, zu welchen Teilen sich die Gemeinde „selbst“ finanzieren kann und somit unabhängig von Finanzleistungen Dritter, z.B. staatlichen Zuwendungen, ist. Weil dem Bund und dem Land Anteile am Aufkommen der Gewerbesteuer zustehen, ist es erforderlich, die Aufwendungen für die von der Gemeinde zu leistende Gewerbesteuerumlage sowie für die Finanzierungsbeteiligung am Fonds Deutscher Einheit von den Steuererträgen in Abzug zu bringen.

Zielrichtung: Die Netto-Steuerquote soll möglichst hoch sein.

Netto-Steuerquote =

(Steuererträge - GewSt.Umlage - Finanzierungsbet. Fonds Dt. Einheit) × 100 / Ordentliche Erträge - GewSt.Umlage - Finanzierungsbet. Fonds Dt. Einheit =

(64.936.784,28 € - 2.285.952,61 € - 0,00 €) x 100 = **50,16 %** **Vorjahr: 52,01 %**
127.179.176,06 € - 2.285.952,61 € - 0,00 €

Ermittlung der Kennzahl:
Unter der Wertgröße „Steuererträge“ sind die Erträge aus Steuern und ähnlichen Abgaben nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 KomHVO (Ergebnisplan) bzw. § 39 Abs. 1 Satz 3 KomHVO (Ergebnisrechnung) zu erfassen. Unter der Wertgröße „Ordentliche Erträge“ sind die Erträge nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 bis 9 KomHVO (Ergebnisplan) bzw. § 39 Abs. 1 Satz 3 KomHVO (Ergebnisrechnung) zu erfassen. Unter den Wertgrößen „Gewerbesteuerumlage“ und „Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutsche Einheit“ sind die Aufwendungen wegen Steuerbeteiligungen der Gemeinde gem. Anlage 17 (Kommunaler Kontierungsplan) – Kontengruppe 53 zum RdErl. IM vom 24.05.2005 zu erfassen.

Der Zeitreihenvergleich der vorgenannten Bilanzkennzahlen der Jahre 2014 – 2023 zu den IKVS-Zahlen ist in der folgenden Tabelle zusammengefasst dargestellt:

Bilanzkennzahl:	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	IKVS Vergleich Median 2023
Eigenkapitalquote 1	49,16%	49,33%	49,27%	49,89%	49,92%	50,08%	50,22%	49,98%	50,58%	50,08%	33,04%
Eigenkapitalquote 2	79,60%	79,54%	79,73%	80,28%	79,91%	80,33%	79,72%	80,52%	79,97%	78,75%	59,86%
Abschreibungsintensität	8,04%	7,99%	7,63%	7,56%	7,56%	8,09%	8,23%	7,96%	8,53%	7,60%	5,45%
Anlagendeckungsgrad 2	98,11%	99,23%	99,14%	100,54%	101,44%	102,82%	103,69%	104,49%	105,66%	102,38%	81,62%
Zinslastquote	1,10%	0,89%	0,58%	0,57%	0,62%	0,62%	0,24%	0,66%	0,25%	0,86%	1,13%
Netto-Steuer-Quote	56,53%	55,65%	52,69%	55,48%	52,86%	54,69%	50,59%	53,65%	52,01%	50,16%	55,04%

7.2 Wesentliche sachverhaltsgestaltende Maßnahmen

Im Berichtsjahr waren keine sachverhaltsgestaltenden Maßnahmen mit wesentlichen Auswirkungen auf die Gesamtaussage des Jahresabschlusses zu verzeichnen.

7.3 Vermögensstruktur der Bilanz (Aktiva)

Die Aktivseite gibt Auskunft über die Gesamtheit der eingesetzten Wirtschaftsgüter und Geldmittel, mit denen aktiv gearbeitet werden kann.

Der Schwerpunkt auf der Vermögensseite der Bilanz (Aktiva) liegt mit 428.548.393,67€ (31.12.2022: 414.403.398,36 €) beim Anlagevermögen.
Zum 31.12.2023 liegt eine Erhöhung des Anlagevermögens im Vergleich zum 31.12.2022 um 14.144.995,31 € (ca. 3,413 %) vor.

Das Umlaufvermögen verringerte sich im gleichen Zeitraum um 5.750.996,15 € (ca. 11,726 %) von 49.044.240,80 € auf 43.293.244,65 €. Das Umlaufvermögen beinhaltet auch die Wertpapiere des Anlagevermögens sowie die liquiden Mittel.

Die Prüfung ergab, dass im Anhang die wesentlichen Bilanzpositionen der Aktivseite ordnungsgemäß dargestellt und erläutert werden.

7.4 Kapitalstruktur/Finanzierung der Bilanz (Passiva)

Die Passivseite gibt Auskunft darüber, wie das Vermögen finanziert wurde; hier erkennt man also die Mittelherkunft. Die anteilige Zusammensetzung des Kapitals aus Eigenkapital und Fremdkapital ist von besonderer Bedeutung. Ein hoher Eigenkapitalanteil wirkt sich vorteilhaft aus.

Er verbessert in der Privatwirtschaft die Kreditwürdigkeit und gewährt finanzielle Unabhängigkeit. Ein hoher Fremdkapitalanteil verursacht hohe Zinsaufwendungen, die den Ergebnisplan belasten. Darüber hinaus ist die Verpflichtung zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes von der Entwicklung des Eigenkapitals abhängig. An erster Stelle steht auf der Passivseite das Eigenkapital (saldiert) mit 242.285.362,91 € (31.12.2022: 240.222.138,26 €). Davon entfällt auf die Ausgleichs-rücklage ein Bestand von 37.943.043,53 €.

Nach dem noch gemäß § 96 Abs.1 Satz 2 GO NRW (alte Fassung) zu fassenden Beschluss des Rates über die Behandlung des Jahresüberschusses 2022 in Höhe von 11.047.068,70 € wird die Ausgleichrücklage zunächst auf 48.990.112,23 € ansteigen.

Mit Beschluss des Rates über die Feststellung des Jahresabschlusses 2023 steigt gem. § 75 Abs. 3 GO NRW die Ausgleichsrücklage um 2.028.017,86 € auf dann insgesamt 51.018.130,06 €. Dies entspricht gegenüber dem Ursprungsbestand aus dem Jahr 2007 in Höhe von 14.705.653,00€ einer Steigerung um 36.312.477,09 € = ca. 246,929 %.

Die Prüfung ergab, dass die wesentlichen Bilanzpositionen der Passivseite im Anhang ordnungsgemäß dargestellt und erläutert werden.

8 Bestätigungsvermerk der Örtlichen Rechnungsprüfung

Nach dem Ergebnis der Prüfung erteilt die Örtliche Rechnungsprüfung dem als Anlage beigefügten Jahresabschluss 2023 und dem Lagebericht 2023 der Stadt Erkelenz den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk:

UNEINGESCHRÄNKTER BESTÄTIGUNGSVERMERK DER UNABHÄNGIGEN RECHNUNGSPRÜFUNG

An den
Rechnungsprüfungsausschuss der Stadt Erkelenz

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes 2023

Prüfungsurteile

Die Örtliche Rechnungsprüfung hat den Jahresabschluss der Stadt Erkelenz nach § 95 GO NRW – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2023, der Finanz- und Ergebnisrechnung inklusive der Teilrechnungen für das Haushaltsjahr vom 01.01.2023 bis zum 31.12.2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft.

Darüber hinaus wurde der Lagebericht der Stadt Erkelenz für das Geschäftsjahr vom 01.01.2023 bis zum 31.12.2023 geprüft.

Aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

● entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den für die Stadt Erkelenz geltenden gemeindehaushaltsrechtlichen Vorschriften des Landes Nordrhein-Westfalen und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Stadt Erkelenz zum 31.12.2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01.2023 bis zum 31.12.2023;

● vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Stadt Erkelenz zum 31.12.2023. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 102 Abs. 8 GO NRW i. V. m. § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklärt die Örtliche Rechnungsprüfung, dass die Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts wurde in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 102 GO NRW unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) und vom Institut der Rechnungsprüfer (IDR) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt.

Die Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben.

Die Örtliche Rechnungsprüfung ist gem. § 101 Abs. 2 GO NRW bei der Erfüllung der uns zugewiesenen Prüfungsaufgaben unabhängig und an Weisungen nicht gebunden. Im Übrigen ist die Örtliche Rechnungsprüfung dem Rat unmittelbar verantwortlich und in ihrer sachlichen Tätigkeit ihm unmittelbar unterstellt. Disziplinarischer Dienstherr ist der Bürgermeister der Stadt Erkelenz.

Die Örtliche Rechnungsprüfung ist der Auffassung, dass sie von der Stadt Erkelenz in Übereinstimmung mit den deutschen kommunalrechtlichen Vorschriften (§ 31 GO

NRW) unabhängig ist und die sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt.

Die Örtliche Rechnungsprüfung ist der Auffassung, dass die erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für die Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter der Stadt Erkelenz sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den anzuwendenden gesetzlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Erkelenz vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist (Internes Kontrollsystem).

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Stadt Erkelenz zur dauerhaften sachgerechten Erledigung der Verwaltungsaufgaben zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Gefährdung der Fortführung der ordnungsmäßigen Verwaltungstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Verwaltungstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Stadt Erkelenz vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung der Rechnungsprüfung für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Stadt Erkelenz vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in

Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der die Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 102 GO NRW unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) und vom Institut der Rechnungsprüfer (IDR) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt.

Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung übte die Örtliche Rechnungsprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahrte eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

● identifiziert und beurteilt die Örtliche Rechnungsprüfung die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, plant und führt Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch und erlangt Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für die Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können;

● gewinnt die Örtliche Rechnungsprüfung ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben;

● beurteilt die Örtliche Rechnungsprüfung die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben;

● zieht die Örtliche Rechnungsprüfung Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Verwaltungstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Stadt Erkelenz zur Fortführung der Verwaltungstätigkeit aufwerfen können. Falls die Örtliche Rechnungsprüfung zu dem Schluss kommt, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, ist sie verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, das jeweilige Prüfungsurteil

zu modifizieren. Die Örtliche Rechnungsprüfung zieht seine Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum des Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Stadt Erkelenz ihre Verwaltungstätigkeit nicht mehr ordnungsgemäß fortführen kann;

● beurteilt die Örtliche Rechnungsprüfung die Darstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrundeliegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt;

● beurteilt die Örtliche Rechnungsprüfung den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Stadt Erkelenz;

● führt die Örtliche Rechnungsprüfung Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollzieht die Örtliche Rechnungsprüfung dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilt die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zu Grunde liegenden Annahmen gibt die Örtliche Rechnungsprüfung nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Erkelenz, den 11. Oktober 2024



Lothar Jansen
Leiter der Örtlichen Rechnungsprüfung

9 Anlagen zum Prüfbericht

Anlage 1	Jahresabschluss (Bilanz) zum 31.12.2023
Anlage 2	Anhang incl. Eigenkapital-, Anlagen-, Forderungs-, Verbindlichkeitenspiegel, Übersicht über die in das Folgejahr übertragenen Haushaltsermächtigungen, Rückstellungsspiegel, Aufstellung der Mitglieder des Verwaltungsvorstandes und der Ratsmitglieder

Anlage 1

Jahresabschluss (Bilanz) zum 31.12.2023

Jahresabschluss 2023

Bilanz zum 31.12.2023

Stadt Erkelenz

Bezeichnung	31.12.2023	Vorjahres-zahlen	Bezeichnung	31.12.2023	Vorjahres-zahlen
AKTIVA			PASSIVA		
0. Aufwendungen zur Erhaltung der gemeindlichen Leistungsfähigkeit	**6.410.136,39**	**6.167.846,36**	**1. Eigenkapital**		
1. Anlagevermögen			1.1 Allgemeine Rücklage	189.529.480,52	189.489.993,85
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	150.626,41	158.356,73	1.2 Sonderrücklage	1.737.752,30	1.742.032,18
1.2 Sachanlagen			1.3 Ausgleichsrücklage	37.943.043,53	37.943.043,53
1.2.1 Unbebaute Grundstücke u. gr.stücksgl. Rechte			1.5 Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	13.075.086,56	11.047.068,70
1.2.1.1 Grünflächen	68.649.798,25	65.778.561,89	**Summe Eigenkapital**	**242.285.362,91**	**240.222.138,26**
1.2.1.2 Ackerland	1.568.673,17	1.568.673,17	**2. Sonderposten**		
1.2.1.3 Wald, Forsten	682.097,46	681.978,15	2.1 für Zuwendungen	113.793.472,30	113.444.405,17
1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	8.398.336,28	3.162.171,26	2.2 für Beiträge	24.908.148,87	26.170.847,39
Summe unbebaute Grundstücke	79.298.905,16	71.191.384,47	2.3 für den Gebührenausgleich	679.903,66	718.250,72
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte			2.4 Sonstige Sonderposten	248.163,69	244.224,10
1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen	10.657.066,42	8.875.396,09	**Summe Sonderposten**	**139.629.688,52**	**140.577.727,38**
1.2.2.2 Schulen	59.503.640,52	60.923.888,10	**3. Rückstellungen**		
1.2.2.3 Wohnbauten	3.633.332,05	3.763.545,23	3.1 Pensionsrückstellungen	55.077.447,00	54.457.565,00
1.2.2.4 Sonst. Dienst-, Gesch.- u.a. Betriebsgeb.	46.354.058,24	46.447.957,10	3.2 Rückstellungen für Deponien und Altlasten		
Summe Bebaute Grundstücke u. grundstücksgl.Rechte	120.148.097,23	120.010.786,52	3.3 Instandhaltungsrückstellungen	4.538.155,98	4.369.524,93
1.2.3 Infrastrukturvermögen			3.4 Sonstige Rückstellungen	3.534.575,43	5.641.254,77
1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	29.096.034,66	29.003.749,75	**Summe Rückstellungen**	**63.150.178,41**	**64.468.344,70**
1.2.3.2 Brücken und Tunnel	1.155.158,30	1.146.948,14	**4. Verbindlichkeiten**		
1.2.3.3 Gleisanl. m. Streckenausr. u.Sicherh.anl.			4.1 Anleihen		
1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbes.anl.	1.420.900,33	1.468.772,60	4.2 Verbindlichkeiten a. Krediten f. Investitionen		
1.2.3.5 Straßennetz m. Wegen, Plätzen, Verk.anl.	74.165.789,91	76.051.537,92	4.2.1 von verbundenen Unternehmen		
1.2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens			4.2.2 von Beteiligungen		
Summe Infrastrukturvermögen	105.837.883,20	107.671.008,41	4.2.3 von Sondervermögen		
1.2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden	479.323,67	536.692,35	4.2.4 vom öffentlichen Bereich	2.959.394,00	3.292.614,00
1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	52.865,80	52.865,80	4.2.5 von Kreditinstituten	2.177.192,44	2.838.025,37
1.2.6 Maschinen und techn. Anlagen, Fahrzeuge	6.695.001,85	6.067.921,28	4.2.6 von Sonstigen		
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.454.160,30	5.564.376,60	Summe Verbindlichk. a. Krediten f. Investitionen	5.136.586,44	6.130.639,37
1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	21.914.405,34	15.034.503,72	4.3 Verbindl. a. Krediten z. Liquiditätssicherung		
Summe Sachanlagen	339.880.642,55	326.129.539,15	4.4 Verbindl. a.Vorg., die Kreditaufn. gleichkommen		
1.3 Finanzanlagen			4.5 Verbindl. aus Lieferung und Leistung	2.816.526,24	1.206.623,54
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	3.048.284,00	3.048.284,00	4.6 Verbindl. aus Transferleistungen	654.618,93	342.173,69
1.3.2 Beteiligungen	996.294,31	996.294,31	4.7 Sonstige Verbindlichkeiten	1.918.685,27	996.785,23
1.3.3 Sondervermögen	37.421.530,74	37.421.530,74	4.8 Erhaltene Anzahlungen	15.794.072,03	10.137.578,76
1.3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens	1.006.678,90	605.056,67	**Summe Verbindlichkeiten**	**26.320.488,91**	**18.813.800,59**
1.3.5 Ausleihungen			**5. Passive Rechnungsabgrenzung**	**12.382.335,49**	**10.864.047,44**
1.3.5.1 an verbundene Unternehmen					
1.3.5.2 an Beteiligungen					
1.3.5.3 an Sondervermögen					
1.3.5.4 Sonstige Ausleihungen	46.044.336,76	46.044.336,76			
Summe Anlagevermögen	**428.548.393,67**	**414.403.398,36**			
2. Umlaufvermögen					
2.1 Vorräte					

Bilanz zum 31.12.2023

Stadt Erkelenz

Bezeichnung	31.12.2023	Vorjahres-zahlen	Bezeichnung	31.12.2023	Vorjahres-zahlen
2.1.1 Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe, Waren					
2.1.2 Geleistete Anzahlungen					
2.2 Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände					
2.2.1 Öff.rechtl. Ford. u. Ford. aus Transferlstg.					
2.2.1.1 Gebühren	508.324,68	473.671,16			
2.2.1.2 Beiträge	243.326,27	256.970,46			
2.2.1.3 Steuern		4.996.804,89			
2.2.1.4 Forderungen aus Transferleistungen	3.568.412,75	3.455.341,24			
2.2.1.5 Sonstige öff. rechtl. Forderungen	2.169.175,75	2.250.549,31			
Summe Öff.rechtl. Ford. u. Ford. aus Transferlstg.	6.489.239,45	11.433.337,06			
2.2.2 Privatrechtliche Forderungen					
2.2.2.1 gegenüber dem privaten Bereich	478.920,52	580.516,40			
2.2.2.2 gegenüber dem öffentlichen Bereich					
2.2.2.3 gegen verbundene Unternehmen					
2.2.2.4 gegen Beteiligungen					
2.2.2.5 gegen Sondervermögen	6.190.858,89	5.179.468,70			
Summe Privatrechtliche Forderungen	6.669.779,41	5.759.985,10			
2.2.3 Sonstige Vermögensgegenstände	3.096.244,56	3.065.119,25			
Summe Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände	16.255.263,42	20.258.441,41			
2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens	5.000.000,00	5.000.000,00			
2.4 Liquide Mittel	22.037.981,23	23.785.799,39			
Summe Umlaufvermögen	**43.293.244,65**	**49.044.240,80**			
3. Aktive Rechnungsabgrenzung	**5.516.279,53**	**5.330.572,85**			
SUMME AKTIVA	**483.768.054,24**	**474.946.058,37**	SUMME PASSIVA	**483.768.054,24**	**474.946.058,37**

Anlage 2

Anhang

Anlagenspiegel (Anlage 1 zum Anhang)

Forderungsspiegel (Anlage 2 zum Anhang)

Verbindlichkeitenspiegel (Anlage 3 zum Anhang)

Eigenkapitalspiegel (Anlage 4 zum Anhang)

Übersicht über die in das Folgejahr übertragenen Haushaltsermächtigungen (Anlage 5 zum Anhang)

Rückstellungsspiegel (Anlage 5 zum Anhang)

Aufstellung der Mitglieder des Verwaltungsvorstandes und der Ratsmitglieder

Stadt Erkelenz

Anhang

für das Haushaltsjahr 2023

A. Vorbemerkungen

Nach der Einführung eines an den kaufmännischen Grundsätzen der Privatwirtschaft ausgerichteten öffentlichen Rechnungswesens ab dem Haushaltsjahr 2007 in der Stadt Erkelenz und der damit verbundenen Erstellung einer Eröffnungsbilanz zum 01.01.2007 ist dies der 17. Jahresabschluss nach den Regeln des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF). Zum 01.01.2007 wurden die vorhandenen Aktiv- und Passivposten (Vermögensgegenstände, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten) erstmals vollständig erfasst und bewertet. Bei der Erfassung und Bewertung von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten kamen die einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften zur Anwendung. Die Sonderbestimmung des § 57 der Gemeindehaushaltsverordnung zur Korrektur von fehlerhaften Wertansätzen in der Eröffnungsbilanz durfte bis einschließlich zum Jahresabschluss 2010 angewandt werden. Nunmehr gelten für die Berichtigung von Wertansätzen nach Feststellung der Eröffnungsbilanz die Vorschriften des § 58 der Kommunalhaushaltsverordnung NRW. Am 28.09.2012 trat das 1. NKF-Weiterentwicklungsgesetz (NKFWG) in Kraft, dessen Regelungsinhalte in Erkelenz grundsätzlich erst ab 2013 zur Anwendung kamen. Lediglich die Option zur Aufstockung der Ausgleichsrücklage mit den Jahresüberschüssen aus den Jahren 2007 bis 2009 wurde im Rahmen der Beschlussfassung zum Jahresabschluss 2012 durch den Rat bereits für das Jahr 2012 gezogen. Am 12.12.2018 hat der Landtag NRW das 2. NKF-Weiterentwicklungsgesetz (2. NKFWG NRW) beschlossen, dessen Regelungen grundsätzlich zum 01.01.2019 in Kraft getreten sind. Am 05.03.2024 hat der Landtag NRW das 3. NKF-Weiterentwicklungsgesetz (NKF-WG) beschlossen, dessen Regelungen rückwirkend zum 31.12.2023 in Kraft getreten sind.

B. Angaben zum Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2023

I. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanz enthält sämtliche **Vermögensgegenstände, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten**. Die jeweiligen Bilanzansätze sind zum Bilanzstichtag vorsichtig und überwiegend einzeln bewertet worden. Sämtliche bis zum Zeitpunkt der Bilanzaufstellung bekannt gewordenen Risiken, die am Bilanzstichtag bereits vorlagen, wurden aufgenommen. Die in der Eröffnungsbilanz angesetzten Werte nach Wiederbeschaffungszeitwert gelten für die künftigen Haushaltsjahre als Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten. Das ab 2007 erworbene Sach- und Umlaufvermögen wurde zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet.

1. Das **Sachanlagevermögen** ist zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten vermindert um planmäßige Abschreibungen angesetzt worden.
   Im Zuge des 2. NKFWG wurde die bisherige Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO NRW) durch die neue Kommunalhaushaltsverordnung NRW (KomHVO NRW) abgelöst. Die KomHVO NRW lässt die Anwendung eines Komponentenansatzes bei Gebäuden sowie Straßen, Wegen und Plätzen in bituminöser Bauweise mit Unterbau ab dem 01.01.2019 zu (§ 36 Abs. 2 KomHVO NRW). Von diesem Wahlrecht wurde Gebrauch gemacht, so dass diese Vermögensgegenstände in einzelne Komponenten aufgeteilt und jede Komponente, entsprechend der jeweiligen Nutzungsdauer, abgeschrieben wird.

   Bei folgenden Vermögensgegenständen wurde der Komponentenansatz angewendet:
   - H02150019 - Erweiterung FWGH Holzweiler (mit Schulungsraum)
   - H06020902 - Erweiterung Kindergarten Lövenich

2. Die **Vermögensgegenstände des Anlagevermögens**, deren Anschaffungs- und Herstellungskosten wertmäßig bis zum 31.12.2018 einen Betrag von 410 € ohne Umsatzsteuer nicht überstiegen, die **selbständig genutzt werden konnten** und einer Abnutzung unterlagen, durften und wurden bisher unmittelbar als Aufwand gebucht. Im Rahmen der KomHVO wurde in 2019 diese Wertgrenze auf nunmehr 800 € (ohne Umsatzsteuer) hochgesetzt. Zudem werden diese Gegenstände

seit dem 01.01.2019 nicht mehr als Aufwand gebucht, sondern nunmehr investiv und werden noch im gleichen Jahr aus Vereinfachungsgründen in voller Höhe abgeschrieben (vgl. § 30 Abs. 4 KomHVO). Durch diese Vorgehensweise kann insbesondere auch eine Kreditfinanzierung dieser Posten vorgenommen werden.

3. Die Bewertung der **Finanzanlagen** erfolgte zu Anschaffungskosten.

4. Die **öffentlich-rechtlichen Forderungen und die Forderungen aus Transferleistungen, die privatrechtlichen Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände** wurden zum Nennwert angesetzt. Einzelheiten sind aus dem als Anlage 2 beigefügten Forderungsspiegel ersichtlich.

5. Als **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** wurden vor dem Bilanzstichtag geleistete Zahlungen ausgewiesen, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

6. Die **Sonderposten** beinhalten vereinnahmte Investitionspauschalen und zweckgebundene Zuwendungen sowie vereinnahmte Beiträge. Die Auflösung erfolgt entsprechend der Abnutzung des bezuschussten Vermögensgegenstandes.

7. Die **Rückstellungen** wurden nach dem Grundsatz der kaufmännischen Vorsicht für sämtliche erkennbare Risiken und ungewisse Verpflichtungen, die bis zum Zeitpunkt der Bilanzaufstellung bekannt geworden sind und bereits am Bilanzstichtag vorlagen, gebildet. Einzelheiten sind aus dem als Anlage 5 beigefügten Rückstellungsspiegel ersichtlich.

8. Der Ansatz der **Verbindlichkeiten** entspricht ihrem jeweiligen Rückzahlungsbetrag. Verbindlichkeiten in fremder Währung bestanden am Bilanzstichtag nicht. Einzelheiten sind aus dem als Anlage 3 beigefügten Verbindlichkeitenspiegel zu entnehmen.

9. Als **passive Rechnungsabgrenzungsposten** wurden vor dem Bilanzstichtag erhaltene Zahlungen ausgewiesen, soweit sie Erträge für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Erläuterungen zur Bilanz

Aktivseite

Aufwendungen zur Erhaltung der gemeindlichen Leistungsfähigkeit (Bilanzierungshilfe):
Gem. der Verordnung zur Änderung der KomHVO NRW vom 30.10.2020 ist auf der Aktivseite der Bilanz seit dem Jahresabschluss 2020 eine neue Bilanzposition „0“ einzurichten. Die Bezeichnung dieser Position lautet: „Aufwendungen zur Erhaltung der gemeindlichen Leistungsfähigkeit“. Diese Aktivposition dient als „Bilanzierungshilfe“ zur Aktivierung des außerordentlichen Ertrages gem. § 5 Abs. 4 des Gesetzes zur „Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie und dem Krieg gegen die Ukraine folgenden Belastungen der kommunalen Haushalte im Land Nordrhein-Westfalen (NKF-COVID-19-Ukraine- Isolierungsgesetz - NKF-CUIG)“. Wie diese Bilanzierungshilfe zukünftig bilanziell behandelt werden wird, ist in 2025 im Rahmen der Aufstellung der 2026er Haushaltssatzung durch den Rat zu entscheiden. Dabei ist eine vollständige oder partielle, ergebnisneutrale Buchung gegen das Eigenkapital oder eine Mischung aus den beiden zuvor genannten Varianten möglich. Entscheidet sich der Rat für eine erfolgswirksame Auflösung der Bilanzierungshilfe, so ist diese, beginnend mit dem Haushaltsjahr 2026, linear über einen Zeitraum von längstens 50 Jahre möglich (§ 6 NKF-CUIG NRW). Zur Ermittlung des in der Bilanzierungshilfe aktivierten Betrages wird auf die Erläuterungen zur Ergebnisrechnung (Punkt III. 16.) verwiesen.

1. Die **Entwicklung des Anlagevermögens** ergibt sich aus dem Anlagenspiegel für das Haushaltsjahr 2023 (Anlage 1 zum Anhang).
   Das Sachanlagevermögen ist zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten vermindert um planmäßige Abschreibungen angesetzt worden (siehe Erläuterungen zu „B. I. Nr. 1“). Die Festlegung der Nutzungsdauern orientiert sich an der örtlichen Abschreibungstabelle der Stadt Erkelenz. Grundlage hierfür ist die vom Innenministerium Nordrhein-Westfalen bekannt gegebene NKF-Rahmentabelle für Kommunen. Es wird die lineare Abschreibungsmethode angewendet.

Eine Wiederholungsinventur gem. § 30 Abs. 2 KomHVO war im Jahr 2023 nicht erforderlich, da diese letztmalig im Jahr 2019 durchgeführt wurde. Die nächste Wiederholungsinventur ist für das Jahr 2024 geplant.

Der Wert der Anlagen im Bau beträgt zum 31.12.2023 insgesamt 21.914 T€ Nachfolgend werden die Anlagen im Bau, deren Wert T€ 100 übersteigt, aufgeführt:

Investitions-nummer	Bezeichnung	Betrag:
H15020209	Neubau MZH Keyenberg (neu)	4.809 T€
H03010020	Energetische Sanierung GS Gerderath	4.705 T€
H03010022	Erweiterung Grundschule Kückhoven	2.572 T€
H12010201	Neubau eines Parkhauses “Ostpromenade“	1.740 T€
H15020212	MZH Dorfzentrum “Alte Schule Holzweiler“	1.599 T€
H06021201	Neubau Kindergarten Kückhoven	1.184 T€
H15020210	Quartierszentrum Oerather Mühlenfeld	979 T€
H03010019	Aufstockung Nysterbach-Grundschule Lövenich	766 T€
S12010109	Umgestaltung/ Aufwertung Markt (InHK)	483 T€
S15020203	Außengelände MZH Keyenberg (neu)	402 T€
H03010023	Energetische Sanierung Grundschule Kückhoven	302 T€
S12010104	Umgestaltung Entree Berufskolleg und Kreismusik-schule (InHK)	267 T€
H06021502	Anbau Mehrzweckraum KG Südpromenade	216 T€
S08010017	Multifunktionsfläche Eingangsbereich Sportanlage Schwanenberg	213 T€
E12010058	Im Pangel -Straßenbau-	207 T€
S03030002	Neugestaltung Schulhof Europaschule	195 T€
E12029001	Beleuchtung Flandernstraße	168 T€

Der Bestand hat sich insgesamt gegenüber dem Vorjahr um 6.879 T€ erhöht.

2. Die **Anteile an verbundene Unternehmen** von 3.048 T€ bestehen aus (vgl. Punkt 8 der Erläuterungen zur Finanzrechnung):

   - alleiniger Gesellschafter der Kultur GmbH
     Die Bewertung der Kultur GmbH in Höhe von T€ 177 erfolgte in Abstimmung mit einem Wirtschaftsprüfer anhand der vorhandenen Sachwerte.
   - alleiniger Gesellschafter an der Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft mbH
     Die Bewertung (T€ 26) erfolgte nach dem Ertragswertverfahren.
   - Kommanditistin an der Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft mbH & Co.KG (GEE)
     Die Bewertung (T€ 2.845) erfolgte nach dem Ertragswertverfahren.

3. Die **Beteiligungen** von 996 T€ betreffen:

   - den Gesellschafteranteil von 4,125 % an den Kreiswerken Heinsberg GmbH:
     Die Anteile der Stadt Erkelenz an den Kreiswerken Heinsberg werden zwar als Beteiligung i.S.v. § 271 HGB qualifiziert. Aufgrund der geringen Bedeutung wird die Beteiligung gem. § 56 Abs. 6 Satz 2 KomHVO mit dem anteiligen Wert des Eigenkapitals angesetzt (965 T€).
   - den Gesellschafteranteil von 10 % an der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Heinsberg mbH (WFG):

Es erfolgte eine vereinfachte Bewertung gem. § 56 Abs. 6 Satz 2 KomHVO, da der Anteil der Stadt Erkelenz an der Wirtschaftsförderung für den Kreis Heinsberg eine Beteiligung darstellt, die mit ihrem anteiligen Wert des Eigenkapitals angesetzt werden kann. So wird der Gesellschafteranteil von 10,87 % (26 T€) in die Bilanz eingestellt.

- die d-NRW - AöR -:
  Die d-NRW AöR ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Die Anstalt wird von ihren Trägern mit Stammkapital ausgestattet und soll ihre Träger und andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung unterstützen. Die Stadt Erkelenz hat ein Stammkapital von 1 T€ gezeichnet.
- den Zweckverband „LandFolge Garzweiler“:
  Zum 21. November 2017 haben sich die Städte Mönchengladbach, Erkelenz und Jüchen sowie die Gemeinde Titz zum Zweckverband „LandFolge Garzweiler“ zusammengeschlossen. In 2022 wurde beschlossen, dass zum 01.01.2023 zusätzlich die Stadt Grevenbroich mit in den Zweckverband aufgenommen wird. Zentrale Aufgabe des Zweckverbandes ist die gemeinsame Gestaltung des vom Tagebau Garzweiler beanspruchten und abgebauten Raumes, insbesondere auch unter Berücksichtigung des Strukturwandels. Die Beteiligungsverhältnisse der nunmehr fünf Kommunen sind so, dass keine Kommune einen beherrschenden Einfluss ausübt, sondern lediglich die Städte Mönchengladbach und Erkelenz einen maßgeblichen Einfluss innerhalb des Zweckverbandes besitzen.
- die Campus Transfer Management GmbH:
  Die Campus Transfer Management GmbH wurde als langfristig angelegte Verstetigung der erzielten Ergebnisse aus dem Campus Transfer Kompetenzzentrum der Land- und Ernährungswirtschaft gegründet. Gesellschafter sind der NALE-RR e.V., die Landwirtschaftskammer NRW, das Land NRW, die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, der Kreis Heinsberg und die Stadt Erkelenz. Die Beteiligung erfolgte in Höhe von 4 T€.

4. Als **Sondervermögen** wird der Städtische Abwasserbetrieb Erkelenz mit 37.422 T€ ausgewiesen. Bei der Bewertung wurde die Eigenkapitalspiegelmethode zugrunde gelegt.

5. Die **Wertpapiere des Anlagevermögens** bestehen aus der Versorgungsrücklage nach dem Bundesbesoldungsgesetz sowie den Anteilen nach dem kommunalen Versorgungsrücklagen- Fonds (KVR-Fonds) der Rheinischen Versorgungskassen.
   Die Bewertung der Versorgungsrücklage nach dem Bundesbesoldungsgesetz erfolgt in Höhe der bisher erworbenen Fondsanteile. Gemäß Realisationsprinzip dürfen Gewinne nur dann ausgewiesen werden, wenn sie am Abschlussstichtag tatsächlich realisiert worden sind. Als Realisationszeitpunkt gilt im Regelfall der Zeitpunkt der Leistungserbringung. Dieser tritt erst mit dem Verkauf der Fondsanteile ein.
   Die Bewertung der Anteile am KVR-Fonds bemisst sich nach den festgestellten Ansprüchen gegenüber anderen Dienstherren aufgrund von Dienstherrenwechseln. Mit Dienstherrenwechsel eines Beamten zur Stadt werden diese einmalig festgestellt und in den KVR-Fonds übertragen. Gemäß § 44 der KVR-Fonds erwirbt die Versorgungskasse die Fondsanteile treuhänderisch für die Stadt. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich bei vorliegender Bilanzposition eine Erhöhung in Höhe von 402 T€.

6. In den **Ausleihungen** von insgesamt 46.044 T€ sind die Stille Beteiligung an der NEW (ehemals NVV), das Gesellschafterkapital am Gemeinnützigen Bauverein sowie die Beteiligung an der regio iT Beteiligungsgenossenschaft eG in Höhe der jeweiligen Einlagen bewertet und ausgewiesen. Im Vergleich zum Vorjahr ergeben sich keine Veränderungen.

7. Die **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** von 16.255 T€ wurden mit dem Nennwert angesetzt. Auf Forderungen, bei denen der Debitor einen Insolvenzantrag gestellt hat, wird grundsätzlich eine Einzelwertberichtigung vorgenommen. Bei der Summe aller Forderungen ergibt sich gegenüber dem Vorjahr eine Verringerung von 4.003 T€. Diese Verringerung ermittelt sich rechnerisch aus der Erhöhung der „Gebührenforderungen“ i. H. v. 35 T€, der Verringerung der „Beitragsforderungen“ i. H. v. 14 T€, der Verringerung der „Steuerforderungen“ i. H. v. 4.997 T€, der Erhöhung der „Forderungen aus Transferleistungen“ i. H. v. 113 T€ und der Verringerung der „Sonstigen öffentlich-rechtlichen Forderungen“ i. H. v. 81 T€. Damit verringern sich die öffentlich-rechtlichen Forderungen insg. um **4.944 T€**. Im Bereich der privatrechtlichen Forderungen ist insgesamt eine Erhöhung gegenüber 2022 um **910 T€** festzustellen. Diese ist zurückzuführen auf Verringerungen der „Privatrechtlichen Forderungen gegenüber dem privaten Bereich“ i. H. v. 102

T€ und der Erhöhung der „Privatrechtlichen Forderungen gegen Sondervermögen“ i. H. v. 1.012 T€. Der Forderungsbestand bei den „Sonstigen Vermögensgegenständen“ erhöht sich gegenüber 2022 um **31 T€.**

8. In den **Wertpapieren des Umlaufvermögens** sind Geldanlagen in Höhe von 5.000 T€ nachgewiesen. D.h. es handelt sich um Liquiditätsmittel, die die Stadt vorübergehend nicht benötigt und länger als 90 Tage festgelegt worden sind. Im Vergleich zum Vorjahr ergeben sich keine Veränderungen.

9. Als **liquide Mittel** sind Kassenbestände, Einnahmekassen und Guthaben bei Kreditinstituten ausgewiesen. In Summe ergibt sich ein Bestand an liquiden Mitteln zum 31.12.2023 i. H. v. 22.037.981,23 € (gegenüber dem Vorjahr: - 1.747.818,16 €). Hierin sind 1.132.950,30 € liquide Mittel der Walter und Elfriede Meyer-Stiftung sowie die Bestände der Schulgirokonten i. H. v. 444.214,00 € enthalten.

Die **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** (5.516 T€) beinhalten Zuwendungen der Stadt Erkelenz an die Kultur GmbH für den Bau der Stadthalle (1.310 T€), an den TC Lövenich zur Erneuerung von Sanitäranlagen (29 T€), an den VfR Granterath zum Austausch der Heizung (15 T€), den TC Holzweiler für die Bewässerungsanlage (7 T€), an den Förderverein Haus Hohenbusch für Audioanlagen (8 T€), an das Land NRW zur Anbindung der L227 an die B57 (46 T€) sowie eine Ablösezahlung an den Landesbetrieb Straßenbau NRW für die Unterhaltung des Kreisverkehrs GIPCO II (56 T€). Daneben sind Investitionszuwendungen an den Zweckverband Landfolge Garzweiler (94 T€) enthalten. Die jährliche Auflösung orientiert sich an der Zweckbindung der jeweiligen Maßnahme bzw. den kommunalen Abschreibungssätzen. Weiterhin enthalten sind weitergeleitete Landeszuwendungen an freie Träger für den Bau von Kindertagesstätten (3.084 T€). Darüber hinaus wurde die Beamtenbesoldung (282 T€) für Januar 2024, der Umlagebeitrag an die Rheinische Versorgungskasse (206 T€), Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (147 T€), Unterhaltvorschussleistungen (159 T€) sowie sonstige geleistete Auszahlungen, die Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2023 (73 T€) darstellen, erfasst.

Passivseite

1. Der Stand der **Allgemeinen Rücklage** zum 31.12.2023 beträgt 189.529 T€ (vgl. auch die Erläuterungen zum Punkt 3 „Ausgleichsrücklage“).

   Die Allgemeine Rücklage hat sich seit dem 31.12.2022 wie folgt entwickelt:

Stand 31.12.2022		189.489.993,85 €
Verrechnung gem. § 44 KomHVO mit der allgemeinen Rücklage	+	39.486,67 €
Stand 31.12.2023		189.529.480,52 €

   Nach der Regelung des § 44 Abs. 3 KomHVO sind Erträge und Aufwendungen aus dem Abgang und der Veräußerung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens nicht ergebniswirksam darzustellen, sondern unmittelbar mit der allgemeinen Rücklage zu verrechnen. Für 2023 bedeutet dies, dass die Erträge (+) / Aufwendungen (-) folgender Finanzvorfälle unmittelbar mit der Allgemeinen Rücklage verrechnet werden:

Veräußerung unbebauter Grundstücke und ähnliche Rechte	25.608,19 €
Abgänge unbebauter Grundstücke und ähnliche Rechte	0,00 €
Veräußerung Infrastrukturvermögen	0,00 €
Abgänge Infrastrukturvermögen	- 4.294,14 €
Veräußerung Maschinen, technische Anlagen und Fahrzeugen	18.424,77 €
Abgänge Maschinen, technische Anlagen und Fahrzeugen	0,00 €
Veräußerung Betriebs- und Geschäftsausstattung	770,00 €
Abgänge von Betriebs- und Geschäftsausstattung	- 1.022,15 €
Verrechnung gem. § 44 Abs. 3 KomHVO:	**39.486,67 €**

2. Die **Sonderrücklagen** betragen zum 31.12.2023 insgesamt 1.738 T€. Hierbei handelt es sich um die passivische Beschränkung der Vermögensmasse der rechtlich selbstständigen Walter und Elfriede Meyer-Stiftung. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich eine Verringerung i. H. v. 4 T€.

3. Die **Ausgleichsrücklage** hat zum 31.12.2023 einen Bestand von 37.943.043,53 €. Gemäß § 75 Abs. 3 Satz 2 GO NRW erhöhen beginnend für das Haushaltsjahr 2023 Jahresüberschüsse die Ausgleichsrücklage, soweit sie nicht für den Haushaltsausgleich verwendet werden. Jahresüberschüsse bis einschließlich des Haushaltsjahres 2022 können gem. § 75 Abs. 3 Satz 2 GO NRW (a.F.) zugeführt werden, soweit die allgemeine Rücklage einen Bestand i. H. v. mindestens 3 Prozent der Bilanzsumme des Jahresabschlusses aufweist. Der Jahresabschluss 2022 ist zum 31.12.2023 noch nicht festgestellt, sodass sich die Verwendung des Jahresüberschusses 2022 nach den vorstehenden Regelungen der alten Fassung und die Verwendung des Jahresüberschusses 2023 nach vorstehenden den Regelungen der aktuellen Fassung des § 75 Abs. 3 Satz 2 GO NRW richtet. Die allgemeine Rücklage weist zum 31.12.2022 einen Bestand von 189.489.993,85 € aus. Somit beträgt der Bestand der Allgemeinen Rücklage 39,90 % der Bilanzsumme zum 31.12.2022. Nach erfolgtem Ratsbeschluss könnte der Jahresüberschuss 2022 i. H. v. 11.047.068,70 € der Ausgleichsrücklage zugeführt werden. Der Bestand der Ausgleichsrücklage würde sich dadurch auf 48.990.112,23 € erhöhen. Der Jahresüberschuss 2023 i. H. v. 2.028.017,86 € ist der Ausgleichrücklage zuzuführen, sodass sich der Bestand der Ausgleichrücklage auf 51.018.130,09 € erhöhen würde. Hierin ist jedoch eine Summe von 6.410.136,39 € enthalten, über deren ergebnisneutrale und/oder ergebniswirksame Verwendung der Rat in 2025 zu entscheiden hat.

4. Der **Jahresüberschuss** in Höhe von 2.028.017,86 € resultiert aus der Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2023. Dieser setzt sich aus dem „Ergebnis aus der lfd. Verwaltungstätigkeit“ i. H. v. 1.785.727,83 € und dem außerordentlichen Ergebnis in Höhe von 242.290,03 € zusammen. Gegenüber der Planung verbessert sich das Ergebnis um 5.011.017,86 €. Es wird darauf hingewiesen, dass der unter Nummer 1.4 der Passiva (Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag) der Bilanz zum

31.12.2023 ausgewiesene Betrag in Höhe von 13.075.086,56 EUR die Jahresüberschüsse für das Jahr 2022 (11.047.068,70 €) und für das Jahr 2023 (2.028.017,86 €) enthält.

5. Der **Sonderposten für Zuwendungen** beinhaltet die zweckgebundene Zuweisungen und die Investitionspauschalen. Die Auflösung erfolgt entsprechend der Abnutzung des bezuschussten Anlagevermögens. Die Ermittlung der Sonderposten für Zuwendungen vor 2007 wurde pauschal anhand von durchschnittlichen Zuwendungsquoten auf der Grundlage von Stichproben durchgeführt. Der „Vom-Hundert-Anteil“ wurde bei der Ermittlung gem. § 57 Abs. 5 KomHVO des ansetzbaren Wertes der Sonderposten unter Berücksichtigung des angesetzten Zeitwertes des Vermögensgegenstandes zugrunde gelegt. Ab 2007 geflossene Zuwendungen werden mit ihrer tatsächlichen Höhe angesetzt und dem jeweiligen Anlagegut einzeln zugeordnet und entsprechend aufgelöst. Die Auflösung erfolgt entsprechend der Abnutzung des bezuschussten Vermögens.

6. Die Erfassung des **Sonderpostens für Beiträge** resultiert im Wesentlichen aus dem Baugesetzbuch (BauGB) sowie dem Kommunalabgabengesetz (KAG). Die Ermittlung der Sonderposten für Beiträge wurde anhand von durchschnittlichen Betragsquoten auf der Grundlage von Stichproben durchgeführt. Der Prozentanteil wurde bei der Ermittlung gem. § 57 Abs. 5 KomHVO des ansetzbaren Wertes der Sonderposten unter Berücksichtigung des angesetzten Zeitwertes des Vermögensgegenstandes auf der Grundlage von Stichproben zugrunde gelegt. Ab 2007 geflossene Beiträge werden mit ihrer tatsächlichen Höhe angesetzt und dem jeweiligen Anlagegut zugeordnet und entsprechend aufgelöst. Die Auflösung erfolgt entsprechend der Abnutzung des bezuschussten Vermögens.

7. Der **Sonderposten für den Gebührenausgleich** beinhaltet den Gebührenüberschuss der Abfallentsorgung (676.880,47 €) sowie den Sonderposten für die Straßenreinigung (3.023,19 €). Gemäß § 6 Abs. 2 KAG sind Kostenüberdeckungen innerhalb der nächsten 4 Jahre auszugleichen. Bis zum Ausgleich sind Überdeckungen als Sonderposten in der Bilanz auszuweisen.

8. Die **Sonstigen Sonderposten** beinhalten das Vermögen der Becker von Berg-Stiftung (248 T€). Dieser hat sich gegenüber 2022 um 3.939,59 € erhöht. Bei dieser wurden durch den Stifter Vermögensgegenstände mit einer bestimmten Zweckbindung der Stadt Erkelenz als Eigentum übertragen. Die Stadt Erkelenz darf nur in Übereinstimmung mit dem Stifterwillen darüber verfügen. Diese Nutzungsbeschränkung erfordert, dass dem zweckgebundenen Vermögenswert auf der Aktivseite eine entsprechende Beschränkung auf der Passivseite bei den sonstigen Sonderposten der Bilanz folgt.

9. Die **Pensionsrückstellungen** wurden durch die Rheinischen Versorgungskassen auf der Basis eines versicherungsmathematischen Gutachtens der Heubeck AG, Köln, zum 31.12.2023 angesetzt. Die Rückstellungen beinhalten neben den künftigen Versorgungslasten der Stadt Erkelenz (42.459 T€) auch die Ansprüche auf Beihilfen nach § 88 Landesbeamtengesetz (12.618 T€). Den Berechnungen liegen die biometrischen Grundlagen der Richttafeln von Prof. Dr. K. Heubeck nach dem Stand 2018 (G) unter Anwendung eines Rechnungszinsfußes von 5 % zu Grunde.

10. Die **Instandhaltungsrückstellungen** wurden in Höhe der Beträge gebildet, die nach vernünftiger kaufmännischer Betrachtung geboten waren. Es wurde vom § 37 Abs. 4 KomHVO Gebrauch gemacht und alle Maßnahmen für die Instandhaltungsrückstellungen gebildet wurden, werden voraussichtlich 2024 - 2027 durchgeführt werden.

Entwicklung der Instandhaltungsrückstellungen im Haushaltsjahr 2023:

		Stand 01.01.2022 €	Inan-spruch-nahme €	Auflösung €	Zuführung €	Stand 31.12.2023 €
1	Erneuerung Fenster Altbau 5.BA	36.913,00			13.087,00	50.000,00
2	Erneuerung Heizkessel Johannismarkt 17	58.000,00			22.000,00	80.000,00
3	Wohnung In Granterath 4: Ern. Badezimmer	20.000,00				20.000,00
4	Wohnhaus Landstr.43: Ern. Badezimmer + Toilette	25.000,00				25.000,00
5	Wohnhaus Landstr.43: Ern. Ziegeldach ein-schl. Wärmedämmung	35.000,00				35.000,00
6	Bauhof Mitte: Ern. Dachabdichtungen Hallen (120.000)	48.900,00				48.900,00
7	Bauhof Mitte: Ern. der Kompressoranlage (15.000)	15.000,00				15.000,00
8	Bauhof Mitte: Ern. der Stützwände Abfallgrube (25.000)	25.000,00				25.000,00
9	Bauhof Mitte: Ern. der restlichen Falttore durch elektr. Rolltore (40.000)	40.000,00				40.000,00
10	FWGH Schwanenberg: Ern. Zufahrt (Asphalt-decke)	30.000,00				30.000,00
11	Franziskusschule: Ern. Fenster 2.+3. BA	120.000,00				120.000,00
12	Astrid-Lindgren-Schule: Sanierung Verfugung Strassenseite	23.000,00				23.000,00
13	Astrid-Lindgren-Schule: Sanierung von fünf Klassenräumen im EG und 1.OG	32.500,00				32.500,00
14	Astrid-Lindgren-Schule: Ern. Fenster 3.BA	40.000,00				40.000,00
15	Astrid-Lindgren-Schule: Sanierung Keller-räume	40.000,00				40.000,00
16	Astrid-Lindgren-Schule: Ern. Dach einschl. Dämmung	70.000,00				70.000,00
17	Luise-Hensel-Schule: Ern. Bodenbeläge Klas-sen	100.000,00			20.000,00	120.000,00
18	GS Houverath: Ern. Dach einschl. Dämmung	42.000,00		42.000,00		0,00
19	GS Houverath: Ern. Fenster	60.000,00		60.000,00		0,00
20	GS Houverath: Ern. Außentoiletten	70.000,00				70.000,00
21	GS Hetzerath: Ern. Fenster 2.BA Erdgeschoss (15.000)	5.000,00				5.000,00
22	GS Hetzerath: Ern. Außentüren	5.768,00				5.768,00
23	GS Hetzerath: Ern. Fenster	25.000,00				25.000,00
24	GS Hetzerath: Ern. Dach und Dämmung	75.000,00				75.000,00
25	Nysterbachschule Lövenich: Erneuerung Blitz-schutzleitungen	15.000,00				15.000,00
26	Nysterbachschule Lövenich: Erneuerung Leh-rer-Toiletten	20.000,00	1.709,24		0,24	18.291,00
27	Nysterbachschule Lövenich: Ern. Dach Turn-halle	45.000,00				45.000,00
28	GS Schwanenberg: Ern. Turnhallentüre (Innen 2 flg.)	8.500,00				8.500,00
29	GS Schwanenberg: Ern. ELA-Anlage (20.000)	20.000,00				20.000,00
30	GS Schwanenberg: Ern. elektrischer Sonnen-schutz	32.500,00				32.500,00
31	GS Schwanenberg: Ern. Glassteinfassade Turnhalle	40.000,00			20.000,00	60.000,00
32	GS Schwanenberg: Brandschutzmaßnah-men:Ern. Flurwände F30 + Klassenraumtüren	40.000,00				40.000,00
33	GS Schwanenberg: Ern. Ziegeldach Turnhalle einschl. Wärmedämmung (50.000)	50.000,00				50.000,00
34	Hauptschule Geb.1: Ern. Entwässerungska-näle	5.100,00				5.100,00

		Stand 01.01.2022 €	Inan-spruch-nahme €	Auflösung €	Zuführung €	Stand 31.12.2023 €
35	Hauptschule Geb.1: Ern. Behindertentoilette	8.000,00				8.000,00
36	Hauptschule Geb.1: Ern. Kellertreppe-Rampe	15.000,00				15.000,00
37	Hauptschule Geb.1: Ern. Schulhof Bereich Pausenhalle	25.000,00				25.000,00
38	Hauptschule Geb.1: Einbau Akustikdecken Klassen mit LED-Beleuchtung (125.000)	40.666,00				40.666,00
39	Hauptschule Geb.1: Einbau Akustikdecken Flure mit LED-Beleuchtung (55.000)	55.000,00				55.000,00
40	Hauptschule Geb.2: Ern. 2 Elektrounterverteilungen	4.394,00			15.606,00	20.000,00
41	Hauptschule Geb.2: Ern. Fenster 3.BA Westpromenade + Innenhof	42.300,00			20.000,00	62.300,00
42	Hauptschule Geb.3 (Pestalozzischule): Umbau Informatikraum 16 Plätze	13.000,00				13.000,00
43	Hauptschule Geb.3 (Pestalozzischule): Ern. Dach Altbau 2. BA	35.000,00				35.000,00
44	Hauptschule Geb.3 (Pestalozzischule): Ern. Dach Turnhalle und Außentoiletten	55.000,00				55.000,00
45	Hauptschule Geb.3 (Pestalozzischule): Ern. Duschen und Außentoiletten	110.000,00				110.000,00
46	Europaschule: Ern. LED-Leuchten Flure + Klassen	19.254,00				19.254,00
47	Europaschule: Ern.Bodenbeläge	26.062,00	10.624,89		0,89	15.438,00
48	Europaschule: Ern.Klassenraumtüren	46.500,00				46.500,00
49	ERKA-Halle: Ern. Türen der Umkleiden 1/2-Anteil	8.000,00			2.000,00	10.000,00
50	CGE: Ern. Fenster im Toilettentrakt	20.000,00				20.000,00
51	CGE: Ern. Estrich + Bodenbeläge 4 Klassen Atrium	24.818,00				24.818,00
52	CGE: Ern. Dach Bauteil C	25.000,00				25.000,00
53	CGE: Ern. Außendecken Haupteingänge Atrium-Schulhof	26.000,00				26.000,00
54	CGE: Ern. Bodenbeläge	41.004,00				41.004,00
55	CGE: Ern. LED-Leuchten	45.900,00				45.900,00
56	CGE: Ern. Kesselanlage	55.000,00				55.000,00
57	CGE: Ern. Alu-Türen Haupteingänge Atrium-Schulhof	70.000,00				70.000,00
58	CGE: Ern. Oberlichter Atrium und Gerüstbau	73.000,00	451,91	0,09		72.548,00
59	CGE: Ern. Dach Atrium + Verwaltung (342.000)	342.000,00	261.412,59	0,41		80.587,00
60	CGE: Ern. Brandschutzdecken; Brandschutztüren (vgl. auch lfd. Nr. 60 a)	103.522,00	80.334,40		56.812,40	80.000,00
60a	CGE: Ern. Brandschutzdecken; Brandmeldeanlage (Vorher in lfd. Nr. 60 enthalten)	51.000,00				51.000,00
61	ERKA-Halle: Ern. Türen der Umkleiden 1/2-Anteil	8.000,00			2.000,00	10.000,00
62	CBG: Ern. Dach Verwaltung Nord-Ost	10.000,00				10.000,00
63	CBG: Ern. Teppichboden Verwaltung	13.000,00	8.416,73	4.583,27		0,00
64	CBG: Ern. LED-Leuchten	13.546,00		1,00		13.545,00
65	CBG: Renovierung Burgh-Keller - GK-Wände, Boden	20.000,00				20.000,00
66	CBG: Ern. Klassentüren	63.265,00		50.000,00		13.265,00
67	Dienstwohnung Schulring 4a: Sanierung Heizung,Sanitär,Elektro,Böden,Fliesen (62.000)	19.100,00				19.100,00
68	CBG: Ern. Brandschutzdecken	147.525,00			40.000,00	187.525,00
69	CBG: Erneuerung Abhangdecken + Böden Klassen	0,00			80.000,00	80.000,00

		Stand 01.01.2022 €	Inan-spruch-nahme €	Auflösung €	Zuführung €	Stand 31.12.2023 €
70	Haus Hohenbusch: Ern. Fensteranstrich Herrenhaus	13.190,00				13.190,00
71	Haus Hohenbusch: Außenputz-Sanierung Herrenhaus	180.000,00				180.000,00
72	Haus Hohenbusch: Sanierung Mauerwerk Reithalle	0,00			45.000,00	45.000,00
73	Burg / Stadtmauer: Sanierung Mauerwerk und Mauerkronen	60.000,00	60.000,00		40.000,00	40.000,00
74	Altes Rathaus: Restaurierung Holzfenster Ratssaal	85.000,00				85.000,00
75	Ehem. Friedhof Brückstraße: Sanierung Mauerwerk 4.BA	32.000,00	21.555,36		9.555,36	20.000,00
76	Bücherei, Erneuerung Bodenbelag 2. Obergeschoss	0,00			40.000,00	40.000,00
77	KG Adolf-Kolping-Hof: Ern. Beleuchtung (LED) + Schallschutzmaßnahmen	10.000,00	10.000,00			0,00
78	KG Adolf-Kolping-Hof: Ern. Fensteranlagen in 4 Gruppenräumen mit öffenbaren Fenstern	65.000,00				65.000,00
79	KG Hagelkreuz: Ern. Beleuchtung (LED) + Schallschutzmaßnahmen	20.000,00	20.000,00			0,00
80	KG Buscherhof: Ern. Fenster	20.000,00				20.000,00
81	KG Buscherhof: Erneuerung Dach (150.000)	0,00			50.000,00	50.000,00
82	KG Lövenich: Ern. Fenster	25.000,00				25.000,00
83	KG Lövenich: Erneuerung Dach (150.000)	0,00			50.000,00	50.000,00
84	KG Südpromenade - Ern. Heizkessel u. Regelung	50.000,00			30.000,00	80.000,00
85	Kombinierte Tageseinrichtung Westpromenade: Ern. LED-Beleuchtung	7.349,00		7.349,00		0,00
86	Kombinierte Tageseinrichtung Zehnthofweg: Ern. Fenster + Aussentüren	30.000,00				30.000,00
87	Kombinierte Tageseinrichtung Westpromenade: Ern. Fassadenanstrich einsch. Fensteranstrich	50.000,00				50.000,00
88	KG Schulring: Ern. LED-Beleuchtung + Schallschutzmaßnahmen	20.000,00	13.098,63	6.901,37		0,00
89	Obdachlosenheim Geneiken: Sanierung (115.000)	55.700,00	6.255,45	9.444,55		40.000,00
90	Tiefgarage: Sanierung Sprinkleranlage (flächendeckende BMA)	45.324,00	45.324,00			0,00
91	Öffentliches Grün: Rückbau Gebäude, Leitungen etc. Lahey Park	0,00			250.000,00	250.000,00
92	FHH Erkelenz-Mitte: Boden in der Aussegnungshalle aufbereiten	2.000,00				2.000,00
93	FHH Erkelenz-Mitte: Ern. Fenster, Verglasung 2.BA	20.000,00				20.000,00
94	FHH Gerderath: Überarbeitung der Holzkonstruktion Übergang	20.000,00				20.000,00
95	FHH Gerderath: Dachsanierung Nebengebäude einschl. Gerüst	32.000,00				32.000,00
96	FHH Gerderath: Sanierung Fusspunkte Dachkonstruktion	0,00			35.000,00	35.000,00
97	FHH Golkrath: Ern. 2 Türanlagen	23.000,00				23.000,00
98	Instandhaltungsrückstellung Kriegsgräber	16.724,93			7.032,05	23.756,98
99	Bürgerhaus Gerderath: Ern. Notstromversorgung	10.200,00				10.200,00
100	Bürgerhaus Gerderath: Ern. Flachdächer	25.000,00			50.000,00	75.000,00
101	Bürgerhaus Gerderath: Ern. Dachabdichtung Sheddächer	42.000,00			20.000,00	62.000,00
102	MZH Hetzerath: Ern. Duschen und Toilette	120.000,00				120.000,00

		Stand 01.01.2022 €	Inan-spruch-nahme €	Auflösung €	Zuführung €	Stand 31.12.2023 €
103	MZH Hetzerath: Ern. Dacheindeckung	40.000,00				40.000,00
104	MZH Matzerath: Ern. Flachdach Halle einschl. Dämmung	15.000,00				15.000,00
105	MZH Granterath: Ern. Flachdach Halle einschl. Dämmung	42.000,00				42.000,00
106	MZH Granterath: Ern. Außentoiletten	60.000,00				60.000,00
107	MZH Granterath: Ern. Fenster	50.000,00				50.000,00
108	MZH Gerderhahn: Ern. Fenster	35.000,00			25.000,00	60.000,00
109	Nysterbachhalle Lövenich: Ern. Satteldach Turnhalle einschl. Dämmung	55.000,00		55.000,00		0,00
		4.369.524,93	**539.183,20**	**235.279,69**	**943.093,94**	**4.538.155,98**

Die zum 31.12.2023 gebildeten Instandhaltungsrückstellungen sollen in den Jahren 2024 - 2027 wie folgt in Anspruch genommen werden:

		Stand 31.12.2023 €	Inanspruch-nahme 2024 €	Inanspruch-nahme 2025 €	Inanspruch-nahme 2026 €	Inanspruch-nahme 2027 €
1	Erneuerung Fenster Altbau 5.BA	50.000,00				50.000,00
2	Erneuerung Heizkessel Johannismarkt 17	80.000,00				80.000,00
3	Wohnung In Granterath 4: Ern. Badezim-mer	20.000,00				20.000,00
4	Wohnhaus Landstr.43: Ern. Badezimmer + Toilette	25.000,00				25.000,00
5	Wohnhaus Landstr.43: Ern. Ziegeldach einschl. Wärmedämmung	35.000,00			35.000,00	
6	Bauhof Mitte: Ern. Dachabdichtungen Hal-len (120.000)	48.900,00			48.900,00	
7	Bauhof Mitte: Ern. der Kompressoranlage (15.000)	15.000,00		15.000,00		
8	Bauhof Mitte: Ern. der Stützwände Abfall-grube (25.000)	25.000,00	25.000,00			
9	Bauhof Mitte: Ern. der restlichen Falttore durch elektr. Rolltore (40.000)	40.000,00				40.000,00
10	FWGH Schwanenberg: Ern. Zufahrt (As-phaltdecke)	30.000,00			30.000,00	
11	Franziskusschule: Ern. Fenster 2.+3. BA	120.000,00			60.000,00	60.000,00
12	Astrid-Lindgren-Schule: Sanierung Verfu-gung Strassenseite	23.000,00			23.000,00	
13	Astrid-Lindgren-Schule: Sanierung von fünf Klassenräumen im EG und 1.OG	32.500,00		32.500,00		
14	Astrid-Lindgren-Schule: Ern. Fenster 3.BA	40.000,00				40.000,00
15	Astrid-Lindgren-Schule: Sanierung Keller-räume	40.000,00	20.000,00	20.000,00		
16	Astrid-Lindgren-Schule: Ern. Dach einschl. Dämmung	70.000,00		35.000,00	35.000,00	
17	Luise-Hensel-Schule: Ern. Bodenbeläge Klassen	120.000,00	30.000,00	30.000,00	30.000,00	30.000,00
18	GS Houverath: Ern. Außentoiletten	70.000,00		70.000,00		
19	GS Hetzerath: Ern. Fenster 2.BA Erdge-schoss (15.000)	5.000,00			5.000,00	
20	GS Hetzerath: Ern. Außentüren	5.768,00		5.768,00		
21	GS Hetzerath: Ern. Fenster	25.000,00		25.000,00		
22	GS Hetzerath: Ern. Dach und Dämmung	75.000,00				75.000,00
23	Nysterbachschule Lövenich: Erneuerung Blitzschutzleitungen	15.000,00	11.000,00	4.000,00		

		Stand 31.12.2023 €	Inanspruch-nahme 2024 €	Inanspruch-nahme 2025 €	Inanspruch-nahme 2026 €	Inanspruch-nahme 2027 €
24	Nysterbachschule Lövenich: Erneuerung Lehrer-Toiletten	18.291,00	18.291,00			
25	Nysterbachschule Lövenich: Ern. Dach Turnhalle	45.000,00				45.000,00
26	GS Schwanenberg: Ern. Turnhallentüre (Innen 2 flg.)	8.500,00	8.500,00			
27	GS Schwanenberg: Ern. ELA-Anlage (20.000)	20.000,00			20.000,00	
28	GS Schwanenberg: Ern. elektrischer Sonnenschutz	32.500,00			32.500,00	
29	GS Schwanenberg: Ern. Glassteinfassade Turnhalle	60.000,00				60.000,00
30	GS Schwanenberg: Brandschutzmaßnahmen: Ern. Flurwände F30 + Klassenraumtüren	40.000,00			40.000,00	
31	GS Schwanenberg: Ern. Ziegeldach Turnhalle einschl. Wärmedämmung (50.000)	50.000,00		50.000,00		
32	Hauptschule Geb.1: Ern. Entwässerungskanäle	5.100,00	5.100,00			
33	Hauptschule Geb.1: Ern. Behindertentoilette	8.000,00			8.000,00	
34	Hauptschule Geb.1: Ern. Kellertreppe-Rampe	15.000,00		15.000,00		
35	Hauptschule Geb.1: Ern. Schulhof Bereich Pausenhalle	25.000,00			25.000,00	
36	Hauptschule Geb.1: Einbau Akustikdecken Klassen mit LED-Beleuchtung (125.000)	40.666,00		40.666,00		
37	Hauptschule Geb.1: Einbau Akustikdecken Flure mit LED-Beleuchtung (55.000)	55.000,00	55.000,00			
38	Hauptschule Geb.2: Ern. 2 Elektrounterverteilungen	20.000,00	4.394,00	15.606,00		
39	Hauptschule Geb.2: Ern. Fenster 3.BA Westpromenade + Innenhof	62.300,00		20.000,00	42.300,00	
40	Hauptschule Geb.3 (Pestalozzischule): Umbau Informatikraum 16 Plätze	13.000,00		13.000,00		
41	Hauptschule Geb.3 (Pestalozzischule): Ern. Dach Altbau 2. BA	35.000,00			35.000,00	
42	Hauptschule Geb.3 (Pestalozzischule): Ern. Dach Turnhalle und Außentoiletten	55.000,00			55.000,00	
43	Hauptschule Geb.3 (Pestalozzischule): Ern. Duschen und Außentoiletten	110.000,00				110.000,00
44	Europaschule: Ern. LED-Leuchten Flure + Klassen	19.254,00	19.254,00			
45	Europaschule: Ern.Bodenbeläge	15.438,00	15.438,00			
46	Europaschule: Ern.Klassenraumtüren	46.500,00		26.500,00	20.000,00	
47	ERKA-Halle: Ern. Türen der Umkleiden 1/2-Anteil	10.000,00	8.000,00	2.000,00		
48	CGE: Ern. Fenster im Toilettentrakt	20.000,00				20.000,00
49	CGE: Ern. Estrich + Bodenbeläge 4 Klassen Atrium	24.818,00		24.818,00		
50	CGE: Ern. Dach Bauteil C	25.000,00			25.000,00	
51	CGE: Ern. Außendecken Haupteingänge Atrium-Schulhof	26.000,00		26.000,00		
52	CGE: Ern. Bodenbeläge	41.004,00		41.004,00		
53	CGE: Ern. LED-Leuchten	45.900,00		45.900,00		
54	CGE: Ern. Kesselanlage	55.000,00			55.000,00	
55	CGE: Ern. Alu-Türen Haupteingänge Atrium-Schulhof	70.000,00		35.000,00	35.000,00	
56	CGE: Ern. Oberlichter Atrium und Gerüstbau	72.548,00	40.079,00	32.469,00		

		Stand 31.12.2023 €	Inanspruch-nahme 2024 €	Inanspruch-nahme 2025 €	Inanspruch-nahme 2026 €	Inanspruch-nahme 2027 €
57	CGE: Ern. Dach Atrium + Verwaltung (342.000)	80.587,00	80.587,00			
58	CGE: Ern. Brandschutzdecken; Brand-schutztüren	80.000,00	60.000,00	20.000,00		
59	CGE: Ern. Brandschutzdecken; Brandmel-deanlage	51.000,00	20.000,00	20.000,00	11.000,00	
60	ERKA-Halle: Ern. Türen der Umkleiden 1/2-Anteil	10.000,00	8.000,00	2.000,00		
61	CBG: Ern. Dach Verwaltung Nord-Ost	10.000,00	10.000,00			
62	CBG: Ern. LED-Leuchten	13.545,00	13.545,00			
63	CBG: Renovierung Burgh-Keller - GK-Wände, Boden	20.000,00		20.000,00		
64	CBG: Ern. Klassentüren	13.265,00			13.265,00	
65	Dienstwohnung Schulring 4a: Sanierung Heizung,Sanitär,Elektro,Böden,Fliesen (62.000)	19.100,00	19.100,00			
66	CBG: Ern. Brandschutzdecken	187.525,00		87.525,00	60.000,00	40.000,00
67	CBG: Erneuerung Abhangdecken + Böden Klassen	80.000,00		30.000,00	30.000,00	20.000,00
68	Haus Hohenbusch: Ern. Fensteranstrich Herrenhaus	13.190,00		13.190,00		
69	Haus Hohenbusch: Außenputz-Sanierung Herrenhaus	180.000,00	180.000,00			
70	Haus Hohenbusch: Sanierung Mauerwerk Reithalle	45.000,00				45.000,00
71	Burg / Stadtmauer: Sanierung Mauerwerk und Mauerkronen	40.000,00		40.000,00		
72	Altes Rathaus: Restaurierung Holzfenster Ratssaal	85.000,00	85.000,00			
73	Ehem. Friedhof Brückstraße: Sanierung Mauerwerk 4.BA	20.000,00	20.000,00			
74	Bücherei, Erneuerung Bodenbelag 2. Obergeschoss	40.000,00			40.000,00	
75	KG Adolf-Kolping-Hof: Ern. Fensteranlagen in 4 Gruppenräumen mit öffenbaren Fens-tern	65.000,00		65.000,00		
76	KG Buscherhof: Ern. Fenster	20.000,00		20.000,00		
77	KG Buscherhof: Erneuerung Dach (150.000)	50.000,00				50.000,00
78	KG Lövenich: Ern. Fenster	25.000,00	25.000,00			
79	KG Lövenich: Erneuerung Dach (150.000)	50.000,00				50.000,00
80	KG Südpromenade - Ern. Heizkessel u. Regelung	80.000,00			80.000,00	
81	Kombinierte Tageseinrichtung Zehnthof-weg: Ern. Fenster + Aussentüren	30.000,00	15.000,00	15.000,00		
82	Kombinierte Tageseinrichtung Westprome-nade: Ern. Fassadenanstrich einsch. Fens-teranstrich	50.000,00		50.000,00		
83	Obdachlosenheim Geneiken: Sanierung (115.000)	40.000,00	20.000,00	20.000,00		
84	Öffentliches Grün: Rückbau Gebäude, Lei-tungen etc. Lahey Park	250.000,00				250.000,00
85	FHH Erkelenz-Mitte: Boden in der Aussteg-nungshalle aufbereiten	2.000,00	2.000,00			
86	FHH Erkelenz-Mitte: Ern. Fenster, Vergla-sung 2.BA	20.000,00			20.000,00	
87	FHH Gerderath: Überarbeitung der Holz-konstruktion Übergang	20.000,00			20.000,00	
88	FHH Gerderath: Dachsanierung Nebenge-bäude einschl. Gerüst	32.000,00	32.000,00			

		Stand 31.12.2023 €	Inanspruch-nahme 2024 €	Inanspruch-nahme 2025 €	Inanspruch-nahme 2026 €	Inanspruch-nahme 2027 €
89	FHH Gerderath: Sanierung Fusspunkte Dachkonstruktion	35.000,00			35.000,00	
90	FHH Golkrath: Ern. 2 Türanlagen	23.000,00	23.000,00			
91	Instandhaltungsrückstellung Kriegsgräber	23.756,98		23.756,98		
92	Bürgerhaus Gerderath: Ern. Notstromversorgung	10.200,00	10.200,00			
93	Bürgerhaus Gerderath: Ern. Flachdächer	75.000,00	10.000,00	65.000,00		
94	Bürgerhaus Gerderath: Ern. Dachabdichtung Sheddächer	62.000,00		62.000,00		
95	MZH Hetzerath: Ern. Duschen und Toilette	120.000,00		60.000,00	60.000,00	
96	MZH Hetzerath: Ern. Dacheindeckung	40.000,00			40.000,00	
97	MZH Matzerath: Ern. Flachdach Halle einschl. Dämmung	15.000,00			15.000,00	
98	MZH Granterath: Ern. Flachdach Halle einschl. Dämmung	42.000,00			42.000,00	
99	MZH Granterath: Ern. Außentoiletten	60.000,00			60.000,00	
100	MZH Granterath: Ern. Fenster	50.000,00		50.000,00		
101	MZH Gerderhahn: Ern. Fenster	60.000,00			60.000,00	
		4.538.155,98	**893.488,00**	**1.288.702,98**	**1.245.965,00**	**1.110.000,00**

11. Die Bildung der **sonstigen Rückstellungen** nach § 37 Abs. 5 KomHVO NRW erfolgte ebenfalls in Höhe der Beträge, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung geboten sind:

Rückstellungsbezeichnung	**Stand 01.01.2022 €**	**Inanspruch-nahme/ Auflösung 2022 €**	**Zuführung 2022 €**	**Stand 31.12.2023 €**
Sonstige Rückstellungen	812.305,93	285.114,00	22.727,24	549.919,17
Rückstellungen für Altersteilzeit	1.414.780,00	0,00	123.692,48	1.538.472,48
Urlaubsrückstellungen	866.399,10	21.190,51	0,00	845.208,59
Überstundenrückstellungen	324.801,10	0,00	16.740,99	341.542,09
Rückstellungen GPA NRW	74.600,00	0,00	18.400,00	93.000,00
Drohverlustrückstellungen	2.069.368,64	1.945.935,54	0,00	123.433,10
Rückstellungen Prozesskostenrisiken	79.000,00	36.000,00	0,00	43.000,00
Gesamt	**5.641.254,77**	**2.288.240,05**	**181.560,71**	**3.534.575,43**

Bei der **Bildung von Altersteilzeitrückstellungen** (1.538.472,48 €) werden fortgeltende Ansprüche der Beschäftigten auf Zahlung des Entgeltes im Rahmen der Altersteilzeitregelung berücksichtigt. Hierbei wurden die im Jahr der Beschäftigungsphase erworbenen Ansprüche auf Zahlung eines Beschäftigungsentgeltes/einer Besoldung während der Freistellungsphase in die Rückstellungen eingebracht. In die **Urlaubsrückstellungen** (845.208,59 €) wird nicht in Anspruch genommener Urlaub des laufenden Jahres eingestellt. Gleiches gilt für die am Bilanzstichtag bestehenden Überstunden- und Gleitzeitguthaben. Sie sind ebenfalls über die Bildung einer **Überstundenrückstellung** (341.542,09 €) zu berücksichtigen. Bei der Ermittlung wurden die Bediensteten in unterschiedliche Beschäftigungsgruppen eingeteilt und diese mit der jeweiligen durchschnittlichen Vergütung von Beschäftigungsgruppen bewertet. Die sonstige Rückstellung unterteilt sich in „sonstige Rückstellungen für sonstige Personalaufwendungen“ und in „sonstige Rückstellungen für andere Sachverhalte“. Die „sonstigen Rückstellungen für sonstige Personalaufwendungen“ wurden gebildet für Aufwendungen aus der **leistungsorientierten Bezahlung** „LOB“ (445.919,17 €), die Ende März 2024 für den Zeitraum vom 01.01.2023 - 31.12.2023 zur Auszahlung gelangen. Die „sonstige Rückstellungen für andere Sachverhalte“ wurden für **Rückstellungen im Zusammenhang mit der Betriebsprüfung beim Betrieb gewerblicher Art „Bäderbetrieb“** (104.000,00 €) gebildet, da damit zu rechnen ist, dass aufgrund der Betriebsprüfung des Jahres 2023 insbesondere Nachveranlagungsbescheide zur Kapitalertragsteuer durch die örtliche Finanzverwaltung erfolgen werden. Da

die endgültigen Bescheide noch nicht erlassen sind, wird eine entsprechende Rückstellung im Rahmen des Jahresabschlusses 2022 gebildet. Für die künftige Prüfung der **Jahres- bzw. Gesamtabschlüsse der Haushaltsjahre 2019-2023** durch die GPA wird ebenfalls eine Rückstellung gebildet (93.000,00 €).

Eine **Drohverlustrückstellung** wurde im Jahr 2015 gebildet. Ein Gewerbesteuerschuldner hat dabei gegen die Neuveranlagung der Gewerbesteuer für die Jahre 2004 - 2008 Klage erhoben. Diese Rückstellung wurde in 2023 vollständig in Anspruch genommen. Zu dem zum 31.12.2023 noch in der Position enthaltenen Betrag i. H. v. 123.433,10 € haben sich im Vergleich zum Vorjahr keine Änderungen ergeben.

Die **Rückstellungen Prozesskostenrisiko** wurden aufgrund anhängiger Gerichtsverfahren (43.000,00 €) gebildet.

12. Die **Verbindlichkeiten** wurden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt. Eine besondere Besicherung der Verbindlichkeiten liegt nicht vor. Einzelheiten ergeben sich aus dem als Anlage 3 beigefügten Verbindlichkeitenspiegel.

    Aus der Anlage 3 ist zu erkennen, dass die Verbindlichkeiten in drei verschiedene Arten unterteilt werden können:

    1. den Verbindlichkeiten aus Krediten
    2. den Verbindlichkeiten aus erhaltenen Anzahlungen und
    3. den anderen Verbindlichkeiten.

    Bei den **Verbindlichkeiten aus Krediten** ist festzustellen, dass in 2023 eine Nettoentschuldung von 994 T€ bilanziert werden konnte, so dass zum 31.12. noch Verbindlichkeiten von 5,137 Mio. € bestehen.

    Bei den **erhaltenen Anzahlungen** hat sich der Bestand gegenüber 2022 um 5.656 T€ auf 15.794 T€ erhöht. Enthalten sind hierin im Wesentlichen folgende Anzahlungen: Die noch nicht zugeordnete der Investitionspauschale 2023 (3,011 Mio. €). Daneben wird ein Betrag von 3,220 Mio. € ist für die Errichtung öffentlicher Gebäude in den Umsiedlungsgebieten Keyenberg - neu, Kuckum - neu, Unterwestrich - neu, Oberwestrich - neu und Berverath – neu abgebildet. Weiterhin sind Bundes- bzw. Landeszuweisungen für die energetische Sanierung der Peter-Härtling-Schule (2,776 Mio €) sowie eine Bundeszuweisung für die Anschaffung einer Kleinkehrmaschine (0,146 Mio €) enthalten. Vom Land sind Zuweisungen u.a. für die Aufstockung der Nysterbach-Grundschule Lövenich (1,172 Mio €), den Umbau des Dorfzentrums „Alte Schule“ Holzweiler (1,239 Mio €), die Erweiterung der Grundschule Kückhoven (1,357 Mio €), den Neubau des Kindergartens Kückhoven (0,520 Mio €), den Neubau Trakt B und C des Cusanus-Gymnasiums (0,504 Mio €), das Quartierszentrum Oerather Mühlenfeld (0,664 Mio €), die Sanierung der Flüchtlingsunterkünfte Neuhaus 46+46a (0,208 Mio €), die Aufwertung/ Umgestaltung des Marktes (0,325 Mio €) sowie einen Rüstwagen für technische Hilfeleistung (0,132 Mio €) abgebildet. Darüber hinaus sind als Ersatz für künftige Erschließungsbeiträge geleistete Zahlungen in Höhe von 0,144 Mio € in der Position enthalten.

    Die **anderen Verbindlichkeiten** stellen letztendlich eine Zusammenfassung der übrigen Verbindlichkeiten dar. Sie haben zum 31.12.2023 einen Bestand von 5.389 Mio. € und haben sich gegenüber 2022 um 2.843 T€ erhöht. Den größten Anteil haben daran die „Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistungen“ mit 2.817 Mio. € (+ 1.610 T€).

13. Die **passiven Rechnungsabgrenzungsposten** (12.382 T€) betreffen hauptsächlich vereinnahmte Friedhofsgebühren für Nutzungsrechte an Gräbern, die Erträge in Folgejahren darstellen (6.861 T€). Der Abgrenzungsbestand von Landeszuwendungen, die für den Bau von Kindertagesstätten vom Land gewährt wurden und die an die freien Träger ausgezahlt werden (vgl. Ausführungen ARAP auf der Aktivseite) beträgt nunmehr 2.856 T€. Daneben liegen noch weitere, passive Rechnungsabgrenzungsposten von insgesamt 2.665 T€ vor (Ausgleichsmaßnahmen 601 T€, Ruherechtsentschädigungen 105 T€ sowie verschiedenen Zahlungen, die zu Erträgen in 2023 oder später führen i. H. v. 1.959 T€).

	Stand zum 31.12.2023 (in T €)	% der Bilanzsumme
Aktiva		
Bilanzierungshilfe	**6.410**	**1,33**
Immaterielle Vermögensgegenstände	151	0,03
Sachanlagevermögen	339.881	70,26
Finanzanlagen	88.517	18,30
Summe Anlagevermögen	**428.549**	**88,59**
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	16.255	3,36
Wertpapiere des Umlaufvermögens	5.000	1,03
Liquide Mittel	22.038	4,56
Summe Umlaufvermögen	43.293	8,95
Aktive Rechnungsabgrenzung	5.516	1,13
Summe Aktiva	**483.768**	**100,00**
Passiva		
Eigenkapital	242.285	50,08
Sonderposten	139.630	28,86
Rückstellungen	63.150	13,06
Verbindlichkeiten	26.321	5,44
Passive Rechnungsabgrenzung	12.382	2,56
Summe Passiva	**483.768**	**100,00**

III. Erläuterungen zur Ergebnisrechnung

1. Die **Steuern und ähnlichen Abgaben** setzen sich wie folgt zusammen:

	T€
Grundsteuer A	232
Grundsteuer B	6.785
Gewerbesteuer	25.420
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	25.312
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	3.434
Vergnügungssteuer	509
Hundesteuer	312
Familienleistungsausgleich	2.933
	64.937

2. Die **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** des Haushaltsjahres 2023 setzen sich wie folgt zusammen:

	T€
Schlüsselzuweisungen	12.681
Allgemeine Zuweisungen vom Land	1.493
Zuweisungen und Zuschüsse	14.393
Erträge aus der Auflösung von Zuwendungen	3.409
	31.976

3. Die **sonstigen Transfererträge** (810 T€) entsprechen dem „Kostenersatz für soziale Leistungen innerhalb und außerhalb von Einrichtungen“ in den Produktbereichen 05 „Soziale Hilfen“ und 06 „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“.

4. Die **öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte** (10.677 T€) beinhalten Verwaltungsgebühren (861 T€), Benutzungsgebühren (8.352 T€) und Erträge aus den Auflösungen von Sonderposten für Beiträge und für den Gebührenausgleich (1.464 T€).

5. Die **privatrechtlichen Leistungsentgelte** (829 T€) enthalten Mieten und Pachten (545 T€), Erträge aus dem Verkauf von Vorräten (215 T€) und sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte (69 T€).

6. Bei den **Kostenerstattungen und Kostenumlagen** wurden Erträge von insgesamt 8.912 T€ erzielt. Der Bund hat Erstattungen in Höhe von 62 T€ geleistet. Weiterhin fallen auf Landeserstattungen insgesamt 5.186 T€. Die Hauptanteile der Landeserstattungen entfallen davon auf den Bereich der Asylbewerber (2.789 T€; davon 540 T€ ukrainebedingt) und den Bereich für die Kinder-, Jugend- und Familienhilfe (2.367 T€). Weiterhin sind Erstattungen von Jugendhilfeaufwendungen von anderen Gemeinden und Gemeindeverbänden (1.243 T€) sowie für Personal- und Sachkostenerstattungen vom Städt. Abwasserbetrieb (1.853 T€) geleistet worden. Schließlich beinhalten die Kostenerstattungen und Kostenumlagen noch „Erstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich“ (274 T€), „Erstattungen von privaten Unternehmen“ (226 T€) und von übrigen Bereichen (68 T€).

7. Im Haushaltsjahr 2023 wurden **sonstige ordentliche Erträge** erzielt, deren Zusammensetzung der nachfolgenden Übersicht zu entnehmen ist:

	T€
Konzessionsabgaben	1.927
Erstattung von Steuern	683
Abschluss Umsatzsteuer	0
Erträge aus der Veräußerung von Grund und Boden u.a. -Umlaufvermögen-	24
Bußgelder u.a.	162
Säumniszuschläge u.dgl.	410
Stundungs- und Aussetzungszinsen	4
Erträge aus Ersatzvornahmen	33
Herabsetzung und Auflösung von Rückstellungen	4.122
Sonstige nicht zahlungswirksame ordentliche Erträge	341
Erträge aus der Auflösung oder Herabsetzung von Wertberichtigungen auf Forderungen	22
Andere sonstige ordentliche Erträge	503
	8.231

8. Das Jahresergebnis für 2023 bei den **aktivierten Eigenleistungen** beträgt 807 T€.

9. Der **Personal- und Versorgungsaufwand** von 39.407 T€ des Haushaltsjahres 2023 entfällt mit 4.435 T€ auf Beamtenbezüge, mit 27.050 T€ auf Gehälter (einschließlich Beiträgen zu Versorgungskassen und zur gesetzlichen Sozialversicherung), mit 2.478 T€ auf Beiträge zu Versorgungskassen für Beamte, 857 T€ auf Beihilfen (Beschäftigte 341 T€ und Versorgungsempfänger 516 T€) und mit 4.587 T€ auf nicht zahlungswirksame Aufwendungen zur Auffüllung von Rückstellungsbeständen in den Bereichen Urlaubs-, Überstunden-, Altersteilzeit- und

sonstigen Rückstellungen. Als Grundlage für die Ermittlung der Zuführung zur Pensions- und Beihilfenrückstellung für die Beamten dienten die standardmäßig von der Rheinischen Versorgungskasse zur Verfügung gestellten Berechnungen. Die Zuführungsbeträge betrugen insgesamt 4.424T€, die ausschließlich für Pensionäre (3.755 T€ für Pensionen, 669 T€ für Beihilfen) aufgebracht wurden (vgl. auch Ausführungen zu II, Passivaseite, Ziffer 9).

10. Die Zusammensetzung der **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** des Haushaltsjahres 2023 zeigt die folgende Aufstellung:

			T€
Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen			2.379
Zuführung Instandhaltungsrückstellungen			943
Unterhaltung des sonst. unbeweglichen Vermögens			736
Bewirtschaftung der Grundstücke und baul. Anlagen			1.020
Bewirtschaftung - Energie -			2.621
Bewirtschaftung - Reinigung -			1.997
Haltung von Fahrzeugen			570
Unterhaltung der Geräte			438
Lernmittel nach dem Lernmittelfreiheitsgesetz			308
Sonst. bes. Verwaltungs- u. Betriebsaufwendungen			5.553
davon:			
Verpflegungsaufw. in Schulen u. Kindergärten	*T€*	*486*	
Kostenanteil Straßenentwässerung	*T€*	*1.545*	
Abfallbeseitigungsaufwendungen	*T€*	*1.905*	
Aufwendungen für die Straßenbeleuchtung	*T€*	*917*	
Sonst. Verw. u. Betriebsaufwendungen	*T€*	*700*	
Aufwendungen für den Erwerb von Vorräten			100
Aufwendungen für sonst. Dienstleistungen			8.091
davon:			
Aufwendungen EDV und Software	*T€*	*1.205*	
Schülerbeförderungskosten	*T€*	*2.223*	
Aufwendungen offener Ganztag	*T€*	*2.783*	
Abfallentsorgung u. Beseitigung Sondermüll	*T€*	*1.075*	
Übrige Aufwendungen f.sonstige Dienstleistungen	*T€*	*805*	
			24.756

11. Die **bilanziellen Abschreibungen** (10.054 T€) umfassen sowohl die Abschreibungen auf das immaterielle und das Sachanlagevermögen (9.973 T€) als auch die Auflösung von geleisteten Zuwendungen für investive Maßnahmen (81 T€).

12. Die **Transferaufwendungen** 2023 (48.018 T€) setzen sich wie folgt zusammen:

	T€
Zuweisungen und Zuschüsse	9.601
Sozialtransferaufwendungen	11.510
Gewerbesteuerumlage	2.286
Kreisumlage, einschl. Mehrbelastung „Musikschule u.a.“	23.675
Verbandsumlage	197
Krankenhausinvestitionsumlage	749
	48.018

13. Im Jahre 2023 wurden folgende **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** geleistet:

	T€
Sonst. Personalaufwendungen	446
Aufwendungen f. ehrenamtliche Tätigkeiten	556
Mieten und Pachten	1.398
Leasingkosten	141
Sonst. Aufwendungen f.d. Inanspruchnahme v. R.u.D.	1.395
Geschäftsaufwendungen	815
Steuern, Versicherungen	2.573
Zuschreibung Sonderposten	6
Erstattungen für lfd. Tätigkeiten	685
Verluste aus dem Abgang von Umlaufvermögen u.ä.	277
Verfügungsmittel	2
Fraktionszuwendungen	29
Repräsentationen	37
Ehrungen u.ä.	30
Zuführung sonst. Rückstellungen	18
Übr. weitere Aufw. aus laufender Verwaltungstätigkeit	487
	8.895

14. Die **Finanzerträge** (6.870 T€) setzen sich aus den Zinserträgen von „verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen“ i.H.v. 258 T€, solcher „sonstiger inländischer Bereiche“ i. H. v. 4.900 T€ und die „Gewinnanteile aus verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sowie öffentlicher Sonderrechnungen“ mit 1.713 T€ zusammen.

15. Die **Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen** betragen in 2023 insgesamt 1.132 T€ (Vorjahr: 297 T€). Die Erhöhung im Vergleich zum Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus höheren sonstigen Finanzaufwendungen in Höhe von 883 T€ und dort insbesondere auf höhere Erstattungszinsen zur Gewerbesteuer. Bezogen auf den reinen Zinsaufwand für Kredite, ist eine Reduzierung um 22 T€ bzw. 18,6 % in 2023 gegenüber 2022 zu verzeichnen.

16. Gemäß § 5 Abs. 2 des Gesetzes zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie und dem Krieg gegen die Ukraine folgenden Belastungen der kommunalen Haushalte im Land Nordrhein-Westfalen (NKF-COVID-19- Ukraine-Isolierungsgesetz - NKF-CUIG NRW), in der aktuellen Fassung, sind die ermittelten Haushaltsbelastungen in Summe als außerordentlicher Ertrag im Rahmen der Abschlussbuchung in die Ergebnisrechnung einzustellen und bilanziell gem. § 6 NKF-CUIG NRW gesondert zu aktivieren (siehe auch Punkt II. 1. Erläuterungen zur Bilanz).

    Diese Ermittlung geschieht gem. § 5 Abs. 4 NKF-CUIG in dem die konkreten Belastungen ermittelt werden. Soweit die konkreten Belastungen nicht oder nicht im vollen Umfang ermittelt werden können, ist hilfsweise eine Nebenrechnung aufzustellen. Dieser Vorgabe folgend, sind in der nachfolgenden Tabelle 1 die konkreten finanziellen Belastungen aus der „Covid-19-Pandemie“ und in der Tabelle 2 die konkreten finanziellen Belastungen aus dem „Krieg gegen die Ukraine“ zu entnehmen. In der Tabelle 3 werden schließlich die ersten drei Ergebnisse zusammengeführt.

Tabelle 1 - finanzielle Belastungen aus der „Covid-19-Pandemie“

Pos.	Name	Ansatz Rechnungsjahr in €	Ergebnis Rechnungsjahr in €	Vergleich Ansatz/Ergebnis in €
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	245.607,05	245.607,05
03	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.000,00	0,00	-1.000,00
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	3.000,00	-546,60	-3.546,60
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00
09	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00
10	**= Ordentliche Erträge**	**4.000,00**	**245.060,45**	**241.060,45**
11	- Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00
12	- Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00
13	- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	-417.700,00	-43.044,48	374.655,52
14	- Bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00
15	- Transferaufwendungen	0,00	-82.196,09	-82.196,09
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	-140.023,25	-140.023,25
17	**= Ordentliche Aufwendungen**	**-417.700,00**	**-265.263,82**	**152.436,18**
18	= Ordentliches Ergebnis (10 und 17)	-413.700,00	-20.203,37	393.496,63
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00
21	= Finanzergebnis (19 und 20)	0,00	0,00	0,00
22	**= Ergebnis der lfd Verw.-Tätigkeit (18 und 21)**	**-413.700,00**	**-20.203,37**	**393.496,63**
23	+ Außerordentliche Erträge	413.700,00	20.203,37	-393.496,63
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
25	= Außerordentliches Ergebnis (23 und 24)	413.700,00	20.203,37	-393.496,63
26	**= Ergebnis (22 und 25)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00
29	**= Ergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Tabelle 2 - finanzielle Belastungen aus dem „Krieg gegen die Ukraine“

Pos.	Name	Ansatz Rechnungsjahr in €	Ergebnis Rechnungsjahr in €	Vergleich Ansatz/Ergebnis in €
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00
03	+ Sonstige Transfererträge	4.000,00	102.924,09	98.924,09
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	11.760,00	0,00	-11.760,00
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	95.000,00	224.972,88	129.972,88
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	761.500,00	540.120,57	-221.379,43
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	6.143,08	6.143,08
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00
09	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00
10	**= Ordentliche Erträge**	**872.260,00**	**874.160,62**	**1.900,62**
11	- Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00
12	- Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00
13	- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	-1.111.160,00	-453.774,59	657.385,41
14	- Bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00
15	- Transferaufwendungen	-170.000,00	-227.471,41	-57.471,41
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	-799.800,00	-415.001,28	384.798,72
17	**= Ordentliche Aufwendungen**	**-2.080.960,00**	**-1.096.247,28**	**984.712,72**
18	= Ordentliches Ergebnis (10 und 17)	-1.208.700,00	-222.086,66	986.613,34
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00
21	= Finanzergebnis (19 und 20)	0,00	0,00	0,00
22	**= Ergebnis der lfd Verw.-Tätigkeit (18 und 21)**	**-1.208.700,00**	**-222.086,66**	**986.613,34**
23	+ Außerordentliche Erträge	1.208.700,00	222.086,66	-986.613,34
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
25	= Außerordentliches Ergebnis (23 und 24)	1.208.700,00	222.086,66	-986.613,34
26	**= Ergebnis (22 und 25)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00
29	**= Ergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Tabelle 3 – Zusammenfassung der Tabellen 1 + 2	
Ergebnis aus Tabelle 1	20.203,37 €
Ergebnis aus Tabelle 2	222.086,66 €
Berechnung Haushaltsbelastung nach NKF-CUIG	**242.290,03 €**

Der vorstehenden Tabelle ist zu entnehmen, dass in 2023 ein negatives Ergebnis bei der Ermittlung der Belastungen nach dem NKF-CUIG erzielt worden ist. Dies ist gleichbedeutend damit, dass die Aufwendungen höher sind als die Erträge. Somit sind zusätzliche primäre Belastungen aus der „Covid-19-Pandemie und dem Krieg gegen die Ukraine (NKF-CUIG)“ in 2023 entstanden, die als außerordentlicher Ertrag bzw. außerordentliches Ergebnis in der Ergebnisrechnung auszuweisen sind.

17. Im Rahmen des Jahresabschlusses **2022** sind **keine Ermächtigungsübertragungen** von Aufwendungen nach **§ 22 Abs. 1 KomHVO NRW** vorgenommen worden.

18. Im Rahmen des Jahresabschlusses **2023** werden **keine Ermächtigungsübertragungen** von Aufwendungen nach **§ 22 Abs. 1 KomHVO NRW** vorgenommen.

IV. Erläuterungen zur Finanzrechnung

Die Bestände der liquiden Mittel, die sich aus den Buchungen in der Finanzrechnung ergeben, haben sich in 2023 wie folgt entwickelt:

Bevor die einzelnen Kontengruppen genauer betrachtet werden, sei an dieser Stelle auf folgende Besonderheiten hingewiesen, die die Nachvollziehbarkeit der nachfolgenden Äußerungen erleichtern:

- In 2022 wurden Ermächtigungsübertragungen von Auszahlungen für Investitionen von 8.179.379,05 € gebildet. Für konsumtive Auszahlungen wurden im Jahr 2022 keine Ermächtigungsübertragungen gebildet. Die Abwicklung der investiven Ermächtigungsübertragungen in 2023 wird an späterer Stelle dargestellt.

- Zahlungswirksame Ermächtigungsübertragungen für Kredite nach § 86 Abs. 2 GO NRW wurden im Jahr 2022 über 820.000,00 € gebildet.

- Die zuvor erläuterten Summen sind zusammen mit den Ansätzen in der Spalte „Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres“ in den jeweiligen Zeilen mit aufgeführt. Daneben bietet die seit dem 01.01.2011 eingesetzte Software „newsystem kommunal - INFOMA“ auch den Komfort, dass die Ermächtigungsübertragungen nach § 22 KomHVO in einer separaten Spalte in der Finanzrechnung dargestellt werden. Diese Option wurde aus Gründen der Übersichtlichkeit auch in 2023 genutzt.
  Wie an späterer Stelle detailliert zu ersehen ist, wurde von den Ermächtigungsübertragungen für investive Auszahlungen von insgesamt 8.179.379,05 € eine Summe i. H. v. 6.082.890,03 € in Anspruch genommen. Von den verbleibenden 2.096.489,02 € wurden im Laufe des Jahres 2023 insgesamt 500.757,85 € in Abgang gesetzt und 1.595.731,17 € wurden weiter nach 2024 übertragen.

  Konsumtive Auszahlungen wurden in 2022 nicht nach 2023 übertragen.

  Rechnet man die übertragenen Ermächtigungsübertragungen 2022 als auch die darauf entfallenden Inanspruchnahmen aus den in der Finanzrechnung aufgeführten Zahlen heraus,ergeben sich in den Zeilen 16,17, 23 u.30 bis 38 folgende Werte:

Nr.	Bezeichnung	…	Ansatz des Haushalts-jahres	IST-Ergebnis des Haushalts -jahres	Vergleich Ansatz/Ist
16	= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit		-118.229.869,00	-115.019.125,16	3.210.743,84
17	Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit (9 u. 16)		-2.071.483,00	13.967.113,23	16.038.596,23
23	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit		21.505.242,00	10.254.556,54	-11.250.685,46
30	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit		-39.108.057,00	-17.664.795,55	21.443.261,45
31	= Saldo aus Investitionstätigkeit (23 u.30)		-17.602.815,00	-7.410.239,01	10.192.575,99
32	= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (17 u.31)		-19.674.298,00	6.556.874,22	26.231.172,22
33	+Einzahlung aus der Aufnahme und durch Rückflüsse von Krediten für Investitionen und diesen wirtschaftlich gleichkommenden Rechtsverhältnissen		1.350.000,00	0,00	-1.350.000,00
34	+Einzahlung aus der Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung		12.000.000,00	0,00	-12.000.000,00
35	-Auszahlung für die Tilgung und Gewährung von Krediten für Investitionen und diesen wirtschaftlich gleichkommenden Rechtsverhältnissen		1.350.000,00	823.332,93	-526.667,07
36	-Auszahlung für die Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung		-12.000.000,00	0,00	12.000.000,00
37	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit		0,00	-823.332,93	-823.332,93
38	= Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln (32 und 37)		-19.674.298,00	5.733.541,29	25.407.839,29

Abschließend sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass der Gesetzgeber aus seinen im § 39 Abs. 2 KomHVO bzw. § 40 KomHVO NRW gestellten Forderungen nicht abzulesen ist, welche Ist-Beträge sich auf Haushaltsansätze und welche sich auf Ermächtigungsübertragungen beziehen. Die Erfahrungen der letzten 16 Jahre haben jedoch gezeigt, wie aufgrund der vorgenannten Aufstellung unschwer ersichtlich, dass die Umsetzung in einer tabellarischen Darstellung einfach zu komplex und damit zu unübersichtlich ist. Es bleibt daher nur die Möglichkeit, ergänzend zu der im § 39 KomHVO geforderten Abbildungsweise, klarstellend durch die Darstellung in verschiedenen Nebenrechnungen aufzuzeigen, wie sich die Ist-Buchungen auf die Haushaltsansätze bzw. auf Ermächtigungsübertragungen aufteilen.

Nun aber zur Erläuterung des tatsächlichen Ergebnisses der Finanzrechnung:

1. Wie oben erläutert, werden die aufgeführten Abweichungen aus der Summe der Haushaltsplanansätze und der Summe der Ermächtigungsübertragungen dargestellt. Zunächst einmal ist festzustellen, dass beim Saldo aus der lfd. Verwaltungstätigkeit ein Überschuss von 13.967 T€ erzielt wurde. Gegenüber der Planung entspricht dies einer Verbesserung um 16.039 T€. Diese Verbesserungen resultieren aus höheren Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit von 12.828 T€ sowie geringeren Auszahlungen aus der lfd. Verwaltungstätigkeit von 3.211 T€.

   Die Veränderung bei den Einzahlungen ergeben sich rechnerisch durch höhere Einzahlungen i. H. v. 9.480 T€ bei den „Steuern und ähnlichen Abgaben“, 2.098 T€ bei den „Zuwendungen und allgemeinen Umlagen“, 189 T€ bei den „sonstigen Transfereinzahlungen“, 343 T€ bei den „öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten“, 137 T€ bei den „privatrechtlichen Leistungsentgelten“, 1.159 T€ bei den „Kostenerstattungen und Kostenumlagen“ und 975 T€ bei den „Zinsen u. sonstigen Finanzeinzahlungen“. Demgegenüber stehen geringere Einzahlungen von 1.554 T€ bei den „sonstigen Einzahlungen“.

   Auf der Auszahlungsseite sind Minderauszahlungen bei den „Personal- und Versorgungsauszahlungen“ i. H. v. 1.712 T€, den „Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen“ (859 T€), den „Zinsen und sonstigen Finanzauszahlungen“ (1.481 T€) und schließlich bei den „Sonstigen Auszahlungen“ i. H. v. 1.378 T€ zu verzeichnen. Dem stehen Mehrauszahlungen bei den „Transferauszahlungen“ von 2.220 T€ gegenüber.

   Der Saldo aus Investitionstätigkeit beträgt -13.493 T€. Geplant war ein negativer Saldo i. H. v. -25.782 T€. Die Verbesserung i. H. v. 12.289 T€ lässt sich als Differenz aus den „Auszahlungen aus Investitionstätigkeit“ von 23.748 T€ (geplant 47.287 T€) zu den „Einzahlungen aus Investitionstätigkeit“ von 10.255 T€ (geplant 21.505 T€) herleiten.

   Beim „Saldo aus Finanzierungstätigkeit“ lässt sich ein negativer Wert i. H. v. - 823 T€ feststellen, was einer Abweichung gegenüber der Planung i. H. v. 823 T€ entspricht.

   Unter dem Strich bleibt festzuhalten, dass sich in 2023 der Bestand an eigenen Finanzmitteln um 349 T€ reduziert hat.

   Die Finanzrechnung betrachtet aber nicht nur die eigenen Finanzmittel, sondern auch die Entwicklung des Bestandes an fremden Finanzmitteln. Fremde Finanzmittel sind solche finanziellen Mittel, die die Kommune für einen Dritten verwaltet oder die sie aufgrund eines Gesetzes für einen Dritten zu vereinnahmen und zu verausgaben hat. Bei beiden Varianten sind erwirtschaftete Überschüsse aus diesen Mitteln an den/die Dritten abzuführen bzw. getätigte Vorleistungen vom Dritten zu erstatten. Hinsichtlich der eigenen Finanzmittel unterscheiden sich diese insbesondere dadurch, dass sie nicht im Haushaltsplan aufgeführt und geplant werden, sondern zum Teil in gesonderten Plänen dargestellt werden, respektive ungeplant bewirtschaftet werden.

   Bei der Stadt Erkelenz fallen darunter der Städtische Abwasserbetrieb Erkelenz, dessen Ein- und Auszahlungen kontenmäßig von der Zahlungsabwicklungsstelle der Stadt Erkelenz abgewickelt werden sowie insbesondere Mittel des Kreises Heinsberg, der sich bei der Zahlbarmachung der verschiedenen Hilfearten nach dem SGB ebenfalls der Zahlungsabwicklungsstelle der Stadt Erkelenz bedient.

Des Weiteren werden bei den fremden Finanzmitteln die ungeklärten Einzahlungen abgebildet. Hierbei handelt es sich um Einzahlungen, welche im Jahr 2023 vereinnahmt worden sind, jedoch erst im Folgejahr konkreten Sollstellungen zugeordnet werden können.

Die Veränderung des Bestandes der fremden Finanzmittel im Jahr 2023 beträgt insgesamt - 1.398 T€. Diese Bestandsveränderung setzt sich aus getätigten Nettoauszahlungen von 1.111 T€ in 2023 (Erhöhung der Forderungen gegenüber dem Städtischen Abwasserbetrieb von 1.111 T€ von 4.480 T€ in 2022 auf 5.591 T€ zum 31.12.2023) sowie einer Verringerung des Bestandes der sonstigen fremden Finanzmittel im Jahr 2023 von 287 T€ zusammen.

Insgesamt hat sich der Bestand an liquiden Mitteln damit um 1.748 T€ gegenüber 2022 reduziert.

Unter Berücksichtigung der Vorjahre ergibt sich insgesamt ein Bestand an liquiden Mitteln zum 31.12.2023 in Höhe von 27.037.981,23 € in der Finanzrechnung.

2. Nach § 22 KomHVO können **Ermächtigungen für Aufwendungen und Auszahlungen** gegebenfalls übertragen werden. Dafür hat der Bürgermeister, mit Zustimmung des Rates, die Grundsätze über Art, Umfang und Dauer der Ermächtigungsübertragungen zu regeln. Vor dem Hintergrund dieser gesetzlichen Regelung hat der Rat der Stadt Erkelenz am 25.09.2013 einen entsprechenden Beschluss gefasst.

Im Rahmen des Jahresabschlusses 2022 wurden demnach nachfolgende Ermächtigungsübertragungen gebildet und 2023 wie nachfolgend aufgeführt abgewickelt:

2.1 Für konsumtive Auszahlungen wurden im Jahr 2022 keine Ermächtigungsübertragungen gebildet.

2.2 Die investiven Ermächtigungsübertragungen aus 2022 wurden 2023 wie folgt abgewickelt:

Nr.	Investitionsnummer	Bezeichnung	EÜ 2022 nach 2023 €	abgerechnet 2023 €	Ersparnis/bzw. Abgang €	Nach 2024 zu übertragen €
	Teilfinanzrechnung 011000					
1	B01100012	Einzelansch. unter 10.000 € - EDV > 800 €	3.000,00	3.000,00	0,00	0,00
2	B01100042	Einführung E-Government-Komponenten	18.426,37	7.327,18	11.099,19	0,00
3	B01100044	Einführung Liegenschafts-/Gebäudemanagement-system	14.904,97	817,53	14.087,44	0,00
4	B01100049	Archivscanner	13.332,76	13.332,76	0,00	0,00
5	B01100052	Einrichtung Dect-Telefonie Feuerwache Erkelenz	3.543,22	0,00	3.543,22	0,00
	Teilfinanzrechnung 011800					
6	B01180075	LKW Kipper off. Kasten ü. 3,5 t (Ers. ERK-A 1113)	56.311,00	56.058,49	252,51	0,00
7	B01180129	Kantenanleimmaschine	26.239,50	26.239,50	0,00	0,00
8	B01180132	Elektrofahrzeug für Straßenwärter (Bauleitung)	23.560,00	23.520,81	39,19	0,00
9	B01180800	Vermögensgegenstände des AV bis 800 €	1.000,00	1.000,00	0,00	0,00

Nr.	Investitionsnum-mer	Bezeichnung	EÜ 2022 nach 2023 €	abgerech-net 2023 €	Erspar-nis/bzw. Ab-gang €	Nach 2024 zu übertra-gen €
	Teilfinanzrechnung 021500					
10	B02157028	Rüstwagen -Erweiterung techn. Hilfeleistung	38.617,29	38.617,29	0,00	0,00
11	B02157043	Einrichtung Erweiter FWGH Holzw > 800 € < 10.000 €	8.000,00	5.729,00	2.271,00	0,00
12	H02150012	Feuerwehrgerätehaus Erk. - Bau Atemschutz-werkstatt	7.007,91	7.007,91	0,00	0,00
Am 31.01.2023 wurden gem. § 21 Abs. 1 KomHVO NRW bei den Ermächtigungsübertragungen 2.747,02 € von der Maßnahme H02150019 nach H02150012 übertragen.						
13	H02150013	Neubau FWGH Keyenberg (neu)	36.500,00	15.007,88	21.492,12	0,00
14	H02150019	Erweiterung FWGH Holzweiler (mit Schulungs-raum)	186.674,98	170.221,35	0,00	16.453,63
Am 31.01.2023 wurden gem. § 21 Abs. 1 KomHVO NRW bei den Ermächtigungsübertragungen 2.747,02 € von der Maßnahme H02150019 nach H02150012 übertragen.						
15	S02150004	Erneuerung Heizungsanlage FWGH Erkelenz	8.550,28	2.046,09	6.504,19	0,00
	Teilfinanzrechnung 030101					
16	H03010018	Umbau Peter Härtling Schule für gem. Unterricht	4.000,00	4.000,00	0,00	0,00
Am 06.07.2023 wurden gem. § 21 Abs. 1 KomHVO NRW bei den Ermächtigungsübertragungen 8.000,00 € von der Maßnahme H03010018 nach H03010020 übertragen.						
17	H03010019	Aufstockung Nysterbach-Grundschule Lövenich	289.000,00	118.199,20	9.177,59	161.623,21
18	H03010020	Energetische Sanierung P.H. Schule+OGS Erwei-terung	626.000,00	598.357,59	3.535,04	24.107,37
Am 06.07.2023 wurden gem. § 21 Abs. 1 KomHVO NRW bei den Ermächtigungsübertragungen 8.000,00 € von der Maßnahme H03010018 nach H03010020 übertragen.						
19	H03010022	Erweiterung Grundschule Kückhoven	596.866,00	384.078,00	0,00	212.788,00
20	H03010023	Energetische Sanierung Grundschule Kückhoven	79.000,00	39.282,46	39.717,54	0,00
	Teilfinanzrechnung 030104					
21	B03040001	Anschaffungen < 10.000 € Cusanus-Gymnasium > 800 €	10.000,00	8.231,95	1.768,05	0,00
22	B03040003	Anschaffungen<10.000€ Cornelius-Burgh-Gymn.> 800€	2.500,00	2.211,02	288,98	0,00
	Teilfinanzrechnung 040100					
23	B04010003	Anschaffungen < 10.000 > 800 €	16.591,71	16.591,71	0,00	0,00
24	B04010800	Vermögensgegenstände des AV bis 800 €	19.500,00	19.500,00	0,00	0,00
25	S04010003	Herstellung Kunstobjekt "Brücktor"	19.965,00	19.965,00	0,00	0,00
Am 20.12.2023 wurden gem. § 21 Abs. 1 KomHVO NRW bei den Ermächtigungsübertragungen 1.500,00 € von der Maßnahme S04010007 nach S04010003 übertragen.						
26	S04010007	Barrierefreie Erschließung der Burg (InHK)	22.500,00	5.054,92	7.445,08	10.000,00
Am 14.03.2023 wurden gem. § 21 Abs. 1 KomHVO NRW bei den Ermächtigungsübertragungen 3.000,00 € von der Maßnahme S04010007 nach S04010011 übertragen. **Am 20.12.2023 wurden gem. § 21 Abs. 1 KomHVO NRW bei den Ermächtigungsübertragungen 1.500,00 € von der Maßnahme S04010007 nach S04010003 übertragen.**						
27	S04010011	Herstellung Toranlage an Haus Hohenbusch	26.687,86	25.818,78	869,08	
Am 14.03.2023 wurden gem. § 21 Abs. 1 KomHVO NRW bei den Ermächtigungsübertragungen 3.000,00 € von der Maßnahme S04010007 nach S04010011 übertragen.						
	Teilfinanzrechnung 060207					
28	B06020780	Vermögensgegenstände des AV bis 800 €	1.100,00	1.089,64	10,36	0,00
29	H06020702	Nottreppe KG Hetzerath	70.197,11	64.357,57	3.713,27	2.126,27
	Teilfinanzrechnung 060209					
30	B06020901	Auszahl. < 10.000 € KG Lövenich > 800 €	1.000,00	0,00	1.000,00	0,00

Nr.	Investitionsnummer	Bezeichnung	EÜ 2022 nach 2023 €	abgerechnet 2023 €	Ersparnis/bzw. Abgang €	Nach 2024 zu übertragen €
31	H06020902	Erweiterung Kindergarten Lövenich	330.000,00	303.080,89	0,00	26.919,11
32	S06020903	Herstellung Außengelände KG Lövenich	25.000,00	25.000,00	0,00	0,00
	Teilfinanzrechnung 060212					
33	H06021201	Neubau Kindergarten Kückhoven	111.695,00	111.695,00	0,00	0,00
	Teilfinanzrechnung 060214					
34	B06021402	Ersteinrichtung > 800 € KG Kamp-Lintforter-Str.	60.000,00	3.501,16	46.498,84	10.000,00
35	B06021480	Vermögensgegenstände des AV bis 800 €	31.000,00	17.620,90	8.379,10	5.000,00
36	S06021401	Herstellung Außengelände KG Kamp-Lintforter-Str.	80.515,00	40.345,78	35.169,22	5.000,00
	Teilfinanzrechnung 060215					
37	S06021501	Gestaltung Außengelände KG Südpromenade	35.000,00	0,00	30.000,00	5.000,00
	Teilfinanzrechnung 060217					
38	B06021780	Vermögensgegenstände des AV bis 800 €	3.760,00	2.779,92	980,08	0,00
39	H06021702	Erweiterungsbau KG Immerath	10.000,00	830,01	8.169,99	1.000,00
Am 14.03.2023 wurden gem. § 21 Abs. 1 KomHVO NRW bei den Ermächtigungsübertragungen 10.000,00 € von der Maßnahme H06021702 nach S06030204 übertragen.						
	Teilfinanzrechnung 060302					
40	B06030202	Spielgeräte f. Kinderspielplätze > 800 €	5.000,00	2.731,64	2.268,36	0,00
41	B06030217	(Groß-)Spielgeräte Spielplatz Keyenberg (neu)	8.300,00	8.059,35	240,65	0,00
42	B06030221	(Groß-)Spielgeräte SP Thingstr., Kückhoven	52.400,00	42.161,44	10.238,56	0,00
43	S06030204	Herstellung Spielplatzfläche Keyenberg (neu)	32.000,00	31.821,18	178,82	0,00
Am 14.03.2023 wurden gem. § 21 Abs. 1 KomHVO NRW bei den Ermächtigungsübertragungen 10.000,00 € von der Maßnahme H06021702 nach S06030204 übertragen.						
44	S06030205	Herstellung Bolzplatzfläche SchwarzerWeg,Matzerath	15.304,07	5.566,71	9.737,36	0,00
45	S06030206	Herstellung Spielplatzfläche Kauler Weg, Matzerath	20.000,00	4.778,79	15.221,21	0,00
46	S06030209	Skateanlage in Erkelenz-Mitte	3.000,00	3.000,00	0,00	0,00
	Teilfinanzrechnung 080100					
47	B08010001	Sonstige Gerätebeschaffung Sportanlagen > 800 €	2.969,00	2.969,00	0,00	0,00
48	H08010010	Neubau Sportumkleide Keyenberg (neu)	8.000,00	8.000,00	0,00	0,00
49	S08010010	Kunstrasenplatz Sportpark Keyenberg (neu)	10.000,00	9.539,62	460,38	0,00
50	S08010011	Rasenplatz Sportpark Keyenberg (neu)	10.000,00	9.539,62	460,38	0,00
51	S08010024	Flutlichtanlage ERKA-Rasen Schulzentrum	28.000,00	18.308,05	1.963,09	7.728,86
	Teilfinanzrechnung 100603					
52	B10060301	Anschaffungen > 800 € Unterkünfte f. ausl. Flüchtl	2.000,00	1.023,40	0,00	976,60
53	B10060380	Vermögensgegenstände des AV bis 800 €	14.000,00	14.000,00	0,00	0,00

Nr.	Investitionsnummer	Bezeichnung	EÜ 2022 nach 2023 €	abgerechnet 2023 €	Ersparnis/bzw. Abgang €	Nach 2024 zu übertragen €
	Teilfinanzrechnung 120101					
54	E12010058	Im Pangel - Straßenbau	52.127,38	0,00	0,00	52.127,38
55	E12010063	Tenholter Str., - Straße Stichweg zwHsNr. 90a 98c	874,60	874,60	0,00	0,00
56	E12010064	Bellinghoven, Erschließung am ehem.Obdachlosenheim	1.261,40	0,00	1.261,40	0,00
57	E12017012	Venrath, Wickrathberger Straße, Straßenbau	57.100,00	57.100,00	0,00	0,00
Am 04.07.2023 wurden gem. § 21 Abs. 1 KomHVO NRW bei den Ermächtigungsübertragungen 900,00 € von der Maßnahme E12017012 nach T12018000 übertragen.						
58	S12010101	Umgestaltung / Aufwertung Franziskanerplatz (InHK)	1.448.810,34	1.364.927,37	73.882,97	10.000,00
59	S12010104	EntreeBerufskolleg,Musiksch."Grünring Westpr"	20.000,00	20.000,00	0,00	0,00
60	S12010109	Umgestaltung / Aufwertung Markt (InHK)	94.151,21	34.669,71	0,00	59.481,50
61	S12010112	Ostpromenade Süd:Verkehrsberuhigung u. Aufw.(InHK)	11.832,76	11.832,76	0,00	0,00
62	T12018000	Holzweiler, Landstr. - Radwegbau - (L19 bis Ortsei	15.900,00	15.885,86	14,14	0,00
Am 04.07.2023 wurden gem. § 21 Abs. 1 KomHVO NRW bei den Ermächtigungsübertragungen 900,00 € von der Maßnahme E12017012 nach T12018000 übertragen.						
63	T12018001	Holzweiler, Weststr. - Erschließung Straßenbau	10.000,00	8.461,65	1.538,35	0,00
64	T12019007	Fahrradreparaturstationen	3.768,93	1.968,08	1.800,85	0,00
	Teilfinanzrechnung 120102					
65	H12010201	Neubau eines Parkhauses "Ostpromenade"	330.300,00	279.417,71	0,00	50.882,29
	Teilfinanzrechnung 120200					
66	E12020061	Am Hagelkreuz - Öffentl. Beleuchtung	56.000,00	0,00	1.444,45	54.555,55
67	E12020079	Brabantstr. nördl. Teil - Öffentl. Beleuchtung	5.753,90	5.753,90	0,00	0,00
68	E12020083	Im Pangel - Öffentl. Beleuchtung	10.000,00	0,00	10.000,00	0,00
69	E12020084	Mennekrath Haus Nrn. 1-6 und 7-8c - Öffentl. Beleu	8.517,24	8.507,67	9,57	0,00
Am 18.04.2023 wurden gem. § 21 Abs. 1 KomHVO NRW bei den Ermächtigungsübertragungen 2.700,97 € von der Maßnahme E12021016 nach E12020084 übertragen. **Am 18.04.2023 wurden gem. § 21 Abs. 1 KomHVO NRW bei den Ermächtigungsübertragungen 949,03 € von der Maßnahme E12028017 nach E12020084 übertragen.**						
70	E12021016	Gerderath, Hermann-Josef-Str.-Öffentl. Beleuchtung	23.499,03	23.499,03	0,00	0,00
Am 18.04.2023 wurden gem. § 21 Abs. 1 KomHVO NRW bei den Ermächtigungsübertragungen 2.700,97 € von der Maßnahme E12021016 nach E12020084 übertragen.						
71	E12028001	Holzweiler, Am Berg - Öffentl. Beleuchtung	21.100,00	9.482,94	11.617,06	0,00
72	E12028004	Holzweiler, Aschenhütte - Öffentl. Beleuchtung	13.918,09	13.918,09	0,00	0,00
73	E12028009	Holzweiler, Klosterstr. - Öffentl. Beleuchtung	25.154,93	18.711,46	6.443,47	0,00
74	E12028014	Holzweiler, Landstr. (Im Grünf-Holzweiler-markt)Öff	53.021,88	22.774,08	30.247,80	0,00
75	E12028017	Holzweiler, Brüderstr. - Öffentl. Beleuchtung	35.644,19	34.238,98	1.405,21	0,00
Am 18.04.2023 wurden gem. § 21 Abs. 1 KomHVO NRW bei den Ermächtigungsübertragungen 949,03 € von der Maßnahme E12028017 nach E12020084 übertragen						
76	E12028019	Holzweiler, Landstr. (Holweilerm. b Ortsausg) - Öf	32.503,90	24.167,23	8.336,67	0,00
77	E12029000	Alle Stadtteile - Öffentl. Beleuchtung	10.000,00	8.016,39	1.983,61	0,00
78	T12029000	Alle Stadtteile - Öffentl. Beleuchtung <10.000	10.000,00	4.097,44	0,00	5.902,56
	Teilfinanzrechnung 130100					
79	B13010001	Möblierung der Grünanlagen/Maßnahmen > 800 €	9.551,11	9.551,11	0,00	0,00
80	S13010020	Dorfentwicklung Tagebaurand Kückhoven	20.000,00	20.000,00	0,00	0,00
81	S13010022	Umgestaltung Grünring Westpromenade	130.000,00	130.000,00	0,00	0,00

Nr.	Investitionsnummer	Bezeichnung	EÜ 2022 nach 2023 €	abgerechnet 2023 €	Ersparnis/bzw. Abgang €	Nach 2024 zu übertragen €
	Teilfinanzrechnung 150202					
82	B15020208	Küche MZH Keyenberg	40.000,00	39.109,00	891,00	0,00
83	B15020281	Ersteinrichtung Quartierzentrum OEM <= 800 €/netto	13.000,00	0,00	13.000,00	0,00
84	H15020209	Neubau MZH Keyenberg (neu)	1.214.000,00	949.810,91	10.329,82	253.859,27
85	H15020210	Quartierszentrum Oerather Mühlenfeld	69.641,04	34.785,64	1.011,10	33.844,30
86	H15020212	Umbau Dorfzentrum "Alte Schule" Holzweiler	893.949,00	307.593,73	0,00	586.355,27
87	S15020203	Herstellung Außenanlagen MZH Keyenberg (neu)	309.479,09	280.718,60	28.760,49	0,00
	Summe Ermächtigungsübertragungen		8.179.379,05	6.082.890,03	500.757,85	1.595.731,17

3. Abwicklung der Übertragung aus Kreditermächtigungen gem. § 86 Abs. 2 GO NRW

Es wurden aus 2022 Kreditermächtigungen von 820.000,00 € in das Jahr 2023 übertragen. Diese wurden nicht in Anspruch genommen.

4. Bildung von Ermächtigungsübertragungen nach § 22 Abs. 1 KomHVO NRW

Nachfolgende Ermächtigungsübertragungen wurden gemäß § 22 Abs. 1 KomHVO NRW in Verbindung mit dem Ratsbeschluss vom 25.09.2013 im Jahr 2023 gebildet:

4.1 Für Aufwendungen werden 2023 keine Ermächtigungsübertragungen gebildet.

4.2 Im konsumtiven Auszahlungsbereich wird 2023 ebenfalls keine Ermächtigungsübertragung gebildet.

4.3 Für investive Auszahlungen werden im Haushaltsjahr 2023 nachfolgende Ermächtigungsübertragungen gebildet:

Nr.	Investitionsnummer	Bezeichnung	weiter zu übertragen aus der Ermächtigungsübertragung aus 2022 €	Ermächtigungsübertragung aus 2023 €	Ermächtigungsübertragungen insgesamt €	Erläuterungen
	Teilfinanzrechnung 011800					
1	B01180116	Radlader mit Entsorgungsschaufel (Ersatz-ERK-A1145)	0,00	36.112,20	36.112,20	Abwicklung bestehender Bestellungen
	Teilfinanzrechnung 021500					
2	B02157028	Rüstwagen -Erweiterung techn. Hilfeleistung	0,00	136.612,00	136.612,00	Abwicklung bestehender Bestellungen
3	B02157037	Hilfeleistungslöschfahrzeug (HLF 20)	0,00	15.129,66	15.129,66	Abwicklung bestehender Bestellungen
4	H02150019	Erweiterung FWGH Holzweiler (mit Schulungsraum)	16.453,63	3.586,20	20.039,83	Abwicklung bestehender Bestellungen
5	H02150022	Erweiterung FWGH Granterath	0,00	5000,00		Pauschale zur Abwicklung bestehender Bestellungen
6	S02150001	Digitales Sirenensystem Stadtgebiet Erkelenz	0,00	5.000,00	5.000,00	Pauschale zur Abwicklung bestehender Bestellungen

Nr.	Investitions-nummer	Bezeichnung	weiter zu übertragen aus der Ermächtigungsübertragung aus 2022 €	Ermächtigungsübertragung aus 2023 €	Ermächtigungsübertragungen insgesamt €	Erläuterungen
	Teilfinanzrechnung 030101					
7	B03030013	Neumöblierung Schulhof Europaschule	0,00	23.418,01	23.418,01	Abwicklung bestehender Bestellungen
8	B03040800	Vermögensgegenst. AV b. 800 € CG	0,00	2.386,65	2.386,65	Abwicklung bestehender Bestellungen
9	H03010019	Aufstockung Nysterbach-Grundschule Lövenich	161.623,21	0,00	161.623,21	Fortsetzung der Maßnahme 2024
10	H03010020	Energetische Sanierung P.H. Schule+OGS Erweiterung	24.107,37	137.892,63	162.000,00	Abwicklung bestehender Bestellungen
12	H03010022	Erweiterung Grundschule Kückhoven	212.788,00	392.377,73	605.165,73	Abwicklung bestehender Bestellungen
12	S03030002	Neugestaltung Schulhof Europaschule	0,00	35.671,40	35.671,40	Abwicklung bestehender Bestellungen
	Teilfinanzrechnung 040100					
13	S04010007	Barrierefreie Erschließung der Burg	10.000,00	0,00	10.000,00	Pauschale zur Abwicklung bestehender Bestellungen
	Teilfinanzrechnung 0602					
14	B06021402	Ersteinrichtung > 800 € KG Kamp-Lintforter-Str.	10.000,00	0,00	10.000,00	Pauschale zur Abwicklung bestehender Bestellungen
15	B06021403	Großspielgerät KG Kamp-Lintforter-Str.	0,00	11.769,10	11.769,10	Abwicklung bestehender Bestellungen
16	B06021480	Vermögensgegenstände des AV bis 800 €	5.000,00	0,00	5.000,00	Pauschale zur Abwicklung bestehender Bestellungen
17	H06020202	Erweiterungsbau KG Granterath	0,00	2.457,95	2.457,95	Abwicklung bestehender Bestellungen
18	H06020702	Nottreppe KG Hetzerath	2.126,27	0,00	2.126,27	Abwicklung bestehender Bestellungen
19	H06020902	Erweiterung Kindergarten Lövenich	26.919,11	20.926,04	47.845,15	Abwicklung bestehender Bestellungen
20	H06021401	Neubau KG Kamp-Lintforter-Str.	0,00	28.257,38	28.257,38	Abwicklung bestehender Bestellungen
21	H06021702	Erweiterungsbau KG Immerath	1.000,00	0,00	1.000,00	Pauschale zur Abwicklung bestehender Bestellungen
22	S06020903	Herstellung Außengelände KG Lövenich	0,00	5.000,00	5.000,00	Pauschale zur Abwicklung bestehender Bestellungen
23	S06021401	Herstellung Außengelände KG Kamp-Lintforter-Str.	5.000,00	0,00	5.000,00	Pauschale zur Abwicklung bestehender Bestellungen
24	S06021501	Gestaltung Außengelände KG Südpromenade	5.000,00	0,00	5.000,00	Pauschale zur Abwicklung bestehender Bestellungen
	Teilfinanzrechnung 060302					
25	B06030212	Spielkombinationsanlage Spielplatz Terheeg	0,00	5.000,00	5.000,00	Pauschale zur Abwicklung bestehender Bestellungen
26	B06030216	Spielkombinationsanlage/Spielgeräte SP Matzerath	0,00	5.000,00	5.000,00	Pauschale zur Abwicklung bestehender Bestellungen
27	B06030223	(Groß-)Spielgeräte SP Am Eselsweg, Granterath	0,00	5.000,00	5.000,00	Pauschale zur Abwicklung bestehender Bestellungen
28	S06030208	Herstellung Spielplatzfläche Thingstr., Kückhoven	0,00	5.000,00	5.000,00	Pauschale zur Abwicklung bestehender Bestellungen
29	S06030209	Skateanlage in Erkelenz-Mitte	0,00	215.000,00	215.000,00	Abwicklung bestehender Bestellungen
30	S06030210	Herstellung Bolzplatzfläche Golkrath	0,00	67.438,14	67.438,14	Abwicklung bestehender Bestellungen

Nr.	Investitions-nummer	Bezeichnung	weiter zu übertragen aus der Ermächtigungsübertragung aus 2022 €	Ermächtigungsübertragung aus 2023 €	Ermächtigungsübertragungen insgesamt €	Erläuterungen
	Teilfinanzrechnung 080100					
31	H08010010	Neubau Sportumkleide Keyenberg (neu)	0,00	16.500,00	16.500,00	Abwicklung bestehender Bestellungen
32	S08010017	Multifunktionsfläche Eingangsb. Sportanl. Schwanen	0,00	130.000,00	130.000,00	Abwicklung bestehender Bestellungen
33	S08010020	Wasseranschluss Sportplatz Golkrath	0,00	10.000,00	10.000,00	Abwicklung bestehender Bestellungen
34	S08010024	Flutlichtanlage ERKA-Rasen Schulzentrum	7.728,86	0,00	7.728,86	Abwicklung bestehender Bestellungen
	Teilfinanzrechnung 100603					
35	B10060301	Anschaffungen > 800 € Unterkünfte f. ausl. Flüchtl	976,60	23,40	1.000,00	Pauschale zur Abwicklung bestehender Bestellungen
36	B10060380	Vermögensgegenstände des AV bis 800 €	0,00	10.000,00	10.000,00	Pauschale zur Abwicklung bestehender Bestellungen
	Teilfinanzrechnung 120101					
37	E12010035	Straßenern. Flandernstr. nördl. Teil	0,00	73.720,80	73.720,80	Abwicklung bestehender Bestellungen
38	E12010058	Im Pangel - Straßenbau	52.127,38	0,00	52.127,38	Abwicklung bestehender Bestellungen
39	E12011000	Straßenausbau Gerderath, Am Floßbach	0,00	4.401,81	4.401,81	Abwicklung bestehender Bestellungen
40	E12014007	Granterath, Brunnenstr. (zw. Hs.Nr. 10 u. Oststr.)	0,00	2.406,23	2.406,23	Abwicklung bestehender Bestellungen
41	H12010201	Neubau eines Parkhauses "Ostpromenade"	50.882,29	936.789,56	987.671,85	Fortsetzung der Maßnahme 2024
42	S12010101	Umgestaltung / Aufwertung Franziskanerplatz (InHK)	10.000,00	0,00	10.000,00	Pauschale zur Abwicklung bestehender Bestellungen
43	S12010104	EntreeBerufskolleg,Musiksch."Grünring Westpr"	0,00	19.071,47	19.071,47	Abwicklung bestehender Bestellungen
44	S12010105	Verb. Querbez. "Grünring Westpr-Aachener (InHK)	0,00	5.537,37	5.537,37	Abwicklung bestehender Bestellungen
45	S12010109	Umgestaltung / Aufwertung Markt (InHK)	59.481,50	344.057,87	403.539,37	Abwicklung bestehender Bestellungen
46	T12019004	Bauliche Maßnahmen aus Radvorrangroutenkonzept	0,00	5.000,00	5.000,00	Pauschale zur Abwicklung bestehender Bestellungen
47	T12019005	Fahrradabstellanlagen Erkelenzer Ortschaften	0,00	5.000,00	5.000,00	Abwicklung bestehender Bestellungen
	Teilfinanzrechnung 120200					
48	E12029001	Öffentlich Beleuchtung - Allgemein	0,00	8.061,57	8.061,57	Abwicklung bestehender Bestellungen
49	T12029000	Alle Stadtteile - Öffentl. Beleuchtung <10.000	5.902,56	34.097,44	40.000,00	Durchführung der Maßnahme 2024
50	E12020061	Am Hagelkreuz - Öffentl. Beleuchtung	54.555,55	0,00	54.555,55	Abwicklung bestehender Bestellungen
	Teilfinanzrechnung 130100					
51	S13010022	Umgestaltung Grünring Westpromenade	0,00	601,75	601,75	Abwicklung bestehender Bestellungen
	Teilfinanzrechnung 130200					
52	S13020001	Baumschulpark Mennekrath	0,00	3.000,00	3.000,00	Pauschale zur Abwicklung bestehender Bestellungen
	Teilfinanzrechnung 150202					
53	B15020280	Vermögensgegenstände des AV bis 800 €	0,00	5.000,00	5.000,00	Pauschale zur Abwicklung bestehender Bestellungen

Nr.	Investitions-nummer	Bezeichnung	weiter zu übertragen aus der Ermächtigungsübertragung aus 2022 €	Ermächtigungsübertragung aus 2023 €	Ermächtigungsübertragungen insgesamt €	Erläuterungen
54	H15020209	Neubau MZH Keyenberg (neu)	253.859,27	79.138,08	332.997,35	Abwicklung bestehender Bestellungen
55	H15020210	Quartierszentrum Oerather Mühlenfeld	33.844,30	0,00	33.844,30	Abwicklung bestehender Bestellungen
56	H15020212	Umbau Dorfzentrum "Alte Schule" Holzweiler	586.355,27	322.420,90	908.776,17	Abwicklung bestehender Bestellungen
57	H15020213	Neubau Abstellraum MZH Hetzerath	0,00	5.000,00	5.000,00	Pauschale zur Abwicklung bestehender Bestellungen
58	H15020216	Sanierung Nebenräume MZH Lövenich	0,00	5.000,00	5.000,00	Pauschale zur Abwicklung bestehender Bestellungen
59	S15020206	Öffentliches WLAN in städt. Gebäuden (MZH)	0,00	2.000,00	2.000,00	Pauschale zur Abwicklung bestehender Bestellungen
	Teilfinanzrechnung 150300					
60	B15030800	Vermögensgegenstände des AV bis 800 €	0,00	1.000,00	1.000,00	Pauschale zur Abwicklung bestehender Bestellungen
61	S15030004	Digitales Info-System	0,00	5.000,00	5.000,00	Pauschale zur Abwicklung bestehender Bestellungen
	Summe Ermächtigungsübertragungen:		1.595.731,17	3.196.863,34	4.792.594,51	

5. Bildung von Übertragungen aus Kreditermächtigungen gem. § 86 Abs. 2 GO NRW

   Die Kreditermächtigung aus 2023 in Höhe von 510.000,00 € wird nach 2024 übertragen.

6. Finanzierung der Auszahlungsermächtigungsübertragungen:

   Die unter 4.3 gebildeten Ermächtigungsübertragungen in Höhe von insgesamt 4.793 T€ können insbesondere durch eine Übertragung der 2023er Kreditermächtigung (510 T€) nach 2024, durch eine gegenüber der 2024er Planung erhöhten Liquidität (1.461 T€), sowie durch darüber hinaus kurzfristig realisierbare Forderungen (2.004 T€) bzw. zusätzliche Einzahlungen (818 T€) finanziert werden.

7. Verwendung der Investitionspauschale:

   Die Investitionspauschale wurde wie in den Jahren 2021 und 2022 im städtischen Haushalt belassen und zur Finanzierung der in 2023 getätigten Investitionen verwendet. Weiterhin bleibt es dabei, dass auch in künftigen Jahresabschlüssen über die Verwendung der Investitionspauschale erst im Rahmen des Jahresabschlusses jeweils entschieden werden wird.

V. Sonstige Angaben

1. Die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2023 weist den Sonderposten für den Gebührenausgleich „Abfallbeseitigung“ mit 717.167,34 € aus. Unter Berücksichtigung der Rücklagenentnahme für 2023 in Höhe von 40.286,87 € beträgt der Bestand der Sonderposten für den Gebührenausgleich „Abfallbeseitigung“ zum 31.12.2023 insgesamt 676.880,47 €. Gem. § 6 Abs. 2 Satz 3 KAG sind Kostenüberüberdeckungen innerhalb der nächsten 4 Jahre auszugleichen.

2. Im Rahmen des Jahresabschlusses 2023 wurde, auf Grundlage der ab dem Jahr 2018 neu gefassten Straßenreinigungssatzung, eine Gebührennachkalkulation für den Gebührenhaushalt „Straßenreinigung“ durchgeführt. Als Ergebnis ergibt sich ein Überschuss für 2023 in Höhe

von 1.939,81 €. Unter Berücksichtigung dieses Überschusses und dem Bestand des Sonderpostens von 1.083,38 € zum 31.12.2022, ergibt sich ein Sonderposten zum 31.12.2023 i. H. v. 3.023,19 €.

3. Beim Gebührenhaushalt „Friedhöfe“ betrug das vorzutragende Defizit zum 31.12.2022 insgesamt 6.146,78. Dieses Defizit wird ohne Veränderung nach 2024 vorgetragen, da für das Jahr 2023, bedingt durch einen Wechsel in der Amtsleitung, eine Nachkalkulation nicht erfolgen konnte.

4. Aufgrund von in 2023 oder früher eingegangenen Verpflichtungen zur Leistungen für Investitionen in künftigen Jahren (Verpflichtungsermächtigungen) ergeben sich in den folgenden Jahren nachfolgend aufgeführte finanzielle Verpflichtungen:

Investitionsnummer	**Bezeichnung**	**Betrag in €**
B01180074	LKW Kipper offener Kasten über 3,5 t (Ersatz ERK-A 1115)	78.429
B01180084	LKW Sprinter offener Kasten bis 3,5t (Ersatz ERK-A 1117)	71.739
B01180085	LKW Sprinter offener Kasten bis 3,5t (Ersatz ERK-A 1119)	70.385
B01180086	LKW Sprinter offener Kasten bis 3,5t (Ersatz ERK-A 1120)	70.385
B01180087	LKW Kipper offener Kasten über 3,5 t (Ersatz ERK-A 1132)	78.429
B01180093	Großflächenmäher (Ersatz für ERK-A 1149)	118.369
B01180099	LKW bis 3,5 t (Ersatz für ERK-A 1123)	71.739
B01180116	Radlader mit Entsorgungsschaufel (ErsatzERK-A1145)	115.706
B01180123	LKW Kipper offener Kasten bis 3,5 t (Ersatz ERK-A1127)	70.385
B02157040	Löschgruppenfahrzeug LF 10	386.416
B02157042	Löschgruppenfahrzeug LF 10	386.416
H03010020	Energetische Sanierung P.H. Schule+OGS Erweiterung	50.000
H03010022	Erweiterung Grundschule Kückhoven	677.124
H03010023	Energetische Sanierung Grundschule Kückhoven	20.687
H06021201	Neubau Kindergarten Kückhoven	851.035
H12010201	Neubau eines Parkhauses "Ostpromenade"	1.193.767
H15020212	Umbau Dorfzentrum "Alte Schule" Holzweiler	247.526
H15020216	Sanierung Nebenräume MZH Lövenich	38.304
S08010017	Multifunktionsfläche Eingangsbereich Sportanlagen Schwanen	25.000
S12010104	Entree Berufskolleg, Musikschule "Grünring Westpromenade"	169.071
S12010109	Umgestaltung / Aufwertung Markt (InHK)	5.681.149
S12010112	Ostpromenade Nord: Verkehrsberuhigung u. Aufw. (InHK)	65.129
S13010022	Umgestaltung Grünring Westpromenade	410.669
Gesamt:		**10.947.859**

5. Die Firma RWE Power AG errichtet in den Umsiedlungsstandorten Keyenberg-neu, Kuckum-neu, Ober- und Unterwestrich-neu sowie Berverath-neu das Infrastrukturvermögen. Nach betriebsfertiger Herstellung wurde bzw. ist das Infrastrukturvermögen in die städtische Bilanz zu übernehmen.

   Vor diesem Hintergrund sind derzeit folgende objektbezogenen Maßnahmen geplant bzw. in Ausführung:

Investitionsnummer/Bezeichnung:	**Gesamtauszahlungs-bedarf:**
H02150013 Neubau FWGH Keyenberg (neu) betriebsfertig	1.729.857 €
S08010010 Kunstrasenplatz Sportpark Keyenberg (neu) -netto- betriebsfertig	1.509.410 €
S08010011 Rasenplatz Sportpark Keyenberg (neu) -netto- Betriebsfertig	1.090.524 €
H08010010 Neubau Sportumkleide Keyenberg (neu) -netto-betriebsfertig	1.901.368 €
H13050009 Neubau Friedhofshalle Keyenberg (neu) betriebsfertig	210.497 €
S13050011 Friedhof Keyenberg (neu) betriebsfertig	357.655 €
H15020209 Neubau MZH Keyenberg (neu)	4.215.618 €
Gesamt:	**11.014.929 €**

   Die Errichtung dieser Maßnahmen wird durch das städtische Hochbauamt koordiniert und überwacht. Die RWE Power AG hat dafür bereits bis 31.12.2023 Mittel von 5,725 Mio. € als Vorschuss geleistet. Weitere Mittel werden sukzessive nach dem jeweiligen Baufortschritt von RWE geleistet werden.

6. Leasingverträge bestanden 2023 für geleaste Dienstfahrzeuge (ca. 29 T€), für Kopierer und Großdrucker (ca. 2 T€) und der Hardware (PC, Bildschirme, Drucker) der PC-Arbeitsplätze (ca. 109 T€).

7. Angabe von noch zu erhebenden Beiträgen aus fertiggestellten Erschließungsmaßnahmen gem. § 45 Abs. 2 Nr. 7 KomHVO:

Investitionsnummer	**Bezeichnung**	**Beiträge in EUR (ca.)**
E 12010063	Tenholter Str., - Straße Stichweg zwHsNr. 90a 98c	155.000
E 12010035	Straßenern. Flandernstr. nördl. Teil	50.000
E 12028001	Holzweiler, Am Berg - Öffentl. Beleuchtung	10.700
E 12028009	Holzweiler, Klosterstr. - Öffentl. Beleuchtung	11.800
E 12028014	Holzweiler, Landstr. (Im Grünf-Holzweilermarkt)Öff	15.300
E 12028018	Holweiler, Landstr. (Stichweg Klosterstr.) - Öffen	2.400
E 12028019	Holzweiler, Landstr. (Holweilerm. b Ortsausg) - Öf	17.200
Gesamt:		**262.400**

8. Übersicht aller verselbstständigten und konsolidierungspflichtigen Aufgabenbereiche

Übersicht aller verselbstständigten und konsolidierungspflichtigen Aufgabenbereiche gem. §§ 38 Abs. 2 Satz 2 und 45 Abs. 2 Nr. 10 KomHVO							
	Name und Sitz	Anteil (EUR)	Anteil (%)	Eigenkapital (TEUR)	Ergebnis (TEUR)	Wesentliche Ertragsbeziehungen (Summe in TEUR)	Wesentliche Aufwandsbeziehungen aus städt. Sicht (Summe in TEUR)
1	Städtischer Abwasserbetrieb, Johannismarkt 17, Erkelenz	37.421.530,74	100,00	38.934	1.265	3.489	1.815
2	Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz mbH, Schülergasse 6, Erkelenz	26.140,00	100,00	28	2	-	-
3	Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz mbH & Co KG, Schülergasse 6, Erkelenz	2.845.000,00	100,00	7.507	350	1.525	-
4	Kultur GmbH der Stadt Erkelenz, Franziskanerplatz 11, Erkelenz	177.144,00	100,00	1.341*	56*	-	415
5	Zweckverband „LandFolge Garzweiler“, In Kuckum 68a, Erkelenz	1,00	30,00	663*	374*	-	197

* Angaben aus dem jeweiligen Einzelabschluss des Jahres 2022.

Darstellung der wesentlichen Ertrags- und Aufwandsbeziehungen aus Sicht der Stadt im Jahr 2023 im Einzelnen

zu 1. Ertrag:
1.903 TEUR Erstattung Personalaufwand vom Städt. Abwasserbetrieb an Stadt
1.461 TEUR Ausschüttung Jahresüberschuss des Jahres 2019 vom Städt. Abwasserbetrieb an Stadt
25 TEUR Erstattungsleistungen für Tätigkeiten des städtischen Baubetriebshofes
100 TEUR Zinserträge

Aufwand:
1.545 TEUR Kostenanteil der Stadt an der Straßenentwässerung
270 TEUR Schmutz- und Niederschlagswassergebühren für städtischen Grundbesitz

zu 2. Im Jahr 2023 bestanden keine wesentlichen Ertrags- und /oder Aufwandsbeziehungen zur Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz mbH.

zu 3. Ertrag:
102 TEUR Erstattungsleistungen für städtische Ingenieurtätigkeiten von der GEE mbH & Co. KG
250 TEUR Gewinnanteile aus dem Jahr 2022; Ausschüttung an die Stadt im Jahr 2023
136 TEUR Grund- und Gewerbesteuer
667 TEUR Infrastrukturabgabe der GEE aus verschiedenen städtebaulichen Verträgen
191 TEUR Ablöse für Folgekosten für Ausgleichsmaßnahmen
21 TEUR Erstattungsleistungen für die städtebauliche Planung für die Bauleitplanung
158 TEUR Zinserträge

zu 4. Aufwand:
279 TEUR Städt. Zuschüsse für die Kulturarbeit und kulturelle Veranstaltungen
73 TEUR Auflösung Investitionszuschuss (Zuschuss im Jahr 2007 in Höhe von 2.401.339,70 €)
63 TEUR Nutzungsentgelte einschl. Technik für städtische Stadthallennutzung

zu 5. Aufwand:
197 TEUR Verbandsumlagebetrag im Jahr 2023

9. Es liegt ein gültiger Gleichstellungsplan gem. § 5 des Gesetzes zur Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen für den Zeitraum 2024 - 2028 vor.

Erläuterungen

zu den über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 83 Abs. 1 GO NRW, die dem Hauptausschuss und dem Rat zur Kenntnis gegeben wurden. Darüber hinaus gab es geringfügige über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen, die keine Kenntnisnahme durch den Rat erforderten.

- Haushaltsjahr 2023 -

Lfd. Nr.	Produktsachkonto	Bezeichnung	Ansatz Euro	Mehr Euro	Tag der Zustimmung
1	030101 549900 (749900)	Grundschulen - Übrige weitere Aufwendungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0,00	31.000,00	30.03.2023
	030102 549900 (749900)	Hauptschule - Übrige weitere Aufwendungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0,00	9.000,00	30.03.2023
	030103 549900 (749900)	Realschule - Übrige weitere Aufwendungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0,00	15.500,00	30.03.2023
	030104 549900 (749900)	Gymnasien - Übrige weitere Aufwendungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0,00	40.500,00	30.03.2023
			insgesamt:	96.000,00	

Rückzahlung von nicht verwendeten Mittel der fachbezogenen Pauschale 2021/2022 aus dem Aktionsprogramm „Ankommen und Aufholen nach Corona“.

Deckung:	Minderaufwendungen bei dem Produktsachkonto:		
	030101 525600 - Grundschulen - Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände -	50.500,00	EUR
	030104 525600 - Gymnasien - Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände –	45.500,00	EUR
	Insgesamt:	96.000,00	EUR

2	050301 531800	Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche	0,00	90.000,00	07.08.2023

Das Land NRW hat mit Datum vom 17.01.2023 Unterstützungsleistungen aufgrund krisenbedingt steigender Energiepreise und hoher Inflation an die Kommunen gewährt. Mittel, die bis zum 30.09.2023 für das lfd. Haushaltsjahr nicht verwendet oder zumindest verplant worden sind, sind an das Land NRW zurückzuzahlen. Für die Weiterleitung der Mittel an Berechtigte im lfd. Haushaltsjahr, ist die Bereitstellung von außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen erforderlich.

Deckung:	Außerplanmäßige Erträge beim Produktsachkonto:		
	050301 414100 - Zuweisungen vom Land -	90.000,00	EUR

Lfd. Nr.	Produktsachkonto	Bezeichnung	Ansatz Euro	Mehr Euro	Tag der Zustimmung
3	050301 531700	Aufwendungen für Zuschüsse an private Unternehmen	0,00	22.000,00	07.08.2023

Das Land NRW hat mit Datum vom 17.01.2023 Unterstützungsleistungen aufgrund krisenbedingt steigender Energiepreise und hoher Inflation an die Kommunen gewährt. Mittel, die bis zum 30.09.2023 für das lfd. Haushaltsjahr nicht verwendet oder zumindest verplant worden sind, sind an das Land NRW zurückzuzahlen. Für die Weiterleitung der Mittel an Berechtigte im lfd. Haushaltsjahr, ist die Bereitstellung von außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen erforderlich.

Deckung: Außerplanmäßige Erträge beim Produktsachkonto:
050301 414100 - Zuweisungen vom Land - 22.000,00 Euro

4	050301 531800 (731800)	Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII - Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche		51.926,03	13.09.2023

Das Land NRW hat mit Datum vom 17.01.2023 Unterstützungsleistungen aufgrund krisenbedingt steigender Energiepreise und hoher Inflation an die Kommunen gewährt. Mittel, die bis zum 30.09.2023 für das lfd. Haushaltsjahr nicht verwendet oder zumindest verplant worden sind, sind an das Land NRW zurückzuzahlen. Für die Weiterleitung der Mittel an Berechtigte im lfd. Haushaltsjahr, ist die Bereitstellung von außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen erforderlich.

Deckung: Außerplanmäßige Erträge beim Produktsachkonto 050301 414100 (614100) 51.926,03 Euro
- Zuweisungen vom Land –

5	100300 549900 (749900)	Denkmalschutz und Denkmalpflege - Übrige weitere sonstigen Aufwendungen (Auszahlungen) aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0,00	14.000,00	29.09.2023

Die Bezirksregierung Köln hat mit Bescheid vom 14.08.2023 eine für das Jahr 2022 bewilligte Denkmalförderung in Höhe von 13.528,00 Euro zurückgefordert. Für die im lfd. Haushaltsjahr fällige Rückzahlung ist die Bereitstellung von außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen erforderlich.

Deckung: Minderaufwendungen (Minderauszahlungen) bei dem Produktsachkonto 100300 531800 (731800) - Aufwendungen (Auszahlungen) für Zuschüsse an übrige Bereiche - 14.000,00 Euro

---

6	050301 531700 (731700)	Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII - Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche	0,00	10.500,00	15.11.2023

Das Land NRW hat mit Datum vom 7.11.2023 zusätzliche Unterstützungsleistungen aufgrund krisenbedingt steigender Energiepreise und hoher Inflation an die Kommunen gewährt. Für die Weiterleitung der Mittel an Berechtigte im lfd. Haushaltsjahr, ist die Bereitstellung von außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen erforderlich.

Deckung: Außerplanmäßige Erträge beim Produktsachkonto 050301 414100 (614100) - Zuweisungen vom Land - 10.500,00 EURO

Lfd. Nr.	Produktsachkonto	Bezeichnung	Ansatz Euro	Mehr Euro	Tag der Zustim-mung
7	050301 531800 (731800)	Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII - Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche	0,00	15.000,00	15.11.2023

Das Land NRW hat mit Datum vom 7.11.2023 zusätzliche Unterstützungsleistungen aufgrund krisenbedingt steigender Energiepreise und hoher Inflation an die Kommunen gewährt. Für die Weiterleitung der Mittel an Berechtigte im lfd. Haushaltsjahr, ist die Bereitstellung von außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen erforderlich.

Deckung: Außerplanmäßige Erträge beim Produktsachkonto 050301 414100 (614100) 15.000,00 EURO

- Zuweisungen vom Land -

Haushaltsjahr 2023 - Jahresabschlussbuchungen

1	Zuführung von Instandhaltungsrückstellungen		0,00	936.500,00	s.u.
	010600.521800	Zuführung Instandhaltungsrückstellungen – Zentrale Dienste		35.100,00	29.02.2024
	030101.521800	Zuführung Instandhaltungsrückstellungen – Grundschulen		40.100,00	29.02.2024
	030102.521800	Zuführung Instandhaltungsrückstellungen – Hauptschule		35.700,00	29.02.2024
	030103.521800	Zuführung Instandhaltungsrückstellungen – Europaschule		2.100,00	29.02.2024
	030104.521800	Zuführung Instandhaltungsrückstellungen – Gymnasien		178.900,00	29.02.2024
	040100.521800	Zuführung Instandhaltungsrückstellungen – Kulturförderung und kulturelle Veranstaltungen		94.600,00	29.02.2024
	040600.521800	Zuführung Instandhaltungsrückstellungen – Stadtbücherei		40.000,00	29.02.2024
	060208.521800	Zuführung Instandhaltungsrückstellungen – KG Buscherhof - Erkelenz		50.000,00	29.02.2024
	060209.521800	Zuführung Instandhaltungsrückstellungen – KG Lövenich		50.000,00	29.02.2024
	060215.521800	Zuführung Instandhaltungsrückstellungen – KG Südpromenade - Erkelenz		30.000,00	29.02.2024
	130500.521800	Zuführung Instandhaltungsrückstellungen – Friedhöfe		35.000,00	29.02.2024
	150202.521800	Zuführung Instandhaltungsrückstellungen – Mehrzweckge-bäude		95.000,00	29.02.2024
	130100.521800	Zuführung Instandhaltungsrückstellungen – öffentliches Grün		250.000,00	03.07.2024
			Gesamtbedarf:	936.500,00	EURO

Im Rahmen des Jahresabschlusses 2023 sind Instandhaltungsrückstellungen für bauliche Unterhaltungsmaßnahmen zu bilden.

Deckung: Minderaufwendungen beim Produktsachkonto:

010800.505100 – Zuführung zu Pensionsrückstellungen für Beschäftigte 935.500,00 EURO

Erläuterungen

zu den über- und außerplanmäßigen investiven Auszahlungen gemäß § 83 Abs. 1 GO NRW, die dem Hauptausschuss und dem Rat zur Kenntnis gegeben wurden. Darüber hinaus gab es geringfügige über- und außerplanmäßige investive Mehrauszahlungen, die keine Kenntnisnahme durch den Rat erforderten.

- Haushaltsjahr 2023 -

Lfd. Nr.	Investitionskonto	Bezeichnung	Ansatz Euro	Mehr Euro	Tag der Zustimmung
1	B06021404	Selbstversorgerküche KG Kamp-Lintforter-Str.	0,00	30.000,00	28.04.2023
	B06021405	Elektro-Combi-Dämpfer KG Kamp-Lintforter-Str.	0,00	14.000,00	28.04.2023
			insgesamt	44.000,00	

Die Mittel sind im 2023er Haushaltsplan bei der Maßnahme B06021402 - Ersteinrichtung >800€ - eingeplant. Da die Maßnahmen aber jeweils über 10.000,00 € kosten, sind sie als Einzelmaßnahme nachzuweisen.

Deckung: Minderauszahlungen bei der Maßnahme: 44.000,00 EURO

B06021402 - Ersteinrichtung > 800 € KG Kamp-Lintforter-Str. –

2	S03010019	Umgestaltung Außenbereich Peter-Härtling-Schule	0,00	42.500,00	07.08.2023

Die Herstellung einer Wiesenfläche und Niedrigseilanlage im Außenbereich der Peter-Härtling-Schule soll bis zum Ende der Herbstferien abgeschlossen werden, damit der Schulhof nach dem bereits erfolgten Abschluss der Außenarbeiten am Gebäude (energetische Sanierung) wieder genutzt werden kann. Bei einer späteren Beauftragung wäre mit erheblichen Preissteigerungen zu rechnen und die Nutzung eines Spielbereichs auf dem Schulhof weiterhin nicht möglich.

Deckung: Reduzierung beim Investitionskonto:

S03010007 - Neugestaltung Schulhof Nysterbach Schule Lövenich - 42.500,00 EURO

3	H12010201	Neubau eines Parkhauses „Ostpromenade“	4.580.000	420.000	175.000,00 (VE)	24.08.2023

Im Rahmen der Abbrucharbeiten des alten Parkhauses wurde unmittelbar angrenzende Reste der historischen Stadtmauer gefunden, die nach Feststellung des Landschaftsverbands Rheinland unter Denkmalschutz stehen und so weit wie möglich erhalten bleiben müssen. Um die sich daraus ergebenden erforderlichen Arbeiten für die Umplanung des neuen Parkhauses sowie archäologische Untersuchungen beauftragen zu können, ist die Bereitstellung einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung erforderlich. In Höhe der dafür zu erwartenden Auszahlungen wurden Mittel aus dem bestehenden Auftrag, für die Erstellung des Parkhauses, vom Haushaltsansatz auf Verpflichtungsermächtigungen umgebucht.

Deckung: Reduzierung der Verpflichtungsermächtigung:

T12010028 - Radwegebau Mennekrather Kirchweg zwischen Düsseldorfer Straße und Mennekrath 95.000,00 Euro

S12010111 - Kölner Tor: Neuordnung und Aufwertung (InHK) - 80.000,00 Euro

Erläuterungen

zur Genehmigung von erheblichen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und (investiven) Auszahlungen gemäß § 83 Abs. 2 GO NRW

- Haushaltsjahr 2023 -

Lfd. Nr.	Produktsach- zw. Investitionskonto	Bezeichnung	Ansatz Euro	Mehr Euro	Tag der Zustimmung
1	S13010022	Umgestaltung Grünring Westpromenade	2.250.000,00	232.000,00	27.09.2023

Die Baumaßnahme S13010022 – Umgestaltung Grünring Westpromenade wird zum Teil über Zuwendungen gefördert. Der Zuwendungsgeber fordert eine Zahlung und Abrechnung der zuwendungsfähigen Zahlungen bis spätestens zum 30. September 2023. Damit die aktuell vorliegenden Rechnungen fristgerecht gezahlt und abgerechnet werden können, müssen zum Teil auf Verpflichtungsermächtigungen gebuchte Aufträge beim laufenden Haushaltsansatz der Baumaßnahme zur Verfügung gestellt werden. Damit die Umbuchung dieser auf Verpflichtungsermächtigungen gebundenen Mittel auf den Haushaltsansatz vorgenommen werden kann, ist ein Betrag von 232.000,00 € überplanmäßig beim Haushaltsansatz zur Verfügung zu stellen. 2024 werden diese 232.000,00 € entsprechend weniger benötigt.

Dieser Genehmigung wurde im Rahmen einer Dringlichkeitsentscheidung nach § 60 Abs. 1, Satz 2 GO NRW zugestimmt.

Deckung:	Minderauszahlung bei der Maßnahme S11030001 – Ausbau Breitbandinfrastruktur Erkelenz	232.000,00	EUR

Erläuterungen

zur Genehmigung von außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen gem. § 85 (1) GO NRW

- Haushaltsjahr 2023 -

Lfd. Nr.	Investitionskonto	Bezeichnung	Ansatz Euro	Mehr Euro	Tag der Zustimmung

Im Berichtsjahr lagen keine Fälle zur Genehmigung gem. § 85 (1) vor.

Anlagenspiegel

Anlagevermögen	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen und Zuschreibungen					Buchwert	
	Stand am 01.01.2023	Zugänge in 2023	Abgänge in 2023	Um-buchungen in 2023	Stand am 31.12.2023	Kumulierte AfA zum 31.12.2022	Abschrei-bungen in 2023	Zuschrei-bungen in 2023	Änderungen durch Zu- und Abgänge sowie Umbuchungen in 2023	Kumulierte AfA zum 31.12.2023	am 31.12.2023	am 31.12.2022
	EUR	EUR +	EUR -	EUR +/-	EUR	EUR	EUR -	EUR +	EUR +/-	EUR -	EUR	EUR
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.311.307,47	57.764,68	0,00	0,00	1.369.072,15	-1.152.950,74	-65.495,00	0,00	0,00	-1.218.445,74	150.626,41	158.356,73
2. Sachanlagen												
2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte												
2.1.1 Grünflächen	68.807.597,04	26.347,95	-57.932,46	3.346.563,26	72.122.575,79	-3.029.035,15	-443.742,39	0,00	0,00	-3.472.777,54	68.649.798,25	65.778.561,89
2.1.2 Ackerland	1.568.673,17	0,00	0,00	0,00	1.568.673,17	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.568.673,17	1.568.673,17
2.1.3 Wald, Forsten	681.978,15	119,31	0,00	0,00	682.097,46	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	682.097,46	681.978,15
2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	3.167.346,28	77.019,47	0,00	5.160.660,19	8.405.025,94	-5.175,02	-1.514,64	0,00	0,00	-6.689,66	8.398.336,28	3.162.171,26
2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte												
2.2.1 Kindertageseinrichtungen	11.476.475,14	0,00	0,00	2.070.804,79	13.547.279,93	-2.601.079,05	-289.134,46	0,00	0,00	-2.890.213,51	10.657.066,42	8.875.396,09
2.2.2 Schulen	83.664.096,45	0,00	0,00	46.388,52	83.710.484,97	-22.740.208,35	-1.466.636,10	0,00	0,00	-24.206.844,45	59.503.640,52	60.923.888,10
2.2.3 Wohnbauten	4.757.034,58	0,00	0,00	0,00	4.757.034,58	-993.489,35	-130.213,18	0,00	0,00	-1.123.702,53	3.633.332,05	3.763.545,23
2.2.4 Sonstige Dienst- Geschäfts- und Betriebsgebäude	61.648.986,82	0,00	0,00	1.065.661,76	62.714.648,58	-15.201.029,72	-1.159.560,62	0,00	0,00	-16.360.590,34	46.354.058,24	46.447.957,10
2.3 Infrastrukturvermögen												
2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	29.003.749,75	94.131,13	-16.483,04	14.636,82	29.096.034,66	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	29.096.034,66	29.003.749,75
2.3.2 Brücken und Tunnel	1.684.956,30	0,00	0,00	35.312,29	1.720.268,59	-538.008,16	-27.102,13	0,00	0,00	-565.110,29	1.155.158,30	1.146.948,14
2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	2.243.385,28	0,00	0,00	0,00	2.243.385,28	-774.612,68	-47.872,27	0,00	0,00	-822.484,95	1.420.900,33	1.468.772,60
2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	130.445.407,98	0,00	0,00	1.641.587,51	132.086.995,49	-54.393.870,06	-3.527.335,52	0,00	0,00	-57.921.205,58	74.165.789,91	76.051.537,92
2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	4.042,89	0,00	0,00	0,00	4.042,89	-4.042,89	0,00	0,00	0,00	-4.042,89	0,00	0,00
2.4 Bauten auf fremden Grund und Boden	1.453.634,96	0,00	0,00	0,00	1.453.634,96	-916.942,61	-57.368,68	0,00	0,00	-974.311,29	479.323,67	536.692,35
2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	52.865,80	0,00	0,00	0,00	52.865,80	0,00		0,00	0,00	0,00	52.865,80	52.865,80
2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	11.060.151,00	1.137.870,53	0,00	42.758,02	12.240.779,55	-4.992.229,72	-553.547,98	0,00	0,00	-5.545.777,70	6.695.001,85	6.067.921,28
2.7 Betriebs- und Geschäftssaustattung	16.975.297,63	2.090.951,81	-1.290,00	-6.223,96	19.058.735,48	-11.410.921,03	-2.193.922,00	0,00	267,85	-13.604.575,18	5.454.160,30	5.564.376,60
2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	15.106.556,79	20.307.075,26	0,00	-13.418.149,20	21.995.482,85	-72.053,07	-9.024,44	0,00	0,00	-81.077,51	21.914.405,34	15.034.503,72
3. Finanzanlagen												
3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	3.048.284,00	0,00	0,00	0,00	3.048.284,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.048.284,00	3.048.284,00
3.2 Beteiligungen	996.294,31	0,00	0,00	0,00	996.294,31	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	996.294,31	996.294,31
3.3 Sondervermögen	37.421.530,74	0,00	0,00	0,00	37.421.530,74	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	37.421.530,74	37.421.530,74
3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens	605.056,67	401.622,23	0,00	0,00	1.006.678,90	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.006.678,90	605.056,67
3.5 Ausleihungen												0,00
3.5.1 an verbundene Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.5.2 an Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.5.3 an Sondervermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.5.4 Sonstige Ausleihungen	46.044.336,76	0,00	0,00	0,00	46.044.336,76	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	46.044.336,76	46.044.336,76
	533.229.045,96	**24.192.902,37**	**-75.705,50**	**0,00**	**557.346.242,83**	**-118.825.647,60**	**-9.972.469,41**	**0,00**	**267,85**	**-128.797.849,16**	**428.548.393,67**	**414.403.398,36**

Stadt Erkelenz

Anlage 2 zum Anhang

Forderungsspiegel

Art der Forderungen	Gesamtbetrag am 31.12.2023 EUR	mit einer Restlaufzeit von bis zu 1 Jahr EUR	1 bis 5 Jahren EUR	mehr als 5 Jahre EUR	Gesamtbetrag am 31.12.2022 EUR
1. Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen					
1.1 Gebühren	508.324,68	508.324,68	0,00	0,00	473.671,16
1.2 Beiträge	243.326,27	212.400,23	21.994,47	8.931,57	256.970,46
1.3 Steuern	0,00	0,00	0,00	0,00	4.996.804,89
1.4 Forderungen aus Transferleistungen	3.568.412,75	3.563.430,71	4.919,00	63,04	3.455.341,24
1.5 Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	2.169.175,75	2.169.034,75	0,00	141,00	2.250.549,31
2. Privatrechtliche Forderungen					
2.1 gegenüber dem privaten Bereich	478.920,52	478.920,52	0,00	0,00	580.516,40
2.2 gegenüber dem öffentlichen Bereich	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.3 gegen verbundene Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4 gegen Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.5 gegen Sondervermögen	6.190.858,89	6.190.858,89	0,00	0,00	5.179.468,70
3. Sonstige Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.1 Sonstige Vermögensgegenstände	3.096.244,56	3.096.244,56	0,00	0,00	3.065.119,25
4. Summe Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	**16.255.263,42**	**16.219.214,34**	**26.913,47**	**9.135,61**	**20.258.441,41**

Stadt Erkelenz

Anlage 3 zum Anhang

Eigenkapitalspiegel

Bezeichnung	Bestand zum 31.12.2022 EUR	Verrechung des Vorjahres-ergebnisses EUR	Verrechnung mit der allgemeinen Rücklage nach § 44 Abs. 3 KomHVO im Haushaltsjahr EUR	Veränderung der Sonderrücklage EUR	Jahresergebnis des Haushaltsjahres EUR	Bestand zum 31.12.2023 EUR
1.1 Allgemeine Rücklage	189.489.993,85	0,00	39.486,67			189.529.480,52
1.2 Sonderrücklagen	1.742.032,18	0,00		-4.279,88		1.737.752,30
1.3 Ausgleichsrücklage	37.943.043,53	0,00				37.943.043,53
1.5 Jahresüberschuss/-fehlbetrag	11.047.068,70	0,00			2.028.017,86	13.075.086,56
1.6 Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag (ggfls. Gegenposten zu Aktiva)	0,00	0,00				0,00
Summe Eigenkapital	**240.222.138,26**	**0,00**				**242.285.362,91**
4. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00	0,00				0,00

Stadt Erkelenz Anlage 4 zum Anhang

Verbindlichkeitenspiegel

Art der Verbindlichkeiten	Gesamtbetrag am 31.12.2023	mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag am 31.12.2022
		bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahren	mehr als 5 Jahre	
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Anleihen					
1.1 für Investitionen	-	-	-	-	-
1.2 zur Liquiditätssicherung	-	-	-	-	-
2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	-	-	-	-	-
2.1 von verbundenen Unternehmen	-	-	-	-	-
2.2 von Beteiligungen	-	-	-	-	-
2.3 von Sondervermögen	-	-	-	-	-
2.4 vom öffentlichen Bereich	2.959.394,00	333.220,00	845.380,00	1.780.794,00	3.292.614,00
2.5 von Kreditinstituten	2.177.192,44	429.860,68	828.221,19	919.110,57	2.838.025,37
2.6 von Sonstigen	-	-	-	-	-
3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	-	-	-	-	-
4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	-	-	-	-	-
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.816.526,24	2.816.526,24	-	-	1.206.623,54
6. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	654.618,93	654.618,93	-	-	342.173,69
7. Sonstige Verbindlichkeiten	1.918.685,27	1.918.685,27	-	-	996.785,23
8. Erhaltene Anzahlungen	15.794.072,03	15.794.072,03	-	-	10.137.578,76
9. Summe aller Verbindlichkeiten	**26.320.488,91**	**21.946.983,15**	**1.673.601,19**	**2.699.904,57**	**18.813.800,59**

Nachrichtlich:	
Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten:	
Bürgschaften für die Hermann-Josef-Stiftung Erkelenz	16.255.308,16
Bürgschaften für die Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz mbH & Co. KG (GEE)	3.650.000,00
insgesamt:	**19.905.308,16**

Übersicht über die in das Folgejahr übertragenen Haushaltsermächtigungen

Die Übersicht der in das nächste Haushaltsjahr übertragenen Haushaltsermächtigungen kann dem Anhang unter der Nr. IV "Erläuterungen zur Finanzrechnung" und dort unter den lfd. Nrn. 4.3 und 5 bzw. den Seiten 375 - 378 entnommen werden.

Rückstellungspiegel

Arten der Rückstellungen	Gesamtbetrag am 01.01.2023	Veränderungen im Haushaltsjahr			Gesamtbetrag am 31.12.2023
		Zuführungen	Auflösungen	Inanspruchnahme	
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Pensionsrückstellungen	**54.457.565,00**	**4.423.580,00**	**3.803.698,00**	**0,00**	**55.077.447,00**
Pensionsrückstellungen Beschäftigte	21.109.529,00		2.947.416,00		18.162.113,00
Beihilferückstellungen Beschäftigte	5.559.345,00		856.282,00		4.703.063,00
Pensionsrückstellungen Versorgungsempfänger	20.541.710,00	3.755.264,00			24.296.974,00
Beihilferückstellungen Versorgungsempfänger	7.246.981,00	668.316,00			7.915.297,00
Instandhaltungsrückstellungen	**4.369.524,93**	**943.094,52**	**235.279,69**	**539.183,78**	**4.538.155,98**
Instandhaltungsrückstellungen Zentrale Dienste	94.913,00	35.087,00			130.000,00
Instandhaltungsrückstellungen Grundstücks- und Gebäudeverwaltung	80.000,00				80.000,00
Instandhaltungsrückstellungen Baubetriebshof	128.900,00				128.900,00
Instandhaltungsrückstellungen Gefahrenabwehr	30.000,00				30.000,00
Instandhaltungsrückstellungen Grundschulen	979.268,00	40.000,24	102.000,00	1.709,24	915.559,00
Instandhaltungsrückstellungen Hauptschule	408.460,00	35.606,00			444.066,00
Instandhaltungsrückstellungen Europaschule	99.816,00	2.000,89		10.624,89	91.192,00
Instandhaltungsrückstellungen Gymnasien	1.171.680,00	178.812,98	54.584,77	350.616,21	945.292,00
Instandhaltungsrückstellungen Kulturförderung	370.190,00	94.555,36		81.555,36	383.190,00
Instandhaltungsrückstellungen Stadtbücherei	0,00	40.000,00			40.000,00
Instandhaltungsrückstellungen KG Adolf-Kolping-Hof	75.000,00			10.000,00	65.000,00
Instandhaltungsrückstellungen KG Am Hagelkreuz	20.000,00			20.000,00	0,00
Instandhaltungsrückstellungen KG Buscherhof	20.000,00	50.000,00			70.000,00
Instandhaltungsrückstellungen KG Lövenich	25.000,00	50.000,00			75.000,00
Instandhaltungsrückstellungen KG Bauxhof	0,00				0,00
Instandhaltungsrückstellungen KG Südpromenade	50.000,00	30.000,00			80.000,00
Instandhaltungsrückstellungen Komb. Tageseinrichtungen Westpromenade/ Zehnthofweg	87.349,00		7.349,00		80.000,00
Instandhaltungsrückstellungen KG Schulring	20.000,00		6.901,37	13.098,63	0,00
Instandhaltungsrückstellungen Unterkünfte Wohnungslose	55.700,00		9.444,55	6.255,45	40.000,00
Instandhaltungsrückstellungen Tiefgarage H.-J.-Gormanns-Str.	45.324,00			45.324,00	0,00
Instandhaltungsrückstellungen Öffentliches Grün	0,00	250.000,00			250.000,00
Instandhaltungsrückstellungen Friedhöfe	97.000,00	35.000,00			132.000,00
Instandhaltungsrückstellungen Mehrzweckgebäude, -hallen	494.200,00	95.000,00	55.000,00		534.200,00
Instandhaltungsrückstellungen Kriegsgräber	16.724,93	7.032,05			23.756,98
Sonstige Rückstellungen	**5.641.254,77**	**181.560,71**	**342.304,51**	**1.945.935,54**	**3.534.575,43**
Rückstellungen für Altersteilzeit	1.414.780,00	123.692,48			1.538.472,48
Urlaubsrückstellungen	866.399,10		21.190,51		845.208,59
Überstundenrückstellungen	324.801,10	16.740,99			341.542,09
Rückstellungen Prüfung GPA	74.600,00	18.400,00			93.000,00
Drohverlustrückstellungen	2.069.368,64			1.945.935,54	123.433,10
Rückstellungen Prozesskostenrisiko	79.000,00		36.000,00		43.000,00
Weitere sonstige Rückstellungen	812.305,93	22.727,24	285.114,00		549.919,17
Summe Rückstellungen	**64.468.344,70**	**5.548.235,23**	**4.381.282,20**	**2.485.119,32**	**63.150.178,41**

Aufstellung der Mitglieder des Verwaltungsvorstands und der Ratsmitglieder gem. § 95 Abs. 3 GO NRW

Lfd. Nummer	Familienname, Vornamen
Ratsmitglieder	
1	Altmann, Marwin
2	Bienefeld, Hermann-Josef
3	Borchers, Lukas
4	Conen, Markus
5	Czybik, Peter
6	Dahlke, Andreas
7	Dederichs, Hans Josef
8	Eickels, Thomas
9	Engels, Werner
10	Forg-Thelen, Markus
11	Frings, Karl-Heinz
12	Füßer, Klaus Christian
13	Grunert, Andreas
14	Honold-Ziegahn, Christel
15	Hübgens, Otto
16	Jopen, Liselotte
17	Kanters, Petra
18	Kaulhausen, Wilhelm
19	Kempe, Bernd
20	Klasen, Niklas
21	Kox, Britta
22	Krahe, Werner
23	Kus, Dr., Alexander
24	Kutz, Michael
25	Lenz, Lena (bis 31.01.2023)
26	London, Peter
27	Mainka, Karin
28	Menzel, Inga
29	Merkens, Rainer
30	Meurer, Dignanllely
31	Moll, Christopher
32	Odenthal, Thorsten
33	Rosen, Sabine
34	Schirrmeister-Heinen, Beate Ellen
35	Schlesiger, Patricia
36	Schroer, Johannes
37	Schuflitz, Andreas
38	Schwarz, Daniel
39	Simon, Jürgen
40	Spalink, Dieter
41	Steiner, René

Aufstellung der Mitglieder des Verwaltungsvorstands und der Ratsmitglieder gem. § 95 Abs. 3 GO NRW

Lfd. Nummer	Familienname, Vornamen
Ratsmitglieder	
42	Stolzenberger, Silvia
43	Tüffers, Michael
44	Vasters, Hans Dieter
45	Vieten, Jürgen
46	von der Forst, Walter
47	Vosen, Brigitte Margarete (ab 01.01.2023)
48	Weitz, Willi Andreas
49	Willms-Recker, Ramona (ab 01.02.2023)
50	Winters, Iris
51	Zwirner, Iris

Lfd. Nummer	Familienname, Vornamen
Mitglieder des Verwaltungsvortandes	
1	Muckel, Stephan
2	Dr. Gotzen, Hans-Heiner
3	Lurweg, Ansgar
4	Schmitz, Norbert

Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr:	A 14/156/2024
	Status:	nichtöffentlich/öffentlich
	AZ:	
Federführend:	Datum:	14.10.2024
Rechnungsprüfungsamt	Verfasser:	Amt 14 Martin Jansen

Entlastung des Bürgermeisters gemäß § 96 Absatz 1 Satz 4 GO NRW

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
30.10.2024	Rechnungsprüfungsausschuss
07.11.2024	Haupt- und Finanzausschuss
11.12.2024	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:
Nach § 96 Absatz 1 Satz 4 GO NRW entscheiden die Ratsmitglieder über die Entlastung des Bürgermeisters. Verweigern sie die Entlastung oder sprechen sie diese mit Einschränkungen aus, so haben sie dafür die Gründe anzugeben.
Die Prüfung des Jahresabschlusses 2023 und des Lageberichts durch den Rechnungsprüfungsausschuss hat zu keinen Einwendungen geführt, die einer Entlastung des Bürgermeisters entgegenstehen. Der Jahresabschluss 2023 wurde festgestellt.
Es wird daher vorgeschlagen, dem Bürgermeister die Entlastung hinsichtlich des Jahresabschlusses 2023 zu erteilen.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an Haupt- und Finanzausschuss und Rat):
„Dem Bürgermeister wird gemäß § 96 Absatz 1 Satz 4 GO NRW für den festgestellten Jahresabschluss 2023 die Entlastung erteilt."

Klima-Check:
Trägt der Beschlussentwurf zum Klimaschutz oder zur Klimafolgenanpassung bei?

Ja ☐ Nein ☒

Keine Relevanz.

Finanzielle Auswirkungen:
Keine.

ERKELENZ

Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 60/144/2024 Status: öffentlich AZ:
Federführend: Baubetriebs- und Grünflächenamt	Datum: 16.10.2024 Verfasser: Amt 60 Anja Minkenberg

Friedhöfe Keyenberg und Kuckum

hier: Aufhebung und Neufestsetzung der Schließung der Friedhöfe

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
06.11.2024	Ausschuss für Bauen, Betriebe, Klimaschutz und Umwelt
07.11.2024	Haupt- und Finanzausschuss
11.12.2024	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:

Im Zuge der Umsiedlung der Ortslagen Keyenberg, Kuckum, Oberwestrich, Unterwestrich und Berverath wurde am neuen Umsiedlungsstandort auf dem Grundstück Gemarkung Erkelenz Flur 9, Nr. 1371, gelegen an der Holzweilerstraße (neu) eine Fläche zur Anlage eines neuen Friedhofes ausgewiesen. Ende 2019 wurde der neue Friedhof gewidmet und in Betrieb genommen.

Die Friedhöfe in den Altstandorten wurden anschließend zum 01.01.2021 geschlossen, da nach den seinerzeitigen Planungen die bergbauliche Inanspruchnahme der Ortslage Keyenberg im Jahre 2023 beginnen sollte und aus seuchenhygienischer Sicht Umbettungen erst nach einer Liegezeit von einem Jahr vorgenommen werden dürfen.

Aufgrund der geänderten Rechtslage wird nunmehr die bergbauliche Inanspruchnahme der Ortslagen Keyenberg und Kuckum nicht mehr erfolgen. Mit Blick darauf ist die zum 01.01.2025 geplante Schließung der Friedhöfe in Keyenberg und Kuckum zu überdenken. Aus diesem Grund hat die Verwaltung ein Konzept zum zukünftigen Umgang mit den Friedhofsflächen erstellt.

Die Verwaltung schlägt vor, den alten Teil des Friedhofes in Keyenberg zukünftig weiter zu betreiben, den neuen Teil hingegen zu schließen und Bestattungen dort nicht mehr zuzulassen.



Vor dem Hintergrund der sich stetig wandelnden Bestattungskultur zeichnet sich seit vielen Jahren ab, dass Feuerbestattungen den Großteil der Bestattungen ausmachen und der Anteil der Urnenbestattungen inzwischen 71 % (Stand 2023) beträgt. Für die Bestattung von Urnen sind jedoch deutlich kleinere Flächen vorzuhalten als für klassische Erdbestattungen. Noch dazu zeigt sich seit dem Bau verschiedener Kolumbarien, dass auch die Pflege bei vielen Grabnutzungsberechtigten eine Rolle bei der Wahl der Bestattungsmöglichkeit spielt – die Angehörigen wollen und können größere Grabstätten oftmals nicht mehr pflegen. Viele Familien sind inzwischen weit verbreitet und wenige Angehörige verbleiben am Ort der Bestattung, sodass dies für viele die sinnvollste Bestattungsmöglichkeit darstellt, um den Verstorbenen trotzdem ein würdevolles Andenken zu schaffen. Dies führt allerdings auch dazu, dass sehr viele Flächen der Friedhöfe im Erkelenzer Stadtgebiet nicht mehr adäquat belegt werden können. Gleichzeitig ist die Stadt Erkelenz jedoch verpflichtet, Friedhofsgebühren zu erheben. Die Kosten für nicht (mehr) genutzte Flächen müssen dabei auf alle Grabnutzungsberechtigten umgelegt werden. Um daher zukünftig eine ausgewogene Gebührenstruktur beibehalten zu können, empfiehlt es sich, nicht mehr genutzte / benötigte Flächen der klassischen Friedhofsnutzung zu entziehen und pflegearm durch Raseneinsaat zu gestalten oder anderweitig zu nutzen.

Die letzte Bestattung auf dem neuen Teil des Friedhofes Keyenberg fand (Stand Oktober 2024) im Jahr 2020 statt, sodass der Friedhof wegen der geltenden Ruherechte (hier 30 Jahre) erst im Jahr 2050 formell entwidmet werden kann und bis dahin als solcher fortgeführt werden muss. Die Unterhaltung ist währenddessen durch die Stadt sicherzustellen. Durch die Schließung wird gem. § 4 Abs. 2 der Friedhofssatzung die Möglichkeit weiterer Bestattungen bzw. Beisetzungen ausgeschlossen. Soweit durch Schließung das Recht auf weitere Bestattungen in Wahlgrabstätten/Urnenwahlgrabstätten erlischt, wird dem Nutzungsberechtigten für die restliche Nutzungszeit bei Eintritt eines weiteren Bestattungs- bzw. Beisetzungsfalles auf Antrag eine andere Wahlgrabstätte/Urnenwahlgrabstätte zur Verfügung gestellt. Außerdem kann er die Umbettung bereits bestatteter Leichen und beigesetzter Urnen verlangen. Die Kosten für Umbettungen trägt in diesem Fall die Stadt Erkelenz.

Der Friedhof in Kuckum war seinerzeit im Eigentum der Kirche und wurde lediglich vor dem Hintergrund der geplanten Umsiedlung auf die Stadt Erkelenz übertragen. Die Verwaltung empfiehlt nun, auch diesen Friedhof zu schließen. Auch wenn die Bevölkerungsdichte der Ortschaften in den kommenden Jahren erwartbar deutlich ansteigen wird, so wird sich dadurch die Bestattungskultur voraussichtlich nicht mehr verändern. Vielmehr werden zukünftig immer mehr Menschen möglichst pflegefreie Bestattungsformen oder gar alternative Bestattungsformen (Seebestattung, Friedwald etc.) wählen. Des Weiteren kann auch eine Änderung des Bestattungsgesetzes dahinge-

hend, dass zukünftig Urnen nicht mehr zwingend auf einem Friedhof beizusetzen sind, sondern beispielsweise auch zu Hause aufbewahrt werden können, nicht mehr in Gänze ausgeschlossen werden. Dies würde den Bedarf an Friedhofsflächen nochmals drastisch reduzieren.

Die letzte Bestattung auf dem Friedhof Kuckum fand (Stand Oktober 2024) im Jahr 2023 statt, sodass der Friedhof wegen der geltenden Ruherechte (hier 30 Jahre) erst im Jahr 2053 formell entwidmet werden kann und bis dahin als solcher fortgeführt werden muss. Die Unterhaltung ist währenddessen durch die Stadt sicherzustellen.

Umbettungen wären auch bei diesem Friedhof möglich – entweder nach Keyenberg oder auf einen anderen, durch die Angehörigen zu bestimmenden Friedhof im Erkelenzer Stadtgebiet.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an den Haupt- und Finanzausschuss und den Rat):

„1) Der Ratsbeschluss vom 08.12.2021 zur Schließung beider Friedhöfe gem. § 3 Bestattungsgesetz NRW in Verbindung mit § 4 der Friedhofsatzung der Stadt Erkelenz vom 18.12.2003 in der derzeit gültigen Fassung wird aufgehoben.

2) Ab dem 01.01.2025 werden der Friedhof in Kuckum sowie der neue Teil des Friedhofes Keyenberg gem. § 3 Bestattungsgesetz NRW in Verbindung mit § 4 der Friedhofsatzung der Stadt Erkelenz vom 18.12.2003 in der derzeit gültigen Fassung geschlossen. Bestattungen sind damit ab dem 01.01.2025 nicht mehr zulässig."

Klima-Check:

Trägt der Beschlussentwurf zum Klimaschutz oder zur Klimafolgenanpassung bei?

Ja ☐ Nein ☒

Keine Relevanz

Finanzielle Auswirkungen:

Keine

ERKELENZ

Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 20/675/2024 Status: öffentlich AZ:
Federführend: Amt für Kommunalwirtschaft und Liegenschaften/Kämmerei	Datum: 17.10.2024 Verfasser: Amt 20 Gorgina Mertins

Abwassergebührenkalkulation 2025, einschließlich Änderung der Abwassergebührensatzung der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
06.11.2024	Ausschuss für Bauen, Betriebe, Klimaschutz und Umwelt
11.12.2024	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:

Die als Anlage beigefügte Abwassergebührenkalkulation für das Jahr 2025 schließt mit dem Ergebnis ab, die Niederschlagswassergebühr auf einem Satz von 0,90 €/m² befestigter Fläche zu belassen und die Schmutzwassergebühr von 1,60 €/m³ um 0,25 € auf 1,85 €/m³ bezogener Frischwassermenge zu erhöhen.

Insgesamt sinkt der auf die Gebühren umzulegende Finanz- und Betriebsaufwand in 2025 gegenüber 2024 um 307.996,00 € auf 9.877.368,00 €. Dabei verringert sich der Betriebsaufwand um 336.870,00 € auf 3.789.525,00 € und der Finanzaufwand erhöht sich um 28.874,00 € auf 6.087.843 €.

Nähere Details können der beigefügten Gebührenkalkulation entnommen worden.

Trotz dieses Rückgangs beim Betriebsaufwand ist eine Erhöhung bei den Schmutzwassergebühren unumgänglich. Ursächlich für die Erhöhung bei der Schmutzwassergebühr ist insbesondere, dass die im Vorjahr noch vorhandenen „Schmutzwasserrücklagenbestände“ in 2025 nicht mehr vorhanden sind. Daneben ist die als Divisor aufgeführte Schmutzwassermenge um ca. 4,20 % bzw. 100.000 m³ gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Dadurch ist eine Deckungsrücklage entstanden, die nunmehr durch die aufgeführte Gebührenerhöhung kompensiert werden muss. Damit muss erstmalig seit 2010, nach mehrmaligen zwischenzeitlichen Gebührensenkungen, die Schmutzwassergebühr erhöht werden.

Die Niederschlagswassergebühr kann aufgrund des Rückgangs im Betriebsaufwand als auch durch eine Entnahme aus der Gebührenausgleichsrücklage für Niederschlagswasser von 190.000,00 € dagegen auch in 2025 bei einem Satz von 0,90 €/m² befestigter Fläche belassen werden.

Für die Haushalte, bei denen die Reinigung des Abwassers von einem Dritten (z. B. dem Niersverband) vorgenommen wird, erhöhen sich die zu veranlagenden Gebührenanteile für die Sammlung und Transport des Schmutzwassers von bisher 0,40 €/m³ auf 0,46 €/m³ bezogener Frischwassermenge.

Selbst nach dieser Erhöhung im Bereich der Schmutzwassergebühren können die Abwassergebühren auch in 2025 weiterhin auf einem landesweit äußerst günstigen Niveau gehalten werden.

Die Betriebsleitung des Städtischen Abwasserbetriebes schlägt vor, der vorgelegten Abwassergebührenkalkulation für 2025 und den daraus resultierenden Gebührensätzen zuzustimmen.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an den Rat):

„1. Der dem Original dieser Niederschrift als Anlage beigefügte Abwassergebührenkalkulation für 2025 wird zugestimmt.

2. Der aus Punkt 1 resultierenden 1. Änderung der Abwassergebührensatzung der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 wird ebenfalls zugestimmt."

Klima-Check:

Trägt der Beschlussentwurf zum Klimaschutz oder zur Klimafolgenanpassung bei?

Ja ☐ Nein ☒

Eine unmittelbare Auswirkung auf dem Klimaschutz oder der Klimafolgenanpassung ergibt sich durch den vorliegenden Beschluss nicht.

Finanzielle Auswirkungen:

Anlagen:

Abwassergebührenkalkulation für 2025
1. Änderung vom 11.12.2024 zur Abwassergebührensatzung der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024

Abwassergebührenkalkulation für 2025

		Abschluss 2023 €	Ansatz 2024 €	**Ansatz 2025 €**	Kostenstellen RW €	SW €	Anteil des SW für Transport €	Anteil des SW für Reinigung €
I. Aufwand								
1.	**Betriebsaufwand**							
1.01	Personalaufwand	882.226,77	962.132,00	**999.668,00**	534.423,00	465.245,00	115.007,18	350.237,82
1.02	Flockungsmittel, Betriebsstoffe u.a.	111.115,44	135.000,00	**135.000,00**	72.171,00	62.829,00		62.829,00
1.03	Abwasser- und Bodenuntersuchungen	108,67	2.500,00	**1.000,00**	535,00	465,00		465,00
1.04	Klärschlammbeseitigungen	481.478,39	525.000,00	**410.000,00**	145.755,00	264.245,00		264.245,00
1.05	Kanalreinigung	166.698,27	100.000,00	**100.000,00**	53.460,00	46.540,00	46.540,00	
1.06	Besondere Aufwendungen f. Bedienstete	11.870,44	15.000,00	**18.000,00**	9.623,00	8.377,00	2.070,77	6.306,23
1.07	Dienstreisen	1.272,10	5.000,00	**5.000,00**	2.673,00	2.327,00	575,23	1.751,77
1.08	Abwasserabgabe	126.622,90	150.000,00	**150.000,00**	80.190,00	69.810,00		69.810,00
1.09	Haltung von Fahrzeugen	7.294,66	15.000,00	**10.000,00**	5.346,00	4.654,00	4.654,00	
1.10	Geräte, Ausstattungen und Ausrüstungsgegenstände	15.109,51	20.000,00	**30.000,00**	16.038,00	13.962,00	3.451,36	10.510,64
1.11	Sonstige Verwaltungs- und Betriebsausgaben	27.797,37	30.000,00	**30.000,00**	16.038,00	13.962,00	3.451,36	10.510,64
1.12	Versicherungen, Schadensleistungen	2.735,45	3.000,00	**4.000,00**	2.138,00	1.862,00	460,28	1.401,72
1.13	Lfd.Unterhaltung der Abwasserkanäle	205.858,66	200.000,00	**200.000,00**	106.920,00	93.080,00	93.080,00	
1.14	Lfd.Unterhaltung der Kläranlagen	294.075,75	150.000,00	**180.000,00**	96.228,00	83.772,00		83.772,00
1.15	Lfd. Unterhaltung sonst. Abwasserbetriebsstellen	174.596,59	200.000,00	**170.000,00**	90.882,00	79.118,00	79.118,00	
1.16	Bewirtschaftungskosten Grundstücksentwässerungsanlagen	13.856,56	12.000,00	**12.000,00**	6.415,00	5.585,00	1.380,60	4.204,40
1.17	Bewirtschaftungskosten Kläranlagen	63.655,01	65.000,00	**70.000,00**	37.422,00	32.578,00		32.578,00
1.18	Energiekosten - Kläranlagen	444.444,39	700.000,00	**400.000,00**	213.840,00	186.160,00		186.160,00
1.19	Energiekosten - Pumpwerke etc.	330.399,17	298.000,00	**275.000,00**	147.015,00	127.985,00	127.985,00	
1.20	Kanalkataster, Gutachten	66.528,04	100.000,00	**100.000,00**	53.460,00	46.540,00	46.540,00	
1.21	Innere Verrechnungen	374.249,30	425.263,00	**470.857,00**	251.720,00	219.137,00	54.170,01	164.966,99
1.22	Mieten	2.143,24	5.000,00	**2.000,00**	1.069,00	931,00	230,14	700,86
1.23	Mitgliedsbeiträge	5.238,69	8.500,00	**17.000,00**	9.088,00	7.912,00	1.955,82	5.956,18
	Zwischenergebnis - 1 - :	3.809.375,37	4.126.395,00	**3.789.525,00**	1.952.449,00	1.837.076,00	580.669,75	1.256.406,25

Abwassergebührenkalkulation für 2025

		Abschluss 2023 €	Ansatz 2024 €	**Ansatz 2025 €**	Kostenstellen RW €	SW €	Anteil des SW für Transport €	Anteil des SW für Reinigung €
2.	**Finanzaufwand**							
2.01	Kalk. Abschreibung des Anlagekapitals	3.420.943,00	3.517.997,00	3.534.132,00	2.144.976,00	1.389.156,00	343.395,23	1.045.760,77
2.02	Kalk. Verzinsung des Anlagekapitals	1.425.865,64	1.501.972,00	1.453.711,00	906.223,00	547.488,00	135.337,40	412.150,60
2.03	Zuweisungen an Abwasserverbände	966.254,56	1.039.000,00	1.100.000,00	588.060,00	511.940,00		511.940,00
2.04	Zuweisungen "Klärschlamm-Entschädigungsfonds"	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		0,00
	Rückstellungen	121.151,39	124.801,98	121.151,39	40.028,59	81.122,80	20.053,00	61.069,00
	Auflösung von Rückstellungen	-88.700,97	-124.801,98	-121.151,39	-40.028,59	-81.122,80	-20.053,00	-61.069,00
	Zwischenergebnis - 2 - :	5.845.513,62	6.058.969,00	**6.087.843,00**	3.639.259,00	2.448.584,00	478.732,63	1.969.851,37
3.	**Gesamtaufwand**	9.654.888,99	10.185.364,00	**9.877.368,00**	**5.591.708,00**	**4.285.660,00**	1.059.402,38	3.226.257,62

II. Erträge (ohne Gebühren)

Gesamtaufwand (vgl. I.3)	9.877.368,00	5.591.708,00	4.285.660,00	1.059.402,38	3.226.257,62
abzgl. sonstige Erträge	-96.000,00	-53.969,00	-42.031,00	-10.389,94	-31.641,06
Überschuss(-)/Zuschussbedarf(+) aus Vorjahren		-190.000,00	0,00	0,00	0,00
Gebührenfähiger Aufwand:		**5.347.739,00**	**4.243.629,00**	**1.049.012,44**	**3.194.616,56**

III. Gebührensätze für 2025

a) Niederschlagswasser :	**5.347.739 € :**	**5.940.000,00 m²**	**= 0,90 €/m²**	**befestigter Fläche**		
b) Schmutzwasser :	**4.243.629 € :**	**2.300.000,00 m³**	**= 1,85 €/m³**	**bezogener Frischwassermenge**	**= 0,46 €/m³**	**= 1,39 €/m³**

Die Niederschlagswassergebühr verbleibt auch im Jahre 2025 auf 0,90 €/m² befestigter Fläche.
Die Schmutzwassergebühr erhöht sich in 2025 auf 1,85 €/m³ bezogener Frischwassermenge.

Aufgestellt

Erkelenz, den 17.10.2024

Schmitz
Kfm. Betriebsleiter

Entwurf

1. Änderungssatzung

vom 11.12.2024 zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren und Kostenersätzen für Grundstücksanschlüsse – Abwassergebührensatzung- der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024.

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung in Verbindung mit der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung hat der Rat der Stadt Erkelenz in seiner Sitzung am 11. Dezember 2024 folgende Änderung der Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren und Kostenersätzen für Grundstücksanschlüsse – Abwassergebührensatzung- der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 beschlossen:

Artikel 1

1. § 4 Absatz 9 der Abwassergebührensatzung der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024, in der Fassung vom 25.09.2024, wird aufgehoben.

2. § 4 Absatz 9 der Abwassergebührensatzung der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 erhält folgende Neufassung:

§ 4 Schmutzwassergebühr

(9) Die Schmutzwassergebühr beträgt je Kubikmeter (m^3) Schmutzwasser jährlich 1,85 €.

Artikel 2

1. § 4 Absatz 12 der Abwassergebührensatzung der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024, in der Fassung vom 25.09.2024, wird aufgehoben.

2. § 4 Absatz 12 der Abwassergebührensatzung der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 erhält folgende Neufassung:

(12) Bei gebührenpflichtigen Personen, die in den Fällen des § 7 Absatz 2 KAG NRW von einem Entwässerungsverband zu Verbandslasten oder Abgaben herangezogen werden, ermäßigt sich gemäß § 7 Absatz 1 Satz 4 KAG NRW die an dem Städtischen Abwasserbetrieb zu zahlende Gebühr, soweit nach Art und Umfang die gebührenpflichtige Person selbst von dem Verband für die Inanspruchnahme seiner Einrichtungen und Anlagen oder für die von ihm gewährten Vorteile zu Verbandslasten oder Abgaben herangezogen wird. Sofern der Verband lediglich die Abwasserreinigung übernimmt, beträgt die Gebühr für die Schmutzwassersammlung und den Schmutzwassertransport 0,46 € je Kubikmeter (m^3) Schmutzwasser.

Artikel 3

Inkrafttreten:

Die vorgenannte Regelung tritt zum 01.01.2025 in Kraft.

Stephan Muckel
Bürgermeister

Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 20/674/2024 Status: öffentlich AZ:
Federführend: Amt für Kommunalwirtschaft und Liegenschaften/Kämmerei	Datum: 17.10.2024 Verfasser: Amt 20 Gorgina Mertins

Feststellung des Wirtschaftsplanes für das Wirtschaftsjahr 2025 mit Erfolgsplan, Vermögensplan, Stellenübersicht und der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung, einschließlich eines Investitionsprogramms für die Jahre 2024 bis 2028

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
06.11.2024	Ausschuss für Bauen, Betriebe, Klimaschutz und Umwelt
11.12.2024	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:
Gemäß § 14 der Eigenbetriebsverordnung für das Land NRW (EigVO NRW) hat der städtische Abwasserbetrieb vor Beginn eines jeden Wirtschaftsjahres einen Wirtschaftsplan aufzustellen. Dieser besteht insbesondere aus dem Erfolgsplan, dem Vermögensplan und der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung. Nach § 4 der EigVO NRW ist der Wirtschaftsplan vom Rat festzustellen.

Der Erfolgsplan als Teil des Wirtschaftsplanes setzt die Erträge in Höhe von 11.441.062 Euro und die Aufwendungen in Höhe von 10.027.000 Euro fest. Daraus ergibt sich ein Gewinn in Höhe von 1.414.062 Euro.

Der Vermögensplan, ebenfalls Teil des Wirtschaftsplanes, sieht Einzahlungen in Höhe von 10.976.203 Euro und Auszahlungen in Höhe von 14.785.000 Euro vor. Unter Berücksichtigung der zu erwartenden Einzahlungen und insbesondere unter dem Einsatz der aus Abschreibungen erwirtschafteten Eigenmittel, ergibt sich ein Kreditbedarf in Höhe von 9.776.203 Euro. Verpflichtungsermächtigungen werden in 2025 in Höhe von 2.168.000 Euro veranschlagt.

Der Höchstbetrag der Liquiditätsdarlehen, die im laufenden Wirtschaftsjahr zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 10.000.000 Euro festgesetzt.
Die Stellenübersicht als Teil des Wirtschaftsplanes enthält keine Stellen, da diese im Stellenplan der Stadt enthalten sind. Zur Erfüllung der Aufgaben des Eigenbetriebes bedient er sich des Personals der Stadt. Die hierfür anfallenden Personalkosten werden vom Eigenbetrieb erstattet.

Nach § 18 der EigVO NRW ist eine fünfjährige Ergebnis- und Finanzplanung zusammen mit dem Wirtschaftsplan aufzustellen. Der Entwurf dieser fünfjährigen Planung liegt als Anlage vor und kann ggfls. im Einzelnen erläutert werden.

Die Betriebsleitung des Städtischen Abwasserbetriebes schlägt vor, dem vorgelegten Wirtschafts-

plan 2025 einschließlich der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung für 2024 bis 2028 zuzustimmen.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an den Rat):
„Aufgrund der §§ 1, 4 und 18 der Eigenbetriebsverordnung für das Land NRW (EigVO NRW) vom 16.11.2004 (GV. NRW. S. 644), in der derzeit aktuellen Fassung, wird:

I. der Wirtschaftsplan (Erfolgsplan, Vermögensplan, Stellenübersicht) des Städtischen Abwasserbetriebes Erkelenz für das Wirtschaftsjahr 2025 wie folgt festgestellt:

1. Erfolgsplan

a) die Erträge auf	11.441.062 EUR
b) die Aufwendungen auf	10.027.000 EUR

2. Vermögensplan

a) die Einzahlungen auf	10.976.203 EUR
b) die Auszahlungen auf	14.785.000 EUR

3. Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Wirtschaftsjahr 2025 zur Finanzierung von Investitionen erforderlich ist, wird auf 9.776.203 Euro festgesetzt.

4. Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 2.168.000 Euro festgesetzt.

5. Der Höchstbetrag der Liquiditätsdarlehen, die im laufenden Wirtschaftsjahr zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 10.000.000 Euro festgesetzt.

6. Zur flexiblen Bewirtschaftung werden folgende Budgets gebildet:

6.1 Alle zahlungswirksamen Erträge/Aufwendungen des Erfolgsplans.
Dabei ermächtigen Minderaufwendungen zu Mehraufwendungen und Mehrerträge zu Mehraufwendungen, soweit die Mehrerträge nicht zweckgebunden sind. Soweit Mehrerträge zweckgebunden sind, dürfen sie nur für Mehraufwendungen entsprechend ihres Zwecks verwendet werden.

6.2 Alle investiven Einzahlungen/Auszahlungen des Vermögensplans.
Dabei ermächtigen Minderauszahlungen zu Mehrauszahlungen und Mehreinzahlungen zu Mehrauszahlungen, soweit die Mehreinzahlungen nicht zweckgebunden sind. Soweit Mehreinzahlungen zweckgebunden sind, dürfen sie nur für Mehrauszahlungen entsprechend ihrer Zweckbestimmung verwendet werden;

II. die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung, einschließlich eines Investitionsprogramms für die Jahre 2024 – 2028, beschlossen.“

Klima-Check:
Trägt der Beschlussentwurf zum Klimaschutz oder zur Klimafolgenanpassung bei?

Ja ☐ Nein ☒

Eine unmittelbare Auswirkung auf dem Klimaschutz oder der Klimafolgenanpassung ergibt sich durch den vorliegenden Beschluss nicht.

Finanzielle Auswirkungen:

Anlage:
Wirtschaftsplan 2025 einschließlich der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung 2024 bis 2028

- Entwurf -

Wirtschaftsplan

des Städtischen Abwasserbetriebes Erkelenz
(Eigenbetriebsähnlicher Betrieb gemäß § 107 (2) GO NRW)

für das Wirtschaftsjahr 2025

Aufgrund des § 4 der Eigenbetriebsverordnung für das Land NRW vom 16.11.2004 (GV.NRW.S.644, ber. 2005 S. 15), in der derzeit aktuellen Fassung, wird der Wirtschaftsplan des Städtischen Abwasserbetriebes Erkelenz für das Geschäftsjahr 2025 wie folgt festgestellt:

1. Erfolgsplan

   a) die Erträge in Höhe von 11.441.062 €

   b) die Aufwendungen in Höhe von 10.027.000 €

2. Vermögensplan

   a) die Einzahlungen in Höhe von 10.976.203 €

   b) die Auszahlungen in Höhe von 14.785.000 €

3. Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Wirtschaftsjahr 2025 zur Finanzierung von Investitionen erforderlich ist, wird auf 9.776.203 € festgesetzt.

4. Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 2.168.000 € festgesetzt.

5. Der Höchstbetrag der Liquiditätsdarlehen, die im laufenden Wirtschaftsjahr zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 10.000.000 € festgesetzt.

6. Zur flexiblen Bewirtschaftung werden folgende Budgets gebildet:

   6.1 Alle zahlungswirksamen Erträge/Aufwendungen des Erfolgsplans.
   Dabei ermächtigen Minderaufwendungen zu Mehraufwendungen und Mehrerträge zu Mehraufwendungen, soweit die Mehrerträge nicht zweckgebunden sind. Soweit Mehrerträge zweckgebunden sind, dürfen sie nur für Mehraufwendungen entsprechend ihres Zwecks verwendet werden.

   6.2 Alle investiven Einzahlungen/Auszahlungen des Vermögensplans .
   Dabei ermächtigen Minderauszahlungen zu Mehrauszahlungen und Mehreinzahlungen zu Mehrauszahlungen, soweit die Mehreinzahlungen nicht zweckgebunden sind. Soweit Mehreinzahlungen zweckgebunden sind, dürfen sie nur für Mehrauszahlungen entsprechend ihrer Zweckbestimmung verwendet werden.

Erkelenz, den 11.12.2024

Bürgermeister

Entwurf

Erfolgsplan 2025

gemäß § 15 EigVO für den

Städtischen Abwasserbetrieb Erkelenz

		Erfolgsplan 2025			Erfolgsplan 2024			Jahresabschluss 2023		
		€	€	€	€	€	€	€	€	€
1.	Umsatzerlöse		10.460.383			10.020.097			9.897.028,33	
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		0			0			0,00	
3.	andere aktivierte Eigenleistungen		724.679			645.440			595.982,88	
4.	Sonstige betriebliche Erträge		191.000	11.376.062		961.000	11.626.537		505.688,66	10.998.699,87
5.	Materialaufwand									
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	810.000			1.133.000			905.881,12		
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.255.000	3.065.000		2.304.500	3.437.500		2.391.624,14	3.297.505,26	
6.	Personalaufwand									
	a) Löhne, Bezüge und Gehälter	1.314.975			1.218.524			1.141.570,09		
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	409.371			389.048			336.639,54		
	c) Personalverwaltungskostenpauschale	256.907	1.981.253		237.020	1.844.592		199.858,04	1.678.067,67	
7.	Abschreibungen									
	a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	3.808.797			3.746.500			3.853.035,78		
	b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten	0	3.808.797		0	3.746.500		0,00	3.853.035,78	
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen		579.950	9.435.000		539.743	9.568.335		478.201,43	9.306.810,14
9.	Erträge aus Beteiligungen		0			0			0,00	
10.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzvermögens		0			0			0,00	
11.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		65.000	65.000		60.000	60.000		107.275,09	107.275,09

		Erfolgsplan 2025		Erfolgsplan 2024		Jahresabschluss 2023	
		€	€	€	€	€	€
12.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	0		0		0,00	
13.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	591.000	591.000	582.100	582.100	534.086,59	534.086,59
14.	Ergebnisse der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		+ 1.415.062		+ 1.536.102		+ 1.265.078,23
15.	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	0		0		0,00	
16.	Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	0	0	0,00	0,00
17.	Außerordentliche Erträge	0		0		0,00	
18.	Außerordentliche Aufwendungen	0		0		0,00	
19.	Außerordentliches Ergebnis		0		0		0,00
20.	Steuern vom Einkommen und Ertrag	0		0		0,00	
21.	Sonstige Steuern	1.000	1.000	1.000	1.000	424,20	424,20
22.	Jahresgewinn/Jahresverlust		+ 1.414.062		+ 1.535.102		+ 1.264.654,03
	Ergebnis						
	Aufwendungen		10.027.000		10.151.435		9.841.320,93
	Erträge		11.441.062		11.686.537		11.105.974,96

Erläuterungen		Produktsachkonten	Erfolgsplan 2025 €	Vergleich Erfolgsplan 2024 €	Vergleich Jahresabschluss 2023 €
1.	Umsatzerlöse				
1.1	Niederschlagswassergebühren	110201 432107	5.346.000	5.308.254	5.264.100,86
1.2	Schmutzwassergebühren	110201 432207	4.255.000	3.840.000	3.763.244,66
1.3	Gebühren für die Entsorgung privater Grundstücke	110201 432307	10.000	10.000	7.171,95
1.4	Gebühren Überprüfung Außenzapfstellen	110201 432407	8.000	8.000	4.320,00
1.5	Auflösung empfangener Anschlußbeiträge	110201 446307	841.383	853.843	858.190,86
	Summe 1 :		10.460.383	10.020.097	9.897.028,33
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		0	0	0,00
3.	Aktivierte Eigenleistungen (Anteil des Personals für vermögenswirksame Maßnahmen)	110201 471107	724.679	645.440	595.982,88
4.	Sonstige betriebliche Erträge				
4.1	Verkaufserlöse	110201 442107	0	0	0,00
4.2	Sonstige Verwaltungs- und Betriebseinnahmen (Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen)	110201 448707	190.000	960.000	466.622,49
4.3	Kostenerstattungen, Schadenersätze u.ä.	110201 446207	1.000	1.000	23.460,71
4.4	Zuweisungen Land	110201 414107	0	0	0,00
4.5	Erträge aus der Auflösung von Einzelwertberichtigungen zu Forderungen	----------	0	0	15.605,46
4.6	Erstattung zuviel gezahlter Abwasserabgabe aus Vorjahren	110201 414307	0	0	0,00
	Summe 4 :		191.000	961.000	505.688,66

		Produktsachkonten	Erfolgsplan 2025 €	Vergleich Erfolgsplan 2024 €	Vergleich Jahresabschluss 2023 €
5.	Materialaufwand				
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe für bezogene Waren				
5.1	Flockungsmittel, Betriebsstoffe u.a.	110201 527907	135.000	135.000	121.878,83
5.2	Bewirtschaftung - Energiekosten - Kläranlagen	110201 524707	400.000	700.000	460.200,14
5.3	Bewirtschaftung - Energiekosten -Pumpwerke etc.	110201 524807	275.000	298.000	323.802,15
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen				
5.4	Lfd. Unterhaltung der Abwasserkanäle	110201 522207	200.000	200.000	205.858,66
5.5	Lfd. Unterhaltung der Kläranlagen	110201 522307	180.000	150.000	260.542,73
5.6	Lfd. Unterhaltung sonst. Abwasserbetriebsstellen	110201 522407	170.000	200.000	185.061,43
5.7	Kanalreinigung	110201 524507	100.000	100.000	180.107,47
5.8	Bewirtschaftungskosten Kläranlagen u.ä.	110201 524907	70.000	65.000	64.258,02
5.9	Schlammbeseitigung	110201 524407	410.000	525.000	508.758,65
5.10	Abwasser- und Bodenuntersuchungen	110201 524307	1.000	2.500	108,67
5.11	Bewirtschaftungskost.Grundstücksentwässerungsanlag.	110201 524607	12.000	12.000	13.856,56
5.12	Zuweisungen an Abwasserverbände und ähnliches	110201 531307	1.112.000	1.050.000	973.071,95
	Summe 5:		3.065.000	3.437.500	3.297.505,26

		Produktsachkonten	Erfolgsplan 2025 €	Vergleich Erfolgsplan 2024 €	Vergleich Jahresabschluss 2023 €
6.	Personalaufwand				
	a) Bezüge, Löhne und Gehälter				
	Erstattung an Stadt				
	- Beamte	110201 501107	71.764	83.252	73.995,64
	- tariflich Beschäftigte	110201 501207	1.243.211	1.135.272	1.067.574,45
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung				
	Erstattung an Stadt				
	- Beamte - Altersversorgung	110201 501107	43.103	47.291	41.340,21
	- tariflich Beschäftigte - Altersversorgung	110201 501207	99.568	86.214	73.337,06
	- tariflich Beschäftigte - Sozialversicherung	110201 501207	258.550	247.518	214.199,77
	- Beihilfen Beamte	110201 501107	1.275	1.650	1.650,00
	- Beihilfen tariflich Beschäftigte	110201 501207	6.875	6.375	6.112,50
	c) Personalverwaltungskostenpauschale	110201 501907	256.907	237.020	199.858,04
	Summe 6:		1.981.253	1.844.592	1.678.067,67

		Produktsachkonten	Erfolgsplan 2025 €	Vergleich Erfolgsplan 2024 €	Vergleich Jahresabschluss 2023 €
7.	Abschreibungen				
	a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	110201 571107			
	- auf Kläranlagen, Pumpwerke u.a.		826.995	845.833	863.665,99
	- auf Einrichtungen und Geräten (einschl. GWG)		15.009	15.951	21.796,83
	- auf Fahrzeuge		20.937	14.026	16.982,51
	- auf Hausanschlüsse		217.984	216.812	220.719,35
	- auf sonstige Kanalanlagen		2.719.272	2.651.815	2.723.432,11
	- EDV-Software		7.600	1.063	4.061,49
	- Konzessionen, Lizenzen		1.000	1.000	2.377,50
	b) auf Vermögensgegenstände des Umlauf-vermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten		0	0	0,00
	Summe 7:		3.808.797	3.746.500	3.853.035,78

		Produktsachkonten	Erfolgsplan 2025 €	Vergleich Erfolgsplan 2024 €	Vergleich Jahresabschluss 2023 €
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen				
8.1	Abwasserabgabe	110201 544507	150.000	150.000	154.337,27
8.2	Haltung von Fahrzeugen	110201 525107	10.000	15.000	20.057,15
8.3	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	110201 525607	30.000	20.000	4.998,99
8.4	Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen	110201 541107	18.000	15.000	11.215,86
8.5	Sachkostenumlage Stadt Erkelenz	110201 545207	213.950	188.243	174.391,26
8.6	Geschäftsaufwendungen	110201 543107	30.000	30.000	33.260,93
8.7	Versicherungen, Schadensleistungen	110201 544107	4.000	3.000	2.311,25
8.8	Kanalkataster, Gutachten	110201 543307	100.000	100.000	61.613,34
8.9	Dienstreisen	110201 526307	5.000	5.000	1.953,68
8.10	Mieten	110201 542207	2.000	5.000	2.143,24
8.11	Mitgliedsbeiträge	110201 543407	17.000	8.500	6.433,69
8.12	Aufwendungen aus Forderungsverlusten	----------	0	0	5.484,77
	Summe 8 :		579.950	539.743	478.201,43

		Produktsachkonten	Erfolgsplan 2025 €	Vergleich Erfolgsplan 2024 €	Vergleich Jahresabschluss 2023 €
9.	Erträge aus Beteiligungen		0	0	0,00
10.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		0	0	0,00
11.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge				
11.1	Zinserstattung vom Niersverband	110201 461307	0	0	0,00
11.2	Stundungszinsen	110201 461507	1.000	1.000	0,00
11.3	Säumniszuschläge u. ä.	110201 456207	15.000	15.000	9.728,60
11.4	Andere sonstige ordentliche Erträge	110201 459107	45.000	40.000	93.023,62
11.5	Sonstige Zinserträge	110201 461607	4.000	4.000	4.522,87
	Summe 11:		65.000	60.000	107.275,09
12.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens		0	0	0
13.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen				
13.1	Kreditzinsen (einschl. aufgelaufener Zinsen gem. § 255 Abs.3 HGB aus Finanzierungsveträgen)				
	Zinsaufwendungen an sonst.öffentl. Sonderrech.	110201 551607	350.000	240.000	258.959,68
	Zinsaufwendungen an Kreditinstitute	110201 551707	1.000	2.100	4.292,20
	Zinsaufwendungen für Liquiditätsdarlehen	110201 551717	100.000	80.000	99.820,91
	Zinsaufwendungen sonst. inländ. Bereich	110201 551807	140.000	260.000	171.013,80
13.2	Sonstige Zinsen	110201 551807	0	0	0,00
	Summe 13:		591.000	582.100	534.086,59

		Produktsachkonten	Erfolgsplan 2025 €	Vergleich Erfolgsplan 2024 €	Vergleich Jahresabschluss 2023 €
14.	Ergebnisse der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit errechnet sich aus der Aufrechnung der Ertragspositionen 1 bis 4 und 9 bis 11 und den Aufwandspositionen 5 bis 8 und 12 und 13: somit Erträge von: 11.441.062 € abzüglich Aufwendungen von: 10.026.000 € somit 1.415.062 €		+ 1.415.062	+ 1.536.102	+ 1.265.078,23
15.	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen		0	0	0,00
16.	Aufwendungen aus Verlustübernahme		0	0	0,00
17.	Außerordentliche Erträge	110201 491107	0	0	0,00
18.	Außerordentliche Aufwendungen		0	0	0,00
19.	Außerordentliches Ergebnis (Ermittelt durch Gegenüberstellung der Punkte 17 und 18)		0	0	0,00
20.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		0	0	0,00
21.	Sonstige Steuern	110201 544107	1.000	1.000	424,20

	Erfolgsplan 2025 €	Vergleich Erfolgsplan 2024 €	Vergleich Jahresabschluss 2023 €
Zusammenstellung			
Aufwendungen			
- Aufwendungen für bezogene Waren und für bezogene Leistungen	3.065.000	3.437.500	3.297.505,26
- Personalaufwand	1.981.253	1.844.592	1.678.067,67
- Abschreibungen	3.808.797	3.746.500	3.853.035,78
- Sonst. Betriebliche Aufwendungen	579.950	539.743	478.201,43
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	591.000	582.100	534.086,59
- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0,00
- Steuern	1.000	1.000	424,20
Summe Aufwendungen:	10.027.000	10.151.435	9.841.320,93
Erträge			
- Umsatzerlöse	10.460.383	10.020.097	9.897.028,33
- Andere aktivierte Eigenleistungen	724.679	645.440	595.982,88
- Sonst. betriebliche Erträge	191.000	961.000	505.688,66
- Sonst.Zinsen und ähnliche Erträge	65.000	60.000	107.275,09
- Außerordentliche Erträge	0	0	0,00
Summe Erträge	11.441.062	11.686.537	11.105.974,96
Nachrichtlich			
Jahresgewinn	1.414.062	1.535.102	1.264.654,03

Entwurf

Stellenübersicht

Nach § 15 (1) der Betriebssatzung des Städtischen Abwasserbetriebs Erkelenz beschäftigt der Abwasserbetrieb kein eigenes Personal.

Zur Erfüllung seiner Aufgaben bedient er sich des Personals der Stadt Erkelenz. Den hierfür anfallenden Personalaufwand erstattet der Städtische Abwasserbetrieb der Stadt Erkelenz.

Entwurf

Vermögensplan 2025

gemäß § 16 EigVO für den

Städtischen Abwasserbetrieb Erkelenz

Pos.	Bezeichnung	Maßnahmenkonten	Ansatz 2025	Ansatz Vorjahr	Gesamtaus-gabebedarf	Verpflichtungs-ermächtigung	Finanzierungsmittel 2025			
							Zuweisungen	Beiträge/ Erstattungen	Tilgungs-erstattungen	Darlehen
			€	€	€	€	€	€	€	€
	a) Grundstücke ohne Bauten									
1	Sonstiger Grunderwerb	A11020900	**15.000**	15.000	15.000	-	-	-	-	15.000
	b) Bewegl.Sachen des Anlagevermögens u. ä.									
1	Erwerb von Vermögensgegenständen	A11020901	**35.000**	26.000	35.000	-	-	-	-	35.000
2	Kooperation Klärschlamm Poolgesellschaft (KKP)	A11020909	**197.000**	77.000	2.009.000	-	-	-	-	197.000
3	Erwerb 3D-Kanalbefahrungssoftware	A11020913	**0**	15.000	15.000	-	-	-	-	0
4	Netzersatzaggregat ABS Lövenich	A11020914	**5.000**	20.000	25.000	-	-	-	-	5.000
5	Netzersatzaggregat ABS Gerderath	A11020915	**5.000**	22.000	27.000	-	-	-	-	5.000
6	Netzersatzaggregat ABS Granterath	A11020916	**5.000**	20.000	25.000	-	-	-	-	5.000
7	Netzersatzaggregat PW Oerath II und OEM	A11020917	**5.000**	22.000	27.000	-	-	-	-	5.000
8	Netzersatzaggregat PW Wockerather Weg	A11020918	**5.000**	20.000	25.000	-	-	-	-	5.000
9	Netzersatzaggregat ARA Erkelenz Mitte	A11020919	**3.000**	10.000	13.000	-	-	-	-	3.000
10	Planungssoftware Hystem/Extran	A11020920	**0**	12.000	12.000	-	-	-	-	0
	c) Abwasseranlagen - Kläranlagen									
1	Anpassungsmaßnahmen ARA Erkelenz-Mitte	A11020902	**1.260.000**	1.880.000	4.955.000	-	200.000	-	-	1.060.000
2	Anpassungsmaßnahmen Abwasserbetriebsstellen	A11020903	**200.000**	200.000	1.000.000	-	-	-	-	200.000

Pos.	Bezeichnung	Maßnahmenkonten	Ansatz 2025	Ansatz Vorjahr	Gesamtaus-gabebedarf	Verpflichtungs-ermächtigung	Finanzierungsmittel 2025			
							Zuweisungen	Beiträge/ Erstattungen	Tilgungs-erstattungen	Darlehen
			€	€	€	€	€	€	€	€
	d) Kanalisationsanlagen									
01	**Stadtbezirk Erkelenz mit Bellinghoven, Oerath**									
1	Kanalverlängerung Paul-Rüttchen-Straße	A11020025	**5.000**	5.000	90.000	-	-	-	-	5.000
2	Kanalsanierung Kölner Straße/Markt (Kölner Tor bis Altes Rathaus)	A11020029	**1.540.000**	2.900.000	4.015.000	-	-	-	-	1.540.000
3	Kanalsanierung Ostpromenade	A11020030	**130.000**	510.000	529.000	-	-	-	-	130.000
4	Kanalisation Entflechtung Peter-Eggerath-Straße	A11020031	**0**	10.000	20.000	-	-	-	-	0
5	Kanalbau Anton-Raky-Allee- Planung- (Theodor-Körner-Str. bis Mühlenstr.)	A11020033	**5.000**	10.000	14.000	-	-	-	-	5.000
6	Kanalbau Mühlenstraße - Planung -(Anton-Raky-Allee bis Bahnunterführung)	A11020037	**10.000**	10.000	10.000	-	-	-	-	10.000
7	Kanalsanierung Erkelenz, Franziskanerplatz	A11020055	**5.000**	5.000	668.000	-	-	-	-	5.000
8	Anpassungsmaßnahmen Erkelenz, Ziegelweiher	A11020056	**50.000**	50.000	337.000	226.000	-	-	-	50.000
9	Kanalisation Entflechtung Franziskanerplatz	A11020057	**5.000**	5.000	742.000	-	-	-	-	5.000
10	Erschließung Am Stadtpark	A11020058	**0**	121.000	121.000	-	-		- -	0
11	Kanalbau Am Hagelkreuz, nordwestlicher Teil	A11020068	**5.000**	20.000	20.000	-	-	-	-	5.000
12	Kanalsanierung Erkelenz, Flandernstraße - Nord -	A11020069	**0**	65.000	177.000	-	-	-	-	0
13	Kanalbau Erkelenz, Schulring	A11020071	**1.200.000**	250.000	1.290.000	-	-	-	-	1.200.000
14	Hochwasserrückhaltebecken Beeckbach	A11020076	**0**	435.000	4.330.000	-	-	-	-	0
15	Kanalbau Erkelenz, Anton-Raky-Allee (Unterführung)	A11020089	**5.000**	150.000	150.000	-	-	-	-	5.000
16	Tenholter Straße, Kanalbau zw. Wirtschaftsweg Bellinghoven u. Kreisverkehr	A11020099	**0**	50.000	50.000	-	-	-	-	0
17	Kanalbau Franz-Halcour-Straße	A11020111	**150.000**	260.000	412.000	-	-	-	-	150.000
18	Erkelenz, Westpromenade/Grünring	A11020113	**0**	50.000	255.000	-	-	-	-	0
19	Kanalsanierung Am Stadtpark (Stich bis Anton-Raky-Allee)	A11020114	**250.000**	20.000	270.000		-	-	-	250.000
20	Kanalsanierung Roermonderstraße (von Hausnr. 10 bis Hausnr. 1)	A11020115	**200.000**	150.000	350.000	-	-	-	-	200.000

Pos.	Bezeichnung	Maßnahmenkonten	Ansatz 2025	Ansatz Vorjahr	Gesamtaus-gabebedarf	Verpflichtungs-ermächtigung	Finanzierungsmittel 2025			
							Zuweisungen	Beiträge/ Erstattungen	Tilgungs-erstattungen	Darlehen
			€	€	€	€	€	€	€	€
21	Kanalsanierung Meerstraße	A11020116	**30.000**	200.000	440.000	210.000	-	-	-	30.000
22	Kanalsanierung Atelierstr.	A11020117	**0**	5.000	5.000	-	-	-	-	0
23	Kanalsanierung Umgestaltung Nordpromenade	A11020118	**5.000**	0	5.000	-	-	-	-	5.000
24	Kanalisierung Mennekrather Kirchweg	A11020119	**2.700.000**	700.000	2.855.000	-	-	-	-	2.700.000
25	Anpassung Entwässerung Nordtangente	A11020120	**240.000**	0	240.000	-	-	-	-	240.000
02	**Stadtbezirk Gerderath mit Fronderath, Gerderhahn, Moorheide, Vossem**									
1	Entwässerung Gerderath, Am Floßbach	A11020107	**0**	0	40.000	-	-	-	-	0
2	Kanalbau Baugebiet Gerderath, Weidbruchsweg	A11020204	**170.000**	0	170.000	-	-	-	-	170.000
03	**Stadtbezirk Schwanenberg mit Geneiken, Genfeld, Genhof, Grambusch, Lentholt**									
1	Regenklärbecken Schwanenberg (Bodenfilter)	A11020201	**0**	75.000	1.710.000	-	-	-	-	0
2	Anpassung Druckwasserschiene Schwanenberg	A11020203	**20.000**	45.000	45.000	-	-	-	-	20.000
04	**Stadtbezirk Golkrath mit Houverath, Houverather Heide, Hoven, Matzerath**									
1	Hydraulische Kanalsanierung Houverath, In Houverath 1 bis 1e	A11020305	**5.000**	100.000	200.000	100.000	-	-	-	5.000
05	**Stadtbezirk Granterath und Hetzerath mit Commerden, Genehen, Scheidt, Tenholt**									
1	Kanalbau Granterath, Brunnenstr. -südlicher Teil (zw. Brunnenstr. 10 u. Oststr.)	A11020408	**0**	5.000	99.000	-	-	-	-	0

Pos.	Bezeichnung	Maßnahmenkonten	Ansatz 2025	Ansatz Vorjahr	Gesamtaus-gabebedarf	Verpflichtungs-ermächtigung	Finanzierungsmittel 2025			
							Zuweisungen	Beiträge/ Erstattungen	Tilgungs-erstattungen	Darlehen
			€	€	€	€	€	€	€	€
06	**Stadtbezirk Lövenich mit Katzem, Kleinbouslar**									
1	Kanalbau Lövenich, Dingbuchenweg	A11020501	**5.000**	288.000	548.000	260.000	-	-	-	5.000
2	Kanalbau Lövenich, Bruchstraße	A11020506	**0**	315.000	1.201.000	-	-	-	-	0
3	Kanalbau Katzem, Drosselverrohrung Hochwasserrückhaltebecken	A11020511	**0**	28.000	28.000	-	-	-	-	0
4	Kanalsanierung Lövenich, Hasseler Straße	A11020519	**5.000**	25.000	25.000	-	-	-	-	5.000
5	Kanalbau Lövenich, Am Lerchenpfad (Baugebiet An der Hofkirche)	A11020527	**15.000**	27.000	70.000	42.000	-	-	-	15.000
6	Entwässerung Kleinbouslar	A11020529	**5.000**	344.000	718.000	350.000	-	-	-	5.000
7	Kanalsanierung Kirchplatz, Lövenich - zw. Gasberg und Pickartzend	A11020531	**20.000**	100.000	2.880.000	150.000	-	-	-	20.000
8	Kanalsanierung Lövenich, Klapperstraße	A11020532	**80.000**	0	80.000	-	-	-	-	80.000
07	**Stadtbezirk Kückhoven**									
1	Kanalsanierung Kückhoven, Thingstraße nördlicher Teil	A11020615	**0**	50.000	50.000	-	-	-	-	0
2	Kanalbau Kückhoven, Baugebiet Zur Malter	A11020620	**800.000**	780.000	840.000	-	-	-	-	800.000
3	Kanalsanierung Kückhoven, Katzemer Straße	A11020624	**30.000**	25.000	60.000	30.000	-	-	-	30.000
4	Entwässerung Kückhoven, Stich Katzemer Str. (Schule am Bellinghovener Weg 1)	A11020626	**40.000**	60.000	360.000		-	-	-	40.000

Pos.	Bezeichnung	Maßnahmenkonten	Ansatz 2025	Ansatz Vorjahr	Gesamtaus-gabebedarf	Verpflichtungs-ermächtigung	Finanzierungsmittel 2025			
							Zuweisungen	Beiträge/ Erstattungen	Tilgungs-erstattungen	Darlehen
			€	€	€	€	€	€	€	€
08	**Stadtbezirk Keyenberg, Keyenberg (neu), Venrath und Borschemich mit Berverath, Berverath (neu), Etgenbusch, Kaulhausen, Kuckum, Kuckum (neu), Mennekrath, Neuhaus, Oberwestrich, Oberwestrich (neu), Terheeg, Unterwestrich, Unterwestrich (neu), Wockerath**									
1	Sammler zum RÜB Kaulhausen	A11020705	**25.000**	25.000	25.000	-	-	-	-	25.000
2	Kanalsanierung Wockerath, Kölner Heerweg bis Annastraße	A11020709	**250.000**	33.000	283.000	-	-	-	-	250.000
3	Kanalbau Wockerath, In Wockerath (Jacobstraße bis Ortsausgang)	A11020711	**170.000**	33.000	203.000	-	-	-	-	170.000
4	Kanalbau Wockerath, Jacobstraße (Ortsanfang West bis Ende Ost)	A11020712	**190.000**	33.000	223.000	-	-	-	-	190.000
5	Hydraulische Kanalsanierung Kaulhausen	A11020714	**5.000**	5.000	107.000	-	-	-	-	5.000
09	**Stadtbezirk Holzweiler und Immerath**									
1	Hydraulische Kanalsanierung Holzweiler	A11020810	**0**	35.000	667.000	-	-	-	-	0
2	Kanalbau In der Weidwäsch, Holzweiler	A11020811	**25.000**	100.000	675.000	575.000	-	-	-	25.000
3	Kanalsanierung Holzweiler, Schützenweg	A11020813	**10.000**	10.000	235.000	225.000	-	-	-	10.000
4	Kanalbau Holzweiler, Friedrich-Gelsam-Straße	A11020814	**120.000**	120.000	151.000	-	-	-	-	120.000
5	Holzweiler, Alte Schule Vorplatz	A11020815	**90.000**	50.000	100.000	-	-	-	-	90.000
6	Holzweiler, Kanalsanierung Weyer Weg zw. Im Grünfeld u. Seilerweg	A11020818	**5.000**	0	124.000	-	-	-	-	5.000
7	Holzweiler, Kanalsanierung Seilerweg zw. Weyer Weg und KiTa	A11020819	**5.000**	0	15.000	-	-	-	-	5.000

Pos.	Bezeichnung	Maßnahmenkonten	Ansatz 2025	Ansatz Vorjahr	Gesamtausgabebedarf	Verpflichtungsermächtigung	Finanzierungsmittel 2025			
							Zuweisungen	Beiträge/ Erstattungen	Tilgungszuschüsse/ -erstattungen	Darlehen
			€	€	€	€	€	€	€	€
	Alle Stadtteile									
1	Sonstige Kanalvorhaben (kleinere Kanalverlängerungen)	A11020905	**30.000**	30.000	30.000	-	-	-	-	30.000
2	Sonstige Kanalvorhaben (kleinere Kanalsanierungen)	A11020906	**50.000**	50.000	50.000	-	-	-	-	50.000
3	Generalentwässerungsplan	A11020907	**10.000**	10.000	899.000	-	-	-	-	10.000
4	Hausanschlüsse	A11020908	**755.000**	500.000	755.000	-	-	600.000	-	155.000
5	Netzoptimierung	A11020912	**30.000**	30.000	162.000	-	-	-	-	30.000
	e) Sonstiges									
1	Außerordentliche Tilgung von Darlehen - Umschuldung	----	**400.000**	0	-	-	-	-	400.000	0
			11.635.000	11.651.000		**2.168.000**	**200.000**	**600.000**	**400.000**	**10.435.000**
	Tilgung von Darlehen	----	**3.150.000**	3.106.000			abzüglich erwirtschafteter Abschreibungen gemäß Erfolgsplan		3.808.797	
	Gesamtauszahlungsbedarf		**14.785.000**	14.757.000			davon für die Tilgung von Krediten		- 3.150.000	658.797
						Kreditbedarf:				**9.776.203**

Entwurf

Ü b e r s i c h t
über die aus Verpflichtungsermächtigungen
voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen
- in 1.000 € -

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Verpflichtungs-ermächtigung in 2025	voraussichtlich fällige Auszahlungen 2026	2027	2028
1	A11020056 - Anpassungsmaßnahmen Erkelenz, Ziegelweiher	**226**	226	0	0
2	A11020116 - Kanalsanierung Meerstraße	**210**	210	0	0
3	A11020305 - Hydraulische Kanalsanierung Houverath, In Houverath 1 bis 1e	**100**	100	0	0
4	A11020501 - Kanalbau Lövenich, Dingbuchenweg	**260**	260	0	0
5	A11020527 - Lövenich Am Lerchenpfad von Baugebiet bis An der Hofkirche Kanalbau	**42**	42	0	0
6	A11020529 - Entwässerung Kleinbouslar	**350**	350	0	0
7	A11020531 - Kanalsanierung Kirchplatz, Lövenich - zw. Gasberg und Pickartzend	**150**	150	0	0
8	A11020624 - Kanalsanierung Kückhoven, Katzemer Straße	**30**	30	0	0
9	A11020811 - Kanalbau In der Weidwäsch, Holzweiler	**575**	575	0	0
10	A11020813 - Kanalsanierung Holzweiler, Schützenweg	**225**	225	0	0
		2.168	**2.168**	**0**	**0**

Entwurf

Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung (einschl. eines Investitionsprogramms) für die Jahre 2024 - 2028

gemäß § 18 EigVO für den Städtischen Abwasserbetrieb Erkelenz

Teil A - Ergebnisplan

		Produktsachkonten	Erfolgsplan 2024 €	Erfolgsplan 2025 €	Erfolgsplan 2026 €	Erfolgsplan 2027 €	Erfolgsplan 2028 €
Erläuterungen							
1.	Umsatzerlöse						
1.1	Niederschlagswassergebühren	110201 432107	5.308.254	5.346.000	5.399.460	5.453.450	5.507.980
1.2	Schmutzwassergebühren	110201 432207	3.840.000	4.255.000	4.297.550	4.340.530	4.383.940
1.3	Gebühren für die Entsorgung privater Grundstücke	110201 432307	10.000	10.000	10.100	10.200	10.300
1.4	Gebühren Überprüfung Außenzapfstellen	110201 432407	8.000	8.000	8.080	8.160	8.240
1.5	Auflösung empfangener Anschlußbeiträge	110201 446307	853.843	841.383	793.005	791.372	786.693
	Summe 1 :		10.020.097	10.460.383	10.508.195	10.603.712	10.697.153
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		0	0	0	0	0
3.	Aktivierte Eigenleistungen (Anteil des Personals für vermögenswirksame Maßnahmen)	110201 471107	645.440	724.679	731.926	739.250	746.640
4.	Sonstige betriebliche Erträge						
4.1	Verkaufserlöse	110201 442107	0	0	0	0	0
4.2	Sonstige Verwaltungs- und Betriebseinnahmen (Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen)	110201 448707	960.000	190.000	190.000	190.000	104.000
4.3	Kostenerstattungen, Schadenersätze u.ä.	110201 446207	1.000	1.000	1.010	1.020	1.030
4.4	Zuweisungen Land	110201 414107	0	0	0	0	0
	Summe 4 :		961.000	191.000	191.010	191.020	105.030

		Produktsachkonten	Erfolgsplan 2024 €	Erfolgsplan 2025 €	Erfolgsplan 2026 €	Erfolgsplan 2027 €	Erfolgsplan 2028 €
5.	Materialaufwand						
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebs-stoffe für bezogene Waren						
5.1	Flockungsmittel, Betriebsstoffe u.a.	110201 527907	135.000	135.000	136.350	137.710	139.090
5.2	Bewirtschaftung - Energiekosten - Kläranlagen	110201 524707	700.000	400.000	404.000	408.040	412.120
5.3	Bewirtschaftung - Energiekosten -Pumpwerke etc.	110201 524807	298.000	275.000	277.750	280.530	283.340
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen						
5.4	Lfd. Unterhaltung der Abwasserkanäle	110201 522207	200.000	200.000	202.000	204.020	206.060
5.5	Lfd. Unterhaltung der Kläranlagen	110201 522307	150.000	180.000	181.800	183.620	185.460
5.6	Lfd. Unterhaltung sonst. Abwasserbetriebsstellen	110201 522407	200.000	170.000	171.700	173.420	175.150
5.7	Kanalreinigung	110201 524507	100.000	100.000	101.000	102.010	103.030
5.8	Bewirtschaftungskosten Kläranlagen u.ä.	110201 524907	65.000	70.000	70.700	71.410	72.120
5.9	Schlammbeseitigung	110201 524407	525.000	410.000	414.100	418.240	422.420
5.10	Abwasser- und Bodenuntersuchungen	110201 524307	2.500	1.000	1.010	1.020	1.030
5.11	Bewirtschaftungskost.Grundstücksentwässerungsanlag.	110201 524607	12.000	12.000	12.120	12.240	12.360
5.12	Zuweisungen an Abwasserverbände u. ähnliches	110201 531307	1.050.000	1.112.000	1.123.120	1.134.350	1.145.690
	Summe 5:		3.437.500	3.065.000	3.095.650	3.126.610	3.157.870
6.	Personalaufwand						
	a) Bezüge, Löhne und Gehälter						
	Erstattung an Stadt						
	- Beamte	110201 501107	83.252	71.764	72.482	73.207	73.939
	- tariflich Beschäftigte	110201 501207	1.135.272	1.243.211	1.255.643	1.268.199	1.280.881

		Produktsachkonten	Erfolgsplan 2024 €	Erfolgsplan 2025 €	Erfolgsplan 2026 €	Erfolgsplan 2027 €	Erfolgsplan 2028 €
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung						
	Erstattung an Stadt						
	- Beamte - Alterversorgung	110201 501107	47.291	43.103	43.534	43.969	44.409
	- tariflich Beschäftigte - Altersversorgung	110201 501207	86.214	99.568	100.564	101.570	102.586
	- tariflich Beschäftigte - Sozialversicherung	110201 501207	247.518	258.550	261.136	263.747	266.384
	- Beihilfen Beamte	110201 501107	1.650	1.275	1.288	1.301	1.314
	- Beihilfen tariflich Beschäftigte	110201 501207	6.375	6.875	6.944	7.013	7.083
	c) Personalverwaltungskostenpauschale	110201 501907	237.020	256.907	259.476	262.071	264.692
	Summe 6:		1.844.592	1.981.253	2.001.067	2.021.077	2.041.288
7.	Abschreibungen						
	a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	110201 571107					
	- auf Kläranlagen, Pumpwerke u.a.		845.833	826.995	797.963	743.086	623.027
	- auf Einrichtungen und Geräte (einschl. GWG)		15.951	15.009	16.316	18.778	23.193
	- auf Fahrzeuge		14.026	20.937	25.559	26.504	29.931
	- auf Hausanschlüsse		216.812	217.984	219.565	220.479	222.168
	- auf sonstige Kanalanlagen		2.651.815	2.719.272	2.699.810	2.759.504	2.794.423
	- EDV-Software		1.063	7.600	5.247	1.100	1.000
	- Konzessionen, Lizenzen		1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
	b) auf Vermögensgegenstände des Umlauf-vermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten		0	0	0	0	0
	Summe 7:		3.746.500	3.808.797	3.765.460	3.770.451	3.694.742

		Produktsachkonten	Erfolgsplan 2024 €	Erfolgsplan 2025 €	Erfolgsplan 2026 €	Erfolgsplan 2027 €	Erfolgsplan 2028 €
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen						
8.1	Abwasserabgabe	110201 544507	150.000	150.000	151.500	153.015	154.545
8.2	Haltung von Fahrzeugen	110201 525107	15.000	10.000	10.100	10.201	10.303
8.3	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	110201 525607	20.000	30.000	30.300	30.600	30.910
8.4	Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen	110201 541107	0	18.000	18.180	18.360	18.540
8.5	Verwaltungskostenpauschale	110201 545207	188.243	213.950	216.090	218.250	220.430
8.6	Geschäftsaufwendungen	110201 543107	30.000	30.000	30.300	30.600	30.910
8.7	Versicherungen, Schadensleistungen	110201 544107	3.000	4.000	4.040	4.080	4.121
8.8	Kanalkataster, Gutachten	110201 543307	100.000	100.000	101.000	102.010	103.030
8.9	Dienstreisen	110201 526307	5.000	5.000	5.050	5.100	5.150
8.10	Mieten	110201 542207	5.000	2.000	2.020	2.040	2.060
8.11	Mitgliedsbeiträge	110201 543407	8.500	17.000	17.170	17.340	17.510
	Summe 8 :		524.743	579.950	585.750	591.596	597.509
9.	Erträge aus Beteiligungen		0	0	0	0	0
10.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		0	0	0	0	0
11.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge						
11.1	Zinserstattung vom Niersverband	110201 461307	0	0	0	0	0
11.2	Stundungszinsen	110201 461507	1.000	1.000	1.010	1.020	1.030
11.3	Säumniszuschläge u. ä.	110201 456207	15.000	15.000	15.150	15.300	15.450
11.4	Andere sonstige ordentliche Erträge	110201 459107	40.000	45.000	45.450	45.900	46.360
	Summe 11:		56.000	61.000	61.610	62.220	62.840

		Produktsachkonten	Erfolgsplan 2024 €	Erfolgsplan 2025 €	Erfolgsplan 2026 €	Erfolgsplan 2027 €	Erfolgsplan 2028 €
12.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens		0	0	0	0	0
13.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen						
13.1	Kreditzinsen (einschl. aufgelaufener Zinsen gem. § 255 Abs.3 HGB aus Finanzierungsverträgen)						
	Zinsaufwendungen an sonst.öffentl. Sonderrech.	110201 551607	240.000	350.000	341.159	293.864	245.711
	Zinsaufwendungen an Kreditinstitute	110201 551707	2.100	1.000	100	100	100
	Zinsaufwendungen für Liquiditätsdarlehen	110201 551717	80.000	100.000	101.000	102.000	103.020
	Zinsaufwendungen sonst. inländ. Bereich	110201 551807	260.000	140.000	110.797	93.241	79.000
13.2	Sonstige Zinsen	110201 551807	0	0	0	0	0
	Summe 13:		582.100	591.000	553.056	489.205	427.831
14.	Ergebnisse der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit						
	Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit errechnet sich aus der Aufrechnung der Ertragspositionen 1 bis 4 und 9 bis 11 und den Aufwandspositionen 5 bis 8 und 12 und 13: somit 1.415.062 €		1.536.102	1.415.062	1.491.758	1.597.263	1.692.423
15.	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen		0	0	0	0	0
16.	Aufwendungen aus Verlustübernahme		0	0	0	0	0
17.	Außerordentliche Erträge	110201 491107	0	0	0	0	0
18.	Außerordentliche Aufwendungen		0	0	0	0	0
19.	Außerordentliches Ergebnis (Ermittelt durch Gegenüberstellung der Punkte 17 und 18)		0	0	0	0	0
20.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		0	0	0	0	0
21.	Sonstige Steuern	110201 544107	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
	Jahresgewinn		1.535.102	1.414.062	1.490.758	1.596.263	1.691.423

Teil B - Finanzplanung mit Investitionsprogramm

				nachrichtlich		Mittelbereitstellung						Finanzierung						
Lfd. Nr	Bezeichnung der Maßnahme	Maßnahmenkonten	Gesamt-ausgabe-bedarf	über den Ansatz 2024 bereitgestellt/ eingespart (+/-)	2025 und später neu veranschlagt	bisher bereit-gestellt (IST)	2024	2025	2026	2027	2028	Vor-jahre	2024	2025	2026	2027	2028	Finan-zierungs-art
			T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	
	I. Sachanlagen																	
	a) Grundstücke ohne Bauten																	
1	Sonstiger Grunderwerb	A11020900	15			-	15	**15**	15	15	15	-	15	**15**	15	15	15	10
	b) Beweql.Sachen des Anlagevermögens																	
1	Erwerb von Vermögensgegenständen	A11020901	35			-	26	**35**	35	35	35	-	26	**35**	35	35	35	10
2	Kooperation Klärschlamm Poolgesellschaft (KKP)	A11020909	2.009			9	77	**197**	586	706	434	9	77	**197**	586	706	434	10
3	Erwerb 3D-Kanalbefahrungssoftware	A11020913	15			-	15	**0**	-	-	-	-	15	**0**	-	-	-	10
4	Netzersatzaggregat ABS Lövenich	A11020914	25			-	20	**5**	-	-	-	-	20	**5**	-	-	-	10
5	Netzersatzaggregat ABS Gerderath	A11020915	27			-	22	**5**	-	-	-	-	22	**5**	-	-	-	10
6	Netzersatzaggregat ABS Granterath	A11020916	25			-	20	**5**	-	-	-	-	20	**5**	-	-	-	10
7	Netzersatzaggregat PW Oerath II und OEM	A11020917	27			-	22	**5**	-	-	-	-	22	**5**	-	-	-	10
8	Netzersatzaggregat PW Wockerather Weg	A11020918	25			-	20	**5**	-	-	-	-	20	**5**	-	-	-	10
9	Netzersatzaggregat ARA Erkelenz Mitte	A11020919	13			-	10	**3**	-	-	-	-	10	**3**	-	-	-	10
10	Planungssoftware Hystem/Extran	A11020920	12			-	12	**0**	-	-	-	-	12	**0**	-	-	-	10
	c) Abwasseranlagen - Kläranlagen																	
1	Anpassungsmaßnahmen ARA Erkelenz-Mitte	A11020902	4.955	315		-	1.880	**1.260**	500	500	500	-	295 1.585	**200** **1.060**	500 -	500 -	500 -	2 10
2	Anpassungsmaßnahmen Abwasserbetriebsstellen	A11020903	1.000			-	200	**200**	200	200	200	-	200	**200**	200	200	200	10
	d) Abwasseranlagen - Kanalanlagen -																	
01	**Stadtbezirk Erkelenz mit Bellinghoven, Oerath**																	
1	Kanalverlängerung Paul-Rüttchen-Straße	A11020025	90		-5	85	5	**5**	-	-	-	85	5	**5**	-	-	-	10
2	Kanalsanierung Kölner Straße/Markt (Kölner Tor bis Altes Rathaus)	A11020029	4.015		-1.000	575	2.900	**1.540**	-	-	-	575	2.900	**1.540**	-	-	-	10
3	Kanalsanierung Ostpromenade	A11020030	529		-130	19	510	**130**	-	-	-	19	510	**130**	-	-	-	10

				nachrichtlich		Mittelbereitstellung						Finanzierung						
Lfd. Nr	Bezeichnung der Maßnahme	Maßnahmenkonten	Gesamt-ausgabe-bedarf	über den Ansatz 2024 bereitgestellt/ eingespart (+/-)	2025 und später neu veran-schlagt	bisher bereit-gestellt (IST)	2024	2025	2026	2027	2028	Vor-jahre	2024	2025	2026	2027	2028	Finan-zierungs-art
			T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	
4	Kanalisation Entflechtung Peter-Eggerath-Straße	A11020031	20			-	10	**0**	10	-	-	-	10	**0**	10	-	-	10
5	Kanalbau Anton-Raky-Allee- Planung- (Theodor-Körner-Str. bis Mühlenstr.)	A11020033	14		-5	4	10	**5**	-	-	-	4	10	**5**	-	-	-	10
6	Kanalbau Mühlenstraße -Planung - (Anton-Raky-Allee bis Bahnunterführung)	A11020037	10		-10	-	10	**10**	-	-	-	-	10	**10**	-	-	-	10
7	Kanalsanierung Erkelenz, Franziskanerplatz	A11020055	668	27	-5	636	5	**5**	-	-	-	636	5	**5**	-	-	-	10
8	Anpassungsmaßnahmen Erkelenz, Ziegelweiher	A11020056	337		-50	61	50	**50**	226	-	-	61	50	**50**	226	-	-	10
9	Kanalisation Entflechtung Franziskanerplatz	A11020057	742	19	-5	718	5	**5**	-	-	-	718	5	**5**	-	-	-	10
10	Erschließung Am Stadtpark	A11020058	121			-	121	**0**	-	-	-	-	121	**0**	-	-	-	5
11	Kanalbau Am Hagelkreuz, nordwestlicher Teil	A11020068	20		-5	-	20	**5**	-	-	-	-	20	**5**	-	-	-	10
12	Kanalsanierung Erkelenz, Flandernstraße - Nord -	A11020069	177	107		5	65	**0**	-	-	-	5	65	**0**	-	-	-	10
13	Kanalbau Erkelenz, Schulring	A11020071	1.290		-160	-	250	**1.200**	-	-	-	-	250	**1.200**	-	-	-	10
14	Hochwasserrückhaltebecken Beeckbach	A11020076	4.330			3.895	435	**0**	-	-	-	3.895	435	**0**	-	-	-	10
15	Kanalbau Erkelenz, Anton-Raky-Allee (Unterführung)	A11020089	150		-5	-	150	**5**	-	-	-	-	150	**5**	-	-	-	10
16	Tenholter Straße Kanalbau zw. Wirtschaftsweg Bellinghoven u. Kreisverkehr	A11020099	50			-	50	**0**	-	-	-	-	50	**0**	-	-	-	10
17	Kanalbau Erkelenz, Franz-Halcour-Straße	A11020111	412			2	260	**150**	-	-	-	2	260	**150**	-	-	-	10
18	Erkelenz, Westpromenade/Grünring	A11020113	255			205	50	**0**	-	-	-	205	50	**0**	-	-	-	10
19	Kanalsanierung Am Stadtpark (Stich bis Anton-Raky-Allee)	A11020114	270			-	20	**250**	-	-	-	-	20	**250**	-	-	-	10
20	Kanalsanierung Roermonderstraße (von Hausnr. 10 bis Hausnr. 1)	A11020115	350			-	150	**200**	-	-	-	-	150	**200**	-	-	-	10
21	Kanalsanierung Meerstraße	A11020116	440			-	200	**30**	210	-	-	-	200	**30**	210	-	-	10
22	Kanalsanierung Atelierstr.	A11020117	5			-	5	**0**	-	-	-	-	5	**0**	-	-	-	10
23	Kanalsanierung Umgestaltung Nordpromenade	A11020118	5			-	0	**5**	-	-	-	-	0	**5**	-	-	-	10
24	Kanalisierung Mennekrather Kirchweg	A11020119	2.855		-545		700	**2.700**	-	-	-	608	700	**2.700**	-	-	-	10
25	Anpassung Entwässerung Nordtangente	A11020120	240			-	0	**240**	-	-	-	-	0	**240**	-	-	-	10

Lfd. Nr	Bezeichnung der Maßnahme	Maßnahmenkonten	Gesamt-ausgabe-bedarf	nachrichtlich: über den Ansatz 2024 bereitgestellt/ eingespart (+/-)	nachrichtlich: 2025 und später neu veran-schlagt	Mittelbereitstellung: bisher bereit-gestellt (IST)	Mittelbereitstellung: 2024	Mittelbereitstellung: 2025	Mittelbereitstellung: 2026	Mittelbereitstellung: 2027	Mittelbereitstellung: 2028	Finanzierung: Vor-jahre	Finanzierung: 2024	Finanzierung: 2025	Finanzierung: 2026	Finanzierung: 2027	Finanzierung: 2028	Finan-zierungs-art
			T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	
02	**Stadtbezirk Gerderath mit Fronderath, Gerderhahn, Moorheide, Vossem**																	
1	Entwässerung Gerderath, Am Floßbach	A11020107	40	1		39	0	**0**	-	-	-	39	0	**0**	-	-	-	10
2	Kanalbau Baugebiet Gerderath, Weidbruchsweg	A11020204	170			-	0	**170**	-	-	-	-	0	**170**	-	-	-	10
03	**Stadtbezirk Schwanenberg mit Geneiken, Genfeld, Genhof, Grambusch, Lentholt**																	
1	Regenklärbecken Schwanenberg, (Bodenfilter)	A11020201	1.710			1.635	75	**0**	-	-	-	1.635	75	**0**	-	-	-	10
2	Anpassung Druckwasserschiene Schwanenberg	A11020203	45		-20	-	45	**20**	-	-	-	-	45	**20**	-	-	-	10
04	**Stadtbezirk Golkrath mit Houverath, Houverather Heide, Hoven, Matzerath**																	
1	Hydr. Kanalsanierung Houverath, In Houverath 1 bis 1e	A11020305	200		-5	-	100	**5**	100	-	-	-	100	**5**	100	-	-	10
05	**Stadtbezirk Granterath und Hetzerath mit Commerden, Genehen, Scheidt, Tenholt**																	
1	Kanalbau Granterath, Brunnenstr.- südlicher Teil (zw. Brunnenstaße 10 und Oststraße)	A11020408	99	6		88	5	**0**	-	-	-	88	5	**0**	-	-	-	10
06	**Stadtbezirk Lövenich mit Katzem, Kleinbouslar**																	
1	Kanalbau Lövenich, Dingbuchenweg	A11020501	548		-5	-	288	**5**	260	-	-	-	288	**5**	260	-	-	10
2	Kanalbau Lövenich, Bruchstraße	A11020506	1.201			6	315	**0**	65	65	750	6	315	**0**	65	65	750	10
3	Kanalbau Katzem Drosselverrohrung Hochwasserrückhaltebecken	A11020511	28			-	28	**0**	-	-	-	-	28	**0**	-	-	-	10
4	Kanalsanierung Lövenich, Hasseler Straße	A11020519	25		-5	-	25	**5**	-	-	-	-	25	**5**	-	-	-	10
5	Kanalbau Lövenich, Am Lerchenpfad (Baugebiet - An der Hofkirche)	A11020527	70		-15	1	27	**15**	42	-	-	1	27	**15**	42	-	-	10
6	Entwässerung Kleinbouslar	A11020529	718		-5	24	344	**5**	350	-	-	24	344	**5**	350	-	-	10
7	Kanalsanierung Kirchplatz Lövenich zw. Gasberg und Pickartzend	A11020531	2.880		-20	-	100	**20**	150	1.130	1500	-	100	**20**	150	1.130	1500	10
8	Kanalsanierung Lövenich, Klapperstraße	A11020532	80			-	0	**80**	-	-	-	-	0	**80**	-	-	-	10
07	**Stadtbezirk Kückhoven**																	
1	Kanalsanierung Kückhoven, Thingstraße nördlicher Teil	A11020615	50			-	50	**0**	-	-	-	-	50	**0**	-	-	-	10
2	Kanalbau Kückhoven, Baugebiet Zur Malter	A11020620	840		-750	10	780	**800**	-	-	-	10	780	**800**	-	-	-	10
3	Kanalsanierung Kückhoven, Katzemer Straße	A11020624	60		-25	-	25	**30**	30	-	-	-	25	**30**	30	-	-	10
4	Entwässerung Kückhoven, Stich Katzemer Str. (Schule am Bellinghovener Weg 1)	A11020626	360			-	60	**40**	260	-	-	-	60	**40**	260	-	-	10

Lfd. Nr	Bezeichnung der Maßnahme	Maßnahmenkonten	Gesamt-ausgabe-bedarf	nachrichtlich: über den Ansatz 2024 bereitgestellt/ eingespart (+/-)	nachrichtlich: 2025 und später neu veranschlagt	Mittelbereitstellung: bisher bereitgestellt (IST)	Mittelbereitstellung: 2024	Mittelbereitstellung: 2025	Mittelbereitstellung: 2026	Mittelbereitstellung: 2027	Mittelbereitstellung: 2028	Finanzierung: Vorjahre	Finanzierung: 2024	Finanzierung: 2025	Finanzierung: 2026	Finanzierung: 2027	Finanzierung: 2028	Finanzierungsart
			T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	
08	**Stadtbezirk Keyenberg, Keyenberg (neu), Venrath und Borschemich mit Berverath, Berverath (neu), Etgenbusch, Kaulhausen, Kuckum, Kuckum (neu), Mennekrath, Neuhaus, Oberwestrich, Oberwestrich (neu), Terheeg, Unterwestrich, Unterwestrich (neu), Wockerath**																	
1	Sammler zum RÜB Kaulhausen	A11020705	25		-25	-	25	**25**	-	-	-	-	25	**25**	-	-	-	10
2	Kanalsanierung Wockerath, Kölner Heerweg bis Annastraße	A11020709	283			-	33	**250**	-	-	-	-	33	**250**	-	-	-	10
3	Kanalbau Wockerath, In Wockerath (Jacobstraße - Ortsausgang)	A11020711	203			-	33	**170**	-	-	-	-	33	**170**	-	-	-	10
4	Kanalbau Wockerath, Jacobstraße (Ortsanfang West - Ende Ost)	A11020712	223			-	33	**190**	-	-	-	-	33	**190**	-	-	-	10
5	Hydraulische Kanalsanierung Kaulhausen	A11020714	107		-5	102	5	**5**	-	-	-	102	5	**5**	-	-	-	10
09	**Stadtbezirk Holzweiler und Immerath**																	
1	Hydraulische Kanalsanierung Holzweiler	A11020810	667	3		629	35	**0**	-	-	-	629	35	**0**	-	-	-	10
2	Kanalbau Holzweiler, In der Weidwäsch	A11020811	675		-25	-	100	**25**	575	-	-	-	100	**25**	575	-	-	10
3	Kanalsanierung Holzweiler, Schützenweg	A11020813	235		-10	-	10	**10**	225	-	-	-	10	**10**	225	-	-	10
4	Kanalbau Holzweiler, Friedrich-Gelsam-Straße	A11020814	151		-90	1	120	**120**	-	-	-	-	120	**120**	-	-	-	10
5	Holzweiler, Alte Schule Vorplatz	A11020815	100		-40	-	50	**90**	-	-	-	-	50	**90**	-	-	-	10
6	Holzweiler, Kanalsanierung Weyer Weg zw. Im Grünfeld u. Seilerweg	A11020818	124			-	0	**5**	119	-	-	-	0	**5**	119	-	-	10
7	Holzweiler, Kanalsanierung Seilerweg zw. Weyer Weg und KiTa	A11020819	15			-	0	**5**	10	-	-	-	0	**5**	10	-	-	10
	Alle Stadtteile																	
1	Sonstige Kanalvorhaben (kleinere Kanalverlängerungen)	A11020905	30			-	30	**30**	30	30	30	-	30	**30**	30	30	30	10
2	Sonstige Kanalvorhaben (kleinere Kanalsanierungen)	A11020906	50			-	50	**50**	50	50	50	-	50	**50**	50	50	50	10
3	Generalentwässerungsplan	A11020907	899	172		707	10	**10**	-	-	-	531	10	**10**	-	-	-	10
4	Hausanschlüsse	A11020908	755	25		-	500	**755**	400	440	440	-	500	**600**	555	440	440	5
														155	-155	-	-	10
5	Netzoptimierung	A11020912	162			12	30	**30**	30	30	30	12	30	**30**	30	30	30	10
	Sonstiges																	
1	Tilgung von Darlehen	-					3.106	**3.150**	3.056	2.910	2.728		3.106	**3.150**	3.056	2.910	2.728	10
2	Außerordentliche Tilgung von Darlehen - Umschuldung	-					0	**400**	0	0	0		0	**400**	0	0	0	7
	Gesamtsummen:						14.757	**14.785**	7.534	6.111	6.712		14.757	**14.785**	7.534	6.111	6.712	
	Aufgliederung der Finanzierung																	
	Landesmittel												295	**200**	0	0	0	2
	Beiträge u. ä.												621	**600**	555	440	440	5
	Tilgungserstattungen												0	**400**	0	0	0	7
	Eigenmittel/Kredite												13.841	**13.585**	6.979	5.671	6.272	10
	- davon Abschreibungsmittel												3.747	**3.809**	3.765	3.770	3.695	
	- davon Mittel aus dem lfd. Betrieb												0	**0**	0	0	0	
	- davon Kredite												10.094	**9.776**	3.214	1.901	2.577	

Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr:	A 20/676/2024
	Status:	öffentlich
	AZ:	
Federführend:	Datum:	17.10.2024
Amt für Kommunalwirtschaft und Liegenschaften/Kämmerei	Verfasser:	Amt 20 Gorgina Mertins

Änderung des Gesellschaftsvertrages der Klärschlammkooperation Poolgesellschaft mbH (KKP)

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
06.11.2024	Ausschuss für Bauen, Betriebe, Klimaschutz und Umwelt
07.11.2024	Haupt- und Finanzausschuss
11.12.2024	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:

Durch das Dritte Gesetz zur Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements im Land Nordrhein-Westfalen (3. NKF-Weiterentwicklungsgesetz Nordrhein-Westfalen - 3. NKFWG NRW) sind Erleichterungen bei den Aufstellungspflichten von kommunalen Unternehmen vorgenommen worden, welche dem Bürokratieabbau dienen. Das Gesetz ist Ende Februar 2024 beschlossen und anschließend Anfang März 2024 veröffentlicht worden. Die Neuerungen treten mit Wirkung vom 31.12.2023 in Kraft. Insofern wurden die Aufstellungs- und Prüfpflichten für den Jahresabschluss abgestuft und an die Größe eines Unternehmens angepasst.

Die bisherige Kopplung des Jahresabschlusses an die Vorschriften für große Kapitalgesellschaften war, so auch die Einschätzung des Städte- und Gemeindebundes, für die Größe der allermeisten kommunalen Unternehmen überzogen und führt(e) zu einer erheblichen Bürokratie. Dahingegen können durch die Abkehr von dieser Regelung weitere Regularien für kommunale Unternehmen und Einrichtungen abgebaut und damit nicht unerhebliche Kosteneinsparungen generiert werden. Dies gilt auch im Hinblick auf die Kosten und den Aufwand für die Aufstellung und Prüfung des Jahresabschlusses und bislang auch des Lageberichtes. Mit der Angleichung an die für private Unternehmen geltenden Regelungen des HGB wird eine notwendige Gleichstellung erreicht.

Wenn man nun im Gesellschaftsvertrag der Klärschlammkooperation Poolgesellschaft mbH (KKP) als privatrechtliche kommunale Beteiligungsgesellschaft die bisherigen textlichen Bezüge (die bisher § 108 Abs. 1 Nr. 8 GO NNW a.F. geschuldet waren) auf die Rechnungslegungs- und Prüfungspflichten für große Kapitalgesellschaften (i.S. des § 267 HGB) sowie alle Verweise auf einen Lagebericht streicht, so gelten nur noch die grundsätzlichen, größenabhängigen Vorschriften für Kapitalgesellschaften im HGB. D.h. insbesondere

- keine gesetzliche Prüfungspflicht für kleine Kapitalgesellschaften,
- keine gesetzliche Verpflichtung zur Aufstellung eines Lageberichtes für kleine Kapitalgesellschaften.

Mit dem Wegfall eines Lageberichtes würde dann für eine kleine Kapitalgesellschaft auch die Verpflichtung zur Nachhaltigkeitsberichterstattung entfallen.

Insofern empfiehlt der Städte- und Gemeindebund ausdrücklich, die bestehenden Regelungen in Gesellschaftsverträgen bzw. -Satzungen auf die neuen gesetzlichen Regelungen anzupassen und von den Erleichterungsregelungen Gebrauch zu machen. Erst wenn dieser Verweis auch in den Satzungen und Gesellschaftsverträgen von kommunalen Unternehmen und Einrichtungen gestrichen worden ist, können die gesetzlichen Erleichterungen Geltung erhalten.

Damit eine entsprechende Änderung des Gesellschaftsvertrages bereits für das laufende Geschäftsjahr 2024 wirksam werden kann, muss diese spätestens bis zum 31.12.2024 beschlossen und notariell beurkundet sein. Der dazugehörige Auszug aus der Niederschrift der 6. Gesellschafterversammlung der KKP Klärschlammkooperation Poolgesellschaft mbH ist beigefügt.

Dem Rat wird daher vorgeschlagen, der beschriebenen Änderung des Gesellschaftsvertrages der Klärschlammkooperation Poolgesellschaft mbH (KKP) zuzustimmen.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an den Haupt- und Finanzausschuss und den Rat):
„Der Rat der Stadt Erkelenz stimmt dem Beschluss der Gesellschafterversammlung der Klärschlammkooperation Pool GmbH (KKP) vom 20.06.2024 zur Anpassung des Gesellschaftervertrages aufgrund der 3. Änderung des NKF-Weiterentwicklungsgesetzes (3. NKFWG) zu."

Klima-Check:
Trägt der Beschlussentwurf zum Klimaschutz oder zur Klimafolgenanpassung bei?

Ja ☐ Nein ☒

Eine unmittelbare Auswirkung auf dem Klimaschutz oder der Klimafolgenanpassung ergibt sich durch den vorliegenden Beschluss nicht.

Finanzielle Auswirkungen:

Anlage:
Auszug aus der Niederschrift der 6. Gesellschafterversammlung der Klärschlammkooperation Poolgesellschaft mbH am 20.06.2024

Auszug aus der Niederschrift

der 6. Gesellschafterversammlung der KKP Klärschlammkooperation Poolgesellschaft mbH am 20. Juni 2024

5. Anpassung des Gesellschaftsvertrages auf Grund der 3. Änderung des NKF-Weiterentwicklungsgesetzes (3. NKFWG)

Herr Michael Dreschmann führt in den Tagesordnungspunkt ein.
Die Gesellschafterversammlung fasst folgenden Beschluss:

Die Gesellschafterversammlung ermächtigt die Geschäftsführung, die erforderlichen Anpassungen im Gesellschaftsvertrag vorzunehmen und notariell beurkunden zu lassen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 10/468/2024 Status: öffentlich AZ:
Federführend: Hauptamt	Datum: 12.11.2024 Verfasser: Amt 10 Marcell Breuer

Förderprogramm für Klimaschutz und Klimaanpassung in Erkelenz 2025

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
04.12.2024	Ausschuss für Bauen, Betriebe, Klimaschutz und Umwelt
05.12.2024	Haupt- und Finanzausschuss
11.12.2024	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:
Der Rat der Stadt Erkelenz hat am 29.09.2021 erstmals ein Förderprogramm Klimaschutz und Klimaanpassung in Erkelenz in Höhe von 45.000 Euro für das Jahr 2022 beschlossen, um das Klimaschutzengagement der Bürgerschaft zu unterstützen. Das Programm umfasst Fördertatbestände aus den Bereichen Mobilität, Bauen und Sanieren, Erneuerbare Energien, Klimafolgenanpassung & Biodiversität und Nachhaltiger Konsum. Das Förderprogramm 2023 wurde mit Beschluss vom 14.12.2022 und das Förderprogramm 2024 mit Beschluss vom 13.12.2023 mit einer überarbeiteten Förderrichtlinie und einem Fördervolumen von jeweils 90.000 Euro fortgeführt. Der Ausschuss für Bauen, Betriebe, Klimaschutz und Umweltschutz wurde regelmäßig über die Nutzung des Förderprogramms informiert.

Das Förderprogramm wurde von der Bürgerschaft sehr gut angenommen und hat sich bewährt. Die Fördermittel wurden in 2022 bis 2024 jeweils vollständig abgerufen. Die Fördertatbestände sollten daher aus Sicht der Verwaltung fortgeführt werden. Aufgrund der gesetzlichen PV-Pflicht ab dem 01.01.2025 für Neubauten soll im Förderbereich Erneuerbare Energien beim Fördertatbestand Photovoltaikanlage (Dach/Fassade) die Förderung von Photovoltaikanlagen für Neubauten entfallen. Es soll dort auch der Hinweis aufgenommen werden, dass dies ab dem 01.01.2026 auch für Photovoltaik im Rahmen von Dachsanierungen gilt, weil dort ebenfalls ab dem 01.01.2026 eine gesetzliche PV-Pflicht gilt. Die Änderungen sowie redaktionelle Anpassungen wurden in einen Richtlinienentwurf für 2025 eingearbeitet. Unter den gegebenen Haushaltsbedingungen sind für 2025 Fördermittel von 90.000 Euro eingeplant.
Die Verwaltung empfiehlt, die beiliegende Richtlinie zum Förderprogramm Klimaschutz und Klimaanpassung in Erkelenz für das Jahr 2025 zu beschließen.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an den Haupt- und Finanzausschuss und den Rat):
„Die beiliegende Richtlinie zum Förderprogramm Klimaschutz und Klimaanpassung in Erkelenz für das Jahr 2025 wird beschlossen. Die Umsetzung ist abhängig von der Genehmigung des Haushalts 2025."

Klima-Check:
Trägt der Beschlussentwurf zum Klimaschutz oder zur Klimafolgenanpassung bei?

Ja ☒ Nein ☐

Das Förderprogramm unterstützt private Investitionen in den Klimaschutz und in Klimaanpassungsmaßnahmen.

Finanzielle Auswirkungen:
Kosten für die Fördermittel in Höhe von 90.000 Euro für das Jahr 2025.

Anlage:
Richtlinie zum Förderprogramm Klimaschutz und Klimaanapassung in Erkelenz für das Jahr 2025

Richtlinie zum Förderprogramm „Klimaschutz & Klimaanpassung“ in Erkelenz

Förderprogramm Klimaschutz 2025

Stadt Erkelenz
Referat für Klimaschutz
Johannismarkt 17
41812 Erkelenz

1. Förderzweck – die Ziele

Die Stadt Erkelenz ist seit vielen Jahren im Klimaschutz engagiert und hat das Ziel, bis spätestens 2045 klimaneutral zu werden. Die dazu notwendige Minderung der Treibhausgasemissionen soll durch Energieeinsparung, effizientere Energienutzung und den Einsatz erneuerbarer Energien erreicht werden. Die Stadtverwaltung geht mit der energetischen Modernisierung der städtischen Liegenschaften und der Umstellung des städtischen Fuhrparks auf Elektromobilität mit gutem Beispiel voran und strebt an, bereits bis 2030 klimaneutral zu sein. Diese direkt steuerbaren Treibhausgasemissionen machen allerdings nur 2 % der Treibhausgasemissionen im Stadtgebiet aus. Die lokalen Klimaschutzziele können daher nur erreicht werden, wenn alle Bürgerinnen und Bürger sowie sonstige Akteure in Erkelenz sich engagieren und einen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Mit dem Förderprogramm Klimaschutz & Klimaanpassung in Erkelenz möchte die Stadt das persönliche Engagement innerhalb der Bürgerschaft unterstützen und die Aufmerksamkeit für das Thema Klimaschutz und Klimaanpassung stärken.

Ziele des Förderprogramms sind:

- Lokale Klimaschutzmaßnahmen zu initiieren und damit zur Treibhausgasminderung und Anpassung an die Folgen des Klimawandels beizutragen
- Die Umsetzung der Ziele und Maßnahmen aus dem Klimaschutzkonzept voranzutreiben
- Das Klimaschutzengagement der Bürgerschaft zu honorieren und zu stärken
- Best Practice Beispiele zur Nachahmung zu generieren und durch Öffentlichkeitsarbeit sichtbar zu machen
- Durch die Breite der geförderten Maßnahmen aufzuzeigen, dass Bürgerinnen und Bürger sich beim Klimaschutz einbringen können

2. Antragsberechtigt sind

- ausschließlich Privatpersonen (keine Unternehmen oder Institutionen)
- alle Personen, die in Erkelenz gemeldet sind
- Personen, die Immobilien in Erkelenz besitzen, wenn für diese Immobilien Förderung beantragt wird

3. Fördertatbestand und Höhe der Förderung

Die Förderung umfasst Fördertatbestände in den Bereichen

- Mobilität
- Bauen und Sanieren
- Erneuerbare Energien
- Klimaanpassung und Biodiversität
- Nachhaltiger Konsum

Die Fördertatbestände, die Förderhöhe, die zu erfüllenden Bedingungen sowie die zu erbringenden Nachweise sind nachfolgend in der Richtlinie geregelt.

3.1 Mobilität

Der Verkehrssektor ist in Erkelenz für 34 % der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Ein wichtiger Baustein für eine nachhaltigere Mobilität auf lokaler Ebene ist die vermehrte Nutzung des Fahrrades und elektrisch unterstützter Fahrradräder sowie die Reduzierung des Autoverkehrs.

Mobilität	
Fördertatbestand	Lastenfahrrad (mit oder ohne Elektro-Antrieb)
Förderhöhe	25% des Kaufpreises, max. 750,- €
Bedingungen	• Es werden nur Lastenfahrräder gefördert, die serienmäßig vom Hersteller montierte Vorrichtungen haben, um Kinder vorschriftsgemäß zu befördern oder Gegenständige vorschriftsgemäß zu transportieren • Nutzlast von mindestens 60 kg ohne Fahrer
Nachweise	• Rechnung oder Leasingvertrag • Technische Daten des Lastenrads und Foto • Bei Elektro-Antrieb: Nachweis Ökostrombezug (eigene PV-Anlage, Stecker-Solargerät oder Vertrag über Bezug von 100% zertifiziertem Ökostrom)
Fördertatbestand	Lastenfahrrad (mit oder ohne Elektro-Antrieb) als Autoersatz
Förderhöhe	50% des Kaufpreises, max. 1.500,- €
Bedingungen	• Es werden nur Lastenfahrräder gefördert, die serienmäßig vom Hersteller montierte Vorrichtungen haben, um Kinder vorschriftsgemäß zu befördern oder Gegenstände vorschriftsgemäß zu transportieren • Nutzlast von mindestens 60 kg ohne Fahrer
Nachweise	• Rechnung oder Leasingvertrag • Technische Daten des Lastenrads und Foto • Bei Elektro-Antrieb: Nachweis Ökostrombezug (eigene PV-Anlage, Stecker-Solargerät oder Vertrag über Bezug von 100% zertifiziertem Ökostrom) • Nachweis über Abschaffung eines Autos (Abmeldung, Kaufvertrag) • Motivations- oder Erfahrungsbericht mit Foto für die städtische Homepage
Fördertatbestand	E-Bike / Pedelec / Fahrrad
Förderhöhe	20% des Kaufpreises, max. 250,- €
Bedingungen	• Förderung von E-Bikes, Pedelecs und Fahrrädern, die für regelmäßige Fahrten eingesetzt werden und die ansonsten mit dem PKW zurückgelegt würden: Einsatz für Arbeits- oder Ausbildungswege (keine Förderung von reinen „Freizeiträdern“) • Kauf oder Leasing bei regionalen Fahrradhändlern (Umkreis 30 km um Erkelenz)

Nachweise	• Rechnung oder Leasingvertrag • Bei Elektro-Antrieb: Nachweis Ökostrombezug (eigene PV-Anlage, Stecker-Solargerät oder Vertrag über Bezug von 100% zertifiziertem Ökostrom) • Bescheinigung vom Arbeitgeber oder der Ausbildungsstätte über die Nutzung für den Arbeits-/Ausbildungsweg oder schriftliche Einzelbegründung über die regelmäßige Nutzung, die PKW- Fahrten ersetzen
Fördertatbestand	Fahrradanhänger für Lastentransport oder Kinderbeförderung
Förderhöhe	25% des Kaufpreises, max. 200,- € Förderungen unter 50 € kommen nicht zur Auszahlung (Bagatellgrenze)
Bedingungen	• Serienmäßig konzipierte Anhänger für Fahrräder und Pedelecs mit einer Zuladung von mindestens 40 kg • Nicht förderfähig sind Eigenbauten
Nachweise	• Rechnung des Fachbetriebs Foto des Fahrradanhängers

3.2 Bauen und Sanieren

27 % der Treibhausgasemissionen in Erkelenz entstehen in privaten Haushalten. Ein großer Teil davon bei der Erzeugung von Heizungswärme. Daher ist es wichtig, durch energetische Sanierungen der Gebäude den Wärmebedarf zu senken und die Heiztechnik zu optimieren. In diesem Bereich existieren zudem umfangreiche Förderprogramme des Bundes, über die man sich im Rahmen einer Energieberatung informieren kann.

Bauen und Sanieren	
Fördertatbestand	Sanierung eines Bestandsgebäude zum Effizienzhaus KfW 70 Standard
Förderhöhe	pauschal 1.500,- €
Bedingungen	• Gilt nur für Bestandsgebäude
Nachweise	• Fördermittelnachweis der KfW oder Bestätigung des KfW 70 Standards durch einen qualifizierten Energieberater oder Architekten
Fördertatbestand	Sanierung eines Bestandsgebäude zum Effizienzhaus KfW 55 Standard
Förderhöhe	pauschal 3.000,- €
Bedingungen	• Gilt nur für Bestandsgebäude
Nachweise	• Fördermittelnachweis der KfW oder Bestätigung des KfW 55 Standards durch einen qualifizierten Energieberater oder Architekten
	•

Fördertatbestand	Energetische Sanierung : Tausch von Fenstern und Türen
Förderhöhe	pauschal 100,- € pro Fenster; 200,- € pro Tür; max. 1.000,- € gesamt
Bedingungen	• Gilt nur für Bestandsgebäude • Gilt nur für Türen und Fenster, die eine beheizte Wohnung nach außen abgrenzen • Balkon- und Terrassentüren zählen als Fenster • Einbau durch beauftragte Fachfirma aus der Region (Umkreis 30 km um Erkelenz) • Energieberatung durch die Verbraucherzentrale NRW (kostenlos) oder einen anderen qualifizierten Energieberater vor Auftragserteilung an den Handwerker. Eine Beratung durch die ausführende Fachfirma ist nicht ausreichend • Fenster/Glastüren: U_w-Wert 0,95 W/m²K oder besser • Türen: U_d-Wert 1,3 W/m²K oder besser
Nachweise	• Nachweis einer unabhängigen Energieberatung zum geförderten Sachverhalt vor Auftragserteilung an den Handwerker. Eine Beratung durch die ausführende Fachfirma ist nicht ausreichend. • Rechnung des Fachbetriebs mit technischen Angaben und Herstellernachweis der U_w-bzw. U_d-Werte zu den Fenster und Türen
Fördertatbestand	Heizungspumpentausch
Förderhöhe	pauschal 100,- € pro Heizungspumpe
Bedingungen	• Gilt nur für den Heizungspumpentausch für Bestandsanlagen (keine Förderung von Pumpen neuer Heizungsanlagen) • Einbau durch beauftragte Fachfirma aus der Region (Umkreis 30 km von Erkelenz)
Nachweis	• Rechnung des Fachbetriebs
Fördertatbestand	Hydraulischer Abgleich Heizungsanlagen (Bestand)
Förderhöhe	• pauschal 200,- €
Bedingungen	• Nur für bestehende Heizungssysteme • Keine Förderung für Personen, die ab dem 1.10.22 nach der EnSimiMaV verpflichtet sind den hydraulischen Abgleich durchzuführen (betrifft Gebäude ab 6 Wohneinheiten)
Nachweis	• Rechnung Fachbetrieb

3.3 Erneuerbare Energien

Ein wichtiger Baustein der Energiewende ist die Erzeugung von erneuerbaren Energien, vor allem vom Strom, aber auch von Wärme. Private Photovoltaik- und Solarthermieanlagen können dazu einen erheblichen Beitrag leisten.

Erneuerbare Energien	
Fördertatbestand	Photovoltaikanlage (Dach/Fassade)
Förderhöhe	100,- € pro kWp installierte Leistung, max. 1.000 € gesamt
Bedingungen	• Dach oder Fassadenmontage • Energieberatung durch die Verbraucherzentrale NRW (kostenlos) oder einen anderen qualifizierten Energieberater vor Auftragserteilung an den Handwerker. Eine Beratung durch die ausführende Fachfirma ist nicht ausreichend. • Nicht für Neubauten mit Bauantrag ab dem 01.01.2025 (PV-Pflicht) • Ausblick 2026: Nicht im Rahmen von Dachsanierungen ab dem 01.01.2026 (PV-Pflicht) • Nicht für KfW 40 Plus oder Passivhaus Plus Häuser, wenn dafür Fördermittel bezogen wurden • Nicht bei Inanspruchnahme des KfW-Förderprogramms „Solarstrom für Elektroautos“ (KfW 442) • Einbau durch beauftragte Fachfirma aus der Region (Umkreis 30 km um Erkelenz)
Nachweise	• Nachweis einer unabhängigen Energieberatung zum geförderten Sachverhalt vor Auftragserteilung an den Handwerker. Eine Beratung durch die ausführende Fachfirma ist nicht ausreichend. • Rechnung des Fachbetriebs aus der Region (Umkreis 30 km um Erkelenz) • Auszug aus dem Marktstammdatenregister, aus der die Inbetriebnahme der Anlage hervorgeht. • Ausblick 2026: Foto des Förderobjekts (vorher/nachher)
Fördertatbestand	Stecker-Solargeräte bis 0,8 kWp
Förderhöhe	pauschal 200,- €
Nachweise	• Rechnung über die Anschaffung des Geräts • Foto der installierten Anlage
Hinweis:	• Eine Stecker-Solaranlage muss bei der Bundesnetzagentur angemeldet werden • Infos unter https://www.verbraucherzentrale.de/wissen/energie/erneuerbare-energien/steckersolar-solarstrom-vom-balkon-direkt-in-die-steckdose-44715
Fördertatbestand	Solarthermische Anlagen

Förderhöhe	pauschal 500,- € für Anlagen zur Warmwasserbereitung pauschal 1.000,-€ für Anlagen zur Warmwasserbereitung und Heizungsunterstützung
Bedingungen	• Gilt nur für Bestandsgebäude • Energieberatung durch die Verbraucherzentrale NRW (kostenlos) oder einen anderen qualifizierten Energieberater vor Auftragserteilung an den Handwerker. • Einbau durch beauftragte Fachfirma aus der Region (Umkreis 30 km um Erkelenz)
Nachweise	• Nachweis einer Energieberatung zum geförderten Sachverhalt vor Auftragserteilung an den Handwerker • Rechnung des Fachbetriebs aus der Region (Umkreis 30 km um Erkelenz)

3.4 Klimafolgenanpassung und Biodiversität

Als Folge des globalen Klimawandels werden Wetterextreme wie Hitze und Starkregenereignisse zunehmen. Zudem stellt die seit Jahren abnehmende Pflanzenvielfalt sowie das Insektensterben eine große Herausforderung dar. Mit vielen kleinen Maßnahmen im Haus- und Gartenbereich können auf lokaler Ebene positive Effekte zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels und die Stärkung der Biodiversität erreicht werden.

Klimafolgenanpassung und Biodiversität	
Fördertatbestand	Dachbegrünung
Förderhöhe	20,- € /m², maximal 1.000,- € gesamt für Pflanzen-, Material- und Baukosten
Bedingungen	• Dachbegrünung mit Substratauflage von mindestens 8 cm • Bepflanzung mit mehrjährigen vorzugsweise heimischen Pflanzen
Nachweise	• Rechnung des Fachbetriebs aus der Region (Umkreis 30 km um Erkelenz) • Foto des Förderobjekts (vorher/nachher)
Fördertatbestand	Fassadenbegrünung
Förderhöhe	10,- € /m², maximal 1.000,- € gesamt für Pflanzen-, Material- und Baukosten
Bedingungen	Förderfähig sind: • Rankhilfen, Fassadenbegrünungssysteme, Pergolen sowie Pflanzen und Pflanzmaßnahmen • Es werden nur Pflanzen gefördert, die nur mit einer Rankhilfe gedeihen • keine Förderung von Pflanzkübeln

	• Förderfähig sind auch vorbereitende Maßnahmen wie das Entfernen von Bodenversiegelungen, aber keine Fassadensanierung,
Nachweise	• Rechnung des Fachbetriebs aus der Region (Umkreis 30 km von Erkelenz) • Erfahrungsbericht und Foto des Förderobjekts (vorher/nachher)
Fördertatbestand	Rückbau Schottergärten /Entsiegelung von Flächen und Begrünung
Förderhöhe	30% der förderfähigen Kosten, maximal 1.000,- €
Bedingungen	• Umwandlung von artenarmen und hitzebildenden Schotterflächen oder anderweitig versiegelten Flächen in hochwertige Lebensräume (mindestens 5 m^2 zusammenhängend) • Förderfähig sind der Rückbau und Abtransport von Schotter sowie der anschließende Auftrag von Mutterboden und die Bepflanzung, jedoch keine neuen baulichen Maßnahmen wie Zäune oder Gehwegplatten • Gilt nicht für Maßnahmen, mit denen ein durch den Bebauungsplan sowieso vorgeschriebener Zustand hergestellt wird
Nachweise	• Rechnung des Fachbetriebs aus der Region (Umkreis 30 km um Erkelenz) oder bei Eigenleistung die Rechnung der Sachkosten • Dokumentation mit Fotos (vorher/nachher)
Fördertatbestand	Anlage zur Regenwasser-Nutzung
Förderhöhe	20% der förderfähigen Kosten, max. 1.000,- € gesamt
Bedingungen	• Anlage zur Regenwassernutzung von mindestens 2 m^3 bzw. 2.000 Litern Hinweis: Einbau von Zwischenzähler für Berechnung der Kanalgebühren mit Ausnahme der Nutzung zur Gartenbewässerung
Nachweise	• Rechnung des Fachbetriebs • Dokumentation mit Fotos

3.5 Nachhaltiger Konsum

Der Kauf und die Nutzung von Konsumgütern aller Art hat große Auswirkungen auf den Klimawandel und auf den Verbrauch knapper Ressourcen. Die Herstellung, der Transport, die Nutzung wie auch die Entsorgung von Gütern des Alltags haben Folgen für die Umwelt. Durch bewusste Kaufentscheidungen kann man daher aktiv zum Umwelt- und Klimaschutz beitragen.

Nachhaltiger Konsum	
Fördertatbestand	Stoffwindeln
Förderhöhe	100,- € pro Kind und Jahr

Bedingungen	• Kinder im Windelalter bis zum vollendeten 3. Lebensjahr • Förderung über maximal 3 Jahre • Stoffwindeln im Sinne von keine Einwegwindeln
Nachweise	• Rechnung vom Kauf von Windeln und Zubehör oder Vertrag mit einem Windelservice • Erfahrungsbericht und Dokumentation mit Foto
Fördertatbestand	Energiesparende Haushaltsgroßgeräte
Förderhöhe	pauschal 50,- €
Bedingungen:	• Haushaltsgroßgeräte umfassen Kühlschränke, Tiefkühltruhen, Geschirrspüler, Waschmaschinen • Förderfähig ist maximal ein Gerät pro Haushalt und Jahr • Gefördert werden ausschließlich energieeffiziente Haushaltsgroßgeräte, die mit dem seit 2021 gültigen EU-Energielabels bewertet sind: o Waschmaschine (Effizienzklassen A oder B, gültig ab 01.03.2021) o Geschirrspülmaschine (Effizienzklassen A bis C, gültig ab 01.03.2021) o Kühl-/Gefriergerät (Effizienzklassen A bis C, gültig ab 01.03.2021) Mehr Infos zu den Energielabels inklusive Einspartipps unter: www.verbraucherzentrale.de/wissen/umwelt-haushalt/nachhaltigkeit/energielabels-eine-uebersicht-5751
Nachweise	• Rechnung des Fachbetriebs aus der Region (Umkreis 30 km um Erkelenz) • Beleg der Energieeffizienzklasse z.B. mit Foto des Aufklebers
Fördertatbestand	Best Practice Beispiel Nachhaltiger Konsum
Förderhöhe	Förderung/Prämierung von fünf ausgewählten Praxisbeispielen nachhaltigen Konsums im Gesamtwert von 1.500,- €
Bedingungen	• Einreichung einer schriftlichen Bewerbung • Das Best Practice Beispiel zeigt, wie ein nachhaltiges Konsumverhalten umgesetzt wurde (Ideen, die aber noch nicht umgesetzt wurden, können nicht prämiert werden)
Nachweis	• Bewerbung, die mindestens eine aussagekräftige Beschreibung umfasst und möglichst durch Fotos und/oder Filmbeiträge oder durch andere Formate ergänzt wird und das nachhaltige Konsumverhalten für die Jury nachvollziehbar darlegt und belegt.

4. Allgemeine Förderbestimmungen

Was ist zu beachten?

Es gilt ein Förderhöchstbetrag von max. 3.000 € pro Haushalt und Jahr.

Mehrere verschiedene Maßnahmen können gemeinsam zur Auszahlung beantragt werden.

Es wird pro Haushalt und Jahr nur je eine gleiche Maßnahme gefördert (z.B. ein Pedelec pro Haushalt pro Jahr).

Die „entstandenen Kosten laut Beleg“ können aus Sach- und Materialkosten (inkl. Mieten von Geräten) sowie aus Planungs- und Baukosten von Dienstleistern bestehen.

Für die Festlegung der Förderhöhe können nur die „entstandenen Kosten laut Beleg“ anerkannt werden, die eindeutig der förderfähigen Maßnahme zuzuordnen sind und die für die Realisierung dieser Maßnahme erforderlich sind.

Wenn eine Rechnungskopie/Angebot bzw. Nachweis von Verträgen als Nachweise gefordert werden, gilt: Die Unterlagen müssen den Verkäufer/Anbieter, den Käufer/Nutzer, die genaue Bezeichnung der Maßnahme/des Objektes, falls abweichend von der Rechnungsadresse die Durchführungsadresse, die Anzahl des Produktes/der Produkte sowie den gezahlten Preis enthalten.

Kumulierungen mit anderen Förderprogrammen sind möglich, sofern diese eine Kumulierung zulassen. Es erfolgt keine Prüfung seitens der Stadt zur Verträglichkeit mit anderen Förderprogrammen und die Stadt übernimmt keine Haftung für durch die städtische Förderung ggf. wegfallende oder gekürzte Fördermittel einer anderen Stelle.

Der Geltungsbereich ist auf das Stadtgebiet Erkelenz begrenzt.

Förderfähig sind Maßnahmen, deren Umsetzung zum Zeitpunkt der Antragstellung maximal 12 Monate zurückliegt. Eine Antragsstellung rückwirkend über diesen Zeitraum hinaus ist ausgeschlossen.

Die Notwendigkeit einer denkmalrechtlichen Erlaubnis bleibt von der Förderung unberührt und bleibt im Verantwortungsbereich des Antragstellers. Für denkmalgeschützte Gebäude ist daher die Zustimmung der unteren Denkmalschutzbehörde der Stadt Erkelenz vorzulegen (Abteilung Bauaufsicht & Denkmalpflege).

Das Förderprogramm verteilt an Privatpersonen ausschließlich städtische Haushaltsmittel als Fördermittel.

Es besteht kein Rechtsanspruch auf Förderung.

Bei allen Förderungen handelt es sich um den Ersatz von Aufwendungen.

Was wird <u>nicht</u> gefördert?

Maßnahmen, die gegen (bau)rechtliche Belange bzw. Gesetze oder Verordnungen verstoßen. Der Antragssteller hat die baurechtliche Zulässigkeit und Rechtmäßigkeit sicherzustellen.

Maßnahmen, bei denen die Angemessenheit der Kosten nicht zweifelsfrei festgestellt werden kann.

Eigenleistungen in Form von selbst geleisteter Arbeit. Bei Eigenleistung sind nur Sach- bzw. Materialkosten förderfähig.

Bäume, Sträucher und andere Gestaltungselemente werden nicht gefördert, wenn die Besitzer durch den dort geltenden Bebauungsplan zu einer Bepflanzung verpflichtet sind.

Maßnahmen an Wohngebäuden, bei denen unter 50% der Fläche für Wohnzwecke genutzt wird sowie Maßnahmen an allen Gebäuden mit über acht Wohneinheiten.

Maßnahmen, deren Umsetzung gesetzlich und/oder durch einen Bebauungsplan vorgeschrieben sind.

5. Antrags- und Bewilligungsverfahren

5.1. Antragsstellung

Die Antragstellung erfolgt online über das Serviceportal auf der Internetseite der Stadt Erkelenz https://service.erkelenz.de/suche/-/egov-bis-detail/dienstleistung/164240/show. Auf gesonderte Anfrage können die Antragsformulare auch in gedruckter Form zur Verfügung gestellt werden.

Fragen zum Förderprogramm können vorab per Mail an klimaschutz@erkelenz.de oder an Tel. 02431/85-188 gerichtet werden. Eine Kontaktaufnahme vor Beantragung der Fördermittel wird empfohlen.

Die Förderanträge sind online oder in Ausnahmenfällen schriftlich und möglichst vollständig zusammen mit den benötigten Nachweisen und Unterlagen einzureichen.

Im Regelfall erfolgt die Antragsstellung auf Fördermittel nach bereits erfolgter Umsetzung der Maßnahme einschließlich der Begleichung der Schlussrechnung durch den Antragstellenden. Die Förderung ist in diesem Sinne ein „Rechnungszuschuss“.

Damit ein Antrag im aktuellen Haushaltsjahr noch abgewickelt werden kann, müssen alle Unterlagen bis zum 30.11. des aktuellen Jahres vorliegen. Sofern nicht alle Unterlagen vorliegen, werden die Förderanträge abgelehnt und vorgenommene Reservierungen verfallen.

Mit Beginn des jeweils nächsten Jahres bzw. nach Freigabe des Haushalts im Folgejahr können die Förderanträge neu gestellt werden, sofern vom Rat der Stadt Erkelenz Fördermittel für entsprechende Fördertatbestände zur Verfügung gestellt wurden.

5.2. Mittelreservierung

Bei Maßnahmen mit längeren Planungen (z.B. Sanierungen) oder langen Lieferzeiten, kann bereits vor Abschluss der Maßnahme ein Antrag auf Förderung gestellt werden. In diesem Fall können „Fördermittel reserviert“ werden. Dem Antrag sind in diesen Fall die vollständigen Unterlagen mit einem qualifizierten Angebot eines entsprechenden Dienstleisters/Anbieters und einer Auftragsbestätigung beizufügen. Dem Angebot muss zu entnehmen sein, dass die jeweils geforderten Bedingungen für die Fördermaßnahme eingehalten werden. Gegebenenfalls ist dies durch zusätzliche Unterlagen nachzuweisen. Sollte für die Förderung eine vorherige Energieberatung erforderlich sein, muss dem Antrag der Nachweis der erfolgten Energieberatung beigefügt sein. Nach erfolgreicher Prüfung des Antrags können Mittel für den Antrag reserviert werden. Mittelreservierungen können nur für Anträge gewährt werden, die bis zum 30.9. eines jeden Jahres gestellt werden.

Bei „Mittelreservierungen“ ist nach Umsetzung der Maßnahme die Rechnung per E-Mail nachzureichen. Eine Förderung wird maximal in der Höhe gewährt, die vorab reserviert wurde.

Antragsstellungen sind grundsätzlich nur bis zum 30.11. des aktuellen Jahres möglich.

5.3. Prüfung und Bewilligung der Zuschüsse

Die Förderung erfolgt grundsätzlich erst nach erfolgter und nachgewiesener Umsetzung der Maßnahmen und Zahlung durch den Antragstellenden.

Die eingereichten Anträge werden zunächst fachlich von der Stadt Erkelenz und gegebenenfalls unter Einbeziehung der Expertise eines Energieberaters geprüft.

Sollten die Anträge unvollständig sein, werden die fehlenden Unterlagen mit Fristsetzung nachgefordert.

Vollständige Anträge werden in der Reihenfolge des Eingangsdatums bearbeitet. Das Eingangsdatum ist das Datum, bei dem alle erforderlichen Unterlagen vorliegen.

Wenn die Förderbedingungen erfüllt sind und die Nachweise vorliegen, wird der Zuschuss bewilligt. Dies erfolgt unter der Maßgabe der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel inklusive der Teilbudgets für bestimmte Fördertatbestände.

Sollten mehr Anträge eingehen als Budget vorhanden ist, werden die Antragstellenden informiert. Sollten wieder Mittel verfügbar sein, rücken die Anträge in der Reihenfolge des Eingangsdatums nach.

Nach Bewilligung der Förderung wird der Antragstellende von der Stadt Erkelenz mit einem Bewilligungsbescheid per E-Mail oder Post informiert.

Dem Bewilligungsbescheid liegt ein Rückantwortschreiben bei, das der Antragstellende unterschrieben zurücksenden muss. Darin bestätigt der Antragstellende die Bindungsfristen und fördertatbestandbezogene Verpflichtungen, die sich aus der vorliegenden Richtlinie geben.

Nach Eingang der unterschriebenen Rückantwort, wird seitens der Stadt die Auszahlung der Zuschüsse veranlasst.

Beim Fördertatbestand „Best Practice Beispiel nachhaltiger Konsum“ handelt es sich um eine Prämierung, bei dem der Klimabeirat der Stadt Erkelenz mitentscheidet. Da der Klimabeirat unregelmäßig tagt, kann die Entscheidung mehrere Monate dauern und erfolgt spätestens bis zum Jahresende.

6. Nachweise, Pflichten des Antragstellenden

Die in Kapitel 3 definierten Nachweise dienen dazu, die Einhaltung der Förderbedingungen sicherzustellen. Die Nachweise sind digital oder in Ausnahmefällen postalisch als Kopie einzureichen.

Die Stadt Erkelenz ist berechtigt, die Originalbelege und -unterlagen der bezuschussten Maßnahmen auf Anfrage einzusehen und zu prüfen bzw. prüfen zu lassen. Die Aufbewahrungsfrist beträgt fünf Jahre.

Der Nachweis einer unabhängigen Energieberatung zu den Fördertatbeständen hat, wo es gefordert ist, schriftlich zu erfolgen. Es bedarf dazu keines ausführlichen Beratungsprotokolls sonderlich lediglich der Bestätigung, dass eine Energieberatung zu dem Sachverhalt stattgefunden hat, für den eine Förderung beantragt wird. Als Energieberatung werden folgende Beratungsstellen akzeptiert:

Energieberatung der Verbraucherzentrale: Terminvereinbarung unter 02 11 / 33 99 65 65 oder über die Stadt Erkelenz: 02 43 1/ 85 188.

Energieberatung durch die Regioenergiegemeinschaft e.V. bzw. das Energieeffizienznetzwerk Aachen: Terminvereinbarung unter Tel. 02 41 / 99 00 13 0

Alle unter www.energie-effizienz-experten.de gelisteten Energieberater und Energieberaterinnen

Andere Energieberatungsstellen, wo eine Qualifizierung glaubhaft nachvollzogen werden kann.

Ausdrücklich nicht akzeptiert werden Energieberatungen durch den Betrieb, der die zur Förderung beantragten Maßnahmen durchführt.

Durch den Nachweis einer unabhängigen Energieberatung möchte die Stadt Erkelenz sicherstellen, dass die bereitgestellten Fördermittel bestmöglich und zum Nutzen des jeweiligen Fördermittelbegünstigten eingesetzt werden.

Die Zweckbindungsfrist für die Fördermaßnahmen beträgt bei allen gebäudebezogenen Maßnahmen in den Bereichen „3.2. Bauen und Sanieren“, „3.3 Erneuerbare Energien“ sowie „3.4. Klimafolgenanpassung und Biodiversität“ fünf Jahre.

Bei Veräußerung von bezuschussten Maßnahmen innerhalb der Zweckbindungsfrist ist dem zukünftigen Eigentümer die Fördermittelzusage sowie das Rückantwortschreiben mit Bestätigung der Bindungsfristen zu übergeben. Die Pflichten gehen auf den neuen Eigentümer über.

Mitarbeitende der Stadt Erkelenz oder beauftragte Energieberater dürfen die bezuschussten Grundstücke, Gebäude bzw. Wohnungen für Prüfungen und Messungen nach Voranmeldung für die Dauer der Bindungsfristen betreten, um die Umsetzung der Maßnahmen nachzuvollziehen.

Die Zweckbindungsfrist im Bereich „3.1 Mobilität“ beträgt drei Jahren. Bei einer Veräußerung der geförderten Maßnahme innerhalb der Bindungsfrist, ist dies schriftlich anzuzeigen und die Fördersumme zurückzuzahlen.

7. Auszahlung

Pro Haushalt und Jahr werden maximal 3.000 € ausgezahlt.

Die finanzielle Förderung wird als einmaliger Zuschuss gewährt.

Die geförderten Investitionskosten umfassen Material und Montage. Bei Eigenleistungen werden nur die Sachkosten gefördert. Die Mehrwertsteuer wird berücksichtigt.

Die Auszahlung des Förderbetrags erfolgt mathematisch auf oder abgerundet auf den vollen €betrag.

Die Stadt Erkelenz behält sich vor, den gewährten Zuschuss komplett bzw. anteilig zuzüglich einer eventuellen Verzinsung nach § 49a VwVfG NRW. zurückzufordern, wenn gegen eine Bedingung dieser Richtlinie oder gegen die Verpflichtungen innerhalb der Zweckbindungsfrist verstoßen wird.

Die Zweckbindungsfrist beginnt mit dem Datum der Auszahlung der Förderung. Die Zweckbindung umfasst den grundsätzlichen Erhalt/Weiterbetrieb der geförderten Maßnahmen mit den zugehörigen Bedingungen über die Dauer der Zweckbindungsfrist – die Förderung soll dauerhaft im Sinne des Klimaschutzes wirken.

8. Ausschluss des Rechtsanspruchs

Bei dem Förderprogramm „Klimaschutz & Klimaanpassung in Erkelenz“ handelt es sich um eine freiwillige Leistung aus städtischen Haushaltsmitteln. Ein Rechtsanspruch auf Bewilligung von Zuschüssen besteht nicht.

Die Zuteilung erfolgt im Rahmen der haushaltsrechtlich zur Verfügung stehenden Mittel in der Reihenfolge des Eingangs der vollständigen prüfungsfähigen Anträge. Wenn die haushaltsrechtlich bereitgestellten Mittel aufgebraucht sind, findet in der Lokalpolitik eine Entscheidung über eine etwaige Erhöhung der Mittel statt. Zu einer Erhöhung ist die Stadt Erkelenz nicht verpflichtet.

Bei einer gravierenden Änderung der Finanzlage ist die Stadt berechtigt, das Förderprogramm zu stoppen und keine Förderzusagen mehr zu erteilen.

9. Datenschutz

Mit Beantragung der Förderung willigt der/die Förderempfangende ein, dass die Stadt Erkelenz personenbezogene Daten zum Zwecke der Prüfung des Förderanspruchs, der Rückfrage zu Antragsunterlagen sowie zur Auszahlung der Förderung und einer Evaluation im Zeitraum der Bindungsfristen verarbeiten darf. Die Daten werden nicht an Dritte – mit Ausnahme an einen beauftragten Energieberater für den Fall von Vor-Ort-Kontrollen oder ggf. zur Unterstützung bei der

Antragsbearbeitung – weitergegeben. Die Daten werden nach dem Ablauf der Bindungsfrist gelöscht.

Der/Die Fördermittelempfangende verpflichtet sich prinzipiell bei Fördermaßnahmen bei denen ein Erfahrungsbericht gefordert wird, dass dieser in Rücksprache durch die Stadt veröffentlicht und im Rahmen von politischen Sitzungen für Präsentationen verwendet werden kann. Der/Die Fördermittelempfangende räumt somit der Stadt Erkelenz Veröffentlichungsrechte für von ihm/ihr erstellte Fotos und Texte ein.

Die Stadt Erkelenz berichtet gegenüber der Kommunalpolitik über den Erfolg des Förderprogramms in Hinblick auf Klimaschutzeffekte und lokale Wertschöpfung. Zu diesem Zweck werden anonymisierte Daten zu den gestellten Anträgen, den geförderten Maßnahmen, den Förderhöhen sowie zur Umsetzung in Zusammenarbeit mit lokalen Unternehmen veröffentlicht.

Weitere Informationen zum Datenschutz finden Sie im Informationsblatt nach Artikel 13 der EU-Datenschutz-Grundverordnung (als Download im Serviceportal) sowie unter folgendem Link: https://www.erkelenz.de/rat-verwaltung-serviceportal/eu-datenschutzgrundverordnung/

10. Inkrafttreten und Veröffentlichung

Diese Richtlinie tritt zum 01.01.2025 in Kraft und gilt für alle Maßnahmen, die ab diesem Zeitpunkt umgesetzt werden sowie für Maßnahmen, die zum Zeitpunkt der Antragstellung maximal 12 Monate zurückliegen, sofern eine Förderung beantragt wurde und die Bedingungen erfüllt sind.

Die Richtlinie ist zunächst bis zum 31.12.2025 gültig, solange die Stadt Erkelenz keine Änderung der Inhalte oder der Laufzeit beschließt.

Für die Änderung der Inhalte der Förderrichtlinie bedarf es eines politischen Beschlusses des Rates der Stadt Erkelenz.

Die Richtlinie wird auf der Internetseite der Stadt Erkelenz veröffentlicht.

Ansprechpersonen:

Klimaschutzmanager
NN
Tel. 02 43 1 / 85 188
Email: klimaschutz@erkelenz.de

Alexandra Bocken-Keimes
Tel. 02 43 1 / 85 131
Email: alexandra.bocken-keimes@erkelenz.de

Stadt Erkelenz
Referat für Klimaschutz
Johannismarkt 17
41812 Erkelenz

ERKELENZ

Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 20/681/2024 Status: öffentlich AZ:
Federführend: Amt für Kommunalwirtschaft und Liegenschaften/Kämmerei	Datum: 14.11.2024 Verfasser: Amt 20 Gorgina Mertins

Bestellung eines technischen Betriebsleiters für den Städtischen Abwasserbetrieb Erkelenz

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
04.12.2024	Ausschuss für Bauen, Betriebe, Klimaschutz und Umwelt
11.12.2024	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:
Mit Beendigung der Wahlperiode des Technischen Beigeordneten Ansgar Lurweg zum 31.01.2025 ist die Stelle des Technischen Beigeordneten neu zu besetzen. Der Rat hat daher in seiner Sitzung am 25.09.2024 Martin Fauck zum neuen Technischen Beigeordneten der Stadt Erkelenz ab dem 01.02.2025 gewählt.

Die Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) sieht im § 4 a vor, dass der Rat über die Bestellung und die Abberufung der Betriebsleitung bei einem Abwasserbetrieb entscheidet. Dem folgend bestimmt § 3 Abs. 1 der Betriebssatzung der Stadt Erkelenz für den Städtischen Abwasserbetrieb Erkelenz, dass der Technische Beigeordnete gleichzeitig mit der Position der technischen Betriebsleitung betraut wird.

Es wird daher vorgeschlagen Ansgar Lurweg zum 31.01.2025 als technischen Betriebsleiter abzubestellen und Martin Fauck mit Wirkung zum 01.02.2025 zum neuen technischen Betriebsleiter des Städtischen Abwasserbetriebes zu bestellen.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an den Rat):
„1. Ansgar Lurweg wird mit Beendigung der Wahlperiode zum 31.01.2025 als technischer Betriebsleiter des Städtischen Abwasserbetriebs abberufen.

2. Martin Fauck wird ab dem 01.02.2025 zum technischen Betriebsleiter des Städtischen Abwasserbetriebes bestellt.“

Klima-Check:
Trägt der Beschlussentwurf zum Klimaschutz oder zur Klimafolgenanpassung bei?

Ja ☐ Nein ☒

Eine unmittelbare Auswirkung auf dem Klimaschutz oder der Klimafolgenanpassung ergibt sich durch den vorliegenden Beschluss nicht.

Finanzielle Auswirkungen:

ERKELENZ

Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr:	0/51/345/2024
	Status:	öffentlich
	AZ:	
Federführend:	Datum:	04.10.2024
Amt für Kinder, Jugend, Familie und Soziales	Verfasser:	Amt 50/51 Inga Heinrichs Amt 50/51 Michael Wirtz

Neufassung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Betreuungsangeboten für Kinder in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege im Jugendamtsbezirk Erkelenz vom 28.11.2024

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
28.11.2024	Jugendhilfeausschuss
05.12.2024	Haupt- und Finanzausschuss
11.12.2024	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:

In der Jugendhilfeausschusssitzung am 24.06.2024 wurde über die Elternbeitragssatzung für die Kindertageseinrichtungen diskutiert. Dem Amt für Kinder, Jugend, Familie und Soziales wurde aufgetragen, für die nächste Jugendhilfeausschusssitzung einen Vorschlag zu erarbeiten, der Eltern weiter entlastet, insbesondere in den unteren Einkommensbereichen.

Zur Entlastung der Eltern wurde überprüft, welche Einnahmeausfälle der Stadt Erkelenz dadurch entstehen würden, wenn die Beitragsgruppe bis 38.000 Euro entfallen würde. Die Beitragsgruppe bis 27.000 Euro Jahreseinkommen ist bereits beitragsbefreit.

Ferner wurde die Möglichkeit überprüft, eine weitere Einkommensgruppe für die höheren Einkommen einzufügen, auch um die Beitragsausfälle in den unteren Einkommensgruppen teilweise zu kompensieren.

Die „Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Betreuungsangeboten für Kinder in Tageseinrichtungen und in Tagespflege im Jugendamtsbezirk Erkelenz vom 27.02.2020“ ist die Grundlage für die Erhebung von Beiträgen von Eltern, deren Kinder eine Kindertageseinrichtung oder eine Kindertagespflege im Stadtgebiet Erkelenz besuchen. Die Elternbeiträge sind nach Einkommen in der Höhe gestaffelt und werden auf Grundlage verschiedener Befreiungstatbestände u. U. erlassen.

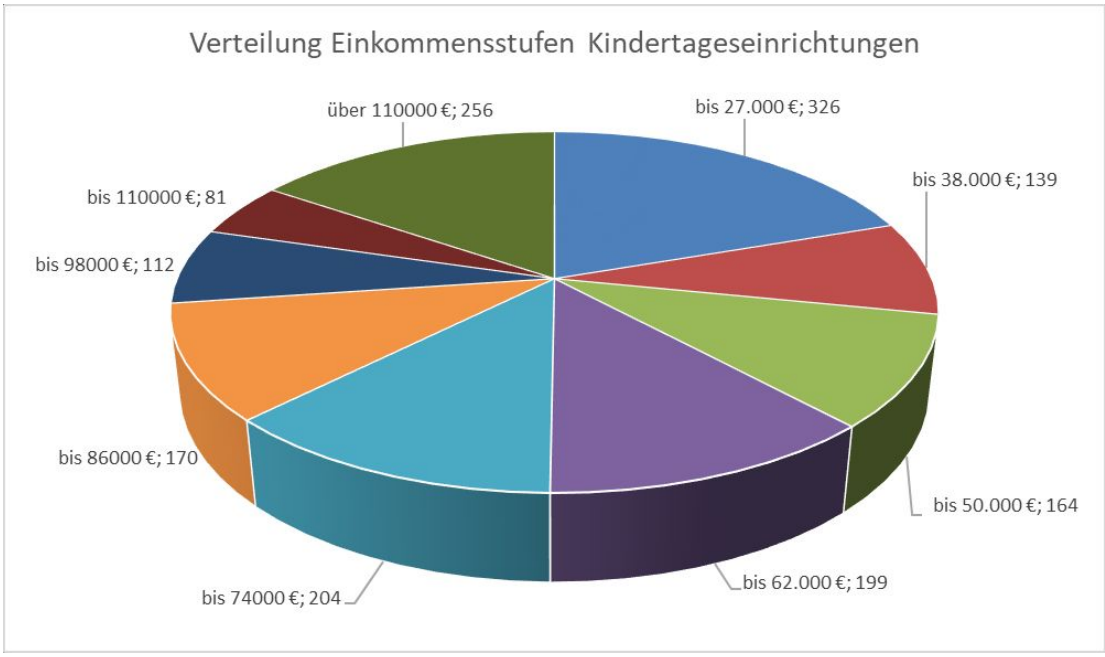
- So zahlen Eltern mit einem Jahresbruttoeinkommen bis 27.000 € überhaupt keinen Elternbeitrag (aktuell im September 2024 326 Kinder in Kitas und 17 in der Kindertagespflege).
- Eltern mit mehreren Kindern in der Kindertagesbetreuung zahlen nur für ein Kind einen Beitrag („Geschwisterregelung“) (aktuell 163 Kinder in Kitas und 24 in der Kindertages-

pflege).

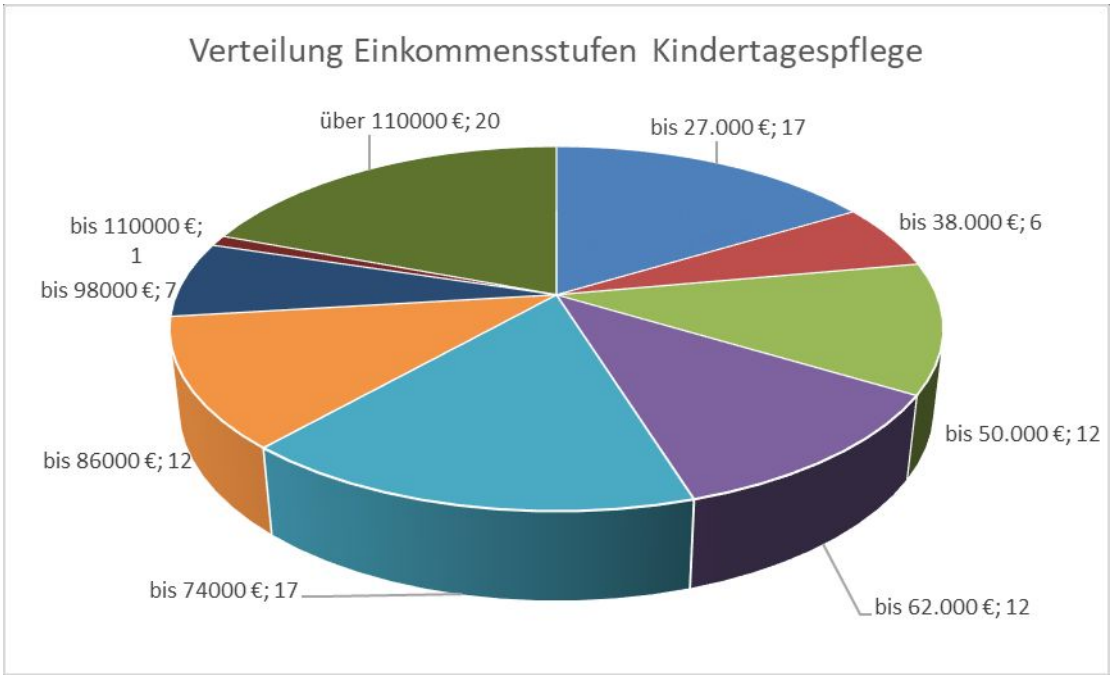
- Eltern mit Kindern, die bis zum 30.09. eines Kindergartenjahres mindestens vier Jahre alt sind, sind beitragsbefreit („letztes und vorletztes Kitajahr“), dann auch für evtl. jüngere Geschwister (aktuell 663 Kinder).

Für alle verbleibenden Familien gelten die festgesetzten Elternbeiträge, die jährlich angepasst werden.

Im Monat September 2024 betrugen die Einnahmen aus den Elternbeiträgen von 1651 betreuten Kitakindern im Stadtgebiet insgesamt 141.247,05 €. Hierbei sind die Familien wie in der folgenden Grafik dargestellt auf die Einkommensgruppen verteilt. In allen Beitragsgruppen gibt es jedoch zahlreiche Familien mit Geschwisterkindern oder im letzten und vorletzten Kitajahr, die also beitragsbefreit sind.



In der Kindertagespflege belaufen sich die Einnahmen aus den Elternbeiträgen von 104 Tageskindern auf monatlich 23.312,55 € (September 2024). In 24 Fällen greift hier die Geschwisterkindregelung.
Die Verteilung auf die Einkommensstufen in der Kindertagespflege gestaltet sich wie folgt.



Ein Wegfallen der Einkommensstufe „bis 38.000 Euro“ würde monatlich mit Einnahmeausfällen in Höhe von ca. 4.005 € einhergehen. In der Kindertagespflege läge der Ausfall bei ca. 545 €.
Nimmt man an, dass ein Drittel der jeweiligen Beitragszahler in der Stufe „über 110.000 Euro“ nach Einführung derselben in die nächsthöhere Beitragsstufe aufsteigen würden, so entstünden auf diese Weise Mehreinnahmen von monatlich ca. 2.300 € für Kinder in Kitas und in der Kindertagespflege. Ein Teil der Mindereinnahmen würde also so kompensiert.

Der vorliegende Vorschlag zur Neufassung der Elternbeiträge beinhaltet darüber hinaus eine Zusammenfassung der Elternbeiträge für die Kindertagespflege und für die Betreuung in Kindertageseinrichtungen. Eine Angleichung der Elternbeiträge hätte den Vorteil, dass es nicht mehr wie bisher finanziell nachteilig wäre, Kinder bis zum dritten Lebensjahr in der Kindertagespflege zu lassen. Bisher waren die Elternbeiträge für diese Betreuungsform an einigen Stellen deutlich höher als für Kindertageseinrichtungen, so dass Eltern häufig bestrebt waren, ihre Kinder möglichst frühzeitig in Kitas wechseln zu lassen. Der vorliegende Entwurf unterstreicht so das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern und könnte dafür sorgen, dass die Fluktuation in der Kindertagespflege im ersten Betreuungsjahr geringer wird und die Nachfrage nach U3-Plätzen in Kitas entlastet wird.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an den Haupt- und Finanzausschuss und den Rat):
„Die Neufassung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Betreuungsangeboten für Kinder in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege im Jugendamtsbezirk Erkelenz vom 28.11.2024 tritt mit Wirkung zum 01.08.2025 in Kraft. Die bisherige Satzung tritt mit Ablauf des 31.07.2025 außer Kraft.“

Klima-Check:
Trägt der Beschlussentwurf zum Klimaschutz oder zur Klimafolgenanpassung bei?

Ja ☐ Nein ☒

Klimarelevanz nicht gegeben

Finanzielle Auswirkungen:
Freistellung bis 38.000 € / Jahreseinkommen:
4.550 € X 12 Monate = 54.600 € Mindererträge aus der entfallenden Einkommensstufe bis 38.000 €

Mehrerträge aus der zusätzlichen höheren Einkommensstufe:
2.300 € X 12 = 27.600 € Mehrerträge
Mehrerträge schwer zu kalkulieren, da keine Einkommensnachweise von Eltern vorgelegt werden müssen, welche bereits in der höchsten Einkommensstufe berücksichtigt sind.

Anlagen:

- (Entwurf) Neufassung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Betreuungsangeboten für Kinder in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege im Jugendamtsbezirk Erkelenz vom 28.11.2024
- Elternbeitragstabellen Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege ab 1.8.2024
- „Entwurf) Einheitliche Elternbeitragstabelle Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege ab 1.8.2025 (bislang auf Basis der Elternbeiträge für Kindergartenjahr 2024/2025; d. h. ohne die KiBiz-Steigerungsrate für 2025/2026

Präambel

Aufgrund der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (Gesetz- und Verordnungsblatt NRW (GV. NRW.), Seiten 666 ff.), zuletzt geändert durch Gesetz vom 05. Juli 2024 (GV. NRW. S. 444), des § 90 Absatz 1 Sozialgesetzbuch VIII in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. September 2012 (BGBl. I S. 2022), den §§ 5 Absatz 2 und 23 des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern – Kinderbildungsgesetz – KiBiz vom 03. Dezember 2019 (GV. NRW. S. 894) und des § 2 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) vom 21. Oktober 1969 (GV. NRW. S. 712) in den jeweils gültigen Fassungen hat der Rat der Stadt Erkelenz in seiner Sitzung am 11. Dezember 2024 folgende

„Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Betreuungsangeboten für Kinder in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege im Jugendamtsbezirk Erkelenz vom 28. November 2024“ beschlossen.

§ 1
Beitragspflichtiger Personenkreis

(1) Die Stadt Erkelenz erhebt für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege in ihrem Zuständigkeitsbereich Elternbeiträge bzw. Kostenbeiträge.

(2) Die Eltern haben entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit monatlich öffentlich-rechtliche Beiträge zu den Jahresbetriebskosten der Kindertageseinrichtungen sowie zu den Kosten der Kindertagespflege zu entrichten. Die Eltern haften als Gesamtschuldner.

(3) Beitragspflichtig sind Eltern, deren Kinder eine Tageseinrichtung für Kinder oder eine Kindertagespflege im Zuständigkeitsbereich der Stadt Erkelenz als örtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe besuchen. Eltern im Sinne dieser Vorschrift sind auch
- Pflegeeltern, denen bei Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII ein Kinderfreibeitrag nach § 32 Einkommenssteuergesetz gewährt wird oder die Kindergeld erhalten,
- ein Elternteil, mit dem das Kind zusammenlebt.

§ 2
Beitragszeitraum

(1) Beitragszeitraum ist das Kindergartenjahr; dieses entspricht dem Schuljahr.

(2) Die Beitragspflicht wird durch Schließungszeiten der Einrichtung oder der Kindertagespflegestelle nicht berührt.

§ 3
Beitragsfälligkeit und Mitwirkungspflichten

(1) Der Elternbeitrag/der Kostenbeitrag sind zum 01. eines jeden Monats im Voraus zu entrichten.

(2) Die Kosten für eine Mahlzeit werden zusätzlich zu den Elternbeiträgen erhoben.

(3) Vor der Aufnahme in eine Tageseinrichtung für Kinder oder in der Kindertagespflege haben die Beitragspflichtigen die zur Beitragsermittlung erforderlichen Angaben zu ihren persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse unaufgefordert zu erklären und nachzuweisen. Jede beitragsrelevante Änderung in den persönlichen oder wirtschaftlichen Verhältnissen ist unverzüglich anzugeben und zu dokumentieren.

(4) Ohne Angaben zur Einkommenshöhe und den geforderten Nachweisen ist der höchste Elternbeitrag zu leisten.

§ 4
Beitragsbefreiungen

(1) Seit dem 01. August 2020 ist die Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen oder Kindertagespflege durch Kinder, die bis zum 30. September das vierte Lebensjahr vollendet haben, ab Beginn des im selben Kalenderjahr beginnenden Kindergartenjahres bis zur Einschulung beitragsfrei.

(2) Besuchen mehr als ein Kind einer nach § 1 Abs. 3 dieser Satzung beitragspflichtigen Person gleichzeitig eine Kindertageseinrichtung / Kindertagespflege, so wird ein Beitrag nur für ein Kind erhoben.

(3) Besuchen mehr als ein Kind einer nach § 1 Abs. 3 dieser Satzung beitragspflichtigen Person gleichzeitig eine Kindertageseinrichtung / Kindertagespflege, und liegen die Voraussetzungen der Beitragsbefreiung nach § 50 Abs. 1 des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz) für Kinder, die am 1. August des Folgejahres schulpflichtig werden, vor, so werden auch für weitere Geschwisterkinder keine Beiträge erhoben.

(4) Ergeben sich ohne die Beitragsbefreiung nach Abs. 2 unterschiedlich hohe Beträge, so ist der höhere Beitrag zu zahlen.

(5) Auf Antrag werden die Elternbeiträge vom örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe erlassen, wenn die Belastung durch Kostenbeiträge den Eltern und dem Kind nicht zuzumuten ist. Nicht zuzumuten sind Kostenbeiträge immer dann, wenn Eltern oder Kinder Leistungen zur Sicherstellung des Lebensunterhaltes nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch, Leistungen nach dem dritten und vierten Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch oder Leistungen nach den §§ 2 und 3 des Asylbewerberleistungsgesetzes beziehen oder wenn die Eltern des Kindes Kinderzuschlag gemäß § 6a des Bundeskindergeldgesetzes oder Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz erhalten (§ 90 Abs. 4 S.1 und 2 SGB VIII).

§ 5
Einkommen

(1) Einkommen im Sinne dieser Satzung ist die Summe der positiven Einkünfte der Eltern im Sinne des § 2 Abs. 1 und 2 des Einkommenssteuergesetzes. Ein Ausgleich mit Verlusten aus anderen Einkommensarten und mit Verlusten des zusammen veranlagten Ehegatten ist nicht zulässig. Dem Einkommen im Sinne des Satzes 1 sind steuerfreie Einkünfte, Unterhaltsleistungen sowie die zur Deckung des Lebensunterhaltes bestimmten öffentlichen Leistungen für die Eltern und das Kind für das der Elternbeitrag gezahlt wird, hinzuzurechnen.

(2) Das Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz und den entsprechenden Vorschriften bleibt als Einkommen unberücksichtigt. Das Elterngeld und vergleichbare Leistungen der Länder bleiben bis zu einer Höhe von insgesamt 300 Euro im Monat als Einkommen unberücksichtigt.

(3) Bezieht ein Elternteil Einkünfte aus einem Beschäftigungsverhältnis oder aufgrund der Ausübung eines Mandats und steht ihm aufgrund dessen für den Fall des Ausscheidens eine lebenslängliche Versorgung oder an dieser Stelle eine Abfindung zu oder ist er in der gesetzlichen Rentenversicherung nachzuversichern, dann ist dem nach diesem Absatz ermittelten Einkommen ein Betrag von 10 v.H. der Einkünfte aus diesem Beschäftigungsverhältnis oder aufgrund der Ausübung des Mandats hinzuzurechnen.

(4) Für das dritte und jedes weitere Kind sind die nach § 32 Abs. 6 Einkommenssteuergesetz zu gewährenden Freibeträge von dem nach Abs. 1 ermittelten Einkommen abzuziehen.

(5) Maßgebend ist das Einkommen des gesamten Kalenderjahres, für das der Elternbeitrag festgesetzt werden soll. Es gilt das Jährlichkeitsprinzip. Soweit das Jahreseinkommen im Sinne des Satzes 1 nicht feststeht, ist der Elternbeitrag vorläufig festzusetzen. Hierbei ist hilfsweise auf das Jahreseinkommen des vorangegangenen Kalenderjahres oder auf das zu erwartende Jahreseinkommen abzustellen.

(6) Soweit das Monatseinkommen nicht bestimmt sind, ist abweichend von Abs. 5 auf das zu erwartende Jahreseinkommen abzustellen.

(7) Eine Neufestsetzung des Elternbeitrages erfolgt jeweils zu Beginn des Monats, der auf den Eintritt der tatsächlichen Veränderung folgt. Bei Überprüfung einer bereits erfolgten oder einer erstmaligen rückwirkenden Beitragsfestsetzung wird das tatsächliche Einkommen im Jahr der Beitragspflicht zugrunde gelegt.

§ 6
Beitragstarife

(1) Die Höhe der Elternbeiträge für Kinder in Kindertageseinrichtungen sowie die Kostenbeiträge bei der Inanspruchnahme der Kindertagespflege ergeben sich aus Anlage 1 zu dieser Satzung.

(2) Die Beiträge passen sich jährlich unter Berücksichtigung der tatsächlichen Kostenentwicklungen in der Höhe der gemäß § 37 Abs. 1 KiBiz vom Land NRW jeweils neu festzusetzenden Kindpauschalen an.

(3) Bei der Zuordnung der Kinder zu den zwei Altersstufen ist das Alter zugrunde zu legen, dass die Kinder am 01. November des begonnenen Kindergartenjahres erreicht haben werden (analog § 19 Abs. 4 KiBiz).

(4) Betreuungszeiten in Kindertageseinrichtung und in der Kindertagespflege addieren sich zu einer Gesamtbetreuungszeit.

§ 7
Inkrafttreten

Die Satzung tritt zum 01. August 2025 in Kraft. Die bisherige Satzung tritt mit Ablauf des 31. Juli 2025 außer Kraft.

Elternbeiträge ab dem 01.08.2025 für den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder und Kindertagespflege (bisher noch auf der Basis der Elternbeiträge 2024/25, d.h. ohne die KiBiz-Steigerungsrate 2025/26)															
	2 Jahre alt bis Schuleintritt								**unter 2 Jahre alt**						
Jahres-einkommen	**10 Std.***	**15 WStd.**	**20 WStd.**	**25 WStd.**	**30 WStd.**	**35 WStd.**	**40 WStd.**	**45 WStd.**	**15 WStd.**	**20 WStd.**	**25 WStd.**	**30 WStd.**	**35 WStd.**	**40 WStd.**	**45 WStd.**
bis 38.000,- €				- €		- €		- €			- €		- €		- €
Kita bis 50.000,- €				100,87 €		116,05 €		158,90 €			160,30 €		225,22 €		288,76 €
Tagespflege bis 50.000 €	20,17 €	60,52 €	80,70 €	100,87 €	108,46 €	116,05 €	137,48 €	158,90 €	96,18 €	128,24 €	160,30 €	192,76 €	225,22 €	256,99 €	288,76 €
Kita bis 62.000,- €				158,90 €		182,36 €		245,94 €			212,76 €		297,05 €		382,71 €
Tagespflege bis 62.000 €	31,78 €	95,34 €	127,12 €	158,90 €	170,63 €	182,36 €	214,15 €	245,94 €	127,66 €	170,21 €	212,76 €	254,91 €	297,05 €	339,88 €	382,71 €
Kita bis 74.000,- €				208,65 €		240,39 €		326,06 €			240,39 €		335,75 €		432,45 €
Tagespflege bis 74.000,- €	41,73 €	125,19 €	166,92 €	208,65 €	224,52 €	240,39 €	283,23 €	326,06 €	144,23 €	192,31 €	240,39 €	288,07 €	335,75 €	384,10 €	432,45 €
Kita bis 86.000,- €				250,09 €		287,40 €		391,01 €			288,76 €		403,44 €		519,48 €
Tagespflege bis 86.000,- €	50,02 €	150,05 €	200,07 €	250,09 €	268,75 €	287,40 €	339,21 €	391,01 €	173,26 €	231,01 €	288,76 €	346,10 €	403,44 €	461,46 €	519,48 €
Kita bis 98.000,- €				291,53 €		335,75 €		455,92 €			337,13 €		471,14 €		606,52 €
Tagespflege bis 98.000,- €	58,31 €	174,92 €	233,22 €	291,53 €	313,64 €	335,75 €	395,84 €	455,92 €	202,28 €	269,70 €	337,13 €	404,14 €	471,14 €	538,83 €	606,52 €
Kita bis 110.000,- €				328,06 €		384,88 €		522,34 €			375,65 €		524,71 €		675,83 €
Tagespflege bis 110.000,- €	65,61 €	196,84 €	262,45 €	328,06 €	356,47 €	384,88 €	453,61 €	522,34 €	225,39 €	300,52 €	375,65 €	450,18 €	524,71 €	600,27 €	675,83 €
Kita bis 122.000 €				368,89 €		438,97 €		595,50 €			419,07 €		585,28 €		754,07 €
Tagespflege bis 122.000 €	73,78 €	221,33 €	295,11 €	368,89 €	403,93 €	438,97 €	517,24 €	595,50 €	251,44 €	335,26 €	419,07 €	502,18 €	585,28 €	669,68 €	754,07 €
Kita über 122.000 €				415,00 €		493,84 €		669,94 €			471,45 €		658,44 €		848,33 €
Tagespflege über 122.000 €	83,00 €	249,00 €	332,00 €	415,00 €	454,42 €	493,84 €	581,89 €	669,94 €	282,87 €	377,16 €	471,45 €	564,95 €	658,44 €	753,38 €	848,33 €
*Der Stundenkorridor 10-15 Stunden gilt ausschließlich für Randstundenbetreuung von Schulkindern in der Kindertagespflege															

Elternbeiträge ab dem 01.08.2024 für den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder							
	2 Jahre alt bis Schuleintritt				unter 2 Jahre alt		
	Jahres-einkommen	**25 WStd.**	**35 WStd.**	**45 WStd.**	**25 WStd.**	**35 WStd.**	**45 WStd.**
	bis 27.000,- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	bis 38.000,- €	59,89 €	69,44 €	96,68 €	106,21 €	149,76 €	193,97 €
	bis 50.000,- €	100,87 €	116,05 €	158,90 €	160,30 €	225,22 €	288,76 €
	bis 62.000,- €	158,90 €	182,36 €	245,94 €	212,76 €	297,05 €	382,71 €
	bis 74.000,- €	208,65 €	240,39 €	326,06 €	240,39 €	335,75 €	432,45 €
	bis 86.000,- €	250,09 €	287,40 €	391,01 €	288,76 €	403,44 €	519,48 €
	bis 98.000,- €	291,53 €	335,75 €	455,92 €	337,13 €	471,14 €	606,52 €
	bis 110.000,- €	328,06 €	384,88 €	522,34 €	375,65 €	524,71 €	675,83 €
	über 110.000,- €	368,89 €	438,97 €	595,50 €	419,07 €	585,28 €	754,07 €

Elternbeitragstabelle bei Inanspruchnahme von Tagespflege Kindergartenjahr 2024/2025
gültig ab 01.08.2024 bis 31.07.2025

Stunden/Woche		Einkommen bis								Einkommen über
		27.000- €	38.000,-- €	50.000,-- €	62.000,-- €	74.000,-- €	86.000,-- €	98.000,-- €	110.000,-- €	110.000,--€
		Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6	Stufe 7	Stufe 8	Stufe 9
ab	10	0,00 €	49,50 €	73,05 €	97,04 €	109,72 €	131,81 €	153,90 €	160,74 €	167,57 €
bis	12	0,00 €	59,41 €	87,67 €	116,45 €	131,68 €	158,18 €	184,69 €	192,89 €	201,08 €
bis	14	0,00 €	69,30 €	102,28 €	135,84 €	153,62 €	184,53 €	215,46 €	225,03 €	234,59 €
ab	16	0,00 €	79,21 €	116,90 €	155,27 €	175,57 €	210,91 €	246,23 €	257,17 €	268,12 €
bis	18	0,00 €	89,10 €	131,51 €	174,68 €	197,50 €	237,27 €	277,02 €	289,33 €	301,63 €
bis	20	0,00 €	99,00 €	146,12 €	194,09 €	219,46 €	263,63 €	307,80 €	321,48 €	335,15 €
bis	22	0,00 €	108,89 €	160,74 €	213,48 €	241,40 €	289,99 €	338,59 €	353,62 €	368,66 €
bis	24	0,00 €	118,77 €	175,34 €	232,89 €	263,35 €	316,34 €	369,36 €	385,77 €	402,17 €
bis	26	0,00 €	126,84 €	189,95 €	252,30 €	285,30 €	342,72 €	400,14 €	417,91 €	435,69 €
bis	28	0,00 €	138,59 €	204,57 €	271,71 €	307,25 €	369,09 €	430,93 €	450,06 €	469,20 €
bis	30	0,00 €	148,50 €	219,17 €	291,11 €	333,40 €	395,44 €	461,70 €	482,21 €	502,71 €
bis	32	0,00 €	158,40 €	233,79 €	310,52 €	351,13 €	421,81 €	492,49 €	514,37 €	536,23 €
bis	34	0,00 €	168,31 €	248,41 €	329,93 €	373,08 €	448,17 €	523,27 €	546,50 €	569,74 €
bis	36	0,00 €	178,20 €	263,01 €	349,34 €	395,03 €	474,54 €	554,05 €	578,65 €	603,25 €
bis	38	0,00 €	188,10 €	277,62 €	368,73 €	416,97 €	500,90 €	584,83 €	610,80 €	636,76 €
bis	**40**	0,00 €	197,73 €	293,08 €	388,44 €	438,93 €	527,25 €	615,61 €	642,94 €	670,28 €

Elternbeiträge ab dem 01.08.2025 für den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder und Kindertagespflege (bisher noch auf der Basis der Elternbeiträge 2024/25, d.h. ohne die KiBiz-Steigerungsrate 2025/26)

	2 Jahre alt bis Schuleintritt								unter 2 Jahre alt						
Jahres-einkommen	**10 Std.***	**15 WStd.**	**20 WStd.**	**25 WStd.**	**30 WStd.**	**35 WStd.**	**40 WStd.**	**45 WStd.**	**15 WStd.**	**20 WStd.**	**25 WStd.**	**30 WStd.**	**35 WStd.**	**40 WStd.**	**45 WStd.**
bis 38.000,- €				- €		- €		- €			- €		- €		- €
Kita bis 50.000,- €				100,87 €		116,05 €		158,90 €			160,30 €		225,22 €		288,76 €
Tagespflege bis 50.000 €	20,17 €	60,52 €	80,70 €	100,87 €	108,46 €	116,05 €	137,48 €	158,90 €	96,18 €	128,24 €	160,30 €	192,76 €	225,22 €	256,99 €	288,76 €
Kita bis 62.000,- €				158,90 €		182,36 €		245,94 €			212,76 €		297,05 €		382,71 €
Tagespflege bis 62.000 €	31,78 €	95,34 €	127,12 €	158,90 €	170,63 €	182,36 €	214,15 €	245,94 €	127,66 €	170,21 €	212,76 €	254,91 €	297,05 €	339,88 €	382,71 €
Kita bis 74.000,- €				208,65 €		240,39 €		326,06 €			240,39 €		335,75 €		432,45 €
Tagespflege bis 74.000,- €	41,73 €	125,19 €	166,92 €	208,65 €	224,52 €	240,39 €	283,23 €	326,06 €	144,23 €	192,31 €	240,39 €	288,07 €	335,75 €	384,10 €	432,45 €
Kita bis 86.000,- €				250,09 €		287,40 €		391,01 €			288,76 €		403,44 €		519,48 €
Tagespflege bis 86.000,- €	50,02 €	150,05 €	200,07 €	250,09 €	268,75 €	287,40 €	339,21 €	391,01 €	173,26 €	231,01 €	288,76 €	346,10 €	403,44 €	461,46 €	519,48 €
Kita bis 98.000,- €				291,53 €		335,75 €		455,92 €			337,13 €		471,14 €		606,52 €
Tagespflege bis 98.000,- €	58,31 €	174,92 €	233,22 €	291,53 €	313,64 €	335,75 €	395,84 €	455,92 €	202,28 €	269,70 €	337,13 €	404,14 €	471,14 €	538,83 €	606,52 €
Kita bis 110.000,- €				328,06 €		384,88 €		522,34 €			375,65 €		524,71 €		675,83 €
Tagespflege bis 110.000,- €	65,61 €	196,84 €	262,45 €	328,06 €	356,47 €	384,88 €	453,61 €	522,34 €	225,39 €	300,52 €	375,65 €	450,18 €	524,71 €	600,27 €	675,83 €
Kita bis 122.000 €				368,89 €		438,97 €		595,50 €			419,07 €		585,28 €		754,07 €
Tagespflege bis 122.000 €	73,78 €	221,33 €	295,11 €	368,89 €	403,93 €	438,97 €	517,24 €	595,50 €	251,44 €	335,26 €	419,07 €	502,18 €	585,28 €	669,68 €	754,07 €
Kita über 122.000 €				415,00 €		493,84 €		669,94 €			471,45 €		658,44 €		848,33 €
Tagespflege über 122.000 €	83,00 €	249,00 €	332,00 €	415,00 €	454,42 €	493,84 €	581,89 €	669,94 €	282,87 €	377,16 €	471,45 €	564,95 €	658,44 €	753,38 €	848,33 €

*Der Stundenkorridor 10-15 Stunden gilt ausschließlich für Randstundenbetreuung von Schulkindern in der Kindertagespflege

ERK
EL
ENZ

Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 61/716/2024 Status: öffentlich AZ:
Federführend: Planungsamt	Datum: 12.11.2024 Verfasser: Amt 61 Thomas Reiners

42. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Nahversorgungszentrum Gerderath), Erkelenz-Gerderath

hier: Beschluss über die vorgetragenen Stellungnahmen während der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB, der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie Feststellungsbeschluss

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
03.12.2024	Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung
05.12.2024	Haupt- und Finanzausschuss
11.12.2024	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung der Stadt Erkelenz hat in seiner Sitzung am 06.12.2022 gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung der 42. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Nahversorgungszentrum Gerderath), Erkelenz-Gerderath, beschlossen und die Verwaltung beauftragt, einen Entwurf der Flächennutzungsplanänderung zu erarbeiten. In der Sitzung wurde ferner beschlossen zu dem Entwurf des Bauleitplanes die Öffentlichkeit frühzeitig gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange frühzeitig gemäß § 4 Abs. 1 BauGB zu beteiligen.

Im Einzelhandels- und Zentrenkonzept ist für den Stadtteil Gerderath ein Zentraler Versorgungsbereich (ZVB) „Nahversorgungszentrum Gerderath“ definiert worden. Zur Ermöglichung weiterer Einzelhandelsbetriebe im ZVB ist die Schaffung von Planrecht erforderlich. Ziel der Planung ist die Vorbereitung der Schaffung von Baurechten weiterer Einzelhandelsbetriebe im ZVB Gerderath sowie die Sicherung der vorhandenen Läden auf Ebene des Flächennutzungsplanes. Die Festsetzung eines Sondergebietes im Bebauungsplan erfordert daher die entsprechende Änderung des Flächennutzungsplanes. Der Geltungsbereich befindet sich südlich der Lauerstr. (L 19) und westlich der Gerderather Burgstr. (L 46); der Änderungsbereich umfasst ca. 1,5 ha. Der Geltungsbereich der Flächennutzungsplanänderung geht aus der Anlage hervor. Der Aufstellungsbeschluss wurde im Amtsblatt der Stadt Erkelenz Nr. 9/2024 vom 31.05.2024 bekannt gemacht.

1. Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB

Die öffentliche Bekanntmachung des Termins der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB wurde mit Amtsblatt Nr. 9 vom 31.05.2024 bekannt gemacht.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wurde vom 10.06.2024 bis einschließlich 23.06.2024 in der Stadtverwaltung Erkelenz sowie über das Internet durchgeführt. Seitens der Öffentlichkeit wurden während des Beteiligungsverfahrens keine Stellungnahmen vorgetragen.

2. Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB

Das Beteiligungsverfahren gemäß § 4 Abs. 1 BauGB wurde mit Schreiben vom 10.06.2024 an die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, eingeleitet.
Seitens der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden während des Beteiligungsverfahrens abwägungsrelevante Stellungnahmen vorgetragen, die in der Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Abwägung und Beschlussfassung aufgelistet sind.

3. Beteiligung des Bezirksausschusses

Der Bezirksausschuss Gerderath wurde mit Schreiben vom 31.05.2024 beteiligt.

4. Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB

Nach Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung vom 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses vom 19.09.2024 und des Rates der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 wurde der Entwurf der 42. Änderung des Flächennutzungsplanes (Nahversorgungszentrum Gerderath), Erkelenz-Gerderath, nach Bekanntmachung im Amtsblatt Nr. 16 vom 27.09.2024 in der Zeit vom 07.10.2024 bis 08.11.2024 im Internet veröffentlicht und in der Stadtverwaltung öffentlich ausgelegt.
Während der Öffentlichkeitsbeteiligung wurden keine abwägungsrelevanten Stellungnahmen aus der Öffentlichkeit vorgetragen.

5. Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentliche Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 07.10.2024 über die öffentliche Auslegung unterrichtet und gemäß § 4 Abs. 2 BauGB beteiligt.
Seitens der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden während des Beteiligungsverfahrens Stellungnahmen zum Entwurf des Bauleitplanes vorgetragen, die in der Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Abwägung und Beschlussfassung aufgelistet sind.

In dieser Sitzung soll über die während der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB und die während der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB vorgetragenen Stellungnahmen gemäß § 1 Abs. 7 BauGB entschieden und der Feststellungsbeschluss gefasst werden.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an Haupt- und Finanzausschuss und Rat):

"1. Über die während der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB von der Öffentlichkeit und den Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und die während der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB vorgetragenen Stellungnahmen zum Entwurf der 42. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Nahversorgungszentrum Gerderath), Erkelenz-Gerderath, wird nach Abwägung aller erkennbaren öffentlichen und privaten Belangen, wie in der als Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange – zur Beschlussvorlage der 42. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Nahversorgungszentrum Gerderath), Erkelenz-Gerderath, beigefügten Ab-

wägungstabelle vorgeschlagen, entschieden. Die Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - ist Bestandteil dieses Beschlusses.

2. Die 42. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Nahversorgungszentrum Gerderath), Erkelenz-Gerderath, wird unter Berücksichtigung dieser Beschlüsse beschlossen.“

Klima-Check:

Trägt der Beschlussentwurf zum Klimaschutz oder zur Klimafolgenanpassung bei?

Ja X Nein ☐

Bauleitpläne in Form von Flächennutzungsplänen als vorbereitender und Bebauungsplänen als verbindliche Bauleitplanung haben indirekt Auswirkungen auf Klimaschutz und Klimafolgenanpassung.
Während aus Flächennutzungsplänen keine Baurechte abgeleitet werden können, schaffen Bebauungspläne die Grundlage für (neue) Bebauungen aber auch Entwicklung von Grünflächen oder den Bau von Verkehrsflächen.
Im Baugesetzbuch sind die Belange Klimaschutz und Klimaanpassung seit 2013 als Teil eines stetig größer werdenden Katalogs an Belangen und Themen in § 1 Abs. 5 aufgenommen worden.
Mit geringen Ausnahmen ist bei jeder Aufstellung eines Bauleitplanes eine Umweltprüfung und ein Umweltbericht zu erstellen. Hier sind die genannten Aspekte enthalten.
Regelmäßig sind Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen erforderlich durch welche auch Maßnahmen zum Klimaschutz und Klimafolgenanpassung erfolgen.

Finanzielle Auswirkungen:

Im Haushalt sind unter dem Produktsachkonto 090100 542940 „Planungs- und Gutachterkosten“ ausreichend Mittel vorhanden.

Anlagen:

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 42. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Nahversorgungszentrum Gerderath), Erkelenz-Gerderath

Anlage - Übersicht über den Geltungsbereich der 42. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Nahversorgungszentrum Gerderath), Erkelenz-Gerderath

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 42. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Nahversorgungszentrum Gerderath), Erkelenz-Gerderath

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	Stellungnahmen der Öffentlichkeit während der frühzeitigen Beteiligung vom 10.06.2024 bis 23.06.2024 gemäß § 3 Abs. 1 BauGB		
1	Öffentlichkeit		
	Es wurden keine abwägungsrelevanten Stellungnahmen vorgetragen.		
	Stellungnahmen der Öffentlichkeit während der Öffentlichkeitsbeteiligung vom 07.10. bis 08.11.2024 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB		
1	Öffentlichkeit		
	Es wurden keine abwägungsrelevanten Stellungnahmen vorgetragen.		
	Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit Schreiben vom 10.06.2024 gemäß § 4 Abs. 1 BauGB		
1	Bezirksregierung Arnsberg: Abt. 6 - Bergbau und Energie in NRW Schreiben vom 01.07.24		
	Das o.g. Plangebiet liegt über dem auf Steinkohle verliehenen Bergwerksfeld „Sophia Jacoba A“ im Eigentum der Vivawest GmbH, Nordsternplatz1 in 45899 Gelsenkirchen und über dem auf Braunkohle verliehenen Bergwerksfeld „Gerderath 1“ im Eigentum der RV Rheinbraun Handel und Dienstleistungen GmbH, hier vertreten durch die RWE Power Aktiengesellschaft, RWE-Platz 2 in 45141 Essen. Der Planbereich befindet sich in einem früheren Einwirkungsbereich des Steinkohlenbergbaus, in dem nach derzeitigem Kenntnisstand durch einen Anstieg des Grubenwassers Hebungen an der Tagesoberfläche zu erwarten sind. Diese Bodenbewegungen können, insbesondere bei bestimmten geologischen Situationen wie Unstetigkeiten, zu Schäden an der Tagesoberfläche führen. Dies sollte bei Planungen und Vorhaben berücksichtigt werden. Inwieweit der vorliegende Planbereich hiervon betroffen ist, kann von hier aus nicht beurteilt werden. Ich empfehle Ihnen, hierzu eine entsprechende Auskunft bei der EBV GmbH, Myhler Straße 83 in 41836 Hückelhoven einzuholen. Außerdem ist der Planungsbereich nach den hier vorliegenden Unterlagen (Differenzenpläne mit Stand: 01.10.2018 aus dem Revierbericht, Bericht 1, Auswirkungen der Grundwasserabsenkung, des Sammelbescheides - Az.: 61.42.63 -2000-1 -) von durch Sümpfungsmaßnahmen des Braunkohlenbergbaus bedingten Grundwasserabsenkungen betroffen. Für die Stellungnahme wurden folgende Grundwasserleiter (nach Einteilung von Schneider & Thiele, 1965) betrachtet: Oberes Stockwerk, 9B, 8, 7, 6D, 6B, 2 - 5, 09, 07 Kölner Scholle, 05 Kölner Scholle. Folgendes sollte berücksichtigt werden: Die Grundwasserabsenkungen werden, bedingt durch den fortschreitenden Betrieb der Braunkohlentagebaue, noch über einen längeren Zeitraum wirksam bleiben. Eine Zunahme der Beeinflussung der Grundwasserstände im Planungsgebiet in den nächsten Jahren ist nach heutigem Kenntnisstand nicht auszuschließen.	Die mit den bezeichneten Bergwerksfeldern verbundenen Belange erfordern keine Änderung der Plankonzeption, da allein durch die Lage des Plangebiets auf einem verliehenen Bergwerksfeld keine bodenrechtlichen Spannungen erzeugt werden und die Umsetzung des Vorhabens sowie die Ausübung der beabsichtigten Nutzung unberührt bleiben. Aussagen zu den Bergwerksfeldern wurden in das Kapitel 4.7 „Schutzgut Kulturelles Erbe“ des Umweltberichts aufgenommen. Ebenso erfordern die zu den Einwirkungsbereichen des Steinkohlenbergbaus und aus Sümpfungsmaßnahmen des Braunkohlenbergbaus vorgetragenen Belange keine Änderung der Plankonzeption, da sie auf der nachgelagerten Ebene der Genehmigungs- bzw. Ausführungsplanung durch z. B. bautechnische Maßnahmen abschließend bewältigt werden können. Aussagen hierzu wurden in Kapitel 4.3 „Schutzgut Boden“ und 4.4 „Schutzgut Wasser“ des Umweltberichts aufgenommen.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 42. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Nahversorgungszentrum Gerderath), Erkelenz-Gerderath

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	Ferner ist nach Beendigung der bergbaulichen Sümpfungsmaßnahmen ein Grundwasserwiederanstieg zu erwarten. Sowohl im Zuge der Grundwasserabsenkung für den Braunkohletagebau als auch bei einem späteren Grundwasserwiederanstieg sind hierdurch bedingte Bodenbewegungen möglich. Diese können bei bestimmten geologischen Situationen zu Schäden an der Tagesoberfläche führen. Die Änderungen der Grundwasserflurabstände sowie die Möglichkeit von Bodenbewegungen sollten bei Planungen und Vorhaben Berücksichtigung finden. Ich empfehle Ihnen diesbezüglich, zu zukünftigen Planungen, sowie zu Anpassungs- und Sicherungsmaßnahmen eine Anfrage an die RWE Power Aktiengesellschaft, RWE-Platz 2 in 45141 Essen, sowie für konkrete Grundwasserdaten an den Erftverband, Am Erftverband 6 in 50126 Bergheim, zu stellen. Bearbeitungshinweis: Diese Stellungnahme wurde bezüglich der bergbaulichen Verhältnisse auf Grundlage des aktuellen Kenntnisstandes erarbeitet. Die Bezirksregierung Arnsberg hat die zugrunde liegenden Daten mit der zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben erforderlichen Sorgfalt erhoben und zusammengestellt. Die fortschreitende Auswertung und Überprüfung der vorhandenen Unterlagen sowie neue Erkenntnisse können zur Folge haben, dass es im Zeitverlauf zu abweichenden Informationsgrundlagen auch in Bezug auf den hier geprüften Vorhabens- oder Planbereich kommt. Eine Gewähr für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Genauigkeit der Daten kann insoweit nicht übernommen werden. Soweit Sie als berechtigte öffentliche Stelle Zugang zur Behördenversion des Fachinformationssystems „Gefährdungspotenziale des Untergrundes in NRW“ (FIS GDU) besitzen, haben Sie hierdurch die Möglichkeit, den jeweils aktuellen Stand der hiesigen Erkenntnisse zur bergbaulichen Situation zu überprüfen. Details über die Zugangs- und Informationsmöglichkeiten dieses Auskunftssystems finden Sie auf der Homepage der Bezirksregierung Arnsberg (www.bra.nrw.de) mithilfe des Suchbegriffs „Behördenversion GDU“. Dort wird auch die Möglichkeit erläutert, die Daten neben der Anwendung ebenfalls als Web Map Service (WMS) sowie als Web Feature Service (WFS) zu nutzen.		
2	Bezirksregierung Arnsberg: Abt. 6 - Bergbau und Energie in NRW Schreiben vom 19.06.24		
	Im Rahmen der Beteiligung zur oben genannten Änderung des Flächennutzungsplanes bestehen seitens des Dezernats 53 der Bezirksregierung Köln keine Anmerkungen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es werden keine Bedenken oder Anregungen vorgetragen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
3	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDBw) (Referat Infra I 3) Schreiben vom 11.06.24		
	Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage werden Verteidigungsbelange nicht beeinträchtigt. Es bestehen daher zum angegebenen Vorhaben seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände. Ich weise darauf hin, dass sich Ihr Plangebiet im Bereich eines militärischen Fluggebietes befindet. Hier ist mit Lärm- /und Abgasimmissionen zu rechnen. Ferner weise ich darauf hin, dass spätere Ersatzansprüche gegen die	Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Bedenken bestehen. Die Lage in einem militärischen Fluggebiet steht nicht in einem Widerspruch zur vorliegend angestrebten Darstellung eines Sondergebiets. Eine ausreichende Berücksich-	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 42. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Nahversorgungszentrum Gerderath), Erkelenz-Gerderath

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	Bundeswehr nicht anerkannt werden können.	tigung kann, sofern erforderlich, auf der nachgelagerten Ebene der verbindlichen Bauleitplanung erfolgen.	
4	Deutsche Telekom Technik GmbH: West PTI 24 Schreiben vom 18.06.24		
	Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung: Gegen die Planung haben wir keine Bedenken.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es werden keine Bedenken oder Anregungen vorgetragen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
5	EBV GmbH Schreiben vom 12.06.24		
	Zu der Änderung des Flächennutzungsplans sowie des Bebauungsplans XII werden unsererseits keine Bedenken erhoben. Eine Kennzeichnung nach § 9 (5) 2. BauGB sowie § 5 (3) 2. BauGB halten wir für nicht erfordelich.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es werden keine Bedenken oder Anregungen vorgetragen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
6	Industrie- und Handelskammer Aachen Schreiben vom 04.07.24		
	Da das Vorhaben innerhalb des Nahversorgungszentrum Gerderath liegt und davon keine schädlichen Auswirkungen auf andere zentrale Versorgungsbereiche zu erwarten sind, bestehen seitens der Industrie- und Handelskammer (IHK) Aachen keine Bedenken.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es werden keine Bedenken oder Anregungen vorgetragen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
7	Kreis Heinsberg: Federführung Schreiben vom 11.07.24		
	Nachfolgend erhalten Sie die Gesamtstellungnahme des Kreises Heinsberg zur 42. Änderung des Flächennutzungplanes "Nahversorgungszentrum Gerderath", Erkelenz-Gerderath. Seitens des Gesundheitsamtes, der unteren Bodenschutzbehörde, der unteren Naturschutzbehörde sowie der unteren Wasserbehörde werden keine Bedenken geäußert. Die untere Immissionsschutzbehörde nimmt wie folgt Stellung: Eine immissionsschutzrechtliche Beurteilung kann nicht erfolgen, solange die im weiteren Verlauf des Verfahrens angekündigte schalltechnische Untersuchung (Punkt 4.3 der Begründung) nicht vorgelegt wird. Auszug aus der Begründung: Durch die geplante Erweiterung der Einzelhandelsnutzung ist insbesondere mit Schallimmissionen auf die umliegenden Nutzungen zu rechnen. Dazu könnte vor allem der Kundenverkehr und die Anlieferung beitragen. Aus diesem Grund wird im weiteren Verlauf des Verfahrens ein Schallgutachten erstellt.	Es wird zur Kenntnis genommen, dass das Gesundheitsamt, die untere Bodenschutzbehörde, die untere Naturschutzbehörde und die untere Wasserbehörde keine Bedenken erheben. Eine schalltechnische Untersuchung wurde im nachgelagerten Bebauungsplanverfahren durchgeführt. Maßnahmen, die dem Schallschutz dienen und gesunde Wohnverhältnisse weiterhin gewährleisten, werden auf dieser Ebene berücksichtigt. Auf der Ebene des FNP erfolgt keine gesonderte Berücksichtigung.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
8	Landesbetrieb Straßenbau NRW: Regionalniederlassung Niederrhein - Hauptsitz Mönchengladbach Schreiben vom 10.06.24		

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 42. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Nahversorgungszentrum Gerderath), Erkelenz-Gerderath

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	Es bestehen vom Grundsatz her keine Bedenken zur Änderung der Flächennutzungsplanes. Bedenken hinsichtlich der Erschließung werden im parallelen Bebauungsplanverfahren benannt. Aus Gründen der Verkehrssicherheit sollte die Erschließung des Gebietes über die bestehende Zufahrt an der L19 erfolgen. Gegenüber dem Landesbetrieb Straßenbau, können weder jetzt noch in Zukunft aus dieser Planung Ansprüche auf aktiven und/oder passiven Lärmschutz oder ggfls. erforderlich werdende Maßnahmen bzgl. der Schadstoffausbreitung geltend gemacht werden. Außerdem wird auf das Problem der Schallreflektion hingewiesen.	Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine grundsätzlichen Bedenken bestehen. Die Erschließungsplanung ist Sache der nachgelagerten Bebauungsplanebene. Auf dieser können die vorgetragenen Belange abgewogen werden. Eine schalltechnische Untersuchung wurde im nachgelagerten Bebauungsplanverfahren durchgeführt. Maßnahmen, die dem Schallschutz dienen und gesunde Wohnverhältnisse weiterhin gewährleisten, werden auf dieser Ebene berücksichtigt. Auf der Ebene des FNP erfolgt keine gesonderte Berücksichtigung.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
9	LVR: Amt für Liegenschaften Schreiben vom 12.07.24		
	Bezugnehmend zur Beteiligung "42. FNP Änd. Erkelenz" melden wir aus Fachsicht der LVR-Kulturlandschaftspflege bezogen auf das Schutzgut "Kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter" eine Fehlanzeige, da wir hier keine Betroffenheit sehen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es werden keine Bedenken oder Anregungen vorgetragen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
10	NEW Netz GmbH Schreiben vom 10.06.24		
	Wir haben Ihre Anfrage geprüft und teilen Ihnen mit, dass gegen diese keine Bedenken vorliegen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es werden keine Bedenken oder Anregungen vorgetragen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
11	WVER - Wasserverband Eifel-Rur Schreiben vom26.06.24		
	Aktuell gibt es keine Bedenken. Sollte bei der Konkretisierung der Entwässerungsplanung doch der WVER betroffen sein, sollten wir in die Planung mit eingebunden werden.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es werden keine Bedenken oder Anregungen vorgetragen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
	Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit Schreiben vom 07.10.2024 gemäß § 4 Abs. 2 BauGB		
1	Bezirksregierung Köln: Dezernat 53 (Immissionsschutz – einschließlich anlagenbezogener Umweltschutz) Schreiben vom 04.11.2024		
	im Rahmen der Beteiligung zur oben genannten Änderung des Flächennutzungsplanes bestehen seitens des Dezernats 53 der Bezirksregierung Köln keine Anmerkungen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es werden keine Bedenken oder Anregungen vorgetragen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
2	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr Schreiben vom 17.10.2024		
	vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage werden Verteidigungsbelange nicht beeinträchtigt. Es bestehen daher zum angegebenen Vorhaben seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.	Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Bedenken bestehen. Die Lage in einem militärischen Fluggebiet steht nicht in	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 42. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Nahversorgungszentrum Gerderath), Erkelenz-Gerderath

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	Ich weise darauf hin, dass sich Ihr Plangebiet im Bereich militärischen Luftverkehrs befindet. Hier ist mit Lärm- / und Abgasimmissionen zu rechnen. Ferner weise ich darauf hin, dass spätere Ersatzansprüche gegen die Bundeswehr nicht anerkannt werden können.	einem Widerspruch zur vorliegend angestrebten Darstellung eines Sondergebiets. Eine ausreichende Berücksichtigung kann, sofern erforderlich, auf der nachgelagerten Ebene der verbindlichen Bauleitplanung erfolgen.	
3.	Deutsche Glasfaser Holding GmbH Schreiben vom 08.11.2024		
	im angefragtem Bereich: Lauerstraße 25, Germany Erkelenz befinden sich Anlagen der Deutschen Glasfaser Netz Operating GmbH. Beiliegend erhalten Sie die Bestands- und Übersichtspläne. Achtung! Deutsche Glasfaser setzt im Regelfall eine mindertiefe Verlegtechnik ein. Die Glasfaserkabel befinden sich in einer Tiefe zwischen 0,3 und 0,6 Meter. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass durch unterschiedliche Verlegungstiefen oder Änderungen im Verlauf der Leitungen kein Mitverschulden der Deutschen Glasfaser Netz Operating GmbH begründet wird. Im Bereich von Kreuzungen und Parallelverlauf mit LWL - Netz der Deutschen Glasfaser Netz Operating GmbH (DGNO) sind Suchschachtungen bzw. Ortungen zur genauen Lagebestimmung der LWL - Trasse vorzunehmen. Es ist Ihrerseits sicherzustellen, dass allen Beteiligten der Inhalt des Merkblattes Hinweise zum Schutze unterirdischer Glasfaser - Versorgungsanlagen bekannt gemacht und die Einhaltung der genannten Bedingungen überwacht wird. Für die Bauerlaubnis teilen Sie uns den Baubeginn Ihrer Maßnahme mindestens 2 Wochen vorher mit. Die Aktualität der beiliegenden Bestands- und Übersichtpläne kann nur für die folgenden 20 Arbeitstage garantiert werden. Sollten Ihre Baumaßnahmen erst später erfolgen, ist eine erneute Planauskunft 4 Wochen vor Baubeginn anzufordern. Die Aktualität der beiliegenden Bestands- und Übersichtpläne kann nur für die folgenden 20 Arbeitstage garantiert werden. Für zukünftige Anforderungen von Planauskünften steht Ihnen auch unser Kontaktformular unter: https://www.deutsche-glasfaser.de/unternehmen/kontakt/planauskunft/ zur Verfügung.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die vorgetragenen Belange stellen die Vollziehbarkeit der Planung nicht infrage, da sie auf der nachgelagerten Ebene der Ausführungsplanung bzw. Bauausführung durch z. b die Verlegung der bezeichneten Kabel oder ihre Einbindung in die Planung bewältigt werden können.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
4.	Deutsche Telekom Technik GmbH: West PTI 24 Schreiben vom 14.10.2024		
	Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es werden keine Bedenken oder Anregungen vorgetragen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 42. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Nahversorgungszentrum Gerderath), Erkelenz-Gerderath

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	folgt Stellung: Gegen die Planung haben wir keine Bedenken.		
5.	Industrie- und Handelskammer (IHK) Schreiben vom 06.11.2024		
	da das Vorhaben innerhalb des Nahversorgungszentrum Gerderath liegt und davon keine schädlichen Auswirkungen auf andere zentrale Versorgungsbereiche zu erwarten sind, bestehen seitens der Industrie- und Handelskammer (IHK) Aachen keine Bedenken.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es werden keine Bedenken oder Anregungen vorgetragen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
6.	Kreis Heinsberg Schreiben vom 05.11.2024		
	seitens des Kreises Heinsberg bestehen zur 42. Änderung des Flächennutzungsplanes „Nahversorgungszentrum Gerderath“, Erkelenz-Gerderath, keine Bedenken.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es werden keine Bedenken oder Anregungen vorgetragen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
7.	Landesbetrieb Straßenbau NRW: Regionalniederlassung Niederrhein – Hauptsitz Mönchengladbach Schreiben vom 07.10.2024		
	es bestehen vom Grundsatz her keine Bedenken zur Änderung der Flächennutzungsplanes. Bedenken hinsichtlich der Erschließung werden im parallelen Bebauungsplanverfahren benannt. Aus Gründen der Verkehrssicherheit sollte die Erschließung des Gebietes über die bestehende Zufahrt an der L19 erfolgen. Gegenüber dem Landesbetrieb Straßenbau, können weder jetzt noch in Zukunft aus dieser Planung Ansprüche auf aktiven und/oder passiven Lärmschutz oder ggfls. erforderlich werdende Maßnahmen bzgl. der Schadstoffausbreitung geltend gemacht werden. Außerdem wird auf das Problem der Schallreflektion hingewiesen.	Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine grundsätzlichen Bedenken bestehen. Die Erschließungsplanung ist Sache der nachgelagerten Bebauungsplanebene. Auf dieser können die vorgetragenen Belange abgewogen werden. Eine schalltechnische Untersuchung wurde im nachgelagerten Bebauungsplanverfahren durchgeführt. Maßnahmen, die dem Schallschutz dienen und gesunde Wohnverhältnisse weiterhin gewährleisten, werden auf dieser Ebene berücksichtigt. Auf der Ebene des FNP erfolgt keine gesonderte Berücksichtigung.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
8.	NEW Netz GmbH Schreiben vom 10.10.2024		
	Wir haben Ihre Anfrage geprüft und teilen Ihnen mit, dass gegen diese keine Bedenken vorliegen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es werden keine Bedenken oder Anregungen vorgetragen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
9.	Wasserverband Eifel-Rur (WVER) Schreiben vom 23.10.2024		
	grundsätzlich bestehen zum Vorhaben seitens des Wasserverbandes Eifel-Rur keine Bedenken. Wir weisen darauf hin, dass die Entlastungsdaten der betroffenen Sonderbauwerke überprüft werden sollten. Liegt hier ein Defizit bei Entlastungsrate oder Mischverhältnis vor, ist auch der Floßbach/Ratheimer Mühlenbach betroffen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die vorgetragenen Belange betreffen nicht die Ebene des Flächennutzungsplanes und können im nachgelagerten Bebauungsplanverfahren berücksichtigt werden.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

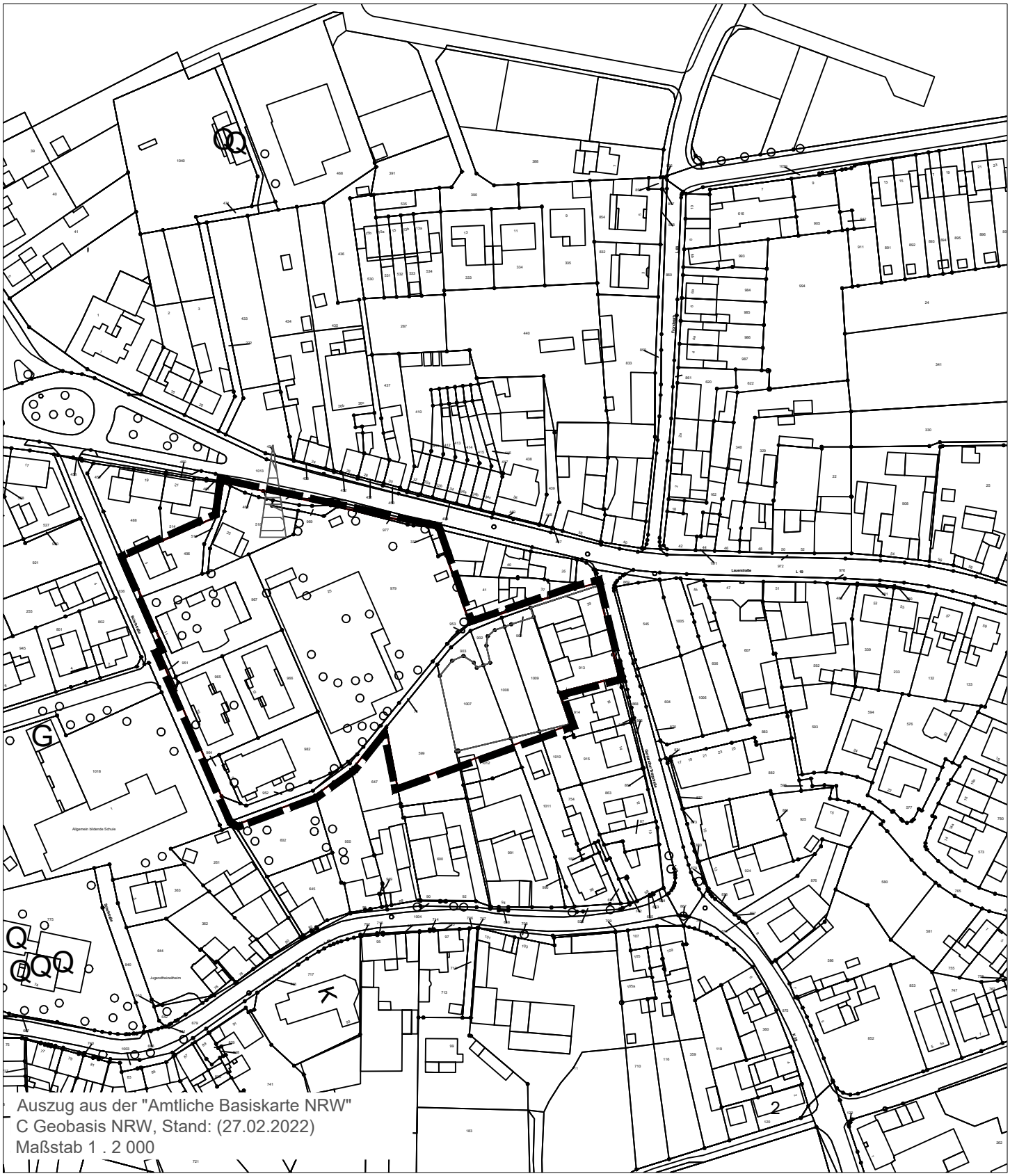
Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 42. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Nahversorgungszentrum Gerderath), Erkelenz-Gerderath

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
10.	WestVerkehr GmbH Schreiben vom 22.10.2024		
	für die Zusendung der Planentwürfe (42. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz Nahversorgungszentrum Gerderath, Erkelenz-Gerderath) bedanken wir uns. Als öffentliches Verkehrsunternehmen teilen wir Ihnen nach Prüfung der uns zur Verfügung gestellten Unterlagen mit, dass wir im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange grundsätzlich keine Anregungen oder Bedenken vorzubringen haben. Wir weisen darauf hin, dass sich am Rande des Plangebietes die Haltestelle "Gerderath Sparkasse" (Fahrtrichtung Erkelenz) auf der Lauerstraße befindet. Die Standort der Haltestelle ist bei evtl. Bauvorhaben zu berücksichtigen. Die Haltestelle wird u.A. von der Schnellbuslinie SB 1 und den Linien 405 und 407 bedient.	Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine grundsätzlichen Bedenken bestehen. Die Lage der Bushaltestelle wird auf der nachgelagerten Bebauungsplanebene berücksichtigt.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
11	Vodafone West GmbH mit Schreiben vom 25. 10.2014		
	Sehr geehrte Damen und Herren, wir bedanken uns für Ihr Schreiben vom 07.10.2024.Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone-Gesellschaft(en) gegen die von Ihnen geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend macht. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist unsererseits derzeit nicht geplant. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Bitte geben Sie dabei immer unsere obenstehende Vorgangsnummer an. Bitte beachten Sie: Bei einer Stellungnahme, z.B. wegen Umverlegung, Mitverlegung, Baufeldfreimachung, etc. oder eine Koordinierung/Abstimmung zum weiteren Vorgehen, dass die verschiedenen Vodafone-Gesellschaften trotz der Fusion hier noch separat Stellung nehmen. Demnach gelten weiterhin die bisherigen Kommunikationswege. Wir bitten dies für die nächsten Monate zu bedenken und zu entschuldigen. Mit freundlichen Grüßen	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es werden keine Bedenken oder Anregungen vorgetragen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
12	EBV mit Schreiben vom 04. 11.2014		
	Sehr geehrte Damen und Herren, Sehr geehrter Herr Reiners, zu der o.g. 42. Änderung des Flächennutzungsplans sowie des "bps Nr. XII werden unsererseits keine Bedenken erhoben	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es werden keine Bedenken oder Anregungen vorgetragen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 42. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Nahversorgungszentrum Gerderath), Erkelenz-Gerderath

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	Eine Kennzeichnung nach § 9 (5) 2. BauGB sowie § 5 (3) 2. BauGB halten wir für nicht erforderlich. Mit freundlichem Glückauf		

Übersicht über den Geltungsbereich der 42. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Nahversorgungszentrum Gerderath), Erkelenz Gerderath



Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 61/717/2024 Status: öffentlich AZ:
Federführend: Planungsamt	Datum: 28.10.2024 Verfasser: Amt 61 Jürgen Schöbel

Bebauungsplan Nr. 0300.2/1 "Am Neuser Weg", Erkelenz-Gerderath

hier: Beschluss über die vorgetragenen Stellungnahmen während der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB, der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
03.12.2024	Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung
05.12.2024	Haupt- und Finanzausschuss
11.12.2024	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung der Stadt Erkelenz hat in seiner Sitzung am 21.03.2023 gem. § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 0300.2/1 „Am Neuser Weg“, Erkelenz-Gerderath, beschlossen und die Verwaltung beauftragt, einen Entwurf des Bebauungsplanes zu erarbeiten. In der Sitzung wurde ferner beschlossen zu dem Entwurf des Bebauungsplanes die Öffentlichkeit frühzeitig gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange frühzeitig gemäß § 4 Abs. 1 BauGB zu beteiligen.
Ziel der Planung ist die Entwicklung eines Wohngebietes mit ca. 39 Baugrundstücken, auf welchen Einzel- Doppel- und Reihenhäuser mit maximal 2 Wohneinheiten und Mehrfamilienhäuser entwickelt werden können. Der Geltungsbereich befindet sich am östlichen Ortsrand von Gerderath nördlich der L 46. Die Fläche des Plangebietes des Bebauungsplanes Nr. 0300.2/1 „Am Neuser Weg“, Erkelenz-Gerderath, hat eine Größe von ca. 3,1 ha. Der Geltungsbereich geht aus der Anlage hervor.
Der Aufstellungsbeschluss wurde im Amtsblatt der Stadt Erkelenz Nr. 9/2023 vom 12.06.2023 bekannt gemacht.

1. Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB

Die öffentliche Bekanntmachung des Termins der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB wurde mit Amtsblatt Nr. 9 vom 12.06.2023 bekannt gemacht.
Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wurde vom 26.06.2023 bis einschließlich 30.06.2023 in der Stadtverwaltung Erkelenz sowie über das Internet durchgeführt. Seitens der Öffentlichkeit wurden während des Beteiligungsverfahrens zwei Stellungnahmen vorgetragen.

2. Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB

Das Beteiligungsverfahren gemäß § 4 Abs. 1 BauGB wurde mit Schreiben vom 26.06.2023 an die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, eingeleitet.
Seitens der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden während des Beteiligungsverfahrens abwägungsrelevante Stellungnahmen vorgetragen, die in der Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Abwägung und Beschlussfassung aufgelistet sind.

3. Beteiligung des Bezirksausschusses

In der 8. Sitzung des Bezirksausschusses Gerderath am 24.08.2023 wurde der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 0300.2/1 „Am Neuser Weg“, Erkelenz-Gerderath vorgestellt; die Erläuterungen wurden von den Ausschussmitgliedern zustimmend zur Kenntnis genommen (s.a. Ö1 und Ö2).

4. Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB

Nach Beschluss des Rates der Stadt Erkelenz vom 24.04.2024 wurde der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 0300.2/1 „Am Neuser Weg“, Erkelenz-Gerderath, nach Bekanntmachung im Amtsblatt Nr. 11 vom 05.07.2024 in der Zeit vom 08.07.2024 bis einschließlich 11.08.2024 im Internet veröffentlicht und in der Stadtverwaltung öffentlich ausgelegt.
Während der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB wurde eine abwägungsrelevante Stellungnahme der Öffentlichkeit vorgetragen.

5. Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentliche Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 08.07.2024 über die Öffentlichkeitsbeteiligung unterrichtet und gem. § 4 Abs. 2 BauGB beteiligt. Seitens der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden während des Beteiligungsverfahrens abwägungsrelevante Stellungnahmen zum Entwurf des Bebauungsplanes vorgetragen, die in der Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Abwägung und Beschlussfassung aufgelistet sind.

In dieser Sitzung soll über die während der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB und die während der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB vorgetragenen Stellungnahmen gemäß § 1 Abs. 7 BauGB entschieden und der Satzungsbeschluss gefasst werden.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an Haupt- und Finanzausschuss und Rat):

„1. Über die während der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB von der Öffentlichkeit und den Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und die während der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB vorgetragenen Stellungnahmen zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 0300.2/1 „Am Neuser Weg“, Erkelenz-Gerderath, wird nach Abwägung aller erkennbaren öffentlichen und privaten Belange, wie in der als Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage beigefügten Abwägungstabelle vorgeschlagen, entschieden. Die Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - ist Bestandteil dieses Beschlusses.
2. Der Bebauungsplan Nr. 0300.2/1 „Am Neuser Weg“, Erkelenz-Gerderath, wird unter Berücksichtigung dieser Beschlüsse gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.“

Klima-Check:
Trägt der Beschlussentwurf zum Klimaschutz oder zur Klimafolgenanpassung bei?

Ja X Nein ☐

Bauleitpläne in Form von Flächennutzungsplänen als vorbereitende und Bebauungsplänen als verbindliche Bauleitplanung haben indirekt Auswirkungen auf Klimaschutz und Klimafolgenanpassung.
Während aus Flächennutzungsplänen keine Baurechte abgeleitet werden können, schaffen Bebauungspläne die Grundlage für (neue) Bebauungen aber auch Entwicklung von Grünflächen oder den Bau von Verkehrsflächen.
Im Baugesetzbuch sind die Belange Klimaschutz und Klimaanpassung seit 2013 als Teil eines stetig größer werdenden Katalogs an Belangen und Themen in § 1 Abs. 5 aufgenommen worden.
Mit geringen Ausnahmen sind bei jeder Aufstellung eines Bauleitplanes eine Umweltprüfung und ein Umweltbericht zu erstellen. Hier sind die genannten Aspekte enthalten.
Regelmäßig sind Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen erforderlich, durch welche auch Maßnahmen zum Klimaschutz und Klimafolgenanpassung erfolgen.

Finanzielle Auswirkungen:
Die Kosten der Bauleitplanung werden durch einen städtebaulichen Vertrag zwischen der Stadt Erkelenz und der Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz GmbH & Co. KG (GEE) sichergestellt.

Anlagen:
Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 0300.2/1 „Am Neuser Weg“, Erkelenz-Gerderath

Anlage - Übersicht über den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 0300.2/1 „Am Neuser Weg“, Erkelenz-Gerderath

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 0300.2/1 „Am Neuser Weg“, Erkelenz Gerderath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
Stellungnahmen der Öffentlichkeit während der frühzeitigen Beteiligung vom 26.06.2023 bis 30.06.2023 gemäß § 3 Abs. 1 BauGB			
1	Öffentlichkeit Schreiben vom 30.06.2023		
	Hiermit erhebe ich Einwendungen bzw. gebe Anregungen zum Entwurf des o.g. Bebauungsplans. **1. Der Bebauungsplanentwurf hat einen falschen Namen** Ausweislich eines Plans des Katasteramtes des Kreises Erkelenz vom 10.02.1949 zur Gemarkung Gerderath im Maßstab 1:2.500 wurde die Flur „Am Neusser Weg“ benannt. Demzufolge müsste der Bebauungsplanentwurf nun ebenfalls so benannt werden. (Plan liegt mir vor) **2. Fehlende Festsetzungen zur Errichtung einer Querungshilfe auf der L 46 und von Fahrbahnverschwenkungen** Ausgehend von der Fronderather Straße existiert momentan nur ein einseitiger Bürgersteig auf der L 46 bis zum heutigen Ortsrand. Alle Besucher und Bewohner des neuen Baugebietes sind also gezwungen, die Fahrbahn der L 46 zu queren. In der Vorplanung waren demzufolge sowohl eine Querungshilfe als auch eine doppelte Fahrbahnverschwenkung zur Geschwindigkeitsreduzierung des Kfz-Verkehres vorgesehen. Das Baurecht für die Herstellung dieser Anlagen sollte durch den Bebauungsplan mit geregelt werden. Das kostet keinen nennenswerten Mehraufwand, ist wesentlich günstiger und weniger zeitaufwendig als ein Planfeststellungsverfahren und es ist rechtssicherer als ein Verfahren „im Fall unwesentlicher Bedeutung“. Die doppelte Fahrbahnverschwenkung dient der Geschwindigkeitsreduzierung vor der Querungshilfe. Aber auch aus Lärmschutzgründen ist die Geschwindigkeit in Höhe der zu verlegenden Ortseingangstafel bzw. des grau schraffierten Grundstückes auf 50 km/h zu reduzieren. Ein von der Gerderather Bevölkerung sehr gelobtes Muster ist die doppelte Fahrbahnverschwenkung auf der K 28. Es wird empfohlen diese Bauart auch auf der L 46 zu verwenden. **3. Bänke mit schattenspendenden Bäumen (Hochstamm) ausstatten** Die Grünflächen A1, B1 und B2 sollen mit Fußwegen in Form von wassergebundenen Decken und Bänken ausgestattet werden. Gleichzeitig dienen die darunterliegenden Rigolen der Niederschlagswasserversickerung. Es ist darauf zu achten, dass die Rigolen so angelegt werden, dass zumindest ein Baum je Bank dort gepflanzt werden kann. Die Bäume sollten südwestlich der jeweiligen Bank gepflanzt werden. Die Festsetzungen im B-Plan (Pflanzlisten) in Bezug auf die o.g. Grünflächen sind anzupassen. **4. Wege mit wassergebundenen Decken** Wege mit wassergebundenen Decken haben den Nachteil, dass sie bei häufiger Nutzung so verdichten, dass eine dem Asphalt ähnliche Versiegelung erfolgt. Die Niederschläge werden dann über die Schulter des Weges	zu 1. In den Unterlagen, wie zum Beispiel Flurbüchern und Katasterauszügen, die dem Katasteramt des Kreises Heinsbergs vorliegen, ist die Flurbezeichnung „Am Neuser Weg“ eingetragen. Die Bezeichnung des Bebauungsplanes wurde beibehalten. zu 2. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 0300.2/1 „Am Neuser Weg“ wurde im Bereich der geplanten Linksabbiegespur und Gehwegerweiterung angepasst. Für den Bereich, in dem die geschwindigkeitsdämpfenden Maßnahmen vorgesehen sind, war eine Ausweitung des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes nicht notwendig. Die geplanten Maßnahmen werden im Einvernehmen mit dem Straßenbaulastträger, Straßen NRW, vorgenommen. . zu 3. Die Gestaltung der Grünflächen mit Fußwegen und Bänken ist Teil der späteren Ausführungsplanung und nicht des Bauleitplanverfahrens. Auch die Anordnung der Bäume ist Teil der späteren Ausführungsplanung. Die Stellungnahme wurde zur Information hierzu an das Tiefbauamt und Grünflächenamt weitergeleitet. zu 4. Wie in der Begründung beschrieben, werden die festgesetzten öffentlichen Grünflächen B1 und B2 mit Wiese/Rasen gestaltet und mit einer umlaufenden Hecke begrenzt. Die Hecke darf stellenweise unterbrochen	Die Anregungen aus der Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und teilweise beachtet.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 0300.2/1 „Am Neuser Weg“, Erkelenz Gerderath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	abgeleitet und verringern so die Fläche zur Aufnahme des Niederschlagswassers. Es wird empfohlen, zumindest die beiden Angerflächen (B1 und B2) nur mit Gras einzusäen. Vorbild können hier die Angerflächen im Baugebiet an der Burg sein. Ein weiterer Nachteil von wassergebundenen Decken sind die relativ hohen Unterhaltungskosten. Es wird auch der Vorschlag unterbreitet, die in den Grünflächen A1 – A3 vorgesehenen Flächen, vorerst ohne die Anlage von Wegen herzurichten. Die Anwohner werden durch die fußläufige Nutzung „Trampelpfade“ entstehen lassen. Sollten dann Wünsche nach befestigten Wegen geäußert werden, kann man erkennen, wo diese am sinnvollsten anzulegen sind. **5. Versiegelung von Vorgärten** In den Festsetzungen ist geregelt, dass 30 % der Vorgartenfläche wasseraufnahmefähig zu belassen oder herzustellen, zu begrünen, zu bepflanzen und so zu unterhalten ist. Dieser Wert sollte auf 50 % erhöht werden. Damit wird die Grundwasserneubildung auch auf dem jeweiligen Grundstück verbessert und das Ortsbild verschönert. **6. Klinkerfarben** Es ist nicht nachvollziehbar, warum weiße (matte) Klinkerfassaden ausgeschlossen werden. Bereits in früheren Bebauungsplänen im Stadtgebiet wurde dies zugelassen. Im Rahmen der Gleichbehandlung, auch zu weißen Putzfassaden, sollte dies ermöglicht werden.	werden, damit das dort zu versickernde Wasser der Straßenoberfläche den Flächen B1 und B2 zugeführt werden kann. Bzgl. der Anlage von Wegen siehe unter Nr. 3. zu 5. Eine Erhöhung der unversiegelten Flächen des Vorgartenbereiches wird aus ökologischen Gesichtspunkten begrüßt. Jedoch müssen auch Bauvorhaben mit den notwendigen versiegelten Flächen für Zufahrten und Wegen sowie Abstellflächen für Mülltonnen und Fahrräder auf Grundstücken mit schmalen Grundstücksbreiten realisierbar bleiben. Für eine Doppelhaushälfte mit 10m Grundstücksbreite beträgt die Fläche des Vorgartens 30qm. Für eine Zufahrt und Zugang zum Haus sind schon in etwa 50% der Fläche verbraucht. Einer Erhöhung des unversiegelten Flächenanteiles wird für den Vorgartenbereich aus dem genannten Grund nicht vorgenommen. Um die Bodenversiegelungen innerhalb des Plangebietes auf ein notwendiges Minimum zu reduzieren, wird die Grundflächenzahl für das WA1 mit 0,35 unterhalb der Orientierungswerte des § 17 BauNVO festgesetzt. Zu 6. Die gestalterischen Festsetzungen wurden ergänzt, so dass auch weißer Klinker zugelassen wird. Die Wirkung im Straßenbild einer weißen Putzfassade und weißem Klinker mit hellen Fugen, wird als ähnlich eingestuft.	
2	Öffentlichkeit Schreiben vom 04.07.2023		
	Vielen Dank für die Möglichkeit einer Stellungnahme, welche ich bereits am 28.06. dem Bezirksausschuss Ger-	Gemäß § 3 (1) BauGB ist die Öffentlichkeit möglichst	Den Anregungen aus der Stellungnahme

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 0300.2/1 „Am Neuser Weg“, Erkelenz Gerderath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	derath übersandt habe, aber noch einmal an Sie richten mag/ soll: Gerne bringe ich meine Überlegungen zum beabsichtigten Bebauungsplan ein. Dass Stellungnahmen im Rahmen einer frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit innerhalb von nur 5 Tagen abgegeben werden sollen, empfinde ich als doch sehr kurz im Hinblick auf einen Umfang von mehr als 120 Seiten. Die beabsichtigten Festsetzungen des Bebauungsplanes und die diesem zugrunde liegenden Begründungen erscheinen mir als baurechtlichem Laien grundsätzlich gut durchdacht und sind zu begrüßen. Im Detail jedoch kann ich mit Blick auf eine moderne Entwicklung der Stadt Erkelenz – hier insbesondere im Stadtteil Gerderath –, welche sich meinem Empfinden nach auch in einer möglichen Art und Weise der Bebauung widerspiegelt, manche Regelungen nicht nachvollziehen. Nachvollziehbar ist, dass im Rahmen der Festsetzungen für das WA 1 eine aufgelockerte Bebauung hin zur freien Landschaft aus planerischen Gesichtspunkten wünschenswert ist. Diese ist jedoch m. E. nicht nur durch die Festsetzung einer maximalen Traufhöhe von 4,75m und einer maximalen Firsthöhe von 9,50m zu erreichen. Dies wird ebenfalls bereits durch die etwas unter dem Orientierungswert von 0,4 festgesetzte Grundflächenzahl sowie eine Geschossflächenzahl von 0,6 erreicht. Da aufgrund vorgenannter Festsetzungen praktisch keine zweigeschossige Bebauung möglich ist, minimieren sich auch die gestalterischen Freiheiten der Bauherren. So sind manche Bauformen moderner Architektur aufgrund geringer Traufhöhe nicht umsetzbar. Dies wird durch die einschränkenden Vorgaben von Dachformen und -aufbauten sowie Fassadenmaterialien noch verstärkt (z. B. Cube Bauweise). Nachvollziehbar mag das gewünschte Erscheinungsbild eines Einfamilienhauses in Ortsrandlage als eingeschossige Bauweise mit „ausgebautem Dachgeschoss“ erscheinen. Jedoch lockern in unserer freien und pluralistischen Gesellschaft unterschiedliche Bauformen und Stile das Stadtbild auf und machen es auch für junge Familien und Akademiker interessant und lebenswert(er). Mit der Zulassung auch von Flachdächern eröffnen sich unter gegebenen Rahmenbedingungen weitere, vielfältige architektonische Möglichkeiten; sowohl im Zentrum des städtebaulichen Entwurfes (wie z. B. WA 2) als auch im Bereich WA 1. Im Bereich WA1 wäre unter unveränderter First- und Traufhöhe eine eingeschossige Bauweise bei Wahl eines Flachdaches garantiert. Wenn auch die Festsetzung der Fassadenmaterialien einigen gestalterischen Spielraum lässt, wäre die freie Wahl wünschenswert. Auch aus pragmatischen Gründen zur Vermeidung von Verwaltungsaufwand in Behörden sowie Kosten auf Seiten der Bauherren, könnten hilfsweise die im Rahmen einer Abweichung zugelassenen Farben bereits im Bebauungsplan erlaubt werden. Andere Gemeinden haben beispielsweise (exemplarisch anhand des Bebauungsplanes „Am Wingertsberg“ der	frühzeitig über die allgemeinen Ziele, Zwecke und voraussichtlichen Auswirkungen der Planung zu unterrichten, ihr ist Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung zu geben. Die Frist muss angemessen sein. Das BauGB sieht die Öffentlichkeitsbeteiligung zweistufig vor. An die Beteiligung nach § 3 (1) BauGB schließt sich zu einem späteren Zeitpunkt die Beteiligung nach § 3 (2) BauGB an. Hier regelt der Gesetzgeber konkret die Frist der Auslegung für die Dauer eines Monats, mindestens jedoch für die Dauer von 30 Tagen. Wie in der Stellungnahme geschrieben, soll für das WA 1, welches für die Randbereiche des Plangebietes zur freien Feldflur hin festgesetzt wird, eine aufgelockerte Bebauungsstruktur erreicht werden. Mit den Festsetzungen einer maximalen Traufhöhe von 4,75m und einer maximalen Firsthöhe von 9,50m wird erzielt, dass die Wohnhäuser wie eingeschossige Gebäude mit Dach wirken. Rechnerisch kann das Dachgeschoss zu einem Vollgeschoss nach Landesbauordnung NRW ausgebaut werden. Das eingeschossig wirkende Wohnhaus mit geneigtem Dach in Form von Sattel-, Walm-, und Zeltdächern soll dazu beitragen ein harmonisches und optisch ansprechendes Siedlungsbild zu erreichen, welches schon im angrenzenden Wohngebiet der Ortslage Gerderath vorhanden ist und generell die Randbereiche der dörflichen Lagen der Stadt Erkelenz prägt. Die Erhaltung und Gestaltung des Siedlungsbildes der dörflichen Strukturen ist ein städtebauliches Ziel der Bauleitplanung. In Baugebieten bzw. bestehenden Wohngebieten, welche eine städtischere Lage haben bzw. die Umgebung bereits durch Flachdachbauten mitgeprägt wird, sind diese auch zulässig (s. z.B. Bebauungsplan Nr. VI/1 „Bauxhof“ oder Nr. II/3 „Goswinstraße/ Flachsbleiche“).	wird nicht gefolgt.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 0300.2/1 „Am Neuser Weg“, Erkelenz Gerderath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	Stadt Wassenberg) gezeigt, wie ein offener und moderner Bebauungsplan ohne Vorgaben/ Beschränkungen von Dachformen, Fassadenmaterialien etc. auskommt. Hier entstehen architektonisch wertvolle und individuell gestaltete Häuser, die sich dennoch zu einem harmonischen Gesamtbild zusammen- und in die Natur einfügen. Die Begrünung von Vorgärten zur Vermeidung einer übermäßigen Versiegelung und der Anlage von Steingärten begrüße ich persönlich im Rahmen des Klimawandels und städtebaulicher Erhitzung. Aber warum sollten Einfriedungen (außerhalb der Vorgärten) nur mit einer transparenten Zaunanlage erstellt werden? Die Begründung/ der gestalterische Aspekt erschließt sich mir nur bedingt. Es gibt auch ökologisch gute und optisch ansprechende Alternativen. Gerade in den ersten Jahren im Rahmen von Anwachsphasen ist hierdurch die Privatsphäre der Bauherren sehr stark eingeschränkt. Vielleicht wäre hier auch eine Möglichkeit mit teilweisem Sichtschutz (durch Festsetzung in einer vorgegebenen Höhe) oder abwechselnden transparenten und nicht-transparenten Elementen eine gangbare Variante. Zugegebenermaßen bin ich als (ehemaliger) Eigentümer der zur Rede stehenden Flächen persönlich stark von dieser Vorschrift betroffen, da unser Grundstück, welches wir der Stadt für die Entwicklung abgetreten haben, an den öffentlichen Fuß- und Fahrradweg angrenzt, der zur – wahrscheinlich durch Hundebesitzer stark frequentierten – Grünanlage führt. Hier befürchte ich ebenso eine starke Geruchsbelästigung aufgrund zahlreicher negativer Beispiele in Gerderath. Vielleicht ließe sich für die beiden hier angrenzenden Grundstücke eine für alle Seiten zufriedenstellende Lösung finden. Zusammenfassend rege ich an, Einschränkungen hinsichtlich Dachformen sowie Fassadenmaterialien möglichst entfallen zu lassen oder auch Flachdächer zuzulassen sowie die Einschränkungen hinsichtlich der Wahl der Einfriedungen zu überdenken/ zu lockern. Über eine Rückmeldung würde ich mich freuen.	Gemäß §9 Absatz 4 BauGB in Verbindung mit § 89 BauO NRW werden in den Bebauungsplänen der Stadt Erkelenz Gestaltungsvorschriften, wie z.B. der Fassadenmaterialien oder Einfriedungen, getroffen. Diese Regelungen sollen der Erhaltung und Gestaltung des Ortsbildes dienen. Der Gestaltungsrahmen und die getroffenen gestalterischen Festsetzungen orientieren sich an orts- und regionaltypischen Gestaltungsmerkmalen. Die Festsetzung zu Einfriedungen, die an öffentliche Verkehrsflächen oder sonstige öffentliche Flächen grenzen und ausschließlich als lebende Hecken oder Gehölzpflanzungen zulässig sind (auch in Verbindung mit einem transparenten Zaun), sollen zu einem harmonischen Straßenbild und Aufwertung des Straßenraumes beitragen. Die damit einhergehende Unzulässigkeit von z.B. Mauern oder Gabionen, angrenzend an öffentliche Verkehrsflächen, verhindern, dass diese Bereiche nur noch aus versiegelten, asphaltierten oder gepflasterten Bereichen mit gemauerten Seitenbegrenzungen bestehen. Zusätzlich wird durch diese Festsetzung für schmale Verkehrsflächen, wie hier im Bebauungsplan der Rad- und Gehweg, verhindert, dass diese Bereiche schlauchförmige Angsträume werden. Weiterhin wird durch die Festsetzung der Hecken zu öffentlichen Flächen der Raum für eine Flora und Fauna im Gartenbereich zumindest in einem gewissen Maß gesichert und der Wechsel zwischen Gärten und z.B. öffentlichen Grünflächen für Kleintiere, wie z.B. Igel, ermöglicht. Ebenfalls dienen Hecken als Brutstätte der in Wohngebieten immer weiter zurückgedrängten Vogel- und Insektenwelt, die für die Funktionsfähigkeit der Flora innerhalb des Wohngebietes von Bedeutung sind. Zusätzlich wird durch die Heckenpflanzungen die Verdunstungsfläche der Wohngebiete in den heißer werdenden Som-	

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 0300.2/1 „Am Neuser Weg“, Erkelenz Gerderath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		mern, erhöht. Diese Festsetzung dient somit auch der kleinklimatischen Aufwertung, der Wasserrückhaltung und dem Hitzeschutz.	
Stellungnahmen der Öffentlichkeit während der Veröffentlichungsfrist vom 08.07.2024 bis 11.08.2024 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB			
1	Öffentlichkeit Schreiben vom 31.07.2024		
	Betreff: braucht es das wirklich? Meine Familie (mein Mann, unsere Zwillinge und ich) sind vor knapp 3 Jahren nach Gerderath gezogen. Die ruhige, ländliche und vor allem unverbaute Lage waren die Argumente für uns diese Haus zu kaufen, obgleich es für uns auch viele Herausfordeungen bedeute unsere Jobs mit der Distanz und der Infrastruktur hier vor Ort in Einklang zu bringen. Wir haben das Haus umfangreich energetisch saniert, um eine nachhaltige und dauerhafte Ressource zu schaffen, die uns, unseren Kinder aber auch der Stadt hilft langfristig und zukunftsorientiert zu bestehen. Keine 6 Monate nach Kauf hat uns der Nachbar nebenan(Gärtner, der einen Großteil der angedachten Fläche verkaufen und zusteuern würde) darüber informiert, dass neben uns Grundstücke geplant sind. Das ist rechtsbündig an unser Grundstück anschließend auch kein Problem für uns. Dort stehen eh nur verwahrloste Gewächshäuser. Probleme haben wir im Speziellen mit dem Flurstück 97/2 und dem restlichen Außenbezirk - auf mehreren Ebene: 1. Naturschutz und Umweltschutz: hier leben viele Tiere, die sonst kein Auskommen mehr hätten und auf unterbaute Flächen angewiesen sind (Fasane, Schleiereulen, Turmfalken) 2. Eigene Interessen: es besteht ein Wegerecht von 1900 für dieses Grundstück über unser Grundstück. Ich lege im Namen meiner Familie unser Veto ein, dass dieses Grundstück nur zu Bauland wird. Ein Argument für uns ein Grundstück mit Wegerecht zu kaufen (enorme Wertminderung im der Zukunft) war, dass das begünstigte Grundstück im Außenbereich liegt und keine Perspektive auf Umsetzung dieses Wegerechts besteht 3. Öffentliche Interessen: im Gespräch mit Nachbarn haben wir herausgefunden, dass es entgegen der o.g. Annahme wohl viele Flächen zur Nachverdichtung gibt. Leerstehende Grundstücke, leer stehende Scheunen, leer stehende Bauernhäuser, etc. Besser für die Nutzung bereits bestehender Flächen wäre eine Förderung für	zu 1. Artenschutz Zur Ermittlung der Betroffenheit planungsrelevanter Arten wurde eine Artenschutzprüfung (Haese Büro für Umweltplanung Stufe I von Juli 2021 und Stufe II von Januar 2023) erstellt. Die dadurch ermittelten betroffenen Arten (Bluthänfling und Rebhuhn) werden berücksichtigt und ein Ausgleich durch Kompensationsmaßnahmen geschaffen (s. Begründung Teil 1 Punkt 7.4 „Artenschutz“). Die genannten Kompensationsmaßnahmen und deren Umsetzung sind mit der Unteren Naturschutzbehörde abgestimmt. zu 2. Das Flurstück Nr. 97/2 grenzt östlich an das Flurstück der Eigentümerin aus der Stellungnahme (Flurstück 96). Beide Flurstücke (Gemarkung Gerderath, Flur 11, Flurstück 96 sowie 97/2) liegen außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 0300.2/1 „Am Neuser Weg“, Erkelenz-Gerderath. Nachteilige Auswirkungen für das Flurstück 96 sind durch die Aufstellung des Bebauungsplanes nicht zu erkennen. Im wirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Erkelenz war das Flurstück 1095 (Flur 11) auch vor der 30. Änderung	Kenntnisnahme

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 0300.2/1 „Am Neuser Weg“, Erkelenz Gerderath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	den Umbau/die Renovierung bestehender Infrastruktur. Für Gespräche zu dem Thema stehe ich gerne zur Verfügung! Über eine Stellungnahme der Stadt hierzu freue ich mich sehr.	des Flächennutzungsplanes östlich angrenzend an das Flurstück Nr. 97/2 dargestellt als Wohnbauflächen. Die grundsätzliche Absicht zur Erweiterung des Ortsrandes an dieser Stelle war somit erkennbar. zu 3. Die Baulücken der Stadt Erkelenz werden regelmäßig überprüft und auch im Siedlungsflächenmonitoring der Bezirksregierung Köln aktualisiert. In der Ortslage befinden sich alle Baulücken im Privatbesitz und können seitens der Stadt Erkelenz nicht zu Wohnbauland aktiviert werden. Brachflächen oder Gebäudeleerstände, die seitens der Stadt Erkelenz zur Nachverdichtung herangezogen werden könnten, stehen ebenfalls nicht zur Verfügung.	
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit Schreiben vom 26.06.2023 gemäß § 4 Abs. 1 BauGB			
1	Westnetz GmbH Regionalzentrum Neuss, Collingstraße 2, 41460 Neuss Mail vom 26.06.2023		
	Gegen das oben genannte Vorhaben bestehen keine Einwände, da unsere Belange hierdurch nicht berührt werden.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
2	Deutsche Glasfaser Holding GmbH Büro Borken, Am Kuhm 31, 46325 Borken Mail vom 26.06.2023		
	Im angefragtem Bereich: Am Randerather Hof, Germany Erkelenz befinden sich Anlagen der Deutschen Glasfaser Netz Operating GmbH. Beiliegend erhalten Sie die Bestands- und Übersichtspläne. Achtung!	Die Stellungnahme wurde dem Tiefbauamt, zur Beachtung für die Ausführungsplanung, weitergeleitet.	Kenntnisnahme

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 0300.2/1 „Am Neuser Weg“, Erkelenz Gerderath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	Deutsche Glasfaser setzt im Regelfall eine mindertiefe Verlegtechnik ein. Die Glasfaserkabel befinden sich in einer Tiefe zwischen 0,3 und 0,6 Meter. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass durch unterschiedliche Verlegungstiefen oder Änderungen im Verlauf der Leitungen kein Mitverschulden der Deutschen Glasfaser Netz Operating GmbH begründet wird. Im Bereich von Kreuzungen und Parallelverlauf mit LWL - Netz der Deutschen Glasfaser Netz Operating GmbH (DGNO) sind Suchschachtungen bzw. Ortungen zur genauen Lagebestimmung der LWL - Trasse vorzunehmen. Es ist Ihrerseits sicherzustellen, dass allen Beteiligten der Inhalt des Merkblattes “Hinweise zum Schutze unterirdischer Glasfaser - Versorgungsanlagen” bekannt gemacht und die Einhaltung der genannten Bedingungen überwacht wird. Für die Bauerlaubnis teilen Sie uns den Baubeginn Ihrer Maßnahme mindestens 2 Wochen vorher mit. Die Aktualität der beiliegenden Bestands- und Übersichtpläne kann nur für die folgenden 20 Arbeitstage garantiert werden. Sollten Ihre Baumaßnahmen erst später erfolgen, ist eine erneute Planauskunft 4 Wochen vor Baubeginn anzufordern. Die Aktualität der beiliegenden Bestands- und Übersichtpläne kann nur für die folgenden 20 Arbeitstage garantiert werden. Für zukünftige Anforderungen von Planauskünften steht Ihnen auch unser Kontaktformular unter: https://www.deutsche-glasfaser.de/unternehmen/kontakt/planauskunft/ zur Verfügung. Für Ihre Anfrage bedanken wir uns und verbleiben „Sind Trassenverlegungen notwendig, benötigt Deutsche Glasfaser mindestens 8 Wochen Vorlaufzeit.“		
3	Bezirksregierung Köln Dezernat 54 – Wasserwirtschaft. 50606 Köln Mail vom 27.06.2023		
	Rohrfernleitungen: gem. Pipeline-Kataster befindet sich im Plangebiet keine Rohrfernleitungsanlage. Trinkwasserversorgung: Die Stadt Erkelenz plant die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 0300.2/1 „Am Neuser Weg“ in Erkelenz-Gerderath mit dem Ziel die planungsrechtliche Voraussetzung für ein Wohngebiet zu schaffen. Die Festsetzung eines Allgemeinen Wohngebietes im Bebauungsplan erfordert daher die entsprechende Änderung des Flächennutzungsplanes mit der Darstellung Wohnbauflächen für den gesamten Planbereich des Bebauungsplanes Nr. 0300.2/1 „Am Neuser Weg“, Erkelenz-Gerderath. Die Änderung des Flächennutzungsplanes erfolgt im Parallel-	Das Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 0300.1/2 „Am Neuser Weg“ weist mit 22,5% Grünflächenanteil und Festsetzung der Grundflächenzahl unterhalb der Orientierungswerte des § 17 BauNVO für das Allgemeine Wohngebiet (WA 1) einen möglichst hohen unversiegelten Flächenanteil auf. Da die Fläche derzeit nicht in einem festgesetzten oder geplanten Wasserschutzgebiet, noch in einem Einzugsgebiet einer aktiven Trinkwassergewinnungsanlage befindet, werden keine weiteren	Kenntnisnahme

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 0300.2/1 „Am Neuser Weg“, Erkelenz Gerderath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	verfahren durch die 30. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz. Das betroffene Plangebiet liegt zum jetzigen Zeitpunkt weder in einem festgesetzten oder geplanten Wasserschutzgebiet, noch in einem Einzugsgebiet einer aktiven Trinkwassergewinnungsanlage. Dennoch weise ich vorsorglich darauf hin, dass das entsprechende Gebiet nach aktuellem Kenntnisstand zukünftig in dem Einzugsgebiet der geplanten WGA Kückhoven liegen wird. Die Neuerrichtung der WGA Kückhoven ist erforderlich, da die WGA Holzweiler aufgrund der bergbaulichen Inanspruchnahme entfällt. Zur langfristigen Sicherstellung der öffentlichen Wasserversorgung ist demnach die Neuerrichtung der WGA Kückhoven nötig und wird derzeit konkret geplant. Diesbezüglich liegt mir bereits ein entsprechender Vorabzug der wasserrechtlichen Antragsunterlagen vor. Daraus geht hervor, dass das Plangebiet, wie schon oben erwähnt, innerhalb des prognostizierten Einzugsgebiet liegt und vermutlich zu einem späteren Zeitpunkt dann auch innerhalb eines Wasserschutzgebietes. Zum jetzigen Zeitpunkt können jedoch noch keine konkreten Aussagen zu potentiellen Schutzzonen etc. getroffen werden. Unabhängig davon möchte ich an dieser Stelle dennoch die Möglichkeit nutzen vorsorglich und frühzeitig darauf hinweisen. Insgesamt bestehen dem Vorhaben gegenüber jedoch keine grundsätzlichen Bedenken. Im Rahmen des Möglichen und zur Sicherung der Grundwasserneubildung wird dennoch angeregt, eine möglichst minimale Flächenversiegelung anzustreben. Die Versiegelung von Freiflächen ist in Bezug auf die Grundwasserneubildung generell negativ zu bewerten, da jede Versieglung dazu führt, dass der Grundwasserleiter in seiner Bilanz gemindert wird. Abschließend möchte darauf hinweisen, dass zum Schutz des Grundwassers generell die allgemeine Sorgfaltspflicht nach § 5 des Wasserhaushaltsgesetzes gilt. Demnach ist „Jede Person […] verpflichtet, bei Maßnahmen, mit denen Einwirkungen auf ein Gewässer verbunden sein können, die nach den Umständen erforderliche Sorgfalt anzuwenden, um 1. eine nachteilige Veränderung der Gewässereigenschaften zu vermeiden, 2. eine mit Rücksicht auf den Wasserhaushalt gebotene sparsame Verwendung des Wassers sicherzustellen, 3. die Leistungsfähigkeit des Wasserhaushalts zu erhalten und 4. eine Vergrößerung und Beschleunigung des Wasserabflusses zu vermeiden.“ Ansonsten erkenne ich keine Betroffenheit in den Zuständigkeiten von Dezernat 54 der Bezirksregierung Köln (Obere Wasserbehörde).	Maßnahmen als erforderlich erachtet. Im Übrigen betrifft das in Aussicht gestellte Wasserschutzgebiete sehr große bereits langjährig bebaute Bereiche im Stadtgebiet, so dass durch dieses Baugebiete keine negativen Auswirkungen zu erwarten sind. Keine Abwägung erforderlich.	
4	Straßen NRW Regionalniederlassung Niederrhein. Breitenbachstr. 90, 41065 Mönchengladbach		

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 0300.2/1 „Am Neuser Weg“, Erkelenz Gerderath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	Mail vom 28.06.2023		
	Die bereits frühzeitig festgelegten, erforderlichen Maßnahmen auf der L46, sind mittels Verwaltungsvereinbarung zwischen der Stadt und dem Landesbetrieb zu regeln. Zuvor ist die Ausbauplanung mit dem Landesbetrieb Straßenbau abzustimmen. Kostenträger ist gemäß Verursacherprinzip, die Stadt Erkelenz. Konkret handelt es sich um den Bau eines Linksabbiegers und einer Querungshilfe zur verkehrssicheren Anbindung des geplanten neuen Wohngebietes. Die als Anlage angefügten allgemeinen Vorgaben Landesstraße sind zu beachten. Vom Grundsatz her bestehen keine Bedenken. Ich weise darauf hin, dass gegenüber dem Landesbetrieb Straßenbau, weder jetzt noch in Zukunft aus dieser Planung Ansprüche auf aktiven und/oder passiven Lärmschutz oder ggfls. erforderlich werdende Maßnahmen bzgl. der Schadstoffausbreitung geltend gemacht werden können. Außerdem wird auf das Problem der Schallreflektion hingewiesen. Sind Lärmschutzanlagen entlang der von hier betreuten Straßen geplant so sind entsprechende Planunterlagen nebst statischen Nachweisen, zur Genehmigung beim Landesbetrieb Straßenbau vorzulegen. Wartungsarbeiten und Bauwerkskontrolle der Lärmschutzwand sind vom Grundstück aus durchzuführen, und können nicht vom Grundstück der Landesstraße aus erfolgen, daher sind entsprechende Wartungswege auf dem Grundstück selbst vorzuhalten. Zur Befestigten Fahrbahnkannte ist ein Mindestabstand von 4,50 m einzuhalten sowie mind. 1,0 m von der Grundstückgrenze der Straße. Sollten Rückfragen bestehen, stehe ich Ihnen unter nachfolgenden Kontaktdaten zur Verfügung und verbleibe.	Die Stellungnahme mit Anlage wurde an das Tiefbauamt der Stadt Erkelenz weitergeleitet. Eine entsprechende Verwaltungsvereinbarung wird vorbereitet. Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme.
5	WVER - Wasserverband Eifel-Rur (Aufgabenbereich Liegenschaften), Eisenbahnstraße 5, 52353 Düren Mail vom 29.06.2023		

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 0300.2/1 „Am Neuser Weg“, Erkelenz Gerderath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	Der betroffene Bereich befindet sich außerhalb des Zuständigkeitsbereiches des Wasserverbandes Eifel – Rur. Daher kann unsererseits keine Stellungnahme abgegeben werden.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme.
6	Deutsche Telekom Technik GmbH: West PTI 24 Mail vom 30.06.2023		
	Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung: Gegen die Planung haben wir keine Bedenken.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
7	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDBw) (Referat Infra I 3) Fontainengraben 200, 53123 Bonn Email vom 05.07.2023		
	Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage werden Verteidigungsbelange nicht beeinträchtigt. Es bestehen daher zum angegebenen Vorhaben seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände. Gegen die im Betreff genannte(n) Maßnahme(n) hat die Bundeswehr folgende Bedenken, Einwände bzw. Anmerkungen. Die von Ihnen beabsichtigte(n) Maßnahme(n) befindet / befinden sich - im Zuständigkeitsbereich des Flugplatzes Geilenkirchen. Die Belange der Bundeswehr sind somit ggf. mehrfach berührt. Ich weise darauf hin, dass sich Ihr Plangebiet im Bereich eines militärischen Fluggebietes befindet. Hier ist mit Lärm- /und Abgasimmissionen zu rechnen. Ferner weise ich darauf hin, dass spätere Ersatzansprüche gegen die Bundeswehr nicht anerkannt werden können.	Es wurde ein Hinweis in die Begründung des Bebauungsplanes Nr. 0300.1/2 „Am Neuser Weg“ aufgenommen, dass sich das Plangebiet im Bereich eines militärischen Fluggebietes befindet und mit Lärm- und Abgasimmissionen zu rechnen ist. Spätere Ersatzansprüche gegen die Bundeswehr können nicht anerkannt werden.	Kenntnisnahme
8	Bezirksregierung Köln – Dez. 33 (Ländliche Entwicklung und Bodenordnung) Mail vom 10.07.2023		
	Aus den von hier zu vertretenden Belangen der allgemeinen Landeskultur und der Landentwicklung werden keine Bedenken gegen das vorbezeichnete Planungsvorhaben vorgebracht.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
9	Erftverband, Am Erftverband 6, 50126 Bergheim Mail vom 11.07.2023		

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 0300.2/1 „Am Neuser Weg“, Erkelenz Gerderath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	die Grundwasseroberfläche ist im Bereich der Baumaßnahme/ des Bebauungsplans im oberen Grundwasserstockwerk durch den Braunkohlentagebau abgesenkt. Vor Beginn der Sümpfungsmaßnahmen wurden flurnahe Grundwasserstände gemessen. Nach Beendigung des Braunkohlenbergbaus steigt die Grundwasseroberfläche an und es können sich langfristig im Bereich der Baumaßnahme /des Bebauungsplans witterungsbedingt wieder flurnahe Grundwasserstände einstellen.	Ein Hinweis zur Grundwasserabsenkung durch den Braunkohlentagebau und einem Grundwasserwiederanstieg nach Beendigung der bergbaulichen Sümpfungsmaßnahme ist in der Begründung zum Bebauungsplane Nr. 0300.1/2 „Am Neuser Weg“ und auf der Planzeichnung bereits aufgenommen. Dass nach Beendigung des Braunkohlenbergbaus die Grundwasseroberfläche ansteigt und sich langfristig im Bereich des Bebauungsplans witterungsbedingt wieder flurnahe Grundwasserstände einstellen können, wurde in der Planzeichnung und in der Begründung ergänzt.	Der Hinweis zum möglichen Grundwasserstand nach Beendigung des Braunkohlenbergbaus wurde ergänzt.
10	Schwalmverband Mail vom 11.07.2023		
	Der Bebauungsplan liegt außerhalb des Schwalmeinzugsgebiet. Daher ist eine Betroffenheit unsererseits nicht gegeben.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme.
11	Bezirksregierung Arnsberg, Abteilung 6 Bergbau und Energie in NRW Mail vom 13.07.2023		
	Aus bergbehördlicher Sicht gebe ich Ihnen zum o. g. Planvorhaben folgende Hinweise und Anregungen: Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes liegt über dem auf Steinkohle verliehenen Bergwerksfeld „Sophia Jacoba A“ und über den auf Braunkohle verliehenen Bergwerksfeldern „Gerderath 1“ sowie „Gerderath 3“. Rechtsnachfolgerin der Eigentümerin des verliehenen Bergwerksfeldes „Sophia Jacoba A“ ist die Vivawest GmbH (Nordsternplatz 1 in 45899 Gelsenkirchen). Rechtsnachfolgerin der Eigentümerin der beiden verliehenen Bergwerksfelder „Gerderath 1“ und „Gerderath 3“ ist die RV Rheinbraun Handel und Dienstleistungen GmbH, hier vertreten durch die RWE Power AG (Abt. Liegenschaften und Umsiedlung, Stüttgenweg 2 in 50935 Köln). Soweit eine entsprechende grundsätzliche Abstimmung mit den vorgenannten Rechtsnachfolgerinnen der Bergwerksfeldeigentümerinnen nicht bereits erfolgt ist, empfehle ich, diesen in Bezug auf möglichen zukünftigen bergbaulichen Planungen, zu bergbaulichen Einwirkungen aus bereits umgegangenem Bergbau sowie zu dort vorliegenden weiteren Informationen bzgl. bergschadensrelevanter Fragestellungen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Möglicherweise liegen den Rechtsnachfolgerinnen der Bergwerksfeldeigentümerinnen auch Informationen zu Bergbau in dem betreffenden Bereich vor, der hier nicht bekannt ist. Insbesondere sollte diesen dabei auch Gelegenheit gegeben werden, sich zum Erfordernis von Anpassungs- oder Sicherungsmaßnahmen zur Vermeidung von Bergschäden zu äußern. Diese Fragestellung ist grundsätzlich privatrechtlich zwischen Grundeigentümer*in / Vorhabensträger*in und in diesem Falle den Rechtsnachfolgerinnen der Bergwerksfeldeigentümerinnen zu regeln. Unabhängig der vorgenannten privatrechtlichen Aspekte teile	Die RWE Power AG wurde gemäß § 4(1) BauGB im Bauleitplanverfahren beteiligt und um Stellungnahme gebeten. Eine Stellungnahme ist nicht eingegangen. Gemäß § 4 (2) BauGB wurde die RWE Power AG erneut am Bauleitplanverfahren beteiligt. Ebenso wurde die Vivawest GmbH gemäß § 4 (2) BauGB beteiligt. Die während der frühzeitigen Beteiligung der Behörden gemäß § 4(1) BauGB eingegangene Stellungnahme des Erftverbandes wird unter der lfd. Nr. 9 behandelt. Ein Hinweis zum Braunkohlentagebau und Steinkohlenbergbau ist unter dem Kapitel „Grundwasser“ bereits in der Begründung Teil 1 aufgenommen.	Kenntnisnahme

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 0300.2/1 „Am Neuser Weg“, Erkelenz Gerderath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	ich Ihnen mit, dass in den hier derzeitig vorliegenden Unterlagen im Planbereich bis in die 1990er Jahre umgegangener Steinkohlenbergbau dokumentiert ist. Der verzeichnete Abbau ist dem senkungsauslösenden Bergbau zuzuordnen. Die Einwirkungen des senkungsauslösenden untertägigen Bergbaus sind abgeklungen. Allerdings ist der Planbereich nach den hier vorliegenden Unterlagen (Differenzenpläne Stand: 01.10.2018 aus dem Revierbericht, Bericht 1, Auswirkungen der Grundwasserabsenkung, des Sammelbescheides - Az.: 61.42.63 -2000-1 -) von durch Sümpfungsmaßnahmen des Braunkohlenbergbaus bedingten Grundwasserabsenkungen betroffen. Für die Stellungnahme wurden folgende Grundwasserleiter (nach Einteilung von Schneider & Thiele, 1965) betrachtet: Oberes Stockwerk, 9B, 8, 7, 6D, 6B, 2 - 5, 09, 07 Kölner Scholle, 05 Kölner Scholle. Folgendes sollte berücksichtigt werden: Die Grundwasserabsenkungen werden, bedingt durch den fortschreitenden Betrieb der Braunkohlentagebaue, noch über einen längeren Zeitraum wirksam bleiben. Eine Zunahme der Beeinflussung der Grundwasserstände im Planbereich in den nächsten Jahren ist nach heutigem Kenntnisstand nicht auszuschließen. Ferner ist nach Beendigung der bergbaulichen Sümpfungsmaßnahmen ein Grundwasserwiederanstieg zu erwarten. Sowohl im Zuge der Grundwasserabsenkung für den Braunkohletagebau als auch bei einem späteren Grundwasserwiederanstieg sind hierdurch bedingte Bodenbewegungen möglich. Diese können bei bestimmten geologischen Situationen zu Schäden an der Tagesoberfläche führen. Die Änderungen der Grundwasserflurabstände sowie die Möglichkeit von Bodenbewegungen sollten bei Planungen und Vorhaben Berücksichtigung finden. Ein entsprechender Hinweis zu den möglichen Auswirkungen der Sümpfungsmaßnahmen des Braunkohlenbergbaus ist bereits in den Planunterlagen unter dem Gliederungspunkt „7.3 Grundwassersituation, Wasserschutzgebiet“ der Begründung enthalten. Unabhängig hiervon empfehle ich Ihnen, sofern nicht bereits geschehen, diesbezüglich eine Anfrage an die o.g. RWE Power AG sowie für konkrete Grundwasserdaten an den Erftverband (Am Erftverband 6 in 50126 Bergheim) zu stellen. Hinsichtlich des Umfanges und Detaillierungsgrades der notwendigen Umweltprüfung werden aus dem Zuständigkeitsbereich der Bergbehörde von NRW keine Hinweise und Anregungen geäußert. Für eventuelle Rückfragen zu dieser Stellungnahme stehe ich Ihnen gern zur Verfügung. Bearbeitungshinweis: Diese Stellungnahme wurde bezüglich der bergbaulichen Verhältnisse auf Grundlage des aktuellen Kenntnisstandes erarbeitet. Die Bezirksregierung Arnsberg hat die zugrundeliegenden Daten mit der zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben erforderlichen Sorgfalt erhoben und zusammengestellt. Die fortschreitende Auswertung und Überprüfung der vorhandenen Unterlagen sowie neue Erkenntnisse können zur Folge haben, dass es im Zeitverlauf zu abweichenden Informationsgrundlagen auch in Bezug auf den hier geprüften Vorhabens- oder Planbereich kommt. Eine Gewähr für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Genauigkeit der Daten kann insoweit nicht übernommen werden. Soweit Sie als berechtigte öffentliche Stelle Zugang zur Behördenversion des Fachinformationssystems „Gefährdungspotenziale des Untergrundes in NRW“ (FIS GDU) besitzen, haben Sie hierdurch die Möglichkeit, den jeweils aktuellen Stand der hiesigen Erkenntnisse zur bergbaulichen Situation		

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 0300.2/1 „Am Neuser Weg“, Erkelenz Gerderath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	zu überprüfen. Details über die Zugangs- und Informationsmöglichkeiten dieses Auskunftssystems finden Sie auf der Homepage der Bezirksregierung Arnsberg (www.bra.nrw.de) mithilfe des Suchbegriffs „Behördenversion GDU“. Dort wird auch die Möglichkeit erläutert, die Daten neben der Anwendung ebenfalls als Web Map Service (WMS) zu nutzen.		
12	Landwirtschaftskammer NRW: Kreisstellen Heinsberg, Viersen Mail vom 17.07.2023		
	Die grundsätzliche Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen wurde mit dem Flächennutzungsplan beschlossen. Die externe Kompensation wurde auf das artenschutzrechtlich erforderliche Maß reduziert.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
13	Stadt Wegberg, Rathausplatz 25, 41844 Wegberg Per Post 17.07.2023		
	Zu den oben genannten Bauleitplanverfahren werden von Seiten der Stadt Wegberg keine Anregungen vorgebracht.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
14	Stadt Hückelhoven: Amt für Stadtplanung und Liegenschaften Mail vom 19.07.2023		
	Von Seiten der Stadt Hückelhoven bestehen keine Bedenken.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
15	Geologischer Dienst NRW Landesbetrieb, De-Greiff-Straße 195, 47803 Krefeld Mail vom 19.07.2023		
	Erdbebengefährdung Es wird auf die Bewertung der Erdbebengefährdung hingewiesen, die bei Planung und Bemessung üblicher Hochbauten gemäß den Technischen Baubestimmungen des Landes NRW mit DIN 4149:2005-04 „Bauten in deutschen Erdbebengebieten“ zu berücksichtigen ist. Die Erdbebengefährdung wird in DIN 4149:2005 durch die Zuordnung zu Erdbebenzonen und geologischen Untergrundklassen eingestuft, die anhand der Karte der Erdbebenzonen und geologischen Untergrundklassen der Bundesrepublik Deutschland 1 : 350 000, Bundesland Nordrhein-Westfalen (Geologischer Dienst NRW 2006) bestimmt werden. In den Technischen Baubestimmungen des Landes Nordrhein-Westfalen wird auf die Verwendung dieser Kartengrundlage explizit hingewiesen. • Das hier relevante Planungsgebiet liegt in der Stadt Erkelenz, Gemarkung Gerderathund ist der Erdbebenzone 2 sowie der geologischen Untergrundklasse T zuzuordnen. <u>Bemerkung</u>: DIN 4149:2005 wurde durch den Regelsetzer zurückgezogen und durch die Teile 1, 1/NA und 5 des Eurocode 8 (DIN EN 1998) ersetzt. Dieses Regelwerk ist jedoch bislang bauaufsichtlich nicht eingeführt. Anwendungsteile, die nicht durch DIN 4149 abgedeckt werden, sind als Stand der Technik zu berücksichtigen. Dies betrifft hier insbesondere DIN EN 1998, Teil 5 „Gründungen, Stützbauwerke und geotechnische Aspekte“.	Erdbebengefährdung: Ein Hinweis zur Erdbebengefährdung wurde in die Begründung des Bebauungsplanes Nr. 0300.1/2 „Am Neuser Weg“, Erkelenz- Gerderath aufgenommen. Schutzgut Boden: Die Rechtsgrundlage für die Eingriffsregelung in der Bauleitplanung bilden § 1a BauGB in Verbindung mit §§ 13 bis 18 BNatSchG und §§ 30 bis 33 LNatSchG NRW. Sind aufgrund der Aufstellung eines Bebauungsplans Eingriffe in Natur und Landschaft zu erwarten, sind diese gemäß Eingriffsregelung hinreichend zu qualifizieren und zu quantifizieren. Die Eingriffs- / Ausgleichsbilanzierung ist Bestandteil der Begründung Teil 2, dem Umweltbericht zum Bebauungsplan Nr. 0300.2/1 „Am Neuser Weg“. Das dort ermittelte ökologische Defizit, dass auch den Eingriff in den Boden berücksichtigt, wurde überwiegend über die	Kenntnisnahme

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 0300.2/1 „Am Neuser Weg“, Erkelenz Gerderath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	Auf die Berücksichtigung der Bedeutungskategorien für Bauwerke gemäß DIN 4149:2005 bzw. Bedeutungsklassen der relevanten Teile von DIN EN 1998 und der jeweils entsprechenden Bedeutungsbeiwerte wird ausdrücklich hingewiesen. Dies gilt insbesondere z. B. für große Wohnanlagen, kulturelle Einrichtungen etc. **Schutzgut Boden** Nach der Karte der schutzwürdigen Böden (www.GEOportal.nrw.de) sind von der Planung schutzwürdige Böden betroffen. Es handelt sich um Pseudogley-Parabraunerden, mithin um Böden, die nach dem Klassifikationsschema eine hohe Funktionserfüllung besitzen und damit in die höchste Schutzstufe gehören. Aus Bodenschutzsicht sind nach den gesetzlichen Vorgaben (z.B. § 2 Bundes-Bodenschutzgesetz, § 1 Landesbodenschutzgesetz, § 7 und § 15 Bundesnaturschutzgesetz) die vorliegenden Böden als Wert- und Funktionselemente besonderer Bedeutung zu bewerten. Demnach ist der Eingriff durch Versiegelung als erheblich einzustufen. Eine bodenfunktionsbezogene Kompensation für den Verlust dieser Böden ist aus Bodenschutzsicht zu fordern. Der multifunktionale Ausgleich auf etwa 6300 qm für die Inanspruchnahme von 1,5 ha schutzwürdigen Bodens ist aus Bodenschutzsicht als nicht ausreichend zu bezeichnen. Ich bitte zu prüfen, ob auf externen Flächen weitere Kompensationen vorbereitet werden können. Kompensationsmaßnahmen für den Verlust an schutzwürdigen Böden sind folgender Veröffentlichung zu entnehmen (Kap. 3.7, S. 24): • Bodenschutz in der Umweltprüfung nach BauGB - Leitfaden für die Praxis der Bodenschutzbehörden in der Bauleitplanung[1]. [1] https://www.labo-deutschland.de/documents/umweltpruefung_494.pdf	zu erbringenden Artenschutzmaßnahmen kompensiert (auf 12.300m² Fläche, s. Begründung Teil 2, Punkt. 7 Eingriffsregelung). Ein verbleibendes ökologisches Defizit von 8.448,5 Biotopwertpunkten wird über das städtische Ökokonto ausgeglichen. Die Maßnahmen sind mit der Unteren Naturschutzbehörde abgestimmt.	
16	EBV GmbH, Myhler Sttraße 83, 41836 Hückelhoven Per Post am 19.07.2023		
	Zur o.g. Bauleitplanung sowie dem Flächennutzungsplan werden unsererseits keine Bedenken erhoben. Eine Kennzeichnung nach § 9 (5) 2. BauGB sowie § 5 (3) 2. BauGB ist nicht erforderlich.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
17	NEW Netz GmbH, Nikolaus-Becker-Straße 28-34, 52511 Geilenkirchen Mail vom 21.07.2023		
	Für die Sicherstellung der öffentlichen Stromversorgung möchten wir Sie bitten, uns mögliche Standorte für eine Trafostation auszuweisen. Mögliche Standorte haben wir Ihnen im Anhang markiert. Die Größe der Fläche für eine Trafostation sollte ca. (4 x 5 m =K1529) (4x 6 m =K1824) betragen. Bitte halten Sie für die weiteren Planungen Rücksprache mit uns.	Die Stellungnahme der NEW-Netz GmbH wurde zur Kenntnis genommen. Nebenanlagen gem. § 14 Abs. 2 BauNVO sind im Bebauungsplan allgemein zulässig. Eine Sicherung über entsprechende Planzeichen ist nicht notwendig. Dies hat den Vorteil, dass eine genaue Festlegung des Standortes	Die Stellungnahme der NEW Netz GmbH wurde berücksichtigt.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 0300.2/1 „Am Neuser Weg“, Erkelenz Gerderath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		während der Bauleitplanung nicht erforderlich ist. Die Anlage (Plan) bezüglich der gewünschten Standorte für die beiden Trafostation wurde für die Ausbauplanung an das Grünflächenamt und Tiefbauamt weitergeleitet.	
18	Kreis Heinsberg, Valkenburger Str. 45, 52525 Heinsberg Mail vom 21.07.2023		
	Seitens des Gesundheitsamtes, der unteren Bodenschutzbehörde sowie der unteren Wasserbehörde werden keine Bedenken geäußert. Die untere Immissionsschutzbehörde sowie die untere Naturschutzbehörde nehmen wie folgt Stellung: Untere Immissionsschutzbehörde: Gegen die o.g. Planungen bestehen erhebliche Bedenken. Die in den Planungen durch die schalltechnischen Untersuchungen, Bericht Nr. M175243/01 der Müller-BBM Industrie-Solutions GmbH, Fritz-Schupp-Straße 4, 45899 Gelsenkirchen erlangten Erkenntnisse (Lärmbelastung des Plangebiets durch die L46) liegen nicht in der Zuständigkeit des Immissionsschutzes. Die Beurteilung der gewonnenen Erkenntnisse obliegt dem zuständigen Straßenbaulastträger, der diesbezüglich zu beteiligen ist. Gemäß den o.g. schalltechnischen Untersuchungen treten durch den Betrieb der benachbarten landwirtschaftlichen Anlage im Plangebiet schädliche Umwelteinwirkungen auf. Die Überschreitung der ermittelten Mittelungspegel an zehn der genannten Immissionspunkte im Nachtzeitraum gemäß Gutachten ist nicht zulässig. Die Bedenken der unteren Immissionsschutzbehörde können ausgeräumt werden, wenn durch eine Überarbeitung der schalltechnischen Untersuchungen (Immissionsprognose) an keinem Immissionspunkt schädliche Umweltauswirkungen auftreten. Hierfür ist es erforderlich, dass der Gutachter Schallschutzmaßnahmen einplant. Untere Naturschutzbehörde: Gegen die Planung bestehen aus Sicht der unteren Naturschutzbehörde keine grundsätzlichen Bedenken. Das Plangebiet befindet sich außerhalb von besonders geschützten Teilen von Natur und Landschaft. Artenschutzrechtliche Konflikte konnten für den Bluthänfling, die Feldlerche sowie das Rebhuhn ermittelt werden. Mit der unteren Naturschutzbehörde wurden bereits im Vorfeld funktionserhaltende Maßnahmen (CEF) abgestimmt, die bereits in das Kompensationsflächenkataster übernommen wurden. Diese Flächen können multifunktional auch für die Eingriffsregelung verwendet werden und sind zeitnah anzulegen.	Stellungnahme Gesundheitsamt, Untere Bodenschutzbehörde, Untere Wasserbehörde, Untere Naturschutzbehörde, Brandschutz: Kenntnisnahme Stellungnahme Immissionsschutzbehörde: Der Straßenbaulastträger ist das Land NRW, Landesbetrieb Straßenbau. Die während der frühzeitigen Beteiligung der Behörden gemäß § 4(1) BauGB eingegangene Stellungnahme des Landesbetriebes, Straßenbau NRW wird unter der lfd. Nr. 4 behandelt. Die Überschreitung von max. 10 dB(A) zur Nachtzeit, die an einem hochfrequentierten Betriebstag, des im Nebenerwerb tätigen Landwirtes, auftreten kann, betrifft lediglich das nördlichste Wohnhaus des Plangebietes. An einem weiteren Haus kann eine Überschreitung von 6 dB(A) nachts auftreten. Die übrigen Überschreitungen, die möglich sind, erreichen Überschreitungen von 1 dB (A) bis 5 dB (A). Eine Gesundheitsgefährdung ist nicht zu befürchten. Zwar kann bei einer nächtlichen Dauerbelastung mit Lärm eine Gesundheitsgefährdung in Frage kommen, eine Dauerbelastung liegt in diesem Fall jedoch nicht vor. Durch den nördlich des Plangebietes liegenden landwirtschaftlichen Betrieb (Ackerbau im Nebenerwerb) können lediglich an einem hochfrequentierten Arbeitstag auch in der Nacht	Kenntnisnahme

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 0300.2/1 „Am Neuser Weg“, Erkelenz Gerderath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	Insgesamt entsteht ein Defizit von 33.048 Ökopunkten, von denen 24.600 Punkte durch die Herstellung der CEF-Maßnahmen kompensiert werden können. Die verbleibenden 8.448 Punkte sollen über das städtische Ökokonto verrechnet werden. Seitens der unteren Naturschutzbehörde wird auch diese Fläche in das Kompensationsflächenkataster auf die Teilfläche „CEF-Feldlerche“ übertragen. **Brandschutz** Gegen die Planungen bestehen seitens der Brandschutzdienststelle keine Bedenken, wenn folgende Punkte beachtet werden. Es wird darauf hingewiesen, dass folgende Anforderungen zu erfüllen sind: **1. Öffentliche Verkehrsfläche** Gebäude dürfen nur errichtet werden, wenn gesichert ist, dass ab Beginn ihrer Nutzung das Grundstück in für die Zufahrt und den Einsatz von Feuerlösch- und Rettungsgeräten angemessener Breite an einer befahrbaren öffentlichen Verkehrsfläche liegt oder wenn das Grundstück eine befahrbare, öffentlich-rechtlich gesicherte Zufahrt zu einer befahrbaren öffentlichen Verkehrsfläche hat und die erforderlichen Anlagen zur Versorgung mit Löschwasser vorhanden und benutzbar sind. Wohnwege, an denen nur Gebäude der Gebäudeklassen 1 bis 3 zulässig sind, brauchen nur befahrbar zu sein, wenn sie länger als 50 m sind (§4BauONRW). Bei Gebäude der Klasse 4 + 5 sind entsprechend Feuerwehraufstellflächen bzw. zusätzliche Feuerwehrbewegungsflächen einzuplanen (Musterrichtlinie für Flächen für die Feuerwehr). **2. Löschwasserversorgung** Die nachfolgenden Anforderungen an die Löschwasserversorgung seitens der Feuerwehren setzen im Allgemeinen voraus, dass Hydranten ausreichend zur Verfügung stehen. Bestehen Einschränkungen seitens der Trinkwasserversorgung werden auch andere Möglichkeiten, zum Beispiel unterirdische Löschwasserbehälter oder -brunnen, in Betracht gezogen. Weiterhin beziehen sich die Anforderungen nur auf den Grundschutz im Brandschutz für Wohngebiete, Gewerbegebiete, Mischgebiete und Industriegebiete ohne erhöhtes Sach- oder Personenrisiko. Das DVGW-Arbeitsblatt W 400-1:2015-02 äußert sich zu den Grundlagen der Löschwasserversorgung wie folgt: *„Die Abstände von Hydranten müssen im Übrigen der Bebauung und Netzstruktur entsprechen. Für die Bereitstellung von Löschwasser ist DVGW W 405 (A) zu beachten. Die Abstände von Hydranten in Ortsnetzen, die auch der Löschwasserversorgung (Grundschutz) dienen, sind im Bedarfsfall abzustimmen.“* **Seitens der Feuerwehren bestehen folgende Anforderungen:** · Hydranten sind so anzuordnen, dass sie die Wasserentnahme leicht ermöglichen. · Die Löschwasserversorgung für den ersten Löschangriff zur Brandbekämpfung und zur Rettung von Personen muss in einer Entfernung von 75 m Lauflinie bis zum Zugang des Grundstücks von der öffentlichen Verkehrsflä-	Traktorfahrten anfallen. Schädliche Umweltauswirkungen gemäß §3 BImSchG liegen demnach nicht vor.	

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 0300.2/1 „Am Neuser Weg“, Erkelenz Gerderath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	che aus sichergestellt sein. · Entnahmestellen mit 400 l/min (24 m^3/h) sind vertretbar, wenn die gesamte Löschwassermenge des Grundschutzes in einem Umkreis (Radius) von 300 m aus maximal 2 Entnahmestellen sichergestellt werden kann. · Die Abstände von Hydranten auf Leitungen in Ortsnetzen, die auch der Löschwasserversorgung (Grundschutz) dienen, dürfen 150 m nicht übersteigen. Größere Abstände von Hydranten bedürfen der Kompensation durch andere geeignete Löschwasserentnahmestellen. · Der Löschwasserbedarf für den Grundschutz ist bei niedriger, in der Regel freistehender Bebauung (bis 3 Vollgeschosse) mit 800 l/min (48 m^3/h) und bei sonstiger Bebauung mit mindestens 1.600 l/min (96 m^3/h) und für eine Dauer von mindestens 2h zu bemessen. · Der insgesamt benötigte Löschwasserbedarf ist in einem Umkreis (Radius) von 300 m nachzuweisen. Diese Regelung gilt nicht über unüberwindbare Hindernisse hinweg. Das sind z. B. Bahntrassen, mehrspurige Schnellstraßen sowie große, langgestreckte Gebäudekomplexe, die die tatsächliche Laufstrecke zu den Löschwasserentnahmestellen unverhältnismäßig verlängern. · Bei der oben genannten Wasserentnahme aus Hydranten (Nennleistung) darf der Betriebsdruck 1,5 bar nicht unterschreiten. · Für Gewerbe- und Industriegebiete ergeben sich ggf. höhere Anforderungen aufgrund von anderen rechtlichen Vorgaben, z. B. Muster-Industriebau-Richtlinie. In den Vorlagen zum Bauantrag, z. B. Brandschutznachweis, sind der Löschwasserbedarf (in l/min) und der Löschwassernachweis für die erste Löschwasserentnahmestelle im 75 m Bereich (Lauflinie bis zum Grundstück) sowie für die gesamte Löschwassermenge in einem Umkreis (Radius) von 300 m darzustellen. Quelle: Information der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren und des Deutschen Feuerwehrverbandes in Abstimmung mit dem DVGW Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e. V. (2018-4) **„Löschwasserversorgung aus Hydranten in öffentlichen Verkehrsflächen“**		

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 0300.2/1 „Am Neuser Weg“, Erkelenz Gerderath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag

Bauliche Nutzung nach § 17 der Baunutzungsverordnung	Kleinsiedlung (WS) Wochenendhausgebiete (SW)	reine Wohngebiete (WR) allgem. Wohngebiete (WA) besondere Wohngebiete (WB) Mischgebiete (MI) Dorfgebiete (MD) Gewerbegebiete (GE)		Kerngebiete (MK) Gewerbegebiete (GE)		Industriegebiete (GI)
Zahl der Vollgeschosse	≤ 2	≤ 3	> 3	1	> 1	-
Geschossflächenzahl (GFZ)	≤ 0,4	≤ 0,3 - 0,6	0,7 - 1,2	0,7 - 1,0	1,0 - 2,4	-
Baumassenzahl (BMZ)	-	-	-	-	-	≤ 9
Löschwasserbedarf bei unterschiedlicher Gefahr der Brandausbreitung	m³/h	m³/h		m³/h		m³/h
klein	24	48		96		96
mittel	48	96		96		192
groß	96	96		192		192

Sofern die obigen Anforderungen an die Löschwasserversorgung nicht hinreichend erfüllt werden können, müssen andere Möglichkeiten, z. B. durch unterirdische Löschwasserbehälter, -brunnen, -teiche bzw. bei zu großen Entfernungen weitere Hydranten erwogen werden.
Die Abstimmung zur Ausführung und zur Kostenübernahme erfolgt im Bedarfsfall zwischen der Gemeinde und dem Wasserversorgungsunternehmen.

3. Zugänglichkeit der Grundstücke / Rettungswege
Die Bebauung der Grundstücke ist so vorzunehmen, dass der Einsatz von Feuerlösch und Rettungsgeräten ohne Schwierigkeiten möglich ist.
Liegen Gebäude ganz oder in Teilen weiter als 50m von der öffentlichen Verkehrsfläche entfernt, ist eine Zufahrt für Fahrzeuge der Feuerwehr gemäß § 5 BauO NRW herzustellen. Die Zufahrt ist gemäß § 5 BauO NRW herzurichten. Die Ausführung muss der Muster-Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr (MRFIFw) inklusive der

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 0300.2/1 „Am Neuser Weg“, Erkelenz Gerderath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	Aufstellund Bewegungsflächen entsprechen. Die Kurvenradien sind entsprechend zu beachten. Zu- und Durchfahrten sowie Aufstell- und Bewegungsflächen für die Feuerwehr sind so zu befestigen, dass sie von Feuerwehrfahrzeugen mit einer zulässigen Gesamtmasse von 16 t und einer Achslast von 10 t befahren werden können. Notwendige Fenster in Obergeschossen müssen im Lichten eine freie Öffnungsfläche von mindestens 0,9 m x 1,2 m besitzen und für die Feuerwehr erreichbar sein. Die Fenster sind zur öffentlichen Verkehrsfläche oder zu Feuerwehrbewegungsflächen hin auszurichten §§ 14 und 37 BauO NRW. An den als zweiter Rettungsweg ausgewiesenen Fenstern muss das Aufstellen von tragbaren Leitern der Feuerwehr jederzeit möglich sein. Dies ist insbesondere bei Bepflanzungen und Parkflächen zu beachten (§ 14 BauO NRW). Für evtl. Gebäude der Gebäudeklassen 4 und 5 wird eine Aufstellfläche für Hubrettungsfahrzeuge gem. VV zu § 5 BauO NRW benötigt, sofern diese Gebäude den zweiten Rettungsweg nicht auf andere Weise (zwei Treppenräume) sicherstellen. **4. Hinweis** Viele Bauvorhaben werden zwischenzeitlich u. a. auch als „Generationenhaus/ altersgerechtes oder seniorengerechtes Wohnen“ betitelt. In verschiedenen Nutzungseinheiten wird der zweite Rettungsweg dennoch über tragbare Leitern sichergestellt. Die Brandschutzdienststelle weist im Rahmen des demographischen Wandels auf folgendes hin: Der Personenkreis, der sich problemlos über diese Geräte retten lässt, wird im Laufe der nächsten Jahre eher kleiner werden. Das liegt zum einen an der immer älter werdenden Bevölkerung und zum anderen an der Zunahme pflegebedürftiger Menschen. Auf Grund dieser Tatsache bestehen mit Sicht auf solche Bauvorhaben Bedenken an die Auslegung des zweiten Rettungsweges speziell für diese Nutzungsform.		
19	LVR: Amt für Liegenschaften Mail vom 27.07.2023		
	Hiermit möchte ich Sie innerhalb meiner Stellungnahme darüber informieren, dass keine Betroffenheit bezogen auf Liegenschaften des LVR vorliegt und daher keine Bedenken gegen die o.g. Maßnahme geäußert werden. Diese Stellungnahme gilt nicht für das LVR Amt für Denkmalpflege im Rheinland in Pulheim und das LVR- Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland in Bonn; es wird darum gebeten, deren Stellungnahmen gesondert einzuholen.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
20	Industrie- und Handelskammer Aachen, Theaterstraße 6-10, 52062 Aachen Mail vom 27.07.2023		
	Da der vorgesehene Planentwurf die Belange der gewerblichen Wirtschaft entweder gar nicht berührt oder – wo es der Fall ist – hinreichend berücksichtigt, bestehen seitens der Industrie- und Handelskammer (IHK) Aachen keine Bedenken.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
21	WestVerkehr GmbH, Geilenkirchener Kreisbahn 1, 52511 Geilenkirchen Mail vom 28.07.2023		

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 0300.2/1 „Am Neuser Weg“, Erkelenz Gerderath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	Für die Zusendung der Planentwürfe (0300.2/1 "Am Neuser Weg") bedanken wir uns. Als öffentliches Verkehrsunternehmen teilen wir Ihnen nach Prüfung der uns zur Verfügung gestellten Unterlagen mit, dass wir im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange keine Anregungen oder Bedenken vorzubringen haben.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit Schreiben vom 08.07.2024 gemäß § 4 Abs. 2 BauGB			
1	Straßen NRW Regionalniederlassung Niederrhein. Breitenbachstr. 90, 41065 Mönchengladbach Mail vom 08.07.2024		
	Ich verweise auf meine Stellungnahmen zur Frühzeitigen Beteiligung vom 28.06.24. Diese ist weiterhin zu berücksichtigen.	Die Stadt Erkelenz steht im Austausch mit Straßen NRW. Eine entsprechende Verwaltungsvereinbarung wird vorbereitet. Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
2	NEW Netz GmbH, Nikolaus-Becker-Straße 28-34, 52511 Geilenkirchen Mail vom 08.07.2024		
	Wir haben Ihre Anfrage geprüft und teilen Ihnen mit, dass gegen diese keine Bedenken vorliegen.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
3	Westnetz GmbH Regionalzentrum Neuss, Collingstraße 2, 41460 Neuss Mail vom 08.07.2024		
	Gegen das genannte Vorhaben bestehen keine Einwände, da unsere Belange hierdurch nicht berührt werden.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
4	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDBw) (Referat Infra I 3) Fontainengraben 200, 53123 Bonn Email vom 09.07.2024		
	vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage werden Verteidigungsbelange nicht beeinträchtigt. Es bestehen daher zum angegebenen Vorhaben seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände. Ich weise darauf hin, dass sich Ihr Plangebiet im Bereich eines militärischen Fluggebietes befindet. Hier ist mit Lärm- /und Abgasimmissionen zu rechnen. Ferner weise ich darauf hin, dass spätere Ersatzansprüche gegen die Bundeswehr nicht anerkannt werden können.	Es wurde ein Hinweis in die Begründung des Bebauungsplanes Nr. 0300.2/1 „Am Neuser Weg“, Erkelenz-Golkrath aufgenommen, dass sich das Plangebiet im Bereich eines militärischen Fluggebietes befindet und das Ersatzansprüche gegen die Bundeswehr nicht anerkannt werden können.	Der Stellungnahme wurde gefolgt und ein Hinweis in die Begründung aufgenommen.
5	Deutsche Telekom Technik GmbH: West PTI 24 Mail vom 09.07.2024		

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 0300.2/1 „Am Neuser Weg“, Erkelenz Gerderath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	Gegen die Planung haben wir keine Bedenken.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
6	Stadt Hückelhoven: Amt für Stadtplanung und Liegenschaften Mail vom 10.07.2024		
	Von Seiten der Stadt Hückelhoven bestehen keine Bedenken.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
7	WVER - Wasserverband Eifel-Rur (Aufgabenbereich Liegenschaften), Eisenbahnstraße 5, 52353 Düren Mail vom 29.06.2023		
	Der betroffene Bereich liegt außerhalb des Zuständigkeitsbereiches des Wasserverbandes Eifel – Rur. Daher kann unsererseits keine Stellungnahme abgegeben werden.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
8	Schwalmverband Mail vom 16.07.2023		
	Der Bebauungplan "Am Neuser Weg" Erkelenz-Gerderath liegt außerhalb des Schwalmeinzugsgebiet. Somit liegt für uns keine Betroffenheit vor.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
9	Landwirtschaftskammer NRW: Kreisstellen Heinsberg, Viersen Mail vom 17.07.2024		
	Wir verweisen auf unsere Stellungnahme vom 17.07.2023. Neue Aspekte für landwirtschaftliche Belange sind in den aktuellen Unterlagen nicht erkennbar. Bezüglich der prognostizierten zeitweisen Lärmspitzen durch den landwirtschaftlichen Betrieb regen wir an, entsprechende Hinweise in die textlichen Festsetzungen aufzunehmen.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
10	Bezirksregierung Arnsberg, Abteilung 6 Bergbau und Energie in NRW Mail vom 23.07.2024		
	zu den bergbaulichen Verhältnissen erhalten Sie folgende Hinweise: Das o.g. Vorhaben liegt über den auf Braunkohle verliehenen Bergwerksfeldern „Gerderath 1“ und „Gerderath 3“, beide im Eigentum der RV Rheinbraun Handel und Dienstleistungen GmbH, hier vertreten durch die RWE Power AG, Abt. Liegenschaften und Umsiedlung, RWE Platz 2 in 45141 Essen, sowie über dem auf Steinkohle verliehenen Bergwerksfeld „Sophia Jacoba A“ im Eigentum der Vivawest GmbH, Nordsternplatz 1 in 45899 Gelsenkirchen. Der Planbereich befindet sich in einem früheren Einwirkungsbereich des Steinkohlenbergbaus, in dem nach derzeitigem Kenntnisstand durch einen Anstieg des Grubenwassers Hebungen an der Tagesoberfläche zu erwarten sind. Diese Bodenbewegungen können, insbesondere bei bestimmten geologischen Situationen wie Unstetigkeiten, zu Schäden an der Tagesoberfläche führen. Dies sollte bei Planungen und Vorhaben berücksichtigt werden. Inwieweit der vorliegende Planbereich hiervon betroffen ist, kann von hier aus nicht beurteilt werden. Ich empfehle Ihnen, hierzu eine entsprechende Auskunft bei der RAG Aktiengesellschaft, Im Welterbe 10 in 45141 Essen einzuholen. Der Planungsbereich ist nach den hier vorliegenden Unterlagen (Differenzenpläne mit Stand: 01.10.2018 aus dem Revierbericht, Bericht 1, Auswirkungen der Grundwasserabsen-	Die RWE Power AG wurde gemäß § 4(1) und § 4 (2) BauGB im Bauleitplanverfahren beteiligt und um Stellungnahme gebeten. Eine Stellungnahme ist nicht eingegangen. Ebenso wurde die Vivawest GmbH gemäß § 4 (2) BauGB beteiligt. Auch hier ist keine Stellungnahme eingegangen. Hinweise zum Braunkohlentagebau, Steinkohlenbergbau und Bodenbewegungen sind unter dem Kapitel „Grundwasser, Bergbau, Wasserschutzzone“ bereits in der Begründung Teil 1 aufgenommen. Die Stellungnahme des Erftverbandes vom 05.08.2024 wird unter der laufenden Nummer 12 behandelt.	Kenntnisnahme

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 0300.2/1 „Am Neuser Weg“, Erkelenz Gerderath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	kung, des Sammelbescheides -Az.: 61.42.63 -2000-1 -) von durch Sümpfungsmaßnahmen des Braunkohlenbergbaus bedingten Grundwasserabsenkungen betroffen. Für die Stellungnahme wurden folgende Grundwasserleiter (nach Einteilung von Schneider & Thiele, 1965) betrachtet: Oberes Stockwerk, 9B, 8, 7, 6D, 6B, 2 - 5, 09, 07 Kölner Scholle, 05 Kölner Scholle. Folgendes sollte berücksichtigt werden: Die Grundwasserabsenkungen werden, bedingt durch den fortschreitenden Betrieb der Braunkohlentagebaue, noch über einen längeren Zeitraum wirksam bleiben. Eine Zunahme der Beeinflussung der Grundwasserstände im Planungsgebiet in den nächsten Jahren ist nach heutigem Kenntnisstand nicht auszuschließen. Ferner ist nach Beendigung der bergbaulichen Sümpfungsmaßnahmen ein Grundwasserwiederanstieg zu erwarten. Sowohl im Zuge der Grundwasserabsenkung für den Braunkohletagebau als auch bei einem späteren Grundwasserwiederanstieg sind hierdurch bedingte Bodenbewegungen möglich. Diese können bei bestimmten geologischen Situationen zu Schäden an der Tagesoberfläche führen. Die Änderungen der Grundwasserflurabstände sowie die Möglichkeit von Bodenbewegungen sollten bei Planungen und Vorhaben Berücksichtigung finden. Ich empfehle Ihnen diesbezüglich, zu zukünftigen Planungen, sowie zu Anpassungs- und Sicherungsmaßnahmen eine Anfrage an die RWE Power Aktiengesellschaft, RWE-Platz 2 in 45141 Essen, sowie für konkrete Grundwasserdaten an den Erftverband, Am Erftverband 6 in 50126 Bergheim, zu stellen. Soweit eine entsprechende grundsätzliche Abstimmung mit dem Feldeseigentümer / Bergwerksunternehmer nicht bereits erfolgt ist, empfehle ich, diesem in Bezug auf mögliche zukünftige bergbauliche Planungen, zu bergbaulichen Einwirkungen aus bereits umgegangenem Bergbau sowie zu dort vorliegenden weiteren Informationen bzgl. Bergschadensrelevanter Fragestellungen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Möglicherweise liegen dem Feldeseigentümer / Bergwerksunternehmer auch Informationen zu Bergbau in dem betreffenden Bereich vor, der hier nicht bekannt ist. Insbesondere sollte dem Feldeseigentümer / Bergwerksunternehmer dabei auch Gelegenheit gegeben werden, sich zum Erfordernis von Anpassungs- oder Sicherungsmaßnahmen zur Vermeidung von Bergschäden zu äußern. Diese Fragestellung ist grundsätzlich privatrechtlich zwischen Grundeigentümer / Vorhabensträger und Bergwerksunternehmer / Feldeseigentümer zu regeln. Auf die bergbaulichen Verhältnisse wurden bereits in der Begründung unter „8. Hinweise – Bergbau“ hingewiesen.	Zuständig für die Auskunft zum Einwirkungsbereich des früheren Steinkohlebergbaus innerhalb des Stadtgebietes der Stadt Erkelenz ist die EBV GmbH, Hückelhoven. Die EBV wurde im Bauleitplanverfahren beteiligt und die eingegangene Stellungnahme unter der lfd. Nr. 13 behandelt.	
11	Bezirksregierung Köln Dezernat 53 – (Immissionsschutz – einschließlich anlagenbezogener Umweltschutz), 50606 Köln, Mail vom 29.07.2024		
	Im Rahmen der Beteiligung zur oben genannten Bauleitplanung bestehen seitens des Dezernats der Bezirksregierung Köln keine Anmerkungen.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
12	Erftverband, Am Erftverband 6, 50126 Bergheim Mail vom 05.08.2024		

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 0300.2/1 „Am Neuser Weg“, Erkelenz Gerderath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	Wir weisen darauf hin, dass die höchsten gemessenen Grundwasserstände flurnah sind. Bei der Versickerung ist darauf zu achten, dass keine Gebäude durch Aufhöhung der Grundwasseroberfläche gefährdet werden. Grundsätzlich sollte eine Versickerung nur über belebte Bodenschichten erfolgen. Wir empfehlen vor Baubeginn die höchst zu erwartenden Grundwasserstände ermitteln zu lassen und von flurnahen Grundwasserständen auszugehen sowie geeignete Abdichtungsmaßnahmen nach den Vorschriften der DIN 18 195 „Bauwerksabdichtungen“, und hier insbesondere die Blätter 4 bis 6 „Abdichtungen gegen Bodenfeuchtigkeit“, „Abdichtungen gegen nichtdrückendes Wasser“ und „Abdichtungen gegen von außen drückendes Wasser“, vorzusehen.	Der bereits vorhandenen Hinweis zu flurnahen Grundwasserständen wurde in der Begründung Teil 1 sowie auf der Planzeichnung unter Hinweise „Grundwasser“ angepasst.	Der Hinweis zu flurnahen Grundwasserständen wurde in der Begründung Teil 1 sowie auf der Planzeichnung konkretisiert.
13	EBV GmbH, Myhler Sttraße 83, 41836 Hückelhoven Per Post am 06.08.2024		
	Wir verweisen auf unser Schreiben vom 17.07.2023. Zu dem 0.g. Bebauungsplan werden unsererseits keine Bedenken erhoben. Eine Kennzeichnung nach § 9 (5) 2. BauGB halten wir für nicht erforderlich.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
14	Deutsche Glasfaser Holding GmbH Büro Borken, Am Kuhm 31, 46325 Borken Mail vom 09.08.2024		
	Im angefragtem Bereich: Am Randerather Hof 14, Germany Erkelenz befinden sich Anlagen der Deutschen Glasfaser Netz Operating GmbH. Beiliegend erhalten Sie die Bestands- und Übersichtspläne.	Die Stellungnahme der Deutschen Glasfaser wurde dem Tiefbauamt zur weiteren Beachtung bereits weitergeleitet.	Kenntnisnahme
15	Industrie- und Handelskammer Aachen, Theaterstraße 6-10, 52062 Aachen Mail vom 09.08.2024		
	Da der vorgesehene Planentwurf die Belange der gewerblichen Wirtschaft entweder gar nicht berührt oder – wo es der Fall ist – hinreichend berücksichtigt, bestehen seitens der Industrie- und Handelskammer (IHK) Aachen keine Bedenken.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
16	Kreis Heinsberg, Valkenburger Str. 45, 52525 Heinsberg Mail vom 12.08.2024		
	Nachfolgend erhalten Sie die Gesamtstellungnahme des Kreises Heinsberg zum Bebauungsplan Nr. 0300.2/1 „Am Neuser Weg“, Erkelenz-Gerderath. Seitens der unteren Wasserbehörde werden keine Bedenken geäußert. Die Brandschutzdienststelle, das Gesundheitsamt, die untere Bodenschutzbehörde, die untere Immissionsschutzbehörde sowie die untere Naturschutzbehörde nehmen wie folgt Stellung: Brandschutzdienststelle: Gegen die Planungen bestehen seitens der Brandschutzdienststelle keine Bedenken. Die Stellungnahme vom 18.07.2023 findet weiterhin Beachtung.	Stellungnahme Untere Wasserbehörde, Brandschutzdienststelle, Gesundheitsamt und Untere Bodenschutzbehörde, Untere Naturschutzbehörde: Keine Abwägung erforderlich. Stellungnahme Immissionsschutzbehörde: Die Überschreitung von max. 10 dB(A) zur Nachtzeit, die an einem hochfrequentierten Betriebstag, des im Neben-	Kenntnisnahme. Der Stellungnahme der Immissionsschutzbehörde wird nicht gefolgt.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 0300.2/1 „Am Neuser Weg“, Erkelenz Gerderath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	Gesundheitsamt: Aus gesundheitlicher Sicht bestehen keine Bedenken gegen den Bebauungsplan. Auf die geplante Trinkwasserschutzzone Kueckhoven (Zone III) wird hingewiesen. Untere Bodenschutzbehörde: Seitens der unteren Bodenschutzbehörde bestehen keine Bedenken gegen die Aufstellung des Bebauungsplans. Die durchgeführten Untersuchungen halten die Prüfwerte der Bundesbodenschutzverordnung ein. Untere Immissionsschutzbehörde: Gegen die o.g. Planungen bestehen aus immissionsschutzrechtlicher Sicht weiterhin Bedenken. Die Bedenken können ausgeräumt werden, wenn sichergestellt wird, dass durch den Betrieb der landwirtschaftlichen Anlage an den maßgeblichen Immissionspunkten des neuen allgemeinen Wohngebiets „Am Neuser Weg“ die folgenden Immissionsrichtwerte eingehalten werden: Geräuschimmissionen: für allgemeines Wohngebiet (WA): bei Tag 55 dB (A) (Am Neuser Weg) bei Nacht 40 dB (A) Einzelne kurzzeitige Geräuschspitzen sollen die Immissionsrichtwerte am Tag um nicht mehr als 30 dB(A) und bei Nacht um nicht mehr als 20 dB(A) überschreiten. Die Nachtzeit beginnt um 22.00 Uhr und endet um 6.00 Uhr. Hinweise: Der für die Beurteilung maßgebliche Immissionsort liegt a) bei bebauten Flächen 0,5 m außerhalb, etwa vor der Mitte des geöffneten, vom Geräusch am stärksten betroffenen Fensters eines zum dauernden Aufenthalt von Menschen bestimmten Raumes einer Wohnung, eines Krankenhauses, einer Pflegeanstalt oder einer anderen ähnlich schutzbedürftigen Einrichtung; b) bei unbebauten Flächen, die aber mit zum Aufenthalt von Menschen bestimmten Gebäuden bebaut werden dürfen, an dem am stärksten betroffenen Rand der Fläche, wo nach dem Bau- und Planungsrecht Gebäude mit zu schützenden Räumen erstellt werden dürfen; c) bei mit der Anlage baulich aber nicht betrieblich verbundenen Wohnungen in dem am stärksten betroffenen, nicht nur dem vorübergehenden Aufenthalt dienenden Raum.	erwerb tätigen Landwirtes, auftreten kann, betrifft lediglich das nördlichste Wohnhaus des Plangebietes. An einem weiteren Haus kann eine Überschreitung von 6 dB(A) nachts auftreten. Die übrigen Überschreitungen, die möglich sind, erreichen Überschreitungen von 1 dB (A) bis 5 dB (A) nachts. Gemäß dem Gutachten „Schalltechnische Untersuchungen, Bericht Nr. M175243/01, Müller-BBM) werden die Immissionsrichtwerte nach TA Lärm sowie die Orientierungswerte der DIN 18005 für die Tageszeit in Höhe von 55 dB (A) eingehalten. Eine Gesundheitsgefährdung ist nicht zu befürchten. Zwar kann bei einer nächtlichen Dauerbelastung mit Lärm eine Gesundheitsgefährdung in Frage kommen, eine Dauerbelastung liegt in diesem Fall jedoch nicht vor. Durch den nördlich des Plangebietes liegenden landwirtschaftlichen Betrieb (Ackerbau im Nebenerwerb) können lediglich an einem hochfrequentierten Arbeitstag auch in der Nacht Traktorfahrten anfallen und Immissionsrichtwerte von max. 50 dB (A) am nördlichsten Planhaus erreicht werden. Die Überschreitungen gelten für hochfrequentierte Betriebstage, die nur wenige Male im Jahr auftreten. Da es sich im vorliegenden Fall um einen Nebenerwerb mit Ackerbau handelt, ist davon auszugehen, dass an den überwiegenden Tagen im Jahr keine störenden Geräusche in der Nachtzeit zu erwarten sind. In einer dörflichen Randlage ist damit zu rechnen, dass Arbeiten durch die für alle Menschen notwendige Landwirtschaft, durchgeführt werden müssen. Schädliche Umweltauswirkungen gemäß §3 BImSchG sind	

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 0300.2/1 „Am Neuser Weg“, Erkelenz Gerderath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	Die Bewertung der Geräuschimmissionen hat unter Beachtung der TA-Lärm zu erfolgen. Als Nachtzeit gilt die Zeit von 22.00 Uhr bis 6.00 Uhr (Nr. 6.4 TA Lärm). Seltene Ereignisse (gem. TA Lärm Nr. 7.2 i.V.m. Nr. 6.3) (sog. hochfrequente Tage) Bei Erntebetrieb sind beim Betrieb der Anlage an nicht mehr als zehn Tagen oder Nächten eines Kalenderjahres und an nicht mehr als an jeweils zwei aufeinander folgenden Wochenenden folgende Immissionsrichtwerte an den oben genannten Immissionsorten einzuhalten: tags nachts 70 dB (A) 55 dB (A) Einzelne kurzzeitige Geräuschspitzen dürfen diese Werte am Tag um nicht mehr als 20 dB(A) und in der Nacht um nicht mehr als 10 dB(A) überschreiten. Untere Naturschutzbehörde: Gegen die Planung bestehen aus Sicht der unteren Naturschutzbehörde keine grundsätzlichen Bedenken. Das Plangebiet befindet sich außerhalb von besonders geschützten Teilen von Natur und Landschaft. Artenschutzrechtliche Konflikte konnten für den Bluthänfling, die Feldlerche sowie das Rebhuhn ermittelt werden. Mit der unteren Naturschutzbehörde wurden bereits im Vorfeld funktionserhaltende Maßnahmen (CEF) abgestimmt, die bereits in das Kompensationsflächenkataster übernommen wurden. Diese Flächen können multifunktional auch für die Eingriffsregelung verwendet werden und sind zeitnah anzulegen. Insgesamt entsteht ein Defizit von 26.813 Ökopunkten, von denen 24.600 Punkte durch die Herstellung der CEF-Maßnahmen kompensiert werden können. Die verbleibenden 2.213 Punkte sollen über das städtische Ökokonto verrechnet werden. Diese Fläche wird auch in das Kompensationsflächenkataster auf die Teilfläche „CEF-Feldlerche“ übertragen.	demnach nicht zu erwarten.	

Übersicht über den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 0300.2/1 "Am Neuser Weg", Erkelenz-Gerderath



Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 61/718/2024 Status: öffentlich AZ:
Federführend: Planungsamt	Datum: 28.10.2024 Verfasser: Amt 61 Jürgen Schöbel

Bebauungsplan Nr. 434 "Auf'm Hover Pfad", Erkelenz-Golkrath

hier: Beschluss über die vorgetragenen Stellungnahmen während der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB sowie Beschluss zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
03.12.2024	Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung
05.12.2024	Haupt- und Finanzausschuss
11.12.2024	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung der Stadt Erkelenz hat in seiner Sitzung am 13.06.2023 beschlossen, den Bebauungsplan Nr. 434 „Auf´m Hover Pfad“, Erkelenz-Golkrath, aufzustellen und die Verwaltung beauftragt, einen Entwurf zu erarbeiten. In der Sitzung wurde ferner beschlossen zu dem Entwurf des Bauleitplanes die Öffentlichkeit frühzeitig gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange frühzeitig gemäß § 4 Abs. 1 BauGB zu beteiligen.

Aufgrund des aktuell feststellbaren Bedarfes an Wohnbaugrundstücken soll zur Entwicklung der Ortslage Golkrath ein Baulandangebot mit behutsamer Arrondierung des nordöstlichen Ortsrandes erfolgen. Weiterhin soll durch die Aufstellung des Bebauungsplanes die dörfliche Struktur des Bestandes, auch in Form einer landwirtschaftlichen Nebenerwerbsstelle bzw. landwirtschaftlichen Tätigkeiten, gesichert und ein Nebeneinander von Wohnen (Neubau und Bestand) und landwirtschaftlichen Betrieben (Nebenerwerb) ermöglicht werden. Hierzu sind im Bebauungsplan ein Dörfliche Wohngebiete (MDW 1-3) festzusetzen.

Der Planbereich des aufzustellenden Bebauungsplanes Nr. 434 „Auf´m Hover Pfad“, im Ortsteil Erkelenz-Golkrath, liegt am östlichen Ortsrand nördlich der Straße Terreicken und östlich in Verlängerung der Straße Wiesengrund. Der Geltungsbereich geht aus der Anlage hervor. Der Aufstellungsbeschluss wurde im Amtsblatt der Stadt Erkelenz Nr. 19/2023 vom 22.12.2023 bekannt gemacht.

1. Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB

Die öffentliche Bekanntmachung des Termins der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB wurde mit Amtsblatt Nr. 19/2023 vom 22.12.2023 bekannt gemacht.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wurde vom 08.01.2024 bis einschließlich 12.01.2024 in der Stadtverwaltung Erkelenz sowie über das Internet durchgeführt. Seitens der Öffentlichkeit wurden während des Beteiligungsverfahrens zwei Stellungnahmen vorgetragen.

2. Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB

Das Beteiligungsverfahren gemäß § 4 Abs. 1 BauGB wurde mit Schreiben vom 08.01.2024 an die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, eingeleitet.
Seitens der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden während des Beteiligungsverfahrens abwägungsrelevante Stellungnahmen vorgetragen, die in der Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Abwägung und Beschlussfassung aufgelistet sind.

3. Beteiligung des Bezirksausschusses

Der Bezirksausschuss Golkrath wurde mit Schreiben vom 19.03.2024 beteiligt. Die Mitglieder des Bezirksausschusses stimmen der Aufstellung des Bebauungsplanes in seiner 6. Sitzung vom 22.04.2024 einstimmig zu.

In dieser Sitzung soll über die während der frühzeitigen Beteiligung gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB vorgetragenen Stellungnahmen gemäß § 1 Abs. 7 BauGB entschieden und der Beschluss zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB gefasst und die Behördenbeteiligung gem. § 4 Abs. 2 BauGB eingeleitet werden.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an Haupt- und Finanzausschuss und Rat):

„1. Über die während der frühzeitigen Beteiligung gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB von der Öffentlichkeit und den Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange vorgetragenen Stellungnahmen zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 434 „Auf´m Hover Pfad“, Erkelenz-Golkrath, wird nach Abwägung aller erkennbaren öffentlichen und privaten Belangen, wie in der als Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange – zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 434 „Auf´m Hover Pfad“, Erkelenz-Golkrath, beigefügten Abwägungstabelle vorgeschlagen, entschieden. Die Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - ist Bestandteil dieses Beschlusses.

2. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 434 „Auf´m Hover Pfad“, Erkelenz-Golkrath, ist unter Berücksichtigung dieser Beschlüsse auf die Dauer eines Monats gemäß § 3 Abs. 2 BauGB im Internet zu veröffentlichen und im Rathaus auszulegen; die Behörden sind gemäß § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen.“

Klima-Check:

Trägt der Beschlussentwurf zum Klimaschutz oder zur Klimafolgenanpassung bei?

Ja X Nein ☐

Bauleitpläne in Form von Flächennutzungsplänen als vorbereitender und Bebauungsplänen als verbindliche Bauleitplanung haben indirekt Auswirkungen auf Klimaschutz und Klimafolgenanpassung.
Während aus Flächennutzungsplänen keine Baurechte abgeleitet werden können, schaffen Bebauungspläne die Grundlage für (neue) Bebauungen aber auch Entwicklung von Grünflächen oder den Bau von Verkehrsflächen.
Im Baugesetzbuch sind die Belange Klimaschutz und Klimaanpassung seit 2013 als Teil eines stetig größer werdenden Katalogs an Belangen und Themen in § 1 Abs. 5 aufgenommen worden.

Mit geringen Ausnahmen ist bei jeder Aufstellung eines Bauleitplanes eine Umweltprüfung und ein Umweltbericht zu erstellen. Hier sind die genannten Aspekte enthalten.
Regelmäßig sind Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen erforderlich durch welche auch Maßnahmen zum Klimaschutz und Klimafolgenanpassung erfolgen.

Finanzielle Auswirkungen:
Die Kosten der Bauleitplanung werden durch einen städtebaulichen Vertrag zwischen der Stadt Erkelenz und der Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz GmbH & Co. KG (GEE) sichergestellt.

Anlagen:
Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 434 „Auf´m Hover Pfad“, Erkelenz-Golkrath

Anlage - Übersicht über den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 434 „Auf´m Hover Pfad“, Erkelenz-Golkrath

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 434 „Auf´m Hover Pfad“, Erkelenz- Golkrath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
Stellungnahmen der Öffentlichkeit während der frühzeitigen Beteiligung vom 08.01.2024 bis 12.01.2024 gemäß § 3 Abs. 1 BauGB			
1	Öffentlichkeit Schreiben vom 10.01.2024		
	wir haben das Vorkaufsrecht für das 910m² große Grundstück ganz links. Aufgrund der Breite des Grundstücks stellen wir uns die Frage, ob der Bereich neben dem Haus zwischen der Flucht der Gebäudeaussenkannte und der Straße ebenfalls als Vorgarten zählt und somit nur mit einem 1,20m hohen Zaun versehen werden darf (Punkt 2.1 und 2.2). Oder kann dort auch ein bis zu 2m hoher Zaun gesetzt werden, da dieser Bereich als Garten angesehen wird?	Die Definition des Vorgartens gemäß den bauordnungsrechtlichen Festsetzungen in den Bebauungsplänen der Stadt Erkelenz lautet: „Als Vorgärten gelten die Flächen zwischen der Straßenbegrenzungslinie und der der Straßenverkehrsfläche zugewandten Gebäudeaußenkante bzw. deren Verlängerung bis zur seitlichen Grundstücksgrenze.“ Das in der Stellungnahme genannte Grundstück ist im Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 434 „Auf´m Hover Pfad“ befindet sich im festgesetzten MDW 3. Einfriedungen sind hier im Bereich der Vorgärten ausschließlich als lebende Hecken oder Gehölzpflanzungen bis zu einer Höhe von 1,20m auch in Verbindung mit einem transparenten Zaun zulässig (s. Punkt 2.1 und 2.2 der textlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 434 „Auf´m Hover Pfad, Erkelenz-Golkrath). Auch für Grundstücke, welche durch den Zuschnitt einen großen Anteil Vorgartenfläche aufweisen, ist diese Festsetzung anzuwenden. Die Festsetzungen zu Vorgärten und Einfriedungen, die an öffentliche Verkehrsflächen grenzen, sollen zu einem harmonischen Straßenbild und Aufwertung des Straßenraumes beitragen. Die damit einhergehende Unzulässigkeit von z.B. Mauern oder Gabionen, angrenzend an öffentliche Verkehrsflächen, verhindern, dass diese Bereiche nur noch aus versiegelten, asphaltierten oder gepflasterten Bereichen mit gemauerten Seitenbegrenzungen bestehen. Durch unversiegelte Bereiche im Bereich des Vorgartens und Einfriedungen durch Hecken wird zudem ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet (Wasserrückhaltung, Hitzeschutz, Unterstützung der Flora und Fauna). Für den Bereich des Vorgartens ist die Höhe der Einfrie-	Kenntnisnahme

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 434 „Auf´m Hover Pfad“, Erkelenz- Golkrath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		dung auf 1,20m begrenzt um einen offenen Übergang von öffentlichen Bereichen zu privat zu ermöglichen ohne durch eine hohe Begrenzung abweisend zu wirken. Soweit Sichtschutzanlagen wie beispielsweise Gabionen oder Mauern mit größerem Abstand zur Grundstücksgrenze errichtet werden, handelt es sich im engeren Sinne nicht mehr um eine Grundstückseinfriedigung, so dass die entsprechenden Regelungen aus dem Bebauungsplan nicht greifen. Sofern der Zwischenraum zur Grundstücksgrenze 1,5 – 2,0 m beträgt und begrünt wird, können solche Anlagen errichtet werden.	
2	Öffentlichkeit Schreiben vom 11.01.2024		
	vielen Dank für das gestrige nette Gespräch u. an dieser Stelle möchten wir uns bei Ihnen bedanken, für Ihre sehr freundlichen u. kompetenten Erklärungen. Wie gestern im persönlichen Termin in Ihrem Hause mitgeteilt, hätten wir folgende Anregung/Vorschlag: Den Übergang im westlichen Bereich des neuen Baugebietes von der Straße-Wiesengrund zum grünen Weg ca. 5-8 m zu befestigen, z.B. mit einer "Teer-Nase". Begründung: 1.) Üblicherweise wird dies so auch in anderen Baugebieten oder auch bei Fahrradwegen in der Stadt Erkelenz gehandhabt, wo befestige ausgebaute Straßen/Teer-Wege an grünen Wegen grenzen, um Senken u. Schlammbildungen im geschwächten Übergang zu verhindern. 2.) Hier ist zudem schon eine Senke vorhanden, da alle angrenzenden Flächen (Felder + Wege) starkes Gefälle zu diesem Übergang haben und es hier zu großen Wasseransammlungen u. Schlamm/Erd-Aufweichungen kommt. 3.) In den direkt angrenzten Graben kann das Wasser der gering befestigen Fläche (z.B. Teer-Nase) mit leichtem Gefälle zum Graben hin unmittelbar u. sehr gut abgeführt u. entwässert werden. 4.) Somit ist grundsätzlich eine optimale Entwässerung u. Befestigung des Übergangs gegeben u. es kommt nicht zu starken Verschmutzungen der befestigten Straßen.	Die Stellungnahme wird an das Tiefbauamt der Stadt Erkelenz weitergeleitet.	Kenntnisnahme.
Stellungnahmen der Öffentlichkeit während der Veröffentlichungsfrist vom xy.xy. bis xy.xy.xyxy gemäß § 3 Abs. 2 BauGB			
1			

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 434 „Auf´m Hover Pfad“, Erkelenz- Golkrath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
2			
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit Schreiben vom 08.01.2024 gemäß § 4 Abs. 1 BauGB			
1	NEW Netz GmbH, Nikolaus-Becker-Straße 28-34, 52511 Geilenkirchen Mail vom 08.01.2024		
	vielen Dank für Ihre Anfrage. Wir haben Ihre Anfrage geprüft und haben folgende Bedenken: Für die Sicherstellung der öffentlichen Stromversorgung möchten wir Sie bitten, uns mögliche Standorte für eine Trafostation auszuweisen. Mögliche Standorte haben wir Ihnen im Anhang markiert. Die Größe der Fläche für eine Trafostation sollte ca. (4 x 5 m K1529) (4x 6 m K1824) betragen. Bitte halten Sie für die weiteren Planungen Rücksprache mit uns.	Ein Standort für die Trafostation wird mit der NEW Netz GmbH abgestimmt und im Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 434 „Auf´m Hover Pfad“, Erkelenz-Golkrath als Flächen für Versorgungsanlagen mit der Zweckbestimmung Elektrizität festgesetzt.	Der Stellungnahme der NEW Netz GmbH wird gefolgt.
2	Deutsche Telekom Technik GmbH: Kreis PTI 24 Mail vom 09.01.2024		
	Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung: Gegen die Planung haben wir keine Bedenken.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme.
3	Westnetz GmbH Regionalzentrum Neuss, Collingstraße 2, 41460 Neuss Mail vom 10.01.2024		
	Gegen das genannte Vorhaben bestehen keine Einwände, da unsere Belange hierdurch nicht berührt werden.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme.
4	Deutsche Glasfaser Holding GmbH Büro Borken, Am Kuhm 31, 46325 Borken Mail vom 15.01.2024		
	im angefragtem Bereich: Terreicken 113, Germany Erkelenz befinden sich Anlagen der Deutschen Glasfaser Netz Operating GmbH. Beiliegend erhalten Sie die Bestands- und Übersichtspläne.	Die Stellungnahme wird an das Tiefbauamt der Stadt Erkelenz weitergeleitet.	Kenntnisnahme.
5	Bezirksregierung Köln Dezernat 53 – Immissionsschutz 50606 Köln Mail vom 17.01.2024		
	im Rahmen der Beteiligung zur oben genannten Bauleitplanung bestehen seitens des Dezernats 53 der Bezirksregierung Köln keine Anmerkungen.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 434 „Auf´m Hover Pfad“, Erkelenz- Golkrath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
6	Straßen NRW Regionalniederlassung Niederrhein. Breitenbachstr. 90, 41065 Mönchengladbach Mail vom 24.01.2024		
	der oben genannte B-Plan liegt an der L202 im Abschnitt 1 und im Bereich der festgesetzten Ortsdurchfahrt. Es bestehen vom Grundsatz her keine Bedenken. Die sicherheitsrelevanten Sichtdreiecke gemäß RASt sind freizuhalten. Im Umfeld des Bebauungsplanes wird die L364n OU Erkelenz-Gerderhahn und Golkrath geplant. Die Maßnahme befindet sich im Landesstraßenbedarfsplan Stufe 1. Die Planung wird Auswirkungen auf den Knoten L354n / K31 haben. Ferner weise ich darauf hin, dass gegenüber dem Landesbetrieb Straßenbau, weder jetzt noch in Zukunft aus dieser Planung Ansprüche auf aktiven und/oder passiven Lärmschutz oder ggfls. erforderlich werdende Maßnahmen bzgl. Der Schadstoffausbreitung geltend gemacht werden können. Außerdem wird auf das Problem der Schallreflektion hingewiesen. Sofern Rückfragen bestehen, stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.	Die Sichtdreiecke gemäß RAST werden in die Planzeichnung des Bebauungsplanes Nr. 434 „Auf´m Hover Pfad“, Erkelenz-Golkrath eingetragen. Der Trassenverlauf der im Entwurf des Regionalplanes dargestellten L 364n ist noch nicht abschließend geklärt. Die Bauleitplanung hält einen gewissen Puffer zu der im Regionalplanentwurf eingezeichneten Trasse ein. Hiermit wird dem Grundsatz entsprochen, dass „Planungen und Maßnahmen, die mit der geplanten Nutzung oder einer weiteren Konkretisierung der Grobtrasse nicht vereinbar sind, sollen vermieden werden.“ Entsprechend den Erläuterungen zu Grundsatz G.57 kann die „räumlich konkretisierte Lage bis zu mehreren hunderte Meter variieren. Die Bauleitplanung wird keine 40 Meter weiter nach Osten ausgedehnt als die bestehende Bebauung am östlichen Ortsrand von Golkrath. Mit der zuständigen Planungsbehörde, hier Straßen NRW, steht die Stadt Erkelenz im engen Austausch bzgl. der Planung der L 364n. Insofern ist auch die frühzeitige Einbeziehung der Fachplanung gegeben. Sollte in Zukunft Lärmschutzmaßnahmen erforderlich sein besteht aus Sicht der Stadt Erkelenz auch hierfür Raum.	Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt im Übrigen zur Kenntnis genommen.
7	Bezirksregierung Arnsberg, Abteilung 6 Bergbau und Energie in NRW Mail vom 25.01.2024		
	zu den bergbaulichen Verhältnissen erhalten Sie folgende Hinweise: Das o.g. Vorhaben liegt über dem auf Steinkohle verliehenen Bergwerksfeld „Sophia-Jacoba A“ im Eigentum der Vivawest GmbH, Nordsternplatz 1 in 45899 Gelsenkirchen, sowie über dem auf Braunkohle verliehenen Bergwerksfeld „Gerderath 7“ im Eigentum der RV Rheinbraun Handel und Dienstleistungen GmbH, hier vertreten durch die RWE Power AG, Abt. Liegenschaften und Umsiedlung, Stüttgenweg 2 in 50935 Köln. Der Planbereich befindet sich in einem früheren Einwirkungsbereich des Steinkohlenbergbaus, in dem nach	Ein Hinweis zum Steinkohlenbergbau wird in die Begründung Teil 1 des Bebauungsplanes Nr. 434 „Auf´m Hover Pfad, Erkelenz-Golkrath aufgenommen. Ein Hinweis zum Braunkohlentagebau ist unter dem Kapitel „8.3 Grundwasser, Bergbau, Wasserschutz“ bereits in der Begründung Teil 1 aufgenommen.	Kenntnisnahme

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 434 „Auf´m Hover Pfad“, Erkelenz- Golkrath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	derzeitigem Kenntnisstand durch einen Anstieg des Grubenwassers Hebungen an der Tagesoberfläche zu erwarten sind. Diese Bodenbewegungen können, insbesondere bei bestimmten geologischen Situationen wie Unstetigkeiten, zu Schäden an der Tagesoberfläche führen. Dies sollte bei Planungen und Vorhaben berücksichtigt werden. Inwieweit der vorliegende Planbereich hiervon betroffen ist, kann von hier aus nicht beurteilt werden. Ich empfehle Ihnen, hierzu eine entsprechende Auskunft bei der EBV GmbH, Myhler Straße 83 in 41836 Hückelhoven einzuholen. Der Planungsbereich ist nach den hier vorliegenden Unterlagen (Differenzenpläne mit Stand: 01.10.2018 aus dem Revierbericht, Bericht 1, Auswirkungen der Grundwasserabsenkung, des Sammelbescheides - Az.: 61.42.63 -2000-1 -) von durch Sümpfungsmaßnahmen des Braunkohlenbergbaus bedingten Grundwasserabsenkungen betroffen. Für die Stellungnahme wurden folgende Grundwasserleiter (nach Einteilung von Schneider & Thiele, 1965) betrachtet: Oberes Stockwerk, 9B, 8, 7, 6D, 6B, 2 - 5, 09, 07 Kölner Scholle, 05 Kölner Scholle. Folgendes sollte berücksichtigt werden: Die Grundwasserabsenkungen werden, bedingt durch den fortschreitenden Betrieb der Braunkohlentagebaue, noch über einen längeren Zeitraum wirksam bleiben. Eine Zunahme der Beeinflussung der Grundwasserstände im Planungsgebiet in den nächsten Jahren ist nach heutigem Kenntnisstand nicht auszuschließen. Ferner ist nach Beendigung der bergbaulichen Sümpfungsmaßnahmen ein Grundwasserwiederanstieg zu erwarten. Sowohl im Zuge der Grundwasserabsenkung für den Braunkohletagebau als auch bei einem späteren Grundwasserwiederanstieg sind hierdurch bedingte Bodenbewegungen möglich. Diese können bei bestimmten geologischen Situationen zu Schäden an der Tagesoberfläche führen. Die Änderungen der Grundwasserflurabstände sowie die Möglichkeit von Bodenbewegungen sollten bei Planungen und Vorhaben Berücksichtigung finden. Ich empfehle Ihnen diesbezüglich, zu zukünftigen Planungen, sowie zu Anpassungs- und Sicherungsmaßnahmen eine Anfrage an die o.g. Feldeseigentümerinnen, an die RWE Power AG, Stüttgenweg 2 in 50935 Köln, sowie für konkrete Grundwasserdaten an den Erftverband, Am Erftverband 6 in 50126 Bergheim zu stellen.	Die EBV GmbH wurde gemäß § 4 Abs. 1 BauGB beteiligt. Es wurden seitens der EBV keine Bedenken erhoben (s. Stellungnahme Nr. 14) Ebenso wurden der Erftverband und die RWE Power AG beteiligt. Der Erftverband äußert keine Bedenken zur Planung (s. Stellungnahme Nr. 12). Die Stellungnahme der RWE Power AG wird unter der Nr. 8 behandelt.	
8	RWE Power AG, Zum Gut Bohlendorf, 50126 Bergheim Mail vom 25.01.2024		
	Wir haben Ihre Anfrage erhalten und weisen darauf hin, dass die Bodenkarte des Landes Nordrhein-Westfalen, Blatt L 4902, im gesamten Plangebiet Böden ausweist, die humoses Bodenmaterialien enthalten. Humöse Böden sind empfindlich gegen Bodendruck und im Allgemeinen kaum tragfähig. Erfahrungsgemäß wechseln die Bodenschichten auf kurzer Distanz in ihrer Verbreitung und Mächtigkeit, so dass selbst bei einer gleichmäßigen Belastung diese Böden mit unterschiedlichen Setzungen reagieren können. Das gesamte Plangebiet ist daher wegen der Baugrundverhältnisse gemäß §5 Abs. 3 Nr. 1 BauGB bzw. §9 Abs. 5 Nr. 1 BauGB als Fläche zu kennzeichnen, bei deren Bebauung ggf. besondere bauliche Maßnahmen, insbeson-	Der Stellungnahme der RWE Power AG wird insofern gefolgt als dass ein Hinweis zum humosen Bodenmaterial und Berücksichtigung der Bauvorschriften des Eurocodes 7 „Geotechnik“ DIN EN 1997-1 in die Begründung und in die Planzeichnung des Bebauungsplan Nr. 435 „Auf´m Hover Pfad“ aufgenommen wird. Eine Kennzeichnung gemäß §5 Abs. 3 Nr. 1 BauGB bzw. §9	Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 434 „Auf´m Hover Pfad“, Erkelenz- Golkrath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	dere im Gründungsbereich, erforderlich sind. Hier sind die Bauvorschriften des Eurocodes 7 „Geotechnik“ DIN EN 1997-1 mit nationalem Anhang, die Normblätter der DIN 1054 „Baugrund – Sicherheitsnachweise im Erd- und Grundbau – Ergänzende Regelungen“, und der DIN 18196 „Erd- und Grundbau: Bodenklassifikation für bautechnische Zwecke“ mit der Tabelle 4, die organische und organogene Böden als Baugrund ungeeignet einstuft, sowie die Bestimmungen der Bauordnung des Landes Nordrhein-Westfalen zu beachten. Sofern weitere Belange unserer Gesellschaft von der Maßnahme betroffen werden, erhalten Sie von unserer koordinierenden Abteilung Liegenschaften ein gesondertes Antwortschreiben.	Abs. 5 Nr. 1 BauGB hält die Stadt Erkelenz für nicht erforderlich, da über den textlichen Hinweis in der Begründung und auf der Planzeichnung ausreichend auf die Thematik des innerhalb des Plangebietes vorhandenen humosen Bodenmaterials hingewiesen wird Unabhängig davon ist es immer Aufgabe des Architekten den Baugrund zu prüfen.	
9	Kreis Heinsberg, Valkenburger Str. 45, 52525 Heinsberg Mail vom 02.02.2024		
	nachfolgend erhalten Sie die Gesamtstellungnahme des Kreises Heinsberg zum Bebauungsplan Nr. 434 „Auf’ m Hover Pfad“, Erkelenz-Golkrath. Das Gesundheitsamt, die untere Bodenschutzbehörde, die untere Immissionsschutzbehörde, die untere Wasserbehörde sowie die untere Naturschutzbehörde nehmen wie folgt Stellung: Gesundheitsamt: Aus gesundheitlicher Sicht bestehen keine Bedenken gegen den Bebauungsplan, sofern die allgemeinen Anforderungen an die gesunden Wohn- und Arbeitsverhältnisse und die Sicherheit der Wohn- und Arbeitsbevölkerung weiterhin berücksichtigt werden. Es wird darauf hingewiesen, dass sich das Plangebiet in der geplanten Trinkwasserschutzzone Kückhoven befindet. Potenzielle Gefährdungen mit Prüfungsbedarf in Trinkwasserschutzgebieten stellen unter anderem Tankstellen dar (siehe Begründung gemäß § 9 Abs. 8 BauGB Punkt 5.1 Art der baulichen Nutzung). Der Schutz des Grundwassers, welches zur Trinkwasserförderung genutzt wird, muss gewährleistet sein. Untere Bodenschutzbehörde: Aus einer von der unteren Bodenschutzbehörde durchgeführten Luftbildauswertung geht hervor, dass das Flurstück 113/2 mehrere Jahrzehnte gartenbaulich genutzt wurde. Da ein Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (hier v.a. Pflanzenschutzmittel) auf den o.g. Grundstücken nicht ausgeschlossen werden kann, wird es aufgrund der vormals und aktuellen gewerblichen Nutzung für erforderlich gehalten, vor der Festsetzung des Bebauungsplanes den Nachweis zu erbringen, dass der Oberboden die Prüfwerte für Kinderspielflächen bzw. Wohngebiete der Bundesbodenschutzverordnung für den Wirkungspfad Boden-Mensch einhalten. Dies ist durch einen unabhängigen Gutachter nachzuweisen. Untere Immissionsschutzbehörde:	Die Stellungnahmen des Gesundheitsamtes, der Immissionsschutzbehörde und des Brandschutzes werden zur Kenntnis genommen. **Untere Bodenschutzbehörde:** Der Stellungnahme der Unteren Bodenschutzbehörde wird gefolgt und eine Untersuchung des Oberbodens auf die Einhaltung der Prüfwerte für Kinderspielplätze bzw. Wohngebiete der Bundesbodenschutzverordnung für den Wirkungspfad Boden-Mensch veranlasst. Das Büro IBL Laermann GmbH wurde beauftragt den Oberboden des Flurstückes 113/2 gemäß den Forderungen der Unteren Bodenschutzbehörde zu untersuchen (IBL Laermann GmbH, G 187/24). Der Gutachter kommt zu dem Ergebnis, dass die Prüfwerte für Kinderspielflächen und Wohngebiete von den untersuchten Parametern 2,4-Dinitroluol und 2,6-Dinitroluol überschritten werden. In Abstimmung mit der Unteren Bodenschutzbehörde wurde ein Folgegutachten beauftragt um zu prüfen, ob die Belastungen auch den Boden in einer Tiefe von 40-60cm betreffen und ebenso zu prüfen, ob eine Belastung des Oberbodens in einer Tiefe von 0-30cm des angrenzenden Flurstü-	**Gesundheitsamtes, Immissionsschutzbehörde, Brandschutz:** Kenntnisnahme **Untere Bodenschutzbehörde, Untere Wasserbehörde, Untere Naturschutzbehörde:** Der Stellungnahme der Unteren Wasserbehörde wird teilweise gefolgt. Der Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde und der Unteren Bodenschutzbehörde wird gefolgt.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 434 „Auf´m Hover Pfad“, Erkelenz- Golkrath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	Gegen die o.g. Planungen bestehen aus immissionsschutzrechtlicher Sicht keine Bedenken, wenn folgender Hinweis zum Immissionsschutz in der Begründung bestehen bleibt: „Klima-, Kühl- und Lüftungsanlagen, Luft- und Wärmepumpen, Blockheizkraftwerke: Die Errichtung und der Betrieb von Klima-, Kühl- und Lüftungsanlagen, Luft- und Wärmepumpen sowie Blockheizkraftwerken hat unter Beachtung des „Leitfaden für die Verbesserung des Schutzes gegen Lärm bei stationären Geräten“ der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz-LAI (www.lai-immissionsschutz.de) zu erfolgen.“ Untere Wasserbehörde: Aus wasserwirtschaftlicher Sicht bestehen keine grundsätzlichen Bedenken gegen den Bebauungsplan. Im weiteren Verfahren wird um Vorlage der geohydrologischen Untersuchungen gebeten. Aufgrund der Größe des Plangebietes ist die Versickerungsfähigkeit repräsentativ für das gesamte Plangebiet durch die Stadt nachzuweisen. Eine zentrale Versickerungsanlage für die öffentlichen Straßenverkehrsflächen, sowie den privaten Grundstücksflächen wäre zu begrüßen. Ferner wird auf folgendes hingewiesen: Für die künftige Gewässerunterhaltung (hier: Golkrather Graben) sollte ein Abstand von mindestens drei Metern zur Böschungsoberkante eingehalten werden. Untere Naturschutzbehörde: Gegen die Planung bestehen aus Sicht der unteren Naturschutzbehörde keine grundsätzlichen Bedenken. Die Flächen befinden sich außerhalb von besonders geschützten Teilen von Natur und Landschaft. Die grünordnerischen Festsetzungen werden begrüßt. In diesem Zusammenhang ist hinsichtlich der ordnungsgemäßen Umsetzung der Pflanzmaßnahmen eine Kontrolle durch die Stadt unerlässlich, da ansonsten zu befürchten ist, dass es zu Missachtungen der gestalterischen Vorgaben kommt. Darüber hinaus sollten die Vorgaben zur Gestaltung der (Vor-)Gartenflächen dahingehend konkretisiert werden, dass Schlupflöcher nach Möglichkeit vermieden werden. Bislang sind nur Schotterflächen unzulässig. Flächige Kies- und Splittschüttungen sowie Kunstrasenflächen sollten jedoch ebenfalls explizit ausgeschlossen werden. Zudem sollte die Festsetzung so formuliert werden, dass sämtliche Flächen mit Ausnahme der notwendigen Zuwegungen und Stellflächen konsequent zu bepflanzen bzw. begrünen sind. Im Rahmen der Artenschutzprüfung wurde eine Betroffenheit eines Steinkauz-Revieres nachgewiesen, sodass CEF-Maßnahmen erforderlich sind. Auf dem Grundstück Gemarkung Schwanenberg, Flur 9, Flurstück 116 wird eine knapp 1 ha große Ackerfläche in eine Streuobstwiese inkl. einiger Solitärweiden und -walnüsse umgewandelt und steinkauzgerecht gepflegt (kurzrasige Vegetation). Die Umsetzung ist für 2024/2025 vorgesehen. Die Fertigstellung der Maßnahme ist der unteren Naturschutzbehörde schriftlich anzuzeigen. Durch die Aufwertung können 37.856 Ökopunkte generiert werden, davon werden 15.115 ÖP unmittelbar für die notwendigen Kompensationsmaßnahmen im Rahmen des Bebauungsplanes beansprucht. Die verbleibenden 22.741 ÖP werden dem Ökokonto der Stadt Erkelenz gutgeschrieben. Die untere Naturschutzbehörde übernimmt die Fläche in das Kompensationsflächenkataster.	ckes Nr. 127 vorliegt. Das Gutachten Nr. G 334/24 vom 24.10.2024 (IBL Laermann GmbH) kommt zu dem Ergebnis, dass keine Überschreitung der Prüfwerte für die Tiefenlagen von 40-60cm sowie in der Mischprobe des Flurstückes 127 festgestellt werden konnten. Gemäß dem Gutachten wird der Oberboden des Flurstückes 113/2 in einer Tiefe von 0-40cm entsprechend der Deponieklasse DK 0 fachgerecht entsorgt. Die Entsorgung erfolgt im Rahmen der Erschließungsarbeiten für das Baugebiet. **Untere Wasserbehörde:** Die Versickerungsfähigkeit der anstehenden Böden wurde in einem geohydrologischen Gutachten überprüft. Da die Durchlässigkeitsbeiwerte der Böden nur eingeschränkt eine betriebssichere Versickerung zulassen, wird von einer zentralen Versickerungsanlage abgesehen. Das anfallende Niederschlagswasser der öffentlichen Verkehrsflächen und der privaten Grundstücksflächen wird gesammelt und gedrosselt in die Bachverrohrung des Golkrather Graben eingeleitet. In Abstimmung mit dem Wasserverband Eifel-Rur kann eine Einleitungsmenge von 150 l/s angesetzt werden. Die geplante Niederschlagswassereinleitung wurde in einem Gespräch am 14.03.24 zwischen der Stadt Erkelenz und der Unteren Wasserbehörde des Kreis Heinsberg vorgestellt und für genehmigungsfähig befunden. Die Erlaubnis zur Einleitung in ein Oberflächengewässer wird die Stadt Erkelenz bei der Unteren Wasserbehörde im weiteren Planungsprozess beantragen. Der behandlungspflichtige Anteil des Niederschlagswassers wird vor Einleitung behandelt.	

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 434 „Auf´m Hover Pfad“, Erkelenz- Golkrath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	Brandschutz Gegen die Planungen bestehen seitens der Brandschutzdienststelle keine Bedenken, wenn folgende Punkte beachtet werden. Es wird darauf hingewiesen, dass folgende Anforderungen zu erfüllen sind: 1. Öffentliche Verkehrsfläche Gebäude dürfen nur errichtet werden, wenn gesichert ist, dass ab Beginn ihrer Nutzung das Grundstück in für die Zufahrt und den Einsatz von Feuerlösch- und Rettungsgeräten angemessener Breite an einer befahrbaren öffentlichen Verkehrsfläche liegt oder wenn das Grundstück eine befahrbare, öffentlich-rechtlich gesicherte Zufahrt zu einer befahrbaren öffentlichen Verkehrsfläche hat und die erforderlichen Anlagen zur Versorgung mit Löschwasser vorhanden und benutzbar sind. Wohnwege, an denen nur Gebäude der Gebäudeklassen 1 bis 3 zulässig sind, brauchen nur befahrbar zu sein, wenn sie länger als 50 m sind (§4BauONRW). Bei Gebäude der Klasse 4 + 5 sind entsprechend Feuerwehraufstellflächen bzw. zusätzliche Feuerwehrbewegungsflächen einzuplanen (Musterrichtlinie für Flächen für die Feuerwehr). 2. Löschwasserversorgung Die nachfolgenden Anforderungen an die Löschwasserversorgung seitens der Feuerwehren setzen im Allgemeinen voraus, dass Hydranten ausreichend zur Verfügung stehen. Bestehen Einschränkungen seitens der Trinkwasserversorgung werden auch andere Möglichkeiten, zum Beispiel unterirdische Löschwasserbehälter oder -brunnen, in Betracht gezogen. Weiterhin beziehen sich die Anforderungen nur auf den Grundschutz im Brandschutz für Wohngebiete, Gewerbegebiete, Mischgebiete und Industriegebiete ohne erhöhtes Sach- oder Personenrisiko. Das DVGW-Arbeitsblatt W 400-1:2015-02 äußert sich zu den Grundlagen der Löschwasserversorgung wie folgt: „Die Abstände von Hydranten müssen im Übrigen der Bebauung und Netzstruktur entsprechen. Für die Bereitstellung von Löschwasser ist DVGW W 405 (A) zu beachten. Die Abstände von Hydranten in Ortsnetzen, die auch der Löschwasserversorgung (Grundschutz) dienen, sind im Bedarfsfall abzustimmen.“ Seitens der Feuerwehren bestehen folgende Anforderungen: · Hydranten sind so anzuordnen, dass sie die Wasserentnahme leicht ermöglichen. · Die Löschwasserversorgung für den ersten Löschangriff zur Brandbekämpfung und zur Rettung von Personen muss in einer Entfernung von 75 m Lauflinie bis zum Zugang des Grundstücks von der öffentlichen Verkehrsfläche aus sichergestellt sein. · Entnahmestellen mit 400 l/min (24 m^3/h) sind vertretbar, wenn die gesamte Löschwassermenge des Grundschutzes in einem Umkreis (Radius) von 300 m aus maximal 2 Entnahmestellen sichergestellt werden kann.	Zur Gewässerunterhaltung wird ein 1m breiter öffentlicher Grünstreifen, parallel des Golkrather Grabens, festgesetzt. Außerhalb des Plangebietes, befindet sich auf der anderen Seite des Plangebietes ein städtischer Wirtschaftsweg. Eine Gewässerunterhaltung ist somit möglich. **Untere Naturschutzbehörde:** Es wird der Unteren Naturschutzbehörde gefolgt und der Text zu Vorgärten der bauordnungsrechtlichen Festsetzungen ergänzt durch folgenden Satz: „Großflächig mit Steinen, Kies, Schotter oder sonstigen vergleichbaren losen Materialschüttungen bedeckte Flächen, in welcher diese Materialien das hauptsächliche Gestaltungsmittel sind und Pflanzen nicht oder nur in geringer Zahl vorkommen (sog. Schottergärten) sowie Kunstrasenflächen sind unzulässig. Die Stellungnahme wird zur Information und Kenntnisnahme an das Grünflächenamt der Stadt Erkelenz weitergeleitet.	

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 434 „Auf´m Hover Pfad“, Erkelenz- Golkrath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	· Die Abstände von Hydranten auf Leitungen in Ortsnetzen, die auch der Löschwasserversorgung (Grundschutz) dienen, dürfen 150 m nicht übersteigen. Größere Abstände von Hydranten bedürfen der Kompensation durch andere geeignete Löschwasserentnahmestellen. · Der Löschwasserbedarf für den Grundschutz ist bei niedriger, in der Regel freistehender Bebauung (bis 3 Vollgeschosse) mit 800 l/min (48 m^3/h) und bei sonstiger Bebauung mit mindestens 1.600 l/min (96 m^3/h) und für eine Dauer von mindestens 2h zu bemessen. · Der insgesamt benötigte Löschwasserbedarf ist in einem Umkreis (Radius) von 300 m nachzuweisen. Diese Regelung gilt nicht über unüberwindbare Hindernisse hinweg. Das sind z. B. Bahntrassen, mehrspurige Schnellstraßen sowie große, langgestreckte Gebäudekomplexe, die die tatsächliche Laufstrecke zu den Löschwasserentnahmestellen unverhältnismäßig verlängern. · Bei der oben genannten Wasserentnahme aus Hydranten (Nennleistung) darf der Betriebsdruck 1,5 bar nicht unterschreiten. · Für Gewerbe- und Industriegebiete ergeben sich ggf. höhere Anforderungen aufgrund von anderen rechtlichen Vorgaben, z. B. Muster-Industriebau-Richtlinie. In den Vorlagen zum Bauantrag, z. B. Brandschutznachweis, sind der Löschwasserbedarf (in l/min) und der Löschwassernachweis für die erste Löschwasserentnahmestelle im 75 m Bereich (Lauflinie bis zum Grundstück) sowie für die gesamte Löschwassermenge in einem Umkreis (Radius) von 300 m darzustellen. Quelle: Information der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren und des Deutschen Feuerwehrverbandes in Abstimmung mit dem DVGW Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e. V. (2018-4) „Löschwasserversorgung aus Hydranten in öffentlichen Verkehrsflächen“		

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 434 „Auf´m Hover Pfad“, Erkelenz- Golkrath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag

Bauliche Nutzung nach § 17 der Baunutzungsverordnung	Kleinsiedlung (WS) Wochenendhausgebiete (SW)	reine Wohngebiete (WR) allgem. Wohngebiete (WA) besondere Wohngebiete (WB) Mischgebiete (MI) Dorfgebiete (MD) Gewerbegebiete (GE)		Kerngebiete (MK) Gewerbegebiete (GE)		Industriegebiete (GI)
Zahl der Vollgeschosse	≤ 2	≤ 3	> 3	1	> 1	-
Geschossflächenzahl (GFZ)	≤ 0,4	≤ 0,3 - 0,6	0,7 - 1,2	0,7 - 1,0	1,0 - 2,4	-
Baumassenzahl (BMZ)	-	-	-	-	-	≤ 9
Löschwasserbedarf bei unterschiedlicher Gefahr der Brandausbreitung	m³/h	m³/h		m³/h		m³/h
klein	24	48		96		96
mittel	48	96		96		192
groß	96	96		192		192

Sofern die obigen Anforderungen an die Löschwasserversorgung nicht hinreichend erfüllt werden können, müssen andere Möglichkeiten, z. B. durch unterirdische Löschwasserbehälter, -brunnen, -teiche bzw. bei zu großen Entfernungen weitere Hydranten erwogen werden.
Die Abstimmung zur Ausführung und zur Kostenübernahme erfolgt im Bedarfsfall zwischen der Gemeinde und dem Wasserversorgungsunternehmen.

3. Zugänglichkeit der Grundstücke / Rettungswege
Die Bebauung der Grundstücke ist so vorzunehmen, dass der Einsatz von Feuerlösch- und Rettungsgeräten ohne Schwierigkeiten möglich ist.
Liegen Gebäude ganz oder in Teilen weiter als 50m von der öffentlichen Verkehrsfläche entfernt, ist eine Zufahrt für Fahrzeuge der Feuerwehr gemäß § 5 BauO NRW herzustellen. Die Zufahrt ist gemäß § 5 BauO NRW herzurichten. Die Ausführung muss der Muster-Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr (MRFIFw) inklusive der Aufstell- und Bewegungsflächen entsprechen. Die Kurvenradien sind entsprechend zu beachten.
Zu- und Durchfahrten sowie Aufstell- und Bewegungsflächen für die Feuerwehr sind so zu befestigen, dass sie von Feuerwehrfahrzeugen mit einer zulässigen Gesamtmasse von 16 t und einer Achslast von 10 t befahren

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 434 „Auf ´m Hover Pfad“, Erkelenz- Golkrath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	werden können. Notwendige Fenster in Obergeschossen müssen im Lichten eine freie Öffnungsfläche von mindestens 0,9 m x 1,2 m besitzen und für die Feuerwehr erreichbar sein. Die Fenster sind zur öffentlichen Verkehrsfläche oder zu Feuerwehrbewegungsflächen hin auszurichten §§ 14 und 37 BauO NRW. An den als zweiter Rettungsweg ausgewiesenen Fenstern muss das Aufstellen von tragbaren Leitern der Feuerwehr jederzeit möglich sein. Dies ist insbesondere bei Bepflanzungen und Parkflächen zu beachten (§ 14 BauO NRW). Für evtl. Gebäude der Gebäudeklassen 4 und 5 wird eine Aufstellfläche für Hubrettungsfahrzeuge gem. VV zu § 5 BauO NRW benötigt, sofern diese Gebäude den zweiten Rettungsweg nicht auf andere Weise (zwei Treppenräume) sicherstellen. 4. Hinweis Viele Bauvorhaben werden zwischenzeitlich u. a. auch als „Generationenhaus/ altersgerechtes oder seniorengerechtes Wohnen“ betitelt. In verschiedenen Nutzungseinheiten wird der zweite Rettungsweg dennoch über tragbare Leitern sichergestellt. Die Brandschutzdienststelle weist im Rahmen des demographischen Wandels auf folgendes hin: Der Personenkreis, der sich problemlos über diese Geräte retten lässt, wird im Laufe der nächsten Jahre eher kleiner werden. Das liegt zum einen an der immer älter werdenden Bevölkerung und zum anderen an der Zunahme pflegebedürftiger Menschen. Auf Grund dieser Tatsache bestehen mit Sicht auf solche Bauvorhaben Bedenken an die Auslegung des zweiten Rettungsweges speziell für diese Nutzungsform.		
10	Wasserverband Eifel-Rur, Postfach 10 25 64, 52325 Düren Mail vom 05.02.24		
	am Wiesengrund in Erkelenz-Golkrath soll ein neues Baugebiet ausgewiesen werden. Dieses Baugebiet liegt direkt am „Golkrather Fließ“. Zu diesem Vorhaben bestehen Bedenken seitens des WVER. Sowohl im Falle eines Hochwassers als auch im Starkregenfall ist ein Teil der Fläche überschwemmt. Bei einem 100-jährlichen Hochwasserereignis kommt es besonders im Bereich vor der Verrohrung zu einer Überschwemmung. Der Wasserstand beträgt in diesem Bereich 84,31 mNHN. Je nach Geländehöhe ergeben sich Wasserstände von bis zu 35 cm auf der Fläche. (s. Abbildung 1). Ein ähnliches Bild zeigt die Starkregenhinweisgefahrenkarte. Im Bereich vor der Verrohrung liegt ein Wasserstand bis zu 0,5 m vor, ebenso wie im südlichen Bereich des Planungsgebiets (s. Abbildung 2). Es ist daher davon auszugehen, dass das Plangebiet teilweise in einem überschwemmungsgefährdeten Gebiet liegt und eine Bebauung in einem Überschwemmungsgebiet stattfinden wird. Des Weiteren werden seitens des WVER Bedenken erhoben, da es vorgesehen ist, den baulichen Abstand zum	Das Büro Hydrotec wurde mit der Durchführung eines Starkregennachweises beauftragt um die Wirkung des geplanten Baugebietes auf die hydraulischen Verhältnisse bei einem Starkregenereignis zu untersuchen (Hydrotec, Starkregennachweis Baugebiet „Auf ´m Hover Pfad“- Erkelenz-Golkrath, September 2024). Im Ergebnis dieser Untersuchung bleibt festzuhalten, das für die Flächen innerhalb des Plangebietes eine Verringerung der maximalen Wassertiefen zu erwarten ist. Das vorhandene Gelände wird für die geplante Erschließung angehoben. Es ist anzunehmen, dass die späteren Eigen-	

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 434 „Auf ´m Hover Pfad“, Erkelenz- Golkrath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	Gewässer von 3 m durch Vorgaben auf privatem Gelände zu realisieren. Die Erfahrungen haben gezeigt, das Gebäude im Abstand von 3 m zum Gewässer Probleme aufweisen. Bei längeren höheren Abflüssen im Golkrather Fließ“, die auch durch lokale Starkregenereignisse entstehen können, kommt es durch einsickerndes Wasser zu hohen Grundwasserständen an den Gebäuden. Wenn die Abstandsflächen eingezäunt werden, wird unsere gesetzliche Unterhaltungspflicht erschwert. Wir regen an, einen 3 m breiten öffentlichen Gewässerstreifen vorzusehen und den Abstand der Baugrenze zum Gewässer auf 5 m zu vergrößern. Vor dem Hintergrund der Klimaänderung sollten wir den Gewässern mehr Platz einräumen.	tümer ihre Grundstücke auf Straßenniveau anheben werden. Das dadurch fehlende Volumen verteilt sich teilweise auf die nördlich gelegene Ackerfläche, wo die maximalen Wassertiefen im Planzustand um etwa 1-3cm höher liegen als im Referenzzustand. Ein weiterer Teil des Wassers fließt südwestlich in die Ortslage hinein, was an einzelnen Stellen zu einer Erhöhung der Überflutungstiefen um 1-2cm führt. Da im Referenzzustand an den betroffenen Stellen bereits maximale Überflutungstiefen von 50cm bis 100cm liegen, können die durch die Geländemodifikation verursachten Verschlechterungen als vernachlässigbar gering eingestuft werden. Die Überflutungsflächen aus Starkregen und Hochwasser aus dem Golkrather Graben im Ist-Zustand sind nahezu identisch. Demnach ist auch bei Hochwasser aus dem Golkrather Graben ein nahezu identischer Wasserspiegelanstieg in den genannten Bereichen zu erwarten. Es wird ein 1m breiter, öffentlicher Grünstreifen zum Golkrather Graben festgesetzt, so dass sich der bauliche Abstand der Baugrenze von 4m (Stand Frühzeitige Beteiligung) auf nun 5m für das nordwestliche Grundstück erhöht. Alle anderen Grundstücke weisen einen größeren Abstand der Baugrenze zum Golkrather Graben auf.	
11	Landwirtschaftskammer NRW: Kreisstellen Heinsberg, Viersen Mail vom 07.02.2024		
	zur generellen Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen für die Bebauung haben wir im FNP Verfahren Stellung genommen. Es wird begrüßt, dass auf zwei der künftigen Verkehrsflächen, die bisher als Wirtschaftswege gedient haben, weiterhin für den landwirtschaftlichen Verkehr frei sein sollen. Dies ist vorrangig für den Weg in Nord-Süd-Richtung (Flurstücke 174 und 175) erforderlich, da Alternativen fehlen. Aufgrund der Dimensionierung (3 m Breite) und des Verkehrsberuhigungsbereichs ist jedoch fraglich, ob tatsächlich für alle landwirtschaftliche Maschinen eine Durchgängigkeit gegeben sein wird. Anbaugeräte und Erntemaschinen sind bis zu 3 m breit und würden bei einer Grenzbebauung nicht passieren können - hierbei sind Schwenkbewegungen noch nicht berücksichtigt. Was den externen Kompensationsbedarf angeht, wird begrüßt, dass hier Synergien mit erforderli-	Der Stellungnahme der Landwirtschaftskammer wird gefolgt. Der nach Norden hin bestehende Wirtschaftsweg wird ausgeweitet (Flurstück 174). Von geplanten 3,0m zum Stand der Frühzeitigen Beteiligung gem. § 4 (1) BauGB auf nun 4,50m. Hier werden angrenzend an den Wirtschaftsweg Flächen für Nebenanalgen, Stellplätzen, Garagen und Gemeinschaftsanlagen festgesetzt, so dass die Vergrößerung der Wegebreite notwendig ist um ein Befahren mit landwirtschaftlichen Fahrzeugen zu ermöglichen.	Der Stellungnahme der Landwirtschaftskammer wird gefolgt.

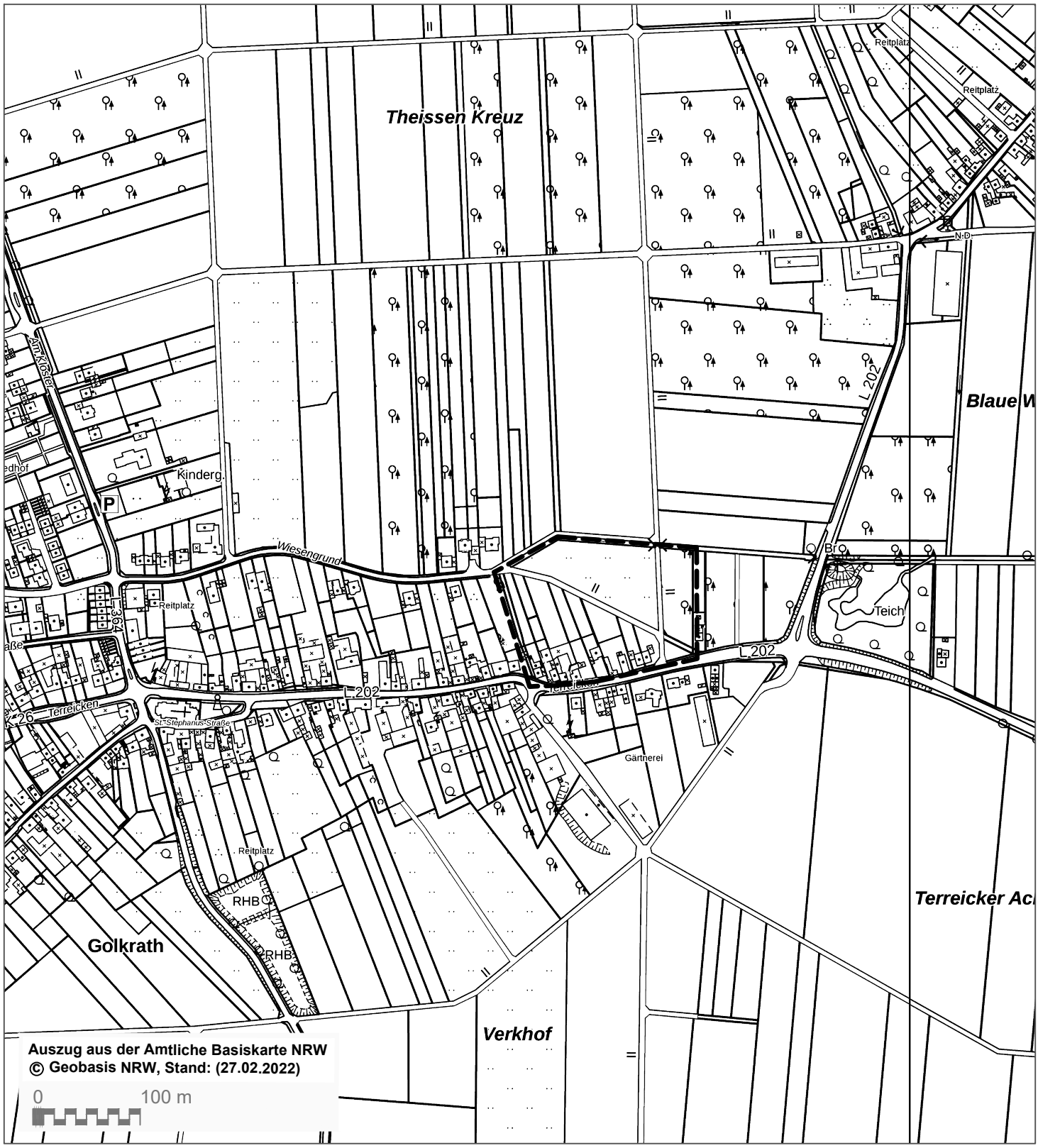
Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 434 „Auf´m Hover Pfad“, Erkelenz- Golkrath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	chen Artenschutzmaßnahmen genutzt werden sollen.	Das Flurstück Nr. 175 wird, anders als zum Stand der Beteiligung gemäß § 3 (1) und4 (1) BauGB festgesetzt, als öffentliche Grünfläche. Die Verkehrsführung wurde in diesem Bereich zum Schutz der vorhandenen drei Linden verändert und östlich um diese herumgeführt. Die Fahrwege (Nord-Süd Verbindung von Terreicken aus) wurden mittels Schleppkurven für ein 3-achsiges Müllfahrzeug und Traktor mit Anhänger mit positiven Ergebnis geprüft.	
12	Erftverband, Postfach 1320, 50103 Bergheim Mail vom 08.02.2024		
	Abwassertechnische Leitungen, Messstellen und Anlagen des Erftverbandes sind derzeit durch die v. g. Maßnahme nicht betroffen. Aus wasserwirtschaftlicher Sicht seitens des Erftverbandes bestehen keine Bedenken gegen die Planung.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme.
13	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Fontainengraben 200, 53123 Bonn Email vom 08.02.2024		
	vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage werden Verteidigungsbelange nicht beeinträchtigt. Es bestehen daher zum angegebenen Vorhaben seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme.
14	EBV GmbH, Myhler Straße 83, 41836 Hückelhoven		
	Zur. O.g. Bauleitplanung sowie dem Flächennutzungsplan werden unsererseits keine Bedenken erhoben. Eine Kennzeichnung nach § 9 (5) 2 BauGB sowie § 5 (3) 2 BauGB ist nicht erforderlich.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme.
15	LVR-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland, Abteilung Denkmalschutz / Praktische Bodendenkmalpflege, Endenicher Str. 133, 53115 Bonn, Mail vom 14.03.2024		
	Das Plangebiet überschneidet mit seiner Südwest-Ecke den Randbereich des Vermuteten Bodendenkmals historischer Ortskerns Golkrath (Erkelenz VDB 0123), dessen Existenz urkundlich bereits für das 12. Jahrhundert nachgewiesen ist. Für den Rest der Flächen liegen keine Hinweise auf archäologische Fundstellen vor. Für die Südostecke des Plangebietes zeigt die Preußische Neuaufnahme zudem die Störung durch eine Matrialentnahmegrube an. Daher und wegen der peripheren Lage zum Ortskern bestehen aus bodendenkmalpflegerischer Sicht keine Bedenken gegen die Planung. Auf § 16 Denkmalschutzgesetz NRW wird in diesem Zusammenhang verwiesen. Beim Auftreten archäologischer Bodenfunde und Befunde ist die Gemeinde als Untere Denkmalbehörde oder	Auf die Bestimmungen des §16 Denkmalschutzgesetz wird auf der Planzeichnung und in der Begründung Teil 1 bereits hingewiesen. Die Stellungnahme des LVR-Amtes für Bodendenkmalpflege wird zur Kenntnis genommen.	Kenntnisnahme.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 434 „Auf´m Hover Pfad“, Erkelenz- Golkrath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	das LVR-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland, **Außenstelle Nideggen, Zehnthofstraße 45, 52385 Nideggen, Telefon 02425/9039-0, Fax 02425/9917-160**, unverzüglich zu informieren. Zur Anzeige verpflichtet sind auch der/die Eigentümer*in, die Person, die das Grundstück besitzt, der/die Unternehmer*in und der/die Leiter*in der Arbeiten. Bodendenkmal und Entdeckungsstätte sind bis zum Ablauf von einer Woche nach der Anzeige unverändert zu belassen (§ 16 DSchG NRW). Es wird empfohlen, einen entsprechenden Hinweis in die Satzung aufzunehmen.		
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit Schreiben vom xy.xy.xyxy gemäß § 4 Abs. 2 BauGB			
1			
2			

Übersicht über den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 434 "Auf´m Hover Pfad", Erkelenz-Golkrath



Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr:	A 61/719/2024
	Status:	öffentlich
	AZ:	
Federführend:	Datum:	11.11.2024
Planungsamt	Verfasser:	Amt 61 Vanessa Stark

46. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Wohnbauflächen Im Hühnerfelde), Erkelenz-Hetzerath

hier: Beschluss über die vorgetragenen Stellungnahmen während der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB, der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie Feststellungsbeschluss

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
03.12.2024	Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung
05.12.2024	Haupt- und Finanzausschuss
11.12.2024	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung der Stadt Erkelenz hat in seiner Sitzung am 20.02.2024 beschlossen, die 46. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Wohnbauflächen Im Hühnerfelde), Erkelenz-Hetzerath aufzustellen und die Verwaltung beauftragt, einen Entwurf der Flächennutzungsplanänderung zu erarbeiten. In der Sitzung wurde ferner beschlossen zu dem Entwurf des Bauleitplanes die Öffentlichkeit frühzeitig gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange frühzeitig gemäß § 4 Abs. 1 BauGB zu beteiligen.
Der Rat der Stadt Erkelenz hat in seiner Sitzung am 25.09.2024 beschlossen, den Entwurf der 46. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Wohnbauflächen Im Hühnerfelde), Erkelenz-Hetzerath, gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer von einem Monat im Internet zu veröffentlichen und im Rathaus auszulegen und die Behörden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen.
Ziel und Zweck der 46. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz ist die Erweiterung der im wirksamen Flächennutzungsplan dargestellten Wohnbauflächen am nördlichen Ortsrand von Erkelenz-Hetzerath. Mit der Flächennutzungsplanänderung sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Aufstellung eines Bebauungsplanes mit dem Ziel der Bereitstellung von Baugrundstücken mit der Festsetzung eines Allgemeinen Wohngebietes erfolgen. Derzeit wird die Fläche des Plangebietes als landwirtschaftliche Fläche genutzt.

Der Geltungsbereich befindet sich nördlich der Straße Am Kammerbusch und westlich der Verlängerung der Houverather Straße; der Änderungsbereich umfasst ca. 1 ha. Der Geltungsbereich geht aus der Anlage hervor. Der Aufstellungsbeschluss wurde im Amtsblatt der Stadt Erkelenz Nr. 9/2024 vom 31.05.2024 bekannt gemacht.

1. Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB

Die öffentliche Bekanntmachung des Termins der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB wurde mit Amtsblatt Nr. 9 vom 31.05.2024 bekannt gemacht.
Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wurde vom 03.06.2024 bis einschließlich 16.06.2024 in der Stadtverwaltung Erkelenz sowie über das Internet durchgeführt. Seitens der Öffentlichkeit wurden während des Beteiligungsverfahrens keine Stellungnahmen vorgetragen.

2. Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB

Das Beteiligungsverfahren gemäß § 4 Abs. 1 BauGB wurde mit Schreiben vom 03.06.2024 an die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, eingeleitet.
Seitens der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden während des Beteiligungsverfahrens abwägungsrelevante Stellungnahmen vorgetragen, die in der Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Abwägung und Beschlussfassung aufgelistet sind.

3. Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB

Nach Beschluss des Rates der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 wurde der Entwurf der 46. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Wohnbauflächen Im Hühnerfelde), Erkelenz-Hetzerath, nach Bekanntmachung im Amtsblatt Nr. 16/2024 vom 27.09.2024 in der Zeit vom 30.09.2024 bis 30.10.2024 im Internet veröffentlicht und in der Stadtverwaltung öffentlich ausgelegt.
Während der Öffentlichkeitsbeteiligung wurde eine abwägungsrelevante Stellungnahme aus der Öffentlichkeit vorgetragen.

4. Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentliche Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 30.09.2024 über die öffentliche Auslegung unterrichtet und gemäß § 4 Abs. 2 BauGB beteiligt.
Seitens der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden während des Beteiligungsverfahrens abwägungsrelevante Stellungnahmen zum Entwurf des Bauleitplanes vorgetragen, die in der Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Abwägung und Beschlussfassung aufgelistet sind.

5. Beteiligung des Bezirksausschusses

Der Bezirksausschuss Granterath/Hetzerath wurde mit Schreiben vom 31.05.2024 beteiligt.

In dieser Sitzung soll über die während der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB und die während der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB vorgetragenen Stellungnahmen gemäß § 1 Abs. 7 BauGB entschieden und der Feststellungsbeschluss gefasst werden.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an Haupt- und Finanzausschuss und Rat):

„1. Über die während der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB von der Öffentlichkeit und den Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und die während der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB vorgetragenen Stellungnahmen zum Entwurf der 46. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Wohnbauflächen Im Hühnerfelde), Erkelenz-Hetzerath, wird nach Abwägung aller erkennbaren öffentlichen und privaten Belangen, wie in der als Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Be-

lange – zur Beschlussvorlage der 46. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Wohnbauflächen Im Hühnerfelde), Erkelenz-Hetzerath, beigefügten Abwägungstabelle vorgeschlagen, entschieden. Die Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - ist Bestandteil dieses Beschlusses

2. Die 46. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Wohnbauflächen Im Hühnerfelde), Erkelenz-Hetzerath, wird unter Berücksichtigung dieser Beschlüsse beschlossen."

Klima-Check:

Trägt der Beschlussentwurf zum Klimaschutz oder zur Klimafolgenanpassung bei?

Ja X Nein ☐

Bauleitpläne in Form von Flächennutzungsplänen als vorbereitender und Bebauungsplänen als verbindliche Bauleitplanung haben indirekt Auswirkungen auf Klimaschutz und Klimafolgenanpassung.
Während aus Flächennutzungsplänen keine Baurechte abgeleitet werden können, schaffen Bebauungspläne die Grundlage für (neue) Bebauungen aber auch Entwicklung von Grünflächen oder den Bau von Verkehrsflächen.
Im Baugesetzbuch sind die Belange Klimaschutz und Klimaanpassung seit 2013 als Teil eines stetig größer werdenden Katalogs an Belangen und Themen in § 1 Abs. 5 aufgenommen worden.
Mit geringen Ausnahmen ist bei jeder Aufstellung eines Bauleitplanes eine Umweltprüfung und ein Umweltbericht zu erstellen. Hier sind die genannten Aspekte enthalten.
Regelmäßig sind Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen erforderlich durch welche auch Maßnahmen zum Klimaschutz und Klimafolgenanpassung erfolgen.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Kosten der Bauleitplanung werden durch einen städtebaulichen Vertrag zwischen der Stadt Erkelenz und der Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz GmbH & Co. KG (GEE) sichergestellt.

Anlagen:

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 46. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Wohnbauflächen Im Hühnerfelde), Erkelenz-Hetzerath

Anlage - Übersicht über den Geltungsbereich der 46. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Wohnbauflächen Im Hühnerfelde), Erkelenz-Hetzerath

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 46. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Wohnbauflächen Im Hühnerfelde), Erkelenz-Hetzerath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	Stellungnahmen der Öffentlichkeit während der frühzeitigen Beteiligung vom 03.06.2024 bis 16.06.2024 gemäß § 3 Abs. 1 BauGB		
1	Öffentlichkeit		
	Es liegen keine Stellungnahmen vor.		
	Stellungnahmen der Öffentlichkeit während der Veröffentlichungsfrist vom 30.09. bis 30.10.2024 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB		
1	Öffentlichkeit Schreiben vom 20.10.2024		
	Zum Entwurf der 46. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz möchten wir Einspruch erheben. Die Ehel. XXXX und XXXX sind im Besitz des Flurstückes Gemarkung Granterath Flur 1 Flurstück 93 (im Hühnerfelde) der angrenzenden geplanten Wohnbaufläche im Hühnerfelde. Unser Flurstück wird intensiv landwirtschaftlich genutzt, d.h. es wird auch Gülle ausgebracht, was zu einer Geruchsbelästigung führen kann. Ebenso kann es bei der Aberntung der Flächen zu Geräusch- und Verkehrsbelastungen führen. Weitere Stellungnahmen behalten wir uns vor.	Mit der 46. Änderung des Flächennutzungsplanes wird der Flächennutzungsplan der Stadt Erkelenz geändert, welcher einen vorbereitenden Bauleitplan darstellt. Aus diesem können keine Baurechte abgeleitet werden. Dies erfolgt erst auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung, dem Bebauungsplan. Die Untere Immissionsschutzbehörde wurde im Bauleitplanverfahren zur 46. Änderung des Flächennutzungsplanes gemäß § 4 (1) und § 4 (2) BauGB beteiligt (s. lfd. Nr. 11, Beteiligung gemäß § 4 (1) BauGB und lfd. Nr. 12 Beteiligung gemäß § 4 (2) BauGB). Gemäß der Stellungnahme aus der Beteiligung gemäß § 4 (2) BauGB äußert die Untere Immissionsschutzbehörde keine Bedenken mehr. Ebenso äußerte die Landwirtschaftskammer keine Bedenken (s. lfd. Nr. 10, Beteiligung gemäß § 4 (1) BauGB und lfd. Nr. 9 Beteiligung gemäß § 4 (2) BauGB). Grundsätzlich ist es nicht unüblich, dass Wohngebiete an die freie Feldflur und somit landwirtschaftlich genutzte Flächen grenzen. In ländlichen Gebieten und gerade am Ortsrand ist damit zu rechnen, dass Immissionen durch die für alle Menschen notwendige Landwirtschaft phasenweise entstehen können. Es handelt sich angrenzend zum Plangebiet der 46. Änderung des Flächennutzungs-	Kenntnisnahme

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 46. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Wohnbauflächen Im Hühnerfelde), Erkelenz-Hetzerath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		planes um ackerbaulich genutzte Flächen. Es gilt ein allgemeines nachbarrechtliches Rücksichtnahmegebot. Ein Nachbar hat damit die Beeinträchtigungen, die mit z.B. Erntearbeiten zwangsläufig verbunden sind, hinzunehmen. Ebenso hat der Landwirt Tätigkeiten so zu gestalten, dass nicht absichtlich und mutwillig andere beeinträchtigt werden.	
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit Schreiben vom 03.06.2024 gemäß § 4 Abs. 1 BauGB			
1	Straßen NRW Regionalniederlassung Niederrhein. Breitenbachstr. 90, 41065 Mönchengladbach Mail vom 03.06.2024		
	Die Belange der vom Landesbetrieb Straßenbau betreuten Straßen, werden vom oben genannten Vorhaben nicht berührt. Es bestehen daher grundsätzlich keine Bedenken. Ich weise jedoch darauf hin, dass gegenüber dem Landesbetrieb Straßenbau, weder jetzt noch in Zukunft aus dieser Planung Ansprüche auf aktiven und/oder passiven Lärmschutz oder ggfls. erforderlich werdende Maßnahmen bzgl. der Schadstoffausbreitung geltend gemacht werden können. Außerdem wird auf das Problem der Schallreflektion hingewiesen.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
2	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Fontainengraben 200, 53123 Bonn Mail vom 04.06.2024		
	vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage werden Verteidigungsbelange nicht beeinträchtigt. Es bestehen daher zum angegebenen Vorhaben seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände. Ich weise darauf hin, dass sich Ihr Plangebiet im Bereich eines militärischen Fluggebietes befindet. Hier ist mit Lärm- /und Abgasimmissionen zu rechnen. Ferner weise ich darauf hin, dass spätere Ersatzansprüche gegen die Bundeswehr nicht anerkannt werden können.	Es wurde ein Hinweis in die Begründung des im Parallelverfahren aufzustellenden Bebauungsplanes Nr. 435 „Im Hühnerfelde“, Erkelenz-Hetzerath aufgenommen, dass sich das Plangebiet im Bereich eines militärischen Fluggebietes befindet und mit Lärm- und Abgasimmissionen zu rechnen ist. Spätere Ersatzansprüche gegen die Bundeswehr können nicht anerkannt werden.	Kenntnisnahme
3	Westnetz GmbH Regionalzentrum Neuss, Collingstraße 2, 41460 Neuss Mail vom 05.06.2024		

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 46. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Wohnbauflächen Im Hühnerfelde), Erkelenz-Hetzerath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	Gegen das genannte Vorhaben bestehen keine Einwände, da unsere Belange hierdurch nicht berührt werden.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
4	Bezirksregierung Arnsberg, Abteilung 6 Bergbau und Energie in NRW Mail vom 05.06.2024		
	zu den bergbaulichen Verhältnissen erhalten Sie folgende Hinweise: Das o.g. Plangebiet liegt über dem auf Steinkohle verliehenen Bergwerksfeld „Sophia Jacoba A“ im Eigentum der Vivawest GmbH, Nordsternplatz 1 in 45899 Gelsenkirchen und über dem auf Braunkohle verliehenen Bergwerksfeld „Union 223“ im Eigentum der RV Rheinbraun Handel und Dienstleistungen GmbH, hier vertreten durch die RWE Power Aktiengesellschaft, RWE-Platz 2 in 45141 Essen. Der Planbereich befindet sich in einem früheren Einwirkungsbereich des Steinkohlenbergbaus, in dem nach derzeitigem Kenntnisstand durch einen Anstieg des Grubenwassers Hebungen an der Tagesoberfläche zu erwarten sind. Diese Bodenbewegungen können, insbesondere bei bestimmten geologischen Situationen wie Unstetigkeiten, zu Schäden an der Tagesoberfläche führen. Dies sollte bei Planungen und Vorhaben berücksichtigt werden. Inwieweit der vorliegende Planbereich hiervon betroffen ist, kann von hier aus nicht beurteilt werden. Ich empfehle Ihnen, hierzu eine entsprechende Auskunft bei der EBV GmbH, Myhler Straße 83 in 41836 Hückelhoven einzuholen. Außerdem ist der Planungsbereich nach den hier vorliegenden Unterlagen (Differenzenpläne mit Stand: 01.10.2018 aus dem Revierbericht, Bericht 1, Auswirkungen der Grundwasserabsenkung, des Sammelbescheides - Az.: 61.42.63 -2000-1 -) von durch Sümpfungsmaßnahmen des Braunkohlenbergbaus bedingten Grundwasserabsenkungen betroffen. Für die Stellungnahme wurden folgende Grundwasserleiter (nach Einteilung von Schneider & Thiele, 1965) betrachtet: Oberes Stockwerk, 9B, 8, 7, 6D, 6B, 2 - 5, 09, 07 Kölner Scholle, 05 Kölner Scholle. Folgendes sollte berücksichtigt werden: Die Grundwasserabsenkungen werden, bedingt durch den fortschreitenden Betrieb der Braunkohlentagebaue, noch über einen längeren Zeitraum wirksam bleiben. Eine Zunahme der Beeinflussung der Grundwasserstände im Planungsgebiet in den nächsten Jahren ist nach heutigem Kenntnisstand nicht auszuschließen. Ferner ist nach Beendigung der bergbaulichen Sümpfungsmaßnahmen ein Grundwasserwiederanstieg zu erwarten. Sowohl im Zuge der Grundwasserabsenkung für den Braunkohletagebau als auch bei einem späteren Grundwasserwiederanstieg sind hierdurch bedingte Bodenbewegungen möglich. Diese können bei bestimmten geologischen Situationen zu Schäden an der Tagesoberfläche führen. Die Änderungen der Grundwasserflurabstände sowie die Möglichkeit von Bodenbewegungen sollten bei Planungen und Vorhaben Berücksichtigung finden. Ich empfehle Ihnen diesbezüglich, zu zukünftigen Planungen, sowie zu Anpassungs- und Sicherungsmaßnahmen eine Anfrage an die RWE Power Aktiengesellschaft, RWE-Platz 2 in 45141 Essen, sowie für konkrete Grundwasserdaten an den ErftverbandAm Erftverband 6 in 50126 Bergheim, zu stellen.	Ein Hinweis zum Steinkohlenbergbau wurde in die Begründung Teil 1 der 46. Änderung der Flächennutzungsplanänderung aufgenommen. Ein Hinweis zum Braunkohlentagebau und Grundwasserabsenkungen und daraus resultierenden möglichen Folgen ist unter dem Kapitel „6.3 Grundwasser, Bergbau, Wasserschutz“ bereits in der Begründung Teil 1 bereits aufgenommen. Die EBV GmbH wurde gemäß § 4 Abs. 1 BauGB beteiligt. Es wurden seitens der EBV keine Bedenken erhoben (s. Stellungnahme Nr. 8). Ebenso wurden der Erftverband und die RWE Power AG beteiligt. Stellungnahmen sind während der Frühzeitigen Beteiligung der Behörden gem. § 4 (1) BauGB nicht eingegangen. Der Erftverband sowie die RWE Power AG wurden gem. § 4 (2) BauGB erneut im Bauleitplanverfahren beteiligt.	Kenntnisnahme
5	NEW Netz GmbH, Nikolaus-Becker-Straße 28-34, 52511 Geilenkirchen Mail vom 10.06.2024		
	Wir haben Ihre Anfrage geprüft und teilen Ihnen mit, dass gegen diese keine Bedenken vorliegen.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 46. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Wohnbauflächen Im Hühnerfelde), Erkelenz-Hetzerath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
6	Wasserverband Eifel-Rur, Postfach 10 25 64, 52325 Düren Mail vom 12.06.2024		
	Seitens des Wasserverbandes Eifel – Rur bestehen keine Bedenken gegen das Vorhaben.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
7	Deutsche Telekom Technik GmbH: West PTI 24 Mail vom 17.06.2024		
	Gegen die Planung haben wir keine Bedenken.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
8	EBV GmbH, Myhler Straße 83, 41836 Hückelhoven Mail vom 17.06.2024		
	Zu den o.g. Änderungen des Flächennutzungsplanes sowie des Bebauungsplanes werden unsererseits keine Bedenken erhoben. Eine Kennzeichnung nach § 9 (5) 2. BauGB sowie § 5 (3) 2. BauGB halten wir für nicht erforderlich.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
9	Die Autobahn GmbH des Bundes: Niederlassung Rheinland, Willy-Brandt-Platz 2, 47805 Krefeld Mail vom 28.06.2024		
	die Niederlassung Rheinland der Autobahn GmbH des Bundes ist für den Betrieb und die Unterhaltung der nördlich des Plangebietes in einer Entfernung von ca. 830 m verlaufenden Autobahn 46, Abschnitt 4 zuständig. Im Zusammenhang mit dem Bauleitplanverfahren dürfen durch die künftig geplanten Entwicklungen im Stadtgebiet keine Verschlechterungen der Leistungsfähigkeit oder der Qualitätsstufen des Verkehrsablaufs im umliegenden klassifizierten Straßennetz ausgelöst werden. Es wird darauf hingewiesen, dass gegenüber der Straßenbauverwaltung weder jetzt noch zukünftig aus dieser Planung Ansprüche auf aktiven und/oder passiven Lärmschutz oder ggfls. erforderlich werdende Maßnahmen bzgl. der Schadstoffausbreitung geltend gemacht werden können. Im Allgemeinen sind im Genehmigungsverfahren der Straßenbauverwaltung erforderlich werdende externe Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen mitzuteilen, um Planungskollisionen auszuschließen.	Der im Parallelverfahren aufzustellende Bebauungsplan Nr. 435 „Im Hühnerfelde“, Erkelenz-Hetzerath schlägt die Aufteilung der Grundstücke mit 25 (Ein- und Zweifamilienhäuser) vor. Mit einer Verschlechterung der Leistungsfähigkeit des Verkehrsablaufes im umliegenden Straßennetz ist durch das geplante Baugebiet nicht zu rechnen.	Kenntnisnahme
10	Landwirtschaftskammer NRW: Kreisstellen Heinsberg, Viersen Mail vom 01.07.2024		
	Aufgrund der Größe und Lage der landwirtschaftlichen Fläche werden Bedenken gegen die Inanspruchnahme für Bebauung zurückgestellt.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
11	Kreis Heinsberg, Valkenburger Str. 45, 52525 Heinsberg Mail vom 03.07.2024		
	nachfolgend erhalten Sie die Gesamtstellungnahme des Kreises Heinsberg zur 46. Änderung des Flächennut-	Das von der Unteren Immissionsschutzbehörde genannte	Kenntnisnahme

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 46. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Wohnbauflächen Im Hühnerfelde), Erkelenz-Hetzerath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	zungsplanes "Wohnbauflächen Im Hühnerfelde", Erkelenz-Hetzerath. Seitens des Gesundheitsamtes, der unteren Bodenschutzbehörde, der unteren Naturschutzbehörde sowie der unteren Wasserbehörde werden keine Bedenken geäußert. Die untere Immissionsschutzbehörde nimmt wie folgt Stellung: Aus immissionsschutzrechtlicher Sicht bestehen gegen die o.g. Planungen erhebliche Bedenken. Gemäß der Begründung zum Bebauungsplan Nr. 435 "Im Hühnerfelde" in Erkelenz-Hetzerath (Az.: 61 26 06) wird ausgeführt, dass im Plangebiet Allgemeine Wohngebiete (WA1 und WA2, Seite 10) ausgewiesen werden sollen. Im Zuge des Bauleitplanverfahrens des Bebauungsplanes Nr. 0600.1 "Im Peschfeld/ Am Kammerbusch", Erkelenz-Hetzerath (Rechtskraft 05.10.2018) wurde ein Geruchsgutachten (Nr. 00002828, Dipl.-Ing. M. Langguth, Sachverständigenbüro für Schall und Geruch) zur Betrachtung geruchlicher Immissionen erstellt. Demnach befinden sich Teile des o.g. Plangebietes im Einzugsbereich der landwirtschaftlichen Betriebe und weisen umweltschädliche Geruchsimmissionen auf. Für die im Umfeld bereits errichteten und in Planung befindlichen Windenergieanlagen ist im späteren Bebauungsplanverfahren nachzuweisen, dass keine schädlichen Umwelteinwirkungen auf das o.g. Plangebiet einwirken. Aus immissionsschutzrechtlicher Sicht können meine Bedenken gegen die o.g. Planungen ausgeräumt werden, wenn im Plangebiet keine schädlichen Umwelteinwirkungen mehr auftreten.	Gutachten (Nr. 00002828, Dipl.-Ing. M. Langguth, Sachverständigenbüro für Schall und Geruch) zeigt, dass das Plangebiet sowohl der 46. Änderung des Flächennutzungsplanes als auch des Bebauungsplanes Nr. 435 „Im Hühnerfelde, Erkelenz-Hetzerath deutlich außerhalb der Bereiche mit schädlichen Immissionswerten liegen. Die Untere Immissionschutzbehörde des Kreises Heinsberg teilte der Stadt Erkelenz mit Email vom 02.08.2024 mit, dass die geltenden Immissionswerte der TA Lärm an den maßgeblichen Immissionsorten des geplanten Baugebietes „Im Hühnerfelde“ eingehalten werden. Das geplante Baugebiet wurde durch die Antragsteller der geplanten Windkraftanlagen nördlich der Ortslage Hetzerath in der Schallimmissionsprognose mitberücksichtigt.	
12	Deutsche Glasfaser Holding GmbH Büro Borken, Am Kuhm 31, 46325 Borken Mail vom 05.07.2024		
	Im angefragtem Bereich: Am Kammerbusch 62, Germany Erkelenz befinden sich Anlagen der Deutschen Glasfaser Netz Operating GmbH. Beiliegend erhalten Sie die Bestands- und Übersichtspläne.	Die Stellungnahme der Deutschen Glasfaser wurde zur weiteren Berücksichtigung an das Tiefbauamt der Stadt Erkelenz weitergeleitet.	Kenntnisnahme
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit Schreiben vom 30.09.2024 gemäß § 4 Abs. 2 BauGB			
1	Straßen NRW Regionalniederlassung Niederrhein. Breitenbachstr. 90, 41065 Mönchengladbach Email vom 30.09.2024		
	Die Belange der vom Landesbetrieb Straßenbau betreuten Straßen, werden vom oben genannten Vorhaben nicht berührt. Es bestehen daher grundsätzlich keine Bedenken. Ich weise jedoch darauf hin, dass gegenüber dem Landesbetrieb Straßenbau, weder jetzt noch in Zukunft aus	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 46. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Wohnbauflächen Im Hühnerfelde), Erkelenz-Hetzerath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	dieser Planung Ansprüche auf aktiven und/oder passiven Lärmschutz oder ggfls. erforderlich werdende Maßnahmen bzgl. der Schadstoffausbreitung geltend gemacht werden können. Außerdem wird auf das Problem der Schallreflektion hingewiesen.		
2	Deutsche Glasfaser Holding GmbH Büro Borken, Am Kuhm 31, 46325 Borken Email vom 07.10.2024		
	im angefragtem Bereich: An den Weiden 6, 41812 Heinsberg befinden sich Anlagen der Deutschen Glasfaser Netz Operating GmbH. Beiliegend erhalten Sie die Bestands- und Übersichtspläne.	Die Stellungnahme der Deutschen Glasfaser wurde zur weiteren Berücksichtigung an das Tiefbauamt der Stadt Erkelenz weitergeleitet.	Kenntnisnahme
3	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Fontainengraben 200, 53123 Bonn, Email vom 09.10.2024		
	gegen die im Betreff genannte(n) Maßnahme(n) hat die Bundeswehr folgende Bedenken, Einwände bzw. Anmerkungen. Die von Ihnen beabsichtigte(n) Maßnahme(n) befindet / befinden sich - im Zuständigkeitsbereich des Flugplatze s Geilenkirchen Ich weise darauf hin, dass sich Ihr Plangebiet im Bereich militärischen Luftverkehrs befindet. Hier ist mit Lärm-/und Abgasimmissionen zu rechnen. Ferner weise ich darauf hin, dass spätere Ersatzansprüche gegen die Bundeswehr nicht anerkannt werden können.	Es wurde ein Hinweis in die Begründung des im Parallelverfahren aufzustellenden Bebauungsplanes Nr. 435 „Im Hühnerfelde“, Erkelenz-Hetzerath aufgenommen, dass sich das Plangebiet im Bereich eines militärischen Fluggebietes befindet und mit Lärm- und Abgasimmissionen zu rechnen ist. Spätere Ersatzansprüche gegen die Bundeswehr können nicht anerkannt werden.	Kenntnisnahme
4	Westnetz GmbH Regionalzentrum Neuss, Collingstraße 2, 41460 Neuss EMail vom 09.10.2024		
	Gegen das genannte Vorhaben bestehen keine Einwände, da unsere Belange hierdurch nicht berührt werden.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
5	NEW Netz GmbH, Nikolaus-Becker-Straße 28-34, 52511 Geilenkirchen EMail vom 10.10.2024		
	Wir haben Ihre Anfrage geprüft und teilen Ihnen mit, dass gegen diese keine Bedenken vorliegen.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
6	Deutsche Telekom Technik GmbH: West PTI 24 EMail vom 14.10.2024		
	Gegen die Planung haben wir keine Bedenken.	Keine Abwägung erforderlich.	
7	Die Autobahn GmbH des Bundes: Niederlassung Rheinland, Willy-Brandt-Platz 2, 47805 Krefeld EMail vom 15.10.2024		

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 46. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Wohnbauflächen Im Hühnerfelde), Erkelenz-Hetzerath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	Seitens der Autobahn GmbH des Bundes, Niederlassung Rheinland ist mit Schreiben vom 28.06.2024 eine Stellungnahme zu vorbezeichneter Flächennutzungsplanung abgegeben worden. Die darin gegebenen Anregungen, Hinweise und Bedingungen sind auch im Rahmen des vorliegenden Verfahrensschrittes und zukünftiger Bauleitplanungen weiter zu beachten.	s. laufende Nr. 9 Beteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB Der im Parallelverfahren aufzustellende Bebauungsplan Nr. 435 „Im Hühnerfelde“, Erkelenz-Hetzerath schlägt die Aufteilung der Grundstücke mit 25 (Ein- und Zweifamilienhäuser) vor. Mit einer Verschlechterung der Leistungsfähigkeit des Verkehrsablaufes im umliegenden Straßennetz ist durch das geplante Baugebiet nicht zu rechnen.	Kenntnisnahme
8	Erftverband, Am Erftverband 6, 50126 Bergheim Email vom 16.10.2024		
	Aus wasserwirtschaftlicher Sicht seitens des Erftverbandes bestehen gegen die v. g. Planung keine Bedenken.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
9	Landwirtschaftskammer NRW: Kreisstellen Heinsberg, Viersen Mail vom 18.10.2024		
	Wir verweisen auf unsere Stellungnahme vom 01.07.2024. Neue Aspekte für landwirtschaftliche Belange sind in den aktuellen Unterlagen nicht erkennbar.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
10	Wasserverband Eifel-Rur, Postfach 10 25 64, 52325 Düren Mail vom 21.10.2024		
	Seitens des Wasserverbandes Eifel – Rur bestehen keine Bedenken gegen das Vorhaben.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
11	West Verkehr GmbH, Geilenkirchener Kreisbahn 1, 52511 Geilenkirchen Email vom 22.10.2024		
	für die Zusendung der Planentwürfe (46. Änderung des Flächennutzungsplanes (Wohnbauflächen Im Hühnerfelde)) bedanken wir uns. Als öffentliches Verkehrsunternehmen teilen wir Ihnen nach Prüfung der uns zur Verfügung gestellten Unterlagen mit, dass wir im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange keine Anregungen oder Bedenken vorzubringen haben.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
12	Kreis Heinsberg, Valkenburger Str. 45, 52525 Heinsberg Email vom 23.10.2024		
	Seitens des Kreises Heinsberg bestehen zur 46. Änderung des Flächennutzungsplans "Wohnbauflächen Im Hühnerfelde", Erkelenz-Hetzerath, keine Bedenken.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
13	LVR-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland, Endenicher Str. 133, 53115 Bonn Email vom 28.10.2024		

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 46. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Wohnbauflächen Im Hühnerfelde), Erkelenz-Hetzerath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	Konkrete Hinweise auf die Existenz von Bodendenkmälern liegen für das Plangebiet derzeit nicht vor. Bedenken bestehen deshalb aus bodendenkmalpflegerischer Sicht nicht. Auf § 16 Denkmalschutzgesetz NRW wird in diesem Zusammenhang verwiesen. Beim Auftreten archäologischer Bodenfunde und Befunde ist die Gemeinde als Untere Denkmalbehörde oder das LVR-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland, **Außenstelle Nideggen, Zehnthofstraße 45, 52385 Nideggen, Telefon 02425/9039-0, Fax 02425/9917-160**, unverzüglich zu informieren. Zur Anzeige verpflichtet sind auch der/die Eigentümer*in, die Person, die das Grundstück besitzt, der/die Unternehmer*in und der/die Leiter*in der Arbeiten. Bodendenkmal und Entdeckungsstätte sind bis zum Ablauf von einer Woche nach der Anzeige unverändert zu belassen (§ 16 DSchG NRW). Es wird empfohlen, einen entsprechenden Hinweis in die Satzung aufzunehmen.	Der Hinweis wurde bereits in die Begründung Teil 1 aufgenommen.	Kenntnisnahme
14	EBV GmbH, Myhler Straße 83, 41836 Hückelhoven Mail vom 30.10.2024		
	Zur Änderung des o.g. Flächennutzungsplanes werden unsererseits keine Bedenken erhoben. Eine Kennzeichnung nach §5 (3) 2. BauGB ist nicht erforderlich. Ferner weisen wir auf unser Schreiben vom 12.06.2024.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
15	Vodafone West GmbH, Ferdinand-Braun-Platz 1, 40549 Düsseldorf		
	Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone-Gesellschaft(en) gegen die von Ihnen geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend macht. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist in dem angefragten Planbereich derzeit nicht geplant.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme

Übersicht über den Geltungsbereich der 46. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Wohnbauflächen Im Hühnerfelde), Erkelenz-Hetzerath



Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 61/720/2024 Status: öffentlich AZ:
Federführend: Planungsamt	Datum: 28.10.2024 Verfasser: Amt 61 Jürgen Schöbel

Bebauungsplan Nr. 435 "Im Hühnerfelde", Erkelenz-Hetzerath

hier: Beschluss über die vorgetragenen Stellungnahmen während der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB sowie Beschluss zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
03.12.2024	Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung
05.12.2024	Haupt- und Finanzausschuss
11.12.2024	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung der Stadt Erkelenz hat in seiner Sitzung am 20.02.2024 beschlossen, den Bebauungsplan Nr. 435 „Im Hühnerfelde“, Erkelenz-Hetzerath, aufzustellen, und die Verwaltung beauftragt, einen Entwurf zu erarbeiten. In der Sitzung wurde ferner beschlossen zu dem Entwurf des Bauleitplanes die Öffentlichkeit frühzeitig gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange frühzeitig gemäß § 4 Abs. 1 BauGB zu beteiligen.
Ziel der Planung ist die Entwicklung eines Wohngebietes mit ca. 25 Baugrundstücken, auf welchen Einzel-, Doppel- und Reihenhäuser mit maximal 2 Wohneinheiten entwickelt werden sollen, entsprechend einer behutsamen Erweiterung des nördlichen Ortsrandes von Hetzerath. Im Bebauungsplan sind dazu Allgemeine Wohngebiete (WA 1und 2) festzusetzen. Die Erschließung des Plangebietes erfolgt mit einer Anbindung an Am Kammerbusch.
Der Geltungsbereich befindet sich nördlich der Straße Am Kammerbusch und westlich der Verlängerung der Houverather Straße; der Bereich umfasst ca. 1,8 ha. Der Geltungsbereich geht aus der Anlage hervor. Der Aufstellungsbeschluss wurde im Amtsblatt der Stadt Erkelenz Nr. 9/2024 vom 31.05.2024 bekannt gemacht.

1. Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB

Die öffentliche Bekanntmachung des Termins der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB wurde mit Amtsblatt Nr. 9/2024 vom 31.05.2024 bekannt gemacht.
Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wurde vom 03.06.2024 bis einschließlich 16.06.2024 in der Stadtverwaltung Erkelenz sowie über das Internet durchgeführt. Seitens der Öffentlichkeit wurden während des Beteiligungsverfahrens keine Stellungnahme vorgetragen.

2. Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB

Das Beteiligungsverfahren gemäß § 4 Abs. 1 BauGB wurde mit Schreiben vom 03.06.2024 an die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, eingeleitet.
Seitens der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden während des Beteiligungsverfahrens abwägungsrelevante Stellungnahmen vorgetragen, die in der Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Abwägung und Beschlussfassung aufgelistet sind.

3. Beteiligung des Bezirksausschusses

Der Bezirksausschuss Granterath/Hetzerath wurde mit Schreiben vom 31.05.2024 beteiligt.

In dieser Sitzung soll über die während der frühzeitigen Beteiligung gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB vorgetragenen Stellungnahmen gemäß § 1 Abs. 7 BauGB entschieden und der Beschluss zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB gefasst und die Behördenbeteiligung gem. § 4 Abs. 2 BauGB eingeleitet werden.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an Haupt- und Finanzausschuss und Rat):

„1. Über die während der frühzeitigen Beteiligung gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB von der Öffentlichkeit und den Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange vorgetragenen Stellungnahmen zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 435 „Im Hühnerfelde“, Erkelenz-Hetzerath, wird nach Abwägung aller erkennbaren öffentlichen und privaten Belangen, wie in der als Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange – zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 435 „Im Hühnerfelde“, Erkelenz-Hetzerath, beigefügten Abwägungstabelle vorgeschlagen, entschieden. Die Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - ist Bestandteil dieses Beschlusses.

2. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 435 „Im Hühnerfelde“, Erkelenz-Hetzerath, ist unter Berücksichtigung dieser Beschlüsse auf die Dauer eines Monats gemäß § 3 Abs. 2 BauGB im Internet zu veröffentlichen und im Rathaus auszulegen; die Behörden sind gemäß § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen.“

Klima-Check:

Trägt der Beschlussentwurf zum Klimaschutz oder zur Klimafolgenanpassung bei?

Ja X Nein ☐

Bauleitpläne in Form von Flächennutzungsplänen als vorbereitender und Bebauungsplänen als verbindliche Bauleitplanung haben indirekt Auswirkungen auf Klimaschutz und Klimafolgenanpassung.
Während aus Flächennutzungsplänen keine Baurechte abgeleitet werden können, schaffen Bebauungspläne die Grundlage für (neue) Bebauungen aber auch Entwicklung von Grünflächen oder den Bau von Verkehrsflächen.
Im Baugesetzbuch sind die Belange Klimaschutz und Klimaanpassung seit 2013 als Teil eines stetig größer werdenden Katalogs an Belangen und Themen in § 1 Abs. 5 aufgenommen worden.
Mit geringen Ausnahmen ist bei jeder Aufstellung eines Bauleitplanes eine Umweltprüfung und ein Umweltbericht zu erstellen. Hier sind die genannten Aspekte enthalten.
Regelmäßig sind Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen erforderlich durch welche auch Maßnahmen zum Klimaschutz und Klimafolgenanpassung erfolgen.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Kosten der Bauleitplanung werden durch einen städtebaulichen Vertrag zwischen der Stadt Erkelenz und der Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz GmbH & Co. KG (GEE) sichergestellt.

Anlagen:

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 435 „Im Hühnerfelde“, Erkelenz-Hetzerath

Anlage - Übersicht über den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 435 „Im Hühnerfelde“, Erkelenz-Hetzerath

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 435 „Im Hühnerfelde“, Erkelenz-Hetzerath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
Stellungnahmen der Öffentlichkeit während der frühzeitigen Beteiligung vom 03.06.2024 bis 16.06.2024 gemäß § 3 Abs. 1 BauGB			
1	Öffentlichkeit		
	Es liegen keine Stellungnahmen vor.		
Stellungnahmen der Öffentlichkeit während der Veröffentlichungsfrist vom xy.xy. bis xy.xy.xyxy gemäß § 3 Abs. 2 BauGB			
1			
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit Schreiben vom 03.06.2024 gemäß § 4 Abs. 1 BauGB			
1	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Fontainengraben 200, 53123 Bonn, Email vom 03.06.2024		
	vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage werden Verteidigungsbelange nicht beeinträchtigt. Es bestehen daher zum angegebenen Vorhaben seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände. Ich weise darauf hin, dass sich Ihr Plangebiet im Bereich eines militärischen Fluggebietes befindet. Hier ist mit Lärm- /und Abgasimmissionen zu rechnen. Ferner weise ich darauf hin, dass spätere Ersatzansprüche gegen die Bundeswehr nicht anerkannt werden können	Es wird ein Hinweis in die Begründung des Bebauungsplanes Nr. 435 „Im Hühnerfelde“, Erkelenz-Hetzerath aufgenommen, dass sich das Plangebiet im Bereich eines militärischen Fluggebietes befindet und mit Lärm- und Abgasimmissionen zu rechnen ist. Spätere Ersatzansprüche gegen die Bundeswehr können nicht anerkannt werden.	
2	Straßen NRW Regionalniederlassung Niederrhein. Breitenbachstr. 90, 41065 Mönchengladbach Mail vom 03.06.2024		
	die Belange der vom Landesbetrieb Straßenbau betreuten Straßen, werden vom oben genannten Vorhaben nicht berührt. Es bestehen daher grundsätzlich keine Bedenken. Ich weise jedoch darauf hin, dass gegenüber dem Landesbetrieb Straßenbau, weder jetzt noch in Zukunft aus dieser Planung Ansprüche auf aktiven und/oder passiven Lärmschutz oder ggfls. erforderlich werdende Maßnahmen bzgl. der Schadstoffausbreitung geltend gemacht werden können. Außerdem wird auf das Problem der Schallreflektion hingewiesen.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
3	Bezirksregierung Arnsberg, Abteilung 6 Bergbau und Energie in NRW Mail vom 05.06.2024		
	zu den bergbaulichen Verhältnissen erhalten Sie folgende Hinweise: Das o.g. Plangebiet liegt über dem auf Steinkohle verliehenen Bergwerksfeld „Sophia Jacoba A“ im Eigentum	Es wird ein Hinweis in die Begründung des Bebauungsplanes Nr. 435 „Im Hühnerfelde“, Erkelenz-Hetzerath aufge-	Es wird ein Hinweis zum früheren Einwirkungsbereich des Steinkohlenbergbaus

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 435 „Im Hühnerfelde“, Erkelenz-Hetzerath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	der Vivawest GmbH, Nordsternplatz 1 in 45899 Gelsenkirchen und über dem auf Braunkohle verliehenen Bergwerksfeld „Union 223“ im Eigentum der RV Rheinbraun Handel und Dienstleistungen GmbH, hier vertreten durch die RWE Power Aktiengesellschaft, RWE-Platz 2 in 45141 Essen. Der Planbereich befindet sich in einem früheren Einwirkungsbereich des Steinkohlenbergbaus, in dem nach derzeitigem Kenntnisstand durch einen Anstieg des Grubenwassers Hebungen an der Tagesoberfläche zu erwarten sind. Diese Bodenbewegungen können, insbesondere bei bestimmten geologischen Situationen wie Unstetigkeiten, zu Schäden an der Tagesoberfläche führen. Dies sollte bei Planungen und Vorhaben berücksichtigt werden. Inwieweit der vorliegende Planbereich hiervon betroffen ist, kann von hier aus nicht beurteilt werden. Ich empfehle Ihnen, hierzu eine entsprechende Auskunft bei der EBV GmbH, Myhler Straße 83 in 41836 Hückelhoven einzuholen. Außerdem ist der Planungsbereich nach den hier vorliegenden Unterlagen (Differenzenpläne mit Stand: 01.10.2018 aus dem Revierbericht, Bericht 1, Auswirkungen der Grundwasserabsenkung, des Sammelbescheides - Az.: 61.42.63 - 2000-1 -) von durch Sümpfungsmaßnahmen des Braunkohlenbergbaus bedingten Grundwasserabsenkungen betroffen. Für die Stellungnahme wurden folgende Grundwasserleiter (nach Einteilung von Schneider & Thiele, 1965) betrachtet: Oberes Stockwerk, 9B, 8, 7, 6D, 6B, 2 - 5, 09, 07 Kölner Scholle, 05 Kölner Scholle. Folgendes sollte berücksichtigt werden: Die Grundwasserabsenkungen werden, bedingt durch den fortschreiten den Betrieb der Braunkohlentagebaue, noch über einen längeren Zeitraum wirksam bleiben. Eine Zunahme der Beeinflussung der Grundwasserstände im Planungsgebiet in den nächsten Jahren ist nach heutigem Kenntnisstand nicht auszuschließen. Ferner ist nach Beendigung der bergbaulichen Sümpfungsmaßnahmen ein Grundwasserwiederanstieg zu erwarten. Sowohl im Zuge der Grundwasserabsenkung für den Braunkohletagebau als auch bei einem späteren Grundwasserwiederanstieg sind hierdurch bedingte Bodenbewegungen möglich. Diese können bei bestimmten geologischen Situationen zu Schäden an der Tagesoberfläche führen. Die Änderungen der Grundwasserflurabstände sowie die Möglichkeit von Bodenbewegungen sollten bei Planungen und Vorhaben Berücksichtigung finden. Ich empfehle Ihnen diesbezüglich, zu zukünftigen Planungen, sowie zu Anpassungs- und Sicherungsmaßnahmen eine Anfrage an die RWE Power Aktiengesellschaft, RWE-Platz 2 in 45141 Essen, sowie für konkrete Grundwasserdaten an den Erftverband, Am Erftverband 6 in 50126 Bergheim, zu stellen. Ein Entsprechender Hinweis auf die bestehende Grundwasserproblematik wurde bereits in der Begründung unter „8.3 Grundwasser, Bergbau, Wasserschutzzone“ aufgenommen.	nommen, dass sich das Plangebiet in einem früheren Einwirkungsbereich des Steinkohlenbergbaus befindet. Die EBV, RWE Power sowie der Erftverband wurden im Bauleitplanverfahren bereits um Stellungnahme gebeten. Anregungen und Bedenken wurden nicht vorgebracht (Stellungnahme EBV s. Nr. 8 der Abwägungstabelle).	in der Begründung Teil 1 ergänzt.
4	NEW Netz GmbH, Nikolaus-Becker-Straße 28-34, 52511 Geilenkirchen Mail vom 10.06.2024		
	Wir haben Ihre Anfrage geprüft und teilen Ihnen mit, dass gegen diese keine Bedenken vorliegen.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
5	Westnetz GmbH Regionalzentrum Neuss, Collingstraße 2, 41460 Neuss Mail vom 05.06.2024		
	Gegen das genannte Vorhaben bestehen keine Einwände, da unsere Belange hierdurch nicht berührt werden.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 435 „Im Hühnerfelde“, Erkelenz-Hetzerath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
6	Wasserverband Eifel-Rur, Postfach 10 25 64, 52325 Düren Mail vom 12.06.2024		
	Seitens des Wasserverbandes Eifel – Rur bestehen keine Bedenken gegen das Vorhaben.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
7	Deutsche Telekom Technik GmbH: West PTI 24 Mail vom 18.06.2024		
	Gegen die Planung haben wir keine Bedenken. Für den rechtzeitigen Ausbau des Telekommunikationsnetzes der Telekom sowie die Koordinierung mit dem Straßenbau und den Baumaßnahmen der anderen Leitungsträger ist es notwendig, dass uns Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen im Plangebiet so früh wie möglich, mindestens drei Monate vor Baubeginn, schriftlich angezeigt werden.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnisnahme an das Tiefbauamt der Stadt Erkelenz weitergeleitet.	Kenntnisnahme
8	EBV GmbH, Myhler Straße 83, 41836 Hückelhoven Mail vom 18.06.2024		
	Zu den o.a. Änderungen des Flächennutzungsplanes sowie des Bebauungsplanes werden unsererseits keine Bedenken erhoben. Eine Kennzeichnung nach § 9 (5) 2. BauGB sowie § 5 (3) 2. BauGB halten wir für nicht erforderlich.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
9	Landwirtschaftskammer NRW: Kreisstellen Heinsberg, Viersen Mail vom 01.07.2024		
	Zur generellen Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen für die Bebauung haben wir im FNP-Verfahren Stellung genommen. Es wird begrüßt, dass der Kompensationsbedarf vollständig intern gedeckt und gleichzeitig eine Pufferzone zwischen Bebauung und Wirtschaftsweg bzw. landwirtschaftlich genutzten Flächen geschaffen wird.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
10	Die Autobahn GmbH des Bundes: Niederlassung Rheinland, Willy-Brandt-Platz 2, 47805 Krefeld Mail vom 02.07.2024		
	Die Niederlassung Rheinland der Autobahn GmbH des Bundes ist für den Betrieb und die Unterhaltung der nördlich des Plangebietes in einer Entfernung von ca. 830 m verlaufenden Autobahn 46, Abschnitt 4 zuständig. Im Zusammenhang mit dem Bauleitplanverfahren dürfen durch die künftig geplanten Entwicklungen im Stadtgebiet keine Verschlechterungen der Leistungsfähigkeit oder der Qualitätsstufen des Verkehrsablaufs im umliegenden klassifizierten Straßennetz ausgelöst werden. Es wird darauf hingewiesen, dass gegenüber der Straßenbauverwaltung weder jetzt noch zukünftig aus dieser Planung Ansprüche auf aktiven und/oder passiven Lärmschutz oder ggfls. erforderlich werdende Maßnahmen bzgl. der Schadstoffausbreitung geltend gemacht werden können. Im Allgemeinen sind im Genehmigungsverfahren der Straßenbauverwaltung erforderlich werdende externe Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen mitzuteilen, um Planungskollisionen auszuschließen.	Der Bebauungsplan Nr. 435 „Im Hühnerfelde“, Erkelenz-Hetzerath schlägt die Aufteilung der Grundstücke mit 25 (Ein- und Zweifamilienhäuser) vor. Mit einer Verschlechterung der Leistungsfähigkeit des Verkehrsablaufes im umliegenden Straßennetz ist durch das geplante Baugebiet nicht zu rechnen.	Kenntnisnahme

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 435 „Im Hühnerfelde“, Erkelenz-Hetzerath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
11	Kreis Heinsberg, Valkenburger Str. 45, 52525 Heinsberg Mail vom 03.07.2024		
	nachfolgend erhalten Sie die Gesamtstellungnahme des Kreises Heinsberg zum Bebauungsplan Nr. 435 „Im Hühnerfelde“, Erkelenz-Hetzerath. Seitens des Gesundheitsamtes, der unteren Bodenschutzbehörde sowie der unteren Wasserbehörde werden keine Bedenken geäußert. Die untere Immissionsschutzbehörde sowie die untere Naturschutzbehörde nehmen wie folgt Stellung: Untere Immissionsschutzbehörde: Aus immissionsschutzrechtlicher Sicht bestehen gegen die o.g. Planungen erhebliche Bedenken. Gemäß der Begründung zum Bebauungsplan Nr. 435 „Im Hühnerfelde“ in Erkelenz-Hetzerath (Az.: 61 26 06) wird ausgeführt, dass im Plangebiet Allgemeine Wohngebiete (WA1 und WA2, Seite 10) ausgewiesen werden sollen. Im Zuge des Bauleitplanverfahrens des Bebauungsplanes Nr. 0600.1 „Im Peschfeld/ Am Kammerbusch“, Erkelenz-Hetzerath (Rechtskraft 05.10.2018) wurde ein Geruchsgutachten (Nr. 00002828, Dipl.-Ing. M. Langguth, Sachverständigenbüro für Schall und Geruch) zur Betrachtung geruchlicher Immissionen erstellt. Demnach befinden sich Teile des o.g. Plangebietes im Einzugsbereich der landwirtschaftlichen Betriebe und weisen umweltschädliche Geruchsimmissionen auf. Für die im Umfeld bereits errichteten und in Planung befindlichen Windenergieanlagen ist im späteren Bebauungsplanverfahren nachzuweisen, dass keine schädlichen Umwelteinwirkungen auf das o.g. Plangebiet einwirken. Des Weiteren ist der nachfolgende Hinweis in den Bebauungsplan mit aufzunehmen: „Die Errichtung und der Betrieb von Klima-, Kühl- und Lüftungsanlagen, Luft- und Wärmepumpen sowie Blockheizkraftwerken hat unter Beachtung des ‚Leitfaden für die Verbesserung des Schutzes gegen Lärm bei stationären Geräten‘ der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz - LAI (www.lai-immissionsschutz.de) zu erfolgen.“ Aus immissionsschutzrechtlicher Sicht können die Bedenken gegen die o.g. Planungen ausgeräumt werden, wenn im Plangebiet keine schädlichen Umwelteinwirkungen mehr auftreten. Untere Naturschutzbehörde: Gegen die Planung bestehen aus Sicht der unteren Naturschutzbehörde keine grundsätzlichen Bedenken. Die Flächen befinden sich außerhalb von besonders geschützten Teilen von Natur und Landschaft.	Die Stellungnahmen des Gesundheitsamtes, der Unteren Bodenschutzbehörde und der Unteren Wasserbehörde werden zur Kenntnis genommen. <u>Zur Stellungnahme der Untere Immissionsschutzbehörde:</u> Das von der Unteren Immissionsschutzbehörde genannte Gutachten (Nr. 00002828, Dipl.-Ing. M. Langguth, Sachverständigenbüro für Schall und Geruch) zeigt, dass das Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 435 „Im Hühnerfelde, Erkelenz-Hetzerath deutlich außerhalb der Bereiche mit schädlichen Immissionswerten liegt. Bezogen auf die Thematik der schädlichen Umwelteinwirkungen verursacht durch Windenergieanlagen teilte die Untere Immissionsschutzbehörde des Kreises Heinsberg der Stadt Erkelenz mit Email vom 02.08.2024 mit, dass die geltenden Immissionswerte der TA Lärm an den maßgeblichen Immissionsorten des geplanten Baugebietes „Im Hühnerfelde“ eingehalten werden. Das geplante Baugebiet wurde durch die Antragsteller der geplanten Windkraftanlagen nördlich der Ortslage Hetzerath in der Schallimmissionsprognose mitberücksichtigt. Der Hinweis zur Errichtung und Betrieb von Klima-, Kühl- und Lüftungsanlagen, Luft- und Wärmepumpen sowie Blockheizkraftwerken ist bereits als Hinweis auf der Planzeichnung des Bebauungsplanes aufgenommen. <u>Zur Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde:</u> Folgender Hinweis ist auf der Planzeichnung des Bebauungsplanes Nr. 435 „Auf dem Hühnerfelde“, Erkelenz-Hetzerath aufgenommen:	Kenntnisnahme

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 435 „Im Hühnerfelde“, Erkelenz-Hetzerath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	Die grünordnerischen Festsetzungen werden grundsätzlich begrüßt. In diesem Zusammenhang ist die ordnungsgemäße Umsetzung und Pflege der Pflanzmaßnahmen durch die Stadt unerlässlich, da ansonsten die vollständige Kompensation des Eingriffs innerhalb des Plangebietes nicht gewährleistet ist. Darüber hinaus sollten die Vorgaben zur Gestaltung der (Vor-)Gartenflächen dahingehend konkretisiert werden, dass sämtliche Flächen mit Ausnahme der notwendigen Zuwegungen und Stellflächen konsequent zu bepflanzen bzw. zu begrünen sind. Die artenschutzrechtlichen Maßnahmen sind gem. dem Gutachten des Büros Haese mit Stand April 2024 zu beachten und umzusetzen. Brandschutzdienststelle: Gegen die Planungen bestehen seitens der Brandschutzdienststelle keine Bedenken, wenn folgende Punkte beachtet werden. Es wird darauf hingewiesen, dass folgende Anforderungen zu erfüllen sind: 1. Öffentliche Verkehrsfläche Gebäude dürfen nur errichtet werden, wenn gesichert ist, dass ab Beginn ihrer Nutzung das Grundstück in für die Zufahrt und den Einsatz von Feuerlösch- und Rettungsgeräten angemessener Breite an einer befahrbaren öffentlichen Verkehrsfläche liegt oder wenn das Grundstück eine befahrbare, öffentlich-rechtlich gesicherte Zufahrt zu einer befahrbaren öffentlichen Verkehrsfläche hat und die erforderlichen Anlagen zur Versorgung mit Löschwasser vorhanden und benutzbar sind. Wohnwege, an denen nur Gebäude der Gebäudeklassen 1 bis 3 zulässig sind, brauchen nur befahrbar zu sein, wenn sie länger als 50 m sind (§4BauONRW). Bei Gebäude der Klasse 4 + 5 sind entsprechend Feuerwehraufstellflächen bzw. zusätzliche Feuerwehrbewegungsflächen einzuplanen (Musterrichtlinie für Flächen für die Feuerwehr). 2. Löschwasserversorgung Die nachfolgenden Anforderungen an die Löschwasserversorgung seitens der Feuerwehren setzen im Allgemeinen voraus, dass Hydranten ausreichend zur Verfügung stehen. Bestehen Einschränkungen seitens der Trinkwasserversorgung werden auch andere Möglichkeiten, zum Beispiel unterirdische Löschwasserbehälter oder -brunnen, in Betracht gezogen. Weiterhin beziehen sich die Anforderungen nur auf den Grundschutz im Brandschutz für Wohngebiete, Gewerbegebiete, Mischgebiete und Industriegebiete ohne erhöhtes Sach- oder Personenrisiko. Das DVGW-Arbeitsblatt W 400-1:2015-02 äußert sich zu den Grundlagen der Löschwasserversorgung wie folgt: „Die Abstände von Hydranten müssen im Übrigen der Bebauung und Netzstruktur entsprechen. Für die Bereitstellung von Löschwasser ist DVGW W 405 (A) zu beachten. Die Abstände von Hydranten in Ortsnetzen, die auch der Löschwasserversorgung (Grundschutz) dienen, sind im Bedarfsfall abzustimmen.“ Seitens der Feuerwehren bestehen folgende Anforderungen: · Hydranten sind so anzuordnen, dass sie die Wasserentnahme leicht ermöglichen.	„Als Vorgärten gelten die Flächen zwischen der Straßenbegrenzungslinie und der der Straßenverkehrsfläche zugewandten Gebäudeaußenkante bzw. deren Verlängerung bis zur seitlichen Grundstücksgrenze. Bei Eckgrundstücken ist die Verkehrsfläche ausschlaggebend, von welcher die bauliche Anlage erschlossen wird. Die Vorgärten sind auf mindestens 30% ihrer Fläche wasseraufnahmefähig zu belassen oder herzustellen, zu begrünen, zu bepflanzen und so dauerhaft zu unterhalten. Großflächig mit Steinen, Kies, Schotter oder sonstigen vergleichbaren losen Materialschüttungen bedeckte Flächen, in welcher diese Materialien das hauptsächliche Gestaltungsmittel sind und Pflanzen nicht oder nur in geringer Zahl vorkommen (sog. "Schottergärten und-Schotterrasen") sowie Kunstrasenflächen, sind unzulässig.“ Weiterhin wird die mögliche zu versiegelnde Fläche über die Festsetzung der Grundflächenzahl begrenzt. Die Stadt Erkelenz ist bemüht, da wo es möglich ist, die Grundflächenzahl unterhalb der Orientierungswerte des § 17 BauNVO festzusetzen. Für den Bebauungsplan Nr. 435 „Auf dem Hühnerfelde“ betrifft dies das WA 1, für welches die Grundflächenzahl mit 0,35 festgesetzt wird. Das WA 1 hat einen Flächenanteil von 74% der festgesetzten allgemeinen Wohngebiete.	

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 435 „Im Hühnerfelde“, Erkelenz-Hetzerath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	· Die Löschwasserversorgung für den ersten Löschangriff zur Brandbekämpfung und zur Rettung von Personen muss in einer Entfernung von 75 m Lauflinie bis zum Zugang des Grundstücks von der öffentlichen Verkehrsfläche aus sichergestellt sein. · Entnahmestellen mit 400 l/min (24 m^3/h) sind vertretbar, wenn die gesamte Löschwassermenge des Grundschutzes in einem Umkreis (Radius) von 300 m aus maximal 2 Entnahmestellen sichergestellt werden kann. · Die Abstände von Hydranten auf Leitungen in Ortsnetzen, die auch der Löschwasserversorgung (Grundschutz) dienen, dürfen 150 m nicht übersteigen. Größere Abstände von Hydranten bedürfen der Kompensation durch andere geeignete Löschwasserentnahmestellen. · Der Löschwasserbedarf für den Grundschutz ist bei niedriger, in der Regel freistehender Bebauung (bis 3 Vollgeschosse) mit 800 l/min (48 m^3/h) und bei sonstiger Bebauung mit mindestens 1.600 l/min (96 m^3/h) und für eine Dauer von mindestens 2h zu bemessen. · Der insgesamt benötigte Löschwasserbedarf ist in einem Umkreis (Radius) von 300 m nachzuweisen. Diese Regelung gilt nicht über unüberwindbare Hindernisse hinweg. Das sind z. B. Bahntrassen, mehrspurige Schnellstraßen sowie große, langgestreckte Gebäudekomplexe, die die tatsächliche Laufstrecke zu den Löschwasserentnahmestellen unverhältnismäßig verlängern. · Bei der oben genannten Wasserentnahme aus Hydranten (Nennleistung) darf der Betriebsdruck 1,5 bar nicht unterschreiten. · Für Gewerbe- und Industriegebiete ergeben sich ggf. höhere Anforderungen aufgrund von anderen rechtlichen Vorgaben, z. B. Muster-Industriebau-Richtlinie. In den Vorlagen zum Bauantrag, z. B. Brandschutznachweis, sind der Löschwasserbedarf (in l/min) und der Löschwassernachweis für die erste Löschwasserentnahmestelle im 75 m Bereich (Lauflinie bis zum Grundstück) sowie für die gesamte Löschwassermenge in einem Umkreis (Radius) von 300 m darzustellen. Quelle: Information der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren und des Deutschen Feuerwehrverbandes in Abstimmung mit dem DVGW Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e. V. (2018-4) „Löschwasserversorgung aus Hydranten in öffentlichen Verkehrsflächen		

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 435 „Im Hühnerfelde“, Erkelenz-Hetzerath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag

Bauliche Nutzung nach § 17 der Baunutzungsverordnung	Kleinsiedlung (WS) Wochenendhausgebiete (SW)	reine Wohngebiete (WR) allgem. Wohngebiete (WA) besondere Wohngebiete (WB) Mischgebiete (MI) Dorfgebiete (MD) Gewerbegebiete (GE)		Kerngebiete (MK) Gewerbegebiete (GE)		Industriegebiete (GI)
Zahl der Vollgeschosse	≤ 2	≤ 3	> 3	1	> 1	-
Geschossflächenzahl (GFZ)	≤ 0,4	≤ 0,3 - 0,6	0,7 - 1,2	0,7 - 1,0	1,0 - 2,4	-
Baumassenzahl (BMZ)	-	-	-	-	-	≤ 9
Löschwasserbedarf bei unterschiedlicher Gefahr der Brandausbreitung	m³/h	m³/h		m³/h		m³/h
klein	24	48		96		96
mittel	48	96		96		192
groß	96	96		192		192

Sofern die obigen Anforderungen an die Löschwasserversorgung nicht hinreichend erfüllt werden können, müssen andere Möglichkeiten, z. B. durch unterirdische Löschwasserbehälter, -brunnen, -teiche bzw. bei zu großen Entfernungen weitere Hydranten erwogen werden. Die Abstimmung zur Ausführung und zur Kostenübernahme erfolgt im Bedarfsfall zwischen der Gemeinde und dem Wasserversorgungsunternehmen.

3. Zugänglichkeit der Grundstücke / Rettungswege

Die Bebauung der Grundstücke ist so vorzunehmen, dass der Einsatz von Feuerlöschund Rettungsgeräten ohne Schwierigkeiten möglich ist. Liegen Gebäude ganz oder in Teilen weiter als 50m von der öffentlichen Verkehrsfläche entfernt, ist eine Zufahrt für Fahrzeuge der Feuerwehr gemäß § 5 BauO NRW herzustellen. Die Zufahrt ist gemäß § 5 BauO NRW herzurichten. Die Ausführung muss der Muster-Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr (MRFIFw) inklusive der Aufstellund Bewegungsflächen entsprechen. Die Kurvenradien sind entsprechend zu beachten. Zu- und Durchfahrten sowie Aufstell- und Bewegungsflächen für die Feuerwehr sind so zu befestigen, dass sie von Feuerwehrfahrzeugen mit einer zulässigen Gesamtmasse von 16 t und einer Achslast von 10 t befahren werden können. Notwendige Fenster in Obergeschossen müssen im Lichten eine freie Öffnungsfläche von mindestens 0,9 m x 1,2 m besitzen und für die Feuerwehr erreichbar sein. Die Fenster sind zur öffentlichen Verkehrsfläche oder zu Feuerwehrbewegungsflächen hin auszurichten §§ 14 und 37 BauO NRW. An den als

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 435 „Im Hühnerfelde“, Erkelenz-Hetzerath

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	zweiter Rettungsweg ausgewiesenen Fenstern muss das Aufstellen von tragbaren Leitern der Feuerwehr jederzeit möglich sein. Dies ist insbesondere bei Bepflanzungen und Parkflächen zu beachten (§ 14 BauO NRW). Für evtl. Gebäude der Gebäudeklassen 4 und 5 wird eine Aufstellfläche für Hubrettungsfahrzeuge gem. VV zu § 5 BauO NRW benötigt, sofern diese Gebäude den zweiten Rettungsweg nicht auf andere Weise (zwei Treppenräume) sicherstellen. 4. Hinweis Viele Bauvorhaben werden zwischenzeitlich u. a. auch als „Generationenhaus/altersgerechtes oder seniorengerechtes Wohnen“ betitelt. In verschiedenen Nutzungseinheiten wird der zweite Rettungsweg dennoch über tragbare Leitern sichergestellt. Die Brandschutzdienststelle weist im Rahmen des demographischen Wandels auf folgendes hin: Der Personenkreis, der sich problemlos über diese Geräte retten lässt, wird im Laufe der nächsten Jahre eher kleiner werden. Das liegt zum einen an der immer älter werdenden Bevölkerung und zum anderen an der Zunahme pflegebedürftiger Menschen. Auf Grund dieser Tatsache bestehen mit Sicht auf solche Bauvorhaben Bedenken an die Auslegung des zweiten Rettungsweges speziell für diese Nutzungsform.		
12	Deutsche Glasfaser Holding GmbH Büro Borken, Am Kuhm 31, 46325 Borken Mail vom 05.07.2024		
	im angefragtem Bereich: Am Kammerbusch 62, Germany Erkelenz befinden sich Anlagen der Deutschen Glasfaser Netz Operating GmbH. Beiliegend erhalten Sie die Bestands- und Übersichtspläne.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnisnahme und weiteren Beachtung an das Tiefbauamt der Stadt Erkelenz weitergeleitet.	Kenntnisnahme
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit Schreiben vom xy.xy.xyxy gemäß § 4 Abs. 2 BauGB			
1			
2			

Übersicht über den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 435 "Im Hühnerfelde", Erkelenz-Hetzerath



ERKELENZ

Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 61/721/2024 Status: öffentlich AZ:
Federführend: Planungsamt	Datum: 13.11.2024 Verfasser: Amt 61 Thomas Balzhäuser

Bebauungsplan Nr. 433 "Johannnismarkt - Rathaus", Erkelenz-Mitte

hier: Beschluss über die vorgetragenen Stellungnahmen während der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 13a i.V.m. § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB sowie Beschluss zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 13a i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB und Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
03.12.2024	Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung
05.12.2024	Haupt- und Finanzausschuss
11.12.2024	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:

In seiner Sitzung am 13.06.2023 hat der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung die Aufstellung des Bebauungsplan Nr. 433 "Johannismarkt – Rathaus“, Erkelenz-Mitte, beschlossen. Ferner wurde beschlossen, das Verfahren im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB durchzuführen, einen Planentwurf zu erstellen sowie den Bezirksausschuss Erkelenz-Mitte zu beteiligen.

In dem vorliegenden Bebauungsplanverfahren sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Erweiterung des Rathauses der Stadt Erkelenz geschaffen werden. Der Geltungsbereich umfasst im Wesentlichen das Grundstück des Rathauses sowie die angrenzende Bebauung am Johannismarkt sowie der Schülergasse und ist etwa 0,46 Hektar groß. Der genaue Verlauf des Umrings kann der Anlage entnommen werden.

1. Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 13a i.V.m. § 3 Abs. 1 BauGB

Die öffentliche Bekanntmachung des Termins der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 13a i.V.m. § 3 Abs. 1 BauGB wurde mit Amtsblatt Nr. 16 vom 27.09.2024 bekannt gemacht. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wurde vom 14.10.2024 - 28.10.2024 in der Stadtverwaltung Erkelenz sowie über das Internet durchgeführt. Seitens der Öffentlichkeit wurden während des Beteiligungsverfahrens keine Stellungnahmen vorgetragen.

2. Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 13a i.V.m. § 4 Abs. 1 BauGB

Das Beteiligungsverfahren gemäß § 13a i.V.m. § 4 Abs. 1 BauGB wurde mit Schreiben vom 14.10.2024 an die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, eingeleitet. Seitens der Behörden und sonstigen Träger

öffentlicher Belange wurden während des Beteiligungsverfahrens abwägungsrelevante Stellungnahmen vorgetragen, die in der Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Abwägung und Beschlussfassung aufgelistet sind.

3. Beteiligung des Bezirksausschusses

Der Bezirksausschuss Erkelenz-Mitte wurde mit Schreiben vom 07.10.2024 zum Bebauungsplan Nr. 433"Johannismarkt-Rathaus" Erkelenz-Mitte beteiligt.

In dieser Sitzung soll über die während der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 13a i.V.m. §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB vorgetragenen Stellungnahmen gemäß § 1 Abs. 7 BauGB entschieden und der Beschluss zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 13a i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB gefasst und die Behördenbeteiligung gem. § 13a i.V.m. § 4 Abs. 2 BauGB eingeleitet werden.

Gemäß § 13a Abs. 3 BauGB wird darauf hingewiesen, dass im vereinfachten Verfahren von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB, von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche umweltbezogenen Informationen verfügbar sind, sowie von der zusammenfassenden Erklärung nach § 10 Abs. 4 BauGB, abgesehen wird. § 4c BauGB (Monitoring) ist nicht anzuwenden.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an Haupt- und Finanzausschuss und Rat):

„1. Über die während der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 13a i.V. m. § 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB von der Öffentlichkeit und den Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange vorgetragenen Stellungnahmen zum Entwurf des Bebauungsplan Nr. 433 " Johannismarkt – Rathaus“, Erkelenz-Mitte, wird nach Abwägung aller erkennbaren öffentlichen und privaten Belangen, wie in der als Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange – zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 433 „Johannismarkt-Rathaus“, Erkelenz-Mitte, beigefügten Abwägungstabelle vorgeschlagen, entschieden. Die Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - ist Bestandteil dieses Beschlusses.

2. Der Entwurf des Bebauungsplan Nr. 433 " Johannismarkt – Rathaus“, Erkelenz-Mitte, ist für die Dauer eines Monats gemäß § 13a i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB im Internet zu veröffentlichen und im Rathaus auszulegen. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 13a i.V.m. § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen.“

Klima-Check:

Trägt der Beschlussentwurf zum Klimaschutz oder zur Klimafolgenanpassung bei?

Ja X Nein ☐

Bauleitpläne in Form von Flächennutzungsplänen als vorbereitende und Bebauungsplänen als verbindliche Bauleitplanung haben indirekt Auswirkungen auf Klimaschutz und Klimafolgenanpassung.
Während aus Flächennutzungsplänen keine Baurechte abgeleitet werden können, schaffen Bebauungspläne die Grundlage für (neue) Bebauungen aber auch Entwicklung von Grünflächen oder den Bau von Verkehrsflächen.
Im Baugesetzbuch sind die Belange Klimaschutz und Klimaanpassung seit 2013 als Teil eines stetig größer werdenden Katalogs an Belangen und Themen in § 1 Abs. 5 aufgenommen worden.
Mit geringen Ausnahmen sind bei jeder Aufstellung eines Bauleitplanes eine Umweltprüfung und ein Umweltbericht zu erstellen. Hier sind die genannten Aspekte enthalten.
Regelmäßig sind Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen erforderlich, durch welche auch Maßnahmen zum Klimaschutz und Klimafolgenanpassung erfolgen.

Finanzielle Auswirkungen:
Im Haushalt sind unter dem Produktsachkonto 090100 542940 Planungs- und Gutachterkosten ausreichend Mittel vorhanden.

Anlagen:
Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes des Bebauungsplanes Nr. 433 "Johannismarkt – Rathaus“, Erkelenz-Mitte

Übersicht über den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 433 "Johannismarkt – Rathaus“, Erkelenz-Mitte

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen der Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr.433 „Johannismarkt-Rathaus“ Erkelenz-Mitte

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
Stellungnahmen der Öffentlichkeit während der Veröffentlichungsfrist vom 14.10.2024 - 28.10.2024 gemäß § 13 Abs. 1 und 2 i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB			
1	Öffentlichkeit Schreiben vom		
	Es liegen keine Stellungnahmen der Öffentlichkeit vor.		
2			
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit Schreiben vom 14.10.2024 - 28.10.2024 gemäß § 13 Abs. 1 und 2 i.V.m. § 4 Abs. 2 BauGB			
1	Bezirksregierung Arnsberg, Abteilung 6 Bergbau und Energie in NRW Schreiben vom 21.10.2024		
	Das o.g. Plangebiet liegt über dem auf Steinkohle verliehenen Bergwerksfeld „Sophia Jacoba A“ im Eigentum der Vivawest GmbH, Nordsternplatz 1 in 45899 Gelsenkirchen und über dem auf Braunkohle verliehenen Bergwerksfeld „Erka 1“ im Eigentum der RV Rheinbraun Handel und Dienstleistungen GmbH, hier vertreten durch die RWE Power Aktiengesellschaft, RWE-Platz 2 in 45141 Essen. Der Planungsbereich liegt im Einflussbereich der Grundwasserabsenkung für den rheinischen Braunkohlenbergbau. Nach Beendigung der bergbaulichen Sümpfungsmaßnahmen ist ein Grundwasserwiederanstieg zu erwarten. Sowohl im Zuge der Grundwasserabsenkung für den Braunkohletagebau als auch bei einem späteren Grundwasserwiederanstieg sind hierdurch bedingte Bodenbewegungen möglich. Diese können bei bestimmten geologischen Situationen zu Schäden an der Tagesoberfläche führen. Die Änderungen der Grundwasserflurabstände sowie die Möglichkeit von Bodenbewegungen sollten bei Planungen und Vorhaben Berücksichtigung finden. Ich empfehle Ihnen, diesbezüglich zu zukünftigen Planungen sowie zu Anpassungs- oder Sicherungsmaßnahmen bezüglich bergbaulicher Einwirkungen eine Anfrage an die RWE Power Aktiengesellschaft, RWE Platz 2 in 45141 Essen, sowie für konkrete Grundwasserdaten an den Erftverband, Am Erftverband 6 in 50126 Bergheim, zu stellen.	Die Stellungnahme und die Hinweise wurden zur Kenntnis genommen. Ein entsprechender Hinweis auf die bestehende Grundwasserproblematik wurde bereits in der Begründung unter „7.4 Grundwasser“ aufgenommen. Die RWE Power AG hat keine Stellungnahmen vorgebracht. Der Erftverband wird im Rahmen der Offenlage beteiligt.	Die Stellungnahme und die Hinweise wurden zur Kenntnis genommen.
2	Deutsche Glasfaser Holding GmbH Schreiben vom 23.10.2024		
	im angefragtem Bereich: Johannismarkt 19, 41812 Heinsberg befinden sich aktuell keine Versorgungseinrichtungen der Deutschen Glasfaser Netz Operating. Die Aktualität der beiliegenden Bestands- und Übersichtpläne kann nur für die folgenden 20 Arbeitstage garantiert werden. Für zukünftige Anforderungen von Planauskünften steht Ihnen auch unser Kontaktformular unter: https://www.deutsche-glasfaser.de/unternehmen/kontakt/planauskunft/ zur Verfügung. Sind Trassenverlegungen notwendig, benötigt Deutsche Glasfaser mindestens 8 Wochen Vorlaufzeit.	Die Stellungnahme und die Hinweise wurden zur Kenntnis genommen.	Die Stellungnahme und die Hinweise wurden zur Kenntnis genommen.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen der Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr.433 „Johannismarkt-Rathaus“ Erkelenz-Mitte

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
3	Kreis Heinsberg Schreiben vom 23.10.2024		
	Seitens des Gesundheitsamtes, der unteren Bodenschutzbehörde, der unteren Immissionsschutzbehörde, der unteren Naturschutzbehörde sowie der unteren Wasserbehörde werden keine Bedenken geäußert. Brandschutzdienststelle: Gegen die Planungen bestehen seitens der Brandschutzdienststelle keine Bedenken, wenn folgende Punkte beachtet werden: 1. Öffentliche Verkehrsfläche Gebäude dürfen nur errichtet werden, wenn gesichert ist, dass ab Beginn ihrer Nutzung das Grundstück in für die Zufahrt und den Einsatz von Feuerlösch- und Rettungsgeräten angemessener Breite an einer befahrbaren öffentlichen Verkehrsfläche liegt oder wenn das Grundstück eine befahrbare, öffentlich-rechtlich gesicherte Zufahrt zu einer befahrbaren öffentlichen Verkehrsfläche hat und die erforderlichen Anlagen zur Versorgung mit Löschwasser vorhanden und benutzbar sind. Wohnwege, an denen nur Gebäude der Gebäudeklassen 1 bis 3 zulässig sind, brauchen nur befahrbar zu sein, wenn sie länger als 50 m sind (§4BauONRW). Bei Gebäude der Klasse 4 + 5 sind entsprechend Feuerwehraufstellflächen bzw. zusätzliche Feuerwehrbewegungsflächen einzuplanen (Musterrichtlinie für Flächen für die Feuerwehr). 2. Löschwasserversorgung Die nachfolgenden Anforderungen an die Löschwasserversorgung seitens der Feuerwehren setzen im Allgemeinen voraus, dass Hydranten ausreichend zur Verfügung stehen. Bestehen Einschränkungen seitens der Trinkwasserversorgung werden auch andere Möglichkeiten, zum Beispiel unterirdische Löschwasserbehälter oder -brunnen, in Betracht gezogen. Weiterhin beziehen sich die Anforderungen nur auf den Grundschutz im Brandschutz für Wohngebiete, Gewerbegebiete, Mischgebiete und Industriegebiete ohne erhöhtes Sach- oder Personenrisiko. Das DVGW-Arbeitsblatt W 400-1:2015-02 äußert sich zu den Grundlagen der Löschwasserversorgung wie folgt: „*Die Abstände von Hydranten müssen im Übrigen der Bebauung und Netzstruktur entsprechen. Für die Bereitstellung von Löschwasser ist DVGW W 405 (A) zu beachten. Die Abstände von Hydranten in Ortsnetzen, die auch der Löschwasserversorgung (Grundschutz) dienen, sind im Bedarfsfall abzustimmen*.“ Seitens der Feuerwehren bestehen folgende Anforderungen: Hydranten sind so anzuordnen, dass sie die Wasserentnahme leicht ermöglichen. Die Löschwasserversorgung für den ersten Löschangriff zur Brandbekämpfung und zur Rettung von Personen muss in einer Entfernung von 75 m Lauflinie bis zum Zugang des Grundstücks von der öf-	Es werden keine grundsätzlichen Bedenken geäußert. Die Anregungen beziehen sich überwiegend auf die nachfolgende Ausführungsplanung und sind damit nicht bebauungsplanrelevant. Die übrigen Hinweise / Anforderungen zum Brandschutz sind seitens der Antragsteller im bauordnungsrechtlichen Verfahren zu berücksichtigen.	Die Stellungnahme und die Hinweise wurden zur Kenntnis genommen

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen der Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr.433 „Johannismarkt-Rathaus“ Erkelenz-Mitte

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	fentlichen Verkehrsfläche aus sichergestellt sein. · Entnahmestellen mit 400 l/min (24 m^3/h) sind vertretbar, wenn die gesamte Löschwassermenge des Grundschutzes in einem Umkreis (Radius) von 300 m aus maximal 2 Entnahmestellen sichergestellt werden kann. Die Abstände von Hydranten auf Leitungen in Ortsnetzen, die auch der Löschwasserversorgung (Grundschutz) dienen, dürfen 150 m nicht übersteigen. Größere Abstände von Hydranten bedürfen der Kompensation durch andere geeignete Löschwasserentnahmestellen. Der Löschwasserbedarf für den Grundschutz ist bei niedriger, in der Regel freistehender Bebauung (bis 3 Vollgeschosse) mit 800 l/min (48 m^3/h) und bei sonstiger Bebauung mit mindestens 1.600 l/min (96 m^3/h) und für eine Dauer von mindestens 2h zu bemessen. Der insgesamt benötigte Löschwasserbedarf ist in einem Umkreis (Radius) von 300 m nachzuweisen. Diese Regelung gilt nicht über unüberwindbare Hindernisse hinweg. Das sind z. B. Bahntrassen, mehrspurige Schnellstraßen sowie große, langgestreckte Gebäudekomplexe, die die tatsächliche Laufstrecke zu den Löschwasserentnahmestellen unverhältnismäßig verlängern. Bei der oben genannten Wasserentnahme aus Hydranten (Nennleistung) darf der Betriebsdruck 1,5 bar nicht unterschreiten. Für Gewerbe- und Industriegebiete ergeben sich ggf. höhere Anforderungen aufgrund von anderen rechtlichen Vorgaben, z. B. Muster-Industriebau-Richtlinie. In den Vorlagen zum Bauantrag, z. B. Brandschutznachweis, sind der Löschwasserbedarf (in l/min) und der Löschwassernachweis für die erste Löschwasserentnahmestelle im 75 m Bereich (Lauflinie bis zum Grundstück) sowie für die gesamte Löschwassermenge in einem Umkreis (Radius) von 300 m darzustellen. Quelle: Information der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren und des Deutschen Feuerwehrverbandes in Abstimmung mit dem DVGW Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e. V. (2018-4) „Löschwasserversorgung aus Hydranten in öffentlichen Verkehrsflächen“		

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen der Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr.433 „Johannismarkt-Rathaus“ Erkelenz-Mitte

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag

Bauliche Nutzung nach § 17 der Baunutzungsverordnung	Kleinsiedlung (WS) Wochenendhausgebiete (SW)	reine Wohngebiete (WR) allgem. Wohngebiete (WA) besondere Wohngebiete (WB) Mischgebiete (MI) Dorfgebiete (MD) Gewerbegebiete (GE)		Kerngebiete (MK) Gewerbegebiete (GE)		Industriegebiete (GI)
Zahl der Vollgeschosse	≤ 2	≤ 3	> 3	1	> 1	-
Geschossflächenzahl (GFZ)	≤ 0,4	≤ 0,3 - 0,6	0,7 - 1,2	0,7 - 1,0	1,0 - 2,4	-
Baumassenzahl (BMZ)	-	-	-	-	-	≤ 9
Löschwasserbedarf bei unterschiedlicher Gefahr der Brandausbreitung	m³/h	m³/h		m³/h		m³/h
klein	24	48		96		96
mittel	48	96		96		192
groß	96	96		192		192

Sofern die obigen Anforderungen an die Löschwasserversorgung nicht hinreichend erfüllt werden können, müssen andere Möglichkeiten, z. B. durch unterirdische Löschwasserbehälter, -brunnen, -teiche bzw. bei zu großen Entfernungen weitere Hydranten erwogen werden. Die Abstimmung zur Ausführung und zur Kostenübernahme erfolgt im Bedarfsfall zwischen der Gemeinde und dem Wasserversorgungsunternehmen.

3. Zugänglichkeit der Grundstücke / Rettungswege
Die Bebauung der Grundstücke ist so vorzunehmen, dass der Einsatz von Feuerlösch und Rettungsgeräten ohne Schwierigkeiten möglich ist. Liegen Gebäude ganz oder in Teilen weiter als 50m von der öffentlichen Verkehrsfläche entfernt, ist eine Zufahrt für Fahrzeuge der Feuerwehr gemäß § 5 BauO NRW herzustellen. Die Zufahrt ist gemäß § 5 BauO NRW herzurichten. Die Ausführung muss der Muster-Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr (MRFIFw) inklusive der Aufstell und Bewegungsflächen entsprechen. Die Kurvenradien sind entsprechend zu beachten.

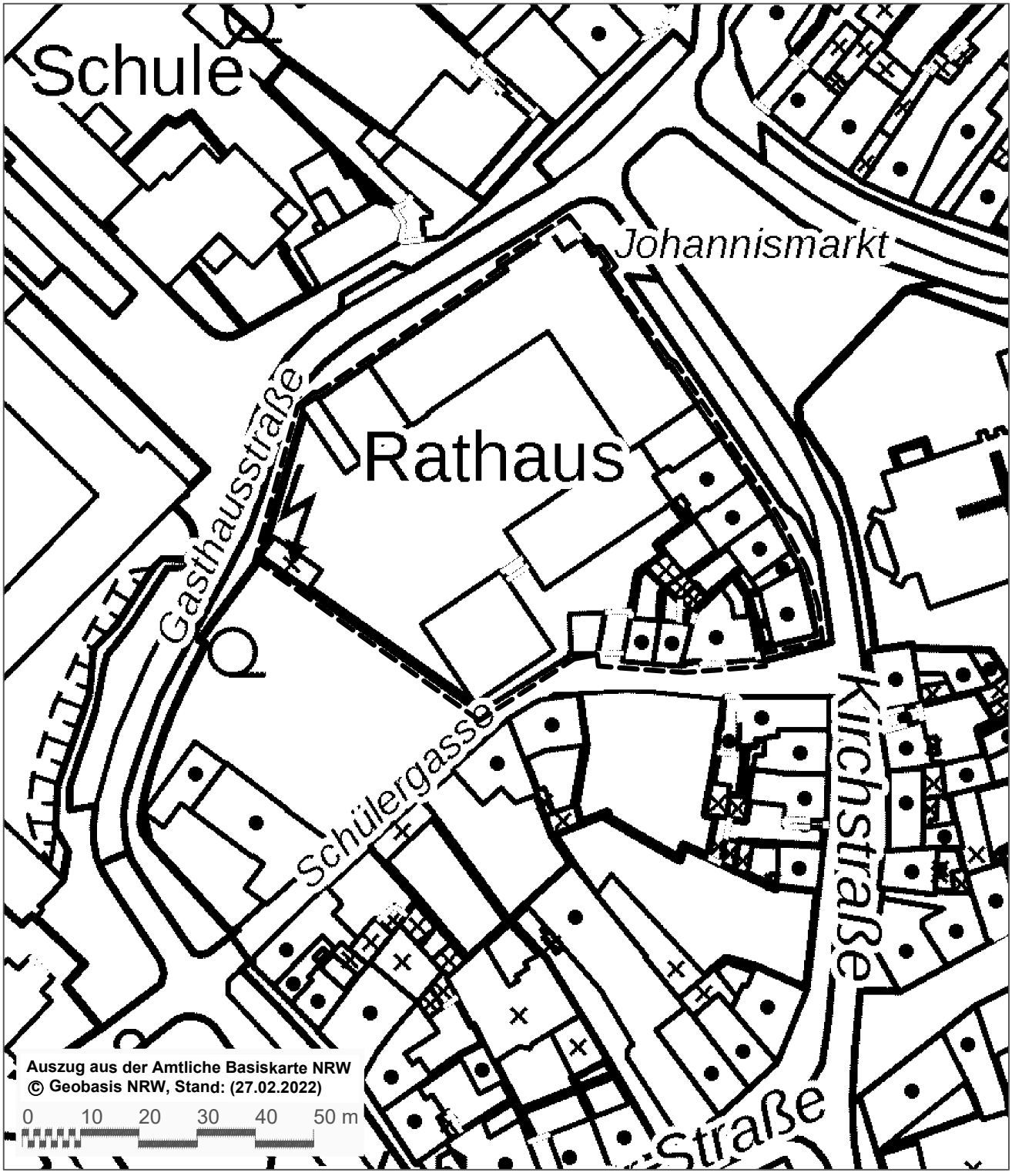
Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen der Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr.433 „Johannismarkt-Rathaus“ Erkelenz-Mitte

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	Zu- und Durchfahrten sowie Aufstell- und Bewegungsflächen für die Feuerwehr sind so zu befestigen, dass sie von Feuerwehrfahrzeugen mit einer zulässigen Gesamtmasse von 16 t und einer Achslast von 10 t befahren werden können. Notwendige Fenster in Obergeschossen müssen im Lichten eine freie Öffnungsfläche von mindestens 0,9 m x 1,2 m besitzen und für die Feuerwehr erreichbar sein. Die Fenster sind zur öffentlichen Verkehrsfläche oder zu Feuerwehrbewegungsflächen hin auszurichten §§ 14 und 37 BauO NRW. An den als zweiter Rettungsweg ausgewiesenen Fenstern muss das Aufstellen von tragbaren Leitern der Feuerwehr jederzeit möglich sein. Dies ist insbesondere bei Bepflanzungen und Parkflächen zu beachten (§ 14 BauO NRW). Für evtl. Gebäude der Gebäudeklassen 4 und 5 wird eine Aufstellfläche für Hubrettungsfahrzeuge gem. VV zu § 5 BauO NRW benötigt, sofern diese Gebäude den zweiten Rettungsweg nicht auf andere Weise (zwei Treppenräume) sicherstellen. 4. Hinweis Viele Bauvorhaben werden zwischenzeitlich u. a. auch als „Generationenhaus/ altersgerechtes oder seniorengerechtes Wohnen“ betitelt. In verschiedenen Nutzungseinheiten wird der zweite Rettungsweg dennoch übertragbare Leitern sichergestellt. Die Brandschutzdienststelle weist im Rahmen des demographischen Wandels auf folgendes hin: Der Personenkreis, der sich problemlos über diese Geräte retten lässt, wird im Laufe der nächsten Jahre eher kleiner werden. Das liegt zum einen an der immer älter werdenden Bevölkerung und zum anderen an der Zunahme pflegebedürftiger Menschen. Auf Grund dieser Tatsache bestehen mit Sicht auf solche Bauvorhaben Bedenken an die Auslegung des zweiten Rettungsweges speziell für diese Nutzungsform.		
4	NEW Netz GmbH Schreiben vom 14.10.2024		
	Wir haben Ihre Anfrage geprüft und teilen Ihnen mit, dass gegen diese keine Bedenken vorliegen.	Es bestehen keine Bedenken. Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.	Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.
5	Westnetz GmbH Schreiben vom 15.10.2024		
	Gegen das genannte Vorhaben bestehen keine Einwände, da unsere Belange hierdurch nicht berührt werden.	Es bestehen keine Einwände. Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.	Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen der Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr.433 „Johannismarkt-Rathaus“ Erkelenz-Mitte

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
6	WestVerkehr GmbH Schreiben vom 22.10.2024		
	Als öffentliches Verkehrsunternehmen teilen wir Ihnen nach Prüfung der uns zur Verfügung gestellten Unterlagen mit, dass wir im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange keine Anregungen oder Bedenken vorzubringen haben.	Es bestehen keine Anregungen oder Bedenken. Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.	Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.
7	LVR-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland Schreiben vom 28.10.2024		
	Die Planfläche liegt inmitten des historischen Ortskerns von Erkelenz. Dabei handelt es sich um das Bodendenkmal HS 181 - Mittelalterlicher bis neuzeitlicher Stadtkern Erkelenz. Demzufolge liegt das Plangebiet in einem zentralen Bereich der historischen Stadt von Erkelenz. Wie den obigen Ausführungen zu entnehmen ist, ist die karolingische Siedlung des 8.-10. Jahrhunderts in diesem Bereich zu verorten. Späteren historischen Karten wie beispielsweise der Urkarte ist darüber hinaus zu entnehmen, dass sich auf der Planfläche eine Bebauung befunden hat. Für die betreffende Fläche besteht eine konkrete Befunderwartung. So ist davon auszugehen, im Boden auf Spuren der langen Besiedlungs- und Nutzungsgeschichte von Erkelenz seit römischer, spätestens jedoch seit frühmittelalterlicher Zeit zu stoßen. Dabei kann es sich beispielsweise um Fundamente, Mauern, Pfostengruben, Gruben verschiedener Art und Funktion, Gräben, Pflasterungen oder Siedlungsschichten mit den darin enthaltenen Funden handeln. Bodendenkmalpflegerisches Fazit Das betroffene Bodendenkmal ist im B-Plan zu übernehmen. Im Rahmen des B-Plan-Verfahrens sind keine arch. Maßnahmen sinnvoll, da die für die Erweiterung vorgesehenen Flächen derzeit bebaut sind. Daher ist eine Beteiligung im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens notwendig. Es ist damit zu rechnen, dass arch. Maßnahmen erforderlich werden. Dies umfasst auch die erdseitigen Abrissarbeiten.	Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen. Eine Kennzeichnung Bodendenkmal wurde in die Planzeichnung übernommen. Im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens werden mit dem LVR die erforderlichen archäologischen Maßnahmen abgestimmt.	Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

Übersicht über den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 433 "Johannismarkt - Rathaus", Erkelenz-Mitte



Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: /030/2024 Status: öffentlich AZ:
Federführend: Erster Beigeordneter	Datum: 13.11.2024 Verfasser: Dez. II Erster Beigeordneter Dr. Hans-Heiner Gotzen

Anpassung von Gesellschaftsverträgen an § 108 Abs. 1 Nr. 8 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) sowie Streichung des § 108 Abs. 1 Nr. 9 GO NRW

hier: Sammelbeschluss

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
05.12.2024	Haupt- und Finanzausschuss
11.12.2024	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:

Durch das am 5. März 2024 verkündete und rückwirkend zum 31. Dezember 2023 in Kraft getretene 3. Weiterentwicklungsgesetz (3. NKFWG NRW) ergeben sich durch die Änderung des § 108 Abs. 1 Satz 1 Nr. 8 GO NRW und die Streichung des § 108 Abs. 1 Satz 1 Nr. 9 GO NRW Änderungen, die auch Auswirkungen auf kommunale Beteiligungen haben.

Bisher waren alle privatrechtlichen Unternehmen, an denen Kommunen beteiligt sind, verpflichtet, ihren Jahresabschluss nach den strengeren Vorgaben des Handelsgesetzbuches (HGB) für große Kapitalgesellschaften aufzustellen und prüfen zu lassen. Diese wurde daher auch zwingend in den Gesellschaftsverträgen der jeweiligen Gesellschaften aufgenommen. Durch die neuen gesetzlichen Änderungen ist diese Pflicht nun aufgehoben. Die jeweiligen Anforderungen ergeben sich nunmehr aus der Größenklasse des jeweiligen Unternehmens. Die Zuordnung eines Unternehmens zu einer Größenklasse wird handelsrechtlich anhand von bestimmten Kriterien vorgenommen, die in §§ 267 und 267a HGB geregelt sind. Diese Größenklassen sind:

- Kleinstkapitalgesellschaften,
- kleine Kapitalgesellschaften,
- mittelgroße Kapitalgesellschaften,
- große Kapitalgesellschaften.

Folgende Kriterien sind für die Einteilung von Relevanz:

Tabelle 1: Größenklassen der Gesellschaften, Schwellenwerte ab dem Jahr 2024

Beurteilungskriterium	Kleinst	Klein	Mittelgroß	Groß
Bilanzsumme	<450 T €	<7,5 Mio. €	<25 Mio. €	>25 Mio. €
Umsatzerlöse	<900 T€	<15 Mio. €	<50 Mio. €	>50 Mio. €
Arbeitnehmeranzahl (im Jahresdurchschnitt)	<10	<50	<250	>250

Folgende Dokumentations- und Offenlegungspflichten ergeben sich aus der Einteilung einer Gesellschaft:

Tabelle 2: Einzureichende Unterlagen / Umfang der Offenlegungspflicht

Bestandteil des Jahresabschlusses	Kleinst	Klein	Mittelgroß	Groß
Bilanz	Verkürzt	Verkürzt	Ja	Ja
GuV	Nein	Nein	Verkürzt	Ja
Lagebericht	Nein	Nein	Ja	Ja
Anhang	Nein	Verkürzt	Ja	Ja
Prüfungspflicht	Nein	Nein	Ja	Ja

Sowohl für Kultur GmbH der Stadt Erkelenz als auch für die Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft mbH sowie für die Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft mbH und Co. KG ergeben sich aus der handelsrechtlichen Klassifizierung Erleichterungen bei den Berichtspflichten. Unter anderem bedeutet dies, dass kein Nachhaltigkeitsbericht erstellt werden muss, wie es große Kapitalgesellschaften ab 2025 tun müssen. Auch die Anforderungen an den Jahresabschluss und den Lagebericht sind weniger umfangreich als bisher. Dies gilt jedoch nur, wenn ergänzend auch der entsprechende Gesellschaftsvertrag, der bislang die Orientierung an die Verpflichtungen großer Handelsgesellschaften beinhaltet, angepasst wird.

Die Änderungen der Gesellschaftsverträge können gem. § 53 GmbHG nur durch Beschluss der Gesellschafter erfolgen. Diesen Änderungen muss der Rat zustimmen (§ 108 Abs. 5 lit b GO NRW). Zudem ist die Änderung des Gesellschaftsvertrages gemäß § 115 Abs. 1 GO NRW bei der zuständigen Kommunalaufsicht, dem Kreis Heinsberg, anzuzeigen.

Es wird vorgeschlagen, die Gesellschaftsverträge der Kultur GmbH der Stadt Erkelenz und der Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft mbH sowie der Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft mbH und Co. KG wie nachfolgend aus den notariell bereits vorbereiteten Urkunde entnommen werden kann zu ändern. Insoweit wird auf die **Anlage 1** und **Anlage 2** verwiesen.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an den Rat):

„1. Den Änderungen der Gesellschafterverträge der Kultur GmbH der Stadt Erkelenz (Anlage 1) und der Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft mbH sowie für die Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft mbH und Co. KG (Anlage 2) wird zugestimmt.

2. Die Vertreter der Stadt Erkelenz in den entsprechenden Gremien werden ermächtigt, den Änderungen in den jeweiligen Gremien zuzustimmen.“

Klima-Check:
Trägt der Beschlussentwurf zum Klimaschutz oder zur Klimafolgenanpassung bei?

Ja ☐ Nein ☒

Thematisch keine Relevanz.

Finanzielle Auswirkungen:

Anlagen:
Anlage 1 Entwurf der Änderung des Gesellschaftsvertrages der Kultur GmbH
Anlage 2 Entwurf der Änderung des Gesellschaftsvertrages der Grundstücksentwicklungsgesellschaft Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft mbH sowie der Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft mbH und Co. KG

Anlage 1: Änderungen im Gesellschaftsvertrag der Kultur GmbH der Stadt Erkelenz:

(1) § 5 Absatz 7 erhält folgende Neufassung:

„7. Die Geschäftsführung trägt Sorge, dass in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften verfahren wird."

(2) Aus der Auflistung in Absatz 1 des § 7 wird der Punkt „Wahl des Abschlussprüfers" ersatzlos gestrichen.

(3) § 8 des Gesellschaftsvertrages erhält folgende Neufassung:

„1. Der Jahresabschluss hat den handelsgesetzlichen Vorschriften zu entsprechen und zugleich den steuerlichen Vorschriften zu genügen. § 286 Absatz 4 des Handelsgesetzbuches ist nicht anzuwenden.

2. Die Geschäftsführung hat den Jahresabschluss und den – soweit gesetzlich vorgeschrieben – Lagebericht innerhalb der Frist des § 264 HGB aufzustellen und sodann unverzüglich jedem Gesellschafter in Abschrift zu übersenden.

3. Über die Verwendung des Jahresergebnisses (Summe aus Jahresüberschuss und Gewinnvortrag abzüglich Verlustvortrag) entscheidet die Gesellschafterversammlung mit einfacher Mehrheit."

Anlage 2 a: Änderungen im Gesellschaftsvertrag der Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz mbH:

Neben den Änderungen, die sich aufgrund des 3. NKFWG NRW ergeben, wurden sowohl redaktionelle als auch betragsmäßige Änderungen vorgenommen:

(1) § 3 Absatz 2 erhält folgende Neufassung:

„Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.564,59 €, in Worten: Fünfundzwanzigtausendfünfhundertvierundsechzig und neunundfünfzig Cent."

(2) § 3 Absatz 3 erhält folgende Neufassung:

„Das Stammkapital in Höhe von 25.564,59 €, wird von der Stadt Erkelenz im Rahmen ihrer Stammeinlage in voller Höhe sofort in bar erbracht."

(3) § 5 Absatz 5 Satz 1 erhält folgende Neufassung:

„Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung kann jedem Geschäftsführer generell oder im Einzelfall Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB erteilt werden."

(4) § 5 Absatz 9 c. erhält folgende Neufassung:

„die Festlegung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses sowie, soweit gesetzlich vorgeschrieben, das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. unbeschadet der bestehenden gesetzlichen Offenlegungspflichten, öffentlich bekannt gemacht werden und der Jahresabschluss und, soweit gesetzlich vorgeschrieben, der Lagebericht bis zur Feststellung des folgenden Jahresabschlusses zur Einsichtnahme verfügbar gehalten werden.

Die Geschäftsführung trägt weiter dafür Sorge, dass, soweit gesetzlich vorgeschrieben, in dem Lagebericht oder im Zusammenhang damit zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen wird, und dass nach den Wirtschaftsgrundsätzen (§ 109 Gemeindeordnung NRW) verfahren wird."

(5) § 6 Absatz 2 Satz 1 und 3 erhalten folgende Neufassung:

„Die Einberufung der Gesellschafterversammlung erfolgt durch die Geschäftsführer per E-Mail. Die Einladung und der Tag der Versammlung werden bei der Fristberechnung mitgezählt."

(6) § 6 Absatz 3 Satz 4 erhält folgende Neufassung:

„Der jeweilige Erste Beigeordnete und der jeweilige Kämmerer der Stadt Erkelenz sind beratende Mitglieder des Vertretergremiums ohne Stimmrecht.“

(7) § 6 Absatz 8 erhält folgende Neufassung:

„Ist das Vertretergremium bei einer ordnungsgemäß einberufenen Gesellschafterversammlung beschlussunfähig, so ist eine neue Gesellschafterversammlung mit gleicher Tagesordnung einzuberufen, bei der die Ladungsfrist verkürzt werden kann. Das Vertretergremium dieser Gesellschafterversammlung ist ohne Rücksicht auf die Anzahl der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder beschlussfähig. Hierauf ist in der Einladung hinzuweisen.“

(8) § 7 Absatz 1 e erhält folgende Neufassung:

„Folgende Beschlüsse bedürfen der Beschlussfassung durch die Gesellschafterversammlung:

e. Beschlüsse, die eine Nachschusspflicht begründen.“

(9) Aus der Auflistung in § 7 Absatz 1 wird der Punkt „Bestimmung des Wirtschaftsprüfers“ ersatzlos gestrichen.

(10) Die Überschrift des § 8 erhält folgende Neufassung:

„Jahresabschluss, Gewinnverwendung, Gewinnverteilung“

(11) § 8 Absatz 1 erhält folgende Neufassung:

„Die Geschäftsführer haben den Jahresabschluss und, soweit gesetzlich vorgeschrieben, den Lagebericht für das vergangene Geschäftsjahr nach den Vorschriften des dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufzustellen.“

(12) § 10 Absatz 1 Satz 2 erhält folgende Neufassung:

„Eine unwirksame oder nichtige Bestimmung ist durch Gesellschafterbeschluss durch eine solche Bestimmung zu ersetzen, die die Parteien bei Kenntnis des Mangels zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses vereinbart hätten, um den gleichen wirtschaftlichen Erfolg zu erzielen.“

(13) § 10 Absatz 3 erhält folgende Neufassung:

„Die Kosten der Beurkundung des Gesellschaftsvertrages, der Bekanntmachung, der Anmeldung der Gesellschaft und ihrer Eintragung im Handelsregister, die anfallenden

Steuern und die Kosten der Gründungsberatung trägt die Gesellschaft bis zu einem Betrag von 2.600,00 € netto.“

Anlage 2 b: Änderungen im Gesellschaftsvertrag der Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz mbH & Co. KG (GEE):

Neben den Änderungen, die sich aufgrund des 3. NKFWG NRW ergeben, wurden sowohl redaktionelle, betragsmäßige Änderungen aufgrund der Umrechnung von DM in € als auch Anpassungen von Wertgrenzen in Anlehnung an bestehende Regelungen in der Zuständigkeitsordnung der Stadt Erkelenz für städtische Ausschüsse in der Gesellschafterversammlung vorgenommen:

(1) § 4 Absatz 2 erhält folgende Neufassung:

„Weitere Gesellschafterin (Kommanditistin) ist die Stadt Erkelenz mit einer Einlage von 818.067,01 €."

(2) § 4 Absatz 3 erhält folgende Neufassung:

„Die Einlage wird wie folgt erbracht

a. Durch Übertragung des Grundstückes Gemarkung Lövenich, Flur 1, Flurstück 172, groß 8,2234 ha, mit einem Gesamtwert von 332.339,72 €,

b. Durch Bareinlage i.H.v. 485.727,29 €."

(3) § 7 Absatz 3 Buchstabe a., c., d., e., g. erhalten folgende Neufassung:

„a. Erwerb, Tausch und Veräußerung oder Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten sowie sonstige Verfügungen über Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte, soweit im Einzelfall der Betrag von 100.000,00 € überschritten wird;

c. Abschluss, Änderung und Beendigung von Miet- und Pachtverträgen mit Miet- und Pachtzinsen von mehr als 1.000,00 € pro Monat;

d. Investitionen und Auftragsvergaben ab einem Betrag von 100.000,00 € ohne Mehrwertsteuer;

e. Aufnahme von langfristigen Darlehen und Kontokorrentkrediten über 100.000,00 € im Einzelfall hinaus sowie über den Betrag von 300.000,00 € insgesamt je Geschäftsjahr;

g. Führung von Aktivprozessen und prozessbeendenden Handlungen und Erklärungen, soweit der Streitwert den Betrag von 100.000,00 € übersteigt."

(4) § 7 Absatz 4 c. erhält folgende Neufassung:

„die Festlegung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Ergebnisses sowie, soweit gesetzlich vorgeschrieben, das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts, unbeschadet der bestehenden gesetzlichen Offenlegungspflichten, öffentlich bekannt gemacht werden und der Jahresabschluss

und, soweit gesetzlich vorgeschrieben, der Lagebericht bis zur Feststellung des folgenden Jahresabschlusses zur Einsichtnahme verfügbar gehalten werden.

Die Geschäftsführung trägt weiter dafür Sorge, dass, soweit gesetzlich vorgeschrieben, in dem Lagebericht oder im Zusammenhang damit zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen wird, und dass nach den Wirtschaftsgrundsätzen (§ 109 Gemeindeordnung NRW) verfahren wird.“

(5) § 8 Absatz 1 erhält folgende Neufassung:

„Zur Abgeltung ihres Haftungsrisikos erhält die Komplementärin eine jährliche Vergütung in Höhe von 2.600,00 € (in Worten Zweitausendsechshundert Euro) netto.“

(6) § 9 Absatz 2 Satz 1, 3 und 5 erhalten folgende Neufassung:

„Die Einberufung der Gesellschafterversammlung erfolgt durch die Komplementärin per E-Mail. Die Einladung und der Tag der Versammlung werden bei der Fristberechnung mitgezählt. In dringenden Fällen kann die Ladungsfrist auf 24 Stunden verkürzt werden. In solchen Fällen kann die Ladung auch telefonisch erfolgen.“

(7) § 9 Absatz 3 Satz 4 erhält folgende Neufassung:

„Der jeweilige Erste Beigeordnete und der jeweilige Kämmerer der Stadt Erkelenz sind beratende Mitglieder des Vertretergremiums ohne Stimmrecht.“

(8) Aus der Auflistung in § 10 Absatz 1 wird der Punkt „Bestimmung des Wirtschafsprüfers“ ersatzlos gestrichen.

(9) Die Überschrift des § 11 erhält folgende Neufassung:

„Jahresabschluss, Gewinnverwendung, Gewinnverteilung“

(10) § 11 Absatz 1 erhält folgende Neufassung:

„Die Geschäftsführer haben den Jahresabschluss und, soweit gesetzlich vorgeschrieben, den Lagebericht für das vergangene Geschäftsjahr nach den Vorschriften des dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufzustellen“

Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 10/469/2024 Status: öffentlich AZ:
Federführend: Hauptamt	Datum: 28.11.2024 Verfasser: Amt 10 Simon Häusler

Neubesetzung des Vorstandes des Schwalmverbandes

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
11.12.2024	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:
Die Organe des Schwalmverbandes sind die Verbandsversammlung und der Vorstand (§ 10 Satzung des Schwalmverbandes).

Die Vorstandwahlen finden alle fünf Jahre statt; die laufende Amtszeit endet im September 2026.

Dem Vorstand des Schwalmverbandes gehören auf der Grundlage der vorgenannten Satzung des Schwalmverbandes derzeit an:

Bürgermeister Stephan Muckel (mit durch die Verbandsversammlung bestellter Verhinderungsvertretung durch Ersten Beigeordneten Dr. Hans-Heiner Gotzen)

und

Technischer Beigeordneter Ansgar Lurweg (mit durch die Verbandsversammlung bestellter Verhinderungsvertretung durch Sandra Derwahl-Toll, Gemeinde Niederkrüchten).

§ 17 Abs. 3 der Satzung des Schwalmverbandes schreibt für den Fall, dass ein Beamter, wozu auch Beamte auf Zeit gehören, aus dem Dienst während seiner Amtszeit im Vorstand des Schwalmverbandes ausscheidet, vor, dass bei der nächsten Verbandsversammlung für den Rest der dann laufenden Amtszeit, im konkreten Fall also bis September 2026, eine Nachfolge durch die Verbandsversammlung zu wählen ist.

Vor dem Hintergrund, dass Ansgar Lurweg zum 31.01.2025 als Technischer Beigeordneter der Stadt Erkelenz ausscheidet und Martin Fauck als neuer Technischer Beigeordneter zum 01.02.2025 durch den Rat am 25.09.2024 gewählt worden ist, muss eine Nachbesetzung im Vorstand erfolgen.

Beschlussentwurf:
„Der Rat der Stadt Erkelenz entsendet hiermit für den Rest der laufenden Amtszeit des Vorstandes des Schwalmverbandes anstelle von Ansgar Lurweg (Technischer Beigeordneter der Stadt Erkelenz bis zum 31.01.2025) Martin Fauck (Technischer Beigeordneter der Stadt Erkelenz ab dem 01.02.2025).“

Klima-Check:
Trägt der Beschlussentwurf zum Klimaschutz oder zur Klimafolgenanpassung bei?

Ja ☐ Nein ☒

Keine Relevanz.

Finanzielle Auswirkungen:

ERKELENZ

Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 10/470/2024 Status: öffentlich AZ: Datum: 29.11.2024 Verfasser: Amt 10 Ulrike Hoeren
Federführend: Hauptamt	

Besetzung der Ausschüsse und Gremien

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
11.12.2024	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:
Durch Mandatsverzicht von SkB Florian Viehmann und Umzug von SkB Simone Krummen hat die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Erkelenz Nachbesetzungswünsche mitgeteilt.

Zuständig für die Beschlussfassung über die Besetzung der Ausschüsse und Gremien ist der Rat der Stadt Erkelenz.

Beschlussentwurf:
„Hiermit werden folgende Änderungen in Ausschuss –und Gremienbesetzungen beschlossen:

Lfd. Nr.	Ausschuss/Gremium	Änderung
01.	Jugendhilfeausschuss	SkB Lukas Rambo wird an die Stelle des bisherigen Ausschussmitgliedes, SkB Florian Viehmann, bestellt. SkB Laeticia Vieten wird an die Stelle der bisherigen persönlichen Stellvertretung, SkB Sabine Krummen, bestellt.
02.	Bezirksausschuss Erkelenz-Mitte	SkB Simon Geerkens wird an die Stelle des Ausschussmitgliedes, SkB Florian Viehmann, bestellt. Die Verhinderungsvertretung der SKB der CDU-Fraktion erfolgt zukünftig in folgender Reihenfolge: SkB Katharina Salentin SkB Simon Steingießer SkB Melissa Steingießer SkB Michael Drews SkB Yannik Heitbrink.“

Klima-Check:
Trägt der Beschlussentwurf zum Klimaschutz oder zur Klimafolgenanpassung bei?

Ja ☐ Nein ☒

Keine Relevanz.

Finanzielle Auswirkungen:
Keine.

ERKELENZ

Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 20/677/2024 Status: öffentlich AZ:
Federführend: Amt für Kommunalwirtschaft und Liegenschaften/Kämmerei	Datum: 16.09.2024 Verfasser: Amt 20 André Keutmann

Beteiligung an der ENNI Energie & Umwelt Niederrhein GmbH über die NEW AG und die NEW Kommunalholding GmbH

hier: Kapitalerhöhung bei der ENNI Energie & Umwelt Niederrhein GmbH durch die Gelsenwasser AG

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
07.11.2024	Haupt- und Finanzausschuss
11.12.2024	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:

Durch die Einbindung der Kreiswerke Heinsberg GmbH (KWH) in das NEW Holding-Modell zum 01.01.2015 sind die Gesellschafter der KWH (Kreis Heinsberg, kreisangehörige Kommunen des Kreises Heinsberg und die Gemeinde Niederkrüchten aus dem Kreis Viersen) an der NEW Kommunalholding GmbH beteiligt. Die KWH ist nach Beitritt der Stadtentwicklungsgesellschaft Grevenbroich GmbH zu 15,57 % an der NEW Kommunalholding GmbH beteiligt. Diese Holding wiederum hält 57,5 % an der NEW AG.

Somit ergeben sich für die KWH-Gesellschafter die folgenden prozentualen mittelbaren Beteiligungen an der NEW AG:

Kreis Heinsberg	rd. 4,50 %
Stadt Geilenkirchen	rd. 0,83 %
Stadt Übach-Palenberg	rd. 0,76 %
Stadt Hückelhoven	rd. 0,69 %
Stadt Wassenberg	rd. 0,45 %
Stadt Heinsberg	rd. 0,38 %
Stadt Erkelenz	rd. 0,37 %
Gemeinde Gangelt	rd. 0,32 %
Gemeinde Selfkant	rd. 0,27 %
Gemeinde Waldfeucht	rd. 0,27 %
Stadt Wegberg	rd. 0,09 %
Gemeinde Niederkrüchten	rd. 0,02 %
zusammen	rd. 8,95 %

Trotz dieser eher geringfügigen Beteiligungen der einzelnen Gesellschafter ergeben sich hieraus weitere Konsequenzen, da eine Kapitalerhöhung einen satzungsändernden Gesellschafter-beschluss erfordert.

Nach den kommunalrechtlichen Vorschriften bedarf es hierzu entsprechender Beschlüsse der Räte bzw. des Kreistages, wie aus § 41 der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) und § 26 der Kreisordnung NRW (KrO NRW) folgt.

Die Gründe, die zur „Beteiligung an der ENNI Energie & Umwelt Niederrhein GmbH über die NEW AG und die NEW Kommunalholding GmbH; hier: Kapitalerhöhung bei der ENNI Energie & Umwelt Niederrhein GmbH durch die Gelsenwasser AG“ führen, können der beigefügten Sitzungsvorlage des Kreises Heinsberg für die Sitzung des Kreistages am 19.11.2024 entnommen werden. Zur Vermeidung von Wiederholungen wird daher auf die als Anlage beigefügte Sitzungsvorlage verwiesen.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an den Rat):

„1. Der Kapitalerhöhung der ENNI Energie & Umwelt Niederrhein GmbH von 16.737.225 € um 90.800 € auf 16.828.025 € durch Einbringung des Gasversorgungsnetzes Rheurdt durch die Gelsenwasser AG wird zugestimmt. An dieser Kapitalerhöhung nimmt nur die Gelsenwasser AG teil. Das Bezugsrecht der anderen Gesellschafter ist ausgeschlossen.

2. Die Vertreter der Stadt Erkelenz in der Kreiswerke Heinsberg GmbH, in der NEW Kommunalholding GmbH und in der NEW AG werden ermächtigt, entsprechend abzustimmen.“

Klima-Check:

Trägt der Beschlussentwurf zum Klimaschutz oder zur Klimafolgenanpassung bei?

Ja ☐ Nein ☒

Der Beschlussentwurf hat keine Auswirkungen auf den Klimaschutz oder Klimafolgenanpassungen.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlage:

Anlage A – Sitzungsvorlage der Kreisverwaltung Heinsberg

Sitzung: öffentlich **Anlage A**

Beteiligung an der ENNI Energie & Umwelt Niederrhein GmbH über die NEW AG und die NEW Kommunalholding GmbH

hier: Kapitalerhöhung bei der ENNI Energie & Umwelt Niederrhein GmbH durch die Gelsenwasser AG

Beratungsfolge:	
05.11.2024	Kreisausschuss
19.11.2024	Kreistag

Finanzielle Auswirkungen (voraussichtlich): **keine**

Teilplan: 1502 - Anteile an Unternehmen

Umlageart: Allgemeine Kreisumlage

Teilergebnisplan	2024	2025	2026	2027
Erträge				
Aufwendungen				
Saldo	0 €	0 €	0 €	0 €

Teilfinanzplan B (inv.)	2024	2025	2026	2027
Einzahlungen				
Auszahlungen				
Saldo	0 €	0 €	0 €	0 €

Leitbildrelevanz:	01.

Inklusionsrelevanz:	nein

Durch die Einbindung der Kreiswerke Heinsberg GmbH (KWH) in das NEW Holding-Modell zum 01.01.2015 sind die Gesellschafter der KWH (Kreis Heinsberg, kreisangehörige Kommunen des Kreises Heinsberg und die Gemeinde Niederkrüchten aus dem Kreis Viersen) an der NEW Kommunalholding GmbH beteiligt. Die KWH ist nach Beitritt der Stadtentwicklungsgesellschaft Grevenbroich GmbH zu 15,57 % an der NEW Kommunalholding GmbH beteiligt. Diese Holding wiederum hält 57,5 % an der NEW AG.

Somit ergeben sich für die KWH-Gesellschafter die folgenden prozentualen mittelbaren Beteiligungen an der NEW AG:

Kreis Heinsberg	rd. 4,50 %
Stadt Geilenkirchen	rd. 0,83 %
Stadt Übach-Palenberg	rd. 0,76 %
Stadt Hückelhoven	rd. 0,69 %
Stadt Wassenberg	rd. 0,45 %
Stadt Heinsberg	rd. 0,38 %
Stadt Erkelenz	rd. 0,37 %
Gemeinde Gangelt	rd. 0,32 %
Gemeinde Selfkant	rd. 0,27 %

Gemeinde Waldfeucht	rd.	0,27 %
Stadt Wegberg	rd.	0,09 %
Gemeinde Niederkrüchten		rd. 0,02 %
zusammen		rd. 8,95 %.

Trotz dieser eher geringfügigen Beteiligungen der einzelnen Gesellschafter ergeben sich hieraus weitere Konsequenzen, da eine Kapitalerhöhung einen satzungsändernden Gesellschafter-beschluss erfordert.

Nach den kommunalrechtlichen Vorschriften bedarf es hierzu zuvor entsprechender Beschlüsse der Räte bzw. des Kreistages, wie aus § 41 der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) und § 26 der Kreisordnung NRW (KrO NRW) folgt.

Begründung:

In seiner Sitzung am 16.05.2024 (BV 0077/2024) hat der Kreistag der Neuausrichtung der NEW Viersen GmbH im Rahmen der Kooperation mit der ENNI Energie & Wasser GmbH sowie deren Umfirmierung in NEW Kreis Viersen GmbH zugestimmt. Als letzter Schritt der Neuausrichtung der NEW Viersen GmbH wurde beschlossen, dass die NEW AG Geschäftsanteile, die sie an der NEW Kreis Viersen GmbH hält, kapitalerhöhend in die ENNI Energie & Umwelt Niederrhein GmbH einbringt. Mit dieser Einbringung unter dem Ausschluss des Bezugsrechts für die Mitgesellschafter der ENNI Energie & Umwelt Niederrhein GmbH sinken deren prozentuale Anteile am Stammkapital der ENNI Energie & Umwelt Niederrhein GmbH.

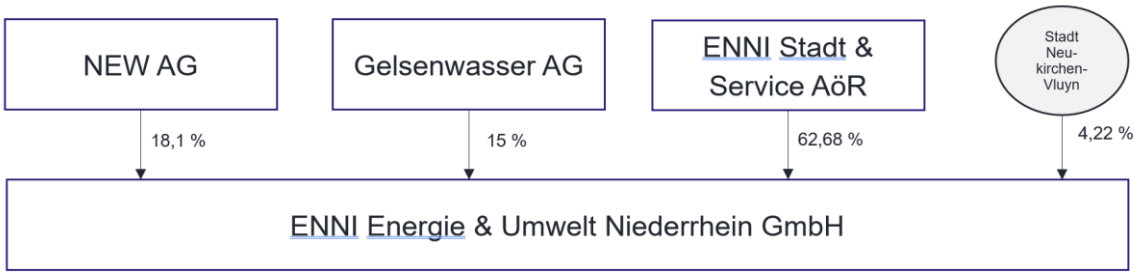


Abbildung 1 - Gesellschafterstruktur vor der Einbringung durch die NEW AG

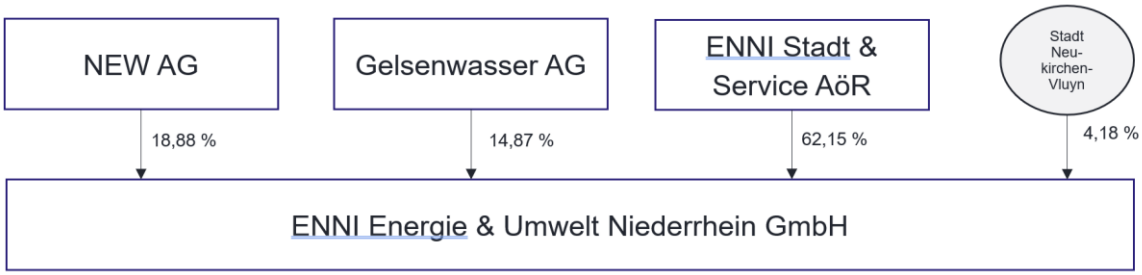


Abbildung 2 - Gesellschafterstruktur nach der Einbringung durch die NEW AG

1. Einbringung des Gasnetzes Rheurdt in die ENNI Energie & Umwelt Niederrhein GmbH

In Folge der Kapitalerhöhung durch die Einbringung der Anteile an der NEW Kreis Viersen GmbH sinkt der Anteil der Gelsenwasser AG von ursprünglich 15 % auf 14,87 %. Aufgrund dieses Absinkens der Beteiligungsquote verliert die Gelsenwasser AG das gewerbesteuerliche Schachtelprivileg. Dieses ermöglicht der Gelsenwasser AG ihre Beteiligungserträge aus ihrer Gesellschafterstellung bei der ENNI Energie & Umwelt Niederrhein GmbH für Zwecke der Gewerbesteuer zu kürzen. So können

Doppelbesteuerungen vermieden werden. Eine Voraussetzung ist, dass eine Beteiligungsquote von 15 % nicht unterschritten wird.

Ein Verlust des gewerbesteuerlichen Schachtelprivilegs führt bei der Gelsenwasser AG nach eigenen Angaben zu einem jährlichen Verlust in Höhe von rund 500.000 €. Daher haben die Gesellschafter der ENNI Energie & Umwelt Niederrhein GmbH zugestimmt, eine weitere Kapitalerhöhung bei der ENNI Energie & Umwelt Niederrhein GmbH durchzuführen, so dass die Gelsenwasser AG das gewerbesteuerliche Schachtelprivileg weiter ausüben kann.

Das Stammkapital der ENNI Energie & Umwelt Niederrhein GmbH wird von 16.737.225 € um 90.800 € auf 16.828.025 € erhöht. Damit ändern sich die Beteiligungsquoten wie folgt:



Abbildung 3 - Gesellschafterstruktur nach Einbringung durch Gelsenwasser AG

Die Kapitalerhöhung erfolgt durch die Einbringung einer Sacheinlage des Gasversorgungsnetzes der Gemeinde Rheurdt. Die Gemeinde Rheurdt liegt am unteren Niederrhein in der Nachbarschaft der Stadt Neukirchen-Vluyn. Das Gasversorgungsnetz der Gemeinde Rheurdt befindet sich im Eigentum der Gelsenwasser Energienetze GmbH, eine 100%ige Tochter der Gelsenwasser AG.

Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt, dass das Anzeigeverfahren gemäß § 115 GO NRW bei der Aufsichtsbehörde ohne Beanstandungen abgeschlossen wird.

Gemäß § 108 Abs. 5 lit. b GO NRW i. V. m. § 53 Abs. 1 KrO NRW bedarf es hinsichtlich der Kapitalerhöhung der vorherigen Zustimmung des Kreistages.

Beschlussvorschlag:

1. Der Kapitalerhöhung der ENNI Energie & Umwelt Niederrhein GmbH von 16.737.225 € um 90.800 € auf 16.828.025 € durch Einbringung des Gasversorgungsnetzes Rheurdt durch die Gelsenwasser AG wird zugestimmt. An dieser Kapitalerhöhung nimmt nur die Gelsenwasser AG teil. Das Bezugsrecht der anderen Gesellschafter ist ausgeschlossen.

2. Die Vertreter des Kreises Heinsberg in der Kreiswerke Heinsberg GmbH, in der NEW Kommunalholding GmbH und in der NEW AG werden ermächtigt, entsprechend abzustimmen.

Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 20/683/2024 Status: öffentlich AZ:
Federführend: Amt für Kommunalwirtschaft und Liegenschaften/Kämmerei	Datum: 22.11.2024 Verfasser: Amt 20 Kämmerer Norbert Schmitz

Zustimmung zu erheblichen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 83 Abs. 2 GO NRW

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
05.12.2024	Haupt- und Finanzausschuss
11.12.2024	Rat der Stadt Erkelenz

Zurzeit liegen keine zustimmungsbedürftigen Geschäftsvorfälle vor.

Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 20/679/2024 Status: öffentlich AZ: Datum: 18.10.2024 Verfasser: Amt 20 Sascha Almstedt
Federführend: Amt für Kommunalwirtschaft und Liegenschaften/Kämmerei	

Kenntnisgabe der vom Kämmerer getroffenen Entscheidungen zur Leistung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sowie über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen in der Zeit vom 02.09.2024 - 18.10.2024

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
07.11.2024	Haupt- und Finanzausschuss
11.12.2024	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:
Den Ausschussmitgliedern ist eine Übersicht über die hier zu behandelnden über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sowie über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen zugegangen, auf die verwiesen wird.

Kenntnisnahme:
„Von den in der Zeit vom 02.09.2024 - 18.10.2024 getroffenen Entscheidungen des Kämmerers zur Leistung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sowie über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen gemäß § 83 Abs. 1 GO NRW/ § 85 Abs. 1 GO NRW wird Kenntnis genommen."

Klima-Check:
Trägt der Beschlussentwurf zum Klimaschutz oder zur Klimafolgenanpassung bei?

Ja ☐ Nein ☒

Eine unmittelbare Auswirkung auf den Klimaschutz oder die Klimafolgenanpassung ergibt sich durch den vorliegenden Beschluss nicht.

Finanzielle Auswirkungen:
Keine.

Anlage:
Kenntnisgabe der vom Kämmerer getroffenen Entscheidungen zur Leistung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sowie über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen in der Zeit vom 02.09.2024 bis 18.10.2024

Anlage zur Tagesordnung der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 07.11.2024
Anlage zur Tagesordnung der Sitzung des Rates am 11.12.2024

A. Öffentliche Sitzung

Haushaltswirtschaftliche Angelegenheiten

Zustimmung zu erheblichen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 83 (2) GO NRW.

Soweit zustimmungsbedürftige Geschäftsvorfälle vorliegen, werden diese zusammen mit den Sitzungsvorlagen zugesandt.

Kenntnisgabe der vom Kämmerer getroffenen Entscheidungen zur Leistung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sowie über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen in der Zeit vom 02.09.2024 - 18.10.2024

Lfd. Nr.	Produktsach- bzw. Investitionskonto	Bezeichnung	Ansatz Euro	Mehr Euro	Tag der Zustimmung
1	S08010018	Bewässerungsanlage Sportplatz Katzem	0,00	48.000,00	25.09.2024

Die Installation einer Bewässerungsanlage wurde bereits im Haushaltsplan 2023 eingeplant. Es wurde versäumt die Mittel nach 2024 zu übertragen. Um den Spielbetrieb aufrechtzuerhalten und zusätzliche Unterhaltungskosten zu vermeiden, ist die Installation einer Bewässerungsanlage kurzfristig zwingend notwendig, da die manuelle Bewässerung sich als nicht ausreichend erwiesen hat. Hierzu ist die Bereitstellung außerplanmäßiger Auszahlungen erforderlich.

Deckung:	Minderauszahlungen bei der Investitionsmaßnahme: B03040801 - Vermögensgegenstände des AV bis 800 € Cornelius-Burgh-Gymnasium	48.000,00

Lfd. Nr.	Produktsach- bzw. Investitionskonto	Bezeichnung	Ansatz Euro	Ansatz (VE) Euro	Mehr (VE) Euro	Tag der Zustimmung
2	H03010020	Energetische Sanierung P.H. Schule + OGS Erweiterung - Verpflichtungsermächtigung	400.000,00	0,00	136.000,00	02.10.2024

Als Abschluss der energetischen Sanierung ist eine Gebäudeautomation vorzunehmen, die alle haustechnischen Anlagen steuert. Für die im November 2024 beginnenden und im März 2025 endenden Arbeiten ist daher die Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung erforderlich.

Deckung:	Reduzierung der Verpflichtungsermächtigung bei der Investitionsmaßnahme: H03040011 - Neubau Anbau C Cusanus Gymnasium /Energiezentrale	136.000,00

Erkelenz, den 18.10.2024

Norbert Schmitz
Stadtkämmerer

Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 20/684/2024 Status: öffentlich AZ: Datum: 15.11.2024 Verfasser: Amt 20 André Keutmann
Federführend: Amt für Kommunalwirtschaft und Liegenschaften/Kämmerei	

Kenntnisgabe der vom Kämmerer getroffenen Entscheidungen zur Leistung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sowie über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen in der Zeit vom 19.10.2024 - 15.11.2024

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
05.12.2024	Haupt- und Finanzausschuss
11.12.2024	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:
Für den vorgenannten Zeitraum liegen keine Entscheidungen zur Leistung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sowie über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen vor, die eine Kenntnisnahme erfordern.

Klima-Check:
Trägt der Beschlussentwurf zum Klimaschutz oder zur Klimafolgenanpassung bei?

Ja ☐ Nein ☒

Eine unmittelbare Auswirkung auf den Klimaschutz oder die Klimafolgenanpassung ergibt sich durch den vorliegenden Beschluss nicht.

Finanzielle Auswirkungen:
Keine.

Anlage:
Keine.